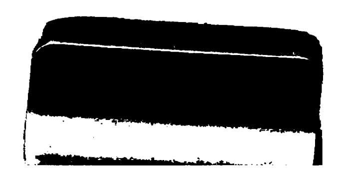
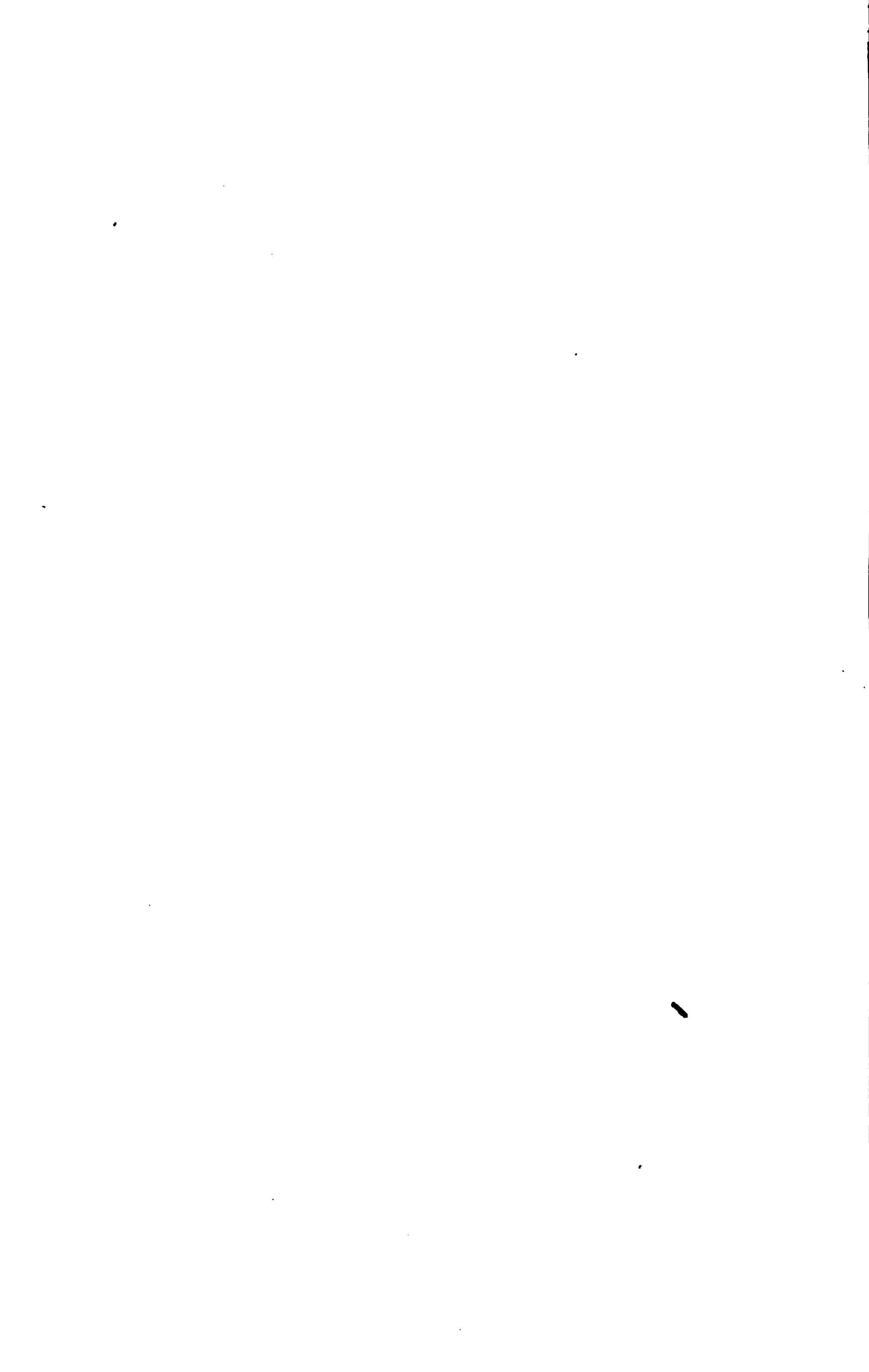






Die Entwickelung des Rheinbundes vom Jahre 1658.

Acht Jahre reichsständischer Politik. 1651—1658.

Von

Dr. Erich Joachim,
K. Archivar zu Marburg.



Leipzig,
Verlag von Veit & Comp.
1886.

Druck von Metzger & Wittig in Leipzig.

Vorwort.

Als ich vor nunmehr fünf Jahren mit den Vorarbeiten zu dieser Abhandlung begann, war die zugebote stehende Litteratur bald eingesehen. Mit den Alten war wenig anzufangen; man findet bei ihnen nur die rein äußerlich in Erscheinung getretenen Momente verzeichnet, keinen Aufschluß über die treibenden und leitenden Ideen. Von den neueren Arbeiten erschien die einzig bisher vorhandene Monographie über den Rheinbund, der von Droysen mit Unrecht gelobte Aufsatz von Böhm im 5. Bande der Zeitschrift für Preußische Geschichte, alsbald recht unzulänglich; ja man gewinnt durch diese Darstellung ein gänzlich falsches Bild von der Entwickelungsgeschichte des Rheinbundes und kann sie deshalb als abgethan gelten lassen. Hingegen gewährten Droysen (Geschichte der Preußischen Politik, III, 2) und Erdmannsdörffer (Graf Georg Friedrich v. Waldeck) manchen werthvollen Beitrag und vielerlei Anregung zu vorliegender Arbeit, aber auch nur so viel. Es war ja von vornherein klar, daß nur möglichst umfassende Heranziehung archivalischen Materiales zum Ziele führen würde. Die wohlwollende Ermächtigung meines hochverehrten Chefs, des Herrn von Sybel, zur Benutzung der unter seiner Leitung stehenden Königlichen Staats-Archive setzte mich hierzu in den Stand. Den liebenswürdigen, unermüdlichen Bemühungen meiner Herren Kollegen gelang es, die in Betracht kommenden Akten in den Archiven zu Düsseldorf, Koblenz, Münster, Berlin, Hannover, Marburg und Wiesbaden zu ermitteln, und darf ich wohl getrost behaupten, daß die Schätze dieser Anstalten von mir, soviel ich übersehen kann, bis auf den Grund ausgebeutet worden sind. In Düsseldorf bot namentlich das kur-kölnische Archiv höchst bedeutsames Material in großer Menge, der jülich-bergische Bestand weniger, aber noch werthvolleres. Hingewiesen sei bezüglich des letzteren allein schon auf den, freilich auch lückenhaften,

Briefwechsel des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm mit Boineburg. Das cleve-märkische Archiv hingegen versagte jede Auskunft. Das kur-trierische Archiv in Koblenz ist durch harte Schicksale arg gelichtet und steuerte wenige, aber dankenswerthe Beiträge zu. Reichlich dagegen strömte herrliches, noch völlig unberührtes, nicht selten die Vorgänge ganz allein aufklärendes Material aus dem Staats-Archive in Münster, auf dessen ungemein wichtige Bedeutung für die hier behandelte Epoche ganz besonders hingewiesen sei. Das Geheime Staats-Archiv in Berlin und das Staats-Archiv in Hannover wurden gründlich durchforscht. Auch das marburger Archiv hat aus seinen kasseler Beständen bedeutende Aufschlüsse zutage gefördert. In Wiesbaden kamen insbesondere die dort reichlich vorhandenen ober-rheinischen Kreistagsakten nassau-usingischer und weilburgischer Provenienz dem Werke zustatten.

Die Archive in Wien, Paris und Stockholm zu benutzen, war mir nicht möglich. Dies kann meiner Arbeit zum Vorwurfe gereichen. Sollte ich aber das in den genannten deutschen Archiven gesammelte, fast überwältigende Material auf ganz unabsehbare Zeit nicht unbenutzt lassen, mußte ich mich trotzdem zum Werke schicken. Man wird auch so hoffentlich ein klares Bild gewinnen, obschon der weiteren Forschung noch Raum genug übrig bleibt. Was in Wien aus den alten kur-mainzischen Akten für meine Zwecke zu holen gewesen wäre — und dessen ist wenig genug — habe ich durch die Güte des Herrn v. Arneth, welcher mir ein Verzeichniß davon gesandt, in Erfahrung gebracht; es ist nichts darunter, was nicht schon in den anderen deutschen Archiven vorhanden wäre. Auf die Bedeutung des münchener Geheimen Staats-Archives [1] ist man neuerdings für den vorliegenden Zeitabschnitt durch die tüchtige Arbeit G. Heide's (die Wahl Leopolds I. zum römischen Kaiser, Forschgen. Band 25) aufmerksam geworden, die ich leider erst benutzen konnte, als bereits mein Manuskript druckfertig vorlag. Diese Bedeutung steigt noch bei Kenntnißnahme der erst in eben diesen Tagen erschienenen kurzen, aber inhaltsreichen Arbeit von Oskar Krebs (Beiträge zur Geschichte der Politik der Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm und Philipp Wilhelm von Neuburg i. d. J. 1630—60. In der Zeitschrift des historischen

---

[1] Im münchener Reichsarchive blieben die auf dankenswerthe Veranlassung des Herrn v. Löher für meine Zwecke angestellten Nachforschungen ohne Ergebniß.

Vereins für Schwaben und Neuburg, Jahrg. 1886), welche ganz auf Archivalien des münchener Geh. Staats-Archives beruht und meiner Darstellung manches hellere Licht aufgesetzt haben würde, wenn sie nur einige Wochen eher erschienen wäre; wie es mir gleichermaßen ergangen ist mit der soeben zutage getretenen schönen Abhandlung Wilhelm Arndt's (Zur Vorgeschichte der Wahl Leopold I.) in den „Historischen Aufsätzen, dem Andenken an Georg Waitz gewidmet", einer Frucht von Studien im wiener Archive.

Dahingegen durfte ich es als einen besonderen Glücksumstand begrüßen, daß eben zu der Zeit, als ich den archivalischen Stoff für meine Arbeit zusammenzutragen begann, die einschlägigen Werke der beiden französischen Forscher Valfrey[1] und Chéruel[2] erschienen, deren Ergebnisse, so lückenhaft sie immerhin noch sind, mir trefflich zustatten kamen. Noch erfreulicher gestaltete sich die Sachlage, als dann während des weiteren Verlaufes meiner Arbeit das treffliche Köcher'sche Buch (Geschichte von Hannover und Braunschweig, 1. Theil, Band 20 der Publikationen aus den kgl. preußischen Staats-Archiven, Leipzig 1884) und der VIII. Band des für die Geschichte des 17. Jahrhunderts immer unentbehrlicher werdenden und auch sonst von mir lebhaft benutzten Quellenwerkes „Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg" erschienen, von denen das erstere die Geschichte des Rheinbundes, wenn auch nur vom Standpunkte der Politik des Hauses Braunschweig, höchst liebevoll behandelt, während die andere Veröffentlichung das auf den Rheinbund bezügliche Material des berliner Archives, obschon mit Auswahl, zutage fördert. Beide Werke haben, wie ich mit Dank anerkenne, meiner Darstellung nicht wenig genutzt, dieselbe jedoch keineswegs überflüssig gemacht, wie ich glauben will; sie boten auch einen trefflichen Prüfstein für die Vollständigkeit des von mir gesammelten Stoffes, der den ihrigen, wie man sich leicht überzeugen kann, an Fülle nicht selten übertrifft.

Was ich sonst an Litteratur benutzt habe, findet sich in den Anmerkungen angezogen. Die Hauptsache blieb mir jedoch stets der unmittelbare Verkehr mit den Archivalien.

---

[1] Hugues de Lionne, ses ambassades en Espagne et en Allemagne, Paris 1881.
[2] Histoire de France sous le ministère de Mazarin, tome II et III, Paris 1882.

Es ist mir eine angenehme Pflicht, nach verschiedenen Seiten hin lebhaftesten Dankesempfindungen Ausdruck zu geben. Das Erscheinen der Arbeit wurde nur ermöglicht durch die Municifenz des Chefs der preußischen Archivverwaltung, Hrn. Geh. Ober-Regierungs-Rathes v. Sybel, sowie diejenige des hochherzigen Förderers rheinländischer Geschichtsforschung, Herrn Geh. Kommercienrathes v. Mevissen zu Köln. Ihnen gebührt für diese Unterstützung in erster Reihe mein Dank. Dann gedenke ich mit freudiger Anerkennung der liebenswürdigen Bemühungen aller derjenigen Archivvorstände und Kollegen, welche meine Arbeit so wesentlich gefördert haben. Auch habe ich den Herren Professoren Hofrath Erdmannsdörffer in Heidelberg, Lamprecht in Bonn und Arndt in Leipzig für ihre freundliche und fördernde Theilnahme meinen aufrichtigsten Dank abzustatten, dem Letzteren noch ganz besonders für die mühevolle Arbeit einer letzten Revision der Korrekturen.

Marburg, im September 1886.

E. Joachim.

Inhalt.



1.

Der kur-rheinische Kreisreceß vom 21. März 1651.

Durch die Verträge von Münster und Osnabrück war nach dreißigjährigen Kämpfen dem deutschen Lande dem Namen nach wohl der Friede gegeben, damit aber noch keineswegs diejenige volle Ruhe, deren es so sehr bedurfte. Besonders der Westen des Reiches blieb noch auf viele Jahre hinaus der Tummelplatz für die Soldateska derjenigen Gewalten, welchen der große Krieg einen so verhängnißvollen Einfluß auf die Geschicke des deutschen Volkes verschafft hatte.

Im Cleve'schen lagen die staatischen Garnisonen, immerhin die unschädlichsten von allen, im Jülich'schen und anderwärts die Spanier und vielfach in den Plätzen der rheinischen Lande zerstreut französische, lothringische, kaiserliche Besatzungen, welche bei mannigfachen Streifereien hart und grausam schalteten, gleichsam als wenn es kein Friedensinstrument auf der Welt gäbe. Und für eine dieser Mächte hatte dasselbe überhaupt gar keine Geltung — Spanien, welches noch in hartem Ringen mit der Krone Frankreich verstrickt war.

Die Wellen, welche dieser Sturm aufrührte, drohten wiederholt aus den burgundischen Landen in die benachbarten Reichskreise herüberzuschlagen.

Die tiefsten Besorgnisse und oft den blassen Schrecken flößte den Fürsten und Völkern der Westmarken, die nach den trostlosen Zeiten des Krieges kaum noch die Kraft besaßen aufzuathmen, der Name des Herzogs Karl von Lothringen ein. Durch die Franzosen war er seines Landes beraubt worden und hatte es im Frieden wiederzuerlangen nicht vermocht. Er drang nun auf Entschädigung und belästigte, in einem eigenthümlichen losen Dienstverhältniß zu den Spaniern stehend, zum Theil auch auf eigene Hand mit seinem ansehnlichen Kriegsheere die Grenzregionen des Reiches, indem er darin seine Völker nach Herzens-

lust rauben und brandschatzen ließ.[1] Er hielt Homburg im Westrich, den sickingischen Landstuhl, das nassauische Saarwerden, den trierischen Hammerstein und Falkenstein gleichsam als Pfand für seine Forderungen an's Reich fest — und unselige Gewaltthaten verübten von dort aus seine Söldner in näherer oder weiterer Umgebung dieser Plätze. Der Einlagerungen, Kontributionen und Exekutionen war kein Ende.

In Frankenthal bei Worms lagen die Spanier und konnte die Evakuation dieser Veste trotz allen angewendeten Fleißes des Kurfürsten von der Pfalz und der dabei interessirten Stände des ober-rheinischen Kreises, denen zum großen Theile die Verpflegung der Garnison oblag, jahrelang nicht erreicht werden.

Auch die französischen Heeresabtheilungen von der Rheinarmee Turenne's schafften trotz der Garantie, welche Frankreich für den Frieden im Instrument übernommen, den bedrängten rheinischen Landen noch genug Trübsal: denn erst ganz allmählich räumten sie die beim Schlusse des Krieges festbehaltenen Plätze.

Noch oft also erschollen in den Thälern der Mosel und Saar und auf den rauhen Hochebenen des Hunsrück und der Eifel Waffenklang und Jammerruf, rötheten unheimliche Flammen den nächtlichen Himmel. Das Traurigste dabei aber war doch, daß die Herren jener Länder diesem Treiben so gar ohnmächtig gegenüberstanden, den armen, gequälten Unterthanen keinen Schutz gewähren konnten. Die waffenfähigen Männer waren dahingerafft, fortgezogen mit den Heerschaaren der Kaiserlichen, Franzosen oder Schweden, verdorben, gestorben auf blutgetränktem Blachfelde oder auf eigener Hofraithe erschlagen von raublustigen Merodebrüdern. Die Dörfer wüst und verlassen, die Felder theilweise unbebaut und durch Mangel an Kultur verödet, der Viehstand von Grund aus ruinirt. Und nirgends Geld zur Abhülfe dieser trostlosen Zustände; das wenige, was davon noch vorhanden, schleppten die Fremden hinweg, zumal die Schweden, die sich im Friedensinstrument noch fünf Millionen ausbedungen hatten, von welchen allein dem kur-rheinischen Kreise 725 446 fl. und dem ober-rheinischen 1 254 894 fl. zu leisten auferlegt wurde. Ein Zustand der tiefsten Ermattung und Ohnmacht.

Da ist es denn ein Beweis von dem trotz alledem gesund gebliebenen Sinne unseres Volkes, von dem ungebrochenen Muthe des deutschen Geistes, daß man in den Klagen hierüber nicht unterging, sondern bei zeiten wenigstens den guten Willen zeigte, sich aus diesem Elend zu erheben und vor allem auch den erwähnten Gewaltthaten, so gut es eben gehen möchte, entgegenzutreten.

[1] Dieser Zustand ist trefflich geschildert bei Droysen, Gesch. d. preuß. Politik, III. 2. S. 90.

Schon im Jahre 1650 regt sich zu Nürnberg, wo man über die Exekution der Friedensbestimmungen sich zu vereinigen die Mühe gab, die Stimmung zur Abwendung der vielen Belästigungen jener Art mit bewehrter Hand. Es verlautet wenigstens, daß einige deutsche Reichsstände, unter denen besonders Kur-Mainz und Kur-Bayern genannt werden, im Unwillen darüber, daß sich die Herausgabe Frankenthals so lange verzögerte, Neigung verrathen hätten, eine Armee von 18000 Mann auf die Beine zu bringen, um nicht nur jene und andere von den Spaniern und Lothringern noch besetzte Plätze zu befreien, sondern auch „sich vor männiglich, so dem römischen Reich einige Unruhe und Ungelegenheit zu kausiren sich unterstehen würde, zu defendiren.“ Man konnte sich jedoch, wie üblich, nicht einigen und es kam deshalb zu keinem Beschluß.

Indessen mußte doch auf die vielen Klagen, welche von den Fürsten und Ständen der westlichen Reichslande auf amtlichem Wége vor die Nürnberger Versammlung gebracht wurden, ein Bescheid gegeben werden, welcher am 30. Juli 1650 dahin lautete, daß dem Kurfürsten Johann Philipp von Mainz an Hand gegeben würde, zu veranlassen, „daß die Angehörigen der beiden Kreise Kur- und Ober-Rhein, wie auch andere wegen der Vicinität und sonst daher beschwerte Kurfürsten und Stände nach Anleitung der Reichskonstitutionen und Exekutionsordnung sich zusammenthun möchten,“ um sich über Mittel und Wege zur Rettung aus gegenwärtigem Uebelstand zu bereden und zu vergleichen.[1]

Erstaunlich bald beeilte sich der ober-rheinische Kreis, zuerst diesem Winke zu folgen. Gerade seinen Ständen zumeist saß die Noth freilich auf den Schultern; kein Wunder, daß man auf die sonst übliche Trägheit in Kreisangelegenheiten verzichtete und dem Kurfürsten von Mainz, der übrigens wegen Königstein ein Mitstand war, noch zuvorkam. Denn schon auf den 17. August wurde von den ausschreibenden Fürsten, Bischof Anton von Worms und Pfalzgraf Ludwig Philipp von Simmern zu Lautern, nach Worms ein Kreistag ausgeschrieben, allwo man auf Proposition vom 24. August zu Berathungen schritt, welche, trotzdem die Ansichten mannigfach auseinandergingen,[2] schließlich zu dem Kreisabschied vom 3. September 1650 gediehen, der das so sehnlich erstrebte Defensionswerk, wie man es nannte, zunächst wenigstens auf dem Papier, enthielt.[3]

---

[1] v. Meiern, Nürnberg. Friedens-Exekutionshandlungen II, 641. Köcher, Gesch. von Hannover und Braunschweig, Bd. XX der Publik. a. d. k. preuß. Staatsarchiven. S. 21.

[2] Köcher S. 21 erwähnt namentlich den Protest d. Landgr. Georg v. Darmstadt.

[3] Gedr. im Auszug bei J. A. Kopp, Association der vorderen Reichskreise, Frankf. 1739, Anlage I. Vollständig erhalten in Abschrift im St.-A. Wiesbaden.

Danach will man zunächst trotz der bisherigen üblen Erfahrungen es nochmals mit gütlichen Mitteln versuchen, jene Gefahren abzuwenden, mit schriftlichen oder mündlichen Unterhandlungen mit dem Kaiser, dem Nürnberger Konvent, dem Erzherzog Leopold Wilhelm, spanischem Statthalter in den Niederlanden, sowie dem Herzog von Lothringen selbst; aber auch sich mit den kur-rheinischen und anderen Kreisen in's Einvernehmen setzen behufs gemeinsamer Berathungen über die Mittel zur Abwendung dessen, worüber man mit Recht so schwer seufzte. Für den Fall, daß der kur-rheinische Kreis alle friedlichen Mittel als nicht mehr zulänglich von der Hand weisen sollte, wäre auf ein mit demselben zu vereinbarendes gemeinsames Defensionswerk zu gehen und darüber Berathung zu pflegen.

Zu diesem Zwecke solle der ober-rheinische Kreis schon jetzt sich in Verfassung stellen mit einem Korps von etwa 2000 Mann, zu welchem jeder Stand nach Verhältniß des Römerzuges und der Reichsmatrikel beizutragen habe, damit dem Nothleidenden auf allen Fall beigesprungen und alle unbillige Gewalt gesamter Hand abgewehrt werden könne.

Zu den in dieser Weise in Aussicht genommenen Berathungen mit dem kur-rheinischen Kreise deputirte man den Bischof von Worms, den Pfalzgrafen von Veldenz, den Grafen von Hanau und die Reichsstadt Frankfurt. Von den Kur-Rheinischen war unterdessen auch ein Kreistag auf den 2. Sept., und zwar nach Frankfurt a./M. ausgeschrieben worden. Der Zusammentritt desselben verzögerte sich aber durch den Todesfall des Kurfürsten von Köln. Am 19. November wurde die Versammlung eröffnet unter dem Eindruck neuerdings auftauchender Gerüchte von Vorbereitungen des Herzogs von Lothringen und des Marschalls Turenne zur Beziehung von Winterquartieren auf des Reiches Boden. Die Angst vor neuen kriegerischen Verwicklungen mehrte sich, als man von den Drohungen der Franzosen, die sie zu Nürnberg fallen ließen, vernahm, wonach man befürchten durfte, daß sie im Unwillen über die heimliche Unterstützung ihrer Feinde der Spanier durch das Haus Oesterreich den Krieg auf's neue ganz nach Deutschland hinüberspielen könnten. Als nun wirklich die Lothringer in einzelnen Abtheilungen rücksichtslos die Winterquartiere auf deutschem Boden bezogen und die von den Garnisonen der noch innebehaltenen Plätze je öfter desto schonungsloser unternommenen Raubzüge und sonstigen Bedrückungen immer lästiger empfunden wurden — da vernahm man seitens der Kur-Rheinischen die von der ober-rheinischen Deputation am 12. December bei ihnen abgelegte Proposition mit willigem Ohr.

Die Sprache der Ober-Rheinischen ließ an Muth und heiligem patriotischen Feuer nichts zu wünschen übrig und gipfelte ihr Vortrag

in der Bitte um die so hochbenöthigte Mitwirkung zu einer wirklichen Kreisdefensionsverfassung.

Am 20. December begannen die Verhandlungen. In ihrer Antwort auf die Proposition erklärten die Kur = Rheinischen durch den kur-mainzischen Deputirten Dr. Krebs von vornherein, daß sie eine Truppenstärke von 2000 Mann für den ober-rheinischen Kreis bei dessen großer Ausdehnung für nicht genügend erachteten; unter 5—6000 Mann könne die Anstalt nicht gemacht werden.[1] Bei den ferneren Berathungen handelte es sich hauptsächlich um diesen Punkt, worin die Ober-Rheinischen zu keinem Zugeständniß sich verstehen wollten, schon weil in der That die Kräfte der einzelnen Stände nicht weiter reichen mochten, weshalb einige von ihnen schon zu Worms nicht nur schwierig in dieser ganzen Defensionsfrage, sondern sogar geradezu verneinend sich verhalten hatten.[2]

Als zweites Moment tauchte dann auf die Frage wegen Hinzuziehung benachbarter Reichskreise, namentlich Franken, Schwaben und Westphalen. Schon sprach man in hohen Tönen von einer Generalgarantie.

Schriftliches Verhandeln lehnten die Kur-Rheinischen ab. In der Kontingentsfrage blieben auch sie starr auf ihrer Forderung bestehen. Die Ober-Rheinischen versprachen, an die Prinzipale zu referiren und sich Instruktionen hierüber zu erholen, die, wie dies so oft der Fall zu sein pflegte, ausblieben. Endlich im Januar 1651 gaben die Kur-Rheinischen nach. Daraufhin erging sofort vom ober-rheinischen Kreise an seine Stände die Aufforderung zur Aufstellung ihrer Quoten. Der Landgraf Wilhelm von Kassel, obwohl am weitesten von der Gefahr entfernt, erklärte von allen zuerst seine Bereitwilligkeit hierzu sowohl, wie zur Zahlung der ausgeschriebenen anderthalb Römermonate.

Die andere Frage wegen Einladung der drei anderen Kreise beschäftigte die Unterhandelnden noch im December 1650; an ihr nahm ein ganz besonderes Interesse der neue Kurfürst von Köln, Maximilian Heinrich von Bayern, welcher in dem ihm gleichfalls unterstehenden Bisthum Lüttich schweren Beunruhigungen durch den Lothringer ausgesetzt war — und Lüttich gehörte zum westphälischen Kreise. Es gingen an die drei genannten Kreise am 30. December Einladungen ab zur Theilnahme an diesen Defensionsberathungen, im Namen der beiden Kreise Ober- und Kur-Rhein.

---

[1] Wurde doch das Heer des Lothringers allein auf 5000 Mann geschätzt.

[2] So viel ich sehe, war überhaupt nur der Bischof von Worms damals für eine größere Machtentfaltung von Kreises wegen.

Dem Rufe Folge zu leisten, beeilten sich jene nicht.[1] Zu gleicher Zeit wurde auch eine Anzeige von diesen gemeinschaftlichen Berathungen dem Kaiser erstattet.

Da man wegen dessen Sympathien für Spanien annehmen durfte, daß ihm Derartiges nicht sehr genehm sein würde, vergaß man nicht, besondere Versicherungen beizufügen, daß man sich nur zur Vertheidigung, durchaus aber zu keines Menschen Offension rüste und allezeit innerhalb der Grenzen der Reichskonstitutionen, des Friedensinstruments und der Exekutionsordnung sich halten werde.

Dies das Wesentliche aus den Verhandlungen, die sich schleppend bis in den März 1651 hineinzogen. Den Kur-Rheinischen währte schließlich die Sache zu lange.[2] Nachdem sie sich vorher noch mit den Ober-Rheinischen über die Abfertigung gemeinschaftlicher Abmahnungsschreiben an den französischen Marschall de la Ferté-Seneterre, den lothringischen Generalmajor Grott und die lothringischen Surintendanten zu Bitsch und Epinal verglichen, brachten sie unter sich einen besonderen Receß zu Stande, welcher einer näheren Betrachtung unterzogen zu werden verdient.

Von den kur-rheinischen Ständen waren damals nur noch die drei geistlichen Kurfürsten, Mainz, Trier und Köln in Frankfurt vertreten. Andere, wie die Ballei Koblenz und Nieder-Ysenburg hatten sich von Anfang an in der Defensionsfrage lau gezeigt; Kur-Pfalz hatte Anfang März unter dem Vorwande, daß es erst wegen Evakuation der Festung Frankenthal Versicherung haben und vorher die Genehmigung des Kaisers zu dem ganzen Werk eintreffen müsse, sich zurückgezogen. Nichtsdestoweniger entschlossen sich die Deputirten der drei geistlichen Kurfürsten, für sich den Receß zu vollziehen. Dies geschah am 21. März 1651.

Der Receß selbst nimmt ausdrücklich den Beitritt des ober-rheinischen Kreises zu dem Defensionswerk noch in Aussicht und giebt demnach in den ersten Paragraphen gewissermaßen ein Referat über den bisherigen Verlauf der gemeinschaftlichen Berathungen. Zur gegenseitigen Unterstützung in Nothfällen habe der ober-rheinische Kreis 1700 Mann zu Fuß und 300 Reiter auf den Beinen zu halten versprochen, während die Gegenleistung der Kur-Rheinischen so viel betragen solle, als der Anschlag von ein und einem Neuntel Römermonat. Jedes Kontingent

---

[1] Ueber die ablehnende Haltung des schwäbischen Kreises und des Herzogs von Württemberg vgl. Köcher S. 22 nach Sattler, Herzoge v. W. IX. § 59.

[2] Als Haupthinderungsgrund des Fortschreitens der Verhandlungen werden Differenzen innerhalb des ober-rheinischen Kreises mit der Städtebank genannt, als Hauptmotiv für den besonderen Abschluß ohne die Ober-Rheinischen der Einbruch lothringischer und französischer Völker in die kur-rheinischen Lande angeführt.

solle von Kreises wegen seinen besonderen Direktor erhalten, worüber man sich noch werde zu vergleichen haben. Die festen Plätze solle jeder Kreis selbst nach Nothdurft versehen und zu diesem Zweck Jeder seine Unterthanen bewehrt machen und in Bereitschaft halten.

Auf den Fall, daß einer der kur-rheinischen Stände angegriffen würde, will man — und hiermit beginnen die Separatabmachungen der Kur-Rheinischen — demselben entweder mit der in diesem Receß verglichenen völligen Mannschaft oder aber, wenn beider rheinischen Kreise Völker vereinigt im Feld stehen müssen, mit derjenigen die Hülfe leisten, welche nach Abzug des zur gemeinschaftlichen Operation bestimmten Kontingents übrig bleibt. Die Besoldung und Verpflegung der Truppen übernimmt Jeder für seinen Antheil auf eigene Kosten, wobei nur dem Kurfürsten von Trier wegen seiner besonders bedrängten Verhältnisse eine Erleichterung gewährt wurde. Hierauf folgen Bestimmungen über Einquartierung und dabei von den Territorialherren zu gewährende Vergünstigungen für die Truppen und die dafür von diesen zu beobachtende Ordnung und Manneszucht. Der Oberbefehl gebührt demjenigen welchem auf sein Anrufen die Hülfe zugesendet wird, indessen soll jedem der Konkurrenten freistehen, einen Kommissar mit beizugeben. Dieser hat in allen Fragen eine berathende Stimme. Doch bleibt, um allen hieraus etwa entstehenden Uneinigkeiten vorzubeugen, die demnächst zu treffende Vereinbarung über Aufstellung eines besonderen Oberdirektoriums vorbehalten und in Aussicht gestellt, an dessen statt inzwischen ein Ausschuß einzelner von jedem der Kurfürsten zu ernennenden Kriegsräthe in Mainz zusammentreten soll, gleichsam ein Gesamtkriegsrath, der in allen militärischen Bundesfragen im Namen der Herren die Entscheidung fällen soll.

Der Beitritt anderer Stände aus anderen Kreisen ist verstattet und soll hierüber der Kurfürst von Mainz unter Beirath des erwähnten Ausschusses gutbefinden und Beschluß fassen. Den übrigen Ständen des kur-rheinischen Kreises (welche diesen Vertrag ja nicht mit vollzogen, weshalb immer nur von den vier Kurfürsten die Rede ist) werde nach gebührender Kommunikation unter den Kurfürsten der nöthige Beistand nicht versagt werden. Bei dem Anschlag der Kontingente hat man von der Reichsmatrikel ganz abgesehen und sich unpräjudicirlich dahin verglichen, daß Mainz 100 Mann zu Roß und 702 zu Fuß, Trier 55 z. R. und 360 z. F., Köln 100 z. R. und 701 z. F., Pfalz 50 z. R. und 340 z. F. stellen und unterhalten sollen. Da Kur-Pfalz wegen seiner Frankenthal-Heilbronnischen Ganisonsangelegenheit sich von dem Defensionswerk zurückgezogen, habe man eine Abschickung nach Heidelberg gethan, deren Erfolg noch abzuwarten stehe und auch abgewartet worden

wäre, wenn nicht des kur-kölnischen Gesandten Abreise nothwendig geworden und vorher das Werk zur Richtigkeit hätte gebracht werden müssen: doch solle dem Kurfürsten Pfalzgrafen, wenn er die obige Veranlagung unbedingt annehme, der Beitritt jederzeit offen stehen. Schließlich wird noch vereinbart, dem Kaiser die gebührende Kenntniß zu geben, und das gemeinschaftliche Defensionswerk mit dem ober-rheinischen Kreise sowohl, wie auch mit den Kreisen Franken, Schwaben und Westphalen trotz der Abwesenheit des kölnischen Gesandten weiter zu betreiben, zumal da man der Beistimmung des Kurfürsten von Köln zu allen derartigen Abmachungen sicher sei.

Vollzogen ist dieser Receß [1] im Namen des Kurfürsten von Mainz durch den Geheimen Rath Johann Philipp von Vorburg, des Kurfürsten von Köln durch den Hofrath Johann Christoph Aldenhoven und des Kurfürsten von Trier durch den Vicekanzler Jakob Graß, Diplomaten, deren beiden ersten wir noch öfters begegnen werden.

Es fällt in die Augen, daß dieser Receß nicht schlechthin ein Kreisabschied genannt werden kann, obwohl die Verfasser ihn als nichts anderes angesehen wissen wollen. Thatsächlich ist er ein von drei (allerdings den mächtigsten) Kreisangehörigen vereinbarter Partikulardefensionsvergleich. Kur-Pfalz hatte trotz seiner Theilnahme an den Verhandlungen nicht mit geschlossen und ist, vermuthlich weil es einsah, daß der Vergleich dem Kaiser nicht genehm sein werde, dessen Politik zu durchkreuzen es grundsätzlich vermied, dem Receß niemals beigetreten.[2] Die geringeren Mitstände hatten sich vor dem Abschluß des Recesses aus Frankfurt entfernt. Man wollte sie zwar gegebenen Falles von der Assistenz nicht ausschließen, schon weil man dies eben auf grund der geltenden Reichssatzungen nicht durfte, hielt es jedoch aus Mißvergnügen über ihre hierbei bewiesene Kaltsinnigkeit oder aus Geringschätzung für überflüssig, ihnen den speciellen Beitritt vorzubehalten oder sich darum noch ferner zu bemühen. Ferner unterscheidet dieser kur-rheinische Receß von 1651 sich auch dadurch von den sonst üblichen Kreisverfassungen, daß man ausdrücklich die Hinzuziehung Benachbarter aus anderen Kreisen in's Auge nahm. Und ist demnach derselbe als ein besonderer Bundes-

[1] Abschrift im St.-A. Düsseldorf.

[2] Demnach ist eine Aeußerung des kur-mainzischen Gesandten Wehl auf dem Regensburger Reichstag zu dem kur-brandbg. Blumenthal im März 1653, daß Kur-Pfalz auf Grund dieser Defensionsverfassung seine Völker zur Assistenz für das von dem Lothringer bedrängte Köln bei einander habe (Urkk. u. Akten z. Gesch. des Kurf. F. W. v. Brdbg. [U. A.] VI, 196) wohl nur als eine Vorspiegelung anzusehen, deren Wehl sich wahrscheinlich nur in der Absicht bediente, um mit dieser Allianz einen gewissen Eindruck zu machen.

vertrag aufzufassen und, wie weiter unten klarer zu Tage treten wird, als der erste wahre Vorläufer des Rheinbundes vom Jahre 1658 anzusehen.[1]

Deshalb werden wir für unsern Zweck uns auch nicht erst bei dem zwischen Kur- und Ober-Rhein doch endlich noch zu stande gekommenen gemeinschaftlichen Receß vom 2. (12.) April 1651 aufhalten dürfen, zumal da er (bis auf die Bestimmung, daß bis zum 15. Mai die Kontingente bereit stehen sollen) mit den ersten Paragraphen des kur-rheinischen gleich lautet. Erwähnenswerth möchte nur der Zusatz sein, daß die Deputirten in Frankfurt das Erscheinen der drei anderen Kreise, die man geladen, noch einige Zeit abwarten und einstweilen sehen sollen, wie sich die Exekution der Bestimmungen dieses gemeinschaftlichen Recesses veranlasse, über welche außerdem noch fernere Erörterungen zu veranstalten sein würden.[2] Der gemeinschaftliche Receß hat, so viel man zu erkennen vermag, niemals praktische Folgen gehabt und kann schon deshalb unsere Aufmerksamkeit nicht in demselben Grade in Anspruch nehmen wie der Schluß der Kur-Rheinischen.

Der Kaiser, wie wir noch hinzufügen müssen, hat auf jenes Notifikationsschreiben der beiden Kreise niemals eine Antwort ertheilt: ihm

---

[1] Schon Mignet (Négoc. rel. à la succession d'Espagne II. 13) und nach ihm Böhm, Der Rheinbund u. s. Gesch. (Ztschr. f. pr. Gesch. u. L. K. Jahrg. VI, S. 221) bezeichnen diesen Receß von 1651 als Vorläufer des Rheinbundes, ohne hiermit den Beifall Erdmannsdörffer's erringen zu können, welcher in einem kleinen Exkurse in seinem „Graf G. Fr. v. Waldeck" (S. 262—63 Anm. 3) diese Annahme verwirft, trotzdem er Näheres über das Bundesinstrument selbst nicht anzugeben vermag. Er bestreitet, daß diese Uebereinkunft den allgemeinen Charakter eines Defensionsbündnisses gehabt haben könne, sondern war nach ihm dieselbe „lediglich eine von den in dieser Zeit mehrfach vorkommenden Verbindungen zum Zweck der Durchführung der Friedensbestimmungen und der Anordnungen des Nürnberger Exekutionstages, vorzugsweise der Räumung der einzelnen Kreise von den schwedischen (die in Wirklichkeit gar nicht in Frage kamen. D. Verf.) und anderer Truppen, eine Verbindung, die von selbst mit Vollführung der Räumung erlosch." Mignet und Böhm irren freilich, wenn sie Bayern und Pfalz-Neuburg als Mitkontrahenten dieses Bundes aufführen; und damit fällt auch das Hauptmotiv Erdmannsdörffer's für seine Ansicht, welches er darin findet, daß Neuburg im sog. jülichschen Kriege i. J. 1651 von den Genossen dieser Allianz keine Hülfe requirirt habe. Nachdem nunmehr hier zum ersten Male über diese (nicht mehr vermeintliche) Allianz etwas Genaueres mitgetheilt wird, glaube ich hoffen zu dürfen, daß man Mignet trotz seiner Falsa doch wieder bezüglich der Vorläuferschaft zum Rheinbund Recht geben wird.

Vgl. Köcher S. 23, der zur selben Ansicht, unabhängig von mir, gekommen ist und seine Gedanken in ähnlicher Weise wie hier S. 198 Anm. 7 entwickelt.

[2] Gedr. Kopp a. a. O., Beilage II. Der Abdruck im Theatr. Europ. VII, 1 giebt den Entwurf ohne jene Klausel über die Bereithaltung der verglichenen Mannschaft bis Mitte Mai. Dieselbe wurde auf Drängen der Ober-Rheinischen eingerückt.

war eine derartige eigene Machtentfaltung seitens der Kreise, zumal mit der Spitze gegen Spanien und dessen Partisan, den Lothringer, durchaus unsympathisch.[1]

Die Frage, ob und in wie weit auch die drei mehrerwähnten be- benachbarten Kreise der Einladung zur Koalition gefolgt, kann uns hier nicht beschäftigen. Wir werden bald gewissen Verfassungsbestrebungen im westphälischen Kreise begegnen, welche mit den Tendenzen der kur-rheinischen Allianz von 1651 immerhin in einem gewissen Zusammenhange stehen. Die Kreise Schwaben und Franken dagegen als solche haben zunächst zu den rheinbündischen Projekten keine Beziehung gehabt; und ist überhaupt, wenn auch von Zeit zu Zeit die Frage der Kreisverfassungen immer wieder, besonders später auf dem regensburger Reichstage von 1653/54, auftauchte, keine derartige Vereinigung zu einem auch nur nennenswerthen Ergebniß gelangt außer eben dem kur-rheinischen Receß vom 21. März 1651, auf welchen unionslustige Fürsten später zurückgriffen.

Vom reichspolitischen Standpunkte aus läßt die Tendenz der kur-rheinischen Allianz im Ganzen als eine harmlose sich wohl auffassen. Man wollte einfach des gegenseitigen nachbarlichen Beistandes, der Hülfe, zu welcher von rechtswegen das Reichsoberhaupt verpflichtet war, ohne indessen zu ihrer Leistung die geringste Neigung zu verrathen, sich versichern; ein vorbereitender Akt der Nothwehr, wie er nicht nur im Friedensinstrument ausdrücklich gestattet, sondern durch die unruhigen Zustände an der Westgrenze des Reiches geradezu geboten war. Daß gegen irgendwen im Reiche selbst oder gegen dessen Spitze eine feindliche Absicht bei dieser Vereinigung bestand, dazu fehlt hier noch jeder Anhalt; wiewohl nicht bestritten werden soll, daß jeder der Kontrahenten in seinem Gesichtskreise in diesem trotz des feierlich besiegelten Friedensinstrumentes noch allgemein empfundenen Zustand der Unsicherheit und des Mißtrauens Aller gegen Alle seine argwöhnischen Gedanken hegen und im stillen hoffen mochte, gelegentlich dieser Allianz auch zur Assistenz gegen Andere als den vorerst am gefährlichsten und lästigsten erscheinenden Abenteurer und dessen Konsorten sich bedienen zu können. Denn speziell bei den geistlichen Reichsfürsten war gerade die Erinnerung an die Säkularisationen des Friedens noch recht lebhaft und darum Angst und Unruhe noch in genügendem Grade vorhanden.

Einen großen Erfolg würde dieser Bundesvertrag wohl niemals

[1] In den mir vorliegenden Akten (St.-A. Wiesbaden) geschieht eines Schreibens des kaiserlichen Gesandten zu Madrid an die beiden rhein. Kreise Erwähnung, worin er von einer gemeinsamen Vereinigung abmahnte.

durch sich selbst erreicht haben, wie wir uns nicht verhehlen dürfen, wenn wir auf die äußerst geringe Stärke der vereinbarten Truppen=macht, ungefähr 300 Reiter und 2100 Mann Fußvolk, blicken, wobei der kur=pfälzische Antheil von vornherein überhaupt in Frage stand. Freilich hätte schlimmen Falles eine Erhöhung dieser Quoten eintreten können. Allein das Mißlichste war doch der Geldmangel, wie denn eben damals in den ersten Jahren nach dem Kriege eine gefährliche Geldkrise hereinbrach, welche auch thatsächlich wohl diese Allianz niemals zur wirklichen Leistung auch des Schwachen, was sie in Aussicht nahm, hat gelangen lassen.[1]

Welche Wirkung in die Ferne jedoch die Frankfurter Allianzverhandlungen ausübten, davon gibt außer einem Abmahnungsschreiben des kaiserlichen Gesandten zu Madrid noch Zeugniß ein zu Brüssel im Schwange gehendes Gerücht, welches freilich Wahres mit Falschem mengte, dem dortigen kur=brandenburgischen Residenten Staveren aber so beachtenswerth erschien, daß er es (am 9. März 1651) seinem Herrn mit mit den Worten mittheilte:

Le bruict court icy, que Leurs AA. EE. respectivement de Mayence, Coulogne, Vre. Alt. et le Seigneur Ducq de Nieubourg auroient à faire une ligue ensemble pour s'opposer contre toutes les forces estrangeres pour tout cas qu'il y pourroit arriver respectivement au territoire des dits Seigneurs et Princes. Le Seigneur Ducq de Lorraine y tesmoigne ung desplaisir extreme.[2]

---

[1] Noch 1653 versichert Wehl dem brandbg. Ges. Blumenthal in Regensburg, der Kurfürst von Mainz werde dem von Köln in seinen Nöthen gegen den Lothringer nur mit 2—300 Mann aushelfen. Aus der vorgehabten Verfassung der Oberkreise zu Frankfurt sei nichts Hauptsächliches geworden. Gleichwohl hätte der Kurkreis sich solcher Verfassung halber verglichen, inmaßen dann auch J. K. G. zu Mainz die ihr diesfalls zugekommene Quote an Völkern sofort geworben und auf den Beinen, auch mit theils derselben Kur=Köln für jetzt auf gewisse Zeit gewillfahrt, wie auch Kur=Pfalz die ihrigen bei einander hätten (s. oben); allein Trier und Köln hätten zur Werbung der ihnen zugekommenen Völker nicht kommen können, weil ihre Landstände nicht darein willigen wollen. Relation Blumenthals an den Kurf. v. Brdbg. vom 17. April. U. A. VI, 196.

[2] U. A. VI, 21. Droysen, a. a. O. III, 1, Anm. 325, nicht genau.

2.

Erweiterungspläne.

Am 26. März traf der kur-kölnische Rath Dr. Aldenhoven von Frankfurt wieder bei seinem Kurfürsten in dessen Residenz zu Bonn ein und brachte den von ihm mit zustande gebrachten Receß vom 21. des Monats mit. Er fand daselbst eine Gesandtschaft des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm von Neuburg vor mitten in lebhaften Unterhandlungen mit Maximilian Heinrich und dessen Räthen, unter denen der vornehmste der Oberstthofmeister Franz Egon Graf zu Fürstenberg war. Mit dieser Gesandtschaft hatte es folgende Bewandtniß.[1]

Der fortwährenden Bedrängnisse durch den Lothringer müde, hatte das Domkapitel zu Trier in Vertretung des Kurfürsten Philipp Christoph sich zu dem Entschlusse ermannt, am 5. März den erzstiftischen Amtmann Oberst Lothar Ferdinand v. d. Leyen-Nickenich an den Kurfürsten von Köln und den Pfalzgrafen von Neuburg mit dem Auftrag zu senden, diesen dem Erzstifte nahe gesessenen Fürsten den Vorschlag einer gemeinsamen beständigen Verfassung zur Vertheidigung gegen die streifenden Völker und andere Vergewaltigungen zu unterbreiten; denn auf einen Schluß in den zwischen den kur- und ober-rheinischen Ständen zu Frankfurt obschwebenden Verhandlungen wäre ja doch wohl — so meinten die Herren — kein versicherter Verlaß zu machen.

Bei dem Kurfürsten von Köln sprach der Abgesandte zuerst vor. Maximilian Heinrich begrüßte den ihm gemachten Vorschlag mit Beifall, wies aber den Ueberbringer desselben unter der Erklärung, daß die beiden Kurfürstenthümer Trier und Köln sowohl mit ihrer geworbenen Mannschaft als auch den übrigen Landesunterthanen dem Werke allein nicht gewachsen seien, zunächst an den Pfalzgrafen von Neuburg (18. März). Am 20. März traf v. d. Leyen in Düsseldorf ein und entledigte sich seines Anbringens, auf welches ihm am 24. der Bescheid gegeben wurde, daß der Pfalzgraf schon vernommen habe, daß der Kurfürst von Köln in dieser Frage keinen Beschluß fassen wolle, bis er zuvor seine, des Pfalzgrafen, Ansicht hierüber vernommen habe, weshalb er zu den erforderlichen Beredungen vorerst seinen jülichschen Marschall Heinrich Freiherrn v. Waldbott zu Königsfeld und den Landhofmeister Johann Friedrich Freiherrn v. Schäßberg dorthin abzuordnen im Begriff sei, deren Aufgabe es namentlich sein werde, zu vernehmen, welche

[1] Nach Akten des St.-A. in Düsseldorf.

Eröffnungen in dieser Angelegenheit man dem Kurfürsten von Mainz zu machen haben werde: Erst wenn dieses geschehen, könne eine bestimmte Antwort an das Trierer Domkapitel erfolgen. Diese Abgeordneten hätten den Auftrag, von dem Ergebnisse der Berathungen mit Kur-Köln ihm, dem Obersten v. d. Leyen, allen wünschenswerthen Aufschluß zu geben. Wenn er dann nach Trier zurückkehre, möge er bei seinen Auftraggebern und dem Koadjutor unterbauen, daß der Kurfürst von Mainz zu diesen Verhandlungen mit hinzugezogen würde, worüber noch besonderer Bescheid gegeben werden solle. Dementsprechend lautete denn auch die Instruktion für Waldbott und Schäßberg, mit denen v. d. Leyen wieder zurückging. Außerdem erhielten sie noch den Auftrag, nebenbei auch die Hinzuziehung der Stadt Aachen, der Abtei Kornelimünster und der Grafen und Herren auf der Eifel zu betonen; vor Allen aber müsse Kur-Mainz mit in das Vertrauen gezogen werden. Die nöthigen Konferenzen wären so schleunig als möglich zu veranlassen.

Am 25. März trafen die neuburgischen Gesandten zu Bonn ein und erhielten Tags darauf beim Kurfürsten eine feierliche Audienz, bei welcher sie sich ihrer Proposition entledigten. Der Kurfürst drückte sein Wohlgefallen über das Entgegenkommen ihres Herrn aus und stellte ihnen für den Nachmittag seine Räthe zur Verfügung. Bei der Tafel, zu welcher jene zugezogen wurden, trank er auf das Wohl des Pfalzgrafen und seines Hauses. Mittlerweile war Aldenhoven aus Frankfurt eingetroffen, durch den man Einsicht in den daselbst vereinbarten Receß gewann, was die ganze Sachlage insofern veränderte, als der Kurfürst nunmehr besondere Besprechungen zwischen seinen und des Pfalzgrafen Räthen für überflüssig erklärte, da er jetzt durch diesen Vertrag gebunden sei, wohingegen er vorschlage, daß der Pfalzgraf demselben beitreten möge. Die Neuburgischen nahmen Kenntniß von dem Instrument. Sie versicherten, daß ihr Herr von den Verhandlungen zu Frankfurt keine Wissenschaft habe, sie demnach hierauf nicht instruirt seien. Doch fanden sie, daß der Receß „von ihres Herrn Meinung vielleicht nicht so gar different sein möchte.“ Ihre Mission war beendigt und sie zogen mit dem Bescheid heim, daß der Kurfürst zu weiteren Verhandlungen seinen Kämmerer Adolf v. Gymnich und den Licentiaten Düssel binnen Kurzem nach Düsseldorf dieser Angelegenheit halber abordnen würde. Was denn auch schon am 27. März geschah.

Der Kurfürst stellte in der That dem Pfalzgrafen einfach die Annahme der Frankfurter Abmachungen — „bei denen es ratione modi et formae keine Schwierigkeiten abgeben könne“ — anheim mit der Bitte, hinsichtlich des Maßes seiner Hülfeleistung genügende Erklärungen ab-

zugeben, damit man den beabsichtigten Zweck der gemeinsamen Landesvertheidigung erreichen könne. [1]

Am 2. April erhielten Gymnich und Düssel ihre Abfertigung. Der Pfalzgraf erklärte, dem Frankfurter Schlusse getrost beitreten zu können und zu diesem gemeinnützigen Defensionswesen das Seinige wirklich beitragen zu wollen. Zwar hätte ihn die Bestimmung stutzig gemacht, daß man bei dem Kurfürsten von Mainz seinen Beitritt anmelden solle, aber, da Gymnich (der hierbei wohl von der Wahrheit abwich) ihn versichert habe, daß Mainz von diesen Verhandlungen schon unterrichtet sei und zweifelsohne die zwischen Köln und Neuburg getroffenen Abmachungen billigen werde, so wolle er hieran keinen Anstoß nehmen, zumal nach der ihm gegebenen Erklärung, „daß diese Defensionsvereinigung zu Niemandes Offension oder offenbarer Ruptur, auch nicht wegen Belagerung der Stadt Frankenthal noch sonst dahin angesehen sei, daß man mit der Krone Spanien brechen solle, sondern daß der vornehmste scopus dieser Verfassung eine einmüthige Zusammensetzung, Vertretung und Defendirung aller darin Konjugirten sei, sowohl gegen die Ausländischen, welche eines oder des andern Unirten Land und Leute feindlich attentiren würden, als auch gegen alle Anderen in und außer dem h. röm. Reich, welche einen oder andern Unirten zu graviren sich unterstehen würden." Er wolle von seinen Räthen etliche nach Mainz schicken, falls er gewiß sein dürfe, daß sie mit den Kurfürstlichen gleiches Votum haben sollten, und über seinen Beitrag zu den Bundesleistungen nach Verhältniß seines Länderbesitzes verhandeln lassen und seine Mannschaft alsdann zum Beistand für Denjenigen bereit halten, welcher zuerst darum in seiner Noth anhalten werde.

Es kam also, wie wir bemerken, dem Pfalzgrafen weniger auf eine Verwickelung mit der Krone Spanien an, gegen deren und ihres Parteigängers des Herzogs von Lothringen Gewaltthätigkeiten der Frankfurter Bund zunächst seine Spitze gerichtet hatte, sondern auf Hülfe gegen solche in und außer dem Reich, von denen er sich einer ganz besonderen Gefahr versehen zu dürfen vermeinte. Er hatte demnach bei diesen Verhandlungen seine besonderen Hintergedanken. Gymnich wird ihn verstanden haben: denn dieser wird es gewesen sein, der ihn versichert hatte,

[1] Er fügte noch die Bitte um Herleihung einiger Hundert Mann hinzu, zum Schutze des von dem Herzog von Lothringen hart bedrängten Stifts Lüttich. Wolfgang Wilhelm versicherte unter dem Hinweis auf das eigene Bedrängniß, nicht willfahren zu können, erbot sich aber zu einer Vermittelung bei dem Herzog auf diplomatischem Wege: auch ein neuer Beweis für die Beziehungen des Pfalzgrafen zu dem Lothringer, welche er wegen seines gespannten Verhältnisses zum Kurfürsten von Brandenburg angeknüpft hatte.

daß auch gegen diese heimlichen Widersacher die Allianz gerichtet sein werde, wiewohl in seiner Instruktion hiervon nichts zu lesen war. Ueberhaupt wurde wohl mündlich Manches besprochen, was man dem Papier nicht anvertraute, wozu man sich verbindlich zu machen kölnischerseits wohl gern vermied und auch vorläufig keinen ernstlichen Anlaß sah.

Einen weiteren Aufschluß über diese Allianzverhandlungen mit Pfalz-Neuburg gewähren die Akten, soweit sie mir zur Verfügung standen, nicht. Die ganze Angelegenheit wird auch nicht weiter verfolgt worden sein. Es traten bald darauf Ereignisse ein, welche solche Bestrebungen zurücktreten ließen vor der ernsten Wirklichkeit. Der gefürchtete Fall, gegen welchen Wolfgang Wilhelm auch von dieser Seite her, sich rüsten zu müssen glaubte, trat eher ein, als er vermuthen mochte, noch bevor der geplante Bund zur Thatsache wurde. Andere Umstände schoben auch später noch die Verwirklichung derartiger Entwürfe für einige Zeit hinaus. Aber ein Ansatz war gegeben. Man durfte später bei günstigeren Verhältnissen den einmal gesponnenen Faden wieder aufnehmen.

Wolfgang Wilhelm hat die Gelegenheit dazu freilich nicht mehr erlebt; dafür aber hinterließ er einen Sohn, der vom ersten Augenblick seiner Regierung an auf ähnliche Pläne sann und viele Jahre lang an nichts eifriger und leidenschaftlicher gearbeitet hat, als an dem Zustandekommen eines Bundes, viel mächtiger und großartiger, als ihn in jenen Frühlingstagen des Jahres 1651 sein Vater geträumt hatte.[1]

3.

Neue Ansätze 1651—1654.

Die spanisch-französischen Kriegsgefahren und dadurch hervorgerufenen Defensionsbestrebungen traten in den Hintergrund, als das für den Niederrhein so verhängnißvolle lang glimmende Feuer der jülich-cleveschen Erbfolgefrage unvermuthet neuerdings wieder zu hellen Flam-

---

[1] In einem mir vorliegenden Schreiben (St.-A. Wiesbaden) des Trierer Domkapitels an den Pfalzgrafen Ludwig Philipp v. Simmern (vom 28. März 1651) begegne ich dem Gerücht von gleichzeitigen Allianzverhandlungen des Kurfürsten von Köln mit Neuburg und mit Münster, wofür ich sonst keinen Anhalt zu finden vermochte. Vermuthlich eben nur ein Gerücht, wie es zu einer Zeit, wo im Gefühl der Unsicherheit Alles nach Bündnissen haschte, nur allzu glaubhaft erscheinen konnte.

men emporloderte und der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, gereizt durch das fanatische Vorgehen des leidenschaftlichen Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm gegen seine protestantischen Unterthanen im Jülich-Bergischen und gewarnt vor den geheimnißvollen Werbungen des noch unruhigeren Neuburgischen Erbprinzen Philipp Wilhelm den Krieg vom Zaune brach. Es kann hier nicht der Ort sein, auf diesen sog. jülich'-schen Krieg vom Jahre 1651 näher einzugehen, welcher nach nicht all-zublutigem Verlaufe mit einem verständigen Rückzuge des Kurfürsten endigte. Denn dieser hatte sich in seinen stillen Hoffnungen, die durch die oranische Frage ihm entfremdeten General-Staaten mit sich zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen gegen den Neuburger durch seinen unge-stümen Losbruch fortreißen zu können, getäuscht gesehen.

Man mag von diesem Waffengange des Brandenburgers denken, was man will: der Erfolg war gegen ihn, vom allgemeinen Mißtrauen begleitet ging er aus dieser selbstgeschaffenen Verwickelung hervor. Die Besorgnisse des Pfalzgrafen, denen wir oben begegneten, welche er aller-dings wohl kaum so lebhaft empfunden haben würde, wenn er nicht, wie man zu sagen pflegt, böser Liebe sich bewußt gewesen wäre, waren also nur allzuberechtigt gewesen. Gewiß hatte er damals schon, noch vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten, als er auf besondere Feinde in und außer dem Reiche hindeutete, niemanden anders gemeint, als den Kur-fürsten Friedrich Wilhelm und wohl auch die Niederländer, deren Ent-scheidung damals noch zweifelhaft sein konnte, da die oranische Partei, mit welcher der Kurfürst in der engsten Verbindung zu bleiben einmals aufhörte, immerhin noch einen nicht zu unterschätzenden Anhang im Volke hatte und der Pfalzgraf aus mannigfachen Gründen eher auf ein feind-liches Verhalten der Staaten als auf eine wohlwollende Neutralität, geschweige denn auf Beistand für den Fall eines Zusammenstoßes mit seinem alten Rivalen rechnen durfte. Daher hatte er denn auch auf ganz anderer Seite Hülfe gesucht und gefunden: bei dem Herzog Karl von Lothringen, also dem Manne, gegen dessen Ausschreitungen die Kur-Rheinischen sich verbunden und gerade auch bei ihm, dem Pfalzgrafen, Hülfe sich zu sichern versucht hatten — eine wunderbare Konstellation, welche bei ihnen nicht weniger Mißtrauen gegen dieses zweideutige Neuburg als gegen das jähgewaltsame Brandenburg erwecken mußte, vielleicht mit ein Grund dafür, daß nach Beseitigung der Kriegs-gefahr dort am Niederrhein, auf's erste ähnliche Anlehnungsversuche wie jene im März 1651 von den Kur-Rheinischen nicht wieder beliebt wurden.

Naturgemäß wogen während jener Irrung bei den katholischen Nach-barn des Pfalzgrafen, zumal da dieser der Angegriffene war, die Sym-

pathien für diesen vor. Schon im Juni 1651 hatte der Brandenburgische Minister Blumenthal aus Wien berichten können, daß Kur-Köln zur Unterstützung für den Neuburger werben wolle und Mainz die Vermittelung der unintereſſirten Kurfürsten anzurufen gedenke.[1] Daß kölnisches und trierisches Volk dem Heere Wolfgang Wilhelm's zugezogen, glaubte man im kur-brandenburgischen Feldlager sehr wohl zu wissen, mit welcher Berechtigung bleibe dahingestellt.[2]

Und auch der kriegerische Fürstbischof von Münster, Christoph Bernard v. Galen, obwohl er sich die Miene gab, als ob er zwischen den streitenden Theilen ernstlich eine Vermittelung anstrebe, mußte vom Kurfürsten Friedrich Wilhelm unter Drohungen den Vorwurf hinnehmen, daß er dem Neuburger in seinem Lande Werbungen gestatte, welche er ihm abgeschlagen hatte.

Der Argwohn, welchen Brandenburg durch jenen Anfall auf den Neuburger für längere Zeit auf sich geladen, war der Gewinn, welchen dieser aus der ganzen Verwickelung davontrug. Er sowohl wie sein Sohn haben denselben als Hebel benutzt bei einer Politik, die sie von nun an mit Ernst und Eifer befolgten, der Politik des Tastens nach einer Allianz.

Wolfgang Wilhelm verwirklichte in der kurzen Spanne Zeit, die seinem Leben noch beschieden war, wenig von diesen Plänen. Mit den cleve-märkischen Landständen, welche von einer leidenschaftlichen Oppositionspartei geleitet, dem Kurfürsten von Brandenburg sich allezeit schwierig erzeigten und das Regiment verleideten, lebte Wolfgang Wilhelm wohl fortwährend im geheimen Einverständniß. Aber deren Unterstützung allein hätte ihm ein Gelingen seiner Revanchepläne nicht gewährleistet. Eine Anlehnung an die Generalstaaten erschien nach wie vor mißlich. Um den Herzog von Lothringen noch fernerhin zu werben, ging nicht wohl an, besonders da dieser ein zu unbequemer und kostspieliger Bundesgenosse war und auch nach anderer Richtung hin seine Hauptinteressen zu verfolgen hatte. Die Spanier vollends in's Land zu rufen oder auf der anderen Seite etwa mit den Franzosen anzuknüpfen, dazu fehlten Wolfgang Wilhelm doch die großartige Vermessenheit der Gedanken wie auch diejenige diplomatische Gewandtheit, welche seinen Sohn Philipp Wilhelm auszeichneten und später auf derartige Bahnen hinleiteten. So blieben denn zunächst die geistlichen Kurfürsten übrig für seine Allianzprojekte. Doch waren deren Blicke vorerst abgelenkt auf das Feld der allgemeinen Reichspolitik, auf welchem die

---

[1] U. A. VI, 32.

[2] Vgl. Droysen a. a. O. III, 2. Anm. 66.

provinziellen Gesichtspunkte auf einige Zeit wenigstens verdunkelt blieben. Das Friedensinstrument hatte eine Menge von Fragen, deren Entscheidung das Wohl und Wehe der Nation bedingte, völlig offen gelassen. Zu ihrer Erledigung hatte man den nächsten Reichstag bestimmt, dessen Berufung nach jahrelanger Verschleppung nun endlich im Herbst d. J. 1652 der Kaiser nicht länger mehr umgehen konnte. Es galt den abgelebten Formen der alten, hinfälligen Reichsverfassung, an denen man immerhin noch festzuhalteu gedachte, ein neues Gewand umzuhängen. Es handelte sich, wie ein neuer Historiker sagt, „kurzweg um eine umfassende Revision der gesamten Reichsverfassung; die fundamentalen Fragen der Verfassung, der Verwaltung, des Justizwesens, des Militärwesens standen auf der Tagesordnung dieses Reichstags; sogar — eine ganz neue Aufgabe — durchgreifende Maßregeln für die Neuordnung der zerrütteten ökonomischen Verhältnisse der Nation sollten hier berathen werden.“ [1]

Man hätte erwarten dürfen, daß die hohe erlauchte Reichsversammlung, an der Spitze das Reichsoberhaupt, diesen Aufgaben mit allem Eifer und Nachdruck sich hingeben würde. An gutem Willen, stellenweise auch an Einsicht wird es diesem oder jenem von den Reichsständen nicht gefehlt haben. Der Kaiser aber war weit davon entfernt. Ihn bewegte nichts mehr als die Wahl seines Sohnes zum römischen König und die Stärkung seiner Machtvollkommenheit als Kaiser einer- und der habsburgischen Hausmacht anderseits, auch auf Kosten des Reiches und seiner Stände. Und auf diese Weise ließ ein unseliges Geschick unsere Nation zur Erfüllung aller dieser Aufgaben nicht gelangen. Enttäuscht ging man auseinander, als der Reichstag im Mai 1654 von dem Kaiser, welchem er unbequem zu werden begann, voreilig geschlossen ward. Unfertig, verworren, heillos wie vorher, waren trotz mancher Anläufe zur Besserung die deutschen Reichszustände geblieben.

Man wird nicht finden können, daß bei diesen Reichstagsverhandlungen die geistlichen Kurfürsten sich durch besonderen reichspatriotischen Eifer ausgezeichnet hätten. Am meisten noch gab sich den Anschein eines solchen der vielgeschäftige, schönrednerische Johann Philipp vou Mainz. Immerhin schafften der Reichstag und was mit demselben in gewissem Zusammenhange stand, der Kurfürstentag zu Prag im November 1652, die Königswahl zu Augsburg und die Regensburger Berathungen selbst den Kurfürsten zunächst genug zu denken und zu thun, um ihnen nebenher noch viel Zeit und Muße zum Betreiben von Allianzprojekten

[1] Erdmannsdörffer, Graf G. Fr. v. Waldeck. S. 88.

übrig zu lassen. Obwohl die Lust dazu gewiß nimmer ganz in ihnen schlummerte! Dafür aber erhoffte man gerade auf jenem Reichstage ein Großes von allgemeinen durchgehenden Kreisverfassungen im Reich gegen die vielfachen Gefahren, welche von allen Himmelsgegenden her drohten. Aber man war doch sehr weit entfernt von der wirklichen Durchführung auch solcher Reformen. Der Reichsabschied stellte auch hierin einen Wechsel auf die Zukunft aus.

Aber, noch ehe es zu diesem Abschied gekommen, waren die geistlichen Kurfürsten gründlich verstimmt und hoffnungslos geworden. Ihre Lande standen immer noch jenen Gefahren, die aus den burgundisch-niederländischen Territorien herüberschienen, bloß und offen; und bei dem Kaiser, den sie um seine und des Reiches Hülfe ernstlich angingen, hatten sie nur taube Ohren und, wie sie bald merkten, heimliche Sympathien für das gefürchtete Spanien gefunden.[1]

Die kur-trierischen Lande waren fortwährend geplagt von friedbrüchigen Einlagerungen und schon drohte dem Kurfürsten von Köln in seinem Stifte Lüttich durch den Einfall der Spanier und des mit ihnen gegen Frankreich verbündeten Frondisten Prinzen Condé der volle Ruin, aus welchen ihn nur der Vertrag von Tirlemont (19. März 1654) riß, nachdem freilich französische Völker und von allen Reichsständen allein der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg und — wohl auf grund des kur-rheinischen Recesses von 1651 — auch die von Mainz und Trier[2] ihm mit thätlicher Hülfe beigesprungen waren, während von den nächstgesessenen katholischen Nachbarn der Bischof von

[1] U. A. VI, 265. Droysen III, 2. S. 81 ff. Die Absendung des kaiserlichen Gesandt. Graf Starhemberg an den Lothringer mit der Aufforderung zur Räumung der Reichslande (Januar 1653) war wohl nur eine wenig ernst gemeinte Demonstration; schmählich der Schacher auf dem Reichstage um die von dem Lothringer noch innebehaltenen Plätze, die er sich abkaufen lassen wollte. Die Gefangennahme des Herzogs, welcher den Spaniern selbst auf die Dauer unbequem und verdächtig geworden war, änderte nicht viel in der bedrängten Lage der Fürsten und Stände am Mittel- und Niederrhein, denn in Jenes Fußspuren trat bald sein Bruder Franz; und der Prinz von Condé, welchen der Verlauf der Frondekriege und der Haß gegen Mazarin in die Arme der Spanier getrieben hatten, sah nicht minder in den fruchtbaren Landesstrichen, zumal im Lüttichschen, die geeignetsten Stätten für Einlagerung seiner Truppen. Die Abmahnungen des Kaisers an den Statthalter in Brüssel waren zu wenig aufrichtig und nachdrücklich, zu Brüssel auch ihrem wahren Werthe nach genug gewürdigt, um ernstliche Abhülfe zu schaffen.

[2] Erdmannsdörffer a. a. O. S. 192 und U. A. VI, S. 483. Die Allianzverhandlungen Kur-Kölns mit den genannten Staaten um diese Zeit glaube ich übergehen zu dürfen, obwohl von der Betheiligung der beiden anderen geistlichen Kurfürsten dabei die Rede ist, was also vielleicht einigen Bezug auf den kur-rheinischen Receß von 1651 haben könnte. Vgl. Erdmannsdörffer a. a. O. S. 176.

Münster sich hinter leere Versprechungen geflüchtet[1] und der Pfalzgraf von Neuburg, von dem man im Januar 1654 wissen wollte, daß er mit dem Lothringer konspirire, den brandenburgischen Hülfsvölkern den Paß versagt hatte.[2] Derselbe Pfalzgraf, welcher in seinen Werbungen für ein Bündniß gerade unter den katholischen Fürsten der Rheinlande seit dem Jahre 1651 noch als Prinz und seit März 1653 als regierender Herzog von Jülich-Berg unermüdlich thätig gewesen war.[3]

Im Juni 1653, wenige Monate nach Antritt seiner Regierung, war er in Regensburg auf dem Reichstag erschienen, um bei dem Kaiser wegen des Krieges von 1651 Entschädigung von Brandenburg auszuwirken. Als „ein Herr von großen Qualitäten“ hatte er bald die Gunst des Kaisers erworben, bei welchem sein Rath und seine Fürsprache große Geltung hatten. Er traktirte, wie dem kur-brandenburgischen Gesandten Blumenthal auffällig erschien, die anwesenden Kurfürsten von Mainz und Köln und die anderen katholischen und evangelischen Fürsten herrlich. Er warb bei dem spanischen Gesandten wie bei Frankreich um Assistenz gegen seinen Erzfeind Friedrich Wilhelm von Brandenburg, erfuhr jedoch bei Beiden eine schroffe Abweisung.

Daheim in den jülich-bergischen Landen wieder angelangt, suchte er rechts und links bei seinen katholischen Nachbarn Stimmung zu erwecken für eine neue katholische Liga im Reich,[4] ja gewissermaßen einen praktischen Versuch zur Bewerkstelligung einer solchen unternahm er mit Hinzuziehung des gleich ränkevollen Bischofs Christoph Bernard von Münster auf dem westphälischen Kreistage zu Essen, welchen Beide im September 1653 ausgeschrieben hatten, ohne dem Kurfürsten von Brandenburg als Mitstand wegen Cleve und Mark die Berufung zugehen zu lassen: denn der Pfalzgraf beanspruchte als Herzog von Jülich-Berg wegen der gesamten Successionslande das Direktorium im Kreise und wollte dem cleveschen Theile nicht einmal Sitz und Stimme zugestehen. Nichts geringeres bezweckte er damit, als den ansehnlichsten und kriegsbereitesten Mitstand des Kreises von dessen Angelegenheiten durchaus fern zu halten und auf diese Weise desto besser seine ligistischen Pläne bei den katholischen Kreisgenossen durchzusetzen, bei dem Kurfürsten

[1] Briefwechsel zwischen ihm und dem Kurfürsten von Köln über die Assistenz aus dem Januar und Februar 1654 im St.-A. Münster.

[2] Droysen III, 2. 102. U. A. V. S. 609 und VI, 474 u. 486.

[3] Daß er in seinem Haß gegen den Brandenburger auch bei evangelischen Ständen, speciell dem Hause Braunschweig-Lüneburg, jedoch ohne jeden Erfolg, Anlehnung suchte, thut neuerdings Köcher (S. 130, 133 u. 137) aus Archivalien des St. A. Hannover dar.

[4] S. v. Haeften in seiner vortrefflichen Einleitung zur 3. Abtheilung in U. A. V, S. 606.

von Köln wegen Westphalen und Lüttich und dem Bischof von Münster, mit denen vereint er der sonst die Majorität im Kreise darstellenden Evangelischen Herr zu werden hoffte, um dann auch mit ihrer Hülfe seine Partikularinteressen zu erreichen.

Diesem Vorgehen entsprachen auch die Beschlüsse der Essener Versammlung, auf welcher zwar brandenburgische Abgesandte wegen Cleve-Mark (wegen Minden hatte Brandenburg Einladung erhalten) erschienen und protestirten, aber keinen Sitz hatten erlangen können.

Unter dem Vorwande der von dem Lothringer drohenden Gefahren wurde eine Kreisdefensionsverfassung entworfen, der Kreis also militärisch organisirt und als Kreisoberst der früher in kaiserlichen, jetzt in neuburgischen Diensten stehende Feldmarschall v. Reuschenberg ernannt, der Führer der neuburgischen Truppen im jülichschen Kriege von 1651 und ein erbitterter Feind aller Protestanten. Auch alle anderen Kreisämter wurden mit Katholiken besetzt. Als sich nunmehr wegen Verletzung der reichsverfassungsmäßigen Parität von seiten der Evangelischen, welche anfänglich sich zu Zugeständnissen herbeigelassen hatten, Protest erhob, schnitt man denselben durch einen überhasteten Kreisschluß, einen sogenannten Interimsreceß ab, worauf die Evangelischen abreisten, die Katholiken aber noch einige Tage in Essen zusammenblieben.[1]

Weiter zu gehen in ihren reichsverfassungswidrigen Plänen gegen Kur-Brandenburg und schließlich auch die anderen protestantischen Kreisgenossen hat diese Plänemacher zuletzt auch die drohende Haltung der auf's beste unterrichteten General-Staaten verhindert. Das Unternehmen durfte als gescheitert angesehen werden.

So viel mußte nunmehr den unionslustigen Fürsten am Rhein und in Westphalen klar werden, daß man weder recht im kur-rheinischen noch im westphälischen Kreise mit solchen Kreisverfassungen denjenigen Zielen einen Schritt näher zu kommen vermochte, denen ein Jeder für sich entgegensteuerte. Hier konnte — das sah man nach und nach ein — nur ein Partikulardefensionswesen, wie man es nannte, zu der Erfüllung der mannigfachen offenen und verborgenen Pläne führen, wie solche allmählich seit der verhältnißmäßig einfachen Konfiguration der politischen Verhältnisse des Jahres 1651 bei Dem und Jenem Wurzel zu fassen begonnen haben mochten.

Alle bisher besprochenen Projekte und Anläufe zu Allianzen reiften einem solchen Partikularwerk entgegen.

[1] Siehe Ausführliches über diesen Kreistag bei Erdmannsdörffer a. a. O. S. 168 ff. Droysen III, 2. 84; U. A. V, 601 ff. und VI, 474 ff.; neuerdings bei Köcher S. 81.

4.

Die Allianz vom 15. December 1654.

Neue unheildrohende Wolken standen am politischen Horizont der nordwestlichen Reichslande im Herbste des Jahres 1654. Jeden Augenblick schien die dumpfe Schwüle in einen heftigen Gewittersturm sich entladen zu wollen. Der spanisch-französische Krieg wurde von beiden Seiten mit ungeminderter Erbitterung weiter gekämpft: die deutschen Territorien an Maas, Niederrhein und Mosel blieben nach wie vor in den Augen der Spanier und Condé's die begehrungswerthesten Erholungsstätten für ihre in den Sommerfeldzügen ermatteten Truppen. Schon warb offen des gefangenen Lothringers Bruder Franz bei dem Kurfürsten von Köln um Gestattung des Durchzuges für seine Völker, welche er in die von den kurfürstlichen Landen eingeschlossenen neutralen Gebiete in's Winterquartier legen wollte.[1] Maximilian Heinrich von Köln hatte eben erst einen Bundesvertrag mit dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg geschlossen, dieser seinerseits einen solchen mit den drei Herzögen von Braunschweig-Lüneburg vereinbart, worin die Herbeiziehung Kur-Kölns in Aussicht genommen ward. Letzteres war also nicht allein durch seine kur-rheinischen Alliirten gegen derartige Gefahren einigermaßen gesichert und lehnte das Gesuch des Lothringers ab. Auf jeden Fall war man doch wieder gewarnt und neue Besorgnisse vor den Raubzügen und Brandschatzungen, ohne welche es bei derartigen Durchzügen nun einmal nicht abging, wurden wach.

In Westphalen blickte man angsterfüllt nach einer andern Seite. Die Schweden standen mit starker Heeresmacht an der unteren Weser und Elbe nach eben (Ende Nov. 1654) beendetem Kampfe mit der Stadt Bremen und allerhand Anzeichen schienen für einen gewissen Zusammenhang zwischen diesen Bewegungen im niedersächsischen Kreise und den Umtrieben der Spanier zu sprechen. Thatsache war, daß der neue König von Schweden Karl Gustav von Pfalz-Zweibrücken seine Truppenmacht dort unten nicht nur zusammenhielt sondern verstärkte und dadurch Gerüchten Nahrung gab, von denen das unwahrscheinlichste von einer beabsichtigten Geltendmachung gewisser Erbansprüche der pfalz-zweibrückener Linie auf die vielumworbenen jülich-cleve-bergischen Lande gerade im westlichen Niederdeutschland am allermeisten Glauben fand und die heftigsten Besorgnisse hervorrief. Nicht die geringsten bei dem Bischof von Münster, welcher in diesem Falle die schwedischen Völker, die erst vor

[1] Erdmannsdörffer a. a. O. S. 261.

wenigen Monaten die seit dem großen Kriege besetzt gehaltene Veste Vechta geräumt hatten, bald wieder hätte müssen in seinen Landen sehen. Ja, lag nicht am Ende der Gedanke nahe, daß Schweden nicht bloß nach den Jülich'schen, sondern auch nach den Münsterischen und Oldenburgischen Landen trachten könnte, um des Nordmeeres in gleicher Weise Herr zu werden, wie es in der Ostsee diesem Ziele bereits mit vollen Segeln zuzueilen sich anschickte? Eine Perspektive, welche auch Anderen als dem sonst unerschrockenen „martialischen" Bischof von Münster Wallungen zu bereiten geeignet sein konnte.

Für den gab es aber noch eine weitere Sorge; die seit einiger Zeit infolge der Aufwiegelungen des einstigen Mitbewerbers um den Bischofsstuhl, des leidenschaftlichen Domdechanten v. Mallinckrodt aufsätzig gewordene Stadt Münster begann ihm für seine dynastischen Gelüste recht unbequem zu werden. Am 7. October 1654 war es dort in der Residenz sogar zu tumultuarischen Scenen gekommen, der Bischof dadurch wie überhaupt durch das ganze Verhalten des Magistrats schwer beleidigt worden. Er sann auf Rache und trachtete vor allen Dingen nach der Macht, um weitere Empörungen mit eiserner Hand niederhalten zu können und dadurch seine Anschläge auf die so zäh vertheidigten und argwöhnisch gehüteten Freiheiten der Stadt zu erreichen.[1]

Unter diesen Umständen darf es daher nicht Wunder nehmen, wenn wir nunmehr dem Bischof Christoph Bernard von Münster als dem-

---

[1] K. Tücking, Geschichte des Stifts Münster unter Christoph Bernard v. Galen. Ueber die Beziehungen des Bischofs zu der Allianz von 1654 geht dieses Buch mit sichtlicher Flüchtigkeit hinweg. Der Verfasser findet sich damit in sechs Zeilen ab und nur nach Joh. ab Alpen, de vita et rebus gestis Chr. B. ep. et princ. Monast. decas, Coesfeld 1694, nicht aber nach den schönen Akten, die ihm in dem münsterischen Staats-Archive hierfür zu Gebote gestanden hätten. Auch ab Alpen selbst behandelt die Allianz mit auffälliger Kürze. Er erwähnt die von dem Schwedenkönig allseitig erwarteten Gefahren und dagegen veranstaltete Rüstungen, so auch die des Bischofs, und bemerkt dann (S. 216): Ut autem Christophorus Bernardus non minus authoritatem domi, quam securitatem adversus vim omnem externam tutius stabiliret, Principes sibi Rhenanos, icto per hos dies foedere sociavit, tabulis in hunc fere modum vernacule confectis (folgt der Allianzreceß in lateinischer Uebersetzung). Diese Kürze der beiden Biographen Christoph Bernard's ist wohl auch der Grund für die auffallende Erscheinung, daß die münsterischen Akten über die Allianz von 1654 bisher noch von Niemandem benutzt worden sind; man vermuthete dort wohl keine solchen. Und doch sind es die einzigen auf der Welt, welche nähere Aufschlüsse hierüber zu geben vermögen. Die kur-kölnischen, kurtrierischen und pfalz-neuburgischen Akten sind verschwunden; vergeblich waren meine Nachfragen in Koblenz wie in Düsseldorf. — La vie et les faits memorables de Christophle Bernard van Galen, Köln 1679 enthält keinerlei Hinweis auf die Allianz vom Jahre 1654.

jenigen begegnen, welcher die ganze, allerdings nun schon seit Jahren schwebende Allianzfrage in den rechten Fluß gebracht hat.

Zwei Tage nach den Unruhen in der Stadt Münster beorderte Christoph Bernard von Coesfeld aus seinen Geheimen Rath den Domkapitularen Wilhelm v. Fürstenberg [1] zu den Kurfürsten von Köln und Trier und an den Pfalzgrafen von Neuburg, um deren Beistand gegen die ihm vermeintlich drohenden Gefahren und namentlich gegen die aufrührerische Stadt Münster nachzusuchen, aber auch um zugleich über den Plan eines gegenseitigen Bündnisses bei den gegenwärtigen seltsamen Läuften zu unterhandeln. Fürstenberg war zuerst bei dem Kurfürsten von Köln gewesen. In den Akten begegnet man ihm zuerst am 16. October in Düsseldorf, von wo aus er dem Bischof meldet, daß der Pfalzgraf Assistenz leisten wolle, aber nur unter der Bedingung, daß seine Truppen nicht gegen die Schweden verwendet werden dürften. „Wegen der Allianz", so lautet es ferner in diesem Bericht, „habe ich dienlicher erachtet, eher mit beiden Kurfürsten als Ihrer Durchlaucht (von Neuburg) zu schließen und haben solches J. D. approbirt, aber daneben für gut befunden, daß ich ebener gestalt die Sache bei Kur-Mainz möge traktiren. Der Kurfürst von Köln approbirt alles, was ich wegen der mutuellen Allianz bei ihm vorgebracht, hat aber zu sondiren befohlen, an non Brandenburgicus assumi possit, quod totaliter Neoburgicus dissuadet und an dessen Platz landgravium Darmstadiensem [2] recommendiret uti bonum Caesarem, addendo, daß Kur-Köln wohl könnte alliirt sein in particulari mit Brandenburg und ohne das communem alliancem mit den bewußten Interessenten eingehen."

Dieses Schriftstück führt uns gleich mitten hinein in die verschiedenen Kombinationen. Der Bischof, welcher die Allianz in Vorschlag bringt, wünscht zu Theilnehmern Köln, Trier und Neuburg, der Kölner außer diesen etwa noch den mit ihm erst neu verbündeten Kurfürsten von Brandenburg, der Neuburger unter entschiedener Zurückweisung dieser Idee den Kurfürsten von Mainz und höchstens den ihm nahe verwandten Landgrafen zu Darmstadt, dann aber den so weit entsessenen Kaiser [3] d. h. wohl im Grunde, ganz versteckt, die Spanier, wenigstens indirekt. Durch den Bund mit dem Kaiser will Philipp Wilhelm wenigstens die Spanier

---

[1] Von vornherein sei bemerkt, daß derselbe zu dem reichsgräflichen Geschlechte desselben Namens in keinerlei verwandtschaftlichen Beziehungen stand. Dem letzteren entsprossen die Brüder Franz Egon und Wilhelm, denen wir in rheinbündischen Angelegenheiten weiter unten öfters begegnen werden.

[2] Landgraf Georg, des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm Schwiegervater.

[3] Oder läßt das uti bonum Caesarem einen andern Sinn zu, und welchen? Bekannt ist die gut kaiserliche Gesinnung des Landgrafen Georg.

sich vom Leibe halten, ebenso wie er mit den Schweden keine Verwickelung wünscht und deshalb ausdrücklich die Verwendung seiner Truppen gegen diese vermieden zu sehen begehrt.

Am nächsten Tage, den 17. October, finden wir Fürstenberg in Köln, von wo aus für seine spätere Reise nach Trier er sich von dem Bischof auch ein Kreditiv für das dortige Domkapitel erbittet.

Von Coesfeld antwortet der Bischof am 20. seinem Gesandten, daß er den Plan mit Kur-Mainz nicht billigen könne, um nicht den Anschein zu erwecken, „als wollten alle Katholische eine ligam einrichten.“ Dieser Kurfürst möge sich besser mit seinen Nachbaren absonderlich zu gegenseitigem Beistand verbinden. Dann könnten sich die beiderseitigen Alliirten um so wirkungsvoller in die Hände arbeiten. Gegen den Landgrafen Georg von Hessen habe er „zur Benehmung aller etwaigen umbrage“ nichts einzuwenden; diesen durch den Neuburger einladen zu lassen, halte er für dienlicher, als mit Brandenburg oder gar dem Hause Braunschweig-Lüneburg sich einzulassen, „zumal jenes gefährliche intentiones bekannt und diese nur der Katholischen consilia penetriren, dieselben sehr aufziehen, die Hände aber in Zeiten der Noth besorglich wiederum zurücknehmen werden.“

Auf die Nachricht von der Geneigtheit des Kurfürsten von Köln für diesen Allianzplan beeilte sich Christoph Bernard mit einer Note an denselben, kraft deren er in urkundlicher Form sich anheischig macht, mit ihm einen Defensionsvergleich einzugehen und zu solchem Ende 1200 M. z. F. und 300 Pferde in Bereitschaft zu halten, da Jener sich zu der gleichen Anzahl erboten habe.[1] Fürstenberg überreichte diese Note am 27. October: doch gab man, soviel sich bemerken läßt, eine offizielle Gegenerklärung kölnischerseits nicht ab, vermuthlich in Erwartung des Erfolges der weiteren Unterhandlungen Fürstenbergs mit Trier und Neuburg.[2]

Am 30. October sandte der Bischof seinem Geschäftsträger neue Ordre nach. Er solle bei Trier die Abmachungen wegen Höhe der beiderseitigen Bundeskontingente auf den Fuß der Reichsmatrikel bringen, ohne jedoch hierauf zu dringen, wenn er sehe, daß dadurch der höchstnöthige Schluß Aufschub erleiden könnte. Er solle dabei versichern, daß der Bischof binnen kurzem in solcher Verfassung stehen werde, daß das, was seinerseits versprochen, im Ueberfluß werde geleistet werden können.[3]

---

[1] Coesfeld, 23. October 1654, Koncept im St.-A. Münster.

[2] Obersthofmeister Franz Egon Graf Fürstenberg ließ sich damals für seine Zusage energischer Vertretung der Interessen Christoph Bernard's ein Douceur von 3700 fl. versprechen, die ihm der Bischof am 2. November 1654 anwies.

[3] Die münsterischen Landstände bewilligten dem Bischof am 12. Januar 1655

Wegen Kur-Mainz hatte der Bischof unterdessen sich eines andren besonnen. Noch zu Bonn hatte Fürstenberg am 28. October Kreditive für Neuburg (wohin er zuerst nicht als offizieller Abgesandter sondern unter dem Vorwande von Privatgeschäften sich hatte begeben müssen) und — für Mainz empfangen. Trotzdem rieth auch er jetzt dem Bischof ab, letzteres mit hineinzuziehen, da man meine, daß der Kurfürst eine Generalliga unter den Katholischen bezwecke und dessen Assistenz ohnehin zu erwarten stehe, wenn er sich mit seinen Nachbaren alliire. Hingegen schlug er vor, durch den Gesandten bei dem Deputationstage in Frankfurt oder durch ein besonderes Schreiben dem Kurfürsten Johann Philipp die nöthigen Eröffnungen zu machen. Dessenungeachtet befahl der Bischof dem Gesandten, sich zu dem Kurfürsten zu erheben und demselben kundzuthun, was wegen der mutuellen Assistenz mit Köln und Trier abgeredet und geschlossen und dabei wegen Mitzuziehung des Landgrafen von Hessen-Darmstadt für gut befunden worden sein werde, auch dessen Gutachten zu begehren darüber, was ferner zu Erhaltung von Fried und Ruhestand und zu Abkehrung aller fremden Ueberfälle ersprießlich sein möchte, desgleichen ob ihm beliebig sei, wegen gegenwärtiger Gefahr sich gleichmäßig mit seinen Nachbaren zu verbinden oder aber mit in diese mutuelle Defensionshülfe zu treten.

Diesen Befehl wiederholte der Bischof unter dem 6. November, da er berichtet worden, daß Mainz mit Köln und Trier sich bereits in ein Bündniß (den frankfurter Receß) eingelassen haben solle. Es kam jedoch nicht zur Ausführung dieser Ordre, weil die zunächst mit Köln, Trier und Neuburg angesponnenen Verhandlungen zum eiligen Zusammentritt einer Konferenz führten, bei welcher der Bischof Fürstenberg's benöthigte. Hier sollte die Frage wegen der Hinzuziehung des Kürfürsten von Mainz erst in nähere Erwägung genommen werden.[1]

Am 29. October hatte inzwischen Wilhelm v. Fürstenberg vom Hoflager des Kurfürsten von Köln zu Bonn Abschied genommen. Am 31. traf er in Trier ein, allwo er einen Abgesandten des niederländischen Statthalters Erzherzogs Leopold Wilhelm vorfand, den Generalwachtmeister Wulf, welcher für die Spanier im Erzstift Quartier begehrte, ohne indessen eine Zusage erlangen zu können. Auch vernahm der münsterische Gesandte sogleich gesprächsweise, daß der Kurfürst von Trier den Pfalzgrafen von Zweibrücken, Bruder des Schwedenkönigs, bei einer jüngst stattgehabten Begegnung gefragt habe, ob er denn wirklich seine An-

---

75 000 Thaler zum Unterhalt von 3000 Mann zu Fuß und 400 Reitern. Tücking S. 23. Alpen II, S. 215 spricht von 3000 Mann z. F. und 1000 Reitern, was wohl zu hoch gegriffen ist.

[1] Gegenordre an Fürstenberg vom 13. November.

sprüche auf die Jülich'schen Lande an die Krone Schweden verkauft habe, worauf die Antwort erfolgt sei, das sei zwar noch nicht geschehen, aber Schweden werde ihm, dem Pfalzgrafen, schon zum Besitz verhelfen, wenn der Kaiser kein Recht schaffen wolle — eine treffliche Illustration zu den beunruhigenden Gerüchten von den starken Rüstungen des schwedischen Statthalters Königsmark in den bremischen Landen.

Schon am 1. November erhielt Fürstenberg bei dem Kurfürsten Karl Kaspar Audienz, wobei er mündlich und schriftlich seine Anträge vorlegte. Der Kurfürst äußerte sich im Hinblick auf die auch ihm drohenden Gefahren zustimmend zu den Plänen Christoph Bernard's und verwies alles Weitere auf Konferenzen mit dem jungen Chorbischof v. Eltz und dem Kanzler Anethanus.

Deren Erfolg war der nämliche wie zu Bonn; und hatte wohl nicht wenig zum Gelingen die Aufmerksamkeit des Bischofs von Münster gegen das Domkapitel zu Trier beigetragen.[1]

Unterdessen hatte auch der Kurfürst von Köln in dieser Angelegenheit nicht gefeiert. Gleichzeitig mit der Abreise des Münsterischen Abgesandten nach Trier begab sich von Bonn im Auftrage Maximilian Heinrichs, dessen Obersthofmeister Franz Egon Fürstenberg nach Düsseldorf zum Pfalzgrafen,[2] mit welchem er über dieses Allianzprojekt Unterredung pflegen sollte. Diese Absendung erschien um so nothwendiger, als auch Philipp Wilhelm kurz vorher — der Zeitpunkt vermag aus dem einzigen Schriftstück, welches hierüber Aufschluß giebt, nicht genau festgestellt zu werden[3] — mit einem Allianzplan hervorgetreten war. Reuschenberg, der Vermittler in dieser Sache, war instruirt worden, dem Kurfürsten unter Hinweis auf die Schwierigkeiten, welche Kur-Brandenburg in der westphälischen Kreisdirektorialfrage fortwährend bereite, eine Partikularverfassung zwischen den Kur-Fürsten und Ständen diesseits d. h. links vom Rhein, etwa mit Hinzuziehung von Münster und anderer katholischen Stände mehr vorzuschlagen „unter dem Namen, allen Denen zu resistiren, welche wider die Reichskonstitutionen und den Friedensschluß einen oder den andern der alliirten Stände infestiren würden." Damit auch bei den Unkatholischen keine „gialusia oder Nachdenken" hier-

---

[1] Rekreditive des Kurfürsten und des Domkapitels für Fürstenberg, der zugleich auch dem letzteren angehörte (er war Domherr zu Trier, Münster u. Paderborn) vom 4. November 1654. Ueber den Verlauf der Konferenz vermag ich übrigens aus den Akten nichts zu berichten.

[2] Er war ein Anverwandter des Pfalzgrafen, dessen Vater seine Schwester in dritter Ehe zur Gemahlin gehabt hatte.

[3] Instruktion für Reuschenberg zu einer Abordnung an den Kurfürsten von Köln, ohne Datirung, in den Münsterer Akten.

durch verursacht würde, könnte man ja einen oder den andern von ihnen, dessen guter Intention man versichert wäre, der auch die Macht der Katholischen nicht überwiegen oder derselben sich gleichmachen könnte, mit dazu invitiren und ihnen dadurch solchen Argwohn benehmen."

Also hier wiederum, wie zu erwarten, direkte Spitze gegen Brandenburg und ausdrückliche Betonung der Nothwendigkeit seines Ausschlusses von allen derartigen Unternehmungen, sehr bemerkenswerth gegenüber einer Macht, welche sich Brandenburg vor einiger Zeit erst merklich genähert hatte. Es ist zu bedauern, daß aus den Akten nicht erhellt, wie man zu Köln den Antrag Reuschenbergs aufnahm und welchen Bescheid man ihm gab.

Nunmehr also war Franz Egon v. Fürstenberg beauftragt, von neuem anzuknüpfen, diesmal auf die Anregung, welche der Bischof von Münster gegeben. Er fragte im Namen des Kurfürsten einfach an, welchen Standpunkt der Pfalzgraf in dieser Angelegenheit einzunehmen gedenke. Philipp Wilhelm zeigte sichtlichen Eifer und schlug die Beschickung einer möglichst bald etwa nach der Stadt Köln zu berufenden Konferenz vor, auf welcher man allerseits über die Bedingungen und Formen einer solchen Allianz Beschluß fassen könnte. Sollten sich inzwischen in des Kurfürsten Landen Gefahren zeigen, so sei er erbötig, von seinen Völkern, die er bereits auf den Beinen habe, 600 Mann z. F. und 150 Reiter zur Assistenz herzuleihen, wohingegen er in gleichem Falle auf entsprechende Gegenleistung rechne. Das angegebene Kontingent wolle er eventuell gern bis auf 1200 und 300 Mann verstärken, wenn dergleichen auch für Bundeszwecke von Anderen nach Verhältniß der Matrikel geleistet werde. Im übrigen könne er sich mit den über diese Verbindung bereits zwischen Köln und Münster getroffenen anderweitigen Vereinbarungen einverstanden erklären.[1]

Von diesem Ergebnisse der Sendung Franz Egon's nach Düsseldorf unterrichtete der Kurfürst von Köln umgehend (4. November) durch eigene Staffette den Bischof von Münster und erklärte sich seinerseits einverstanden mit dem Neuburgischen Vorschlag wegen beschleunigter Berufung einer konstituirenden Versammlung nach Köln oder anders wohin, unter Anheimgabe, den demnächst von Trier zurückerwarteten Wilhelm von Fürstenberg mit angemessenen Instruktionen zu versehen. An den

---

[1] Eine allgemeine Kreisverfassung, so betonte außerdem der Pfalzgraf bei dieser Gelegenheit, halte er aus vielfachen Gründen für nicht dienlich; er hoffe, daß der Kurfürst die brandenburgischen Anmaßungen wegen des Kondirektoriums im westphälischen Kreis nicht gestatten, sondern vielmehr behülflich sein werde, daß dem Pfalzgrafen allein das Direktorium verbleibe.

Kurfürsten Karl Kaspar habe er die gleiche Aufforderung ergehen lassen, der ihr zweifellos Folge geben werde, da erneute Gefahren sowohl vom Lothringer und dem Prinzen Condé als auch nunmehr von den Schweden zu erwarten stünden.

Am 7. November erklärte der Bischof seine Zustimmung zur Konferenz; dem Domkapitularen Fürstenberg werde er Vollmacht und Instruktion entgegenschicken. Zu gleicher Zeit wies er diesen an, in Köln auf nähere Verfügung von ihm zu warten; sollten mittlerweile etwa die Berathungen ihren Anfang nehmen, habe er sich anfangs nach der ihm schon früher ertheilten Instruktion zu richten und weiterer Verordnung entgegenzusehen. Am 10. November sendet er ihm die Kreditive, fordert ihn zu fleißigen Berichten auf und hält es für geboten, ihn über seinen Standpunkt in dieser ganzen Angelegenheit ungefähr in folgenden Ausführungen zu unterrichten: Circa materias — so deducirt er — halte er dafür, daß dieser Bund zu Erhaltung der Römischen Kaiserlichen Majestät, des heiligen Reiches und der zusammentretenden Fürsten und Stände Lande Wohlfahrt und vornehmlich auf die katholische Religion und den jüngsten Friedensschluß zu begründen, jedoch so, daß die Hülfe mit den Waffen nicht eher geschehen müßte, bevor dem Kaiser von der Gefahr, dem Friedensbruch oder anderen Feindseligkeiten berichtet sei. Auch müßte dessen Rath, Hülfe und Befehl, wenn es die Zeit nur immer erlauben wolle, abgewartet werden. Benachrichtigung des Kurfürsten von Mainz von dem Schlusse der Allianz sei nothwendig, damit er auf den Nothfall mit Rath und That Beistand gewähren möge. Wolle jedoch einer oder der andere der Zusammentretenden die Reichspolitik, auch die religiöse Seite der Angelegenheit nicht berührt wissen, so könnte hierin ja immerhin das Bündniß „auf eines Jeden gutbefindlichen Gefallen gestellt werden." Auch müsse Jedem frei bleiben, nach seinem Gutdünken und seinen Umständen mit den Benachbarten in Freundschaft zu leben oder in Verbindung zu treten — dabei jedoch dieses engere Bündniß das beste und sicherste sein — doch dürfe dann den anderen Bundesgenossen nicht zugemuthet werden, sondern in ihrem Belieben beruhen, hierzu mit beizutreten. Er, der Bischof, habe seinerseits die Absicht, sich auch mit einigen benachbarten Evangelischen, vornehmlich dem Hause Braunschweig-Lüneburg auf dessen Einladung, in Verständniß einzulassen und werde er seiner Zeit dem Kurfürsten von Köln und Anderen hierüber Mittheilungen machen.[1] Durch Mitwirkung der Braunschweiger

[1] Bezügliche Verhandlungen fanden in der That auf dem westphälischen Kreistage zu Osnabrück im November und Anfang December 1654 statt. Das Haus Braunschweig hatte den Bischof zu einer Allianz auffordern lassen. Dieser drang

könne nun vielleicht auch eine Einigung zwischen Kur-Brandenburg und Neuburg wegen des Direktoriums in dem westphälischen Kreise erzielt werden und man dadurch endlich zu einer Kreisverfassung und vermittels derselben zum Eintritt Brandenburgs in die Allianz gelangen. Man könne zu Köln ja auch Zusammensetzung benachbarter Kreise in Vorschlag bringen oder wenigstens versuchen, andere benachbarte (mit enclavirte) und bestvertrauliche, auch evangelische Stände mit beizubringen. Er stehe schon in Verhandlungen mit einigen diesseits des Rheins gesessenen Grafen, wie auch mit denen des Westerwaldes. Uebrigens sei er mit seinen Werbungen so weit gediehen, daß er binnen kurzer Zeit mit seinen Völkern auf allen Nothfall Jedem Hülfe zu leisten in der Lage sein werde.

Lediglich der Form halber ging Wilhelm v. Fürstenberg nach seiner Rückkehr von Trier nochmals nach Düsseldorf zu dem Pfalzgrafen, welcher am 11. November schriftlich zur Eingehung eines Separatbündnisses mit den öfters Genannten sich bereit erklärte und, obwohl er zwar jetzt schon gern mit dem Bischof abgeschlossen hätte, alles Nähere auf die vorgeschlagene Konferenz zu Köln verwies. Er fügte aber hinzu: dafern der Zusammentritt derselben sich zu lange verweilen oder etwa gar zerschlagen sollte, sei er willens, dessenungeachtet diese besondere Allianz mit Münster feststellen zu lassen und bezügliche Verhandlungen einzuleiten. Denn seit seinem Regierungsantritt habe er bei den drohenden Gefahren hierzu stets um so mehr Begierde getragen, als er von einer allgemeinen Kreisverfassung nichts ersprießliches sich versprechen könne, da hier die Unkatholischen die Uebermacht hätten und deren Intentionen bekannt seien.

Unterdessen war auch die zustimmende Erklärung des Kurfürsten von Trier eingelangt,[1] welcher die Hinkunft seines Landhofmeisters Frei-

besonders auf Beistand gegen die von den Schweden drohende Gefahr und contra quoscunque turbatores tranquillitatis publicae. Mit Brandenburg war er gleichfalls zu schließen bereit. Unterhandlungen fanden statt. Braunschweig zeigte sich nicht geneigt, gegen Schweden, mit dem es im Hildesheimer Bunde, etwas Verbindliches einzugehen. Brandenburg schien nicht abgeneigt, da es aber seinen Anspruch auf das Direktorium im westphälischen Kreise nicht aufgab, zerschlugen sich die Münsterischerseits von dem Domkustos Jobst Edmund v. Brabeck geleiteten Verhandlungen. Die von mir hierüber benutzten Akten des St.-A. Münster sind sehr fragmentarisch. Aus den Berichten des brandenburgischen Deputirten Wesenbeck ergab sich für Erdmannsdörffer (a. a. O. S. 262, Anm. 2) ein anderes Bild. Ich muß mir hier versagen, diese Verhandlungen in's rechte Licht zu setzen, was immerhin höchst wünschenswerth ist. Bei Köcher (S. 190) vermisse ich jede bezügliche Nachricht über diese Verhandlungen zu Osnabrück.

[1] Geht hervor aus einem Schreiben des Kurfürsten von Köln an den Pfalzgrafen vom 20. November (Münster).

herrn v. Metternich nach Köln in Aussicht stellte. Daraufhin traf der Pfalzgraf sofort seine Anstalten zu der bevorstehenden Konferenz und forderte zu gleichem den Bischof Christoph Bernard auf (21. Nov.). Dieser sandte den inzwischen zu ihm zurückgekehrten Wilhelm v. Fürstenberg hierauf sogleich wieder nach Köln zurück (27. Nov.).

Die demselben nunmehr mitgegebene offizielle Instruktion[1] weicht einigermaßen von dem oben mitgetheilten Vorgutachten des Bischofs vom 10. d. Mts. ab. Von der damals so besonders betonten Nothwendigkeit von Kommunikationen mit dem Kaiser ist hier keine Rede mehr, ebensowenig von der vorher als wünschenswerth betrachteten Benachrichtigung des Kurfürsten von Mainz wie von den Kreisverfassungen — offenbar ein Ergebniß des mündlichen Berichtes Fürstenberg's über die Erfahrungen auf seiner Rundreise. Hingegen taucht als neu der Gedanke auf, daß die Union als eine ewige und unauflösliche einzurichten sei,[2] „weil die Gefahr immerhin bleiben würde und durante causa effectus nicht aufgehoben wird.“ Damit Mißtrauen vermieden werde, müsse der Receß den jüngsten Reichsabschied und die Exekutionsordnung als Grundlagen des Bündnisses ausdrücklich bezeichnen. Keiner von den Genossen dürfe befugt sein, sich mit Andern auf eigne Hand einzulassen, sondern müßten etwa gutbefundene Einladungen von dem Gesamtkörper der Alliirten ausgehen. Des Bischofs Neigungen in dieser Beziehung zielen dabei immer noch auf den Kurfürsten von Brandenburg, weil dieser mit Kur-Köln in gutem Einvernehmen stehe und seine Lande zwischen denen der Alliirten gelegen seien (Cleve, Mark, Ravensberg), desgleichen auf den Landgrafen zu Hessen-Darmstadt wegen dessen verwandtschaftlicher Beziehungen zu dem Pfalzgrafen und „seines guten Eifers zu Erhaltung des gemeinen Wohlwesens bei vorigen Kriegen.“ Daneben seien etwa auch einige Nassauische und andre Grafen auf dem Westerwald und in der Wetterau mit zuzuziehen. Würden dann Brandenburg und Andre gern Hessen-Kassel und das Haus Braunschweig mit einverleibt haben wollen, so habe Fürstenberg zu erklären, daß seines Herrn Meinung hierin indifferent sei, „weil jenes Verstellung guter Handlungen und bei diesem bekannt ist, daß es die Krone Schweden in keinem offendiren will oder darf, sondern derselben weiteres Aufkommen im Reich und daß sie darin mehr considerabel werde, suchet.“

Der Fuß bei Aufstellung der streitbaren Bundesmacht sei auf die Reichsmatrikel zu setzen und müsse mindestens ein Korps von 1200 Rei-

---

[1] d. d. Ahaus 24. November 1654.

[2] Der Bischof ging jedoch bei reiferer Erwägung von dieser Bedingung ab. Verfügung an Fürstenberg vom 10. December 1654.

tern und 4000 Mann zu Fuß, in Nothfällen das Doppelte, Drei-, ja Vierfache dieser Zahlen, aber effektiv und nicht bloß auf dem Papier aufgestellt werden. Da jedoch wegen des Matrikularanschlages besonders bei Kur-Trier Schwierigkeiten voraussichtlich sich erheben würden, solle Fürstenberg wenigstens eine annähernde Höhe durchzusetzen sich bemühen. Die weiteren Bestimmungen dieser Instruktion beschäftigen sich mit Organisation, Kommando und Ausrüstung der Bundesarmee, dem Artilleriewesen, sowie der Besetzung der wegen des Passes über die Lippe vornehmlich wichtigen Festung Dorsten.

Den Schwerpunkt der ganzen Instruktion — und hierauf muß besonders aufmerksam gemacht werden, da es die geheimsten Herzensregungen des Bischofs enthüllt — legte er in die Bestimmungen, daß die Allianz „zwischen den benannten vier Fürsten am meisten zu restringiren und in articulo secreto causa religionis und Erhaltung des christlichen — das heißt katholischen — Wesens zu inseriren sei.“

Man wird die Weitläufigkeit entschuldigen müssen, mit welcher diese Vorverhandlungen und dabei zutage tretenden Ziele und Wünsche einzelner der Betheiligten hier besprochen werden. Diese Langathmigkeit darf ihre Rechtfertigung in der Thatsache finden, daß von allen diesen Dingen bisher noch nirgends etwas in die Oeffentlichkeit gedrungen ist. Ja, man möchte fast bedauern, daß seitens anderer Theilnehmer an der Allianz nicht gleiche Kundgebungen wie die von Münster und theilweise von Neuburg vorliegen. Um so kürzer wird freilich auch andererseits der Fortgang dieser Transaktionen und deren Ergebniß behandelt werden können.

Anfang December trafen nach und nach die Vertreter der einzelnen Fürsten in Köln ein, Wilhelm v. Fürstenberg als der erste. Ihm folgten im Auftrage des Kurfürsten von Köln Franz Egon Graf zu Fürstenberg und der Kanzler Buschmann, wegen Kur-Trier der Landhofmeister Lothar Freiherr v. Metternich und wegen Neuburg Statthalter v. Reuschenberg, Kanzler v. Winkelhausen und Generalwachtmeister v. Goltstein. Die Kölnischen drangen auf schleunige Vornahme der Berathungen, um — wie der münsterische Abgeordnete bemerkte — das ihm von Trier wegen des Zusammentritts in der Diözese Köln übertragene Direktorium in der Hand zu behalten. Denn der Pfalzgraf von Neuburg hatte, wie wir bei dieser Gelegenheit erfahren, auf eigene Verantwortung zu diesen Verhandlungen auch den Kurfürsten von Mainz eingeladen und dieser dem Kurfürsten von Trier mitgetheilt, daß er seine Vertreter zu senden willens sei. Das Direktorium hätte dann von Rechtswegen dem Kurfürsten von Mainz wegen seines Vorranges vor den andern geistlichen Kurfürsten als Erzkanzler des Reichs gebührt und wäre auch von ihm

sicherlich beansprucht worden. Aus reiner Eifersucht also suchte Köln dem Mainzer zuvorzukommen: doch sollte ihm diesmal noch alle Verlegenheit erspart bleiben, da Kur-Mainz nicht erschien, vermuthlich, weil ihm die einseitige Aufforderung des Pfalzgrafen nicht genügte, es vielmehr eine Gesamteinladung erwarten zu dürfen glaubte.

Am 5. und 6. December fanden die ersten Berathungen statt.[1] In der Hauptfrage war man ja allerseits einig. Die erste Schwierigkeit verursachte die Forderung Münsters wegen des Matrikularfußes, den es als Norm begehrte, weil sich in den Vorverhandlungen ergab, daß der Bischof einem gleichen Anschlag unterworfen werden sollte wie der Kurfürst von Köln (1200 M. z. F. und 300 z. Pf.), der denn doch wegen seiner drei Stifter Köln, Lüttich und Hildesheim ein weit mächtigerer, leistungsfähigerer Fürst war, als der Bischof von Münster. Hätte man nach der Matrikel geschätzt, würde sich das Verhältniß für Köln ungünstiger gestaltet haben; daher sein Widerstreben. Auch Trier fand den Matrikularanschlag zu hoch. Pfalz-Neuburg konnte hierüber nicht sofort votiren; die Gesandten mußten sich erst Raths daheim erholen. Und auch die kur-kölnischen Deputirten gingen erst wieder nach Bonn zurück, um zu referiren und neue Instruktion zu begehren. Erst nach ihrer Rückkunft, am 11. December konnten die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Bei erneuter Umfrage wegen des streitigen Punktes erklärten die Neuburgischen, daß sie trotz der Schwierigkeiten, die es voraussichtlich bei den Landständen abgeben würde, sich auf den Fuß der Matrikel einlassen könnten. Nur möge Köln über die 1200 Mann z. F. und 300 z. R. hinaus sich anstrengen. Der münsterische Deputirte blieb auf seiner ersten Forderung bestehen, ohne jedoch diesmal eine Modifikation ganz abzulehnen. Köln verwarf die Matrikel durchaus: Jeder könne nach Billigkeit und gutem Willen beitragen. Dieser Grundsatz fand die Zustimmung Trier's, welches unter Hinweis auf den von Grund aus verderbten Zustand der kurfürstlichen Lande nur 600 Fußsoldaten und 100 Pferde stellen zu können erklärte. Hierauf bot Neuburg 600 bzw. 150 Mann an.[2] Auch schlug es, um einen Ausgleich der auseinandergehenden Stimmen zu bewirken, vor, noch einen Nebenreceß zu entwerfen und darin die von jedem Kontrahenten wirklich

[1] Protokolle hierüber konnte ich in den Akten nicht finden.

[2] Insgeheim erklärten Reuschenberg und seine Kollegen dem münsterischen Gesandten, daß sie ihm eine Assekuration ausstellen wollten, wonach dem Bischof, wenn er angegriffen würde, von Neuburg 1200 Mann zu Fuß und 300 Reiter gesendet werden sollten, während sie den anderen Alliirten ein gleiches zu leisten sich nicht verbindlich machen wollten.

übernommenen Quoten auszudrücken, während der Hauptreceß, damit dies ein gewisses „Ansehen und Geschrei“ gebe, die Reichsmatrikel als Grundlage bezeichnen solle. Dieser Vorschlag fand Beifall.

Die weitere Bedingung Münster's, daß die Allianz eine ewige und unauflösliche sein solle, gewann auf keiner Seite Zustimmung. Man bemerkte, daß alsdann die Stände und Domkapitel mit verständigt werden müßten, was man erklärlicherweise gern vermied. Und wer wollte sich überhaupt die Hände auf ewig binden lassen? Auf den Bericht Fürstenbergs gab der Bischof diesen Punkt preis. Die Frage der Zeitdauer blieb wegen schwankender Haltung Neuburg's ungelöst bis zur Stunde der Vollziehung des Recesses, wo die neuburgische Erklärung erst eintraf und ein Termin von zwei Jahren in den bereits mundirten Aufsatz eingetragen wurde.

Auch mit seinem Vorschlag wegen Aufforderung Brandenburg's hatte Münster wenig Erfolg. Neuburg, welches zunächst Anstand nahm, direkten Widerspruch zu erheben, suchte anfangs in der Erklärung Ausflucht, daß man erst nach völligem Abschluß der Allianz über die Einnehmung Anderer werde reden können, worin ihm Kur-Köln, ungeachtet seiner Beziehungen zu Brandenburg, Beifall gab.[1] Nichtsdestoweniger hielt Münster Brandenburg's Zuziehung als erstrebenswerth fest und lenkte zugleich, einmal bei der Frage der Ausdehnung des Bundes angelangt, die Aufmerksamkeit der Anderen auf den Kurfürsten von Mainz und den Darmstädter Landgrafen, daneben auch auf die Abteien Korvey, Essen und Werden, die Grafen zur Lippe, von Tecklenburg, Rietberg und Bentheim, auch die westerwäldischen Grafen, sowie die ansehnliche Stadt Dortmund. Trier ließ den Wunsch nach der Zulassung von Kur-Mainz, Kur-Pfalz und Hessen-Darmstadt vernehmen. Auf Aachen und die Abtei Kornelimünster, von denen weiter noch die Rede ist, machte wahrscheinlich Kur-Köln aufmerksam. Und Neuburg wies auf Paderborn und Osnabrück, verwarf aber schließlich den Gedanken an Kur-Brandenburg's Hinzuziehung mit allem Nach-

---

[1] Franz Egon v. Fürstenberg hatte noch am 11. December dem münsterischen Gesandten die höchstvertrauliche Mittheilung gemacht, daß der Kurfürst von Brandenburg ihm durch den Grafen Waldeck hätte schreiben lassen, daß er nichts Lieberes wünsche, als neben dem Kurfürsten von Köln mit dem Bischof von Münster in Allianz zu treten. Mit Neuburg dasselbe zu thun, trüge er jedoch Bedenken, solange wegen des Direktoriums im westphälischen Kreise mit diesem keine Richtigkeit gemacht sei. Er bitte um die Vermittelung Köln's. Waldeck habe Modifikationen vorgeschlagen, welche für den Pfalzgrafen annehmbar sein würden, wie auch Reuschenberg versichert habe, als er hiervon durch ihn (Graf Fürstenberg) Kenntniß erhalten. Christoph Bernard drückt schon am 14. sein Wohlgefallen hierüber aus.

druck, angeblich unter dem Eindruck des Gerüchtes von Allianzverhandlungen desselben im Haag. Ueberhaupt, so betonte es wiederholt, dürften alle derartige Pläne erst nach Schluß der Allianz hervorzuziehen sein.

Am 13. December wurde im Dominikanerkloster zu Köln von den Kur-Kölnischen der Entwurf eines Hauptrecesses vorgelegt, welchem merkwürdigerweise die Urkunde des zwischen Schweden, dem Hause Braunschweig und dem Landgrafen von Hessen-Kassel am 14. Februar 1652 geschlossenen Hildesheimer Bundes zu Grunde gelegt worden ist.[1] Indem man die einzelnen Ansichten verglich, gelangte man zu einer Feststellung des Bundesinstrumentes, welches dann zur Reinschrift gegeben wurde. Am 14. besprach man noch einige Fragen, welche auftauchten und am 15. Nachmittags wurden der Haupt- und ein Nebenreceß[2] mundirt. Am 16. wurden die vier Exemplare gegen einander verglichen und sodann von sämtlichen anwesenden Vertretern der Kontrahenten mit Unterschrift und Besiegelung versehen. Als Datum rückte man den 15. December ein.

Der Hauptreceß[3] hat etwa folgenden Inhalt:

Als Grund der Allianz erwähnt eine Einleitung die trotz des zu Münster und Osnabrück geschlossenen Friedens bisher noch fortdauernden und ferner noch zu besorgenden Vergewaltigungen, Einquartierungen, Durchzüge und andere Kriegslasten und Insolenzien, gegen welche die ihnen von Gott anbefohlenen Unterthanen und Schirmverwandten zu schützen und zu vertheidigen kraft ihres hohen landesfürstlichen Amtes die Kontrahenten nach Anweisung der Reichs-Exekutionsordnung und des Friedensschlusses sich hiermit verbinden. Die einzelnen Artikel enthalten folgende Bestimmungen:

1. Die Vereinigung bezweckt keines Menschen Offension, auch will sie keine Universal- oder Partikularunruhe im Reich anrichten, sondern sie ist dahin gemeint, die Unterthanen der Alliirten gegen die angeführten

---

[1] Jetzt zum ersten Mal in authentischer Form veröffentlicht von Köcher, Anhang Nr. 3, S. 609.

[2] Ueber die wegen desselben geführten Verhandlungen schweigen die Akten, welche mir vorlagen, vollständig.

[3] Gedr. bei Dumont, Corps dipl. VI, 2. 97 ff., Londorp, Acta publica VII, p. 968, Lünig, Reichs-Archiv p. spec. 1 cont. 2. Fortsetzung. Nr. 82. vol. VII. p. 311 ff., L. v. Aitzema, Saken van staet en oorlogh VIII. p. 225. Beglaubigte Kopien aus der kur-mainzischen Kanzlei in den St.-AA. Berlin und Hannover. Von den Archiven der betheiligten Kontrahenten bot nur dasjenige in Münster eine schlechte Abschrift der Redaktion vom 13. December. Eine holländische Uebersetzung, vermuthlich vom Haag her dem Kurfürsten von Brandenburg mitgetheilt, in den Berliner Akten. Lateinische Uebersetzung bei ab Alpen s. oben.

Unbilden und Gefahren zu schirmen, wie auch die Fürsten selbst gegen innerliche Empörung zu konserviren.[1]

2. Man sichert sich gegenseitige unverzügliche Hülfeleistung zu. Einen Rückzug von der gemeinschaftlichen Aktion dürfe es nicht geben, es sei denn nur auf allgemeines Belieben und mit Gutbefinden des Kriegsrathes. Letzterer habe auch anzugeben, was zu thun sei, falls zwei von den Alliirten zugleich oder einer auf verschiedenen Seiten angegriffen würde.

3. Jeder soll seine festen Plätze mit genügender Besatzung versehen und das Landvolk zur Vertheidigung seiner eigenen Lande in gute Ordnung gebracht bereit halten. Die Bundesmacht besteht aus den Kontingenten

Kur-Köln's (wegen Köln u. Lüttich):	4000	Mann z. F. u.		1000	Reiter
Kur-Trier's:	1579[2]	"	"	400	"
des Bischofs von Münster: . .	1080	"	"	270	"
und des Pfalzgrafen von Neuburg	1200	"	"	300	"

demnach aus 7859 M. Fußvolk u. 1970 Reitern.

Und zwar müsse dies geworbene, tüchtige Mannschaft sein. Auf Erfordern ist die Hülfe ungesäumt zu senden. Verstärkung des Heeres nach Verhältniß der Gefahr bleibt vorbehalten.

4. Die Hülfe ist auch dann zu gewähren, wenn Einer überfallen und dermaßen überwältigt wird, daß er seinerseits mit seinem Kontingent nicht aufzukommen vermag.

5. Kommando und Jurisdiktion und überhaupt volle Verfügung über seine Völker behält Jeder selbst, so lange sie in seinem Land stehen, und es noch zu keiner Operation gekommen.

6. Die Jurisdiktion während der Vereinigung der Bundesarmee steht je nach Beschaffenheit der Fälle dem Kontingentsführer oder dem Oberkommandirenden zu.

7. Wegen des Generalkommando's darf keiner der Alliirten vor dem anderen einen Vorrang beanspruchen. Wenn es zur Vereinigung im Felde und Gesamtoperationen kommt, hat auf grund der Exekutionsordnung derjenige von ihnen das Oberkommando, welcher die Hülfe requirirt hat und so lange in seinen Landen agirt wird. Neben ihm fungirt jedoch ein Kriegsrath. Auch bleibt die Anstellung eines geeig-

[1] Man beachte den versteckten Platz dieser wohl vom Bischof von Münster vorgeschlagenen Bestimmung, welche den anderen Theilnehmern behagen mochte, da man sich ihrer eventuell gegen die oft so schwierigen Landstände bedienen zu können hoffen durfte.

[2] Köcher S. 197 giebt 1574.

neten Bundesfeldherrn nach gemeinschaftlichem Gutbefinden vorbehalten; derselbe soll von der Gesamtheit der Alliirten in Pflicht genommen werden.

8. Wird kein Bundesgeneral bestellt, so hat in dem Falle, daß außerhalb der Lande der Alliirten und deren Schirmverwandten der Krieg geführt werden soll, derjenige Führer den Oberbefehl, aus dessen Kriegsherren Lande der Ausbruch stattfindet, und zwar nur bis zur Heimkehr der Truppen in's Bundesgebiet. Rücken die Truppen aus verschiedenen Ländern heran, hat der an Rang höchste oder dienstälteste Offizier das Kommando zu übernehmen, stets unter Hinzuziehung des Kriegsrathes.

9. Betrifft den Kriegsrath. Derselbe besteht aus vier Vertretern der vier Alliirten. Ihre Gegenwart bei der Armee ist nothwendig. Die Funktionen des Kriegsrathes entsprechen etwa denen des heutigen Generalstabes und der General-Intendantur. Den Vorsitz hat allemale der kommandirende General.

10. Löhnung der Mannschaften und Vorrath an Baargeld für einen Monatssold zur Verhütung von Ausschreitungen.

11. Verpflegung der Leute und Pferde.

12. Disciplin.

13. Munition. Artillerie. Jeder giebt seinem Kontingent die leichten Feldstücke mit, etwa auf 600 Mann zu Fuß zwei Regimentsstücklein und eine sechspfündige Falkone mit Zubehör. Die schweren Geschütze stellt der Landesherr des Operationsgebietes oder derjenige, aus dessen Lande man ausmarschirt.

14. Märsche und Quartiere.

15. Vertrauliche Kommunikation unter den Verbündeten über alles, was ihnen zum Vor- oder Nachtheil gereichen kann.

16. Aufnahme anderer Reichsstände, ob katholisch oder evangelisch, hat nur auf Anmeldung und dann mit gesamter Zustimmung der Alliirten stattzufinden. Letzteren soll es übrigens freistehen, auf grund des allgemeinen münsterischen Friedensschlusses mit anderen Potentaten und Reichsständen, jedoch unverbrüchlich dieser Allianz, sich in Verbündniß einzulassen.

17. Zeitdauer der Allianz zwei Jahre. Ein halbes Jahr vor Endigung derselben soll man über die Verlängerung reden, wenn das Bedürfniß dazu vorliege.

Von dem Abschluß des Bündnisses ist der Kaiser in Kenntniß zu setzen.

Man würde fehlgehen, wenn man aus dem soeben angegebenen Inhalt des Bundesinstrumentes meinte die Summe aller Tendenzen der

Alliirten abnehmen zu können. Es wurde bereits oben erwähnt, daß auch ein Nebenreceß vollzogen wurde, über welchem denn freilich ein Dunkel schwebt, welches auch hier nur in unvollkommener Weise gelichtet werden kann. Es ist wohl mehr als bloßer Zufall, daß dieses Dokument, von dessen Existenz überhaupt bisher nirgends etwas bekannt gewesen zu sein scheint, in sämtlichen Archiven, wo man es vermuthen dürfte, verschwunden ist, bis auf die eine Spur, welche zwei Schriftstücke des münsterischen Archivs weisen. Es sind dies Monita, richtiger Notizen aus der Kanzlei des Bischofs für dessen Gesandten Fürstenberg, dem sie schnell hintereinander zur Nachachtung zugingen.[1] In ihnen ist Bezug genommen auch auf Bestimmungen für den Nebenreceß oder, wie man sich in Münster bezeichnender Weise ausdrückte, für die Geheimartikel. Und zwar hat der Bischof folgende Wünsche:

1. „Stände primo pro fundamento zu setzen, daß diese Allianz zwischen den vier Kur- und Fürsten quatenus alias considerationes praecipue tamen pro conservanda catholica fide angesehen sei."

2. „Sämtliche geistliche jura zu manuteniren."

3. „Was pro tertio in articulis secretis zu setzen, solches ist dem kur-kölnischen Abgesandten bewußt, und weil diese materia J. Chfl. Dhlt. zu Köln in suis statibus touschiren möchte, so wird man darauf die Resolution erwarten."

Das zweite Schriftstück (vom 10. December) enthält eine Revision der Bestimmungen des ersten und bemerkt zu 1. „Placet", zu 2. „Der sämtlichen alliirten Lande geist- und weltliche jura zu manuteniren; item das Tripliciren und Quadrupliciren zu inseriren."

Ferner wurde, wie wir oben sahen, dem Nebenreceß die Benennung der effektiven Kontingentsquoten vorbehalten, während der Hauptreceß als Blendwerk für die außerhalb der Allianz Stehenden die nach der Reichsmatrikel berechneten Ziffern aufführte. Demnach würde also (s. oben) der Nebenreceß folgende Zahlen enthalten haben:

Köln	1200	Mann z. F. und	300	Reiter
Trier	600	„ „ „	100	„
Münster	1200	„ „ „	300	„
Neuburg	600	„ „ „	150	„
Auf	3600	Mann z. F. und	850	zu Roß

ward also das Bundesheer in Wirklichkeit normirt, wobei wohl auch

[1] Nr. 1 liegt bei einem Schreiben des Bischofs vom 8. December, Nr. 2 ist vom 10. datirt.

für Fälle der Noth Vermehrung der Kontingente durch Verdoppelung oder gar bis in's Vierfache vorbehalten wurde.[1]

Wir erfahren aber immerhin nur, was man in den Nebenreceß zu bringen beabsichtigte, leider nicht den wirklichen Inhalt selbst. Daß aber überhaupt ein solcher neben dem Hauptreceß zu stande gekommen, kann keinem Zweifel unterliegen. Es geht dies mit Bestimmtheit aus dem bei den Akten beruhenden Schlußprotokoll der Kölner Verhandlungen vom 16. December hervor und dann auch aus ganz positiven Angaben in späteren Briefen, welche ausdrücklich Haupt- und Nebenreceß erwähnen, ohne jedoch über letzteren weiteren Aufschluß zu geben.

Fassen wir das Ergebniß der zehntägigen Konferenz zu Köln zusammen: Erreicht war endlich eine nieder-rheinisch-westphälische Allianz, welche lediglich einen defensiven Charakter zur Schau trug. Ich zweifle nicht daran, daß es den beiden geistlichen Kurfürsten wenigstens nur um die Defensive zu thun war. Jemanden damit zu beunruhigen und thätlich zu werden, kam ihnen sicherlich nicht in den Sinn. Und was hätte hierzu die so geringe Truppenmacht gefruchtet? Selbst zur Vertheidigung der Bundesgebiete hätten weder die Kontingente des Nebenrecesses noch die des Hauptrecesses ausgereicht.

Der Bischof von Münster hatte gewiß reellere Absichten. Ihm bangte freilich vor der Schwedenmacht; er wäre der erste gewesen, das Aufgebot zu requiriren. Im Hintergrunde aber schimmern nicht undeutlich seine Pläne gegen die Stadt Münster hervor. Darum drang er so besonders auf den Fuß der Matrikel, welcher eine kräftigere Anstrengung von den Alliirten bedingte, und als er dieses nicht erreichte, versuchte er wenigstens die Möglichkeit zu größerer Machtentfaltung von Bundeswegen durch bezügliche Bestimmungen des Nebenrecesses offen zu halten.

Auch der Pfalzgraf von Neuburg, der von allen den neuen Bundesgenossen den weittragendsten politischen Scharfblick besaß und schon damals ganz andere als diese lediglich provinziellen Ziele verfolgte, versprach sich wohl wenig Erfolg von diesen so schwächlichen Aufwendungen, welche man der Allianz zumuthete.[2] Daher die heimlichen Abmachungen

---

[1] Köcher (S. 198) giebt aus einem Extrakt des Heyland'schen Diariums vom 7. (17.) März 1657 dieselben Ziffern, nur bei Neuburg in Verdoppelung, also 1200 Mann z. F. und 300 z. Pf., an. Köcher nimmt an, daß diese Kontingente gelegentlich des Beitrittes von Kur-Mainz neu geordnet wurden, während es wirklich die anno 1654 im Nebenreceß vereinbarten Ziffern waren.

[2] Erdmannsdörffer a. a. O. S. 263 bezeichnet in seiner treffenden Weise

zwischen ihm und dem Bischof Christoph Bernard zu eventuell größeren Anstrengungen für die Stunde der Gefahr. Schon damals oder doch kurz nachher begann Philipp Wilhelm Düsseldorf zu befestigen,[1] und er sowohl wie der Bischof von Münster warben an allen Ecken und Enden möglichst viel Völker. Je verborgener und unheimlicher die Pläne waren, mit denen sich diese beiden Ränkeschmiede trugen, desto lebhafter hatten sie darauf gedrungen, daß man in dem für die Oeffentlichkeit bestimmten Hauptreceß, mit welchem man „ein Geschrei" zu erwecken beabsichtigte, zweimal lebhaft betheuerte, daß man zu dieser Defension nur auf grund der Reichssatzungen und des Friedensinstrumentes sich vereinige. Daher auch das Streben nach Sanktionirung der Allianz durch den Kaiser, nach welchem diese Herren im übrigen wenig genug zu fragen gewöhnt waren. Den schlagendsten Beweis aber von der wohlwollendsten, friedliebendsten und ungefährlichsten Gesinnung vermeinten sie in der Bestimmung abzulegen, daß allen anderen deutschen Reichsständen, katholischen und evangelischen, der Beitritt offen stehen solle.

Welch andres Bild müßten wir aus dem Nebenreceß gewinnen! Nach dem, was wir oben sahen, dürfen wir wohl nicht zweifeln, daß er das rein katholische Interesse der vier Verbündeten in den Vordergrund gerückt haben wird. Daneben wurde dann die Aufrechthaltung aller geistlichen und weltlichen Gerechtsame der Betheiligten gewährleistet, also keine Säkularisationen mehr, Schutz gegen Auflehnung der Domkapitel, lästigen Widerstand der Stände, sowie Unbotmäßigkeit und Empörung der Unterthanen.

Unerledigt bleibt leider die Frage, welcher Art die besonderen Abmachungen zwischen Köln und Münster gewesen sein mögen, auf welche der Bischof Christoph Bernard seinen Gesandten Fürstenberg als ihm bekannte hinweist.

Man bemerkt, gar so harmlos, wie der Hauptreceß die Ziele des Bündnisses darstellen will, waren dieselben mit nichten. Demnach hatten die mancherlei mißtrauischen Besorgnisse, welche auf den Ruf von jenen Konferenzen zu Köln und die Nachricht vom Abschluß der Allianz hie und da laut wurden,[2] ihre, wenn auch unbewußte, Begründung.

---

diese Allianz als einen gelungenen Gegenzug des Neuburgers gegen die brandenburgischen Allianzpläne im Nordwesten Deutschlands.

[1] U. A. VII, 648, brandenburgische Nachricht aus Frankfurt a./M. 12 ganze, 19 halbe Karthaunen und 4 metallene Feldstücke wurden von Neuburg nach Düsseldorf geschafft. „Soll zwar (der Pfalzgraf) getrachtet haben, das Generalat über der drei geistlichen Kurfürsten-Völker zu bekommen, dieselben aber wollen es dem Vernehmen nach dem General Hatzfeld auftragen."

[2] Der kur-brandenburgische Reichsdeputirte Portmann an den Kurfürsten von

Besorgnisse, welche freilich eine Abschwächung erfahren haben würden, wenn man gewußt hätte, daß die Verbündeten insgeheim eine noch geringere Machtentfaltung in Aussicht nahmen, als der Hauptreceß angab.[1]

Immerhin — auch wenn man ganz von den heimlichen Abmachungen des Nebenrecesses absieht, der ja eben nicht bekannt wurde, von dem überhaupt nicht behauptet werden kann, daß er wirklich alles das enthielt, was der Bischof von Münster hineingerückt haben wollte — war die Allianz vom 15. December 1654 ein nicht unwichtiges politisches Ereigniß, denn es wurde durch diese Zusammensetzung gewisser Reichsstände außerhalb des Kreisverbandes und durchaus unabhängig von demselben eine Macht geschaffen, mit welcher man vorderhand zu rechnen hatte, zumal bei der dumpfen Spannung dort im Nordwesten des deutschen Reiches.

In der Allianz befanden sich die beiden unruhigsten Fürstenköpfe jener Tage (Karl Gustav von Schweden ausgenommen) und in dem Dienste des dritten stand ein gewissenloser Diplomat, Franz Egon von Fürstenberg, schon damals im Banne Mazarin's, auf dessen Beziehungen zu Kur-Köln seit seinem Aufenthalt zu Lüttich und Brühl während seines Exils als Schutzbefohlener Maximilian Heinrich's hier nur leise hingedeutet werden kann.

Und ringsum Gefahren von den auswärtigen Kronen: Schweden,

Brandenburg unter dem 25. December: Es werden auch E. C. D. zweifelsohne von Jhro Residenten zu Köln berichtet sein, daß daselbst Kur-Mainz, Trier und Köln, wie auch Münsterische und pfalz-neuburgische Deputirte sind, der Meinung, ein Verbündniß mit einander aufzurichten und sich in Positur zu stellen gegen Diejenigen, welche einen oder andern ihres Mittels angreifen möchten: und sollen sie die Ursachen ihrer Zusammenkunft und Verbündniß auf der Herren evangelischen Kur- und Fürsten Armatur hinschieben wollen. Nach dem Original in Berlin. Auch mitgetheilt U. A. VII, S. 640. Waldeck selbst freilich, der leitende Staatsmann Brandenburgs, sah den Bund mit harmlosen Augen an, U. A. VI, 639. Vgl. auch Erdmannsdörffer S. 263 und Köcher S. 191 u. 198; nach ihnen machte die Allianz auf die Protestanten im ganzen wenig Eindruck. Ganz ohne Argwohn wird man sie jedoch kaum betrachtet haben. Wunderbarer Weise zeigte sich derselbe auf einer Seite, wo man ihn nicht erwarten zu dürfen glaubt, beim Darmstädter Landgrafen, dem Schwiegervater des Neuburgers, dessen Hinzuziehung man plante. Köcher, S. 198 nach Sattler, Geschichte von Württemberg IX, § 97.

[1] In Kassel hat man beizeiten diese Vorspiegelungen des Hauptrecesses durchschaut. Die hessischen Räthe bemerkten bei einer mit braunschweigischen Gesandten am 6. Juli 1657 zu Kassel abgehaltenen Konferenz, daß „die kölnische Notul mehr zur Parade angesehen, als daß das darin benannte Quantum von Jedem dergestalt übernommen sei.“ St.-A. Marburg.

Frankreich, Spanien. Im Innern eine zähe Masse politischen Zündstoffes, Gährungen im Lüttich'schen wie in den münsterischen Landen, und als Schraube ohne Ende die jülich'sche Successionsfrage — fürwahr Grund genug zum Abschluß des Bundes einer= wie zur argwöhnischen Betrachtung desselben andererseits.

5.

Bis zur Konvention zu Frankfurt a. M. vom 11. August 1655.

Immer noch drohte jene Wolke an den Nordküsten des Reichs sich zu entladen: ob nach Osten oder Westen, hierüber sah man mit Bangen von allen Seiten her einer Entscheidung entgegen. Der Beginn der besseren Jahreszeit mußte diese bringen.

Deshalb legten auch die Alliirten ihre Hände keineswegs in den Schooß. Noch am Ende des Jahres 1654 kreiste unter ihnen das vom 15. December datirte Notifikationsschreiben an den Kaiser zur Unterschrift, desgleichen Haupt= und Nebenreceß zur Ratifikation, welche einfach durch Namensunterfertigung und Besiegelung erfolgte. Der Pfalzgraf kam als Letzter an die Reihe (19. Jan. 1655) und vertheilte dann die vier Exemplare unter die Genossen des Bundes.

Kaiser Ferdinand III. beeilte sich, mit höflichem Danke die Kenntnißnahme zu bescheinigen;[1] natürlich hatte man ihm nur den Hauptreceß mitgetheilt. Da er — in diesem Passus gipfelte seine schwerfällige Auslassung — nicht befinde, daß die Kontrahenten etwas anderes gethan, als was die Reichskonstitutionen, der westphälische Friede und der jetzige Zustand des Reichs zuließen und mit sich brächten, so lasse er, zumal auch diese Verfassung zu keines Menschen Offension angesehen, es bei derselben bewenden, und wolle er daneben die Betheiligten bei allen Begebenheiten seines kaiserlichen Schutzes versichert haben. Also gleichsam Beifall fand diese Allianz bei dem derartigen Gebilden so abgeneigten Reichsoberhaupte — eine Folge seiner Angst vor der

[1] Wien d. d. 13. Februar 1655, Kopie im St.=A. zu Münster.

Schwedenmacht und des Mißtrauens gegen die auch bei den protestantischen Reichsständen damals zutage tretenden Allianzbestrebungen.

Der Bischof Christoph Bernard von Münster gedachte denn auch gleich das Eisen zu schmieden, das man wider Erwarten so heiß fand. Als nämlich dies kaiserliche Antwortschreiben auf seiner Rundreise bei den Alliirten auch zu ihm kam (Anfang April), schrieb er sofort an den mächtigsten der Bundesgenossen Maximilian Heinrich von Köln (9. April): „Weil zu ersehen, daß Ihre Majestät solche Verfassung nicht allein approbiren, sondern uns auch daneben bei aller Begebenheit seines kaiserlichen Schutzes und Protektion versichern, und nun die Gefahr vom Elb- und Weserstrom so scheinbarlich hervorblickt, so stellen wir zu E. Gn. und Lbd. Nachdenken, ob nicht diese Frage dem Kaiser zu remonstriren und auf allen Nothfall die kaiserliche Protektion zu begehren sei."

Der Kurfürst von Köln hatte wohl eine nüchternere Auffassung von dem guten Willen des Kaisers. Er beachtete den Wunsch des Bischofs gar nicht. Dieser suchte dann den Pfalzgrafen für derartige Schritte zu gewinnen, mit welchem Erfolge wird man weiter unten sehen.

Den Bau der Bundesverfassung glaubte man durch die papierenen Bestimmungen des Recesses genügend fest begründet; von einem Bestreben, den weiteren Ausbau etwa durch Bestellung des Kriegsrathes, Ernennung der Oberoffiziere, Errichtung einer Bundeskasse und dergleichen zu fördern, findet sich nicht die leiseste Spur. Nur die Kontingente suchte man auf die Beine zu bringen. Der Bischof von Münster wie der Pfalzgraf von Neuburg setzten sich mit ihren Ständen wegen der Geldbewilligung in Verbindung. Im Frühjahr ging der Kurfürst von Köln selbst in sein Bisthum Lüttich, um ein Gleiches zu thun.[2]

Auch war man wenigstens bedacht, die Allianz durch äußeren Zuwachs zu stärken. Und welcher Gedanke hätte da näher liegen können, als der einer Anfrage bei dem alten Genossen des kur-rheinischen Bundes von 1651, an dessen Beiziehung auch schon vor Abschluß des Defensionsvergleiches vom 15. December 1654 einige der Zusammentretenden ernstlich gedacht hatten. Man konnte überhaupt davon keinen Umgang nehmen, weil Pfalz-Neuburg und Trier sich damals schon zu weit gegen den Kurfürsten Johann Philipp von Mainz herausgelassen hatten.

Am 20. December schon hatten daher die beiden Kurfürsten von

[2] Am 19. März 1655 erfährt Portmann in Frankfurt, daß der Landtag in Düsseldorf dem Pfalzgrafen für 1500 Mann die Mittel bewilligt habe, auch von der Reise des Kölners nach Lüttich hat er Kenntniß. Dem Bischof von Münster hatten seine Landstände bereits in dem Landtagsabschiede vom 12. Januar 1655 unter anderen Zugeständnissen auch 75000 Thaler zum Unterhalt von 3000 Mann z. F. und 400 Reitern bewilligt. Tücking S. 23.

Köln und Trier dem von Mainz den Abschluß der Allianz angezeigt und ihm dabei anheimgestellt — ob er auch seinerseits den kurrheinischen Vergleich von 1651 auf ihre neuen Bundesgenossen, den Bischof von Münster und den Pfalzgrafen von Neuburg, unter gehöriger Proportion der zu leistenden Mannschaft, ausdehnen wolle. Man suchte sich also den Anschein zu geben, als habe man nur in der neuen Allianz den alten Frankfurter Receß durch Hinzuziehung zweier neuen Alliirten erweitert.

Johan Philipp muß den hierin liegenden dolus gegen ihn wahrgenommen haben; da er aber selbst damals nach Allianzen strebte, unterdrückte er jedes Mißbehagen und willigte ein. Ja, er schrieb (8. Jan. 1655), daß er diese Extension nur im Einklang mit den Bestimmungen des Recesses von 1651 finden könne und daher gegen eine solche nichts einzuwenden habe.

Zu dieser entgegenkommenden Haltung des Kurfürsten, der doch durch das von Köln und Trier beliebte einseitige Verfahren verletzt sein mußte, mochte nicht wenig beigetragen haben die verbindliche Handlungsweise des Pfalzgrafen, welcher, durch seine früheren Eröffnungen gegen Kur-Mainz einigermaßen verpflichtet, es für angemessen erachtet hatte, demselben am 28. December von dem zu Köln erfolgten Schlusse Nachricht zu geben, wobei er dieses und jenes über die Geheimartikel wird haben mit einfließen lassen.[1] Johann Philipp antwortete am 10. Januar, daß wegen Ausdehnung des Frankfurter Recesses auf ihn und den Bischof von Münster schon Verhandlungen zwischen den drei geistlichen Kurfürsten (wovon er abschriftlich Kenntniß giebt) eingeleitet wären. Zugleich habe er auch durch seinen Oberhofmarschall Freiherrn v. Boineburg des Pfalzgrafen Schwiegervater, den Landgrafen von Hessen-Darmstadt, ersuchen lassen, daß er auf der gegenwärtig in Worms tagenden oberrheinischen Kreisversammlung vermitteln helfe, daß auch die kölnische Defension mit in die zwischen Kur- und Ober-Rhein getroffene Vereinigung aufgenommen werde.[2]

---

[1] „auch sonsten in einem und anderem für weitere vertrauliche Kommunikation thun wollen.“ Schreiben des Kurfürsten vom 10. Januar 1655, abschriftlich in Münster.

[2] Den Erfolg der Verhandlungen zu Worms zeigt der ober-rheinische Kreisabschied vom 6. März 1655: Betreffend den vom jüngsten Reichstag zu Regensburg an die Kreise verwiesenen punctum securitatis et defensionis hat man reiflich überlegt, wie nach Anleitung gemeinen Reichstagsabschieds eine vollständige Kreisverfassung dieserends förderlich angerichtet werden möchte. Nachdem man aber wegen dieses Kreises reichskundigen höchsten Unvermögens und noch obliegender Schuldenlast den Reichsverordnungen gemäß sich in bedeutete Verfassung zu stellen noch zur Zeit nicht

Nach vorangegangener Vereinbarung zwischen Trier und Köln benachrichtigte letzteres am 31. Januar die beiden andern Alliirten von der Geneigtheit des Kurfürsten von Mainz, mit ihnen auf grund des Vertrages von 1651 in Allianz zu treten. Mittlerweile hatte auch Philipp Wilhelm von Neuburg den Bischof von Münster von der Antwort des Kurfürsten von Mainz an ihn unterrichtet und ein Schreiben aufsetzen lassen, wonach Beide um Aufnahme in den Frankfurter Vertrag sich bewarben (28. Jan.). Der Bischof zögerte eine Weile; erst auf Drängen des Pfalzgrafen (16. Febr.), welcher erklärte, er werde auch ohne ihn dem kur-rheinischen Receß beitreten, jedoch „des neulich zu Köln aufgerichteten Vergleichs und sonst particulariter zwischen uns beiden schwebenden guten Vertrauens und reciprocirlichen Wohlmeinens unverletzet,“ unterzeichnete er die Petition und sandte sie am 19. Februar an den Kurfürsten von Mainz ab. Am 4. März erst beantworteten dann Neuburg und Münster jenes Schreiben des Kurfürsten von Köln vom 31. Januar mit der Erklärung, daß Verhandlungen zwischen Kur-Mainz und ihnen selbst über den Beitritt zu dem kur-rheinischen Vergleiche schwebten und sie die Aufnahme in denselben mit Dank acceptiren würden; sie warteten nunmehr auf Bescheid und bäten um Beförderung dieser Angelegenheit.

Am 20. März eröffnete der Kurfürst von Mainz dem Bischof, wie auch vermuthlich dem Pfalzgrafen, daß er den Receptionsschein für sie beide habe abfassen und seinen Mitkurfürsten zu Trier und Köln zur Mitausfertigung übersenden lassen. Der Kurfürst von Köln werde ihnen denselben gegen Herausgabe eines gleichlautenden Reverses (in triplo) aushändigen.

In dieser Weise wird sich dann wohl auch der ganze Akt abgewickelt haben. Der Receptionsschein, welchen Münster erhielt,[1] nor-

---

wohl möglich noch thunlich befunden, so hat man doch zu etwas mehrerer Versicherung dieses Kreises nur ad interim sich dahin verglichen, daß die zwischen beiden Kreisen Kur- und Ober-Rhein a. 1651 zu Frankfurt aufgerichtete Verfassungsconjunction reassumirt und angenommen werden solle, jedoch salvo moderamine quanti, und daß es nicht eben auf Geld noch geworbene Völker, sondern auch sonst bewehrtes und exercirtes gutes Landvolk und nur ad necessitatis casum gerichtet werde, das quantum nur auf $1/2$ Römermonat und bei Mangel an Reitern für einen Reiter drei Mann zu Fuß genommen werden und der Kreis in vier Defensionsquartiere eingetheilt werde. Man versehe sich zum kur-rheinischen Kreise, daß er ratione reciproci proportionati also mit eintreten werde. Es solle dem Directorium desselben alles kommunicirt werden.

Um wie viel ansehnlicher erscheint danach immer noch die Kraftanstrengung der Kölnischen Defensionisten.

[1] d. d. 20. März 1655, Abschrift in Münster. Vgl. Köcher S. 197, wo das Monatsdatum nicht angegeben werden konnte.

mirte den Beitrag desselben zu den Leistungen der kur-rheinischen Alliirten auf 100 Reiter und 500 Mann zu Fuß. Der Beitrag des Pfalzgrafen läßt sich nicht ermitteln.

Hieraus ergab sich nunmehr eine sonderbare Stellung der vier Theilhaber der kölnischen Allianz vom 15. December 1654. Sie waren aneinander sowohl durch diese gebunden als auch neuerdings durch den kur-rheinischen Receß von 1651, während der Kurfürst von Mainz nur von dem letzteren einen Genuß haben sollte. Man bemerkt, daß demnach sein Beitritt zum kölnischen Defensionsvergleich, falls man an diesem festzuhalten vermeinte, nur noch eine Frage von kurzer Dauer sein konnte.

Um eben diese Zeit verbreitete sich in den Landen des westphälischen Kreises das Gerücht, daß der schwedische General Graf Königsmarck den Spaniern gegen die Franzosen 15 schwedische Regimenter zu Hülfe zu schicken beauftragt und diese Völker im begriffe seien, den Marsch auf die Lippe zuzunehmen, um dann geradenwegs nach Jülich zu ziehen, welches dem Schwedenkönig zur Enschädigung für gewisse, noch von der Königin Christine den Spaniern geleistete, Vorschüsse eingeräumt werden solle. Wie nichtig ein derartiges Fabuliren war, davon überzeugte sich bald selbst der sonst vor den Schweden so besorgte Bischof von Münster. Die schwedischen Offiziere hatten diese Mähr erfunden, um dadurch größeren Zulauf kriegslustigen Werbevolks zu bewirken. Der Pfalzgraf von Neuburg jedoch nahm diese Gelegenheit trefflich wahr, um unter dieser Flagge der kölnischen Liga Zuwachs zu verschaffen. Er schickte sogleich seinen Reuschenberg nach Münster, damit er sich bei dem Bischof nach bestimmten Angaben über die schwedischen Rüstungen erkundige und nebenbei sondire, was derselbe etwa von den Beziehungen des Kurfürsten von Brandenburg und der braunschweigischen Herzöge zu den Schweden wisse. Daneben sollte der Feldmarschall auch mit dem Bischof über etwa gemeinschaftlich zu ergreifende Maßregeln im Falle eines Angriffs der Schweden, vielleicht eine Verdoppelung der Bundesstreitkräfte oder unverzügliche Berufung einer Bundestagsatzung nach Köln, sich verständigen, und außerdem den Vorschlag zur Einladung des Bischofs von Paderborn und anderer westphälischer Kreisstände in die Defensionsverfassung unterbreiten.[1]

Auf diesen letzten Punkt gab Christoph Bernard den Bescheid, daß auch er die Erweiterung der Liga für gut und nothwendig erachte und aus diesem Grunde bereits den Bischof von Paderborn habe sondiren

---

[1] Proposition Reuschenberg's am 3. April, Resolution des Bischofs vom 6.

lassen; und sei derselbe gar nicht abgeneigt, wenn nur noch einige unkatholische Stände, besonders aber Kur-Brandenburg mit zugezogen würden.[1] Tecklenburg habe sich dagegen unbedingt für den Beitritt erklärt, desgleichen seien Korvey, Essen und Werden willig. Die Stände des Stiftes Osnabrück, bei welchen er gleichfalls angefragt, hielten indessen zurück, weil Braunschweig die Succession am Stift habe. Doch werde er demnächst den Bischof bei sich zu Gaste sehen und hoffe denselben durch mündliche Vorstellungen gewinnen zu können. Den Landgrafen von Hessen-Darmstadt möge der Pfalzgraf auffordern.

Wir erblicken also den intriganten Bischof Christoph Bernard mitten in einem maschenreichen Netz von Plänen für die Ausdehnung der zumeist auf seine Anregung in's Leben gerufenen Allianz. Er ist in dieser Thätigkeit noch eifriger als selbst der Pfalzgraf.

Am 28. April 1655 ließ der Bischof durch seinen Geheimen Hofrath Bernhard Wiedenbrück mit dem Abte Arnold von Korvey abschließen, wonach dieser für sich und sein Stift die Bedingungen der kölnischen Allianz annimmt und sich verpflichtet, ein nach dem Verhältniß der Reichsmatrikel auf ihn entfallendes Kontingent für Bundeszwecke zur Verfügung zu stellen, während der Bischof verspricht, bei seinen Mitalliirten befördern zu wollen, daß die Abtei Korvey der gemeinen Defensionshülfe und aller daraus entspringenden Vortheile mit zu genießen haben solle.[2]

Geringeres Entgegenkommen fand Christoph Bernard bei dem Grafen Hermann zur Lippe-Detmold. Vermuthlich um eben dieselbe Zeit, als er mit Korvey verhandeln ließ, wurde auch durch Wiedenbrück bei den

---

[1] Der Bischof von Paderborn war Genosse der Hildesheimer Allianz v. J. 1652, demnach mit Schweden, Kassel und den Braunschweigern alliirt. Einen zweiten Versuch, ihn dennoch zu gewinnen, unternahm Christoph Bernard im Sommer darauf. Im Juli ging sein Rath Wiedenbrück nach Frankfurt und mußte unterwegs den Bischof von Paderborn aufsuchen, den er in der Warburger Börde antraf. Einen Erfolg hatte auch diese Sendung nicht, trotzdem der Bischof sich damals ganz anders äußerte: Er hätte großes Mißtrauen gegen Schweden und Brandenburg; vermuthlich stecke hinter deren Bewegungen ein neues evangelisches Wesen und Konjuration contra domum Austriacam et catholicos.

[2] Original vom 28. April 1655, Korvey, im St.-A. Münster. Weitere Kunde von dem Erfolge dieses Vertrages, namentlich auch, ob und wie er zur Kenntniß der anderen Alliirten gelangte, vermag ich aus den Akten in keiner Weise zu erlangen. Im ganzen machte man mit diesen kleineren unter den Reichsständen nicht viel Wesens. Man begriff sie ganz allgemein unter der Bezeichnung „Schirmverwandte“, der wir noch mehrmals begegnen werden. Bei der späteren Erweiterung der Allianz ließ man diese Schirmverwandten ganz aus.

heimgelassenen Räthen des Grafen um dessen Beitritt geworben. Monate verstrichen, ehe ein Bescheid gegeben wurde. Erst am 26. September erklärte Graf Hermann, daß er zuvor mit seinen Vettern den Grafen und edlen Herren von der Lippe, auch der Ritter- und Landschaft hierüber habe reden müssen, deren Vota dann auf dem Landtage dahin ausgefallen seien, daß man zuwarten müsse, wie es sich mit dieser Allianz weiter anlasse, ehe man dazu trete — und an dieses Konklusum sei er gebunden; der Bischof möge das nicht ungnädig vermerken![1]

Aber auch jenseits des Rheins suchte diese Propaganda unter thätiger Beihülfe des Pfalzgrafen von Neuburg Fuß zu fassen. Schon am 11. März hatten die beiden rührigen Fürsten dem Kurfürsten von Köln die Mittheilung gemacht, daß die Aebtissin von Thorn[2] bei ihnen um Aufnahme in die Allianz nachgesucht habe. Vielleicht war sie von ihnen dazu veranlaßt worden. Maximilian Heinrich, welcher um seine Zustimmung ersucht wurde, zögerte mit seiner Erklärung bis in den Mai. Am 9. dieses Monats eröffnete er Jenen, daß er bei dieser Frage als Schutzherr des Stifts Thorn in seiner Eigenschaft als Bischof von Lüttich merklich interessirt sei und als solcher nichts gegen dessen Aufnahme einzuwenden habe. Doch walte hierbei eine Schwierigkeit ob. Das Stift sei vordem ein reichsunmittelbarer Mitstand des westphälischen Kreises gewesen. Während der Kriegszeiten habe aber die frühere Aebtissin, eine Gräfin v. Stauffen, sich und das Stift den vielen Beschwerden dadurch entziehen zu können vermeint, daß sie sich, und zwar ohne Wissen und Einwilligung des Kaisers, in den Schutz der brabantischen Regierung gestellt habe, welche nunmehr hieraus wohl Ansprüche auf die Oberhoheit herleiten möchte. Deshalb würde zu Beförderung des Wunsches der Aebtissin nach Aufnahme in die Allianz sowie zu Hintertreibung aller unbilligen Prätensionen der brabantischen Regierung nicht wenig vorträglich sein, wenn sie, die Antragsteller, als ausschreibende Fürsten des westphälischen Kreises der Aebtissin erst wieder zu ihrem Stand in diesem verhelfen wollten. Sie würde dann wohl von der niederländischen Regierung unangefochten bleiben.[3]

---

[1] Original in Münster.

[2] Ein freiweltliches Damenstift in der Grafschaft Hoorn (Lüttich) an der Ytter Beek. Der Konvent zählte nur Prinzessinnen und Gräfinnen zu Mitgliedern.

[3] Anna Salome, Gräfin zu Manderscheid-Blankenheim, Aebtissin zu Thorn, schreibt am 3. September 1655 an den Pfalzgrafen von Neuburg (auf ein nicht bei den Akten beruhendes Schreiben desselben vom 19. August), um seine Bedenken zu zerstreuen, welche sich auf das von ihrer Vorgängerin angeblich geschaffene Protektionsverhältniß zur brabantischen Regierung gründeten. Es seien nur Gelder bezahlt worden, um das Stift einigermaßen von der Kontributionslast zu befreien. Sie bittet

Bei dieser Gelegenheit glaubte der Kurfürst auch mittheilen zu müssen, daß der Graf v. Reekem,[1] dessen Besitzungen eine Enklave mitten in lüttichschem Gebiete darstellten, bei ihm gleichfalls um Einverleibung in die Defension nachgesucht habe und daß er seinerseits auch deshalb kein Bedenken hege.

Ende Mai wird die Aufnahme des Stifts Thorn wie des Grafen v. Reekem in die Allianz erfolgt sein.[2] Im November werden sie als Genossen derselben bezeichnet, in Verbindung mit den beiden Herrschaften Wittem und Weiler.[3] Alle diese Verhandlungen mit den kleineren Reichsständen entziehen sich bis auf wenige Spuren unserer eingehenderen Kenntniß. Wie weit man mit deren Anschluß bis zum Ende des Jahres 1655 gelangt war, bezeugt ein Schreiben des Grafen Jost Maximilian von Gronsfeld[4] an den Bischof von Münster, worin er sich äußert, daß, als er nach Gronsfeld, wo er seit 37 Jahren nicht mehr als drei Tage gewesen, jüngst wieder einmal gekommen sei, er gefunden habe, daß nicht nur alle benachbarten Reichsstände sondern auch die nicht-immatrikulirten Reichsherrschaften oder Dörfer in der Konföderation seien. Er beklagt sich sodann über die Nachlässigkeit seiner Beamten, die daran Schuld habe, daß er selbst noch nicht mit einverleibt sei. Vom Kurfürsten von Köln, an welchen er sofort geschrieben, habe er noch keine Antwort; er melde sich daher bei ihm, dem Bischof, als seinem ausschreibenden Kreisfürsten zum Eintritt in das Bündniß, indem er die

---

zugleich um Verwendung beim Erzherzog Statthalter in Brüssel wegen Verschonung der Stiftsgüter von den Winterquartieren: ihre Unterthanen könnten unmöglich länger solche Last tragen. Sie rechne um so fester auf Unterstützung, als „sie sich mit zwei Kapitularfräulein für's ganze Stift schriftlich dem Pfalzgrafen verpflichtet habe, ihr Kontingent in die Defension beizutragen."

[1] Reekem, unweit der Maas, im niederrheinisch-westphälischen Kreise, seit 1625 Grafschaft, seit 1556 der Familie v. Linden, später den Grafen v. Aspremont gehörig.

[2] Zustimmende Erklärung des Bischofs von Münster gegen den Pfalzgrafen vom 20. Mai.

[3] Ueber die Verhandlungen, welche zur Aufnahme dieser beiden Herrschaften führten, enthalten die Akten, welche mir vorlagen, nichts, nur wird einmal ausdrücklich der Mitwirkung des Pfalzgrafen gedacht, während der Bischof von Münster Beschwerde darüber führt, daß man ihm von den Bedingungen keine Mittheilung gemacht habe, unter welchen diese Aufnahme erfolgte. Schreiben des Kurfürsten von Köln an den Bischof von Münster vom 7. November 1655 und Antwort des Bischofs vom 18. November, im St.-A. Münster. — Die Herrschaft Wittem, ganz vom Herzogthum Limburg umgeben, $1^1/_2$ Meilen westlich von Aachen, unter brabantischer Lehnsherrlichkeit. Weiler ist wohl das heutige Wijlre in der Provinz Limburg d. Niederlande. Vgl. H. Berghaus, Deutschland vor hundert Jahren, Leipzig 1859. S. 437.

[4] Die Grafschaft dieses Namens lag im Umfang des Herzogthums Limburg, unweit von Maastricht in der Nachbarschaft von Reekem.

gleiche Leistung wie seine Nachbaren die Grafen zu Reekem übernehmen wolle, da ja auch deren Matrikularanschlag mit dem seinigen übereinstimme.[1]

Einen allzugroßen Werth legte man seitens der Alliirten wohl kaum auf das Hinzutreten dieser Kleinen. Im grunde durfte man sich doch herzlich wenig Hülfe von ihnen versprechen, während auf der andern Seite die Verbindung mit ihnen bei geringfügigen Veranlassungen zu allerlei Wirrsalen und Gefährnissen führen konnte. Indessen genügte es den Ligisten, auf diese Weise ganz im allgemeinen sich den wünschenswerthen Einfluß auf diese Stände zu sichern, deren Stimmen man namentlich in den Kreisangelegenheiten hie und da recht gut gebrauchen konnte.

Im übrigen verlautet wenig von den nächsten Erfolgen der Allianz. Eine kurz nach Abschluß derselben im Jannar 1655 vom Pfalzgrafen von Neuburg ausgehende Requisition um Beistand gegen ein in die Unterherrlichkeit Schmidheim[2] eingelagertes lothringisches Regiment des Obersten Jäger wurde gegenstandslos, da letzteres bald wieder abzog. Und als zu gleicher Zeit drei andre Regimenter lothringischen Kriegsvolks wieder den Landstuhl und Homburg besetzten, verlautete nur ganz dunkel von gewissen Verhandlungen der jenseits Rheins gesessenen Reichsstände wegen Evakuation dieser Plätze, nichts aber von Maßregeln, welche von den Alliirten etwa dem dabei am meisten wegen der Nachbarschaft interessirten Kurfürsten von Trier zuliebe getroffen worden wären.

Im ganzen Winter bis tief in's Frühjahr hinein überwog allerwärts die Besorgniß vor der Schwedenmacht, die sich von Tag zu Tag gefahrdrohender entwickelte. Die Gerüchte von kriegerischen Absichten des Königs Karl Gustav auf die jülich'schen Lande und daran etwa sich anschließenden Operationen gegen Kur-Mainz, welches wegen der gaulsheimer Zollsache mit Kur-Pfalz im Streite lag, tauchten im Frühling wieder von neuem auf und verursachten dem Bischof von Münster immer wieder schwere Beklemmungen. Und auch der Pfalzgraf wurde bedenklicher, da die Nachrichten von den lebhaften Rüstungen der Schweden im Bremischen nimmer aufhörten und Ende März eine Allarmkunde von dem vermeintlichen Plane der Okkupation Jülichs durch die Schweden zu ihm drang, in deren Verfolg die Sendung Reuschenbergs nach Münster stattfand, welcher den Bischof zu gemeinsamen Bemühungen

[1] Schreiben vom 30. December 1655, Original in Münster. Was aus der Sache geworden, erhellt nicht aus den Akten.

[2] Bei Schleiden, Reg.-Bez. Aachen.

um kräftigeren Ausbau der Bundesverfassung gewinnen sollte. Zu eben diesem Zwecke schlug der Pfalzgraf, wie wir oben sahen, die schleunige Berufung einer neuen Konferenz nach Köln vor, um daselbst über Verdoppelung der Bundesmacht, Aufstellung derselben in einem „rechten Korps", Formation der Artillerie und Bestellung der Oberoffiziere u. dergl. m. Beschlüsse fassen zu lassen. Inzwischen wolle er auf allen Fall des gegenseitigen Beistandes versichert sein. Christoph Bernard begann damals gerade ein wenig aufzuathmen. Er hatte in Erfahrung gebracht, daß — wie es sich ja auch thatsächlich verhielt — die schwedische Armatur dem Polenkönige, freilich des Neuburgers Schwager, galt. Damit war allerdings sein Mißtrauen noch nicht völlig gehoben. Man werde, so meinte er in der Resolution, welche er dem Feldmarschall v. Reuschenberg am 6. April ertheilte, trotzdem an diesen Enden nicht gänzlich in Sicherheit gerathen. Und auch die Haltung Brandenburgs und Braunschweigs sei in's Auge zu fassen. Zwar stehe er mit 1200 Mann z. F. und 300 Reitern geworbener Mannschaft bereit, um der Bundespflicht zu genügen; zu Coesfeld habe er noch 1200 Mann in Reserve und die Plätze Vechta, Meppen, Bevergern, Münster und Warendorf seien mit nothdürftigen Garnisonen besetzt. Weil die Gefahr von der Weser her drohe, sei es durchaus nothwendig, daß die Alliirten ihre Truppen diesseits des Rheins konzentrirten und namentlich das Vest Recklinghausen und Dorsten als Kommunikationslinie offen hielten und daneben auch Kaiserswerth besetzten. Dieses zu veranlassen, müsse der Kurfürst von Köln ersucht werden, wie auch Kur-Trier seine Völker werde auf das rechte Rheinufer dislociren müssen. Eventuell habe man Aufstellung an der oberen Lippe zu nehmen, etwa bei Ostendorf und Reuschenberg; er wolle schon für die nöthigen Schiffe Sorge tragen. Nicht nur verdoppeln, sondern verdreifachen müsse man das Bundesheer, ja alle zur Gegenwehr überhaupt vorhandenen Kräfte zusammenraffen und wenigstens dahin trachten, daß jeder der Correspondirenden mindestens 3000 Mann z. F. und 1000 Reiter mit verhältnißmäßiger Artillerie aufbringe.[1] Hingegen hält er die vorgeschlagene Zusammenkunft zu Köln unter den jetzt obwaltenden Konjunkturen zur Ver-

[1] Ueber die kriegerische Stimmung des Bischofs gerade in jenen Tagen vergl. auch ab Alpen a. a. O. III, S. 268. 269: rumor multos territabat, praecipue tamen Neoburgicum Ducem ..... Chr. B. contractis suo e praesidio undique copiis utque in subitum belli casum promptas evocare posset, ita opportune dispositis, Vechtam fortalitium et confinia Suecis loca praesens lustrat; nihil illo, quem Koningsmarckius Comes Suecorum ductor recensuerat, armatorum numero territus; certus praeterea non daturum se iis, si forte id poscerent, sua per oppida aut terras liberum iter.

hütung allerhand Verdachts nicht für dienlich. Wegen des Kommandos enthalte ja der Receß die nöthigen Bestimmungen und könne man das Uebrige durch Schriftwechsel vereinbaren.

Zu gleicher Zeit ersuchte in der That der Bischof die beiden Kurfürsten von Köln und Trier unter dem Hinweis auf die täglich mehr zunehmenden Besorgnisse vor den Schweden, auf grund der Defensionsvereinigung ihre Kontingente auf dem rechten Rheinufer zu konzentriren, den Kölner noch besonders, die Stadt Dorsten mit genügender Garnison und Vorräthen versehen zu lassen, damit die Kommunikationslinie nicht abgeschnitten würde. Ein ähnliches Gesuch richtete er unter Berufung auf den Receß v. J. 1651 an den Kurfürsten von Mainz. Dieser versprach, seine Völker bereit halten zu wollen (27. April), drückte aber im übrigen seine Hoffnung auf Erhaltung des lieben Friedens aus.

Die von Christoph Bernard so lebhaft erzielte Konzentration der Bundesarmee auf dem rechten Rheinufer blieb unausgeführt. Wie hätte der ohnehin so gefährdete und von den Spaniern und Lothringern so oft heimgesuchte Kurfürst von Trier sein Erzstift dermaßen entblößen können und der von Köln, dessen Bisthum Lüttich die gleichen Gefahren unausgesetzt trotz des Vertrages von Tirlemont drohten, seine ganze Macht nach Westphalen werfen wollen? Fürwahr, wenn die Schweden zur Verwirklichung der von den Fürsten des westphälischen Kreises ihnen angedichteten Pläne hätten schreiten wollen — der Bischof von Münster mit seinen martialischen Vorbereitungen hätte sie nimmer aufgehalten, auch kaum wohl mit diesem vereint der Pfalzgraf, und die Ohnmacht der kölnischen wie der kur-rheinischen Allianz wäre offenkundig geworden.

Etwas Derartiges mußte denn doch wohl der Bischof selbst im Gefühl haben. Ja, er sprach es offen dem Pfalzgrafen gegenüber aus (27. April), daß vermuthlich sie beide neben den wenigen andern Correspondirenden gegen der Schweden Gewalt nicht wohl würden bestehen können. Deshalb schlug er ihm vor, gesamter hand des Kaisers Majestät um Schutz und Hülfe gegen alle unbillige Gewalt anzugehen. Der Pfalzgraf hatte nichts dagegen einzuwenden und ließ ein Schreiben an den Kaiser in seiner Kanzlei entwerfen, daß vom 30. April datirt abgeschickt wurde,[1] und zwar im Namen der beiden Fürsten als Ausschreibender des westphälischen Kreises, aber doch auch unter ganz besonderer Bezugnahme auf die kölnische Liga, wenn auch mit dem naiven Eingeständniß, daß deren Kräfte gegen Schweden nicht ausreichen würden.

---

[1] Am 3. Mai sandte es Christoph Bernard seinem Agenten in Wien zur Beförderung an seine Adresse, während zugleich der Neuburgische Gesandte daselbst Anweisung empfing, alle Hebel zu einem ersprießlichen Erfolg in Bewegung zu setzen.

Die kaiserliche Antwort hätten Beide voraussehen können. Sie traf in der Mitte des Junimonats ein. Statt erwünschter Zusage effektiven Beistandes enthielt sie nur leere Vertröstungen: man habe wohl für den Augenblick in jenen Gegenden von den Schweden nichts zu besorgen, dürfe jedoch „gute Aufsicht und Verwahrung nicht in Wind schlagen.“ [1]

Inzwischen aber war der Pfalzgraf auf seinen Vorschlag vom Anfang April wegen Berufung einer Bundesversammlung nach Köln zurückgekommen. An den Bischof Christoph Bernard erging eine bezügliche Aufforderung am 23. Mai, vermuthlich zu derselben Zeit auch an die beiden andern Alliirten.

Eine fieberhafte Projektenmacherei erfüllte gerade in jenen Tagen den unruhigen Sinn des ränkevollen Erzfeindes des Kurfürsten von Brandenburg. Gerade damals hatte er seinen Geheim-Sekretär Leers nach Gottorp gesandt, um hinter dem Rücken seiner rheinischen Verbündeten den Schweden eine Offensiv- und Defensivallianz anbieten zu lassen. Französische Intriguen hatten zugleich ehrgeizige Pläne auf Erlangung der deutschen Kaiserkrone in seinem leidenschaftlichen Gemüth zu erwecken versucht; seine eigenen Wünsche schienen indessen mehr auf die polnische Königskrone abzuzielen. Nebenher gingen Unterhandlungen mit dem vertriebenen Brittenkönig, sowie mystische Werbungen und Machinationen gegen das Haus Habsburg beim Stuhle Petri. [2] Und dennoch besaß er wiederum soviel an praktisch-politischer Einsicht, um über diesen Phantasmagorien das nächstliegende nicht zu übersehen. Es galt, auf alle Fälle die Alliirten bei der Hand zu halten. An thatsächlichen Beistand derselben war aus mancherlei Gründen vorerst nicht zu denken. Aber, um ihr Interesse wach zu halten, dazu war eine Konferenz trefflich geeignet. Und deshalb wohl jener Vorschlag.

Christoph Bernard wies denselben diesmal nicht geradezu von der Hand, aber er lenkte die Aufmerksamkeit seines Gefährten auf die neuerdings beruhigender lautenden Nachrichten, wonach Karl Gustav von Schweden bei seinem königlichen Wort versichert haben sollte, daß seine Armatur weder gegen Neuburg oder Münster noch sonst gegen einen einzigen Stand des Reichs angesehen sei. Demnach würde eine Bundesversammlung nur Verdacht erwecken, welcher überhaupt schon Wurzeln zu schlagen begonnen habe, und könnte eine solche wohl besser noch ein wenig hinausgeschoben werden.

---

[1] Das Schreiben selbst liegt mir nicht vor, jedoch der Begleitbrief, welchen Christoph Bernard am 25. Juni demselben bei Beförderung an den Pfalzgrafen beilegte. Aus ihm geht der ungefähre Inhalt des kaiserlichen Bescheides wie oben hervor.

[2] U. A. V, S. 778, Anm. 9. Vgl. Droysen III, 2. S. 253.

Philipp Wilhelm meinte dagegen, „daß dennoch der Sache nicht allerdings zu trauen, weil die Schweden nach vollendetem ihrem Prinzipalvorhaben oder aber bei dessen Mißlingung auch wohl bei anderen Okkasionen, die sich leicht erzeigen können, ihre vires bald gegen das Reich wenden können, zumal die Zeiten und in denselben die resolutiones sich leicht verändern und diejenigen sich am besten und sichersten finden, welche am besten versehen sind, weshalb er unmaßgeblich dafür halte, daß man des Reichs Sicherheit nicht besser als durch eine gute Verfassung finden könne und daß solche das vornehmste motivum sein werde, allerseits gefährliche consilia zu divertiren, welche bei verspürter Entblößung leicht reassumirt werden können, also daß, solange mächtige benachbarte Kronen und Republiquen in so starker Armatur stehen, es dieserseits nicht rathsam sein will, sich aus der Verfassung zu setzen, welche gemeldetermaßen die beste Sicherheit bringt." [1]

Wer vermöchte aus diesen Zeilen nicht das alte Mißtrauen gegen Brandenburg herauszulesen, welches gerade damals, wie man wußte, in Bundesverhandlungen mit der Republik der vereinigten Niederlande stand, während auch Schweden mit allerhand Zumuthungen um den Kurfürsten warb. [2] Auch hatte, wie man wohl spüren kann, Philipp Wilhelm damals durch seinen Gesandten noch keine beruhigende Versicherung von dem Schwedenkönig erhalten.

Christoph Bernard von Münster hatte das Unangenehme, was in seiner gewissermaßen ablehnenden Haltung gegenüber dem erneuten Konferenzprojekte gefunden werden konnte, dadurch abzuschwächen gesucht, daß er erklärte, sich übrigens hierin gänzlich dem Gutdünken der Kurfürsten von Köln und Trier fügen zu wollen. Nun erfolgte in den ersten Tagen des Juni eine Begegnung des Pfalzgrafen mit Maximilian Heinrich von Köln zu Brauweiler. Hier wurde der Kurfürst für das Projekt einer Konferenz gewonnen. Er versprach dem Pfalzgrafen, mit Karl Kaspar von Trier hierüber sich in's Einvernehmen zu setzen. Hiervon benachrichtigt stellte der Bischof von Münster seinem in der ganzen Angelegenheit so wohl unterrichteten Wilhelm v. Fürstenberg Vollmacht für die Versammlung aus (Wolbeck 5. Juni). Doch war er seiner Besorgnisse nicht völlig Herr geworden: denn er hielt es für angemessen, wie er an den Pfalzgrafen mittheilte, für die Sendung

---

[1] Schreiben d. d. Grimlinghausen den 26. Mai 1655. Original in Münster.

[2] Ob der Pfalzgraf von den geheimen wider ihn geschmiedeten Plänen des brandenburgischen Ministers Waldeck, von denen Erdmannsdörffer in seinem Buche über diesen S. 278 ff., des weiteren handelt, etwas erfahren, kann ich nicht angeben, da die Akten in dieser Richtung nicht das geringste errathen lassen. Möglich wäre es immerhin, daß Mazarin ihm Andeutungen gemacht haben könnte.

Fürstenbergs den Vorwand zu gebrauchen, als ob er in kaiserlichen Kommissionssachen wegen des Religions- und Kirchenwesens in den jülich-cleveschen Landen nach Köln geschickt würde.

Schon am 11. Juni befand Fürstenberg sich in Köln, jedoch vergeblich: denn obwohl er dem kur-kölnischen Hofe seine Ankunft angezeigt hatte, erschien doch kein Abgesandter desselben. Dort hatten sie nämlich noch am 14. Juni keinen Bescheid von Trier. Hingegen hatte Kurfürst Karl Kaspar bei anderer Gelegenheit den Wunsch geäußert, daß die Unterredungen über das Defensionswerk in Frankfurt statthaben möchten, weil dort schon allerseits Vertreter wegen des Reichsdeputationstags anwesend sein würden. Fürstenberg kehrte also unverrichteter Dinge zum Bischof zurück. Der Vorschlag Kur-Triers hatte den Vorwand abgeben müssen zum Aufschub der Konferenz. Der wahre Grund war vermuthlich der Plan der Herzuziehung von Kur-Mainz, worüber die Verhandlungen bedauerlicherweise unserer Kenntniß sich entziehen.[1]

Der Bischof mochte wohl verletzt sein: doch ließ er nichts davon merken; aber seinem gepreßten Herzen schaffte er Erleichterung durch einen längeren Erguß über die politische Lage, wie sie sich in seinen Augen damals darstellte. Ein Erguß, welcher das tiefste Mißtrauen gegen die Schweden athmet und in der Ausführung gipfelt: „Denn obwohl die schwedischen Regimenter in beiden Fürstenthümern Bremen und Verden sich zusammenziehen und der Ruf geht, daß dieselben nach Preußen marschiren und gegen den König in Polen operiren sollen, indem dennoch die Krone Polen dem Reich Schweden jetzt mehr als jemals zu deferiren und vor diesem gesuchte Friedensartikel zu offeriren gemeint sein soll, und dann die Unkatholischen den König in Schweden um Schutz und Hülfe gegen die von Ihrer Kais. Mt. in dero Erb-Königreichen und Landen vorgehende Reformation angerufen, uns auch, daß er nicht allein in vorgemeldeten kaiserlichen Erb-Königreichen und Landen, sondern im ganzen römischen Reich solchen Schutz und Schirm über die Unkatholischen zu übernehmen geneigt und resolvirt sein solle, von vertrauter Hand Bericht zugekommen, dürften die zwischen vorgemeldeten beiden Kronen vorschwebenden Differenzen wohl bald verglichen, die Flagge umgeschlagen und den Unkatholischen Assistenz geleistet werden."[2] Der Pfalzgraf aber geht auf diese besorglichen Gedanken seines Nach-

[1] Der Grund Trier's, wegen der zu Frankfurt tagenden Reichsdeputation die Konferenz dorthin zu berufen, konnte für Neuburg keine Geltung haben, da dieses auf der Deputation keine Vertretung hatte.

[2] Der Bischof an den Pfalzgrafen am 25. Juni 1655. Antwort des Letzteren vom 2. Juli.

baren in seiner Antwort nicht weiter ein, bemerkt aber, „daß er gerade deshalb ja so emsig auf eine rechtschaffene Zusammensetzung der benachbarten katholischen Kur- und Fürsten bedacht gewesen sei und noch dahin trachte und sich bemühe, daß die zu Köln verabredete Armatur und Verfassung in eine beständige Harmonie mit Anstellung eines gewissen Generals[1] und anderer zu dergleichen Corpo nöthigen Offiziere und Reglements gebracht werden möge." Aus diesem Grunde sei man imbegriff, eine Konferenz allseitiger Bevollmächtigter nach Frankfurt zusammenzuberufen, besonders damit auch Kur-Mainz daran theilnehmen könne. Vermuthlich werde der Zusammentritt um Jacobi erfolgen können, wobei sich denn auch hoffentlich der Bischof betheiligen werde.

Christoph Bernard gab umgehend (6. Juli) seine Bereitwilligkeit zu erkennen: er werde seinen Vertreter mit genügender Vollmacht und Instruktion versehen und überhaupt dieses höchst nöthigen Werks rechte und beständige Einrichtung sich möglichst mit angelegen sein lassen.

Die offizielle Einladung indessen zur Theilnahme an diesem Frankfurter Bundestage ging von dem Kurfürsten von Köln aus (11. Juli), welcher in der That den Jakobitermin anberaumte. Doch hielt man diesen nicht streng inne. Am 23. Juli bevollmächtigte Christoph Bernard den Geheimen Rath Licentiaten der Rechte Bernard Wiedenbruck[2] zu der Versammlung; dieser mußte aber, wie oben erzählt wurde, auf der Reise erst bei dem Bischof von Paderborn vorsprechen und langte daher erst am 31. Juli in Frankfurt an. Den Neuburgischen Deputirten Freiherrn Viermund von der Neersen fand er gar nicht anwesend, und der kur-trierische Landhofmeister Freiherr v. Metternich traf gar erst am 4. August ein. Dagegen waren von Köln der Doktor Aldenhoven und von Mainz der würzburgische[3] Kanzler Dr. Mehl bereits zur Stelle.

Philipp Wilhelm von Neuburg hatte vielleicht gehofft, in eigner Person den Verhandlungen beiwohnen oder dieselben doch wenigstens ganz aus der Nähe in seinem Sinne leiten oder doch beeinflussen zu können. Er hatte es daher so einzurichten verstanden, daß die Konferenz mit seiner Reise aus den Jülich'schen nach den Neuburgischen Landen zusammenfiel, auf welcher er bequem Frankfurt berühren konnte. Unterwegs hielt er zu Mainz Einstand beim Kurfürsten. Hier aber fand er

[1] Dieses war eine der besonderen Sorgen des Pfalzgrafen, welcher weniger auf seine eigene Person, wie man mehrfach annahm, als auf seinen Günstling Reuschenberg dabei das Absehen gerichtet hatte. Im Effekt wäre dieses wie jenes auf eines hinausgelaufen.

[2] Wilhelm v. Fürstenberg war vom Bischof zum Kaiser nach Wien geschickt in Angelegenheiten gegen die Stadt Münster. Tücking S. 30, ab Alpen III, 274.

[3] Johann Philipp von Mainz war zugleich Bischof von Würzburg.

in des Kurfürsten gewandtem Berather, dem ehrgeizigen Boineburg seinen Meister, der ihn durchschaute und die beabsichtigte Beeinflussung des Bundeskonvents dadurch hintertrieb, daß er dem Pfalzgrafen die Beschickung der Konferenz dringend widerrieth, da die Anwesenheit Neuburgischer Gesandten, die keinen Zutritt zur Reichsdeputation hatten, weil die Stimme für die Jülich'schen Lande wegen des Successionsstreites ruhte, in Frankfurt bei den dort schon zahlreich vertretenen Protestanten nur unnöthiges Aufsehen verursachen würde, und man solches durchaus vermeiden müsse. Man einigte sich über den sonderbaren Ausweg, daß zu Frankfurt die zur dortigen Reichsdeputation gehörigen Vertreter der drei geistlichen Kurfürsten und des Fürstbischofs von Münster tagen, jedoch in steter Verbindung mit den in Mainz zurückbleibenden Neuburgischen Räthen v. d. Neersen und Vicekanzler Snell bleiben sollten. Der Pfalzgraf mußte sich wohl oder übel fügen. Auch sonst fand er wenig Neigung bei den Alliirten für seinen fein angelegten Plan mit Reuschenberg. Mainz und Trier glaubten nicht in diesem, sondern in dem Generalwachtmeister v. Hunolstein den zum Oberbefehl über die Bundestruppen recht geeigneten Mann gefunden zu haben und empfahlen den letzteren auf's dringendste. Köln hielt mit seiner Ansicht noch zurück. Dem münsterischen Gesandten Wiedenbruck gegenüber gestand Aldenhoven weder die Richtigkeit der Angaben der Neuburger ein, welche behauptet hatten, daß Köln und Münster für Reuschenberg stimmen würden, noch wollte er von dem Projekte Hunolstein etwas wissen, während Wiedenbruck selbst Befehl hatte, zu erklären, „man habe zur Zeit ein caput noch nicht so nöthig." Boineburg, niemals um einen Ausweg verlegen, suchte denselben dahin zu bahnen, daß er dem Pfalzgrafen das Zugeständniß zu verschaffen gedachte, daß bei etwa eintretenden Operationen von Bundes wegen Reuschenberg im niederen, Hunolstein im oberen Deutschland das Generalkommando übertragen werden sollte.

Hunolstein genoß übrigens den Ruf eines vornehmen, verständigen und erfahrenen Mannes; auch glaubte man ihn unter billigeren Bedingungen gewinnen zu können als Reuschenberg, wiewohl der Pfalzgraf meinte, daß auch dieser mit sich reden lassen werde. Er selbst stellte dem Mainzischen Vermittelungsvorschlag einen anderen gegenüber: man könne Reuschenberg als Feldmarschall und Hunolstein als Feldzeugmeister anstellen; stieß aber hiermit auf entschiedenen Widerspruch bei dem Kurfürsten von Mainz, welcher, dank dem energischen, zielbewußten Auftreten seines Boineburg, noch bevor er überhaupt formell dem Bunde beigetreten war, auf die Leitung der Angelegenheiten desselben den lebhaftesten Einfluß ausübte.

Am 5. August früh 6 Uhr begann in Frankfurt die erste Konferenz. Von der Führung eines Protokolls sah man auffallenderweise ganz ab und einigte sich nach mehr als sechsstündiger Debatte über ein sogenanntes Eventualkonklusum, welches Wiedenbruck, der übrigens, wie er selbst berichtet, seiner Instruktion, den Mainzischen und der mit ihnen stimmenden Majorität nicht zu opponiren, getreulich nachfolgte, „ziemlich obskur" fand.

Dieses Konklusum lautet wörtlich folgendermaßen:

Damit die Bestellung eines Hauptes noch zur Zeit geheim bleibe und die secreteza sowohl in diesem als anderem gehalten werde, so soll bei jetzt noch geringerer Anzahl der Völker Generalfeldzeugmeister Johann Wilhelm v. Hunolstein diesmal zu derselben Stelle und in allerseits Prinzipalen (Mainz, Trier, Köln, Münster und Pfalz-Neuburg samt anderen bereits zugetretenen oder nächst sich konjungirenden Ständen) gemeine Pflichten nach deshalb verglichener Formel gegen 2000 Thlr. jährlich von allen interessirten Theilen nach eines jeden proportionirter Quote zureichender Bestallung angenommen, bis zu erfolgendem Feldzug aber die Bestallung nach Nothdurft verbessert werden. Ob aber hernach bei gedachter Verstärkung der Defensionsvölker und befindender Noth der Feldmarschall Johann Freiherr v. Reuschenberg nächst alsdann vorgehender Erlassung der pfalz-neuburgischen Partikulardienste in wirkliche Bestallung zu nehmen und das Oberkommando überall zu führen haben solle, oder v. Hunolstein in den oberen Mainzischen und Trierischen und den sich dazu schlagenden, v. Reuschenberg aber in den unteren Quartieren, Kölnischen, Münsterischen und Jülich'schen Landen und den dazu kommenden, davon soll Relation geschehen und allerseits Prinzipalen, besonders aber des Pfalzgrafen von Neuburg Resolution förderlichst eingeholt werden.

Außerdem erinnerte in dieser Sitzung Münster an die weitere Verlängerung der Zeitdauer des Bundes, worauf Mainz die Erklärung abgab, daß es seinerseits innerhalb der Grenzen des kur-rheinischen Kreisschlusses vom 1651 verbleiben wolle, welcher über die Zeitdauer gar keine Bestimmung enthalte. Hiergegen eröffnete Trier, daß es von dem kölnischen Receß von 1654 nicht abgehe. Man habe aber doch noch über ein volles Jahr Zeit bis zum Ablauf desselben und könne über die Verlängerung ja später noch zur genüge reden. Uebrigens wolle es auch den kur-rheinischen Kreisschluß gelten lassen, immer aber unbeschadet des kölnischen Bundesvertrages. Auch Köln hielt an letzterem fest, erklärte sich auch hinsichtlich der Prorogation desselben vorläufig für indifferent. Münster ließ überraschenderweise sich vernehmen, das kur-rheinische Bündniß zur Grundlage der neuen Vereinigung nehmen

zu wollen, falls die Kontingentirung auf den Matrikularfuß gesetzt würde, da es dem Bischof schwer falle, nach dem kölnischen Receß in infinitum über den Matrikelanschlag hinaus aller Billigkeit zuwider beitragen zu müssen. Mainz hatte an dieser Erklärung nicht denjenigen Gefallen, welchen Wiedenbruck wohl erwartet hatte. Bei diesen Zeiten, äußerte sein Vertreter, dürfe man nicht auf die Matrikel sehen, sondern auf Lage und Beschaffenheit der Lande. Uebrigens müsse ganz im allgemeinen die Allianz so lange in Geltung bleiben, als die Gefahr anhalte.

Das Ergebniß dieser Sitzung wurde nach Mainz an den Kurfürsten und die neuburgischen Gesandten gemeldet. Wegen Reuschenberg fügte man sich endlich dem vermittelnden Vorschlage des Pfalzgrafen, welcher unterdessen seine Reise nach der Donau fortsetzte und unterwegs nochmals zu Rüsselsheim, wo er dem Landgrafen Georg v. Darmstadt seinem Schwiegervater aufwartete, eine Begegnung mit Boineburg hatte.

Adrian v. der Neersen, Frh. zu Viermund und Heinrich Snell kamen insgeheim nach Frankfurt, wo am 11. August die neue Konvention geschlossen wurde.[1] Mit folgendem Inhalt: Als Grundlage, auf welcher man diese neue Vereinigung errichte, werden sowohl der kur-rheinische Kreisabschied vom 21. März 1651 als der kölnische Vertrag vom 15. December 1654 bezeichnet, da beide den gegenseitigen Schutz und Schirm gegen die ringsumher drohenden Gefahren zum Zwecke hätten.

Die erste wesentliche Bedingung sei die der sorgfältigsten Geheimhaltung aller solcher Defension halber vorgehenden Handlungen. Jeder Argwohn müsse vermieden werden und in der That wolle man ja Niemanden offendiren. Zum General über die sämtlichen geworbenen Defensionsvölker — hier setzt das Eventualkonklusum vom 5. August, aber mit nicht unwesentlicher Veränderung ein — wird der Freiherr v. Hunolstein mit 2000 Thaler Gage bestellt. Er soll nach Ausfertigung seines Patents gegen Uebergabe eines Reverses ohne Verzug von dem Kurfürsten von Trier im Namen der Alliirten in Eid und Pflichten ge-

---

[1] Original im St.-A. Münster. Droysen bemerkt (a. a. O. III, 2. 439): Gelegentlich habe ich in den Akten ein neues Bundesinstrument d. d. Frankfurt a. M. August 1655 gesehen, aber mir nur eine flüchtige Notiz aufgezeichnet. Vgl. auch Erdmannsdörffer a. a. O. S. 432, Anm. 2. Köcher a. a. O. S. 198 setzt die Konvention in das Jahr 1656 indem er seine Hypothese auf § 17 des Kölner Vertrages aufbaut, „wonach die Verbündeten zwei Jahre in dieser Verfassung verbleiben und ein halbes Jahr vor Ablauf dieser Frist über die Prolongation sich vereinbaren wollten." Er übersieht, daß die Frankfurter Konvention eben nicht eine einfache Prolongation, sondern ein neues Gebilde, die Verschmelzung der Verträge von 1651 und 1654 ist. Den drei genannten Forschern ist der Druck des Vertrages bei Dumont corps dipl. VI, 2, 113 entgangen.

nommen werden. Hingegen wolle man Reuschenberg durch den Pfalzgrafen von Neuburg ersuchen, daß er verbindliche Zusage abgebe, das Kommando über das Bundesheer zu übernehmen, falls eine Verdoppelung oder noch weitere Verstärkung erfolge, und zwar in seinem Range als Generalfeldmarschall. Alsdann werde man ihn, nach vorausgegangener völliger Entlassung aus den neuburgischen Partikulardiensten, ebenfalls in Dienst und Pflichten nehmen. Bis dahin aber könne ihm weder Besoldung noch ein Wartegeld bewilligt werden. Hunolstein aber werde dann neben Reuschenberg als Feldzeugmeister „überall ohne Unterschied" kommandiren. Auf grund eines Majoritätsbeschlusses wird drittens diese Defensionsverfassung — und hierin stellt sie sich lediglich als eine Fortsetzung der kölnischen dar — vom Ablauf der ersten zwei Jahre, also vom 15. December 1656 an, auf weitere zwei Jahre, also bis zum 15. December 1658 verlängert.

Viertens soll jeder der Kontrahenten seine in den beiden früheren Recessen von 1651 und 1654 zugesagten Völker — wohl so, daß die im Frankfurter Receß von 1651 stipulirten Quoten, die in denen des kölnischen Vertrages von 1654 aufgingen, nicht zugerechnet wurden — vollzählig in wirklicher Bereitschaft halten und überdies auch sichere Anstalten treffen, damit er auf den Nothfall ein mehreres oder gar das doppelte bei der Hand habe, dem, der da Noth leide, Hülfe zu leisten.

In allen übrigen Punkten soll es schließlich bei den Bestimmungen beider grundlegenden Recesse bewenden. Betreffend das von Kur-Mainz wegen Zutritts zu dem kölnischen Abschied angebotene und von einem Theile der Kontrahenten bereits zugebilligte Kontingent soll die Resolution sämtlicher Prinzipale eingeholt und den Mainzischen s. Z. eröffnet werden.[1] Ferner soll auch nach wie vor die Herbeiziehung andrer Stände mehr ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses derselben betrieben und über die bisherigen Ergebnisse dieser Propaganda sämtlichen Interessirten genaue Mittheilung gemacht werden. Dem Kaiser soll schließlich — aber auch dies ganz insgeheim — von dieser Konvention durch einen seiner Minister, also nicht direkt, wie bisher, Kenntniß gegeben werden.

Das neue Bundesinstrument wurde von den bereits genannten Diplomaten, zu denen noch mainzischerseits Philipp v. Vorburg und trierischerseits Johann Heinrich Gobelius traten, unterzeichnet und be-

[1] Die Mainzer Quote betrug, wie aus Köcher's oben mitgetheilter Notiz aus dem Heyland'schen Diarium hervorgeht, wegen Mainz und Würzburg 1000 Mann zu Fuß und 200 zu Pferd. Köcher S. 198.

siegelt, die Ratifikationsfrist innerhalb dreier Wochen angesetzt[1] und die Bestallung für Hunolstein vermuthlich auch noch am selben Tage ausgefertigt.[2]

Und damit war denn ein neuer Bund zur Thatsache geworden, welcher eine Verschmelzung der beiden Vereinigungen von 1651 und 1654 darstellte, wie sie die Aufnahme von Münster und Neuburg in den kur-rheinischen Abschied nur unvollkommen erreicht hatte.

Der rachsüchtige, von phantastischen Plänen erfüllte Pfalzgraf, der ehrgeizige, geriebene Boineburg, damals noch im ungestörten Besitze des vollkommensten Einflusses auf seinen Herrn, und Fürstenberg, ein kalter, gewissenloser Egoist, wohl damals schon unter französischen Einflüssen stehend[3]: diese drei Männer sind es gewesen, welche von nun an der Politik dieses rheinischen Bundes ihren Gang vorzeichneten, die Führer des katholischen Westens im Reich, welcher, je lauter nunmehr beim Ausbruch des Ungewitters im Norden und Osten die Wellen aufzurauschen begannen, allmählich einem unheimlich stillen Sumpfgewässer nicht unähnlich wurde, in welchem man herrlich im Trüben fischen konnte.

Der Bischof von Münster hingegen, welchen wir bisher mit an der Spitze der ganzen Allianzbewegung gesehen, tritt nach und nach einigermaßen zurück von diesem Posten. Für ihn wichen zunächst die Fragen der großen Politik den rein provinzialen und lokalen, zumeist den sich immer schärfer zuspitzenden Zwistigkeiten mit der Bürgerschaft der Stadt Münster, bis auch diese wieder in dem fehlerhaften Zirkel ihn in jene hineinrissen.

---

[1] Ich sah nur die Ratifikation des Pfalzgrafen d. d. Neuburg den 2. Septbr. 1655 im Original unter den Münsterischen Akten.

[2] Kopie ohne Datum im St.-A. Koblenz. Hunolstein wird auf beide Allianzen von 1651 und 1654 verpflichtet.

[3] Portmann, brandenburgischer Reichsdeputirter in Frankfurt, an den Kurfürsten Friedrich Wilhelm am 8. (18.) Juni 1655 (Berliner Archiv): Fürstenberg hat sich auch vermerken lassen, es müßte mit der Wahl eines römischen Königs nicht wie bisher hergehen, sondern dahin gedacht werden, daß die Wahl vom Hause Oesterreich auf ein anderes vornehmes Haus gebracht werde, welches zu fördern die Krone Frankreich eine große Summe Geldes beisammen hätte", woran natürlich Graf Fürstenberg gebührend zu partizipiren gedachte oder davon bereits seinen guten Antheil vorweg genommen hatte. In Düsseldorf wußte man im Jahre 1657 sehr wohl, daß Fürstenberg von der Krone Frankreich zur Beförderung der Zwecke derselben vordem 30 000 Thaler empfangen hatte (Düsseldorfer Archiv).

6.

Gefahr im Nordwesten.

Um die Zeit, da die Konvention von Frankfurt zur Vollziehung gelangte, befand sich der Pfalzgraf von Neuburg in einer gewissen Verlegenheit. In einer Streitsache der Gebrüder v. Gelre zu Arssen wider Petronella v. Lahr, verw. Meuter, waren die ersteren von den jülich-bergischen Gerichten verurtheilt und stand die Sache zur Exekution reif. Hiergegen erhob jedoch der Rath von Brabant und die spanische Regierung zu Brüssel Einspruch und drohten für den Fall der Ausführung jener Exekution der Verurtheilten, welche angeblich nur vor ihnen zu Recht stehen dürfen sollten, in den jülichschen Landen Repressalien zu ergreifen. Ja, die brabantische Regierung besetzte auf alle Fälle die jülichschen Häuser Türnich, Frechen und Buschbell[1] mit spanischen Truppen, ein Vorstoß, der beinahe bis an die Stadt Köln heranreichte. Dem Pfalzgrafen meldete seine Regierung diesen Fall nach Neuburg, weshalb er sich an seine Verbündeten mit der Bitte um ein abmahnendes Fürschreiben in ihrem Gesamtnamen an den Erzherzog Statthalter in Brüssel und die brabantische Regierung wandte. Sie möchten, so ersuchte er sie ferner, zugleich ihr Gutachten darüber äußern, was etwa zu beginnen sein würde, wenn man dieser Intervention kein Gehör schenke: denn dann werde man wohl „diese Eingriffe mit der starken Hand abschaffen und zu fernerer Ungelegenheit den Weg dermaleins sperren“ müssen.[2]

Der Bischof von Münster zeigt sich sofort bereit, das Abmahnungsschreiben mit zu fertigen, wenn die mitverbündeten Kurfürsten also auch belieben würden; auch will er, wenn die Spanier Widerstand erheben, sich so erzeigen, „wie es dem Friedenschluß und den Reichskonstitutionen gemäß und des Pfalzgrafen Zuversicht zu ihm gestellt sei.“[3]

Was aus der ganzen Angelegenheit damals geworden und ob es zum wirklichen Abgang eines solchen Abmahnungsschreibens der Alliirten gelangt ist, entzieht sich unserer Kenntniß; doch liegt die Vermuthung nahe, daß dem also geschehen, da etwa zur gleichen Zeit eine Fürbitte der Verbündeten beim Statthalter Leopold Wilhelm um Verschonung

---

[1] Der erste Ort im Kreise Bergheim, die beiden letzteren (Buschbell in den Akten Voigtsbell genannt) im Kreise Köln.

[2] Schreiben vom 28. August. Original Münster.

[3] Schreiben vom 13. September. Münster.

der Schirmverwandten des Bundes (Stift Thorn, Grafschaft Reekem und die Herrschaften Weiler und Wittem) eingereicht wurde.[1]

Unterdessen rüstete Philipp Wilhelm von Neuburg für alle Eventualitäten. Am 7. October bittet er den Bischof Christoph Bernard unter Hinweis auf die bekannten Gelüste der kriegführenden Parteien nach den Winterquartieren auf des Reiches Boden, die von ihm zu seiner gesamten Defension versprochene Anzahl Völker in Bereitschaft zu halten. Der Bischof verspricht es unter dem 22. October und erklärt sich außerdem bereit, auf den Nothfall nach all seinem Vermögen Beistand zu gewähren. Die Befürchtungen des Pfalzgrafen waren keine leeren gewesen. Schon im November lagerten sich die Spanier, dem Vertrage von Tirlemont entgegen, in das Stift Lüttich zwischen Sambre und Maas ein. Hierdurch ward der Kurfürst von Köln betroffen. Durch den Vertragsbruch schwer verletzt, gerieth er noch außerdem in Besorgniß, daß die Krone Frankreich, wenn er dem Beginnen der Spanier stillschweigend zuschaue, dies als eine Konnivenz gegen dieselben ausdeuten und daher auch gleichermaßen ihre Völker in's Stift Lüttich legen könnte. Diese Gefahr versäumte er nicht seinen Alliirten vor Augen zu stellen. Wie an den Bischof von Münster[2], welchen er um Bereithaltung von 400 Infanteristen und 200 Reitern ersuchte, wird er auch an die übrigen Bundesverwandten gleiche Requisitionen gerichtet haben. Kur-Trier hatte bereits Hülfe gesandt, denn Christoph Bernard sollte seine Truppen dem Kurtrierischen Obersten Ratschien unterstellen. Zu einer Operation indessen kam es damals nicht, da die spanischen Völker schon zu Ende November die lüttichschen Ländergebiete räumten, nachdem sie freilich dieselben in Grund und Boden verdorben hatten.[3]

Aber schon wenige Wochen darauf erhoben sich neue Gefahren. Zwischen Weihnachten und Jahresschluß erschien bei dem Kurfürsten von Köln in Bonn der Feldmarschall v. Reuschenberg, welchen der Pfalzgraf in seinen rheinischen Landen als Statthalter zurückgelassen. Dieser wußte mit Bestimmtheit zu berichten, daß der Prinz von Condé vor wenig Tagen in Aachen erschienen sei und von da sich nach Sittard begeben

---

[1] Gesuch der Aebtissin v. Thorn vom 3. September, Schreiben des Pfalzgrafen an den Bischof von Münster vom 16. September, zustimmende Antwort des Bischofs vom 6. Oktober, des Kurfürsten von Köln an den Bischof vom 7. November, Antwort des Bischofs vom 18. November, worin die Vollziehung des Schreibens an den Erzherzog und Absendung desselben zunächst an den Pfalzgrafen gemeldet wird.

[2] Schreiben vom 18. November. Zusage des Bischofs vom 26. November.

[3] Der Kurfürst Max Heinrich an den Bischof vom Ende November 1655 (kein Tagesdatum, in Münster am 2. December zur Registratur gegeben als Antwort auf das bischöfliche Schreiben vom 26. November).

habe in der Absicht, demnächst sich in Jülich einzufinden, wo ja noch immer spanische Garnison lag. Seine Völker lagen im Gelderlande und im Limburgischen. Es schien also die Gefahr, daß bald das ganze jülicher Land und die benachbarten Provinzen von der verwilderten, beutelustigen Soldateska überschwemmt werden möchten, unmittelbar in Sicht.

Die Folge dieses Gerüchtes war die Berufung einer Konferenz nach Köln seitens des Kurfürsten Maximilian Heinrich. Wir kommen unten auf dieselbe zurück. Einstweilen aber ersuchte dieser Kurfürst die ihm verbündeten Nachbaren um ihren Beistand, speziell den Bischof von Münster um Zusendung von ungefähr 200 Mann seiner geworbenen Reiter, die er nach Düsseldorf beordern und dort dem pfalz-neuburgischen Generalwachtmeister v. d. Neersen zuweisen solle, wie er es auch mit seiner Mannschaft zu thun gedenke.[1] Da gab auch schon die Stadt Aachen selbst in großer Angst vor den Plänen des Prinzen Condé Meldung von den ihr dieserhalb mehrfach zugegangenen Warnungen. Unverzüglich depeschirte es der Kurfürst von Köln nach Trier, an Reuschenberg und durch letzteren an Christoph Bernard mit der Anforderung der völligen Anzahl der bundesvertragsmäßigen Mannschaft.[2]

Als Reuschenberg diese Kunde erhielt, schien die Sachlage inzwischen weniger bedrohlich geworden zu sein. Die Regimenter des Prinzen, an Zahl 13, aber nur in Stärke von 400 Mann, waren, wie Reuschenberg wissen wollte, durch Sittard in die geldrischen Quartiere gezogen; von einer Gefahr für die Stadt Aachen konnte demnach vorläufig keine Rede mehr sein.[3] Unvermuthet kam es jedoch bei dieser Gelegenheit zu dem längst befürchteten Zusammenstoß mit den Unruhstiftern. Dieselben erlaubten sich auf ihrem Marsche eine Verletzung des jülichschen Gebiets bei Dahlenbroich, mit der ausgesprochenen Absicht, ein angebliches gleiches Vergehen des Freiherrn Viermund v. d. Neersen, dem dort die Vertheidigung der Landesgrenzen oblag, zu rächen.[4] Es entspann sich bei dieser Gelegenheit ein ziemlich heftiges Gefecht. Beide Theile erlitten dabei nicht geringe Verluste.[5] Zwar liefen alsbald Entschuldigungs-

---

[1] Schreiben vom 30. December. Münster.

[2] Schreiben an Reuschenberg noch vom 30. December. Münster.

[3] Reuschenberg an den Bischof vom 1. Januar, Antwort vom 5. Januar 1656. Münster.

[4] Derselbe sollte seine Landschützen und Landreiter zu nahe an die Stadt Ruremonde herangeführt haben.

[5] Die Regierung zu Düsseldorf an den Bischof von Münster am 5. und 10. Januar 1656. Kaum glaubhaft erscheint die Nachricht, daß von den Condéischen 1 Oberst, etliche Offiziere und 50 Mann geblieben seien, während Viermund nur 5—6 Leute und einige Pferde verloren habe (im Schreiben vom 10. Jan.).

schreiben ein sowohl von der Regierung zu Ruremonde als auch vom Prinzen von Condé selbst, welcher namentlich bestritt, daß der Ort, an dem das Scharmützel stattgefunden, auf jülichschem Hoheitsgebiet liege. Aber die Aufregung über diesen Vorgang, welche noch höher aufwallte, als in den nämlichen Tagen die sichere Kunde von der gewaltsamen Okkupation des schirmverwandten Stifts Thorn einlangte, bewog doch die düsseldorfer Regierung, schleunigst bei den Alliirten die Leistung der vollen Bundespflicht zu fordern (5. Januar).[1] Hierauf zog der Bischof von Münster seine geworbenen Völker zusammen.[2] Auch der Kurfürst von Mainz ertheilte den seinigen Marschordre.[3] Die münsterischen Truppen, 1500 Mann stark, brachen am 19. Januar unter dem Obersten Johann Wilhelm v. Cratz auf und zogen über Dorsten, das Vest Recklinghausen und Düsseldorf, kur-kölnisches und neuburgisches Bundesland, den neuburgischen Völkern zu.[4] Von trierischen und kölnischen Heerestheilen erfahren wir nichts; zweifellos waren solche jedoch gleichfalls im Anmarsch. Indessen kam es zu keiner Aktion: denn statt einer solchen suchten die Alliirten, deren Delegirte inzwischen in Köln zu jener Konferenz zusammengetreten waren, lieber ihr Heil auf dem Wege des diplomatischen Notenwechsels mit dem Erzherzog Statthalter in Brüssel, den sie durch eine Bittschrift um Entsetzung des Stiftes Thorn anlangten.[5] Auf Veranlassung des Statthalters waren dann der Kanzler und der Fiskal der spanischen Provinz Geldern als Deputirte zum Kurfürsten von Köln als dem Vogte des Stiftes Thorn (wegen der Grafschaft Hoorn) gekommen, welcher sie an die zu Köln tagenden Allianzräthe wies. Hier fanden dann zwischen beiden Theilen Verhandlungen statt. Die Alliirten ahndeten dabei die ewigen Beunruhigungen durch Condé und die Spanier auf das nachdrücklichste. Derartige Vorstellungen hatten in der Regel zunächst einen scheinbaren Erfolg, das heißt: man zog sich spanischerseits zurück, um wiederzukommen. Nicht ohne guten Willen zeigte sich wenigstens der Erzherzog Leopold Wilhelm, während freilich die unter dem Franzosen Condé stehenden Truppen von einer wahren Leidenschaft für deutsche Quartiere beseelt waren. Auch hier

[1] Auch der Pfalzgraf erließ unterm 14. Januar eine besondere Requisition.

[2] Sein Schreiben vom 9. Januar.

[3] Boineburg an den Pfalzgrafen am 12. Januar 1656. Düsseldorf.

[4] Nach ab Alpen III S. 179 ging die Requisition zu dieser Mobilmachung von dem Kurfürsten von Köln aus.

[5] Bischof von Münster an die jülich-bergische Regierung zu Düsseldorf am 13. Februar 1656, womit er das Schreiben an den Statthalter nach Vollziehung zur Fortbestellung einsendet. Nach Schreiben der Regierung (Mülheim) vom 20. Februar wurde dasselbe von ihr nach Köln zu sicherer Fortbestellung befördert.

im letzteren Falle gab der Erzherzog dem Ansinnen der Alliirten insofern Gehör, als er erklärte, daß die thornische Sache dem Kaiser oder dem speyerer Kammergerichte zur Entscheidung vorgelegt werden könnte und, bis diese gefallen, daß Territorium des Stiftes und dessen Gerechtsame in der Schwebe bleiben, die Aebtissin und ihre Unterthanen unterdessen mit Winterquartieren, wenn auch nicht mit Durchmärschen verschont werden und die dort eingelagerten Völker Condé's abgeführt werden sollten.[1] Dies hatte zur Folge, daß der Kurfürst von Köln, der sich hierbei offenbar als Bundesdirektor (trotz Mainz) gerirte, dem münsterischen Obersten Cratz die Ordre sandte, sich in Person mit 600 Man z. F. und 200 Reitern unter Zurücklassung seiner übrigen Mannschaften in's Stift Müuster zurückzuziehen und an dessen westlichen Grenzen bei der Landschaft des Vest Aufstellung zu nehmen.[2] Dem Bischof stand dies sehr wohl an. Schon am 13. Febr. hatte er vou seinen Völkern 200 Mann zurückgefordert. Er brauchte sie zu seinen Fortifikationsarbeiten in Coesfeld.

Cratz erhielt die Ordre, am 11. März den Rhein ostwärts bei Düsseldorf zn überschreiten. Weil aber die völlig zusichernde Erklärung des Statthalters in Brüssel wegen Abführung der Völker aus dem Stift Thorn sich verzögerte, empfing er Gegenbefehl (9. März, Zustimmung des Bischofs vom 17.). Am 17. endlich zogen die münsterischen Truppen in ihres Herrn Land zurück.[3] Hingegen waren die mainzischen

---

[1] Der Kurfürst von Köln an den Bischof von Münster am 4. März. Das Schreiben des Erzherzogs war vom 15. Februar, s. die Angabe hierüber in dem Bundesreceß vom 24. September 1657, worüber weiter unten.

[2] Der Kurfürst theilt dies mit Schrb. vom 4. März dem Bischof mit. Freilich hatten sich gerade die münsterischen Truppen in den kur-kölnischen Landen mancherlei Ausschreitungen erlaubt, worüber der Kurfürst schon am 28. Februar Beschwerde geführt hatte. Am 3. März spricht Christoph Bernard sein Bedauern aus und sagt strengste Untersuchung zu.

[3] Dankschreiben der Regierung zu Düsseldorf für bewiesene Willfährigkeit an den Bischof vom 22. März. 150 Mann z. F. von den münsterischen Truppen blieben unter dem Hauptmann Schelwer zurück. Man verwandte sie zur Besatzung der lüttich'schen Grenze jenseits der Maas. Als mit Anfang Mai die Spanier von neuem wieder zu Felde zogen und damit die Gefahr wegen der Winterquartiere bis auf weiteres wieder nachließ, sollten von diesem kleinen Korps 1 Offizier und 60 Knechte in's Trierische verlegt werden, weil dort der Kurfürst einigermaßen von den Franzosen belästigt wurde. Es hängt dies mit einer damals von den Alliirten geplanten, doch vermuthlich nicht zur Ausführung gelangten Diversion zum Schutze des Kurfürsten Karl Kaspar zusammen. Doch erfolgte wohl in jenen Tagen eine briefliche Verwendung für den letzteren von Bundeswegen bei dem König von Frankreich, dem neuen spanischen Statthalter in Brüssel Don Juan d'Austria und dem Prinzen Condé. Briefe des Kurfürsten von Köln an den Bischof von Münster vom 9. und 10. Mai 1656 und Antwort des Bischofs auf den letzteren vom 26. Mai.

Truppen noch Anfang April am Niederrhein,[1] nicht ohne dem Kurfürsten Maximilian Heinrich v. Köln Grund zu Klagen zugeben. Mit Ende April, dürfen wir annehmen, werden auch sie heimgekehrt sein. Der Kurfürst v. Trier in seinen Nöthen wird sein Kontingent noch früher heimberufen haben. Diese erste kriegerische Demonstration der Allianz war damit beendet. Sie war nicht gerade erfolglos, aber auch nicht zu glänzend verlaufen, hatte sogar nach zwei Seiten hin mit einer gewissen Verstimmung ausgeklungen, welche freilich, was das Verhältniß zwischen Mainz und Köln anbelangt, wie wir sehen werden, einen tieferen Grund hatte, als ihn die von der kur-mainzischen Soldateska bewiesenen Unregelmäßigkeiten abgaben.

7.

Bundeskonferenzen zu Köln, Januar bis März 1656.

Die frankfurter Konvention vom 11. Aug. 1655 hatte die Frage der Bestellung des Freiherrn v. Reuschenberg zum Bundesfeldherrn nicht zur vollen Befriedigung des Pfalzgrafen gelöst, dem sie aus angegebenen Gründen durchaus am Herzen lag. Danach sollte Reuschenberg ersucht werden, das Oberkommando erst im Falle einer Verstärkung der Bundesarmee zu übernehmen. Auch dann sollte Hunolstein, wenngleich mit niedrigerem Range, nicht direkt unter ihm kommandiren.[2] Auch sollte der Bestallung Reuschenbergs seine Entlassung aus den pfalz-neuburgischen Spezialdiensten vorangehen. Ein Sold oder Wartegeld war ihm nicht bewilligt worden.

Philipp Wilhelm gab dem General von diesen Beschlüssen der Alliirten Kenntniß. Dieser besann sich hierauf wochenlang, ehe er eine Erklärung abgab. Endlich am 2. Oktober ließ er sich vernehmen, daß er den Verbündeten für das in ihn gesetzte Vertrauen danke und fernere Eröffnungen derselben abwarten wolle. Aber schon in diesen Tagen schien es, als wenn der Lieblingswunsch des Pfalzgrafen sich seiner Verwirklichung nähern könnte. Hunolstein, ein bewährter Soldat, war,

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen am 8. April: Die kölnische Klage wundert mich sehr. Unsre Leute sind ja alle noch drunten. Utantur illis ut volunt. Mehr können wir ja nit, sed ego video, quid sibi velit d. Furstenbergius. Düsseldorf.

[2] „Ueberall ohne Unterschied," wie das Instrument vom 11. August 1656 sich ausdrückt. Wie man sich die Sache praktisch durchführbar dachte, wird nicht angegeben.

wie es hieß, geneigt, die soeben ihm übertragene Stelle eines Bundesgenerals zu quittiren, um in des Kaisers Dienste zu treten, wo ihm mehr Lorbeeren zu winken schienen. Unter dem Einflusse dieses Gerüchtes stellte der Pfalzgraf schon am 10. Oktober an den Bischof von Münster die Frage, ob er in solchem Falle geneigt sein würde, auch unerwartet einer Verstärkung der Allianzvölker für eine wirkliche Berufung Reuschenbergs unter Zuerkennung einer Besoldung zu stimmen. Christoph Bernard, welcher „des Feldmarschalls Kriegserfahrung und Heldengemüth" schätzte, hatte nichts dagegen einzuwenden, glaubte aber, den andern Alliirten hierin nicht vorgreifen zu dürfen (Okt. 29). Der Pfalzgraf sah sich deshalb genöthigt, die Sache auch vor diese zu bringen. Er that dies nicht auf amtlichem Wege, sondern klopfte hie und da zunächst leise an. Boineburg, seit dem August sein Vertrauter, kam ihm in diesem Wunsche entgegen und sicherte ihm seine Mitwirkung zu, obwohl Hunolstein gebeten hatte, ihm vorerst noch seinen Platz offen zu lassen, „da es beim kaiserlichen Hof gar langsam und eng mit ihrer Werbung dahergehe." [1] Wenn aber Hunolstein erst wirklich in des Kaisers Heer getreten, dann — so versicherte der mainzer Staatsmann — werde es wegen Reuschenberg keine Schwierigkeit mehr geben. [2]

Ende November traf nun von Wien die Bestätigung des Hunolstein betreffenden Gerüchtes ein. Der Kaiser selbst ersuchte unter dem 6. November den Pfalzgrafen von Neuburg, seinem Feldzeugmeister Johann Wilhelm von Hunolstein freie Werbung zur Errichtung eines Regimentes zu gestatten. Nichts konnte dem Pfalzgrafen angenehmer sein. Alsbald theilte er diese Thatsache dem Bischof von Münster mit. Jetzt sei es ja klar, daß Hunolstein nicht mehr Bundesgeneral sein könne, dagegen zeitgemäß und nothwendig, Reuschenberg in Bestallung zu nehmen; und gar nicht dürfe man damit zaudern: denn, wenn, wie man vorhabe, gewisse unkatholische Stände nunmehr mit zur Allianz träten, dann stünde man doch mit dem bereits in sein Amt eingeführten Capo da, und der Thatsache gegenüber werde es keinen Streit geben können. [3]

Der Bischof hatte auch diesmal hierfür keinen Widerspruch, blieb aber dabei, daß die Sache vor sämtliche Alliirte gehöre. Zu Frankfurt seien ja fast alle derselben durch Deputirte vertreten. Dort könne die Frage entschieden und der Bequemlichkeit halber der Bestallungsbrief Hunolsteins für den neuen Kandidaten zum Muster genommen werden; Reuschenbergs Besoldung könne immerhin eine Verbesserung erfahren. [4]

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen den 19. November 1655. Düsseldorf.
[2] desgl. den 27. November. Düsseldorf.
[3] Pfalzgraf an den Bischof am 6. December 1655. Münster.
[4] Schreiben vom 9. December.

Die Kurfürsten von Köln und Trier gaben Erklärungen ab, die weder für noch wider Reuschenberg aufzufassen waren. Der Pfalzgraf aber nahm sie in seinem Sinne und suchte dem Schwanken ein Ende dadurch zu setzen, daß er Reuschenberg benachrichtigte, es stehe ihm nichts mehr im Wege; er möge nur sich zum Kurfürsten von Köln begeben, wohin er am schnellsten gelangen könne, und mit dem alles zum Abschluß bringen. Auf ein Desaveu werde man es nicht ankommen lassen, berechnete der kundige Politiker.[1]

Bei dem Kurfürsten von Mainz hatte diese Angelegenheit Michael Leers der dorthin gesandte vertraute Geheim-Sekretär des Pfalzgrafen betrieben. Am 12. Januar war von Würzburg denn auch eine zustimmende Erklärung eingetroffen. Inzwischen mochte auch in der That das Bedürfniß nach einem gemeinschaftlichen Bundesfeldherrn sich fühlbar gemacht haben. Wir sahen ja, wie Ende Januar bei der Operation der Alliirten gegen die condéische Gefahr als eine Art Obergeneral der neuburgische Freiherr von Viermund geschaltet hatte, aber auch wie daneben der Kurfürst von Köln selbst militärische Ordres erließ. Aus dieser Unklarheit der Verhältnisse ergab sich mit Nothwendigkeit die Einsicht, daß ein einheitlicher Oberbefehl unerläßlich sei. Man trat also der ganzen Frage auf das fortgesetzte Drängen des Pfalzgrafen näher.[2]

Hierzu bot sich die Gelegenheit dar, als der Kurfürst von Köln unter dem Einfluß jener alarmirenden Nachricht von dem Anmarsche des Prinzen Condé auf Aachen und Sittard am Schlusse des Jahres 1655 die Idee faßte, unter den vier alten Genossen der kölnischen Allianz von 1654, also mit Ausschluß von Mainz, eine Konferenz zu veranstalten, auf welcher berathen werden sollte, wie solchen Ungelegenheiten beizeiten vorzukommen sein möchte. Der Ruf erging nach der Stadt Köln, noch am 30. December z. B. an den Bischof von Münster durch die Hand des Statthalters in Düsseldorf Reuschenberg.[3]

[1] Schreiben des Pfalzgrafen an seinen Geh. Sekretär Leers aus Neuburg vom 3. Januar 1656. Düsseldorf.

[2] Sicherlich mit einigem Widerstreben: denn die ehrgeizigen Pläne des Pfalzgrafen waren wohl kaum den Alliirten verborgen. Sprach doch schon alle Welt offen davon, daß dieser selbst Bundesoberhaupt sei. Im März hatte der Vertreter des Hauses Braunschweig bei der Reichsdeputation derartiges vernommen. Der kurmainzische Rath Mehl redete es ihm aus. (St.-A. Hannover). Und schon im Januar wollten die brandenburgischen Deputirten Portmann und Hübner wissen, daß man eine Reichswerbung bezwecke, über welche der Pfalzgraf General und Reuschenberg Generallieutenant sein sollte, um dem König von Polen zu assistiren. (Geh. St.-A. Berlin).

[3] Schreiben desselben und der andern heimgelassenen neuburgischen Räthe an den Bischof vom 1. Januar 1656. Schon am 7. Januar bevollmächtigte Letzterer seinen Geh. Rath Bernhard Wiedenbruck.

Ueber die hierauf zusammengetretene Konferenz erfahren wir auf direktem Wege aus den Akten wenig. Protokolle oder Berichte der Delegirten ermangeln durchaus. Doch läßt sich aus einzelnen Stellen späterer Stücke manches konstruiren. Nicht einmal den Tag der Eröffnung können wir bestimmen. Gegen den 13. Februar wurden die Verhandlungen vertagt.

In welcher Weise auf dieser Konferenz ein Abmahnungsschreiben an den Erzherzog Leopold Wilhelm in Brüssel vereinbart wurde, ist oben erwähnt. Gleichermaßen erfuhren wir bereits von den damals geführten Unterhandlungen der Allianzräthe mit den Deputirten des spanischen Gelderlandes.

Als innere Bundesangelegenheit wurde dann eben die Bestallung Reuschenbergs betrieben. Sie wurde zwar im Prinzip zum Beschluß erhoben, jedoch bis auf weitere endgültige Abmachungen mit dem General ausgesetzt. Demselben eine Besoldung oder ein Wartegeld zu gewähren, dafür fand sich auch jetzt noch keine allgemeine Bereitwilligkeit. Besonders war wohl hiergegen der Kurfürst von Mainz, welcher bei dieser Konferenz zwar nicht vertreten war, aber doch (am 16. Febr.) dem Pfalzgrafen, der ihn über die Verhandlungen unterrichtet hatte, seine Meinung dahin äußerte, daß Reuschenberg erst dann Sold empfangen solle, wenn man in wirklicher Aktion begriffen sei. Es war dabei der finanzielle Standpunkt in jener geldarmen Zeit wohl der maßgebende.

Als ein ganz neues Moment taucht hier zu Köln ein Vorschlag des Bischofs Christoph Bernard von Münster auf: die Idee einer Allianz mit den Vereinigten Staaten der Niederlande. Wir kommen darauf noch zurück.

Schließlich ist man auseinander gegangen mit dem Beschlusse, am 2. März diese Verhandlungen wieder in Köln aufzunehmen. Ein Grund für diese Vertagung erhellt nirgends, es müßte denn derselbe in dem vorläufigen Scheitern der Unterhandlungen mit den geldrischen Deputirten gefunden werden können.

Zu dieser neuen Konferenz wurde diesmal der Kurfürst von Mainz eingeladen. [1] Im Februar hatte einer von dessen Räthen zwar zu Köln sich aufgehalten in Angelegenheiten der zu gleicher Zeit damals dort tagenden kaiserlichen Kommission in Streitsachen des Bischofs von Münster mit seiner Stadt. Aber mangels einer besonderen Einladung zur Konferenz hatte er an dieser nicht theilnehmen können, sondern hatte sich entfernt, als für die genannte Kommission vom Kaiser ein ander-

---

[1] Schon am 13. Februar von dem Kurfürsten von Köln.

weitiger Termin beraumt worden war. Dieser Termin fiel auch wieder auf den Anfang März. Ohne zu verletzen konnte demnach Kur-Köln eine Einladung des Mainzers zur Theilnahme an der gleichzeitigen Bundeskonferenz kaum umgehen.

Zu jener ersten Uebergehung des Kurfürsten von Mainz hatte für den von Köln und seinen Fürstenberg wohl kaum ein andrer Grund bestanden, als die Eifersucht. Man wollte das Bundesdirektorium so lange in Händen behalten, als es eben angehen mochte, denn dem reichskundigen Gebrauche entsprechend stand dem Kurfürsten von Mainz als Erzkanzler das höhere Ansehen zu, kraft dessen er auch in Bundesangelegenheiten die oberste Stelle zu beanspruchen hatte. Und diese ihm streitig zu machen, war man kölnischerseits nicht abgeneigt.

Die Einladung zur Beschickung der neuen Konferenz beantwortete Johann Philipp von Mainz mit vollendeter Höflichkeit — lehnte jedoch ab, angeblich weil sein in der genannten kaiserlichen Kommissionssache beauftragter Rath v. Herzelles damit ohnehin genug zu schaffen haben werde und von den andern in der Allianzfrage bewanderten Räthen zur Zeit keiner, theils wegen der Reichsdeputation in Frankfurt, theils wegen anderer Geschäfte, zu entbehren sei.[1]

Der wahre Grund dieser Zurückhaltung lag wohl in der Einsicht, daß man vorerst noch alle Uneinigkeiten vermeiden müsse, welche aus einer Erörterung der Direktorialfrage mit Kur-Köln zu erwarten standen.

Ein Riß wäre um so bedenklicher gewesen, als man in Mainz auf das emsigste daran arbeitete, der Allianz Zuwachs zu verschaffen, den man nicht erlangt haben würde, wenn man das häßliche Bild innerer Zerwürfnisse entblößt hätte. In dem ablehnenden Schreiben vergaß jedoch Johann Philipp darum doch nicht, seinen Standpunkt in den auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz verwiesenen Fragen zu umschreiben. Gegen die Wahl Reuschenbergs zum Feldherrn und dessen Inpflichtnahme habe er nichts einzuwenden; eine Eventualbesoldung könne man ihm auswerfen, er habe aber erst den Genuß derselben anzutreten, wenn er als Bundesfeldherr in wirklicher Aktion begriffen sein werde. Was dann ferner die etwa zu fassenden Beschlüsse wegen Abwendung der drohenden Gefahren anlange, werde er, auch ohne an den Berathungen Antheil zu nehmen, sich den Ansichten der andern Alliirten, welche ja die Beschaffenheit der angrenzenden Lande am besten kennen müßten, gänzlich fügen, wenn die Beschlüsse zu besserer Befestigung dieses Defensionswerkes über dasjenige hinaus dienen würden, was hierüber bereits vorher abgehandelt worden sei. Dazu werde er

[1] Johann Philipp an Max Heinrich am 23. Februar.

auch die Herzuziehung der General-Staaten rechnen, gegen welche er im Prinzip nichts einzuwenden habe.

Lehrreich ist es, von den Ideen Kenntniß zu gewinnen, welche dem Bischof von Münster in bezug auf den weiteren Ausbau und die Ummodelung der bereits bestehenden Bundesverträge vorschwebten.[1]

Die Grundlage des Bündnisses beruhe auf dem Friedensinstrument von 1648 und den Reichskonstitutionen. Er sei mit seinem ihm auferlegten Beitrag zum Bundesheer zu hoch veranschlagt. Man müsse die Matrikel zur Norm nehmen. Er habe bisher mehr geleistet, als die übrigen Alliirten, drum sei es auch nicht mehr als billig, auch ihn bei Besetzung des Direktoriums zu berücksichtigen; dieses müsse al pari wie auch alle andren Punkte behandelt werden. Der kur-mainzische Vertreter müsse durchaus zur Theilnahme an den Berathungen gewonnen werden. Aller Streit wegen des Directoriums sei zu vermeiden. Man könne ja einen Ort wählen, wo solcher Streit nicht zu befahren,[2] und das Direktorium könne überhaupt der Reihe nach umgehen. Wegen Reuschenberg sei es ihm einerlei, ob er noch ferner in neuburgischen Diensten bleibe oder nicht. Im ersteren Falle könnten demselben 4000 Thaler jährliches Wartegeld gegeben werden, deren Umlage nach dem Matrikularfuß zu erfolgen habe, im anderen Falle aber von jedem der Alliirten 100 Thaler monatlich, also für ein Jahr 6000 Thaler Besoldung. Wie Hunolstein sei jener in Eid und Pflicht zu nehmen. Daneben schlage er zum Generalwachtmeister seinen Obersten Cratz vor. Nach Vorschlägen des Bundesfeldherrn sei eine Artillerie zu errichten. Jeder habe ferner ein Magazin wohl mit Vorrath zu versehen. Das Bundesheer solle jetzt eine vertragsmäßige Stärke von 5500 Mann Infanterie und 1250 Mann Kavalerie betragen mit Einschluß des Kontingents der Stadt Aachen.[3] Bei eintretender Verdoppelung — der Fall, wo solche stattzuhaben, sei genau vorher festzustellen — könne man die Einrichtung dahin abändern, daß von den Fußvölkern nur die Hälfte und von den Reitern das ganze Effektiv verdoppelt oder entsprechend vermehrt werde. Auch möchte — der kluge Bischof denkt eben an alle Eventualitäten — wohl die Frage zu erörtern sein, auch welche Art die Stände zur Gewährung reicherer Geldmittel zu bewegen sein könnten, wenn sie schwierig werden sollten. Dem Papste müsse man doch eigentlich auch

[1] Aus der Instruktion für dessen Delegirten, d. d. Coesfeld den 6. März 1656. Münster.

[2] Der Kurfürst von Köln fußte bei seinem Begehren nach Führung des Direktoriums auf sein Diöcesanrecht in der Stadt Köln, dem Orte der Berathungen.

[3] Die also auch unterdessen mit unter die Schirmverwandten aufgenommen worden sein muß, wie wir hier mittelbar erfahren.

von den gegenwärtigen Gefahren Kenntniß geben und von ihm Assistenz begehren. Um dabei Kosten zu sparen, könnte diese Mission der (im Auftrag des Bischofs) in Rom anwesende Wilhelm v. Fürstenberg oder ein andrer dortiger Agent, jedoch ganz insgeheim, übernehmen. Desgleichen könne man schließlich auch dem Kaiser nochmals Bericht erstatten und von ihm Hülfe begehren.

Was von allen derartigen Plänen und Ideen auf der Konferenz [1] zur Sprache und zur Aufnahme in den Receß gelangte, vermag nicht genau angegeben zu werden. Es fehlen überall die Protokolle, es fehlt auch der Receß selbst, der, wie wir mehreren authentischen Angaben glauben müssen, am 31. März 1656 verabschiedet wurde.

Es ist damals der Gedanke an die Einrichtung einer gemeinen Bundeskasse laut geworden. Jeder sollte vorläufig alle Monate 100 Thaler behufs Bestreitung nothwendiger gemeiner Ausgaben bei dem Bankhause Grünbach in Köln hinterlegen. In den Receß scheint jedoch diese Bestimmung keine Aufnahme gefunden zu haben.

Wegen des Direktoriums müssen bei Abwesenheit eines kurmainzischen Vertreters Beschlüsse durchgegangen sein, welche wohl nicht sehr weit von den Vorschlägen des Bischofs von Münster abwichen. Der Receß vom 24. September 1656 nämlich, auf welchen wir unten noch zu sprechen kommen, erwähnt eine extensio directorii, welche der Kurfürst von Mainz, dem allein das Direktorium ein für alle Male wegen des Erzkanzleramtes und des notorischen ununterbrochenen Herkommens im Reich gebühre, nicht gutheißen und annehmen könne. [2] Mit Reuschen-

[1] Anwesend waren nach ab Alpen (III. S. 284) wegen Trier: Metternich und der Kanzler Anethanus, wegen Neuburg: Reuschenberg und Snell, wegen Münster der Domthesaurar Matthias Korff gen. Schmising und Wiedenbruck. Die kölnischen Gesandten nennt er nicht. Der von ihm aufgeführte mainzische Herzelles nahm, wie wir sahen, an den Bundesberathungen keinen Antheil.

[2] Boineburg an den Pfalzgrafen von Neuburg am 23. Mai 1656 aus Aschaffenburg: Was man an Kur-Trier in puncto directorii, so Kur-Köln neuerlich an sich und von Mainz abziehen wollen, geschrieben, gehet in gehorsamstem Vertrauen hiebei. Von solchen Sachen nur tricas machen und nichts zum Haupthandel thun wollen, ist ja seltsam. Er. Dhl. zu Köln Gewesene hättens vielleicht wohl besser vor uns mesnagiren können. Es ist ja kundbar, daß das directorium in rebus civilibus, quae nusquam variant, Kur-Mainz gehörig, in militaribus giebt die kur-rheinische und kölnische Einigung Ziel und Maß. Düsseldorf. — Die kur-brandenburgischen Deputirten Portmann und Hübner an den Kurfürsten von Brandenburg am 4.(14.) Mai: Der geistlichen Kurfürsten Gesandte, welche zu Köln beisammen gewesen mit den pfalz-neuburgischen und münsterischen, haben sich im Anfang nicht einigen können, weil Kur-Köln das Direktorium bei den Konsultationen in sua dioecesi prätendirt, was Kur-Mainz durchaus nicht nachgeben wollen. Es haben auch J. K. G. (von Mainz) wegen der Streitigkeiten des Bischofs von Münster mit der Stadt einen depu-

berg kam man damals zum Schluß. Man ertheilte ihm einen Bestallungsbrief,[1] worin man ihn gegen ein monatliches Wartegeld von 200 Thalern und einen für den Operationsfall noch näher zu vereinbarenden Gehalt zum Bundesfeldherrn ernannte, und zwar nach Maßgabe sowohl des kur-rheinischen Kreisschlusses von 1651 als auch des kölnischen Abschiedes vom 15. December 1654.

Auch mit Fragen der äußeren Politik befaßte sich diese Konferenz, vor allem mit der thornischen Angelegenheit. Die mit den geldrischen Deputirten hierüber im Februar gepflogenen Verhandlungen hatten sich zerschlagen. Nun im März suchte man eine andere Lösung. Diesmal sollte der westphälische Kreis seinen Namen hergeben. Denn als dessen ausschreibende Fürsten mußten nach einem Konferenzbeschluß der Pfalzgraf und der Bischof von Münster dem Kaiser die Bitte unterbreiten, seine ganze Autorität dafür geltend zu machen, daß das Stift Thorn als Glied des Reiches diesem nicht entwendet werde, bei dem Statthalter in Brüssel auch zu erwirken, daß das Stift fernerhin mit gewaltsamen Einlagerungen verschont werde.[2] Auch eine besondere diplomatische Aktion bei dem Statthalter wurde von Bundeswegen eingeleitet, womit die brüsseler Residenten des Kurfürsten von Köln und des Pfalzgrafen betraut wurden.[3]

Dabei waltete denn das Mißgeschick, daß der im ganzen nicht übelwollende Erzherzog Leopold Wilhelm von dem brüsseler Posten gerade in jenen Tagen abberufen wurde. Sein Nachfolger Don Juan d'Austria scheint nicht der Mann gewesen zu sein, den Alliirten oder den Aus-

---

tirten jungen Rath zu besagtem Köln gehabt; als aber von Kur-Köln die Erinnerung geschehn, daß ein andrer dahin abgeschickt werden möchte, haben sie es dabei bewenden lassen und sich erklärt, daß dem anwesenden Kommission ad audiendum gegeben, und würden J. K. G. sich demnächst weiter vernehmen lassen. Demnach aber derselbe auch befehligt gewesen, primum locum zu okkupiren und zu präsidiren, welches ex parte Kur-Köln nicht hat gestanden werden wollen, ist es auch nicht einmal zu der Proposition gekommen. Geh. St.-A. Berlin. Ob die Angaben der Brandenburger durchaus genau, mag dahingestellt werden. Interessant ist es, zu beobachten, wie man von den Gerüchten obschwebender Differenzen unter den Alliirten in jenem Lager Akt nahm.

[1] Datirt vom 31. März 1656, also vom nämlichen Tage wie der Receß, Kopie in Münster.

[2] Am 5. April sendet die Regierung in Düsseldorf den Entwurf des Schreibens an den Kaiser dem Bischof zu. Aber auch die noch zu Köln versammelten Allianzräthe hatten ein gleichmäßiges Schreiben abgefaßt. Der Bischof entschied sich für das letztere. Der Zeitpunkt des Abgangs an den Kaiser, eine Antwort desselben und eine Wirkung sind nicht festzustellen.

[3] Geht aus einer Angabe des späteren Recesses vom 24. September 1656 hervor.

schreibenden eines Reichskreises etwas in Güte nachzugeben. Auch die Bemühungen des Kaisers werden nicht allzuernstliche gewesen sein. Die thornische Angelegenheit hat noch zu öfteren Malen das Interesse der Alliirten in Anspruch genommen.

Trotz Abschluß des Recesses läßt sich noch bis zum 11. April die Anwesenheit der Allianzräthe in Köln nachweisen. Ihre weiteren Berathungen in diesen Tagen galten dem Vorschlag des Bischofs von Münster wegen Anknüpfung von Beziehungen zu den Generalstaaten. Doch hiervon später.

Die Konferenz ist dann auseinander gegangen. Immerhin war sie nicht ohne Erfolg gewesen. Der Bundesreceß von 1654 hatte in einigen Punkten einen weiteren Ausbau erfahren, ein neuer Bundesgeneral war für den ausgeschiedenen Hunolstein gewonnen,[1] eine neue Verbindung in Aussicht genommen, diplomatische Verhandlungen mit den Friedensstörern waren angebahnt, der Kaiser mit in's Spiel gezogen worden. Eine Förderung indessen hatte die Allianz nicht erfahren insofern, als das soeben erst gewonnene Kur-Mainz einigermaßen entfremdet ward, dasselbe Kur-Mainz, welches seit der ersten Stunde seiner Aufnahme in den Bund eine rastlose Thätigkeit für das Gedeihen desselben durch Gewinnung neuer Kräfte entwickelte. Doch war es kein heilloser Riß, der hier entstanden. Johann Philipp und Boineburg waren klug genug, ihre Verstimmung zu bemeistern und unbeirrt durch die Eifersüchteleien Maximilian Heinrichs und Fürstenbergs die einmal beschrittene Bahn abzuschreiten bis zum Ziele, welches sie erst nach zwei Jahren mühevollster Arbeit erreichen sollten.[2]

---

[1] Am 2. Juni 1656 zeigt Reuschenberg dem Bischof von Münster unter lebhaften Dankesversicherungen für Mitwirkung an, daß er auf grund des Schlusses vom 31. März vom Kurfürsten von Köln für die Allianz in Eid und Pflichten genommen sei. Antwort des Bischofs vom 5. Juni. Von einer Entlassung Reuschenbergs aus pfalz-neuburgischen Spezialdiensten scheint in Köln keine Rede mehr gewesen zu sein. Vielleicht hätte es der Mainzer durchzusetzen vermocht. Faktisch war also Philipp Wilhelm selbst der oberste Bundeskriegsherr.

[2] Wie wenig der Korpsgeist der Mainzer gelitten, beweist die von ihnen gewahrte Verschwiegenheit gegen die der Allianz Fernstehenden. Portmann, der mehrfach erwähnte brandenburgische Geschäftsträger in Frankfurt, wußte von einem Gespräche zu berichten, welches der kur-pfälzische Vertreter auf der Reichsdeputation mit dem kur-mainzischen gehabt hatte. Derselbe hatte Befehl gehabt, mit diesem sich wegen Vorbereitungen zu einem Kreistag im kur-rheinischen Kreise zu benehmen, welcher die Frage der Verfassung desselben lösen sollte. Seine mehrfachen Anmahnungen dieserhalb waren erfolglos geblieben. Schließlich hatte er im Unwillen verlauten lassen: Die Herren geistlichen Kurfürsten mögen ihren Kreistag zu Köln gehalten haben. Mehl, der mainzisch-würzburgische Kanzler, hatte hierauf mit indignirter

8.

Kölnischer Receß vom 24. September 1656.

Das Verhältniß der Alliirten zur spanischen Regierung war, wie wir uns erinnern, auf der Konferenz zu Köln im Februar 1656 mit nichten geregelt worden. Auch die Beschlußfassungen vom 31. März ließen alles noch in der Schwebe. Die thornische Angelegenheit war weder für noch gegen die Alliirten entschieden. Wegen der Einfälle ins jülichsche Gebiet war dem Pfalzgrafen noch keine Genugthuung geworden. Ein neuer Gewaltakt der Spanier, die Besetzung des jülichschen Lehnhauses Merode hatte die Erbitterung und die Unruhe nur zu steigern vermocht. Um endlich einmal dieser Belästigungen ledig zu sein, beschritt man auf's wiederholte den Weg der gütlichen Unterhandlung. Schon zu Anfang Juli taucht der Plan einer nochmaligen Konferenz unter den Alliirten auf, um sich hier über die Mittel und Wege zur Verständigung mit den Spaniern zu einigen.[1] Im August wird dieses Projekt greifbarer.[2] Und schon wird die Wiederaufnahme der im Februar abgebrochenen Unterhandlungen mit den geldrischen Deputirten dabei in's Auge gefaßt. Als die münsterischen Abgeordneten am 31. August in Köln eintrafen, fanden sie neben der in Person herbeigeeilten Aebtissin von Thorn die Vertreter der anderen Verbündeten, sowie die geldrischen Räthe bereits vor. Mit den letzteren hatte man schon die Abmachung getroffen, durch eine Deputation die Berathungen zu führen. Die Wahl war auf Mainz, Köln und Münster gefallen. Aber gleich von Anbeginn erhob sich der unselige Rangzwist zwischen den beiden Ersteren. Köln beanspruchte wegen seiner

Miene erwidert: Das sei von einem Zeitungsschreiber ausgesprengt, dem dafür vom Kurfürsten ein guter Filz gegeben werden würde. Sie hätten zu Köln nichts zu traktiren gehabt, als zwischen dem Bischof und der Stadt Münster. Geh. St.-A. Berlin.

[1] Der Kurfürst von Trier bevollmächtigt schon am 14. Juli den jülich-bergischen Vicekanzler Snell. Kopie in Münster.

[2] Vollmachten des Kurfürsten von Köln für Thomas Düssel und Joh. Gottfr. Quentel vom 9. August, des Pfalzgrafen für den bergischen Marschall Bertram v. Weschpfennig, Vicekanzler Snell und Dr. Jansen vom 24. August, Instruktion des Bischofs von Münster für Matthias Korff gen. Schmising und Dr. Werner Zurmühlen vom 28. August. Mainz hatte zuerst den Dr. Krebs designirt, es erschien Philipp Otto v. Herzelles.

Diözesangerechtsame in dem Orte der Berathungen wiederum Direktorium und Vortritt vor Mainz. Auf dessen Widerspruch hatte es im ersten Punkte schließlich nachgeben wollen. Mainz bestand aber auf seinem bisher überall unbestrittenen vollen Vorrecht, so daß man schon die Befürchtung hegte, der Kurfürst werde bei längerer Hartnäckigkeit des Kölners seinen Gesandten abberufen, was dieser auch anzudeuten nicht verfehlte. Köln schied daher aus der Deputation aus. Eine neue Wahl ergab die Zusammensetzung Mainz-Trier-Jülich. Diese Deputation überreichte den Geldrischen eine Beschwerdeschrift von 40, diese jener eine von 60 Punkten. Mit dem Ausscheiden Kur-Kölns aus der Deputation war der Weg zu friedlichen Vereinbarungen anscheinend erleichtert. Max Heinrich war der einzige unter den Verbündeten, welcher damals auf eine gewaltsame Entscheidung der Beschwerden drang. Die Geldrischen dagegen hatten sich erboten, den Rechtsweg am Kammergericht wegen ihrer angeblichen Befugnisse hinsichtlich des Stifts Thorn zu beschreiten. Die münsterischen Deputirten hatten den Auftrag, durchaus den Weg der Güte innezuhalten und diesen noch vom Erzherzog ausgegangenen Vorschlag anzunehmen. Trier hatte an letzterem keinen besonderen Gefallen und versprach sich von solchen Mitteln keinen Erfolg, ohne jedoch seinerseits bestimmte Auswege angeben zu können. Uebrigens war er wie die Uebrigen außer Köln einer gütlichen Ausgleichung zugeneigt.

Der Gang der Berathungen mit den Geldrischen entzieht sich unserer Kenntniß; derselbe war ein sehr schleppender, denn sie hatten keine Vollmacht, zu schließen und mußten stets erst referiren. Schließlich wurden beiderseits Recesse vereinbart und ausgewechselt. Der Inhalt derselben lautete ungefähr dahin, daß die thornische Sache entweder dem Kaiser oder dem Kammergericht in Speyer zur Entscheidung übergeben, inzwischen aber die Oberhoheit über das Stiftsgebiet in der Schwebe bleiben, die Aebtissin und ihre Unterthanen mit Winterquartieren und andern Beschwerden verschont und allein die Durchzüge nach Maßgabe der Reichssatzungen verstattet werden sollten. Immerhin ein Gewinn für die Verbündeten, speziell für den Kurfürsten von Köln als Bischof von Lüttich. Aber — schon am nächsten Tage nach der Auswechselung der Recesse stellten die geldrischen Deputirten das ihnen übergebene Exemplar den Verbündeten zurück und schieden aus Köln. Alle Berathungen waren wieder fruchtlos geblieben, das ganze Verhältniß wiederum in Frage gestellt. Was erübrigte somit den Räthen der Verbündeten anders, als auch ihren Receß Jenen zurückzusenden? Dagegen beschlossen sie, den Kaiser durch die Prinzipale um Vermittelung bei Don Juan d'Austria zu ersuchen und auch durch die kur-kölnischen und pfalz-neuburgischen Residenten in Brüssel bei dem Statthalter und dem königlichen

spanischen Geheimen Rathe wegen Abstellung der Beschwerden weiter persönlich unterhandeln zu lassen.[1]

Wider Vermuthen erschienen jedoch am 26. September die geldrischen Bevollmächtigten auf's neue in Köln, diesmal um wegen der von dem Pfalzgrafen erhobenen Beschwerdepunkte Unterredung zu pflegen. Man faßte sich auffallend kurz, denn schon vom 27. September liegt als Resultat dieser Berathung eine Resolution der Allianzräthe vor, welche gegenüber dem von den Geldrischen erhobenen Proteste gegen die Auffassung dieser neuburgischen Gravamina als einer gemeinsamen Bundesangelegenheit als eine Norm für ferneres Verhalten aufstellte: Zunächst solle eine friedliche Auseinandersetzung zwischen den Spaniern und dem Pfalzgrafen angestrebt werden, solange aber eine solche nicht erreicht und vom Rathe von Brabant eine Abhülfe der Beschwerde nicht verschafft sei, müsse die Sache als Bundesangelegenheit betrachtet und der Neuburger gegen jedweden Friedensstörer vertheidigt und gestützt werden.[2]

Unterdessen hatten aber auch die Räthe der Alliirten in Köln Muße gefunden, sich auch mit den inneren Angelegenheiten des Bundes zu beschäftigen, obwohl ja zunächst, wie es scheint, die Konferenz ausschließlich zum Zweck der Verhandlungen mit den geldrischen Räthen zusammenberufen war. Aber schon die münsterischen Gesandten hatten die Instruktion empfangen, bei dieser Gelegenheit völlig mit auszuarbeiten, was an der Allianz selbst etwa noch ermangeln möchte. Auch Herzelles

---

[1] Nach den Angaben über diese Vorgänge und Beschlüsse in dem Receß vom 24. September.

[2] Im Zusammenhang mit dieser für ihn so günstigen Resolution steht vielleicht ein in jenen Tagen ventilirter verwegener Plan des Pfalzgrafen, welcher dahin ging, mit Hülfe der Verbündeten und der Franzosen das feste Jülich den Spaniern, die es noch immer vom 30 jährigen Kriege her inne hatten, gewaltsam zu entreißen. Boineburg an den Pfalzgrafen am 1. October 1656: Wegen der Festung Jülich ist's eine bedenkwürdige Sache und werden J. K. G. nit manquiren, hierob zeitige Absicht zu fassen, wiewohl ich meine, es werden die Herren Franzosen noch an solche Belagerung nit kommen. Und am 22. October: Die Enträumung der Festung Jülich ist eine sehr schwere Sach und würde bei den Herren Spanischen ohne Zweifel noch schwerer werden, wo die Herren Kurfürsten jetzt sich's sehr annehmen sollten. Archiv in Düsseldorf. — In welchem Lichte erscheint demnach ein andrer Plan, welchen der Pfalzgraf auf dieser Konferenz in Köln durch Weschpfennig andeuten ließ, als er sondiren mußte, was die Alliirten wohl zu der Idee einer näheren Verbindung mit den spanischen Niederlanden zu sagen hätten, damit nicht die Unkatholischen, mit denen man bereits Verbindungen anzuzetteln begonnen (Holland, Braunschweig und Hessen), den übrigen Alliirten zu mächtig werden, sich des Direktoriums anmaßen und ihnen Maß geben möchten. Es erhob sich aber nicht eine Stimme, welches dieses Projekt gebilligt hätte. Bericht Schmisings und Zurmühlens vom 22. September. Münster.

hatte von dem Kurfürsten von Mainz, was er zwar anfangs in Abrede stellte, später aber zugestand, ähnliche Weisungen erhalten. Die kölnischen Kommissare aber erklärten dem Schmising kurzweg, wegen der letzten Allianzverhandlungen wäre nichts mehr übrig zu perfektiren. Und Snell wiederum versicherte, von seinen beiden Mandanten Neuburg und Trier Befehl zu haben, auch über Bundesfragen in weitere endgültige Abmachungen sich einzulassen.[1]

Von vorn herein lähmte, wie wir schon sahen, der leidige Rangstreit zwischen Köln und Mainz jedes gedeihliche Vorgehen. Als Herzelles schließlich erklärte, daß er Auftrag habe, die Verhandlungen abzubrechen, falls Köln seine Anmaßungen nicht aufgebe, suchten die übrigen Deputirten durch persönliches Zureden in feierlicher Form bei den kölnischen Vertretern die Sprengung der Allianz zu vermeiden. Und der Bischof von Münster schlug die Wahl eines anderen Ortes für die Verhandlungen, etwa Oberlahnstein auf mainzischem Gebiet vor. Der Kurfürst von Köln berief von seinen Vertretern Düssel nach Bonn, um ihn mit neuen Instruktionen zu versehen. Quentel, der zurückblieb, erklärte bei der auf den 11. September der unerledigten Streitfrage unerachtet in das Minoritenkloster berufenen Sitzung, bisher noch keine sicheren Verhaltungsmaßregeln hierüber erhalten zu haben. Da Düssel ausblieb, wurde auf Vorschlag Snells, welcher die Unterstützung der Münsterischen fand, um Zeit zu gewinnen und fernere vergebliche Kraftzersplitterung zu verhüten, für gut befunden, mit Ausschluß Kölns (wozu ja im März der Vorgang mit Kur-Mainz ein Präcedens geschaffen) zu verhandeln, demselben jedoch von allem, was vorgekommen, Kenntniß zu geben. Quentel erhob Protest hiergegen. Herzelles in seiner Verlegenheit kam durch eigenen Kourier bei seinem Herrn um neue Weisungen ein. Ohne dieselben abzuwarten, hielt man am 19. September eine Session ab. Am 21. langte vom Kurfürsten von Mainz die Ordre an: wenn Köln nicht weiche, solle Herzelles abreisen. Der aber nahm es nicht so ernst, sondern blieb auf Zureden der Uebrigen. Die Berathungen nahmen ihren Fortgang, ohne daß ein Vertreter Kölns dabei erschien.

Und so wiederholte sich hier der merkwürdige Vorgang, daß ein Receß vollzogen wurde, an welchem einer der Verbündeten keinen Antheil genommen. Der kölnische Receß vom 24. September 1656 ist der Gegenschlag des Mainzers für den Receß vom 31. März.

Diesen Receß selbst[2] anlangend, so wird nicht Wunder nehmen,

---

[1] Eine besondere Instruktion für Reuschenberg, Weschpfennig, Snell und Jansen in diesem Sinne liegt übrigens auch in den neuburgischen Akten (vom 5. Sept.) vor.

[2] Original, unterzeichnet und besiegelt von Herzelles, Snell, Korff-Schmising, Weschpfennig, Zurmühlen und Jansen, in Münster.

wenn gleich der erste Paragraph desselben die Bestimmung des Abschiedes vom 31. März umstößt, welche eine extensio directorii in politicis zugunsten Kölns festgestellt hatte. Heute fand man für gut, „daß es in puncto directorii in politicis itemque sessionis allerseits, wie solches im Reich von alters kundbarlich hergebracht, in Kriegsoperationen aber nach Anleitung des in anno 1654 den 15. December allhie verglichenen und aufgerichteten Abschieds gehalten werden solle.“

Damit war nunmehr auf die Dauer des Bundes die Superiorität des Kurfürsten von Mainz allen Ansprüchen Kölns gegenüber festgesetzt. Johann Philipp von Mainz durfte unbeirrt als Bundesdirektor schalten.

Ein zweiter Paragraph des Recesses enthält die Bestimmung über die Besoldung des Bundesfeldherrn Reuschenberg, welchem nachträglich zwei Vierteljahrsraten zur Auszahlung angewiesen werden. Eine Bundeskasse soll vorerst noch nicht errichtet werden. Man soll sich auch nach tüchtigen Generalspersonen umsehen, deren man in Operationsfällen gebrauchen könne, eventuell mit solchen Verträge abschließen.

Drittens: die Schirmverwandten haben auch zur Besoldung des Bundesfeldherrn Beiträge zu leisten.[1]

Viertens: Resumé über die mit den geldrischen Deputirten stattgehabten Unterhandlungen und

Fünftens: Einsetzung einer Deputation von Allianzwegen an die General-Staaten der vereinigten Niederlande behufs Unterhandlungen wegen Abschlusses einer Allianz.

---

[1] Wie aus einem Schreiben des Bischofs Christoph Bernard an seine Deputirten in Köln vom 22. September hervorgeht, wurde daselbst wegen dieser „geringern Stände“ gutbefunden, daß „die angenommenen zu behalten und weiter sich anmeldende abzuweisen“ seien. Der Bischof war hiermit einverstanden.

9.

Konferenz zu Koblenz. December 1656 und Januar 1657.

Die Stimmung des Pfalzgrafen während jener Verhandlungen mit den Geldrischen war nur scheinbar eine zu rein friedlichen Ausgleichungen geneigte gewesen. Im Stillen rüstete er unverdrossen weiter, um diesen und anderen Gefahren in der Stunde der Noth sich gewachsen zu zeigen. Deshalb drang er auch bei dem Kurfürsten von Mainz unter der Hand auf Maßnahmen zur Aufstellung eines Grenzkordons von Bundeswegen in den zumeist bedrohten jülichschen und lüttichschen Landen. Boineburg hatte des Kurfürsten Geneigtheit hierzu in Aussicht gestellt unter der Bedingung einer gleichen Zustimmung seitens der Mitkurfürsten von Trier und Köln.[1] Letzteren sahen wir ohnehin zu bewaffnetem Einschreiten nicht abgeneigt, wenigstens trugen seine Vertreter auf der letzten kölner Konferenz eine martialische Miene zur Schau.[2] Zwar hatte er sich unabhängig von den Alliirten an den Kaiser um dessen Verwendung bei den Spaniern gewandt und damit diesmal den Erfolg erzielt, daß der Kaiser seinen Botschafter am spanischen Hofe den Grafen Lamberg anwies, die spanischen und condéischen Einquartierungen sowohl im Lüttichschen als in den Landen anderer Reichsstände abzuwenden (Wien, den 10. Oct. 1656), und auch unter dem 14. October dem Don Juan d'Austria die Verschonung jener Lande anempfahl. Aber keine Folgen dieser Schritte waren zu verspüren: denn schon Ende Oktober wieder besetzten Völker Condé's lüttichsches Land zwischen Sambre und Maas und es hieß, daß diese Einlagerungen noch weiter gen Osten ausgedehnt werden sollten.[3] Maximilian Heinrich sandte deshalb Emissare

[1] Schreiben Boineburgs vom 1. October. Düsseldorf.

[2] Ein Abgesandter des brandenburgisch-clevischen Statthalters Prinzen Moritz, Dr. Pabst, bemerkte freilich bei seiner Anwesenheit im Erzstift Köln (Anfang October), daß dieses wenig Macht in einem Kriegsfalle würde entfalten können, keine 150 Mann zu Pferde und 400 zu Fuß werde man aufzubringen im stande sein. Geh. St.-A. Berlin.

[3] Auch in den clevischen Landen wurde einige Besorgniß rege. Prinz Moritz sandte den Dr. Pabst an die Höfe zu Düsseldorf und Bonn, um sie zu gemeinschaftlicher bewaffneter Demonstration gegen die Spanier aufzufordern. Philipp Wilhelm ertheilte eine ausweichende Antwort: Als Mitglied des westphälischen Kreises sei er zwar erbötig, allen dem Reichs- und Landfrieden zuwider vorfallenden Einbrüchen zu begegnen und dagegen Hülfe und Handbietung zu leisten; aber, daß er sich erklären sollte, mit wieviel Kriegsvolk er im Clevischen zu assistiren gemeint, sei ihm noch bedenklich, bevor er sich deswegen mit seinen Mitalliirten besprochen habe. Seine

an Don Juan und Condé, um sie von derartigen Plänen abzubringen, ja er ließ „eine ansehnliche Erkenntniß“ anbieten.[1] Auf alle Fälle aber ersuchte er daneben seine Bundgeuossen um Bereithaltung ihrer vertrags-mäßigen Truppentheile,[2] damit man, wenn nöthig, zur Retorsion in die spanisch-niederländischen Lande einrücken möge. Dem Bischof Christoph Bernard dünkte diese Idee gut: Reuschenberg solle nur die Völker zusammenziehen, er werde nicht aussetzen.[3] Auch Philipp Wilhelm bewies guten Willen: vielleicht könne die Stadt Köln zum Hauptquartier für die Allianzräthe bestimmt werden, die dort als Kriegsrath den ganzen Winter über, und solange als man der angedrohten Zumuthungen sich zu befahren habe, residiren könnten, um für den Nothfall mit Reuschenberg alles zu verabreden und die Retorsionsmaßnahmen anzuordnen. Also die Idee eines Bundestages in Permanenz, ein Gedanke, welchem der Kurfürst von Köln sich nicht abgeneigt zeigte,[4] der aber in den Hintergrund trat, als, ungefähr um dieselbe Zeit, auch der Kurfürst von Mainz den Wunsch nach dem Zusammentritt einer neuen Bundeskonferenz laut werden ließ, auf welcher in den Hauptpunkten der Allianz halber Richtigkeit gemacht werden könnte.[5] Auch hiergegen hatten die übrigen Alliirten nichts einzuwenden, nur daß der Vorschlag des Mainzers, diesmal in Frankfurt zu tagen, keine Billigung fand, weil man dort „vielen observatoribus und censuris unterworfen sein würde“ und man doch in der Nähe der Gefahr am geeignetsten die Berathungen werde abhalten müssen. Köln und Neuburg schlugen dafür die Stadt Koblenz vor und als Termin etwa den 11. December. Mit Trier und Münster setzte sich hierüber der Pfalzgraf rechtzeitig in Verbindung. Die so zu sagen offizielle Berufung erließ dann auch wirklich der Kurfürst von Mainz nach Koblenz auf den 12. December.[6]

Frage, ob die Holländer wohl Hülfe leisten würden, beantwortete Pabst bejahend, worauf er bemerkte: So wird's wohl keine Noth haben. Relation des Pabst vom 4. (14.) October im Geh. St.-A. Berlin. — Auch in Bonn fand Pabst wenig Neigung für ein Zusammengehen mit den Brandenburgern.

[1] Pabst wußte dies; in Bonn leugnete man es anfangs, aber der Kanzler Buschmann gestand es. Das Geldpräsent an Condé leisteten die lüttichschen Landstände, sowie mit Konnivenz des kur-kölnischen Hofes die Unterthanen der Provinz zwischen Sambre und Maas.

[2] Schreiben an den Bischof von Münster vom 29. October und beistimmende Erklärung desselben vom 6. November, des Pfalzgrafen vom 9. November.

[3] Sogleich berief er den Obersten Cratz nach Sassenberg, wo er gerade Hof hielt, um mit diesem über die bezüglichen militärischen Maßnahmen zu reden.

[4] Erklärung vom 13. November 1656 an den Bischof von Münster.

[5] Der Pfalzgraf an den Bischof von Münster am 21. November.

[6] Am 28. November.

Inzwischen war freilich die condéische Gefahr glücklich vorübergezogen. Aber es gab noch andre Punkte, welche einer eingehenden Berathung und Abstimmung seitens der Alliirten bedurften — die projektirte Annäherung an die General-Staaten, eine Anbahnung mit den protestantischen Reichsständen Hessen und Braunschweig und die Stellungnahme der Allianz überhaupt zu den brennenden Fragen jener bewegten Zeit. Hauptsächlich waren es die beiden erstgenannten Spezialfragen, denen man auf der Konferenz zu Koblenz Aufmerksamkeit zuwandte. Da hierüber jedoch besonders wird abgehandelt werden müssen, sei vorerst nur von den anderweitigen Gegenständen die Rede, mit denen man dort sich beschäftigt hat.[1]

Die den Verbündeten am Rhein scheinbar so fernliegende schwedisch-polnische Verwickelung in Osten des Reiches ist es gewesen, welche die Räthe der Alliirten damals zu einer hochpolitischen Kundgebung verleitet hat, wie sie unvermittelter auf den ersten Blick nicht erscheinen mag. Wie kam es doch, daß die Augen der Ligisten, die man bisher ängstlich nur der Gefahr im Nordwesten zugerichtet glaubte, nun plötzlich sich nach jener Seite wendeten? Und doch nichts einfacher zu erklären als dieses.

Das niemals schlummernde, gegenseitig so begründete Mißtrauen, welches den Pfalzgrafen von Neuburg sowohl wie den Kurfürsten von Brandenburg wegen der jülich-clevesche Successionslande erfüllte, hatte gerade in jenen Herbsttagen des Jahres 1656 einen höchst bedenklichen Grad erreicht, nicht nur trotzdem sondern gerade weil Brandenburgs Politik ihren Anschluß an die Schwedenmacht zu finden genöthigt und in Bahnen gerissen ward, welche den rheinischen Landen so fernab lagen.

Der Kurfürst brauchte eine starke Truppenmacht und in seinen westlichen Landen fand er die besten, ergiebigsten Werbeplätze. Diese Aushebungen und Truppenanhäufungen sah der Pfalzgraf mit Schrecken immer öfter sich wiederholen. Auch er rüstete, gewißlich nicht allein gegen die von den Spaniern drohende Gefahr. Beide Theile, der

[1] Auffällig ist das Schwanken des Bischofs von Münster in Beziehung auf die Beschickung dieser Konferenz. Dem Pfalzgrafen schrieb er am 11. December, die Einladung des Mainzers sei ihm zu spät zugekommen, außerdem sei er augenblicklich vollauf mit dem zur Zeit tagenden Landtage beschäftigt, um nach Koblenz entsenden zu können. Schmising war dorthin bereits bestimmt, am 23. December erhielt derselbe Gegenordre; der Bischof halte seine Vertretung dort nicht für nöthig. Aber schon am 28. wies Christoph Bernard Wiedenbruck seinen Deputirten zu Frankfurt an, nach vorher genommener Unterredung mit dem Kurfürsten von Mainz sich nach Koblenz zu begeben, fertigte ihm auch die nöthigen Kredentialen zu, während er wiederum am 3. Januar 1657 Schmising dazu bevollmächtigte.

Brandenburger wie der Neuburger, haben ja bekanntlich in all jenen Jahren thatsächlich, jeder für sich an dem scheinbar geheimen, dem andern aber mehr oder weniger unverborgenen Plane gearbeitet, die jülich-clevesche Frage mit Gewalt zu lösen.[1] In den Tagen, von denen wir hier reden, freilich der Pfalzgraf in höherem Grade als der im Osten vollauf in Anspruch genommene Kurfürst. Und je emsiger Philipp Wilhelm an diesem Plane schmiedete, um so lebhafter suchte er dem Gegner die gleichen Machinationen unterzuschieben, um so lauter rief er nach Schutz gegen das ihm von diesem vermeintlich drohende Unheil. Diese Beklemmungen Philipp Wilhelms wurden heftiger, als die Nachricht von dem labiauer Vertrage vom 20. November eintraf und wenig später sich das Gerücht erhub von bevorstehenden Friedensunterhandlungen zwischen Polen und Schweden-Brandenburg. Letztere beiden Mächte, vereinigt und auf jener Seite des Kampfes ledig, würden — dies war die Befürchtung des Neuburgers — die freie Hand und ihre ansehnliche Kriegsmacht endlich zu dem längst mit Schrecken erwarteten Hauptschlage gegen ihn und zur Ausführung der bekannten Pläne gegen die jülichschen Lande benutzen. Zugleich fürchtete der Pfalzgraf nicht mit Unrecht Strafe für seine Umtriebe zugunsten des Polenkönigs, seines Schwagers.

Es mußte daher der pfalz-neuburgische zur Konferenz nach Koblenz abgeordnete Rath dort erklären: „Weil die Erfahrung bezeuge, daß durch eines Orts gemachten Frieden dem andern wohl ein unversehener Krieg und Unruhe über den Hals gezogen und dann bei den zu behuf der derends in den Waffen stehenden Theile vorgegangenen Werbungen allerhand fast bedenkliche Reden gegangen, unterschiedliche Zumuthungen und Androhungen geschehen, so sei von Reichswegen zu bewirken, daß auf dessen Boden keine verdächtigen Völker und Kriegsmacht geführt und dadurch er, der Pfalzgraf, oder einige andre Stände in Gefahr und Unsicherheit gestellt werden, oder, falls jene Befürchtungen dennoch eintreten sollten, müsse man sich im Reiche so verbinden, daß dergleichen Gefahr mit gesamter und starker Hand abgewendet werden könne." Zu diesem Zweck hätten die Alliirten, vor allen der mainzer Kurfürst, der in Frankfurt tagenden Reichsdeputation die nöthigen Vorschläge zu unterbreiten und auf diese Weise ein Reichskonklusum zuwege zu bringen.[2]

Die Verbündeten — denn auch sie hegten alle ihrerseits besondere Besorgnisse vor der nunmehr vereinigten schwedisch-brandenburgischen

---

[1] Vgl. Droysen III, 2. S. 243. Erdmannsdörffer a. a. O. S. 278 ff. und S. 432 ff. U. A. V. S. 780 ff.

[2] Memorial vom 9. December 1656, abschriftlich in Münster.

Macht — ließen sich geneigt finden, ganz in diesem Sinne des Neuburgers, zum großen Theil sogar in wörtlicher Uebereinstimmung mit dem von diesem eingereichten Memorial eine Erklärung an die Reichsdeputation zu bringen.[1]

Diese Erklärung nimmt ihren Ausgang von der unter dem 1. September durch den niedersächsischen Kreis an die Deputation eingegebenen und von ihr am 31. October dem Kaiser zur Begutachtung übersandten Erinnerung, worin um Beförderung eines schwedisch-polnischen Friedens von Reichswegen und um Verhütung aller aus jenen Verhältnissen im Osten zu erwartenden Weiterungen und Unruhen gebeten worden war. Die Alliirten unterstützen durchaus diese Anträge unter Betheuerung ihrer Bemühungen um Erhaltung des so theuer erworbenen Friedens. Es sei höchstnothwendig, darauf bedacht zu sein, daß bei dem durch Gottes Gnade zwischen den beiden Kronen Polen und Schweden hoffentlich erfolgenden Frieden dem heiligen Reiche und dessen getreuen Kur- und Fürsten, auch den Unterthanen nichts ungütliches zugemuthet, keine verdächtige Kriegsmacht auf des heiligen Reichs Boden geführt, weniger mit der That und wirklich Jemand angegriffen und beleidigt werde. Demnach habe auf grund der Reichssatzungen und des allgemeinen Friedensschlusses die Reichsdeputation in reife Erwägung zu ziehen und zu beschließen, daß bei unvermuthetem Eintreten derartiger besorglicher Fälle dem Angegriffenen mit starker Hand beigestanden, aller Unruhe und Unsicherheit von des Reiches Boden beizeiten gewehrt und solcher Beschluß den in Waffen stehenden Theilen in einem besonderen Schreiben kundgegeben werde.

Auf den Erfolg dieser Eingabe bei der Reichsdeputation näher einzugehen, gehört weniger zur Aufgabe dieser Blätter, als in die auch sonst so bemerkenswerthe Geschichte dieser Versammlung. Indessen muß bemerkt werden, daß der Erfolg eben nicht groß war.

Immerhin war das Ganze eine auffallende Demonstration der Ligisten. Die brandenburgischen Deputirten Portmann und Hübner sandten

[1] d. d. Koblenz den 23. December 1656, eingereicht Frankfurt den 29. December. Abschrift in Münster. Die Aussteller nennen sich: Des kur- und niederrheinisch-westphälischen Kreises vereinigter Kur- und Fürsten versammelte Abgeordnete. Ich darf nicht unerwähnt lassen, daß Kur-Pfalz sich beschwert fand, daß es zu dem Koblenzer Tag nicht hinzugezogen worden war. Portmann an den brandenburgischen Statthalter zu Köln a. Spree den Grafen Sayn-Wittgenstein am 4. (14.) Januar 1657: Zu dem Tag der Vereinigten im kur-rheinischen und westphälischen Kreis ist Kur-Pfalz nicht mit berufen, beklagt sich auch, daß zu Defension des Kreises demselben von Kur-Mainz nichts notifizirt, sondern überall vorbeigegangen und in viele Wege zu nahe getreten wird, deswegen J. K. Dhl. einen Gesandten nach Wien abfertigen wollen. Geh. St.-A. Berlin.

diese Note sofort ihrer Regierung zur Kenntnißnahme zu. Ihnen sowohl wie dem Grafen Sayn-Wittgenstein, Statthalter in der Mark, entging die wahre Intention dieser anscheinend so friedlichen und reichssatzungsmäßigen Kundgebung selbstverständlich nicht. Wittgenstein berichtete an den in Preußen abwesenden Kurfürsten und rieth zu remonstriren, daß sowohl er als der König von Schweden „zu solchem Mißtrauen und sinistren Gedanken im geringsten nie Ursache gegeben, sondern bereits so vielfältig den Kaiser sowohl als viele andre Mitglieder des Reichs versichern lassen, daß sie die Ruhe des heiligen römischen Reichs unverletzt zu erhalten und darin den edlen Frieden zu befestigen begierig und geneigt wären; auch hätte man sich von einigen partikulier unbesonnenen Diskursen keine Ombragen zu machen."[1] Bemerkenswerth ist das Schweigen des Kurfürsten, welcher diese Insinuationen der rheinischen Ligisten vornehm ignorirte. Die ganze Kundgebung des Pfalzgrafen und seiner Genossen war wie ein Schlag auf's Wasser. Leere Phrasen, hinter denen die Ohnmacht darniederlag. Weder die Alliirten noch des heiligen römischen Reichs ordinari Deputation wären kräftig genug gewesen, die aus den nordischen Wirren entspringenden Gefahren zu bannen.

Doch ist die ganze Affaire bemerkenswerth als der erste Versuch der Alliirten am Rheinstrom, auf dem Gebiete der großen und Reichspolitik sich die Miene einer Macht zu geben, mit welcher gegebenen Falles zu rechnen sein möchte: in Erwägung der Unmacht einzelner der Verbündeten wie des Bundes in seiner damaligen Zusammensetzung und Organisation überhaupt einfach — eine großartige Unverzagtheit, um nicht zu sagen Unverschämtheit.

Ein weiteres Ergebniß der Bundesberathungen in Koblenz war eine zweite Eingabe an die Reichsdeputation mit der Bitte um Verwendung bei dem Kaiser für das bedrängte Stift Thorn. Dies Gesuch fand die volle Unterstützung der deputirten Reichsstände. Im Fürstenrath erklärte sogar der kur-brandenburgische Vertreter wegen Pommern Hübner bei der Berathung über diese Eingabe, daß in dem an den Kaiser abzulassenden Schreiben auch anderer Reichsstände, wie der Herrlichkeiten Wittem und Wickrath Erwähnung geschehen solle, weil diese an das Herzogthum Jülich grenzten, theils mitten darin lägen und also der Kurfürst sein Herr daran fast mehr Interesse habe, als der Kurfürst von Köln am Stifte Thorn.[2]

---

[1] Schreiben des Statthalters vom 2. (12.) Januar 1657. Geh. St.-A. Berlin.

[2] Relation von Portmann und Hübner vom 1. (11.) Februar 1657 an den Kurfürsten. Geh. St.-A. Berlin.

Dieses ist, was vorläufig von den Ergebnissen der Konferenz zu Koblenz berichtet werden kann. Diese selbst nahm ihr Ende am 18. Jan. 1657, nachdem noch am 13. zur Theilnahme endlich die Abgesandten des Bischofs von Münster, Matthias Korff, gen. Schmising und Zurmühlen, erschienen waren, um über die Frage wegen Herbeiziehung der vereinigten Niederlande sich vernehmen zu lassen. In den Berathungen und Abmachungen über diese Frage liegt überhaupt der Schwerpunkt dieser Konferenz. Es wird davon noch weiter die Rede sein.

10.

Noch einmal die Gefahr im Nordwesten.

Zu Anfang des Jahres 1657 besetzten Völker der Armee Condé's trotz der gegentheiligen Zusicherungen, die man dem Marschall v. Reuschenberg gegeben, die der Allianz schirmverwandten Herrschaften Weiler und Wittem sowie unmittelbar zum Herzogthum Jülich gehörige Landestheile. Reuschenberg meldete es unverzüglich dem Bischof von Münster[1] mit der Bitte, auf grund seiner Bundesverpflichtungen die Reiterei sofort nach dem Rhein vorrücken und vom Fußvolk etwa 2—300 Mann nachfolgen zu lassen. Der Pfalzgraf unterstützte diese Requisition durch ein besonderes Handschreiben. Christoph Bernard versprach das beste, rieth aber zugleich, mit Ravenel dem die Condé'ischen Völker kommandirenden Generalwachtmeister erst gütliche Unterhandlungen zu versuchen.[2] Reuschenberg hielt solche mit Recht auf grund der bisherigen Erfahrungen für vergeblich.[3] Am 13. Januar konnte indessen der Pfalzgraf melden, daß die Unruhstifter sich zurückzögen. Die im Anmarsch begriffenen Bundesvölker erhielten also Gegenordre.

Aber noch zu Ende des Monats flehte die Aebtissin Anna Salome von Thorn den Kurfürsten von Mainz um die Bundeshülfe an.[4] Ihrem Stifte drohe der Untergang. Ravenel liege mit drei Kompagnien auf ihrem Gebiete. Erst Ende Februar gab der Kurfürst den Verbündeten Kenntniß von diesem Gesuch. Die Gefahr dort unten hatte für ihn keine Eile. Was die Alliirten hierin für gut befinden würden, dem

[1] Am 2. Januar 1657.
[2] Am 4. Januar.
[3] Schreiben vom 12. Januar.
[4] Schreiben vom 26. Januar.

würde er sich, wie er bemerkte, gern konformiren. Hierauf requirirte der Pfalzgraf auf eigne Hand die Bundeshülfe.[1] Wiederum war der Bischof von Münster der erste, welcher dieselbe zusagte.[2]

Freilich war Philipp Wilhelm selbst bedroht. Sein Haus Maasniel[3] war von einem ganzen Regiment Irländer von der Armee Condé's, und in der Herrschaft Weiler das Haus Cartils belegt worden. Wiederum versuchte er sein Heil in einem Appell an den Kaiser. Unter dem 23. März sandte er ein Schreiben an denselben zur Ausfertigung an die Verbündeten auf den Rundweg. Diesmal schlug man einen gewissen energischen Ton an: Die Hoffnungen auf guten Erfolg der bisher mehrfach nachgesuchten kaiserlichen Vermittelung mit den Spaniern und Condé seien immer noch getäuscht worden. Auf Anstehen der so bedrängten Reichsstände könne deren Rettung nunmehr nicht länger verweigert werden. Der Kaiser solle bei dem spanischen Statthalter seine höchste Autorität kräftig einsetzen, damit die klagenden reichsgehorsamen Unterthanen des Schutzes des Reichs und des theuer erworbenen Friedens genießen möchten und sie, die Alliirten, nicht genöthigt würden, jene vermöge der Reichssatzungen und der unter sich eingegangenen Verfassung zu handhaben.

Der Kaiser hat dieses Schreiben — wenn es überhaupt abgegangen ist, nicht mehr zur Hand empfangen. Am 2. April war Ferdinand III. aus dem Leben geschieden und dadurch das Reich in die Wirrnisse eines Interregnums gerathen in einer höchst kritischen Zeit, wo die seltsamsten Perspektiven für seine Zukunft sich öffneten. Vom Reiche war zunächst kein Schutz gegen diese unaufhörlichen Grenzverletzungen zu gewarten. Und zur Selbsthülfe waren die Alliirten zu schwach. Das alte, jämmerliche Schauspiel nahm seinen Fortgang.[4]

Indessen nahm doch der Kurfürst von Mainz auf die Kunde vom Tode des Reichsoberhauptes Anlaß, eine dringende Mahnung an die Bundesgenossen zu um so engeren Anschluß und merklicher Verstärkung der vorhandenen Kräfte zu richten. „Einem Jeden, sonderlich aber uns Alliirten ist nunmehr wohl zu wachen angesagt und hat man nach Situation unserer Lande unsererseits genugsam Ursach und will es auch

[1] Am 17. März.

[2] Am 23. März.

[3] In der heutigen niederländischen Provinz Limburg.

[4] Neue Requisition der Bundeshülfe durch den Pfalzgrafen vom 5. April 1657. Diesmal ließ Kur-Mainz seine Völker zusammenziehen und die Reiterei über den Westerwald nach dem Niederrhein rücken. — Abmahnungsschreiben der Alliirten vom 6. April an Don Juan d'Austria mit der Drohung, daß sie bei öfterer Wiederkehr solcher Ungelegenheiten endlich nicht würden vorbeigehen können, sich zur Wehr zu setzen. Anfang Mai kreiste dies Schreiben unter den Verbündeten zur Ausfertigung. Von einer Antwort des Statthalters ist mir nichts bekannt geworden.

die unumgängliche hohe Nothdurft erfordern, sich noch weiter in eine solche Postur zu stellen, daß man sich selbst auf allen Fall zur nöthigen Gegenwehr so viel möglich stellen möge, wie dann auch von E. Ld. bei so bewandten veränderten weitaussehenden gefährlichen Konjunkturen und sorgsamen Läuften sehr wohl daran beschehen wird, wenn Sie noch eine mehrere geworbene Mannschaft förderlichst aufbringen werden, gleich wir auch selbst ein ebenmäßiges zu thun im Werk begriffen sind und auch, daß es von andern Ständen geschehe, vernehmen.[1]

Daß diese Mahnung nicht allein auf jene Gefahren im Nordwesten ihr Ziel nahm, geht aus der ganz allgemein gehaltenen Fassung des Schreibens hervor. Der Mainzer Kurfürst kannte noch ganz andere Gefahren als die Plackereien der Spanier. Eine europäische Krisis schien durch den Tod des Kaisers bevorzustehen. Rings um das seines natürlichen Steuers beraubte Reich loderte heller Kriegsbrand, und die Frage, wem die Krone nunmehr in den Schooß fallen solle, schien die Flamme auch auf deutschem Boden wieder neu entzünden zu sollen.

Das, was der Kurerzkanzler für nöthig erachtete, war dem Pfalzgrafen auch ohne dessen Erinnerung als Bedürfniß erschienen. Noch ehe jenes Schreiben in seiner Hand sein konnte, entsandte er[2] seinen neuburgischen Oberkanzler und Kammerpräsidenten Franz v. Gise zu dem Bischof Christoph Bernard, um mit diesem ähnliche Schritte zu verabreden, wie sie der Mainzer empfahl. Ein neuer dunkler Schatten fiel auf Niederdeutschland; der niederrheinisch-westphälische Kreis konnte aus den neuerdings zwischen Schweden und Dänemark sich zuspitzenden feindseligen Beziehungen allerlei Gefahren am Horizont auftauchen sehen. Der Bischof gab dem Abgesandten Philipp Wilhelms zu verstehen, daß auch er höchstnothwendig befinde, daß man sich im westphälischen Kreise in mehrere Verfassung stelle und daß die Allianzvölker vermehrt würden.

Umgehend beantwortete der Pfalzgraf diese Eröffnung mit der Nachricht, daß mittlerweile auch der Kurfürst von Mainz zu den gleichen Maßregeln gerathen hätte. Er habe deshalb auf den 16. Mai seine jülich-bergischen Landstände zum Landtag beschieden, zu dessen erwünschtem Schlusse er für förderlich erachte, wenn auch der Bischof ein seinen Vorschlag enthaltendes offizielles Schreiben an ihn richten wolle, damit er es wie das des Mainzers den Ständen vorzeigen könne. Welchem Verlangen Christoph Bernard schon am 8. Mai nachkam.

---

[1] Johann Philipp von Mainz an den Pfalzgrafen am 24. April 1657. Abschrift in Münster.

[2] Kreditiv vom 26. April 1657. Am 1. Mai hatte Gise zu Vreden sich seines Auftrages erledigt, am 4. Mai reichte er dem in Grimlinghausen weilenden Pfalzgrafen schriftlichen Bericht ein.

Zu der beabsichtigten Aufstellung des Bundesheeres ist es wenige Monate später denn auch thatsächlich gekommen, jedoch aus einem ganz anderen Grunde und zu einem ganz anderen Zweck, als es damals noch den Anschein haben mochte, nicht zur Defensive, sondern vielmehr in durchaus aggressiver Form, ich meine jene zur Genüge bekannte Bundesoperation gegen die dem Bischof aufsässige Stadt Münster, jene treffliche Illustration zu den treuherzigen Versicherungen der Liebe zu dem so theuer erworbenen Frieden, von denen die Lippen der rheinischen Ligisten überströmten.

Bevor wir jedoch auf jene Vorgänge zu reden kommen, darf es an der Zeit erscheinen, sich nach anderen Bestrebungen der Alliirten umzusehen, welche auf möglichste Ausbreitung ihrer Tendenz und Macht gerichtet waren. Diese Bestrebungen machen sich seit dem Beitritte des Kurfürsten von Mainz im August 1655, auf welche Zeit wir nunmehr zurückgreifen müssen, besonders bemerkbar und dürfen ein höheres Interesse in Anspruch nehmen, als alle die Maßnahmen und Schachzüge, von denen bisher berichtet worden ist.

11.

Das bayrische Projekt.

Man wird sich an die kordiale Annäherung erinnern, welche im August 1655 zwischen dem Pfalzgrafen und dem kur-mainzischen Hofe zutage trat, damals als die frankfurter Konvention eine Thatsache wurde. Dem schlauen Neuburger entging nicht, daß seinen Plänen hier eine kräftigere Unterstützung winkte, als bei seinen bisherigen Bundesgenossen, dem ewig in die spanischen Unruhen verwickelten und noch halb mit Brandenburg liirten kölner und dem wenig leistungsfähigen trierer Kurfürsten, sowie dem zwar willigen, aber mehr und mehr durch eigene Interessen abgezogenen Bischof von Münster. Deren Gesichtskreis war und blieb ein lokaler, höchstens provinzieller. Johann Philipp von Mainz dagegen wie sein Boineburg waren die Schildträger einer nationalen, ja universalen Politik[1]; hierin lag ihre Stärke und mußte demnach ein Anschluß an den Kurfürsten für Philipp Wilhelm ein er-

[1] Vgl. die kurze, aber höchst treffende Charakteristik derselben durch Köcher a. a. O. S. 199 ff. nebst Anmerkungen.

strebenswerthes Ziel sein. Den Mainzern wiederum mochte der weitausragende Ideengang des Pfalzgrafen und dessen Feuereifer als ein nicht übel zu verwerthendes Ferment für die Verwirklichung ihrer Pläne dünken.

Vor extremen Schritten sich zu wahren, von dem stürmischen Pfalzgrafen zu solchen sich nicht hinreißen zu lassen, dazu hielt man sich in Mainz für stark genug; eine solche Gefahr ließ man dort nicht gelten, ja das damalige Auftreten gegen Philipp Wilhelm läßt erkennen, daß man ihm von vornherein zu verstehen geben wollte, daß man auf seine Phantastereien einzugehen nicht belieben werde.

Gleich zu Anfang wies Johann Philipp die Autoritätsgelüste Jenes in die gebührenden Schranken. Charakteristisch für die Staatskunst des Mainzers ist, daß trotzdem jene Annäherung eine intime wurde. Bedauerlich bleibt, daß über jenen Zusammenkünften zu Mainz und Rüsselsheim ein Schleier ruht, der hier nicht gelüftet zu werden vermag. Es müssen höchst inhaltsreiche Erörterungen stattgefunden haben. Jeder dieser Staatsmänner wird freilich nur gerade so viel von seinen Karten verrathen haben, um ein gemeinsames Spiel zu vereinbaren, bei welchem doch Jeder nur an seinen eigenen Vortheil dachte. Denn die Ziele Beider gingen doch merklich auseinander. Das des Pfalzgrafen war die Rache an dem Brandenburger und dessen Vernichtung, in weiterem Ausblick auch die Unterdrückung der protestantischen Reichsstände überhaupt. Ganz am Horizont tauchten blaue Berge gleißenden Glanzes auf, das polnische Königsdiadem, die strahlende Kaiserkrone. Johann Philipp's Ideal war ein anderes. Der westerwälder Edelmann verstieg sich nicht in ein solches Wolkenkuckucksheim. Es war ein fester politischer Gedanke, unter dessen Einfluß der Kurfürst und sein leitender Staatsmann ihre Politik steuerten. Besser vermag man deren Endziel nicht auszudrücken als es neuerdings geschehen ist. Es „war das Ziel, dem immerfort drohenden Zusammenprall der Deutschland und Europa spaltenden Gegensätze vorzubeugen, einen Bund von Mittelstaaten als Friedensgaranten zwischen die feindlichen Großmächte zu stellen und damit sich selbst zum Schiedsrichter von Europa zu machen.“[1]

Fragt man nun nach dem Vereinigungspunkte dieser beiden grundverschiedenen Systeme, der aggressiven Politik des Pfalzgrafen mit streng konfessioneller Spitze und der irenischen Tendenz des Kurfürsten ohne jeden konfessionellen Anstrich, so wird man mit der Antwort nicht fehlgehen, daß in jenen Tagen dieser Annäherung vielleicht die Abneigung gegen das Haus Oesterreich und dessen Politik das bindende Element

---

[1] Köcher a. a. O. S. 200.

gewesen ist. Das Kaiserhaus hatte seit dem großen Kriege an seiner Popularität selbst bei den katholischen Reichsständen ungemein viel eingebüßt und Ferdinand III., obwohl von Person wohlwollend und gutmeinend, war nicht der Mann gewesen, Ansehen und Neigung sich zu erhalten. Die Hülfe, die er anfangs versteckt und dann immer unverhüllter in dem Kampfe der beiden westlichen Kronen der spanischen gewährte, war gerade den Reichsständen dort am Rhein ein Dorn im Auge, welche dadurch nur die Flammen jenes unseligen Krieges genährt sahen und auch unmittelbar von den Durchmärschen der kaiserlichen Hülfsvölker allerhand Beunruhigungen und die alten Beschwerden zu gewarten hatten. Mit schiefen Blicken und bösem Mißtrauen blickte man auf starke Rüstungen in den kaiserlichen Erblanden, von denen schon 1655 das Gerücht im Schwange ging.[1] Beim Pfalzgrafen kam noch die Erbitterung hinzu, daß er in seinen Werbungen am Kaiserhofe gegen Kur-Brandenburg nicht das volle Entgegenkommen gefunden hatte, auf welches er gerechnet hatte. Ja, er hatte von dort aus gewisse gegen ihn gerichtete Ansprüche des Kurfürsten von der Pfalz zu seinem Schaden unterstützt sehen müssen.

Einer „der eifrigsten Parteigänger des Hauses Habsburg" war er damals wenigstens nicht mehr. Und vom Kurfürsten von Mainz darf man dies ebensowenig annehmen. Die Politik, in welche sich mehr und mehr das Haus Oesterreich vertiefte, lief seinen irenischen Tendenzen stracks zuwider; die Politik eines Auersperg hatte mit der eines Boineburg nichts gemein.

Ein Mißbehagen gegen die habsburgische Dynastie schlich sich allmählich in die Gemüther der deutschen Fürsten ein, genährt offenbar von französischen Einflüsterungen, welche durch klingendes Gold reichlich unterstützt wurden. Zumal mit dem Augenblicke lebhafter, wo die Frage wegen der Nachfolge an der Kaiserkrone wiederum eine offene wurde, als der römische König Ferdinand IV. eines frühzeitigen Todes verblich (1654 Juli 9) und von neuem das alte Spiel der Habsburger begann, um die Stimmen der Wahlfürsten auf ein Haupt aus ihrem Stamme zu vereinen, den einzigen noch lebenden Sohn des alternden Kaisers Erzherzog Leopold Ignaz. Hier setzte Mazarin in seinem Hasse gegen das Haus Habsburg mit Geschick ein und seine Emissare arbeiteten an der Vereitelung dieser Pläne mit großem Eifer an verschiedenen deutschen Fürstenhöfen.

[1] Bisping, Münsterischer Deputirter in Frankfurt, berichtete im October 1655 dem Bischof: der Kaiser gedenke ein Korps von 50—60 000 Mann zu errichten „woraus man leicht abzunehmen, daß diese großen Kriegspräparatoria nicht allein auf ein Defensionswerk angesehen sein dürften."

Neben dieser Wahlfrage wird zwischen dem Mainzer und Neuburger damals im August 1655 auch ferner die Gefahr zur Erörterung gelangt sein, welche im Nordosten des Reiches drohte. War es denn nicht denkbar, daß jene polnisch-schwedischen Händel auf der einen Seite den Kaiser, auf der andern den Kurfürsten von Brandenburg in Mitleidenschaft, ja in Aktion zu ziehen vermögend sein könnten? Und, dieses einmal zugegeben, was schien bei dem notorischen Ehrgeiz und kriegerischen Eifer des noch dazu protestantischen Schwedenkönigs und dem vermeintlichen Großmachtskitzel des wohlgerüsteten Brandenburgs, gleichfalls einer protestantischen Macht, nicht noch alles im Gesichtskreise zu liegen? Ganz zu geschweigen von dem immerhin nicht ganz unmöglich erscheinenden Eintreten Dänemarks, der vereinigten Niederlande und der Republik England in diese Komplikationen.

In Erwägung solcher Zeitläufte einigte sich der Mainzer mit dem Neuburger denn bald zu der gemeinsamen Einsicht, daß eine Allianz, wie sie durch die beiden Gebilde von 1651 und 1654 geschaffen und weiter entwickelt worden und neuerdings durch Kombination in der Frankfurter Konvention befestigt werden sollte, das sicherste Mittel sein werde, den vielseitigen Gefahren einen festen Damm im Reiche entgegenzusetzen.

Darüber freilich konnten diese Politiker sich keiner Täuschung hingeben, daß sie die rheinischen Ligisten allein und für sich selbst nicht kräftig genug sein würden, inmitten der drohenden Gefahren das Gleichgewicht zu halten. Es bedurfte hierzu des Beitritts noch anderer wohlgesinnter Stände mehr. Der Mainzer träumte schon von einem allgemeinen deutschen Fürstenbunde. Zunächst glaubte er der Nachbaren, zumal der beiden hessischen Häuser in Darmstadt und Kassel für solche Zwecke habhaft werden zu können und machte sich bei ihnen gleich an's Werk.[1]

Er und Boineburg hatten gewiß keine geringe Mühe gehabt, dem Pfalzgrafen die Werbung um diese unkatholischen Stände annehmbar zu machen. Freilich war auch auf der andern Seite der Darmstädter des Letzteren Schwiegervater.

Philipp Wilhelm, der von den Jesuiten berathene Heißsporn, hielt sich lieber an die guten katholischen Traditionen. Bedurfte der neue Bund der Verstärkung, nun gut, dann nur auf seiten der Glaubens-

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen schon am 5. September: Unsere Korrespondenz itzo bewandt wird E. D. bekannt worden sein (d. h. das Instrument vom 11. August). Zu ihrer festen Einfädmung und Erhaltung gehört treuer Fleiß. Hassi nostri forte accedent, saltem Darmstadini, tum paullatim et Cassel, sonderlich wenn die sehen, daß K. Brandenburg gar allein und in's weite gehet. Or. in Düsseldorf.

genossen. Auf keinen geringeren Ort richteten sich seine Blicke als das Kurhaus Bayern und den Sohn des einstigen Führers der alten Liga, den jungen Kurfürsten Ferdinand Maria in München.

Diesem stattete er von Neuburg aus, wo er im Hochsommer des Jahres 1655 eingetroffen war, gegen Ende October einen freundvetterlich-nachbarlichen Besuch ab, welche Gelegenheit er benutzte, um im Sinne der mainzer und rüsselsheimer Abmachungen für Zuwachs der Allianz zu arbeiten. Als zwischen ihm, dem Kurfürsten und dessen Hauptberather in politischen Fragen dem Oberhofmeister Grafen Kurtz die Rede auf die gegenwärtige verwirrte Lage der Verhältnisse gerieth, brach der Pfalzgraf ganz offenherzig mit seinen Gedanken über die Königswahl heraus. Schweden und Frankreich, so führte er aus, seien bekanntlich willens, das Haus Oesterreich nicht mehr zur Kaiserkrone kommen zu lassen. An seine Stelle zu treten sei das Haus Bayern am besten geeignet. Im Auftrage des Kardinals Mazarin habe ja schon der Landgraf Georg Christian von Homburg auf dasselbe hingewiesen und werde derselbe demnächst selbst nach München kommen, um des Kurfürsten Geneigtheit zur Annahme der Krone zu erforschen. Er, der Pfalzgraf, könne hierzu nur rathen, schon damit nicht zuletzt Schweden die Krone an sich reiße, was leicht geschehen könne bei der großen Macht, die es jetzt in Polen erwerbe. Gerade vor dieser Macht müsse man sich in Sicherheit stellen. Der Kurfürst sei nun freilich weder österreichisch noch französisch; und allein werde er sich als Kaiser auch nicht zu halten vermögen. Er, der Pfalzgraf, habe jedoch in den niederen Landen mit etlichen Ständen am Rheinstrom ein kleines Defensionswerk aufgerichtet; das sei zwar nicht groß noch von großer Importanz, doch gebe es bei Anderen Nachdenkens. Wenn nun der Kurfürst mit noch Anderen wie Württemberg, Salzburg u. A. m. mit eintreten wollte, würde er so konsiderabel werden, daß, wenn es zwischen Oesterreich und den Kronen zum Streit käme, er allezeit demjenigen Theile, zu welchem er träte, das Uebergewicht geben und also das arbitrium rerum bei ihm stehen, er also wiederum dadurch den Frieden im Reich erhalten könnte.

Ferdinand Maria erklärte, daß er die Krone nicht annehmen werde, da es den Satzungen der goldnen Bulle und dem Eide der Kurfürsten zuwiderlaufen würde, Jemanden vor der Zeit von der Krone auszuschließen und sich der Wählstimmen zu versichern. Auch sei es eine gefährliche Sache, und dürften am Ende die Kronen mit diesem Vorschlag nichts andres bezwecken, als ihn „mit dem Hause Oesterreich in die Haare zu bringen.“

Auf Zureden des Pfalzgrafen und dessen wiederholten Hinweis

darauf, daß dann wohl Schweden die Krone an sich bringen würde, warf der Kurfürst schließlich die Frage auf: ob man ihn denn würde manuteniren können? Hieraus zog Philipp Wilhelm etwas vorschnell den Schluß, daß die Abneigung gegen den Erwerb der Kaiserkrone an dieser Stelle nicht allzugroß sein und wohl überwunden werden könne.[1]

Hinsichtlich des weiteren Vorschlages wegen Beitritts zur Allianz bemerkte der Kurfürst: er halte diese Zusammensetzung für die sicherste und wolle derselben sich einverleiben, sobald man ihn darum ersuche; vielleicht werde er dann Salzburg und Württemberg mitbringen.[2]

Dieses Ergebnisses froh, säumte Philipp Wilhelm nach seiner Rückkehr an sein Hoflager in Neuburg nicht, den Alliirten Eröffnung zu machen (Nov. 10): Der Kurfürst von Bayern trage „nicht geringe Inklination," mit in ihre Allianz zu treten, zugleich auch andre mehr vornehme Stände des Reichs, als Salzbnrg uud Württemberg dahin zu disponiren. Daneben habe er, der Pfalzgraf, auch kurz vorher verspürt, daß auch der Bischof von Eichstädt zu einem gleichmäßigen geneigt sei. Der Kurfürst von Bayern verlange vor allem von den Alliirten eine bezügliche Kundgebung. Ihr Gutachten hierüber sei erwünscht.

Die Majorität der Verbündeten ging mit lebhafter Freude auf diesen Plan ein. Christoph Bernard von Münster erklärte unverzüglich (19. Nov.) dem Pfalzgrafen, daß er diesen Zuwachs für ersprießlich erachte und sondirte gleichzeitig den mainzer Kurfürsten nach seiner Ansicht. Auch Karl Kaspar von Trier spendete seinen Beifall.[3] Am kur-mainzischen Hofe zeigte man den regsten Eifer, auf diese Verbin-

---

[1] Graf Kurtz äußerte: Ehe man geschehen ließe, daß Schweden die Krone an sich zöge, so hätte sein Herr das Herz noch wohl, sich um die Krone anzunehmen, falls man ihn dabei manuteniren würde. Worauf der Pfalzgraf: Solches werde wohl geschehen, denn Frankreich suche anderes nicht, als nur das Haus Oesterreich davon zu bringen. Brandenburg und Heidelberg hätten es ihrer Stimme schon versichert, Kur-Köln sei ohnehin bayrisch, die andern beiden geistlichen Kurfürsten würden auch leicht den vorigen folgen, und was würde Sachsen dann allein ausrichten?

[2] Die ganze Unterredung entnommen dem vom Pfalzgrafen am 22. December seinem an den kur-mainzischen Hof abgesandten Geheimsekretär Michael Leers mitgegebenen Memorial (Koncept in Düsseldorf). Benutzt wurde diese Akte bereits von Droysen III, 2. Anm. 316, doch mißverstanden. Danach muß man annehmen, der Kurfürst von Mainz habe den Besuch in München gemacht und jene Unterredung geführt. Ebenso ist nach Droysen der Mainzer und nicht der bayrische Kurfürst derjenige, welcher weder österreichisch noch französisch sein soll, während Philipp Wilhelm direkt auf den letzteren zielte.

[3] Pfalzgraf an den Bischof von Münster am 9. December: Von Kur-Trier's Lbd. ist allbereit vor zwei Wochen die Antwort eingekommen.

dung einzugehen. Boineburg entwickelte eine Schreibseligkeit, wie nie zuvor.[1]

Der Kurfürst selbst gab in offiziellem Antwortschreiben seine Zustimmung und ließ durch Boineburg bitten, der Pfalzgraf möge einen Vertrauten zu ihm senden, von welchem er alle näheren Umstände vernehmen könne. Nur der Kurfürst von Köln, dem doch als einem Prinzen aus wittelsbachischem Geblüt an dem ganzen Werk hätte hochgelegen sein müssen, zögerte mit seiner Erklärung, vermuthlich infolge einer gewissen Eifersuchtsregung gegen den Kurfürsten von Mainz, die sich mehrfach, auch bei andern Gelegenheiten, verrieth und mancherlei Hemmungen verursacht hat. Erst gegen Ausgang des Jahres ließ er seine Ansicht über das bayrische Projekt den Pfalzgrafen wissen, jedoch ohne demselben Genugthuung zu gewähren. Wir kommen darauf noch zurück.

Anfangs December ließ Johann Philipp von Mainz das vom Kur-

[1] Er schreibt an den Pfalzgrafen am 19. November: J. K. G. erfreuen sich sehr und werden, weil man nun zu Würzburg und also den Winter über in der Nähe sein wird, ehest dahin trachten, wie diesem hochangelegenen hauptsächlichen negotio vollends von allen Seiten möge abgeholfen werden. Vielleicht giebt's bald die Gelegenheit, E. D. selbst aufzuwarten, denn J. K. G. sehr sehnlich die auch den Ziffern nicht anvertraulichen Münchenschen Sachen zu vernehmen verlangen .... Ob Württemberg mit in's Werk eintreten möchte, verlangen wir sehr zu wissen. Ich zweifle daran. Kommt nur Kur-Bayern und Salzburg, sufficit. Darnach muß man in allem Ernst aus dem Handel machen. — Am 20. November: Die Angelegenheiten wegen Kur-Bayern sollen wohl in Acht genommen und ehest dahin getrachtet werden, daß von dieser Seite alles vollends zu diesem hochheilsamen Werk beigetragen werde, was immer möglich ist. Die Perfektionirung dieser Korrespondenz und Bundwesens soll zu Würzburg pro nostris partibus unsere Winterarbeit und Spinnrocken sein. Gott gebe Glück dazu! — Am 27. November: Ich will mein äußerstes thun, ne quid morae. Ich sehe wohl, was im maniement derzeit gelegen. Aber wer kann allen Thieren Flügel machen? Wäre wohl diensam, wenn zwei oder vier der vornehmsten Prinzipale einst bald könnten zusammenkommen. Quid metuimus fastidia et apprehensiones alienas, quando de corii nostri custodia efficax sollicitudo habenda est? Freue mich deswegen, daß itzt J. K. G. hier in der Nähe zu Würzburg sind. Gott gebe, daß die Spinnarbeit diesen Winter wohl von statten gehe, denn auf den Sommer wird die Hitz vielleicht oft Hemdwechselung erfordern. — Am 5. December: E. F. D. werden nit umgehen, zu sondiren, quibus conditionibus Kur-Bayern herzutreten will, auch zu urgiren, daß Württemberg und Salzburg mit beigezogen werden. Eichstädt und Bamberg, hoffe ich, sollen von selbst sich anfügen. — Am 12. December: Des Angezeigten Herkunft erwarten wir nach E. D. bei Kur-Bayern gehabter entrevue (die übrigens wegen [angeblicher?] Krankheit des Kurfürsten nicht stattfand. J.) ganz hochverlangendlich. Mit Kur-Bayern ist zumal nichts neues zu konditioniren gleichwie mit keinem, nur de quanto seines Beitrags, und lassen sich J. K. G. E. F. D. Meinung, ut duplicetur ei onus, gefallen. Man wird's treiben müssen, so hoch man's kann. — Alle diese Stücke im Düsseldorfer Archiv.

fürsten von Bayern begehrte Gesamteinladungsschreiben abfassen und den in Frankfurt wegen der Reichsdeputation anwesenden Vertretern der Alliirten zur Begutachtung unterbreiten.[1] Gegen Mitte December war dasselbe bereits auf dem Rundwege zu den Prinzipalen behufs Unterfertigung. Der Pfalzgraf sollte es dann nach München befördern.[2]

Boineburg drängte daneben im Auftrage seines Herrn um Hersendung eines Bevollmächtigten des Pfalzgrafen zum Zwecke näherer Vereinbarungen. Am 22. December schickte daher der Pfalzgraf seinen Geheimsekretär Leers dorthin ab. Derselbe erhielt den Auftrag, den Kurfürsten über die Vorgänge in München aufzuklären,[3] aber auch ganz im Allgemeinen ein Gutachten abzulegen über die Auffassung des Pfalzgrafen von der politischen Situation jener Tage.[4] Und zwar in folgendem Gedankengang: Es sei nunmehr weltkundig, wie die schwedische Macht in Polen so weit überhand genommen, daß das Großfürstenthum Litthauen sich ihr gleichsam erblich unterworfen und nicht zu zweifeln, daß in kurzer Zeit das Königreich Polen diesem Beispiel folgen und dem Schwedenkönig huldigen werde. Der Kurfürst von Brandenburg habe sich unter Beistand etlicher Stände im königlichen Preußen stark gerüstet, bisher freilich unter dem Anscheine von Defensivzwecken. Doch habe man Nachricht, als ob er jetzt mit Schweden allerdings verglichen sei und diesem seine geworbenen Völker überlassen werde. Auf dem jüngsten Reichstage habe dieser Kurfürst die unkatholischen Fürsten und Stände an sich gezogen und gleichsam deren Protektor spielen wollen. Bekannt sei der Angriff auf die jülichschen Lande vom Jahre 1651; demnach wohl zu besorgen, daß bei dem großen Vortheil der Schweden über die Polen und da nunmehr die kaiserlichen Erblande den Schweden allerorten zum Einfall offen stehen, der Kurfürst, zumal bei jetziger Indisposition des Kaisers, in dem trüben Wasser mitfischen und neben den Schweden, Polacken, Litthauern, Kosacken und Tartaren das römische Reich feindlich überziehen und den Katholischen, anfangs in Deutschland, hernach auch wohl gar in ganz Europa den Garaus zu machen mit-

[1] Schreiben Boineburg's an den Pfalzgrafen vom 5. December und des Bischofs von Münster an denselben vom 16. December.

[2] Undatirtes Schreiben Boineburg's an den Pfalzgrafen mit dem Kanzleivermerk des Neuburgischen Sekretärs: Serenissimus respondit manu propria 23. December. In Düsseldorf.

[3] Siehe oben den Inhalt des Memorials vom 22. December.

[4] Nebenmemorial vom 31. December 1655, Original mit Siegel und Unterschrift des Pfalzgrafen im Düsseldorfer Archiv. Auch diese Akte ist schon von Droysen a. a. O. benutzt worden. Doch können die neun Zeilen, mit denen er sich abfindet, kein genügendes Bild gewähren, weshalb die zum Theil wortgetreue Wiedergabe dieses interessanten Dokumentes hier nicht verargt werden wird.

helfen werde. Hierzu biete sich jetzt die beste Gelegenheit, indem England die spanische Macht in Indien und Spanien angreifen und so zur Genüge beschäftigen könne, in Frankreich auch die Hugenotten sich zu rühren begönnen und auch die Schweizer gegen die Katholiken sich schwierig erzeigten. Auf Kur-Sachsen sei kein Verlaß und also wohl zu gewärtigen, daß die Unkatholischen zusammenstehen und auf einmal die Katholischen unter die Füße zu bringen suchen würden.[1]

Besonders da die beiden vornehmsten katholischen Potentaten Spanien und Frankreich gegen einander so verbittert, daß an ihre Aussöhnung und demnach an ihren Beistand gegen derartige Angriffe gar nicht zu denken sei. Vor Gott und der Posterität würde unverantwortlich sein, wenn man also les bras croisés länger zusehen und den unkatholischen, ja barbarischen Völkern sich zum Raub darstellen und nicht die noch übrigen Mittel zur Rettung der Ehre Gottes, Beschützung seiner Kirche und Erhaltung von Land und Leuten anwenden sollte. Es müßten daher, ehe die Völker überall weggeworben würden, ohne Zeitverlust nach Maßgabe des Bundesinstrumentes die Truppen verdoppelt werden. Da aber zu besorgen, daß dieses Mittel allein nicht zulangen möchte, so stelle er, der Pfalzgraf, dem Nachdenken des Kurfürsten die Frage

[1] Dieselben Gedanken in ähnlicher Ausführung äußert der Pfalzgraf brieflich an Boineburg am 16. December 1655: „Denn, wenn die Zeitungen wahr sind, welche mir vom Grafen Kurtz von München kommunicirt worden, so muß man nicht allein sehen, sondern mit Händen greifen, daß die Glocke wider uns Katholische gegossen ist und man uns nicht allein in Deutschland sondern ganz Europa, und nicht mit Armeen allein sed cum gentibus überschwemmen werde. Schweden, Moskau, Tartaren, Kosacken, die desperaten Polen, Kromwell, Holland, Dänemark und unsere deutschen Ketzer werden zugleich die in sich selbst zertrennten Katholischen überfallen et radicitus zu exstirpiren suchen. Und befestigt mich in diesen Gedanken sehr, wenn Brandenburg sich akkommodirt hat, daß auch unsere deutschen Unkatholischen nit allein die consilia so heimlich zusammentragen, sondern ihrer keiner zu unsrer Verfassung treten will und alle zeitgewinnende Ausflucht suchen. Aber was Raths? Mich dünkt, wenn wir je Haare lassen sollen, so sind wir vor Gott und ehrenhalber schuldig, bei solchen extremis auch extrema zu adhibiren und unsre Haut so theuer als möglich zu verkaufen und wenigstens nicht mit einem weißen Stäblein, sondern mit dem Degen in der Hand, wenn wir je nit viktorisiren können (de quo tamen non est desperandum) zu sterben." Und nachdem er seinen Zweifel am Beitritt der unkatholischen Häuser Hessen und Braunschweig wegen des Zauderns derselben ausgesprochen, schließt er: „Wie wäre es, wenn man sie auf eine categoricam triebe? So würde die Pastete entdeckt müssen werden; dann treten sie nicht zu uns, so halte ich's pro evidentissimo signo einer Generalkonspiration gegen alle Katholischen, und wäre besser, selbige zu wissen und uns danach recht und mit einer tapferen Resolution zu richten, als uns einschläfern und folgends ohne Resistenz mit einem weißen Stäblein ausweisen zu lassen, auch vor Gott die schwere Verantwortung und vor der Welt den unauslöschlichen Schimpf zu behalten." — Düsseldorfer Archiv.

anheim, ob nicht von der gesamten Alliirten wegen die Krone Frankreich ungesäumt zu beschicken und um Assistenz anzulangen wäre. Desgleichen größeren Nachdrucks halber müsse nothwendig auch in der Alliirten Namen Ihrer Päpstlichen Heiligkeit die höchste Gefahr der katholischen Kirche, wie sie sich in vielen Jahrhunderten nicht erzeigt, umständlich vor Augen geführt und dieselbe gebeten werden, zwischen Spanien und Frankreich, welch letzterem die schwedische Macht furchtbarer sein müsse, als die österreichische, wenn nicht den Frieden, so doch einen zehn- oder zwanzigjährigen Waffenstillstand zu vermitteln, damit also mit gesamter Hand das sonst gleichsam unvermeidliche Unglück abgewendet werde. Auch werde der Papst inzwischen nicht nur sich selbst (mit Geldspenden) angreifen, sondern auch andre italienische Fürsten und Republiken beweglich erinnern müssen, daß sie den Katholiken in Deutschland mit Geld und Volk beispringen, desgleichen auch von vornherein bei Frankreich zu vermitteln haben, daß dieses diejenigen deutschen Stände, welche mit oder ohne Oesterreich zur Vertheidigung der katholischen Kirche wider Schweden oder dessen Anhang kooperiren würden, allerdings unangefochten lasse und sie deswegen mit einer versicherten Erklärung verwahre.[1]

Leers stattete seine Meldungen in Würzburg auf grund der beiden Memorialien mündlich ab und wurde demgemäß in gleicher Form beschieden.[2]

Johann Philipp von Mainz und Boineburg können und werden unmöglich die Lage der deutschen Katholiken gleich schwarz angesehen haben. Immerhin werden sie in ihrem Interesse die Konsequenzen nicht mißbilligt haben, welche der Pfalzgraf aus seinen pessimistischen Prämissen zu ziehen für gut erachtete. Insoweit wenigstens, als dessen Streben sich mit dem ihrigen in Einklang befand, das Streben nach Mehrung und Stärkung der Allianz. Der mainzer Hof suchte eine Anlehnung an die mehr nach dem niederen Deutschland gravitirenden protestantischen Häuser Hessen und Braunschweig, wohingegen der Pfalzgraf in seinen Beklemmungen vor Schweden und Brandenburg im oberen Deutschland nach Bayern und Salzburg hinhorchte und von dort das Heil erwartete. An dem Beikommen Württembergs wurden bald Zweifel rege.[3]

---

[1] Zu erwähnen ist noch aus diesem Nebenmemorial der Vorschlag, die Stadt Köln, worin die schwedischen Werber die besten Völker an sich zögen, von der gesamten Alliirten wegen zum Beitritt zu erinnern, desgleichen dem Kaiser gebührende Nachricht von diesem allen zu geben.

[2] Rekreditiv für ihn vom 9. Januar 1656. Original Düsseldorf. In den Akten findet sich leider kein Bericht vor.

[3] Der Pfalzgraf an den Bischof von Münster am 27. December 1655: Zwar an Salzburg, Bamberg und Eichstädt zweifeln wir schier nit, aber weil unlängst der

Auf des Kurfürsten von Köln Erklärung wegen der Zulassung Kur-Bayerns wartete unterdessen zu seiner großen Beunruhigung der Pfalzgraf bis in den Beginn des neuen Jahres 1656. Durch Leers suchte er bei Mainz um einen Druck auf den Zaudernden nach. Endlich langte die Botschaft von Bonn ein, war aber nicht völlig nach dem Sinne des Pfalzgrafen. Max Heinrich, durch den auf Boineburg eifersüchtigen Fürstenberg beeinflußt, hatte allerhand Einwendungen in's Feld zu führen, „woraus etlichermaßen abzunehmen, daß Kur-Kölns Ld. mehr Aufenthalt als Beförderung in diesem Werk gesucht.“[1]

Auch das Gesamteinladungsschreiben der Alliirten an Kur-Bayern war um die Mitte des Januar noch nicht in der Hand des Pfalzgrafen, der die Beförderung nach München übernommen. Auch in Würzburg fing man an, hierüber beunruhigt zu werden. Man beschloß daselbst, ein zweites Exemplar zirkuliren zu lassen, welches auch am 12. Januar 1656 auf den Weg geschickt wurde.[2]

Aber gerade am nämlichen Tage schon hatte endlich Max Heinrich jenes Schriftstück an den Bischof Christoph Bernard befördert,[3] der es am 14. Januar gleich dem Pfalzgrafen zustellte. Am 26. Januar war es auf dem Wege nach München.[4]

Philipp Wilhelm von Neuburg versah sich wohl des besten Erfolges

---

von Heidelberg mit dem von Ansbach und Durlach sich bei Württemberg eingefunden und darauf ausgekommen, daß dieser durch seiner Vettern einen für Schweden in seinem Land Werbungen führen lasse, dergleichen auch im Ansbach-, Kulmbach-, Ulm-, Nördling- und Nürnbergischen, nit weniger durch einen v. Hollach (Hohenlohe) im Fränkischen vorgehen sollen, so wissen wir nit, ob bei Württemberg ein andres, und zwar wie jüngst gemeldet, zu hoffen sein werde. Gleichwohl wird zu guter Nachricht dienen, ab seiner Intention informirt zu werden, dahin man dann aller Möglichkeit nach trachten wird. — Original in Münster. — Siehe auch Württemberg betr. bei Köcher a. a. O. S. 219, nach Sattler IX, § 105.

[1] Der Pfalzgraf an Leers am 3. Januar 1656. — Original in Düsseldorf. — Was dem Pfalzgrafen so sehr mißfiel, läßt sich nicht bestimmen, da die Erklärung Kur-Kölns in den Akten sich nicht ermitteln ließ.

[2] Boineburg an den Pfalzgrafen am 10. Januar 1656: Ich meinesorts finde die langwierige Außenbleibung des an Kur-Bayern schon vorlängst vergriffenen Gesamtschreibens sehr betrüblich und zeitverderblich. Deswegen man im Werk, dessen ein Duplikat mit nächstem abgehen und diesfalls angelegene Erinnerung thun zu lassen. Wo, warum und wie es in's Stocken gerathen, weiß Gott am besten. Mittelst sind die Gedanken doch zollfrei und giebt ihnen das von Kur-Köln an E. D. ergangene Schreiben ein ziemliches Aliment. Und am 12. Januar: Das Duplikat an Kur-Bayern geht itzt wieder fort. Hängt's und steckt's zu Bonn, hoffe ich, wird's also ja los werden. Wir wollen an uns zum Zeitgewinn nichts ermangeln lassen. — Originale in Düsseldorf.

[3] Anschreiben vom 12. Januar 1656. — Original in Münster.

[4] Der Pfalzgraf an den Bischof von Münster am 26. Januar. — Münster.

um so eher, als zwischen ihm und dem Kurfürsten Ferdinand Maria seit jenem münchener Besuche ein vertrauter Briefwechsel sich angesponnen hatte, der nur Gutes in Aussicht zu stellen schien.[1] Aber eine Enttäuschung brachte die am 12. Februar schon einlangende Antwort des Kurfürsten. Statt der verhofften unbedingten Zustimmung erfolgte eine verklausulirte, unverbindliche Erklärung. Der Pfalzgraf, welcher sich darein nicht zu finden vermochte, sandte noch am selben Tage Leers zum zweiten Male an den Kurfürsten von Mainz, um über die veränderte Sachlage Raths zu erholen.[2]

Ferdinand Maria's Erklärung gipfelte in dem Vorschlage, in Frankfurt eine Konferenz zusammentreten zu lassen, welche über seinen Beitritt die Bedingungen abhandeln und feststellen sollte. Mit Fug und Recht konnte man dies als eine mehr hindernde als fördernde Maßnahme auffassen. Aus Anschreiben des Kurfürsten wie des Grafen Kurtz an den Pfalzgrafen ergab sich zugleich, daß man in München mehr auf eine gemeine Reichsverfassung, als schlechtweg auf Annahme der Partikulareinungen von 1651 und 1654 zielte, ja ausdrücklich — die Herbeiziehung protestantischer Reichsstände, speziell Kur-Sachsens und des Hauses Braunschweig-Lüneburg, für wünschenswerth erachtete; letzteres jedenfalls, wie vermuthlich die anderen Vorschläge auch, ein Scheinmanöver, um die Abneigung gegen den Beitritt zur rheinischen Liga vorerst noch zu verschleiern.

Man hatte wohl kaum zu München eine Ahnung von den bereits schwebenden, damals noch sehr geheim gehaltenen Unterhandlungen Boineburgs mit den Protestanten. Sonst hätte Graf Kurtz den Vorschlag, mit denen anzubahnen, wohl nicht gemacht: denn gerade hieran sollte nach seinem Plane bei der ihm bekannten Gesinnung des Pfalzgrafen von Neuburg, die er auch bei den anderen Ligisten ohne Ausnahme voraussetzte, das ganze Werk scheitern. Man darf wohl überzeugt sein, daß man sich in München auch nicht einen einzigen Augenblick ernstlich der Absicht hingegeben hat, die Allianz so anzunehmen, wie sie vom Pfalzgrafen und seinen Verbündeten begründet worden war. Auch fehlte die volle Gemeinsamkeit der Interessen. Und schon die Verquickung mit der Frage der Kaiserwahl, welche der Pfalzgraf gleich von vornherein

---

[1] Leider nicht bei den Akten; die Thatsache wird durch mehrere Bemerkungen des Pfalzgrafen an anderen Stellen verbürgt.

[2] Instruktion für Leers vom 12. Februar. Original in Düsseldorf. Das Schreiben des Kurfürsten von Bayern vermisse ich leider in den Akten. Leers bekam es im Original mit nach Würzburg. Es wird sich in der Mainzer Kanzlei verzettelt haben. Nur aus der Leers'schen Instruktion und anderen Angaben vermag man ungefähr seinen Inhalt abzunehmen.

aufgedeckt hatte, war geeignet, den Kurfürsten von Bayern eher abzuschrecken als anzulocken. Diese Spekulation war eine verfehlte gewesen. Der Kurfürst Ferdinand Maria war mit nichten „weder österreichisch noch französisch," sondern durchaus österreichisch gesinnt. Tradition, Familienbeziehungen und wohl auch persönliche Neigung wiesen ihn auf diesen Weg. Der Sohn eines Maximilian I., der dem Hause Habsburg und der engen Verbindung mit demselben die Kurwürde verdankte, und einer Tochter des Kaisers Ferdinand II.[1] konnte nicht anders, als ein treuer Anhänger des Hauses Oesterreich sein. Und, selbst wenn man mit allen diesen Beziehungen hätte brechen wollen, um den zweifelhaften Glanz der Kaiserkrone zu erhaschen, so brauchte man — und so verständig war man denn doch am bayrischen Hofe, sich darüber klar zu werden — zur Behauptung dieser Würde weit reichere Geldmittel, als die man eben zur Verfügung hatte. Auch fehlte wohl überhaupt die Neigung, aus der beschaulichen Stille, deren man eben erst wieder nach den bewegten Zeiten des großen Krieges sich zu erfreuen begann, sich in die Wirrsale einer gefährlichen Politik als Spielball Frankreichs werfen zu lassen. Denn auf dessen Initiative ist denn doch das ganze Projekt mit Bayern zurückzuführen. Aber auch dieser Macht Bemühungen in dieser Richtung haben ihres Zieles verfehlt.

Hätte der Pfalzgraf nicht in so unvorsichtiger Weise Allianz und Kaiserwahl nebeneinandergestellt, wäre vielleicht der bayrische Hof bereitwilliger der Einladung der Ligisten näher getreten. So aber sah Philipp Wilhelm sich einigermaßen desavouirt. In seiner Verlegenheit ließ er denn abermals durch Leers dem Kurfürsten von Mainz vortragen:

Der König von Schweden, nachdem er jetzt mit dem Kurfürsten von Brandenburg verglichen sei und dessen meiste Völker an sich gebracht habe, sei mit Preußen und Polen soweit fertig, daß fast nichts mehr übrig als die einzige Stadt Danzig, welche sich auch wohl bald werde ergeben müssen. Auf den Beistand der Kosacken und Tartaren könne der König von Polen sich nicht verlassen. Es würden demnach noch vor Beginn des künftigen Feldzuges die Schweden in solcher Positur stehen, daß sie, was ihnen in Polen gerathen, auch in Deutschland versuchen und vollziehen könnten. Besonders bei freier Verfügung über die Macht der Unkatholischen, während sie die Katholischen ohne Verfassung, Einigkeit, Rath und Macht finden würden. Deshalb sei die von Bayern vorgeschlagene Konferenz zu befördern und bei den Alliirten hierin alle Nothdurft zu veranlassen. Allerdings erscheine ihm die

[1] de Lumbres an Brienne am 10. Febr. 1656 sagt von der Kurfürstin Wittwe Maria Anna: elle aime sa maison plus que celle de son fils. U. A. II, S. 80.

bayrische „tepidetta“ bedenklich, da man doch, wie die bereits mitgetheilten Handbriefe des Kurfürsten bewiesen, vorher die Aufnahme in die Allianz geradezu verlangt habe. Bedenklich sei ferner die Hinneigung zu einer gemeinen Reichsverfassung; es müsse doch auch den Bayern unverborgen sein, „daß man seit dem eingerissenen lutheranismo zwar viel davon geschrieben und gehandelt, nie aber einigen Effekt verspüret, inmaßen auch, wie die Erfahrung auf Reichs- und Kreistagen bisher genugsam bezeuget, nit allein die Religionsdisparität sondern auch die große einander zuwiderlaufende Respekt und Interessi nit zulassen, daß so viele Köpfe unter einen Hut gebracht werden mögen, man auch bei dem nächsten zu Essen gehabten westphälischen Kreistage genugsam abnehmen können, wohin die Unkatholischen mit Suchung der Parität in geist- und weltlichen Sachen zielen,[1] daß sie nämlich unter diesem Prätext überall das Direktorium führen und die Katholischen gar unter die Füße bringen wollen.“ Die bayrischen dilatoria pro exclusiva möchten wohl dahin aufzunehmen sein, daß ihnen dort die Lust zur Miteintretung allerdings vergangen sei, „daher auch J. Dhl. (der Pfalzgraf), weil sie verspürt, daß sie mit ihren rationibus Bayern mehr zurück als vor sich gebracht, mit ferneren Zuschreiben bis auf Ihrer K. G. (von Mainz) erfolgende Erinnerung innezuhalten rathsam ermessen.“ Dem Kurfürsten von Bayern seien durch Mainz diese Inkonvenientien beweglich vorzustellen und derselbe zu ermahnen, seine Gesandten dergestalt zu instruiren, daß sie mit den Gesandten der Alliirten a l l e i n berathschlagen, was das Interesse ihrer Erhaltung erfordere und wer etwa noch möchte mit einzunehmen sein.

Uebrigens gebe es nach wie vor nichts empfehlenswertheres, als die Schickung nach Frankreich und in zweiter Linie die Verdoppelung der Bundesvölker, letztere Maßregel auch ohne auf Bayerns Zutritt zu warten. Jedoch dürften die Verhandlungen mit ihm keinesfalls ruhen. „Sollte es aber — schon weiß sich Philipp Wilhelm zu trösten — dazu nicht zu bewegen sein, müßte man es dahingestellt sein lassen und gedenken, daß mit dessen Einnehmung den Alliirten zwar der pfälzischen Prätension halber große invidia und Feindschaft zweifelsfrei zugezogen, dieselben aber in beständiger Unsicherheit und Furcht verbleiben würden, ob Bayern, wenn man dessen Völker vonnöthen, sich, daß er deren selbst bedürftig, nit entschuldigen oder wohl gar, wie in vorigem Krieg dessen Bundgenossen mit höchstem Schaden erfahren, unversehens und wenn man der Hülfe zum meisten vonnöthen, selbige wieder abfordern würde,

---

[1] Diese Verdrehung der Thatsachen dürfte für die Methode des Pfalzgrafen charakteristisch sein.

der weiten Entlegenheit (zu geschweigen) und daß S. K. D., wenn sie von den Alliirten ferner nit requirirt und auf dieselben sich nit zu verlassen, er sich selbst desto mehr angreifen und ihre Land und Leute verwahren oder zu den Alliirten mit mehrerem derselben Vortheil treten müssen."

Und eigenhändig setzte der Pfalzgraf noch der Instruktion zu: „Und ist nit zu zweifeln, wann nur die Alliirten recht zur Sachen thun, sie ohne Bayern noch wohl in solcher Konsideration stehen werden, daß sie bei Frankreich oder wo man's sonst gesinnen wird noch wohl den intendirenden scopum erlangen und alsdann Bayern froh sein werde, die Beitretung noch bei ihnen zu suchen." Kur-Köln werde zwar ver-vermuthlich „die bayrischen consilia approbiren." Da solle denn wenigstens der Kurfürst von Mainz die neuburgischen Bemühungen unterstützen und mitwirken, daß man Trier und Münster auch dazu bringe. Schließlich die dringende Bitte, den Pfalzgrafen nicht, wie vordem geschehen, von den Konferenzen, die man mit Bayern etwa zu Frankfurt antreten würde, auszuschließen.

Am 17. Februar traf Leers in Würzburg ein, gegen 6 Uhr Abends schon erhielt er eine Audienz beim Kurfürsten, welcher nach dem obigen Vortrage und Kenntnißnahme der überbrachten Schriftstücke sich sehr bestürzt und erregt zeigte, deshalb auch nicht sofort eine Erklärung abgab.[1] Am nächsten Morgen erschien der Freiherr v. Boineburg bei dem neuburgischen Gesandten, mit dem es eine weitläufige Auseinandersetzung gab, über die wir leider des näheren nichts erfahren, die aber mit der Erklärung des Mainzers endete, daß die von Bayern vorgeschlagene Konferenz[2] nicht dienlich erscheine. Aber auch die beiden Vorschläge des Pfalzgrafen selbst, wegen der Schickung nach Frankreich und der Verdoppelung der Allianzvölker fanden bei den Mainzern keinen Beifall,[3] „der erste wegen des bewußten Zurückhaltes (etwa kölnischer- und trierischerseits?) und der letztere, weil man's nicht für zeitgemäß hält." Leers nahm auch bald wahr, daß er nicht hart darauf dringen dürfe, „damit man sich hoc rerum statu und sonderlich bei der bayrischen Renitenz und daß die darauf gemachte Hoffnung zerronnen, die Sache nit leid lasse werden." Immerhin währte der Aufenthalt des Leers in Würzburg noch mehrere Tage und werden diese Punkte und

[1] Kurzer Bericht des Leers vom 19. Februar 1656. — Düsseldorf.

[2] Leers schreibt „die in Passau vorgeschlagene Konferenz"; etwa ein Schreibfehler für Frankfurt; oder schlug Bayern wirklich das entlegene Passau vor? Dies wäre noch auffälliger gewesen.

[3] Die chimärischen Pläne wegen Beschickung des Papstes und Beeinflussung der italienischen Rangmächte durch denselben zu gunsten der Katholiken Deutschlands scheint der Pfalzgraf schon damals ganz wieder fallen gelassen zu haben.

Andres mehr in dieser Zeit noch zwischen den beiderseitigen Diplomaten zur Genüge erörtert worden sein.[1] Da Leers mündlich berichtete, bleiben wir auch hierüber im Dunkel.

Und der kur-bayerische Hof? Der Kurfürst hatte nach Eintreffen des Einladungsschreibens der Alliirten nichts eiligeres zu thun gehabt, als dem Kaiser von allem vertrauliche Mittheilung zu machen,[2] unter gleichzeitiger Eröffnung seiner Ansicht, daß man hieraus vielleicht eine Gesamtreichsverfassung, mit welchem Gedanken sich ja schon der letzte Reichstag ohne Ergebniß beschäftigt hatte, zuwege bringen könnte. Der Kaiser faßte diese Ansicht dahin auf, als ob der Kurfürst meine, daß man die Angelegenheit vor die Reichsdeputation in Frankfurt bringen solle. Er äußerte daher in seiner Antwort vom 22. Februar, daß es bisher seine Bedenken gehabt und noch habe, jener Versammlung derartiges zu unterbreiten — man war sich in Wien eben allzusehr des gegenseitigen Abneigungsverhältnisses zu den protestantischen Reichsständen bewußt und keineswegs aller katholischen sicher — und stellte dem Kurfürsten die Erwägung anheim, ob nicht solches Werk zur Zeit allein unter den bereits im Bunde stehenden Ligisten in der Enge zu vergleichen, auch forderte er ihn zu einem Gutachten darüber auf, ob solches zu Frankfurt, ohne Argwohn bei den protestantischen Ständen zu erregen, geschehen, oder auf welchem anderen Wege es zu bewerkstelligen sein möchte.[3]

Der Kurfürst drückte in einem zweiten Schreiben vom 11. März seine Ansicht schärfer und bestimmter aus. Er habe nur gemeint, daß dies schwerwichtige Werk durch etliche wenige Reichsstände nicht zu erheben, sondern nur mehr Ungelegenheit und Gefahr daraus zu besorgen sein werde. Doch habe er damit nicht sagen wollen, daß man die Sache eben gleich vor das Plenum der Reichsdeputirten sollte gelangen lassen, weil dies, wie richtig erwähnt, bei den augenblicklichen Konjunkturen viele und schwere Bedenken hätte, sondern er halte es vielmehr seinerseits für räthlich und nothwendig, daß man sich zu Frankfurt in der Enge unterrede, wie etwa das Werk anzugreifen und mehr andre Stände zu diesem gemeinen Defensionswesen zu bringen seien. In solchem Sinne sei auch sein Antwortschreiben an die Alliirten auf deren Einladung gehalten. Hieran knüpft sich dann der Vorschlag, die kaiserlichen Kommissarien in Frankfurt zu beauftragen, das Defensionswerk vorerst noch unter den katholischen Ständen allein und besonders den

---

[1] Rekreditiv für Leers vom 25. Februar 1656. — Düsseldorf.

[2] Am 4. Februar, wie aus einem zweiten Schreiben desselben an den Kaiser vom 11. März hervorgeht.

[3] Ersichtlich gleichfalls aus dem erwähnten Schreiben vom 11. März. — Kopie in Münster.

bereits untereinander verbündeten Ständen in's Werk zu richten. Man werde dann sehen können, was für Rechnung auf andre, auch wohl protestantische Stände und auf welche eine solche zu machen sein werde. Zu Frankfurt würden diese vertraulichen Konferenzen am ehesten, ohne Aufsehen bei den Protestanten zu erwecken, zu veranstalten sein. Die dort weilenden bayrischen Räthe seien bereits auf alle Fälle mit Instruktionen versehen.

Nach Empfang jener ersten Anzeige des Kurfürsten von Bayern hatte der Kaiser aber auch in der irrigen Auffassung, daß Jener die Angelegenheit vor die Reichsdeputation gebracht wissen wolle, mit bemerkenswerther Eile an den Kurfürsten von Mainz geschrieben[1] und dessen Gutachten darüber eingefordert, ob sich diese Sache werde vor die Reichsdeputirten bringen oder mit den Bevollmächtigten der bereits Alliirten allein abhandeln lassen, oder, wenn beides zur Zeit in Frankfurt nicht angehe, was für andre Wege zu ergreifen, damit „diese Armatur zur allgemeinen Sicherheit weiter mit ihm dem Kaiser als Oberhaupt, dem Kurfürsten von Bayern und den Anderen zuwege gebracht und gleichwohl alles Mißtrauen bei den evangelischen Ständen verhütet werden könne."

Der Kaiser also drängte sich, den Alliirten wohl ganz unvermuthet hier zur Verfassung, aber wohl schwerlich in der ernsten Absicht, wirklich beizutreten, sondern, wie leicht anzunehmen, nur, um von dem Augenblicke an, wo man derselben einen größeren Umfang als bisher, im vorliegenden Falle durch den Beitritt Bayerns, zu geben bemüht sein würde, seine Hand mit im Spiele zu halten, am Ende gar, um eine derartige Verbindung und wenn möglich das ganze Werk zu hintertreiben.

Am mainzer Hofe, wo, wie man sah, bereits eine leise Strömung wider das Haus Oesterreich sich bemerkbar zu machen begonnen hatte, war man von der durch die Indiskretion Bayerns hervorgerufenen neuen Perspektive wenig erbaut. Die Antwort Johann Philipps vom 15. März an den Kaiser war eine höflich ausweichende Erklärung: Ob rathsam sei, dieser Verfassung halber dem Vorschlag Bayerns nach bei den gesamten deputirten Ständen zu Frankfurt etwas zu verhandeln oder auch daselbst mit den Gesandten der bereits Unirten in Berathung zu treten, müsse er aus den dem Kaiser selbst zu Gemüth gehenden und von ihm dem Kurfürsten von Bayern bereits vorgestellten Motiven seinerseits selbst verneinen, ja es für gefährlich erachten, weil, „wenn die Sache daselbst indifferenter und collegialiter in Handlung gebracht

[1] Auch am 22. Februar. Siehe die Antwort des Kurfürsten Johann Philipp vom 15. März.

werden sollte, hierauf wegen der verschiedenen vielfältigen Interessen und Meinungen darüber kein beständiger Schluß zu hoffen ist, sondern auch bei der bereits in Verfassung begriffenen Stände Gesandten zu Frankfurt das Werk dergestalt und in solcher Enge und Geheim nit abgehandelt werden kann, daß die Protestirenden davon nicht Nachricht bekommen, solches apprehendiren und Ursach nehmen werden, sich auch absonderlich zusammenzuthun, mit einander enger zu verbinden und sich von den Katholischen zu trennen und zu theilen, da doch hiegegen in allewege nöthig, auch dem Friedenschluß und Reichskonstitutionen ähnlich sein will, ermeldte Protestirende, so sie wollen, mit beizubehalten und mit gesamter Hand und Macht sich bei dem erworbenen deutschen Frieden zu schützen und handzuhaben; zu solchem End denn auch allbereits die Nachricht erlangt, daß einige protestirende vornehme fürstliche Häuser, absonderlich aber Braunschweig und Hessen, einfolgendlich auch die mit denselben verbundenen Fürsten- und Bisthümer Bremen, Paderborn und Verden mit herbeitreten möchten." Er stellt schließlich eine Zusammenkunft der Interessenten in ganz allgemeinen zu nichts verbindenden Worten in Aussicht. Im Grunde genommen also eine Ablehnung. Denn, wenn dem Kaiser, der doch eben im Osten keinen gefährlicheren Feind zu fürchten hatte, als die das ihm benachbarte polnische Reich so hart bedrängende protestantische Krone Schweden, die Mitbeitretung zu einer Allianz mit der Aussicht gleichsam zugebilligt wird, mit derselben Krone (als Besitzerin der Stifter Bremen und Verden; man beachte auch die Trennung beider Namen in dem Schreiben!) zugleich eingenommen zu werden, so kann wohl kaum ein größerer Affront gedacht werden. Einer Aufmunterung kam es wenigstens nicht gleich. Wahrlich, wie tief mußte das Ansehen eines Kaisers gesunken sein, welchem sein Erzkanzler derartiges zu bieten wagen konnte!

Einen fast rührenden Eindruck macht unter diesen Umständen ein weiteres Schreiben des Kaisers[1] an den Mainzer, worin er denselben über sein Mißverstehen des kur-bayrischen Schreibens aufklärt und freundgnädiglich ersucht, seine Räthe in Frankfurt anzuweisen, mit dem gleichfalls dahin instruirten kaiserlichen Kommissar Volmar alle vertrauliche Kommunikation pflegen zu wollen.

Jene Deklaration vom 15. März aber beantwortete der Kaiser acht Tage später[2] dahin: Wie aus seinem Schreiben vom 21. schon hervorgehe, lasse er auf Ersuchen des Kurfürsten von Bayern sich belieben,

---

[1] Vom 21. März, wo also dieser famose Bescheid des Kurfürsten noch kaum in seiner Hand sein konnte. — Kopie in Münster.

[2] Am 28. März. — Kopie in Münster.

von der geplanten Vereinigung mit den Deputirten der Verbündeten „sigillatim etwas handeln und einen Anwurf thun zu lassen.“ Volmar sei angewiesen, über den modus tractandi mit den dortigen bayrischen und mainzischen Gesandten sich zu benehmen und im voraus zu vergleichen, ehe das Werk noch an die Gesandten der anderen Signatarmächte der Allianz gebracht würde.

Nichts weiter als ein diplomatischer Gegenzug. Statt mit der einem Kaiser wohl gebührenden Würde den Kurfürsten von der mit sichtlicher Unverzagtheit angekündigten Anbahnung mit der Schwedenmacht abzumahnen, vermeidet er diesen heiklen Punkt durchaus und schlägt statt dessen geheime Konferenzen mit seinem Bevollmächtigten und Bayern vor, unter ausdrücklicher Betonung des Ausschlusses der bisherigen Allianzgenossen, den Pfalzgrafen, der den Anstoß gegeben, selbst nicht ausgenommen, natürlich nur zu dem Zwecke, Mißtrauen und Argwohn bei diesen zu erwecken und so den ihm unbequemen rheinischen Bund zu sprengen, den halb mit Abfall drohenden Kurerzkanzler, wenn auch wider Willen, an sich zu ketten wie den Kurfürsten von Bayern. Ein feiner Plan, den jedoch der in den Irrgängen der Diplomatie so wohl bewanderte Kirchenfürst und sein Boineburg wohl durchschauten. Volmar selbst war dann auch nicht der Mann, um das Spiel zugunsten seines kaiserlichen Herrn zu lenken. Mit möglichstem Ungeschick deckte er gleich von vornherein seine Karten auf. Er hatte dem Dr. Oechsle kur-bayrischem Deputirten zu Frankfurt, anknüpfend an die gleichzeitig bei der Reichsdeputation verhandelte Frage wegen des puncti securitatis publicae, der Reichsvertheidigung im Allgemeinen, zu verstehen gegeben, man würde von gemeiner Beruhigung und Sicherheit hier in Frankfurt nichts fruchtbares verhandeln können, sondern er erachte es für diensam und nöthig, daß die katholischen Kurfürsten und andre vermögendste Fürsten nach dem kaiserlichen Hof unvermerkt abordneten und dort über eine beständige Verfassung traktiren ließen. Er hatte dabei das Unglück, daß Oechsle mit gleichem Ungeschick dies sofort dem kur-kölnischen Deputirten Aldenhoven überbrachte, der das Spiel durchschaute. Es entging demselben keineswegs, daß dieser Vorschlag dahin ziele, daß hierdurch die Partikularverfassung der rheinischen Ligisten in's Stocken gerathen und die kaiserlichen das Kommando erlangen möchten.[1] Zu letzterem trug man nun seitens der Alliirten keineswegs Neigung. Selbst dem Trierer, der noch am meisten die kaiserliche Partei vertreten hat, wie aus späteren Ereignissen hervorgeht, wohnte wohl wenig Lust inne

---

[1] Relation des Dr. Aldenhoven an den Kurfürsten von Köln vom 23. März 1656. — Düsseldorfer Archiv.

nach einer Leitung des Bundes durch das Haus Oesterreich. Und in dieser Abneigung begegneten sich selbst Boineburg und Fürstenberg, damals noch als Nebenbuhler in Verstimmung sich gegenüberstehend.[1]

Seinen Verbündeten gegenüber behandelte der Kurfürst von Mainz die kaiserlichen Anträge durchaus geschäftsmäßig, indem er sie von der Sachlage in Kenntniß setzte unter abschriftlicher Mittheilung der einschlägigen Korrespondenz. Er erbat sich Gutachten, um danach Volmar und den bayrischen Geschäftsträger zu bescheiden.[2]

Welche Erklärungen hierauf von Köln und Trier erfolgten, wissen wir nicht. Christoph Bernard von Münster schien der ganzen Angelegenheit nicht abgeneigt zu sein. Man werde, so meinte er,[3] in Frankfurt Volmar und dem bayrischen Gesandten von der Union umständliche Nachricht geben und ihr Anbringen vernehmen müssen, den letzteren namentlich darüber, ob der Kurfürst unter den gleichen Bedingungen wie die andren Vertragsmächte beizutreten geneigt sei. Solchenfalls sei er dann aufzunehmen, neue Verhandlungen seien jedoch zur Abwendung von Verwirrungen zu vermeiden.

Anders der Pfalzgraf. Ihm verursachte die durch ihn selbst geschaffene Situation Pein. Zum dritten Male sandte er Leers an den kur-mainzischen Hof.

Merkwürdige Dinge waren es, welche gerade in jenen Tagen sich vorbereiteten und die Annäherung der Mainzer und des Neuburgers immer intimer gestalteten, Dinge, von denen wir nur durch aphoristische Notizen in den Akten eine Ahnung empfangen; denn das meiste wurde

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen am 2. April 1656: Wenn Caesar zu den Vereinigten treten will, wird ihm ratione directorii nichts neues, als was E. D. und Andern ex pacto foedere zukömmt, können gemacht werden. Sapienti sat. — Archiv in Düsseldorf. Desgleichen am 8. April: Herr Volmar und Fürstenberg hetzen aus einem Stück wider unsere Allianz. — Trotzdem vermag ich keinen Beleg sonst für ein Einverständniß dieser letzteren Beiden zu entdecken. Boineburg hatte Kenntniß von der Scheelsucht Fürstenbergs gegen ihn und beehrte ihn dafür seinerseits mit Mißtrauen, welches Nahrung erhielt durch das Widerstreben Kur-Kölns nicht sowohl gegen jene Zulassung Bayerns als vielmehr gegen den von Boineburg so eifrig verfolgten Plan der Beibringung der Häuser Hessen und Braunschweig, wogegen auch Kur-Trier sich ablehnend verhielt. Boineburg schreibt dem Pfalzgrafen am 9. April: „Fürstenberg sucht zu Köln allerhand Unrath. Soll ihm hoffentlich doch nit angehen." Und unmittelbar darauf in Beziehung auf das Projekt mit den protestantischen Häusern: „Wie bekommen wir doch ein sicher Mittel, cum fructu mit Trier und Köln zu konferiren, quoties communia ejusmodi implicamenta et imitamina incidunt?" — Düsseldorf.

[2] Schreiben aus Anfang April (Tagesdatum unausgefüllt) an den Bischof von Münster und den Pfalzgrafen, gleichlautend. — Münster und Düsseldorf.

[3] Schreiben vom 20. April. — Münster.

mündlich verhandelt. Nur die französischen Archive dürften geeignet sein, hierüber genügendes Licht zu verbreiten.

Am 19. März war eine gewisse hohe Person, vermuthlich der Landgraf Georg Christian von Homburg, ein Werkzeug in der Hand des Kardinals Mazarin, zu Würzburg eingetroffen, wo er mit Boineburg mehrere Stunden konferirte und sich mit ihm über gewisse Hauptpunkte eines gewissen Unternehmens zur Genüge einigte.[1]

Es hat sich allem Anschein nach hierbei um das Projekt der Uebertragung der Kaiserkrone im Erledigungsfalle auf den Kurfürsten von Bayern gehandelt; eine Idee Mazarins, über welche der Pfalzgraf längst informirt war. Wir erinnern uns dessen, was er über eine Schickung nach Frankreich hatte durch Leers anbringen lassen,[2] vermuthlich doch wohl auf ein Einverständniß mit den Franzosen hin. Mazarin ließ in jenen Tagen an allen Ecken und Enden bei den deutschen Ständen um nähere Verbindung mit ihnen werben.[3] Alles in feindseliger Tendenz gegen das ihm verhaßte Haus Oesterreich. Der Gedanke eines Anschlusses an die rheinische Allianz drängte sich ihm wohl ganz natürlicherweise auf. Hier war ein Kern zu einer Liga im Sinne Mazarins vorhanden. Ja, eine Spekulation auf die Kurstimmen der drei Geistlichen war ein zu verlockender Gedanke, um ihn nicht mit Feuereifer zu erfassen. Mit ihnen im Bunde, war man dieser Stimmen sicher. Brandenburg und Kur-Pfalz hoffte man auch zu gewinnen, Bayern sollte durch Ehrgeiz geködert werden. Dem Einflusse des Hauses Habsburg war damit in Deutschland ein Ziel gesetzt und Frankreich sein Erbe. Oesterreich machte dem Kardinal die Umtriebe zur Verwirklichung dieses Planes nur zu leicht, da es durch seine Rüstungen zugunsten der Krone Spanien alle deutschen Stände in Besorgniß und Unwillen versetzte und so den Zettelungen Mazarins einen günstigen Boden bereitete.

Denn gerade hier setzte der schlaue Italiener seinen Hebel ein. Um über diese Rüstungen, die dem mit Spanien noch immer in hart-

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen. Original in Düsseldorf. Darin auch die Bemerkung: Die summa und das fastigium aller besoignes stehet auf der projectirten liaison, so auf'n Frieden praecise fundirt sei. Dies wird der Stab und die Brücke sein, bona et efficaci methodo der Sache zu helfen und woran und über welche die perventio ad metam capitalem beschehen muß.

[2] Am 3. Januar 1656 schrieb er an den in Würzburg anwesenden Leers u. A.: Wegen Frankreich ist der Paß also eingerichtet, daß hoffentlich des Herrn Kurfürsten (von Mainz) Lbd. bei demjenigen, was dieserthalben in Eurer Instruktion begriffen (die Schickung nach Frankreich betreffend) desto weniger Bedenken haben werden.

[3] Vgl. z. B. die Verhandlungen mit dem Kurfürsten von Brandenburg. U. A. II, S. 82 u. 83.

näckigem Kampfe liegenden Frankreich natürlich höchst lästig und selbst gefährlich fielen, Klage zu erheben, sandte er hintereinander den Baron v. Vignacourt und den gewandten Diplomaten Gravel, wohl den vertrautesten Kenner der deutschen Zustände unter den damaligen französischen Staatsmännern an die Höfe der deutschen Kurfürsten.[1]

Von diesem Augenblicke an darf Johann Philipp von Mainz, vom Pfalzgrafen bereits vorher eingeweiht, als für die Pläne Frankreichs gewonnen betrachtet werden.

In alle diese Machinationen paßte nun herzlich schlecht die neue Sachlage, welche der Kurfürst von Bayern durch seine Indiskretionen dem Kaiser gegenüber geschaffen hatte. In der größten Verlegenheit befand sich dabei der Pfalzgraf. Leers, zum dritten Male nach Würzburg gesandt, mußte dort in seinem Namen folgenden längeren Erguß anbringen:[2]

Der Pfalzgraf trage zwar kein Bedenken, sich mit dem Kaiser in ein Bündniß einzulassen, ja er finde dessen Zutritt sogar für gut und nützlich. Es müsse derselbe aber mit guter Manier und zu rechter Zeit erfolgen. Wie dem Kurfürsten bekannt, habe die Krone Frankreich sich anerboten, zur Allianz zu treten, man erwarte ihre Erklärung nunmehr täglich. Wenn man nun ohne deren Vorwissen mit dem Hause Oesterreich ein Bündniß schließen würde, so müßte sie „eine große gelosia schöpfen und es vor einen rebuffo aufnehmen." Frankreich würde glauben, daß die katholischen Stände Deutschlands sich von neuem mit dem Hause Habsburg einlassen und aus demselben einen römischen König nehmen würden, was ja von ihm (Frankreich) auf jede Weise zu verhindern getrachtet werde. Wenn dies nun durch keinen andern Weg zu erlangen, so werde es sich von neuem und fester als je mit der Krone Schweden verbinden und schließlich mit deren Zuthun auch die Katholischen feindlich überfallen, während man andernfalls, wenn man

[1] Der braunschweigische Deputirte Heyland bemerkt in seinem Diarium unter dem 29. April (9. Mai) 1656: Mehl (kur-mainzischer Deputirter) brachte als neu mit, daß bei S. K. G. zu Mainz sowohl Mr. Vinangourt als auch Mr. Gravell beide im Namen des Königs von Frankreich nach einander gewesen und sich gar sehr beklagt haben, daß das Haus Oesterreich und Kaiserliche Majestät dem instrumento pacis in viele Wege zuwider thäten, sonderlich jetzt, da dem König von Spanien so viel Regimenter sollten überlassen werden. Begehrten, daß solches möchte unterbrochen werden oder der König würde auch wieder zu Thätlichkeiten schreiten und das instrumentum pacis auf die Seite setzen. Gleichmäßige Proposition lege jetzt Vinangourt zu München auch ab und werde Gravell sich nach Frankfurt begeben, um gleichmäßige Proposition an sämtliche Deputirte zu thun, ob dadurch die Ueberlassung der Regimenter könnte unterbrochen werden. — St.-A. Hannover.

[2] Instruktion vom 16. April 1656. — Konzept in Düsseldorf.

Frankreich nicht beleidige, hoffen könne, daß es sich von Schweden trennen werde. Die Krone Frankreich habe im letzten Kriege nicht Deutschland, sondern das Haus Oesterreich verfolgt. Deutschland selbst habe vor dem Ausbruch der Zwietracht zwischen diesen beiden mit Frankreich wenig oder gar keine Kriege gehabt. Unverantwortlich wäre es, wenn man nicht vor allem auf Erhaltung des Vaterlandes gedenken sollte. Hierbei sei auch die katholische Kirche auf's höchste interessirt, die sich „aller menschlichen Apparenz nach“ dann noch durch Austilgung der Ketzerei erweitern würde, „wenn nur die ratio status, welche Frankreich bisher und von Anfang derselben (der Ketzerei) zu deren Manutenenz obligirt, von der Wurzel aus aufgehebt werden könnte, daran dann Ihrer D. Dafürhaltens nicht zu zweifeln, im Fall die katholischen Kur- und Fürsten Oesterreich nit mehr als Frankreich favorisiren und selbige Kron im widrigen nit nöthigen werden, zu ihrer Konservation der sonst von Oesterreich und Spanien besorgter Invasion vorzukommen, auch den Krieg außer Frankreich in Deutschland zu erhalten, die Lutheraner und Kalvinisten sub praetextu religionis wider J. Kais. Mt. nit allein sondern auch alle Katholischen, als die bisher mit dem Haus Oesterreich eine Linie gezogen und selbigen Hauses Interesse mehr als ihr eigenes und der Religion Wohlstand betrachtet, anzufrischen, dessen bishero die katholischen Kur- und Fürsten keinen andern Genuß gehabt, als daß sie von Land und Leuten weichen und die Ketzerei je länger je mehr wachsen lassen müssen, da doch zu Gott zu hoffen, daß, wenn Frankreich mit den katholischen Kur- und Fürsten in rechtem Verstand, die Unkatholischen selbigerseits keine Protektion oder Assistenz mehr zu gewarten und also nach und nach abnehmen werden.“

Hier also auf seiten des Pfalzgrafen Hervorkehrung des starr konfessionellen Standpunktes, welchen Mainz hingegen aufzugeben ja gerade im begriffe stand, weshalb Leers gleichzeitig auch ferner noch angewiesen ward: Wenn man am mainzer Hofe sagen würde, daß man neben dem Kaiser auch die unkatholischen Stände Deutschlands aufnehmen und alsdann nach Vereinigung des Reichs allen dessen Feinden genugsam gewachsen sein möchte, so habe er einzuwenden, daß es sehr ungewiß und gleichsam unglaublich sei, daß alle Unkatholischen insgesamt oder der größte Theil derselben beitreten würde, weil sie befürchten würden, daß der Kaiser und die Katholischen das Direktorium ergreifen und sie also hintergangen und wohl gar nach Gelegenheit der Konjunkturen unterdrückt werden möchten. Durch den unaufhörlichen Paritätsstreit würden dann die Allianz und alle andern gemeinen Reichsverfassungen zu Wasser werden. Das Kriegsglück in Polen, bisher den Schweden günstig, könne leicht umschlagen, daher den Katholischen sehr gefährlich sei, sich während

der Dauer dieser Feindseligkeiten nicht nur mit Schweden, sondern auch mit dessen Bundesgenossen Brandenburg zu vertiefen. Die heimlichen Unterhandlungen dieser Beiden seien höchst bedenklich; es solle ja auch paktirt sein, daß die Krone Schweden dem Kurfürsten gegen dessen Antheil an Preußen zum Königreich Böhmen und dessen einverleibten Provinzen verhelfen wolle. Der Kurfürst, als der mächtigste an Land und Leuten, werde durch sein Beispiel und Autorität die andern unkatholischen Fürsten, welche, wie der letzte Reichstag gelehrt, ohnehin auf ihn ihr Auge richten, bald an sich ziehen. Das evangelische Haus Holstein sei neuerdings mit dem schwedischen verschwägert und werde schwerlich zur Rettung des von Frankreich und Schweden angegriffenen Deutschlands eine Hand rühren. Auf Braunschweig und Hessen-Kassel sei erst recht kein Verlaß, sie hätten im letzten Kriege „den Mantel oft umgehenket, wie es ihr meister Nutzen erfordert," „des odii implacabilis und der zu den Katholischen auch übrigen Erz- und Stiftern tragender Begierd, womit sowohl diese als andre unkatholische Kur- und Fürsten wegen ihrer sich immerzu vermehrenden Succession kontinuirlich behaftet bleiben, zu geschweigen." Von Kur-Pfalz wisse man mit Bestimmtheit, daß es dem König von Frankreich durch besondre Schickung sein Votum zu der römischen Krone habe anbieten lassen; es werde sich, zumal da des Kurfürsten bekanntes Interesse mehr Unruhe als Frieden erfordere, von Frankreich und Schweden nicht trennen und leicht mit französischer Hülfe, nachdem es auch Württemberg zur Theilnahme gezwungen haben würde, zu Feindseligkeiten gegen den Kaiser und die Katholiken bestimmen lassen. Auch die fränkischen Hohenzollern würden sich in solchen Fällen von ihrem Kurhause als dem Familienhaupte nicht absondern. Nicht weniger sei schließlich der lutherischen Reichsstädte Erbitterung gegen die Katholiken soweit bekannt, daß von ihnen Hülfe verläßlich nicht zu erwarten stehe.

Ob unter diesen Umständen zu rathen, daß man Frankreich „aus der Wiege werfen" und sich mit Oesterreich allein und zu früh verbinden solle, das könne der Pfalzgraf nicht befinden, besonders da Frankreich ohnehin sehr eifersüchtig und, wenn man die Wahrheit bekennen wolle, nicht ohne Ursache sich beklage, daß die deutschen Fürsten ruhig zusähen, wie dem Friedensschluß zuwider der Kaiser von Jahr zu Jahr so beträchtliche Truppenmassen in die Niederlande und nach Italien schicke, was die Krone Frankreich nach nunmehr geglückter Ueberwindung der inneren Unruhen nicht länger mehr sich gefallen lassen werde. Schon habe es das mächtige und unüberwindliche (Beispiel Philipp II. Armada) England an sich gezogen. In Kriegsfällen würden auch die Schweden dem Hause Oesterreich so viel zu schaffen geben, daß die

alliirten Katholischen der Assistenz desselben gerade wie in früheren Fällen sich wenig zu getrösten haben würden. Auch „sei zu besorgen, daß bei noch kontinuirendem selbigen Regiment der daher verhoffte Sukkurs mehr eine Landsruin als dessen Beschützung und Konservation mitbringen möchte, gestalt dann nit zu zweifeln, daß J. Kais. Mt. nach dem Direktorio in der Allianz greifen und, wie vor diesem geschehen, den Ständen die Unterhaltung der Völker überlassen, den Gebrauch aber derselben neben dem Kommando vor sich behalten und auf den Nothfall, wie vorher öfters geschehen, sie bloß und dem Feinde zur Beute lassen werden." Auf diese Weise nun werde Deutschland abermals das Kriegstheater abgeben, auf welchem Spanien und Frankreich um ihr Interesse kämpfen werden. Der Pfalzgraf könne nicht ermessen, warum Kaiserlicher Majestät der vorhergehende Beitritt Frankreichs zur Allianz, „da doch selbige Kron notorie pro consorte pacis Germaniae zu halten," zuwider sein solle, es wäre denn, daß sie wider ihre beschworene Kapitulation die römische Krone „wider der Kurfürsten Willen et libertatem electionis je länger je mehr zu perpetuiren und mehreres Absehen auf Spanien als das Reich führen oder selbiges wohl gar in eine neue Kriegsflamme stürzen wollen."

Es sei deshalb verträglicher, wenn man des Kaisers Beitritt auf gute Art so lange aufzuhalten suche, bis man vorher mit Frankreich die Liga zur Manutenenz des Friedens völlig geschlossen habe. „Was Kur-Bayern dermalen für timida consilia führe und spem salutis auf die gesamte Vereinigung und Armatur aller Stände des Reichs, in specie auch auf die Herbeitretung Jr. K. D. in Sachsen[1] stelle, auch an dem französischen Beitritt zweifle, sei bekannt," und müsse dabei offenbart werden, daß des Pfalzgrafen Meinung nach „selbiges Haus die römische Krone, bis zu verspürter überflüssiger Versicherung sowohl von als gegen Schweden und Frankreich, nit annehmen, und in puncto der Allianz große Reflexion auf Schweden und die von selbiger Krone empfangenen vielfältigen sincerationes führe und in Sorgen stehe, daß mit Annehmung der Allianz sie selbiges Haus irritiren, inzwischen aber die auf die Werb- und Unterhaltung der Kriegsvölker gehende Spesa verloren sein werde, dahero auch J. D. (der Pfalzgraf) in die Gedanken gerathen, daß, gleichwie man an kaiserlicher Seiten den französischen Zutritt und mit demselben die Behinderung der ihresorts verhofften Wahl eines römischen Königs abzuschneiden suchet, also gedenke, Bayern jederzeit zu gewinnen, welches aber bei gegenwärtigem Zustand und daß in Polen auf einen oder andern Weg leicht eine notable Veränderung, auch mit

---

[1] Dessen gutkaiserliche Gesinnung bekannt war.

Ir. Kais. Mt. der lang besorgte Fall sich begeben möchte,[1] man auch zu erachten, die Schweden sich mit Frankreich et vice versa in perniciem imperii, sonderlich wann dessen vornehmste Glieder auf die so hochnöthige Rettung beizeiten zu gedenken kunktiren, ferner verbinden und ihre conclusa ehelang zu des Reichs endlicher Dismembration und Untergang, auch unwiderbringlichem Abbruch der katholischen Religion (der Freiheit diesmal zu geschweigen) werkstellig machen werden."

Also entweder sei der Zutritt des Kaisers ganz zu verhindern oder erst dann zu bewerkstelligen, wenn man vorher völlig mit Frankreich abgeschlossen habe. Zu diesem Zweck müsse dem Kaiser gegenüber die Sache möglichst dilatorisch behandelt und Frankreich inzwischen zum Entschlusse gedrängt werden. Sollte aber wider Erwarten der Kurfürst von Mainz wegen Zulassung des Kaisers andrer Ansicht sein, so möge er wenigstens so lange einen Anstand gewähren, bis er und der Pfalzgraf sich persönlich darüber würden verständigt haben. Das Engagement mit Schweden und Brandenburg, unter welchem Titel es auch geschehe, sei thunlichst zu vermeiden. Gegen Aufnahme anderer unkatholischer Fürsten hingegen habe der Pfalzgraf keine besonderen Bedenken: doch werde freilich, wenn die Schweden in Polen weitere Niederlagen erlitten, daraus kein sonderlicher Nutzen zu erwarten sein, sondern denselben damit nur Gelegenheit und Vorwand zu neuen Armaturen gegeben werden. Auf diese Weise könnten die Alliirten am Ende noch mit in den polnischen Krieg hineingezogen werden.

Wie weit diese durch Leers übermittelten Vorstellungen beim Kurfürsten von Mainz[2] Gehör fanden, vermag nicht angegeben zu werden. Jedenfalls läßt sich annehmen, daß der Vorschlag, den vom Kaiser angetragenen Zutritt zur Allianz möglichst lange hinauszuschieben, Entgegenkommen gefunden haben wird. Die Furcht des Neuburgers jedoch vor den Protestanten und die Abneigung gegen die Herbeiziehung der Schweden theilte man am Mainzer Hofe mit nichten. Man betrieb, wie wir sahen und noch sehen werden, hier eine Einladung unkatholischer Stände mit regem Eifer und geberdete sich ganz unglücklich, daß Köln und Trier sich nicht so kurzerhand hierzu verstehen wollten.

Schließlich haben, wie die späteren Ereignisse lehren werden, das

---

[1] Konstruktion?

[2] Den Freiherrn v. Boineburg traf Leers zu des Pfalzgrafen geringem Gefallen in Würzburg nicht an. Derselbe war in besonderer Mission nach Frankfurt verreist. Leers erhielt daher Befehl, sich gleichfalls dorthin zu begeben, um hinter den Zweck dieser Reise zu kommen und zu erfahren, ob sie mit dem bekannten (wohl französischen) Projekt zusammenhänge oder darin etwa Veränderungen eingetreten sein möchten.

mainzische Projekt einer Verbindung mit einigen protestantischen Fürsten und das neuburgischerseits so dringend empfohlene eines Anschlusses an die Krone Frankreich den Sieg über den Plan einer Allianz mit dem Hause Habsburg und dessen getreuem Partisan Bayern davongetragen. Man scheint sich nicht einmal mehr allzuviel Mühe genommen zu haben, selbst die dem erlauchten Reichsoberhaupte schuldigen äußeren Formen in dieser Angelegenheit zu beobachten. Wenigstens erhellt aus den Akten nirgends, ob man noch fernerhin mainzischerseits oder von Allianzwegen mit dem Kaiser über dessen Beitritt Korrespondenz gepflogen hat. Die Sache wurde von Volmar in Frankfurt vertreten, so viel sich erkennen läßt in plumper Weise, da er in Sachen der sich anspinnenden Beziehungen der Alliirten zu einigen protestantischen Ständen mit der Leidenschaftlichkeit des Konvertiten dazwischenzufahren suchte. Die vom Pfalzgrafen empfohlene und von Kur-Mainz aus eigener Ueberzeugung vertretene dilatorische Behandlung der Angelegenheit hat diese schließlich in den Sumpf geführt. Mit dem kaiserlichen Projekt fiel auch naturgemäß das bayrische, letzteres freilich nach eigener Neigung des Kurfürsten Ferdinand Maria. Es steht zwar fest, daß dieser noch mehrfach seine Geneigtheit zum Beitritt kundgab, aber stets, indem er die Bedingung auch der Zulassung protestantischer Reichsstände betonte:[1] doch war dies sicherlich, wie erwähnt, nur ein Scheinvorwand, um die ihm nicht genehme Angelegenheit zu verschleppen.

Auf jene Antwort, die von München aus am 12. Februar in Neuburg auf die Gesamteinladung der Alliirten eintraf, hat Kurfürst Johann Philipp von Mainz geantwortet, doch ist es nicht ersichtlich, unter welchem Datum. Unter der Hand hat er auch vorgeschlagen, behufs näherer Verabredungen den Freiherrn v. Boineburg nach München entsenden zu dürfen. Man hat es abgelehnt, vermuthlich in sehr vorsichtiger Form, um nicht Argwohn zu erwecken: denn noch Ende Mai glaubte Boineburg selbst noch des Beitrittes Bayerns sicher zu sein.[2] Bayern wollte lieber durch Oechsle in der Ferne seine Politik machen, als dem gefährlichen Boineburg auch nur den leisesten Einfluß an seinem

[1] Aldenhoven am 25. Juni 1656 an den Kurfürsten von Köln: Es sei zweifellos, daß die alliirten katholischen Fürsten einhellig dahin zielten, daß auch augsburgische Konfessionsverwandte in die Friedensdefensionsverfassung eingenommen werden möchten, zumal auch Kur-Bayern sich sonst nicht einlassen wolle. — Düsseldorfer Archiv. — Zur Sache vergl. noch Köcher a. a. O. S. 219 nach der Relation Heylands vom 13. Mai 1656.

[2] Boineburg an den Pfalzgrafen am 23. Mai: Kur-Bayern wird den Öxel hieher (nach Würzburg) schicken und konferiren. Ich habe nach München gesollt, aber Bayern hat lieber Einen hieher schicken wollen. Ich halte, Bayern wird kommen. — Düsseldorf.

Hofe gestatten. Hierüber wurde korrespondirt. Mainz beharrte wohl auf seinem Vorschlage der Mission Boineburgs. Bayern zögerte mit einer neuen Erklärung.[1] Anfang Juni erbat man sich mainzischerseits die Sendung eines bayrischen Bevollmächtigten.[2] Darauf hat Oechsle zwischen dem 5. und 10. Juni den auf der Reise von Würzburg nach Mainz begriffenen Mainzer Kurfürsten zweimal, zu Aschaffenburg und Schwanheim aufgesucht und mit ihm über die Sache konferirt. Die Erklärung Johann Philipp's hat dahin gelautet, daß es nöthig sei, sich bayrischerseits über die Miteinlassung in die Verfassung kategorisch zu erklären und sich zu entschließen, welche Anzahl Völker der Kurfürst zu derselben übernehme und wie hoch er die ihm von den Alliirten zu leistende Hülfe anschlage, ob man ferner das damals zur Berathung stehende Einladungsschreiben an Braunschweig und Hessen mit ausfertigen und welche anderen Reichsstände sonst noch man in den Bund mit eingenommen haben wolle und was man schließlich bei den bereits verglichenen Abschieden zu erinnern habe.[3] Am 12. Juni ging Oechsle nach München, um hierüber Vortrag zu halten.

Dann taucht im Juli noch einmal wieder Volmar auf. Als der Kurfürst von Mainz nach Würzburg zurückkehrte, suchte ihn Volmar zu Langen, zwischen Frankfurt und Darmstadt, auf, um direkt von der Einnehmung der Schweden in die Allianz abzumahnen. Der Kaiser, so äußerte er, halte das Bündniß zwischen den katholischen Fürsten und den Protestanten zwar für nöthig und nützlich, eine Verbindung mit den Schweden aber werde zur Verwickelung in dessen auswärtige Händel führen. Er muß dabei auch von den Ansichten des Kurfürsten von Bayern hierüber Mittheilung gemacht haben, worauf Johann Philipp geäußert haben soll: Man könne dessen Gedanken wegen dieser Verfassung noch nicht wissen und, dafern man kur-bayrischerseits sich separatim zu halten und ein absonderliches Interesse zu führen gemeint wäre, so müsse es auch dahin gestellt bleiben.[4]

Dies war eine Abfertigung in bester Form, für Oesterreich nicht minder wie für Bayern, Volmar wird nicht verabsäumt haben, Oechsle

---

[1] Boineburg in einem andern Schreiben vom 23. Mai an den Pfalzgrafen: Mit meiner Hinaufreise wird sich's wohl nunmehr, weil Kur-Bayern uns noch nichts geantwortet hat, ziemlich verweilen, wo nit gar verlieren. Möchte sonst wohl wünschen, daß Ew. D. ich bald zu Neuburg unterthänigst aufwarten könnte; sed incertae sunt spes meae utpote misere afflicti. — Düsseldorf.

[2] Boineburg an den Pfalzgrafen am 5. Juni: An Bayern gehet's hiebei. Gott gebe, daß es wohl helfe! — Düsseldorf.

[3] Relation Aldenhovens an den Kürfürsten von Köln vom 11. Juni aus Frankfurt nach höchst geheimer Mittheilung Oechsle's. — Düsseldorf.

[4] Relation Aldenhovens vom 9. Juli. — Düsseldorf.

oder dem Kurfürsten selbst von dieser Gesinnung des Mainzers und somit der Alliirten selbst, dessen Direktor dieser war, Kenntniß zu geben. Wenn dann im September noch Oechsle dem braunschweigischen Deputirten Heyland gegenüber sich den Anschein gab, als bestünden noch Unterhandlungen wegen des Beitrittes seines Herrn, so klopfte er wohl nur auf den Busch, um durch Jenen über die Angelegenheit auf dem Laufenden zu bleiben.[1] Thatsächlich waren diese Beziehungen wohl seit jener Unterredung Volmars mit Johann Philipp zu Ende gelangt. Nicht die geringste Spur einer Annäherung zwischen beiden Theilen läßt sich von nun an mehr feststellen.

12.

Das niederländische Projekt.

Als der Bischof Christoph Bernard von Münster auf jener Bundeskonferenz zu Köln im Anfange des Jahres 1656 den Vorschlag unterbreiten ließ, einen engeren Anschluß an die General-Staaten der vereinigten Niederlande zu suchen, leiteten ihn eigene Motive. Einmal, wenn er nach außen blickte, so schien ihm die schwedische Nachbarschaft noch immer, trotzdem Karl Gustav damals schon sich ostwärts gegen Polen gewendet, mit Gefahren der schlimmsten Art zu drohen: denn der Ehrgeiz dieses kriegerischen Königs, so glaubte man allgemein befürchten zu müssen, würde sich in Zukunft mit Niederwerfung der Polenmacht wohl nicht begnügen, und damit schien auch der politische Fortbestand eines Bisthums Münster in Frage gestellt.[2]

---

[1] Aus dem Diarium Heylands, unterm 17. (27.) September 1656: Nachmittags ist der kur-bayrische Gesandte zu mir gekommen und hat bei mir nachgefragt, ob das bewußte Invitationsschreiben (der Alliirten an die Häuser Braunschweig und Hessen-Kassel. J.) nunmehr eingekommen. Seinem Herrn verlange gar sehr nach der Erklärung der braunschweigischen und hessischen Fürsten; sobald selbe eingekommen, würde S. K. D. sich ebenfalls ihrer Accession halber erklären, welches sie nur bis dahin differirt, damit es den Evangelischen keine ombrage geben dürfte, gleichsam die Katholischen eine ligue unter sich zur Unterdrückung der Evangelischen machen wollten, da doch die wahrhafte Intention sei, das gesamte Reich juxta tenorem instrumenti pacis in statu praesenti zu konserviren. Bat deshalb, sobald ich Nachricht haben würde, was für Resolution erfolgt, wollte ich ihm Part davon geben. — Hannover.

[2] Vergl. eine Aeußerung des brandenburgischen dirigirenden Ministers Grafen Waldeck zu dem Franzosen de Lumbres: qu'il a reconnu que le roi de Suède a

Auf der anderen Seite gab dem Bischof das schiefe Verhältniß zu der Stadt Münster und einem großen Theile seiner Landstände genügenden Anlaß, sich nach einem Rückhalt beizeiten umzuthun. Diese Beziehungen waren immer unerquicklicher geworden und nicht sowohl der Bischof als auch die Bürger der Stadt Münster sahen sich nach Bundesgenossen um. Beiderseits wandten sich die Blicke auf die nicht fernen Niederlande, zuerst naturgemäß wohl die der Bürgerschaft, die wir später auf's lebhafteste mit den General-Staaten wegen Unterstützung gegen Christoph Bernard verhandeln sehen. Wohl möglich, daß schon 1655 die ersten Fäden herüber und hinüber gesponnen wurden und der Bischof auf irgend welchem Wege hiervon Kundschaft erlangt haben mag. Es tritt in des letzteren Charakter mancher Zug zutage, der den Gedanken nahe legen kann, daß er zu dem Entschlusse griff, hier seinen Feinden zuvorzukommen und durch eine Annäherung an die ihm sonst wohl kaum sympathischen Holländer die Zettelungen Jener zuschanden zu machen. Und wie willkommen mußte ihm ferner eine solche Verbindung im Hinblicke auf die drohende Schwedengefahr sein.

Er setzte mit diesem Projekte zu einem sehr glücklich gewählten Zeitpunkte ein, da die Holländer ihre Handelsinteressen an der Ostsee gerade durch die damaligen Operationen der Schweden gefährdet und, wenn auch durch eigne Schuld, des natürlichen Schutzes gegen die Gefahr sich beraubt sahen, da sie den mit ihnen verbündeten Kurfürsten von Brandenburg in seiner bedrängten Lage kleinherzig im Stich gelassen und damit gezwungen hatten, nach langem Schwanken durch den königsberger Vertrag vom 17. Januar 1656 sich mit Schweden zur gemeinsamen Sache gegen Polen zu verbinden. Nicht minder bedenklich war für die Niederlande der Bund, welchen Frankreich soeben mit dem Protektor von England geschlossen. Eine fatale Lage politischer Vereinsamung für die Staaten, welche den Versuch einer Anknüpfung mit ihnen auch kleineren und selbst katholischen Ständen nicht ohne Aussicht auf Erfolg erscheinen zu lassen geeignet sein mochte. Ein feiner Anschlag des Bischofs, der übrigens schon im Jahre 1655 einen derartigen Plan vorbereitete,[1] ja

dessein de s'élargir de ce côté-la (Rhein und Westphalen) sous prétexte de quelques prétentions qu' il a sur l'éveché de Munster et sur le comté d'Oldenbourg à cause de Brême, les quelles il fera d'autant plus valoir après la mort du comte que celui-ci n'a point d'enfants.

[1] Der Kurfürst von Mainz an den von Köln am 28. Februar 1656: Zwar sind wir auch berichtet, was allbereit auch bei voriger Konferenz von dem münsterischen Abgeordneten wegen einer Defensiv-Verbündniß mit den Staaten von Holland gedacht worden. Nun erinnern wir uns gutermaßen, welchergestalt, als derselbe in seiner Durchreis zu Mainz uns vor'm Jahr besprochen und zugleich zu verstehn ge-

wohl gar schon Schritte zu dessen Ausführung gethan hatte.[1] Als er dann die Angelegenheit vor seine Verbündeten brachte, wollte er re non integra denselben von vornherein die Hände binden. Es geschah dies etwa Anfang Februar 1656, wo der Vertreter des Bischofs auf der Konferenz in Köln den Vorschlag, die General-Staaten einzuladen, zur Umfrage stellte. Die Neuburgischen Deputirten berichteten darüber ihrem Herrn am 10. Februar. Sie wurden von demselben — vermuthlich war er längst in dieses Projekt eingeweiht — hierauf beschieden, daß er den Beitritt der Staaten sich nicht zuwider sein lasse, wenn nur, wie die Kölnischen bei der Sitzung wohl erinnert hätten, die Irrungen Jener mit den Spaniern ganz herausgehalten, besonders aber die etwa der katholischen Religion aus diesem Hinzutritt zuwachsenden Präjudizien verhütet würden. Des Reiches Interesse sei möglichst zu wahren und alle Gelegenheit abzuschneiden, welche darein sich zu mischen die Staaten veranlassen könnte. Es sei auch nur ein Defensivbund anzutragen; nur keine aggressiven Tendenzen, keine Einmischung in die maritimen Interessen der Holländer. Durch das Projekt dürfe den Alliirten kein Nachtheil oder Gefahr erwachsen. Doch hätten sich die Vertreter den Ansichten der Majoriät zu fügen und nicht steif an diese Bedingungen zu klammern. Bei aller Behutsamkeit sei das Werk um so viel mehr zu befördern, weil vermuthlich die Schweden und Brandenburger mit den Holländern auch ihrerseits sich zu verbinden trachten würden. Friedrich Wilhelm werbe neue Regimenter, deren er zur Zeit wider Schweden nicht vonnöthen habe.[2]

Dem Kurfürsten von Mainz gegenüber drückt derselbe Pfalzgraf seine Ansicht dahin aus,[3] man dürfe sich auf den vorgeschlagenen Beitritt der Staaten nicht allzuviel verlassen, da diese bisher den Katholischen große Ungelegenheit verursacht hätten und leicht von Schweden oder Brandenburg, denen sie der Religion halber mehr zugethan, wieder würden gewonnen, ja wohl gar zur Invasion der Alliirten gebracht werden können. Man solle lieber beizeiten mit Frankreich anbinden,

---

geben, daß des Herrn Bischofen zu Münster Ld. derentwegen bei ermeldeten Staaten von Holland durch den Obristen Willich sondiren lassen wollten, wir uns gegen ihn wiederum dahin vernehmen lassen, daß dieselbe vielleicht hieran, indem sie hierdurch einen Rücken zu haben verhoffen, nit übel thun möchten. — Düsseldorf.

[1] Das erste Wort, welches uns mit bezug auf dieses Projekt in den Akten begegnet (in der erwähnten Instruktion des Leers vom 12. Februar 1656. — Düsseldorf) erwähnt, „daß der Bischof mit den Holländern, daß dieselben auch zu der alliance mit treten möchten, bereit angebunden."

[2] Erlaß des Pfalzgrafen vom 17. Februar 1656. — Düsseldorf.

[3] Anweisung für Leers vom 20. Februar. — Düsseldorf.

oder doch wenigstens bei Annahme der holländischen Allianz, um Frankreichs und Spaniens Mißfallen zu vermeiden, verklausuliren, daß man sich in die zwischen diesen beiden Kronen und den Staaten vielleicht entstehenden Differenzen nicht mischen wolle. Immerhin möge man dann die Staaten zum Beitritt ersuchen. Es müsse aber einhelliger Allianzbeschluß dazu vorliegen.

Was die übrigen Alliirten anbetrifft, so scheint auch von Anfang an der Kurfürst von Köln nicht gerade ablehnend gegen das Projekt Münsters sich verhalten zu haben. Kurfürst Johann Philipp von Mainz hat späterhin geradezu ihm die Autorschaft zugeschoben,[1] wenigstens war Maximilian Heinrich mehrfach in diplomatischen Beziehungen zu den Staaten begriffen gewesen und schon Anfang 1654 schwebten Gerüchte über beiderseitige Verhandlungen wegen einer Allianz. Weniger Neigung als der Kölner verspürte jedoch Karl Kaspar von Trier, wie er überhaupt stets mit großer Behutsamkeit, man möchte beinahe sagen Zurückhaltung, alle Fragen, welche die Defensionsliga betrafen, zu behandeln liebte.[2] Und der Kurfürst von Mainz war, wie wir sahen, auf jener Kölner Konferenz nicht vertreten, erklärte jedoch dem Kurfürsten von Köln auf Befragen, daß er in dieser Sache indifferent sei, aber von dem, was die übrigen Alliirten für gut befinden würden, sich abzusondern nicht gedenke.[3]

Als Ergebniß jener Kölner Konferenzen stellt sich Anfang April die Anwesenheit von Vertretern des Kurfürsten von Köln und des Bischofs von Münster im Haag dar.[4] Sie hetzten dort, wenn auch indirekt gegen

[1] Es wäre „ein gar abgesondertes Partikularsuchen Kur-Kölns, welcher vor diesem seiner Lande und sonderlich des Stifts Lüttich wegen mit den Holländern in einer sonderbaren Neutralität begriffen gewesen, deren Renovation an Kur-Kölns Seiten jetzo gesucht worden sei.“ Bericht Heyland's des braunschweigischen Deputirten zu Frankfurt nach Mittheilungen des bayrischen Deputirten Oechsle vom 3. (13.) Juni 1656. Hannover, auch mitgetheilt von Köcher S. 222, Anm. 5.

[2] Die münsterischen Gesandten berichten am 14. Januar 1657 aus Koblenz, der Mainzer Herzelles habe ihnen offenbart, „daß Kur-Trier noch hier zu der holländischen Allianz so gar schlechten Appetit gehabt und gleichsam bei den Haaren herbeigezogen worden.“ — Münster.

[3] Schreiben vom 23. Februar. — Düsseldorf. Wie zweizüngig die Mainzer Politik war, erhellt aus der Erklärung Mehls gegen den Braunschweiger Heyland, „daß seines Herrn Intention dieses (die Einnahme der General-Staaten) gar zuwider liefe.“ Bericht Heylands vom 20. (30.) Mai 1656. — Hannover. Vergl. Köcher S. 222, Anm. 5.

[4] Daniel Weiman an den Kurfürsten von Brandenburg aus dem Haag am 4. April 1656: Die kur-kölnischen und münsterischen Leute laufen allhie sehr herum und wie uns dünkt, geben sie dem Gerücht (von einer Allianz Brandenburgs mit Frankreich zum Zweck eines Anfalls auf Jülich) viel Kraft und suchen nicht anders

den Kurfürsten von Brandenburg, auf diese Weise ihrem Plane Vorschub leistend.

Die zu Köln noch anwesenden Vertreter der vier alten Genossen des kölnischen Vertrages von 1654 erließen an diese Kommissare im Haag am 11. April die Weisung, daß sie in Anbetracht der voraussichtlich für beide Theile ersprießlichen Folgen einer Defensionsverbindung mit den Staaten, bei einem oder dem anderen aus deren Mitte vertraulich sich erkundigen sollten, welche Stimmung dort für ein derartiges Projekt obwalte.[1] Die kur-kölnischen Gesandten (Wilich war wieder zurück in Münster)[2] berichteten, daß sie dieser Weisung nachgekommen. Sie befänden „deren zu hiesiger Generalität Deputirten Gemüther mehrentheils, sonderlich aber deren am Reich nächst angrenzenden Provinzien zu solcher näheren Konföderation sonderlich inklinirt, dergestalt auch, daß man itzo mit denselben wohl gut zu solchem heilsamen weitaussehenden Zweck dienliche und ersprießliche conditiones würde treffen können." Ihres Ermessens müßte jedoch um so mehr damit geeilt werden, weil dortzulande augenblicklich große Besorgniß vor den schwedisch-polnischen Wirren bestehe und zu der angetragenen Verbindung Neigung vorhanden sei „zu ihrer selbsteigener mehrer Versicherung und damit die commercia, da dieselbe deren Eingesessenen an einem Ort besperret oder sonst beschwerlich gemacht würden, an dieser Seiten in esse gehalten und von denselben gleichwohl getrieben werden könnten und also mit der Zeit nit gänzlich in Abgang gerathen möchten." Doch werde es auch an Solchen nicht ermangeln, die das Werk zu hindern suchen möchten. Aber, wie man vernehme, wären gerade die Staaten der Provinz Holland, welche ein großes Gewicht hätten, für den Plan eingenommen. Man müsse aber eilen. Zwar wisse man noch nicht, in welchen Formen sich die Staaten einen solchen Bund denken möchten, doch sei bekannt, daß derselbe nach ihrer Ansicht ohne Präjudiz der beiderseitigen Religion und politischen Standes zur Vertheidigung und Verwahrung der allseitigen Lande und Unterthanen und zu sicherer Fortsetzung der Navigation und besserer Fortpflanzung der Kommerzien zu Wasser und zu Lande angesehn sein solle.

Auf diesen Bericht fragte Maximilian Heinrich in Münster an, ob er seine Deputation, wenn sie im Haag seine besonderen die Allianz

als auf allen Fall diesen Estat von E. K. D. abzuziehen. U. A. VII. 47. Speziell genannt wird wie oben Wilich in einem Schreiben des Kurfürsten von Köln vom 6. Mai 1656.

[1] Bericht der kur-kölnischen Gesandten an ihren Herrn aus dem Haag vom 21. April 1656. — Kopie in Münster.

[2] Schreiben des Bischofs an den Kurfürsten von Köln am 11. Mai. — Münster.

nicht berührenden Angelegenheiten geordnet, zurückberufen oder neben den andern Gesandten, die man seitens der Alliirten nun wohl dahin senden werde, dort belassen solle.[1] Christoph Bernard fand, daß es dienlicher sein werde, wenn man erst den Erfolg der vom mainzer Kurfürsten nach Frankfurt berufenen Bundeskonferenz abwarte, weil dort von der Einladung der beiden protestantischen Häuser Braunschweig und Hessen die Rede sein werde und wohl zu ermessen sei, daß die General-Staaten hieraus der Alliirten Intention zu gemeiner Ruhe genugsam abnehmen und desto williger zur Mitbeitretung sich bezeigen würden, wenn auf den konfessionellen Unterschied keine Rücksicht genommen werde. Immerhin möge also der Kurfürst seine Emissare aus dem Haag abberufen, sie jedoch dort versichern lassen, daß man in kurzer Frist die Sache wieder aufnehmen werde, auch ausstreuen, daß man jene Häuser in den Bund aufzunehmen sich anschicke.[2] Dem Kurfürsten von Mainz gegenüber befürwortete Christoph Bernard noch besonders sein niederländisches Projekt. Unterrichtet von dessen Plane, mit Hessen und Braunschweig zugleich auch Schweden in die Allianz zu ziehen, jene gefürchtete Macht, vor der er Hülfe im Haag suchte, schrieb er: Mit mächtigen, in auswärtige Kriege verwickelten Kronen anzubinden, sei sehr bedenklich, hingegen dienlich, mit den Holländern in Allianz zu treten, welche jetzt mit Niemandem in feindlicher Postur stünden und von gefährlichen Bündnissen allem Ansehen nach frei wären.[3]

Daran war nun freilich im Augenblick dem Mainzer nicht allzuviel gelegen. Anfangs in der ganzen Frage indifferent, schien er jetzt, da sich das Gerücht von den Anfragen der Ligisten im Haag bald allerorten, selbst in Wien[4] verbreitete, mehr gegen das Projekt eingenommen zu sein. Denn es stellte nicht sowohl die ganze Allianz in ein schiefes Licht bei den katholischen Mächten und Ständen, zumal bei dem Kaiser, den man doch immerhin offen zu verletzen Anstand nehmen mußte, als es auch geeignet sein konnte, die protestantischen Häuser, um die man warb, vom Beitritt zurückzuhalten, weil dadurch von vornherein eine Komplikation mit Schweden nicht ausgeschlossen schien. Daher Johann Philipp und seine Diplomaten sich so bemüht zeigten, jeden leisen Schein einer Betheiligung an dem Projekt in Abrede zu stellen.[5]

---

[1] Schreiben an den Bischof vom 6. Mai 1656. — Münster.

[2] Schreiben vom 11. Mai. — Münster.

[3] Schreiben an den Mainzer vom 12. Mai. — Konzept in Münster.

[4] Der hessen-kasseler außerordentliche Gesandte v. Krosigk aus Wien an Badenhausen in Frankfurt am 31. Mai (10. Juni) 1656: Das kann man (am kaiserlichen Hofe) sonderlich nicht verdauen, daß man Schweden und die Staaten sucht mit in solche Verfassung zu nehmen. — Marburg.

[5] S. oben die Aeußerung Mehls gegen Heyland.

Hingegen geberdete man sich kur-kölnischerseits, als wäre die Verbindung mit den Niederlanden bereits eine Thatsache. Wenigstens bemerkte der Dr. Aldenhoven in Frankfurt auf die Frage, warum der Kurfürst sein Herr zögere, für die Zuziehung der Schweden zu stimmen, daß dieser zunächst auf den Schutz seiner Lande bedacht sein müsse. Nun aber stehe vor Augen, wie die Krone Schweden gegenwärtig mit Holland broullirt sei. Jeden Tag könne es zum Bruch kommen. Würden dann die Holländer eine Diversion gegen Bremen machen und S. K. G. zur Defension (d. h. von den eventuell mitalliirten Schweden) requirirt werden, so würde er diese nicht leisten können, „da er mit Holland an vielen Orten hierunter melirt sei.“ Er würde dadurch seine Lande in die größte Gefahr bringen.[1]

Ein Umschlag in dieser Stimmung erfolgte wohl in kausalem Zusammenhange mit der Nachricht von dem Waffenglück der vereinigten Schweden und Brandenburger in der dreitägigen Schlacht bei Warschau (28.—30. Juli 1656) gegen die Polen, eine Kunde, unter deren Einfluß dem kölner Kurfürsten die Lust zu Demonstrationen gegen diese siegreichen Mächte vergehen mochte. Als daher Anfang September zu Köln eine neue Bundesversammlung zusammentrat, verriethen anfangs die kur-kölnischen Deputirten keinerlei Neigung zur Fortsetzung jener Verhandlungen mit den General-Staaten[2] angeblich auf ein durch die Kunde von den elbinger Traktaten veranlaßtes Gerücht vom Abschlusse einer Allianz zwischen Holland und Schweden.[3] Doch bald war von diesem Widerstreben nichts mehr bemerkbar. Auch Christoph Bernard, obwohl der Vater der Idee, trat nicht ohne gewisse Zurückhaltung dort in Köln auf. Seine Vertreter[4] wies er an, hierin sehr vorsichtig zu Werke zu gehen und nur beizustimmen, wenn die Andern stark darauf treiben würden, dann aber energisch die Absendung von Deputirten der Allianz nach dem Haag befördern zu helfen. Alsdann müßten aber solche, wie er meinte, dahin wirken, daß die Staaten den Alliirten gegenüber wo nicht zu mehr, so doch zu einer gleichen Anzahl Hülfstruppen sich verbindlich zu machen erklären sollten. Vor allen Dingen seien bei einem

[1] Bericht Heyland's vom 26. Juli (5. August) 1656. — Hannover.

[2] Berichte des münsterischen Gesandten Matthias Korff gen. Schmising vom 1. und 4. September 1656. — Münster.

[3] Autor dieses Gerüchts war der nach dem Haag deputirt gewesene kur-kölnische Rath Dr. Wallendorf (ein andermal Walenburg genannt). Selbst der Bischof von Münster wurde daraufhin einen Moment stutzig, bis Wilich und sein Agent Hessing ihn eines anderen aus dem Haag belehrten. — Münster.

[4] Matthias Korff-Schmising und Zur Mühlen, auf deren Berichte wir allein bei Schilderung dieser Verhältnisse angewiesen sind.

solchen Bundeswerke Staats-, Religions- und Seesachen auszuschließen, hierauf könne man sich keineswegs einlassen.

So griff man denn zu Köln auf dem Bundestage das im Frühjahr angeregte Projekt mit großer Behutsamkeit an, eben unter dem Einflusse jenes falschen Gerüchtes von einer schwedisch-holländischen Allianz. Aber bald schon tritt unter den Deputirten eine Wandelung in dieser Stimmung ein. Am 8. September erklären sie sämtlich, daß ihre Herren sie zur Fortsetzung der Verhandlungen über die Frage angewiesen hätten. Der Vertreter von Mainz gab sogar die vertrauliche Erklärung bei Korff-Schmising ab, daß er von Anfang an instruirt gewesen sei, aber Bedenken getragen habe, sich offen herauszulassen, weil Köln und Neuburg wegen des ganzen Projektes Schwierigkeiten erhoben hätten. Sein Herr sei mit dem Bischof durchaus derselben Ansicht. Zugleich wurde laut, daß der kur-kölnische Rath Wallendorf auf Nachrichten aus dem Haag hin den Herrn v. Weschpfennig, neuburgischen Kommissar, versichert habe, daß die Staaten von Holland zur Fortsetzung der begonnenen Allianzverhandlungen gar wohl disponirt seien. Ja der Bischof von Münster überbot diese Nachricht noch durch die weitere, daß die General-Staaten nicht ungeneigt sein sollten, mit den sämtlichen Alliirten der Kreise Nieder-Sachsen und Westphalen sich in nähere Korrespondenz und Verfassung einzulassen. Aber hieran knüpfte er zugleich das Raisonnement, es würden zweifellos die General-Staaten den Nieder-Sächsischen wegen der Religionsverwandtschaft vor ihnen, den katholischen Ligisten, den Vorzug einräumen und so Lust verlieren, der Einladung Folge zu leisten. Also nur kein Zaudern, keine Saumseligkeit, ehe durch Andere, die mehr auf ihre Hut bedacht seien, der Zutritt gesperrt werde.[1]

Dem Mainzer verlieh diese Nachricht erst rechten Eifer. Er hielt die Sache aus vielen Ursachen für nützlich und nöthig. Schon am 19. September war man allerseits dahin einig geworden, daß der Bischof von Münster und der Pfalzgraf von Neuburg zur Eröffnung von Vorverhandlungen mit den Staaten über Ort und Zeit der Haupttraktaten ihre Räthe nach dem Haag abordnen sollten. Der Receß aber vom 24. September 1656 bestimmte in Paragraph 5, „daß Kur-Köln, Münster und Neuburg im Namen sämtlicher Alliirten zu ersuchen, damit dieselben oder zwei von ihnen Jemand der Ihrigen mit gewisser allhier aufgesetzter Instruktion nach dem Haag deputiren wollen, um von ihnen den Staaten ratione loci et temporis zur Zusammenkunft beständige Erklärung einzuholen und das Hauptwerk präpariren zu

[1] Der Bischof an Korff-Schmising und Zur Mühlen am 10. September. — Münster.

lassen." Die Instruktion lag schon am 22. September fertig vor und wurde dem Bischof von Münster von seinen Räthen zur Kenntnißnahme eingesandt.[1]

Wiederum war es der Oberst Wilich, der von dem Bischof ausersehen wurde, die Mission im Haag zu übernehmen. Er sollte sich dort zunächst als Privatmann aufhalten. Der neuburgische Deputirte würde ihm später folgen. Hiermit waren die Alliirten einverstanden. Man wollte alles Aufsehen vermeiden.

Jene zu Köln aufgesetzte Instruktion hatte nicht geradezu den Beifall des Bischofs, dem es mißlich däuchte, darin der zwischen den Holländern und Spanien obwaltenden Streitfragen und deren Ausschließung aus den Zielen der zu gründenden Allianz zu gedenken, da die General-Staaten ihrerseits hieraus vielleicht Anlaß nehmen könnten, „auch die Schweden und Andere, von welchen diesseits einige Gefährlichkeiten zu befahren, gleichfalls zu excipiren und also der vorhabende Zweck der Allianz illudirt und schädliche gealogie geweckt werden dürfte." Auch sei es, so fügte er hinzu, rathsam, ganz im allgemeinen alle See-, Staats-, Regierungs- und Religionssachen auszusetzen.[2]

Ende October sehen wir nicht allein Wilich, sondern auch den jülichschen Marschall Freiherrn v. Viermund zur Neersen, welcher den Pfalzgrafen seinen Herrn und in Prokura den Kurfürsten von Köln vertrat, im Haag anwesend.[3] Sie konnten jedoch nichts ersprießliches verhandeln, so lange ihnen weder Kreditive noch Instruktion[4] zugegangen waren. Der Pfalzgraf hielt bei Kur-Mainz um die Ausfertigung beider so nothwendigen Schriftstücke an, Johann Philipp glaubte jedoch dieselbe bis zum Zusammentritt einer neuen Bundeskonferenz verschieben zu müssen, weshalb Philipp Wilhelm unter Grundlegung des kölner Entwurfes nach dem Abänderungsvorschlage Münsters eine interimistische Instruktion verfassen ließ, die er dann den mitdeputirten Fürsten Köln und Münster zur Annahme zustellte.[5] Sie wird dann in den letzten Tagen des November in die Hände der im Haag anwesenden Kommissare gelangt sein.[6] Diese Instruktion weist sie kurz und bündig an,

---

[1] Bei den Akten konnte ich sie nicht finden.

[2] Der Bischof an den Kurfürsten von Mainz am 10. October 1656. — Münster.

[3] Der Pfalzgraf an den Bischof von Münster am 3. November.

[4] Die nach dem Wunsche des Bischofs Christoph Bernard abgeänderte Fassung der Instruktion, dat. vom 19. November 1656 in Abschrift im St.-A. zu Münster, größtentheils von Moder zerstört. Die Redaktion erfolgte in der Kanzlei des Pfalzgrafen.

[5] Schreiben vom 21. November. — Münster.

[6] Undatirtes Schreiben des Bischofs von Münster aus diesen Tagen an den Pfalzgrafen, als Antwort auf dessen Brief vom 21. November. — Münster.

von den General-Staaten zu vernehmen, wie die Verhandlungen auf bequeme Zeit und an welchem Ort dieselben förderlich fortgesetzt werden möchten, und daneben die Hoffnung auszusprechen, es werde solche Allianz zu beiderseitigem Nutzen und Vortheil ausschlagen, zumal dieselbe zu keines Menschen Offension, sondern allein zu Schutz und Rettung und zu Fortpflanzung guten nachbarlichen Einverständnisses anzusehen sei.

Bei aller Heimlichkeit, welche man seitens der Alliirten zu beobachten sich vorgenommen, war der Zweck der Anwesenheit jener Kommissare im Haag dennoch nur zu bald offenbar. Namentlich war es der gewandte Geschäftsträger des Kurfürsten von Brandenburg, welcher die Mission durchschaute. Daniel Weiman, einer der geschicktesten diplomatischen Agenten des Kurfürsten, berichtete demselben bereits unter dem 14. November: „Neuburg und Münster haben den v. d. Neerse wiederum hie, ungezweifelt in einer Zeit, da sie vermeinet, dieser Staat würde E. K. D. nunmehr ganz absagen, weil der gemeine Mann eine gute Weile ziemlich gemurret, und haben sich daher die Gedanken gemacht, man würde nunmehr ohne Zurücksehen mit ihnen anspannen. Es möchte aber noch wohl viel daran fehlen, indem diese Leute endlich nichts erhalten und erkennen möchten, daß sie ihre Maße so übel genommen, als sie den Staat nicht gekannt.“ Ein vornehmer Mann hatte ihm gesagt, solcher Leute Allianz wäre dem Staate nur ein Ballast.[1]

Aeußerungen vom höchsten Interesse für uns, weil sie der im Haag maßgebenden Kreise Stimmung wiederspiegeln, wie sie sich von vornherein dem Anbringen der Ligisten entgegenstellte. Die ganze Berechnung war von vorn an falsch angelegt. Schon hatte sich in den Gemüthern der Holländer im Zusammenhange mit der Entwickelung der Dinge im Osten ein Umschwung zugunsten des Kurfürsten von Brandenburg vollzogen;[2] und damit war zugleich alle Aussicht auf eine Verbindung mit dem geschworenen Feinde desselben, dem Neuburger und seinem Anhange gering geworden.

Und schon konnte, wer Augen hatte zu sehen, erkennen, was das Ende sein werde. Die Verbündeten gewannen bald genug selbst Kenntniß von der Wiederannäherung der Staaten und des Kurfürsten. Durch seine Verbindung mit den Hessen erfuhr Boineburg, daß den Branden-

---

[1] Weiman's Journal im Geh. St.-A. zu Berlin unter'm 14. November 1656.

[2] S. Droysen III, 2, Anm. 412: So fanget man auch in Holland an, das Werk anders zu begreifen und S. Kf. D. auf eine andere Weise zu konsideriren. S. ebenda S. 245.

burgern in Cleve die Assistenz der Holländer sicher sei, falls Condé einen Anfall auf sie wagen würde.[1]

Ende November waren nichtsdestoweniger Wilich und Viermund so weit gelangt, daß ihnen Gelegenheit in Aussicht gestellt wurde, ihre Proposition bei den General-Staaten anzubringen,[2] was denn auch wirklich am 5. December geschah.[3] Die beiden Gesandten hatten ihr von den drei deputirten Fürsten ausgestelltes Kreditiv eingereicht und wurden an dem genannten Tage mit einer vierspännigen Karosse nach der Generalität abgeholt, wo sie ihren Vortrag hielten: Als die Alliirten durch die vormalige kur-kölnische Gesandtschaft im Haag Nachricht erhalten von der Geneigtheit der General-Staaten zu einer näheren Defensiveinigung mit ihnen, wären sie, die Gesandten, von denselben hergesandt worden, um anzufragen, ob es beliebe, Zeit und Ort zu bestimmen, damit beiderseitige Bevollmächtigte das Werk zurhand nehmen und beschließen könnten. Man zweifele um so weniger an einer gewierigen Erklärung, als die Verfassung zu keines Menschen Offension, sondern nur zum gemeinen Besten und Schutze der allseitigen Lande und Unterthanen angesehen sei.

Nicht sofort erfolgte die Gegenerklärung, zu welcher man sich Zeit nahm.[4] Ziemlich unbeachtet brachten die Gesandten ihre Tage hin.

---

[1] Prinz Moritz Statthalter in Cleve hatte es dem Landgrafen Wilhelm geschrieben. Boineburg theilt es dem Pfalzgrafen am 27. November 1656 mit. — Düsseldorf. B. räth dabei: E. D. und die andern Kur- und Fürsten thun unterdessen sehr wohl, daß die Hollandesi an der Hand behalten werden, man wird sich auch hier nie separiren. — Zur Sache vergl. U. A. III. S. 101. Der staat. Gesandte Boreel in Paris wußte von ganz besonderen Anschlägen des Pfalzgrafen und des Prinzen Condé zu melden. Im Haag ließ man Weiman Warnungen zugehen: s. Weiman's Journal November 17, 1656. Droysen III, 2, S. 243.

[2] Wilich berichtet dies in einem Schreiben aus den letzten Novembertagen. — Münster.

[3] Nach Weiman's Journal und ab Alpen III. S. 300 ff. Bei Weiman die Proposition in holländischer Sprache. Sie wurde auch schriftlich eingereicht. Weimann stellt von vornherein dem ganzen Unternehmen der Ligisten ein ungünstiges Prognostikum. Er schreibt am 8. December: Man hat sie angehört, dürften aber endlich wenig ausrichten; am 12. December: Was die Kur-Kölnischen, Neuburgischen und Münsterischen dieserorts geproponirt zeigt der Beischluß. Es wird aber gar wenig Reflexion darauf genommen. Am gleichen Tage an den Prinzen Moritz: Die kölnischen Ligisten kommen allhie in wenig Konsideration und mögen E. F. G. deswegen wohl unbekümmert sein; und desgl. in seinen Nouvelles: Den Gesandten ist bis daher auf ihre Proposition keine Antwort widerfahren und wird die Zeit ausweisen, daß ihnen dabei gar übel gerathen. — Berlin.

[4] Weiman am 15. December an Schwerin: Die kölnischen Liguisten fangen an unwillig zu werden, weil man gar zu wenig nach ihnen umsieht. An Denselben am

Nahezu zwei Wochen verstrichen, ehe ihnen eine Resolution zutheil wurde. Gegen den 19. December[1] erfolgte dieselbe und lautete dahin:

Man erwarte seitens der Staaten, daß ihnen von den Ingredienzien der Allianz im Haag Eröffnungen gemacht würden. Dann erst könne man zu Verhandlungen schreiten, die Sache müsse erst an die einzelnen Provinzen gehen und, wenn man die gehört, werde man beschließen, was man für beide Theile ersprießlich erachte.

Also dilatorische Behandlung der Angelegenheit. Man trug eben im Haag wenig Verlangen nach solchen Allianzen, ein rundes Nein wollte man nicht aussprechen, um sich nicht Feindschaft der Antragsteller auf den Hals zu ziehen; man suchte demnach Zeit zu gewinnen und schob alles auf die lange Bank. Die Blicke der Holländer waren zur Stunde nach einer ganz anderen Richtung gewendet. An Maas und Niederrhein war wenig zu verlieren oder zu gewinnen, desgleichen in der westphälischen Tiefebene. Fern im Osten aber und zur See war die Frage der großmächtlichen Existenz zur Entscheidung gestellt. Freilich war andererseits diejenige Partei, welche augenblicklich in den vereinigten Niederlanden die herrschende genannt werden konnte, für das Programm absoluter Ruhe und nur auf materielle Vortheile bedacht. Und weder die bekannten Gesinnungen des Bischofs von Münster noch die des Pfalzgrafen schienen für die Erhaltung der Ruhe Gewähr zu leisten. Was aber die materiellen Vortheile anbelangt, welche eine Verbindung mit den Ligisten bringen konnte, so waren dieselben keineswegs höher anzuschlagen, als diejenigen, deren man bei Beobachtung einer gegenseitigen wohlwollenden Neutralität ohnehin sicher war. Das Hinterland bedurfte friedlicher Beziehungen zu den Herren in Amsterdam weit eher, als diese zu jenem. Es war auf die holländischen Waaren und das gute Geld der reichen Kaufherren durchaus angewiesen und schon deshalb brauchten die Staaten nicht zu befürchten, daß die Ligisten die angetragene Allianz als Prüfstein für die Fortdauer eines friedlichen Verhältnisses darbieten und eine Ablehnung zum Kriegsfall nehmen würden.

Der konfessionelle Gesichtspunkt kam, so viel sich erkennen läßt, bei

29. December: Die kölnischen Liguisten richten noch wenig aus und werden wir damit wohl fertig. In den Nouvelles vom 2. Februar 1657: Die kölnischen Ligisten richten hier noch wenig oder nichts aus. — Berlin.

[1] Bischof von Münster an seinen Deputirten Wiedenbruck in Frankfurt am 28. December 1656. — Münster. Ab Alpen a. a. O.: XIV kal. januarii: Expectari foederis conditiones, si quidem paratas habeant; ac tunc commissarios a se designatum iri, qui cum Legatis isthic Hagae tractent. Audito exin Provinciarum sensu staturos, quae utrique parti conducere videbuntur.

den Staaten ebensowenig in Betracht wie bei den katholischen Ligisten, welche sich, als sie die Einladung ergehen ließen, über alle bisherige Rücksicht auf denselben hinwegsetzten. Vielleicht, daß doch hin und wieder eine Stimme laut wurde, welche darauf hinwies, daß man durch eine Verbindung mit den sonst als Heißsporne auf religiösem Gebiet bekannten katholischen Fürsten von Münster und Neuburg am Ende das gute Einvernehmen mit dem konfessionell ebenso einseitigen puritanischen Protektor Cromwell in England verletzen könnte.[1]

Noch vor Jahresschluß traten die Vertreter der, in bezug auf das niederländische Allianzprojekt in arger Selbsttäuschung befangenen, Alliirten zu jener Konferenz in Koblenz zusammen, hauptsächlich mit der Absicht, über dieses Projekt in's Reine zu gelangen. Denn Wilich hatte aus dem Haag berichtet, ein vertrauter Freund habe dort gerathen, daß die Alliirten aus der Sache bald ein Ganzes machen sollten, da sonst zu besorgen stehe, daß die französischen, schwedischen und andere widerwärtigen Minister solches auf alle Weise zu verhindern und die General-Staaten an sich zu halten suchen würden.[2] Dort in Koblenz wurde eine neue Instruktion für die zu den Hauptverhandlungen mit den Staaten neu zu ernennenden Kommissare vereinbart. Etwa am 4. Januar 1657 ging dieselbe zur Begutachtung an die Prinzipale.[3] Die münste-

---

[1] In Kassel wenigstens dachte man an die Möglichkeit derartiger Erwägungen. Kanzler Vultejus an den hessischen Deputirten Badenhausen in Frankfurt am 10. (20.) Februar 1657: Sollten die Staaten mit einsteigen, welches doch wohl wegen Cromwell nicht wohl zu glauben, dürfte es Schwierigkeiten a parte Suecorum geben. — Marburg. Hingegen glaubte der Bischof von Münster, daß die „General-Staaten zu solcher Union sich jetzt um so eher einlassen möchten, weil der Protektor Cromwell wieder mit ungereimten Anmuthungen hervorkommt." — Postskript an Wiedenbruck vom 29. December 1656. — Münster.

[2] Bischof von Münster an Wiedenbruck am 28. December 1656. — Münster.

[3] Schmising und Zur Mühlen an den Bischof am 14. Januar 1657. — Münster. Das Schriftstück liegt unter der Bezeichnung Memorial loco instructionis in einem langathmigen („gar so weitläufig und spezifirt") Entwurf von 18 Punkten in den Akten des St.-A. Münster vor. Bemerkenswerth ist die wohl gegen den brandenburgischen Anfall auf den Neuburger vom Jahre 1651 gerichtete Anspielung, „daß man wirklich verspürt habe, daß wider einige Stände allerhand Vergewaltigungen dem Friedenschluß zuwider vorgenommen worden." Ferner folgende Bestimmungen: Keiner soll den Feinden des Andern Beistand leisten noch Werbungen gestatten, auch keine Bündnisse zum Nachtheil des Andern eingehen. Innerliche Empörungen zu dämpfen. Die Alliirten wollen 3000 Mann z. F. und 1000 Reiter, eventuell 500 Mann mehr nach Wahl der Waffengattung stellen, erwarten aber von den Holländern ein Drittel mehr als Gegenleistung. Innere Organisition des Bundesheeres etwa nach Maßgabe des kölnischen Recesses von 1654. Die Religion habe mit diesem rein politischen Werke nichts zu thun. Normaljahr 1624. Kaiser und Reich von den Zwecken des Bundes auszuschließen. Nur wirklicher Besitzstand soll entscheidend sein,

rischen Gesandten hatten keinen Antheil an dem Machwerk, da sie sich verweilt hatten und erst später erschienen. Da sie eine Reihe Monita von ihrem Herrn mitbrachten, wurde am 15. Januar nochmals über eine Instruktion berathen[1] und eine Grundlage für dieselbe gewonnen. Die neue Fassung wird wesentlich kürzer und einfacher gewesen sein.[2]

Was die nunmehrige Stellung der einzelnen Mächte zu dem ganzen Projekte, wie sich dieselbe bei diesen Verhandlungen überhaupt offenbarte, anbetrifft, so hatte Trier zu weiteren Verhandlungen mit den Staaten wenig Lust an den Tag gelegt, Köln einigen Aufenthalt zu verursachen gesucht. Hingegen hatte Mainz einen Feuereifer zur Schau getragen. Man müsse, so hatte sein Vertreter erklärt, ganz nothwendig mit diesen Verhandlungen einen Anfang machen und sie noch diesen Winter zu Ende führen. „Wenn Mainz mit Neuburg und Münster erst einig, werden die Andern bald folgen; wenn sie im Wasser, werden sie auch schwimmen müssen, und Niemand wird bei den Holländern den Namen haben wollen, daß es an ihm wegen der Allianz mangele." Als sich dann am 15. Januar erst die Münsterischen vernehmen ließen, war besonders ihre Erklärung beachtenswerth, daß man den Staaten die völlige Bundesmannschaft anbieten müsse; wenn man sich ihnen geringer schätze, würde man sich „außer Aestimation stellen." Man dürfe aus ebendemselben Grunde auch nicht mehr an Mannschaft von ihnen begehren, da man sich mit ihnen par pari halte. Vor allen Dingen komme es darauf an, die Reputation zu wahren, und dürfe man ja nicht

---

daher die Lande über Maas, worüber die Holländer mit den Spaniern noch in Zwist, nicht mit in Betracht kommen und die Alliirten wegen dieser sich zu nichts verbindlich machen wollen. Auch Seesachen auszuschließen und nur, wenn feindliche Völker von der See an's Land gesetzt werden, soll Hülfe geleistet werden.

[1] Protokoll in Münster. Resolution: Nur ganz allgemein von Vergewaltigungen zu reden, um nach keiner Seite hin Anstoß zu erregen. Nicht die Bezeichnung Allianz oder Bündniß zu gebrauchen, sondern nur etwa mutuelle Defension, nachbarliche Zusammensetzung oder dergl., um im Reich und bei den Unkatholischen kein Aergerniß zu erwecken. Von innerlichen Empörungen ganz zu schweigen, damit die Staaten hierdurch nicht veranlaßt würden, sich in Staats- und Regierungssachen der Verbündeten zu mischen. 5000 Mann z. F. und 1200 z. R. anzubieten und von den Staaten ein gleiches zu verlangen. Den westphälischen Frieden und das Normaljahr 1624 gar nicht zu erwähnen (der Vertreter Neuburgs, von dem dieser Artikel herstammte, entschloß sich erst nach langem Zaudern zu dieser Streichung). Nur ganz generell auszudrücken, daß man mit allen Religionssachen nichts zu schaffen haben wolle. Der Lande über Maas nicht zu gedenken. Und schließlich alle Seesachen ohne Einschränkung auszunehmen und darüber erst Erklärungen seitens der Staaten abzuwarten.

[2] Eine Redaktion von fünf Punkten in den münsterischen Akten. Sie wird dem Original am nächsten kommen, welches freilich nicht vorliegt.

merken lassen, daß man nicht einmal imstande sei, die nöthigen festen Plätze zu besetzen. Wenn der Bischof allein mit Jenen verhandeln sollte, würde er ihnen wenigstens 2000 Mann anbieten.

Am 16. Januar gelangte man zu dem einhelligen Beschluß, seitens sämtlicher fünf Alliirten eine feierliche Gesandtschaft nach dem Haag abzuordnen, welche spätestens am 4. Februar dort eintreffen sollte, damit man mit den Verhandlungen einen Anfang machen könne.[1] Wilich und Viermund, die Vertreter Münsters, Neuburgs und Kölns, hielten sich noch im Haag auf. Aber noch Ende Februar hatten weder von Mainz noch von Trier Abgeordnete sich zu ihnen gesellt. Christoph Bernard, welcher das allergrößte Interesse an der Verwirklichung des Projektes nahm (denn schon rüstete die Stadt Münster an einer Gesandtschaft zu den General-Staaten, welche den Schutz derselben gegen den Bischof und gleichermaßen wie dieser um eine Allianz nachsuchen sollte), drängte die Mainzer zu schleunigerem Verfahren.[2] Wirklich erhielt darauf Philipp Otto v. Herzelles vom Kurfürsten Kommission nach dem Haag.[3] Derselbe ging am 7. März in Begleitung eines Herrn v. Greifenklau rheinabwärts zu Schiffe nach Holland ab.[4] Auch der Kurfürst von Trier hatte ihm sein Votum übertragen.[5]

Darauf konnten denn nun von dieser Dreimännerkommission der Alliirten den General-Staaten nähere Vorschläge unterbreitet werden.

---

[1] Extrakt aus dem Protokoll vom 16. Januar 1657 in Münster.

[2] Briefe von ihm an Johann Philipp und Boineburg vom 23. Februar. — Münster.

[3] Boineburg an den Pfalzgrafen am 28. Februar. Auch Philipp Wilhelm trieb zur Eile am 7. März. — Düsseldorf.

[4] Bisping meldet es am 14. März dem Bischof Christoph Bernard aus Frankfurt. — Münster. Greifenklau galt vor der Ankunft als Hauptbevollmächtigter des Mainzers. Vegilin, ein Kabinetssekretair des Grafen Wilhelm Friedrich von Nassau-Diez zu Groeningen, schreibt an den Statthalter der deutschen Lande desselben Oberst von Hohenfeld am 26. Februar (18. März): Sucht Herr von Greifenklau eine Allianz, so wird ihm die Zeit wohl lang fallen, bis solche zur Perfektion kommt, insonderheit wenn er keine gute Adresse hat. Die Sache muß aus der Generalität an alle Provinzen kommen, da sie dann auf den ordinari Landtagen erst examinirt wird und soviel Köpf und Bedenken darüber kommen, die die Sache oft mehr zurück als vor sich treiben. Ist dann eine Provinz, so keine Lust zur Sache, so ist alle Müh und Arbeit umsonst. — Wiesbaden.

[5] Ab Alpen III. S. 313 erwähnt noch als Vertreter des Kurfürsten von Köln den Domherrn Adrian Walenburg und den rheinberger Kommandanten Bockhorst, wohl irrthümlich; es wird eine Verwechselung mit der früheren Gesandtschaftsmission sein. Die Genannten haben auch nicht die gleich zu erwähnende Proposition unterschrieben und verlautet überhaupt nichts von ihrer Thätigkeit in den mir vorliegenden Akten.

Am 23. März legte dieselbe in feierlicher Form vor der Generalität die Proposition ab, diesmal in lateinischer Sprache.[1]

Ein Meisterstück politischer Phraseologie. Unter einem Schwall angenehmer Versicherungen werden zunächst die beiderseitigen gemeinsamen Interessen hervorgehoben, ja der nationale Zusammenhang betont[2]; beides erfordere eine Vereinigung zu Friedenszwecken. Es herrsche zwar seit dem Frieden von Münster und Osnabrück zur Stunde noch verhältnißmäßige Ruhe, aber groß sei der Wechsel in den menschlichen Dingen und die Unbeständigkeit. An Friedensstörern fehle es ja nicht, und die von diesen drohenden Gefahren könnten einen Theil so gut wie den andern einmal in Mitleidenschaft ziehen. Hiergegen könne nur ein beiderseitiges engeres Bündniß sicher stellen, Niemandem zu Schaden oder Nachtheil, nur zu beiderseitiger Ruhe und Beschirmung.

Nicht sofort beantwortete die Generalität diesen Vortrag, man ließ sich zuvor noch nähere Erklärungen darüber geben, wie man sich seitens der Alliirten ein solches Bündniß gestaltet denke. Dies geschah am 9. April.[3]

---

[1] Abschriftlich in Düsseldorf und Berlin. Abdruck bei ab Alpen a. a. O. (nicht bloße Analyse, wie Köcher S. 223 Anm. 1 meint, wohl wegen der Worte haec fere perorarunt).

[2] non tantum vicini sed etiam gens una sumus, una utrique origo est, idem ingenium, eadem sectamur pacis et bonorum, quae pacem sequuntur, studia.

[3] Das Aktenstück darüber befindet sich abschriftlich im Geh. St.-A. zu Berlin unter der Bezeichnung Voorslagk gedaen bij de affgesante (van) de geconfoedereerde ceur-ende fursten van de belieffde alliance deffensive. 1. Gemeinsame Abwehr etwaiger Gefahren. 2. Zu keines Menschen Offension, viel weniger Unruhe zu erregen, nur Manutenenz gegen unbillige Gewalt, und zwar bezüglich aller Lande und Provinzen, die man gegenwärtig in festem, ruhigem Besitz habe, in Konformität mit den Friedensverträgen v. J. 1648. 3. Auf Erfordern ist die Hülfe thatsächlich zu leisten, Gewalt mit Gewalt abzutreiben. 4. Anzahl der beiderseits zu stellenden Hülfstruppen noch näher zu bestimmen. 5. Deren Verstärkung für den Nothfall bleibt vorbehalten. 6. Entsteht der Krieg in den Niederlanden, so sollen die Auxiliarvölker der Ligisten mit ihren Offizieren unter dem Befehl der Hochmögenden und des Generals derselben stehen. Die Gerichtsbarkeit soll jedoch derjenige Offizier handhaben, welcher das bezügliche Kontingent befehligt. Und umgekehrt, falls die Staaten ihre Hülfe in der Alliirten Lande senden. Jedoch soll der das Hülfskorps kommandirende Offizier stets die zweite Stelle gleich hinter dem General der Territorialarmee einnehmen. Das Hülfskorps soll weder getrennt oder getheilt noch in Garnison gelegt werden ohne Einwilligung seines Kommandirenden. Um Eifersucht und Verstimmung zu verhüten, soll bei Märschen und Auswahl der Quartiere Alternirung der beiderseitigen Truppentheile statthaben. 7. Sold und Unterhalt der Völker gewährt deren Herr bis zum Einmarsch in's Gebiet des Angegriffenen. Kommissare sollen Geldvorrath mit in's Feld nehmen. 8. Das grobe Geschütz, den Artilleriepark mit der Munition, Offizierwagen und Bagage muß der Herr des Landes stellen, in welchem agirt wird. Jedes Kontingent soll aber für sich drei Regimentsstücklein auf

Von der Generalität ging die Angelegenheit alsdann an die einzelnen Provinzen.[1] Damit war denn zunächst das Signal zu längerem Abwarten für die Gesandten der Alliirten gegeben. Denn mit den Provinziallandtagen pflegte es gemeiniglich sehr langsam einherzugehen; etliche Provinzen hielten überhaupt nur einmal im Jahre ihren Landtag. Holland verhielt sich kaltsinnig, Seeland und Friesland waren dem ganzen Werke durchaus abgeneigt,[2] denn man vermuthete, daß es dem Kurfürsten von Brandenburg widerwärtig sei.[3]

Man war nicht gerade abgeneigt, mit den Ligisten in gutem nachbarlichen Verhältniß zu leben, hatte aber keine Lust, sich in ihre Querelen zu mischen. Ein anderes Gesicht würde die Sache gewinnen, wenn man etwa mit Frankreich in Streitigkeiten käme.[4]

Aber auch an den Rath von Staaten wurde die Sache aus der Generalität gebracht (Resolution vom 16. Juni), welcher dann am 21. Juni sein Gutachten dahin abgab, daß er sehr gern von der Hochmögenden Absicht Kenntniß genommen habe, mit Mainz, Trier, Köln, Münster und Neuburg in eine Defensivallianz zu treten, und auch seinerseits der Ansicht sei, daß ein solches Bündniß, wenn es nur auf recht-

---

je 600 Mann mitbringen. 9. Zeitdauer der Vereinigung soll noch vereinbart werden. 10. Die Alliirten wollen mit der Seepolitik der Holländer nichts zu schaffen haben; wenn aber fremde Kriegsvölker in einer der sieben Provinzen der Niederlande gelandet und auf diese Weise den Staat zu Lande angreifen würden, alsdann solle der Sukkurs in Kraft treten.

Schließlich reserviren die Alliirten den dem Kaiser und Reich schuldigen Respekt und Gehorsam.

[1] Vegilin an Hohenfeld am 17. (27.) März: Von den Mainzischen, Pfalz-Neuburgischen und andern übrigen ist an die Provinzen Rapport gethan, welches noch viel Zeit und Weile kosten wird, ehe das Kind zur Welt kommt. Am 26. März (5. April): Die Herren Abgesandten von Kur-Mainz, Trier und Köln haben eine Konferenz gehabt; es ist eine langweilige Sache, mit uns zu traktiren: viel Wasser wird noch den Rhein herablaufen, bis alles zum Effekt kommt. — Wiesbaden.

[2] Weiman an den Kurfürsten von Brandenburg am 27. März. — Berlin. Vegilin an Hohenfeld am 17. (27.) April aus Lewarden: Unsere Friesen halten ja gar nichts davon. — Wiesbaden.

[3] Ab Alpen a. a. O. III § 28. Bemerkenswerth ist dagegen, wie der große Kurfürst, so oft auch Weiman in seinen Berichten der kölnischen Ligisten Erwähnung thut, in seinen Erlassen an diesen niemals auch nur mit einem Worte davon Notiz nimmt; er sah wohl den Erfolg dieser Verhandlungen im Haag voraus.

[4] Vegilin, der stets sehr gut unterrichtet war, an Hohenfeld am 17. (27.) April. Nach dieser Schilderung der Stimmung fährt er fort: Ich möchte wohl wissen, wer den Herrn Kurfürsten zu hiesiger Allianz gerathen; der gute Mann muß den Handel nicht verstehn. Es wird auf ein la mi auslaufen, oder es müßten schon Veränderungen vorfallen. Pfalz-Neuburg sucht Kur-Brandenburg einen krummen Sprung zu machen; wir werden einander bald besser in die Karte sehen. — Wiesbaden.

mäßigen und sicheren Bedingungen beruhe, nicht allein zur Reputation, sondern mehr noch zu Vortheil, Schutz und Sicherheit des Staats gereichen könne. Doch sei der von den Gesandten der Alliirten eingereichte „Vorschlag" zu modifiziren.[1] Vor allen Dingen aber müsse man überhaupt authentische Abschrift des Bundesinstrumentes zu sehen bekommen, um beurtheilen zu können, ob in demselben etwa eine Bestimmung enthalten sei, welche der reformirten Lehre und deren freien Ausübung präjudizire. Auch werde man von vornherein Stellung nehmen müssen zu etwa vorhandenen oder noch auftauchenden Plänen der Alliirten wegen Herbeiziehung oder Ausschlusses weiterer in der kölnischen Allianz bisher noch nicht begriffenen Stände.

Auf dieses Gutachten des Raths von Staaten und die darin enthaltenen Modifikationsvorschläge wurde sodann der unter dem 9. April von der ligistischen Gesandtschaft eingereichte „Vorschlag" abgeändert[2] und den Provinzen eingereicht,[3] welche nunmehr dem Werke in dieser Form ihre Zustimmung nicht versagten. Am 4. August verhandelte wiederum die Generalität über dieses Ergebniß bei den Provinzen und

---

[1] Bevor man wirklich die Hülfe leiste, wären doch wohl erst Vermittelungsverhandlungen zu versuchen oder es müßte, wie zuweilen üblich, speziell in den holländisch-dänischen und holländisch-brandenburgischen Bundesinstrumenten ausgedrückt sei, ein Termin für Eröffnung der Feindseligkeiten bestimmt werden, binnen welchem Gelegenheit zu Sühneversuchen gegeben sei; 4000 Fußsoldaten und 1000 Reiter seien als gegenseitige Leistung zu stipuliren, kein Geldersatz dafür zuzulassen. Bei den einzelnen Kontingenten müsse Geldvorrath auf drei Monate gehalten werden. Jeder der Alliirten dürfe in der andern Lande Land- und Seevolk werben, solches aber müsse den beiderseitigen Feinden verboten werden. Ferner sei festzustellen, ob die Allianz die darin genannten Fürsten nur persönlich oder auch deren Nachfolger mit verbinden solle. Seesachen seien nicht so absolut bis auf den Landungsfall auszuschließen, die Interessen des Staates seien nur zu sehr an die maritimen Beziehungen geknüpft, um hierin nicht alle möglichen Sicherheiten stipuliren zu müssen. Auch bei Blokaden müßte der Assistenzfall eintreten und der Bundesnotel eine darauf bezügliche Bestimmung eingerückt werden. Verträge zum Nachtheil dieser Verbindung dürften nicht geschlossen werden. Auch soll ausdrücklich verstattet bleiben, gegebenen Falles den Protektor von England auf grund von § 15 des mit diesem getroffenen Vergleichs, wie auch andre verbündete (also auch den Brandenburger) und neutrale Fürsten mit in den Bund aufzunehmen. — Das Schriftstück d. d. Haag den 21. Juni 1657 im Geh. St.-A. Berlin (aus den haagischen relationibus vom 7. August 1657), desgl. im St.-A. Marburg.

[2] geelucideert, geamplieert ende gealtereert.

[3] An Holland und Westfriesland speziell am 31. Juli. Extract uyt de secreete resolutien van de heeren staaten van Holland ende Westvriesland en Haer Gr. Mo. vergaderinge genomen mit der Elucidatien, ampliatien op den voorslach gedaen by Affgesanten, vom 31. Juli 1657. — Koblenz und Berlin.

die Angelegenheit ging zu näherer Prüfung an eine Kommission.[1] Hier ist dann die Elucidatie durchgearbeitet und mit neuen Zusätzen versehen worden.[2] Auf die Kunde hiervon begaben sich Viermund und Wilich, in der Meinung, die Sache lasse sich wohl an, vom Haag weg, um ihren Herren Bericht abzustatten.[3] Währenddem ging der veränderte Entwurf zum zweiten Male von der Generalität an die Provinzen. Holland übergab am 6. August sekrete Bedenken, Seeland, Friesland und Groeningen hielten mit ihren Gutachten zurück.[4]

Auf diesem Wege ist dann die ganze Angelegenheit schließlich in's Stocken gerathen. Es traten zugleich politische Verhandlungen und Ereignisse dazwischen, welche ganz von selbst beiden Theilen rathsam erscheinen ließen, das von vornherein unnatürliche Projekt einer gegenseitigen engeren Verbindung aufzugeben.

Zunächst erhoben sich recht zur Unzeit zwischen den vereinigten Niederlanden und dem Pfalzgrafen von Neuburg Differenzen wegen der in Nordbrabant an den Ufern der Maas hingelagerten Herrschaft Ravenstein.

Als Territorialherr über dieselbe schaltete der Pfalzgraf als Rechtsnachfolger der alten clevischen Herzöge, nachdem ihm das Ländchen in dem brandenburgisch-neuburgischen Provisionalvergleich vom Jahre 1614 zugefallen war. Seit der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts waren die Besitzer der Herrschaft Lehensmannen der Herzöge von Brabant wegen derselben gewesen. Und über diese Lehenshoheit war es zwischen

---

[1] Extract uyt het register der resolutien van de Ho. Mo. heeren Staten General der vereenichde Nederlanden. — Koblenz.

[2] Das Schriftstück abschriftlich in Koblenz. Man einigte sich hier zu dem Vorschlage, ein gegenseitiges Hülfskontingent von 3000 Mann z. F. und 1500 z. Pf. zu stipuliren, ohne ein Geldäquivalent zu gestatten. Dreimonatlicher Geldvorrath zur Besoldung ꝛc. der Truppen. Auf sechs Jahre soll die Allianz bemessen sein, ein Jahr vor Ablauf muß über die Fortdauer verhandelt werden. Wenn die Niederlande zur See angegriffen werden, sollen die Verbündeten ein Geldsubsidium gewähren, welches dem Werthe der stipulirten Mannschaft gleichkommt, wobei es einerlei sein soll, ob die Feinde eine Landung unternehmen oder zur See operiren. Auch will man begehren, daß mindestens in einem Geheimartikel festgestellt werde, daß die verbündeten Reichsfürsten für den Fall eines Angriffes durch Kaiser oder Reich oder in deren Namen auf die Niederlande gehalten sein sollen, die versprochene Hülfe effektiv ohne jede Einschränkung zur Verfügung zu stellen.

[3] Agent Johann Hessingh an den Kurfürsten von Trier am 10. August. — Koblenz. Herzelles ist noch Ende August im Haag anwesend.

[4] Begilin an Hohenfeld am 6. (16.) August aus dem Haag. — Wiesbaden. Er bemerkt dabei: Wenn Kur-Köln sich wollt mit uns (d. h. wohl dem Prinzen Wilhelm Friedrich von Nassau-Diez Statthalter in Friesland, es handelte sich wohl um Privathändel) fügen, so hoffte ich, daß die Friesen wiederum ihr bestes thun sollten.

den General-Staaten und den spanischen Niederlanden zum Rechtsstreit gekommen, welcher bislang noch nicht ausgetragen war. Die Hochmögenden behaupteten nämlich die Zugehörigkeit des Ländchens zu der Meierei Herzogenbusch und verfuhren während der Litispendenz höchst willkürlich in der Weise, daß sie Ende Juli 1657, also gerade zu einer Zeit, wo sich das Allianzprojekt der Ligisten anscheinend etwas besser anzulassen begann, eine Resolution faßten, wonach die Herrschaft Ravenstein in geistlichen und politischen Sachen einer Reformation unterworfen werden sollte, d. h. sie suchten nicht nur lehnsoberhoheitliche, sondern rein landesherrliche Befugnisse geltend zu machen. Hiergegen lehnte sich nicht mit Unrecht der Pfalzgraf, zumal dabei seine katholischen Gefühle einen heftigen Stoß erleiden sollten, auf. Die Ansprüche wegen Herzogenbusch erkannte er mit nichten an und dann bestritt er selbst für den Fall, daß solche obwalten könnten, den Holländern die angemaßten Jurisdiktionsrechte nach dem Grundsatze quod feudum nullam tribuat jurisdictionem. Und zu geistlichen Reformationen, so deducirte er, hätten Jene um so geringere Berechtigung, weil die Herrschaft von jeher in spiritualibus dem Bischof von Lüttich unterworfen gewesen sei.

Im August 1657 ließ Philipp Wilhelm daher durch seine und seiner Alliirten Gesandte im Haag Vorstellung unterbreiten wegen Abstandnahme von dieser ihm höchst präjudizirlichen Resolution.[1] Die Reise Viermunds nach Düsseldorf stand wohl in nahem Zusammenhange mit dieser Angelegenheit. Auch an die zu Frankfurt versammelten Allianzräthe ließ der Pfalzgraf die Sache gelangen, welche denn auch ihrerseits die Gesandten im Haag anwiesen, gegen derartige Eingriffe in die guten Rechte des Pfalzgrafen Beschwerde zu erheben.[2] Sie unterstützten diesen Schritt noch durch eine besondere Note an die Staaten selbst,[3] worin die Rechte des Pfalzgrafen einer Beleuchtung unterzogen wurden und zugleich unter Hinweis auf die so wünschenswerthe Erhaltung freundnachbarlichen Einvernehmens die Bitte ausgesprochen war, jene böse Resolution zurückzuziehen und inskünftig dergleichen Neuerungen ganz zu unterlassen. Kurze Zeit darauf beabsichtigen die alliirten Fürsten selbst, ein Abmahnungsschreiben nach dem Haag zu senden.[4] Und wurde in der That ein solches Schriftstück in der kur-mainzischen Kanzlei verfaßt (am 25. August). Der Ton, in welchem dasselbe gehalten, ist

[1] Erlaß an die Gesandten vom 7. August 1657 mit Darstellung des Rechtsverhältnisses wie oben. — Koblenz.

[2] Am 14. August. — Münster. Es ist in dem Schreiben auch die Rede von nicht näher bezeichneten Beschwerden des Kurfürsten von Trier gegen die Staaten.

[3] Gleichfalls vom 14. August. — Münster.

[4] Der Kurfürst von Trier an Herzelles am 23. August. — Koblenz.

schärfer und herber geworden. Statt höflicher Bitte die spitze Wendung, daß man solche Fragen nicht durch einseitige Resolutionen, sondern, wie in dergleichen Fällen der Vernunft und dem Herkommen gemäß, bei nachbarlicher Kommunikation durch gütliche Unterrichtung austrage.[1] Mit bemerkenswerther Eile von sämtlichen Alliirten vollzogen, ging das Schreiben aus der Hand des Bischofs von Münster am 1. September an den Agenten Hessingh im Haag zur Beförderung an seine Adresse ab.

Weiteres Eingehen auf diese Angelegenheit wird hier nicht erforderlich sein. Es genüge, zu erwähnen, daß die Holländer niemals ihre Ansprüche auf Ravenstein aufgegeben haben,[2] am allerwenigsten auf derartige Eingaben der Alliirten, deren politisches Unvermögen von ihnen gerade bei jenen Verhandlungen wegen der Allianz erkannt worden war. Die Folge war eine gründliche Verstimmung des Pfalzgrafen und seiner Alliirten.

Aber auch auf einer anderen Seite spitzte sich deren Verhältniß zu den Staaten zu weiterer Abneigung, ja fast zu offenen Feindseligkeiten zu. Und bemerkenswerth genug, gerade auf der Seite, von welcher das ganze Allianzprojekt Anregung gefunden hatte. Dies führt uns wiederum zu den schlimmen Verwickelungen des Bischofs Christoph Bernard mit seiner Stadt Münster.

Als hier die beiderseitige Spannung durch gemeinsame Schuld[3] einer Krise immer näher zuzuführen schien, versäumte der Bischof erklärlicherweise nicht, der Vortheile, welche ihm die mit so schwerer Mühe und mit vollbewußten Zwecken von ihm selbst mitgeschaffene Allianz in Aussicht stellen konnte, sich zu versichern. Anlaß zur Requisition dieser Bundeshülfe gab ihm das gleichsam wie ein Gegenzug gegen die Schickung der Alliirten nach dem Haag erscheinende sehr bedenkliche Unterfangen der Bürgerschaft zu Münster, daß sie auf den Rath der Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck Ende April 1657 auch ihrerseits eine Gesandtschaft an die General-Staaten abordneten, um diese zu bitten, sie mit zu Genossen des am 25. October 1646 mit der Hanse geschlossenen

---

[1] Abschriftlich in Münster d. d. 25. August 1657.

[2] Noch im vorigen Jahrhundert hielten sie auf grund besonderer Verträge mit der Regierung der spanischen Niederlande, wonach ihnen die Souveränität über das ganze holländische Brabant zugestanden worden war, zu Ravenstein eine Besatzung und einen Einnehmer für den Maaszoll. Auch eine reformirte Kirche, deren Prediger von Herzogenbusch hingesetzt wurde, war das Resultat jener Reformation in geistlichen Dingen, der sich der Pfalzgraf so lebhaft widersetzte. Vgl. Bruzen la Martinière, Dictionaire geogr. et critique. Deutsche Ausgabe Leipzig 1748, IX.

[3] Auf die ganze Angelegenheit tiefer einzugehen, verbietet der engere Rahmen dieser Abhandlung. Zur Sache vergl. die Werke ab Alpens und Tückings.

Bündnisses aufzunehmen. Am 9. Mai reichten die städtischen Gesandten, unterstützt von dem allezeit die Interessen der Unterthanen gegen ihre Landesherren vertretenden Leo v. Aitzema ihre Proposition bei den Staaten ab. Nun begannen Spiel und Widerspiel der binnen kurzer Zeit zweimal im Haag erscheinenden Gesandten der Stadt und des vom Bischof abgeordneten Obersten Wilich, welchen seine ligistischen Kollegen unterstützten. Letztere mußten schließlich das Spiel aufgeben. Allmählich mußte ihnen die Ahnung kommen, daß nicht die Liga der Fürsten am Rheinstrom, sondern die rebellische Stadt bei diesem Wettkampf um die Gunst der Hochmögenden den Sieg davontragen würde. Anfangs freilich schien es, als ob die Staaten einer Diversion zugunsten der Stadt nicht allzu geneigt zustimmen würden. Aber die Ereignisse drängten zur Entscheidung. Schon halfen nichts mehr die Versuche der münsterländischen Ritterschaft, durch einen Sühnevergleich die entzweiten Parteien zu vereinigen. Ohne Wirkung blieb ferner das vom Bischof ausgewirkte Schreiben der Reichsvikare, worin sie die Stadt abmahnten, bei fremden Staaten Hülfe zu suchen.

Da scheint vonseiten der Alliirten dem Bischof, welcher weder aus noch ein wußte, der Rath zu bewaffnetem Einschreiten, zu gewaltsamer Lösung des Knotens anhand gegeben worden zu sein.[1] Wenigstens waren sie, als der Bischof die Hülfe begehrte, auf den Augenblick bereit dieselbe zu leisten. Allen voran der Pfalzgraf Philipp Wilhelm.[2] Und die geistlichen Kurfürsten standen nicht zurück. Am 1. August erhielten die kur-kölnischen Völker Marschordre in's Münsterland, ohne besondere Requisition des Bischofs.[3] Korff-Schmising reiste in dessen Auftrag zu Anfang August bei den Alliirten herum, deren „Rath in

[1] Wenn anders dem Biographen des Bischofs ab Alpen Glauben beizumessen ist — und er konnte und mußte das wissen, da ihm als Domdechanten zu St. Martini in Münster Geheimen Rath General-Vikar und Siegelbewahrer des Bischofs die Ereignisse jedenfalls bekannt waren. Er berichtet überhaupt auch sonst gewissenhaft, so viel sich bei Vergleich mit den von ihm benutzten und noch vorhandenen Archivalien erkennen läßt. Uebrigens erwähnt auch der Bischof selbst in einem Schreiben vom 24. August 1657 (St-A. Hannover) an die drei regierenden Herzöge von Braunschweig, daß er sich habe entschließen müssen, die Stadt „mit Vorwissen, Rath und Assistenz der korrespondirenden Kur- und Fürsten des kur-rheinischen und westphälischen Kreises zu schuldiger Bezeugung des Gehorsams zu bringen."

[2] Er schreibt am 25. Mai 1657 an den Bischof, daß er sich nach Schluß des jülich-bergischen Landtages „in mehrere Verfassung stellen" wolle; er habe Viermund im Haag angewiesen, die Bemühungen Wilichs in der Angelegenheit gegen die Stadt Münster, für welche die General-Staaten nunmehr Partei ergreifen, bestens zu unterstützen. — Münster.

[3] Franz Egon von Fürstenberg an Matthias Korff-Schmising. — Münster.

dieser wichtigen Materie zu begehren." Er überbrachte wohl das Gesuch des Bischofs um thätigen Beistand. In Düsseldorf rieth Reuschenberg, die Requisition schleunigst ergehen zu lassen.[1] Sie war bereits unterwegs. Am 5. August hatte der Bischof dieselbe an sämtliche Bundesgenossen abgefertigt.[2] Zu Frankfurt auf der Reichsdeputation ließ Fürstenberg fallen, daß die Alliirten gegen 14000 Mann aufbringen würden, um die Stadt Münster „gegen ihren Bischof wieder in Raison zu bringen."[3] Thatsächlich aber waren es nur 5300 Mann, die als Bundesaufgebot am 19. August vor den Thoren der Stadt Münster anlangten. Davon stellten Kur-Köln und Pfalz-Neuburg je 2000 Mann, Mainz 800 und Trier 500. Sie führten 14 Feldstücke mit. Das Oberkommando lag in der Hand des neuburgischen General-Wachtmeisters v. Goltstein.[4]

Man wird an dieser Stelle keine eingehende Schilderung der Einzelheiten erwarten dürfen, aus denen sich die nun folgende Belagerung der Stadt zusammensetzte, welche unter einem heftigen Bombardement und theilweise ziemlich blutigen Ausfällen bei beiderseitiger lebhafter Erbitterung sich abspielte.[5]

Neben der offenen Gewalt versuchten die Alliirten auch mehrfach diplomatische Verwendung, aber in ihrer Art herrisch und drohenden Tones. Ein Schreiben vom 21. August, welches am 6. September seinen Weg in die Stadt fand, forderte die Bürgerschaft als Einwohner einer bischöflichen Munizipal- und Landstadt auf, in der Frage wegen Einnehmung einer landesherrlichen Besatzung (dies war das hauptsächliche Ansinnen des Bischofs) sich nicht länger halsstarrig zu erweisen. Inzwischen boten auch die General-Staaten ihre Vermittelung an, das erste Ergebniß der flehentlichen Bitten und Anerbietungen der bedrängten Stadt. Der Bischof lehnte trotzig ab. Ein nach dem Haag entkommener Deputirter der Bürgerschaft empfing daselbst lebhafte Aufmunterung, weshalb er von dort aus seine Mitbürger zur Standhaftigkeit ermahnte: die Staaten würden alsbald mit ihrer Hülfe zur Stelle sein (Anfang September). Zuvor beschlossen jedoch die Hochmögenden, vier Abge-

---

[1] Korff-Schmising aus Bonn an den Bischof am 5. August. — Münster.

[2] Geht aus der Antwort des Kurfürsten von Köln vom 10. August hervor. — Münster.

[3] Der braunschweig-kalenbergische Deputirte Otto Ottens an Herzog Georg Wilhelm seinen Herrn am 11. (21.) August. — Hannover.

[4] Authentische Relation vom 16. (26.) August 1657 in den Akten des St.-A. Münster. Sie wurde vom Bischof den drei braunschweiger Herzögen gesandt.

[5] Ausführliches bei ab Alpen, Tücking und im Theatrum Europaeum.

ordnete mit Vermittelungsvorschlägen an den Bischof zu entsenden; im Falle einer Ablehnung derselben sollte dann ein gewaltsamer Entsatz der Stadt in Scene gesetzt werden. Unterdessen hatten die Alliirten ein neues Drohmanifest an die Stadt erlassen, um sie zur Unterwerfung zu bringen. Die Ankunft neuer 1000 Mann Bundestruppen gab dieser Aufforderung einigen Nachdruck. Da erschienen an der Landesgrenze jene vier Deputirten der Staaten und baten um freies Geleit. Der Bischof entschloß sich zu einer Zusammenkunft mit ihnen, welche am 5. October zu Ahaus stattfand.

Auf die ernstliche Abmahnung Jener vor dem Fortschreiten in weiteren Thätlichkeiten lehnte Christoph Bernard vornehm jede Einmischung in seine Angelegenheiten ab, schickte aber sofort den Oberst Wilich seinerseits nach dem Haag, um dort die Stimmung zu seinen Gunsten umarbeiten zu lassen. Dort aber mußte Wilich das Ultimatum hören: Entweder nehme sein Herr die Vermittelung an oder die ernstlichen Folgen seiner Weigerung auf sich. Gleichzeitig erhielten von der holländischen Armee 53 Kompagnien zu Fuß und 47 zu Pferd Ordre, unter Befehl des Wild- und Rheingrafen gen Burgsteinfurt aufzubrechen und die dort verweilenden vier staatischen Deputirten auf Münster zu begleiten (16. October).[1]

Hierdurch endlich fühlte der Bischof sich bewogen, die ihm mittlerweile von der Ritterschaft des Landes vorgelegten Vergleichsbedingungen anzunehmen (Vertrag zur Geist vom 20. Oct. 1657 vgl. Theatr. Europ. VIII 29 ff.). Damit war denn auch aller Sukkurs der Alliirten überflüssig geworden. Das Herannahen der holländischen Truppen vereitelte die Vollführung jener glänzend geplanten Demonstration von Bundeswegen; die Kontingente der einzelnen Verbündeten kehrten in ihre Heimath zurück.

Immerhin hatte die Allianz der Welt offenbart, daß ihr Aufgebot nicht nur auf dem Papier verzeichnet stehe; nicht bloßes Säbelrasseln, sondern den Donner der Geschütze hatte man vernehmen lassen. Freilich aber war es auch ein wenig erbauliches Schauspiel gewesen, daß man mit der vereinten Macht fünf namhafter Fürsten über eine nicht allzubedeutende Stadt hatte herziehen wollen und sie doch nicht hatte überwältigen können:

[1] Die martialische Stimmung im Haag wird durch zwei mir vorliegende Briefe Vegelins an Hohenfeld (St.-A. Wiesbaden) bestätigt. In dem ersten vom 9. (19.) October heißt es: Herr Rheingraf kommandirt die Kavallerie, Kolonel Puchler die Infanterie, um Münster zu entsetzen: denn es ist Ernst, der Herr Bischof mag beizeiten aufpacken, anders setzen wir ihn aus der Postur. Wir kommen langsam aber gewiß. — Und im zweiten vom 16. (26.) October: Unsere Leute wünschen, daß sie die Gäste noch vor Münster möchten finden, denn dieserorten wollte man gern wieder in Aktion kommen.

zu einer Zeit, da das seines Oberhauptes beraubte unglückselige Reich neuen, schweren, unabsehbaren Verhängnissen zusteuerte, wo es also gewissenhaften Fürsten besser angestanden haben würde, zur Entwirrung der vorhandenen Verwickelungen, zur Tilgung des mannigfach glimmenden Zündstoffes äußeren und inneren Unfriedens ihre beste, ihre ganze Kraft einzusetzen, als ihrerseits diese Wirrsale zu vermehren und den drohenden Funken zur lohenden Flamme anzufachen; an ihrer Spitze — welche Ironie — der Kurfürst Johann Philipp, dessen Lippen von den treuherzigsten Versicherungen der reinsten, selbstlosesten Friedensliebe allstündlich überströmten.

In seiner letzten Konsequenz betrachtet endete also jenes niederländische Projekt der Alliirten mit einer Schlappe auf militairischem wie auf moralischem Gebiet. Vor den herannahenden Völkern der Staaten hatte die Bundesmacht (durch das Zurückweichen des Bischofs allerdings veranlaßt) nicht standgehalten, das irenische Programm des Kurfürsten von Mainz ein Loch bekommen — und der ganze Plan der Verbindung mit der Großmacht der vereinigten Niederlande war nicht nur in ein Nichts zergangen, sondern in eine fast offene Feindseligkeit umgeschlagen; ein großartiges Fiasko.[1]

13.

Anbahnung mit den Häusern Hessen-Kassel und Braunschweig-Lüneburg.

Nicht gerade in Nachahmung der kur-rheinischen Verfassung vom Jahre 1651, aber doch wenigstens unter ähnlichen Voraussetzungen[2] und vielleicht nicht ganz ohne Einfluß der Nachricht von der Vereinbarung dieser Kreishülfe, unläugbar aber auch seinerseits von dem

---

[1] Weiman am 30. October 1657 an den Kurfürsten von Brandenburg: Genugthuung über die Resolution der Staaten wegen Hülfeleistung an die Stadt Münster, trotz der nachdenklichen Konsequenzen, „da dadurch die ligistisch-neuburgischen Desseins zum wenigsten in etwa gebrochen; und würde gewiß anstatt einer Allianz und Bündniß Neid, Haß und Feindschaft zwischen den neuen Feinden aufkommen müssen.“ U. A. VII, 105. — Am 2. März 1658 haben die Staaten die Stadt Münster als Hansestadt unter die Zahl ihrer Alliirten aufgenommen.

[2] Selbst die von dem Herzog von Lothringen drohende Gefahr spielt in die Motive zu den Unionsbestrebungen der Braunschweiger hinein.

Gedanken beseelt, „die eingebüßte Sicherheit und Einigkeit im Reich auf dem Boden der Kreisverfassung zurückzugewinnen," hatte das Haus Braunschweig-Lüneburg, vertreten durch die drei Linien zu Wolfenbüttel, Celle und Hannover, eine Uuionsbewegung eingeleitet, als deren Ergebniß sich der am 14. Februar 1652 zwischen den drei Herzögen Augustus zu Wolfenbüttel, Christian Ludwig zu Celle und Georg Wilhelm zu Hannover, der Königin Christine von Schweden wegen ihrer deutschen Herzogthümer Bremen und Verden und dem Landgrafen Wilhelm VI. von Hessen-Kassel geschlossene sog. hildesheimer Bund darstellt.[1]

Lange bevor die Bemühungen der Braunschweiger diesen Erfolg erreicht, gleich bei den ersten Verhandlungen, die sie mit dem kasseler Landgrafen einleiteten, machte dieser darauf aufmerksam, daß es wohl wünschenswerth sei, auch etliche westphälische, wenn auch katholische Kreisstände, wie die Bischöfe von Paderborn und Münster, mit herbeizuziehen: denn er hatte sich kurz vorher gerade mit diesen in besondere Traktaten wegen gemeinsamer Abwehr der lothringischen Gefahr eingelassen. Die ganze Zeit über bis zum Abschluß des hildesheimer Bundes hat Hessen nicht nachgelassen, diesen Plan zu befürworten, und es gelang ihm, die andern Kontrahenten dazu zu bestimmen, daß man die Aufnahme Jener wenigstens in's Auge faßte und daneben auch einen weiteren Blick auf das von dem kölnischen Kurfürsten administrirte Stift Hildesheim richtete. Verhandlungen wurden eingeleitet, mit wenig Glück bei Maximilian Heinrich wegen Hildesheim, sowie bei Christoph Bernard, mit mehr bei dem Bischof von Paderborn, welcher noch im Spätsommer des Jahres 1652 dem Bunde beigetreten ist.[2]

In jenen Spätherbsttagen des Jahres 1653, als sich von den spanisch-lothringischen Bewegungen drohende Wolken über dem Stifte Lüttich zusammenzogen, hat dann der Kurfürst von Köln seinerseits aus eigenem Antriebe die damals verschmähte Verbindung mit den Braunschweigern und Hessen anzubahnen versucht; diesmal lehnten diese ab, denn es mangelte die Neigung, sich mit in jene Gefährnisse an des Reiches Westgrenzen zu verwickeln. Selbst spätere Vermittlungsversuche des mit dem Kölner seit jenen Komplikationen näher gefaßten Kurfürsten von Brandenburg beim Hause Braunschweig führten zu keiner bundesmäßigen Vereinigung zwischen Köln und Braunschweig.

Hingegen war man auf letztgenannter Seite eine Zeit lang nicht abgeneigt, sich mit dem Bischof von Münster gegen die drohende

---

[1] Die neuesten Forschungen über den Bund bei Köcher S. 20 ff.

[2] Die gleichzeitigen Annäherungsversuche an Kur-Brandenburg wegen Minden und Halberstadt glaube ich hier übergehen zu dürfen.

Schwedengefahr zu verbinden [1] zu einer Zeit da wegen der Politik des Schwedenkönigs gegen die Stadt Bremen zwischen diesem und dem braunschweigischen Hause eine gründliche Verstimmung Platz gegriffen hatte.

So hatte auch ferner der Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg aus Eifersucht gegen seinen Todfeind den Brandenburger, als er diesen den Braunschweigern sich nähern sah, mehrfach direkt und indirekt den Wunsch nach einer näheren Verbindung mit den Letzteren kundgegeben. [2]

Kurz an mancherlei Beziehungen zwischen den im Hildesheimer Bunde Vereinten und einzelnen Genossen der kur-rheinischen und späteren kölnischen Allianz hat es nicht gefehlt. Herüber und hinüber hatten sich einzelne Fäden gesponnen, die man bei Gelegenheit und auf Erfordern der politischen Lage nur aufzunehmen brauchte.

So wird es auch nicht ganz der reine Zufall gewesen sein, daß man zur Vorlage der kölnischen Bundesnotel das hildesheimer Instrument gewählt hat. Nur schien es noch des Zauberwortes zu bedürfen, welches diese beiden Gebilde reichsständischer Association zu einem zu verbinden mächtig genug sein konnte. Freilich mag es auf den ersten Blick scheinen, als wenn die Ligisten davon weit entfernt waren, dem Beispiele jener Abstandnahme von allen konfessionellen Rücksichten zu folgen, welches die Hildesheimer gewährt, als sie den Paderborner in ihre Mitte aufnahmen. Aber schon hatte Kur-Köln durch seine Verbindung mit dem Kurfürsten von Brandenburg diesen einseitig-konfessionellen Standpunkt verlassen, selbst Münster und Neuburg hatten unter der Hand verrathen, daß sie politischen Interessen die religiösen nachzustellen unter Umständen nicht unterlassen würden. Und was geschah nicht endlich, wie wir soeben gesehen, den Geheimartikeln vom Jahre 1654 entgegen auf Anregung des Kirchenfürsten von Münster im Haag? Das konfessionelle Prinzip vom Jahre 1654 hat nicht Stich gehalten; es zerstob namentlich in ein Nichts mit dem Eintritte des, sobald sein politisches Programm in Betracht kam, konfessionell durchaus indifferenten Kurfürsten Johann Philipp von Mainz.

Vermuthlich — denn aktenmäßig das Sachverhältniß darzustellen ist nicht möglich — tauchte der Gedanke, sich näher auch mit einigen Reichsständen des evangelischen Bekenntnisses zu verbinden, in greifbarer Form schon bei jenen Konferenzen des Pfalzgrafen mit dem mainzer Kurfürsten und dessen leitenden Staatsmann Boineburg im August 1655 auf;

---

[1] Siehe auch oben meine Mittheilungen über die Verhandlungen auf dem Kreistage zu Osnabrück vom Ende des Jahres 1654. S. 29, Anm. 1.

[2] Köcher S. 130 u. 137.

vielleicht gab jener Besuch Philipp Wilhelms bei seinem Schwiegervater dem darmstädter Landgrafen in Rüsselsheim, bei welchem aller Wahrscheinlichkeit nach auch der Kurfürst oder auch nur Boineburg sich einstellte, Veranlassung, einem solchen Plane näher zu treten und bezügliche Abmachungen zu bereden. Die Mainzer verstanden es, dem Pfalzgrafen die Idee einer Herbeiziehung des ihm so nahe anverwandten Landgrafen Georg (die ja auch schon vordem ein und das andere Mal in Erwägung gezogen worden war) sowie des in konfessionellen Fragen als gemäßigt bekannten Landgrafen Wilhelm VI. in Kassel zu einer annehmbaren zu machen.

Vielleicht wurde Philipp Wilhelm von Neuburg für das Projekt nur durch den Hinweis gewonnen, daß auf diesem Wege dem Brandenburger, der mit dem kasseler Landgrafen verschwägert war, ein Bundesgenosse entfremdet werden konnte; und gegen seinen eigenen Schwiegervater hatte er naturgemäß nichts einzuwenden. Anders wohl der Gedankengang des Mainzers. Frei von konfessioneller Einseitigkeit, war ihm eine Verbindung mit protestantischen Reichsständen nicht nur nicht zuwider, als sie ihm vielmehr zur Durchführung seines politischen Programms des Gleichgewichtes nothwendig und höchst erstrebenswerth dünkte, des Gleichgewichtes, welches nach seiner Ansicht zwischen den im Widerstreit liegenden und damit dem deutschen Reiche von neuem einen langwierigen Krieg, ja den völligen Untergang drohenden auswärtigen Großmächten und dem mit Mißtrauen angesehenen Kaiserhause zu wahren nur ein Bund der deutschen Mittelstaaten, an der Spitze er, der Reichskanzler, als der geborene Lenker des Reiches nächst dem pflichtvergessenen Kaiser, geeignet sein konnte.

Mit Ernst und Eifer hatte man sich mainzischerseits namentlich dem Hause Hessen-Kassel zu nähern gewußt. Hier kam ihnen auf halbem Wege mit offenen Armen ein einflußreicher Staatsmann, der Geheime Rath Präsident Adolf Wilhelm v. Krosigk entgegen, ein Diplomat, welcher bereits der Landgräfin Amalie bei den Verhandlungen um den westphälischen Frieden und dem Landgrafen Wilhelm auf dem nürnberger Executionstage, dem regensburger Reichstage und in diplomatischer Sendung am mainzer Hofe Dienste geleistet hatte, ein höchst besonnener alter Herr,[1] welcher aber durch eine gewisse Hinneigung zu der katholischen Lehre oder durch sehr vertrauten Umgang mit Bekennern derselben

[1] Rommel, hess. Gesch. VIII. S. 749 bezeichnet seine Handlungsweise nec timide nec temere. Seine Charakteristik ebenda. IX. S. 100. Uebrigens starb er, wie an dieser Stelle bemerkt sei, am 8. October 1657 in Franfurt a. M. Die Angabe Rommels, daß Briefe von ihm aus den Jahren 1657—67 vorhanden, beruht wohl auf einem Schreib- oder Druckfehler.

mehrfach Anlaß zu den Gerüchten gegeben hatte, daß er einen Glaubenswechsel vollziehen werde, wo nicht bereits heimlich vollzogen habe.[1] Ein Freund des Reichsvicekanzlers Grafen Kurtz in Wien und vornehmlich des mainzer Obermarschalls v. Boineburg war er diesem gegenüber, wie wenigstens die brandenburgischen Staatsmänner, besonders sein spezieller Gegner der Graf v. Waldeck, behaupteten, allzu offenherzig und stand deshalb im Verdachte des Vertrauensbruches selbst hinsichtlich der tiefsten Geheimnisse, die man zwischen den Höfen in Berlin und Kassel auswechselte.[2] Mit Boineburg stand der Herr v. Krosigk in lebhaftem Briefwechsel. Sie tauschten ihre Gedanken vertraulich aus über diese oder jene Fragen, wie sie gerade am politischen Horizonte

---

[1] U. A. VI, 236. Blumenthal, brandenburgischer Gesandter in Regensburg, an den Kurfürsten: Man hält hier davor, daß der kur-sächsische statthaltende Gesandte Friese und der hessische Gesandte Crosek bald katholisch sein werden, dafern es dieser nicht, wie ich davor halte, allschon ist. Das Gerücht fand Nahrung, als Krosigk eine Freiin v. Scharfenberg aus österreichischem katholischen Adel ehelichte, und verstummte selbst nach seinem Tode nicht; die Konversion ist aber durch nichts erwiesen. Ueber seinen Tod s. auch U. A. VII, 701.

[2] Vgl. z. B. U. A. VI, S. 502 und Rommel a. a. O. Aus Akten (Marburg) vermag ich hierzu beizutragen: Ein Gegner Krosigk's am Kasseler Hofe war Johann Kaspar von Dörnberg (von Rommel sehr gelobt). Derselbe war in gewissen Angelegenheiten an den kur-brandenburgischen wie die braunschweigischen Höfe gesendet worden und hatte bei seiner Rückkehr im Sommer 1655 von einem großen Mißtrauen zu melden gewußt, welches in Berlin und zu Celle gegen Krosigk (dessen Namen er jedoch nur andeutete, nicht nannte) herrsche, weil er angeblich mit dem Kaiserhofe und Kur-Mainz konspirire. Krosigk hatte darüber vom Landgrafen einige Worte hinnehmen müssen. Zu seiner Ehrenrettung reichte er hierauf eine Eingabe d. d. Kassel den 4. (14.) August 1655 ein (Or. in Marburg), worin er den Grafen Waldeck als Anstifter dieser gegen ihn gerichteten Intrigue bezeichnete. Es heißt darin namentlich: Die Korrespondenz, welche ich zu Zeiten mit dem Herrn Grafen Kurtz und dem Herrn von Boineburg gepflogen, ist im übrigen so beschaffen, daß E. F. G. selbst und Dero Geheime Räthe die Antworten, so mir darauf geworden, wenn sie nur etwas, so der Mühe werth gewesen, darin enthalten war, zu lesen bekommen — und haben solche Korrespondenzen, so fast einzig und allein in Mittheilung der Nouvellen, so aus Frankreich und Holland anlangen und hernach bald publici juris werden, als auch in andern einem jeden freien Mann freistehenden Raisonnementen de statu rerum praesenti et futuro, so ein Jeder unter uns formiret, bestanden haben, . . . mehr Lachens als großen Nachdenkens hinter sich geführt. Als Kur-Mainz sich angelassen, mit ohne Unterschied der Religion in dergleichen Verfassungen und Korrespondenz einzusteigen und deswegen der Herr v. Boineburg verschiedene Schriften mit mir gewechselt, sind solche nicht allein in öffentlichem Rath von mir verlesen, sondern die meisten ad acta gelegt worden. Desgleichen in der gaulsheimer Sache. In diesen zweien einzigen Materien habe ich mit dem v. Boineburg einige von E. F. G. und Dero Geheimen Rath approbirte partikulare, auch mir theils in die Feder gegebne Korrespondenz zugelegt. (Marburger Archiv.)

auftauchen mochten, und hierbei wird der Associationsbestrebungen der Hildesheimer wie der rheinischen Ligisten hin und wieder wohl einmal Erwähnung geschehen sein. Wie es scheint hat nun Boineburg (zu welcher Zeit ist nicht ersichtlich, jedenfalls aber noch vor dem Abschluß der frankfurter Konvention vom 11. Aug. 1655) von seinem Kurfürsten den Auftrag erhalten, in dessen Namen gegen Krosigk den Wunsch auszusprechen, sich mit den hildesheimischen Alliirten näher zu verbinden. Auf seine Eröffnungen erhielt dann der Präsident Krosigk den Auftrag von dem Landgrafen und dessen Staatsrath, Verhandlungen hierüber einzuleiten. Auch der offizielle Vertreter des Landgrafen auf der frankfurter Reichsdeputation Regner Badenhausen wurde mit der geheimen Ordre versehen, über die rheinische Liga nähere Erkundigungen einzuziehen.[1] Als dann der Abschluß der frankfurter Konvention erfolgt war, wird der Kurfürst von Mainz weniger daran gedacht haben, zu

[1] Rath Zobell an Badenhausen am 18. (28.) August 1655 aus Kassel: Bei dem Punkt der Verfassung wird, wiewohl es der Instruktion eben nicht inserirt, nöthig erachtet, daß der Herr Vetter in discursu, wann, auch bei wem Er es à propos befindet, als für sich erkundige, ob und welchergestalt Pfalz-Neuburg mit dem kur-rheinischen Kreis in nähere Verein und Defension sich eingelassen oder noch einzulassen vorhabens sein möchte. Man müsse doch erst wissen, was für Stände in solcher näheren Zusammensetzung begriffen, damit nicht etwa Brandenburg ombrage nehme. Am Darmstädter Hofe werde man, was Pfalz-Neuburg anlange, schon unterrichtet sein. — Marburg. Hessen-Kassel hatte damals ein dringendes Bedürfniß nach Anschluß an benachbarte Mächte. So hatte jene Sendung Dörnbergs nach Celle den Zweck, die Herzöge von Braunschweig, welche das hildesheimische Bundesverhältniß seit einiger Zeit wenig mehr kultivirt hatten, namentlich in anbetracht der von den Plänen Schwedens drohenden Gefahren zu wieder engerer Verbindung anzuregen (Instruktion für Dörnberg vom 31. Mai 1655). Anfang Juni kam Dörnberg nach Celle, wo er, vom Herzog ehrenvoll empfangen, mit Schenk von Winterstätten und Kanzler Langenbeck konferirte. Die Braunschweiger begründeten die Vernachlässigung Hessens durch dessen Votiren auf dem Regensburger Reichstage und durch den Mangel an Wahrung der ihm anvertrauten Geheimnisse. Dörnberg suchte zu widerlegen und erreichte doch soviel, daß schließlich Herzog Christian Ludwig erklärte, wie er für nothwendig erachte, daß Hessen und Braunschweig, sonderlich bei jetziger Konjunktur aus einem Strick hetzten und zusammen auf der Hut stünden, Hessen auch sich stark gerüstet halte, wie denn Braunschweig seinerseits 5000 M. z. F. und 800 Pferde auf den Beinen habe. Bei dieser Gelegenheit kam auch die Rede auf die beabsichtigt gewesene Extension der braunschweigisch-brandenburgischen Einung auf Kur-Köln, die jedoch, wie die Braunschweiger angaben, deshalb nicht zustande gekommen wäre, weil erstens man sich mit diesem nicht habe wegen der hildesheimischen Quote vergleichen können, zweitens der Kurfürst den Konsens des Domkapitels nicht beizubringen vermöge und drittens Nachricht eingekommen wäre, „ob sollte Mainz, Köln und Neuburg eine Allianz gemacht haben, welches dann eine Sache wäre, so mit dem Verein mit Brandenburg inkompatibel." (Bericht Dörnbergs von Anfang Juni 1655. — Marburg).

den Hildesheimern hinüberzutreten, als diese oder ihrer zunächst einen Theil zu sich und seinen katholischen Alliirten herüberzuziehen, und demgemäß wird er sein Anbringen am kasseler Hofe auf einen andern Fuß gestellt haben. Hier erregte namentlich wohl eine nähere Liaison mit dem Neuburger wegen der voraussichtlich von Brandenburg deshalb zu erwartenden Vorwürfe einiges Bedenken.

Auch mit dem Hofe in Darmstadt wurden, es ist nicht recht ersichtlich, auf welchem Wege, die gleichen Beziehungen anzuknüpfen versucht. Boineburg glaubte bald den Eindruck gewonnen zu haben, daß die beiden hessischen Häuser keine Bedenken haben würden, der frankfurter Konvention beizutreten,[1] besonders was Darmstadt anbelange. Bald aber hegte er weniger Zuversicht wegen des letzteren als wegen Kassel,[2] obwohl auch dessen Verhalten schwankend genug, selbst zweideutig erschien. Der Landgraf von Hessen-Darmstadt, früher ein eifriger Parteigänger des Hauses Habsburg, schien zu jener Zeit sich mehr und mehr auf die schwedische Seite neigen zu wollen, während der von Hessen-Kassel auch seinerseits einem Systemwechsel zuzusteuern nicht übel willens war, wenigstens sich von dem Protektorate der Franzosen und Schweden, wie es die Kombinationen zur Zeit des großen Krieges ausgebildet hatten, zu befreien strebte, ohne sich jedoch auf der andern Seite dafür dem Kaiser zu nähern, gegen welchen nach den Erfahrungen der Fürstenpartei auf dem letzten regensburger Reichstage eine allgemeine Erbitterung in deren Kreisen herrschte, die man zu Kassel ungeachtet

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen von Neuburg am 5. September 1655. Hassi nostri forte accedent, saltem Darmstadini ut spero, tum paullatim et Cassel, sonderlich wenn die siehnt, daß Kur-Brandenburg gar allein und in's weite gehet. — Düsseldorf.

[2] Boineburg an den Pfalzgrafen am 19. November 1655: Die Hessen-Darmstädtische und Kasselische werden unter der Hand genug poussirt. Ich bekenne aber, daß ich ihrem Traisniren nit traue, halte aber davor, do man vernimmt, daß Kur-Bayern mit will, daß Kassel nit wird zurückbleiben, weilen sie ihr Interesse besser verstehen und keine fremden Anhänge begehren. Ich weiß noch andre Ursachen, warum ich's den Kasselischen zutraue, die sich nit schreiben lassen. Mir ist auch kein Zweifel, Darmstadt mache reflexiones uf Schweden. Ita tempora mutantur et nos mutamur in illis. Coram aliqua plura. Es gehet ziemlich, wie zu Rüsselsheim geredt wurde, dessen Sich E. D. gnädigst erinnern wollen. — Und am 5. December: Ich sorge, Darmstadinos a Cassellanis naso circunduci, wie ich allzeit befürchtet habe, und darüber werden sie die Ueberfuhr versäumen. sed volenti non fit injuria. Ich erinnere es ja mit allen Posten sed conatu irrito. Ich halte ganz davor, sie seien mit schwedischen Beltzkragen gefüttert. Doch wer weiß es, ob diese so warm halten, wie man meint, vielleicht halten sie in Hundstagen gar zu heiß. — Düsseldorf.

der Herzensneigungen Krosigks durchaus theilte. Und Krosigks Einfluß begann zu sinken, zu steigen aber derjenige Dörnbergs, eines Diplomaten, dessen Augen an den Lippen des brandenburgischen Staatsmannes Grafen Waldeck hingen, welcher, dem Franzosen Mazarin nicht unähnlich, unablässig auf Minderung des Ansehens und des Einflusses des Hauses Oesterreich hinarbeitete. Vielleicht gerade in diesem antikaiserlichen Sinne ließ man der Plänemacherei Krosigks (diesem selbst vielleicht unbewußt) freien Lauf, als man auch ähnliche Tendenzen bei dem Kurfürsten von Mainz und seinem Anhang zu bemerken glaubte. Auch sonst wohl hielt man in Kassel eine nähere Vertraulichkeit mit den Mainzern für nicht unersprießlich. Nicht im niedersächsischen Kreise sondern im oberrheinischen lag der Schwerpunkt der politischen Interessen des Ländchens, und wie dort des Beistandes der Hildesheimer konnte man hier der Hülfe des mainzer Kurfürsten unter Umständen recht gut benöthigen. Des letzteren Alliirte mußte man um diesen Preis eben mit in den Kauf nehmen, that es vielleicht auch nicht gerade mit allzugroßem Widerstreben. Man behielt zunächst wenigstens Fühlung mit den Mainzern und ließ nicht einen Augenblick irgend einen Schein von Abneigung gegen deren Allianzpläne erkennen. Doch nicht unbesonnen warf man sich in die Arme, die man ihnen offen entgegenstreckte. In aller Stille und langsam wurde herüber und hinüber verhandelt, zeitweise stockten diese Beziehungen wohl ganz. Durch diese Politik der freien Hand war man nahe daran, auf der Gegenseite lebhafte Verstimmung zu erwecken. Des Pfalzgrafen ohnehin so reger Argwohn gegen alle Protestanten erhielt dadurch nur Nahrung und seine Stimmung konnte unter diesen Umständen nur zu leicht auf die Mainzer wirken.[1] Aber Boineburg suchte vorläufig nur den Anschluß und gab derartigen pessimistischen Anschauungen keinen Raum, wohl weil er noch vor Jahresschluß von Krosigk, der mittlerweile auch die Darmstädter an der Hand zu halten suchte, derartige

[1] Der Pfalzgraf an Boineburg am 16. December 1655: Unsere teutsche Ketzer werden die in sich selbst zertrennten Katholischen überfallen et radicitus zu exstirpiren suchen, und befestigt mich in diesen Gedanken sehr, ... daß auch unsre teutsche Unkatholische nit allein die consilia so heimlich zusammentragen, sondern ihr keiner zu unsrer Verfassung treten will und alle zeitgewinnende Ausflucht suchen .... Der Herr hat zwar ab der dritten Beilag (nicht bei den Akten) zu sehen, was Landgraf Georg wegen Kassel, Braunschweig und anderer Unkatholischen Zutritt mir zuschreibt, ich bin aber hierin ein Thomas, doch wird's der Herr besser wissen, besorge aber, sie suchen uns nur zu addormentiren affin qu'ils ayent tant meilleur marché. Wie wäre es, wenn man sich (sowohl als ich durch Bayern bei Württemberg zu thuen gedenke) auf eine cathegoricam treibe? So würden die Pasteden entdeckt müssen werden. Dann treten sie nicht zu uns, so halte ich's pro evidentissimo signo einer Generalkonspiration gegen alle Katholische. — Düsseldorf.

Versicherungen erhielt, daß er voll guter Hoffnung auf ein Gelingen des Planes war, ja des weiteren auch an die Herbeiziehung des mit Kassel eng liirten Hauses Braunschweig ernstlich zu denken begann.[1]

Im Februar des Jahres 1656 waren die Vorverhandlungen mit Kassel endlich so weit gediehen, daß der Kurfürst Johann Philipp von Mainz mit dem Landgrafen Wilhelm selbst in Korrespondenz über die

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen zwischen dem 15. und 20. December (undatirtes Schreiben mit dem Indorsat der neuburgischen Kanzlei: Serenissimus respondit manu propria 23. Xbris 1655): Sobald nu Kur-Bayern beigetreten, ist rathsamb, auch ein Gsamptschreiben an Hessen und vielleicht Braunschweig gleichfalls abzulassen, damit wir mit ihnen endlich esclaircirt werden. — Düsseldorf. Krosigk an Badenhausen am 11. (21.) December 1655: (Er bestellt ihn auf die bevorstehenden Feiertage nach Kassel, um) mit Ihm von demjenigen, so Herrn Landgraf Georg F. G. vorzutragen, eigentliche Abrede zu nehmen. Es wird hoffentlich um solche Zeit Herr Drost Mey auch allhier erscheinen und seine Relation (vernehmen oder abstatten?) zu Beobachtung desjenigen, so Herrn Landgraf Georg ratione der Verfassung mit den katholischen Kur- und Fürsten zu repräsentiren und wie weit man unsersorts zu gehen oder an sich zu halten hat. — Marburg. Vgl. hierzu eine Relation Badenhausens über eine auf Befehl des Landgrafen Wilhelm (vom 30. März (9. April) 1656) mit dem Landgrafen Georg zu Darmstadt und dessen Räthen gehaltene Konferenz in Sachen „der kur-rheinischen Verfassung." Er habe bei dem Landgrafen entschuldigt, daß eine Kommunikation erst jetzt stattfinde. Landgraf Georg habe hierauf erklärt, solcher Entschuldigungen bedürfe es nicht, denn er begreife wohl, daß man sich wegen Wichtigkeit der Sache nicht zu übereilen habe. Außer dem, was neulich von ihm mitgetheilt worden, habe er von dem Werk bisher weiter nichts vernommen. Vor einiger Zeit habe er zwar davon dem Kurfürsten von Sachsen Eröffnungen machen lassen, bis noch aber, vermuthlich wegen dessen Unpäßlichkeit, keine Antwort erhalten. Herr v. Sebottendorf habe geäußert, daß der Kurfürst diese Verfassung sich nicht werde mißfallen lassen, weil sie auf die Exekutionsordnung gegründet sei. Desgleichen hätte er (Landgraf Georg) den Kurfürsten von der Pfalz hierüber sondirt, der es diffikultirt theils wegen des Direktorii, so er Kur-Mainz nicht zugestehen könnte, theils weil er aus andern Konsiderationen dafür halte, daß die confoederationes jetzt nicht nöthig noch de tempore seien. Der Herzog von Württemberg, bei dem er die Sache auch auf's Brett werfen lassen, hätte es auf eine Kommunikation mit andern Evangelischen ausgestellt. Die Meinung des Landgrafen Georg sei übrigens ganz in Uebereinstimmung mit der des Landgrafen Wilhelm dahin gerichtet, daß es bedenklich sei, so lange als andre Evangelische mehr sich nicht dazu erklärten, daß das Haus Hessen allein mit einsteigen sollte, zu geschweigen, daß man noch nicht wissen könnte, wohin die jetzigen gefährlichen Konjunkturen ausschlagen möchten; deswegen man sich diesseits nicht zu übereilen sondern es noch etwas anzusehen hätte. Inzwischen würde das beste sein, daß Kassel und Darmstadt fein zusammenhielten und mit einander in gutem Vertrauen, Korrespondenz und Kommunikation lebten, wie man darmstädtischerseits nicht ermangeln würde, alles, was man über die Verfassung vernehmen werde, vertraulich mitzutheilen, wie man ein gleiches von Kassel erwarte — Marburg. Nach Rommel IX. S. 251 entschuldigte Landgraf Georg schließlich sich wegen seines Nichtbeitretens mit seinen kostspieligen Festungsbauten zu Gießen, Rüsselsheim und auf der Marxburg.

Angelegenheit zu treten sich entschloß. Er lud ihn geradezu ein, der Allianz beizutreten, indem er ihm die Gefahren vorstellte, welche den protestantischen weltlichen Fürsten zur Zeit mehr drohten als den katholischen geistlichen. Der zwischen dem Kaiser und den Kronen zu befürchtende Krieg werde Deutschland in ein Labyrinth stürzen. Es wäre thöricht, sich einzeln aufreiben zu lassen. Die beiden vorhandenen Bündnisse, das rheinische und das hildesheimische, könnten vereint die Ruhe erhalten und sich sowohl der schwedisch-brandenburgischen als der spanisch-französischen Händel entschlagen. [1]

Auf diese direkte Einladung ist Ende März eine willfährige Antwort des Landgrafen erfolgt mit der Bitte, die Sache vorläufig in tiefem Dunkel zu halten. [2] Vergeblicher Wunsch: der ganze Plan war ja schon dem Kaiser verrathen. [3] Ganz unnöthig war also die übergroße Behutsamkeit, welche die Mainzer selbst dem braunschweigischen Deputirten Heyland gegenüber beobachten zu müssen glaubten, während doch schon der Plan bestand, dieses Haus mit zum Beitritt aufzufordern. [4]

Als nunmehr die zustimmende Erklärung des kasseler Landgrafen

---

[1] Rommel IX, S. 241, wonach Köcher S. 220. Mir hat das Schriftstück selbst nicht vorgelegen.

[2] Boineburg an Krosigk am 5. April 1656: Ihrer F. G. Landgraf Wilhelms an J. Kfl. G. gethanes Hochangenehmes soll nächsthin beantwortet und inmittels praeparatorie mit unsern Mitgeeinigten kommunizirt werden (sed vobis innominatis), ob, an wen, wie und wann, die Gesamtersuchung an die Herren hildesheimische Einigungsverwandte abgehn solle. Indessen haben Sie Sich der Geheimhaltung hier gewiß und unfehlbar zu versichern. Unsre Zusammenverbindung wird sich sicherlich von selbst machen. — Der Kanzler Vultejus in Kassel bemerkt hierauf am 19. (29.) April gegen Badenhausen: Des Herrn v. Boineburg sincerationes betreffend, so gebe Gott, daß das Herz mit dem Wort übereinstimmen möge; interim heißt es: fide sed cui vide. — Marburg.

[3] Siehe das oben angeführte Schreiben des Kurfürsten von Mainz an den Kaiser vom 15. März 1656: Da doch in alle Weg nöthig, auch dem Friedenschluß und Reichskonstitutionen ähnlich sein will, ermelte Protestirende, so sie wollen, mit beizubehalten und mit gesamter Hand und Macht sich bei dem erworbenen Deutschen Frieden zu schützen und handzuhaben, zu solchem End dann auch allbereit die Nachricht erlangt, daß einige protestirende vornehme fürstliche Häuser, absonderlich aber Braunschweig und Hessen, einfolgendlich auch die mit denselben verbundenen Fürsten- und Bisthümer Bremen, Paderborn und Verden mit herbeitreten möchten.

[4] Der braunschweigische Deputirte in Frankfurt, Polykarp Heyland (siehe über seine Person Köcher S. 202) erzählt in seinem Diarium: Er habe den Kanzler Mehl nach den Berathungen der Ligisten in Köln und nach deren Armatur gefragt. Mehl habe versichert, daran sei durchaus nichts, dort wären die Gesandten nur beisammen wegen der Kontroversen zwischen dem Bischof von Münster und seiner Stadt. Kur-Mainz habe neulich dem Neuburger nur auf grund der kur-rheinischen Verfassung, in die man denselben aufgenommen, Hülfsvölker zugeschickt.

vorlag, griff man die Sache mainzischerseits mit Energie an.[1] Man nahm hierbei von vornherein die Herbeiziehung des gesamten hildesheimer Bundes in Aussicht, denn ohne diesen für sich allein war Kassel eben nicht gemeint beizutreten. Ja, man dachte bereits, zugleich den Kurfürsten von Brandenburg, der den Hildesheimern nahe stand, mitzugewinnen. Es ergingen Schreiben in diesem Sinne an die rheinischen Alliirten, deren Stimmung zu sondiren.[2]

Zuerst ließ der Pfalzgraf seine Ansicht laut werden: Durch Leers, welchen er (s. oben) am 16. April an den mainzer Hof abordnete, ließ er erklären, an dem Beitritt der unkatholischen Stände zweifle er durchaus, und wäre ein solcher selbst höchst bedenklich. Besonders warne er vor einer Vertiefung mit den Schweden, hinter denen deren Alliirter, der ihm so verhaßte Kurfürst von Brandenburg stehe, auf den auch die andren protestantischen Stände, sonderlich seit dem letzten Reichstage große Rücksicht nähmen. Den Braunschweigern und Kasselern sei nicht zu trauen, deren Politik frage nur nach dem augenblicklichen Vortheil und zeichne sich durch hervorragende Unzuverlässigkeit aus. Von einer Verbindung mit Schweden und Brandenburg, unter welcher Form sie auch erfolgen solle, könne in keinem Falle die Rede sein; wegen der übrigen hildesheimer Alliirten wolle er, weil der Kurfürst sich für sie so erwärmt zeige, allenfalls den Vorschlag nicht ganz von der Hand weisen. Man möge daher dieselbeu insgesamt durch ein Gesamtschreiben immerhin zum Beitritt einladen, jedoch gleich mit der Kautele, daß man sich keinesfalls in den gegenwärtigen polnischen Krieg einzumischen gedenke.[3]

Bischof Christoph Bernard schrieb:[4] vorausgesetzt, daß das erste corpus der Alliirten bei seiner Subsistenz und Direktorio, die gemachte (frühere) Union auch in ihrem esse nützlich verbleibe, möge man diejenigen Stände, von deren Neiguug zum Beitritt man zuverlässige Nachricht habe, einladen, zunächst also Kassel und Paderborn. Man müsse aber auch dem Hause Braunschweig offene Thüre lassen und zum

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen schon am 9. April: Ihre Kfl. G. sein entschlossen, ehest mit den mitgeeinigten Kur- und Fürsten zu kommuniziren, ob und wie man an die hildesheimische Verbundene Bremen, Braunschweig, Verden, Paderborn und Kassel (welches letztere ganz zum Beitritt disponirt ist) mit Nachdruck gesamtlich schreiben soll. Einmal hier wird's nöthig befunden. E. D. sentiment verlangt man hier sehnlich. — Düsseldorf.

[2] Nur dasjenige an den Bischof von Münster hat sich erhalten, Original vom April 1656 (ohne Tagesdatum aus Schloß Marienberg ob Würzburg) in Münster.

[3] Memorial für Leers vom 16. April 1656. — Düsseldorf (siehe oben).

[4] Am 20. April. — Münster.

Beitritt Anlaß geben. Dagegen sei die Einladung mächtiger Kronen und Potentaten, d. h. also Schwedens (vielleicht auch Brandenburgs?), zu vermeiden, da man nicht wissen könne, wie diese eine solche aufnehmen würden, und also am Ende wohl gar Verkleinerung ernten möchte, zu geschweigen, daß selbige Präeminenz und Direktorium beanspruchen und durch gleiche Bedingungen wie die übrigen Alliirten sich nicht würden binden lassen wollen. Auch dürften solche Mächte vielleicht in Kriege verflochten sein, in welche sie die Verbündeten mit hineinreißen würden.

Kurfürst Maximilian Heinrich von Köln äußerte sich, daß er die allzuweite Erstreckung des Bündnisses im allgemeinen für bedenklich erachte, im besonderen jedoch nichts dagegen einzuwenden habe, wenn diejenigen Stände eingenommen werden sollten, welche mit ihnen den bereits Verbündeten gleiche zu der Erhaltung des Friedens abzielende Intentionen führten.[1]

In seiner Antwort an Köln und Münster, die mit geringer Veränderung im Text gleichlautete, erklärte hierauf Kurfürst Johann Philipp von Mainz seine Einstimmigkeit mit deren Ansichten. Gleichzeitig übersandte er ihnen den Entwurf eines Einladungsschreibens an die Häuser Braunschweig und Hessen-Kassel nach dem Muster dessen, welches vordem an den Kurfürsten von Bayern gerichtet worden war. Er bemerkte dazu in seinem Anschreiben, daß er aus allerhand beifälligen Ursachen zur Zeit noch Anstand nehme, das Schreiben an sämtliche Alliirte des hildesheimer Bundes, besonders an die Krone Schweden, zu adressiren. An Hessen allein habe er es auch nicht abgehen lassen wollen, um nicht bei den Protestanten den Argwohn zu erregen, als ob man unter ihnen Trennung verursachen wolle. Aus dem nämlichen Grunde unterlasse man vorläufig auch eine Aufforderung an Paderborn. Den beiden Häusern Braunschweig und Kassel aber, an welche die Einladung ergehen solle, müsse man zu verstehen geben, daß man auch den Beitritt ihrer andern Bundesgenossen (von der hildesheimer Allianz) gern sehen würde. Mit Paderborn könne man ja später besonders verhandeln unter Angabe der Gründe dieses Verfahrens. Sollte sich Schweden zum Beitritt geneigt zeigen, werde mit ihm anders umzugehen nicht nöthig sein, als es im hildesheimer Receß gehalten worden; auch werde es vermuthlich überhaupt nicht mehr beanspruchen, als wozu ihm seine Kreisstandschaft in Nieder-Sachsen wegen Bremen und Verden Anlaß gebe. Ueberhaupt würde mit ihm so gut wie mit den Andern erst kapitulirt werden

[1] Geht hervor aus der Antwort des Mainzers vom 29. April an Köln und Münster (abschriftlich in Hannover, mitgetheilt von Köcher S. 702, das Schreiben an Münster im Original in Münster). — Von einem Antwortschreiben des Kurfürsten von Trier habe ich nichts entdecken können.

müssen, und zwar auf Grundlage der Bestimmungen der rheinischen Liga und mit dem Beding, daß man sich in fremde auswärtige Kriegshändel zumal nicht einmischen wolle, „sondern allerdings in Teutschland intra conventos terminos mutuae defensionis pro pace communi zu bestehen ist." Würde die Krone Schweden den Beitritt ablehnen, werde man wissen, woran man sei, und wäre dann wenigstens bei ihr und den Protestanten der Glimpf erhalten und aller Grund zum Argwohn abgeschnitten; wenn ihr aber gar keine Eröffnungen gemacht würden, möchte sie es für eine Ausschließung achten und schädlicher Unrath daraus erwachsen.

Was den Entwurf des (gleichfalls vom 29. April, wie das kurfürstliche Anschreiben, datirten) Einladungsschreibens [1] anbetrifft, so erinnert dasselbe zunächst an die Recesse zu Frankfurt und Köln von den Jahren 1651 und 1654, welch letzterem der Kurfürst von Mainz mit seinen Stiftern Mainz und Würzburg beigetreten sei. Beide würden den Adressaten bekannt sein. Der Bund sei durchaus reichskonstitutionsmäßig und bezwecke allein Schutz und Erhaltung des Friedens und der Reichsfreiheit wie auch Abwendung aller Besorgnisse, ohne Unterschied und Ausnahme der Religion, sei auch auf keine Liga oder Union angesehen, kurz eine auf den Frieden gegründete General-Defensionsverfassung, welche Keinen ausschließen wolle; der da den Frieden zu halten und zu vertheidigen gemeint sei. Nun kenne man auch diesseits den gleichen patriotischen Zweck des hildesheimer Bundes, demnach sei ein gemeinsames Interesse vorhanden, man stehe zusammen in einem Schiffe. Daher wäre das beste, wenn sie die Adressaten zu ihnen herüberträten. Man gebe ihnen anheim, den andern Genossen der hildesheimer Allianz Mittheilung zu machen und sie zu vermögen, zu dieser gesamten Defensivkonjunktion mit hinzuzutreten, ohne jedoch fremde ausländische Händel mit hinein zu mengen.

Auf das Anschreiben des Mainzers antwortete zuerst der Bischof von Münster, noch ehe der Entwurf der Einladung, welcher zirkulirte, in seiner Hand war. Er bleibe bei seinen Bedenken wegen Vertiefung mit mächtigen Kronen und Ständen und sonderlich denen, welche außer Reiches in Kriege verwickelt seien; da wäre denn doch eine Verbindung mit den General-Staaten rathsamer und werde auch die geeignet sein, den bei den Protestanten etwa aufsteigenden Argwohn, als wenn man unter ihnen Spaltung hervorrufen wolle, niederzuschlagen. [2] Gegen die Admission der Braunschweiger und Kassels scheint er nach wie vor nichts

[1] Mitgetheilt von Köcher S. 703. Ich benutze dieselbe Abschrift in Hannover. In den Archiven der Katholischen ist das Schriftstück verschwunden.

[2] 12. Mai 1656. — Münster.

einzuwenden zu haben. Nur gegen Schweden beherrschte ihn ein tiefgehendes Mißtrauen.

Köln und Trier schrieben in ähnlichem Sinne, auch sie nahmen besonders an einer etwaigen Aufnahme der Schweden Anstoß, ja schienen, als davon der erste Gedanke laut wurde, sich ganz zurückziehen zu wollen.[1]

Auch der Pfalzgraf hegte wegen der Schweden dieselben Bedenken, die zu zerstreuen Boineburg sich alle erdenkliche Mühe gab.[2]

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen am 23. Mai 1656. — Düsseldorf.

[2] Nicht weniger als drei Briefe von ihm an den Pfalzgrafen von einem Tage, dem 23. Mai 1656, liegen vor mir. Das Allianzwerk geht ihm viel zu schläfrig. Trier und Köln scheinen sich ganz zurückziehen zu wollen. Die projektirte Aufnahme der Schweden ist ihnen zuwider. Aber, ohne diese zu nennen, könne man unmöglich Braunschweig und Hessen einladen. Die Schweden nicht aufzunehmen, sei gefährlicher, als mit ihnen verbunden zu sein, man würde dann weit eher in fremde Händel verflochten werden, als wenn man mit ihnen zur Manutenenz des Friedens verbunden sei. Auch er, der Pfalzgraf, werde namentlich besser bedeckt dastehen, wenn die Hildesheimer wo nicht insgesamt, so doch in der Mehrzahl herbeikämen. Er möge doch aus dem Neuburgischen herabeilen, um mit Mainz und Münster die beiden anderen geistlichen Kurfürsten, die so kaltsinnig, zurecht bringen zu helfen, sonst müsse die Allianz in wenigen Wochen in Trümmer gehen. Aber Münster, noch am selben Tage, wo er dies schrieb, erfuhr es Boineburg aus jenem Schreiben des Bischofs vom 12. Mai, wollte ja auch nichts von den Schweden wissen. Da müsse ja, meint er daher im dritten Briefe an den Pfalzgrafen, die Allianz mitten im Sommer zu Schnee und Wasser schmelzen. Auf diese Weise werde auch Kurfürst Johann Philipp des Dinges müde, der Pfalzgraf müsse herunterkommen und die zerfallenen Sachen redressiren helfen. „Gehen E. D. in der Sach auch ab, so ist's mit der Allianz aus und vielleicht mit dem Frieden peu à peu auch vollends. Der Holländer Beitritt oder Mitannahme ist nicht leichter zu resolviren als der Schweden auch, si hi velint perinde accedere. Die Thür dazu hat ja die kur-rheinische und kölnische Abrede allerdings Jedermann geöffnet. Soll sie nun wieder zugesperrt werden, magnam partem haec societas interciderit. Sachen, die nit zum Friedenschluß gehörig noch daher rühren, sind in unserer Friedverfassung unbegriffen. Bella jam coepta et illata alteri gehören dahin auch nit. Es ist ja wissend, daß sie nur contra agressiones violentas pro tutamine et statumine pacis publicae gemacht. Intelligentibus plus satis. Daher ist ja klar, daß die Bemengung mit fremden Sachen hiedurch si Suedi vel accedant ultro vel invitentur vel occasionentur (ut ita loquar) nullo modo zu befahren und noch weniger, je stärker wir alsdann durch den Acceß Anderer sein und bleiben werden. Wer ziehet denn jetzt die Hildesheimischen mit in den polnischen Krieg? Pommern gehört in die hildesheimische Handlung auch nit. Deinde werden die Schweden übergangen, annon inde renasciturae sunt veteres factiones capitales, per quas Imperium dividi potest? — Und mit Pathos an einer andern Stelle: Pro quocunque sub umbra ejusdem coitionis statuum securitas publica reflorescet et reliqua fient quae debent, sine illa omnes in pristinam factionum furiam recidemus . . . . Res bene vadent tunc et, ni id fiat, ruent in pejus retro sublapsae, inemendabiles deinceps partibus inde factis non congregato in unum robore, sine quo vah periit patria et singulorum dignitas, libertas, jus, imperium religio et quid non? — Düsseldorf.

müssen, und zwar auf Grundlage der Bestimmungen der rheinischen Liga und mit dem Beding, daß man sich in fremde auswärtige Kriegshändel zumal nicht einmischen wolle, „sondern allerdings in Teutschland intra conventos terminos mutuae defensionis pro pace communi zu bestehen ist.“ Würde die Krone Schweden den Beitritt ablehnen, werde man wissen, woran man sei, und wäre dann wenigstens bei ihr und den Protestanten der Glimpf erhalten und aller Grund zum Argwohn abgeschnitten; wenn ihr aber gar keine Eröffnungen gemacht würden, möchte sie es für eine Ausschließung achten und schädlicher Unrath daraus erwachsen.

Was den Entwurf des (gleichfalls vom 29. April, wie das kurfürstliche Anschreiben, datirten) Einladungsschreibens[1] anbetrifft, so erinnert dasselbe zunächst an die Recesse zu Frankfurt und Köln von den Jahren 1651 und 1654, welch letzterem der Kurfürst von Mainz mit seinen Stiftern Mainz und Würzburg beigetreten sei. Beide würden den Adressaten bekannt sein. Der Bund sei durchaus reichskonstitutionsmäßig und bezwecke allein Schutz und Erhaltung des Friedens und der Reichsfreiheit wie auch Abwendung aller Besorgnisse, ohne Unterschied und Ausnahme der Religion, sei auch auf keine Liga oder Union angesehen, kurz eine auf den Frieden gegründete General-Defensionsverfassung, welche Keinen ausschließen wolle; der da den Frieden zu halten und zu vertheidigen gemeint sei. Nun kenne man auch diesseits den gleichen patriotischen Zweck des hildesheimer Bundes, demnach sei ein gemeinsames Interesse vorhanden, man stehe zusammen in einem Schiffe. Daher wäre das beste, wenn sie die Adressaten zu ihnen herüberträten. Man gebe ihnen anheim, den andern Genossen der hildesheimer Allianz Mittheilung zu machen und sie zu vermögen, zu dieser gesamten Defensivkonjunktion mit hinzuzutreten, ohne jedoch fremde ausländische Händel mit hinein zu mengen.

Auf das Anschreiben des Mainzers antwortete zuerst der Bischof von Münster, noch ehe der Entwurf der Einladung, welcher zirkulirte, in seiner Hand war. Er bleibe bei seinen Bedenken wegen Vertiefung mit mächtigen Kronen und Ständen und sonderlich denen, welche außer Reiches in Kriege verwickelt seien; da wäre denn doch eine Verbindung mit den General-Staaten rathsamer und werde auch die geeignet sein, den bei den Protestanten etwa aufsteigenden Argwohn, als wenn man unter ihnen Spaltung hervorrufen wolle, niederzuschlagen.[2] Gegen die Admission der Braunschweiger und Kassels scheint er nach wie vor nichts

[1] Mitgetheilt von Köcher S. 703. Ich benutze dieselbe Abschrift in Hannover. In den Archiven der Katholischen ist das Schriftstück verschwunden.

[2] 12. Mai 1656. — Münster.

einzuwenden zu haben. Nur gegen Schweden beherrschte ihn ein tiefgehendes Mißtrauen.

Köln und Trier schrieben in ähnlichem Sinne, auch sie nahmen besonders an einer etwaigen Aufnahme der Schweden Anstoß, ja schienen, als davon der erste Gedanke laut wurde, sich ganz zurückziehen zu wollen. [1]

Auch der Pfalzgraf hegte wegen der Schweden dieselben Bedenken, die zu zerstreuen Boineburg sich alle erdenkliche Mühe gab. [2]

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen am 23. Mai 1656. — Düsseldorf.

[2] Nicht weniger als drei Briefe von ihm an den Pfalzgrafen von einem Tage, dem 23. Mai 1656, liegen vor mir. Das Allianzwerk geht ihm viel zu schläfrig. Trier und Köln scheinen sich ganz zurückziehen zu wollen. Die projektirte Aufnahme der Schweden ist ihnen zuwider. Aber, ohne diese zu nennen, könne man unmöglich Braunschweig und Hessen einladen. Die Schweden nicht aufzunehmen, sei gefährlicher, als mit ihnen verbunden zu sein, man würde dann weit eher in fremde Händel verflochten werden, als wenn man mit ihnen zur Manutenenz des Friedens verbunden sei. Auch er, der Pfalzgraf, werde namentlich besser bedeckt dastehen, wenn die Hildesheimer wo nicht insgesamt, so doch in der Mehrzahl herbeikämen. Er möge doch aus dem Neuburgischen herabeilen, um mit Mainz und Münster die beiden anderen geistlichen Kurfürsten, die so kaltsinnig, zurecht bringen zu helfen, sonst müsse die Allianz in wenigen Wochen in Trümmer gehen. Aber Münster, noch am selben Tage, wo er dies schrieb, erfuhr es Boineburg aus jenem Schreiben des Bischofs vom 12. Mai, wollte ja auch nichts von den Schweden wissen. Da müsse ja, meint er daher im dritten Briefe an den Pfalzgrafen, die Allianz mitten im Sommer zu Schnee und Wasser schmelzen. Auf diese Weise werde auch Kurfürst Johann Philipp des Dinges müde, der Pfalzgraf müsse herunterkommen und die zerfallenen Sachen redressiren helfen. „Gehen E. D. in der Sach auch ab, so ist's mit der Allianz aus und vielleicht mit dem Frieden peu à peu auch vollends. Der Holländer Beitritt oder Mitannahme ist nicht leichter zu resolviren als der Schweden auch, si hi velint perinde accedere. Die Thür dazu hat ja die kur-rheinische und kölnische Abrede allerdings Jedermann geöffnet. Soll sie nun wieder zugesperrt werden, magnam partem haec societas interciderit. Sachen, die nit zum Friedenschluß gehörig noch daher rühren, sind in unserer Friedverfassung unbegriffen. Bella jam coepta et illata alteri gehören dahin auch nit. Es ist ja wissend, daß sie nur contra agressiones violentas pro tutamine et statumine pacis publicae gemacht. Intelligentibus plus satis. Daher ist ja klar, daß die Bemengung mit fremden Sachen hiedurch si Suedi vel accedant ultro vel invitentur vel occasionentur (ut ita loquar) nullo modo zu befahren und noch weniger, je stärker wir alsdann durch den Acceß Anderer sein und bleiben werden. Wer ziehet denn jetzt die Hildesheimischen mit in den polnischen Krieg? Pommern gehört in die hildesheimische Handlung auch nit. Deinde werden die Schweden übergangen, annon inde renasciturae sunt veteres factiones capitales, per quas Imperium dividi potest? — Und mit Pathos an einer andern Stelle: Pro quocunque sub umbra ejusdem coitionis statuum securitas publica reflorescet et reliqua fient quae debent, sine illa omnes in pristinam factionum furiam recidemus . . . . Res bene vadent tunc et, ni id fiat, ruent in pejus retro sublapsae, inemendabiles deinceps partibus inde factis non congregato in unum robore, sine quo vah periit patria et singulorum dignitas, libertas, jus, imperium religio et quid non? — Düsseldorf.

Fast gewinnt man den Eindruck, als wenn dieser Widerspruch, der sich von allen Seiten gegen das Projekt einer Verbindung mit sämtlichen Theilhabern des hildesheimer Bundes, zumal den Schweden erhob, die Mainzer anstatt abzuschrecken nur dazu angestachelt hätte.

Uebrigens lenkte ziemlich rasch wenigstens Pfalzgraf Philipp Wilhelm ein. Er war Staatsmann genug, um dem politischen Programm des Mainzers und dessen Eifer ein Opfer bringen zu können, als er bemerken konnte, daß derselbe die Sache sehr ernst nahm und aus dem Nichteingehen auf seinen Vorschlag ein Zerrinnen selbst ihrer alten Liga prognostizirte. Freilich leiteten hierbei den Pfalzgrafen selbstische Beweggründe.[1] Eine Verbindung mit den Braunschweigern, um welche er bereits geworben, schien ihm schon wegen deren Mitstandschaft im westphälischen Kreise (wegen Hoya und Diepholz) in mancherlei Beziehungen nutzbringend sein zu können, desgleichen eine solche mit den Hessen. Gegen Paderborn konnte überhaupt wegen der Glaubensgenossenschaft kein Einwand vorliegen. Und wenn man sich mit den Schweden verband, so waren diese schadlos gemacht und jene leidigen Beklemmungen wegen eventueller Geltendmachung der pfalz-zweibrückischen Ansprüche auf die jülich-bergischen Successionslande hatten ein Ende. Und die Beziehungen der Schweden zu dem Brandenburger waren trotz des momentanen Einvernehmens Beider, wie man wohl zu erkennen vermochte, noch lange nicht klar und durchsichtig genug, daß man nicht doch noch einen Umschlag dieser Harmonie erwarten und dann statt einer Unterstützung dieses Erbfeindes durch die Schweden einen Bruch zwischen den Beiden hätte erhoffen dürfen. Dann erst recht war des Pfalzgrafen Platz an der Seite der Schweden.

Die beweglichen Erinnerungen Boineburgs hatten also an dieser Stelle guten Erfolg. Philipp Wilhelm schrieb zurück,[2] er verstehe und würdige durchaus die Gründe, welche Jener gegen die ablehnende Haltung der drei andern Alliirten geltend mache. Auch sei er geneigt, neben

---

[1] Eine offene Frage dürfte die sein, ob und wie weit Philipp Wilhelm, als er sein Widerstreben aufgab, unter französischem Einfluß handelte. Man wird vielleicht, da die deutschen Archive über jene Einflüsse auf Neuburg, Mainz und Köln keinen Aufschluß gewähren oder doch nur ganz verschwindende Spuren erkennen lassen, aus den französischen Archiven hierüber mehr Aufklärung erwarten dürfen. Immerhin mag schon hier die Frage angeregt werden, ob nicht Mainz und mit ihm Neuburg wenigstens im Einverständniß mit den Plänen Mazarins ihre Allianzerweiterungspläne schmiedeten und dann mit dem Vertrauen auf diesen Rückhalt energisch verfolgten. Die innere Wahrscheinlichkeit dieser Hypothese läßt sich nach den dunklen Verhandlungen mit den Emissaren Mazarins, von denen wir oben wenigstens eine Ahnung erhielten, wohl nicht ganz von der Hand weisen.

[2] Am 28. Mai. — Düsseldorf.

dem Kurfürsten von Mainz mit auf Trier und Köln einzuwirken,[1] damit sie zustimmten; auch bei dem Bischof von Münster werde er ein gleiches versuchen. Einen Mittelweg finde er darin, daß man zunächst besonders an Hessen-Kassel und Braunschweig schreibe und dabei, anstatt der Hildesheimer Allianz Erwähnung zu thun, nur bemerke, daß es den Einladenden lieb und angenehm sein würde, wenn sie außer sich selber noch andre benachbarte Fürsten und Stände mit zur Allianz brächten. Niemand würde ein derartiges Vorgehen übel nehmen können, selbst nicht die Schweden. In dieser Form würden wohl auch die bis jetzt Widerstrebenden gegen eine Einladung Jener nichts mehr zu erinnern haben. Auf diese Weise würden auch die Hildesheimer nicht als ein Bundeskörper beitreten, was den Vortheil mit sich führe, daß sie nicht auf ihre frühere Allianz sich berufen, denen, die sie einlüden, einen Bundesbeschluß aufdringen und ihrem Direktorium sich entziehen, ja unter Herbeibringung anderer protestantischer Stände den katholischen Bundesgliedern Gesetze vorschreiben könnten.

Mit dieser Wendung des Pfalzgrafen war für Mainz schon viel gewonnen. Die beiden Kurfürsten jedoch von Trier und Köln schienen sich immer unlustiger zu erzeigen.[2] Boineburg in großer Verlegenheit drängte daher den Pfalzgrafen zur Rückkehr nach dem Rhein, damit er einen Zerfall der Liga mit verhüten helfe.

Abgesehen von der eigenen Abneigung Jener vor einer Vertiefung mit den Protestanten, vor allen den Schweden, scheinen auch gewisse Einflüsterungen von Wien her nicht wirkungslos geblieben zu sein. Denn schon hatte man dort von diesem ganzen Plane Kenntniß und war davon wenig erbaut.[3] Der österreichische Deputirte Volmar, ein

---

[1] Ja, er will auf den Wunsch des Kurfürsten von Mainz selbst in die rheinischen Lande zurückkehren, obschon er vorgehabt, bis zum nächsten Frühling in den neuburgischen Besitzungen zu verweilen, um „die Mittel, so man anderwärts hundertfältig braucht, möglichst zusammenzusparen.“ Er wolle gern das publicum seinem privato vorziehen.

[2] Boineburg an den Pfalzgrafen am 5. Juni: Kur-Trier und Kur-Köln sind ganz rückgängig und begehren keine Stärkung der unentbehrlichen Verständniß über des Friedens Haltung. Ob sie die spanischen Winterquartiere allein wehren können, stehet dahin. — Düsseldorf.

[3] Hierbei spielt wohl Krosigk eine gewisse Rolle, welcher sich im Auftrage des Landgrafen zu jener Zeit in Wien befand und vielleicht nicht vorsichtig genug auftrat. Er schreibt von dort aus am 31. Mai (10.) Juni an Badenhausen: Boineburg schreibt mir sub rosa und hab es auch auf Kassel geschickt, daß Kur-Trier und Köln mit dem Schreiben an Braunschweig und Hessen noch anstehen. Allhier ist man übel mit solchen Liguen zufrieden. Kur-Mainz aber ist wohl recht, aber nicht allhier mehr so wohl daran als vor diesem. Das kann man sonderlich nicht verdauen, daß man Schweden und die Staaten sucht mit in solche Verfassung zu nehmen. — Vultejus

Werkzeug Auerspergs, wird Befehl erhalten und nicht versäumt haben, in Frankfurt alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit eine Verschmelzung der rheinischen Allianz mit der hildesheimer unterbleibe. Er schrieb an Boineburg, daß er dringend von einer Einladung der Schweden abmahnen müsse.[1] Wie mochte er erst hinter dessen Rücken auf die Alliirten des Mainzers einzuwirken suchen! Es entging nicht, daß er in dem Briefe an Boineburg so ziemlich dieselben Gründe in's Feld führte, die der Kurfürst von Köln in seinem ablehnenden Schreiben vom 14. Mai angezogen hatte.[2]

Kur-Köln wiederum hatte auf Trier's Verhalten den bestimmendsten Einfluß geübt: denn dieses hatte zuerst den Entwurf an die Häuser Braunschweig und Hessen-Kassel vom 29. April unterzeichnet, die Unterschrift aber unter Anführung der Bedenken des Kölners widerrufen.

Boineburg aber war gegen die Einflüsterungen des Oesterreichers auf seiner Hut. Durch Mehl ließ er mehrfach den kölnischen Deputirten Aldenhoven mit den bekannten Gegengründen bearbeiten. Einer Einladung zu persönlicher Rücksprache mit dem Kurfürsten Johann Philipp nach Mainz lehnte jedoch Aldenhoven mit der einfachen Erklärung ab, daß er ohne seines Herrn Erlaubniß sich auf solche Sachen nicht einlassen könne. Er berichtete aber nach Hause und empfing hierauf eine Note des Kurfürsten, worin nochmals dessen Bedenken wegen der Admission der Schweden ausführlich erläutert waren.[3] Er las dieses

---

an Badenhausen am 3. (13.) Juni: Wollte Gott, daß Herr K. (Krosigk) in diesen und dergleichen Sachen etwas behutsamer ginge. Sorge, seine Reise nach Wien wird uns noch mehr damit belasten. — Marburg.

[1] Geht, wie die unmittelbar folgenden Angaben, hervor aus dem Bericht des kur-kölnischen Deputirten Aldenhoven in Frankfurt an seinen Herrn vom 25. Juni 1656. — Düsseldorf. — Ende Juli sucht Volmar durch den münsterischen Deputirten Bisping in Erfahruug zu bringen, was der Kurfürst von Mainz wegen der Allianz und der Einladung Schwedens an den Bischof habe gelangen lassen. Relation Bispings vom 2. August 1656. — Münster. — Der braunschweigische Deputirte Heyland an Herzog Augustus vom 21. Juli (10.) August: Wie er vernommen, habe Volmar, dem dies Werk gar nicht schmecke, bei Köln und Trier diesen Skrupel (die besorgliche Verwicklung in die schwedisch-polnischen Händel) moviret, um das Werk dadurch gar zu hintertreiben. — Hannover. Köcher S. 222.

[2] Bericht Aldenhovens vom 25. Juni 1656. 1656. — Düsseldorf.

[3] Vom 2. Juli, nicht bei den Akten. Die Thatsache ergiebt sich aus der Relation Aldenhovens vom 9. Juli. — Düsseldorf. Eines der Bedenken des Kölners war, daß der König von Schweden, weil er in einem auswärtigen Krieg begriffen und mit seiner Armee so weit abwesend wäre, allem Ansehen nach zu der Allianz sich nicht verstehen noch so viel von seinen Völkern, als zu solcher Verfassung vonnöthen, nicht missen wollen würde. So berichtete Heyland am 29. October dem brandenburgischen Deputirten Hübner. (S. dessen Bericht an den Kurfürsten vom 21. September (1. October 1656. — Berlin).

Schriftstück dem Kanzler Mehl vor, welcher, der ganzen Allianzangelegenheit überhaupt wenig sympathisch gegenüberstehend, erklärte, daß seiner Privatmeinung nach diese Bedenken so erheblich seien, daß er sie gelten lassen müsse.

In denselben Tagen hielt Volmar es für zeitgemäß, direkt seine Schritte zu dem Kurfürsten Johann Philipp selbst zu richten. Als er in Erfahrung brachte, daß in den ersten Julitagen der Kurfürst von Mainz nach Würzburg aufbrechen werde, suchte er dessen Weg zu kreuzen und traf ihn auch wirklich unterwegs zu Langen an. Hier rieth er in des Kaisers Namen dringend von einer Verbindung wenigstens mit den Schweden ab, indem er auf die Gefahr einer Verwickelung in die auswärtigen Kriegshändel dieser Macht hinwies. Umsonst.

Johann Philipp war nicht so leicht von seinem Plane abwendig zu machen. Derartige Bedenken hatten für ihn keine Geltung. Gerade, was Köln und Trier besorgten und Volmar warnend vor Augen stellte, wollte er ja durch seine Kombination der beiden Allianzen verhindern. Fürwahr, er baute felsenfest auf die Weisheit seiner Eingebungen, die er zu einem System gestaltete, mit welchem er Deutschland in den sicheren Port des Friedens hineinzusteuern träumte. Gerade durch seine Allianz wollte er ja die Schweden wie auch die andern Gewalten, von welchen für das Reich Gefahren zu erwarten standen, zwingen, Ruhe zu halten. Er klammerte sich daher fest an die einmal beschlossene Idee, die Hildesheimer zu gewinnen, um den ersten Erfolg seines Systems der staunenden Welt vorführen zu können und dann mit desto größerer Aussicht auf Erfolg weiter in den Bahnen sich fortzubewegen, welche zu der großen allgemeinen Friedensgarantie führen mußten.[1]

Da trat auch eine Wandelung zugunsten seines Planes in der Stimmung des Bischofs von Münster ein, vermuthlich ein Erfolg der Mitwirkung des Neuburgers. Am 13. Juli traf Rath Wiedenbruck auf der Durchreise nach Wien in Frankfurt ein und erzählte dem Dr. Aldenhoven, er habe dem Kurfürsten von Mainz zu erklären den Auftrag gehabt, daß sein Herr der Bischof allerhand Bedenken halber zwar lieber sehen würde, wenn in dem Einladungsschreiben an Hessen und Braunschweig des hildesheimer Bundes gar nicht Erwähnung geschähe, daß er dennoch aber den Entwurf vom 29. April unterzeichnen wolle. Der Kurfürst Johann Philipp habe hierauf sofort befohlen, diesen Beschluß

[1] Boineburg drückt dies in dem einen seiner Briefe an den Pfalzgrafen vom 23. Mai 1656 folgendermaßen aus: wodurch paullatim per singulares conscendendo man ad inductionem et coalitionem universi Imperii et ad garantiam generalem gelangt.

an den kur-kölnischen Hof zu notifiziren und demselben gleichmäßig die Ausfertigung jenes Schreibens anheimzustellen.[1]

Nur der Kurfürst von Köln verblieb starr bei seiner Forderung, in dem Einladungsschreiben alle jene Stellen zu streichen, welche auf den hildesheimer Bund Bezug nähmen. Johann Philipp von Mainz mußte also wohl oder übel in diese Bedingung willigen, wenn nicht der ganze Plan Schiffbruch leiden sollte. Jedoch eher nicht, als bis zuvor Heyland erklärt hatte, daß die Auslassung jener Stellen bei seinen Herren kein Nachdenken verursachen werde.[2]

Aldenhoven hatte dem Braunschweiger Heyland und ähnlich Boineburg dem Hessen Badenhausen versichert, der Kurfürst von Köln widerstrebe einer Verbindung mit den Schweden weniger im Prinzip als aus Besorgniß vor einer bevorstehenden Ruptur zwischen denselben und den vereinigten Niederlanden,[3] woraus für seine Lande mancherlei Gefahren erwachsen würden, wenn er mit den Schweden alliirt sei. Man möge daher nur eine Weile verziehen, bis über das Verhältniß Schwedens zu Holland völlige Klarheit herrsche. Ein derartiges Motiv wird den Kurfürsten von Mainz zum Nachgeben nicht bewogen haben; viel eher aber der Wunsch, dadurch den Machinationen Volmars, welche bei weiterer Fortdauer dieser schroffen Gegensätze zwischen Mainz und Köln (man erinnere sich auch des Direktorialstreites) schließlich das ganze Bundeswerk auflösen konnten, die Spitze abzubrechen, alsdann die Furcht, durch längeres Säumen Hessen und Braunschweig zu verletzen oder gar unlustig zum Werk und abwendig zu machen, und schließlich die stille Zuversicht, daß auch ohne Festhalten an jenen dem Kölner bedenklich erscheinenden Wendungen des Einladungsschreibens auf allerlei andren Wegen schließlich zu der Allianz mit den Schweden zu gelangen sein werde. Denn dahin gingen nun einmal die festen Vorsätze des Kurfürsten. Auf der einen Seite mit Frankreich anzubahnen, auf der andern mit den Schweden, um so von beiden Seiten gegen das der Freiheit der deutschen Stände wie dem allgemeinen Frieden gefährlich erscheinende Haus Habsburg das Gleichgewicht zu halten, dies war sein Ideal, dessen

---

[1] Relation Aldenhovens vom 16. Juli. — Düsseldorf. Die Unterredung Wiedenbrucks mit dem Kurfürsten muß noch in Mainz vor der Abreise des letzteren nach Würzburg stattgefunden haben.

[2] Bericht Aldenhovens vom 6. August, der es freilich nur gerüchtweise wiedergiebt. Vielleicht ließ man sich von den Kasselern eine gleiche Versicherung geben.

[3] Sollten nun die Holländer eine Diversion gegen Bremen machen und S. K. D. zur Defension requirirt werden, so könnte er diese nicht leisten, da er mit Holland an vielen Orten hierunter meslirет. Relation Heylands vom 26. Juli (5. August) 1656. Hannover; benutzt auch von Köcher mit dem falschen Datum praes. 3. Juni.

Erreichung er durch starres Festhalten an einer reinen Formalität zu gefährden er am Ende doch Anstand nahm.

Sobald einmal diese Schwierigkeit beseitigt war, ergab sich die Form des für Braunschweig und Hessen bestimmten Einladungsschreibens von selbst. Man brauchte eben nur jene bedenklichen Stellen, welche auf die hildesheimer Allianz zielten, zu tilgen. Und also geschah es. Die endgültige Redaktion des Schreibens erfolgte am 18. Juli; aber erst Anfang August wurde es von Mainz auf den bekannten Rundweg gesandt.[1] Am 16. August traf es, vom Kurfürsten Karl Kaspar von Trier vollzogen, bei Maximilian Heinrich von Köln ein, der es seinerseits unterfertigte und zu gleichem Zweck dem Bischof von Münster zustellte, der es dann weiter an den Pfalzgrafen geben sollte.[2] Am 25. August meldete Christoph Bernard, daß er beides gethan.[3] Der Pfalzgraf endlich stellte das nunmehr von allen Alliirten unterzeichnete Schreiben am 14. September dem Kurfürsten von Mainz zurück, damit er es endlich an die Adressaten gelangen lasse.[4] Gleich nach der Ankunft des Schriftstückes übergab Boineburg dasselbe zu Frankfurt im Namen des Kurfürsten dem braunschweigischen Deputirten Heyland mit dem Ersuchen, die Sache nach Möglichkeit zu fördern.[5] Am 21. September ging das Schreiben mit der Post auf Bevern, wo der Herzog Augustus augenblicklich Hof hielt. Dem hessen-kasselschen Deputirten Badenhausen gab Boineburg einfach Kenntniß von der Einhändigung des Schreibens an Heyland:[6] dem Landgrafen werde dasselbe von den braunschweiger Herzögen zukommen.

Wir wenden uns zu den Eingeladenen selbst zurück. Von jenem Entwurfe vom 29. April hatte zuerst Krosigk Wind bekommen; Boineburg hatte ihm wohl unter dem Siegel der Verschwiegenheit davon Mittheilung gemacht.[7] Aber auch der Braunschweiger Heyland erhielt

[1] Mir lagen Abschriften aus den Archiven zu Münster, Hannover und Berlin vor. S. Köcher S. 703 Anhang und S. 222 Anm. 3.

[2] Anschreiben des Kurfürsten an den Bischof vom 17. August 1656. — Münster.

[3] Anschreiben an den Pfalzgrafen vom selben Tage. — Münster.

[4] Nachricht vom gleichen Tage an den Bischof Christoph Bernard. — Münster.

[5] Diarium Heylands unterm 10. (20.) September 1656. — Hannover.

[6] Diarium Heylands vom 11. (21.) September.

[7] Krosigk aus Kassel an Badenhausen in Frankfurt am 3. (13.) Mai: „denn es soll ein secretum sein.“ — Marburg. Durch das Schreiben erfahren wir auch, daß der französische Hof die mainzischen Allianzerweiterungspläne freudig begrüßte, als ob „Kur-Mainz und seine Mitgenossen suchen die Ligue zu machen für die Garantie mit Frankreich. Denn, wenn Frankreich kann, hat der Kaiser den Krieg gewiß auf dem Halse. Allein das ist die Meinung von Kur-Mainz nicht, sondern sich hors du jeu zu halten und Oesterreich und Frankreich gewähren zu lassen.“

bei guter Zeit Kenntniß davon,[1] und zwar auf besondren Befehl des Kurfürsten Johann Philipp durch den Kanzler Mehl — die erste direkte Annäherung an die Braunschweiger. In schmeichelhaftester Weise wußte Mehl an die Anerkennung der friedliebenden Politik des Hauses Braunschweig anzuknüpfen, welche dasselbe vor allen andern evangelischen Reichsständen auszeichne. Der Kurfürst von Mainz trage ganz und gar keine Lust, auf den konfessionellen Unterschied Werth zu legen und befänden sich hierin mit ihm auch seine Alliirten vom Jahre 1651 im Einvernehmen. Die Einladung an Braunschweig und Hessen-Kassel zu gemeinsamer Vereinigung erfolge zu Zwecken der Erhaltung des öffentlichen Ruhestandes nach den Normen des Friedensinstrumentes zu keines Menschen Offension, ausschließlich wider die Störer dieser Ruhe. Jedwedem deutschen Reichsstande stehe der Eintritt offen, auch auf Begehren selbst der Krone Schweden wegen ihrer auf deutschem Reichsboden erworbenen Fürstenthümer. Man hoffe auf diesem Wege zu der Universalgarantie zu gelangen, welche dann diese Partikularzusammensetzung überflüssig machen werde.

Heyland übernahm zunächst nur die Uebermittelung dieser Gesinnungen an den Herzog Augustus allein. Um das Geheimniß zu wahren, nahm er diese Eröffnungen Mehls selbst nicht in sein Diarium auf, von dem man Abschriften aus Wolfenbüttel nach Celle und Hannover mitzutheilen pflegte. Er bat aber um Verhaltungsmaßregeln. Am 13. (23.) Mai konnte er auch jenen Entwurf vom 29. April und jenes Schreiben des Mainzers an Köln und Münster vom gleichen Tage, wie er sich's durch „Künste und gute Hände“ zugänglich zu machen verstanden, dem Herzog mit dem Ersuchen um vorläufige Geheimhaltung einsenden. Er wußte dabei zu melden, daß Hessen-Kassel die Einladung gar gern sehen würde, weil eine solche Verbindung zu Stabilirung des lieben Friedens gar dienlich sein könnte.[2] Dem Hessen Badenhausen, welcher den Entwurf vom 29. April selbst noch nicht zu Gesicht bekommen hatte, war Heyland wohl mit überlegener Miene gegenüber-

---

[1] Relation Heylands an Herzog Augustus vom 6. (16.) Mai. S. Köcher (S. 196 und 221), welcher niemals die alte Datirung nach dem julianischen Kalender, dem damals noch viele Protestanten, auch die Braunschweiger, folgten, auflöst und stets die Datirung der Schriftstücke selbst wiedergiebt.

[2] Relation Heylands vom 13. (23.) Mai. — Hannover. Die Anschauung Krosigks in einem Briefe vom 12. (22.) Mai aus Kitzingen (er befand sich auf der Reise nach Wien) an Badenhausen: Zwischen Frankreich und dem Kaiser muß es bald zum Kriege kommen. Halten wir Deutschen nun nicht zusammen und machen eine starke dritte Partei, dürfte der Eine oder der Andre mit implizirt werden sowohl als mit Frankreich und das Gelag endlich wieder von Deutschland bezahlt werden; selbiges kann gar leicht in ein total Ruin und eine ganz andre Form kommen. — Marburg.

getreten, als er ihm eröffnete, daß er das Schriftstück kenne. In Kassel, wo ohnehin seit der Abreise Krosigks der Wind aus einer andren Richtung wehte — denn Vultejus war kein Freund der mainzischen Pläne —, verstimmte diese Ueberflügelung durch den Braunschweiger einigermaßen.[1]

Denn berichtete nicht auch Badenhausen, daß Heyland, anstatt sich ihm zu nähern, eher zurückzog? Man wünschte, daß der Vorschlag der Ligirten, an Braunschweig und Hessen zu schreiben, niemals vorgekommen sein möchte; man könne ja wahrnehmen, daß es nur darauf abgesehen sei, beide Häuser, besonders aber Hessen bei den Schweden und den Evangelischen überhaupt verdächtig zu machen. Sonst wäre ja Boineburg nicht „so laut damit gegangen, da doch solches neben dem prätendirten Zweck für ein secretissimum angegeben worden.“ Daran aber trage nur Krosigk die Schuld, welcher bei allen Evangelischen für verdächtig gehalten werde. Er meine es ja gut mit seinem Herrn, doch seien seine Prinzipien gefährliche und laufe dabei sein Partikularinteresse so stark mit unter, „daß darin nicht fehlzuschlagen er alles auf dessen Horizont zu akkommodiren suche.“[2] Man vernahm, daß der schwedische Resident im Haag geäußert habe, der Landgraf wäre bereits mit den katholischen Ligirten gegen Schweden eingestiegen, wogegen der Landgraf allen Ernstes nachdrücklich Verwahrung durch ein besondres Schreiben an den König Karl Gustav einlegen zu müssen glaubte, ja für nöthig erachtete, einen besonderen Gesandten an den König abzuordnen, welcher derartige Verleumdungen wirkungslos machen sollte.[3] Badenhausen erhielt Befehl, auch in Frankfurt bei Snoilsky gegen solchen Argwohn vorzubauen.

Uebrigens wurde in Kassel bezweifelt, daß die braunschweigischen Minister so schnell bei der Hand sein würden, auf das mainzische Projekt einzugehen, wie etwa Heyland sich und den Ligisten vorspiegeln mochte. Doch war man hier nach wie vor selbst zum Beitritt entschlossen, vorausgesetzt daß auch Schweden, vielleicht auch (das mit Frankreich alliirte) Brandenburg mit hinzukäme. Man wollte eben auf keinen Fall unter allen protestantischen Ständen allein mit den Katholiken einsteigen, um sich die Glaubensgenossen, zumal die mäch-

[1] Vultejus an Badenhausen am 13. (23.) Mai: Daß Herr Heyland von dem an Braunschweig und Hessen destinirten Schreiben schon Wissenschaft, importirt ein näheres und sothanes Vertrauen mit den Katholischen sonderlich den Ligirten, daß er darin wohl Herrn Präsidenten Krosigk nichts nachgeben dürfte. Also sind wir allerends mit dergleichen gar übel dran, noch übler aber die Herrschaften bedienet, wenn sie sich damit umgeben finden. — Marburg.

[2] Vultejus an Badenhausen am 17. (27.) Mai 1656. — Marburg.

[3] Vultejus an Badenhausen am 10. (20.) Juni. — Marburg.

tigeren unter ihnen nicht zu entfremden. Daher diese Politik des Zögerns und Hinhaltens.

Im Hause Braunschweig hegte man andere Bedenken. Besonders gaben hier die Verhandlungen der Ligisten mit den Niederländern, wovon ein dunkles Gerücht in der Luft schwebte, Anlaß zu kühler Zurückhaltung. Denn wie konnte man Neigung empfinden für eine Vermengung mit den ganz außer dem Bereich der braunschweigischen Politik liegenden Interessen der Staaten? Zumal zu einer Zeit, da die maritimen Beziehungen der letzteren wie die der Schweden einem Konflikte zusteuerten. Ueberhaupt machte sich zu jener Zeit eine tiefgehende Abneigung gegen die staatische Politik bei den Braunschweigern bemerkbar. Und des weiteren, eben erst mit dem Kurfürsten von Brandenburg zu einem freundlicheren Verhältniß gefaßt, wollte man denn doch sich aus allen Konstellationen fernhalten, welche dem Hause die Wahl zwischen dem Kurfürsten und dem Neuburger aufgedrängt haben würden, falls es im westphälischen Kreise zum offenen Bruche zwischen diesen beiden feindlichen Potenzen gelangte.

Die Bedenken wegen der Niederlande erfuhren von mainzischer Seite, als Heyland sie errathen ließ, eine Abschwächung, da man jenem Gerücht ein gründliches Dementi entgegenstellte. Mehl betheuerte, das niederländische Projekt laufe seines Herrn Intention gar zuwider, dessen Ziel ja gerade sei, das Reich aus allen Händeln des Auslandes fernzuhalten.[1] Auch der kur-bayrische Gesandte, durch dessen Vermittelung Heyland den Kurfürsten von Mainz über dieses Verhältniß sondiren ließ, brachte zurück, der Kurfürst wisse ganz und gar nichts von diesen Verhandlungen mit den General-Staaten und sei auch dabei nicht interessirt, er halte im Gegentheil solche der gemeinnützigen Intention für nicht gemäß sondern vielmehr hinderlich. Man schob alles auf den Kurfürsten von Köln und stellte das Gerücht als durchaus harmlos dar.[2]

Jene Verstimmung in Kassel schlug sofort um, als Boineburg auch dem Deputirten Badenhausen von dem Entwurf jenes Einladungsschreibens unter vertraulichen Mittheilungen Kenntniß gab.[3] Der Landgraf sprach seine Befriedigung hierüber aus.[4] Der Kanzler Vultejus aber

---

[1] Diarium Heylands unterm 20. (30.) Mai 1656.

[2] Heyland an Herzog Augustus am 3. (13.) Juni 1656. — Hannover. Vgl. Köcher S. 222, Anm. 5.

[3] Badenhausen's Relation vom 27. Mai (6. Juni). — Marburg.

[4] Der Landgraf an Badenhausen am 3. (13.) Juni. — Marburg. Nur Vultejus murrte noch. Er schreibt am gleichen Tage an Badenhausen: Boineburgs vertrauliche Eröffnung bringt den Effekt, den ich allezeit gefürchtet und ist dadurch nichts ausgerichtet als daß, da berührte Schreiben schon hinc inde zur Wissenschaft gelangt,

mußte Badenhausen zu gleicher Zeit anweisen, daß er ergründe, wie weit etwa Kur-Mainz sich mit dem schwedischen Deputirten Snoilsky in diese Sache vertieft haben möge,[1] eventuell dem letzteren selbst von dem Plane des Mainzers Kunde gebe, wonach an sämtliche Glieder der hildesheimer Allianz Einladung zum Eintritt in die rheinische Verfassung ergehen sollte. Man suchte sich eben von vornherein das Vertrauen und den Dank der Schweden zu sichern, mindestens aber ihren Argwohn zu verhüten.

Ende Juli ging dann der braunschweigische Deputirte Heyland, einem Gebrauche der in Frankfurt am Reichsdeputationstag beglaubigten Staatsmänner folgend, zur Erholung auf einige Tage nach dem damaligen Modebade Schwalbach. Seinen Rückweg nahm er, vermuthlich auf Einladung des Kurfürsten Johann Philipp, über Mainz, wo auch, wie die brandenburgischen Deputirten Portmann und Hübner, denen dies wohl zufällige Zusammentreffen bemerkenswerth dünkte, zu berichten nicht versäumten, zur selben Zeit der französische Agent Gravel von Frankfurt erschien.[2] Heyland hielt sich in Mainz am 29. und 30. Juli auf. Der Kurfürst ließ ihn am 30. zu Hofe bitten und verstattete ihm vor dem offiziellen Empfang eine vertrauliche Audienz im Schloßgarten. Die Unterredung währte über eine halbe Stunde. Johann Philipp erklärte hierbei: Es habe viel saure Mühe gekostet, bis man endlich zum Frieden gekommen, an dessen Erhaltung alles gelegen sei. Schon zu Nürnberg (auf dem Exekutionstag) habe er es sich vergebliche Mühe kosten lassen, die durch das Friedensinstrument geschaffene Universalgarantie wirklich in's Leben zu rufen, bis er zur Ansicht gelangt wäre, daß man erst mit wenigen Ständen anfangen müsse. Auf diese Weise sei die Allianz der drei rheinischen (geistlichen) Kurfürsten vom Jahre 1651 entstanden, zu welcher dann Münster und Neuburg beigetreten wären. Dieses kleine Werk habe so viel genützt, daß bisher die Lande jenseits des Rheins mit keinen weiteren Einquartierungen wären belegt worden. Jetzt erheische die Nothdurft die Ausdehnung dieses engeren Verfassungswerkes. Um aber alle Jalousie zu vermeiden, müsse man einige Evangelische herbeiziehen, weshalb man auf Hessen und Braunschweig verfallen sei, deren treuliche Annahme

---

der unserm g. Fürsten und Herrn schon obliegende wiewohl unbegründete Verdacht dadurch gewachsen. Wollte Gott, daß Herr K. (Krosigk) in diesen und dergleichen Sachen etwas behutsamer ginge. Sorge, seine Reise nach Wien wird uns noch mehr damit belasten. — Marburg.

[1] Am 3. (13.) Juni. — Marburg.

[2] Diarium Heylands unterm 20. (30.) Juli. — Bericht der Brandenburger an den Kurfürsten vom 3. (13.) August 1656. — Berlin.

um's Allgemeinwohl bewährt und allbekannt sei. Von allen Seiten erhöben sich immer größere Gefahren. Ein Zusammenstoß Frankreichs mit dem Hause Oesterreich sei wohl unvermeidlich und die Spanier stünden noch immer gefahrdrohend an des Reiches Westgrenzen. Die Pläne des Hauses Oesterreich seien dunkel; man höre von wunderlichen Dingen, die man dort im Schilde führe. Allerorten habe man Ursache genug, ein solches Verfassungswerk schleunig zu betreiben. Schon vor Monaten sei ein Einladungsschreiben abgefaßt, das ihm, dem Heyland, bekannt gegeben worden sei. Köln und Trier aber hätten Bedenken erhoben an der darin enthaltenen Klausel von der Herbeiziehung der (nicht einmal mit Namen genannten) Schweden, welche er der Kurfürst in der Absicht hineingebracht habe, um Jedermann den Argwohn zu benehmen, als ob man etwas andres dahinter suche als die Erhaltung des Friedens. Köln und Trier hätten Angst vor einer Verwickelung in die polnischen und preußischen Wirren. Er habe deswegen mit Köln einige Schreiben gewechselt, worüber Zeit verstrichen und die Absendung des Einladungsschreibens verzögert worden sei. Jetzt aber sei beschlossen, jene Klausel ganz wegzulassen, aber bei der ersten Konferenz in Umfrage zu bringen, ob und unter welchen Bedingungen die Zuziehung der Schweden gefordert werden könne, ohne daß man sich in ihre auswärtigen Irrungen einflechte. Noch in dieser Woche wolle er daher das Schreiben expediren lassen. Heyland möge vorher über diese Mittheilungen heimberichten, um von vornherein seinen Herren alle ungleichen Gedanken zu benehmen. Ein Seitenwink gab zu berücksichtigen, daß man in Mainz so ziemlich über 2600 Mann zu Fuß und 400 Reiter wirklich in Bereitschaft halte.[1]

Bei Badenhausen aber in Frankfurt erschien Boineburg, um ihn zu vermögen, daß er dem Landgrafen wegen des bisherigen Verzugs des Einladungsschreibens und der Aenderung in der Fassung desselben die wahre Beschaffenheit vermelden wolle.[2] In Kassel hatte man vorgehabt, Badenhausen nach Mainz zu beordern, es aber in Erwartung des Erfolges einer vorher anzustellenden Kommunikation mit dem Hause Braunschweig unterlassen. Die Nachricht von den Eröffnungen Boineburgs empfing man mit großer Genugthuung. Man näherte sich den Wünschen des Mainzers unter dem Einflusse einer Mission des Kurfürsten von Brandenburg, in dessen Auftrag gerade in jenen Tagen

[1] Alles nach der Relation Heylands an Herzog Augustus vom 21. (31.) Juli 1656. — Hannover. Vgl. Wesentliches daraus bei Köcher S. 218 und 222. Die Entschuldigungen des Kölners Aldenhoven bei Heyland wegen der Verzögerung des Einladungsschreibens aus derselben Zeit, s. oben.

[2] Bericht Heylands vom 25. Juli (4. August). — Hannover.

der Freiherr Raban v. Canstein an den Höfen der (mit Brandenburg verbündeten) Braunschweiger und des Kasseler Landgrafen umherreiste, um ein gutes Einvernehmen für die Verhandlungen am Reichsdeputationstage zu bewerkstelligen sowie gemeinsame Vorstellungen beim Kaiser wegen Nichteinmischung in den polnischen Krieg und (wenigstens bei Braunschweig) eventuelle Hülfe gegen die dem Kurfürsten aus dem letzteren etwa zustoßenden Gefährlichkeiten in den Reichslanden auszuwirken. Hierbei kam denn in Kassel die Rede auf vielerlei Sachen, deren in den offiziellen Aktenstücken nicht Erwähnung geschieht.[1] Canstein gab Aufklärungen über die politische Lage seines Herrn. Seine Darstellungen machten den Eindruck, als ob den Herren am kur-brandenburgischen Hofe nicht wenig bang zu sein scheine und sie begännen, die alten seither ziemlich hintangesetzten Freunde wieder zu suchen, was Canstein auch „mit guter Manier ziemlich unter die Nase gerieben" wurde. Nichtsdestoweniger sah man am Kasseler Hofe diese Annäherung des dem Landgrafen verschwägerten angesehenen und waffenmächtigen brandenburger Kurfürsten von Herzen gern, trotz, vielleicht auch gerade wegen der zur Zeit schwebenden Transaktionen mit den katholischen Liirten. Die Nachricht von jenen Eröffnungen Boineburgs kamen den Hessen „ziemlich zu Paß, indem es scheint, Schweden und Brandenburg werden uns veranlassen, mit in die (d. h. ihre schwedisch-brandenburgische) Verfassung zu treten."[2] Daß von beiden Seiten um sie geworben wurde, verlieh ihnen kein geringes Selbstvertrauen und die Sendung Cansteins speziell Gelegenheit, den Katholischen ihren Beitritt zur Liga so kostbar als möglich zu machen. Zugleich aber stieg ihnen auf der andern Seite der Plan auf, auch Brandenburg neben den mit diesem verbündeten Schweden mit zu dieser Verbindung heranzuziehen. Man wird vielleicht gegen Canstein andeutungsweise ein solches Thema berührt haben. Thatsache ist, daß zuerst in den kasselischen Akten von dem Plane gesprochen wird, mit Schweden und Brandenburg vereint dem rheinischen Bunde beizutreten.[3] Auch erhielt gerade in jenen Augusttagen Badenhausen schon den Auftrag, dem Schweden Snoilsky von

---

[1] Wie ausdrücklich Vultejus in einem Schreiben vom 25. Juli (4. August) 1656 erwähnt.

[2] Vultejus an Badenhausen am 3. (13.) August. — Marburg.

[3] Vultejus an Badenhausen am 10. (20.) August 1656: Von dem a parte Kur-Mainz auf's neu vertrösteten Invitationsschreiben hat sich bis noch nichts blicken lassen; will nicht hoffen, daß Kur-Trier und Köln neue Diffikultäten dabei machen werden. Wie sonst bei bewußter Verfassung Neuburg und Kur-Brandenburg kompatiren können, steht bei mir nicht wohl zu begreifen und möchte ich darüber wohl etwas näher informirt zu werden wünschen. — Marburg.

dem mainzischen Projekt einer Einladung an Braunschweig und Hessen Kenntniß zu geben und ihn dabei zu sondiren, ob nicht auch Schweden und Brandenburg mit beizutreten zu bewegen sein möchten, um „dadurch im Reich domui Austriacae et adhaerentibus die Wagschale halten zu helfen und der Katholischen sonst etwa anderwärts ergreifende Desseins zu divertiren". [1]

Also Mißtrauen und gemeinsame Stellungnahme gegen das Haus Oesterreich auf der einen Seite, auf der andern das Bedürfniß nach einem Rückhalt gegen die auch ihrerseits noch immer mit argwöhnischen Seitenblicken betrachteten Invitanten, die Mainzer nicht ausgeschlossen, [2] — dies das Programm des Hauses Kassel, womit es seine Politik der Annäherung nach beiden Seiten hin, an die rheinischen Ligisten wie die verbündeten Schweden und Brandenburger, inaugurirte.

Inzwischen hielt der Kurfürst Johann Philipp von Mainz, als das nunmehr der anstößigen Stellen entledigte Einladungsschreiben auf der Rundreise bei den Alliirten sich wiederum verzögerte, es für angezeigt, seinen Rath Blum an die beiden zur Admission bestimmten Häuser Braunschweig und Kassel abzuordnen mit einer Note Boineburgs, worin die vertrauliche Anfrage geschah, ob im Falle des Ausbleibens jenes Einladungsschreibens man bereit sei, sich in eine besondere Allianz mit Kur-Mainz allein einzulassen. Verblüfft antworteten in Kassel Vultejus und der Kammer-Präsident Sixtinus, daß es ihnen an Vertrauen zum Kurfürsten nicht fehle, sie aber über diese Frage sich doch erst mit den Braunschweigern in's Vernehmen würden setzen müssen. Zugleich betonten sie, daß von einem solchen Bündnisse auch andre evangelische Stände nicht auszuschließen sein würden. [3] Man zweifelte in Kassel an einer zustimmenden Erklärung der Braunschweiger zu solcher Frage, obwohl Blum versicherte, daß Heyland sich in bejahendem Sinne geäußert habe. Man kalkulirte, daß die letzthin (1655) erfolgte nähere Verbindung des Hauses Braunschweig mit dem Brandenburger jenem vermuthlich Ursache geben würde, hierin überhaupt etwas behutsamer zu gehen. Blum ging eilig weiter an die braunschweigischen Höfe, kehrte aber bald zurück, ohne daß wir erfahren, welchen Bescheid er von dort mitbrachte.

---

[1] Vultejus an Badenhausen am 13. (23.) August. — Marburg.

[2] Vultejus u. a. an Badenhausen am 16. (26.) August: Ich kann mich gar nicht in den Handel schicken, daß Kur-Mainz den italienischen Zug der Kaiserlichen (gegen den Herzog von Modena bezw. die Franzosen den Spaniern zur Hülfe) gegen Etliche improbirt, Andre aber und zu Wien, daß S. K. G. dazu mitgestimmt, constanter ausgegeben werden soll. Ob nun dieses ein Stück der daselbst nicht ungewöhnlichen Fickfackerei ist, lasse ich dahingestellt sein. — Marburg.

[3] Vultejus an Badenhausen am 19. (29.) August 1656. — Marburg.

Aus den Berichten Badenhausens über das Benehmen Heylands in Frankfurt schloß man in Kassel, daß man braunschweigischerseits geneigt sei, eventuell mit Mainz absonderlich sich zu setzen.[1] Das ganze Ansuchen ward gegenstandslos, als das Einladungsschreiben bestens vollzogen wieder anlangte.

Welche Stellung man im braunschweigischen Lager zu jenen Anträgen des Kurfürsten von Mainz nahm, welche Heyland nach seiner Audienz bei demselben unterbreitete, ist bald gesagt. Man zog sich behutsam in sich selbst zurück, je lauter auch Heyland in Frankfurt dreinfahren mochte. Und zwar derart, daß man damit in Kassel beinahe Verstimmung erregte.[2] Auf einer Konferenz des Gesamtministeriums des Hauses zu Braunschweig nahm man einfach Akt von jenen Mittheilungen Heylands.[3] Heyland selbst bemerkte als auffällig, daß er keine Weisungen in dieser Angelegenheit empfange.[4] Die Werbung des Mainzers kam gewiß zu unrechter Zeit. Man stand mitten in den Verhandlungen mit Canstein und war die ganze Aufmerksamkeit der dortigen Staatsmänner auf den Norden gerichtet, allwo man jeden Augenblick in höchst verwickelte und gefährliche Läufte verwickelt zu werden befürchten mußte. Man entschied sich unter diesen Umständen einfach für die Politik des Abwartens. Es war ja immer noch Zeit genug, mit der Einladung der rheinischen Ligisten sich zu beschäftigen, wenn sie erst wirklich eingetroffen. Daß dieselbe so lange ausblieb, war immerhin höchst merkwürdig; in Kassel verursachte es nicht wenig Wunderns und Unwillens. Trotz der Neigung zum Beitritt, an der man hier festhielt, nahm man sich doch vor, mit der Resolution auf dies Einladungsschreiben den rheinischen Alliirten nicht gerade entgegenzulaufen, sondern sich Zeit zu gönnen, um darüber nachzudenken, nachdem jene so lange angestanden, bis das Schreiben abgelassen worden.[5]

---

[1] Vultejus an Badenhausen am 26. August (5. Septbr.) 1656. — Marburg. Badenhausen erhielt den Auftrag, Heyland „ferner zu kajoliren, denn er kann nicht wohl bergen, was er weiß."

[2] Vultejus an Badenhausen in einem undatirten Schreiben von Anfang September klagt darüber, daß die Braunschweiger „gar fiers und rar gegen uns in der Korrespondenz nunmehr sind." — Marburg.

[3] Am 7. (17.) August. Protokollarische Aktennotiz in Archivalien des St.-A. Hannover, aus welcher nicht hervorgeht, ob ein Gedankenaustausch der Räthe hierüber erfolgte. Köcher scheint diese Angabe entgangen zu sein.

[4] In seinem Diarium am 22. August (1. September).

[5] Vultejus an Badenhausen am 26. August (5. September) 1656. — Marburg.

14.

Braunschweig und Hessen-Kassel nehmen die Einladung bedingungsweise an.

Etwa am 25. September 1656 wird das die Einladung zum Beitritt enthaltende Schreiben der Alliirten an die beiden protestantischen Häuser in die Hand des Herzogs Augustus von Braunschweig-Wolfenbüttel gelangt sein. Unter dem 20. (30.) theilte dieser es in Abschrift nach Celle, Hannover und Kassel mit. Auch Heyland in Frankfurt erhielt neben der Empfangsbescheinigung die ganz allgemein gehaltene Weisung, bei den Vertretern der Invitanten einstweilen zufriedenstellende Erklärungen abzugeben.[1]

Zu Helmstädt, wo zu Anfang October die Räthe der drei braunschweigischen Linien nach der Gepflogenheit des Hauses, sobald gemeinsame Interessen desselben in Betracht kamen, eine Konferenz abhielten, wurde der Beschluß gefaßt, vorerst auf das Schreiben der Alliirten eine Antwort zu entwerfen.[2] Dies geschah in der wolfenbütteler Kanzlei und Herzog Augustus sandte einen solchen Entwurf am 8. (18.) October zur Begutachtung und beliebiger Vollziehung nach Celle und Hannover.

Dieser dreifache Gang aller Verhandlungen unter den drei Linien, wie nothwendig er auch war, mußte natürlich allemale Verzögerungen mit sich bringen. So trat denn erst am 28. October, immerhin noch rasch genug, eine neue Konferenz des Gesamthauses in der Stadt Braunschweig zusammen, um hier namentlich über die Frage wegen des Beitritts zu der katholischen Allianz eine Vereinbarung zu treffen.

Von vornherein gab man von allen drei Seiten zu, daß die Einladung nicht ohne weiteres abgelehnt werden dürfe, wenn man nicht die, von denen sie ausgegangen, verletzen wolle. Wie aber, so wurde bedenklich gefragt, wenn diese Aufforderung nur erlassen worden wäre, um die Eingeladenen bei ihren Glaubensgenossen in Mißkredit zu bringen oder mit diesen zu entzweien? Auch lasse sich wohl über den Werth einer solchen Verbindung streiten, welche ganz disjunkte Staaten um-

[1] Bei Aldenhoven that er dies, laut seines Diariums, am 30. Sept. (10. Okt.). Derselbe hat bezeugt, daß sein Herr gutes contentement haben werde. — Hannover.

[2] Herzog Augustus an Herzog Christian Ludwig vom 8. (18.) October. — Hannover. Näheres über diese Konferenz vermag auch Köcher nicht anzugeben.

schließen solle und Jedem, also auch den Kleinsten unter den Kleinen den Eintritt gestatte. Als warnendes Beispiel dienten der Schmalkaldener Bund und die Leipziger Union. Als einziges Mittel, allem Unglimpf bei den protestantischen Mitständen von vornherein zu begegnen, schien sich nur das Verfahren darzubieten, daß man den Alliirten erkläre, man werde nur dann ihre Einladung in Erwägung nehmen, wenn auch zugleich eine solche an Schweden und Brandenburg erlassen würde, wie es denn überhaupt als wünschenswerth gelten müsse, daß eine größere Anzahl evangelischer Stände mit eingeschlossen würde.[1] Vor allen Dingen sei mit Hessen-Kassel ein gutes Einvernehmen in dieser Angelegenheit zu bewerkstelligen und hieran fest zu halten. Es wurde sodann die Fassung des im Namen der drei Herzöge abzulassenden Antwortschreibens an die Alliirten endgültig festgesetzt, worin man erklärte, daß nothwendig zunächst eine besondere Konferenz veranlaßt werden müßte, damit man auf beiden Seiten sich über den Fall einigen und über die bereits vorliegende Notel der ersten Zusammensetzung (die hildesheimer oder die kölnische?) vergleichen könne. Man bitte, hierfür Zeit und Ort zu bestimmen, worauf man sich so erweisen werde, daß die Alliirten in der That verspüren würden, daß den drei Herzögen allewege nichts mehr angelegen sei, als beständige Ruhe und Einigkeit im heiligen römischen Reich zu erhalten und fortzupflanzen.[2]

Ein letzter Beschluß der braunschweiger Konferenz lautete dahin, mit Hessen-Kassel in direkte Verhandlungen über die ganze Angelegenheit zu treten und es deshalb zu einer neuen Gesamtkonferenz nach Hildesheim auf den 21. November (1. Dec.) einzuladen. Man folgte hierbei nur einem Vorschlage des Landgrafen Wilhelm selbst, welchen derselbe in seiner Antwort vom 5. (15.) October auf das Anschreiben des Herzogs Augustus vom 20. (30.) September angeregt und, als ihm der Bescheid hierauf zu lange ausblieb, am 29. October (8. Nov.) wiederholt hatte.[3]

---

[1] Man hätte den Beitritt Kur-Sachsens gern gesehen, obwohl man dessen kaiserlich-spanische Politik wohl in Erwägung zog, desgleichen den Württembergs. Hessen-Darmstadt galt bei den Braunschweigern für unzuverlässig und wurde wegen seiner Schwäche wenig geachtet.

[2] Köcher S. 223 und 224 nach dem Konferenzprotokoll vom 28. Oct. (7. Nov.) bis 3. (13.) November. Abschriften der Antwort der Braunschweiger vom 28. Octbr. (7. November) in Hannover und Berlin. Zu berichtigen ist die Angabe Droysens (III, 2 Anm. 359 zu S. 215), daß schon in diesen Schreiben die Bedingung gestellt sei, Schweden und Brandenburg mit aufzunehmen.

[3] Kopien der drei Schreiben in Hannover. Das zweite Schreiben des Landgrafen erging an Herzog Christian Ludwig zu Celle, bei welchem es wenigstens die Wirkung hervorbrachte, daß ihm die Augen darüber aufgingen, wie wenig rücksichtsvoll doch im Grunde der Beschluß einer einseitigen Antwort an die Alliirten sei.

Am 6. (16.) November erließ dann Herzog Augustus den braunschweiger Konferenzbeschlüssen gemäß die Aufforderung an den Landgrafen zur Beschickung des hildesheimer Tages.[1] Unter dem 14. (24.) stellte letzterer das Erscheinen seiner Vertreter in Aussicht.[2]

In Kassel, wohin wir nunmehr unsere Blicke wieder zu richten haben, hatte es zunächst schon Verwunderung und Mißbehagen verursacht, daß die Notifikation des Einladungsschreibens der Alliirten durch Herzog Augustus sich einigermaßen verzögerte.[3] Und als diese dann, etwa am 14. October,[4] eingetroffen war und darauf der Landgraf das Ansuchen stellte, vor der Abfassung einer Antwort an die Alliirten eine Konferenz beiderseitiger Bevollmächtigter zu veranlassen, hatte man sich wiederum über Verzögerung zu beklagen. Zwar wußte man in Kassel sehr wohl in Anschlag zu bringen, daß es im Hause Braunschweig, weil es verschiedene Linien angehe, insgemein mit allen Verhandlungen gar langsam herzugehen pflege. Aber auch dieser Leute Unzuverlässigkeit glaubte man von früheren Anlässen her genügend zu kennen.[5] Wochenlang wartete man vergebens nur auf ein bloßes Anzeichen von der Geneigtheit der Herzöge zum Beitritt in die Allianz. Denn was auch Heyland in Frankfurt versichern und „aufschneiden" mochte, auf dessen Worte glaubte man nichts festes bauen zu dürfen, und zwar um so weniger, als man wissen wollte, daß ein Theil der maßgebenden Persönlichkeiten in den braunschweigischen Ministerien mit ihres Deputirten

---

Die Regierung in Celle schlug wenigstens am 5. (15.) November den Schwesterbehörden in Wolfenbüttel und Hannover vor, mit der Abfertigung dieses Antwortschreibens anzustehen, bis man darüber mit den Hessen konferirt habe. Darauf erwiderte die Regierung in Wolfenbüttel am 10. (20.) November, daß ihrerseits die Antwort an die Alliirten schon vollzogen und in Celle zur Mitausfertigung wohl eingetroffen sei. Ein längerer Verzug werde von den Invitanten nicht wohl aufgenommen werden, weshalb es rathsamer sei, das Schreiben je eher je lieber zu befördern. Am 15. (25.) November ging die Vorantwort vollzogen von Celle nach Hannover ab. — Hannover.

[1] Marburg.

[2] Hannover. Hiernach ist die Angabe Köchers S. 224, Anm. 4 (12. Novbr.) zu verbessern.

[3] Vultejus an Badenhausen am 23. Sept. (3. October). In diesem Schreiben wird der Wunsch nach Herstellung eines besseren Verhältnisses zwischen Mainz und Kur-Pfalz laut, damit letzteres mit zur Allianz treten könne, wodurch diese ein größeres Ansehen gewinnen würde.

[4] Diarium Heylands vom 9. (19.) October: Diesen Morgen avisirte mich Herr v. Vorburg (der kur-mainzische Deputirte im Fürstenkolleg), daß nunmehr das Invitationsschreiben von Wolfenbüttel zu Kassel angekommen wäre. — Antwort des Landgrafen vom 15. October siehe oben.

[5] Vultejus an Badenhausen am 11. (21.) October.

Auftreten zu Frankfurt durchaus nicht eben zufrieden sei.[1] Man wartete mit Fug auf eine direkte Aeußerung von leitender Stelle. Schon zog man mißmuthig in Betracht, daß Herzog Augustus ein wankelmüthiger Herr sei und sein Kanzler Schwarzkopf ihm hierin wenig nachgebe, daß Herzog Christian Ludwig ein lockeres Leben führe und es deshalb mit der Politik wenig ernst nehme, und daß die Abwesenheit des kalenberger Herzogs Georg Wilhelm im wälschen Lande — er lebte in Venedig und raunte man vielfach von apostatischen Neigungen desselben — keine Gewähr für eine beständige und zuverlässige Politik des Hauses Braunschweig leiste.[2]

Schließlich sah Landgraf Wilhelm sich zu jenem Monitorium an Herzog Christian Ludwig vom 8. November gemüßigt, worauf er dann die schon erwähnte Berufung nach Hildesheim erhielt.

Inzwischen aber ging im Auftrage des Landgrafen dessen Vertreter Badenhausen von Frankfurt nach Mainz, um unter anderen Geschäften auch Informationen über den Stand der Allianzangelegenheit zu suchen, wohl auch dem Kurfürsten Aufklärungen hierüber, zumal über die von Braunschweig verursachte Verzögerung zu geben.[3] Hier vernahm er zu seinem großen Befremden, daß auf die Einladung der Ligisten ein vom 8. October datirtes Antwortschreiben der Herzöge von Braunschweig eingetroffen wäre, worin dieselben um Benennung von Zeit und Ort zu näheren Beredungen nachsuchten. Hierob erklärlicherweise große Entrüstung in Kassel, wo man sich vornahm, auf der bevorstehenden Konferenz dies einseitige Vorgehen der Braunschweiger lebhaft zu ahnden, um sich gegen fernere derartige Mißachtung zu schützen. Die ganze Nachricht war falsch und ein Ergebniß der Indiskretionen Heylands, welcher aus Wolfenbüttel eine Abschrift des Entwurfes der braunschweigischen Antwort erhalten und sofort Boineburg oder einem der andren mainzer Räthe mitgetheilt hatte, die sich dann die kleine List erlaubten, Badenhausen gegenüber die wirkliche Ankunft eines solchen Schreibens vorzuspiegeln, wohl in der Absicht, um auf die Beschleunigung der Angelegenheit

[1] Vultejus an Badenhausen am 21. (31.) October. — Marburg.

[2] In dem eben citirten Briefe des Kanzlers Vultejus.

[3] Am 7. November, wie aus einem Berichte des kur-kölnischen Deputirten Aldenhoven an seinen Herrn vom 10. November (Düsseldorf) hervorgeht. Am 19. Novbr. berichtet dann Aldenhoven weiter, daß nach Heyland's Erklärung die Mission Badenhausen's in der Notifikation der hessischen Resolution wegen Miteintretung in die Defensivverfassung bestanden habe; ein Falsum, wenn auch wahrscheinlich Badenhausen bei dieser Gelegenheit vom guten Willen des Landgrafen Versicherungen gegeben haben wird. Daß er nebenbei auch den Bedenken des Landgrafen gegen die Miteinnehmung der General-Staaten Ausdruck zu geben beauftragt war, geht aus einem Briefe des Vultejus an Badenhausen vom 22. November (2. December) hervor.

auch bei Kassel einen gewissen Druck auszuüben. Später freilich sah Boineburg, als die Antwort aus Braunschweig auch wohl wider sein Erwarten ausblieb, sich gezwungen, seine Angaben zu berichtigen, obwohl er und der in anderen Sachen zu Kassel erscheinende mainzische Rath Blum in schwankenden Angaben auch sonst noch ihr möglichstes leisteten.[1] Thatsächlich ist die Antwort des Hauses Braunschweig auf die Einladung der Alliirten erst am 22. November (2. Dec.) expedirt worden und am 8. December am kur-mainzer Hofe eingetroffen.[2]

Es lohnt sich, bei Erwähnung dieses Zwischenfalles einen Blick auf das Treiben des Urhebers desselben, Heyland, zu werfen. In seiner Lebhaftigkeit und seinem Eifer für den Plan einer Koalition zwischen den Rheinischen und den Hildesheimischen beging er in Frankfurt Indiskretionen und Unvorsichtigkeiten, ja Zweideutigkeiten, die das ihm von anderer Seite gespendete Lob wesentlich zu modifiziren geeignet sein dürften.[3]

Schon zu Ende September, als offiziell über den Beitritt Braunschweigs zur Allianz noch gar nichts entschieden war und ohne daß er, soviel ich zu sehen vermag, zu solchen Aeußerungen irgendwie autorisirt war, berichtete er dem brandenburgischen Deputirten Hübner, daß sein Haus das Anerbieten der Ligisten annehmen werde und zu diesem Zwecke sich bereits in Verfassung stelle. Man hoffe auch Bayern mit dazu zu bringen und werde ohne Zweifel ein gleiches Ansinnen an den Kurfürsten von Brandenburg stellen, wenn es noch nicht geschehen, und ebenso an den König von Schweden; wenigstens würden die Evangelischen, welche sich in diese Allianz einließen, entschieden auf diese Kombination dringen.[4] Am 8. October setzte er denselben Diplomaten von dem in Wahrheit noch gar nicht formulirten Plane einer braunschweigisch-hessischen Konferenz in Sachen dieser Allianz, die „nunmehr beliebt" sei, in Kenntniß. Nach Beendigung dieser Konferenz und wenn es inzwischen in Polen sich zum Frieden anließe, würden Schweden und Brandenburg ganz gewiß auch zu dieser Allianz eingeladen werden, da es sich bisher einzig und allein daran gestoßen, daß diese Beiden in einem so weitläufigen Krieg außerhalb des Reichs begriffen wären.[5] Dem württembergischen Deputirten suchte er begreiflich zu machen, daß es in Erwägung der großen Gefährlichkeiten, darein das Vaterland gerathen, nunmehr hohe Zeit sei, zusammenzutreten und sich des Allianzwerkes,

---

[1] Vultejus an Badenhausen am 22. November (2. December).

[2] Boineburg an Badenhausen am 9. December. — Marburg.

[3] Köcher S. 202 u. 203.

[4] Bericht Hübner's vom 21. September (1. October). — Berlin.

[5] Bericht Hübner's an den Kurfürsten vom 28. Sept. (8. Oct.) 1656. — Berlin.

zu dem, wie er wußte, Württemberg eingeladen war, mit mehr Ernst anzunehmen als bisher.[1] Bei dem kur-kölnischen Deputirten Aldenhoven suchte er sich durch falsche Angaben einzuheben. Wie er demselben Mittheilungen über die Mission Badenhausens in Mainz machte, welche der Wahrheit keineswegs entsprachen, sondern wohl nur auf Vermuthungen sich gründeten, so war es eine bewußte Unwahrheit, daß er ihm versicherte, braunschweigische und hessische Abgeordnete wären zur Zeit in Braunschweig beieinander, um über den Beitritt zur Allianz Berathung zu pflegen.[2]

Daß er durch seine Indiskretion, mit welcher er den Mainzern jenen Entwurf der braunschweigischen Antwort offenbarte (wovon diese einen so gefährlichen Gebrauch machten), beinahe das Allianzwerk gefährdete, war gewiß keine Absicht von ihm, aber ein unverzeihlicher Fehler. Immerhin lag die größere Schuld auf Seiten der braunschweigischen Regierung selbst, wenn in Kassel der Unmuth einen hohen Grad erreichte. Man fragte sich hier: ist dieses einseitige Vorgehen Mißtrauen oder Hochmuth? Und der Landgraf selbst, als es ihm berichtet wurde, nahm anfangs Anstand, ob er überhaupt nach Hildesheim abordnen und noch ferner mit Braunschweig etwas vornehmen solle.[3] Da aber noch keineswegs mit Sicherheit das Eintreffen jener einseitigen Antwort bei den Alliirten erwiesen war, blieb doch wohl nichts andres übrig, als für den hildesheimer Tag Vorbereitungen zu treffen: doch wurde der dorthin bestimmten Gesandtschaft als eine der ersten Aufgaben eingebunden, den Herren Braunschweigern „den Hochmuthsschwär etwas aufzustechen und ihnen vorzuhalten, daß man künftig besserer Bezeigung gewärtigen wollte.“[4] Heyland, so schmeichelte man sich, werde alsdann

---

[1] Diarium Heyland's unter'm 29. September (9. October). Der Württemberger (Bidenbach) versicherte, sein Herr habe mit der Resolution bisher so lange zurückgehalten, weil er vorher erwarten wolle, wie diejenige des Hauses Braunschweig ausfalle. Der Herzog habe unlängst Kur-Mainz seinen Beitritt anmelden wollen, doch hätten sich nach einer jüngst zu Heilbronn stattgehabten Unterredung mit dem Kurfürsten von der Pfalz bei ihm neue Strupel erhoben. Die Resolution Braunschweigs müsse der Sache einen Ausschlag geben. Am 11. October ging Heyland nochmals zu Bidenbach, der im Begriff stand, sich zu seinem Herzog zu begeben, um ihn zu bitten, bald wieder zu kommen und seinem Herrn die von dem Pfälzer (der sich aus Feindschaft gegen Kur-Mainz von der Allianz fernhielt) erweckten Strupel zu benehmen, was der Gesandte auch zu thun versprach. — Hannover. Ueber die direkte Einladung Württembergs durch die Alliirten vermag ich aktenmäßig keinen Beleg herbeizubringen. Kur-Mainz wird auch hier ohne besonderen Auftrag der Bundesgenossen auf eigene Hand, wie bei Darmstadt, haben werben lassen.

[2] Am 10. November. — Düsseldorf.

[3] Vultejus an Badenhausen am 17. (27.) November. — Marburg.

[4] In dem angezogenen Schreiben des Vultejus.

wenig Dank für seine „frühzeitige Divulgirung des Projekts" davontragen. Der aber ließ sich durch solchen Unwillen, wenn er überhaupt davon eine Ahnung hatte, eben wenig stören. Nach wie vor gefiel er sich in der Rolle des Vielgeschäftigen, mit welcher er den Anschein erweckte, als wisse er alles und habe überall seine Hand im Spiele. Nur den Darmstädtern gegenüber hüllte er sich seiner Gewohnheit zuwider in eine tiefgeheimnißvolle Wolke. Als ihn der Kanzler Fabricius im Namen des Landgrafen Georg geradezu fragte, wie weit man mit der Allianz gekommen, antwortete er kurzab, daß man noch in Berathungen darüber begriffen sei.[1] Auch aus diesem Auftreten geht hervor, daß die braunschweigische Politik ein Zusammengehen mit Hessen-Darmstadt nicht genehm erachtete. Landgraf Georg hatte sich schon am 8. (18.) October von Gießen aus bei Herzog Christian Ludwig zu Celle erkundigt, ob an diesen wie an ihn von den katholischen Herren Kurfürsten am Rhein und dem Pfalzgrafen von Neuburg eine Einladung erfolgt sei zur Annahme ihrer Verfassung, und was er denn in solchem Falle zu thun gedenke.[2] Der Herzog antwortete, daß das Haus Braunschweig wirklich eingeladen sei; da nun die Herzöge für höchstnöthig erachteten, daß unter den Fürsten und Ständen des Reichs ohne Unterschied der Religion vertrauliches Einvernehmen gestiftet und erhalten werde, so werde man sich wegen dieses Werkes allerforderlichst im fürstlichen Hause zusammenthun, dasselbe reiflich erwägen und eines gewissen Schlusses sich vergleichen.[3] Gewiß ein kurz angebundener Bescheid ohne jede Hinweisung auf die gleichzeitigen Beziehungen zu Hessen-Kassel; vor allem kein Wort, welches Neigung verrathen hätte, mit dem Adressaten selbst in dieser Angelegenheit gemeinsame Sache zu machen. Unterdessen hatte die cellesche Landesregierung derjenigen zu Hannover jenes landgräfliche Schreiben übersendet und dabei ausdrücklich anheimgegeben, falls auch dort ein solches eingelaufen sei, dasselbe gleichermaßen nur in allgemeinen Redewendungen zu beantworten.[4] Landgraf Georg hatte den Wink nicht verstanden. Am 21. November (1. Dec.) bat er, von Kassel aus von der bevorstehenden Konferenz zu Hildesheim in Kenntniß gesetzt, um fernere Kommunikationen,[5] die man braunschweigischerseits wenigstens, so viel sich übersehen läßt, ihm vorenthalten zu haben scheint.

---

[1] Diarium Heyland's vom 30. October (9. November).

[2] Original in Hannover.

[3] Konzept von 6. (16.) November. — Hannover.

[4] Am 5. (15.) November. — Hannover. Vermuthlich erging ein gleiches Ansinnen an Wolfenbüttel.

[5] Original in Hannover.

Die Frage des Beitrittes des Darmstädters zur Allianz, so vielfach ventilirt, schien vorerst zur Entscheidung nicht reif genug zu sein.[1]

Unterdessen arbeitete man in Kassel am 25. November und die folgenden Tage emsig an der Instruktion für die zur hildesheimer Konferenz bestimmten Gesandten Johann Kaspar v. Dörnberg (Doringenberg) und Sebastian Friedrich Zobell, die sich am 30. auf den Weg begaben.[2] Schon am 2. December traten sie an Ort und Stelle mit den braunschweigischen Ministern Schwarzkopf von Wolfenbüttel, Langenbeck von Celle und Bülow von Hannover in Berathung. Als die Hessen nach der Begrüßung und Erfüllung der üblichen Formalien zunächst um die Eröffnung der vermuthlich auf der Hauskonferenz zu Braunschweig jüngst vereinbarten Resolution gebeten, nahm Kanzler Schwarzkopf das Wort. Er erinnerte an die Genesis der hildesheimer Allianz, welche man nur deshalb geschlossen, weil die Ausführung der Bestimmungen des westphälischen Friedens gewissen Weitläufigkeiten unterworfen gewesen sei. Braunschweigischerseits werde man unverbrüchlich bei der hildesheimer Einung verbleiben. In dieser sei aber auch die Aufnahme noch anderer Stände vorgesehen, doch mit der Bestimmung, daß darüber unter den Alliirten erst Berathung gepflogen werden solle. Mit der nun vorliegenden Einladung der rheinischen Liirten habe es allerdings eine etwas andere Bewandtniß: doch sei auch hierbei wohl dahin zu sehen, daß nicht eine neue Allianz entstehe, welche der vorigen zuwider sei, zumal in Anbetracht dessen, daß ein Theil der Katholischen der Miteinschließung Schwedens nicht zuneige. Man sei hier versammelt, um von den Hessen zu erfahren, was sie etwa näheres über die Ziele wüßten, welche der Bund der katholischen Invitanten verfolge.

Hierüber nun vermochten weder Dörnberg noch Zobell genaue Mittheilungen zu machen. Als ein Zeichen vom guten Willen der Ligisten konnten sie nur eröffnen, daß erst neulich der Kurfürst von Mainz gegen Badenhausen geäußert habe, daß nicht nur andre Evangelische mehr, sondern auch speziell der König von Schweden und der Kurfürst von Brandenburg mit zur Allianz hinzugezogen werden müßten, zumal auch der Pfalzgraf von Neuburg hierin keine Schwierigkeiten bereiten würde.

[1] Landgraf Georg selbst zeigte keine besondere Lust zu dem ganzen Werk. Boineburg schreibt am 1. October 1656 an den Neuburger: Es scheint, die Herren Darmstädter seind nit gesund. So lang trainiren sie ihren Zutritt ad foedus; wird doch poussirt nach Möglichkeit. — Düsseldorf.

[2] Vultejus an Badenhausen am 15. (25.) November und am 22. November (2. December); Sixtinus Kammerpräsident an denselben am 18. (28.) November. Kreditive für die beiden Bevollmächtigten vom 16. (26.) November aus Friedewald. — Marburg.

Dies vernahmen die Braunschweiger mit lebhafter Genugthuung, obwohl ihnen nicht entging, daß hier nur eine rein private Aeußerung des Kurfürsten Erzkanzlers vorliegen könne: denn Neuburg habe so gut wie Kur-Köln bisher ja die Aufnahme der Schweden bekämpft. Was der Kurfürst hier berichtet, dessen müsse man erst versichert sein. Dann aber, wie sei die Sache an Schweden und Brandenburg zu bringen? Es sei ebenso mißlich, an Schweden und Brandenburg zu schreiben, ohne vorher der Beistimmung der Katholischen dazu sicher zu sein, als die Aufnahme Jener erst beim Beginn der Verhandlungen mit diesen zu begehren. Am besten werde es daher sein, wenn man, wie sie die Braunschweiger hiermit vorschlügen, vor dem Eintritt in die Hauptverhandlungen mit den Invitanten von diesen eine Gesamterklärung hierüber fordere. Dies lasse sich am besten wohl in Frankfurt bewerkstelligen.

Nachmittags nahm man die Verhandlungen wieder auf. Die Hessen hatten die Mittheilung des vielbesprochenen Antwortschreibens begehrt, welches von den Herzögen ohne Rücksicht auf den mit ihnen in derselben Note eingeladenen Landgrafen einseitig an die Alliirten gerichtet worden sein sollte. Dieses war am 2. December noch schnell vor Eintritt in die Konferenz von den Braunschweigern expedirt worden und wurde den Hessen hiervon Mittheilung gemacht. Diese erhoben nunmehr eine lebhafte Verwunderung ob solch verkleinerlichen Vorgehens, der sie ihrer Weisung gemäß unverhohlen Ausdruck gaben, freilich nicht ohne hinzuzufügen, daß man deswegen doch nicht das Vertrauen (d. h. die augenblicklich schwebenden Pourparlers) abbrechen wolle. Die Braunschweiger ließen sich vernehmen, es stehe Jedem frei, ein Gesamtschreiben für sich allein vorantwortlich zu erwiedern. Einer solchen Vehemenz habe man sich nicht versehen, wäre aber gleichfalls erbötig, das seitherige Vertrauen aufrecht zu halten. Die quaestio an? sei niemals von ihnen, weder in der Vorantwort an die Alliirten noch sonst bejahend entschieden, sondern alles auf demnächst zu eröffnende Verhandlungen gestellt worden. Nach vielen Diskursen erwiesen sich die Hessen versöhnlicher und man gelangte zu dem ersten Konferenzbeschluß, daß nunmehr auch Hessen ein besondres Schreiben an die Invitanten richten solle, wofür als Muster die braunschweigische Vorantwort dienen könne, die man mittheilen werde. So endigte der erste Tag mit Herstellung der wünschenswerthen Harmonie. Man versprach sich gegenseitig, von nun an nichts hauptsächliches mehr ohne einander verhandeln zu wollen.

Folgenden Tages wurde die Sitzung mit der Erklärung der Hessen eröffnet, daß sie den braunschweigischen Vorschlag, zu Frankfurt den Alliirten die für rathsam erachtete Herbeiziehung Schwedens und Brandenburgs zur Bedingung des eigenen Beitritts zu stellen, annehmbar

fänden, nichtsdestoweniger aber, der gestrigen Zugeständnisse ungeachtet, den Antrag stellen müßten, daß im Namen der beiden Häuser Braunschweig und Kassel insgesamt eine Antwort auf die Einladung der rheinischen Liirten erlassen werden solle, worüber sofort in Berathung getreten werden müsse. Dies wiesen die Braunschweiger als überflüssig zurück, der Landgraf könne gleichfalls absonderlich an Jene schreiben. Ja, der Antrag — so äußerten sie — sei schimpflich für sie. Die Hessen zogen denselben, nicht ohne seiner Zweckmäßigkeit nochmals das Wort zu reden, also zurück. Sie erklärten darauf, daß über die Modalitäten der projektirten Allianz zu reden zur Zeit noch nicht nöthig sei. Es wurden aber von beiden Seiten noch diese und jene Fragen angeregt. Zunächst von den Braunschweigern: Erstens, ob es räthlich, daß so wenige Evangelische mit so vielen Katholischen in Verbindung treten sollten? Zweitens, was man in Kassel von dem Plane halte, auch die vereinigten Niederlande mit herbeizurufen? Und drittens, ob nicht Kur-Sachsen mit aufgefordert werden könnte?

Die Hessen beantworteten diese Fragen dahin, daß neben Paderborn noch Württemberg, Kur-Pfalz und Hessen-Darmstadt eingeladen werden möchten, wobei sich dann die weitere Frage ergebe, ob die Evangelischen als ein Gesamtkörper oder einzeln den Beitritt auszuführen haben würden. Wegen der Holländer ergab sich ein gleicher Mangel an Neigung bei den Hessen wie bei den Braunschweigern. Hingegen sei die Admission Kur-Sachsens wünschenswerth, da sie das Band der Evangelischen wesentlich den Katholiken gegenüber verstärken werde. Jedenfalls würde dem Landgrafen hierüber Bericht zu erstatten sein. Hieran schlossen die Hessen die Gegenfrage, ob es nicht wohlgethan sein werde, an Schweden und Brandenburg zu notifiziren, was man mit ihnen vorhabe. Vielleicht wolle man mittheilen, ob das braunschweigischerseits etwa bereits geschehen sei. Und ferner, falls Schweden und Brandenburg zum Beitritt keine Neigung zeigten, ob man dann allein der Einladung folgen solle? Auf letztere Frage lautete die Antwort: Man präsupponire, daß beide Häuser, Braunschweig wie Kassel, außerhalb der bereits bestehenden Bündnisse freie Hand hätten, und sei dabei nur zu bedenken, daß man nichts eingehe, was der hildesheimer Allianz zuwiderlaufe. Dieses vorausgesetzt stehe es in Jedes freiem Ermessen, andre Allianzen einzugehen oder nicht. An Schweden und Brandenburg habe man noch nicht geschrieben und stehe dahin, was Serenissimi hierin weiter beschließen würden. Als ein Gesamtkörper dürften die Evangelischen und Katholischen nicht mit einander unterhandeln, da dies nur schädlich sein und „uniones et ligas verursachen“ würde. Die Frage wegen einer Verbindung mit den Niederlanden könne bis zu den Hauptverhand-

lungen ausgesetzt bleiben, desgleichen über die Formalitäten und Modalitäten der Allianz selbst.

Nochmals, am darauffolgenden Tage, kamen Dörnberg und Zobell auf die Idee zurück, an die Alliirten eine Gesamtantwort ergehen zu lassen, obschon mit dem Bemerken, daß sie deswegen nicht weiter in die Braunschweiger dringen wollten, wie sie auch trotz des einseitigen Vorgehens derselben nicht aufhören würden, ihnen gutes Vertrauen zu bewahren, während diese wiederum versprachen, alles mitzutheilen, was etwa weiter in der ganzen Angelegenheit einkommen möchte. So hatte man auch schon ein an die beiderseitigen Gesandten zu Frankfurt zu richtendes Schreiben im Entwurf den Hessen mitgetheilt, worüber diese innerhalb acht Tagen eine Erklärung beizubringen versprachen. Dörnberg versicherte sodann, daß auch von Kassel aus an Schweden und Brandenburg in dieser Sache noch nichts geschrieben worden sei. Mit der nochmaligen Erklärung der Braunschweiger, das über das Allianzwerk selbst hinsichtlich der Materien desselben näheres zu verabreden noch nicht an der Zeit und ebenso vorläufig noch überflüssig sei, über das sich so oder anders gestaltende Verhältniß zu Schweden und Brandenburg zu diskutiren, erreichte die Konferenz ihren Abschluß.[1] Das wesentlichste Ergebniß derselben war die Herstellung einer leidlichen Harmonie beider Häuser, welcher ein Riß gedroht hatte, und weiter die Annahme des braunschweigischen Antrages, den Alliirten gegenüber gemeinsam die Vorfrage zu stellen, ob sie auch neben ihnen, den Häusern Braunschweig und Hessen-Kassel, den König von Schweden und den Kurfürsten von Brandenburg mit zum Beitritt auffordern wollten, und von der Entscheidung dieser Frage ihre Einwilligung abhängig zu machen. Daß dies geschehen sollte, ohne daß man mit dem König oder dem Kurfürsten selbst sich hierüber vorher im Einverständniß befand, sondern indem man im Gegentheil der Anschauung Raum gab, daß man trotz des Bestehens der hildesheimer Allianz freie Hand habe, mit oder ohne Schweden Bündnisse einzugehen, läßt mit Sicherheit erkennen, daß man nicht eben allzu ernstlich an die Gewinnung dieser Mächte dachte, sondern jene Vorfrage einzig und allein deshalb stellte, um bei den Protestanten allem Unglimpf zu entgehen, bei den Katholiken deren wahre Absichten zu erforschen und am Ende auch Zeit zu gewinnen, da alle Tage die politischen Konstellationen einen Wechsel erfahren konnten. Wie wenig Eifer für das Zustandekommen der engeren Verbindung mit den katholischen Alliirten imgrunde vorhanden war, läßt sich auch aus

[1] Cellesches Protokoll in Hannover. Köcher S. 224 u. 225 nach dem Kalenbergischen Protokoll.

dem Umstande abnehmen, daß man von beiden Seiten in Hildesheim einer Beredung über die näheren Ingredienzien der projektirten Allianz auswich.

Am 8. December waren Dörnberg und sein Begleiter wieder in Kassel zurück, wo sie tagesdarauf im Geheimen Rath ihren Bericht abstatteten, während Dörnberg dem Landgrafen, welcher zu den Jagden in Friedewald Aufenthalt genommen hatte, schriftlich referirte.[1] Hierauf sandte der Landgraf eine Erklärung an die drei Herzöge von Braunschweig, worin er zwar auch seinerseits nicht unterließ, seinem Befremden über das einseitige Vorgehen dieser den Invitanten gegenüber Ausdruck zu verleihen, jedoch eröffnete, daß er dessen ungeachtet dem gegebenen Beispiele folgend den Alliirten mitgetheilt habe, daß er zum Beitritte geneigt sei.[2]

In diesem Schreiben an die Alliirten selbst[3] erwähnt Landgraf Wilhelm, daß er erst durch die hildesheimer Konferenz in Erfahrung gebracht habe, daß von Braunschweig die Einladung schon beantwortet worden sei. Mit dieser braunschweigischen Erklärung sei er durchaus einverstanden und könne deshalb sich lediglich darauf beziehen, wolle aber nur hinzufügen, daß man in Hildesheim beschlossen habe, den beiderseitigen Deputirten in Frankfurt aufzutragen, zur Beschleunigung des Werkes bei den dortigen Räthen der Alliirten „einiges Anbringen zu thun," welches, wie er im voraus bemerken müsse, dazu dienen solle, nicht Aufenthalt zu verursachen, sondern die Sache zu befördern. Und Badenhausen erhielt Anweisung, von der zu Hildesheim gefaßten Resolution sich gegen Niemanden etwas merken zu lassen, sondern nur im höchsten Vertrauen bei Boineburg oder Mehl in's Haus zu horchen, wie von ihnen die von Braunschweig vorgeschlagene Vorfrage wegen der Reception Schwedens und Brandenburgs aufgenommen werden würde, doch mit größter Behutsamkeit dabei zu verfahren, um nicht von neuem dem Argwohn der Braunschweiger Nahrung zu geben, welche glaubten, daß man Kur-Mainz nichts vorenthalte, und dann auch deshalb, weil zu Hildesheim klar geworden, daß Boineburg gegen Heyland ebenso offenherzig gewesen, als er gegen Badenhausen unter Versicherung der größten Vertraulichkeit sich bewiesen habe, weshalb ihm nicht mehr

---

[1] Original in Marburg. Dörnberg entschlüpft hierbei die Klage, daß ohne einige vom Landgrafen gegebene Ursache das vorige Zutraun der Schweden und Brandenburgs „durch allerhand sich selbst formirte soupçon, als wenn man mit Mainz in enger Korrespondenz, auch von dem kaiserlichen Hof dependire, ziemlich schwach geworden ist."

[2] 1656 2. (12.) December. — Hannover.

[3] Gleichfalls vom 2. (12.) December. Abschriften in Hannover und Berlin.

gesagt werden dürfe, als wessen man eben nicht gar sonderlich Hehl habe.[1]

Mittlerweile erließ auch das Gesamthaus Braunschweig unter Zugrundelegung des zu Hildesheim bereits den Hessen mitgetheilten Entwurfes an Heyland die Instruktion, daß er mit Badenhausen vereint die Räthe der Alliirten bei gelegener Zeit zu einer Zusammenkunft veranlasse, um ihnen dabei im Namen der Häuser Braunschweig-Lüneburg und Hessen-Kassel jene Vorfrage wegen Admission des Königs von Schweden und des Kurfürsten von Brandenburg vorzulegen, nach deren Beantwortung erst zu weiteren Verhandlungen werde geschritten werden können.[2] Auch an Badenhausen erging die gleichlautende Ordre.[3] Obwohl man in Kassel bald genug den ganzen Vorschlag der Braunschweiger abgeschmackt fand,[4] blieb man doch bei den hildesheimer Abmachungen bestehen. Da aber nachgehends auch die Besorgniß wach wurde, daß namentlich Kur-Mainz mit jener Vorfrage und der dadurch zu erwartenden Verzögerung übel zufrieden sein möchte, wurde Badenhausen doch noch direkt angewiesen, an dieser Stelle in gutem Geheim deswegen Entschuldigungen vorzubringen.[5]

Für den Kurfürsten Johann Philipp und Boineburg, die nun schon seit Jahresfrist die Idee der Herbeiziehung evangelischer Fürsten zu der rheinischen Liga mit Eifer betrieben und vor mehreren Monaten bereits eine zustimmende Resolution der Alliirten mit vieler Mühe erwirkt hatten, war die schleppende Behandlung der Angelegenheit seitens der Eingeladenen sicherlich eine Quelle des Mißvergnügens. Mußte doch die kaum erst durch die Konzession wegen der bedenklichen Klausel vom hildesheimer Bunde beschwichtigte Unlust der Kurfürsten von Trier und Köln am ganzen Projekte durch solches verfängliche Zaudern der Invitirten erst recht wieder erweckt werden. Und der Pfalzgraf schien sich gerade zu jener Zeit wieder in dunkle Abwege vertiefen zu wollen, die auch seine Bereitwilligkeit für das Zusammengehen mit den protestantischen Häusern in Frage zu stellen die gefährliche Aussicht eröffneten.[6]

---

[1] Vultejus an Badenhausen am 2. (12.) December. — Marburg.

[2] Entwurf vom 28. November (8. December) in Hannover. Abschrift davon in Berlin.

[3] An ihn erst am 13. (23.) December. Vultejus erwähnt den heutigen Abgang des Schreibens in einem Briefe von diesem Tage an Badenhausen. — Marburg.

[4] Vultejus an Badenhausen am 9. (19.) December und am 13. (23.) December. — Marburg.

[5] Vultejus an Badenhausen am 9. (19.) December. — Marburg.

[6] Wir meinen jene oben erwähnten Anschläge auf Jülich, von denen Boineburg abrieth. Dunkle Gerüchte schwirrten hier und da in der Luft. Badenhausen berichtete am 30. September (10. October) 1656 an Krosigk: Es hat mir Einer (es war der

Was Wunder, wenn der mainzer Hof mit Ungeduld der Resolution der letzteren harrte und in Besorgniß gerieth, als dieselbe so lange ausblieb? Mehrfach erkundigte sich Boineburg ganz bekümmert bei Heyland, warum denn der Bescheid so lange auf sich warten lasse; es liege so viel an der schnellen Beförderung dieses Werkes.[1] Bald lockte er mit der Zusicherung stetiger Vertraulichkeit des Kurfürsten in allen Fragen der Politik, bald prophezeite er Unheil, wenn man ferner zögere, zumal da die drohenden Wolken im Osten sich zu einem neuen Wetter verdichteten und ein polnisch-österreichisches Bündniß ganz besondre Gefahren in sich zu bergen schiene. In diesem ungeduldigen Drängen Boineburgs darf ein Entschuldigungsgrund für jene Indiskretion Heylands gefunden werden, mit welcher er den Entwurf des braunschweigischen Antwortschreibens an die Mainzer mittheilte.

Auch Badenhausen wurde von diesen wohl in gleicher Weise bestürmt. In Kassel, wo man ohnehin allzu rücksichtvoll auf die kurmainzische Politik zu schauen gewohnt war, wußte man sich nur mit der Sendung Badenhausens an den Kurfürsten zu helfen, bei welchem er alle erwünschten Vertröstungen und Entschuldigungen vorgebracht haben dürfte.

Gegen den 15. November erschien von Mainz Rath Blum in Kassel, angeblich um daselbst wegen des Zollwesens auf der Weser ein Anbringen abzulegen, in der That aber mit der Aufgabe, des Landgrafen Gutachten über das niederländische Projekt der rheinischen Liirten einzuholen.[2] Hier, sowie in Friedewald, wohin er sich zum Landgrafen begab, wird er nicht verabsäumt haben, auf eine lebhaftere Behandlung der eigenen Einladung zu dringen.

Darauf trat denn Anfang December die Konferenz der Alliirten zu Koblenz zusammen. Boineburg hatte gehofft, daß man dort würde von dem Orte und Termin der Verhandlungen mit Braunschweig und

Schwede Snoilsky, wie wir aus einem Briefe von Vultejus an Badenhausen vom 11. (21.) October erfahren) im Vertrauen für gewiß berichten wollen, Pfalz-Neuburg werde sich in eine starke Verfassung stellen und sich so konsiderabel machen, als fast die übrigen kur-rheinischen Bundesverwandten insgesamt, wozu die Krone Frankreich die Gelder herschießen werde, und mit dieser Macht wollten dann die Katholischen, sobald der Friede zwischen Frankreich und Spanien gemacht, auf die Evangelischen losgehen' und ihnen das instrumentum pacis interpretiren. — Marburg.

[1] Diarium Heyland's unter dem 21. (31.) October und 23. October (2. Nov.). — Hannover.

[2] Vultejus und Sixtinus an Badenhausen am 8. (18.) November. — Marburg. Am 21. November gab der Geheime Rath einen mündlichen Bescheid, worin mehrere Bedenken gegen das Projekt geltend gemacht wurden. Vultejus an Badenhausen am 11. (21.) November. — Marburg.

Kassel reden können, weil er annahm, daß deren Bescheid nunmehr jeden Tag eintreffen müsse.[1] Ja, er fragte Badenhausen selbst, ob man dort in Koblenz denn nicht in Berathungen treten könne; er würde dann in eigener Person dort erscheinen.[2]

Ob und was dann dort in Koblenz unter den Alliirten über die Aufnahme der Braunschweiger und des Landgrafen von Kassel geredet worden ist, vermag aus den dürftigen Nachrichten über diese Versammlung nicht festgestellt zu werden. Nur erfahren wir, daß am 29. December die dort versammelten Allianzräthe an Badenhausen (demnach vermuthlich auch an Heyland) die Einladung richteten, je eher je besser sich behufs völliger Richtigmachung des Werks zu ihnen zu erheben.[3] Diese Aufforderung kam zu spät. Denn schon war inzwischen in Frankfurt Termin angesetzt zu der Ablegung einer Erklärung seitens der Vertreter Braunschweigs und Kassels. Am selbigen Tage, da die Berufung nach Koblenz in Frankfurt anlangte,[4] war der Akt bereits geschehen. Am 30. December erklärte im Karmeliterkloster zu Frankfurt Heyland im Namen der beiden eingeladenen protestantischen Häuser vor den anwesenden Räthen der Alliirten: Die Prinzipale hätten sich auf die Einladung der Herren Vereinigten in besonderer Antwort schon neulich willfährig vernehmen lassen, wobei man es zur Zeit bewenden lasse. In noch näher zu vereinbarender Zeit würden sie zu den Hauptverhandlungen ihre Räthe abzuordnen nicht verabsäumen. Demnach sie sich aber erinnerten, daß das hildesheimer Bundesinstrument vom Jahre

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen am 27. November. — Düsseldorf. In jenen Tagen bat Boineburg den Landgrafen Wilhelm zu Kassel, wie den Pfalzgrafen Philipp Wilhelm zu Gevattern seines ihm damals geborenen Söhnleins. — Marburg und Düsseldorf.

[2] Boineburg eigenhändig an Badenhausen am 9. December. Hierbei sprach er zugleich seine und des Kurfürsten Verwunderung darüber aus, daß die Braunschweiger für sich allein die Einladung beantwortet hätten. Dies verursache allerhand Nachdenken, weshalb der Kurfürst mit der Kommunikation des braunschweigischen Schreibens an die miteinladenden Bundesgenossen noch eine Weile anstehen wolle, bis er vernommen, wie es zu Hildesheim abgelaufen. Immerhin werde man in Koblenz von einer Erwähnung dieses Schreibens nicht Umgang nehmen können. Man nehme es auf, als ob der Landgraf mitgeschrieben hätte. Es wäre gut, wenn dieser auch sich bald besonders erkläre, wiewohl man am liebsten gesehen haben würde, wenn ein Gesamtschreiben eingetroffen wäre. Das Schreiben des Landgrafen könne dem braunschweigischen ja vordatirt oder wenigstens mit gleichem Datum versehen werden und gleichen Inhalt wie dieses haben. Um des allgemeinen Besten willen möge man wegen der braunschweigischen Handlungsweise sich ja keine Unlust anwandeln lassen. condonanda sunt privata publico. — Marburg.

[3] Abschrift in Berlin.

[4] Boineburg selbst übergab das Schreiben den Adressaten. Köcher S. 225.

1652, wodurch sie ihrerseits sich zu einem gleichmäßigen Verein eingelassen, die Bestimmung enthalte, daß, wenn von weiterer Ausdehnung oder sonst andern hochwichtigen Sachen etwas vorfallen möchte, solches allezeit mit den übrigen Alliirten kommunizirt werden sollte, so befänden sie höchstnöthig, vor Mittheilung des nunmehr obschwebenden Projektes an ihre Verbündeten zuverlässige Nachricht zu haben, ob die Invitanten gesonnen seien, die im hildesheimer Vertrage mitvereinten Herrscher von Schweden und Brandenburg,[1] jedoch weiter nicht, als hinsichtlich deren im römischen Reich belegenen Lande zugleich mit aufzunehmen. Man bitte um Beantwortung dieser Frage noch vor Ablauf des etwa beliebigen Termins zu den Hauptverhandlungen, bei deren Beginn man doch gleich diese Frage als erste vorbringen werde. Man wolle hierdurch dieses nothwendige und heilsame Werk nur beschleunigen und sei zu diesem überhaupt durchaus geneigt.

Kurz und bündig war die Gegenerklärung der rheinischen Alliirten. Sie nahmen die Verlautbarung einfach ad referendum, versprachen aber unverzügliches Handeln.[2]

15.

Die Resolution der Invitanten.

Die Erklärung der Häuser Braunschweig und Kassel konnte den Alliirten unmöglich eine angenehme sein. Gerade um dem Beitritt des in so gefährliche, weitaussehende Kriege verstrickten Schwedenkönigs vorzubeugen, hatte ja vornehmlich Kur-Köln die Beiseitesetzung der auf den hildesheimer Bund bezugnehmenden Klauseln im Einladungsschreiben gefordert. Nun stellten die Herren Protestanten nicht nur die Zulassung des Königs zur Bedingung sondern auch die des angeblich gleichermaßen mit ihnen in dem hildesheimer Bunde vereinten Kurfürsten von Brandenburg, dessen schwankende Politik, erhebliche Rüstungen und Waffenerfolge auf dem östlichen Kriegsschauplatze allerorten Beklemmungen verursachten, nicht die geringsten dem Pfalzgrafen, welcher selbst heimliche Rachepläne

---

[1] Es wird Keinem entgehen, daß man hiermit, was Brandenburg anlangt, von der Wahrheit abwich. Kurfürst Friedrich Wilhelm war kein Genosse des Hildesheimer Bundes, sondern nur seit einiger Zeit mit Braunschweig näher gefaßt.

[2] Die ganze Darstellung nach dem Protokolle Badenhausen's in Hannover, Abschrift in Berlin. Köcher S. 225.

gegen diesen verhaßten Nachbarn schmiedete und ungefähr zur selben Zeit jene bemerkenswerthe Kundgebung der Allianz bei der Reichsdeputation veranlaßt hatte. Den rheinischen Alliirten, denen nur die Dinge im Westen am Herzen lagen, hegten naturgemäß eine große Scheu vor einer Verwickelung in die kriegerischen Stürme, die im Nordosten tobten. Selbst der von der Vortrefflichkeit seines Systems felsenfest überzeugte und deswegen über derartige Beklemmungen erhabene Kurfürst von Mainz stutzte ob der bedingten Erklärung der Invitirten, aus welcher nur Verzögerung der Ausführung seines Projektes, wo nicht ein schlimmer Ausgang zu erwarten stand. Noch waren die Schwierigkeiten unvergessen, welche besonders Kur-Köln wegen der hildesheimer Allianz erhoben. Dessen Unlust zu einer Vereinigung mit den Protestanten überhaupt mußte nun neue Nahrung empfangen, das ganze Werk schien dadurch gefährdet.

Boineburg legte Heyland gegenüber den allergrößten Nachdruck auf möglichste Beschleunigung der Angelegenheit. Die Stärkung der Allianz sei im Interesse des Reiches und seiner Stände unbedingt nothwendig. Nur sie sei imstande, die Sendung kaiserlicher Hülfsvölker nach den Niederlanden und Italien zu hemmen. Er wies darauf hin, daß die Kaiserlichen schon über den langsamen Fortgang der Verhandlungen triumphirten; Herr Volmar mache sich lustig über den hessisch-braunschweigischen Antrag, durch den man wieder in's Stocken gerathe.[1]

Einstweilen war in der That durch diesen Antrag das Signal zu einer längeren Pause gegeben. Die Deputirten referirten alle nach Hause. Die ersten Schwierigkeiten erhob natürlich der Kurfürst von Köln. Umgehend beschied er Aldenhoven, daß die Herbeiziehung von Schweden und Brandenburg ja eben dasjenige Bedenken sei, welches er vordem dem Kurfürsten von Mainz zu Gemüthe geführt habe, als es sich um Ablassung der Einladung handelte. Da Schweden sowohl wie Brandenburg jetzt in einen weitaussehenden, gefährlichen Krieg vertieft seien, müsse man wegen der Gefahr der Miteinflechtung billig Bedenken tragen, sich mit ihnen einzulassen. Selbst wenn man nur deren im Reich belegene Lande aufnehme, werde man vielleicht auch so mit in den Krieg gegen Polen und dessen Konföderirte eintreten müssen, wenn z. B. von letzteren die schwedischen und brandenburgischen Reichslande angegriffen werden sollten. Deshalb Fernhaltung von einem solchen Werk, selbst wenn dann auch Braunschweig und Kassel zurücktreten würden. Doch zunächst Behutsamkeit, damit nicht vorzeitig Kur-Köln allein Haß und Unglimpf treffe.[2]

---

[1] Köcher S. 225 nach der Relation Heylands v. 22. Dec. 1656 (1. Jan. 1657).

[2] Der Kurfürst an Aldenhoven am 4. Januar 1657. — Düsseldorf.

Auf der zu Koblenz noch tagenden Bundeskonferenz, allwo die beste Gelegenheit gewesen wäre, eine Stellungnahme zu der braunschweig-hessischen Vorfrage zu vereinbaren, überwogen zur Zeit andere Interessen, vor allen die bevorstehende Bundesmission nach dem Haag. Die einzelnen Vertreter waren auf diesen Fall nicht instruirt. Auch lehnten die Vertreter der invitirten protestantischen Häuser ein Erscheinen auf jener Konferenz ab.[1] Deshalb regte der kur-mainzische Kommissar v. Herzelles in Koblenz amtlich diese Sache gar nicht an, sondern ließ nur gesprächsweise verlauten, daß man bei fernerem Urgiren der Rezeption Schwedens und Brandenburgs den Bescheid geben könne, daß man deren Reichslande schließlich wohl aufnehmen würde, doch nur, wenn Beide des jetzigen Krieges ganz und zumal ledig wären. Also, wendete man ihm ein, werden sie, da sie einmal wirklich im Krieg begriffen, in diese nur zur Defension errichtete Allianz nicht aufgenommen werden können. Dem koblenzer Receß wurde nichts, was auf diese ganze Frage Bezug hätte haben können, einverleibt.[2]

Als auf die Relationen der Gesandten alles still blieb, beschloß der Kurfürst von Mainz, den vielgewandten Boineburg selbst an die einzelnen Höfe seiner Alliirten zu senden, damit er nach seinem Sinne die Angelegenheit in Fluß bringe.[3]

Am 17. Januar 1657 langte der Freiherr auf dieser Reise zu Koblenz an, von wo er sich tags darauf mit den von dort scheidenden neuburgischen Deputirten nach Düsseldorf begab, nachdem er vorher dem münsterischen Domkustos Schmising eröffnet, daß er auch nach Coesfeld zum Bischof gehen werde, auch denselben gebeten hatte, ebenfalls in Düsseldorf zu erscheinen und den dortigen Unterredungen beizuwohnen, worauf sie dann beide vereint die Reise zum Bischof zurücklegen könnten. Als Zweck seiner Reise bezeichnete er offen die Vereinbarung eines Modus

---

[1] Wenigstens liegt von Badenhausen eine solche Kundgebung vor, vom 24. December 1656 (3. Jan. 1657), Abschrift in Berlin. Heyland gab auf die Einladung keine Antwort. Der Kurfürst von Köln bemerkt am 21. Januar gegen Aldenhoven: Die Versammlung zu Koblenz ist unterdessen auseinander gegangen und wird deshalb der braunschweigische Gesandte der Antwort halber für diesmal soviel weniger Sorge zu tragen haben. — Düsseldorf. Das braunschweigische Gesamtministerium wies seinen Vertreter erst nach längerer Zeit an, jede Unterhandlung abzulehnen, bis der Antrag auf Einladung Schwedens und Brandenburgs im Prinzip angenommen sei. Köcher S. 225 nach dem celleschen Protokoll über die Gesamthauskonferenz zu Braunschweig vom 24. Januar (3. Februar) 1657.

[2] Schmising und Zurmühlen an den Bischof von Münster aus Koblenz den 14. Januar 1657. — Münster.

[3] Schon am 30. December hatte Boineburg dem Pfalzgrafen sein Erscheinen in Aussicht gestellt. — Düsseldorf.

der Aufnahme Schwedens und Brandenburgs, auf welcher Braunschweig und Kassel nun einmal fest beharrten. Wenn Münster und Neuburg eingewilligt, würden Trier und Köln wohl folgen.[1]

Was in Düsseldorf verhandelt worden, vermag nicht angegeben zu werden. Wir wissen nur, daß Philipp Wilhelm den Vorstellungen Boineburgs Gehör schenkte und in die Aufnahme der neuen Kandidaten willigte.[2]

Gegen den 25. Januar[3] war Boineburg in Coesfeld. Hier stieß er, wenn wir seinen späteren Eröffnungen gegen die hessischen Gesandten Glauben schenken wollen, auf mehr „Repugnanz", als er erwartet hatte. Aber auch hier gelang seiner Ueberredungskunst der Sieg. In der Deklaration des Bischofs, welche der Freiherr mit heimnahm, wird ausdrücklich bemerkt, daß gegen die Aufnahme von Schweden und Brandenburg kein Bedenken vorliege, sondern „je mehr die Allianz gestärket und Vertrauen zwischen den Ständen erneuert und wieder ergänzet wird, wie angenehmer ihro (dem Bischof) solches zu gemeiner Sicherheit und Erhaltung des lieben Friedens sein würde."

Die Verhandlungen möchten nur ehestens eröffnet werden. Obschon es der obersächsischen Lande Schwedens und Brandenburgs weiter Entfernung halber Schwierigkeiten hinsichtlich der Hülfeschickung geben möchte, so könnte dennoch wegen dieser (Pommern und die Marken) gute Freundschaft gehalten, wirkliche Hülfeleistung aber inkraft des hildesheimer Recesses (Bremen, Verden und Wismar wegen Schweden und damit korrespondirend wegen Brandenburg wohl Minden, Halberstadt und Cleve-Mark) gewährt werden. Der Bischof werde auf den bestimmten Termin seinen Deputirten in Frankfurt in diesem Sinne instruiren.[4] In Wahrheit aber erhielt Bisping die Weisung, die Angelegenheit in dieser Form vor den nun nach Koblenz zu berufenden Bundestag zu verweisen.[5]

[1] Schmising an den Bischof aus Köln (auf der Heimreise, die er in der That über Düsseldorf nahm) am 21. Januar. — Münster. Boineburg spiegelte Schmising vor, daß er nicht im Auftrag seines Herrn sondern aus eigenem Antriebe den Bischof besuchen werde.

[2] Dem Hessen Badenhausen erzählte Boineburg nachmals, beim Herzog von Neuburg habe er in der Receptionsfrage nicht die geringste Diffikultät gefunden, eine Nachricht, deren Wahrheit dahingestellt bleiben mag. — Badenhausen an Bultejus am 10. (20) Februar 1657. — Marburg.

[3] Am 29. dankt er dem Bischof für freundliche Aufnahme und willfährige Erklärung. Antwort des Bischofs von 6. Februar mit der Versicherung, daß er „des Kurfürsten von Mainz dem Reich zum besten gerichtete heilsame Intention sekundiren" werde. Vom 9. Februar auch ein Dankschreiben des Kurfürsten Johann Philipp. — Münster.

[4] Zwei Konzepte in Münster; in dem einen wird als wünschenswerther Termin der 18. oder 20. Februar, sicher aber das Ende dieses Monates in's Auge gefaßt.

[5] Aldenhoven an den Kurfürsten von Köln am 4. Februar 1657. — Düsseldorf.

Am 29. Januar war Boineburg wieder auf der Rückreise in Düsseldorf anwesend.[1] Nach kurzem Aufenthalte begab er sich von hier nach Bonn zum Kurfürsten Max Heinrich. Diesem unterbreitete er einen mit Münster und Neuburg verabredeten Entwurf der Resolution für die Gesandten von Braunschweig und Kassel. Derselbe sagte dem Kurfürsten und Fürstenberg nicht zu, wogegen sie eine andere Fassung vorlegten, mit welcher sie weit besser der Gefahr einer Mitverwickelung in den polnischen Krieg vorbeugen zu können vermeinten. Im Grunde aber war der Kurfürst auch jetzt noch der Ansicht, daß man sich am besten von den Protestanten überhaupt fern halte; durch langes Hinschleppen der Verhandlungen glaubte er sie in ein nichts zerrinnen lassen zu können.[2] Boineburg aber, den man zu täuschen wußte, schied vergnügten Sinnes von diesem Hofe.[3] Er gab sich deshalb auch weiter nicht die Mühe, auch noch den Kurfürsten von Trier zu bearbeiten, welcher diese Nichtachtung sehr übel vermerkte.[4] Boineburg hätte die bösen Wege nicht scheuen sollen, die ihn, wie er Badenhausen versicherte, von der Reise nach Trier abgehalten. Die mehrfach zu bemerkende Nichtbeachtung Triers konnte nur dessen Abneigung gegen eine Verbindung mit den Protestanten vermehren und mußte schließlich auch das alte Bundesverhältniß auf die Dauer lockern.

---

[1] Er adressirt von hier aus seinen Dankbrief an den Bischof.

[2] Erlaß vom 15. Februar an Aldenhoven. — Düsseldorf.

[3] Boineburg am 10. Februar aus Mainz an den Bischof von Münster. Zu Bonn ist's Gott Lob auch wohl abgangen. J. Ch. D. haben sich in re ipsa mit E. F. G. und des Herrn Pfalzgrafen zu Neuburg Dhl. konformirt. Ist auch sonst zu Kooperirung des gemeinen sonderlich des Allianzwesens gute Disposition. — Münster. In Bonn wie in Düsseldorf und Coesfeld ließ Boineburg sich schriftliche Resolutionen ausstellen, „damit sie nicht wieder retraktiren könnten." Badenhausen an Vultejus am 10. (20.) Februar. — Marburg.

[4] Bisping berichtet am 14. Februar dem Bischof seinem Herrn, der trierische Kanzler Anethan habe an Volmar geschrieben, daß der Kurfürst es zum höchsten empfunden habe, daß Boineburg, ohne ihn zu begrüßen, zu Kur-Köln und weiter gegangen sei. Der Kurfürst werde sich niemals in die Admittirung der Krone Schweden und Kur-Brandenburgs verstehen. — Münster. Volmar war fieberhaft thätig, um jede Verbindung der Alliirten mit den Protestanten zu hintertreiben. Auch mit Bisping und Fürstenberg konspirirte er. Bisping schreibt in demselben Berichte, daß er über den zu Bonn gehaltenen Disputat zwischen Fürstenberg und Boineburg von Volmar mehrere Nachricht glimpflich zu erhalten hoffe. In Kassel hatte man von diesen Umtrieben gute Kenntniß. Vultejus schreibt am 7. (17.) Februar an Badenhausen: Wie ich es in meiner Einfalt ansehe, dürfte weder aus dem einen noch aus dem anderen (der erweiterten Allianz und dem niederländischen Projekt) etwas werden, wohin es Herr Volmar von Anfang künstlich gespielt. — Marburg.

Am 16. Februar kam Boineburg nach Frankfurt, wo er sofort mit den Gesandten der Alliirten und Invitirten sich in Verbindung setzte. Er brachte zunächst die Erklärung mit, daß in Mainz beschlossen sei, als Mahlstatt für die beiderseitigen Unterhandlungen aus Bequemlichkeitsrücksichten die Stadt Frankfurt vorzuschlagen. Die nächste Woche werde wohl die Entscheidung bringen.[1]

Am 18. Februar erschien er bei Heyland, um mit ihm über die politische Situation zu reden. Sein Herr, führte er aus, stehe wegen seiner auf das allgemeine Wohl gerichteten heilsamen Grundsätze und der daraus entspringenden Opposition gegen die spanische Politik zu Wien gar sehr im scharfen Register. Er achte es aber nicht und werde auf dem eingeschlagenen Wege ausharren, wenn er nur versichert sei, daß er Hülfe und Rückhalt habe, die er eben mit durch diese Allianz suche. Allein könne er freilich nicht stehen; wenn also nichts aus der Allianz werde, müsse er sich entweder mit dem kaiserlichen Hofe vergleichen oder die andere Partei (d. i. Frankreich) wählen, wozu er unter weitgehenden Anerbietungen eingeladen worden. Beide Mittel aber bärgen für das Reich die äußersten Gefahren. Der kaiserliche Hof werde ihm zumuthen, wessen er sich bislang geweigert und was dem Reiche gar nicht anständig sein würde. Wenn er aber sich für die andere Seite entscheide, würden andere Stände ihm nachfolgen und damit der Anfang zu gänzlicher Auflösung des Reiches gegeben sein. Darum bedürfe das Allianzwerk der Beschleunigung. Schon sei der Frühling vor der Thüre und mit ihm die Zeit zum marschiren. Es sei gewißlich wahr, daß man am Hofe in Wien entschlossen gewesen, nach Italien 10,000 Mann und den Niederlanden 6000 Mann den Spaniern zu Hülfe zu schicken. Infolgedessen habe der französische Gesandte angedeutet, daß dann sein König auch eine Armee nach dem Rheinstrom werde schicken müssen, um den Kaiserlichen den Paß streitig zu machen, weil ihn die Stände des Reiches zu verwehren weder den Willen noch die Kraft hätten. Dies werde der Anfang des Krieges sein und wider einen solchen gebe es abermals kein anderes Remedium, als eben die Allianz, und wäre den Kaiserlichen nur deshalb der Muth so gewachsen, weil Volmar berichtet, die Allianz werde keinesfalls zustande kommen. Wenn man aber in Wien den Ernst sähe, würden dort andre Gedanken erwachen, mit ganz andrem Nachdrucke würde man dann mit dem Kaiser reden können.[2]

Badenhausen eröffnete der Freiherr ähnliches. Als Jener bemerkte,

---

[1] Bericht Wispings vom 18. Februar. — Münster.

[2] Heyland an Herzog Augustus am 10. (20.) Februar. — Hannover. Köcher S. 201 und 226.

daß man, wenn auch schon die Erklärung der Invitanten bald fallen sollte, seitens der Invitirten wegen der unter einander nothwendigen Kommunikationen wohl nicht so schleunig werde die Berathungen antreten können, wurde Boineburg ganz unruhig. Warum solchen Aufenthalt? fragte er. Wenn man, worum man gebeten, Ort und Zeit genannt erhalte, was wolle man da mehr? Vor Ende März müsse die Sache ausgemacht sein. Der und Jener solle ihn holen, wenn dies nicht geschehe. Mainz müsse Partei nehmen, denn von verschiedenen Seiten kämen große Offerten. Auch hier vergaß er nicht, auf die mögliche Verwickelung Deutschlands in auswärtige Händel und daraus wahrscheinliche Auflösung des Reiches hinzudeuten. Und doch sei der Kurfürst just auf diese Vereinigung verfallen, damit man sich gesamterhand so fassen könne, daß die kriegenden Parteien Bedenken tragen müßten, Einem oder dem Andern zunahezutreten. Deswegen dränge er immerzu auf den Abschluß. Und er, Boineburg, gerathe durch dies Zögern nicht nur „in Schnupfen sondern auch in Unglück": denn er habe gegen Köln und Münster erklärt, daß man mit den Verhandlungen beginnen werde, wenn die hessischen und braunschweigischen Gesandten Resolution hätten. Wie könne er bestehen, wenn dies nicht erfolge? Wenn man Köln, Trier und Münster Zeit lasse, würden sie gewiß ganz umkehren, denn die Kaiserlichen, zumal Volmar, würden nicht feiern. Wenn auf diese Weise aus der Sache nichts würde, hätten der Kurfürst und er den Unglimpf davon und die Ungunst am kaiserlichen Hofe obendrein. „Wäre so ein Gelapper, als ob er der boulteseu, der die Sache allein treibe und den Kurfürsten dazu verführe." Am Ende würde man sich gar einige kaiserliche Regimenter auf den Hals ziehen: „denn am kaiserlichen Hofe sei einmal resolvirt, man schreibe hier was man wolle, Spanien nicht zu lassen, sondern in Italien und Niederland zu assistiren couste que couste." Badenhausen hielt diesen heißen Redestrom nicht auf, kühl erwägend, daß sich in dieser Weise die Sache nicht übereilen lasse.[1]

Es zeigt sich eben auf allen Seiten, Mainz allein ausgenommen, das Bestreben, die Allianz mit aller Gemächlichkeit zu betreiben und deren Abschluß in Erwartung der Entwickelung der Dinge im Osten und Westen möglichst lange hinauszuschieben.

---

[1] Badenhausen an Vultejus am 10. (20.) Februar dies berichtigend und dazu bemerkend: Ich habe ihn so rasen lassen; ich kann mich nicht genug wundern, daß so ein kluger Mann sich die Hitze so übertragen läßt, daß er selbst nicht urtheilen kann, daß es unmögliche Dinge seien; thut er es aber aus böser Intention, daß er uns vermeint zu überschnellen, beklage ich ihn, daß er keine bessere Opinion von uns hat und so für einfältige Leute hält, darin er sich etwa dürfte betrogen finden. Wie wird er noch schelten und schmähen, wenn es nicht fort will gehen, ‚wie er sich eingebildet? — Marburg.

Beim Austausch ihrer Berichte über diese Unterredungen mit dem hitzigen Boineburg erfuhr Badenhausen noch von Heyland, daß der Freiherr ihm die von Köln, Münster und Neuburg mitgebrachten Resolutionen vorgelesen habe. Durch die Nachrichten von den Drohungen des Kaisers und die von Boineburg daran geknüpften Nutzanweisungen lebhaft erregt, zeigte Heyland sich fast ebenso eifrig und geschwind als der Freiherr selbst. Er meinte gegen Badenhausen, auf der hildesheimer Konferenz sei ja schon alles zwischen Braunschweig und Kassel erledigt. Badenhausen jedoch „half ihm aus dem Traum," indem er nachwies, daß gerade in Hildesheim trotz allen Erinnerns der hessischen Deputirten nicht das geringste vereinbart worden sei. Heyland vergaß sich hierbei bis zu Ausfällen gegen seinen Vorgesetzten, den Kanzler Schwarzkopf: Der sei ein Zauderer, verschließe den andren Räthen den Zugang zum Herzog, um sich alleinige Geltung zu sichern. Kurz, er zeigte sich vollständig von Boineburg eingenommen und wie dieser für Uebereilung des Werkes gestimmt. Besonders wichtig erschien Badenhausen die Eröffnung, daß das Haus Braunschweig auch vor Eintreffen einer Resolution von Schweden sich in Unterhandlungen mit den Katholischen einlassen werde.[1]

Am 20. Februar fand Allianzrath bei den Invitanten statt, ohne die Vertreter von Trier und Neuburg, welch' ersteres dem Dr. Aldenhoven substitutarische Kommission ertheilt hatte. Hier einigte man sich aufgrund der von den Prinzipalen eingegangenen Resolutionen über die Fassung der den Invitirten zu ertheilenden Erklärung. Man erließ hierauf an Heyland und Badenhausen die Einladung für den folgenden Tag zur Sitzung im Karmeliterkloster, woselbst diese Erklärung ihnen kundgethan werden sollte.[2] Zur angegebenen Stunde traf man zusammen. Als Vorsitzender eröffnete der würzburgische Kanzler Mehl im Namen der Alliirten den beiden Eingeladenen, daß sämtliche Prinzipale ihre Zustimmung dazu ertheilt hätten, daß nunmehr von den Invitirten weitere Aufforderungen zum Mitbeitritt auch an Schweden und Brandenburg gerichtet würden, jedoch ausdrücklich nur in Hinsicht auf deren im Reich belegene Lande; zugleich wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Invitirten würden mit präkaviren helfen, daß man weder direkt noch indirekt in den gegenwärtigen, weitläufigen polnischen Krieg eingeflochten werden möge. Wie beiläufig erwähnte Mehl dann noch gesprächsweise, daß man jetzt wegen Ort und Zeit zu den Konferenzen Vorschläge erwarte.[3]

---

[1] Nach dem angeführten Bericht Badenhausens vom 10. (20.) Februar.

[2] Bericht Heyland's an die drei Herzöge vom 11. (21.) Februar. — Hannover.

[3] Heyland stellte hierüber noch am selbigen Tage Boineburg zur Rede, dieser gab vor, sehr entrüstet zu sein und bat, es als ein Versehen zu entschuldigen. Bericht Heylands vom 11. (21.) Februar s. oben.

Heyland und Badenhausen dankten für die Erklärung der Prinzipale, eröffneten aber auf das letztere Ansinnen, daß sie, hierauf nicht instruirt, sich zu den Invitanten versehen hätten, daß diese derartige Vorschläge an die Hand gegeben haben würden. Diese schlugen darauf Frankfurt als Mahlstatt vor; etwa am 8.—18. März könnten die Berathungen wohl beginnen. Man nahm dies ad referendum.[1]

Noch am nämlichen Tage hatte Heyland eine Unterredung mit Boineburg, wobei derselbe nochmals auf Beschleunigung drang, deren man sich nun nach der erfolgten liberalen Erklärung bestimmt versehe. Als bemerkenswerthes Ergebniß glaubte der hoffnungsfroh gestimmte Obermarschall bereits prognostiziren zu können, daß nun wohl durch die Aufnahme Brandenburgs nicht allein alle Thätlichkeiten zwischen diesem und Pfalz-Neuburg verhütet werden würden, sondern auch unter diesen mit der Zeit gar ein gründlicher Vergleich durch Vermittelung der Alliirten getroffen werden könnte. Der Friede in Deutschland schien gesichert. Wie weit war man doch in Wahrheit noch von diesem erhabenen Ziele entfernt!

18.

Weitere Erklärung der Invitirten. Hemmungsversuche der Kaiserlichen.

Landgraf Wilhelm in Kassel hielt auf den Bericht Badenhausens von 14. (24.) Februar[2] über die Erklärung der Invitanten für angemessen, wegen der dadurch geschaffenen Sachlage sich sogleich mit den braunschweigischen Herzögen in's Einvernehmen zu setzen. Da der Termin von den Alliirten zu nahe gesetzt erscheine, meinte er, werde unter ihnen es einer besonderen Abrede bedürfen.[3] Man gab sich auf hessischer Seite keiner Täuschung darüber hin, daß die Herren Braunschweigischen besonderen Eifers sich nicht befleißigen würden.[4] Doch lief, vorläufig von Herzog August aus Wolfenbüttel, umgehend wenigstens eine Antwort auf des Landgrafen Zuschrift ein.[5] Sie legte dar, daß

---

[1] Nach dem Protokoll in Hannover, Beilage zu dem erwähnten Bericht Heylands.

[2] Original. — Marburg.

[3] Postskriptum des Landgrafen vom 16. (26.) Februar. — Hannover.

[4] Bultejus an Badenhausen am 17. (27.) Februar und der Landgraf an Badenhausen am 21. Februar (3. März). — Marburg.

[5] d. d. 19. Februar (1. März). — Marburg.

man bei der einmal gefaßten Ansicht verharren müsse, daß also bei bewandten Umständen Frankfurt kein bequemer Ort und der Termin zu kurz anberaumt sei.[1] Köln oder Koblenz würden geeigneter sein und als Termin würden zwei Wochen nach Ostern als früheste Grenze gelten können. Alles vorbehaltlich besserer Ansichten der Vettern zu Celle und Hannover.[2]

Schon vorher hatte die Regierung in Hannover eine Hauskonferenz vorgeschlagen. Auf diese verwiesen nunmehr sie wie der Herzog Christian Ludwig die Erledigung dieser Fragen.[3] Am 10.—20. März traten zu Braunschweig die Räthe des Hauses zusammen. Am folgenden Tage schon beschlossen sie nach dem Vorschlage des Wolfenbüttelers, den Invitanten als geeignete Orte für die Konferenzen Koblenz oder Köln vorzuschlagen, von denen der erstere als bequemer gelegen den Vorzug verdiene (auch Hinweis auf den dort abgehaltenen Kreiskonvent von 1599); als Termin aber meinten sie erst die Zeit kurz nach Pfingsten in's Auge fassen zu können.[4] Weitere Beschlüsse gingen auf bezügliche Weisungen an Heyland und Mittheilungen an Hessen-Kassel. Hingegen wurde die Abfassung einer Instruktion für die zu den Verhandlungen abzusendenden Bevollmächtigten auf eine spätere besondere Konferenz verwiesen, vor oder nach welcher man sich darüber ja mit den Hessen, etwa zu Eimbeck,

---

[1] Heyland setzte später dem brandenburgischen Deputirten Portmann auseinander daß die Wichtigkeit der Angelegenheit einen anderen Ort als Frankfurt erfordere, damit nicht alles den Herren Kaiserlichen und Oesterreichern sofort palisirt und die Verhandlungen durch anderweitige negotia, die hierher gehörten, retardirt würden. Die Zeit habe man so weit hinausgesetzt, damit die am entferntesten Gesessenen (Brandenburg und Schweden) bei guter Zeit die Ihrigen abschicken könnten. Bericht Portmanns und Hübners vom 5. (15.) April 1657. — Berlin.

[2] Schreiben in diesem Sinne an Herzog Christian Ludwig zu Celle und die heimgelassenen Räthe Georg Wilhelms in Hannover v. 19. Februar (1. März). — Hannover Die Alliirten hatten am 21. Februar unter anderem auch vorgeschlagen, daß die Invitanten der größeren Bequemlichkeit halber ihre Ansicht gleich dem Bischof von Münster zuschreiben sollten, der es dem Pfalzgrafen weitergeben werde. Herzog Augustus schickte daher bei dieser Gelegenheit ein an den Bischof gerichtetes Schreiben im Entwurf den beiden anderen Linien seines Hauses zur Begutachtung. Es enthielt die eben mitgetheilten Vorschläge. Die Hauskonferenz zu Braunschweig beschloß am 21. März, nicht an den Bischof, sondern direkt an die Alliirten insgesamt zu schreiben. — Hannover.

[3] Regierung zu Hannover an Herzog Augustus am 26. Februar (8. März): Herzog Christian Ludwig an denselben am 3. (13.) März. — Hannover.

[4] Die Regierung zu Hannover hatte schon in dem oben angezogenen Schreiben v. 26. Februar (8. März), namentlich unter Betonung der Rücksichtnahme auf Schweden und Brandenburg, bemerkt, daß selbst des Herzogs Augustus Vorschlag, welcher 14 Tage nach Ostern den Termin angesetzt haben wollte, noch nicht annehmbar sein werde.

benehmen könne. Sodann einigte man sich hier in Braunschweig über die an Schweden und Brandenburg abzulassenden Schreiben (darüber weiter unten). Auch erachtete man für angemessen, eine bezügliche Mittheilung an den Bischof von Paderborn zu bringen, an welchen wunderbarerweise von den Alliirten keine Einladung ergangen wäre.[1]

In weiterem Umblick richteten die Herren in Braunschweig sodann ihre Augen auf Frankreich. Man habe wohl auf dieses zu achten, jedoch auch dahin zu sehen, welche Absichten es auf das Elsaß habe, damit man dort nicht in Verwickelungen gerathe. Deshalb solle Heyland öfters den französischen Agenten Gravel besuchen, ohne Scheu vor den Oesterreichern, und gutes Vertrauen mit ihm aufrecht erhalten. Ferner müsse man auch genaue Erkundigungen einziehen, was es mit den Verhandlungen Münsters und Neuburgs im Haag auf sich habe, da man mit nichten geneigt sei, mit den General Staaten sich einzulassen. Mit Hessen habe man dagegen sich zu benehmen, ob nicht vielleicht auch Kur-Sachsen zur Allianz mit aufzufordern sei. Gegen Bayern aber wird eine entschiedene Abneigung laut.

Hatte man auch den Termin möglichst weit hinausgerückt, um Schweden und Brandenburg Gelegenheit zu geben, ihren Entscheid bis dahin einlangen zu lassen, so beschloß man doch, auf allen Fall die Verhandlungen mit den Katholischen zu beginnen, selbst wenn man von Jenen alsdann noch keine Antwort haben sollte.[2]

Hierauf erging am 13. (23.) März im Namen der drei Herzöge an den Landgrafen die Mittheilung von den in Braunschweig gefaßten Beschlüssen hinsichtlich des Orts und der Zeit (etwa der 17. (27.) oder 18. (28.) Juni) zu den Konferenzen mit der Bitte, dem mit Heyland gegebenen Beispiele nach auch Badenhausen anzuweisen, daß er in Frank-

[1] Es muß hier nachgeholt werden, daß die drei Herzöge von Braunschweig am 6. (16.) November 1656 dem Bischof Dietrich Adolf von Paderborn die Einladung der Alliirten mitgetheilt und ihn dabei gefragt hatten, ob eine solche auch an ihn ergangen wäre und was er in diesem Falle zu thun gedächte. Aehnliche Eröffnungen ließ Landgraf Wilhelm am 19. (29.) November an ihn ergehen. Diesem antwortete der Bischof am 15. December mit der Mittheilung, daß ihm schon vom Bischof von Münster bezügliche Eröffnungen zutheil geworden wären. Eben jetzt tage eine Bundeskonferenz zu Koblenz, welche wohl weiteres veranlassen werde. Ein gleiches Anbringen solle ja bei den General Staaten erfolgt sein. Kein Wort jedoch von des Bischofs eigener Stellung zu dem Projekt. Den Braunschweigern theilt er am 20. December einfach die dem Landgrafen ertheilte Antwort abschriftlich mit dem Bemerken mit, daß er sich von ihren consiliis abzusondern nicht gemeint, worauf die Herzöge am 29. December 1656 (8. Januar 1657) eine phrasenreiche, aber inhaltslose Empfangsbestätigung senden. — Hannover und Kassel.

[2] Protokoll in Hannover. Vergl. Köcher S. 226, 227. Instruktion an Heyland vom 12. (22.) März. — Hannover.



furt bei den Alliirten für Annahme dieser Vorschläge lebhaft eintreten und mit Heyland in enger Verbindung bleiben solle. Auch wurde zugleich der Landgraf aufgefordert, behufs Vereinbarung gemeinsamen Verhaltens eine kurz vor Beginn der Traktaten nach Eimbeck zu berufende Tagsatzung zu beschicken. Schließlich wurde in dieser Note für wünschenswerth erachtet, mit dem zur Zeit in Hildesheim anwesenden Kurfürsten von Köln wegen Gewinnung jenes Stifts für den Bund, welche Invitirten wie Invitanten gleichen Vortheil bringen würde, in Verbindung zu treten.[1]

Der Landgraf, ohne auf diesen letzten Punkt einzugehen, erklärte sich mit den übrigen Vorschlägen einverstanden.[2] Und da Badenhausen zur Zeit von Frankfurt abwesend war, erhielt derselbe den Auftrag, Heyland zu bitten, daß er auch in seinem Namen den Alliirten die nöthigen Erklärungen eröffne.[3]

Heyland schritt also allein zu dieser Verhandlung. Sie fand statt am 13. April im Frankfurter Karmeliterkloster. Im Namen der Herzöge von Braunschweig und des Landgrafen schlug Heyland den anwesenden Deputirten[4] der Verbündeten vor, die Berathungen über das Allianzwerk am 17. oder 18. Juni a. St. in der Stadt Koblenz zu beginnen. An dem früher vorgeschlagenen Termin habe man nicht zusammentreten können, da man ja damals über die Mahlstatt noch nicht einig gewesen, und zu Frankfurt werde man vieler wichtigen Ursachen halber die Verhandlungen nicht vornehmen können, wenn anders sie zu gutem Ende gereichen sollten. Uebrigens vergaß er nicht zuzufügen, daß der nunmehr vorgeschlagene Termin unabänderlich innegehalten werden solle, möchten nun die schwedischen und brandenburgischen Resolutionen bis dahin eingetroffen sein oder nicht. Die Alliirten — ihr Sprecher war der Kanzler Mehl — nahmen diese Eröffnungen einfach ad referendum.[5]

Die Alliirten durchschauten die Politik der langen Bahn aufseiten der Invitirten wohl. Doch war dieselbe im Augenblick eigentlich nur dem Kurfürsten von Mainz nicht genehm. Der Pfalzgraf sah einen Aufschub nicht eben ungern. Seine Pläne gegen Brandenburg, niemals gänzlich schlummernd, legten der Begierde nach Abschluß mit den Herren Protestirenden einmal allewege Zügel an, zu geschweigen, daß auch neuerdings gewisse Umtriebe in der polnischen Frage und von ihm lebhaft

[1] Original in Marburg.

[2] Am 30. März (9. April). — Hannover.

[3] Briefwechsel zwischen Heyland und Badenhausen vom 24. bis 31. März (3. bis 10. April). Marburg und Düsseldorf (abschriftlich).

[4] Nur der Pfalzgraf war nicht vertreten, da er als zu den Deputationstagen nicht berufen keinen Gesandten in Frankfurt hatte.

[5] Protokoll in Düsseldorf, Abschrift der Erklärung Heylands in Marburg.

geführte Verhandlungen um die Thronfolge im Reich der Jagellonen eine nähere Verbindung mit den Feinden desselben, Schweden und Brandenburg, wenig räthlich für ihn erscheinen ließen.[1]

Auch wurden allmählich Stimmen laut, welche unter dem Hinweise auf drohende Rüstungen der Dänen einen Bruch zwischen diesen und den Schweden voraussagten und demnach eine kriegerische Verwickelung auch in den bremischen Landen in Sicht rückten, wodurch an den niedersächsischen Kreis und demzufolge an die Herzöge von Braunschweig die Aufgabe herantrat, Stellung zu nehmen. So schien eine Vertiefung mit den Invitirten eine Gefahr um die andere heraufzubeschwören, Vorsicht also nur allzusehr geboten. Unter diesen Umständen fiel es auch auf, daß in der von Heyland nunmehr abgegebenen Erklärung kein Wort darüber laut geworden war, wie Braunschweig und Kassel sich zu der von den Invitanten am 21. Februar ausgesprochenen Bedingung stellen würden, daß man sich in den polnischen Krieg nicht einmischen solle, wenngleich auch der liebedienernde Heyland allezeit versichert hatte, daß, was seine Herren anlange, diese auf keine Weise sich mit dem polnischen Wesen vermischen, sondern über dem Frieden und dessen Wahrung neben den Einungsverwandten beständig zu halten gesonnen wären.[2]

---

[1] Philipp Wilhelm schreibt an Boineburg am 7. März: Daß die Beantwortung der Braunschweig- und Kasselischer geschehen, vernehme ich gern. Man muß sie auf eine Erklärung treiben, sonsten wird meiner Vorsorg nach von ihnen gesucht werden, bis zur Einlangung der schwed- und brandenburgischen Antwort Zeit zu gewinnen, wegen welcher Beitritt meines Ermessens die von mir wissende mutationes fast mehr als bei dem anderen Werk (Admission der Niederlande) eine gute Vorsorg und keine Uebereilung erfordern (Kopie, Düsseldorf). In den polnischen Plänen des Pfalzgrafen, über denen noch ein ziemliches Dunkel liegt, spielt der polnische Jesuit Albert Ciecisezki eine gewisse Rolle. Ein von Wien am 18. März datirtes Schreiben desselben mahnt den Pfalzgrafen dringend von der Verbindung mit Schweden und Brandenburg ab. Es gipfelt in den Sätzen: Forte ergo ista liga solum patrocinium provinciis Sueticis et Brandenburgicis pro primario fine habet, ut Suecus et Brandenburgicus suis provinciis nihil metuentes securius ac mimosius perditionem Polonorum prosequantur, nam et de facto ad famam ligae hujus esse a pace alienores et in bello prosequendo ferociores esse constat ... Dum ergo liga illa, quae tamen a Principibus catholicis originem sumit, Polonis minus propitia seu inutilis saltem est: suspicari licet, eam ligam ad minimum alicujus foederati acatholici Principis machinatione, dum catholici Principes bona et sancta fide agunt, instrui ad Polonos perdendos vel ad vexandum saltem aliquem Principem, a quo Polonis succurri posset. Aehnliches schrieb, wie er versicherte, der Pater an den Kurfürsten von Mainz, der wohl wenig Neigung empfunden haben wird, aus Interesse für die polnische Nation seinem Lieblingsplane Valet zu geben. — Düsseldorf.

[2] Aldenhoven an den Kurfürsten von Köln am 10. März und Boineburg an Christoph Bernard von Münster am 14. März. — Düsseldorf und Münster.

Dem Bischof von Münster lag nicht viel an dem Zögern der Invitirten.[1] Die Verhandlungen im Haag und sein Verhältniß zur Stadt Münster nahmen sein Interesse ausschließlich in Anspruch.

Der Kurfürst von Trier blieb nach wie vor theilnahmlos diesen Verhandlungen gegenüber. Und auch der Kurfürst von Köln verrieth ein geringes Interesse für die Beschleunigung derselben. Als Ende März Boineburg bei Aldenhoven anfragte, ob ihm wegen der Allianz von seinem Herrn keine weiteren Befehle zugekommen wären, antwortete dieser mit kühlem Lächeln, daß es doch wohl erst nothwendig sein werde, vorher die Resolution der Invitirten auf die Erklärung vom 21. Februar zu vernehmen. Boineburg hatte darauf auseinanderzusetzen versucht, daß der Kurfürst von Köln wegen Hildesheim und der von Mainz wegen der Aemter auf dem Eichsfeld mehr als Trier, Münster und Neuburg auch ohnehin Anlaß hätten, mit Braunschweig und Kassel in einen Bund zu treten, wogegen Aldenhoven nur die Frage gestellt, ob denn diese drei bei der einmal gefaßten Resolution fest verharren würden, was der Freiherr bejaht hatte.[2] Hieraus erhellen der immer noch obwaltende Mangel an Vertrauen und Einmüthigkeit zwischen den Kabinetten von Mainz und Bonn und der geringe Eifer des letzteren für die von jenem so lebhaft betriebenen Allianzpläne. Einen Augenblick lang bemächtigte sich des Obermarschalls eine tiefe Verstimmung ob so vieler Kaltsinnigkeit. Wenn er nur erst eine Ahnung von den krummen Wegen gehabt hätte, auf denen Franz Egon v. Fürstenberg sonst noch wandelte!

Am Kaiserhofe blickte man naturgemäß mit Besorgnis und Abscheu auf die dem Hause Habsburg bedenklichen Allianzbestrebungen des mainzer Kurfürsten. Volmar, der österreichische Vertreter bei der Reichsdeputation hatte den Auftrag zu den lebhaftesten Gegenwirkungen bei den betheiligten Fürsten. Er that seine Schuldigkeit, wenn auch nach dem Maße seiner Gaben mit möglichstem Ungeschick. Ja, eine Zeit lang hatte in Wien die Absicht bestanden, besondere Emissare zu diesem Gegen-

[1] Am 15. März hatte er an Bisping geschrieben, daß sich bis zum 18. oder 20. April wohl werde warten lassen.

[2] Bericht Aldenhovens vom 27. März. — Düsseldorf. Zu seiner Frage hatte dem kölnischen Deputirten die vorübergehende Anwesenheit des neuburgischen Kanzlers Winkelhausen Anlaß gegeben, welcher Bisping gegenüber geheimnißvolle Andeutungen gemacht hatte, daß er Ordre habe, bei Boineburg über die vordem vom Pfalzgrafen ihm wegen der Aufnahme von Schweden und Brandenburg gegebene Resolution eine Explikation anzubringen. Boineburg suchte die Anwesenheit Winkelhausens damit zu erklären, daß man neuburgischerseits der Meinung gewesen, daß die Verhandlungen mit Braunschweig und Kassel sofort beginnen würden: doch fand er damit keinen Glauben. In Wahrheit handelte es sich bei der Anwesenheit Winkelhausens um die vor den Anderen noch geheim gehaltene Anbahnung mit Frankreich.

spiele auszusenden. Man vernahm, daß ein Spezialgesandter der Hofburg in der Person des Grafen Notthafft bereits nach Mainz unterwegs sei, um die von Volmar im vergangenen December dem Kurfürsten zu Steinheim vorgestellten Bedenken gegen die Verbindung mit den Protestanten zu wiederholen. Mit dem Bescheide, welchen damals Volmar erhalten,[1] war man nicht zufrieden. Jetzt hatte Graf Notthafft den Auftrag, bei dem Kurfürsten ein besonderes Mißtrauen gegen die protestantischen Stände Deutschlands zu erwecken, deren Ehrgeiz und Herrschsucht ihn an der Bundesleitung zu verhindern suchen würden. Es würden auch, so sollte er des weiteren vorstellen, zwischen den beiden konfessionsverschiedenen Theilen allerhand andre Zwistigkeiten entstehen und würden besonders Diejenigen, welche das größte Interesse am polnischen Kriege trügen, die Sache bei ihren Mitverbundenen nach ihrem Vortheile mit Macht behaupten wollen, diese aber darein nicht willigen können, demnach die Allianz nur eine Quelle weitaussehender gefährlicher Mißverständnisse und der Zwietracht unter den beiderseitigen Theilnehmern werden[2]. Mit gleichen Weisungen versehen schickte sich etwa um dieselbe Zeit der Reichshofrath Krane an, die dem Mainzer verbündeten vier andern katholischen Höfe anzusprechen, um hier von der Einnahme Schwedens und Brandenburgs in die Allianz im Namen des Kaisers dringend abzurathen.[3] Als man aber zu Wien erfuhr, daß Braunschweig und Kassel die Einladung der Alliirten bereits beantwortet hatten, erhielten Notthafft und Krane Befehl, ihre Kommission bis auf weiteres zu verschieben, da man erwarten wollte, wie die ferneren Erklärungen Jener lauten würden.[4]

Es ist, wie wenn dem seinem letzten Stündlein nahenden Kaiser das Herz gefehlt hätte, gegen den ihm verhaßten Plan der Vereinigung

---

[1] Daß man nicht gemeint sei, etwas einzugehen, was dem Kaiser bedenklich oder vorgreiflich sein könne, sondern daß man nur den allgemeinen Friedensschluß in seinem Bestand zu erhalten trachte, die partikularen Unionen im Reich trennen und vor allem verhüten wolle, daß fernerhin noch fremde Potentaten ihre Tummelplätze im Reiche suchten.

[2] Abschrift der Instruktion Notthaffts vom 16. Februar 1657. — Düsseldorf.

[3] Am 12. März traf ein Kourier aus Wien bei Volmar in Frankfurt ein. Bisping, der vom Bischof Christoph Bernard angewiesen war, sich mit den Oesterreichern auf gutem Fuße zu halten, erfuhr sofort von vertrauter Hand, daß Krane zu der erwähnten Mission ausersehen sei. (S. Bericht an den Bischof v. 14. März). Auch Boineburg bekam Wind davon und erließ sofort eine Mahnung an den Bischof, daß er sich gegen die österreichischen Einflüsterungen mit Standhaftigkeit wappne, was auch der Bischof in einem undatirten Schreiben vom Anfang April verspricht. — Münster.

[4] Aldenhoven an den Kurfürsten von Köln am 27. März. — Düsseldorf.

der rheinischen Ligisten mit den Evangelischen zumal Schweden und Brandenburg, offen und ehrlich anzugehen. Um so lebhafter arbeitete insgeheim der unverdrossene Volmar. Seine Argumente waren geschraubt und weit hergeholt. Der König von Dänemark rüste wider Schweden und besorge, daß seine Absichten gegen dieses durch die Hildesheimer Alliirten verhindert werden möchten. Wer sich nun mit den Letzteren einlasse, müsse dann auch Stellung gegen Polen nehmen und werde auf diese Weise dem katholischen Wesen großen Nachtheil bereiten.[1] Es sei daher in diesem die katholische Religion merklich betreffenden hochwichtigen Werk sonderbare Umsicht zu gebrauchen und alle Uebereilung zu vermeiden. Und weil sich gerade jetzt zu Wien ein dänischer Abgesandter befinde, um mit dem Kaiser gewisse Traktaten anzuspinnen, so wolle um so nöthiger sein, mit dem Allianzwesen in Ruhe zu stehen und vorher zu erwarten, was diese Verhandlungen mit Dänemark zutage fördern würden, wovon der Kaiser vertrauliche Mittheilungen widerfahren lassen werde. Also redete er zu Aldenhoven,[2] und auch beim Kurfürsten von Mainz wollte er es anbringen. Der aber, nicht achtend, daß Volmar vergeblich seine Reise nach Würzburg gethan, ließ dort auf sein Gesuch um eine Audienz sich mit einem Katarrh entschuldigen und melden, daß er bei der Abwesenheit Boineburgs nichts unterhandeln lassen könne.[3]

Auf indirektem Wege hatte unterdessen die kaiserliche Politik dem Kurfürsten von Köln ihre Wünsche nahe gelegt. Sein in dem vollen Fahrwasser des Hauses Habsburg segelnder wittelsbachischer Vetter, der Kurfürst Ferdinand Maria von Bayern, hatte längst schon zur Behutsamkeit in der Allianzsache gemahnt und mit Genugthuung es diesen seinen Ueberredungskünsten zugute geschrieben, daß Maximilian Heinrich „bis-

---

[1] Auch hier ist der Einfluß des Polen Ciecisęski bemerkbar. Derselbe drang zu Wien bis in die Hofburg vor. In einer Audienz beim Erzherzog Leopold Wilhelm berichtete er diesem nach den Angaben des Mich. Leers über den Stand der Alliantzsache. Der Erzherzog äußerte unverhohlen seine Freude darüber, daß es mit Schweden und Brandenburg wegen deren Einnahme in die Liga noch so weit wäre. — Nach dem Bericht des pfalz-neuburgischen Agenten Horst in Wien vom 18. April 1657. — Düsseldorf. Nach demselben Bericht rieth Auersperg dem Horst, der Pfalzgraf möge nur suchen, die Einnahme Jener aufzuschieben; denn sollten sie hineinkommen, so würden sie sich an keine conditiones halten, vorher aber eingehen, was man ihnen vorschreiben würde.

[2] Dessen Bericht an den Kurfürsten Max Heinrich vom 10. April. — Düsseldorf.

[3] Als dann Boineburg inzwischen anlangte, erscholl auch zugleich die Trauerkunde vom Ableben des Kaisers Ferdinand III. (2. April), woraufhin Volmar seine Negoziation ganz einstellte und schleunigst nach Frankfurt zurückkehrte. Bericht Aldenhovens vom 17. April. — Düsseldorf.

her löblicherweise durch allerhand sorgfältige Kautelen und Restriktionen die Miteinnehmung anderer Stände des Reichs und sonderlich der Krone Schweden und Kur-Brandenburgs in der am Rheinstrom alliirten katholischen Kur- und Fürsten geschlossenes Bündniß hatte aufschieben helfen.“ In Wien, wo man mit Dankbarkeit dieses Wirken des bayerischen Kurfürsten anerkannte, hielt man für nöthig, das Eisen weiter zu schmieden. Ende März also erschien der oben genannte Graf Johann Heinrich Notthafft zu München, um den Kurfürsten zu weiteren Bemühungen zu veranlassen, damit er seinen Vetter von Köln in der „seitherigen Wohlmeinung“ stärke und dahin disponire, daß er seine Gesandten in Frankfurt anweise, sich bei den bezüglichen Verhandlungen nicht zu übereilen und die Gefahren, die in der Einnehmung Schwedens und Brandenburgs lägen, nicht allein mit einigen Kautelen einzuschränken, sondern, wenn möglich, „mit gänzlicher Deklination zu vermeiden und abzuschneiden.“ Kurfürst Ferdinand Maria wies auf die bisherigen Erfolge seiner Einwirkungen hin und glaubte ein weiteres heilsames Verhalten des Kölner Kurfürsten in Aussicht stellen zu können, lehnte aber die ihm angesonnene direkte Einwirkung bei den Allianzverhandlungen als dazu nicht mit berufen höflich ab, versprach jedoch, seinem Abgeordneten in Frankfurt zu befehlen, daß er, wo es die Gelegenheit gebe, erinnere, was Seine Kaiserl. Majestät bei diesem nachdenklichen Werke für sorgfältige Gedanken führe und wohin deren Intention gerichtet sei.[1]

Diesen Einflüssen wird es wohl zuzuschreiben sein, daß Graf Fürstenberg den Vertreter seines Herrn in Frankfurt anwies, unter der Hand mit Volmar vertrauliche Kommunikation zu pflegen, dabei jedoch in Obacht zu nehmen, damit die Franzosen darob keine Jalousie zu schöpfen verursacht würden, da man nicht wisse, wie sich die Konjunkturen anlassen möchten.[2] Vor allem anderen solle Aldenhoven dem Volmar andeuten, daß, wenn der Kaiser des Reiches und seiner treuen Stände mit mehr Ernst und Nachdruck gegen die Krone Spanien und deren Alliirte sich annehmen wollte, Kur-Köln die Aufnahme Schwedens und Brandenburgs in die Allianz zu hintertreiben suchen werde. Nicht im Westen, sondern im Osten lägen die wahren Aufgaben des Hauses

[1] Bescheid auf das Anbringen Notthaffts in München vom 26. März 1657. — Abschrift in Düsseldorf.

[2] Vergl. hierzu die Nachricht Gise's an den Pfalzgrafen von Neuburg vom 7. Mai 1657, daß eine nicht benannte fürstliche Person (vermuthlich Landgraf Georg Christian von Homburg, der Agent Mazarins) ihm gegenüber geklagt habe, daß Graf Egon die von Frankreich empfangenen 30,000 Thaler vergessen habe und jetzt für Oesterreich stehen wolle. — Düsseldorf.

Habsburg: nicht Spanien gegen Frankreich, sondern Polen gegen Schweden-Brandenburg zu stützen, sei die Pflicht des Kaisers.[1]

In diesem Augenblicke erscholl die Nachricht vom Tode Ferdinand III. Die politische Situation änderte sich mit einem Schlage. Auch das Allianzwerk erlitt seinen Anstoß. Die drängende Ungeduld des Mainzers war von ihrer Befriedigung noch himmelweit entfernt.

17.

Bis zum Beginne der Hauptverhandlungen.

Die Erklärung der Invitirten vom 13. April begegnete bei den einzelnen Verbündeten, namentlich in Hinsicht auf die Oertlichkeit für die Berathungen, getheilten Ansichten. Dem Kurfürsten von Köln waren die von Heyland unterbreiteten Vorschläge nicht zuwider.[2] Koblenz war ihm eben recht. Nicht so dem Kurfürsten von Trier, welcher den Kaiserlichen das Aegerniß wohl nicht bereiten wollte, daß er den Allianzverhandlungen in dieser seiner zweiten Residenzstadt Raum gäbe. Er meinte, daß man zu Frankfurt mit weit geringerem Kostenaufwand tagen könne, da außer Neuburg die übrigen Alliirten alle wie auch Braunschweig und Kassel schon eine Vertretung daselbst hätten. Sollten die beiden letzten durchaus nicht für Frankfurt zu bestimmen sein, so werde Mainz der geeignete Ort sein, zumal Heyland nicht ausschließlich auf Koblenz bestanden, sondern daneben auf jede andre beliebige Stadt am Rhein, wie Köln und eben Mainz hingewiesen habe. Halb und halb gelang es dem Vertreter Karl Kaspars, dem Dr. Buschmann, den Aldenhoven für

---

[1] Franz Egon von Fürstenberg an Aldenhoven am 4. April 1657. — Düsseldorf. „Der Allmächtige gebe, daß Ihre Majestät eine Resolution fassen, dem polnischen Wesen nicht länger also stillsitzend zuzusehen, wobei ich dies allein besorge, es werde schwer fallen, das italienische und französische Wesen zu sustiniren und annebens sich in andere embarras zu setzen."

[2] Erlaß aus Hildesheim an Aldenhoven vom 20. April. — Düsseldorf. Freilich fügt er hinzu, daß ihm das Werk wegen der Aufnahme der schwedischen und brandenburgischen Reichslande, falls dieselbe behauptet werden sollte, je länger je mehr mißfalle, weil Dänemark in großen Rüstungen begriffen und es zwischen diesem und Schweden vermuthlich zum Bruch kommen werde, wodurch das hildesheimische Gebiet namentlich leicht mit in Unruhe versetzt werden könnte. Das münchener Tränklein wirkte.

diese Vorschläge zu gewinnen. Aber Kur-Mainz wollte ebensowenig wie Trier die Kosten und das Odium der Repräsentation übernehmen und beharrte nunmehr, von Münster hierin unterstützt, auf Koblenz. Schließlich einigte man sich — Buschmann stimmte nicht direkt zu, sondern nahm es nur ad referendum — dahin, daß Kanzler Mehl vorläufig dem Dr. Heyland bedeuten solle, wie man zwar Frankfurt für den bequemsten Ort halte, bei fortdauerndem Widerstreben der Invitirten aber auch Koblenz nicht ablehnen wolle.[1]

Also geschah es auch. Boineburg legte das ganze Gewicht seiner Redekunst für Frankfurt ein, und Heyland, der ihm gern zuwillen war, berichtete demgemäß nach Hause wie nach Kassel.[2]

Landgraf Wilhelm, noch ohne Antwort auf sein Schreiben vom 9. April, fragte sofort beim Hause Braunschweig an, wie es sich zu dem Vorschlage wegen Frankfurt stelle.[3] Und dieses entschied die Frage auf einer Gesammthauskonferenz zu Peine dahin, daß es am 14. (24.) Mai unter der Voraussetzung der Einwilligung Hessens Heyland zu der Erklärung bevollmächtigte, daß man unter Festhaltung des Termines am 18. (28.) Juni ungeachtet der noch vorhanden seienden wichtigen Bedenken mit der Wahl von Frankfurt einverstanden sein wolle, jedoch so, daß die zu entsendenden Vertreter sich nicht unter dem Vorwande der Reichsdeputation dort aufhalten sollten, damit die Verhandlungen möglichst schleunig zu guter Endschaft gelangen möchten, aus welchem Grunde auch die Hinzuziehung der neuburgischen Bevollmächtigten beizeiten zu befördern wäre.[4]

Die Regierung in Kassel erhielt unter dem gleichen Datum Nachricht von dieser dem Heyland ertheilten Weisung mit der Bitte, auch Badenhausen, falls man einig, in diesem Sinne zu beauftragen. Den Plan aber einer Konferenz zu Eimbeck ließ das braunschweigische Gesamtministerium fallen, wofür es in Aussicht stellte, daß die nach Frankfurt bestimmten Räthe auf der Durchreise in Kassel, etwa am 14. (24.) Juni, vorsprechen sollten, um dort am folgenden Tage unter Verzicht auf alle Ceremonien mit den hessischen Ministern über das Werk Rathes zu pflegen. So werde man am bestimmten Tage in Frankfurt mit den Verhandlungen beginnen können.[5] Hierauf erklärte die Regie-

---

[1] Bericht Aldenhovens vom 10. Mai. — Düsseldorf.

[2] Am 8. Mai. — Hannover und Marburg. Bericht über das Gespräch mit Boineburg an Badenhausen am 2. (12.) Mai. — Marburg.

[3] Am 6. (16.) Mai. — Marburg.

[4] Abschriften in Hannover und Düsseldorf.

[5] Abschrift in Hannover.

rung in Kassel, daß der Landgraf mit allem einverstanden und Heyland auf alle Fälle mit der Vertretung Badenhausens beauftragt sei.[1]

Gleich nach Empfang seiner Ordre unterrichtete Heyland die Räthe der Alliirten von dieser willkommenen Resolution. Dies geschah am 30. Mai und folgenden Tages traf auch die Einwilligung des Landgrafen ein.[2] Unverzüglich wurde eine feierliche Sitzung berufen, in welcher Heyland von den Entschlüssen seiner Herzöge und des Landgrafen Eröffnungen machte und namens der ersteren noch den Wunsch nach Beschleunigung der Angelegenheit ausdrückte. Eine besondere Freude zeigten die Mainzer Räthe. Es schien, als wenn nun endlich nichts mehr bei diesem Werke zu thun sein wolle, als der Zeit zu warten und es dann in Gottes Namen anzugreifen. Großer Schwierigkeiten glaubte man sich dabei nicht mehr versehen zu dürfen.[3]

Inzwischen näherte sich allmählich der Termin zum Beginn der Hauptverhandlungen. Eine gewisse Rührigkeit entfaltete sich im Hause Braunschweig, wo die Wahl der nach Frankfurt zu deputirenden Räthe einige Schwierigkeiten verursachte[4]. Schließlich wurden ausersehen als Führer der Gesandtschaft Kanzler Schwarzkopf von Wolfenbüttel neben Heyland, sodann Dr. Otto Johann Witte von Celle und der Geheime Kriegsrath Otto Otto von Mauderode von Hannover.[5]

In Kassel erwartete man mit aller Ruhe die Ankunft der braunschweigischen Gesandten, welche dort am 14. (24.) Juni eintreffen sollten. Schon waren sie unterwegs, als die Herzöge Augustus und Christian

---

[1] Antwort an die braunschweigischen Räthe am 18. (28.) und Erlaß an Heyland am 19. (29.) Mai. — Hannover.

[2] Bericht Aldenhovens vom 31. Mai. — Düsseldorf.

[3] Bericht Heylands v. 22. Mai (1. Juni). — Hannover. Als dann Badenhausen wieder in Frankfurt eingetroffen war, ertheilte Heyland ihm Abschrift dieses Berichtes, die Jener am 26. Mai (5. Juni) dem Landgrafen mit dem Bemerken zustellte, daß nach Heylands Ansicht eine Gegenerklärung der Alliirten wohl nicht abzuwarten sei, welche Meinung der Landgraf nicht eben theilte. Als Badenhausen berichtete, daß auch die Alliirten die Nothwendigkeit einer solchen Erklärung zu bezweifeln schienen, entstand in Kassel Mißvergnügen, welchem der inzwischen in Privatangelegenheiten gleichfalls nach Frankfurt gereiste Kanzler Vultejus dem Brandenburger Portmann gegenüber Ausdruck gab. Der Landgraf an Badenhausen am 30. Mai (9. Juni) und Antwort darauf am 2. (12.) Juni. — Marburg. Portmanns Bericht an den Kurfürsten Friedrich Wilhelm am 14. (24.) Juni. — Berlin.

[4] Lebhafter Briefwechsel der drei Regierungen unter einander im St.-A. Hannover. Auch wegen der Formalien tauschte man verschiedene Ansichten aus, ehe man sich einigte. Vergl. auch Köcher S. 228 Anm. 2.

[5] Kreditive und Vollmachten für Schwarzkopf und Heyland v. 29. Mai (8. Juni), für Witte vom 7. (17.) Juni (Kreditive) und 18. (28.) Juni (Vollmacht) und für Otto vom 13. (23.) Mai (aus Venedig). — Hannover.

Ludwig wegen der dem niedersächsischen Kreise und damit ihren Landen drohenden Gefahren aus den offenbar gegen Schweden-Bremen gerichteten Rüstungen der Dänen für nöthig erachteten, daß vorher noch eine Konferenz der vornehmsten Räthe des Hauses zu Hildesheim abgehalten werde, bei welcher vor allen der Kanzler Schwarzkopf unentbehrlich war. Derselbe, schon auf der Reise nach Frankfurt bis Zellerfeld gelangt, wurde zurückberufen und kehrte um, entschuldigte aber die dadurch veranlaßte Verzögerung in Kassel wie in Frankfurt durch Vermittelung von Vultejus und Heyland.[1]

Am 22. Juni (2. Juli) traf von den Braunschweigern als erster Otto Otto in Kassel ein, tags darauf der Kanzler Schwarzkopf und erst zwei Tage nach diesem Witte;[2] sie erschienen, um mit Vultejus zu sprechen, hintereinander wie die Gänse. Eine durch den mittlerweile von Frankfurt wieder angelangten Kanzler Vultejus den beiden Erstgenannten überbrachte Einladung, ihre Wohnung im Schlosse des Landgrafen zu nehmen, wurde zunächst abgelehnt. Als die Herren aber nach der Ankunft Witte's in einer fürstlichen Karosse, doch nur mit zwei Pferden, an den Hof abgeholt und zur Tafel des Landgrafen gezogen worden waren, nahmen sie die wiederholte Einladung an und wurden im Schlosse einlogirt.[3] Am 6. Juli endlich schritt man zu den Verhandlungen, und zwar von hessischer Seite Präsident v. Krosigk, der sich dem Landgrafen hierzu selbst angeboten, Kammerpräsident Sixtinus, Kanzler Vultejus] und Regierungsrath Zobell. Einen guten Eindruck machte gleich zu Anfang die Versicherung der Braunschweiger, daß man bei allen Vorfallenheiten in Frankfurt beiderseits für einen Mann stehen wolle. Von den vier Propositionspunkten (das Verfassungswerk, Wahl eines neuen Kaisers und dessen Kapitulation, Fortsetzung des Reichsdeputationstages und die bremischen Unruhen) kann uns hier nur der erste beschäftigen. Der Vortrag, welchen Schwarzkopf über das Allianzprojekt hielt, bewegte sich in folgendem Gedankengange: Es bedürfe das Werk der möglichsten Behutsamkeit. Der Zweck müsse sich ganz nach dem des Hildesheimer Recesses richten und daran sei festzuhalten. Hätten doch ja auch die Invitanten selbst in der kölnischen Notel bei den meisten Punkten fast wörtlich die hildesheimische zur Grundlage genommen. Vor allem habe man zu vermeiden, daß man sich in fremde Kriege verwickele, wodurch man nicht die verhoffte Konservation erreichen,

---

[1] An Beide am 10. (20.) Juni. Antwort Krosigks für den abwesenden Vultejus vom 12. (22). — Marburg, Düsseldorf.

[2] Dieser machte in Kassel keinen guten Eindruck; Vultejus nennt ihn damals einen „ungehobelten, vorlauten Neuling.“

[3] Vultejus an Badenhausen am 27. Juni (7. Juli). — Marburg.

sondern den Ruin sich auf den Hals ziehen würde. Wen bekomme man nun zu Bundesgenossen? Anfangs wären Braunschweig und Hessen allein zum Beitritt aufgefordert, Kur-Mainz aber hätte soviel zu verstehen gegeben, daß man auch andre Evangelische mehr mit einzunehmen gedenke, wie denn von den Katholischen auch die bewußten Verhandlungen mit den General Staaten eingeleitet worden wären, über welche freilich sie die Braunschweiger nicht näher unterrichtet wären, aber doch bestimmteres vom Kurfürsten von Mainz zu erfahren gedächten.[1] Diesseits wäre man dann auf Schweden und Brandenburg verfallen; die näheren Umstände wegen der Verhandlungen mit diesen würden sich erst in Frankfurt ergeben. Man könne ja auch Kur-Sachsen mit hinzuziehen. Was sodann das Maß der Leistungen zu diesem Bündnisse anlange, so rathe man, sich diesseits hierin nur nicht zu übereilen. Die Lande der Invitanten, z. B. Lüttich, lägen zum Theil sehr weit entfernt. Ob man bei der Bemessung der Quoten nach den Römermonaten oder nach gerechter und billiger Uebereinkunft sich zu richten, darüber sei man sich noch nicht einig, zumal da auch bei den Invitanten in ihren verschiedenen Noteln hierin sich große Schwankungen bemerkbar machten. Man werde von ihnen zunächst zu vernehmen haben, was ein jeder von ihnen zu übernehmen gedenke. Sich gar zu hoch anzugreifen, sei bei den jetzigen Umständen sehr bedenklich. Der Termin des Bundes sei nicht unter drei Jahren zu vereinbaren. Wegen des Oberkommandos, des Kriegsraths, der Justiz und Disziplin, des Unterhaltes und der Verpflegung der Völker u. dgl. m. gebe der hildesheimsche Receß eine gute Richtschnur. Doch könnte man beim Oberkommando auch so verfahren, daß Katholische und Evangelische absonderlich für sich je einen Obergeneral annähmen, damit die nöthige Rücksicht auf das religiöse Bekenntniß desjenigen Fürsten beobachtet werden könne, in dessen Lande die Operationen stattfänden. Damit ferner beim Kriegsrath den Evangelischen recht viele Stimmen gesichert würden, gedächten sie die Braunschweiger nicht insgesamt als Vertretung des ganzen Hauses nur eine, sondern einzeln wegen jeder Linie eine besondere Stimme in Anspruch zu nehmen; ein gleiches werde dann auch Brandenburg wegen Halberstadt, Minden und Cleve freistehen. Wenn die Invitanten etwa den kölnischen Receß vorlegen und den Evangelischen zumuthen sollten, einfach durch einen Nebenreceß beizutreten, so werde man sich dazu wohl

[1] Es sei hier beiläufig einer scherzhaften Aeußerung des Kurfürsten Johann Philipp zu Krosigk gedacht, zu welchem er bezüglich des niederländischen Projektes äußerte: Man müsse in terra firma bleiben und die Sache nicht auf die See ausdehnen. Bericht Otto Otto's aus Frankfurt vom 3. (13.) Juli 1657. — Hannover.

nicht verstehen können. Doch werde dem nichts entgegen stehen, daß man jene Notel zur Grundlage für einen neuen Receß nehme.

Auch die Hessen entwickelten ihren Standpunkt in diesen einzelnen Fragen, wobei sich eine erfreuliche Uebereinstimmung mit der braunschweigischen Politik herausstellte. Man blieb, wie man bemerken kann, hier in Kassel beiderseits bei den Generalien, den Grundzügen der Allianz im allgemeinen stehen. Vorsicht und Bedächtigkeit, wo nicht gar Mißtrauen gegen die Invitanten, Unlust zu größeren Anstrengungen und Sicherung möglichster Vortheile, das sind die Anschauungen, Vorsätze und Ziele, denen wir aufseiten der Invitirten begegnen. Des Verhältnisses zu Schweden und Brandenburg wurde insofern gedacht, daß man auf der einen Seite der Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß vom König von Schweden auf die an ihn ergangene Einladung noch keine Erklärung erfolgt sei, wofür man als Grund annahm, daß derselbe es wohl übel empfinde, daß man ihm nicht gleich anfangs von diesen Dingen Nachricht gegeben habe. Es muß auffallen, daß hier in Kassel keine Erörterungen über das doch wohl der näheren Erwägung sehr bedürftige etwaige Verhältniß des Bundes zu den auswärtigen Verwickelungen Schwedens ausgetauscht wurden; ja die Braunschweiger erklärten geradezu, wegen der zu besorgenden schwedisch-dänischen Verwickelungen in Frankfurt keine formellen Anträge unterbreiten, sondern es nur etwa dahin bringen zu wollen, daß man an die Parteien Abmahnungsschreiben richte.[1] Man wich dergleichen Fragen, solange sie noch nicht auf den Fingernägeln brannten, förmlich mit Widerwillen aus dem Wege. Auf der andern Seite in Ansehung Brandenburgs wurde die Meinung laut, daß, wenn man das zwischen diesem und Neuburg obwaltende Verhältniß in's Auge fasse, diese und derartige Differenzen jetzt auf gütlichem Wege unter den Konföderirten würden ausgetragen werden können. „Und müßte keiner dem andren in privatis Ursach zur Offension geben, durch welches Mittel auch verhütet werden könne, daß die clevische Sache zwischen Brandenburg und Neuburg nicht erumpire.“

---

[1] Die Braunschweiger wollten eben von Bundeswegen zu nichts verbunden sein. Soeben erst hatte die hildesheimer Hauskonferenz in Anbetracht der im Bremischen durch Ausbruch der schwedisch-dänischen Verwickelungen drohenden Gefahren als Grundsatz aufgestellt, nicht eben sich durch den hildesheimischen Bund zur Hülfeleistung an Schweden verbunden zu erachten, wenn es zwischen ihm und Dänemark zum Bruch komme, sondern nur das eigene Land zu vertheidigen und es im übrigen gehen zu lassen, wie es gehe. Krosigk, damals in der Nähe zu Herzberg weilend, erfuhr dies alles und ließ es Badenhausen über Kassel melden (Faust an Badenhausen am 20. (30.) Juni. — Marburg). Im Hause Braunschweig vermied man ängstlich alle und jede Beziehungen auf den alten hildesheimer Bund, deshalb unterließ man auch ein weiteres Betonen der Einladung des Paderborner Bischofs zur Frankfurter Allianz.

Uebrigens hätten die clevischen Lande aus Anlaß der polnischen Unruhe wohl nichts zu befahren.

Das, was man so sehnlich wünschte, hoffte und glaubte man und hielt die Augen vor den auf allen Seiten drohenden Gefahren nur zu gern verschlossen. Denn das Bedürfniß und das Sehnen nach Ruhe und Frieden, sie waren es ja, welche die mittleren Stände Deutschlands, katholische wie evangelische unter Darangebung des sonst immer noch so ängstlich gewahrten konfessionellen Gegensatzes zu einem engeren Anschluß einander in die Arme trieben, und zwar, wie man auch hier in Kassel sich eingestand, gerade im bewußten Gegensatz zu dem Hause, welches man als den Störer des Friedens in Deutschland zu betrachten allmählich sich gewöhnt hatte, zu dem Hause, aus welchem die Deutschen ihre Kaiser zu wählen pflegten und soeben ein neues Oberhaupt wieder sich zu erkiesen vorbereiteten. Die alten Monita, so erklärten auch hier in Kassel die Braunschweiger, und noch mehr müsse man nun in die neue Wahlkapitulation des zu wählenden Kaisers bringen, „vornehmlich aber bei Beobachtung des juris pacis et belli, sintemal nun offenbar geworden, welchergestalt insciis et inconsultis statibus vom Kaiser nun verschiedene Kriegsexpeditionen und Einbrüche, als in die Velau, nunmehr auch in Polen geschehen," während die Hessen sich vernehmen ließen, man müsse ein solches Subjekt erwählen, damit die Sicherheit des Reiches erlangt werde, welches alles durch formelle Negoziation nicht erreicht werden könne: denn es sei eine weitaussehende Sache, daß Oesterreich bei den jetzigen Konjunkturen sich entschlossen habe, in den polnischen Krieg sich zu begeben, und der König von Ungarn, der Kronprätendent, des verstorbenen Kaisers Maßregeln wegen der Expedition nach Italien gebilligt habe.[1]

Eines, und das ist das wesentliche, ergab sich hier in Kassel bei der beiderseitigen Aussprache, eine offenbare Uebereinstimmung der hessischen wie der braunschweigischen Politiker in der Auffassung der obwaltenden Sachlage und das Bewußtsein von der Nothwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens in den die Zeit bewegenden Fragen, zumal bei der geplanten Allianz mit den rheinischen Ligisten.[2]

Am 27. Juni (7. Juli) reisten die braunschweigischen Gesandten von Kassel ab, während man hier noch in der Auswahl der geeigneten Per-

[1] Alles nach dem Kasseler Protokoll über diese Konferenz. — Marburg.

[2] Die Instruktion für die hessischen Deputirten nach Frankfurt von Anfang Juli (Konz. Marburg) drückt dies so aus: daß die vorseiende Handlung im Verfassungswerk hauptsächlich darauf ankommen werde, daß man ratione formalium sowohl als materialium die Nothdurft gehörig und in gutem concert mit einander beobachte.

sonen schwankte. Der Landgraf wollte den Kanzler Vultejus abordnen. Dieser aber, weder ein besonderer Freund der Braunschweiger noch des ganzen Allianzplanes überhaupt, verrieth wenig Lust und lenkte die Aufmerksamkeit auf den Herrn v. Krosigk.[1] Dieser wiederum meinte, er möchte es vielleicht den Brandenburgern nicht recht machen und würde er besser beim Landgrafen als bei solchen närrischen Köpfen aufgehoben sein. Aber mit Vultejus zusammen nach Frankfurt zu gehen, war er geneigt; davon wollte jedoch der Landgraf nichts wissen.[2] Schließlich blieb es bei Krosigk, den der Rath Sebastian Zobell begleitete.[3] Ihre Instruktion hält sich durchaus innerhalb der Grenzen der Pourparlers zu Kassel in gleicher Weise wie diejenige, welche auf ihren Bericht der Gesamtvertretung des Hauses Braunschweig dann nachgesandt wurde, nur daß darin noch besonders die Ausgleichung aller Differenzen zwischen Brandenburg und Neuburg als Ziel aufgestellt wurde und ferner dieses, „daß das fürstliche Haus dessen Intention zuwider in fremde Sachen und Motus, insonderheit wider Frankreich und Andere nicht implizirt werde" und auch verwahrt werden müsse, daß, wenn Einer oder der Andere in dieser Allianz stehe, welchem man kraft eines anderen Bündnisses (die hildesheimer Allianz) Hülfe zu senden verbunden sei, man auf grund desselben zu helfen nicht schuldig sein solle, während, selbst wenn das Haus Braunschweig in Noth und Gefahr stehen sollte, auch diesem auf grund jener anderen Liga kein Sukkurs zu leisten sein würde.[4]

Am 10. Juli endlich langten die braunschweigischen Gesandten in Frankfurt an.[5] Erst an diesem Tage reisten Krosigk und Zobell von Kassel ab, am 13. trafen auch sie am Bestimmungsorte ein.[6]

[1] Vultejus an Badenhausen am 27. Juni (7. Juli). — Marburg.

[2] Krosigk an Badenhausen am selben Tage. — Marburg.

[3] Instruktion für Krosigk, Badenhausen und Zobell, Konzept undatirt, Vollmacht für dieselben vom 13. (23.) Juni datirt. — Marburg.

[4] Generalinstruktion für die braunschweigischen Gesandten vom 1. (11.) Juli. Aehnlich die Spezialinstruktion vom 16. (26.) Juni für den celleschen Deputirten Witte, die einzige mir bekannt gewordene von einer der besonderen Linien. — Hannover.

[5] Am 9. begegnete ihnen zu Gießen der Landgraf Ernst zu Hessen-Rheinfels, der darüber am 10. von Kirchhain dem ihm befreundeten Pfalzgrafen von Neuburg meldet: Selbige sind mehr schwedisch als dänisch und vermeinen, daß es eben so groß Unrecht nicht wäre, wenn man schon den Schweden im Stift Bremen tanquam in loco Imperii contra Danos assistirte. Ich replizirte, daß doch Niemand eadem occasione E. L. gegen Brandenburg assistiret. Sie replizirten, daß es deswegen nicht recht wäre, auch E. L. noch sumptus et damnum causatum (v. J. 1651) zu prätendiren hätten. Ego: daß, so E. L. sich selbst helfen wollten, E. L. es nicht würde also gestattet werden. Illi: daß man es itzo mit Recht suchen müßte; id est sibi ipsis contradicebant. Sie halten äußerlich coram me die teutsche österreichische partie haultement; Gott weiß, wie sie im Herzen beschaffen. — Düsseldorf.

[6] Bericht Otto's vom 3. (13.) Juli. — Hannover.

Unterdessen hatten die Gesandten der Rheinischen Zeit gehabt, nach den neuen Genossen auszuschauen. Am 21. Juni hatte der Bischof von Münster zu den Allianzverhandlungen mit diesen den Domküster Matthias Korff genannt Schmising und den Licentiaten Johann Kaspar Bisping bevollmächtigt, am 22. der Pfalzgraf den Oberhofmeister Johann Bertram v. Weschpfennig Frh. v. Scheidt, den neuburgischen Oberkanzler Franz v. Gise und den jülich-bergischen Vizekanzler Heinrich Snell, am selben Tage der Kurfürst von Trier seinen bisherigen Vertreter bei der Reichsdeputation Dr. Johann Buschmann Stadtschultheißen zu Koblenz und am 25. Juni der Kurfürst von Köln den Dr. Johann Christoph Aldenhoven[1] sowie der Kurfürst von Mainz seine Geheimen Räthe Amtmann Johann Philipp v. Vorburg und Sebastian Wilhelm Mehl würzburgischen Kanzler.[2]

Die Vertreter der geistlichen Kurfürsten waren bereits lange vor der Ankunft der braunschweigischen und kasselischen Kommissare in Frankfurt anwesend; am 29. Juni, also auch noch vor den letzteren, erschienen die Neuburger und der Domkustos Schmising von Münster.[3]

In der kur-mainzischen Kanzlei hatte man bereits den Vortrag ausgearbeitet, welchen man in der ersten gemeinschaftlichen Sitzung zu halten gedachte. Mehl benahm sich hierüber besonders mit den Vertretern von Köln und Trier, indem er zugleich andeutete, daß es wünschenswerth erscheine, wenn die Gesandten der drei geistlichen Kurfürsten überhaupt in besonders vertraulichem Verkehr allemale erst untereinander alles vorher abmachen wollten, ohne indessen den beiden andern katholischen Alliirten einen Anlaß zum Mißtrauen zu geben. Doch wurde dieserhalb nichts bestimmtes verabredet.[4]

Am 3. Juli, als Braunschweiger und Hessen immer noch nicht sichtbar wurden, traten die Räthe der bereits Alliirten zu einer Berathung zusammen, deren Ergebniß der Beschluß war, gleich nach Ankunft der

---

[1] Eine andere (wohl nicht vollzogene) Vollmacht für die Grafen Franz Egon und Wilhelm von Fürstenberg, Peter Buschmann und Aldenhoven in den Akten zu Düsseldorf.

[2] Sämtliche Vollmachten abschriftlich in Düsseldorf. Von den Instruktionen der Räthe der Alliirten liegt nur diejenige Aldenhovens vor (vom 24. Juni. — Düsseldorf), worin er angewiesen wird, bei den Berathungen die Recesse von Frankfurt, Köln und Koblenz zugrunde zu legen, die etwaigen Bedenken der Invitirten anzuhören und im Falle ihrer Unverfänglichkeit anzunehmen, im widrigen Falle jedoch stets erst zu berichten. Von den Gedanken des Kurfürsten über die Aufnahme Schwedens und Brandenburgs weiter unten.

[3] Berichte Aldenhoven's an den Kurfürsten von Köln und Portmann's an den von Brandenburg, beide vom 21. Juni (1. Juli). — Düsseldorf bezw. Berlin.

[4] Aldenhoven's Bericht vom 1. Juli 1657. — Düsseldorf.

Säumigen mit den Konferenzen zu beginnen und sich nicht erst lange bei den Besuchen und Kurialien aufzuhalten, welche letztere damals ein wichtiges Moment bei allen diplomatischen Verhandlungen bildeten. Mit Ausnahme weniger unwesentlichen Aenderungsvorschläge Aldenhovens wurde auch bei dieser Gelegenheit die von Mehl mitgetheilte kur-mainzische Fassung der vor die Invitirten zu bringenden Proposition genehmigt.[1] Nach wie vor beschloß man ferner die Verhandlungen in dem gastfreundlichen Karmeliterkloster abzuhalten, wo man jedesmal in den Morgenstunden zu tagen gedachte.[2]

Es war alles bereit, um sofort nach der Ankunft der Braunschweiger und Hessen mit den Berathungen beginnen zu können.

18.

Schweden bis zum Beginn der Hauptverhandlungen.

Einst hatten die Befürchtungen vor der drohenden Macht des Schweden, die neben anderen Beweggründen damals den Hauptanstoß abgegeben, den Bischof Christoph Bernard von Münster und seine katholischen Nachbaren zu engerem Anschluß untereinander vermocht: jetzt schickten sie sich an, ihren Bund gerade durch den Beitritt des Gefürchteten zu stärken, ein Umschwung, veranlaßt durch die Politik des Kurfürsten von Mainz und dessen Anahnung mit protestantischen Häusern überhaupt. Nicht ohne Widerstreben war es so weit gekommen. Der Bedenken gab es ja so viele. Schon vom konfessionellen Gesichtspunkt aus. Schweden, die erste protestantische Großmacht jener Zeit, verdankte seine Stellung ja gerade dem einstmaligen Einschreiten für die bedrängte evangelische Sache im deutschen Reiche. Die großen Säkularisationen des westphälischen Friedens waren sein Werk und sein Lohn hauptsächlich gewesen; jeden Augenblick konnten die geistlichen Fürsten, welche diesem Geschicke noch entronnen, dasselbe aus einer Verwickelung mit der gefährlichen nordischen Krone auch über sich hereinbrechen sehen. Die Aengste des Bischofs von Münster sind uns bekannt, nicht minder diejenigen des seinerseits schon aus dynastischem Gesichtspunkte besorgten Pfalzgrafen von Neu-

---

[1] Bericht Aldenhoven's vom 5. Juli. — Düsseldorf.

[2] Portmann an den Kurfürsten von Brandenburg am 28. Juni (8. Juli). — Berlin.

burg, der zugleich auch aus dem weiteren Wachsen dieser protestantischen Macht den Untergang der katholischen Welt überhaupt prophezeite. Auch die Persönlichkeit des Königs Karl Gustav selbst schien geringe Gewähr für die Erhaltung des allgemeinen Friedens zu geben. Als deutscher Prinz noch hatte er im großen Kriege während der letzten Jahre die Augen der Welt auf sich gelenkt. Man kannte seinen Thatendrang und ungemessenen Ehrgeiz, sowie seinen kriegerischen Sinn zur Genüge und wußte wohl auch, daß einen so gearteten Fürsten die Armuth wie die inneren Schäden seines Reiches fast gebieterisch zwangen, seine Hand auf des Nachbarn Arm zu legen.

Wie hatten nicht während jener bremischen Unruhen im Jahre 1654 die Herren im niederen Deutschland vor den Uebergriffen jenes martialischen Fürsten gebangt, wie schwirrten damals nicht die unheimlichen Gerüchte von der vermuthlichen Geltendmachung der pfalz-zweibrückischen Ansprüche auf Jülich-Berg in der Luft! Doch hatte sich der gefürchtete Wetterstrahl vorerst noch nach einer andren Seite hin entladen. Mit dem Ausbruch des schwedisch-polnischen Krieges schien die nächste Gefahr von den Landen der rheinischen Alliirten abgewendet. Immerhin freilich hatte dieser Wirbel den brandenburgischen Kurstaat mit in seine Kreise gezogen, und unabsehbar schienen die Folgen dieser Waffengemeinschaft im Glücksfalle für die katholischen Stände Deutschlands sich gestalten zu sollen, während bei einer Niederlage dieser beiden Bundesgenossen auf dem östlichen Kriegsschauplatze deren deutsche Lande wiederum der Polenmacht bloßgestellt waren und man dann alle Schrecken dieser wilden und greuelvollen Kriegführung, von der man im Reiche mit Entsetzen vernahm, auf deutschem Boden hatte, allwo dann dieses Feuer bei der schweren Menge des allenthalben reichlich aufgespeicherten Zündstoffes zu dem großen Brande emporlodern konnte, der alles zu Rauch und Asche vertilgen mußte, was aus jenen dreißig trauervollen Jahren noch entronnen war und auf den Trümmern sich neu zu erheben erst wieder begonnen hatte.

Kurfürst Johann Philipp von Mainz freilich war weit entfernt von solchen oder ähnlichen Gedanken. In seinem System lag ja das beste Schutzmittel gegen solche Gefahren. Gelang ihm sein Friedensbund, dann gab es solcher Sorgen keine mehr — darum arbeitete er mit seinem Boineburg Tag und Nacht an diesem Werke. Der Beredtsamkeit dieser Beiden war es gelungen, alle Bedenken des gallsüchtigen Pfalzgrafen wegen Schwedens und des verhaßten und gefürchteten Brandenburgs wegzuscheuchen, die gepreßte Stimmung des Bischofs von Münster zu lösen, die verhüllte Abneigung des Kurfürsten von Trier nicht in Erscheinung treten zu lassen und die starke Unlust des Kur-

fürsten von Köln und seiner allmächtigen Fürstenberge nothdürftig zu besiegen, und zwar nur durch das Zauberwort von der Generalfriedensliga, kraft welcher man dem Ehrgeize und der kriegerischen Leidenschaft des Schwedenkönigs ein Ziel zu setzen gedachte, was denn um so eher erreicht werden würde, je näher man sich mit diesem Gefährlichen verband, je schneller man denselben unter diese Formel zwang. Das bedenkliche der ganzen Idee wird Kurfürst Johann Philipp selbst freilich wohl begriffen haben, es war doch immerhin ein höchst gefährliches Experiment, mit dem in den Krieg stürmenden König sich enger zu verbinden: einmal aber stand er eben unter dem Einfluß der Ueberzeugung von der Unfehlbarkeit seines irenischen Systems und dann begegnete er bei den Häusern Kassel und Braunschweig, deren er zur Durchführung dieses Systems unbedingt bedurfte, einem unumstößlich festen Willen, nichts derartiges ohne die Theilnahme Schwedens und Brandenburgs einzugehen. Denn sie waren es, die da glaubten, hier Rückhalt und Gegengewicht gegen die Uebermacht der katholischen Mitglieder der Allianz suchen zu müssen und wenigstens durch die von ihnen geforderte Einladung Jener allen Unglimpf bei ihren Religionsgenossen in Deutschland wegen ihrer Annäherung an die katholische Liga vermeiden zu können. Auch werden sie noch ziemlich entfernt gewesen sein von dem Gedanken an eine mögliche Verwickelung in die verworrene, gefahrvolle auswärtige Politik der beiden Großmächte. Einstweilen standen diese Beiden ja noch im fernen Polenreich, und was sich da im Bremischen zwischen Schweden und Dänemark vorbereitete, das sah man wohl mit ängstlichen Augen an, scheute sich aber den Gedanken auszudenken, daß eine Vertiefung in diese Dinge durch eine Verbindung mit Schweden eher wahrscheinlich als abwendbar sein werde; und eine etwa mögliche Trennung Brandenburgs von Schweden, wie sie hernach erfolgte, einen offenen Bruch dieser beiden vorauszusehen, dessen waren die Köpfe der Lenker dieser Staaten nicht fähig genug; zu groß wäre die Ehre, die man ihnen erwiese, wenn man es ihnen zutraute. Kurz und gut, Braunschweiger wie Hessen erblickten nur Vortheile, keine Gefahren in der von ihnen geforderten Hinzuziehung ihrer mächtigen Glaubensgenossen. Ganz zu geschweigen, wenn ja die Ahnung einer möglichen Verwickelung in deren Händel aufdämmerte, von jenem unredlichen Gedanken, wie wir ihn innerhalb des Hauses Braunschweig zutage treten sehen, daß man gegebenen Falles sich von Bundeswegen zu nichts verstehen sondern es eben gehen lassen wollte, wie es gehe.

Wie aber verhielt sich König Karl Gustav selbst zu der Allianzidee? Mit dem hildesheimer Bunde hatte Schweden wenig gute Erfahrungen gemacht, dessen Unzulänglichkeit zur Zeit der bremischen

Unruhen erprobt, als das Haus Braunschweig seiner Bundespflicht sich vergessen gezeigt hatte. Es war ein papierenes Bündniß gewesen, nach welchem der thatkräftige Monarch niemals viel gefragt haben wird, das ihm sogar unsympathisch gewesen zu sein scheint, da er die Pakten niemals ratifizirt hat. In hervorragendem Grade ein Mann der That, hielt er von Bündnissen nur gerade so viel, als sie ihm im Augenblick an Vortheilen sicherten, wie dies mit dem brandenburgischen der Fall war, um welches er mit allen Mitteln, Schmeichelei wie Drohungen, geworben hat. Was fragte er im fernen Polen vorerst noch nach den braunschweigischen Herzögen und dem noch weiter entsessenen Landgrafen in Kassel, was gar nach den ihm wenig genehmen Herren von der rheinischen Liga, deren wahre Gesinnung gegen ihn ihm wohl kaum verborgen war?

Aehnliche Gedanken an eine Generalliga waren, soviel sich erkennen läßt, dem König von Schweden schon im Frühjahr 1656 von französischer Seite nahegelegt worden, durch den von Mazarin bei ihm beglaubigten d'Avaugour, welcher indessen mit seinen Eröffnungen hierüber bei dem Reichskanzler Oxenstjerna auf Schwierigkeiten stieß, weil der König damals noch wenig Neigung für eine Stärkung des französischen Einflusses in Deutschland empfand.[1] Und auf das Getriebe der rheinischen Ligisten, welches am schwedischen Hofe doch jedenfalls bekannt geworden ist, sah der König wohl mit Geringschätzung herab. Doch horchte er wohl auf, als auch zu ihm Gerüchte ihren Weg fanden von dem Plane einer Annäherung Jener an den Landgrafen von Hessen, welcher, als ihm von den schiefen Bemerkungen des schwedischen Residenten im Haag berichtet wurde, unerachtet der gerade damals wirklich lebhaft betriebenen Unterhandlungen mit dem mainzer Kurfürsten, gegen derartige Unterstellungen nicht sowohl bei Snoilsky in Frankfurt als auch beim König selbst Verwahrung einlegte, als er an den letzteren neben einem Handschreiben noch einen besondren Gesandten abfertigte, „um die durch solches Reden etwa erweckten widrigen Gedanken zu enerviren";[2] und dies zu einer Zeit, wo bereits zwischen Kassel und Mainz sowie zwischen hier und den Höfen der andren rheinischen Ligisten über die Frage der Verschmelzung des gesamten hildesheimer Bundes mit der rheinischen Liga unterhandelt wurde.

Aber schon wenige Monate später im August erhielt Badenhausen in Frankfurt Befehl, dem schwedischen Deputirten wegen Vorpommern

[1] U. A. II S. 93, de Lumbres an Mazarin am 20. April 1656.

[2] Bultejus an Badenhausen am 17. (27.) Mai und 10. (20.) Juni 1656. — Marburg.

Georg v. Snoilsky zu eröffnen, daß des Kurfürsten von Mainz Absicht wäre, Hessen und Braunschweig zum Beitritt in die rheinische Liga aufzufordern, und Jenen dabei zu sondiren, was er von einem gleichmäßigen Beitritt auch Schwedens und Brandenburgs denke, „damit man im Reich dem Hause Oesterreich und dessen Anhängern die Wagschale halten helfe“ und die Pläne der Katholischen, die sich sonst etwa anders ausbreiten möchten, auf ein andres Ziel lenken könne.[1]

Hiermit freilich faßte man das Ding beim richtigen Ende an. Schwedens Gegnerschaft gegen den Kaiser und das Haus Habsburg war nicht geringer als diejenige Frankreichs. Und mit des letzteren Gesandten in Frankfurt, dem Agenten Gravel, sah man Snoilsky in regem Verkehr.

Schon fand es Kurfürst Johann Philipp von Mainz selbst an der Zeit, mit aller Behutsamkeit von seinen Plänen zu Snoilsky zu reden. Er drückte ihm seine Unzufriedenheit mit des Kaisers Aktionen aus, welcher fortwährend den Spaniern Vorschub leiste und, wie er befürchte, die nach Italien bestimmten Völker oder ein gleiches Korps nach dem Elsaß schicken werde, um dort die Franzosen anzugreifen, wodurch dann die oberen Reichskreise mit Einquartierung und allen den bekannten Lasten wieder überschwemmt und beunruhigt werden würden. Weshalb er, der Kurfürst, für das rathsamste Mittel, all diesem Unheil vorzubauen, erachte, daß die vornehmsten katholischen und evangelischen Fürsten in der Nähe des Rheinstroms sich einer gewissen Verfassung halber verglichen, „und hätte es bisher nur fast vornehmlich an dem Hause Hessen-Kassel gehaftet.“[2]

Vier Wochen später ließ Johann Philipp sich schon deutlicher gegen Snoilsky vernehmen, indem er zu ihm von seinem Plane einer allgemeinen Reichsverfassung wider alle androhende Gefahr redete.[3] Auch Heyland, welcher damals mehrfach mit dem brandenburgischen Deputirten Hübner über das Projekt der Hinzuziehung Schwedens und Brandenburgs gesprochen hat,[4] dürfte bei Snoilsky damals die Sonde angelegt haben. Dieser aber vermied allem Ansehen nach jedes Eingehen auf einen solchen Gedanken. Und als Badenhausen einige Zeit darauf in

---

[1] Vultejus an Badenhausen am 13. (23.) August 1656. — Marburg.

[2] Die brandenburgischen Deputirten Portmann und Hübner berichten dies dem Kurfürsten nach den eigenen Mittheilungen Snoilskys am 24. August (3. September) 1656. — Berlin.

[3] Wie Snoilsky Hübner erzählte, der es am 21. September (1. October) an den Kurfürsten berichtete. — Berlin.

[4] Berichte Hübner's vom 21. September (1. October) und 28. September (8. October). — Berlin.

dieser Frage den schwedischen Residenten Kleihe anzapfte, trat dieser, von dem er nach früheren Eröffnungen ein ganz anderes erwartet hatt[e], mit allerhand Gegengründen gegen dieses Projekt hervor. Dies ve[r]ursachte Bestürzung.[1] Man glaubte mit Händen greifen zu können, da[ß] den Schweden eine solche Allianz, unter dem Vorwande, daß sie „ei[ne] Adhärenz an Oesterreich" sei, durchaus nicht anstehe, jetzt wo sie säher[n], daß es Ernst damit werden solle. Sie hätten wohl, so schien es, „etw[a] andre Mucken", und dürfte es ein vergebliches Vorhaben sein, sie m[it] in dieses Werk zu bringen oder hierin Entgegenkommen von ihnen [zu] erwarten. Vielleicht möchten sie sich etwa befahren, daß Kur-Brande[n]burg ohne sie mit einsteigen wolle und solche Ligue den Kurfürsten des[to] eher noch zu einer Trennung von ihnen bewegen könne, und zwar u[m] so wahrscheinlicher, als sie ja auch von den Verhandlungen der Ligist[en] im Haag mit Mißfallen Kunde erhalten hätten. Noch stutziger wurd[en] wohl die Schweden, als zu Ende des Jahres 1656 die Alliirten jen[es] gegen sie und den Brandenburger gerichtete Memorial von Koblenz b[ei] der Reichsdeputation einreichten, welches wegen seiner Abgeschmackth[eit] so wenig Beachtung gefunden hat.[2]

Mittlerweile gingen, wenn auch langsam, jene Verhandlungen d[er] Ligisten mit Braunschweig und Hessen ihren Weg, wobei die Erster[en] sich bemüht zeigten, gegen alle etwa zu besorgenden Gefährnisse a[us] einer Verbindung mit Schweden und Brandenburg Kautelen zu schaffe[n], indem sie die bestimmte Erklärung abgaben, daß sie sich weder dir[ekt] noch indirekt in den polnischen Krieg verwickeln zu lassen gemeint wäre[n] und verlauten ließen, die beiden Mächte nur mit ihren deutschen Reich[s]landen in den Bund aufnehmen zu wollen. Ueber diese höchst vo[r]sichtige Haltung der Invitanten mußten natürlich seitens Braunschwe[ig] und Kassel erst Erörterungen mit den Betheiligten gepflogen werde[n]. Vorerst vermieden dieselben in ihrer Erklärung an die Alliirten vo[...]

[1] Badenhausen an Bultejus am 3. (13.) December 1656. — Marburg.

[2] Ich trage hierzu nach, daß auch der Landgraf Wilhelm von Kassel auf d[en] Bericht Badenhausens vom 23. December 1656 (2. Januar 1657) diese Kundgebu[ng] der Alliirten als „nachdenklich und weitaussehend und allein durch Getrieb Pfa[lz-] Neuburgs ergangen" kennzeichnete, wogegen man sich wohl vorzusehen und dergest[alt] behutsam zu verfahren habe, damit man Einen oder den Anderen zur Unzeit u[nd], da das Werk, wie es scheine, mehr auf Präsumptionen als einigem versicherten Gru[nd] beruhe, nicht choquire noch zu Weitläufigkeit Anlaß gebe. Erlaß des Landgrafen [an] Badenhausen vom 27. December 1656 (6. Januar 1657). Drei Tage später beric[htet] Badenhausen, daß auch weder Volmar noch der kur-bayerische Deputirte jenes Schrei[ben] gutheißen und sonderlich Jener vorgebe, daß er es sehr improbire und Etliche v[...] meinten, es werde auch wohl dahinten bleiben und nicht in Deliberation kommen. Marburg.

21. Februar 1657 jede Bezugnahme auf die Klausel von der Nichteinmischung in den polnischen Krieg. Es schien ihnen gerathen, dieser auswärtigen Händel nicht zu gedenken zu einer Zeit, da in Polen die Dinge immer verwickelter sich gestalteten und ganz in der Nähe die Möglichkeit eines Risses zwischen Schweden und Dänemark sich zeigte, welch letzteres, aufgestachelt von den Holländern, die lange Abwesenheit seines Feindes im fernen Osten zu einer Schilderhebung zu benutzen sich anschickte, um den seit dem Jahre 1645 an diesen verlorenen Einfluß in den nordischen Meeren wiederzugewinnen. Aber gerade im Zusammenhang mit dieser Konstellation verrieth nun auf einmal Schweden ein wenig mehr Zuneigung für die bisher kaum erwogene Idee an eine Verbindung mit den rheinischen Alliirten und deren demnächstigen Schildgenossen.[1]

Auf geradem Wege war bisher von diesen Letzteren, Braunschweig und Hessen, von dem ganzen Plan weder an Schweden noch an Brandenburg das geringste mitgetheilt worden. Als aber ein längeres Zögern Gefahr zu bringen schien, machte man Ernst. Der Landgraf von Hessen war es, welcher Ende Februar 1657 die Herzöge von Braunschweig bedeuten ließ, daß es nunmehr wohl an der Zeit wäre, Schweden und Brandenburg direkt zu benachrichtigen.[2] Denn schon hatte in Frankfurt Snoilsky geäußert, daß sein Herr der König dadurch einigermaßen sich verletzt fühle, daß man über seine Zuziehung erst Verhandlungen mit den Alliirten gepflogen habe, ohne ihm selbst davon Eröffnungen zu machen.[3]

Auf diese Anregung des Landgrafen setzte Herzog Augustus von Wolfenbüttel darüber sich allsogleich mit den Linien in Celle und Hannover in Verbindung.[4] Wahrlich bei hoher Zeit: denn schon streuten die Gesandten der Ligisten im Haag den Samen des Mißtrauens, indem sie davon zu reden wußten, daß Braunschweig-Celle sich für Dänemark erklärt habe und gegen Schweden 3000 Mann werben lasse,[5] vermuthlich ein Kniff Kur-Kölns, um auf diese Weise den unliebsamen Beitritt Karl Gustavs zur Allianz zu hintertreiben.

---

[1] Badenhausen berichtet am 7. (17.) Februar 1657 an Bultejus: Snoilsky giebt vor, er finde keine Ursach, warum der König von Schweden Bedenken haben könnte, sich in diese Verfassung zu begeben, und meint er, man werde wegen der starken dänischen Armatur sich jetzt desto eher dazu verstehen. — Marburg.

[2] Schreiben vom 14. (24.) Februar. — Hannover.

[3] Badenhausen an Bultejus am 7. (17.) Februar. — Marburg.

[4] Schreiben vom 19. Februar (1. März). — Hannover.

[5] Nachricht Weiman's an den Kurfürsten von Brandenburg in seinem Journal unter dem 23. Februar. — Berlin.

Ohne noch vorher mit dem Landgrafen verabredetermaßen si darüber zu benehmen, ließ das Haus Braunschweig ein Notifikatio schreiben an den König von Schweden abgehen,[1] worin diesem unt Beifügung der erläuternden Schriftstücke der bisherige Sachverh wahrheitgemäß eröffnet und anheimgestellt wurde, „ob er nicht i betracht vieler stattlicher ihm besser dann ihnen bekannten Motive u Ursachen in diese Defensionsverfassung wegen seiner und der Kro Schweden in Deutschland habenden Herzogthümer und Lande mit ei zutreten resolvirt und gemeint sein möchte.“ Eine zusagende Erkläru werde ihnen, den Herzögen, eine besondere Freude bereiten. Sie wollt unterdessen nicht unterlassen, bei der bald nach Pfingsten vereinbart Tagfahrt, die nicht wohl länger verschoben werden könne, gleich Beginn der Verhandlungen die Miteinschließung der deutschen Lan Schwedens „zu präsupponiren, zu bedingen und vorzubehalten.“

Landgraf Wilhelm, welchem man einfach von dieser Note Abschrift m theilte, ahndete in seiner Antwort[2] die erneute Taktlosigkeit den Verabredu gen von Hildesheim zuwider: doch könne er an diesem einseitigen Vorgeh nichts mehr ändern und sehe sich zu einem gleichmäßigen wider Will genöthigt. Am 20. (30.) März schrieb er an König Karl Gustav Er bezieht sich auf seine demselben bereits früher gelegentlich ei besondren Abschickung an ihn über das Allianzprojekt eröffneten M theilungen und die im Verlaufe der darüber mit den Alliirten gepflogen Verhandlungen von Badenhausen in Frankfurt dem Snoilsky gethan Kundgebungen. Anfangs hätte er nicht unbillig Anstand genomme der Einladung der Alliirten zu folgen, endlich aber aus wohl erwogen Gründen sich mit den Herzögen von Braunschweig entschlossen, diese den Reichssatzungen und dem letzten Friedensschluß gegründete Verfassu annehmbar zu finden. Darauf giebt auch er dem König Kenntniß v den bisher mit den Alliirten vorgegangenen Verhandlungen mit d Anheimgabe einer willfährigen Erklärung wegen Mitbeitrittes sein Reichslande in „dies so gute, zu mehrerer Versicherung des deutsch Friedens angesehene Werk.“

[1] Unter dem 13. (23.) März. — Hannover. Gedruckt bei Köcher S. 7(Konzept vom 10. (20.), entworfen auf der oben erwähnten Hauskonferenz in Brau schweig, wo auch bezüglich dieses Schreibens der Beschluß gefaßt wurde, darin d Hildesheimer Allianz keine Erwähnung zu thun, „da die Schweden sonst eine u andre Argumente daraus erzwingen könnten;“ übrigens wisse man auch nicht, der jetzige König von Schweden, der den noch mit der Königin Christine vereinbart Receß nicht ratificirt habe, noch als in diesem Bunde stehend zu betrachten sei. Aus den Protokollen in Hannover.

[2] Vom 30. März (9. April.) — Hannover.

[3] Kopie in Marburg.

Die Lage des Schwedenkönigs auf dem polnischen Kriegsschauplatz war gerade in jenen Tagen eine ungemein kritische. Die zu Danzig mit vielen Schwierigkeiten geführten Friedensverhandlungen mit der Krone Polen waren durch den kühnen Zug Czarnecky's, der den König Johann Kasimir diesem Getriebe entführt hatte, zum Scheitern gebracht worden. Oesterreichische Einflüsterungen hatten die Polen zu neuen Anstrengungen entflammt. Karl Gustav, dessen Streitkräfte erschöpft waren, der ferneren Hülfe des Kurfürsten von Brandenburg nicht mehr so sicher wie vordem, hatte gegenüber der drohenden Gefahr einer Einmischung des Hauses Habsburg in Polen und der Dänen im Norden Deutschlands den tollkühnen Plan gefaßt, in's ferne Galizien zu ziehen, um dort dem Fürsten Rakoczy die Hand zu reichen und mit diesem vereint aller Welt Trotz zu bieten. Bei seinem Aufbruch dahin hatte er seinen in Preußen zurückbleibenden Bruder, den Pfalzgrafen Adolf Johann mit der Erledigung aller Regierungsgeschäfte beauftragt. Auf diese Weise war das Schreiben des Landgrafen gar nicht in des Königs Hand gelangt, während das Schicksal dessen vom Hause Braunschweig überhaupt nicht bekannt ist.[1] Von Marienburg in Preußen aus gab der Pfalzgraf[2] dem Landgrafen den Bescheid, daß es zur Zeit nicht wohl möglich sei, Briefe an den König durchzubringen, weshalb er das bewußte Notifikationschreiben bis zu einer sicheren Gelegenheit bei sich behalten müsse. Doch zweifele er nicht, daß der König nach Kenntnißnahme desselben sich zur Zufriedenheit des Landgrafen vernehmen lassen werde, wie er, der Pfalzgraf, denn dafür halte, daß Snoilsky in Frankfurt sich bereits so erklärt haben werde, daß des Königs gute Intention daraus hätte abgenommen werden können.

Und also verhielt es sich allerdings. Heyland hatte bereits am 14. April von Snoilsky die Nachricht, daß Schweden und Brandenburg am bestimmten Termine zu den Hauptverhandlungen abordnen würden.[3] Und zu den Brandenburgern hatte Snoilsky geäußert, daß er wegen des auf dem Plane befindlichen Bündnisses nach und nach öfters den Verlauf nach Hause berichtet, darauf aber bis vor wenig Tagen keine Antwort erhalten habe, wo ihm der König anbefohlen, über diese Angelegenheit mit dem Grafen Oxenstjerna, welchem bereits Weisungen zugegangen wären, fleißig zu korrespondiren. Der König habe von dem Projekt mit Befriedigung Kenntniß genommen und hege den Wunsch,

---

[1] In den braunschweigischen Akten befindet sich keine Antwort des Königs, auch Köcher theilt eine solche nicht mit.

[2] Am 16. (26.) April. — Marburg. Am 6. (16.) Mai theilt der Landgraf das Schreiben den Herzögen von Braunschweig mit.

[3] Aldenhoven am 14. April an den Kurfürsten von Köln. — Düsseldorf.

daß die brandenburgischen Deputirten bald Instruktionen dafür bekä
damit die Sache einen guten Fortgang gewinne.[1] Ende Mai h
Snoilsky sodann, wie er Heyland versicherte, die Weisung, den im J
bevorstehenden Hauptverhandlungen beizuwohnen.[2] Auch dem Kurfür
von Mainz wird Snoilsky wohl eine ähnliche Mittheilung gem
haben, als er in des Königs Auftrage mit jenem über die Lage se
Herrn zu Anfang Juni kurz vor dem Ausbruch der Feindseligk
mit Dänemark in Mainz konferirte — ein Beweis dafür, wie sehr
und nach das Ansehen des Kurfürsten bei der antiösterreichischen P
zu steigen begann. Die ganze Unterredung hatte wohl den haupt
lichen Zweck gehabt, zu erforschen, wessen der König in seiner n
beneidenswerthen Lage sich zu den Genossen der projektirten Allian
versehen haben werde. Johann Philipp hatte sich jedoch der äuße
Behutsamkeit befleißigt. Es wäre ihm leid, hatte er zu Snoilsky
äußert, daß es in Polen zu solcher Weitläufigkeit gekommen. Al
hätte er gehofft, daß dieser Krieg sich etwa dadurch würde haben bei
lassen, daß man dem König eine oder die andre Stadt in Preu
Elbing oder Marienburg, abgetreten haben würde, weil er wohl era
könne, daß der König von Polen ganz Preußen schwerlich würde m
wollen: denn Polen müsse doch erhalten bleiben, um ferner als
mauer gegen die barbarischen Völker zu dienen. Andrerseits aber k
er auch dem König von Schweden nicht verdenken, daß er sich um me
Freunde und Assistenz umgethan. Es sei ihm auch nicht lieb, daß
Andre, wobei er auf Oesterreich zielte, mit in das Werk einfle
wollten: er werde wehren, soviel er könne, und darauf bedacht sein,
das Römische Reich in Sicherheit erhalten und in fremde Händel
verwickelt werde, wovon vornehmlich bei der bevorstehenden Kaiser
zu reden sein werde; und wenn auch Andre davon nicht sprechen so
so wolle er es doch proponiren. Er werde allezeit bei seinem Z
der Erhaltung des Friedens, beharren, womit er freilich nicht üb
Dank geerntet habe. Schließlich äußerte er seine große Bestürzung
die Zuspitzung des feindlichen Verhältnisses zwischen Schweden
Dänemark.[3] Es darf wohl kaum befremden, daß der Kurfürst
dieser Unterredung vermied, von der Allianz zu reden. Die miß
Lage des Königs zügelte offenbar seine bei jeder Gelegenheit, wo d
Sache nur gedacht werden konnte, sonst so redefertige Zunge: den

[1] Portmann und Hübner an den Kurfürsten von Brandenburg a
(15). April. — Berlin.

[2] Bericht Heyland's vom 22. Mai (1. Juni). — Hannover.

[3] Bericht Snoilskys an die schwedische Regierung in Stade vom 2. (12.)
1657. — Hannover, schwed.-brem. Archiv.

ßte sehr wohl, daß hier der Punkt war, an welchem sein Friedens-
em am ehesten zum Scheitern kommen dürfte. Kein Wunder, daß
oilsky verstimmt aus Mainz wiederkehrte. Zu Hübner bemerkte
es sei doch höchst merkwürdig, daß der Kurfürst jetzt so stille von
Allianz wäre, da er doch zu Lebzeiten des Kaisers so hart darauf
rungen hätte, woraus zu muthmaßen, daß solches damals nur aus
rcht vor dem Kaiser geschehen; weil diese jetzt nicht mehr bestehe,
ine man diese Sache nicht mehr gar so groß zu achten und mit andren
nen umzugehen.[1] Und zu Portmann: Er habe bei seiner Anwesen-
in Mainz beim Kurfürsten den Ernst und Eifer für die Defensions-
anz nicht mehr verspürt als vordem. Es möchten wohl die Katholischen
er sich selbst auch nicht einig werden können und vielleicht solche
hen vorkommen, deren sich die Häuser Braunschweig und Kassel nicht
ähen. Deshalb habe er von seiner Herrschaft auch keinen andern
ehl als nur ad audiendum et referendum.[2]

Diese Angabe Snoilskys, daß er nur die Weisung habe, zunächst
Haus zu horchen, wird auf Wahrheit beruhen. Bei der Abwesen-
des Königs auf dem östlichen Kriegsschauplatz wird Graf Oxenstjerna
nicht für berechtigt erachtet haben, den Vertreter seines Herrn in
nkfurt anders als in diesem Sinne anzuweisen. Es standen außer-
gerade damals noch ganz andere Interessen für Schweden auf dem
ele, als die voraussichtlich recht langathmigen Verhandlungen um
es Bundeswerk, welches, wenn es dem König gegen seine Feinde, die
nen, thatkräftige Hülfe im Augenblick zu gewähren bereit gewesen
e, ihm eine lebhaftere Theilnahme abgewonnen haben würde, so
, wie es noch auf den ersten Stufen seiner Entwickelung dalag,
t werth dünkte, anders als dilatorisch behandelt zu werden.[3] Nichts
oweniger stellte König Karl Gustav, kurz bevor er aus Polen zum
npfe gegen Dänemark aufbrach, in Thorn am 19. (29.) Juni für

---

[1] Hübner's Bericht an den Kurfürsten von Brandenburg vom 2. (12.) Juni.
Berlin.

[2] Bericht Portmann's vom 7. (17.) Juni. In einem weiteren Bericht desselben
28. Juni (8. Juli) heißt es: Snoilsky hat wegen der Allianz von seinem König
nichts, vom Grafen Oxenstjerna aber nur dies, daß er zuerst vernehmen soll,
uf die capita und conditiones der Allianz beruhen würden, und dann zu re-
en habe. — Berlin. Auch Witte von Celle bemerkt in seinem Diarium unter dem
Juni (10. Juli): Snoilsky soll keine andere Instruktion haben, als nur in's
s zu horchen.

[3] Das ganze Verhalten Snoilsky's kurz vor Eröffnung der Hauptverhandlungen
te den Eindruck, als ob den Schweden jetzt nicht mehr viel an der Sache gelegen
, wie Canstein am 3. (13.) Juli dem Kurfürsten von Brandenburg berichtet. —
in. U. A. VIII, 536.

Snoilsky die Vollmacht zur Theilnahme an den bevorstehenden Alli
verhandlungen in Frankfurt aus.[1] Sie war jedoch noch nicht
eingetroffen, als man die Berathungen eröffnete unter dem Ein
der bedenklichen Kunde: Die Dänen haben mit den Feindseligkeiten
Bremischen begonnen.

19.

Brandenburg bis zum Beginn der Hauptverhandlun

Man weiß, daß des Kurfürsten von Brandenburg leitender Sta
minister, der geistvolle Georg Friedrich Graf zu Waldeck, bevor
Herr vom Schwedenkönig mit auf jene gefährlichen Bahnen im
gezogen ward, alle die Jahre her seit 1654 mit Ernst und Eifer
dem Werke der Vereinigung aller dem Hause Habsburg widerstrebe
Elemente „zur Sicherstellung des ständischen Reichssystems im S
des westphälischen Friedens" gearbeitet hat. Aus der Hülfeleistung
den damals, wie wir sahen, in seinem Bisthum Lüttich bedrängten
fürsten von Köln hatte sich jene Annähernng zwischen diesem und F
rich Wilhelm von Brandenburg angelassen, welche zu den bundesmäß
Abmachungen von Arnsberg im September 1654 geführt hatte. D
folgte nach verschiedenen Anläufen und Schwankungen das Bün
Brandenburgs mit dem Hause Braunschweig vom 19. Juli 1655,
den Grundlagen des hildesheimer Recesses zwar, doch nur unter
läufiger Inaussichtnahme einer späteren Herbeiziehung des Kurfü
in diesen Verein. Eine Verschmelzung der nach diesen beiden S
hin geknüpften Verbindungen zu einer gemeinsamen Kombination, d
welche man brandenburgischerseits zu einem festen Kern des von Wa
geträumten Fürstenbundes unter des Kurfürsten Führung gelangt n

---

[1] In lateinischer Sprache. — Abschriftlich in Düsseldorf und Hannover. S
Kejsarevalet etc. S. 45, erwähnt auch eine Instruktion für Snoilsky vom 18. (28.)
wonach er bei den Verhandlungen auf keinen Vorschlag zu hören haben würde,
nicht den Schutz für Schwedens deutsche Provinzen gegen alle Angreifer ohne
nahme, selbst gegen Oesterreich, enthielte. Die in einem von Säve citirten Brief
Königs an die Reichsräthe vom 20. (30.) Juni 1657 angeblich enthaltene An
als ob die geistlichen Kurfürsten gleichzeitig mit den Häusern Braunschweig und H
Kassel die Einladung zur Allianz hätten an ihn ergehen lassen, findet sich da
kaum in dieser Form, da sie eine den Thatsachen widersprechende sein würde.

atte indessen nicht gelingen wollen, durch Braunschweigs Schuld.[1]
ie Beziehungen zu Köln hatten auch eine nähere Anbahnung mit
ur=Trier möglich erscheinen lassen. Gerade aber der Abschluß der
ölnischen Liga vom 15. December 1654 unter der Betheiligung des
falzgrafen Philipp Wilhelm hatte das Fortschreiten auf diesem Wege
ehemmt, und selbst das Verhältniß zu Kur=Köln hatte sich dadurch
elockert. Auch mit Hessen=Kassel hatte Waldeck in seinem Sinne im
eptember 1654 anzuknüpfen versucht, ohne jedoch weiteres als wohl=
ollende, aber verklausulirte Zusicherungen für den Nothfall zu erreichen.[2]
esgleichen um dieselbe Zeit auch mit andren evangelischen Ständen
s niedersächsischen Kreises auf dem Kreistage zu Braunschweig
Oct. 1654); auch hier ohne jeden greifbaren Erfolg.

Alle diese Projekte waren nicht beseitigt, aber doch in den Hinter=
rund gedrängt worden, als Karl Gustav den Kurfürsten mit in seinen
olnischen Krieg verwickelt hatte. Ganz andere Interessen und Pläne
aren in des Kurfürsten Gesichtskreis getreten.

Da hatte er zunächst seine Stellung an der Ostsee den schwedischen
elüsten gegenüber zu sichern gehabt, dann auch gehofft, nach Osten
n auf Kosten des immer mehr in ein Chaos sich auflösenden Polen=
iches im Bunde mit Schweden seinen Staat zu vergrößern, für seine
reußischen Lande wenigstens eine Kommunikationslinie zu erwerben, vor
llem das leidige Lehnsverhältniß zur Krone Polen in Preußen ab=
ustreifen. Doch verloren sich in diesem bunten Wirbel tumultuarischer
riegsaktionen und diplomatischer Schachzüge die Blicke des Kurfürsten
nd des Grafen Waldeck nicht gänzlich. Dort im Osten mit höchster
nstrengung seiner Kräfte hohen Zielen zusteuernd, behält Friedrich
Bilhelm auch die im Westen allezeit drohenden Gefahren im Auge,
ets bereit, des Gegners Anschläge abzuwehren, oder ihm, wenn möglich,
urch selbsteigenes Losschlagen zuvorzukommen. Durch die Fortdauer
einer seit 1653 begonnenen Verhandlungen mit Frankreich beharrt er
 der großen Interessensphäre dieser Macht, eine Vertiefung in den
roßen Kampf der Westmächte Spanien und Frankreich ist ihm, während
r noch selbst mitten drin in demjenigen der nordöstlichen Potenzen steht,
ein allzufernliegender Gedanke. Infolge der östlichen Wirren tritt er
iederholt in Beziehungen zu den an diesen stark interessirten Nieder=
anden, es spinnen sich Fäden hinüber zum Protektor der englischen
Republik, zu den Dänen, zum Hause Habsburg und selbst zu der

---

[1] Vergl. hierüber die durchsichtige Darstellung Erdmannsdörffer's in seinem
Werke über Waldeck; auch die neueren ausführlichen Angaben Köcher's.

[2] Erdmannsdörffer S. 254.

befeindeten Polenmacht, in den fernsten Osten hinein zu den noch hal
barbarischen Russen, ja zu Kosacken und Tartaren. Aber auch auf d
Verhältnisse im Reich bleiben die Blicke des Kurfürsten gewendet, zum
sich dieselben, besonders nach dem Tode des Kaisers, immer verwirrt
zu gestalten begannen. Niemals, soweit auch seine dynastischen Interess
ihn in auswärtige Angelegenheiten vertiefen mochten, hat Friedri
Wilhelm aufgehört, nach den Aufgaben eines Reichsfürsten und a
Mitglied des Kurkollegiums die Normen seines Handelns zu bemesse
Wie hätte er also den rührigen Einungbestrebungen des Mainze
gegenüber, als dieselben über die einseitige katholische Allianz von 16
hinaus bei den protestantischen Häusern Braunschweig und Hessen-Kas
einsetzten und durch deren Vermittelung bei ihm und dem König v
Schweden weiteren Fuß zu fassen suchten, theilnahmlos bleiben solle
da sie doch zweifellos auf ein ähnliches Gebilde hinauszuzielen schiene
wie er und Waldeck seit längerer Zeit es erstrebt hatten?

Der Abschluß der kölnischen Liga vom 15. December 1654 w
dem Berliner Kabinette nicht unbekannt geblieben. Als der brau
schweigische Statthalter in Celle Friedrich Schenk von Winterstädt d
Grafen von Waldeck gegenüber auf die Kunde von dem Ereigniß di
katholische Allianz in Vergleich zog mit den Tendenzen der brandenbur
braunschweigischen Verbindung und zu finden glaubte, daß jene „e
absonderliches, mit dem unserigen nicht gleichstimmiges Absehen" hab
möchte, sprach der brandenburgische Staatsmann seine Uebereinstimmu
mit dieser Ansicht aus, wenn auch Kurfürst Friedrich Wilhelm auf b
zügliche Vorstellungen vom kur-kölnischen Hofe beruhigende Erklärung
empfangen hätte. Bedenken könnte die Theilnahme des Neuburge
verursachen, da sie die Absichten Brandenburgs auf Neuordnung d
Direktorialverhältnisse im westphälischen Kreise verhindern werde. Jede
falls sei dieses Bündniß ein besonderer Grund für festes Zusamme
halten der Evangelischen unter einander.[1]

Wenige Monate später trug am wolfenbütteler Hof dem brande
burgischen Geh. Rath von Canstein gegenüber Herzog Augustus eine g
ringe Besorgniß vor der rheinischen Allianz zur Schau. Sie bezwec
meinte er, wohl kaum etwas gefährliches, sondern wohl nur Sicherh
für ihre Mitglieder so lange, als man zur Verfassung im westphälisch
Kreise nicht gelangen könne. Der Neuburger hege ganz besondere B
sorgnisse vor Schweden, Brandenburg und Pfalz (Zweibrücken). Es
kein besser Mittel, um diese Allianz unschädlich zu machen, als die n

---

[1] Briefwechsel zwischen Schenk und Waldeck vom 12. (22.) Jan. und 23. F
(2. Februar) 1655. U. A. VI 639—640.

r=Köln begonnenen Unterhandlungen fortzuspinnen, damit man den
tholischen alle Diffidenz benehme und deren Intentionen penetrire.[1]
ese Unterhandlungen zerschlugen sich, wie bereits bemerkt worden ist,
) auch das brandenburgisch=kölnische Bündniß erfuhr, sicherlich
ade wegen der rheinischen Liga, eine merkliche Lockerung und gerieth
so eher in's Stocken, als der Kurfürst von Brandenburg, wenn
h nothgedrungen, auf die Seite Schwedens trat und gegen Polen
. Trotz dieser kriegerischen Verwickelung nach einer anderen Seite
hörte aber das brandenburgische Kabinet nicht auf, seine Aufmerk=
nkeit der rheinischen Liga zugewendet zu halten, schon wegen der
eilnahme des Pfalzgrafen von Neuburg. Voller Mißtrauen be=
achteten die Abgeordneten des Kurfürsten auf dem Frankfurter Reichs=
putationstag die Haltung der Ligisten und verzeichneten alle verfäng=
jen Gerüchte, die ihnen von jenen zu Ohren kommen mochten, etwa
: die Fama wissen wolle, daß der Pfalzgraf über die neue Reichs=
rbung zur Assistenz für das bedrängte Polen General und Reuschen=
g sein Generallieutenant sein solle und was von dergleichen Reden
st im Schwange ging;[2] während man freilich auch auf der Gegenseite
unter dem Deckmantel des polnischen Krieges lebhaft betriebenen
ndenburgischen Aushebungen in den cleveschen Landen, nicht ganz ohne
und, mit Argwohn betrachtete und daraus zum Vortheil der Liga
pital zu schlagen wußte.[3] Eine Zeit lang standen damals die Dinge
t am Niederrhein wieder auf der Spitze und es scheint, als wenn
damals besonders der warnenden und vermittelnden Stimme des
nzösischen Gesandten de Lumbres geglückt wäre, einen Bruch Branden=
rgs mit Neuburg und also wohl auch mit den rheinischen Ligisten
hintertreiben. Denn Frankreich's Interessen konnten in der That
en solchen offenen Konflikt nicht dulden. Darum spiegelte de Lumbres
h dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm zur Abschreckung vor, daß die
isten mit dem Plane umgingen, bei dem Statthalter der spanischen Nieder=
de Don Juan d'Austria Anlehnung (natürlich gegen ihn) zu suchen.[4]

---

[1] Bericht Cansteins vom 24. März (3. April) 1655. U. A. VI 641.

[2] Berichte von Portmann und Hübner vom 23. December 1655 (2. Januar 1656)
vom 4. (14.) Mai 1656. — Berlin.

[3] Der französische Gesandte de Lumbres berichtet am 30. März 1656 aus
igsberg an Brienne: la continuation de ses levées donne de la jalousie non-
lement au duc de Neubourg, mais aussi aux autres princes voisins du Rhin,
que cela pourra avancer la ligue qu'ils projettent. U. A. II 91.

[4] de Lumbres an Brienne am 8. Juni 1656. Der schlaue Franzose benutzte
Konjunktur auch noch zur Förderung anderer Pläne, da er dem Kurfürsten
), Zwiespalt unter die Katholiken zu werfen, indem er Bayern an die Spitze des
hes bringen helfe. U. A. II 98.

In Wahrheit aber wagten schon unter den Ligisten selbst Stimm laut zu werden, welche nicht im Gegensatze der beiden feindlichen Mäch sondern in ihrer engeren Vereinigung im rheinischen Bunde das H erkannten.[1]

Inzwischen hatten sich jene Fäden von der kölnischen Liga zu d protestantischen Häusern Braunschweig und Kassel hinüber gesponn Da erfolgte im Hochsommer d. J. 1656 die Mission Cansteins an Höfe der letzteren und damit auch die Annäherung Brandenburgs sie. Auf Cansteins unter seinen anderen Propositionspunkten vorgebrac offizielle Anfrage, was der Landgraf „der katholischen Verfassung u Intention halber für Nachricht habe",[2] wird man ihm zu Kassel e Andeutung von den mit Mainz und seinen Genossen schwebenden V handlungen gemacht haben. Es ist oben schon ausgeführt worden, d man wahrscheinlich hier zu Kassel gerade bei dieser Gelegenheit zu den Gedanken der Herbeiziehung Schwedens und Brandenburgs fa Badenhausen in Fankfurt wenigstens erhielt gerade in jenen Ta von Kassel die Ordre, Portmann zu „kajoliren und zur Vertraulich zu bringen".[3] Diese Vertraulichkeit steigerte sich bald soweit, daß Bad hausen dem Brandenburger offenen Aufschluß über das schwebende Bund projekt gab,[4] wohl aufgrund jener Anweisung des Kanzlers Vultej die ihm die Sondirung Snoilskys anempfahl,[5] und gerade zur sel Zeit, in welcher der Kurfürst von Mainz dem Snoilsky gegenüber gleiches that. Im Laufe des Monats August muß zwischen Mainz u Hessen-Kassel die Vereinbarung zustande gekommen sein, Schweden u Brandenburg wegen der Bundessache näher zu treten. Man theilte in die Rollen so, daß Mainz den Vertreter des ersteren, Kassel die anderen zu bearbeiten übernahm.[6] Und bald war auch der rühr

---

[1] Boineburg am 23. Mai 1656 an den Pfalzgrafen: Vellem accedat et i Brandeburgicus. A quo enim quis sibi metuit? is demum est ille, quic foedus pangendum esse est vetus tmema sapientum. — Düsseldorf.

[2] Eingabe Cansteins vom 22. Juli (1. August) 1656. — Marburg.

[3] Vultejus an Badenhausen am 25. Juli (4. August) 156. — Marburg.

[4] Bericht Portmanns und Hübners vom 24. August (3. September). — Be U. A. VII 675.

[5] Vom 13. (23.) August. S. oben.

[6] Wie Snoilsky vom Kurfürsten Johann Philipp angegangen wurde, sa wir oben. Die Thätigkeit Badenhausens illustrirt unter anderen der Bericht Hübn vom 14. (24.) September: Am 8. (18.), schreibt er, war der Hessen-Kasselsche bei und gedachte, daß Kur-Mainz die Beförderung der Verfassung sich noch immer angelegen sein ließe, auch dieselbe ganze Sache so wohl überlegt hätte, daß S. Kfl. Gd. seitens Hessen-Kassel keine Objektion oder Skrupel machen können, w sie auch zur Genüge aufgelöst, also daß der Landgraf sich dieses Werkes nicht n

land auf dem Plane; er hat mehrfach mit den brandenburgischen
utirten über die Angelegenheit geredet.[1]

Diese aber zeigten nicht das leiseste Entgegenkommen, auch ging der
rfürst, ihr Herr, auf ihre Berichte hierüber nicht ein einziges Mal
Wahrlich er hatte mit anderen Dingen vollauf zu thun. Seine
ge auf dem polnischen Kriegsschauplatze war zugleich mit der seines
rbündeten Karl Gustav um die Jahreswende 1656—1657 wenig be-
enswerth.[2] Und damit im Zusammenhang war die Haltung des
lzgrafen Philipp Wilhelm von neuem eine höchst verdächtige.[3] Bei
Zögern Schwedens und Brandenburgs, an das ihnen nahegelegte
jekt Hand anzulegen, erfolgte sodann noch am Jahresschluß ohne
Zuziehung jene Erklärung Braunschweigs und Hessens auf die Ein-
ung der Ligisten, jedoch, wie wir sahen, unter ausdrücklichem Vor-
alt auch der weiteren Hinzuziehung dieser beiden (näheren und ferneren)
desheimer Bundesverwandten.

Kurfürst Friedrich Wilhelm war von allem unterrichtet. Seine
andten in Frankfurt blieben über diese Frage in steter Verbindung
den Deputirten Heyland und Badenhausen.[4] Noch bevor die Gegen-
ärung der Invitanten erfolgte, wußten sie zu berichten, daß nun auch
lz-Neuburg mit des Kurfürsten Aufnahme in den Bund einverstanden

---

de entziehen können; wollten aber dennoch zuvor sehen, was andere Kur-Fürsten
Stände dabei zu thun gesonnen wären. — Berlin.

[1] Berichte Hübners vom 21. Sept. (1. Oct.), 28. Sept. (8. Oct.) und 5.
) Oct. — Berlin, s. auch U. A. VII 677 und 678.

[2] Droysen III 2, 226 ff.

[3] Vergl. U. A. VII 85, V 780 und 870. Auch andere Nachrichten im Wei-
schen Journal, die ich hierüber einsah, bestätigen das hier gesagte.

[4] Ersterer berichtete ihnen von der Erklärung bald nach dem Ereigniß. Relation
Brandenburger vom 28. Dezember 1656 (7. Januar 1657). — Berlin. Baden-
sen, der viel später mit der Sprache herauskam, machte dabei zugleich Mittheilungen,
che alle beim Kurfürsten wegen des vorschnellen Einsteigens mit den Ligisten etwa
tehenden Mißgedanken vom Hause Kassel ab- und auf das Haus Braunschweig
zen sollten. Letzteres habe ohne des Landgrafen Vorwissen sich bei den Alliirten
Verhandlungen erboten. Dem Landgrafen sei dies bedenklich erschienen, da er
mit den Katholischen überhaupt nicht einlassen würde, es wären denn die Evan-
schen in gleicher Zahl und Stärke mit hinzugezogen. Bei näherer Erwägung
lich wären die Braunschweiger, unter denen übrigens Uneinigkeit obwalte, zur
berzeugung gelangt, daß sie zu weit gegangen, sie hätten daher nachgehends die
beiziehung von Schweden und Brandenburg vorgeschlagen, worüber die Resolution
Katholischen noch ausstehe. Mainz, Trier und Münster schienen dieselbe gern zu
en, der Kurfürst von Köln aber habe, muthmaßlich auf Anreizen des Pfalzgrafen,
größten Schwierigkeiten erhoben. Bericht Portmanns und Hübners vom 11.
.) Januar. — Berlin.

sei und nur die Resolution Kur-Kölns ausstehe.[1] Am 4. Februar folgte die Gegenerklärung der Alliirten, am 25. meldet Portmann Thatsache: doch weiß er nichts von jener Klausel, welche jede dir oder indirekte Verwickelung in den polnischen Krieg ablehnte.[2] Hinge berichtete er nach einer Mittheilung Boineburgs, daß der Kurfürst Köln sich nunmehr „mit Inklination zu der Assumption verstanden hab und vergaß auch nicht der Gegenschachzüge Volmars Erwähnu zu thun.[3]

Der Kurfürst brach sein Schweigen nicht. Selbst dann nicht, Canstein, den er im Frühjahr 1657 von neuem an die Höfe der bra schweigischen Herzöge und zugleich an den augenblicklich zu Hildesh residirenden Kurfürsten von Köln sandte, um Weisungen für den bat, daß man ihn, wie bereits bei Braunschweig und Kassel gesche fragen würde, ob der Kurfürst keine Neigung trage, mit in die von rheinischen Alliirten proponirte Allianz zu treten.[4] Freilich handelte sich bei dieser Sendung Cansteins um ganz andere Dinge. Das H Braunschweig sollte dem Kurfürsten, der seine Truppen auf den östli Kriegsschauplatz aus den westlichen Landestheilen an sich ziehen wo einen Theil seiner Völker zum Schutz der dortigen Garnisonen aufgr des, freilich von beiden Seiten noch nicht ratifizirten, Bundesvertra von 19. Juli 1655 zur Verfügung stellen und auch der Kurfürst Köln zur Leistung seiner Bundespflicht gegen den bedrängten Brand burger angerufen werden.[5] Alle Gedanken an eine erst zu berathe Allianz lagen dem Kurfürsten, der nach wirklicher Hülfe kraft bereits stehender Verträge Verlangen trug, durchaus fern. Darum blieb Anfrage Cansteins zunächst unbeantwortet.

Canstein selbst begab sich Mitte April auf den Weg. Weder

---

[1] Bericht vom 8. (18.) Februar 1657. U. A. VII 684. Ein mir vorliegen Erlaß der märkischen Statthalterei vom 15. (25.) Februar erwähnt einen Bericht Deputirten vom 5. (15.) Februar, der sich nicht in den Akten findet; vermuthlich es der hier erwähnte; derselbe wurde dem Kurfürsten mit Anschreiben vom 20. F (2. März) auf den Kriegsschauplatz nachgesandt. — Berlin.

[2] Portmann schreibt: Bei welcher Kongregation den Braunschweigischen u Hessen pure die Eröffnung gethan, daß die Prinzipale kein Bedenken hätten, König von Schweden und E. D. wegen ihrer Reichslande mit in ihr Bündniß e zunehmen, welches dahin angesehen, daß der Reichsfriede desto besser erhalten wer möge. — Berlin.

[3] S. auch einen weiteren Bericht über Volmars Verhalten U. A. VII 685.

[4] Canstein an den Kurfürsten am 27. Februar (9. März) aus Köln a. Spree. Berlin, kurzes Regest U. A. VIII 526.

[5] Ordre des Curfürsten vom 13. April, erwähnt im Bericht Cansteins v 14. (24.) April. U. A. VIII 528.

Braunschweigern noch bei dem Kurfürsten von Köln fand er jedoch den Wünschen seines Herrn geneigte Stimmung. Und was die anzsache anlangt, so wurde dieselbe nur in Wolfenbüttel nebenhin reift, indem man der Notifikation des Landgrafen von Kassel an den fürsten Friedrich Wilhelm und des niederländischen Projektes der sten ganz kurz gedachte.[1]

Und doch war damals schon das an den Brandenburger gerichtete ifikationschreiben der Herzöge am 13. (23.) März abgefertigt worden. war darin dem Kurfürsten unter Bezugnahme auf die dem Herrn Canstein bereits früher gemachten Eröffnungen mitgetheilt, daß von rheinischen Verbündeten hinsichtlich der vorgeschlagenen Aufforderung wedens und Brandenburgs zum Beitritte willfährige Erklärung er- t sei. Man sei zu weiteren Kommunikationen mit Canstein bereit werde demselben die zu des Reiches und absonderlich der Evangelischen hlfahrt zugleich mitzielenden aufrichtigen Intentionen mit mehrerem rkennen geben, wenn er nur mit den bezüglichen Instruktionen ver- n werden würde. Gleich nach Pfingsten würden auf Drängen der holischen die Verhandlungen aufgenommen werden, wobei Braun- eig die Miteinschließung des Kurfürsten bestens reserviren und in n, was zu Erhaltung rechtschaffenen Vertrauens dienen möge, an nichts ermangeln lassen werde.[2]

Was sodann die Notifikation des Landgrafen betrifft, so hielt sich elbe — sie ging am 20. (30.) März ab — in der Form ganz an das hzeitig an den König von Schweden abgesandte Schreiben, nur daß n an die angeblich schon seit Beginn der Defensionsverfassung der holischen dem Kurfürsten gemachten Mittheilungen und an die nach lgter Einladung mehrfach mit Canstein stattgehabten Unterredungen nert wurde.[3]

Der Kurfürst, welchem diese Schreiben etwa kurz vor dem 20. April egangen sein werden, beantwortete beide in gleicher Weise.[4] Er nte ein, daß Canstein von den beiderseitigen Mittheilungen, die freilich ganz allgemeiner Art gewesen wären, ihm Meldung gemacht und er selben daraufhin angewiesen habe, daß er sich vor allen Dingen ndige, worauf die Bedingungen dieser Allianz beruhen möchten; wie auch nicht zweifele, daß dies nunmehr geschehen sein werde, und

[1] Bericht Cansteins vom 14. (24.) April. — Berlin. U. A. VIII S. 529.

[2] Original in Berlin, Konzept in Hannover. Erwähnt bei Köcher S. 226. t in U. A. VIII.

[3] Original in Berlin, Konzept in Marburg; nicht in U. A. VIII.

[4] Aus Königsberg i. Pr. am 24. April (4. Mai) Konzept Berlin, Original rburg. Weder in U. A. VIII noch bei Köcher erwähnt.

sei und nur die Resolution Kur-Kölns ausstehe.[1] Am 4. Februar
folgte die Gegenerklärung der Alliirten, am 25. meldet Portmann
Thatsache: doch weiß er nichts von jener Klausel, welche jede dire
oder indirekte Verwickelung in den polnischen Krieg ablehnte.[2] Hingeg
berichtete er nach einer Mittheilung Boineburgs, daß der Kurfürst v
Köln sich nunmehr „mit Inklination zu der Assumption verstanden hab
und vergaß auch nicht der Gegenschachzüge Volmars Erwähnu
zu thun.[3]

Der Kurfürst brach sein Schweigen nicht. Selbst dann nicht,
Canstein, den er im Frühjahr 1657 von neuem an die Höfe der bra
schweigischen Herzöge und zugleich an den augenblicklich zu Hildeshe
residirenden Kurfürsten von Köln sandte, um Weisungen für den F
bat, daß man ihn, wie bereits bei Braunschweig und Kassel gescheh
fragen würde, ob der Kurfürst keine Neigung trage, mit in die von
rheinischen Alliirten proponirte Allianz zu treten.[4] Freilich handelte
sich bei dieser Sendung Cansteins um ganz andere Dinge. Das Ha
Braunschweig sollte dem Kurfürsten, der seine Truppen auf den östlic
Kriegsschauplatz aus den westlichen Landestheilen an sich ziehen wol
einen Theil seiner Völker zum Schutz der dortigen Garnisonen aufgru
des, freilich von beiden Seiten noch nicht ratifizirten, Bundesvertra
von 19. Juli 1655 zur Verfügung stellen und auch der Kurfürst v
Köln zur Leistung seiner Bundespflicht gegen den bedrängten Brand
burger angerufen werden.[5] Alle Gedanken an eine erst zu berathe
Allianz lagen dem Kurfürsten, der nach wirklicher Hülfe kraft bereits
stehender Verträge Verlangen trug, durchaus fern. Darum blieb
Anfrage Cansteins zunächst unbeantwortet.

Canstein selbst begab sich Mitte April auf den Weg. Weder

---

[1] Bericht vom 8. (18.) Februar 1657. U. A. VII 684. Ein mir vorliegen
Erlaß der märkischen Statthalterei vom 15. (25.) Februar erwähnt einen Bericht
Deputirten vom 5. (15.) Februar, der sich nicht in den Akten findet; vermuthlich
es der hier erwähnte; derselbe wurde dem Kurfürsten mit Anschreiben vom 20. Fe
(2. März) auf den Kriegsschauplatz nachgesandt. — Berlin.

[2] Portmann schreibt: Bei welcher Kongregation den Braunschweigischen u
Hessen pure die Eröffnung gethan, daß die Prinzipale kein Bedenken hätten,
König von Schweden und E. D. wegen ihrer Reichslande mit in ihr Bündniß ei
zunehmen, welches dahin angesehen, daß der Reichsfriede desto besser erhalten werd
möge. — Berlin.

[3] S. auch einen weiteren Bericht über Volmars Verhalten U. A. VII 685.

[4] Canstein an den Kurfürsten am 27. Februar (9. März) aus Köln a. Spree.
Berlin, kurzes Regest U. A. VIII 526.

[5] Ordre des Curfürsten vom 13. April, erwähnt im Bericht Cansteins vo
14. (24.) April. U. A. VIII 528.

Braunschweigern noch bei dem Kurfürsten von Köln fand er jedoch den Wünschen seines Herrn geneigte Stimmung. Und was die anzsache anlangt, so wurde dieselbe nur in Wolfenbüttel nebenhin reift, indem man der Notifikation des Landgrafen von Kassel an den fürsten Friedrich Wilhelm und des niederländischen Projektes der sten ganz kurz gedachte.[1]

Und doch war damals schon das an den Brandenburger gerichtete ifikationschreiben der Herzöge am 13. (23.) März abgefertigt worden. war darin dem Kurfürsten unter Bezugnahme auf die dem Herrn Canstein bereits früher gemachten Eröffnungen mitgetheilt, daß von rheinischen Verbündeten hinsichtlich der vorgeschlagenen Aufforderung wedens und Brandenburgs zum Beitritte willfährige Erklärung er- t sei. Man sei zu weiteren Kommunikationen mit Canstein bereit werde demselben die zu des Reiches und absonderlich der Evangelischen hlfahrt zugleich mitzielenden aufrichtigen Intentionen mit mehrerem erkennen geben, wenn er nur mit den bezüglichen Instruktionen ver- n werden würde. Gleich nach Pfingsten würden auf Drängen der holischen die Verhandlungen aufgenommen werden, wobei Braun- eig die Miteinschließung des Kurfürsten bestens reserviren und in n, was zu Erhaltung rechtschaffenen Vertrauens dienen möge, an nichts ermangeln lassen werde.[2]

Was sodann die Notifikation des Landgrafen betrifft, so hielt sich elbe — sie ging am 20. (30.) März ab — in der Form ganz an das hzeitig an den König von Schweden abgesandte Schreiben, nur daß n an die angeblich schon seit Beginn der Defensionsverfassung der holischen dem Kurfürsten gemachten Mittheilungen und an die nach lgter Einladung mehrfach mit Canstein stattgehabten Unterredungen nert wurde.[3]

Der Kurfürst, welchem diese Schreiben etwa kurz vor dem 20. April gangen sein werden, beantwortete beide in gleicher Weise.[4] Er nte ein, daß Canstein von den beiderseitigen Mittheilungen, die freilich ganz allgemeiner Art gewesen wären, ihm Meldung gemacht und er elben daraufhin angewiesen habe, daß er sich vor allen Dingen ndige, worauf die Bedingungen dieser Allianz beruhen möchten; wie auch nicht zweifele, daß dies nunmehr geschehen sein werde, und

---

[1] Bericht Cansteins vom 14. (24.) April. — Berlin. U. A. VIII S. 529.

[2] Original in Berlin, Konzept in Hannover. Erwähnt bei Köcher S. 226. t in U. A. VIII.

[3] Original in Berlin, Konzept in Marburg; nicht in U. A. VIII.

[4] Aus Königsberg i. Pr. am 24. April (4. Mai) Konzept Berlin, Original burg. Weder in U. A. VIII noch bei Köcher erwähnt.

deshalb den Bericht Cansteins erwarte. Daß er vorher eine schließli
Erklärung nicht wohl von sich geben könne, wenigstens nicht zu dem
die Hauptverhandlungen angesetzten Termine, werde man wohl ermess
Gleichwohl danke er nicht allein für die wohlgemeinte Notifikation, s
dern auch für das Anerbieten, allemale seine Miteinschließung mit v
zubehalten, auf's ganz freundlichste und bitte um Beibehaltung di
guten Gesinnungen.

Wenige Tage später bevollmächtigte der Kurfürst zu den, wie
nicht anders wußte, in Koblenz bevorstehenden Verhandlungen mit
rheinischen Alliirten den öfters genannten frankfurter Deputirten Joh
Portmann.[1] Und am folgenden Tage erließ er eine Instruktion
Canstein, seine erste uns vorliegende Kundgebung in dieser gan
Sache.[2] Danach ist Friedrich Wilhelm nach wie vor nicht abgene
sich mit in diese Defensivallianz zu begeben, nur wünscht er, daß n
kur-kölnischer- und braunschweigischerseits auf die von ihm in Anreg
gebrachten Punkte, besonders betreffs der jülichschen Frage und
Streitigkeiten mit Pfalz-Neuburg sich vorher etwas deutlicher verneh
lasse. Wohl erinnere er sich, daß eben vor drittehalb Jahren, als zu Os
brück ein Ausgleich mit dem Pfalzgrafen wegen des strittigen Ko
rektoriums im westphälischen Kreise habe bewerkstelligt werden sol
diese Allianz zu Köln ihren Anfang genommen habe. Gerade
diesem Anlaß sei der neuburgische Gesandte damals zu spät in Os
brück eingetroffen und habe mit der Allianz hinter sich n
eines der von Brandenburg vorgeschlagenen Vergleichsmittel angenomm
Die Verhandlungen seien damals durch Neuburg vereitelt worden
allein habe den Glimpf bewahrt. Er müsse durchaus wissen, wie
sich gerade dieses Punktes halber endlich zu versehen habe, damit
dieser Allianz in den mit Neuburg obschwebenden Streitfragen nicht et
zu künftigem Präjudiz eingegangen oder dem Kurfürsten von An
zugezogen werden möge. Ferner wisse er, der Kurfürst, sich zu erinn
daß eben damals oder bald darauf von den Ligisten eine Anfrage an
General-Staaten ergangen sei, ob sie zum Beitritt geneigt, was diesel
mit dem Einwande verneint hätten, daß sie vorher erst mit dem K
fürsten hierüber sich benehmen müßten, dessen Vorfahren unter
deutschen Reichsständen die ersten gewesen, mit welchen sie in ei
Bund getreten. Ueber die neuerdings wieder im Haag schweben
Unterhandlungen sei er, der Kurfürst, vollkommen unterrichtet. D

[1] Am 10. Mai. — Kopie in Hannover.

[2] Königsberg i. Pr. 11. Mai 1657. — Original Berlin. U. A. VIII 53
im Auszug.

olg stehe gleichfalls dahin; sie hätten aber nicht den geringsten Bezug
den Beitritt Braunschweigs und Kassels oder gar etwa auf den
igen. Braunschweig wenigstens habe sich der Herbeiziehung der
derlande durchaus abgeneigt erklärt, man wisse auch nichts von
em Umschlage in dieser Gesinnung. Viel zu wenig kenne man von
Zielen und dem Wesen der Allianz, worüber ihm, dem Kurfürsten,
keine näheren Mittheilungen bisher geworden seien und Canstein
den braunschweigischen Höfen erst genaue Informationen einziehen
e. Letzterer soll, falls er sonst keinen Aufenthalt erleide, die Ver-
mlung in Koblenz aufsuchen und dort nähere Aufschlüsse begehren,
den Schluß solange hinausziehen, bis er weitere vollkommene In-
ktionen empfangen. Erreiche er dieses nicht, soll er dahin sehen,
man dem Kurfürsten die Miteinnehmung allemale vorbehalte und
en Interessen zuwider nichts präjudizirliches eingehe. Im Verhinde-
gfalle sei Portmann bevollmächtigt, der nach diesen Weisungen zu
ormiren sei.

Hierauf erachtete Canstein für pflichtgemäß, über die Sachlage
gehenden Bericht zu erstatten:[1] An den braunschweigischen Höfen
e man vom Entschlusse des Kurfürsten zum Mitbeitritt mit Ver-
gen Kenntniß genommen. Dort denke man sich die Allianz als
Vereinigung der Stände Deutschlands zum Schutz des Friedens
der deutschen Freiheit, Segnungen, welche weder in den Absichten
aniens noch auch in denen Frankreichs oder Schwedens lägen; und sei
(der Braunschweiger) Meinung durchaus nicht, deswegen die Reichs-
Kreisverfassungen hintenanzusetzen. Wie es aber gerade damit so
ver und langsam hergegangen, wisse der Kurfürst sehr wohl und
e er deshalb ja selbst die partikularen Allianzen als das beste Hülfs-
tel erkannt. Eine Verfassung sei immer besser als keine. Am aller-
igsten wolle man die Kreisverfassung in Westphalen zurückstellen,
dern dieselbe umsomehr nach Möglichkeit mitbefördern helfen, als man
e, daß die Katholischen davon Abstand zu nehmen suchten. Dagegen
fe man, daß der Kurfürst unterdessen diese Allianz nicht zu hindern
hen wolle, bis die Schwierigkeit im westphälischen Kreise gehoben,
dern daß er vielmehr nichts destoweniger beitreten werde, worum
n ihn nochmals gebeten haben wolle. Sie vom Hause Braunschweig
n nicht gemeint, in den Präliminarien stehen zu bleiben, sondern
viß zu schließen. Die Katholischen drängten sehr, durch längeren
rzug werde man nur ihren Verdacht erwecken. Die Verhandlungen

[1] Am 13. (23.) und 16. (26.) Mai. Originale in Berlin, U. A. VIII 531 ff.
w. 533 (der zweite Bericht hier nur in Inhaltsangabe).

würden nach den nunmehrigen Verabredungen in Frankfurt stattfin
und am 18. (28.) Juni beginnen. Er, Canstein, sei gebeten word
daran theilzunehmen, da er schon so oft mit ihnen darüber verhand
habe und auch ihre Bedenken kenne. Portmanns möge man sich n
zu den vorbereitenden Einleitungverhandlungen bedienen. Nebst geh
rigen Kreditiven und Instruktion werde auch eine gemeine Vollma
auf's Schließen und nicht bloß unter Vorbehalt der Ratifikation mit
geben sein, damit nicht Argwohn entstehe, als komme man nur,
auszuforschen. Es könne ja doch immerhin in der Instruktion, die
Niemand zu sehen bekomme, verwahrt werden, wie weit der Vertre
des Kurfürsten gehen dürfe. Der Kurfürst solle nur bei Schwe
auszuwirken suchen, daß auch Snoilsky bevollmächtigt werde. Ger
aber wegen Schwedens werde man behutsam zu gehen haben, da
zweifelsohne erst alles werde hören und penetriren wollen: denn vielle
dürfte die Allianz ihm ebensowenig lieb sein als den Kronen Span
und Frankreich, obschon die letztere sich ganz anders bezeige und gr
Neigung für den Bund zur Schau trage. Zur Grundlage solle
kölnische Notel genommen werden, mit welcher ja der hildesheimi
Receß und das braunschweig-brandenburgische Bundesinstrument üb
einstimmten. Darauf sei die Instruktion aufzubauen. Die Haupta
gabe werde sein, Zweck und Grundwesen des ganzen Werkes zu erforsch
deutlich zu verwahren, aus welchen Ursachen man sich verbinde,
dabei besonders darauf zu sehen, daß man sich nicht von den and
Evangelischen absondern lasse, sondern denselben freie Hand schaffe, n
ihrem Gefallen mit beizutreten. In offensive Kriege, zumal etwa ge
Frankreich dürfe man sich nicht mit fortreißen lassen. Zwischen den An
hörigen beider Konfessionen sei durchweg Gleichheit zu wahren, son
es das Direktorium, die Leistungen und dergl. anlange. Daß
Katholischen mit diesem Verfassungwesen irgend etwas gefährlic
bezwecken sollten, das habe man bei sorgfältiger Prüfung nicht befin
können; es lenke dieselben nur die große Furcht vor Frankreich, Schwe
und den Kosacken. Ferner glaubten die Braunschweiger wohl versich
zu sein, daß es die Absicht Jener nicht wäre, dem Neuburger ge
den Kurfürsten ihre Unterstützung zu gewähren. Vielmehr wollten
nicht in Abrede stellen, daß etwa die Verbündeten einen Entscheidun
waffengang der beiden streitenden Parteien in der jülichschen Sache
verhindern trachteten. Niemals würde Braunschweig zugeben, daß
militairische Leitung des Bundes in die Hände des Pfalzgrafen getan
Den Vorschlag Einiger, daß die Katholischen den General, die Evang
lischen den Generallieutenant stellen sollten, finde man nicht geneh
Es könnte ja, wie es der braunschweig-brandenburgische Vertrag bestim

der seine eigenen Truppen befehligen. Oder es möge ein Katholik
r Protestant kommandiren, je nachdem die Konfession desjenigen
rsten in Betracht gelange, in dessen Lande operirt werde. Daneben
sse dann aber ein paritätischer Kriegsrath fungiren. Desgleichen
sse hinsichtlich der Kontingente Gleichheit obwalten, was ja sehr
hl angehe, da auf jeder Seite fünf Verbündete von jedem Bekenntniß
nden; und wenn Schweden hinzutrete, würden es gar sechs Evange-
he sein. Alle übrigen Punkte betreffs Justiz, Verpflegung der Völker,
tillerie und dgl., würden sich leicht von selbst ergeben.

Und aus Kassel wußte Canstein über die ihm von den dortigen
nistern kundgegebenen Anschauungen folgendes zu berichten:

Die ihnen mitgetheilte Bundesnotel enthalte fast durchweg die Be-
mmungen des hildesheimer Recesses; der kur-mainzische Accessionsreceß
frankfurter Konvention vom 11. Aug. 1655) hätte im Wesen der
ianz keine Aenderung verursacht. Gefährlich könne man bei näherer
üfung die Endzwecke dieser Allianz nicht finden, indessen werde man
lich behutsam gehen müssen. Das Werk verdanke wohl zwei beson-
en Ursachen seine Entstehung, einmal den jenseits Rheins drohenden
fährnissen und sodann vermuthlich auch der Furcht Neuburgs vor
em brandenburgischen Ueberfalle. Wie dem aber auch sei, den einmal
angenen Antrag dürfe man nicht ablehnen; doch sei auch kein Verlaß
das Werk, sondern werde man allezeit auf der Hut sein müssen.
merhin würde jedoch diese Verfassung zur Beförderung der Reichs-
Kreisverfassungen viel beitragen, wohin besonders die Absichten
Kurfürsten von Mainz gerichtet wären, den man hierin zu sekun-
en wissen werde. Nicht minder würde Hessen sich Mühe geben, um
h Möglichkeit die Zerwürfnisse wegen des Direktoriums im west-
älischen Kreise hinzulegen und dadurch dieses Kreises Verfassung zu
ördern. Man müsse baldmöglichst zum Schluß zu gelangen suchen,
nit man allem Unglimpf bei den Andren entgehe. Deshalb wäre es
h gut, wenn der Kurfürst sich dort in Frankfurt bei den Verhand-
gen vertreten ließe. Was die einzelnen Bestimmungen der kölnischen
tel anlange, so hätten die Alliirten mit ihren Kontingentsangaben
erlich nur paradiren wollen. Kur-Köln habe beispielsweise seine
00 Mann gar nicht auf den Beinen. Wegen des Kommandos sei
n gleicher Meinung mit den Braunschweigern, doch sei dieser Punkt
h erörterungsfähig.

Nach den also gewonnenen Eindrücken stellt Canstein seinem Herrn
i Fragen: Wie ist zu verwahren, daß in der jülichschen Frage
n Präjudiz geschaffen werde? Und wie will man sich zu der vor-
sichtlich zum Ausdruck gelangenden Bedingung stellen, daß die Alliirten

weder direkt noch indirekt sich in den polnischen Krieg mischen sollen
Er fügt, um die letztere Frage in's richtige Licht zu stellen, noch hinz
daß in Kassel die Ansicht laut geworden sei, daß die Katholischen d
Marken wohl mit in die Defension aufnehmen würden, Pommern ab
nicht. Man werde also die Aufnahme aller brandenburgischen Reich
lande nicht erreichen können, dann aber suchen müssen, den größt
Theil derselben hineinzubringen. Die Hessen hätten auch gemeint, ma
müsse verwahren, daß nicht stracks bei jeder Feindseligkeit, die si
ereigne, die Alliirten insgesamt gehalten sein sollten, sofort die vol
Hülfe zu senden, sondern daß die von dem Orte der Gefahr zu fer
Entsessenen nicht sofort mit aufgeboten werden dürften, da der Beista
zunächst nur Sache der nächsten Nachbaren sei.

Alle diese Anschauungen und Aussichten waren doch wenig erba
lich für den Kurfürsten von Brandenburg und wenig geeignet, sei
Neigung zum Beitritt wachzurufen. Auch der Rath des Schwedenkönig
den er aus dem Feldlager durch Waldeck dem Kurfürsten unterbreit
ließ, daß er doch ja die Einladung der Allianz annehmen und die Ve
handlungen hierüber schleunig mitbefördern möge, wird bei dem si
immer gespannter gestaltenden Verhältnisse der Beiden Lust zu de
Unternehmen zu erwecken kaum vermocht haben. Friedrich Wilhelm bli
in kühler Zurückhaltung.[1]

Inzwischen meldete auch Portmann, daß man nicht zu Koble
sondern in Frankfurt tagen werde und daß er bereits den Gesandt
der drei geistlichen Kurfürsten und dem Braunschweiger Heyland eröffn
habe, daß ihm in dieser Sache vom Kurfürsten Befehl zugekommen se
Und auch von den braunschweigischen Herzögen lief nunmehr die An
wort auf des Kurfürsten Schreiben vom 4. Mai ein. Sie verwies
auf den Bericht Cansteins über seine Verhandlungen mit ihren Räth
und gaben anheim, zu den auf den 28. Juni anberaumten Hauptve
handlungen auch ihn mit nach Frankfurt zu beordern.[3]

---

[1] Waldeck an den Kurfürsten aus Ostrozanie am 23. März und Antwort d
Kurfürsten aus Königsberg am 5. Juni 1657. — U. A. VIII 171—172 und 174

[2] Am 24. Mai (3. Juni). U. A. VII 691 unvollständige Inhaltsangabe.
meldet dabei, daß ihm bei seiner jüngsten Anwesenheit in Heidelberg der Kurfü
von der Pfalz angedeutet habe, als ob die Bundesmatrikel bereits entworfen sei, w
P. nur auf die kur-rheinische Allianz von 1651, die hildesheimer von 1652 und
kölnische von 1654 beziehen zu können angiebt. — Bericht Hübners vom 26. M
(5. Juni) U. A. VII 694. Am selben Tage bittet auch Hübner, daß der Kurfü
ihm und Portmann in der Allianzsache Kommission ertheilen möge. — Berlin.

[3] Am 25. Mai (4. Juni). — Hannover; kurz erwähnt U. A. VIII 5
Anmerk. 1, mit unaufgelöstem Datum.

An diesen war mittlerweile des Kurfürsten Bescheid auf jene Be=
chte ergangen:[1] Die vordem dem Portmann für Koblenz ertheilte
ommission könne jetzt, da die Verhandlungen in Frankfurt stattfinden
ürden und Canstein ohnehin kurz nach dem Anfangstermine neben
m Prinzen Moritz von Nassau und Portmann dorthin zum Wahltage
auftragt werden würde, auf sich beruhen, dafür aber möge er, Can=
ein, schon am genannten Termine, dem 28. Juni, dort erscheinen und
den Allianzverhandlungen theilnehmen. Ein Generalkreditiv dafür
ge bei.[2] Dem Wunsche der Braunschweiger gemäß sich gleich zum
chließen anzumelden, sei nicht an der Zeit, bevor man genau die Ge=
nnungen aller Betheiligten, die Vorgänge in den früheren Konferenzen
d den völligen Inhalt des ganzen Projektes ergründet und daneben
prüft habe, ob dasselbe den Interessen seiner Stellung als Kurfürst,
ner Kurlande und speziell der im Reiche belegenen Provinzen ent=
reche. Dies werde ihm, dem Kurfürsten Niemand mit einigem Fug
echtens verdenken können, zumal da sein Verhalten bisher nur ein
tgegenkommendes gewesen sei. Nur wenige Erinnerungen habe er zu
nterbreiten, hoffe demnach um so eher auf deren Berücksichtigung.
bend anzuerkennen seien die sorgfältigen Bemühungen um bessere Ver=
herung etlicher vertrauten Reichsstände wider zu besorgende auswär=
ge Gewalt und sei eine solche Defensivallianz des Reiches Satzungen
d dem Friedensinstrument nicht zuwider, zumal da letzteres neben den
reisverfassungen und dem Kurverein, auch dem unter mehreren Fürsten
reits bestehenden Erbverein nicht beiseite gesetzt werden solle. Was
, der Kurfürst, vom Inhalt des Bundesinstrumentes erfahren, vermöge
nicht zu tadeln, da es mit den zwischen ihm und dem Hause Braun=
hweig abgeredeten Konföderationspunkten fast übereinstimme; es aus=
schlagen, liege also kein Grund vor. Dennoch aber, weil diese Allianz
cht unter evangelischen Ständen allein geschlossen werden solle, sondern
it fast den meisten und mächtigsten der Katholischen, denen sich bald
e übrigen, ein jeder mit Sonderinteressen, anschließen würden, und
an seither allerwegen bei derartigen Verbindungen und bei den Reichs=
rsammlungen auf Wahrung des Gleichgewichtes unter den beiderseiti=
n Konfessionsverwandten bedacht gewesen, so müsse es auch hierbei
so gehalten werden. Vermuthlich würden die mächtigsten Glieder der
llianz nicht nur Generalat und Direktorium übernehmen, sondern auch

[1] Königsberg 8. Juni 1657. — Berlin. Auszug in U. A. VIII 534 ff.

[2] d. d. Königsberg 8. Juni 1657, abschriftlich in Berlin, Hannover und Düssel=
rf. Es enthält keine besondere Erwähnung der Allianz und ist in ganz allgemeinen
usdrücken abgefaßt.

ihre Vota leicht die der Andren überwägen, wie es ja öfters sich ereigne „daß den majoribus die ponderosiora vota das contrepart gehalten. Voraussichtlich werde nun der König von Schweden von der Mehrzal der katholischen Stände so bald nicht annehmbar befunden werden, obscho Snoilsky sich jetzt in Frankfurt zur Theilnahme an den Verhandlunge melde. Wenn er, der Kurfürst beitrete, müsse dies in der Form geschehe daß er mehrere Voten, sowohl wegen seiner Kurlande als auch wege der übrigen Fürstenthümer, die ja auch auf Reichsversammlungen Si und Stimme hätten, führen dürfe, wohin auch das Absehen des Haus Braunschweig sich richte, welches ja auch thatsächlich wegen der dr einzelnen Linien drei Stimmen im Reiche genieße. Zwar würden dar die katholischen Kurfürsten, die neben ihren Erzbisthümern auch einfac Bischofssitze einnähmen (Mainz mit Würzburg und Köln mit Lütti und Hildesheim), ein gleiches beanspruchen, es habe aber damit ei ganz andre Bewandtniß, weil diese geistlichen Stifter nicht erblich Besitzstand der Erzbischöfe seien, sondern zu den Erzstiftern nur einer losen Personalunion ständen, die mit dem Tode des Würdenträge aufhöre, so daß also in solchem Falle ihr Weiterverharren in der Allia höchst fraglich erscheine. Mit Genugthuung habe der Kurfürst von d guten Versicherungen der Braunschweiger und Hessen hinsichtlich d westphälischen Kreisverfassung Akt genommen; zwar wolle er der diese halb obwaltenden Schwierigkeiten wegen nicht von dieser Allianz absehe doch werde ihm auch Niemand mit Fug verdenken können, daß hierauf sein besonderes Augenmerk richte. Der Fall eines gewaltsam Ausbruches in der jülichschen Frage, gegen welchen, wie Canste wissen wolle, die rheinische Liga ein Verhinderungmittel sein solle, kön doch leicht ohne Verschulden des Kurfürsten eintreten. Dann würd Brandenburg merklich gefährdet sein, weshalb vor allen andren Ding höchstnöthig sei, daß die Uneinigkeiten mit Neuburg beizeiten beseiti würden, damit nicht bei Eintritt Brandenburgs in die Allianz dies leidige Zustand des gegenseitigen Mißtrauens fortdauere. Sehr au fällig sei das Stillschweigen des Kurfürsten von Köln Canstein gege über gewesen, als dieser zu Hildesheim diesen Punkt angeregt. Schlie lich werde, weil diese Allianz zur Defension der Stände und Grenz des Reiches wider auswärtige Gewalt und fremde Einfälle, sonderli den Mitalliirten zum besten angesehen sei, vom Kurfürsten als Haup bedingung gestellt werden müssen, daß man ihn wirklichen Beistande auch gegen die Polen, genießen lasse. Diese bedrohten jetzt die Kurma und Hinterpommern. Daher sei dieser Punkt „dann gleichwohl eben vo solchem Gewicht als andre etwa wegen Frankreich, Spanien und Eng land, wegen welcher unverhoffentlichen Invasion des Reichs, der

ntreen und Grenzen diese Defensivallianz angesehen ist, wo (dieser
nkt) nicht schwerer bei gegenwärtigem sich schon erängenden Zustand
kann, weil die Gefahr jetzt bereits vor der Thür, bei Jenen aber
Zeiten noch durch gute expedientia und remedia vorgebaut werden
n, so an diesem unsern Ort auch gar leicht zu verhüten, wenn man
unser an des Römischen Reichs Seiten mit größerm Ernst und
er angenommen hätte, auch noch annähme und uns nicht so ganz
gar verließe." Andre Bedenken wolle er, der Kurfürst, zur Zeit
überwinden. Freilich würden, wie er wohl voraussehe, die drei
ihm gestellten Forderungen, Führung mehrerer Voten, Beilegung
Direktorialstreites im westphälischen Kreise und Beistand gegen
Polengefahr, namentlich aber die beiden letzten, das Werk aufhalten.
hts destoweniger seien sie mit guter Umsicht und nach vorhergegan-
r Besprechung mit den Deputirten Braunschweigs und Kassels auf
Bahn zu bringen, jedoch mit der Versicherung, daß der Kurfürst
einmal ertheilte Zusage nicht zurückzunehmen gedenke, sondern bei
Absicht, mitbeizutreten, fest beharre und sich einen wie den andern
der Miteinnehmung versichert halte, gleichwohl aber vorher seiner
he und Sekurität vergewissert sein wolle. Nähere Instruktionen seien
Canstein abzuwarten und ohne solche „auch nicht eins auf Rati-
ion zu schließen". Er möge dieses Hinhalten mit dem Ausbleiben
ndrer Ordres entschuldigen.

Am 26. Juni traf Canstein in Frankfurt a. M. ein.[1] Sein erster
g führte ihn zu dem Hessen Badenhausen. Er eröffnete diesem,
er Befehl habe, den Allianztraktaten beizuwohnen, nachdem er sich
ihm über verschiedene Punkte benommen habe. Zunächst fragte er
n, ob Braunschweig und Kassel mit Schweden und Brandenburg
int oder getrennt für sich die Unterhandlungen zu führen gemeint
en? Ferner, ob dann dem Hause Braunschweig drei Stimmen ein-
iumt werden sollten? Zwar suche hierin der Kurfürst keine Prä-
nenz oder Vorzug, doch werde es ihm beschwerlich fallen, wenn
unschweig drei Stimmen und er nur eine führen dürfte, da er, wo
t mehr, so doch ebensoviel würde mit beitragen müssen. Branden-
g und Schweden könnten wegen der verschiedenen Lande, die in die
anz genommen werden würden, doch auch je ein Votum in Anspruch
nen. Und wie weit solle sich überhaupt die Miteinnehmung der
de seines Herrn erstrecken? Wenn wegen des polnischen Krieges
nmern und die Marken ausgeschlossen und etwa nur die westalbingischen

[1] Berichte Hübner's vom 16. (26.) und Badenhausens vom 20. (30.) Juni. —
in bezw. Marburg.

Gebiete mit aufgenommen werden sollten, wohin allem Vermuthen n
Braunschweig abziele, so würde dem Kurfürsten mit dieser Verfassu
wenig gedient sein und er nur die Last davon haben, auf den sich
tragenden Fall den Andren Assistenz zu leisten, ohne sich selbst ei
solchen zu erfreuen.

Und welche Bewandtniß solle es ferner der clevischen Lande hal
haben? Wenn diese nun wirklich vom Pfalzgrafen oder sonst Jeman
angegriffen würden? Habe doch unlängst erst verlauten wollen, d
der Pfalzgraf und Prinz Condé im Namen des Königs von Po
einen Anfall im Schilde führten. Ob denn für solche Fälle der K
fürst sich des Beistandes der Allianz würde zu getrösten haben? Schli
lich müsse er noch im Namen des Kurfürsten erklären, daß man ü
diesem Bündnisse die Kreisverfassungen nicht hintenansetzen dürfe,
denn auch Brandenburg des Direktoriums im westphälischen Kreise
keineswegs begeben könne.

Badenhausen wich jeder Erörterung aller dieser so schwerwiegen
Fragen mit der Erklärung aus, daß ihm wegen der Allianzverha
lungen noch kein Befehl zugekommen sei, er überhaupt noch nicht wi
ob der Landgraf dazu sich seiner Person bedienen werde. Canstein a
stellte an ihn das Begehren, daß er die von ihm angeregten Pu
dem Landgrafen vorlege mit dem Ersuchen, darauf die nach Frankf
abzuordnenden Räthe zu instruiren und ihm davon Eröffnungen mac
zu lassen. Badenhausen gab diesem Ansinnen Folge und bericht
ausführlich dem Landgrafen, enthielt sich aber dabei jeder subjekti
Bemerkung.

Etwas vertraulicher zeigte er sich gegen Portmann. Als dieser
ihm hinhorchte, welche Aussichten etwa betreffs der Desiderien
Kurfürsten bei den Evangelischen sich zeigen möchten, bemerkte Bad
hausen zwar auch, daß zur Zeit wegen der Einzelheiten des Projek
zwischen Braunschweig und Kassel noch keine Verabredungen bestünd
obgleich der Landgraf dies gewünscht hätte, er ließ sich aber doch
weiteren dahin vernehmen, daß es den Braunschweigern nicht ange
würde, so viele Voten zu erhalten, als sie beanspruchten, und daß m
was die Bundesleitung anbetreffe, nicht auf die Kreisdirektorien zurü
gehen werde, sondern mehr auf die alte Exekutionsordnung, wonach
Leitung jederzeit demjenigen zustehen würde, in dessen Landen die mi
tairischen Aktionen sich abspielten.[1]

Auf den Bericht Badenhausens über seine Unterredung mit Canst
ließ sich der Landgraf kurz genug vernehmen, daß er die von dies

---

[1] Portmann an den Kurfürsten am 21. Juni (1. Juli). — Berlin.

ponirten Punkte den braunschweigischen Gesandten, deren man jede
nde gewärtig, vorstellen lassen werde. Canstein würde von dem
ebniß dann unterrichtet werden. Uebrigens werde man nicht erman-
, des Kurfürsten von Brandenburg Interessen möglichst zu wahren.[1]
Bei den Verhandlungen der braunschweigischen und hessischen Räthe
Kassel ist denn auch über die brandenburgischen Forderungen ge-
t worden.[2] Die Braunschweiger erklärten, sie hätten keine Lust, in
de Kriege verwickelt zu werden, denn dadurch würde man sich nur
Ruin auf den Hals ziehen. Mit einer Hülfeleistung gegen Polen
es also auf dieser Seite windig genug aus. Ferner sprachen sie
Absicht aus, nicht eine, sondern mehrere Stimmen, für jede der drei
ien eine, in Anspruch zu nehmen. Wenn Brandenburg indessen ein
ches wegen Halberstadt, Minden und Cleve thun wolle, werde man
ts dagegen haben. Schließlich zur dritten Frage wegen der Diffe-
zen mit Neuburg: Alle Uneinigkeiten seien auf gütlichem Wege bei-
gen und keiner dürfe dem Andren Ursache zur Offension geben,
urch allein verhütet werden könne, daß die clevesche Sache nicht in
ne Feindseligkeiten ausbreche. Die Kreisverfassungen durch die Allianz
verhindern, sei übrigens auch ihre Absicht nicht.
Als Ergebniß der kasseler Pourparlers normirten die Instruktionen
die Gesandten der beiden Häuser, welche die Einladung für Branden-
g veranlaßt haben, das Verhältniß zu den Forderungen des letz-
n folgendermaßen. Einmal hessischerseits: Nur die Herbeiziehung noch
erer evangelischen Reichsstände mehr, wie Baden-Durlach und Würt-
berg, und das dadurch hergestellte Gleichgewicht gegen die Katholischen
das beste Mittel, die zwischen Brandenburg und Neuburg künftig
a zu befahrenden Irrungen zu hinterhalten. Ob Einer nur ein
tum oder deren mehr führen solle, wird sich ganz nach dem Verhältniß
Beiträge eines Jeden und der Lande richten müssen, welche in die
ianz mit eintreten. Vom Beistand gegen Polen, von der so wichtigen
ge wegen des westphälischen Kreises kein Wort — nur unbestimmte,
nichts verbindliche Redensarten und zum Schlusse gar die Weisung,
h in wichtigen und bedenklichen Sachen defectu mandati zu entschul-
en und Instruktion abzuwarten." Unentschlossenheit, Charakterlosigkeit!

[1] Der Landgraf an Badenhausen am 23. Juni (3. Juli). — Marburg. Am
Juni (7. Juli) übermittelt Badenhausen den Dank Cansteins. — Marburg.

[2] Bultejus an Badenhausen am 27. Juni (7. Juli): Von den Canstein'schen
nkten ist mit den Braunschweigischen so viel als thunlich diskurrirt worden — es
int, als ob sie schon vorher bei ihnen in Betrachtung gekommen seien, und wird,
nn sonst das Hauptwerk von statten geht, darin dem Werk leicht zu rathen sein.
Marburg.

Fast will es scheinen, als wenn man in Kassel das Gefühl gehabt h[illegible] es werde zum wirklichen Beitritte des Kurfürsten gar nicht kommen.

Und braunschweigischerseits: Auch hier keinerlei programmati[illegible] Kundgebung wegen der Differenzen zwischen Brandenburg und Neub[illegible] des westphälischen Kreises halber, sondern nur die Bemerkung, daß a[illegible] Streitigkeiten der Beiden in Güte auszusetzen seien und nicht gedul[illegible] werden dürfe, daß Einer sich am Andren vergreife. Und anstatt [illegible] Stellungnahme zu dem Wunsche Brandenburgs nach Beistand geg[illegible] Polen die Verwahrung gegen jede Einmischung in fremde Sachen u[illegible] motus, ja ausdrückliche Ablehnung jeder Verbindlichkeit aus frühe[illegible] Bundesverhältnissen, demnach auch völlige Abstandnahme von dem v[illegible] mals mit Brandenburg vereinbarten Einungswerke. Und dem ausdrü[illegible] lich betonten eigenen Anspruch auf drei Voten gegenüber nicht ein W[illegible] darüber, ob man geneigt sei, der entsprechenden Forderung Brandenbur[illegible] entgegenzukommen.

Nicht eben, daß man den Beitritt Brandenburgs nun nicht m[illegible] gewünscht hätte.[1] Aber mit ängstlichem Sinne scheute man sich, [illegible] Konsequenzen der Annäherung an dasselbe zu ziehen und in des[illegible] allerdings genug bedenkliche auswärtige Politik mit hineingezogen [illegible] werden. Mit voller, uneingeschränkter Geneigtheit begehrte also w[illegible] keiner von allen Betheiligten, die da nach Frankfurt zu den Allia[illegible] verhandlungen abordneten, den wirklichen Beitritt Brandenburgs. [illegible] allerwenigsten natürlich die katholischen Ligisten selbst. Wie stumm w[illegible] nicht neuerdings der Kurfürst von Mainz geworden, je verwickelter [illegible] Dinge im Norden und Osten sich anließen. Und in seiner Abneig[illegible] gegen jede Verbinduug wie mit Schweden so mit Brandenburg verhar[illegible]

---

[1] Krosigk an Badenhausen am 27. Juni (7. Juli): Brandenburg wollen [illegible] (die Braunschweiger) quovis modo mit einnehmen und alle officia thun. Ge[illegible] Schweden haben sie mehr Furcht als Affektion. . . . . Wir können Schweden u[illegible] Brandenburg nicht so negligiren. Und Bultejus an Badenhausen an selbigem Ta[illegible] Die Schweden zu übergehen, wollen sie (die Braunschweiger) zwar nicht an sich komm[illegible] lassen, scheinen aber nicht vorhabens zu sein, sich deswegen bei der Handlung gr[illegible] Mühe zu machen. Vielleicht würden sie es mit den Brandenburgischen gerade [illegible] machen, wenn sie nicht glaubten, daß diese sich von Schweden separiren werden, w[illegible] ich mir noch nicht einbilden kann. — Den Schweden gegenüber ganz anders [illegible] Stimmung in Kassel. Sixtinus an Badenhausen am 30. Juni (10. Juli): Es sche[illegible] fast, als ob die Herren Brunsvicenses mehr für Dänemark als für Schweden aff[illegible] tionirt. Hier richten wir unser Absehen nicht unbillig auf die Schweden aus viel[illegible] Ursachen und erkennen uns nicht allein inkraft der alten Allianzen, sondern auch so[illegible] ihnen obligirt, sind auch schuldig, über dem Friedenschluß, darin die Garantie v[illegible] sprochen, getreulich zu halten. — Marburg.

) wie vor der Kurfürst von Köln,[1] jedenfalls hierin lebhaft unter-
t vom Pfalzgrafen von Neuburg, während Trier und Münster
eigend abseits standen.

[1] Der Einzige unter den katholischen Alliirten, von welchem aus dieser Zeit
gliche Kundgebungen vorliegen. Schon im April äußerte er Bedenken gegen
Aufnahme Schwedens und Brandenburgs im Hinblick auf die große Ar-
r der Dänen (Erlaß an Aldenhoven v. 20. April. — Düsseldorf), Bedenken, die
nicht geringer wurden, als Aldenhoven am 26. April meldete, daß Heyland er-
habe, Haus Braunschweig werde im Falle eines Angriffes der Dänen auf's
ogthum Bremen den Schweden zu Hülfe kommen, und daß auch der Kaiser die
n zu solchem Einfall reize, es seien eben beiderseits gar gefährliche und weit-
hende Dinge. Anfang Juni hörte man in Köln, daß österreichisch-ungarische
pen sich mit den Polen verbunden, die Verhandlungen zwischen Dänemark und
eden sich zerschlagen hätten und zwischen Beiden der offene Krieg ausgebrochen
. Fürstenberg, vom Kurfürsten zu einer Zusammenkunft mit den Kurfürsten
Mainz und Trier nach Kärlich beordert, erhielt hier den Auftrag, einzurathen,
man sich mit der Aufnahme Schwedens und Brandenburgs nicht übereile, da es
geschehen könne, daß schwedische und brandenburgische Reichslande auch ange-
n würden und folglich also auch die Territorien der Alliirten per obliquum mit
Spiel geriethen (Auszug aus der Instruktion von Anfang Juni 1657). Alden-
wurde am 24. Juni instruirt, daß er, wenn die Frage wegen Mitaufnahme
edens und Brandenburgs bei den Verhandlungen vorkomme, dahin zu sehen
daß man sich damit nicht aufhalte, bevor man mit Braunschweig und Kassel
inen, und sich im geringsten darauf nicht einlasse; wenn aber diese Frage nach
luß des Vergleiches mit den genannten Häusern auf die Bahn gelange, habe
hin zu votiren, daß es den Alliirten weder rathsam noch dienlich sei, sich mit
eden und Brandenburg weiter zu verbinden, als wozu sie neben andern Reichs-
n der Friedensschluß und die Reichskonstitutionen anwiesen. Denn merklich
sich die politische Lage Beider verändert, da es nicht nur zwischen Schweden und
mark zu offenem Bruch gekommen sei, sondern auch Schweden und Branden-
sich mit ausländischen Potentaten und fremden Völkern, als dem Rakoczy und
Kosacken verbunden, wodurch das Haus Oesterreich zur Sicherung seiner Lande
alls gemüßigt worden, der Krone Polen Hülfe zu leisten. — Und noch kurz vor
ahme der Verhandlungen, am 10. Juli, schreibt der Kurfürst an Aldenhoven,
weil der Kurfürst von Brandenburg ohne Vorwissen der andern Kur- und
en sich in fremde Kriege eingelassen, von Canstein's Admission zu den Traktaten
eine Rede sein könne, bevor man mit Braunschweig und Hessen-Kassel allerdings
geworden. — Düsseldorf.

20.

Anknüpfung mit Frankreich.

Ganz im Stillen, hinter einem dichten Schleier suchten unterdes
die gewandten Hände des Kurfürsten von Mainz dem kleinen Defensio
werk am Rheinstrom auch nach einer andren Seite hin einen Rückh
zu gewinnen, dasselbe hierdurch einer Macht entgegenzuführen,
welcher allein er seinem politischen Programme Geltung zu verschaf
und es siegreich der Welt aufzunöthigen hoffen mochte.

Wir erinnern uns jenes Vorschlages, welchen in seinen Beklemmun
vor den vermeintlichen Umsturzideen der vereinten Protestanten Euro
der Pfalzgraf von Neuburg durch Leers am kur-mainzischen Hofe h
unterbreiten lassen, indem er aufforderte, im Namen der gesamten Allii
die Krone Frankreich zu beschicken und dieselbe zur Theilnahme
Bunde einzuladen. Es läßt sich nicht erweisen, ob der Kurfürst
seine Mitverbündeten diesen Rath befolgt haben; ja es darf billig
zweifelt werden. So wenig zwar der Gedanke einer Verbindung
Frankreich vom deutsch-patriotischen Standpunkte aus damals als
bedenklicher aufgefaßt wurde — hatte doch das Friedensinstrument se
den deutschen Fürsten und Ständen das volle Recht, mit fremden Kro
Bündnisse einzugehen, zugestanden — so fern des weiteren zu jener
den deutschen Staatsmännern jede Besorgniß vor den großen Gefah
lag, welche in der Folgezeit unserm Vaterlande aus jener Schildträg
für König Ludwig XIV. thatsächlich erwachsen sind, ebensowenig
man auch glauben dürfen, daß irgendwelche moralische und patrioti
Bedenken den Kurfürsten von Mainz abgehalten haben werden, sich
die Allianz der Krone Frankreich nach dem Rathe des Pfalzgra
anzutragen. Ja, man kann sich wohl denken, daß demjenigen, wel
die friedbrüchige Politik des Kaisers und des Hauses Oesterreich n
zu billigen vermochte, der da mit Mißbehagen sehen mußte, wie jahr
jahrein kaiserliche Hülfsspenden den Spaniern nach den Niederlan
zuflossen, den Spaniern, von denen ja alle Belästigungen und Territor
verletzungen dort an der westlichen Reichsgrenze ausgingen (zu geschwei
daß durch solche Unterstützungen jenem langlodernden Feuer des spani
französischen Krieges nur immer neue Nahrung zugeführt wurde
deswegen der Gefahr für die rheinischen Fürsten kein Ende abzuse
war), daß also demjenigen, welcher dies alles erwog, nur allzubald
ein rettender Gedanke die Idee einer Anlehnung an den Widersa

Spanier und ihres stillen Bundesgenossen erscheinen mußte. Ganz
esehen von der Verpflichtung Kur-Kölns und auch seiner Nachbaren
Danke für die werkthätige Hülfe, welche die Krone Frankreich neben
Kurfürsten von Brandenburg bei jenem großen Einfall der Spanier
Stift Lüttich geleistet hatte. Immerhin jedoch gab es auch schwerwiegende
enken gegen den Plan des Pfalzgrafen. Wie hätte man sich einer
cht in die Arme werfen sollen, die da eben noch mitten in den
ren jenes Krieges befangen war, dessen man sich sofort theilhaftig
acht haben würde? Diese Besorgniß schlug durch. Dem irenischen
gramme des Mainzers widersprach der Gedanke einer Initiative zu
gefahrvoller Verbindung wohl durchaus.

Aber man ließ sich suchen. Als Philipp Wilhelm von Neuburg
er Beschickung der Krone Frankreich rieth, handelte er wohl im
verständniß mit dem Lenker jener Macht, Mazarin, vielleicht nach
von diesem gegebenen Anregung. Fallen doch in das Ende des
res 1655 jene geheimen Zettelungen des Pfalzgrafen mit dem Kar-
l, die, was den Ersteren anlangt, in erster Linie freilich auf einen
altstreich gegen Brandenburg abzielten,[1] während der Leiter des
zösischen Kabinets weniger diesen Zweck als die Gelegenheit gesucht
n wird, sich Einfluß zu sichern auf diesen oder jenen der bemerkens-
hesten Reichsfürsten zur Durchführung seiner gegen das Haus Habs-
gerichteten Pläne, welche nach und nach in der Idee gipfelten,
elben bei der Gelegenheit einer Neuwahl die deutsche Kaiserkrone
ntwinden.[2] Hatte er in diesem Sinne doch auch schon seinen Hebel
dem Kurfürsten von Köln angesetzt, oder vielmehr bei dem alles
ögenden Kabinetsleiter desselben, dem Großhofmeister Franz Egon
fen v. Fürstenberg.[3] Als dann der Pfalzgraf bei seiner feindseligen
nmung gegen den Kurfürsten von Brandenburg auch bei dem Kar-
l Anlehnung suchte, griff dieser mit beiden Händen zu.[4] Der

[1] Vgl. U. A. V, 779.

[2] Wie er ja auch bald darauf durch de Lumbres mit dem Kurfürsten von
denburg selbst über einen Allianzvertrag Verhandlungen einleitete. U. A. II,
Nach U. A. II, 38 muß man annehmen, daß die Idee, eine Wahl aus dem
e Habsburg zu hintertreiben, von dem kur-brandenburgischen Residenten in Paris
ham Wicquefort herrührt. Siehe daselbst dessen Denkschrift in Analyse.

[3] Chéruel II, S. 141. Brief Mazarin's an Abraham Favert, Gouverneur zu
n, den Befehlshaber der französischen Hülfstruppen im Stift Lüttich, v. 18. Febr.
. Sehr bald sah der Kardinal ein, daß er seinen Zweck nur mit klingender
ze werde erreichen können. Am 24. August 1654 schreibt er an Servien: Je
s qu'avec un million d'or bien employé on donnerait grand branle à cette
re (Erlangung der Kaiserkrone für Ludwig XIV.) A. a. O. S. 142.

[4] Wohl schon Ende 1654. Als im Januar 1655 Avaugour an den König von
veden gesandt wurde, erhielt er vom Kardinal den Auftrag, vorzustellen, daß

rheinischen Liga wird dabei von vornherein wohl gedacht worden sei
Welche Aussichten eröffneten sich dadurch nicht der französischen Politi

Drei Wahlstimmen auf einmal und daneben die wohlgerüstet
Streitkräfte des Pfalzgrafen und des martialischen Bischofs von Münst

Den Pfalzgrafen suchte wohl damals schon der Kardinal mit d
Phantom der Kaiserkrone zu locken, welches später noch öfters im ble
denden Strahlenglanze vor seinen Augen auftauchte, ohne indessen jema
greifbare Gestalt zu gewinnen. Daher der Eifer des Fürsten und sei
Bemühungen bei Kur-Mainz um die Annäherung an Frankreich.

Als es dem Pfalzgrafen nicht glücken wollte, den Kurfürsten v
Mainz und durch ihn die andern Alliirten zu einer Schickung an
Krone Frankreich zu bewegen, spielte er bei der dritten Sendung
Leers den Trumpf aus, zu erklären, die Krone habe sich anerboten,
Allianz zu treten. Es liegt ein fast undurchdringlicher Schleier ü
diesen ersten Beziehungen und Verhandlungen. Man hat in den deutsch
Archiven mit dem Beweismaterial gründlich aufgeräumt, so weit solch
überhaupt vorhanden gewesen sein mag: denn das meiste wurde ja d
mündlich verhandelt.

Der Kardinal war ein Freund des Systems der heimlichen Agent
Bei seinen Beziehungen zu den rheinischen Alliirten bediente er
anfangs des Landgrafen Georg Christian von Homburg, eines je
fahrenden Prinzen, welche um jeden Preis ihre Fortune machen wollte
Am 19. März 1656, nachdem der Pfalzgraf von Neuburg schon zu
mal den Kurfürsten von Mainz durch Leers für das französische Pro
hatte bearbeiten lassen, begegnen wir diesem Emissare des Kardin
aus deutschem Fürstenblut am kur-mainzischen Hofe zu Würzburg.
folgten dann kurz nach einander Vignacourt und Gravel als amtli
Abgesandte der Krone Frankreich, um die diplomatische Aktion ge
das Haus Oesterreich durch die Beschwerden über dessen Unterstützung
für die Spanier einzuleiten, daneben aber schon jetzt für die Hintert
bung einer künftigen Kaiserwahl aus dem verhaßten Hause zu arbei
und auch wohl die ersten Fäden zu der rheinischen Allianz hinüber

Ludwig XIV. von einigen deutschen Fürsten ersucht worden sei, seine Dienste an
wenden, damit bei einer künftigen Wahl das Haus Oesterreich die Krone nicht m
erlange, sondern diese vielmehr dem Kurfürsten von Bayern oder dem Pfalzgra
von Neuburg zutheil werde. Chéruel II, 278.

[1] Valfrey läßt die Mission des Landgrafen erst im Jahre 1657 beginnen.
von ihm S. 160 erwähnte Instruktion für denselben vom 29. April 1657 wird n
die erste gewesen sein, die ihm ertheilt wurde; als er 1656 mit dem Pfalzgrafen
Boineburg unterhandelte, wird dies nicht ohne besonderen Auftrag des Kardinals
schehen sein.

nen. Den Landgrafen Georg Christian sehen wir mehrfach in reger bindung wie mit dem Pfalzgrafen so mit Boineburg,[1] selbst dann , als schon der gewandte Gravel auf dem Plane erschienen ist.[2] es scheint, als wenn eine Theilung der Aufgaben beider Sendboten Kardinals in der Weise erfolgt sei, daß Gravel damals noch mehr Frage der künftigen Kaiserwahl im antiösterreichischen Sinne, der dgraf mehr das Allianzprojekt betreiben mußte.[3]

---

[1] Am 16. April 1656 erhielt Leers vom Pfalzgrafen den Auftrag, nach zu zburg beendigter Verrichtung sich mit Behutsamkeit nach Frankfurt oder Hanau erfügen, um in aller Stille baldmöglichst zum Landgrafen zu gelangen. Demn habe er von allen bisherigen auf des Kaisers Beitritt zur Allianz bezüglichen espondenzen Kenntniß zu geben, jedoch ohne Abschriften zu hinterlassen. Dann solle er den Landgrafen ersuchen, daß er „in Frankreich solche Unterbauung thun e, auf daß nunmehr ohne Verlierung einiger Zeit sonderlich mit Beschließung Allianz abgedrücket und die bevorstehende große Verhindernuß (wohl der Wunsch Kaisers nach Aufnahme in die Allianz) schleunig mit Verheißungen und Beungen (bei Kur-Bayern?) oder sonst in andere bequemliche Wege, nachdem dien für gut angesehen, beiseite geräumt werden." Bayern werde ohne verspürte gsame Manutenenz und bis des Landgrafen Veranlassung nach die vertrösteten el zu nöthiger Verfassung dem Kurfürsten geliefert seien, sich schwerlich zur Anne der römischen Krone verstehen, welches sich doch wohl schicken würde, wenn der punctus des französischen Zutrittes zur Richtigkeit gebracht, auch solchenfalls rn entweder für sich selbst allein (ohne den Kaiser) sich herbeilassen oder endlich elbigem Zutritt so gar viel nicht gelegen sein würde. Am 20. April wird Leers mals angewiesen, nach Frankfurt zu gehen. „Weil Ihr zu Frankfurt sowohl Landgrafen als den Boineburg antreffen werdet, als habt Ihr durch Jenen Diesen iren und dahin disponiren zu lassen, daß er quovis modo die Allianz mit fördere, dem Landgrafen mit Vorzeigung der Zeitungen zu vermelden, daß es jetzund echte Zeit wäre, das bewußte Werk zu poussiren." Mehrmals erscheint in dem wechsel des Pfalzgrafen mit Boineburg ein schemenhafter Notus, wahrscheinlich der Landgraf. In dem eben erwähnten Erlaß an Leers werden Konferenzen eburg's mit diesem Notus erwähnt. Ende März stecken Beide in arger Beklemg wegen des Verlustes eines Briefes von diesem Notus. — Düsseldorf.

[2] Boineburg hatte schon Ende April (29. April Schreiben an den Pfalzgrafen) tniß davon, daß Gravel, der damals bereits in Würzburg anwesend war, nach kfurt zur Reichsdeputation kommen wollte, um die französischen Beschwerden n den Kaiser vorzubringen. Ende Mai erst vernahmen es die andern Deputirten icht Aldenhovens vom 21. Mai 1656). Daß Gravel beim Herzog von Württemgewesen, berichtet Portmann am 6. (16.) Juni 1656 dem Kurfürsten von Brandens; der württembergische Gesandte hatte es ihm erzählt mit dem Bemerken, daß vel mit seinen Beschwerden gegen den Kaiser bereits bei den rheinischen Kuren gewesen und nun seinen Weg nach München nehmen wolle, um von da zurück Straßburg (wo er französischer Resident war) und dann zum Reichsdeputationsent sich zu begeben.

[3] Bekannt ist die vom Kardinal aufgestellte Kandidatur des Kurfürsten von ern für den Kaiserthron. Boineburg schreibt am 23. Mai 1656 an den Pfalzen: Es wäre gut, daß Herr Gravel ante principem landgravium auf München

Am 25. Juli 1656 traf Gravel in Frankfurt ein,[1] gerade zu ein Zeitpunkte, da unter den Fürsten des Reiches eine gewisse Bewegung bemerken war ob der ansehnlichen Hülfeleistung des Kaisers Ferdina für die Spanier wider den Herzog von Modena und damit gegen denselben begünstigenden Franzosen.

Es wurde bemerkt, daß Gravel dem schwedischen Gesandten allen andern seinen Besuch machte und daß er sich überhaupt mit die auf sehr vertrauten Fuß stellte.[2] Auch die kur-mainzischen Deputir erfreuten sich seiner besondern Aufmerksamkeit. Dieselben ließen ke Gelegenheit vorüber, ohne sich dessen zu brüsten, was der Franz über die politische Lage und zumal über die entrüstete Gesinnung sei Königs gegen das Haus Oesterreich gegen sie etwa hatte verlau lassen. Der Gesandte von Hessen-Kassel hatte große Eile, mit Gra in Verkehr zu treten. Auch Heyland schien sich auf diese Seite zu stell Eben war er aus Schwalbach und Mainz zurückgekehrt, wo die persönl Aussprache mit dem Kurfürsten Johann Philipp — der französisc Drohungen war auch hier gedacht worden — ihn ganz für dessen Allia ideen gewonnen hatte.[3] Hingegen war die Haltung der Gesandten Kur-Köln und Kur-Trier dem französischen Gesandten gegenüber sehr kühle.[4]

ginge und J. F. G. alsdann ihm folgten. Sie könnten auch desto besser dar ihre mesures nehmen. Hoc enim negotium pendet ab illo, succedere invalid illo evanido, warzu wie kaltsinnig Kur-Trier und Kur-Köln sich anlassen, ist ni sagen, da ja uns sämtlich die Friedensverein zu stärken höchst anliegen soll. 28. Mai antwortet der Pfalzgraf aus Grünau: Des Monsieur de Gravelle wa man allhie, wie die Juden ihres Messias Ankunft täglich verlangen, und hat n Herr Vetter von Homburg seine Reise nach München bis zu sein de Grav Herüberkunft verschoben, die er mit demselben gleich hernach fortsetzen und das G versuchen wird, vermeinend, weil eine Negoziation von der andern dependiret, daß conjunctim besser als separatim traktiret werde." Nach ihrer Rückkehr werde Leers wieder nach Würzburg senden, damit der Kurfürst von der Verrichtung Ke niß erlange und Boineburg Gelegenheit habe, mitzutheilen, was der Feder nicht vertraut werden könne.

[1] Bericht Portmann's vom 20. (30.) Juli. — Berlin.

[2] Portmann a. a. O., auch in einem weiteren Bericht vom 10. (20.) August. Berlin.

[3] Portmann und Hübner an den Kurfürsten von Brandenburg am 3. (13.) A — Berlin.

[4] Aldenhoven an den Kurfürsten von Köln am 27. August: Gravel habe bei dem kur-mainzischen Deputirten beklagt, daß ihm auf die Notifikation von sei Ankunft seitens der kurfürstlichen Abgeordneten kein Besuch zutheil geworden sei. Dar habe der kur-trierische seine Visite abgestattet, dem Gravel aber kein anderes Prädi als monsieur und vous gegeben. Erst am 28. Aug. machte darauf Aldenhoven sei Besuch. — Düsseldorf. Die Brandenburger berichten am 17. (27.) August: N

Am 12. August übergab Gravel dem kur-mainzischen Direktorium
n Memorial, kraft dessen er die Beschwerden der Krone Frankreich
gen der Verletzungen des Friedensinstrumentes durch den Kaiser der
eichsversammluug unterbreitete. Am 14. ward es zu Diktatur gegeben.
leichzeitig erhob sich ein Gerücht, der Kaiser stehe imbegriff, den
paniern 12000 Mann den Rhein hinunter zum Sukkurs zu senden,
d wolle auch dem Pfalzgrafen von Neuburg 6000 Mann leihen,
mit er eine den Kurfürsten von Brandenburg wegen der Kriegsschäden
s Jahres 1651 zu 400000 Thlr. verurtheilende Sentenz zum Vollzug
ngen könne.[1]

Bald machte Gravel kein Hehl mehr daraus, daß er sich für seinen
nig des Beistandes etlicher deutschen Stände wohl versehe. Wen er
nit meinte, konnte man mit Händen greifen: Mainz, Neuburg und
erhaupt die Herren von der kölnischen Liga, daneben Braunschweig
d Kassel, deren demnächst aufzunehmende Theilhaber.[2]

Aus dieser Interessengemeinschaft der Franzosen und der antikaiserli-
n Oppositionspartei im Reich mußte eigentlich mit innerer Nothwendigkeit
gerichtig als Frucht die beiderseitige Vereinigung mit der Zeit heran-
sen. Die Frage dürfte ohne Zweifel zwischen Gravel und Johann
ilipp von Mainz in aller Frühe zurgenüge erörtert worden sein.
ch aber dünkte sie dem Letzteren nicht zeitgemäß, bevor auch die pro-

---

ainz, Vorpommern (Schweden) und Hessen-Kassel hätten bisher den Gravel besucht,
s daher rühre, daß er sich bei der Notifikation nur als Deputirten oder Residenten
gegeben und einfach als monsieur Gravel bezeichnet habe. Mehl habe jedoch be-
tet, daß er mit gleichen Kreditiven versehen sei, wie Avaugour und Vautorte beim
ten Regensburger Reichstage und auf dem Nürnberger Exekutionstage, und daß
Kurfürst von Mainz ihn für einen normalen Gesandten halte. Hierauf seien die
siten erfolgt. Volmar und die Oesterreicher hätten dies sehr übel vermerkt. „Ehren-
lber“ hatte Gravel auch Volmar seine Ankunft kundgethan; der aber beschied den
nzösischen Sekretär sehr unhöflich mit dem Zusatze, „was das für ein Mann wäre,
das Memorial gegen J. Kais. M. aufgesetzt hätte, welches voller Lügen wäre?“
richt der Brandenburger vom 7. (17.) September. — Berlin.

[1] Berichte Portmann's und Hübner's vom 3. (13.) und 10. (20.) August. Das
terwähnte Gerücht bezeichnen sie selbst als unwahrscheinlich. — Berlin.

[2] Gegen Portmann und Hübner äußerte Gravel am 10. September: Sein König
be die besten Absichten auf Freundschaft und Korrespondenz mit den Ständen des
ichs, und beiden Theilen würde obliegen, dahin zu sehen, daß die Macht des Kaisers
ht zu groß werde, welches seiner Meinung nach Viele (innuens ecclesiasticos
ectores et nonnullos alios catholicos) wohl begriffen, welche nunmehr anders
echen würden, als sie vorher gethan hätten. Bericht der Brandenburger vom
(17.) September. — Berlin. Heyland notifizirte den Brandenburgern am 29. Sept.,
ß er expressen Befehl habe, das französische Memorial zu approbiren und die darin
thaltenen Desiderien bestens sekundiren zu helfen. Bericht Hübner's vom 21. Sept.
. October). — Berlin.

testantischen Häuser beigetreten. Auch trug er wohl noch wirklich Scheu v
dem offenen Bruch mit dem Reichsoberhaupte. Denn schon durch
bloße Begünstigung der französischen Beschwerden waren er und Boi
burg zu Wien bald genug „in's scharfe Register" gekommen. Ob
schon sahen wir, was Boineburg hiervon dem Heyland zu bericht
wußte, indem er zugleich verrieth, daß Frankreich mit großen Verheißu
gen unausgesetzt um seine Freundschaft werbe.[1] Noch aber wagte
Kurfürst über den Plan einer Herbeiziehung Frankreichs zur Allia
auch gegen die protestantischen Invitirten nicht mit offener Spra
herauszukommen, ja noch stellte er sogar als Norm für ihre gro
Defensionsverfassung die Wahrung des Gleichgewichtes, also der Neutr
lität zwischen Frankreich und Oesterreich auf, wußte auch wohl ab u
zu mit einem kluggewählten Worte ein leises Frösteln vor etwaig
Gewaltstreichen Frankreichs gegen das Reich zu erregen, wodurch
wie wir sahen, erreichte, daß der braunschweigische Gesandte die Weisu
erhielt, sich mit Gravel auf gutem Fuße zu halten und alles zu meid
was die Franzosen zu reizen geeignet sein möchte.[2] Und selbst d
Pfalzgrafen von Neuburg gegenüber glaubte Boineburg noch in d
ersten Monaten des Jahres 1657 zu größter Behutsamkeit anrathen
müssen, als der Feuereifer und die Ungeduld desselben zum Abschl
drängten.[3] Mit nichten paßte die jähe, ungestüme Politik des Pfa

---

[1] Bericht Heyland's vom 10. (20.) Februar 1657. — Hannover.

[2] Vgl. die Berichte Heylands und Badenhausens, beide vom 10. (20.) Febru
1657. S. oben.

[3] Es gewinnt den Anschein, als wenn damals ein Plan des Pfalzgrafen
einer absonderlichen, zwischen ihm und Frankreich zu vereinbarenden Offensivli
gegen Oesterreich um den Preis der Kaiserkrone für sein Haupt bestanden habe.
bedauern ist, daß Chéruel, der das erste Streiflicht auf dieses Projekt fallen lä
nicht mehr giebt. Nach ihm äußerte Johann Philipp von Mainz zu Gravel sei
Bedenken gegen die Thronkandidatur des Neuburgers folgendermaßen: Er, der Ku
fürst, sei zwar ein großer Freund des Pfalzgrafen, welcher alle für einen Kaiser
forderlichen persönlichen Eigenschaften besitze. Doch werde nichts den Interessen d
Königs von Frankreich und denen des Pfalzgrafen selbst so präjudizirlich sein, a
die Offensivliga, die man mit ihm projektire, weil der Kurfürst von Brandenbu
und andere Fürsten daraus Mißtrauen schöpfen würden, obschon man sich noch
viele Mühe geben möchte, ihnen dieses zu benehmen. Dieselben würden dadurch n
veranlaßt, Anlehnung bei Oesterreich zu suchen, und der König von Ungarn wür
nur Ursache gewinnen, Deutschland mit Heeresmacht zu überziehen. Der Abschl
eines solchen Vertrages sei also hinauszuschieben und nur das Projekt einer Ve
bindung zur Manutenenz des westphälischen Friedens festzuhalten, einer Verbindun
welche die Basis und der Grund aller Dinge sein müsse. Er, der Kurfürst, hof
daß eine solche Liga demnächst zur Thatsache werden würde, da im Juni (1657) d
Vertreter der einzelnen hierfür geneigten deutschen Fürsten in Frankfurt zusammen
treten würden. — Chéruel III, S. 88 und 89. Aus deutschen Akten: Boinebu

fen, welche in der Verbindung mit Frankreich einen europäischen
ieg heraufzubeschwören gedachte und die rheinischen Alliirten zuerst
hineingerissen haben würde, in das irenische System des Kurfürsten
hann Philipp.

---

eibt an den Pfalzgrafen aus Würzburg am 28. Februar 1657: Gestern bin ich
hier angelangt und Ihrer Kfl. Gn. alles ausführlich referirt, die in der Haupt=
gewaltig anstehen und solche, meistttheils recens emergentia fundamenta vor
haben, daß ich sie selbst höchst erheblich und wichtig befinde. Ist deswegen in
Werk ganz vorsichtig und langsamb zu gehen und sich in dieser weitaussehenden
hrlichen Sach durchaus nit zu praezipitiren. Dies schreibe ich in antecessum
gehorsamsten Nachricht, mit unterthänigster Bitte, dies in Gnaden wohl zu
men und Sich ja einiger mit Kur=Mainz oder mit mir gehabt — oder vorhaben=
communication bei keinem Menschen, auch dem nit, so fortgereist ist, merken zu
n. Denn dies Ding vor allen Dingen einer genauen secretezza nöthig hat,
it man wieder zurück kann, wenn's Zeit ist. Die Sach ist reiflich und sorgsamst
überlegen und nit voreilig zu schließen, auch nit schließlich noch zur Zeit uf einige
ge herauszugehen, quia status non parum in publicis est mutatus. Praecauto
est opus .... (Er will mit dem in Frankfurt anwesenden Winkelhausen reden.)
rim umb Gottes willen in der bewußten Sach ja nit übereilt, sondern die con-
ones und deren Sicherheit ja wohl gewahrt und langsam gegangen. Erinnere
us treuem, devotsten Herzen, weil ich die Sach höchst bedenklich und im Nach=
en gefährlich finde ut nil supra. — Am 7. März antwortet der Pfalzgraf, daß
dem Rathe folgend, sich möglichster Vorsicht befleißigen wolle. „Die communica-
aber mit Kur=Mainz und dem Herrn wird unmöglich zu verbergen sein, zu=
en der Herr Sich noch wohl wird erinnern, was in Seiner Gegenwart vor ein
reiben an bewußte verschickte Person ist aufgesetzt und zugleich adjustirt worden,
die übrige zu Frankfurt anwesende und um das Werk Wissenschaft tragende Per=
n gelangen zu lassen, also daß hierinnen res nit mehr integra ist und gegen
elbe die communication sich nicht bedecken kann, zudeme auch die für diesem
denselben gepflogene und von dem Herrn vertraulich mir eröffnete Diskursen
ereit so weit gangen, daß sie die intentiones genugsamb daraus abnehmen können.
sten, so viel meine avisi lauten, so wird an bewußtem hohen Ort der Schluß
Zusammensetzung neben seinem Zutritt sehr verlanget, wie der Herr zweifelsohne
bewußten Personen vernommen haben wird." — Am 25. März verweist dann
neburg wieder auf den Bericht des Kanzlers Winkelhausen, mit dem er in Frank=
über diese geheime Sache geredet. „Hoffe zu Gott, E. F. D. werden in dem
nd der Sachen Selbst finden, daß es am sichersten, so noch zur Zeit zu thun
athen worden. Damit ist das Hauptwerk zumal nit vergessen noch aus den Augen
tzt, sondern die Gelegenheit wird sich nach und nach besser anfügen. Intelligenti
is. Es werden bald seltsame Sachen herauskommen. Cauto opus est. Das
ste ist, daß man dienen und es nit sagen darf. Sufficit, quid fiat. Ich bin übel
n und muß mich hinten und vornen vorsehen. Verlasse mich uff E. F. D. Gnad."
Am 5. Mai 1657 schreibt Boineburg wieder: „Volmar schreibt mir vom heutigen
to diese Worte „Hier gehet ein rumor, ob solle Landgraf Georg Christian einen
ltat mit Pfalz=Neuburg, nescio de qua armatura Herculana haben. Wann was
an, so wird's der Herr sonder Zweifel wissen". Hactenus ille. Die moralia sind
ht hieraus abzunehmen." — Düsseldorf. Eine besondere Spannung zwischen

Daß der Leiter der kur-trierischen Politik, Kanzler Anethan, g spanisch gesinnt war, hiervon hatte Gravel sich bald überzeugen könne er hatte bei ihm in Sachen seines Memorials wenig Unterstütz gefunden und versuchte es nun mit Drohungen, welche sich auch geg Kur-Köln richteten, von dem die Krone Frankreich trotz der viel Summen, die ihr wohl schon damals die Gewinnung der Gebrü Fürstenberg kostete, eben auch nicht ihre Pläne gegen Oesterreich na Wunsch gefördert sah.[1] Auch die Spannung zwischen Mainz und Kö war die alte, von beiderseitigem Vertrauen noch längst keine Re Aldenhoven hat sich vergeblich bemüht, zu durchdringen, was wohl Gegenstand der Berathungen Boineburgs mit dem in Frankfurt vorüb gehend anwesenden Freiherrn v. Winkelhausen gewesen sein möchte.[2]

Da trat am 2. April 1657 das große Ereigniß ein, der Tod d Kaisers Ferdinand III., welches, wie die Verhältnisse nach allen Sei hin lagen, einen Wendepunkt der politischen Entwickelung nicht bl Deutschlands sondern ganz Europas heraufzuführen geeignet erschi Dem Hause Oesterreich drohten unermeßliche Gefahren, da es, in d spanisch-französischen Krieg indirekt schon längst, in den polnis schwedischen soeben erst durch die Annäherung an Polen direkt v wickelt, sich seines Oberhauptes beraubt sah. Zwar gab man sich n dieser Seite hin in der wiener Hofburg den geringeren Besorgniss hin; denn man besaß gute Heerführer, Geld und frische Regiment Weit bedenklicher war der nunmehr vorauszusehende erbitterte Wa kampf um die Kaiserkrone, welchen Frankreich gegen das ihm verha Haus von langer Hand mit aller Kräfteanspannung bereits eingelei

---

Oesterreich und dem Pfalzgrafen war entstanden, als die kaiserlichen Minister Herbst 1656 die vom Pfalzgrafen begehrte Zulassung zu den Verhandlungen Polen über eine Liga, der sich der Pfalzgraf Brandenburgs wegen anzuschließen dachte, abgeschlagen hatten. Geht hervor aus einem Schreiben des polnischen Vi kanzlers Premisl an den Pfalzgrafen vom 9. Mai 1657. — Düsseldorf.

[1] Gelegentlich einer Unterredung mit Portmann äußerte Gravel, daß es Falle einer französischen Diversion gegen Oesterreich und das Reich den Erzstift Köln und Trier wohl am ersten gelten und J. Kgl. M. ihre Feinde im Durchzie oder, da sie sich sonst darin aufhalten würden, verfolgen würden. Er hätte ihr remonstrirt, daß sie es viel zu früh erfahren möchten, da seinem billigmäßigen u in instrumento pacis fundirten Suchen nicht stattgegeben werden sollte. — Berl Obwohl Franz Egon v. Fürstenberg am 4. April 1657 den Aldenhoven anwi vertraulichen Umgang mit Volmar zu pflegen, rieth er doch zugleich Vorsicht damit die Franzosen so viel als möglich in guter Freundschaft gehalten und dar keine jalousie zu schöpfen verursacht würden, sintemal man nicht wisse, wie sich Konjunkturen anlassen möchten. — Düsseldorf. Es war die verlogene, zweizüngi Politik dieses von beiden Seiten bezahlten Staatsmannes.

[2] S. oben. — Relation Aldenhovens vom 27. März 1657. — Düsseldorf.

tte. Und so viel hatten die Umtriebe der französischen Staatsmänner
reits bewirkt, daß man im Hause Habsburg der Kurstimmen nicht eben
her war; unbedingt wenigstens nur derer Sachsens und Bayerns.
nd letzteres wurde noch immer von Frankreich aus mit Sirenenstimme
m Abfall umworben. Des Pfälzers Haltung war dank dem reichlich
spendeten französischen Golde eine zweideutige, der Brandenburger noch
mer mit Schweden verbündet, der Kurfürst von Mainz, wie man aus
m intimen Verkehr Gravels mit seinen Diplomaten und der Gestaltung
r Dinge in Frankfurt abzunehmen vermochte, allem Anschein nach für
ankreich gewonnen. Und ihm verbündet die Kurfürsten von Köln
d Trier, und ebenso ansehnliche Glieder des deutschen Fürstenstandes.
ne Vergrößerung der rheinischen Allianz durch Elemente, welche seit
ngerem eine dem Hause Oesterreich oppositionelle Haltung einzunehmen
liebten, war vor der Thüre, ein Anschluß derselben an Schweden-
randenburg nur eine Frage der Zeit. Man sieht, wie sehr unter diesen
rhältnissen die Bedeutung der Rheinbundverhandlungen stieg.

Mehr oder minder waren fast alle Theilnehmer an den letzteren
antiösterreichischen Heerlager zu finden[1] oder doch wenigstens bereit,
e Stellungnahme für das Haus Habsburg von der Beseitigung viel-
her Beschwerden und Erfüllung verschiedenartiger Wünsche abhängig
machen, eine österreichische Wahl nur unter den verklausulirtesten
dingungen zuzulassen, die einer Knebelung der wiener Politik gleich
ommen sein würden.

Hier wußte nun Mazarin und in seinem Auftrage Gravel trefflich
Hebel anzusetzen. Am 29. April 1657 empfing Letzterer den Auf-
g, mit den Kurfürsten und Fürsten des Reiches alle zum Schutze des
stphälischen Friedens nothwendigen Vereinbarungen vorzubereiten und
schließen.[2] Denn des Landgrafen Georg Christian von Homburg
mühungen wollten die Sache um keinen Schritt weiter bringen.[3] Um

---

[1] Nur der Bischof von Münster, offenbar in der selbstsüchtigen Tendenz, sich
n vornherein der kaiserlichen Autorisation zur Unterdrückung der ihm aufsässigen
adt zu versichern, hielt sich, wenn auch wohl verhüllt, an die habsburgische Partei.
hon am 8. Mai 1657 ertheilt er dem Bisping in Frankfurt die Ordre, in der
ahlfrage „der Oesterreichischen Interesse beizupflichten und bei derselben Gesandt-
aft unsere zu solchen hochlöblichen Erzhauses Gedeihen und Aufnehmen tragende
tändige Devotion zu kontestiren". — Münster.

[2] Valfrey S. 160.

[3] Gise hatte eine Zusammenkunft mit ihm (er bezeichnet ihn nicht direkt, spricht
er zweifellos von ihm) zu Köln, worüber er am 7. Mai dem Pfalzgrafen berichtet:
er Landgraf habe sich über den Grafen Egon beklagt, daß er die von Frankreich
npfangenen 30,000 Thlr. vergessen und jetzt für Oesterreich stehen wolle; er werde
h nicht allein bei dem Grafen selbst sondern auch dem Kurfürsten, dessen Herrn, im

so erfolgreicher ließen sich diejenigen Gravels am mainzer Hofe an. D
Oesterreicher und auch verschiedener katholischen Stände Deputirte
Frankfurt wunderten sich nicht wenig, daß nicht allein im Erzstift sonde
auch in der Stadt Mainz selbst unter den Augen des Kurfürsten d
französischen Werber ihre Trommel rühren durften und ihre Offizie
fast täglich am kurfürstlichen Hofe gastirt wurden.[1] Gravel selbst ka
und ging ab und zu; man vermied dann gern das Zusammentreff
zwischen ihm und den Vertretern anderer Mächte.[2] Das Ergebn
dieser Zusammenkünfte war wohl eine neue diplomatische Rundre
Boineburgs in den zwanziger Tagen des Maimonats. Eine Fülle d
allerwichtigsten Fragen gab Veranlassung genug zu vertraulichen B
sprechungen unter den Staatsmännern jener Tage: ob der Reich
deputationstag mit dem Tode des Kaisers erloschen, ob er fortzuführ
oder bis nach Vollendung des Wahlgeschäftes zu verschieben sei, d
Wahlfrage selbst und die Besprechung der verschiedenen Kandidatur
des Königs von Ungarn, des Erzherzogs Leopold Wilhelm, des Ku
fürsten von Bayern, des Pfalzgrafen von Neuburg und selbst d
Königs von Frankreich, der Streit um's Reichsvikariat, die ande
Zwistigkeiten der einzelnen Stände unter sich, die Forderungen der ni
kurfürstlichen Glieder des Reiches und die Stellungnahme des Reich
und seiner einzelnen Stände zu allen den tief erregenden, einschneidend
Fragen der auswärtigen Politik, unter den Betheiligten nicht in letz
Reihe die Frage wegen der Allianz, auch mit Frankreich.

Denn diese gewann nunmehr immer greifbarere Gestalt. Ni
allein bei den drei geistlichen Kurfürsten, deren Stimmung Gravel de
Plane nicht eben abgünstig zu finden glaubte,[3] sondern auch b

---

Namen der Krone Frankreich noch heute beschweren. Dem Verlangen des Lan
grafen nach Ueberlassung der neuburgischen Völker für Frankreich wich Gise, ve
muthlich auf Weisung des der Abmahnungen Boineburgs gedenkenden Pfalzgraf
aus. Georg Christian gerieth in Unwillen, hatte sich überhaupt gleich von Anfa
an „etwas unlustig erzeiget". Gise verspürte diesmal auch bei ihm „keine besond
Begierd, daß Ihre F. G. mit E. D. sich zu sehen verlangen". — Düsseldorf.

[1] Bisping an den Bischof von Münster am 15. Mai 1657. — Münster.

[2] Vgl. U. A. VIII, 438. Portmann war wegen der Auflösung des Deput
tionstages vom Kurfürsten Friedrich Wilhelm nach Mainz beordert worden. A
6. (16.) Mai hatte er Audienz. Beim Abschied merkte er, daß man seine Abre
noch am selbigen Tage wünsche, weil am Abend vorher Gravel zu Kastell am ander
Rheinufer angekommen sei und sein Erscheinen angemeldet habe; vermuthlich, mein
er, sehe der Kurfürst ein Zusammentreffen Jenes mit ihm auf dem Schlosse nicht ger

[3] Seine Berichte über die Erfolge seiner Bemühungen lauteten hoffnungsrei
(Valfrey S. 97, Chéruel III, S. 103), namentlich in Ansehung der Kurfürsten vo
Mainz und Trier, auf welchen letzteren Mazarin freilich von vornherein das gering

zelnen der Protestanten, denen von französischer Seite höchst vor-
htig eine derartige Idee nahegelegt wurde. Wie beispielsweise dem
rfürsten von Brandenburg, an dessen Hofe der anstelle de Lumbres'
n beglaubigte Botschafter Blondel im antiösterreichischen Sinne einer
ga zwischen Brandenburg, Schweden und Frankreich das Wort zu
en angewiesen ward,[1] und auch dem Landgrafen von Hessen-Kassel,
dessen Minister Krosigk sich der Kardinal selbst mit stattlichen Ver-
ßungen gewandt hatte.[2] Im Hause Braunschweig war man ohnehin
s Angst französisch gesinnt.[3] Und was die Krone Schweden an-
angt, so darf bei ihrem ununterbrochenen diplomatischen Verkehr mit

---

rtrauen setzte (Chéruel, III 90). Geldversprechungen scheinen eine Hauptrolle ge-
lt zu haben. Der Kardinal wollte es sich eine Million kosten lassen; damit werde
n jetzt Dinge erreichen, die man sonst in Jahrhunderten nicht zu erhoffen ver-
chte (Chéruel III, 85). Betreffend die Anerbietungen für Kur-Köln s. Valfrey
99, für Trier s. Chéruel III, 90. Daß der Kurfürst von Mainz im Mai und
li 1657 allein mehr als 200,000 Livres von Frankreich bezogen, behauptet Valfrey
h französischen Akten S. 112 Anm. 1.

[1] Instruktion für Blondel vom 21. Juni 1657. — U. A. II, 126.

[2] Krosigk an Badenhausen am 12. (22.) Mai 1656: Was dünkt meinem Herrn,
; mir der Kardinal zum drittenmale und inständig mit den fettesten Promessen
der Welt für J. F. G. und mich in particulari zugemuthet, eine Reise in Frank-
h zu thun? Ich wäre überall gern hingegangen, allein wir haben zu Kassel gut
unden, mich mit dieser Reise zu entschuldigen. Es wurde vorgegeben, man hätte
chen zu kommuniziren, die der Feder nicht zu vertrauen, id est Krieg gegen
sterreich, und das dient in unsern Kram nicht. Und scheint wohl, Frankreich suche
nmehr Deutsche an sich zu ziehen, nachdem der calculus in Italien falsch gemachet
rden. Bayerns will es ja versichert sein und mit Brandenburg ist es richtiger als
tig, der möchte aber noch selbst in Preußen genug zu thun finden. So dringen
Franzosen auch stark auf den Frieden zwischen Polen und Schweden, um sich
er gegen Oesterreich zu bedienen. Kann also endlich wohl sein, daß man zu Wien
kt: melius est praevenire quam praeveniri. Die Korrespondenz mit dem Kar-
al wird aber kontinuirt. Kommt Zeit, kommt Rath. Alles ist in höchstem Ge-
n. — Marburg.

[3] Heyland hatte schon im März 1657 ein besonderes Kreditiv für Unterhand-
ngen mit Gravel erhalten, um von diesem Gewißheit zu erlangen, wie die Krone
nkreich gegen Deutschland und die Stände des Reichs im allgemeinen wie im be-
dern gesinnt sei und „wohin ihre Intentionen zu Konservation der Freiheit und
evangelischen Stände bei jetzigen actionibus gerichtet und ob man sich eines Ein-
uchs gegen den Elsaß auch andre am Rhein und derorts gelegne Stände zu be-
gen und wer die etwa sein möchten". An einem guten Einverständniß mit dieser
one sei dem Hause Br. und allen Evangelischen viel gelegen. Gravel sei an das
e Vertrauen zwischen Frankreich und dem fürstlichen Hause zu erinnern und der
rtdauer desselben seitens des letzteren zu versichern, wie man auch die Zuversicht
be, daß es auch die Krone an gutem Willen und beständiger Mitwirkung zu Er-
ltung des aequilibrii im Reich nicht fehlen lassen werde. Erlaß der Herzöge an
yland vom 12. (22.) März 1657. — Hannover. Köcher S. 227.

dem französischen Kabinette und ihren ungefähr gleichen Tendenzen un
bedenklich eine Kenntniß der auf eine solche Allianz gerichteten Plän
Mazarins und eine Zustimmung zu denselben bei ihr von vornherei
vorausgesetzt werden.

Kurze Zeit vor dem Beginne der Hauptverhandlungen zu Fran
furt hat Gravel bei den drei geistlichen Kurfürsten einen direkten Antr
auf Miteinnehmung der Krone Frankreich gestellt. Es geht dies herv
aus der Anfrage, welche der Vertreter des Kurfürsten von Tri
Dr. Buschmann an die kur-mainzischen Gesandten richtete: ob es de
ihre Meinung sei, daß man von dem Anbringen Gravels schon je
den neuburgischen und münsterischen Gesandten Mittheilung zu mach
habe oder damit warten solle, bis der Franzose selbst sich dazu anschic
Der kur-kölnische Deputirte Aldenhoven, der von einem solchen Antra
nichts wußte, bat um Aufklärung und Weisungen,[1] die ihm wohl nic
vorenthalten wurden.[2] Vierzehn Tage später spricht der Kurfürst M
Heinrich in einem Erlasse an ihn von dem Antrage Gravels als ein
ihm bekannten Thatsache. Er räth dabei von einer vorläufigen Mi
theilung an Neuburg und Münster ab. Es sei doch eine Sache v
großer Weitläufigkeit, woraus allerhand Ungelegenheiten entstehen könnte
Gravel sei mit seinem Ansuchen an die einzelnen Prinzipale zu ve
weisen, da es dann Zeit und Gelegenheit geben werde, darüber nac
zudenken und mit den Interessenten in Berathung zu treten.[3]

In den Tagen, an welchen dann endlich der Zusammentritt d
Gesandten aller zum Allianzwerk berufenen deutschen Fürsten erfolg
sollte, wurde auch im Kabinette des Kardinals Mazarin an der I
struktion gearbeitet für die solenne Gesandtschaft, welche am Wahlta
zu Frankfurt die französischen Interessen vertreten und den diplomatisch
Krieg gegen das Haus Oesterreich offen und insgeheim mit allen Waff
führen sollte.[4] Ausersehen zu dieser Mission waren der mit den innerst
Gedanken des Kardinals wohlvertraute, geriebene Marquis von Lion
und der Marschall Herzog von Gramont, der mit dem festen Schr
des Soldaten die geschmeidigen Formen des Lebemannes verband. D
Kardinal trug ihnen auf, die Wahl eines Habsburgers zu bekämpfe
dafür aber diejenige des Kurfürsten von Bayern oder des Pfalzgraf
von Neuburg durchzusetzen,[5] oder, falls dies nicht angehe, die Hän

[1] Alles nach seinem Bericht vom 1. Juli 1657. — Düsseldorf.

[2] Nichts bei den Akten.

[3] Erlaß des Kurfürsten vom 14. Juli 1657. — Düsseldorf.

[4] Chéruel III, 103 und 104.

[5] Daß die Kandidatur Ludwigs XIV. nicht ernstlich in der Absicht Mazari
gelegen habe, gesteht auch Chéruel zu. S. auch die gewandte Darstellung der Wa
geschichte durch G. Heide, Forschungen XXV.

s zu Erwählenden durch eine Kapitulation zu fesseln, welche ihn
ndern würde, zum Schaden Frankreichs in den Bahnen des ver=
rbenen Reichsoberhauptes zu wandeln. Sodann aber wurde in
eiter Reihe den Vertretern der Krone die Beförderung einer Allianz
r Pflicht gemacht, welche neben Frankreich und, wie man sich's natürlich
chte, unter seinem Patronat alle diejenigen deutschen Fürsten in sich
einen sollte, welche dem Hause Habsburg widerstrebten. Was an
rundzügen und positiven Angaben über Ziele und Wesen einer solchen
lianz den Gesandten eingebunden wird, lautet so übereinstimmend mit
n uns bekannten Programm der kölnischen Ligisten und des Kurfürsten
n Mainz, daß man nur annehmen kann, der Kardinal folge hierin
n ihm durch Gravel etwa übermittelten Mittheilungen von ligistischer
ite, vermuthlich solchen des Kurfürsten Johann Philipp selbst.[1] Nur
s offen und unzweideutig die absolute Theilnahme der Alliirten an
antiösterreichischen Tendenz der französischen Politik zur Haupt=
dingung des Beitrittes der Krone gestempelt werden soll.[2]

Bevor Gramont und Lionne ihren Einzug in das deutsche Reich
lten, schickte der Kardinal, welchem die Haltung des kur=kölnischen
fes mit den großen Versprechungen und Aufwendungen, die man es
rt sich bisher hatte kosten lassen, nicht im richtigen Verhältnisse zu
hen schien, einen Spezialkommissar, den Grafen Vagny, Gouverneur
n Bouillon, den er anwies, vor allem durch neue Geschenke und
rsprechungen sich der Geneigtheit des Grafen Franz Egon von Fürsten=

---

[1] Instruktion d. d. la Fère 29. Juli 1657, verfaßt von Servien, dem einstigen
rtreter Frankreichs bei den Verhandlungen um den westphälischen Frieden, nach
gaben Mazarins auf grund diesem aus Deutschland zugegangener Berichte. Sehr
splitterte Angaben bei Valfrey S. 76 ff., 158 und 161 und bei Chéruel III,
98 ff. Gewünscht wird ein Generalrath mit einem Generaldirektor (Pfalzgraf von
uburg), Regelung der Kontingente, Abgehen von der konfessionellen Einseitigkeit.
n wichtigsten erscheint die Forderung, daß Keiner aufgenommen werden dürfe, der
Frieden von Münster verletzt hätte (also Oesterreich), bevor er den dadurch ver=
achten Schaden thatsächlich erstattet habe. Die Aufnahme Schwedens und Branden=
rgs wird als unerläßlich bezeichnet.

[2] Der betreffende Passus in der Instruktion lautet nach Valfrey S. 161: Sur
tes choses, il faut bien éviter que les Electeurs, qui se veulent faire croire
is de Sa Mté., ne soient persuadés qu' Elle sera contente et satisfaite si,
nt l'élection, ou à l'instant qu'elle sera faite, ils font entre eux des associations
ils fassent entrer d'autres princes, tant catholiques que protestants, et où
me ils reçoivent Sa Mté.... car, outre que ces précautions ne servent de
n....., elles regardent plutôt la sûreté des autres que celle de Sa Mté. en
rticulier, et n'empêcheraient jamais que la maison d'Autriche, qui ne fait
un compte des lois, ni des traités, n'entreprenne à l'avenir contre la France
t ce qu'il lui plaira.

berg und seines Bruders Wilhelm, der leitenden Elemente am Hofe d
Kurfürsten Max Heinrich zu versichern.[1] Es geschah dies wohl um d
Mitte Mai 1657 und wurde wohl in erster Linie hierbei von der Wah
frage, jedenfalls aber auch von dem Allianzprojekt viel geredet. De
immer untrennbarer stellte sich der Zusammenhang beider auf d
Dauer heraus.

Die Kandidatur des jugendlichen Sohnes des Kaisers Ferdinan
des Königs Ignaz Leopold von Böhmen-Ungarn wurde auf's erbittert
von den Franzosen bekämpft. Graf Franz Egon von Fürstenberg ha
geglaubt, für diejenige eines anderen Habsburgers sie noch eher g
winnen zu können. Kurze Zeit nach des Kaisers Tode hatte er sich
des Königs Oheim, den friedliebenden Erzherzog Leopold Wilhelm g
wandt, um ihn zu bestimmen, daß er sich um die erledigte Kaiserkro
bewerbe. Diese wäre dann dem nun einmal sanktionirten Herkomm
gemäß, an welchem zu rütteln eben doch im Grunde allen Kurfürst
Scheu beiwohnte, beim Hause Habsburg geblieben und die maßvoll
Gesinnungen des in hervorragendem Grade beliebten Erzherzogs schien
keinerlei Gefahren für eine Weiterentwickelung der Dinge nach dem B
spiel der Regierung des verstorbenen Reichsoberhauptes in Aussicht
stellen, wie auch der Krone Frankreich schließlich diese Kandidatur sch
deswegen nicht eben unannehmbar gewesen sein würde, weil sie d
Samen der Zwietracht in die habsburgische Familie streuen mußt
Vorerst aber hielt Mazarin an den Personen seiner Wahl fest, und zw
neuerdings in sehr bemerkbarer Weise an derjenigen des Pfalzgraf
von Neuburg. Für dessen Kaiserkandidatur zu wirken, war eine besond
Aufgabe der Mission Vagnys gewesen. Einige Wochen nach diesem stel
sich am kur-kölnischen Hofe ein nur zu den wichtigsten Aufträgen v
wandter Staatsmann des Pfalzgrafen, der Oberkanzler von Winkelhau
ein. Wie von ungefähr erschien er als Durchreisender am 14. Juli
Brühl, wo der Kurfürst gerade residirte, ließ sich anmelden und wu
vom Obersthofmeister, dem Grafen Egon im Hofgarten empfangen.
freundlichste Begrüßung wurde ihm hier zutheil. Der Graf mein
der Herr erscheine wie gerufen, da man eben imbegriff sei, an d
Pfalzgrafen über die Vorgänge bei der Anwesenheit des Grafen Vag

[1] Von Ennen, dem Einzigen, der von dieser Sendung (aus französischen Ak
Nachricht gibt (in s. Werk „Frankreich und der Niederrhein" S. 155 und 159) w
dieser Emissar Graf Wagner genannt. Valfrey und Chéruel wissen nichts von di
Sendung zu berichten und ich fand auch nur die eine Hinweisung im Düsseldo
Archiv (jülich-bergische Abtheilung). Heide, a. a. O. S. 8 nach Akten des bayris
Staatsarchives in München. Er nennt den Grafen Vagnée.

[2] S. zu dem ganzen Projekt Ad. Wolf, Fürst Wenzel Lobkowitz S. 86 und

icht zu erstatten.[1] Der Abgesandte des Kardinals habe, weil der fürst von Bayern sich durchaus nicht zur Kaiserkrone entschließen le, auf Befehl des Königs Ludwig vorgeschlagen, nunmehr für den lzgrafen einzutreten. Hierauf habe sich der Kurfürst Max Heinrich gültig noch nicht entschließen können, sondern erst den Erfolg der Reise neburgs und des Grafen Wilhelm von Fürstenberg nach München[2] rten wollen. Doch werde, wie Graf Egon versicherte, der Kurfürst ich wohl in die Person des Pfalzgrafen willigen. Mit Verlangen rte man die Wiederkunft des Grafen Wilhelm, da der König Frankreich habe bedeuten lassen, daß derselbe zu ihm nach Sédan fertigt werden möchte, wenn Graf Egon diese Reise, die er der ig doch wünsche, zu thun verhindert sein würde. Wenn er von ichen zurückkehre, werde Wilhelm also unverweilt aufbrechen. Auf mit den Kurfürsten von Mainz und Trier stattgefundene Konferenz Kärlich übergehend, bei welcher er den Kurfürsten Max Heinrich reten hatte, berichtete Fürstenberg sodann, daß jene Beiden wegen Votums bei der Kaiserwahl sich nicht bloßgegeben hätten. Und nun gar „die vorhabende Defensivallianz“ angehe, so sei dieselbe Kurfürsten von Trier „gar suspekt und zuwider“. Der Kanzler han habe ein mehrere Bogen starkes Memorial mit Gegengründen esetzt und zu Kärlich vorgelegt. Finalresolutionen in einem wie im ren würden jedoch von der Antwort abhängen, welche Wilhelm tenberg und Boineburg aus München mitbringen würden.

Nach einem guten Trunke setzte Winkelhausen seine Reise fort, nach ich zum Kurfürsten Karl Kaspar von Trier, bei welchem er am Juli eintraf. Zur Audienz zugelassen, überreichte er dem Kurfürsten Handschreiben des Pfalzgrafen. Die erste Frage des Kurfürsten ob denn der Pfalzgraf der Allianz halber mit Frankreich sich re- rt hätte. Die Antwort lautete: „Ja, insoweit als es die mitalli- Fürsten gut befänden, wäre es auffeiten des Pfalzgrafen eine lossene Sache.“ Dagegen der Kurfürst: „Das ist gut, aber Kur- nz hat mir gesagt, Ihre Lbd. seien resolvirt, allein mit Frankreich zu alliiren, wenngleich die Anderen nicht wollen.“ Und auf die

[1] Fürstenberg erzählte dem Oberkanzler von Vagny's Verrichtung, gab aber alles wieder, sondern bezog sich auf den von Kur-Köln in Aussicht gestellten n Bericht an den Pfalzgrafen. Diese und alle weiteren Angaben aus dem sehr hrlichen Berichte des Winkelhausen über seine Reise an die Höfe der Kurfürsten Köln und Trier aus Godenau d. 21. Juli 1657. — Düsseldorf.

[2] Die Reise galt einer nochmaligen Pression auf den Kurfürsten von Bayern tlich des Planes seiner oder des Erzherzogs Leopold Wilhelm Kandidatur in Wahlfrage. cf. Ad. Wolf S. 81. Heide, S. 13 und 16.

Entgegnung Winkelhausens, daß soweit seines Herrn Resolution ni
gegangen wäre: „So ist's gut".

Dem Kurfürsten Karl Kaspar also schien das Bündniß mit Frankre
nicht genehm. Soviel merkte der neuburgische Gesandte; doch, anst
sich in Verwirrung setzen zu lassen, beschloß er, nur mit um so größe
Behutsamkeit den wahren Sinn Jenes zu erforschen. Dazu zeigte
bald die Gelegenheit, nachmittags in den Gemächern des Kurfürs
sowie im Hofgarten, wo Beide in ernste Gespräche vertieft am Ab
zwei und am folgenden Morgen in aller Frühe von 4 Uhr ab drei Stun
umherwandelten. Aus allem, was hier der Kurfürst äußerte, kon
Winkelhausen abnehmen, daß derselbe nur für Oesterreich gestimmt
Auf Frankreich, so hatte er im tiefsten Vertrauen bemerkt, ginge kei
von den geistlichen Kurfürsten, dessen könne er ihn versichern.
Bayern hatte er keine Neigung verrathen und zu berichten gewußt,
zu dessen Wahl auch Kur-Mainz keine Lust habe. Hinsichtlich
Pfalzgrafen stünde im Wege, daß dessen Lande die Lasten der kais
lichen Würde nicht möchten ertragen können. Diesem Bedenken su
Winkelhausen mit der Bemerkung zu begegnen, daß man diesen Man
durch etliche Römermonate würde ersetzen können, wie denn auch Snoil
gegen Fürstenberg geäußert hätte, daß, falls die Wahl auf einen weni
bemittelten Reichsfürsten sollte gelenkt werden, die Protestanten ke
Schwierigkeiten erheben würden, wenn man zu dessen Unterstütz
jährlich einige Römermonate würde bewilligen wollen. Der Kurfi
von Trier aber hatte gemeint, daß es sich übel schicken würde, w
ein Kaiser von solchen Bewilligungen würde leben und sein Amt füh
wollen; und, wenn ein oder der andere Fürst, zumal von den mächtiger
nicht zahlen wollte, würde er schwerlich durch Exekution dazu kön
gezwungen werden. Auf die Frage, ob denn der Pfalzgraf die Kr
annehmen werde, antwortete Winkelhausen: „Eine solche Dignität
refusiren, würde eine große Tentation sein. Ich aber wüßte wohl,
E. F. D. Sich dergestalt in den Willen Gottes ergeben hätten, d
wofern die Herren Kurfürsten dafür halten würden, daß Dieselbe
gloria dei et bono imperii operiren könnten, Sie Sich Gewissen mac
würden, den Kurfürsten aushanden zu gehen, sondern vielmehr
lieber Alles, was Sie haben, dabei aufzusetzen." Der Kurfürst h
dann mit der Bemerkung abgebrochen, daß die Wahl wohl so geschn
nicht vor sich gehen würde, wie auch der Kurfürst von Mainz glau
es werde Zeit verstreichen, bis man sich verglichen habe.

Schon auf der Heimreise begriffen, erhielt Winkelhausen zu Tönniss
die Aufforderung, nochmals nach Kärlich zurückzukehren, wo er
sinkenden Abende des 19. Juli wieder eintraf. Der Kurfürst ließ

rt vor, begrüßte ihn in sehr vertraulicher Weise und brachte die
e ohne Umschweife wieder auf die künftige Kaiserwahl. Durch die
reiche Behandlung gewann der Oberkanzler den Muth, rückhaltslose
ffnungen zu geben. „Es sei nicht ohne“, erklärte er, daß Etliche dem
lzgrafen, seinem Herrn, Hoffnung zur römischen Krone machten. Der-
müsse nun wissen, ob dies ernst und redlich gemeint sei, damit er
ach sein Handeln einrichte. Er bitte daher den Kurfürsten um
en Wein.

Karl Kaspar forschte, wer es denn sei, der solche Hoffnungen er-
e? vielleicht der Kurfürst von Mainz? Winkelhausen antwortete:
t eigentlich dieser, aber der König von Frankreich habe durch den
sen Vagny bei dem Kurfürsten von Köln des Pfalzgrafen Person
eifrig empfehlen lassen. Graf Fürstenberg zeige sich auch nicht ab-
igt und stelle des Kurfürsten Einwilligung in Aussicht.

Hierauf zeigte der Kurfürst von Trier ein Schreiben Fürstenbergs
welches die von Winkelhausen gemachten Angaben durchaus be-
gte. In diesem Schreiben hatte der Graf unter anderm gebeten,
n dieser Angelegenheit des Kurfürsten Bruder, den Domherrn von
Leyen nach Bonn oder Poppelsdorf behufs näherer Beredungen zu
nden.

Mit seiner eigenen Ansicht hielt Karl Kaspar noch zurück. Als
kelhausen aber am nächsten Morgen in aller Frühe im Garten sich
ng, gesellte sich der Kurfürst zu ihm. Derselbe trug ihm im Laufe
Unterhaltung auf, er möge doch dem Pfalzgrafen sagen, daß die
l gar wohl auf ihn fallen könne. Sein Bruder, der genannte
herr, sei in der Nacht von dem Besuche bei Fürstenberg zurück-
rt und habe berichtet, daß er bei diesem gute Stimmung vorgefunden
. Wenn die Oesterreicher dem Erzherzog Leopold Wilhelm durch
räumung von Landen und Leuten die Möglichkeit zur Wahl nicht
haffen wollten, so würde es sich mit dem Pfalzgrafen vielleicht gar
l schicken, zumal da Bayern zur Krone keine Lust trüge.

Im Hinblick auf das Allianzprojekt hat dann der Kurfürst zu
erholten Malen erklärt, daß er keinen Gefallen daran habe, obschon
ich von der Majorität nicht absondern wolle und könne. Er
inde es übel, daß der Kurfürst von Mainz so versteckt und nicht
herzig genug in dieser Sache verfahre. Die Dinge kämen alle erst
einer Kenntniß, wenn sie bei Mainz und Köln beschlossen wären.
Kanzler Anethan hatte dem Freiherrn von Winkelhausen einen Allianz-
urf in lateinischer Sprache vorgewiesen, den man auf der Konferenz
ärlich mit dem Bemerken auf den Tisch gelegt hatte, daß der Pfalz-
den Aufsatz schon gutgeheißen habe

Am trierischen Hofe hatte man davon vorher keine Wissensc
gehabt.[1] Kurfürst Karl Kaspar hatte mit Beziehung hierauf geäuß
das sei doch kein richtiges Verfahren, die Sache verdiene, daß dari
sämtliche Alliirte in pleno zurathe gingen, nicht aber, daß Einer
der Andere nachher von Mainz herbeigezogen würde. Deshalb hal
Niemanden von den Seinigen zu der Schickung nach München
gegeben, auch weder Boineburg noch Fürstenberg dafür instruiren wo
Die augenblicklich bemerkbare große Vertraulichkeit zwischen Boinel
und Franz Egon sei nicht unbedenklich.

Als Endergebniß seiner Verrichtung am kurtrierischen Hofe gla
trotz alledem der Oberkanzler von Winkelhausen in seinem Berichte
den Pfalzgrafen feststellen zu dürfen, daß er den Kurfürsten ungea
der Stimmung seiner vornehmsten Räthe werde dazu bewegen kön
wonach der Pfalzgraf Verlangen trage. Man werde jedoch dahin
dacht sein müssen, diese Räthe zu „rekompensiren", denn er (Winkelhau
wisse, was Andere für Anerbietungen machten, weshalb er auch s
in allgemeinen Ausdrücken sich „als etwas habe vernehmen lassen, w
er verhoffe nicht zu viel gethan zu haben."[2]

Vergebens diese Zuversicht. Ein eigenes Mißgeschick war es,
fast in dem Augenblicke, als Winkelhausen aus Kärlich schied, des Kö
Leopold von Böhmen-Ungarn Gesandte dort eintrafen, Fürst W
Lobkowitz und Volmar.[3] Was konnten die unbestimmten Versprechun
des Neuburgers gegen die baaren Summen bedeuten, welche die Oe
reicher am trierischen Hofe mit vollen Händen ausstreuten?[4] Und

---

[1] Es ist sehr zu beklagen, daß über diese Konferenzen zu Kärlich, auf d
das Projekt der Allianz mit Frankreich zum ersten Male Gegenstand gemeins
Berathungen der drei geistlichen Kurfürsten gebildet hat, keinerlei Aufzeichnunger
tage liegen. Der Entwurf der Bundesnotel war wohl von Boineburg mit G
verabredet und schon an Köln und Neuburg vor dem Kärlicher Tage mitget
Ja, es scheint, als wenn zwei verschiedene Entwürfe vorgelegen hätten. Am 5. A
übersendet Matthias Korff-Schmising dem Bischof von Münster aus Bonn „das
bedenken, welches Kur-Trier bei den vorgehabten beiden französischen Traktaten
setzen lassen". — Münster.

[2] Eine den trierischen Hofkreisen nahestehende Persönlichkeit Achaz Fre
v. Hohenfeld berichtet am 19. (29.) Juli 1657 dem Grafen Wilhelm Friedrich
Nassau-Diez nach Holland: Frankreich feiert nicht, Neuburg zum Kaiser zu ma
hat in Frankfurt viel Geld und Kur-Trier ein großes angeboten, das aber n
angenommen hat. Kur-Köln wird ganz von Fürstenberg regiert, der für Fran
ist wegen des Bisthums Straßburg. Kur-Mainz sind von Frankreich 100,00
stolen angeboten. — Wiesbaden.

[3] Ad. Wolf, S. 79. Winkelhausen selbst wußte, daß diese Gesandtschaft
mittelbar nach ihm erwartet wurde.

[4] Ad. Wolf, S. 91. Der Kurfürst erhielt 15,000 fl., später im Januar

nkreich selbst hat mit seinen Anerbietungen[1] dem Hause Oesterreich Rang hier nicht abzulaufen vermocht, oder vielmehr — es kam zu . Man hätte den Kurfürsten und seine Räthe nicht geringschätzen um deren guten Willen sich früher bewerben sollen. Die ihnen rfahrene Vernachlässigung hat sich in der Wahlfrage wie bei der nz böse bezahlt gemacht.[2]

Am 19. August 1657 zogen die Gesandten der Krone Frankreich, mont und Lionne, mit stattlichem Gepränge nebst ansehnlichem lge zu Frankfurt, der Wahlstadt, ein.

21.

Aufnahme der Hauptverhandlungen. Frage wegen assung der Vertreter Schwedens und Brandenburgs.

Das erste Geschäft der braunschweigischen und hessischen Abgeordneten ihrer Ankunft in Frankfurt galt dem Abstatten und Wiederempfangen unerläßlichen Besuche, bei welchen mit den Vertretern der Invitan- nur steife Höflichkeitsreden gewechselt wurden.[3] Eine größere Ver- lichkeit offenbarte sich unter den Protestanten im engeren Kreise, und so, daß Canstein von Braunschweigern und Hessen vor Snoilsky rzugt wurde. Letzterer hatte nämlich weder Vollmacht noch Instruk- aufzuweisen, wie denn auch König Karl Gustav auf die Notifika-

---

12,000 Thlr., sein Bruder 4000, Anethan, der schon von Ferdinand III. bis zu 0 erhalten hatte, noch 3000, später noch einmal 6000 fl.

[1] Valfrey S. 114.

[2] Eine besondere Andeutung über die Gründe des trierer Kurfürsten zu seiner chaltung gegenüber den Franzosen s. bei Leonardy, Gesch. des trier. Landes und es, 2. Ausgabe, S. 794 und 795. Danach bestanden Differenzen zwischen dem ischof und der Krone Frankreich wegen Ausübung der der Metropolitankirche in zustehenden Rechte in den von Frankreich einverleibten Bisthümern Metz, Toul Verdun, um deren Lostrennung von der Metropole sich der französische Hof in bemühte. S. näheres daselbst über die bezüglichen Verhandlungen, welche erst mit dem endlich erfolgenden Eintritte Triers in die rheinische Allianz zu dessen sten ihre Erledigung fanden.

[3] Bericht Otto Otto's an den in Venedig abwesenden Herzog Georg Wilhelm Schreiben gingen aber an die Regierung zu Hannover) vom 3. (13.) Juli. — nover.

tionen der Fürsten noch keine besondere Antwort ertheilt hatte und ül
haupt die ganze politische Sachlage eine vorsichtige Behandlung
Beziehungen zu Schweden gebot, während Canstein zu Kassel wie
den braunschweigischen Höfen eine wohlbekannte und gern gesel
Persönlichkeit war und man zum Kurfürsten, seinem Herrn, mehr V
trauen hegte. Die Braunschweigischen schienen nicht übel willens zu
sofort im Verein mit Canstein in Unterhandlungen mit den Katholis
zu treten. Er aber wich dem aus und schützte Bedenken vor, weil
Herr nicht unmittelbar von den Alliirten selbst zum Beitritt aufge
dert worden wäre. Hatte er doch sogar vermieden, den Gesandten
Katholischen seinen Besuch abzustatten, damit er nicht den Ansc
erwecke, als wenn dem Kurfürsten etwa an diesem Werke sehr
gelegen wäre.[1] Es wurde demnach zwischen ihm und den Braunsch
gern noch vor Ankunft der Hessen vereinbart, daß diese mit jenen
Canstein sich bei den Alliirten angeben und nach Aufnahme der K
ferenzen es so einrichten sollten, daß er eine Einladung zur Theilna
erhielte. Dabei verursachte es den Braunschweigern doch von vornhe
Bedenken, daß Jener durchblicken ließ, wie er beabsichtige, den polnis
Krieg mit in die Verhandlungen zu bringen, was eben doch den Absic
der Herzöge fern lag. Wenn Brandenburg die Frage stellte, ob
die Marken und Hinterpommern mit in die Allianz nehmen und
dieser willen dem Kurfürsten eintretenden Falles beistehen wolle,
man mitten im unangenehmsten Dilemma. Wenn Brandenburg
hierauf steifen und im Weigerungsfalle zurücktreten würde, mußte
entweder mit den Katholischen allein schließen oder die Verhandlu
mit diesen gleichfalls abbrechen; also entweder Absonderung von
Evangelischen oder Beleidigung der Katholischen.[2]

Nach dem Eintreffen der Hessen wurde diesen die Abmachung
Canstein eröffnet, daß man erst nach Benehmung mit den Katholis
dessen Zulassung beantragen wolle. Snoilsky dagegen wollte man
deuten, daß man, weil der König auf die Notifikation noch kei
Bescheid gethan, ohne ihn verhandeln und schließen, gleichwohl
seinem Herrn Platz zum Beitritt offen halten werde.[3]

Nach dieser Abrede begaben sich Braunschweiger und Hessen
selbigen Tages zu Canstein. Dieser versicherte, daß der Kurfürst
Beitritt bereit sei, jedoch dabei die Bedingung stelle, daß hierdurch
sonst vorhandenen Kreisverfassungen nicht gehindert oder aufgeho

---

[1] Bericht Cansteins vom 3. (13.) Juli. — Berlin U. A. VIII 536.
[2] Berichte Otto's vom 3. (13.) und Witte's vom 4. (14.) Juli. — Hanno
[3] Diarium Witte's unterm 4. (14.) Juli. — Hannover.

rden sollten. Dabei gedachte er der Zerwürfnisse mit Neuburg wegen
s Direktoriums im westphälischen Kreise. Auch bemerkte er, daß der
rfürst hoffe, man werde kein Bedenken tragen, alle seine im Reiche
legenen Lande mit einzuschließen: denn, wenn man gerade diejenigen
raus halten wolle, an denen ihm am meisten gelegen und um welche
sich für ihn handele, werde ihm die geplante Vereinigung wenig Vor-
il bringen. Im Vertrauen eröffnete er sodann alle die vom Kurfürsten
m Allianzprojekt gehegten Wünsche. Man lenkte aber mit der Erklä-
ng ab, daß alle diese Dinge in die Hauptverhandlungen gehörten,
d versicherte, daß man dort auf alles mit eingehen würde, was sowohl
Gleichheit zwischen Protestanten und Katholiken, die Kreisverfassungen
allgemeinen wie die Differenzen im westphälischen Kreise, insbesondere
ch die Bedeckung der cleveschen Lande gegen Neuburg und Andere
beträfe. Falls die Katholischen keine Lust zeigen würden, dem Kur-
rsten im Reiche gegen Polen beizustehen, so würde man auf allen
ll ihnen die Nothdurft darlegen und auf Mittel zu denken wissen,
odurch man auch diese Schwierigkeit zu beheben vermöchte. Schließlich
folgte das Geständniß Cansteins, daß es ihm an einer formellen
eglaubigung für die Verhandlungen mangele, denen er beizuwohnen
efehl habe, eine Vollmacht sei ihm nicht ertheilt worden, das Kreditiv
zu alt und ganz allgemein nur für die Reichsdeputation eingerichtet:
ch wolle er hoffen, daß deswegen ihm keine Schwierigkeiten in den
eg gelegt werden sollten.[1]

Am 6. (16.) Juli begaben Braunschweiger und Hessen sich zu
noilsky. Ihr Vortrag war den gefaßten Beschlüssen gemäß. Es ward
nen darauf der Bescheid, daß der König bisher verhindert gewesen
, die ihm zugegangene Notifikation selbst zu beantworten, indessen nach
e vor zu diesem Verfassungswerk geneigt wäre und dasselbe gern be-
rdert sähe. Er habe dem Reichskanzler Oxenstjerna, dem Vicepräsidenten
aevius beim Tribunal in Wismar wie dem Kanzler Nikolai in Stade
fgetragen, gehörige Kundschaft in dieser Sache einzuziehen, sich die
llianznotel zu verschaffen und mit dem hildesheimer Receß zu vergleichen
d dann zu berichten. Er, Snoilsky, habe nun zwar keine besondere

[1] Protokoll dieser Verhandlung vom 4. (14.) Juli in Marburg. Bericht
nsteins vom 10. (20.) Juli in Berlin (Regest in U. A. VIII 536), worin er etwas
hüllt schreibt: Wie weit meine Vollmacht, habe ich nicht merken lassen, um kein
ißtrauen und widrige Gedanken zu erwecken. Man würde sich dann zurückziehen
d mich zu keiner Konsultation kommen lassen. In einem weiteren Schreiben an
n Freiherrn v. Schwerin erwähnt C., daß er mit Verwunderung bei den Braun-
weigern geringe Geneigtheit zu dem ganzen Werke bemerkt habe, welche gar sehr
gen ihren früheren Eifer absteche.

Vollmacht, aber doch solchen schriftlichen Befehl vom König in Händ
daß daraus dessen Meinung genugsam abzunehmen wäre. Dieses kön
liche Schreiben las er vor. Dann meinte er, daß der König auf sei
Bericht vom vergangenen März in Gedanken gestanden hätte, n
würde nicht so bald zusammenkommen, sondern etwa vorher von Fra
furt aus mit der schwedischen Regierung in Stade sich benehmen,[1] we
Erwägungen neben den Kriegsereignissen den Erlaß weiterer Befe
bisher verhindert hätten. Snoilsky bat, hierüber gegen die Katholisc
Stillschweigen zu beobachten.[2]

Unter dem Eindruck, daß Schweden zweideutig, Brandenburg
und kalt sei und den Katholischen die bremischen motus im Geh
herumschwebten,[3] ließen die Braunschweiger und mit ihnen die Hes
noch am Nachmittag des 16. Juli den Kanzler Mehl als Direktori
gesandten wissen, daß sie bereit wären, mit den Alliirten in Gottes Nam
die Berathungen zu eröffnen.[4] Dies hatte die Ansage in's Karmeli
kloster auf den 18. Juli zur Folge.

Hierselbst versammelten sich zur bestimmten Zeit der Mainzer M
von Trier Buschmann, von Köln Aldenhoven, von Münster Schmis
und Bisping, die Neuburger Weschpfennig und Snell und sämtl
Vertreter des Landgrafen von Hessen-Kassel und der drei Herzöge v
Braunschweig. Nach Erledigung der üblichen Höflichkeitsformal
geschah von Krosigk die Erwähnung der Mitaufnahme Schwedens u
Brandenburgs. Daher griff auch Schwarzkopf diesen Punkt auf u
erinnerte an die zustimmende Erklärung der Alliirten vom Febru
Die Vertreter dieser beiden Mächte seien zur Stelle; wenn man diesel
nicht gleich von Anfang zu den Verhandlungen zuziehen wolle, wer
es für diese eher hinderlich als förderlich sein, weil man später so
alles würde wiederholen müssen. Man erwarte hierüber eine bestim
Erklärung. Der König wie der Kurfürst trügen vermuthlich Bedenk
sich selbst anzumelden. Jedenfalls würden Hessen und Braunschw
sich bemühen, um für sie freie Hand und Stelle offen zu halten. Ot
Witte und Krosigk stimmten dieser Erklärung bei.

Mehl ersuchte zunächst um Mittheilung der mitgebrachten Vollmacht
zur Diktatur, welches eine unerläßliche Formalität sei, nach der
Erledigung erst man sich wegen der Zulassung Schwedens und Bra

---

[1] Eine Aussicht, welche den Braunschweigern „Apprehension" verursachte, w
Portmann am 12. (22.) Juni dem Kurfürsten von Brandenburg mittheilte. — Berl

[2] Hessisches Protokoll vom 6. (16.) Juli. — Marburg. Bericht Otto's v
11. (21.) Juli. — Hannover.

[3] Otto a. a. O.

[4] Bericht der Hessen vom 7. (17.) Juli. — Marburg.

nburgs werde vernehmen lassen können. Hiermit erklärte man sich
verstanden. Schwarzkopf aber stellte die Frage, ob man wegen
randenburg nicht noch am selbigen Tage Bescheid erhalten könne, da
nstein große Eile habe Diese Frage wurde verneint. Am 19. wurden
e Vollmachten zur Diktatur gegeben. Folgenden Tages wurden dieselben
prüft. Und als hierbei die Evangelischen nochmals wegen der Zu-
sung Jener drängten, hieß es wiederum, daß vorher erst die Voll-
chten geprüft und alle darauf bezüglichen Monita erledigt sein müßten.[1]
an entschloß sich eben aufseiten der Alliirten nur zu schwer zu der
ht willkommenen Aufnahme der Verhandlungen mit den im bedenklichen
hrwasser segelnden Ostmächten. Hatten doch neuerdings die hierüber im
ftrag des mainzer Kurfürsten von Wilhelm v. Fürstenberg mit dem
rfürsten von Köln angeknüpften Verhandlungen den Beschluß gezeitigt,
Verhandlungen mit Braunschweig und Hessen erst zum Schlusse
eihen zu lassen, ehe man über die Aufnahme derer, die sie vorge-
lagen, in Berathung träte.[2]

Am 20. erklärten denn auch wirklich die Alliirten offen heraus,
ihrerseits niemals eine andere Meinung bestanden habe, als daß
erst mit Braunschweig und Hessen sich vergleichen und hernach mit
en vereint Brandenburg und Schweden zu den Verhandlungen heran-
en wollten. Als hiervon Canstein Eröffnung gemacht wurde, zögerte
nicht, den Braunschweigern und Hessen offen zu gestehen, daß auf
e Weise das ganze Allianzprojekt seinem Herrn zum mindesten wenig
tehen könne. Wenn man, so führte er aus, nach dem Verlangen
Katholischen ohne den Kurfürsten, wenn auch immer unter Vorbe-
t der freien Hand für denselben, schließen würde, so müsse das dem
gebührenden Respekt Abbruch thun, da ihm so nur die Annahme
r Ablehnung vorgelegt und dadurch gleichsam zu erkennen gegeben
rde, daß an seinem Beitritt eben wenig gelegen wäre. Und die
holischen würden dann überhaupt nur um so schwieriger sein. Der
ertritt Braunschweigs und Hessens allein zu den Katholischen müsse
Evangelischen höchst schädlich sein und bei ihnen großes Mißtrauen

[1] Protokoll Otto's vom 8.—10. (18.—20.) Juli. — Hannover. Der Bericht
nhovens vom 19. Juli (Düsseldorf) stimmt damit überein. Die langwierigen
handlungen wegen der Vollmachten darf ich wohl übergehen.

[2] Geht hervor aus einem Berichte Aldenhovens vom 19. Juli und einem Er-
des Kurfürsten Max Heinrich vom 22. Juli, welcher den bezüglichen Befehl
erholt, „um so viel mehr, weil man sonst mit beider Häuser (Br. und H.) Ab-
dneten nicht wohl veertraulich würde kommuniziren dürfen, zu geschweigen, daß
der status zeither merklich geändert, indem es zwischen den Kronen Dänemark
Schweden zu einem neuen offenen Krieg gerathen". — Düsseldorf.

erwecken, da ohnehin schon die bestehende Vertraulichkeit allzugr
erscheine. Mit der Erledigung der Beschwerden des Corpus Evange
corum werde es dann nach dem Abschwenken Jener neben Kur-Sach
und bei der Ablenkung der Aufmerksamkeit Brandenburgs und Schwede
durch andre Dinge gute Wege haben. Auch die westphälische Kreisv
fassung werde ganz in's Stocken gerathen, da die rheinische Liga v
Anfang an nur diesen Zweck verfolgt habe, wogegen doch billig
Evangelischen mit Fleiß arbeiten sollten. Uebrigens wären auch
Braunschweig und Hessen Vortheile aus dem Werke nicht abzusehe
man könne wohl voraussehen, wie sie als die Schwächeren bei die
Allianz allemale zu bloßem Willen der Katholischen stehen würd
Schon jetzt wäre der Letzteren Kaltsinnigkeit wohl zu bemerken. U
wie leicht könnte sich auch der Fall ereignen, daß man mit Frankre
und Andern in Krieg und Verwirrung verflochten würde: denn sch
habe Gravel in Mainz gedroht, daß König Ludwig gar übel aufnehm
müßte, wenn die Katholischen mit den Andren ohne den Kurfürs
schließen würden. Schließlich, in welche Verlegenheit würden sie gerat
müssen, wenn etwa Neuburg im Cleveschen etwas gegen Brandenbu
unternähme und sowohl der Kurfürst als der Pfalzgraf auf die beid
seits bestehenden Verträge hin die Hülfe erforderten? Wie denn d
also geplante Allianz ohnehin vielleicht dem mit Braunschweig gelten
Bündnisse und ferner auch der Erbverbrüderung des Kurfürsten
Hessen entgegenlaufe. Man solle also nur ja nicht ohne ihn, Canste
schließen, bevor er auf gründlichen Bericht vom Kurfürsten Erkläru
empfangen.

Diesen Bericht stattete er denn auch alsbald ab und bat
Kurfürsten darin dringend um genügende Vollmachten: denn, so
sah er wohl, ohne solche würden die Katholischen niemals in seine Z
lassung zu den Hauptverhandlungen willigen wollen. Auch glaubte
daß solches ohnehin nur mit dem Vorbehalt der Nichteinmischung
das polnische Wesen geschehen würde, daß also an eine Hülfe der Allia
für die Kurlande und Pommern gegen Polen nicht zu denken sein dürft

Man konnte wohl einsehen, daß auf diese Weise die Allianzv
handlungen sich sehr in die Länge ziehen würden. Canstein hatte d
Eindruck, als wenn an einem solchen Hinschleppen nicht minder d
Katholischen wie dem Hause Braunschweig gelegen sein möchte, dam
sie Zeit gewönnen, den Verlauf des Streites zwischen Dänemark u
Schweden und die Annahme des Wahltages zu erwarten.

---

[1] Bericht Cansteins vom 12. (22.) Juli und ein undatirtes Schreiben, wohl
gl. T., an Schwerin. — Berlin (beide Stücke nicht in U. A.).

Unterdessen aber drängten thatsächlich Braunschweiger und Hessen i den katholischen Alliirten nicht bloß auf die Zulassung Cansteins nd Snoilsky's sondern auch auf ein rasches Vorrücken der Verhandlun- n. Wahrlich nicht ihre Schuld war es, daß man nicht vorwärts langte. Und auch den Alliirten selbst schien doch immerhin am Abschluß it Hessen und Braunschweig einigermaßen gelegen zu sein, diesen indruck gewannen wenigstens die Braunschweiger.[1] Alles stieß sich en an den Verwickelungen im Nordosten und der daraus entspringenden bneigung gegen irgendwelche Gemeinschaft der Interessen mit Branden- rg und zumal mit Schweden.[2] Die ungenügende Bevollmächtigung r Vertreter dieser Mächte kam dem Hemmungsbedürfnisse Jener trefflich statten.

Am 21. Juli kam man wegen der Allianz wieder zusammen. Die raunschweiger forderten wiederum die Zulassung Cansteins und noilsky's. Sie bemerkten auch, daß man einen schleunigeren Gang r Verhandlungen wünsche, und drückten das Verlangen aus, daß man cht parteienweise, die Evangelischen mit den Katholischen, berathe, ndern einzeln jede Macht als politische Einheit für sich mit den dren.

Hierauf antworteten die Alliirten am 23.: Aus dem Einladung- reiben vom 16. Juli 1656 und der darauf ertheilten Antwort vom . Februar 1657 ersähen sie, daß man von vornherein angenommen be, daß man mit jenen Beiden erst im Verlaufe weiterer Verhandlungen Berathung würde treten können. Man möge also getrost ohne sie ginnen und erst etwas anständiges vereinbaren, bevor man mit dieser rage sich weiter beschäftige. Konfessionelle Gegensätze möge man doch ganz aus dem Spiele lassen und habe man aufseiten der bereits lliirten überhaupt nichts dagegen, wenn viritim abgestimmt werden llte; bisher sei es wohl nicht anders gegangen, als geschehen, da einer n ihnen in Aller Namen das Wort geführt hätte.[3]

---

[1] Bericht Witte's vom 14. (24.) Juli: Den Katholischen scheint es ein Ernst sein, sie befürchten auch ein neues Ungewitter am Rhein und vermeinen gute eitretung nöthig zu haben. — Hannover.

[2] Bemerkt muß werden, daß dem Kurfürsten von Köln die alte Bundesbe- ehung zu Brandenburg doch immerhin noch im Gedächtniß haftete. Aber wie? m 28. Juli verfügte er an Aldenhoven: Soviel den Kurfürsten anbelangt, so hast u in Deinem Voto, wenn sich die braunschweigischen und hessischen Ab- eordneten zugegen befinden, allezeit zu bedingen, daß zwar wir unserstheils r. Ld. nach Gestalt der Sachen einige Schwierigkeiten zu machen nicht gemeint, weil ir mit derselben vorhin in sonderbarer Korrespondenz stehen, auch in wirklicher llianz begriffen, es sei aber die Sache durch den Krieg in einen andern nicht wenig fährlichen Stand gesetzt worden. — Düsseldorf.

[3] Bericht Otto's vom 14. (24.) Juli. — Hannover.

Die Invitirten verlangten bei einer Berathung am 27. Juli noch mals von den Katholischen die Zulassung der Ostmächte und wiesen au die von diesen im Ablehnungsfalle zu besorgende Gefahr hin. „Ho aber nichts verfangen wollen." Die Gesandten der Alliirten beriefe sich einfach auf ihre Instruktionen, doch ließen sie sich schließlich zu der Zugeständniß herbei, daß sie hierüber eine Erklärung ihrer Prinzipal einholen wollten.

Das nämliche Spiel wiederholte sich am 30.; endlich fügten Braun schweiger und Hessen sich in dieses Zugeständniß. Es schien die Sach besonders an Köln und Münster zu haften. Man schätzte, daß bis zu Einkunft der Resolutionen von allen Seiten acht bis zehn Tage ver streichen könnten.[1]

Der Kurfürst von Mainz empfand die Sachlage sehr unangenehm Am 28. berief er den Kanzler Mehl zu sich nach Mainz.[2]

Unterdessen hatte sich Canstein, nachdem er Portmann seine Vertre tung übertragen, von Frankfurt entfernt. Snoilsky ließ nichts von si sehen oder hören.[3] Auch in den Konferenzen trat eine Pause ein. Un wenn einer von den Evangelischen hinhorchen wollte, welche Resolutione wohl von den Prinzipalen zu erwarten stünden, begegnete er gezuckte Achseln oder Mienen, welche wenig Hoffnung auf guten Erfolg ver hießen.[4] Mehls Aufenthalt in Mainz zog sich in die Länge. Ab Boineburg erschien am 2. August von München zurück. Gleich a folgenden Tage suchte er die Vertreter Braunschweigs und Hessens au Er vertröstete sie eines guten Ausganges. Auch Vorburgs Lippen — e erschien am 4. August — strömten von gleichen Versicherungen übe Es ward klar, daß Mainz an der Erschwerung der Lage sich nich betheiligen werde, doch war eine Ueberstimmung desselben durch sein Genossen immerhin denkbar. In diesem Falle mußte sich für Braun schweig und Hessen nur die Wahl zwischen der vorläufigen Preisgebun der Ostmächte oder dem Abbruch der Verhandlungen ergeben. Z

---

[1] Berichte Portmann's vom 19. (29.) und 21. (31.) Juli. — Berlin un Hannover. Es war Mehl, welcher wegen der Haltung der Invitanten den Unglimp auf Köln und Münster schob. S. ferner einen Bericht Aldenhovens vom 2. August — Düsseldorf.

[2] Aldenhovens Bericht vom 29. Juli. — Düsseldorf.

[3] Bericht Otto's vom 14. (24.) Juli. — Hannover.

[4] Zumal Aldenhoven, der am 2. August vom Kurfürsten nochmals Erklärun empfangen, daß es bei der bisherigen Haltung zu bewenden habe, zeigte sich al günstig. — Düsseldorf. Vgl. die Berichte Portmann's vom 26. Juli (5. August und Otto's vom 28. Juli (7. August). — Berlin und Hannover; auch Köcher S 230, der dem Witte'schen Diarium folgt, während hier den ausführlicheren Berichte Otto's der Vorzug eingeräumt worden ist.

ßterem schienen die gut schwedisch gesinnten Hessen[1] nicht eben abge=
igt.[2] Eine peinliche Sachlage, welcher, um seinen Lieblingsplan nicht
eitern zu sehen, der Kurfürst von Mainz ein Ende persönlich machte.
Er war nach Schwalbach zur Sauerbrunnenkur gegangen, wo gerade
ch eine Reihe anderer fürstlichen Personen sich aufhielt. Mehl folgte
m dorthin. Am 5. August begab sich auch Krosigk, seit längerer Zeit
n den Gebrechen seines Alters geplagt, in jenes Bad. Hier sprach
rselbe gleich in den ersten Tagen seiner Anwesenheit mit dem Kurfürsten
er die Lage in Frankfurt und konnte als Ergebniß seinem Genossen
denhausen melden, daß Kur=Mainz der Zulassung Schwedens und
randenburgs keine Schwierigkeiten bereiten wolle, wenn mit gehöriger
hutsamkeit die Nichtverwickelung in die von Jenen geführten Kriege
sbedungen würde.[3] Am 7. August erschien auch Otto Otto in Schwal=
ch, gefolgt von Boineburg, welcher von hier aus dem Domkapitularen
amian Hartard v. d. Leyen, Bruder des Kurfürsten von Trier mit=
eilte, daß Krosigk und Otto die Erklärung abgegeben hätten, es wäre
t nichten der Wille der von ihnen vertretenen Häuser, sich in den
lnischen oder dänischen Krieg zu mischen, was denn eine Ueberein=
mmung mit der Ansicht der Alliirten ergebe. Zudem habe Krosigk
rsichert, daß Jeder für sich ohne Abhängigkeit von dem Bundesver=
ltniß zu Schweden und Brandenburg eintreten könne. Das Verlangen
ch sofortiger Zulassung dieser Beiden habe er freilich wiederholt,
ließlich aber zugegeben, daß Braunschweig und Hessen, falls die Hin=
rnisse unüberwindlich seien, auch getrennt und zumal unabhängig,
nigstens von Schweden, mit schließen würden.[4] Gleiche Mittheilungen
rden dem kur=kölnischen Kabinette zugegangen sein. Franz Egon
Fürstenberg war ohnehin in der Nähe, vielleicht selbst in Schwalbach

[1] So charakterisirt sie Landgraf Ernst zu Rheinfels in einem Briefe an den
alzgrafen von Neuburg am 16. Juli. — Düsseldorf.

[2] Bericht Otto's vom 28. Juli (7. August). — Hannover.

[3] Aldenhoven an den Kurfürsten von Köln am 9. August. — Düsseldorf.

[4] Boineburg an Leyen am 11. August. — Koblenz. Dabei geschah es, daß
in Frankfurt zurückgebliebenen Vertreter Braunschweigs und Hessens bei einer
sammenkunft mit Portmann erklärten (am 7. August), ohne den Kurfürsten von
randenburg gedächten sie keinesfalls zu schließen und, wenn eine widrige Erklärung
n den Katholischen einkommen sollte, würde es eben mit den Traktaten geschehen
n und, wie die Kasseler besonders betonten, keiner von den Evangelischen sich dahin
eden lassen, mit den Katholischen allein das Bündniß einzugehen. Und die
aunschweiger hatten hinzugefügt, daß den Katholischen selbst der Verzug wohl bald
m Nachtheil gereichen könnte, besonders wenn die Festung Montmédy von den
anzosen erobert wäre, und möchte demnächst die Allianz mit mehr Eifer gesucht
d alsdann von den Evangelischen nicht so sehr beliebt werden. Bericht Portmann's
m 2. (12.) August. — Berlin.

gewesen. Am 19. August begegnete er dem Braunschweiger Otto
Frankfurt auf der Straße und äußerte dabei in freundlicher Weise d
Hauptwerk müsse nothwendig zustande kommen und, daß dem so se
werde, daran hege er keinen Zweifel.[1]

Mittlerweile waren aber auch am 8. August die neuburgisch
Gesandten Weschpfennig und Gise zum Pfalzgrafen heimgereist, um üb
die Admissionsfrage zu berichten und Resolutionen einzuholen.[2] A
21. August ging auch der trierische Abgeordnete Buschmann von Fran
furt weg; er äußerte, daß er vor drei oder vier Wochen nicht wiede
kehren werde.[3] Dagegen siedelte Kurfürst Johann Philipp von Schwa
bach nach Frankfurt über, schon weil ihm hier wegen des Erscheine
der französischen Gesandschaft (19. Aug.) seine Anwesenheit nöthig dünk
Boineburg, welcher in seinem Gefolge mit erschienen war, erzählte de
wolfenbüttelschen Kanzler Schwarzkopf, der Kurfürst hege die Absich
in eigener Person einer Sitzung in der Allianzsache beizuwohnen, u
hier die Frage wegen Zulassung der Ostmächte zur Entscheidung
bringen.[4] Doch übereilte man sich auf beiden Seiten nicht, und zw
die Alliirten wohl deshalb, weil sie abwarten wollten, wie mittlerwe
sich die Dinge im Holsteinschen und Bremischen anlassen würden,[5] d
Invitirten dagegen, um keinen Eifer zu verrathen, wodurch sie d
andern Partei einen Trumpf in die Hände gespielt haben würden.

Unterdessen hatte Snoilsky nunmehr die bisher vermißte Vollmac
seines Königs erhalten. Von diesem war in Frankfurt ein besonder
Abgesandter, Björnklou erschienen, um vom Kurfürsten Reichskanzl
zu fordern, daß er für das bedrängte Schweden die Generalgarantie vo
ganzen Reich in's Werk setze. Dieser Diplomat hatte auch die vo
29. Juni datirte Vollmacht für Snoilsky mitgebracht, welcher sie a
9. August dem Hessen Badenhausen zeigte und dabei ein Schreiben d
Königs vorlas, worin dieser ihn ermächtigte, im Verhinderungsfalle d
kasselischen Abgeordneten zu substituiren.[6] Des letzteren Umstandes halb
hielten auch die Hessen die Thatsache vom Eintreffen der Vollmacht v

[1] Bericht Otto's vom 11. (21.) August. — Hannover.

[2] Bericht Aldenhovens vom 9. August. — Düsseldorf.

[3] Bericht Otto's vom gl. T. — Hannover.

[4] Bericht Otto's vom 15. (25.) August. — Hannover.

[5] S. jedoch Portmann's Bericht vom 9. (19.) August: (Die Kasseler) hiel
dafür, daß denselben (den Katholischen) am meisten an der Beförderung gelegen, w
der Bischof von Münster eine Apprehension hätte vor Ankunft der schwedischen Völ
im Bremischen und neben dem Bischof von Osnabrück sich eines Einfalls besorg
was daher käme, daß sie heimliche Korrespondenz mit dem König von Dänemark g
halten. — Berlin.

[6] Badenhausen an Krosigk am 3. (13.) August. — Marburg.

Braunschweigern geheim. Schon fing infolge des Stillstandes in ganzen Sache und der absonderlichen Geheimnißkrämerei von beiden iten die Saat des Mißtrauens zwischen Hessen und Braunschweigern zu keimen.[1]

Am 25. August hatten die Braunschweiger eine Audienz bei dem rfürsten von Mainz, wobei dieser äußerte: Er habe selbsteigen eine sammenkunft in der Allianzsache veranlassen wollen, sei aber bisher an verhindert worden. Er sei der Ansicht, daß man Schweden und ndenburg von Anfang an zulassen könne, wofern deren Vertreter her mit zureichenden Vollmachten sich würden legitimirt haben. Die nische Liga habe bei Auswärtigen wie Reichsständen bereits heilsame kungen gezeitigt und werde dies künftig noch mehr der Fall sein. bei ließ er durchschimmern, wie er annehme, daß Hessen und Braunveig auf jeden Fall schließen würden, ob man nun mit Schweden Brandenburg einig würde oder nicht. Die Braunschweiger entten sich jeder Aeußerung hierauf.[2]

Am 27. erschien der Freiher v. Boineburg im Losament der Braunveiger, um sie wie die Kasseler auf den 29. zu einer vom Kurfürsten nstalteten Nachmittagssitzung einzuladen. Bei dieser fanden sie eine Wichtigkeit entsprechende feierliche Versammlung, neben dem Kurten Johann Philipp und seinen Diplomaten den Grafen Franz Egon Aldenhoven, des Kurfürsten von Trier Bruder v. d. Leyen mit tternich und Kanzler Anethan, die Münsterischen Korff-Schmising Bisping und den neuburgischen Vicekanzler Snell. Der Kurfürst m das Wort: Ungern habe er von der wegen Zulassung der Schweden Brandenburger entstandenen Meinungverschiedenheit und der dadurch tandenen Verzögerung des Werkes vernommen. Die Vertreter Braunveigs würden sich erinnern, was zu ihnen er am Sauerbrunnen zu walbach so wie in Mainz darüber geäußert habe. Nach Vernehmung hier zu Frankfurt weilenden Vertreter seiner Mitalliirten habe er erklären: Falls, wie ihm ja Braunschweiger und Hessen die Verrung gegeben, deren Prinzipale in dem Endziele dieser Verfassung g seien, welches im wechselseitigen Schutz vor aller feindlichen Gewalt

---

[1] Badenhausen gedachte gegen Hübner, daß er und seine Kollegen mit den unschweigern zum besten nicht zufrieden, weil sie den Katholischen in dieser Sache l einräumten, und besorgte, daß sie einmal, ehe man es sich versähe, allein mit Katholischen schließen dürften. Bericht Hübner's vom 11. (21.) Aug. — Berlin. nlich Portmann am 9. (19.) August. — Ebenda. Und Otto schrieb: Die Hessen munizìren täglich apart nicht ohne Nachdenken mit den Franzosen und Schweden. cht vom 18. (28.) August. — Hannover.

[2] Bericht Otto's vom 18. (28.) August. — Hannover.

und in der Erhaltung beim Frieden so wie in der Absicht bestehe, si
keinesfalls in fremde Kriege zu verwickeln, falls auch ferner ohne Rü
sicht auf die Konfession nicht a corpore sondern viritim verhandelt werd
solle, so könne er es geschehen lassen, daß die Gesandten Schwede
und Brandenburgs gleich von Anfang an mit zugezogen würden, nac
dem sie sich vorher nach Gebühr legitimirt haben würden. Könnte m
auf die von ihnen gestellten Bedingungen dann etwa mit ihnen si
nicht einlassen, würde ja doch die Schuld auf sie fallen.

Die Erfolge der Allianz seien bereits an Kur-Köln zu verspüre
welches im Stifte Lüttich von den fremden Einquartierungen befr
worden, den Einquartierungen, welche zumeist die Quellen des Krieg
seien. Möchten doch auch noch andre Reichsstände sich einstellen u
auf diese Weise eine Universalverfassung gründen helfen. Wenn m
sich jetzt vereinige, würden auch Darmstadt und Württemberg beitrete
ebenso viele Grafen und Städte. Mit den Kriegen, wie sie jetzt h
und wieder entbrannt, wolle man nichts zu schaffen haben, sondern n
Ruhe und Frieden genießen. Die kriegführenden Parteien disgregirte
während man hier kongregiren wolle. Nach Mittheilung des Beschluss
an die Gesandten der Ostmächte möge man nunmehr in Gottes Nam
mit den Verhandlungen einen Anfang machen. Ohne große Schwieri
keiten werde man sich ja nun doch über die einzelnen Punkte des Projekt
bald einigen können.

Hierauf erklärte Kanzler Schwarzkopf im Namen des Haus
Braunschweig, daß auch dessen Häupter nicht gemeint wären, in frem
Kriege sich vertiefen zu lassen. Im übrigen zollte er den Ansichten d
Kurfürsten vollsten Beifall und stattete ihm Dank ab für seine Bemühu
gen um Beseitigung des Zwischenfalles. Ganz ähnlich äußerte si
Krosigk. Im Hinausgehen bemerkte Boineburg, der den Evangelisch
das Geleit gab, er versehe sich zu ihnen, daß sie auf alle Fälle z
schließen entschieden seien. Es entging ihnen nicht, daß man ihr
Beitritt auch ohne Schweden und Brandenburg bestimmt erwarte.[1]

Am 31. August wurde die Resolution der Alliirten von Brau
schweigern und Hessen den Schweden notifizirt. Björnklou dankte u
entschuldigte die längere Verzögerung der königlichen Erklärung dami
daß die von Snoilsky übersandte kölnische Allianznotel aufgefangen worde
wäre. Der König sei bereit, wegen seiner Reichslande dem Bunde be
zutreten. Snoilsky sei instruirt und könne jeden Augenblick den B
rathungen beiwohnen.[2]

---

[1] Protokoll Otto's vom 19. (29.) August. — Hannover.

[2] Protokoll Otto's. — Hannover.

Am 2. September ließ Boineburg melden, der Kurfürst wolle in
er Angelegenheit die Gesandten der Häuser Braunschweig und Kassel
Antritt der Berathungen nochmals sprechen. Diese jedoch ließen
entschuldigen, da sie vorher erst dem Herrn v. Canstein, welcher
Abende vorher von Halberstadt wieder eingetroffen, den Beschluß
Alliirten eröffnen wollten. Der aber wiederum ließ auf ihre am
September erfolgte Anmeldung bitten, hiermit bis zum Nachmittag
4. zu warten, da er erst vorher eine Audienz bei dem Kurfürsten
Mainz abwarten wolle.[1]

22.

Schwierigkeiten wegen Brandenburg. Frankreich.

Der wahre Grund für die Ablehnung des Besuches der Braun-
veiger und Hessen lag für Canstein in einer Etikettenfrage. Die zum
hltag entsandten Vertreter der Kurfürsten — und zu diesen gehörte
seiner Rückkehr auch Canstein — beanspruchten von den Abgeordneten
Fürsten die Anrede Exzellenz und andere zeremonielle Auszeichnungen.
Man lehnte derartige Prätensionen auf der betheiligten Seite ab.
hatte denn auch Canstein dem Kanzler Schwarzkopf melden lassen,
er zweifele, ob er und seine Kollegen sowie die Hessen diese For-
ungen bewilligen würden, weshalb er ihm einen annehmbaren Vor-
ag nennen möge, damit sie von ihm empfangen werden könnten.
hwarzkopfs Bescheid lautete, daß er bitte, als Privatmann kommen
dürfen. Hierauf die Erklärung Cansteins, daß er dies annehme.
übrigen braunschweigischen Gesandten zeigten sich ungehalten über
hwarzkopf, als habe er ihrem Ansehen Abbruch gethan: doch wußten
ver sie noch die Hessen ein besseres Mittel. Nach längerem Hin- und
reden begaben sie sich dennoch zu Canstein,[2] welchem sie von der
ch das Eingreifen des Kurfürsten von Mainz günstiger gestalteten
chlage berichteten, ohne zu verschweigen, daß die Alliirten forderten,
man sich weder in den polnischen noch dänischen Krieg mischen
e. Canstein dankte und stellte, da der Kurfürst zum Beitritt geneigt

---

[1] Bericht Otto's vom 25. August. (4. September). — Hannover.

[2] Dessen Bericht vom 29. August (8. September). — Berlin. Otto's Bericht
1. (11.) September verschleiert diese Vorgänge.

sei, seine Betheiligung an den Berathungen in Aussicht, verhehlte je
nicht, daß er noch immer keine besondere Vollmacht besitze, weil
Kurfürst dafür gehalten hätte, es würde wegen des Wahltages d
Konferenz schon auseinandergegangen sein. Eines anderen berid
werde der Kurfürst die Vollmacht zweifelsohne noch zeitig genug ü
senden. Dann fragte er weiter, wohin denn die erwähnte Beding
der Alliirten wegen Nichteinmischung in die Kriege genau aufge
werden müßte. Denn, wenn schon Kurfürst Friedrich Wilhelm n
bezwecke, daß die Alliirten wegen Preußen sich mit des polnis
Wesens annehmen sollten, so müsse doch Klarheit darüber bestehen,
man ihm im Reiche Hülfe leisten wolle, falls er dort aus Anlaß
polnischen Krieges einen Angriff erfahre.

Darob große Verlegenheit der Braunschweiger und Hessen. Bei
der Mangel einer Vollmacht sowohl wie die Forderung des Kurfü
auf Waffenhülfe gegen Polen oder vielmehr aus Anlaß der Verwicke
mit diesem mußte ja aufseiten der Alliirten neue Schwierigkeiten
ursachen. Eine längere Berathung ergab den Beschluß, die Thats
daß Canstein noch keine Vollmacht habe, privatim dem Herrn v. B
burg mitzutheilen. Canstein stimmte dem bei, um sich sonst nicht
„repulsa zu seines Herrn Offension" auszusetzen. Von der Forde
des Kurfürsten indessen wollte man zunächst noch ganz schweigen.[1]

Boineburg gab ausweichende Erklärungen auf die Mitthei
Schwarzkopfs, der Kurfürst von Mainz aber meinte, der Mangel
Vollmacht werde nichts zu bedeuten haben und Canstein alsbald zugel
werden können.[2]

Ueber all dem verstrich die Zeit und die Gesandten der Alli
wunderten sich über den Verzug. Die Mainzer verschwiegen wohl
Grund desselben. Deshalb richtete sich der Vorwurf gegen Schwe
da sonderbarerweise nicht bekannt gegeben wurde, daß Snoilsky
struktion und Vollmacht besaß.[3]

Erst am 13. September wurde eine neue Sitzung anberau
Hier erklärte namens der Evangelischen der Kanzler Schwarzkopf,
Snoilsky, zur Genüge legitimirt, zu jeder Zeit erscheinen könne, wäh
Canstein aus dem angegebenen Grunde, den er berichtete, noch
Vollmacht erhalten habe. Wenn der Kurfürst durch diesen erf
daß man hier noch tage, würde diese Formalität baldigst er

---

[1] S. die angegebenen Berichte Canstein's und Otto's.

[2] Otto a. a. O.

[3] Bericht Bispings an den Bischof von Münster vom 9. September. — Mü

[4] Man tagte von nun ab im Dominikanerkloster, weil die alten Räume bei
Karmelitern von dem zum Wahltage erschienenen Nuntius bezogen worden w

rden. Auch sei Jener ja bereits mit einem Generalkreditiv versehen
d bitte aufgrund desselben um Erklärung wegen seiner Zulassung.
ch einstündiger abgesonderter Berathung eröffneten die Alliirten durch
Mund Mehls: Gegen Schweden könne man nichts mehr einwenden,
ders verhalte es sich mit Brandenburg. Die Grundlage aller Ver=
ndlungen beruhe auf der Legitimation. Deshalb werde vor Einlangen
Vollmacht mit Canstein schwerlich etwas vorgenommen werden
nen; was denn die Andren dazu meinten?

Schwarzkopf bemerkte, daß man eine bestimmte Erklärung lieber
ehen haben würde, so könnten auch sie nicht kategorisch stimmen.
elleicht empfehle es sich, Canstein zu befragen, bis wann er sich der
kunft einer Vollmacht getröste. Hiermit einverstanden, ersuchten die
iirten Schwarzkopf, diese Mission zu übernehmen. Am 15. September
twortete ihm Canstein, daß er an einem der nächsten Posttage das
hriftstück erwarte; er könne geschehen lassen, daß bis dahin unterdessen
allen Betheiligten außer ihm ein Anfang gemacht würde. [1]

Schon am 8. September hatte Canstein beim Kurfürsten um die
llmacht nachgesucht, [2] damit er Gelegenheit erhalte, dem Werke mit
zuwohnen und zu sehen, was vorgehe. Er hatte dabei zu bedenken
heimgegeben, ob nicht, wenn ein Vergleich mit Polen zustandegekommen,
Kurfürsten Sicherheit erfordere, daß er sich im Reiche einen festen
icken mache, „damit, wenn etwa Ein oder Andrer hiernächst das, so
itzo E. K. D. eingewilligt worden, hinwieder zweiflig machen, dagegen
ndeln oder E. K. D. sonst in andre Wege hier im Reich inkommodiren
llten, E. K. D. denselben so viel besser begegnen, auch dergleichen
treprenanten, wenn sie E. K. D. in Bündniß so vieler vornehmer
ände befinden, dessen gegen E. K. D. sich zu unterfangen desto mehr
gehalten würden." Ferner befinde sich ja Neuburg in dieser Allianz,
ren es sich jeden Augenblick bedienen könne, ja es verbinde sich dadurch
t denen, welche sonst Alliirte des Kurfürsten wären, deren Hülfe er
o beraubt würde. Die Braunschweiger würden ja allen Anzeichen
ch ohne Frage mit einsteigen, während es von den Hessen nicht ganz
wiß sei, da diese mehr auf fremde als diese Hülfe sähen: doch könne

[1] Bericht Otto's vom 5. (15.) September. — Hannover. Bericht Canstein's
n 13. (23.) — Berlin. Die Braunschweiger hatten an Canstein das Ansinnen
tellt, daß er auch zugeben sollte, daß man mit der Handlung auch ohne ihn fort=
re. Dies schien ihm bedenklich, er schlug es ab. Uebrigens empfahl C. in diesem
richt, freilich in höchst vorsichtiger Form, dem Kurfürsten, die Allianz eher einzu=
jen als nicht. Ein „Temperament" wegen Neuburg schlug er dem Freiherrn von
hwerin vor (leider nicht bei den Akten).

[2] Bericht vom 29. August (8. September). — Berlin.

er nicht versprechen, daß sie nicht eines Tages den Braunschweig
nachfolgen würden. Jedenfalls seien genaue Weisungen für ihn no
wendig, damit er und seine Genossen wüßten, wie einem Jeden
antwortet werden solle.

Im Lager der Alliirten war nach wie vor wenig Neigung vorhand
mit den Ostmächten zu paktiren. Die kühl ablehnende Haltung Kö
ist uns bekannt. Auch Trier und Neuburg erschienen der festen Absi
keineswegs mit Jenen zu schließen.[1] Kamen doch auf der Konfer
vom 13. September deren Gesandte mit Boineburg deshalb in lebhaf
Wortwechsel, weil sie votirten, daß man, solange die brandenburgi
Vollmacht noch ausstehe, auch Snoilsky nicht zulassen solle, wodu
Boineburg dahin gereizt wurde, zu erklären, daß er auch Canstein n
vorher sub spe rati hinzugezogen zu sehen wünsche. Gise gestand dar
offen, daß es seines Herrn Intention überhaupt nicht wäre, mit Schwe
und Brandenburg zu schließen, worauf Boineburg kurzab äußerte, da
werde Mainz trotzdem fortfahren.[2] Gise und Snell hatten sogar un
dem Hinweise auf den geringen Ernst bei der ganzen Sache
9. September ihre Abberufung beim Pfalzgrafen beantragt; ihr länge
Verweilen in Frankfurt, wo sie wegen der Deputation ja nichts
suchen, schädige das Ansehen ihres Gebieters.[3] Philipp Wilhelm he
anfangs Bedenken, willigte aber in ihre vorläufige Rückkehr unter d
Vorwande ihrer Benöthigung zu den bevorstehenden Landtagsverhan
lungen zu Bensberg. Um den Unwillen des Kurfürsten von Mainz
vermeiden, wies er sie jedoch an, baldige Rückkehr in Aussicht zu stell
Gise sollte gleich fortgehen, Snell aber nicht vor Ablauf des Mona
Inzwischen sollten sie Bisping substitutarische Kommission hinterlasse
Diesen aber hatte der Bischof von Münster beauftragt, den Verhandlung
nur ad audiendum et referendum beizuwohnen.[5] Bei jener heftig
Szene am 13. September hatte sich Bisping ganz still verhalten,
den Kurfürsten von Mainz wegen anderer Sachen, d. h. der Hülfeleistu
gegen die Stadt Münster desto mehr bei gutem Willen zu erhalten.[6]

So bestand denn auf dieser Seite nur bei dem Kurfürsten v
Mainz der feste Wille zu einem Abschluß mit Schweden und Brande
burg, mit Schweden wegen dessen ausgesprochen antiösterreichisch
Haltung und engen Beziehungen zu Frankreich, ungeachtet aller nordisch

---

[1] Bericht Bispings vom 9. September. — Münster.
[2] Bericht Bispings vom 16. September. — Münster.
[3] Ihr Bericht in Düsseldorf.
[4] Erlaß des Pfalzgrafen vom 16. September. — Düsseldorf.
[5] Bericht der Neuburger vom 9. September s. oben.
[6] Sein Bericht vom 16. September. — Münster.

twickelungen, mit Brandenburg, um es vermöge dieser Verbindung
n dem drohenden Abfalle von Schweden zu Oesterreich abzuhalten.
nzosen und Schweden herbeizuziehen, um Oesterreich an der Störung
Weltfriedens zu hindern, hieß freilich den Teufel durch Beelzebub
treiben. Er aber, der Friedensfürst, sah am Horizont des politischen
mmels in rosigem Glanze kraft seines Verdienstes in greifbarer Nähe
eden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.

Mit den Franzosen hatte sich hier in Frankfurt bald ein reger
kehr der Mainzer entwickelt. Fast täglich sah man Gramont und
nne beim Kurfürsten vorfahren; glänzende Gastereien nährten und
elten die Freundschaft; Fürstenberg immer mitten drin in diesem
riebe, [1] er, der sich von den Franzosen „alterirt und eingenommen"
te und gegen Oesterreich offen eiferte. [2]

Schon schwebte ein dunkles Gerücht in der Luft, daß die Unirten
habens seien, zu ihrer Versicherung sich apart mit Frankreich einzu=
en. [3] Und Björnklou wußte Schwarzkopf zu berichten, daß dem König
Frankreich von den Ligisten die Allianznotel vom Jahre 1654 zu=
ndt worden und darin auch die Namen der drei Herzöge von Braun=
eig mit verzeichnet, nachher aber wieder getilgt worden seien. [4] Was
nder, daß bald auch die Oesterreicher von diesen Zettelungen Nach=
t hatten und im Interesse ihrer Wahl das Allianzprojekt auf alle
se zu hintertreiben suchten? [5]

Unverdrossen arbeitete jedoch Kurfürst Johann Philipp an der
wirklichung des Planes mit allem Einflusse seiner bestechenden Per=
ichkeit. Als am 23. September der münsterische Gesandte Bisping
ittelbar nach dem kur=trierischen v. der Leyen, zur Audienz beim
fürsten erschien, machte ihm dieser bemerkbar, daß dem Bischof wegen
es Stiftes an der Endschaft der Allianzverhandlungen eben soviel
gen sein müsse wie ihm selbst wegen des Eichsfeldes und dem Kur=
ten von Köln wegen Hildesheim. Vermuthlich, meinte er weiter,
de es ja nun auch durch die Verhandlungen der General=Staaten
schen Schweden und Dänemark zu gütlichem Austrag kommen.
rgen solle eine Zusammenkunft in Allianzsachen stattfinden, wo er
Frage stellen lassen wolle, ob man den Vertreter Brandenburgs —

[1] Bericht Bispings vom 16. September, Otto's vom 1. (11.)

[2] Otto am 8. (18.) September. — Hannover.

[3] Otto am 1. (11.) September. — Hannover.

[4] Otto am 11. (21.) September. — Hannover.

[5] Bisping am 23. September: Volmar sucht die Allianztraktaten in's Stocken
bringen durch Mißverstand, den er zwischen Fürstlichen und Kurfürstlichen erregt.
Münster.

denn wegen des Schweden habe es ja keinen Anstand mehr — unerach[t] des Mangels an einer ordnungsmäßigen, aber bald zu erwartende[n] Vollmacht einstweilen mit Vorbehalt der Genehmhaltung der Prinzipa[len] mit zulassen wolle. Dadurch werde dem Hauptwerk in nichts präjudizi[rt] und versähe er sich deshalb der Zustimmung seiner Alliirten. Bispin[g] versprach alles gute, eingedenk einer Weisung seines Herrn, wonach [er] in allen Präliminarien dem kur-mainzischen Voto Beifall zu geben hat[te]. Der Kurfürst fuhr hierauf fort, daß man den Grundsatz befolge, si[ch] mit keinem, der iu fremde Kriege verwickelt, zu verbinden. Was wol[le] man denn da wegen des Brandenburgers, der mit Polen seinen Verglei[ch] abgeschlossen habe, also gar nicht mehr Krieg führe?[1] Jetzt müsse ma[n] mit ihm verhandeln und schließen. Der Krone Schweden könnte ma[n] erklären, daß auch sie wirklich eingenommen werden könnte, wenn [sie] aus dem Kriege sein würde. Nun sehe man zwar wohl, daß Pfal[z-]Neuburg keine Lust habe, mit Brandenburg zu schließen, weil, w[ie] er wörtlich bemerkte, es immer noch hoffe, dem Kurfürsten eini[ge] Lande wegzunehmen. Er aber, der Kurfürst von Mainz, sei völl[ig] entschlossen, mit Brandenburg einzutreten, ob ihm hierin nun die übrig[en] Alliirten nachfolgen möchten oder nicht und wenn auch die seitheri[ge] Liga darüber zerscheitern würde.[2]

In ähnlicher Weise war, wie am folgenden Tage Anethan de[m] Neuburger Snell erzählte, von der Leyen vom Kurfürsten beeinflu[ßt] worden. Wie er sich der Einstimmung Kur-Kölns versicherte, blei[bt] uns verborgen. Mit besonderem Nachdruck aber suchte man dar[auf] auf den Neuburger einzuwirken.

Am 24. September, an welchem Tage ja die Sitzung mit de[n] Evangelischen stattfinden sollte, wurde Snell schon um 8 Uhr früh zu[m] Kurfürsten von Mainz berufen, bei welchem er neben Boineburg un[d] Mehl die Trierer Chorbischof v. der Leyen und Anethanus versamm[elt] fand. Der Kurfürst selbst theilte ihm mit, daß die Gesandten vo[n] Trier, Köln und Münster die Erklärung gegeben hätten, wie sie bei d[er] Zunahme der gefährlichen Konjunkturen kein Bedenken mehr trüge[n,] die zu Frankfurt anwesenden kur-brandenburgischen Vertreter geg[en] Einlieferung ihrer Kreditive und das Versprechen baldiger Beibringun[g] der Vollmachten zu den Verhandlungen mit zuzulassen. Er, Snel[l,] möge sich gleichfalls hierzu bequemen.

---

[1] Wehlauer Punktation vom 1. September 1657 (Neutralitätsvertrag mit Pole[n]) mit Vorbehalt des Beitrittes Oesterreichs, Dänemarks und des Zaren), cf. Droyse[n] III, 2, 256.

[2] Bericht Bispings vom 23. September, worin er bei diesem Widerspiel d[er] mainzer und neuburger Ansichten dringend um Verhaltungsmaßregeln bat.

Dieser antwortete mit dem Hinweise darauf, daß der Kurfürst vor
nig Tagen in gleichem Sinne dem Oberkanzler Gise zugesprochen
) dieser versprochen habe, dem Pfalzgrafen zu berichten. Am 19. müsse
e daheim angelangt sein, er müsse also bald wiederkommen oder doch
dre erfolgen. Indessen wolle er sich einem Majoritätsschlusse fügen.

Hierauf schritt man zur Sitzung mit den Evangelischen. Schwarz-
f hielt nochmals um die Zulassung Cansteins an, dessen Versprechen
baldigen Beibringung der Vollmacht man wohl vertrauen könne.
s Vorhandensein eines Kreditivs wurde festgestellt. Die Invitanten
ten zur Sonderberathung ab. Trier votirte für die Zulassung unter
nweis auf die Nachricht von dem polnisch-brandenburgischen Vergleich.
ln befürwortete die Zuziehung nicht allein Cansteins sondern auch
oilsky's. Münster, ohne Instruktion für diesen Fall, erklärte, von
Majorität sich nicht sondern zu wollen. Demnach erklärte auch
uburg, daß es die Handlung nicht aufhalten werde. Hierauf formu-
e Mainz den Beschluß: Canstein und Snoilsky seien zuzulassen.

Die herbeigerufenen Vertreter Braunschweigs und Kassels wurden
ucht, den Betheiligten Kenntniß zu geben, was sie übernahmen.[1]

Der Pfalzgraf von Neuburg war wenig erbaut von dieser Wendung
Dinge. Auf den Bericht Snells wies er denselben an, daß er bei
artigem weiteren Drängen des Mainzers auf Schluß mit den Ost-
chten sich mit den übrigen und zumal mit dem Münsterischen über
ne Antwort quod non" vergleiche und endlich für sich selbst erkläre,
zu nicht ermächtigt zu sein. Wie Köln vor Anfang der Liga mit
andenburg schon verbunden gewesen, so könne man auch nichts be-
dderes gegen eine einseitige Vereinigung von Kur-Mainz mit Schwe-
und Brandenburg einwenden, wenn nur die andern Alliirten dadurch
nen Schaden erlitten.[2]

Einen erneuten Aufschub erlitten die Verhandlungen wegen der

---

[1] Berichte Snell's vom 24. September und Otto's vom 15. (25.) September.
Düsseldorf bezw. Hannover.

[2] Der Pfalzgraf an Snell am 26. September, der darin noch benachrichtigt
d, daß Gise Anweisung erhalten habe, mit dem Bischof von Münster zu reden,
nit er gleichen Sinnes mit dem Pfalzgrafen werde. Die Weisung selbst erging an
e, der zum Bischof gereist war, am 29. Der Pfalzgraf theilte ihm dabei mit, daß
beabsichtige, Boineburg zu sich einzuladen, damit er ihn von der Absicht der Auf-
me der Ostmächte bekehre oder doch wenigstens Zeit gewinne. Jedenfalls müßten,
man sich nun in dies Werk schicke oder nicht, Münster und Neuburg eines Sinnes
. — Snell hat sein Votum vom 24. am 27. damit entschuldigt, er habe verhin-
n wollen, daß der Unglimpf, „es thäte sich der Pfalzgraf am ersten absondern",
em nicht allein aufgewälzet werde. — Düsseldorf.

Hessen. Der altersschwache Herr v. Krosigk lag an Skorbut un
Wassersucht auf den Tod und Badenhausen war wegen einer andre
Sache mit Hessen=Darmstadt nach Mainz beordert worden. Unterdesse
reiste aber auch Snell, nachdem er beim Abschied vom Kurfürsten vo
Mainz noch besondere Aufträge wegen Empfehlung des Allianzprojekte
an den Pfalzgrafen empfangen, nach Bensberg ab.

Von der am 24. gefallenen Resolution der Alliirten setzten d
Braunschweiger zugleich im Auftrag der erwähntermaßen verhinderte
Hessen am 26. den schwedischen Gesandten Snoilsky in Kenntniß, we
cher seine Bereitschaft zu jeder Stunde ankündigte. Zu Canstein konnte
sie sich „wegen der Excellenterey" nicht begeben. Doch erschien er a
25. selbst bei Otto und Witte, welche zusammen ein Haus bewohnte
unter besonderer Betonung seiner Eigenschaft als Privater. Gleichwo
redete man vom Allianzwesen. Otto benachrichtigte ihn von der Res
lution der Alliirten und Canstein stellte auch sein Erscheinen bei d
Verhandlungen in Aussicht. Dabei drückte er den Wunsch nach beso
deren vorherigen Benehmungen unter den Evangelischen bei allen, zum
den wichtigeren Fragen nach dem Beispiele der bereits Unirten au
Hiergegen fanden die Braunschweiger nichts einzuwenden. Darauf ka
Jener darauf zu reden, wie diensam, ja nöthig es sein wolle, daß zw
schen dem Kurfürsten, seinem Herrn, und dem Hause Braunschweig ei
sonderbare nachbarliche Korrespondenz und zum Nothfalle eine Ve
einigung consiliorum, virium et armorum stattfinde. Sein Herr ha
eine wohlstaffirte und versuchte Armee und so viel tausend Mann par
stehen, so daß also ein stattliches und ansehnliches gegen Jederman
zusammengebracht werden könnte. Otto äußerte sich dem gegenüber
höchst vorsichtiger Form, dies sei eine Sache, worüber die Fürst
selbst würden vernommen werden müssen: schien es doch, als beabsic
tige Brandenburg auf diese Weise das ganze rheinische Allianzproje
lahm zu legen.[1]

Doch lichtete sich der Nebel immer mehr. Am 29. September beri
Schwarzkopf seine Kollegen in einer wichtigen Angelegenheit zu sich un
theilte ihnen in tiefstem Geheim mit, Canstein habe ihm eröffnet, da
sein Herr mit Polen richtig geschlossen habe und im Begriff stehe, m
seiner Armee von 12000 Mann nach Deutschland wieder herauszuma
schiren. Im Namen desselben habe er, Canstein, dem Hause Braunschwei
ein näheres Bündniß anzubieten, welches jedoch der Allianz mit de
Katholischen nicht abträglich sein, sondern dieselbe gleichsam ergänze
solle. Auf die Bemerkung Schwarzkopfs, daß ein solches Separatbünd

[1] Bericht Otto's vom 19. (29.) September. — Hannover.

ja schon bestehe, habe er entgegnet, das sei nicht hinreichend und
er genug.

Der Vorschlag Schwarzkopfs an seine Kollegen ging nun dahin,
3 heimzuberichten; er für seine Person werde zur Annahme dieses
rschlages rathen und den Plan nach Kräften befördern helfen.[1]
en dreien schien das Vernommene so außerordentlich wichtig, daß
r noch am 29. seinen Bericht hierüber heimsendete.

Eben in diesen Tagen machte Bisping von Münster die Bemerkung,
es scheine, als ob demnächst auch die Krone Frankreich sich zu der
anz melden werde. An deren Annahme sei nicht zu zweifeln, weil schon
meisten unter den Alliirten mit ihr viele Traktaten gepflogen, wo nicht
geschlossen hätten.[2] Bemerkenswerth durfte es freilich erscheinen,
nun endlich die französischen Gesandten sich herbeiließen, auch den
tlichen Gesandten am Deputationstage ihre Anwesenheit kundzuthun,
zwar vorerst eben nur denjenigen, welche zugleich der Allianz halber
den Vertretern der drei geistlichen Kurfürsten in Unterhandlungen
den: am 28. September dem Bisping mit vielen Komplimenten und
schuldigungen, daß es nicht früher geschehen, und am 30. den
unschweigern.[3]

Diese Letzteren sahen nicht, was sich da vorbereitete. Oder war
eine Folge absichtlicher Täuschungen durch Mainz und die Franzosen
st, daß jene an alles andre mehr glaubten als an Verhandlungen
ser um einen Bund? Ihnen erschien es, als ob die große Vertrau-
keit des Kurfürsten von Mainz mit Gramont und Lionne nachlasse:
n diese beschwerten sich drohend über die Unbeständigkeit Johann
ilipps, weil er und die andren Kurfürsten auf den König von Ungarn
der Wahlfrage neigten. Ja, die Braunschweiger geriethen in Be-
gniß, daß Mainz die Allianz nur deshalb betreibe, weil es vor
nkreich sich fürchte, und daß es das Werk noch vor der Kaiserwahl
n abgeschlossen sähe, um die evangelischen Mitalliirten gegen Schweden
Frankreich als die Widersacher des Hauses Oesterreich zugunsten
ndesselben und zu seinem eigenen Vortheile mit anzuspannen. Wäh-
d doch die Absicht des Hauses Braunschweig darauf gerichtet war,
Unterstützung der beiden auswärtigen Kronen eine Wahlkapitulation

---

[1] Otto's Bericht vom 19. (29.) September. — Hannover. Vgl. Köcher S. 232.

[2] Bericht Bispings vom 30. September: Ob nun durch eine so weite und mäch-
Extension diese Allianz recht wird bestehen können und die fructus darin zu ge-
zen sein, stelle ich zu E. Hochf. G. gdst. Nachsinnen. — Münster. Am 29. hatte
gemeldet: Lionne hat gestern den Kurfürsten von Mainz gastirt.

[3] Bericht Otto's am 22. September (2. October). — Hannover.

zu erlangen, die geeignet wäre, Rechte und Freiheit der Reichsstän
hochzuhalten. [1]

Und die Hessen? Von seinem Schmerzenslager aus — es war
wohl die letzten Sätze, die er schrieb [2] — korrespondirte Krosigk m
seinem Gebieter über eine ganz besondere Sache. Auf den Rath Dör
bergs hatte er mit dem kur-pfälzischen Residenten Pawel-Rammingen
Paris eine Korrespondenz angesponnen, welche vermuthlich die Dur
setzung der Auszahlung gewisser Forderungen Hessen-Kassels an Fran
reich vom dreißigjährigen Kriege her — wir kommen darauf noch un
zu reden — zum Zweck hatten. Pawel hatte nicht ohne Erfolg a
französischen Kabinette gewirkt. Die politische Sachlage, welche Fran
reich die Gewinnung einer größeren Anzahl deutscher Reichsstän
wünschenswerth erscheinen ließ, kam ihm wohl zustatten. Kurz bev
Krosigk seine Augen für immer schloß, sah er sich in der angenehm
Lage, als sichtbaren Ausdruck der Bemühungen Pawels ein an i
gerichtetes Handschreiben des französischen Surintendanten Servien d
Landgrafen einzusenden, woraus dieser erfuhr, daß ohne jede Verpfli
tung von seiner Seite ihm vom königlichen Hofe in Paris auf ein Ja
eine Pension von 12 000 Thalern ausgezahlt werden würde. Paw
solle nur zu diesem Zwecke mit Prokura versehen werden. Krosigk, d
mit Wohlgefallen hervorhob, daß dieses Ergebniß seinen besonder
Bemühungen zu verdanken sei, rieth, an Servien sowohl wie an d
Kardinal Mazarin Dankschreiben zu richten, und gab der Hoffnu
Ausdruck, daß er mit der Zeit bei diesen Konjunkturen ein mehrer
werde erreichen können; einstweilen könne man mit dem, was man j
erhalte, vorlieb nehmen, da es doch eine Lücke fülle oder einen klei
Nothpfennig gewähre.

Ueber diesen hoffnungreichen Aussichten ist Krosigk aus d
Leben gegangen. Landgraf Wilhelm VI. nahm aber mit Dank an, w
der getreue Diener ausgewirkt. Pawel-Rammingen erhielt die Proku
an den Kardinal Mazarin, wie an Servien ergingen die Danksagung
schreiben. [3] Und als das Geld Ende Januar 1658 durch Vermittelu
der Handelshäuser Helisant in Paris und du Mont in Kassel zur Au

[1] Bericht Otto's vom 19. (29.) September. — Hannover.

[2] Er starb am 8. October, der Bericht an den Landgrafen, der hier zu gru
liegt, ist vom 15. (25.) September. — Marburg.

[3] Alle drei Anschreiben am 21. September (1. October) datirt. In d
Schreiben an den Kardinal wird die bewilligte Pension genannt eine marque de
bienveillance, dont Sa Majesté m'honore, und es werden Versprechungen abgegeb
y respondre par une fermeté inviolable à son très-humble service und reco
noistre ces faveurs (NB. des Kardinals) de tout mon pouvoir par mes tr
humbles services. — Marburg.

lung gelangte, wanderten wiederum verbindliche und halbdevote Hand-
reiben des deutschen Reichsfürsten an die Staatsmänner der Krone
nkreich.[1] Bemerkt muß werden, daß in der über diese ganze Ange-
nheit geführten Korrespondenz bis in's Frühjahr 1658 hinein sorg-
ig jede Anspielung auf das Allianzprojekt von beiden Seiten vermieden
Erst am 8. März 1658 schreibt Pawel, daß der Kardinal sich
hst zufrieden über jenes zweite Dankschreiben geäußert habe und bei
wohl zu bemerken gewesen sei, daß man den Landgrafen gern als
nossen einer Defensivliga zu sehen wünsche, welche den westphälischen
eden zu garantiren haben würde.[2]

Immerhin darf seit dem Augenblick, da dem Landgrafen die Nachricht
jener Pensionsbewilligung zugegangen ist, die hessische Politik an
Interessen Frankreichs gebunden betrachtet werden. Ein neuer Faktor
späteren Ergebnissen, denen wir nicht weiter vorgreifen wollen.

23.

ederaufnahme der Verhandlungen unter Inziehung schwedischen und brandenburgischen Vertreter. Stimmungen im October 1657.

Die Sitzung, in welcher Snoilsky und Canstein eingeführt werden
en, war auf den 1. October anberaumt worden, doch wurde sie um
Tage verschoben, da Canstein, welcher allerhand Ausflüchte suchte,
für behindert erklärte.

Am 3. October erschienen die Vertreter der rheinischen Alliirten
Ausnahme der Neuburger, sodann die Braunschweiger und Hessen,
ie Snoilsky und Canstein mit Portmann.

Kanzler Mehl gab eine Uebersicht über die bisherigen Verhandlungen
ersuchte die Neuzugetretenen um ihre Erklärungen. Canstein, welcher

---

[1] Schreiben des Landgrafen vom 25. Januar (4. Februar) 1658 an Mazarin,
ien und Silhon, welch letzterer 400 Kronen Courtagegelder empfing, während
Residenten Pawel 500 Thlr. Gratifikation zuerkannt wurden. Trésorier Villaret
g das ihm angebotene Präsent von 200 Kronen aus. — Marburg.

[2] Pawel-Rammingen an den Landgrafen: Mazarin habe hoffen lassen, de venir
advenir touts les ans à bout de la pension. J'ay bien remarcqué qu'on
it bien aise d'engager V. Alt. à une ligue défensive qui aura pour bornes
aicté de Munster. — Marburg.

als kurfürstlicher Gesandter vor Snoilsky, der ja seinen König nu
wegen dessen Reichsfürstenthümern vertrat, den Vorrang hatte, nahm
zunächst das Wort. Er betonte seines Herrn Geneigtheit zu dem Werke
welches zwar nicht die Kreis- und Exekutionsordnung, deren wirklich
Durchführung er für die Sicherheit des Reiches am zweckdienlichste
erachte, ersetzen könne, dieselben aber doch wohl einigermaßen förder
werde. Besonders aber setze der Kurfürst seine Hoffnung auf dies
Allianz wegen Beseitigung aller Hindernisse, welche die Verfassung de
westphälischen Kreises bisher aufgehalten hätten. Denn dort müsse der
Kurfürsten verbleiben, was ihm zustehe und gebühre. Und nur in diese
Erwartung könne er sich zu der Allianz verstehen. Dabei überga
Canstein die für ihn und Portmann ausgefertigten Kreditive, das de
Zweitgenannten noch auf Koblenz lautend. Feierlich lautete die Schluß
wendung, welche den Wunsch ausdrückte, daß diese geplante Vereinigung z
Gottes Ehre, des römischen Reiches Wohlfahrt und aller Theile Aufnahm
gereichen möge.[1] Kein Wort aber wurde laut von einem Versprech
der baldigen Beibringung der von der Gegenseite so nachdrückli
begehrten Vollmacht.

Snoilsky gab zu vernehmen, daß König Karl Gustav, als er e
sehen, daß das Werk die gemeine Sicherheit bezwecke und so da
leisten wolle, wozu das Reich als solches verpflichtet sei, es für löbli
und nützlich erkannt und in der Meinung, daß die Verhandlungen i
Niederdeutschland stattfinden sollten, dem Grafen Oxenstjerna, später ab
ihm, Snoilsky, Instruktionen ertheilt habe. Auch er überreichte sei
Kreditiv und stellte weitere Erklärungen beim Fortschreiten der Ve
handlungen in Aussicht.

Die ligistischen Gesandten traten ab, ließen aber bald Braunschweig
und Hessen rufen. Nachdem man beiderseits sich über eine Erklärun
auf die Vorträge Jener sich verglichen, eröffnete Mehl dieselbe ku
dahin: Das Fundament sei gelegt, da alle einig seien. Eine eingehe
dere Antwort könne man erst nach der Rückkunft der Neuburger, vo
aussichtlich nach wenigen Tagen ertheilen.[2]

---

[1] Bericht Canstein's vom 26. September (6. October) 1657. — Berlin. U. V
VIII, 537. Wir ersehen daraus zugleich, daß Canstein jene Bedingung wegen de
westphäl. Kreisordnung nur deshalb gleich zum Anfang erwähnte, damit der Kurfürs
wenn er aus irgend welchem Grunde den Beitritt nicht beliebe, die vorauszusehend
Nichtannahme dieser Bedingung zum Vorwand des Abbrechens der Verhandlunge
nehmen könne, „da dann glimpflich sein will, daß gleich anfangs dergleichen erwähn
werde". Er bittet zugleich zur Vermeidung allen Argwohns um Uebersendung de
Vollmacht. — Zur Sache auch der Bericht Otto's vom 29. September (9. October)
— Hannover.

[2] Otto a. a. O.

Peinlich war die Sachlage für Canstein. Vom Kurfürsten zur
ßten Vorsicht angewiesen und von dessen innerster Abneigung gegen
ganze Projekt wohl überzeugt, konnte er nicht anders, als mit allen
glichen Kautelen und stets im Ausblick auf Abbruch der Verhandlungen
llung nehmen. Er selbst hätte in dem Beitritt seines Herrn eben
ts schlimmes für denselben erblickt. Doch wagte er dies nur auf
m Umwege zu unterbreiten. Am kurfürstlichen Hoflager zu Königs-
weilte zur Zeit der mindensche Kanzler Matthias Wesenbeck. An
en schrieb er, daß er zwar alles dem Ermessen des Kurfürsten überlasse,
noch aber, weil er bemerkt, daß die Katholischen mit dem Kurfürsten
ohne Neuburg schließen würden, wenn dieses ihm wegen des west-
lischen Kreises keine Genugthuung gebe — wohl eine Versicherung
neburgs — nicht sehen könne, welche Bedenken den Kurfürsten vom
ritt zurückhalten könnten. Mit den drei geistlichen Kurfürsten stehe
im Kurfürstenverein, mit Kur-Köln zudem in besonderem Bündnisse,
gleichen mit Braunschweig sowie mit Hessen in Erbverbrüderung.
che Sicherheit habe der Kurfürst sonst? Er beleidige jetzt Schweden
habe sich dafür mit erzürnten Feinden verglichen; welche Freund-
ft und welche Versicherung er denn von diesen zu erwarten habe?
werde er großen Unwillen erregen, wenn er ohne genügende
inde seinen Zutritt verweigere. Allein sei er doch nicht mächtig,
Zufällen zu begegnen.[1]

Es wird nicht bekannt, ob Wesenbeck in diesem Sinne dem Kur-
ten Vorstellungen gemacht hat. Einen Eindruck würden dieselben
ihn keineswegs ausgeübt haben. Friedrich Wilhelm mißtraute von
eginn an diesem Werke und er ist dabei geblieben. Wir werden
n, wie die für ihn maßgebenden politischen Verhältnisse ihn von der
mainzischen Mittelpartei und deren Beziehungen zu den auswärtigen
nen wegdrängten. Schon befand er sich auf dem besten Wege zur
lösung von der immer doch nur erzwungenen Bundesfolgschaft für
weden, das ihn in Polen im Stiche gelassen. Wie mit Neuburg so
nte er auch mit Schweden nicht in dieses Bundesverhältniß treten.
n galt es um die Existenz und er war in seiner eigenthümlichen
llung zwischen den beiden Potenzen, deren Widerstreit die Welt nicht
Ruhe gelangen ließ, darauf angewiesen, sich derjenigen anzuschließen,
che ihm mit ihrer Feindschaft den größten Schaden zufügen, als
und für den Augenblick den meisten Nutzen gewähren konnte. Jeden-
s schien ihm der Schwerpunkt seiner Politik nicht in dem Ideenkreise
Mainzers, nicht in der selbstischen Interessensphäre der Häuser

[1] Canstein an Wesenbeck am 2. (12.) October. — Berlin.

Braunschweig und Hessen zu liegen, nicht war sein Platz neben de
alten Todfeinde, dem Neuburger, nicht neben dem gewaltsüchtigen, abe
teuernden Schwedenkönig. Daß er trotzdem über das Allianzproj
getrost mit weiterverhandeln ließ, mag ihm immerhin den Vorwurf d
Zweideutigkeit, der Hinterlistigkeit nicht erspart lassen, politisch klug w
seine Handlungsweise zweifellos. Wer darf unter seinen Gegnern d
Stein aufheben, da doch auch der Pfalzgraf sich munter an den weiter
Verhandlungen betheiligte, trotz der festen Absicht, mit Brandenbu
niemals zu schließen, da doch ferner Kur-Köln durch Aldenhoven d
brandenburgischen Gesandten in Frankfurt mit ausgesuchten Aufme
samkeiten behandeln ließ, durch Fürstenberg aber den Kurfürsten weg
seiner österreichischen Gesinnung bei Frankreich anschwärzte? [1]

Solange die neuburgischen Abgeordneten von Frankfurt fernbliebe
ruhten die Allianzverhandlungen. Die dadurch gewonnene Muße vera
laßte die Vertreter des Hauses Braunschweig, in einer Gesamtrelation
die Regierungen daheim den Stand des Allianzprojektes im Zusamme
hang mit der allgemeinen Lage der Dinge darzulegen und folgend
Raisonnement damit zu verbinden: [2]

Das ganze Allianzwerk hängt nach ihrer Ansicht von dem Wal
geschäfte ab, bei welchem man allem Anscheine nach auf möglichst lan
Ausdehnung des Interregnums bedacht sein wird, um Schweden u
zumal Frankreich durch die Wahl einer ihnen ungenehmen Person kei
Ursache zum Angriff auf das Reich zu geben. Frankreich wird, we
das Haus Oesterreich aus besonderen Erwägungen nicht übergang
werden kann, von Feindseligkeiten nur durch die Vertröstung abgehalt
werden können, daß dieses Haus zuvor aller Feindschaft mit ihm u
Schweden ledig sei und der Eligendus durch bindende Kapitulationsb
dingungen auf alle Unterstützung der Feinde derselben verzichte. Sch
weiß man, daß es zur Durchsetzung solcher Forderungen auf einen ih
gegebenen Wink sich nach Metz und gegen den Rhein zu mit Heeresma
gezogen. Das Reich wird also voraussichtlich, die Wahl falle auf w
sie wolle, vom Kriege nicht verschont bleiben, falls es nicht in eine gu
wirkliche Verfassung gesetzt wird, wozu man aber außerhalb dies
zwischen Mainz, Köln, Trier, Brandenburg, Münster, Neuburg, Brau
schweig und Hessen — Schweden wird nicht genannt — geplanten Bün
nisses nicht gelangen kann. Weil man nun auch dadurch die übrig
mächtigsten Stände des Reiches indirekt herbeizubringen und dem letzter
eine nach dem Muster dieses Bundes zu errichtende Militärverfassu

[1] Vgl. U. A. II, 137.

[2] Gedr. bei Köcher, Anhang S. 632 ff. datirt vom 9. (19.) October.

geben vermeint, wird von Mainz auf Fortsetzung und Beschließung
er Allianz inständigst gedrungen. Ohne die Kapitulation und ohne
Defensivverfassung wird an der Wahlsache mit Bestand und ohne
haden für das Reich nichts gethan werden können. Wird Oesterreich
der Wahl vorbeigeschoben, wird es neben Spanien sich dagegen
nmen. Ist dann keine Verfassung vorhanden, so kann das Reich
der neugewählte Kaiser nicht bestehen. Wird aber Oesterreich
ommen, so werden Schweden und Frankreich das Reich anfallen.
sterreich wird dann mit Hülfe Spaniens das Reich zum Tummelplatz
Krieges wählen und diesen mit dem Schweiße und Blute der Reichs-
nde und ihrer Unterthanen führen, das Reich selbst unter spanisches
h gerathen. Daher kein ander Mittel — denn auf die göttliche
macht allein kann ein verständiger Regent nicht bauen — als die
rfassung im Reich, welche auch, selbst wenn man aus dem Hause
sterreich wählt, Frankreich in Respekt und Furcht halten wird, zumal
n sonst die Kapitulation nach dessen Wünschen eingerichtet sein wird.
e solche Verfassung aber durch einmüthige Zusammensetzung aller
nde im Reich auf die Beine zu bringen, und zwar so, daß deren
eitkräfte in des ganzen Reiches nicht aber Einzelner Verfügung stehen,
int zwar ein unmögliches Ding zu sein, zumal bei dem mangelhaften
stand der Exekutionsordnung; zudem sind in Frankfurt nur wenige
nde zur Zeit vertreten, von denen die abwesenden sich keine Gesetze
den vorschreiben lassen wollen. Wenn aber zunächst die vornehmsten
ngelischen und katholischen Glieder zusammentreten, um gleich anfangs
Auswärtigen Argwohn und Schrecken zu erregen, so wird man
nählich auch Andre herbeiziehen und also auf indirektem Wege dahin
angen, was man sonst ordnungsmäßig nicht erreichen kann. Von
Verfassung hängt dann wiederum der Ausfall der Kapitulation ab.
se den Wünschen und Gerechtsamen der Stände entsprechend zu
eichen, muß man mit dem Beistand und den Drohungen Frankreichs
Schwedens operiren, wozu diese Mächte nach Artikel 8 des west-
lischen Friedensinstrumentes gutes Recht haben. Und in deren In-
esse liegt es ja auch, daß das Gleichgewicht im Reich durch Wahrung
Rechte und Freiheiten der Stände erhalten bleibe. Ist man vor
hluß der Allianz der Kapitulationsbedingungen nicht sicher, so stößt
n jene Mächte vor den Kopf und entäußert sich ihrer Hülfe zu guter
billiger Einrichtung der Kapitulation. Ein über alle Maße schwie-
es und spitziges Werk, und doch so nothwendig und kein ander Mittel
gemeiner Rettung. Nun verdienen die Schweden einen besonderen
gwohn, da man allemal sich von ihnen eines Einbruchs versehen muß
ihre Haltung bisher drohend genug gewesen ist. Dagegen erbieten

sich die Ligisten, namentlich aber der Kurfürst von Mainz, der es m
fach vertraulich und öffentlich vor den kölnischen und trierischen Gesan
und den Vertretern auch anderer zur Allianz gar nicht einmal
rufenen Stände versichert hat, daß sie dem Hause Braunschweig g
Jedermann ohne Unterschied der Religion und ohne Abwägung
Gründe des Angriffs getreulich Beistand leisten wollen. Ob die hil
heimer Allianz genüge, ist fraglich, noch fraglicher aber, ob die d
begriffenen Stände gegen Schweden als Mitgenossen derselben H
gewähren werden, und ebenso fraglich, ob man sich auf Brandenb
verlassen kann, dem man erst neulich selbst die Assistenz abgeschla
hat. Brandenburg, nunmehr mit Polen vertragen, wird nicht n
allein an Braunschweig sich einen Rücken suchen, sondern entweder
dieser Allianz oder an Oesterreich. Letzteres kann nur zu höchs
Nachtheil des Reiches geschehen. Soll aber Brandenburg von Oe
reich ab- und auf die Seite Derer hinübergezogen werden, welche
Erhaltung des Reiches mit Ernst suchen — und seine große Macht
das im polnischen Kriege erworbene Ansehen machen die Verbind
mit ihm wünschenswerth — so kann das besser und füglicher n
geschehen, als durch förderlichsten Schluß dieser Allianz, da die
kommen kann, wo es Brandenburg etwa nicht gelegen sein mag.
guter Anfang dazu kann ja durch die von Brandenburg selbst vo
schlagene engere Korrespondenz mit dem Hause Braunschweig gem
werden. Jedenfalls ist die Allianz dem unsicheren Ergebniß der n
weit im Felde befindlichen Kapitulation vorzuziehen.

Mit diesem ausführlichen Gutachten kreuzte sich die Antwort
Herzogs Christian Ludwig von Braunschweig-Celle auf den Be
Witte's über die Eröffnungen Cansteins betreffs der Wünsche des K
fürsten Friedrich Wilhelm nach engerer Korrespondenz mit dem H
Braunschweig.[1] Danach hängt ein Eingehen auf des Kurfürsten Begeh
ab von gründlicher Unterrichtung über die Pläne desselben nach
troffenem Frieden mit Polen, und zwar ob er trotzdem mit Schwe
und dieses mit ihm in gutem Einverständniß und Frieden bleiben wü
sodann wie weit der Kurfürst mit Polen und Oesterreich über
Neutralität, von der man rede, hinaus sich verbindlich zu ein- u
gegenseitiger Garantie eingelassen habe, wovon allerhand bedenkl
Gerüchte im Schwange gingen. Denn man dürfe sich nicht mit Jeman
vertiefen, dessen Endziele nicht bekannt seien. Canstein sei gründ

---

[1] Erlaß des Herzogs vom 8. (18.) October. — Hannover. Die Ansichten
beiden anderen Herzöge dürften sich wesentlich mit den hier ausgesprochenen ge
haben.

zuforschen und darüber solle berichtet werden, worauf ungesäumt
olution erfolgen werde.

Die Politik des Hauses Braunschweig war eben allen verbindlichen
nachungen abhold, welche in irgend einer Weise eine wirkliche Hülf-
ung seinerseits hätten in Aussicht treten lassen. Nur für sich selbst
lte man den Nutzen ziehen, alles was an reelle Gegenleistung über
papierenen Bestimmungen hinaus erinnerte, wurde mit lebhafter
eu abgelehnt. Eine Allianz mit dem vor der Entscheidung der
ffen nicht zurückbebenden brandenburger Kurfürsten war für eine
he Politik kein erstrebenswerthes Ding. Ihr sagte das friedensselige
tem des mainzer Kurfürsten weit mehr zu. Im Rahmen einer
ßeren Allianz auf dessen Grundlagen glaubte man eine Verbin-
g mit dem Brandenburger sich schon eher gefallen lassen zu dürfen.
nso geringe Neigung verspürte man für eine Anlehnung an Schweden,
er ein sorgfältiges Umgehen aller Bezugnahme auf die hildesheimer
anz. Ganz ernstlich erblickte man auch auf dieser Seite in der
bindung mit den rheinischen Ligisten das geeignetste Mittel zur Her-
ung eines Gleichgewichts im Reiche gegenüber allen Kriegsgefahren
den drohenden Gewaltstreichen der fremden Kronen, wie vornehm-
des Hauses Oesterreich.

Canstein, von den Braunschweigern um nähere Auskunft über das
Anregung gebrachte Projekt einer brandenburgisch-braunschweigischen
ndereinung befragt, entgegnete, daß es neuer Abmachungen nicht
irfe und nur statt einer auf bestimmte Jahre geschlossenen Verbindung
feste, unzertrennliche Korrespondenz und Einmüthigkeit befestigt werden
. Wenn dann im niederen Deutschland in eiligem Falle ein Sukkurs
hig werden sollte, würden Brandenburg und Braunschweig unter der
, daß die oben gesessenen Stände ihre Hülfe sendeten, einander
eunig die Hand bieten und der Gefahr entgegen gehen können.[1]

Bei Kur-Mainz hatten unterdessen die Braunschweiger den Eindruck
innen müssen, daß bei den Verhandlungen um die Allianz ein beson-
s Absehen auf Brandenburg gerichtet werde. Hatte doch Kurfürst
hann Philipp geäußert, daß, falls Neuburg und Brandenburg sich
dem Handel durchaus nicht sollten vergleichen können und es nicht
ers möglich wäre, er lieber jenes als dieses daraus entrathen möchte.[2]
ähnlicher Form hatten dies der Kurfürst wie auch Fürstenberg gegen
brandenburgischen Gesandten selbst geäußert, weshalb nunmehr Can-
n fast mit den gleichen Worten, die er an Wesenbeck geschrieben,

[1] Gesamtrelation der Braunschweiger vom 20. (30.) October. — Hannover.
[2] Bericht Otto's vom 10. (20.) October. — Hannover.

dem Kurfürsten den Zutritt zur Allianz anempfahl und noch hinzufü
daß jetzt, wo der Krieg allgemach sich wieder in's Reich zu ziehen begi
der Bund höchst nöthig werden wolle und selbst die Sicherheit
Wahl darauf beruhe, wie denn Etliche vermeinten, daß vielleicht Fr
reich auf eigenen Antrieb oder auf Anderer Veranlassung einige Vö
an den Rhein ziehen werde, um dadurch die Kurfürsten, zumal die
Rhein gesessenen, sich zuwillen zu machen, „welchem gleichwohl anders n
dann durch dergleichen Zusammensetzung füglich zu begegnen" — eine
merkenswerthe Uebereinstimmung mit den Anschauungen der braunschwe
schen Diplomaten. Daß diese über diese Auffassung Cansteins
einiger Genugthuung heimberichteten, ist erklärlich. Es machte Eindr
daß die Brandenburger auf einmal die Beschleunigung der wegen Ab
senheit der Neuburger stockenden Allianzverhandlungen forderten.

Man hätte unter diesen Umständen bei der Aussicht auf
wickelungen zwischen Brandenburg und Schweden erwarten dürfen,
je stärker sich eine Neigung für die Herbeiziehung des ersteren offenb
sich um so vorsichtiger die Behandlung des zweiten bemerkbar gemacht h
würde. Der Kurfürst von Mainz aber rieth gerade unter dem Ein
seiner Friedenstheorie lebhaft dazu, die Schweden bei diesen Verhandlun
nicht zu verletzen, sondern sie zum Vortheil gemeiner Ruhe mögl
zufrieden zu stellen, jedoch natürlich ohne jede Vertiefung in die däni
Unruhe, sondern in der Weise, daß man Schweden mit allen seinen Gesu
auf die Generalgarantie verweise und doch dazu sich diese Allianz
keineswegs verbinde oder zu besonderer Hülfeleistung schuldig erach

Um den 20. October herum lief an die Adresse Cansteins
Frankfurt aus Königsberg ein vom 5. October datirtes kurfürstli
Kreditiv zu den Allianzverhandlungen ein, ausgestellt auf Canstein se
den Johann v. Portmann und den in Begleitung des Ersteren jü
in Frankfurt erschienenen Friedrich v. Jena.[2] Vorläufig fand sich je
keine Gelegenheit zur Ueberreichung desselben: den ganzen Monat Oct
hindurch war es nicht möglich, eine Sitzung in der Alliazsache zusta
zubringen. Denn noch immer wartete man auf die Wiederkehr e
der neuburgischen Gesandten, die erst ganz am Ende des Monats erfol
sodann verreiste auch Bisping in einer Kammergerichtsangelegenheit
Bischofs, seines Herrn, nach Speyer. Auch hielt wohl der Kurfürst
Mainz zurück, bis daß von seinen rheinischen Mitalliirten, zumal
Neuburger, über die von Canstein bei seiner Admission betonte Forder

[1] Gesamtrelation der Braunschweiger vom 20. (30.) October. — Hann
[2] Abschriften in Düsseldorf und Hannover. Empfangsbestätigung der Bran
burger an den Kurfürsten vom 10. (20.) October. — Berlin.

randenburgs wegen Neuordnung der Dinge im westphälischen Kreise
esolution erfolgt wäre.[1] Auch waren für den Mainzer noch mindestens
enso wichtige Fragen, als die der Allianz vorhanden, welche seine ganze
ufmerksamkeit in Anspruch nahmen. Die Unterhandlungen mit den
ranzosen wegen der Kaiserwahl wurden immer lebhafter. Anfang October
gab sich Fürstenberg im Auftrage Gramonts und Lionne's nach
ünchen, um den Kurfürsten von Bayern mit erneuten Lockungen zur
nnahme der Kaiserkrone zu bewegen. Mit stolzem Prahlen und voll
el Vertrauen auf seine glänzende Dialektik zog er von dannen. Auch
r Plan eines Bündnisses des Mainzers und seiner Genossen mit der
rone Frankreich gewinnt zu dieser Zeit an Boden. Die französischen
esandten in Frankfurt reichten eine auf sie gerichtete Vollmacht des
önigs zum Abschluß von Bundesverträgen mit den deutschen Reichs-
nden bei den Vertretern der rheinischen Ligisten ein.[2] Es stand also
vermuthen, daß sie nunmehr bald mit der Forderung hervortreten
ürden, daß man sie zu den Allianzverhandlungen mit hinzuziehen solle.
hne jede Kenntniß dieser Vorgänge schienen freilich die evangelischen
nteressirten zu sein, den Schweden etwa ausgenommen.

Wenig Wohlwollen brachte der Bischof von Münster dem französi-
en Projekte entgegen. Gleich unliebsam war ihm die Verbindung
e mit Schweden so mit Frankreich. Er hätte es lieber gesehen, wenn
an mit beiden „niemalen angelegt hätte." Doch glaubte er auf die
ingende Vorstellung des Kurfürsten von Mainz in Anbetracht des
zigen verwirrten Zustandes seines Stiftes von den alten Genossen
r Liga, von denen jetzt auch Kur-Köln völlig in französisch-schwedischem
ahrwasser zu steuern schien, sich nicht absondern zu dürfen. Daher
tte er Bisping angewiesen, daß er sich vernehmen lasse, mit Bran-
nburg, welches in keinen Krieg mehr verwickelt, sei schlechterdings,
it Schweden aber nur bedingungsweise zu verhandeln und dieses erst
fzunehmen, wenn es der gegenwärtig ihm aufliegenden Kriege ledig
n werde. Er wünsche solche Verwahrungen, daß man auf keinen Fall
einen ausländischen Krieg verwickelt werde. Die Allianz soll eine
in defensive sein und sonderlich gegen das Reich und den künftigen
aiser keine Bestimmung darin zu finden sein. Schließlich wünscht er
och die unauflösliche Erhaltnng der alten kölnischen Liga während der
reinbarten Zeit und nähere Aufklärungen über die Ziele und Absichten
rankreichs.[3] Bemerkbar wird in dem vorliegenden Falle der Einfluß

[1] So vermuthete wenigstens Canstein. Sein Bericht vom 10. (20.) October. —
erlin.

[2] Bericht Bisping's vom 28. October. — Münster.

[3] Erlaß des Bischofs an Bisping vom 9. October. — Münster.

Oesterreichs, von welchem der Bischof augenscheinlich gute Dienste geg die Stadt Münster erwartete, vermuthlich aufgrund der ihm von die Seite gemachten Verheißungen. An Beziehungen Bispings zu Volm in Frankfurt mangelte es nicht. Und von letzterem hatte derselbe w die Nachricht, die er Ende October heimsandte, daß Brandenburg, tr dem es anfangs sich auf dieses Werk eingelassen, keineswegs gesinnt die Allianz wirklich mitzuschließen, sondern mit Oesterreich offensiv u defensiv gegen alle Welt sich verbündet habe, welcher Umstand hin u wieder große Veränderungen bewirken werde. Da es aber, so hieß weiter, auch mit Schweden der Allianz halber seine Schwierigkeiten ha würden diese Verhandlungen wohl endlich einen guten Ausschlag mit den beiden Häusern Braunschweig und Hessen gewinnen.[1]

Trier, Köln und Neuburg, wie auch Hessen-Kassel verhielten schweigsam. So verlief in der Allianzfrage der Monat October und ereignißlos, bis endlich am 29. oder 30. Kanzler Gise mit ne Weisungen in Frankfurt eintraf. Sofort ließ das kur-mainzische Dir torium zur Sitzung auf den 31. October ansagen.

24.

Die ersten Berathungen über den neuen Bundesrece Gegensätze.

Vor der Aufnahme der Verhandlungen versuchte Brandenburg seinen evangelischen Genossen die Vereinigung zu einem Ganzen gegenü der geschlossenen Partei der Katholiken durchzusetzen. Dem widerstreb von vornherein die Braunschweiger, um nicht ihre drei Voten zu v lieren und weil vorauszusehen war, daß in diesem corpus evangelicoru Brandenburg wegen seiner Machtstellung und als erstvotirendes Mitgli die Spitze nehmen und die Genossen nach seinem Willen lenken wür Man wich also aus, erklärte aber, daß man ohnehin alle wichtig Angelegenheiten und, was die gemeinsamen Interessen berühren möch vorher mit einander zu besprechen nicht unterlassen würde.[2]

---

[1] Bericht Bispings vom 28. October. — Münster.

[2] Diarium Heyland's unter dem 19. (29.) October. Am 3. (13.) Novemb berichtet auch Otto: Es hat sonst aus einem und andern actu das Ansehen, als Brandenburg sich eines condirectorii bei diesem Werk allgemach anmaßen woll dagegen wir aber der Gebühr vigiliren. — Hannover.

So nahte der 31. October. Vor Beginn der Plenarsitzung ver=
indigten die Braunschweiger sich besonders mit Badenhausen über
e Frage, ob man heute nur über eine Form der allerseits vorzulegenden
ollmachten, welche sehr von einander abwichen, sich vergleichen oder
ch noch von den Materien des Bundesinstrumentes reden wolle. Man
ırde einig, letzteres auf die nächste Sitzung zu verschieben und dem
r=mainzischen Direktorium zunächst die Abfassung einer für alle ge=
einsamen Formel für die Legitimationen zu übertragen, welche nach
utbefinden durch die Versammlung den Prinzipalen zur Ausfertigung
geschickt werden sollten.[1] Auch beschloß man, den kölnischen Receß
n 1654 dem neu zu entwerfenden Instrumente zugrunde legen zu
ſen und dessen einzelne Paragraphen nach den Erinnerungen und
rbesserungsvorschlägen der einzelnen Votanten abzuändern. Man
ffte, so möglichst bald zu einer allen Theilen genehmen Fassung gelan=
ı zu können. Es wurde zugleich einer von Snoilsky gegebenen An=
ıung gedacht, wonach auf die Einladung noch anderer Potentaten,
rfürsten, Fürsten und Stände Bedacht genommen werden sollte, und
chloß in Beziehung hierauf, es bei Artikel 16 des kölnischen Recesses
belassen, wonach einfach Allen, welche sich anmelden würden, der
itritt offen stehen sollte.[2]

Als man im Plenum zur Verhandlung schritt, stellte Mehl zwei
nkte zur Tagesordnung, die Prüfung der Vollmachten und Abgabe
: Erklärungen seitens der Evangelischen auf die diesen mitgetheilten
cesse vom 15. December 1654 und 11. August 1655. Canstein, wel=
r von Portmann und Jena begleitet erschienen war, erklärte gleich
f den zweiten Punkt, daß doch wohl ohne Zweifel unter den Vertrag=
ließenden ein neuer Receß aufgerichtet werden müßte, für welchen
: vorgelegten Dokumente nur die Vorlage abgeben dürften. Doch
ırde er seinerseits, wenn Jemand hierzu den hildesheimer Vertrag
rschlagen sollte, auch damit einverstanden sein. Jedenfalls könne ein
ues Instrument nur durch Durchberathung der gewählten Vorlage
ınkt für Punkt nach vorgebrachten Abänderungsvorschlägen zustande
nmen. Dieser Ansicht zollte Snoilsky Beifall; auch erwähnte er
rklich schon heute unter Bezugnahme auf Artikel 16 des kölnischen
ecesses, daß es wünschenswerth sein dürfte, noch Andre zum Beitritt
fzufordern, und zwar solche, welche gleiche Zwecke mit den hier Ver=
nmelten verfolgten. Schwarzkopf erklärte, daß Herzog Augustus keine

---

[1] Die langwierigen Verhandlungen über diese rein formale Sache dürfen billig
r übergangen werden.

[2] Diarium Heyland's vom 21. (31.) October. — Hannover.

Bedenken habe, ob man nun die Recesse von Hildesheim oder Brau
schweig (die brandenburgisch-braunschweigische Allianz) oder die von Kö
und Frankfurt zugrunde legen wolle, wenn man nur schnell und leid
zum Ziele komme. Freilich erwarte man auch von den Alliirten beso
dere Erläuterungen zu ihren Recessen. Gegen den Vorschlag Bremen
wegen weiterer Einladungen habe man im Prinzip nichts einzuwende
doch sei ja noch Niemand zu sehen, der beizutreten wünsche. Dah
solle man ohne Verzögerung zur Sache schreiten.

Witte und ähnlich Otto stimmten für Zugrundelegung des ku
rheinischen Recesses, wie man wohl auch den Vertrag vom 15. Decemb
1654 nannte, und erklärten, wegen Hinzunehmung weiterer Stände ni
instruirt zu sein, während Badenhausen seinerseits ohne nähere Erlä
terungen gerade dieses durchblicken ließ, ihnen aber in ersterem Pun
Beifall gab. Auch er drängte übrigens zur Beschleunigung der Ve
handlungen.

Snoilsky erklärte, daß er die Einladung anderer Stände nur
guter Absicht und nicht, um das Werk aufzuhalten, angeregt habe. D
Ergebniß der Sitzung bildeten die Beschlüsse, daß Kur-Mainz eine gemei
same Formel für die Vollmachten vorlegen solle und man den kölnisch
Receß von 1654 zur Grundlage eines neu zu vereinbarenden Bunde
instruments zu nehmen habe. [1]

Sofort nach diesen Vorgängen konnte man die Braunschwei
damit beschäftigt sehen, den nunmehr zur Vorlage bestimmten köl
schen Receß nach denen von Hildesheim und Braunschweig einzurichte
Sie befanden gar nothwendig, die Artikel 2 bis 5 insoweit zu ergänze
daß in ihnen das aufgenommen würde, was hier wegen der allgemein
Reichs- und Kreisverfassung und des Verhaltens der Alliirten zu Andr
und untereinander selbst ausgedrückt war, und vereinbarten eine Ne
fassung der genannten Artikel. Der zweite enthielt danach die Bestim
mung, daß die Konföderirten in Rath und That treu zu einander stehe
über alles, woraus Unruhe entstehen und der Assistenzfall hergeleit
werden könne, vorher zeitig sich untereinander benehmen und kein
Gliedern des Reiches noch fremden Kronen, Potentaten oder Republik
zu Beleidigung, Einfall, feindlichem Ueberzug u. dergl. Anlaß geben,
die zwischen den fremden Kronen obschwebenden Kriege direkt oder ind
rekt sich nicht mischen oder mischen lassen und auf alle sich zutragen
Fälle mit wirklicher Macht einander behülflich sein wollen. Artikel
setzt den Fall voraus, daß ein Konföderirter vom andern angefall
werden könnte, in welchem Falle dann die Bundesgenossen gleichermaße

[1] Nach dem neuburgischen Protokoll des Gise. — Düsseldorf.

eistand zu leisten verbunden sein sollen. Artikel 4 bemerkt, daß die
reisverfassungen, von denen besonders die westphälische durch etliche
ngefallene Verhinderungen nicht habe in Vollzug gesetzt werden können,
urch diese Allianz nicht sollten verhindert, sondern mit allem Fleiß und
ifer befördert werden. Und Artikel 5 verordnet die gütliche Beilegung
ller etwa bereits vorhandenen oder später eintretenden Zerwürfnisse
nter den Genossen des Bundes, denen alle Gewaltthätigkeit untersagt
in solle. Man glaubte, hiermit die Formel zur Herstellung eines
träglichen Verhältnisses zwischen Brandenburg und Neuburg bereits
wonnen zu haben.[1]

Badenhausen, dem die Braunschweiger diesen Entwurf zeigten,
ißerte sich darüber nicht, da er, wie er gestand, bis zur Ankunft eines
rsatzmannes für den verstorbenen Krosigk sich in nichts verbindlich
klären könnte.[2]

Auch die Braunschweiger erfüllten ihren Prinzipalen gegenüber ihre
flicht durch erneute Gesamtberichterstattung, allezeit eingedenk des
uftrags, nichts einzugehen, wodurch man in die jetzt vorhandenen Kriege
it verflochten werden könnte. Sie erachteten für ihre Pflicht, anzu-
euten, daß eine solche Politik der unbedingten Neutralität unter den
waltenden Verhältnissen wohl nicht ganz aufrechtzuhalten sein möchte.
s könnte, meinten sie, eines Tages doch wohl geschehen, daß Braun-
hweig von Schweden, Dänemark, Polen oder Jemand anders unten
n Reich oder droben etwa Kur-Köln von Frankreich oder Spanien
ngegriffen würde. Wenn dann die Assistenz unter dem Vorwande der
loßen Defension in einem oder dem andern Falle geleistet würde, könnte
s eben doch ohne Offension der Angreifer nicht abgehen und würde
emnach ein Krieg so wie so unvermeidlich sein. Was besonders den
Bunsch des Hauses Braunschweig anlange, mit Frankreich auf gutem
Fuße zu bleiben, so lasse sich trotz allen erdenklichen Grübelns doch kein
Bort oder Klausel finden, wodurch die Herzöge in dem Falle eines
nfalles Frankreichs auf einen der Alliirten von der bundesmäßigen
ülfeleistung entbrochen werden könnten. Ja, wenn etwa in Artikel 2
lle Assistenz wider die Kronen ganz allgemein für alle Zeit ausge-
hlossen werden sollte, dann würde auch Haus Braunschweig im Noth-
alle gegen Schweden sich keiner Hülfe zu getrösten haben. Welchen
Nutzen würde dann die Allianz den Auswärtigen gegenüber haben?

[1] Entwurf dieser 4 Punkte in Düsseldorf und Münster. Bisping übersandte
hn dem Bischof am 14. November. Mainz gab ihn seinen Alliirten zur Kenntniß,
rotzdem, wie aus einem Berichte Otto's vom 7. (17.) November hervorgeht, die
braunschweiger ihm denselben „insgeheim" zugeschoben hatten.

[2] Alles nach dem Berichte Otto's vom 27. October (6. November). — Hannover.

Der Kurfürst von Mainz habe mehrmals versichert, daß die Alliirt sich verbindlich machen würden, gegen Jedermann, aus jedem Anla ohne Unterschied der Religion Beistand zu gewähren. Wie aber könn das geschehen, wenn Braunschweig sich dieser Verpflichtung, wenn gegen Frankreich gelte, entschlagen wollte! Dies könnte überhaupt n zum Abbruch des in ganz Europa geachteten Namens des Hauses Brau schweig unternommen werden, welches auf diese Weise auch alles B standes sich entäußern würde und also einer anstürmenden Uebermac unterliegen müßte. [1]

Obwohl Badenhausen für sich selbst gegenüber den braunschw gischen Abänderungsvorschlägen zum Bundesreceß Zurückhaltung geze hatte, übernahm er es doch, Canstein darüber auszuholen, nachd auch Witte dies gethan haben würde. Letzterem erklärte Canstein, für seine Person könne damit bis auf einige Veränderungen in d Form wohl einverstanden sein: doch müsse er erst mit Portmann u Jena reden. Uebrigens habe auch er Monita beizubringen. [2]

Am 8. November unterrichtete Canstein den Kanzler Schwarzko von einem eingetroffenen Befehle seines Herrn, wonach er und Je zur Berichterstattung nach Berlin abberufen seien; etwa in zehn Tag gedenke er dahin abzureisen, werde es daher gern sehen, wenn zuv der ganze kölnische Receß durchberathen würde, weshalb er mit alle Fleiß auf Fortfahren in den Sitzungen dringe und auch durchgese habe, daß die nächste am 10. November stattfinden solle. [3]

Bei dieser Zusammenkunft nahm Canstein den neulich von Snoils angeregten Punkt der Einladung weiterer Stände wieder auf und schlu allerdings nur unverbindlich, als solche Kur-Pfalz, Ansbach und Ba reuth, Württemberg, Baden-Durlach und Hessen-Darmstadt vor. Da erklärte er für rathsam, in dem Recesse diejenigen Landestheile bezeichnen, hinsichtlich deren ein Jeder herbeitrete. Wenigstens seien d Reichslande zu nennen, die ein Jeder mit Rechtmäßigkeit besitze un welche ihm aufgrund des Friedensschlusses zukämen. Hierhinter verba

---

[1] Gesamtrelation der Braunschweiger vom 24. October (3. November). Hannover. Gedr. bei Köcher, Anhang S. 639. Abgesandt wurde dieser Bericht e am 6. November.

[2] Diarium Heyland's vom 27. October (6. November) und Bericht Otto's v gl. T. — Hannover.

[3] Diarium Heyland's vom 30. October (9. November). — Hannover. D Befehl des Kurfürsten datirte wohl gleichzeitig mit dem von Portmann in sein Berichte vom 27. November (7. December) erwähnten kurfürstlichen Erlaß (Saalfe den 22. October), wonach er angewiesen wurde, „bei vorgehenden Sachen sich ni hauptsächlich einzulassen, sondern alles ad referendum zu nehmen". — Berlin.

ch die Absicht, auch Pommern mit in die Garantie des Bündnisses
hineinzuziehen, wogegen ja, wie der Kurfürst wußte, eine Strömung
derer bestand, welche auf jener Seite einen Zusammenstoß zwischen
Schweden und Brandenburg erwarteten. Uebrigens, so fuhr Canstein
fort, könne er nicht verschweigen, daß der Kurfürst noch keinen Befehl
ertheilt habe, sich mit Pfalz-Neuburg bundesschlüssig einzulassen, jeden-
falls werde er hierüber seinen besonderen Bericht abwarten. Was er
jetzt so mit verhandele, sei als verbindlich nicht zu erachten, da alles
auf die Entscheidung des Kurfürsten ankomme. Mit den Schirmver-
wandten, die der kölnische Receß nenne — der Begriff sei übrigens noch
zu erläutern — wolle man gar nichts zu schaffen haben. Auch sei in
diesem Receß nicht ausgesprochen, ob er auch für die Erben und Nach-
folger der Vertragschließenden Geltung haben solle: es sei also gleichsam
ein Personalwesen und deshalb eine Bestimmung darüber aufzunehmen.
Besonders sei die Heranziehung der Domkapitel wünschenswerth. Und
schließlich müsse gleich eingangs eingerückt werden, daß durch diese Allianz
die Reichs- und Kreisverfassungen keineswegs beeinträchtigt werden
sollten.

Erfreulicher lautete die Erklärung Snoilsky's, daß er mit dem köl-
nischen Recesse ungefähr so, wie er da vorliege, einverstanden sei, da
darin schon, worauf es eben ankomme, der Zweck des Friedens und des
Schutzes für die von Gewalt bedrohten Mitstände ausgedrückt sei.[1] In-
dessen werde man allerdings auf die brandenburgischen Erinnerungen
Rücksicht nehmen müssen. Doch behielt er sich für die Berathung über
die einzelnen Paragraphen noch besondere Monita bevor. Die Forde-
rungen der Braunschweiger — wir übergehen unwesentliches — hielten
sich ganz in dem Rahmen der von ihnen vereinbarten, uns bekannten
Abänderungsvorschläge zu den Artikeln 2—5 des kölnischen Recesses.
Radenhausen behielt sich in Erwartung besonderer Instruktionen seine
Monita zum Recesse bevor, bemerkte jedoch vorläufig, daß die Einnahme
der von Brandenburg vorgeschlagenen Stände auch von Hessen gewünscht
werde. Auch sonst zeigte sich bei ihm eine Uebereinstimmung mit den
Forderungen Cansteins.[2]

Den Invitanten war an vielem, was von der Gegenseite gewünscht
wurde, wenig gelegen. Besonders unliebsam war ihnen wohl die For-
derung der Einwilligung der Domkapitel, mit denen in solchen Fällen

[1] Auf Otto machte diese Erklärung den Eindruck, daß der Schwedische zu denken
scheine, „als ob er seine Intention schon erreicht und daß sein König an den Kon-
federirenden Gesellschaft zu seinen Kriegen contra quoscunque erlangen werde. S.
Bericht vom 3. (13.) November. — Hannover.

[2] Sitzungsprotokoll in Düsseldorf.

schwere und langwierige Unterhandlungen zu erwarten standen, der
Zustimmung in rein politischen Dingen die geistlichen Fürsten überhau
entrathen zu können meinten. Waren doch einst die Bundesverhan
lungen zwischen Kur-Köln und Braunschweig gerade an dieser Forderu
des letzteren gescheitert. Die Nennung nur protestantischer Stände, wel
zur Vermehrung des Einflusses auf ihrer Seite von der Gegenpa
herbeigewünscht wurden, war höchst verdächtig. Die Erwähnung
westphälischen Kreisverfassung mußte Neuburg gründlich verstimm
Und nun gar noch die Erklärung Brandenburgs, daß es noch n
genau wisse, ob es neben Neuburg beitreten könne.

Die Alliirten erachteten eine Sonderberathung unter sich für
boten, worin Mehl den ihm übergebenen Aufsatz der Braunschwei
zur Umfrage stellte. Trier fuhr heraus: Nun sehe man, daß Brand
burg und die Andern darauf hinauszielten, einen ganz neuen Receß
wegezubringen, und dazu habe man keine Lust. Der alte Vertrag m
in Geltung bleiben und dürfe man auch Keinen davon ausschließ
Nur nicht sich dem Willen der Andern fügen! Habe doch auch dam
Kur-Mainz den Receß, wie er ihm mitgetheilt, nur mit der gerin
Abänderung wegen der Kontingente angenommen. Dies sei der Gegens
ernstlich zu bedeuten. Auch werde sich der Kurfürst schwerlich zu n
mehrerer Erweiterung verstehen, welche das Gleichgewicht zwischen
tholischen und Evangelischen stören würde. Auch sei schon auf
Friedenskongreß in Münster jene Forderung nach Zustimmung der D
kapitel lebhaft bestritten und fallen gelassen worden. Ueber die Zu
hörigkeit Neuburgs zum Bunde sei kein Wort zu verlieren, auf kei
Fall dürfe seine Ausschließung zugegeben werden. Die Schirmverwand
könne man fallen lassen oder nicht. Kur-Köln bemerkte kurz, daß
durchaus nicht willens sei, Neuburg auszuschließen. Man beharre
der alten Allianz, und sollten darin wesentliche Veränderungen bezw
werden, müsse erst heimberichtet werden. Weitschweifig und bemerke
werth waren die Erklärungen Bispings. Braunschweig und Hess
meinte er, hätten ja selbst immer verlangt, daß nur mit Solchen
schlossen werde, welche mit keinem Krieg behaftet wären. Man mü
sich verwahren, daß man später weder direkt noch indirekt in einen Kr
verwickelt werde. Und nur rein defensiv müsse man sich verhalten,
allen Dingen aber dürfe keine Feindseligkeit gegen das Reich oder
künftigen Kaiser hervorscheinen.[1] Zugleich betonte Bisping den Wun
des Bischofs nach Unauflöslichkeit der Allianz während der vere

[1] S. zu dem oben bereits mitgetheilten auch eine Weisung des Bischofs
Bisping vom 13. November 1657: Weiln wir verhoffen, daß die Wahl bei

arten Zeit. Schließlich ließ er auch nach den vor Augen liegenden rfahrungen mit Brandenburg und Schweden seine warnende Stimme egen Herbeiziehung noch anderer Stände vernehmen.

Die Erklärungen, welche sich mit denen Kölns und Triers deckten, irfen übergangen werden. Aehnlich lauteten diejenigen Gise's, der ßerdem noch auf die Beiziehung des Landgrafen von Darmstadt hin- ies, der bei seinem Schwiegersohne Philipp Wilhelm von Neuburg rum nachgesucht habe. Ueber Brandenburgs Zumuthungen, fuhr er rt, habe der Pfalzgraf sich sehr aufgebracht gezeigt, da er gemeint itte, daß der Kurfürst sich mit dem würde haben sättigen lassen, was ihm vor sechs Jahren weggenommen, wo er, der Pfalzgraf, alles habe rsetzen und verpfänden müssen. Er empfinde es höchlichst übel, daß an ihn schon bei den Präliminarien ausschließen wolle.[1] Wie man öln wegen Thorn und Münster wegen der auffässigen Stadt nicht ver- ssen habe, werde man jetzt hoffentlich auch ihn nicht preisgeben, sondern r andern Partei bedeuten, daß man ihn nicht ausschließen wolle. ehl — das Direktorium stimmte zuletzt — gab übereinstimmende An- hten zu erkennen und versprach, daß man alle diese Erinnerungen zu- mmentragen und wiederum zur Berathung stellen werde, um bei den erhandlungen den Eingeladenen gegenüber als eine geschlossene Partei fzutreten. Die Beiziehung noch weiterer Stände sei ein weitaussehen- s Werk, für diesmal wolle man sich mit dem Mangel an Instruktionen tschuldigen. An ein Zugeständniß betreffs der zustimmenden Erklärung r Domkapitel sei nicht zu denken, ebensowenig an eine besondere Er- ähnung des westphälischen Kreises, welche Frage nicht vor dieses Forum ndern auf den dortigen Kreistag gehöre. Neuburg sei auf keinen Fall iszuschließen, die deswegen von Trier vorgeschlagene Resolution sei die ste und man könne noch hinzufügen, daß ja auch Neuburg seiner Zeit chts derartiges verlangt hätte.[2] Das Ergebniß dieser Sitzung war so völlige Einmüthigkeit unter den alten Genossen und Stellungnahme gen die wesentlichsten der von Brandenburg vorgebrachten Forderungen.

Am 13. machten sich auch Bewegungen unter den Evangelischen merkbar. Als die Braunschweiger in der Wohnung Schwarzkopf's

chlöbl. Haus Oesterreich verbleiben wird, als hast dem Herrn Volmari und andern lda anwesenden österreichischen Ministris bei Begebenheit an Hand zu halten. — ünster.

[1] Gise muß also wohl noch vor der Sitzung vom 10. November Nachricht von n damals noch bevorstehenden Erklärungen Canstein's gehabt und darüber berichtet ben. Nach Ausweis der Akten hat er das Protokoll vom 10. erst am 11. über- ndt, worauf am 12. noch kein Bescheid von Bensberg dasein konnte.

[2] Alles nach dem Protokoll in Münster.

den kölnischen Receß durchgingen und dazu ihre Erinnerungen zusamme
trugen, um sich deren in der nächsten Sitzung zu bedienen, erschien b
ihnen Canstein, mit welchem man über verschiedene Artikel redete. Wi
begab sich alsdann zu Snoilsky, Heyland mit Otto zu Badenhaus
um sie von den Abmachungen in Kenntniß zu setzen.[1]

Eine Plenarsitzung fand am 14. November statt. Mehl nahm d
Wort, um auf die von den Eingeladenen abgelegten Erinnerungen z
kölnischen Receß die Erklärung der Alliirten zu eröffnen. Als anneh
bar bezeichnete er die Forderungen einer Spezifizirung der einzeln
Lande der Vertragschließenden, doch ohne die Einschränkung durch
Klausel vom rechtmäßigen Besitze derselben, desgleichen auch die Hin
fügung der Nachfolger, Erben und Nachkommen, doch ohne Erwähnu
der Einwilligung der Domkapitel, da die geistlichen Fürsten in Te
poral=, Regierungs= und Reichssachen freie Hand und ihre Nachfol
auch so zu verpflichten Macht hätten. Ausdrücklich wurde dabei a
das Beispiel beim westphälischen Friedensschluß hingewiesen. Als V
besserungsvorschläge für Artikel 1 lasse man sich gefallen die Klaus
vom gegenseitigen Vertrauen der Alliirten und ihrem friedlichen V
halten, von der gütlichen Beilegung aller Zerwürfnisse sowie von
Nichteinmischung in fremde Kriege. Es wurde hierin die Fassung
Braunschweiger für gut befunden. Für Artikel 2 wurde die Bestimmu
aufgenommen, daß man durch das Bündniß die Exekutions=Ordnu
und die Reichs= und Kreisverfassungen — ohne die westphälische
sonders zu nennen — nicht „zurückstellen, stecken oder verhindern" wo
Die Schirmverwandten werde man benennen. Was aber die fern
Einladung benannter Fürsten anbetreffe, so sei man auf seiten der Al
irten nicht instruirt. In der Einleitung, schlug man vor, von Erhaltu
der deutschen Freiheit, jura und Präeminenz zu reden. Schließlich a
spitzte der Sprecher der Alliirten den ganzen Vortrag auf die beid
Erklärungen zu: erstens, daß die Katholischen die Nichteinmischung
fremde Kriege dahin verständen, daß sie sich zur Zeit auch nicht m
denen setzen könnten, welche beim Schlusse dieser Verhandlungen n
in wirklichem Kriege befangen wären, und zweitens, daß sie auf die E
klärung Brandenburgs, der Kurfürst hätte weder bejahend noch v
neinend Befehl ertheilt, ob er sich mit Neuburg verbinden wolle od
nicht, zu entgegnen hätten, daß man Neuburg als bereits Alliirten v
sich nicht abtrennen lassen könnte.

Mit der ersten Erklärung zielte man gegen Schweden, welches no
mitten im Kampfe mit Dänemark lag und gerade deshalb die Allia

---

[1] Diarium Heyland's vom 3. (13.) November. — Hannover.

chte. Snoilsky mußte um so peinlicher berührt werden, als die In=
tanten mit feiner Ironie bemerkten, daß sie gerade in seiner Erklärung
om 10. November, worin er ganz allgemein vom Zweck des Friedens
sprochen, eine Anregung zu ihrem heutigen Monitum empfangen hätten.
noilsky widersprach natürlich einer solchen Auslegung seiner Worte.
ie Invitanten aber meinten, auch die Braunschweiger hätten diese so
rstanden und diese Auffassung mit ihrem Anbringen unterstützen wollen.
iese verwahrten sich dagegen. Uebrigens beobachtete der Schwede auch
i dieser Gelegenheit ein stolz=ruhiges, gelassenes Wesen. Heftig heraus
er fuhren die Brandenburger: Das könnten sie nicht zugeben, was
ne wegen Neuburg forderten, es würde ihre Köpfe kosten; mit Neu=
rg könnten sie nicht schließen, bevor sie von ihrem Herrn hierzu Be=
l hätten. Wenn Jene auf beiden Punkten beharren wollten, wäre
Sache am Ende. Sie erhoben sich und wollten davon. Die Braun=
weiger suchten zu beschwichtigen. Noch sei ja kein Beschluß gefallen,
n müsse Jenen doch auch gestatten, ihre Monita beizubringen.
o etwa die Worte zu hart gefallen, würden sie ja wohl Er=
rungen geben. Die Nichteinmischung in fremde Kriege wäre bereits
i der Einladung ausbedungen und man müsse sich doch dar=
er benehmen. Badenhausen aber goß Oel in's Feuer und ging
f die Katholischen ziemlich los. Da erhoben sich auch diese und
gen sich in ein anderes Zimmer zur Berathung zurück. Die
randenburger suchten ihren Wagen, kehrten aber wieder um und ließen
oineburg zu sich bitten, der ihnen zuredete und sie zu bleiben bat.
n 1/2 12 Uhr erschienen die Alliirten wieder und eröffneten durch Mehl:
achdem ein Theil der Eingeladenen zu erkennen gegeben, daß die Kon=
derirten inskünftig in keinen Krieg verwickelt sein sollten, habe man
raus nichts andres abnehmen können, als daß ihre Intention hierin
ch auf die Gegenwart gerichtet wäre: doch wolle man, falls es bei
nen eine andere Meinung habe, ihrer Erklärung entgegensehen. Dar=
f wurde die Sitzung ohne weitere Umfrage geschlossen, weil man für
thsam erachtete, die Hitze abdampfen zu lassen.[1]

Als Heyland am Nachmittage bei Hübner dem Herrn von Canstein
gegnete, war dieser bereits wieder ganz ruhig und meinte, daß man
ch wohl hindurch kommen werde, wenn sie nur Zeit hätten, dem
Berke abzuwarten.

Snoilsky war trotz aller zur Schau getragenen Ruhe nicht eben
eilnahmlos noch unthätig. Am 16. früh erschien er bei Heyland, um

[1] Protokoll vom 14. November. — Düsseldorf. Diarium Heyland's vom 4.
4.) November. — Hannover.

hier zu fragen, ob denn er und seine Kollegen „bei dem vorgestrig
Intrigo" ebenso dächten wie die Katholischen. Schwarzkopf, Witte u
Otto, welche Heyland zur Sitzung abzuholen kamen, traten hinzu u
von ihnen wurde der Schwede dahin beschieden, daß die braunschwei
Herzöge mit König Karl Gustav, ungeachtet er in offenem Kriege
griffen, die Allianz schließen, sich aber weder in den polnischen noch
den dänischen Krieg auf grund dieses Bündnisses einlassen würd
Doch werde sich kein Mangel an der Erfüllung dessen zeigen, was
zur Leistung der Universalgarantie oder von Kreises wegen zu thun v
pflichtet sein möchten. Hiermit schien er zufriedengestellt, worauf m
zur Sitzung fuhr.

25.

Die Sitzung vom 16. November 1657. Zwischenfäll

Sache der Alliirten war es, aus der unerquicklichen Sachlage u
Wahrung ihrer Würde einen Weg zu bahnen. Zu diesem Zwecke ha
sie unter sich eine Deklaration ausgearbeitet, mit deren Vortrag M
am 16. November die Sitzung eröffnete.[1] Besage der kölnischen N
vom Jahre 1654 und der Einladungsschreiben an Braunschweig
Hessen vom 18. Juli 1656 soll dieser Defensivbund, so heißt es da
allein zur Erhaltung des Friedens, vertraulichen Zusammensetzung
keines Menschen Offension angesehen sein, woraus von selbst folgt,
man auch keinen Krieg anfangen, sondern alle und jede Konföder
zu retten und dasjenige, was allerseits in pari causa et puris termi
defensionis stehe, zu vertheidigen begehre, folglich zu einer Assistenz
zu verbinden nicht gemeint sei, welche die Verwickelung in einem ber
angefangenen Krieg fordern und notorisch nichts anders als eine Offen
liga darstellen würde. Deshalb hat man in der den Häusern Bra
schweig und Hessen-Kassel am 21. Februar ertheilten Resolution ber
den polnischen Krieg ausgenommen, was natürlich ebenso auf and
dergleichen Kriege zu verstehen ist. Sich nunmehr der dänischen Unru
deren Bewandtniß man ganz dahingestellt lassen will, zu unterfang
und deshalb zu einer Partikulargarantie zu verbinden, wo das Re

---

[1] Protokoll vom 16. November und Bericht Gise's vom 18. November.
Düsseldorf; vgl. d. kurze Regest in U. A. VIII, 538.

d die Stände insgemein einschreiten sollen, findet man nicht rathsam
d hofft, daß man dieses Verlangen auch gar nicht an die Alliirten
llen werde. Dafür aber sind sie willig und erbötig, wegen der im
ich gelegenen Lande auf etwaige Fälle, mit Ausnahme der jetzt wäh-
nden Kriege, sich in eine gegenseitige Defensivhülfe einzulassen und mit
fördern zu helfen, was nur immer zur Wahrung des Friedens
nen mag. Um weiteren Mißverständnissen vorzubeugen, wird ferner
lärt, daß man mit Allen und Jeden in Bündniß zu treten begehrt,
lls aber, wie man nicht befürchten will, vor dem Beitritt einer der
ngeladenen begehren sollte, daß Einer, mit welchem man schon durch
s Band der Konföderation verbunden, ausgeschlossen werde, und dies
s Bedingung für seinen eigenen Anschluß setzen wollte, so wird es
sdann nicht in der Macht der Alliirten liegen, solche Forderung zu
willigen. Man hat aber das Vertrauen, daß dergleichen nicht begehrt
ch diese Erklärung den Alliirten verübelt werden wird. Immerhin
rd es gestattet sein, in dem neu zu errichtenden Recesse eine Spezial-
snahme vorzusehen für Denjenigen, welcher in das Defensionsverhält-
ß mit Einem oder dem Andern zu treten nicht geneigt sei.

Man wird zugeben können, daß es den Invitanten nicht gut möglich
r, Schweden und Brandenburg weiter entgegenzukommen, als es hier
schah. Canstein berührte in seiner Antwort auf jene Deklaration nur
n zweiten Punkt, über welchen, wie er meinte, erst des Kurfürsten
sicht eingeholt werden müßte. Nicht zufrieden mit der doch deutlich
nug gefallenen Erklärung, fragte er, ob denn der Konföderirten Meinung
, anders nicht sich mit Brandenburg einzulassen, es sei denn, daß es
h auch zugleich mit Neuburg verbinde? Als Mehl darauf die Dekla-
tion nochmals wiederholte und zufügte, daß man daran nicht denke,
n Kurfürsten gleichsam adstringiren zu wollen, daß er sich mit Allen
rbinde, sondern nur dazu, daß er sich rein in den Grenzen der Defen-
e halte, drehte der Brandenburger den Spieß um und stellte ganz
itz die Frage, was denn den Pfalzgrafen eigentlich bewege, mit so viel
audern das Werk aufzuhalten? Da sprang Gise auf. Diese Frage,
arf er ein, kommt wohl eher dem Pfalzgrafen zu, gegen welchen der
urfürst so viele Bedingungen einlegt. Hierauf Canstein, ob Neuburg
nn gewillt sei, mit dem Kurfürsten wirklich einzutreten. Unumwunden
twortete Gise: Ja, man habe sich ja schon vorher hierzu bereit erklärt
d sich niemals zuwider sein lassen, mit ihnen über die Allianz in Unter-
ndlungen einzutreten. Hiermit war der Sieg auf des Neuburgers
eite. Canstein, der dies fühlte, vermied weitere Erörterungen mit der
rklärung, man wolle sich nun nicht länger mehr aufhalten, dann nahm
sein Votum über die einzelnen Bestimmungen des Bundesrecesses

wieder auf. Von der Forderung auf Zuziehung anderer Stände glau
er einstweilen abgehen zu dürfen. Dagegen erwartete er noch vor d
Schluß die Benennung der Schirmverwandten, ahndete die dem Verlang
nach der Zustimmung der Domkapitel bereiteten Schwierigkeiten, wied
holte den Wunsch nach besonderer Erwähnung der westphälischen Kre
verfassung und schlug im übrigen vor, aus der Einleitung und d
beiden ersten Artikeln des kölnischen Recesses nach den bisher gefallen
Abänderungsvorschlägen einen neuen Aufsatz zu formuliren und z
Berathung zu stellen. Erwähnt sei ferner noch sein Vorschlag, d
Jeder das Quantum, zu welchem er sich verpflichte, selber benenn
die so zusammenkommende Mannschaft müsse jedoch in Regimenter u
Kompagnien eingetheilt und ein Staat an Offizieren aufgestellt werd

Hierauf ließ sich wegen Schweden-Bremen Snoilsky zum erst
Male ausführlich vernehmen: Es sei doch wohl ein anderes, sich
keine fremden Händel zu mischen, als mit Krieg behaftet sein. W
habe bei der heute vernommenen Ansicht der Invitanten sein Herr v
der projektirten Allianz zu erwarten, wenn man ihm gegen Polen u
Dänemark nicht beistehen wolle? Warum habe man ihn denn eingelade
da man doch gewußt, daß er in Krieg befangen? Hätte man's do
bleiben gelassen! Es komme so vielleicht auf Wahrheit hinaus, w
ein vornehmer kurfürstlicher Gesandter, den er wohl nennen könn
geäußert habe, daß nämlich Schweden und Brandenburg nur desha
eingeladen worden wären, damit man ihnen deutlich zeigen könnte, d
man sie in dieser Allianz nicht haben wollte. Mit einer gewissen B
schränkung, wie sie auch heute angedeutet worden, könne man viellei
eine solche Klausel noch zulassen, doch müsse er sich bezügliche Erklärung
noch vorbehalten. Jedenfalls erwarte man von den Alliirten no
genauere Erläuterungen und, so lange dieser Punkt noch nicht zur Genü
erörtert, halte man für überflüssig, sich über die andern herauszulasse
Vielleicht wäre durch den Vorschlag Brandenburgs, die gefallenen E
innerungen zu einem neuen Aufsatz zu verschmelzen, hindurchzugelange

Umständlich und verschwommen, aber zum guten rathend ware
die Erinnerungen und Erklärungen Schwarzkopfs. Witte und auch Ot
hielten sich knapp in ihren Voten und bewegten sich einigermaßen i
brandenburgischem Fahrwasser. Auch Badenhausen blieb auf Seite
der Schweden und Brandenburger, verwies aber auf die weiteren E
klärungen des anstelle Krosigks erwarteten Hauptkommissares des Land
grafen.

Die Wogen der Erregung, welche zu Beginn der Sitzung so ho
gegangen, hatten sich infolge der sachlichen Behandlung der Artik
1—7 des kölnischen Recesses allgemach gelegt. Man trennte sich aller

s mit dem tröstlichen Gedanken, „daß man wohl noch glücklich werde
rchkommen können."

Noch am gleichen Tage verabschiedete sich Canstein, am 17. ist er
hl abgereist, obwohl Schwarzkopf ihn dringend gebeten hatte, zu
harren, bis man den ganzen Receß durchberathen haben würde.
r seinem Scheiden hatte er nochmals angedeutet, wie nothwendig ein
eres Bündniß zwischen Brandenburg und Braunschweig wäre. Und
o gegenüber versicherte er, daß er sich befleißigen würde, seinen Herrn
sichtlich der rheinischen Allianz zu milderen Gesinnungen umzustimmen.[1]
20. November folgte ihm Jena nach. Dieser äußerte, daß es un-
viß sei, ob einer von ihnen beiden überhaupt zurückkehren werde.[2]
rtmann hatte den Auftrag, den Verhandlungen weiterhin beizuwohnen.

Unterdessen mahnte der Kurfürst von Mainz neuerdings wieder zur
e,[3] wozu es freilich ein schlechtes Ansehen gewonnen, da die Gesandten
Schweden und Brandenburg erklärt hatten, daß sie in allem, was
komme, jedesmal auf ihren Bericht erst Weisung von ihren Herren
varten müßten.[4]

Heimberichtet hatten freilich wohl die Abgeordneten aller auswärts
lenden Herren. Die Verhandlungen waren allzuwichtig und lehrreich
vesen. Der Pfalzgraf empfand lebhafte Freude über die bei den
iirten gefundene Unterstützung gegen Brandenburg und die treffliche
twort, welche Gise dem Canstein gegeben hatte. Er rieth zu engem
sammenhalten den Eingeladenen gegenüber und Weglassen der Klausel
n westphälischen Kreise.[5]

Christoph Bernard von Münster wies seinen Bisping an, die
rderung wegen Zustimmung der Domkapitel entschieden abzulehnen;
besiegelte schriftliche Zusage der geistlichen Fürsten müsse genügen.[6]
d weiter ließ er sich vernehmen: weil die bereits Alliirten ohne
eifel bei ihrer Absicht verharren würden, daß Keiner in die Allianz
genommen werde, der in wirklichem Kriege begriffen, die Krone
hweden darauf nicht eingehen und also nicht zngelassen werden würde,
möchte Bisping dieses nur dem Oesterreicher Volmar und Andren

---

[1] Bericht Otto's vom 7. (17.) November. — Hannover.

[2] Bericht Otto's vom 10. (20.) November. — Hannover.

[3] Diarium Heyland's vom 9. (19.) November. — Hannover.

[4] Bericht Otto's vom 10. (20.) November. — Hannover.

[5] Erlaß an Gise vom 21. November. Als Schirmverwandte seinerseits be-
net hierin der Pfalzgraf die Stadt Aachen und die Abtei Kornelimünster, bei
en die Herzöge von Jülich und Berg den Schirm hergebracht hätten, und sodann
burg, woraus wir sehen, daß Philipp Wilhelm nur wegen Jülich-Berg der rhein.
a beigetreten war. — Düsseldorf.

[6] Erlaß an Bisping vom 19. November. — Münster.

bedeuten und versichern, daß das Haus Oesterreich hierbei nichts v
fängliches zu besorgen habe. Verwundert und wenig angenehm berü
zeigt er sich jedoch über eine Nachricht Bispings in dem leider abhan
gekommenen Bericht vom 18. November, daß der Pfalzgraf von Neub
mit den Franzosen auf vertraulichem Fuße verkehren lasse.[1] B
Bischof von Münster hatte das Haus Oesterreich augenscheinlich ni
zu besorgen.

Endlich war auch ein Bescheid der braunschweigischen Minister
auf die oben erwähnten Gesamtrelationen der Gesandten in Frankf
zustandegekommen. Am 17. November war auf einer Hauskonfer
zu Hannover der Beschluß gefallen, die Vertreter anzuweisen, mit d
Schlusse der Allianz zurückzuhalten, bis man sehe, wohinaus es
Schweden und Brandenburg wolle.[2] Die Antwort auf die drei Gesa
relationen vom 19. und 30. October und 3. November bewegte
ungefähr in folgenden Grenzen: Ein endgültiger Bescheid könne n
nicht ertheilt werden, Behutsamkeit wird anempfohlen, zum Schlusse d
nicht geeilt werden, sondern sollen die Gesandten einstweilen noch
weiteren Verlauf mit dem Wahl- und Kapitulationsgeschäft abwart
damit das Haus auf einen oder andern Fall aus Anlaß der Alli
mit den auswärtigen Kronen, besonders Frankreich und Schweden, n
in Feindschaft und Befehdung gerathe, wogegen die Alliirten schwerl
stark genug sein dürften. Man habe sich entschlossen, eine Absendu
an den Kurfürsten von Brandenburg zu thun, nach deren Erfolge weit
Weisungen sich richten würden.[3] Zu gleicher Zeit erhielten die brau
schweigischen Gesandten in Frankfurt Nachricht von einem Beschlu
des niedersächsischen Kreistages zu Lüneburg, welcher auf das Dräng
Schwedens zu einer Wendung gegen Dänemark seine Einwilligung g
Die Dänen hatten im ganzen Herzogthum Bremen, wo sie im Somm
1657 eingefallen waren, gegen den Schweden nur den festen Pl
Bremervörde zu behaupten vermocht. Karl Gustav warb fortgesetzt u
die Kreishülfe, welche ihm durch jenen Beschluß in der vorsichtig
Form gewährt wurde, daß man zur Abwendung der aus den dänis
schwedischen Verwickelungen fast unausbleiblich vor Augen stehend
Gefahr und größerer Uebel von Kreises wegen vor Bremervörde gehe
im übrigen aber den Kreis in diesen Krieg nicht verwickeln, sonde

[1] Erlaß des Bischofs vom 22. November. — Münster.

[2] Aus dem Protokoll vom 7. (17.) November. — Hannover. „Weil au
Holstein-Gottorp sich angegeben, so könnten des Hauses Gesandte darauf avisirt werden

[3] Erlaß des Gesamthauses d. d. Hannover, den 10. (20.) November. Herz
Christian Ludwig ließ sie unter seinem Namen und Siegel direct an Witte abgehe
Vgl. Köcher, S. 235.

ielmehr von der Kronen unter sich habenden Interessen zu separiren
ch äußerst bemühen wolle.[1] Das Gerücht hiervon drang bald auch
ach Frankfurt, allwo es den rheinischen Ligisten Nachdenken verursachen
ochte. Die Nichteinmischung in die bereits bestehenden Kriege drohte
r leeren Phrase herabzusinken; man hätte dann mit Braunschweig,
elches durch Theilnahme an diesem Kreisbeschluß trotz alledem in den
inisch-schwedischen Krieg schon ganz vertieft schien, die Verhandlungen
bbrechen müssen, was man denn doch wohl weder konnte noch wollte.
edenfalls nahmen sie daraus wohl Anlaß, den Verhandlungen zunächst
nigen Aufschub zu bereiten.[2] Noch ein anderer Grund hierfür kam
nzu. In Frankfurt hatte man auch von den Verhandlungen Kenntniß
halten, welche der Kurfürst von Brandenburg mit Polen vom Sep-
mber bis in den November hinein wegen der Souveränität in Preußen
nd des gemeinsamen Vorgehens gegen Schweden betrieben hatte. Daß
auch mit Dänemark und Oesterreich demnächst schließen werde, schien
it Gewißheit erwartet werden zu dürfen. Es waren wohl die Fran-
sen, welche ein langes und breites von diesen Plänen und Aussichten
ren Freunden vorredeten. Schon nahm man als Thatsache an, was
st später wirklich eintrat. Damals bereits im November 1657 erscholl
Frankfurt für gewiß, Polen, Oesterreich und Brandenburg hätten
re Streitkräfte vereinigt. Daß dadurch auch die Allianzverhandlungen
ne andere Wendung erfahren würden, galt sofort für eine ausgemachte
ache.[3] Schließlich auch verzögerte die Wiederaufnahme der Verhand-
ngen in der Allianzsache eine lediglich die rheinischen Ligisten unter
ch interessirende Angelegenheit: das alte, leidige Verhältniß zu den
paniern in den Niederlanden. Jenes drohende Abmahnungschreiben
om 6. April 1657 an Don Juan d'Austria, hatte, wenn es überhaupt
n seinen Bestimmungsort gelangte, keinen bessern Erfolg gehabt, als

[1] Archiv Hannover.

[2] Wie wenigstens Otto in s. Bericht vom 14. (24.) November annimmt. —
annover.

[3] Berichte Visping's vom 28. October und 25. November. — Münster. Auch
tto schreibt: Man will hier von einer Spezialallianz zwischen Brandenburg und
änemark murmeln. Herzog Christian Ludwig von Celle erfuhr aus Kopenhagen
nter dem 7. (17.) October von vertrauter Hand, daß dort ein Gesandter des Kur-
irsten von Brandenburg angelangt sei, welcher den vollkommenen Vergleich des
urfürsten mit Polen mit sich gebracht habe. Der Kurfürst werde offensiv gegen
chweden vorgehen. Der Gesandte habe Weisung, mit Dänemark ein Offensiv- und
efensivbündniß zu schließen, alles sei von tiefstem Geheimniß umhüllt, doch habe es
r Reichshofrath v. Gersdorff im Vertrauen mitgetheilt und das Kreditiv sehen
ssen. — Hannover. Der Abschluß des Kurfürsten mit Oesterreich erfolgte erst im
ebruar 1658.

alle früheren Schritte der Alliirten zur Abwendung dieser Plackerei
Im August des Jahres war eine frische Einlagerung der Spanier u
der Völker Condé's in der Maasniederung erfolgt. Ein weiteres, v
den Allianzräthen zu Frankfurt verfaßtes Abmahnungschreiben an D
Juan wanderte Anfang September nach Brüssel.[1] Nach länger
Zögern erfolgte ein Vorschlag des Statthalters zur Wiederaufnah
der früheren Konferenzen behufs endgültiger Regelung des beiderseitig
Verhältnisses.[2] Die Alliirten hatten hierfür die Orte Köln, Aach
Lüttich oder Maestricht zur Wahl gestellt, während Don Juan
Annahme von Zynne bei Brüssel oder St.-Trond nachsuchte. E
Gegenvorschlag, der aber nicht abging, weil der Pfalzgraf wegen
Termines u. dgl. m. Bedenken einzuwenden hatte, bezeichnete Tirlem
als Oertlichkeit für die am 21. November zu beginnenden Unterha
lungen.[3] Köln und Neuburg sollten die Allianz vertreten. Danel
wurde beschlossen, von den Allianzvölkern das ansehnliche Komman
von 10 Mann zum Schutz für alle Vorfälle den kommenden Win
über in's Stift Thorn zu legen.[4]

Schließlich wurde dem Statthalter doch noch Tirlemont und
Termin der 1. December vorgeschlagen.[5] Ein Briefwechsel unter d
einzelnen Höfen der Alliirten entspann sich noch wegen des Wunsch
des Pfalzgrafen, daß auch die andern Alliirten mit deputiren sollten

Am 24. November wurde hierüber im Allianzrath zu Frankfu
verhandelt. Alle erklärten sich für Absendung besonderer Kommissa
nur Bisping wollte erst berichten. In Wahrheit rieth er seinem Her
ab, eine Frucht, die der Umgang mit Volmar gezeitigt hatte.[7] E
Absage des Bischofs an den Pfalzgrafen war die Folge, ein an

---

[1] Bischof von Münster an den Pfalzgrafen von Neuburg am 1. September.
Münster. Das Schreiben an den Statthalter war vom 14. August datirt, wie
Brief des Neuburgers an Christoph Bernard vom 20. November (Münster) erwäh

[2] Kurfürst von Köln an den Pfalzgrafen am 13. November 1657. — Düsseldo

[3] Kurfürst von Köln und Pfalzgraf an Don Juan vom 13. November 16
Das Schreiben ist nur einseitig vom Kurfürsten gefertigt, wurde vom Pfalzgra
nicht vollzogen und blieb in der Kanzlei desselben bei den Akten. S. auch
Schreiben des Pfalzgrafen an den Kurfürsten vom 14. November. — Düsseldorf.

[4] Bisping an den Bischof von Münster am 4. November 1657. Kurfürst v
Mainz an Kur-Köln und Neuburg am 5. November. — Münster.

[5] Pfalzgraf an den Kurfürsten von Köln am 19. November. — Düsseldorf.

[6] Pfalzgraf an Trier, Mainz und Münster am 20. November. — Düsseldo
Instruktion für Gise zu persönlicher Einwirkung auf den Mainzer in diesem Sin
vom 21. November.

[7] Bisping's Bericht vom 25. November. — Münster.

ssener Dank für die erst jüngst genossene Unterstützung der Bundes-
nossen.[1]

Auf die Verhandlungen zu Tirlemont selbst näher einzugehen, ver-
nt es sich ebensowenig, als dies auch bei dem Mangel jeder archi-
lischen Auskunft darüber unmöglich ist. Liegt doch auch zu dieser
it bereits der Schwerpunkt der ligistischen Interessen auf ganz an-
em Felde.

In höherem Grade beansprucht unsere Aufmerksamkeit die Bewerk-
lligung jener auf der braunschweigischen Hauskonferenz am 17. No-
nber für gut befundenen Sendung an den Kurfürsten von Branden-
rg, zu deren Träger man den Geheimen Hof- und Ober-Bergrath
itz v. Heimburg auserfehen hatte. Diese diplomatische Aktion hatte
ren Grund in der Beklemmung, welche sich der Herzöge und leitenden
aatsmänner bemächtigt hatte ob der fortgesetzten Hülfegesuche Schwedens
gen Dänemark und wegen des lüneburger Kreisbeschlusses betreffs der
lagerung von Bremervörde, und bezweckte die Erforschung der Pläne
randenburgs, dessen baldigen Bruch mit Schweden man voraussah,
d die Unterbreitung eines Gesuches an den Kurfürsten, daß er im
iegsfalle die Gebiete des niedersächsischen Kreises gänzlich aus dem
piele lassen möge. Auch für den Fall, daß in Berlin der frankfurter
lianzverhandlungen gedacht werden sollte, wurde Heimburg instruirt.[2]
., er wurde angewiesen, selbst die Rede darauf zu lenken und dann
fragen, ob der Kurfürst denn meine, daß unter den jetzigen Um-
nden mit dem Werke so zu eilen sei, wie die Ligisten es forderten?
iesseits wäre man der Ansicht, daß man sich mit der Allianz nicht zu
erschnellen habe, solange die Kaiserwahl nicht vollzogen und man nicht
rsichert wäre, daß dadurch das Reich mit den auswärtigen Kronen in
ne Feindschaft gestürzt würde oder doch durch das Mittel einer be-
ndigen Kapitulation dagegen sich kräftig vorgesehen hätte. Denn die
liirten würden vieler Umstände halber nicht vermögend sein, die als-
nn voraussichtlich eintretenden Mißhelligkeiten mit den fremden Kronen
dämpfen und deren Angriffe abzuwehren; inzwischen würde im Reich
les über den Haufen gehen. Betreffs der von Canstein in Frankfurt

[1] Die Absage wurde ihm doch nicht so leicht; es liegen zwei Konzepte vor vom
und 2. December (die Antwort des Pfalzgrafen vom 11. December läßt erkennen,
s das Schreiben dann vom 30. November datirt wurde). Christoph Bernard bat,
rch den pfalzgräfl. Kommissar seine Stimme mit vertreten zu lassen, und versprach,
e Beschlüsse genehm halten zu wollen. Am 2. December wies er, was das ganze
rhalten kennzeichnet, Bisping nochmals an, mit den Ministern des Hauses Oester-
ch ein gutes Einvernehmen zu beobachten. — Münster.

[2] Instruktion, entworfen und datirt am 10. (20.) November. — Hannover.

angeregten engeren Allianz zwischen Brandenburg und Braunschwe
sollte Heimburg sich in den Grenzen allgemeiner Zusagen halten.

Am 27. November langte die Gesandtschaft in Berlin an, wo ei
bemerkenswerthe Rührigkeit sich bemerkbar machte. Schlippenbach,
besondrer Mission des Königs Karl Gustav zu kurzem Aufenthalt e
schienen, war gerade an demselben Tage nach Wolgast wieder abgerei
Und auf der Rückreise begegnete Heimburg bei Spandau dem vom Kön
von Dänemark zum Kurfürsten entsandten Detlof v. Alefeldt. Heimbu
eilte, sich seiner Aufgabe zu entledigen. Am 28. nach der Empfang
audienz beim Kurfürsten verhandelte er mit dem Kanzler v.-Somn
und Dr. Tornau in den Grenzen seiner Instruktion. In den Antworte
die ihm vom Kurfürsten sowohl als dessen Räthen zutheil wurden, w
jede Bezugnahme auf die Allianzverhandlungen in Frankfurt vermied
Auch kam man auf den von Canstein erhobenen Vorschlag nicht zurü
Die Herren in Berlin hatten wichtigere Dinge zu erwägen. Erst
der zweiten Konferenz mit Somnitz und Tornau kam die Rede auf
Allianz. Der Kurfürst, meinten seine Vertreter, wäre bereit, mit al
Gliedern des Reiches umzutreten. Um sich gerade über die Allia
verhandlungen genau zu unterrichten, habe er Canstein und Jena h
beschieden, die man stündlich erwarte. Wenn er diese gehört, würde
den Herzögen seine Ansicht kundgeben. Unterdessen lasse er densell
seinen Dank aussprechen, daß sie alles in der Schwebe halten wollt
bis er mitaufgenommen worden. Als Heimburg bei der Abschie
audienz das Rekreditiv aus der Hand des Kurfürsten entgegennahm,
wähnte dieser, daß er sich vom Hause Braunschweig, im Falle er v
Schweden angegriffen würde, auf grund des mit demselben bestehend
Bündnisses allen Beistandes getröste. Daneben aber ließ er nicht
deutlich merken, daß er zur frankfurter Allianz niemals Neigung e
pfunden habe, sondern vielmehr dieselbe für höchst schädlich hielte, oh
jedoch von den Gründen dazu etwas zu verrathen. Nach der Audie
wurde Heimburg zur Tafel gezogen. Hierbei ließ der Kurfürst sich
wenig offener heraus. Er versicherte nochmals, daß er die Allianz ni
für rathsam sondern für schädlich halte. Wenn er nicht gerade, fuhr
fort, das Werk bisher aufgehalten, würde es zu des ganzen Reich
großem Nachtheil vielleicht schon geschlossen sein. Der Kurfürst v
Mainz, der es am meisten betriebe, wäre mit Geld korrumpirt;
Geistlichen bekümmerten sich eben wenig um das Urtheil ihrer Na
kommen. Darüber aber, ob er die Verhandlungen werde abbrech
lassen, schwieg er ganz.[1]

[1] Berichte und Protokolle Heimburgs vom 17. (27.) November bis 26. Nove
ber (6. December). — Hannover.

Noch selbigen Tages reiste Heimburg ab, ohne jedes greifbare Er=
bniß, nur mit der Gewißheit, daß der Bruch des Kurfürsten mit
chweden unvermeidlich und der Kurfürst dem Allianzwerk gänzlich ab=
ld sei.

26.

Fortgang der Verhandlungen.

In einer am 24. November abgehaltenen Sonderberathung der
istischen Abgeordneten einigten sich dieselben über die den Eingeladenen
gebende Vorantwort auf ihren Wunsch nach einer Neufassung der
ten Paragraphen des kölnischen Recesses nach Maßgabe der bisher
fallenen Abänderungsvorschläge. Hierbei wurde die Besorgniß laut
r Zwiespalt bei Benennung der Lande der einzelnen Vertragschließen=
, zumal in Fällen, wo wegen gemeinsamer Erbansprüche gleiche Titel
ührt würden wie beispielsweise von Brandenburg und Neuburg wegen
jülich=cleveschen Sukzessionslande. Unter Widerspruch der Neuburger
ing der Beschluß durch, nur ganz im allgemeinen von den Reichs=
den der Verbündeten zu reden.[1]

Auch am 26. hielten die Katholiken eine Sonderberathung ab, worin
r=Mainz den veränderten Entwurf des Recesses zur Begutachtung
rlegten. Als Bisping die Erklärung abgab, daß der Bischof zur
lfeleistung sich nicht weiter verbünden könne als nach Ausweis der
ichsmatrikel, brach Boineburg, welchem die laue und zweideutige Hal=
ng des alten Bundesgenossen längst ein Dorn im Auge geworden
r, heraus: man möge sich nur beizeiten erklären, ob man überhaupt
ch bei der Allianz bleiben wolle oder nicht. Nur Trier, dem Werke
geheim selbst abgeneigt, stimmte dem münsterischen Votum bei. Die
i Andern lehnten jedoch den Antrag ab. Der Beschluß vom 24. No=
nber wurde verworfen und demzufolge die Spezifizirung der einzelnen
nde wieder hergestellt.

Hierauf vereinigte man sich zur Sitzung mit den Eingeladenen.
stellte sich daselbst der vom Landgrafen Wilhelm von Hessen=Kassel
Krosigks Stelle neu ernannte Hauptvertreter Johann Kaspar von
rnberg vor,[2] überließ aber vorläufig noch das Wort dem Baden=

---

[1] Bericht Gise's vom 25. November. — Düsseldorf.

[2] Seine Vollmacht vom 2. (12.) November abschriftlich in Düsseldorf und
nnover.

hausen, welcher bemerkte, daß vom Landgrafen, da er verreist, no
immer keine Weisung wegen des Recesses eingelaufen sei. Er fügte al
hinzu, daß man die Verhandlungen nicht aufhalten wolle, sondern s
nur die nachträglichen Erklärungen vorbehalte. Darauf las Mehl d
neuen Entwurf vor und stellte ihn zur Umfrage. Er bestand in ein
Einleitung und drei Artikeln. Erstere führte die Vertragschließend
und deren einzelne Lande auf, den Kurfürsten von Mainz mit dem E
stift und dem Bisthum Würzburg, den von Trier mit dem Erzstift u
der von ihm administrirten Abtei Prüm, den von Köln mit dem E
stift, den Bisthümern Hildesheim und Lüttich und der Abtei Stab
den Bischof von Münster mit seinem Stift, den Pfalzgrafen mit N
burg, Jülich-Berg und Ravenstein, Schwedens König wegen Brem
Verden und Pommern, Herzog Augustus von Braunschweig we
Wolfenbüttel und der Grafschaft Blankenburg und Herzog Christ
Ludwig wegen Lüneburg und Grubenhagen (Celle), Hoya, Diepholz u
des Stiftes Walkenried. Nicht benannt waren noch, vermuthlich mang
genügender Erklärungen der Betheiligten, die Lande des Kurfürsten v
Brandenburg, des kalenberger Herzogs sowie des kasseler Landgraf
Das Wort Schirmverwandte war ganz weggelassen. Auch geschah
Zustimmung der Domkapitel, wie zu erwarten gewesen, keine Erwähnu
sondern nur der successores, Nachkommen und Erben. Aus Artike
ist hervorzuheben die Bestimmung, daß von den Alliirten keiner „einig
Stand des Reichs oder fremden Kronen, Potentaten und Republiken
feindlicher Invasion befugte Ursach geben, noch in die zwischen frem
Kronen und Potentaten enthaltenen Kriege directe vel indirecte
einmischen lassen, auch kein Konföderirter die andern mit Gewalt
greifen, überziehen oder beleidigen, sondern seine gegen den and
führende Streitigkeiten durch güt- oder rechtliche Mittel entscheiden la
solle". Die Bundeshülfe soll, wenn unverhofften Falles ein Konfö
rirter den andern angreifen sollte, unweigerlich und so schnell als m
lich dem Beleidigten zugeschickt, daneben aber, jedoch ohne Präjudiz
beide Theile, besonders aber den Angegriffenen, der gütliche Ausgl
versucht werden. Artikel 2 handelt noch eingehender von der Hü
leistung, wobei auch die Fälle vorgesehen sind, daß ein Angriff we
des Verhältnisses zum Bunde selbst erfolgen oder von einem der K
föderirten selbst geschehen möchte. Ferner findet sich die Bestimmu
daß es „hierbei die Meinung gar nicht habe, ob wollte man durch die
Partikularverbündniß die zu Verhüt- und Abtreibung unrechten Gewa
im heil. röm. Reich fundirte Executionsordnung und infraft dersel
schuldige Reichs- oder Kreisverfassung, wie auch die im Friedensch
verordnete Garantie, dazu man jedoch vi hujus foederis nicht verbun

n solle, zurückstellen, stecken oder verhindern, sondern es sollen nichts-
stoweniger dieselben ohne Abbruch dieses Recesses in alle Wege mit
hörigem Fleiß und Eifer sowohl insgemein in allen Reichs- absonder-
h jeden Kreis-Konventen allerseits nach Möglichkeit zuwerke gerichtet
d befördert werden". Der dritte Artikel sollte die Kontingente regeln
d hielt den Platz für die einzelnen Aufzählungen, unter Vorbehalt
r Vergrößerung der Ziffern im Nothfalle, offen.[1]

Es waren doch sehr bemerkenswerthe, einschneidende Veränderungen
s kleinen Defensionswerkes am Rheinstrom, zu welchen hier die Ur-
ber desselben den Eingeladenen die Hand boten, beachtenswerth be-
nders durch die offen ausgesprochene Stellungnahme zu den fremden
ronen, den bedeutungvollen Seitenblick auf die maßgebenden Faktoren
r Politik jener Tage. War es schon ein wenig Aussicht auf Erfolg
etender Gedanke, dem leidigen, schier unheilbaren Verhältniß zwischen
randenburg und Neuburg durch das gemeinsame Band dieser Allianz
n Ziel zu stecken, so war es eine krankhafte Phantasmagorie, in der
erbindung mit Schweden, dem Unruhstifter par excellence die Gewähr
r eine geruhige Entwickelung der Dinge im deutschen Vaterlande zu
blicken. Die ganze Politik dieser Rheinbündler krankte an dem rein
gmatischen System des Kurfürsten von Mainz nicht minder wie an
r ohnmächtigen Anmaßlichkeit Derer, welche in dieser Verbindung das
oße Wort zu führen gedachten. Auf der einen Seite der Wille, den
usschreitungen der Weltmacht Oesterreich Schach zu bieten und auf der
dern doch die Scheu, voll und ganz mit dessen Feinden gemeinsame
ache zu machen. Diese Schaukelpolitik konnte unmöglich große Erfolge
nten und segensreiche Früchte für das arme, zerrissene Deutschland
itigen. Immerhin wird man freilich zugeben müssen, daß die politische
age diesen mittelstaatlichen Herren mit großen Ansprüchen und geringen
räften gebot, selbst den Strohhalm solcher Ideen zu erfassen. Und
otz alledem stellte die Politik des Mainzers doch inmitten des
roßen Chaos ein System dar, welches am allerwenigsten deshalb
verdammen ist, weil es den Frieden und die allgemeine Ruhe be-
weckte. Mit dem Kurfürsten von Brandenburg wäre aus der von
ohann Philipp von Mainz erträumten Liga wohl ein Fürstenbund
öglich gewesen, der die Ruhe Deutschlands zu gewährleisten vermocht
ätte; mit Schweden nimmermehr. Da bereitet sich der Umschwung der
randenburgischen Politik von den Schweden zum Hause Oesterreich vor,
er kritische Wendepunkt für die Geschicke der rheinischen Allianz. Das
bschwenken des Kurfürsten Friedrich Wilhelm, für diesen eine Noth-

[1] Der Entwurf, diktirt am 26. November im düsseldorfer Archiv.

wendigkeit, treibt die Rheinbündler in die Arme Schwedens und Fran-
reichs. Denn auch mit dem letzteren hatten Mainz und Köln sich scho
zu tief eingelassen. Beide Mächte drohten kriegsbereit. Beide hatte
ihre Füße fest auf deutschen Boden gestellt, sie waren so leicht nic
davon zu vertreiben. Man war gezwungen, auf sie zu hören, für od
gegen ihre Interessen Partei zu ergreifen. Die Thatsachen, welche d
große Krieg und das Friedensinstrument geschaffen, waren nicht z
ignoriren. Die unglückselige Politik des Hauses Oesterreich hatte si
selbst allen Ansehens, aller Theilnahme im günstigen Sinne beraub
ein Friedrich Wilhelm von Brandenburg konnte sich nur um sein
dringendsten Lebensinteressen willen ihr anschließen; er wählte nur d
kleinere von beiden Uebeln, als er das brutale Bundesverhältniß z
Schweden löste und mit Polen-Oesterreich einstieg. Für die Ande
fielen solche Gesichtspunkte weg. Das Haus Oesterreich in Verbindun
mit Spanien hatte künstlich und zielbewußt den leidigen Kriegszustan
an der Westgrenze des Reiches genährt. Die Feinde Spaniens, d
Franzosen drohten, jeden Augenblick in's Reich zu brechen. Schwede
mitten im Krieg mit Dänemark konnte die Fackel in's Reich trage
wenn es dort siegreich war und dem brandenburgisch-österreichische
Bunde zuvorkommen wollte.

Diesen Gefahren nun, meinte der Mainzer, werde sein Friedens-
und Defensionswerk einen Damm setzen. So schwenkte er auch nic
blindlings in's Lager der Feinde Oesterreichs. Lange sträubte er si
gegen das Drängen Frankreichs in der Wahlfrage. Daß sich die Kaise
wahl so lange hinauszog, war sein Werk und brachte ihm wenig Dan
bei den Franzosen, die gern schnell eine Wahl in ihrem Sinne durch
gesetzt hätten. Es wird ihm gerade nicht leicht nachgewiesen werde
können, daß er mit vollem Ernst einen nichtösterreichischen Kandidate
begünstigt habe. Nicht das Haus Oesterreich als solches bekämpfte e
sondern dessen den Frieden und die Ruhe des Reiches direkt und indirek
gefährdende Politik, welche lahm zu legen die große Allianz bestimm
sein sollte. In diesem Sinne ergab sich eine Annäherung an Frankreic
von selbst und zugleich die Unmöglichkeit einer Fernhaltung Schwedens
des Schützlings jener Macht. Auf diese Weise ward für Johann Phili
das Allianzwerk ein überaus schwieriges und spitziges, dessen Abschlu
noch weit im Felde.

Doch kehren wir zu den Verhandlungen zurück. Von den Er-
klärungen der Eingeladenen auf den durch Mehl ihnen vorgelesene
Entwurf ist nichts bemerkenswerthes zu berichten, da Alle erst denselbe
schriftlich in Händen zu haben wünschten. Mehl versprach, noch am
selbigen Tage ihn zur Diktatur zu geben. Außerdem bemerkte er noch

läuternd, daß man abweichend von den Angaben des kölnischen Recesses
nter den Alliirten später sich dahin verglichen habe, daß Mainz 1000 M.
F. und 200 z. R., Trier 600 und 100 und Köln, Münster und
euburg je 1200 und 300 Mann beischaffen sollten, da man sich über
ne bestimmte Matrikel und den Römerzug nicht habe vereinigen können.[1]

Zwei Tage später kam man wieder zusammen. Auf der Tages-
dnung stand die Durchberathung des neuen Entwurfes. Der branden-
rgische Vertreter bemerkte, daß er mangels näherer Weisung noch nicht
e Lande benennen könne, wegen deren der Kurfürst beitreten wolle.
ach diesen würde sich auch die Höhe der Leistung zu richten haben,
nsichtlich deren die Ansicht des Kurfürsten nicht auf die Reichsmatrikel
gehen scheine. Er vermisse in dem Aufsatz die von protestantischer
eite empfohlenen Worte „zur Erhaltung eines jeden Standes Präemi-
nz, Recht und Gerechtsamen", desgleichen die Erwähnung des dom-
pitularischen Konsenses und einen Ausdruck der Tendenz, daß man in
lem ohne Unterschied der Religion verfahren und mit einander bei
va vorauszusehenden Weitläufigkeiten im Reich beizeiten über gemein-
me Maßnahmen zur Verhütung derselben berathen wolle. Auch die
fortige Hülfeleistung längstens in vier, allerlängstens in sechs Wochen,
auszubedingen, wie auch Schadenersatz für verweigerte Assistenz oder
frühzeitige Zurückziehung der Hülfsvölker. Der Satz, daß man kraft
s Bündnisses zu der durch den westphälischen Frieden festgesetzten
arantie nicht verbunden sein wolle, werde nur Mißverständnisse ver-
sachen, es müsse daher im Gegentheil heißen, daß man dazu durch
s Bündniß erst recht desto mehr verpflichtet sein solle. Unbedingt
rderte er sodann die Erwähnung der westphälischen Kreisverfassung.
eitere Erklärungen des Kurfürsten behielt er sich vor.

Schweden-Bremen äußerte im ganzen seine Zufriedenheit mit dem
rliegenden Entwurfe. Doch gab das Votum zu bedenken, ob nicht
ch des unruhigen Zustandes in noch andern Reichskreisen — gemeint
aren natürlich die beiden sächsischen — gedacht werden könne. Da
e Stelle wegen Nichteinmischung in fremde Kriege leicht mißverstanden
erden könne, wurde die Fassung vorgeschlagen „daß man denjenigen
tänden, welche in ihren im Reich gelegenen Landen von Auswendigen
ngegriffen und also in fremde Kriege mit Gewalt eingemischet werden
ollen, kräftiglich zu assistiren verbunden sein solle", die Brücke zu recht-
chem Anspruch auf die Hülfe der Allianz gegen Dänemark. Und
hließlich fiel aus Snoilsky's Munde zuerst das bedeutsame Wort, daß

[1] Sitzungsprotokoll vom 26. November. — Düsseldorf. Ausführlicher Bericht
ortmann's vom 27. November. — Berlin. Ueber die Kontingente der Alliirten s.
en S. 39 A. 1 und S. 60.

sein Herr, der König, zu bedenken gebe, ob nicht auch der König v
Frankreich wegen seiner durch den letzten Frieden in Deutschland
worbenen Lande mit einzuladen wäre. Zur Stärkung dieses Vertra
werde dies sehr nützlich sein. Frankreich sei bei dem deutschen Frie
so hoch interessirt und habe zu dessen Erhaltung bisher so viel rüh
liche Sorgfalt bewiesen, auch habe König Ludwig durch außergewö
liche Bezeugungen gegen Karl Gustav und hier anwesende Gesandte
derer Fürsten sich zu wirklicher Assistenz und Aufrechthaltung des Fried
erboten.

Wolfenbüttel, welches diesem heiklen Thema auswich, hob her
daß die Nichteinmischung in fremde Kriege nicht bloß auf zukünf
sondern auch gegenwärtige Kriege verstanden werden müsse, weshalb
lieber gleich mit auszudrücken sei.[1]

Hier wurde die Sitzung abgebrochen und die Berathung am 1.
cember wieder aufgenommen. Die Votirungen Celle's und Kalenbe
boten wenig neues und bemerkenswerthes, nur daß Otto den Vorsch
Snoilsky's wegen Aufnahme Frankreichs als sehr bedenklich bezeichn
Nichtig waren ferner die kasselischen Erklärungen, da noch immer k
Resolution vom Landgrafen eingelaufen war, dessen Eifer für das
merklich erkaltet erschien.[2]

Im ganzen war auf protestantischer Seite eine Unterstützung
Forderungen Brandenburgs zutage getreten. Man schied aus di
Sitzung mit dem Beschlusse, ein schnelleres Verfahren dadurch zu
werkstelligen, daß ferner sowohl Invitanten wie Invitirte aus den
Berathung ausstehenden übrigen Artikeln des kölnischen Recesses n
ihren Wünschen und Forderungen besondere Aufsätze entwerfen sollt
durch deren Vergleichung man am ehesten zu einem gedeihlichen Z
wohl würde gelangen können.[3]

---

[1] Protokoll vom 28. November. — Düsseldorf und Münster.
[2] Protokoll vom 1. December. — Düsseldorf.
[3] Bericht Otto's vom 24. November (4. December). — Hannover.

27.

Die erste Neufassung des Recesses.

Mit merklicher Eile schickten sich die Braunschweiger an, dem Be-
hlusse vom 1. December nachzukommen. Am 3. finden wir sie mit
uziehung der Hessen an der Arbeit, einen neuen Receß zu entwerfen.[1]
lan einigte sich, bei Bemessung der Beitragsquoten von der Reichs-
atrikel abzusehen, dagegen sich allerseits, wie man sagte, ex aequo et
ono zu vergleichen. Die Braunschweiger meinten, man müsse darauf
ingen, daß im Receß die einzelnen Lande alle nicht aufgeführt würden,
nestheils um alle Weiterungen zu vermeiden und anderentheils um
en der Veranlagung nach der Reichsmatrikel zu entgehen, die dann
umgänglich gewesen sein dürfte. Man wollte versuchen, so billig als
öglich durchzukommen. Etwa am 4. December reichten Braunschweiger
d Hessen ihren Aufsatz bei den Invitanten ein, welche darüber am 5.
Rathe gingen. Der Neuburger ahndete die Streichung der spezifi-
cten Lande und die Erwähnung des westphälischen Kreises. Als er
ztere zu tilgen beantragte, fand er bei seinen Genossen keine Unter-
itzung; doch suchte man eine Schwächung dieser Klausel dadurch zu
reichen, daß man die Worte beifügte: „auf den Fall aber sich dabei
ei der Beförderung jener Kreisverfassung) solche Diffikultäten und
inderungen finden würden, die nicht sogleich aus dem Weg zu räumen
ären, so soll doch nichtsdestoweniger ein Jeder zu der hierin vergliche-
n Bundeshülfe verbunden und dieselbe unaufhaltlich zu leisten ver-
lichtet sein“.[2]

Erst am 6. December, bevor man zur Plenarversammlung schritt,
schienen Braunschweiger und Hessen bei Portmann und gaben ihm
ren Aufsatz zur Kenntniß. Natürlich fand man keine Zeit mehr zur
urchsprechung desselben. Portmann wünschte Abschrift davon zu er-
alten. In der Sitzung selbst fehlte Snoilsky zur Verwunderung der
nvitanten, obwohl er sich für die ganze Woche wegen angeblichen Un-
ohlseins hatte entschuldigen lassen. Mehl wünschte, von den Einge-
denen Erklärung wegen der von ihnen zu übernehmenden Quoten so-
ie auf die übrigen Artikel des kölnischen Recesses zu vernehmen. In
sterem Punkte konnte Portmann ihn nicht befriedigen, da er keine In-
ruktion hierüber besaß. Damit es aber nicht das Ansehen hätte, als
i er nur als Horcher erschienen, brachte er Erinnerungen bis einschließ-
ch zum 12. Artikel des Recesses bei, alles jedoch unter Vorbehalt der

[1] Bericht Otto's vom 24. November (4. December). — Hannover.
[2] Bericht Gise's an den Pfalzgrafen vom 6. December. — Düsseldorf.

Gutheißung des Kurfürsten. Er forderte das Zugeständniß auch v
mehr als einem Kriegsrath je nach dem Verhältniß der Beiträge je
Vertragschließenden unter Hinweis auf das Beispiel der hildeshei
Allianz, verlangte auch die Regelung verschiedener militärtechnisc
Fragen. Wolfenbüttel votirte für Braunschweig und Hessen zugl
und verlas einfach den erwähnten Aufsatz, eine Zusammenstellung
Erinnerungen und vermeintlichen Verbesserungen zu den Artikeln 3—
des kölnischen Recesses. Es sind daraus folgende zu erwähnen:

Fällt die Hülfeleistung gleichzeitig mit der reichssatzungmäßi
Kreishülfe zusammen, so soll letztere mit in Anschlag gebracht und
der bundesmäßigen Quote abgezogen werden. Auf grund früher ab
schlossener Bundesverträge — man dachte an Schweden und die hild
heimer Allianz — soll Keiner schuldig sein, die Assistenz zu leist
Anstellung einer Generalsperson bleibt vorbehalten. Der Schirmv
wandten darf keine Erwähnung geschehen. Jeder Alliirte darf nur ei
Kriegsrath stellen, natürlich aber jede braunschweigische Linie einen
sich. Besonders weise erscheint die Forderung, daß im Kriegsrath
bei rein militärischen Maßnahmen und Aktionen die Majorität e
scheiden solle, solche Sachen aber, welche in die Politik — sie sag
sehr unbestimmt und dehnungsfähig den Estat — liefen, dem Entschl
der Prinzipale selbst unterliegen müßten. In letzterem Falle dürfe
Kriegsrath zwar sich gutachtlich äußern, aber nichts verbindliches
schließen, sondern Jeder müsse dann erst seines Herrn Ansicht einhol
dürfe aber inzwischen nichts mit seines Herrn Völkern anfangen o
verrichten lassen, was dessen zu erwartender Erklärung nachtheilig
könnte. Man stelle sich das von einem Kriegsrathe mit derartigen B
fugnissen geleitete Bundesheer einem raschen, thatkräftigen Feinde geg
über vor. Sehr weitläufig sind die Verklausulirungen, welche die fin
zielle Seite des Unternehmens, Bezahlung und Verpflegung der Völ
und dergl., betreffen; man wird sich dabei nicht aufhalten dürfen.

Nach Unterbreitung dieses Entwurfes, auf dessen Punkte geringe
Interesses wir nicht einzugehen brauchen, fühlte Schwarzkopf noch d
Bedürfniß, seine Meinung zu den heute von Portmann geäußer
Monitis auszusprechen; auch darüber dürfen wir hinweggehen. D
Vertreter von Celle und Hannover erklärten neben dem Hessen ihre Z
stimmung zu allem, was Schwarzkopf vorgebracht, obschon letzterer he
wiederholte, daß er sich verbindlich in nichts einlassen könne, weil i
noch immer keine bestimmte Weisung zugekommen sei.[1]

[1] Protokoll vom 6. December mit dem braunschweigisch-hessischen Aufsatz. —
Düsseldorf. Bericht Portmann's vom 28. November (8. December). — Berlin. B
richt Gise's vom 6. December. — Düsseldorf.

Sehr weitläufig und umständlich waren die von Schwarzkopf den Interessenten unterderhand mitgetheilten Berechnungen der Braunschweiger (und Hessen?) über die von den Alliirten aufzustellenden Streitkräfte. Er überreichte zwei Entwürfe. Nach dem einen ward aufseiten der Invitanten ein Simplum von 358 M. z. R. und 1575 M. z. F., bei den Invitirten eines von 279 bezw. 1302 angenommen. Wenn man hiervon das Triplum, und zwar die Anzahl der Reiter mit $3^1/_2$, die der Fußvölker mit $3^1/_3$ vervielfacht nehme, so ergebe sich ein Bundesheer von 2106 Reitern und 9540 Mann z. F., im ganzen von 11646 Streitern. Um aber einem Mißverhältniß zwischen Reiterei und Infanterie vorzubeugen, schlug man vor, für letztere nur 6000 Mann anzusetzen und die übrigen 3540 in der Weise in Reiter umzuwandeln, daß man auf 3 Infanteristen einen Kavaleristen rechne, wobei man von letzteren 1180 erhalten werde, so daß also im ganzen 3286 Mann an Reiterei verfügbar wären. Das Heer also würde begreifen 6000 M. z. F. und 3286 z. R.

Der zweite Entwurf geht von dem kölnischen Receß oder vielmehr von den besonderen Abmachungen der rheinischen Ligisten aus, wonach die Kontingente von

Mainz	200 M. z. R.	und	1000 M. z. F.
Trier	100 "	"	600 "
Köln	300 "	"	1200 "
Münster	300 "	"	1200 "
Neuburg	300 "	"	1200 "
also	1200 M. z. R.	und	5200 M. z. F.

das ganze ligistische Heer betrug. Es ergibt dies $3^1/_3$ des einfachen Römerzuges. Nach diesem Fuß müßten dann betragen die Quoten von

Brandenburg	476 M. z. R.	und	$2066^2/_3$ z. F.
Bremen	161 "	"	$716^2/_3$ "
Braunschweig	245 "	"	$1093^1/_3$ "
Kassel	98 "	"	$463^1/_3$ "
Im ganzen also	980 Reiter	und	4340 Infanteristen.

Danach werde also die ganze Streitmacht der Allianz sich belaufen auf 2180 M. z. R. und 9540 M. z. F. Auch hier könne man des Mißverhältnisses halber nur 6000 M. Fußvolk behalten und die übrige Summme auf Reiter wie oben reduziren, was dann ein Ergebniß von 6000 M. z. F. und 3390 z. R. darstellte.[1]

---

[1] Die erste Berechnung in Hannover, die zweite in Berlin. Bemerklich wird, daß in beiden Anschlägen der Löwenantheil auf Brandenburg fällt, dessen Lande die

Das ganze Auftreten des Brandenburgers und die neuerlic
vielleicht zufällige Zurückhaltung des Schweden und auf der ande
Seite der sichtliche Eifer der Braunschweiger, welcher sich durch thäti
Mitwirkung beim Ausbau des Allianzwerkes bekundete, waren wo
geeignet, den Gedanken wachzurufen, daß es wohl nur mit letzter
vielleicht auch trotz ihres Schweigens noch mit den Hessen zum Abschl
gelangen werde. Bisping zwar meinte, daß es nicht einmal mit Bra
schweig und Hessen der Fall sein werde, weshalb er seinem Herrn v
schlug, bei den rheinischen Ligisten, weil die Frist der alten Allia
allgemach zu Ende laufe, eine Verlängerung derselben zu beantrage
Anders der Pfalzgraf von Neuburg. Er wenigstens hielt den Beit
Braunschweigs und Hessens für selbstverständlich. Er billigte nicht
zum großen Theile die von den Braunschweigern am 6. December e
gereichten Monita, sondern erachtete es auch am rathsamsten, mit die
und den Hessen zu schließen, damit man eine Majorität von Protestan
vermeide, und wenn das nicht angehe, das Werk so lange zu verzöge
bis etwa Schweden und Brandenburg, wie es den Anschein gewonn
an einander geriethen und sich also von selbst ausschlössen. Gise s
in diesem Sinne bei den Alliirten wirken.[2] Auch in einem and
Gutachten über die Monita Brandenburgs vom 6. December, welche
übrigens wenig beanstandete, begegnen wir dem Vorschlage an se
katholischen Genossen, daß sie überlegen sollen, ob nicht vor Einlan
der schwedischen und brandenburgischen Erklärungen wegen der Quo
mit den Braunschweigern und Hessen die Frage in's reine zu brin
und die ganze Verhandlung abzuschließen sein möchte, wenn auch
daß Jenen offene Thüre zum Beitritt gelassen werden könnte. Bra
schweig und Hessen werde man dazu bewegen können, wenn man sie
ihre frühere Erklärung erinnere, wonach sie schon mit Anhörung Schw
dens und Brandenburgs zufrieden sein wollten.[3] Die Stimmung

---

umfangreichsten waren, wobei man freilich die Marken, halb Pommern, Cleve-M
Ravensberg, Halberstadt, Minden in Anschlag brachte, während die Invitanten t
sächlich den Ausschluß mehrerer der genannten Provinzen bezweckten.

[1] Bisping an den Bischof am 9. December. — Münster.

[2] Bemerkungen für Gise vom 12. December 1657. Von den Monitis
Braunschweiger bekämpft Philipp Wilhelm ernstlich nur die Ausschließung der E
sachen von den Befugnissen des Kriegsrathes. — Düsseldorf.

[3] Gutachten des Pfalzgrafen o. D. — Düsseldorf. Der Bischof von Mün
schrieb am 14. December an Bisping: Daß Bremen sich der Allianztraktaten so f
nicht annehme, vernehmen wir gnädigst gern, weil zu besorgen, daß (man) auf so
Weise anderwärtigen Kriegen würde implizirt sein. Möchten gleichwohl gern beri
sein, ob sich nicht thun lassen wolle, daß des Herrn Kurfürsten zu Brandenburg
wegen ihrer nahen Nachbarschaft angenommen würden. — Münster.

chen Plan wurde, wie es scheint, bei Braunschweigern wie Hessen
ch wirklich geprüft, indessen weigerten sich dieselben. Boineburg aber
ßerte zuversichtlich, daß es also gelingen werde.[1]

Am 5. December erblicken wir Braunschweiger und Hessen in
riger Berathung mit Björnklou und Snoilsky über einen Ausweg
s der schwierigen Lage, welche die Forderung der Ligisten wegen
ichteinmischung in die zur Zeit schwebenden Kriegsläufte der fremden
ronen geschaffen hatte. Sie bemerkten, daß Niemand sich in solche
erwickelungen werde begeben und besonders mit dem Kriege zwischen
chweden und Dänemark etwas zu schaffen haben wollen. Die Schweden,
elche übrigens große Zuversicht auf das Zustandekommen des Werkes
r Schau trugen, meinten, daß ihrem Herrn bitter Unrecht geschehe,
enn man ihm gegen die dänische Invasion nicht beistehen wolle. In
n polnischen Krieg Jemanden zu verwickeln, daran habe er niemals
dacht. Karl Gustav wünsche, daß er zur Allianz nicht eingeladen
orden wäre oder doch wenigstens ohne Unglimpf davon abkommen
nnte. Eine Hauptresolution von ihm sei demnächst zu gewärtigen.
is dahin müßten sie, seine Vertreter, sich eben ruhig verhalten. Nicht
hne Sophistik erlaubten sich die Braunschweiger und Hessen zu erinnern,
ß die Einladung ja nicht durch sie erfolgt wäre, sondern daß man
m König nur aus aufrichtiger Zuneigung von der Einladung der
einischen Ligisten Kenntniß gegeben und dabei anheimgestellt habe, was
seinerseits dabei zu thun gedenke. Die Katholischen beriefen sich auf
r Einladungschreiben — womit Jene die Erklärung auf den Vorschlag
r Einladung Schwedens und Brandenburgs bezeichneten —, hierin
äre die Ausnahme der jetzt zwischen fremden Kronen entstandenen
riege verwahrt und darunter müsse doch billigerweise auch der dänische
rieg mit verstanden werden, welcher thatsächlich damals noch nicht
tbrannt gewesen war. Der defensive Charakter des Bundes verbiete
ie vom König in diesem Falle begehrte Assistenz. Ohnehin sei der
utzen, welchen die Allianz dem König verheiße, groß genug, es sei
erselbe, welchen Frankreich und Schweden bisjetzt gesucht, und bestehe
arin, daß entweder das Reich, durch dieses Bündniß gut gefaßt, die
eneralgarantie gegen Jedermann mit gutem Erfolg erlangen könnte,
der doch, wenn die beständige Kapitulation für den Kaiser dazukäme,
ieser des Reiches Mittel und Kräfte nach altem Gebrauch zu seinem
efallen zu gebrauchen nicht würde ermächtigt sein. Der Bund werde
ie Erfüllung der Kapitulationsbedingungen gewährleisten, demnach die
enachbarten Kronen diesfalls außer Sorge und Gefahr sein dürften.

[1] Bericht Gise's vom 16. December. — Düsseldorf.

Der König von Schweden habe zur Zeit ja auch andere Hülfe — e
Wink auf den niedersächsischen Kreistagsbeschluß wegen Bremervörde -
als die Allianz, um das Herzogthum Bremen zu säubern: doch wer
die neue Verbindung ihm für künftige Vorfallenheiten zur Verfügu
stehen, zu geschweigen, daß man auf die Dauer derselben der katholisch
Fürsten gesichert und von ihnen auf alle Fälle sich nichts ungütlich
würde zu versehen haben. Vielleicht, so bemerkten die Herren schließli
möchte dem Werke durch einen Nebenreceß zu helfen sein, wobei de
im Hauptreceß die bedenklichen Klauseln auszulassen sein würden. D
Schweden stellten anheim, darüber mit den Ligisten zu reden. Ihr
Verlangen, die beanstandete Stelle im Entwurf des Recesses ganz
tilgen, setzten Jene den unbesiegbaren Widerspruch entgegen, den dasse
bei den Katholischen finden würde. Uebrigens verlief diese ganze B
rathung ohne Ergebniß, da die Schweden dabei beharrten, daß sie v
Eintreffen der königlichen Resolution sich schwerlich würden vernehm
lassen können.[1]

Auch die Invitanten beriethen allein unter sich, und zwar a
12. December über die den braunschweigisch-hessischen Forderungen gege
über einzunehmende Stellung, sowie über ein nunmehr auch von Kı
Mainz entworfenes Schema der Kontingentirung der einzelnen Bund
genossen. Allerseits wurde man zunächst darüber einig, daß ei
Erklärung auf jene Monita nicht ertheilt werden könne, bevor ni
Hessen-Kassel besonders sich habe vernehmen lassen. Trier ließ übrige
die braunschweigischen Forderungen als dem kölnischen Receß gem
passiren. Köln beanstandete unwesentliches. Münster hielt mit sein
Erklärung ganz zurück, bis solche auch von hessischer Seite erfolgt se
würde, desgleichen Neuburg aus Mangel einer Rückäußerung d
Pfalzgrafen auf den Bericht. Mehl aber wegen Mainz versicher
wegen jener Erinnerungen kein Bedenken zu haben. Sodann leitete
hinüber zu dem von ihm vorgelegten Entwurf der Quotisirung der ei
zelnen Beiträge. Dieser stellte auf für

Mainz ein Simplum	von	600 M. z. F.	und	300 z. R.
Trier	"	400 "	"	180 "
Köln	"	800 "	"	420 "
Münster	"	800 "	"	400 "
Neuburg	"	800 "	"	400 "
zusammen also		3400 M. z. F.	und	1700 z. R.

zu je 17 Kompagnien Fußvolk und Reiterei, sodann für

---

[1] Bericht Otto's vom 1. (10.) December. — Hannover.

Brandenburg	ein Simplum von	1500 M. z. F.	und	800	z. R.
Schweden-Bremen	„	1000	„ „	420	„
Braunschweig	„	900	„ „	420	„
Hessen-Kassel	„	400	„ „	180	„
zusammen		3800 M. z. F.	und	1820	z. R.

ı je 18 Kompagnien Reiterei und Fußvolk. Diese Zahlen ergeben ne Bundesmacht von 10 720 Mann zu 70 Kompagnien, von jeder ruppengattung 35. In Vergleich mit den braunschweigischen Vorhlägen ergibt sich kein wesentlicher Unterschied. Auch hier wird Brandenırg eine hervorragende Kraftentfaltung zugemuthet.

Nach Verlesung dieses Schemas wurde von einer Seite die Bemerkung ut, daß die Invitirten im Verhältniß zu den Invitanten doch wohl gering bemessen wären. Boineburg, welcher zugegen war, erläuterte, ıß Jene nicht höher zu bringen wären uud man nehmen müßte, was an haben könnte. Hierbei ließ man es einstweilen bewenden und theilte Mehl den Auftrag, den in einem besondren Gemach versammelten ertretern der Gegenseite diesen Aufsatz mitzutheilen, was er auch that. ei der Rückkehr berichtete er, daß Portmann mit der Veranlagung ines Herrn nicht zufrieden sei, Snoilsky aber geäußert habe, sein König erde wohl auch noch mehr leisten.[1] Im übrigen hätten die Invitirten orgeschlagen, daß man, um Zeit zu gewinnen, nunmehr den ganzen teceß vom Direktorium aufsetzen und dann diktiren lassen solle, worauf nochmals zur Durchberathung gestellt werden müßte.[2] Den Invitanten efiel dieses. Münster und Neuburg baten um einen längeren Termin ierfür, damit man der Prinzipale Entscheidung einholen könne, doch anden sie bei den kurfürstlichen Gesandten keinen Beifall.[3]

Der ganze Allianzreceß lag in der ihm von der kur-mainzischen anzlei gegebenen Fassung bereits am 17. December vor und wurde och am nämlichen Tage zur Diktatur gegeben.[4]

Wenn man den neuen Entwurf mit seiner Grundlage, dem kölnischen leceß vom 15. December 1654 vergleicht, bemerkt man folgende nennensverthe Veränderungen. Nicht mehr finden wir die Bestimmung von der

[1] Otto bemerkt am 5. (15.) von dieser Verhandlung: Schweden ist so sanftnüthig und still dabei gewesen, als ob er alles plazitirte, daß man sich verwundern nd dabei Nachdenken haben müssen. — Hannover.

[2] Aus dem erwähnten Berichte Otto's geht jedoch hervor, daß nicht die Invirten, sondern Boineburg und Mehl diesen Vorschlag auf die Bahn gebracht haben.

[3] Protokoll vom 12. December. — Düsseldorf.

[4] Es liegen nur vor die Exemplare für Trier und Köln, letzteres mit der Benerkung „diktirt am 17. December". Köcher, S. 238, weiß nur, daß der Entwurf m 12. (22.) fertig gestellt war.

gebührenden Kenntnißgabe an den Kaiser. Es gab ja freilich zur Zei
noch keinen solchen, man darf aber wohl auch andere Absichten dahinte
vermuthen. Getilgt ist ferner überall das Wort „Schirmverwandte“
Hingegen bemerken wir die uns aus den Verhandlungen bereits bekannte
Zusätze neben anderen. Hervorzuheben ist zunächst in der Einleitung
daß auf den nürnberger Exekutionsreceß von 1650 Bezug genomme
wird. Die Lande der Vertragschließenden sind nicht spezifizirt. Di
successores, Erben und Nachkommen sind beigerückt, doch sehen wir de
Wunsch der Protestanten wegen der Einwilligung der Domkapitel nic
berücksichtigt. In Artikel 1 ist zweimal die Rede von der Nichtein
mischung in fremde Kriege und heißt es an zweiter Stelle „in die si
jetzo enthaltenden Kriege.“ Als ganz neuer Zusatz muß erwähnt werde
„also daß die Konföderirten ohne Unterschied der Religion einander i
rechtem Vertrauen meinen, zu obgedachtem und in consiliis et actionibu
festiglich und unausgesetzt bei einanderstehen, auch aus allen Begebenheite
woraus besagte Unruhe entstehen und darauf die hierinnen versproche
Assistenz erfordert werden möchte, vorhero und zeitig mit einander kommu
niziren, keiner aber einigem Stand des Reichs oder fremden Kronen, Poten
taten und Republiken zu feindlicher Invasion Ursach geben, noch in d
zwischen fremden Kronen und Potentaten sich jetzo enthaltende Kriege direc
vel indirecte sich einmischen oder sich einmischen lassen, auch kein Konföde
rirter den andern mit Gewalt angreifen, überziehen oder beleidigen, sonder
seine gegen den andern führende Streitigkeiten durch gut- oder rechtliche Mitt
entscheiden lassen, auf den unverhofften Fall aber, daß ein Konföderirt
den andern angreifen würde, welches doch nicht sein soll, alle übrige
beisammen stehen bleiben, den aggressorem ernstlich von der Thätlichke
abmahnen, nichts destoweniger aber den Angegriffenen auf desselbe
ernstes (oder erstes) Ansuchen wider den de facto Verfahrenden d
schuldige Bundeshülfe ohnverweigerlich zuschicken und leisten, jedo
zugleich und pari passu dahin trachten sollen, damit die zwischen de
Streitigen und zu Thätlichkeiten Gerathenen haftenden Mißhelligkeite
(jedoch daß durch die Interposition keinem Theil und insonderheit de
Beleidigten keine Präjudiz widerfahren) nach Billigkeit befundener Ding
in Güte beigelegt werden mögen.“ In Artikel 2 wird als neu d
Fall vorausgesetzt, daß einer der Konföderirten von fremden auswärtige
Völkern mit Kriegsbeschwerden belästigt werden könnte. Alsdann so
die Defensionsarmee den Angreifer, wenn er sich zurückgezogen, verfolge
und solange in dessen oder seines Verbündeten Landen stehen bleibe
bis aller Schaden ersetzt und vor Wiederholungen genügende Versicherun
ertheilt sein würde. Würden Zwei oder mehr auf einmal angegriffe
so soll dem beigesprungen werden, welcher zuerst die Hülfe begehr

venn die Bedrohten nämlich nicht weit von einander säßen, während im Falle eines Angriffes auf in verschiedene Kreise Gehörige und überhaupt an wei von einander entfernten Punkten die Alliirten je nach Gelegenheit hre Kriegsräthe nach Frankfurt, Köln oder Goslar zusammenschicken ollen, wo sie über Austheilung und Vermehrung des Zuzuges und Aufmarsch der Bundesarmee zu berathen haben werden. Der selbst Angegriffene soll jedoch einem Andern sein Kontingent zuzuschicken nicht erpflichtet sein und ebensowenig Derjenige, welcher in seinem oder inem benachbarten Kreise einem Konföderirten oder einem Kreise Bundes-, Reichs- oder Kreishülfe zugeschickt hätte oder dies zu thun erbunden wäre. In solchen Fällen solle die bereits erfolgte Leistung nit in das bundesmäßige Kontingent eingerechnet und davon abgezogen verden. Kraft einer anderweitigen Bundesverpflichtung soll keine Hülfe eleistet werden. Sodann will man durch dieses Partikularverbündniß ie zu Verhütung und Abtreibung unrechter Gewalt geschaffene Reichsxekutionsordnung und Reichs- und Kreisverfassungen, sonderlich die vestphälische, wie auch die im Friedensschluß verordnete Garantie nicht urückstellen oder verhindern, sondern sollen vielmehr dieselben, ohne iesem Bündniß Abbruch zu thun, mit möglichstem Fleiße befördert verden; falls sich hierbei jedoch solche Hindernisse und Schwierigkeiten nden würden, die nicht sogleich aus dem Wege geräumt werden könnten, o soll doch nichts destoweniger Jeder zu der vereinbarten Bundeshülfe erpflichtet bleiben. Artikel 3 regelt die einzelnen Kontingente nach dem nainzischen Anschlage: doch findet sich eine Lücke bei den Namen der rei Herzöge von Braunschweig. Unverändert aus dem kölnischen Receß nd herübergenommen die Artikel 4 bis 6, während der siebente einen Zusatz enthält, welcher den einzelnen Vertragschließenden die Ernennung ines besonderen Generals über die in's Feld geführten Völker, jedoch ur mit Wissen und Willen der übrigen Verbündeten, freistellt, ein Zugeständniß für den Pfalzgrafen von Neuburg, welcher Reuschenberg das Bundesgeneralat über die ligistischen Völker erhalten zu sehen wünschte.[1] Artikel 8 hat die alte Fassung. Nach Artikel 9 darf jeder Alliirte einen Kriegsrath bestellen, insbesondere jede braunschweigische Linie einen für ich. Uebertragung der Stimme an den Vertreter eines andern Herrn st im Behinderungsfalle zulässig. Sachen, welche in den Estat laufen und ohne vorherige Entscheidung der Prinzipale Weiterungen in Aussicht tellen können, sollen von den Kriegsräthen zwar „in etwas“ berathen verden, doch darf ohne ausdrücklichen Befehl der Kommittenten darüber

[1] Nach einer bezüglichen Bemerkung des Pfalzgrafen zum Protokoll vom 12. Dezember. — Düsseldorf.

nichts verbindliches geschlossen und inzwischen mit den Völkern nicht angefangen werden, was der zu erwartenden Erklärung der Prinzipal nachtheilig sein könnte. Artikel 10 enthält als neu die Bestimmun wegen Verfahrens gegen Säumige und Widerspännige. Unwesentlich Zusätze enthalten die Paragraphen 11 bis 14. 15 und 16 sind unve ändert. 17 bestimmt die Dauer der Allianz auf drei statt der zwei i kölnischen Recesse genannten Jahre und verordnet, daß wegen Verlän gerung und dabei gewünschter Veränderungen die Alliirten hier i Frankfurt berathen lassen sollen, wobei es jedoch in eines Jeden frei Willkür stehen solle, ob er weiter bei der Allianz verharren wolle od nicht. Der Schlußsatz fügt eine Ratifikationsfrist von vier Woch hinzu. Die einzelnen Ausfertigungen sollen bei Kur=Mainz hinterle werden und wird schließlich vorbehalten, daß, falls einer der bevol mächtigten Gesandten jetzt bald nicht mit unterschreiben oder die Rat fikation binnen dem festgesetzten Termine nicht beigebracht werden würd dennoch dem in Betracht kommenden Fürsten der freie Beitritt und d Ratifikation offen stehen und bleiben solle.[1]

28.

Die Lage am Schlusse des Jahres 1657.

Unzufrieden mit dem Entwurfe der Mainzer mußte wohl d Vertreter Kur=Brandenburgs sein, schon wegen der im Verhältniß z den übrigen Vertragschließenden allzuhohen Veranlagung seines Herr ohne daß zu sehen gewesen wäre, welchen Fuß man der Austheilun der Völker überhaupt zugrunde gelegt hatte, dann auch, weil mehre Forderungen des Kurfürsten, wie beispielsweise die Spezifizirung der ei zelnen Lande, nicht berücksichtigt war, worauf gerade wegen Pommer

[1] Es ist doch mehr politische Färbung in diesen Zusätzen, als Köcher geseh hat, welcher S. 238 als wesentlich nur die Stellen von der Nichtimplizirung fremde Kriege und der westphälischen Kreisordnung bezeichnet. Ich mache noch au merksam auf die Annahme von Angriffen der Konföderirten untereinander, ein Wi für Brandenburg, Neuburg und Schweden, den offensiven Charakter der Bestimmun vom Einrücken in fremde Lande (Art. 2). Auf die Auslassung der Notifikation a den Kaiser und den politischen Charakter des Zusatzes in Art. 7 ist hingewiese worden, ebenso auf die klägliche Entziehung der Etatsachen von den Befugnissen d Kriegsrathes. Der Schlußsatz aber zielt auf Schweden und Brandenburg, dere Beitritt als unsicher galt, und war vom Hause Braunschweig diktirt, welches si dadurch bei Jenen den Glimpf erhalten wollte.

und der Marken im Augenblick sehr viel ankam, während doch ein dunkles Gerede wissen wollte, daß nur die westlichen Provinzen Brandenburgs mit in den Bund begriffen werden sollten. Als Portmann nach der Sitzung vom 17. December mit Björnklou redete, konnte auch dieser ihm keine Aufklärung darüber gewähren, nach welchem Fuße die Quoten berechnet wären. Er erzählte, daß ihn Boineburg mit der Schmeichelrede habe abspeisen wollen, dem König werde eben wegen des ihm gebührenden Respektes ein mehreres zugemuthet. Auf die Entgegnung aber, daß Seine Majestät bei diesem Bündniß nicht in seiner Eigenschaft als König konkurrire, hatte der gewandte Freiherr erklärt, daß alles auf gütlichen Vergleich ankomme, wie es auch 1655 geschehen, als der Kurfürst Johann Philipp, sein Herr, der kölnischen Liga beigetreten wäre.[1]

Also auch Schweden hatte sich über zu hohe Belastung beschwert. Es schien, als ob es sich wenig Vortheil von diesem Werke werde versprechen dürfen. Auf einen bezüglichen Vorhalt hatte Boineburg den Hauptgesandten Björnklou mit der Zusage beschwichtigen wollen, daß Bremen und Pommern in die Allianz aufgenommen werden sollten, wenn nur erst Bremervörde den Dänen abgenommen sein würde.[2] Dann wieder schien es, als gehe die Absicht des Kurfürsten von Mainz und seiner Genossen weiter dahin, Schweden überhaupt erst die Bundeshülfe nach erfolgtem Friedensschluß mit Dänemark zuzugestehen. Schließlich wurde gar das Verlangen gestellt, Pommern ganz aus dem Recesse zu lassen aus Rücksicht auf Polen und Dänemark. Wenn aber Andre, als diese, sagte man, und wäre es auch der König Leopold selbst, Schwedisch-Pommern bekriegen würden, nämlich in der Hülfeleistung für Polen, dann sollte Schweden des Schutzes seiner Alliirten sicher sein. Damit gab Schweden mit nichten sich zufrieden, zumal man ihm dessen keine schriftliche Versicherung im Allianzreceß zugestehen wollte.[3] Es war ein Drehen und Wenden der Mainzer und ihrer Genossen ohne jede Klarheit und Redlichkeit. Sie wollten natürlich am liebsten von jeder Verwickelung da unten befreit sein, suchten aber, Schweden unter allerhand Erklärungen, die wie Zugeständnisse sich hören ließen, an der Hand zu halten. Die Schweden aber durchschauten dieses zweideutige Wesen und drangen auf offene, runde Erklärung und schriftliche Versicherungen. Solange man dies nicht gewährte, hielten sie sich von den Verhandlungen fern.[4] Ueber die Lage äußerte sich Snoilsky zu Otto folgendermaßen:

---

[1] Bericht Portmann's vom 8. (18.) December. — Berlin.

[2] Portmann a. a. O.

[3] Bericht Portmann's vom 15. (25.) December, kurz erwähnt U. A. VIII, 539.

[4] Ich muß gestehen, daß hier der Mangel an Kenntniß des einschlagenden Materials aus den schwedischen Archiven sehr fühlbar wird. Denn was Säve gibt,

nichts verbindliches geschlossen und inzwischen mit den Völkern nichts angefangen werden, was der zu erwartenden Erklärung der Prinzipale nachtheilig sein könnte. Artikel 10 enthält als neu die Bestimmung wegen Verfahrens gegen Säumige und Widerspännige. Unwesentliche Zusätze enthalten die Paragraphen 11 bis 14. 15 und 16 sind unverändert. 17 bestimmt die Dauer der Allianz auf drei statt der zwei im kölnischen Recesse genannten Jahre und verordnet, daß wegen Verlängerung und dabei gewünschter Veränderungen die Alliirten hier in Frankfurt berathen lassen sollen, wobei es jedoch in eines Jeden freier Willkür stehen solle, ob er weiter bei der Allianz verharren wolle oder nicht. Der Schlußsatz fügt eine Ratifikationsfrist von vier Wochen hinzu. Die einzelnen Ausfertigungen sollen bei Kur-Mainz hinterlegt werden und wird schließlich vorbehalten, daß, falls einer der bevollmächtigten Gesandten jetzt bald nicht mit unterschreiben oder die Ratifikation binnen dem festgesetzten Termine nicht beigebracht werden würde, dennoch dem in Betracht kommenden Fürsten der freie Beitritt und die Ratifikation offen stehen und bleiben solle.[1]

28.

Die Lage am Schlusse des Jahres 1657.

Unzufrieden mit dem Entwurfe der Mainzer mußte wohl der Vertreter Kur-Brandenburgs sein, schon wegen der im Verhältniß zu den übrigen Vertragschließenden allzuhohen Veranlagung seines Herrn, ohne daß zu sehen gewesen wäre, welchen Fuß man der Austheilung der Völker überhaupt zugrunde gelegt hatte, dann auch, weil mehrere Forderungen des Kurfürsten, wie beispielsweise die Spezifizirung der einzelnen Lande, nicht berücksichtigt war, worauf gerade wegen Pommern

[1] Es ist doch mehr politische Färbung in diesen Zusätzen, als Köcher gesehen hat, welcher S. 238 als wesentlich nur die Stellen von der Nichtimplizirung in fremde Kriege und der westphälischen Kreisordnung bezeichnet. Ich mache noch aufmerksam auf die Annahme von Angriffen der Konföderirten untereinander, ein Wink für Brandenburg, Neuburg und Schweden, den offensiven Charakter der Bestimmung vom Einrücken in fremde Lande (Art. 2). Auf die Auslassung der Notifikation an den Kaiser und den politischen Charakter des Zusatzes in Art. 7 ist hingewiesen worden, ebenso auf die klägliche Entziehung der Etatsachen von den Befugnissen des Kriegsrathes. Der Schlußsatz aber zielt auf Schweden und Brandenburg, deren Beitritt als unsicher galt, und war vom Hause Braunschweig diktirt, welches sich dadurch bei Jenen den Glimpf erhalten wollte.

und der Marken im Augenblick sehr viel ankam, während doch ein dunkles Gerede wissen wollte, daß nur die westlichen Provinzen Brandenburgs mit in den Bund begriffen werden sollten. Als Portmann nach der Sitzung vom 17. December mit Björnklou redete, konnte auch dieser ihm keine Aufklärung darüber gewähren, nach welchem Fuße die Quoten berechnet wären. Er erzählte, daß ihn Boineburg mit der Schmeichelrede habe abspeisen wollen, dem König werde eben wegen des ihm gebührenden Respektes ein mehreres zugemuthet. Auf die Entgegnung aber, daß Seine Majestät bei diesem Bündniß nicht in seiner Eigenschaft als König konkurrire, hatte der gewandte Freiherr erklärt, daß alles auf gütlichen Vergleich ankomme, wie es auch 1655 geschehen, als der Kurfürst Johann Philipp, sein Herr, der kölnischen Liga beigetreten wäre.[1]

Also auch Schweden hatte sich über zu hohe Belastung beschwert. Es schien, als ob es sich wenig Vortheil von diesem Werke werde versprechen dürfen. Auf einen bezüglichen Vorhalt hatte Boineburg den Hauptgesandten Björnklou mit der Zusage beschwichtigen wollen, daß Bremen und Pommern in die Allianz aufgenommen werden sollten, wenn nur erst Bremervörde den Dänen abgenommen sein würde.[2] Dann wieder schien es, als gehe die Absicht des Kurfürsten von Mainz und seiner Genossen weiter dahin, Schweden überhaupt erst die Bundeshülfe nach erfolgtem Friedensschluß mit Dänemark zuzugestehen. Schließlich wurde gar das Verlangen gestellt, Pommern ganz aus dem Recesse zu lassen aus Rücksicht auf Polen und Dänemark. Wenn aber Andre, als diese, sagte man, und wäre es auch der König Leopold selbst, Schwedisch-Pommern bekriegen würden, nämlich in der Hülfeleistung für Polen, dann sollte Schweden des Schutzes seiner Alliirten sicher sein. Damit gab Schweden mit nichten sich zufrieden, zumal man ihm dessen keine schriftliche Versicherung im Allianzreceß zugestehen wollte.[3] Es war ein Drehen und Wenden der Mainzer und ihrer Genossen ohne jede Klarheit und Redlichkeit. Sie wollten natürlich am liebsten von jeder Verwickelung da unten befreit sein, suchten aber, Schweden unter allerhand Erklärungen, die wie Zugeständnisse sich hören ließen, an der Hand zu halten. Die Schweden aber durchschauten dieses zweideutige Wesen und drangen auf offene, runde Erklärung und schriftliche Versicherungen. Solange man dies nicht gewährte, hielten sie sich von den Verhandlungen fern.[4] Ueber die Lage äußerte sich Snoilsky zu Otto folgendermaßen:

---

[1] Bericht Portmann's vom 8. (18.) December. — Berlin.

[2] Portmann a. a. O.

[3] Bericht Portmann's vom 15. (25.) December, kurz erwähnt U. A. VIII, 539.

[4] Ich muß gestehen, daß hier der Mangel an Kenntniß des einschlagenden Materials aus den schwedischen Archiven sehr fühlbar wird. Denn was Säve gibt,

Ganz ohne Ursache und wider alle Vernunft wolle man den Krieg gegen Dänemark ausschließen; denn weder von diesem noch anderswoher seien Gefahren zu erwarten. Es sei wohl zu bemerken, wie vertraulich die

ist doch sehr wenig und nicht klar genug. Nach seiner Darstellung muß man glauben, daß die für Schweden unangenehme Klausel von der Nichteinmischung in die gegenwärtigen Kriege seinen Vertretern durch den Hinweis auf den Beitritt Frankreichs plausibel gemacht zu werden versucht wurde (nach einem Schreiben Björnklou's vom 10. (20.) October 1657, Säve, S. 46). Hierauf hätten die Schweden umsoweniger eingehen können, weil die Franzosen, denen an dem Wahlwerk vorläufig noch mehr gelegen gewesen, als an der Allianz, für diese sich wenig erwärmt gezeigt hätten (Bericht Björnklou's vom 20. (30.) October). Die Franzosen hätten als Bedingung ihres Beitrittes dreierlei gefordert, eine Verpflichtung der geistlichen Kurfürsten zur Unterstützung bei den Forderungen auf Abstellung der Beschwerden der Kronen, die Verhinderung der Wahl eines Kaisers aus dem Hause Oesterreich und die Aufnahme Schwedens. Die Verhandlungen darüber hätten sich in die Länge gezogen, sodaß Björnklou schließlich angefangen hätte zu glauben, daß es den Alliirten mit der Einladung Schwedens und Frankreichs kein Ernst gewesen wäre und daß sie mit diesen Verhandlungen nur eine günstige Gelegenheit abwarten wollten, um eine österreichische Wahl zu bewirken und dann mit ihrer Allianz und vereinten Reichskräften den Kronen die Zähne zu weisen (Bericht Bjornklou's vom 7. (17.) November. Säve, S. 47). Ende November jedoch hätten die Gesandten Braunschweigs und Hessens mit einem mehr entgegenkommenden Vorschlage des Kurfürsten von Mainz überrascht: Wenn Bremervörde geräumt und wiedererobert sei, könnte die Allianz die Vertheidigung Schwedens gegen Dänemark übernehmen. Man werde sogar den König auch gegen weitere Feinde, wie Holland, Brandenburg und Oesterreich schützen, wenn er nunmehr den Beitritt vollziehe unter (formellem) Ausschluß allen Anspruches auf Vertheidigung aus Anlaß seiner Kriege gegen Polen und Dänemark. Björnklou's Argwohn regte sich, als ob der Kurfürst von Mainz, in der Voraussicht, daß es zwischen Schweden und Oesterreich-Brandenburg bald zum Bruche kommen werde, diesen Vorschlag nur unterbreite, damit Schweden ihn als zu geringwerthig verwerfe, und dann, wenn es zum Kriege komme, die Hülfeleistung der Allianz mit der Erklärung verweigern könne, daß Schweden ja das Anerbieten nicht angenommen habe. Daher habe Björnklou sich zu sofortiger Aufnahme der Verhandlungen auf grund dieses Vorschlages erboten (Bericht Björnklou's vom 28. November (8. Decbr.). Säve, S. 48). Wenige Tage später aber habe der Kurfürst von Mainz einen neuen Vorschlag hören lassen, nämlich Bremen und Verden nach der Räumung von Bremervörde zu neutralisiren. Auf die Frage, ob auch Pommern mit in die Allianz aufgenommen werden und des Schutzes gegen Alle genießen könne, welche, selbst im Bunde mit Polen, den König von Schweden anfallen würden, habe Johann Philipp geantwortet, daß alle schwedischen Provinzen gegen Jedermann, auch gegen Oesterreich geschützt werden sollten, sofern letzteres, und wer es auch sonst sei, dieselben nicht aus Anlaß des polnischen Krieges sondern aus einer anderen Ursache oder Vorwand angriffe (Björnklou's Diarium vom 5. (15.) December. Säve, S. 49). Auf den Bericht seiner Gesandten hätte dann König Karl Gustav, ohnedies zum Abschluß der Allianz nicht sonderlich geneigt, längere Zeit nichts von sich hören lassen (S. 94). Ueber die weiteren Verhandlungen bis zum Ende Juni 1658, wo er seine Schilderung der Allianztraktaten erst wieder aufnimmt, erfahren wir aus Säve nichts.

raunschweiger mit den Katholiken verkehrten, doch mehr als fraglich,
b dieses Vertrauen auch vergolten würde. Sie möchten sich doch ja
rsehen und mit Jenen nichts übereilen. Bei den Ligisten scheine die
nnahme zu gelten, daß Braunschweig ohne Schweden und Brandenburg
it ihnen schließen würde. Dies würde um so mehr bedauert werden
üssen, als der König ihn angewiesen habe — er zeigte das Schreiben
or —, in besonders gutem Einvernehmen sich mit den Gesandten
raunschweigs zu halten. Schließlich empfahl er die Mitaufnahme
rankreichs, wenn sie sich auf annehmbare Weise bewerkstelligen lassen
ürde. Längst schon wären der katholischen Alliirten Bemühungen darauf
nausgegaugen.

Otto bat, Dänemark und seine etwaigen Helfer doch ja nicht zu
nterschätzen, und wies darauf hin, daß es am allerwenigsten dem Hause
raunschweig anstehen würde, sich einer Offensivbewegung gegen jenes
zuschließen. Bei den Ligisten müsse man gleiches Vertrauen eben
raussetzen; Jeder müsse eben sein eigenes bestes im Auge behalten.
it dem Schlusse werde man sich nicht übereilen und nicht so unbe-
nnen sein, sich von den andern Evangelischen abzusondern. Noch habe
an den Invitanten kein uneingeschränktes Zugeständniß gemacht, daß
an auch ohne Schweden und Brandenburg schließen wolle. Man
üsse ihnen eben überlassen, was sie denken möchten. Das Werk würde
ohl so eingerichtet werden, daß Schweden und Brandenburg, wenn es
nen sonst Ernst, damit würden zufrieden sein können. Er betonte
e guten Gesinnungen der Herzöge gegen König Karl Gustav und bat
n Gegenseitigkeit des Vertrauens. Auf eine Anfrage Otto's nach dem
genwärtigen Stande der schwedisch-brandenburgischen Beziehungen
rsicherte Snoilsky, daß zwischen beiden Staaten keine Widerwärtigkeiten
befahren wären, zumal da Kurfürst Friedrich Wilhelm sich die Ver-
ttelung eines Friedens zwischen Schweden und Polen höchlichst ange-
gen sein lasse. Den Anschluß an Frankreich stellte Otto in höchst
hutsamer Form dem Gutdünken seines Herrn anheim. Herzlicher, als
üher wohl, war nach dieser Unterredung, die am 21. December statt-
nd, der Abschied der Beiden.[1]

Otto aber nahm Veranlassung, um so nachdrücklicher mit Boineburg
er das Werk zu reden, als dieser am 24. December erschien, um eine
dliche Erklärung der Invitirten auf den Entwurf des Recesses zu
treiben. Er fragte geradezu, ob es überhaupt sein, des Freiherrn,
d der Unirten rechter Ernst mit dem Bündnisse sei. Die Schweden
d auch Andre hätten das bisher nicht recht glauben wollen. Boineburg

[1] Bericht Otto's vom 12. (22.) December. — Hannover.

nach seiner Art gerieth hier in ein heiliges Feuer. Sein Mund floß über von den Betheuerungen des regen Eifers seines Herrn für das Werk. Wenn erst Bremen und Verden von den Dänen gesäubert, werde man den Schweden gegen Jedermann, selbst wider den König von Ungarn, kraft dieser Allianz Hülfe gewähren. Damit man aber unterdessen den Schutz nicht aufhalte, könne man ja, was noththue, zur Zufriedenstellung beider Theile in einen Nebenreceß bringen. Mit Schweden glaubte man eher zurechtkommen zu können, als mit Brandenburg, denn dessen Zaudern sei höchst verdächtig. Nicht einmal eine Vollmacht des Kurfürsten sei vorhanden. Deshalb könne man getrost ohne ihn schließen und ihm dabei unter gerechten und billigen Bedingungen immerhin den späteren Beitritt vorbehalten. Es sei zu vermuthen, daß Friedrich Wilhelm aus Abneigung gegen Schweden das Werk zu hindern oder doch wenigstens hinzuhalten mehr gemeint wäre, als es zu befördern. Die Zeit werde es ja lehren. Auf den Einwurf Otto's, daß die hiesigen schwedischen Gesandten versicherten, daß ihr König sich von Brandenburg keiner Widerwärtigkeit versähe, bemerkte Boineburg, das wisse er anders. Habe doch der Kurfürst ausdrücklich vernehmen lassen, daß, wofern Schweden mit der Rückerstattung der preußischen Eroberungen an Polen Schwierigkeiten machen werde, letzteres seiner Hülfe sicher sei. [1]

Und richtig war es so: was die Schweden in Frankfurt nicht eingestehen wollten und was deshalb die Braunschweiger, die so gern vor allen Gefahren die Augen schlossen, nicht befürchteten, das war in voller Vorbereitung, beim Kurfürsten von Brandenburg der Angriff auf Schweden im Bunde mit Polen und Oesterreich beschlossene Sache, ja derselbe wäre schon erfolgt, wenn nicht die faule, schwankende Politik des Hauses Oesterreich diesem Eifer einen Hemmschuh angelegt haben würde. Seit dem Augenblicke, wo zur Sommerszeit d. J. 1657 Karl Gustav aus Polen gegen Dänemark aufbrach und den Genossen im Stiche ließ, begannen die Wege Beider auseinanderzugehen, der des Kurfürsten ihn in's polnisch-österreichische Bündniß hinzuweisen, wodurch ein Zusammenstehen Schwedens und Brandenburgs im engeren Bunde nicht minder wie in der vom mainzer Kurfürsten inaugurirten Allianz ein Ding der Unmöglichkeit wurde. Die innere Nothwendigkeit der politischen Lage im Osten drängte zur gewaltsamen Entladung des schwülen Gewitterstoffes, welchen das irenische System des Mainzers auf friedlichem Wege zu reinigen nicht mehr vermochte. Des Kurfürsten Friedrich Wilhelm scharfer Blick sah dies längst. Warum sich dort so nutzlos die Hände binden? dachte er, zumal da immer fühlbarer allgemach die

[1] Bericht Otto's vom 15. (25.) December. — Hannover.

pitze gegen das Haus Oesterreich sich herauskehrte. Nicht einen Augen-
ck scheint bei ihm ernstliche Absicht zum Anschlusse an den mainzer
rfürsten und seine Gefolgschaft, von Schweden nicht zu reden, be-
nden zu haben. Dennoch ließ er seinen Vertreter an den Verhand-
ngen weiteren Antheil nehmen. Wie hätte er das günstige Blatt aus
Hand geben sollen, das ihm das Spiel des Gegners zu errathen in
n Stand setzte?[1] Portmann hatte demnach in Frankfurt eine wenig
neidenswerthe Stellung. Beim Wahlwesen war noch alles still, die Ver-
ndlungen der Reichsdeputation im Sande verlaufen, und so blieb
n bei dem Allianzwerke die undankbare Rolle eines Horchers, der
r immer auf neue Einwendungen zu sinnen gezwungen war, damit
den Schluß hintenanhielte. Erst Mitte December ließ der Kurfürst
herbei, ihm bestimmte Weisungen wenigstens zu versprechen, die er
heilen würde, wenn der neue Entwurf des Recesses ihm vorläge —
einzige Verlautbarung seit Monaten auf die vielen Berichte über
s Allianzprojekt.[2] Selbst Canstein und Jena ließen nichts andres
n sich hören, als daß sie dem Kurfürsten noch keinen Bericht zu
tatten vermocht hätten.[3]

Am 22. December trat man im Plenum — nur Schweden und
ier[4] fehlten — zur Berathung über den mainzer Entwurf zusammen.
Mehl einige nicht wesentliche Vorschläge namens der Invitanten
regte, meinte Portmann, daß diese nun auch wie sie die Invitirten
han, einzeln und nicht als Gesamtkörper zu votiren haben würden
d die Konferenzen, bis sie mit ihren Erinnerungen gefaßt, ausgesetzt
rden möchten. Sodann rügte er den Wegfall der Spezifikation der
zelnen Lande und die Nichtberücksichtigung dessen, was er von „der
utschen Freiheit" und „der Präeminenz der Kur- und Fürsten" geredet
a. m. Er betonte ferner, daß man den Fuß nicht zu erkennen möge,
lcher der Austheilung der Kontingente zugrunde gelegt worden, und
s auffallende Mißverhältniß unter den einzelnen Vertragsgenossen, da
randenburg mit seinen 1500 Mann z. Fuß und 800 Reitern beinahe

[1] Am 15. (25.) December übersendet der Kurfürst den ihm von Portmann zu-
gangenen Receßentwurf zur Kenntnißnahme dem Kurfürsten von Sachsen „in
nderlichem Vertrauen, daß wir noch zur Zeit nicht resolvirt, darin zu treten, und
ar aus der Konsideration und Ursach, weil aus dergleichen Allianzen bisher wenig
ucht und Nutzen zu verspüren gewesen". — Konzept Schwerins in Berlin. U. A.
II, 539. Die Gründe lagen doch tiefer.

[2] Erlaß aus Kölln a. Spr. vom 7. (17.) December. — Berlin.

[3] Unter dem 2. (12.) December, erwähnt von Portmann in seinem Votum vom
. December; im Protokoll. — Düsseldorf.

[4] Anethan war mit der Erklärung abgereist, daß er dem Kurfürsten über den
ntwurf persönlich Vortrag abstatten wolle.

ebensoviel zu stellen haben würde, als die drei geistlichen Kurfürsten zusammen mit ihren 1800 und 900 Mann. Man hätte, äußerte er, den Vorschlag Braunschweigs befolgen und den Invitirten unter sich eine Vereinbarung überlassen sollen. Fernere Erklärungen stellte er nach Ankunft der Resolution des Kurfürsten in Aussicht. Die Boten der Braunschweiger gipfelten heute in dem Satze, „daß alles zum guten Theile observiret sei". Darauf ließen zum ersten Male die Hessen ausführlicheres vernehmen, obwohl sie auch heute noch alles durch den Vorbehalt der landesherrlichen Resolution einschränkten. Der Landgraf, äußerten sie, werde wohl trotz der anfänglichen Vereinbarung über Spezifikation der Lande auch gegen eine generelle Aufführung derselben nichts einzuwenden haben. Hingegen seien sie angewiesen, auf der Einwilligung der Domkapitel zu bestehen. Sie schlugen deshalb vor, zum wenigsten die Worte „mit Vorwissen und Einrathen des Kapitels" einzurücken. Auszudrücken sei unter den Zielen des Bundes die Erhaltung und der Schutz beim Genusse des westphälischen Friedens. Aufsehen erregte die Bemerkung Dörnberg's, daß zur Vermeidung von Wiederholungen im 1. Artikel jene zweite Stelle zu streichen sei, wo von der Nichteinmischung in die „jetzo sich enthaltenden Kriege" die Rede sei. Es schien, als habe er keine Ahnung davon, daß man von allen übrigen Seiten gerade hierauf den größten Werth legte, um so den Hülferufen Schwedens gegen Dänemark ausweichen zu können. Und da gerade der schwedische Vertreter fehlte, suchte man dem Hessen um so lebhafter das Bedürfniß nach jener Klausel klarzulegen, welche man ja gerade mit voller Absicht und Emphase für gut befunden habe. Ihren Anschlag fanden die Hessen ferner zu hoch. Anderes, was sie vorbrachten, erscheint nicht bemerkenswerth, nur daß noch kraft besonderen höheren Auftrages die feine Frage von ihnen gestellt wurde, ob denn die Assistenz, wenn eine Mehrheit dieselbe verweigere, auch von einer Minderheit geleistet werden solle. Dagegen warfen Andre sich in die Brust und meinten, dergleichen könne doch gar nicht sich ereignen, dafür bürge doch das Wort der Fürsten, an Weigerung sei in keinem Falle zu denken. Eine solche Bestimmung beizurücken heiße nichts andres, als schimpfliche Gesinnung einzugestehen. Die Hessen hätten freilich mit Beispielen dienen können, ließen aber auf allgemeines Drängen eine solche Forderung fallen. [1]

Bei Betrachtung dieser Sitzung gewinnen wir einen Blick auf folgende Gruppirung der Interessenten: in geschlossener Reihe dem An-

---

[1] Protokoll vom 22. December. — Düsseldorf. Bericht Portmanns vom 15. (25.) December. — Berlin (kurz U. A. VIII, 539).

eine nach die Invitanten, in merklicher Hinneigung zu diesen die
raunschweiger, in wohl absichtlicher Zurückhaltung die Schweden, die
ssen liebäugelnd mit diesen und nörgelnd und hemmend den Branden-
rger.

Sehen wir uns die Stimmung der Invitanten für das Werk näher
. Ohne Einschränkung einer Beförderung der Allianz zustrebend war
r die Politik des mainzer Kabinettes, am nächsten stand ihm hierin
ohl die des Kölners, welche Boineburg's Treiben ruhig gewähren ließ.[1]
ur-Trier zeigte kühle Zurückhaltung. Anethanus hatte, als er Frank-
rt verließ, die Erwartung der Mainzer auf Gutheißung des Recesses
cht erfüllt, sondern alles auf das Ergebniß seines Berichtes an den
rfürsten hinausgestellt. Philipp Wilhelm von Neuburg, dem Werke
cht gerade abgeneigt, suchte doch dasselbe durch allerhand Kautelen zu
chweren, die er hineinzubringen suchte, damit besonders der Religion,
s heißt dem katholischen Bekenntnisse, zum Nachtheil nichts präjudizirt,
ndern vornehmlich dies erreicht werde, daß den Invitirten als der
ehrheit der Weg abgeschnitten würde, nach ihrem Willen die Invi-
nten zu führen, ja wohl gar das Direktorium der Feder und der
affen an sich zu bringen und der Religion den höchsten Schaden zu-
fügen.[2] „Nur nichts übereilt", lautete seine dem Gise ertheilte Wei-
ng.[3] Das Verhalten des Bischofs von Münster war ähnlich dem des
rfürsten von Trier. Beide empfanden wenig Vergnügen an einem
ndesverhältniß zu den Protestanten, Christoph Bernard zumal im
nblick auf Schweden, und Beide begannen sich auf die Seite Oester-
chs zu neigen. Zudem drangen jetzt um die Mitte des December-
nats die münsterischen Landstände, der drückenden Lasten für die
rke Anspannung der militärischen Leistungskraft des Bischofs nach
m Kriegsschrecken des letzten Sommers herzlich müde, heftig in den
ndesherrn, daß er der Allianz Valet sage, weil sie ihm den Vorwand
r Haltung einer starken stehenden Truppe herlieh. Nicht mehr als
0 Mann wollten sie dem Bischof zugestehen.[4]

Die Aussichten auf ein schnelleres Vorrücken in den Verhandlungen

[1] Kurfürst Max Heinrich hat in einem Erlasse vom 30. December an Alden-
ven nichts wesentliches gegen den Entwurf des Recesses einzuwenden: man müsse
en, was nach den Erinnerungen der Einzelnen noch herauskommen werde; jeden-
lls wolle er seinerseits sich von dem Konklusum nicht separiren. — Düsseldorf.

[2] Reskript an Gise vom 19. December. — Düsseldorf.

[3] Erlaß vom 22. December. — Düsseldorf.

[4] Erlaß des Bischofs an Bisping vom 21. December, welchem er einen Brief
 den Kürfürsten von Mainz beilegte mit der Bitte, Abmahnungschreiben an die
tände zu richten und die Reichsvikare zu einem gleichmäßigen zu veranlassen.

waren am Jahresschluß sehr geringe und schienen es bleiben zu sollen, solange als es sich um den gleichzeitigen Beitritt Schwedens und Brandenburgs handelte. Boineburg gab sich alle erdenkliche Mühe, Braunschweig und Hessen zum Abschluß ohne diese beiden zu bewegen, aber vergebens.[1] Die Braunschweiger waren vielleicht eben nicht übel willens dazu, aber der Entschluß wurde ihnen doch um so schwerer, je mehr Hessen-Kassel nach der schwedischen Seite hinzuneigen schien. Auch ließ Dörnberg vernehmen, daß der Landgraf lieber sehen würde, wenn man mit dem Schluß der Allianz bis nach der Kaiserwahl warten wollte.[2] Sich dem Kurfürsten von Mainz zuliebe sich unter den Evangelischen Deutschlands zu vereinsamen, konnte dem Hause Braunschweig also nicht beifallen. Am 24. December erschien Boineburg bei Otto, eben um wiederum auf Abschluß ohne Brandenburg und Schweden zu drängen. Dieser schlug es rund ab, bevor nicht das Verhältniß zwischen den Beiden geklärt sei.[3] Dagegen hatte er nichts gegen die Bitte einzuwenden, daß man doch wenigstens mit den Berathungen fortfahren möge. Boineburg wußte aber freilich nichts von der an die braunschweigischen Vertreter ergangenen Weisung, sich in nichts zu übereilen. Dies war überhaupt die Losung für alle Betheiligten, ausgenommen Mainz. Und nicht bloß angesichts der im Nordosten drohenden Gefahr, sondern auch im Hinblick auf die Frage von der Kaiserwahl.

Unter den geistlichen Kurfürsten war der von Trier nun längst für die Wahl eines Kaisers aus dem Hause Oesterreich gewonnen. Der von Köln trug auf beiden Achseln: denn Fürstenberg nahm Geld von den Oesterreichern wie von den Franzosen. Zwar hatte er für die letzteren wenigstens soviel gethan, daß er nach München gegangen war, um auf den Kurfürsten Ferdinand Maria wegen Annahme der Krone zu wirken. Mit stolzem Prahlen war er hingezogen, frohlockend über ein angebliches Gelingen seiner Bemühungen heimgekehrt, ein unangenehmes Desaveu von München enthüllte nackt den wahren Erfolg, das gänzliche Mißlingen dieser Werbung.[4] Es konnte dem Kurfürsten von Mainz auf die Dauer nicht verborgen bleiben, daß die von Frankreich betriebene bayrische Gegenkandidatur nicht glücken würde; sie scheiterte an der Abneigung vielleicht nicht so sehr des Kurfürsten Ferdinand Maria selbst als des österreichisch gesinnten leitenden Staatsmannes am münchener Hofe, des Grafen Kurtz, sowie der habsburgischen Mutter des Regie-

[1] Bericht Bisping's vom 23. December. — Münster.

[2] Bericht Portmann's vom 19. (29.) December. — Berlin.

[3] Berichte Otto's vom 15. (25.) und Portmann's vom 19. (29.) December. — Hannover und Berlin.

[4] Valfrey, S. 99—102. G. Heide, S. 33 ff.

renden. Daß Johann Philipp, als er einen unzweifelhaften Mißerfolg erkannte, darüber den französischen Gesandten unverhohlen seine Ansicht äußerte, wurde ihm von diesen höchlichst verübelt. Sie betrachteten ihn, auf dessen Rath, wie sie vorgaben, sie ihre Politik eingerichtet, als einen zweideutigen Freund, dessen Saumseligkeit und Untreue das Scheitern des Planes herbeigeführt hätten. Mit Geld, aber auch mit Drohungen glaubte Mazarin den Eifer des Kurfürsten neu anstacheln zu müssen.[1] Auf Drängen Lionne's erklärte Johann Philipp schließlich, er selbst werde ja dem Bayern bei der Wahl seine Stimme nicht versagen, aber nur dann, wenn vorher der Friede zwischen Frankreich und Spanien geschlossen wäre. Er vermengte, um Zeit zu gewinnen, zwei von einander ganz unabhängige Fragen. Lionne verlangte, daß er alle diese Wenn und Aber lasse und unbedingt den Wünschen des Königs Rechnung trage. Der Kurfürst wand sich mit all seiner Geschmeidigkeit in allerhand Ausflüchten, blieb aber bei seiner letzten Erklärung. Schmeichelnd bemerkte Lionne, der König sei mit Recht überzeugt, daß bei der Wahl die Wage sich dahin neigen werde, wo die Stimme von Kur-Mainz ruhe. Daß der Kurfürst klage, der von Bayern wollte nicht Kaiser werden und der von Trier könne nicht gewonnen werden, führe zu nichts. Alles werde leicht sein, wenn er es nur wolle, ja schon, wenn er nicht die Wege Frankreichs kreuze und ihre Maßnahmen störe. Man verlange ja nur, daß er sie, die Franzosen, ruhig gewähren lasse, wenn man auch nach dem, was vorgegangen — eine Auffrischung des Gedächtnisses an gewisse Spenden — wohl thätigere Beihülfe zu erwarten berechtigt wäre, zumal man des öfteren Versicherungen auf sein Wort vernommen und nur auf seinen Rath, ja sein Drängen sich in diese Sachen eingelassen habe.[2]

Es war ein Rechenfehler der Franzosen, wenn sie wirklich vom Einflusse des Reichserzkanzlers so viel erwarteten. Trier, Bayern, Sachsen, Brandenburg waren unbedingt für eine Wahl aus österreichischem Stamme und Johann Philipp konnte daran nichts ändern, in seiner Macht lag es nicht, die Wünsche Frankreichs zu erfüllen. Und schon ließen auch Sachsen und Bayern, wenn nicht drohend, so doch ernstlich warnend ihre Stimme gegen das Einverständniß Johann Philipps mit den Franzosen vernehmen. Dieser sah denn auch bald ein, daß ein Abschwenken von den französischen Plänen, wenigstens in der Wahlfrage ihn auf den richtigen Weg bringen werde. Dies war nicht ohne Gefahr möglich. Denn sofort ergab sich eine merkliche Abkühlung der bisher

---

[1] Valfrey, S. 99. Chéruel III, 103 und 104. G. Heide, a. a. O. S. 18. 19.
[2] Valfrey, S. 111 und 112.

so innigen Beziehungen der französischen Gesandten in Frankfurt zum kur-mainzischen Hofe.[1]

Am 11. December war der Marschall Herzog von Gramont nach München gegangen zum letzten Versuch, den Kurfürsten von Bayern für die Thronkandidatur zu gewinnen. Auch seine Bemühungen schlugen fehl. Als er ungünstige Berichte nach Frankfurt sandte, wurde Lionne's Gereiztheit gegen Johann Philipp von Mainz täglich stärker; je fester man auf seinen Einfluß gebaut, je zuversichtlicher man durch diesen zum Ziele zu gelangen gehofft hatte, um so lebhafter war der Groll, als man sich getäuscht sah. Die Franzosen klagten über Verrath.[2] Der

[1] Bericht Otto's vom 15. (25.) December: Jedermann wundert sich jetzt über die veränderten Ansichten von Kur-Mainz betreffs der Wahl und andrer Dinge. Die große und Vielen verdächtige Vertraulichkeit zwischen dem Kurfürsten von Mainz und den Franzosen hat so geschwind und heftig nachgelassen und ist zu zweifeln, obwohl man die Friedenstraktaten zwischen dem spanischen Gesandten Pigneranda und den Franzosen mehr zum Schein als mit Hoffnung auf Erreichung des Zwecks anzutreten sich erweist, ob die Wahl darauf und ihren Ausschlag wirklich konditionire, sondern mittlerweile damit in Eile pro Oesterreich verfahren werde. Die Franzosen sollen sich unterdessen pro delusis halten, indigniren und sich sehr bedrohlich vernehmen lassen. — Hannover. Portmann a. gl. T.: Einige meinen, daß der Kurfürst von Mainz den Franzosen viel versprochen, was er vielleicht nicht werde halten können, und sich deswegen besorge, daß der König von Frankreich solches an ihm ressentiren möchte. Andre aber lassen sich verlauten, wenn der Kurfürst aus solchen Promessen an Frankreich eine Gefahr auf sich gezogen hätte, hätten sich dessen die andern Stände nicht hoch anzunehmen. — Berlin. Der schwedische Gesandte Björnklou erzählte den Braunschweigern, daß er schon vor mehreren Monaten an der Tafel des mainzer Kurfürsten einen ihm bekannten österreichischen Agenten Baron de Chaos (?) unvermuthet angetroffen habe, was ihm gleich verdächtig gewesen wäre. Seitdem habe er eine Veränderung in den Plänen des Kurfürsten wahrgenommen. Er hätte die Franzosen aufmerksam gemacht und sie hätten ihm Recht geben müssen; Es wären occultae machinationes pro rege Hungariae contra Frankreich und dero Intention gewesen. Bericht Otto's vom 19. (29.) December. — Hannover.

[2] Portmann am 19. (29.) December: Der Kurfürst von Mainz (hat) den französischen Gesandten wegen der Wahl contra domum Austriacam Versprechungen gethan, ihre partes stark vertreten und allerhand äußerliche Zeichen großer Freundschaft und Benevolenz bezeigt, also daß sie auch ausdrücklich gesagt, Electorem Moguntinum hactenus omnia bene fecisse, folgends aber gegen den böhmischen Gesandten sich anders expektorirt und dabei erklärt haben solle, daß man der Krone Frankreich, welche sich bei der Wahl nichts anzumaßen hätte, nicht zu achten, sondern, wenn dieselbe deswegen den Krieg begehrte, arma armis zu opponiren, welches den Gesandten vorgekommen; und hat der Marschall Grammont aus München an Lionne geschrieben, daß er nichts erhalten werde und man ihn auch in den Sachen, so von Mainz an die Hand gegeben, nicht einmal hören wollen. Daher die Vertraulichkeit zwischen dem Kurfürsten und den französischen Bevollmächtigten sehr abgenommen und obiges gegen Kur-Mainz sonderlich ressentirt werden möchte, da dieselbe sofort

Kurfürst stand in Gefahr und mit ihm Jeder, der gemeinsame Sache mit ihm gemacht. Alle Welt glaubte, daß er auch deshalb so emsig auf den Abschluß der Allianz dränge, und eben dieses war andererseits der Grund für das zögernde Verhalten der übrigen Interessenten. Selbst dem Pfalzgrafen von Neuburg, welcher kurz zuvor für die französischen Pläne noch einen letzten Sturmlauf gewagt, gingen von vertrauter Hand gewisse Warnungen zu. [1]

Doch war es immerhin mehr als fraglich, ob Frankreich das Scheitern seiner Pläne in der Wahlfrage oder gar den Unwillen gegen den mainzer Kurfürsten, der nun auf einmal an allem die Schuld tragen sollte, zum Kriegsfall zuzuspitzen ernstlich gemeint sein würde. Hatte

Hülfe bei den Alliirten suchen, diese aber dafür halten werden, daß sie dazu nicht schuldig, weil der Kurfurst sich die Ungelegenheit und offensam selbst zugezogen. — Berlin.

[1] Landgraf Ernst von Hessen-Rheinfels schreibt an ihn am 30. December: Man schreibt mir von Francofort d'un bon lieu ces formalités suivantes: Monsieur le mareschal duc de Grammont s'apperçoit maintenant plus que trop, que toutes ces fatigues et présents sont perdus et qu'on eslira le Roy d'Hongrie avec un applaudissement quasi universel, mais on a peur, que les innocens et qui n'ont point touché les louis, le pourroient payer, dequoy on agira aussi pour s'en défendre au mieux. E. L. wissen ohne Zweifel diese Sachen besser als ich. — Düsseldorf. Was die Thätigkeit des Pfalzgrafen für Frankreich anlangt, so wird aus den Akten ersichtlich, daß in seinem Auftrage der Kanzler v. Winkelhausen bei den Kurfürsten von Köln und Trier herumreiste, um ihnen nochmals die Kandidatur Ferdinand Maria's von Bayern zu empfehlen. Den Kölner fand er geneigt. Derselbe anerkannte mit Dank die gute Affektion, welche der Pfalzgraf gegen ihn und sein Haus verspüren ließe. Er forderte Winkelhausen auf, allen Fleiß beim Kurfürsten von Trier anzuwenden, an welchem das ganze Werk hänge, da an Kur-Pfalz nicht zu zweifeln wäre. In Abwesenheit der beiden sonst unentbehrlichen Fürstenbergs führte der Kurfürst Max Heinrich einen eigenhändigen Briefwechsel mit seinem Vetter in München. Und mit dessen Gemahlin der Pfalzgraf Philipp Wilhelm. Doch vertheidigte Graf Kurtz tapfer und siegreich diesen letzten Angriff auf sein System. Von Bonn ging Winkelhausen nach Koblenz zum Kurfürsten von Trier, der sich den Anschein gab, als werde er gegen eine Wahl des Bayern nichts einwenden, nur daß er von diesem sowohl als den Kurfürsten von Mainz und von der Pfalz eine kategorische Bereitwilligkeitserklärung forderte. Doch gerade hieran mangelte es eben. Zwar lag eine zu nichts verbindende Erklärung des Kurfürsten Ferdinand Maria vom 6. Nov. an den König von Frankreich in Form einer Missive vor, die man sich aber dem Kurfürsten Karl Kaspar vorzuweisen nicht getraute, zumal da noch eine durchaus entgegengesetzte weitere Erklärung des Bayern vom 11. Nov. bekannt war. Gramont, der unterdessen nach München gegangen war, sollte von dem Erfolge der Sendung Winkelhausen's benachrichtigt werden. Winkelhausen an den Pfalzgrafen aus Breisig am 7. December (theilweise in Chiffern), Kurfürst Karl Kaspar an den Pfalzgrafen etwa am 10. December, Kurfürst Max Heinrich an den Pfalzgrafen (eigenhändig) am 13. December und Winkelhausen an den Pfalzgrafen am 17. December aus Bonn. — Düsseldorf.

es doch selbst noch mit Anspannung aller Kräfte den Kampf gegen Spanien weiterzubestehen. Seine Kassen waren erschöpft, die Aufwendungen für den Fang der deutschen Wahlstimmen konnten nur mit dem Aufgebot aller äußersten Kräfte zuwege gebracht werden. Nicht allzu stark werden deshalb wohl die Beklemmungen des Mainzers gewesen sein. Er wußte wohl, wie weit in ihren Drohungen zu gehen es den Franzosen möglich sein würde. Vielleicht, so konnte er ihnen auch zu erwägen geben, war es sogar weit lohnender für ihn, sich in die Arme Oesterreichs zu flüchten, welches, der spanischen Hülfe allezeit gewiß, im Bunde mit Polen, Dänemark und Brandenburg und gedeckt ferner von der auf seiner Seite stehenden Mehrheit der deutschen Kurfürsten eben doch für Frankreich, Schweden und deren Gefolgschaft, die rheinischen Alliirten kein verächtlicher Gegner genannt werden durfte. Eins that der Kurfürst wirklich; er entschloß sich wenigstens rasch und endgültig für die österreichische Kaiserwahl. Daß er dabei einen hübschen Geldgewinn davontrug, versteht sich von selbst. Und um doch nicht mit der Gegenpartei, die er bisher so treulich gehalten, ganz zu zerfallen, um den gerechten Unwillen Frankreichs zu beschwichtigen, versprach er dessen Gesandten wie den Schweden seine lebhafte Mitwirkung bei der Abfassung und Durchsetzung einer Wahlkapitulation, welche dem künftigen Kaiser für alle Zeit die Hände im Sinne dieser Kronen und aller dem Hause Oesterreich mit Mißtrauen gegenüberstehenden Potenzen binden sollte. Und eine solche Kapitulation sollte gewährleistet werden durch die große Allianz des mainzer Friedensfürsten in engem Anschluß an die beiden Kronen Frankreich und Schweden.

Darum auch trat Boineburg mit unbefangener Ruhe und Sicherheit auf, als gäbe es keine Gefahr für seinen Herrn. Unumwunden gestand er jetzt zu, es unterliege keinem Zweifel mehr, daß König Leopold von Ungarn werde zum Kaiser gewählt werden müssen. Der Kurfürst habe bisher auf's Gegentheil hingearbeitet, müsse aber der Uebermacht und Mehrheit weichen. Der Kurfürst von Trier habe ihn verlassen und die weltlichen Kurstimmen außer der pfälzischen würden alle auf Oesterreich fallen. Hätten doch die Kurfürsten gedroht, wenn Mainz von seinen Plänen nicht abgehe, schleunig in Regensburg sich zu vereinigen, die Wahl vorzunehmen und den Kurfürsten von Mainz mit den Franzosen hier in Mainz sitzen zu lassen. Den Kurfürsten von Bayern zur Krone zu bestimmen sei eine Unmöglichkeit, obwohl er für seine Person dazu „Appetit gehabt“. Was wegen Pfalz-Neuburg oder eines Andern hierbei habe in Betracht kommen können, wäre von selbst hinfällig geworden und gänzlich verschwunden. Den Vorwurf, daß Mainz seine Politik geändert, wies Boineburg zurück. Sein freies Wahlrecht

habe der Kurfürst den Franzosen gegenüber sich allezeit vorbehalten und Niemandem Hoffnung auf die Krone gemacht. So hätten auch niemals die Franzosen offen auf den Ausschluß des österreichischen Hauses gedrungen, sondern nur ihm und dem Kurfürstenkollegium anheimgestellt, vorzusehen, daß dem Friedensinstrument und den darin von ihrem König errungenen Rechten nicht präjudizirt werde. Sie hätten also keinen Grund zur Beschwerde gegen Mainz. Der häufige Verkehr mit den französischen Gesandten hätte nur im Austausch von Höflichkeitsbezeugungen bestanden, die der Sache eben nichts hätten geben oder nehmen können. Ein Versprechen des Kurfürsten, von welchem Gramont und Lionne wissen wollten, daß nämlich Keiner aus dem Hause Oesterreich gewählt werden solle, sei niemals gegeben worden. Wenn aus ihrer also lautenden Nachricht an den König dem Kurfürsten ein Vorwurf erwachsen sollte, so werde er sich zu vertheidigen wissen und sollte dies auch am Hofe zu Paris selbst geschehen müssen. Mit dem Allianzprojekt habe es, was die Franzosen betreffe, noch weite Wege. Richtig sei es freilich, daß Frankreich vorlängst von den kölnischen Unirten zum Beitritt eingeladen worden wäre; er selbst, Boineburg, wäre dazu gebraucht worden. Nachderhand aber hätte Frankreich, zweifelsohne um den mainzer Kurfürsten bei gutem Humor gegen sich zu erhalten, nur mit ihm, nicht aber den Andren sich einlassen wollen. Darüber sei das Werk in's Stocken gerathen und „obwohl es bei der Anwesenheit der französischen Gesandten dahier wieder etwas vorgekommen, so wäre es dennoch abermals still geworden, daß seines Ermessens darauf Niemand Rechnung zu machen hätte.“ [1]

Daß Boineburg den bisherigen Verkehr mit den Franzosen als durchaus harmlos hinzustellen suchte, läßt auch auf die Glaubwürdigkeit seiner Angabe über die Zurückhaltung Jener vom Allianzprojekte einen sonderbaren Schein fallen. Es kam ihm vorläufig wohl darauf an, die Politik seines Herrn nur im Lichte ihres irenischen Heiligenscheines als gänzlich unabhängig von den Beziehungen zu den auswärtigen Kronen strahlen zu lassen und ihr das Vertrauen der deutschen Stände, zumal derer, die man zur Allianz geladen, zu sichern. So beutete er die anscheinend ungünstige Lage seines Herrn zur Förderung des Lieblingsprojektes desselben aus.

Und doch konnte die mainzer Politik dem Banne, welcher auf dem Werke um die Jahreswende lag, sich selbst nicht entziehen. Unter der allgemeinen Lähmung, der Spannung aller Verhältnisse gegenüber, litt auch schließlich der lebhafte Thatendrang Boineburg's. Und da trotz

[1] Bericht Otto's vom 19. (29.) December. — Hannover.

seines wiederholten Drängens Braunschweiger wie Hessen es entschieden ablehnten, einseitig ohne Schweden und Brandenburg das Bündniß einzugehen, kam auch er mit ihnen überein, vorderhand beim Allianzwerk nichts zu übereilen, aber doch wenigstens mittlerweile beisammen zu bleiben und der Gelegenheit weiter abzuwarten.[1]

29.

Sonderangelegenheiten der kölnischen Ligisten. Verlängerung des kölnischen Bundes auf drei weitere Jahre.

Noch bestand trotz aller Erweiterungspläne der alte Bund der Rheinischen zu vollem Recht. Die frankfurter Konvention hatte den Ablaufstermin auf den 15. December 1658 festgesetzt. Freilich hatten mittlerweile die Voraussetzungen und Ziele sich geändert. Zwar die Unruhen in den Westmarken, zumal im Bisthum Lüttich wollten nimmer enden. Noch im Februar 1658 ließen Max Heinrich von Köln und in seinem Interesse die Alliirten zu Tirlemont mit den Spaniern verhandeln, obschon ohne Erfolg.[2] Aber immer geringer wurde die Theilnahme der übrigen Alliirten für diese Dinge. Sie hatten sich allgemach an dieses

---

[1] Bericht Otto's vom 19. (29.) December. — Hannover. Am 27. December äußerte Boineburg, der Kurfürst rechne mit Sicherheit auf den Abschluß mit Braunschweig und Hessen, die Sachen zwischen Brandenburg und Schweden liefen nun wie sie wollten. Otto bemerkte: wenn dies den Sinn habe, als sollte man schließen, ohne auf Schweden und Brandenburg zu warten, so würde dies nicht angehen, da man diese Beiden damit auf's schwerste beleidigen würde. Auch Hessen sei hierzu nimmermehr geneigt. Wenn es aber so gemeint wäre, daß Braunschweig und Hessen beitreten sollten, obschon auch Schweden und Brandenburg zusammen oder eins von ihnen zurückträten, so sei dies noch eine Sache näherer Erwägung, über die erst der Fürsten Ansicht zu vernehmen sein würde, die aber bei jetziger Bewandtniß im Reich auch wohl kaum rathsam befunden werden möchte.

[2] Der Kurfürst von Köln aus Lüttich am 1. März 1658 an seine Gesandten in Frankfurt: Bei dem schlechten Fortgang der Verhandlungen zu Tirlemont sollen sie die Nothdurft bei der kaiserlichen Wahlkapitulation beobachten und dem spanischen Botschafter Grafen Peneranda „den Unfug der spanischen Minister bestens remonstriren und denselben dahin ersuchen, daß er seinem König selbst zur Remedirung zuschreiben wolle. Unterdessen nun sehen wir nicht, wie die von den gesamten alliirten Kur- und Fürsten vorgeschlagene Media seitens der Spanischen verworfen werden können." — Düsseldorf.

leidige Verhältniß gewöhnen gelernt und hofften an der Wahlkapitulation des künftigen Kaisers den besten Hemmschuh für das unselige Gebahren der Spanier zu gewinnen. Schon in diesem Sinne ward auch eine Anlehnung an die Krone Frankreich von Einigen als Bedürfniß empfunden. Größere Gefahren aber lagen auf ganz anderer Seite. In Spannung richteten sich Aller Blicke auf das Ergebniß des Wahlkampfes und die dadurch bedingte Gestaltung der Beziehungen des Reiches zu den auswärtigen Mächten Frankreich und Schweden sowie die Verwirrung da unten im Nordosten, wo ein großer Entscheidungskampf zwischen Schweden und Oesterreich-Polen-Brandenburg aus der dänischen Unruhe sich zu entwickeln schien. Diese Fragen verquickten nach und nach sich mit dem neuen großen Allianzprojekt des Kurfürsten von Mainz in bedenklicher Weise. Kleiner und kleinlich waren die Interessen, welche einen oder den andern Genossen der alten Liga veranlaßten, gerade auf diese noch zurückzugreifen. So hatte ein ungetreuer Beamter des Pfalzgrafen von Neuburg sich der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung durch die Flucht nach Maestricht entzogen, wo er sich unter dem Schutze der General-Staaten ruhig niedergelassen und durch einen Hauskauf ansässig gemacht hatte. Als der Pfalzgraf um Auslieferung ersuchte, drohten die Staaten, anstatt zu willfahren, daß sie im Falle gewaltthätigen Vorgehens gegen den Beschuldigten in den jülichschen Landen Repressalien üben würden. Sofort brachte Philipp Wilhelm die Sache vor die Alliirten, welche in einer Sitzung am 2. Januar 1658 ein Abmahnungschreiben im Interesse ihres Genossen an die Staaten vereinbarten. Auch nahmen sie sich vor, die Angelegenheit als schätzenswerthes Material für die Wahlkapitulation dem Kurfürstenkolleg zu unterbreiten.[1] Erst Anfang Februar scheint das Abmahnungschreiben nach dem Haag befördert worden zu sein.[2] Von einem Erfolge verlautet nichts.

Die Holländer waren wenig bequeme Nachbaren, wie die Erfahrung im vergangenen Sommer beim münsterischen Kriege gelehrt hatte. Und noch standen die staatischen Völker in und bei Burgsteinfurt, die wachsamen Augen auf die Verhältnisse im Bisthum Münster gerichtet. Daß sie unter Umständen gern bereit sein würden, dem Bischof oder auch dessen Waffengefährten einen Schaden anzuthun, der Gedanke konnte nur nahe liegen. Von diesem Gefühle geleitet, hielt es der Pfalzgraf für gerathen, das alte Band der kölnischen Liga wieder straffer anzu-

---

[1] Protokoll vom 2. Januar 1658. — Münster.

[2] Abschrift ohne Datum in Münster. Bisping theilte dieselbe am 10. Februar dem Bischof mit.

ziehen, und zwar durch die Prolongation derselben. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf eine solche Maßnahme zunächst bei dem Kurfürsten von Mainz.[1] Der Gedanke selbst war gar nicht unpolitisch. Die Verhandlungen um die erweiterte Allianz stockten in diesen Tagen vollständig und im seitherigen Verlaufe derselben hatten sich die Beziehungen der alten Genossen untereinander einigermaßen gelockert, daß es also einer sichtbaren Auffrischung gewiß sich verlohnte, schon um den Eingeladenen gegenüber eine Solidarität kundzuthun, welche auf das Verhältniß zu ihnen nicht ohne Einfluß zugunsten der Grundpartei bleiben konnte. Der Kurfürst von Mainz schien anfangs nicht eben geneigt, auf diesen Gedanken einzugehen. Für ihn war der erweiterte Bund eine Herzens- und Ehrensache geworden und die alte Liga hatte er von vornherein nur als eine Vorstufe zu der geplanten Universalverfassung ohne besondere Wärme betrachtet; daher erschien ihm die Prolongation eine überflüssige Sache. „Eines müsse mit dem andern gehen" war alles, was er Gise zu hören gab, als dieser im Auftrage des Pfalzgrafen rieth, anstatt die Erweiterung bei dem Zögern der Eingeladenen ferner noch so lebhaft zu betreiben, doch lieber die Prolongation der alten Liga in's Werk zu richten.[2]

Dagegen war der Bischof von Münster für diesen Plan mit Begeisterung beseelt. Der Vertrag zur Geist vom 20. October 1657 hatte die schwierige Lage der inneren Verhältnisse im Hochstifte Münster noch keineswegs zur Genüge geklärt. Es war, um mit einem Anderen zu reden, weder ein unbedingter Sieg auf der einen, des Bischofs, Seite noch unbedingte Unterwerfung auf der andren. Ja, die Stadt Münster empfand die Beschränkung des Besatzungsrechtes des Bischofs im Zusammenhang mit dem an den General-Staaten gewonnenen Rückhalt immerhin als einen halben Erfolg. Auch die Ritterschaft des Landes hatte über den autokratisch gesinnten Landesfürsten einen Triumph davongetragen, da nur durch ihr Einschreiten der Vergleich mit der Stadt

---

[1] Pfalzgraf an Boineburg am 13. Februar 1658: Hoffe auch, des Herrn Kurfürsten Liebden werden das Werk also disponiren, daß bei diesem gefährlichen statu Derjenige seine Sicherheit haben und finden möge, welcher also völlig ihre consilia sekundirt hat, wie Niemand als dem Herrn selbsten am besten bekannt ist; und wäre solchem nach m. E. nit unrathsam, unsere allbereits stehende, aber allgemach zum termino laufende Allianz je eher je besser zu prolongiren, damit diejenige, so selbige zu trennen suchen, sich nit kitzlen mögen. Kann man dann nach deren unserseits festgestellter Prolongation Mehrere binzubringen, so ist es desto besser, und habe ich gezeigt, daß ich etiam cum incommodo et periculo Euch Herren gefolgt bin, dahero ich auch hoffe, daß man jetzo auch mich in der Unsicherheit nicht wird stecken lassen. — Düsseldorf, Konzept.

[2] Bericht Gise's vom 21. Februar 1658. — Düsseldorf.

ermöglicht ward. Verstimmung und Erbitterung hüben und drüben. Und als Folge des gewaltthätigen Verfahrens des Bischofs und seiner Alliirten gegen die Stadt war ein Mißtrauen zurückgeblieben, welches den Zustand im Bisthum zu einem höchst unerquicklichen gestaltete. Um nun das Einschreiten der Ligisten für alle künftigen Fälle zu vereiteln, besannen die Landstände sich auf eine alte Satzung des Landes, deren Wiederbelebung einerseits ein Mißtrauensvotum gegen den Bischof bedeutete und andererseits das weitere Verharren desselben in der kölnischen Allianz unmöglich machen sollte. Man zog nämlich das alte Landprivilegium des Bischofs Johann v. Hoya vom 6. April 1570 hervor, welches den Landesherrn verpflichtete, ohne Bewilligung des Domkapitels und andrer seiner Landstände keinen Krieg, Fehde noch Verbündniß mit Jemand anzufangen oder einzugehen. Aufgrund dieser Bestimmung stellten nun die Stände auf dem im December 1657 gehaltenen Landtage an den Bischof die Forderung, daß er der kölnischen Liga gänzlich entsage und in dergleichen Verbindung sich überhaupt nicht weiter ohne Befragen der Landstände einlassen solle. Daneben begehrten sie, daß er zu des Landes Schutze nicht mehr als 600 Mann stehender Truppen auf den Beinen halten und, was zur Zeit darüber hinaus vorhanden, entlassen möge. Christoph Bernard schäumte auf. Sich dermaßen die Hände binden zu lassen, war mit nichten seines Sinnes. Auch widersprachen die Forderung des Aufgebens der Liga und die Beschränkung des freien Rechtes, Bündnisse nach eigenem Ermessen zu schließen, dem Artikel 8 des westphälischen Friedensinstrumentes, welcher den Reichsfürsten das Recht zum Eingehen selbständiger Bundesverträge einräumte. Dadurch war jene Bestimmung des alten Landesprivilegs staatsrechtlich hinfällig geworden, die Landstände befanden sich also thatsächlich im Unrecht.

In seiner Verlegenheit wandte der Bischof zunächst sich an den Kurfürsten von Mainz. Noch im December 1657 überreichte diesem Bisping einen schriftlichen Bericht über die unangenehme Sachlage im Fürstenthum Münster. Am 2. Januar 1658 brachte ihn das mainzische Direktorium im Allianzrath der Ligisten zur Sprache. Es kam dabei auch eine vom 7. December gezeichnete Klageschrift der Stadt Münster zur Verlesung. Mainz und Neuburg hatten dieselbe erhalten, während die Gesandten von Trier und Köln nicht angeben konnten, ob sie auch ihren Herren zugegangen wäre.[1] Mehl theilte auch die in sehr gemessener Form gehaltene Antwort Johann Philipps an die Stadt den Alliirten zum Muster für die ihrigen mit. Mit besonderer Wärme nahm

[1] Nirgends bei den Akten.

sich Kur-Köln des Bischofs an. Das sei doch eine höchst gefährliche Sache. Wenn die Landstände Gesetze vorschreiben sollten, sei es um die Souveränität geschehen. Werde doch ohne sie ohnehin schon auf Reichs- und Kreistagen nichts beschlossen. Und nun gar die Allianz. Die könne dadurch ganz über den Haufen gestoßen werden. Nichts dürfe man zugeben. Mainz hatte vorgeschlagen, des Bischofs Schreiben zu beantworten und im Namen der Allianz ein Abmahnungschreiben an die Landstände, auch ein Interzessionsschreiben an die Reichsvikare zu richten. Demgemäß wurde beschlossen. Einen Vorschlag Neuburgs zu besonderer Beschickung der münsterischen Landstände von Bundeswegen nahmen Köln und Trier wenigstens ad referendum. Kur-Mainz versprach die bewußten Schreiben im Entwurfe demnächst vorzulegen.[1]

Zu einer Kundgebung den Landständen gegenüber kam es zunächst noch nicht. An die Stadt Münster aber ist gleich zu Anfang des neuen Jahres ein Abmahnungschreiben gerichtet worden: doch vermißte Christoph Bernard darin die Bezugnahme auf die Verhandlungen mit den General-Staaten, wozu das Schreiben der Stadt an den Kurfürsten von Mainz selbst Anlaß gegeben haben würde.[2] Auch lag schon am 7. Januar das Schreiben des Mainzers an Bayern und Sachsen als Reichsvikare vor. Es schilderte die Lage im Bisthum Münster, suchte die Ungesetzmäßigkeit der Forderungen der Landstände darzuthun und stellte die Bitte, an diese sowohl wie den Bischof und besonders an die Stadt von Vikariatswegen die Verordnung zu erlassen, daß sie alles ruhig in dem gegenwärtigen Stande lassen und die Sache nach erfolgter Kaiserwahl zu rechtlichem Austrag bringen sollten, unter Androhung höchster Strafe für alle Thätlichkeiten und Neuerungen.[3] Der Kurfürst von Bayern hat auf dieses Schreiben geantwortet, daß er die Angelegenheit mit dem von Sachsen in Erwähnung nehmen werde, damit alle Ungelegenheit vermieden bleibe.[4]

Da man von dem neuburgischen Vorschlage wegen Beschickung der münsterischen Landstände endlich absah, gelangte auch noch zu Ende des Monats Januar ein Schreiben der Alliirten an dieselben zur Absendung.[5] Weil die Interzession der Reichsvikare wegen der Abgeneigtheit des Kur-

[1] Protokoll vom 2. Januar 1658. — Münster.

[2] Erlaß des Bischofs an Bisping vom 14. Januar. — Münster.

[3] Abschrift des Schreibens vom 7. Januar. — Münster.

[4] Schreiben an den Kurfürsten von Mainz vom 6. Februar. — Münster.

[5] Nicht bei den Akten. Auch hierin vermißt der Bischof die Abmahnung vor den von Jenen in Aussicht gestellten Herbeiziehung der Staaten. — Schreiben an Bisping vom 29. Januar. — Münster.

fürsten von Sachsen sich verzögerte,[1] die Landstände daher hartnäckig dem Bischof weiter zusetzten und die Hinausschaffung der in die Stadt Münster gelegten Garnison verlangten, ja die Abdankung der Mehrzahl seiner Völker ihm ansannen, brachte Johann Philipp die Angelegenheit am 1. März nochmals vor die Alliirten. Am 27. Februar war anstelle des abberufenen Bisping der Domkustos Matthias Korff gen. Schmising als Vertreter des Bischofs eingetroffen. Mit beweglichen Worten schilderte er in der Sitzung vom 1. März die bedrängte Lage seines Herrn. Das schlimmste, versicherte er, sei doch, daß die Stände das freie Recht zum Abschluß von Bündnissen bestritten und mit der Anrufung der holländischen Hülfe drohten. Wenn es zur Einmischung der Staaten komme, werde der Bischof die Allianz zu requiriren genöthigt sein. Wozu denn die Genossen seinem Herrn riethen? Er wolle ganz nach ihrem Gutdünken handeln, hoffe aber nicht, im Stiche gelassen zu werden. Er bat um eine scharfe Note an die Stände, desgleichen um ein Schreiben an den Bischof selbst mit der Aufforderung, daß er bei Andauer der Gefahr im Reich sich bei seiner Soldateska erhalte und die dazu nöthigen Unterhaltsmittel durch Exekutionen beitreibe, die Garnison auch nicht aus der Stadt Münster herausziehe, und mit dem Versprechen der Hülfe von Allianz wegen im Falle einer Einmischung der General-Staaten. Auch ein Schreiben an die letzteren selbst werde der Sache am ehesten einen Anstand gewähren. Sehr mit Nachdruck gab Schmising am Schlusse zu vernehmen: Sollte der Bischof wider Verhoffen von den Bundesgenossen hülf- und trostlos gelassen werden, so würde er zum Präjudiz aller Fürsten den Landständen weichen oder zur Gefahr aller Nachbaren andre Pläne zum äußersten ergreifen müssen. Wohinaus die letztere Drohung zielte, sollte bald klar werden.

Alle, die es mit angehört, äußerten ihren Unwillen über das anmaßliche Verfahren der Landstände, welches nicht nur dem Bischof, sondern auch allen andern Fürsten in den Augapfel greife. Neuburg wußte zu berichten, wie noch heute die an die Niederlande grenzenden Lande die Folgen der holländischen Einmischung im vergangenen Herbste empfänden. Und wenn auch der Trierer Metternich einen kurzen Aufschub zu erlangen versuchte, so fiel doch der allseitige Beschluß, mit möglichster Eile die von Münster beantragten Schreiben zu befördern.[2]

Persönlich aber gab der Kurfürst von Mainz bei der Begrüßungsaudienz dem Herrn v. Schmising zu vernehmen: Man habe darin

[1] Schmising berichtet am 3. März 1658, daß der Kurfürst von Mainz geäußert habe, Sachsen sei abgeneigt, Bayern willig. — Münster.

[2] Protokoll vom 1. März. — Münster. Das Düsseldorfer Protokoll mit dem irrthümlichen Datum des 9. März.

gesündigt, daß man die Allianzverhandlungen nicht nach seinem Wunsche gehörig mitbefördert habe. Wenn man gleich von vornherein für Aufnahme Schwedens gestimmt haben würde, dürften die Staaten ihre Finger wohl aus dem Spiele gelassen haben. Noch sei es auch jetzt das heilsamste Mittel und keine Zeit mehr zu verlieren. Uebrigens rieth auch er zu Gewalt und mannhafter Abwehr solcher Unbotmäßigkeit, der Bischof solle nur lustig Exekutionen anordnen, sich ein gutes Heer schaffen und in keiner Weise nachgeben. Leider sei zur Zeit die Allianz noch nicht „in der Aestime," daß sie bei den Holländern etwas erreichen könnte. Wenn sie verstärkt würde, sollten diese mit ihrer Garantie wohl einhalten.[1] So schien die Verlegenheit des Bischofs dem Kurfürsten beinahe wie erwünscht zu kommen, da er durch sie auf die Stimmung des Zaudernden für lebhafteres Betreiben der Erweiterung des Allianzwerkes zu wirken Gelegenheit fand.

Am 15. März stand auf der Tagesordnung des Allianzrathes die Beschlußfassung über zwei im Interesse des Bischofs entworfene Schreiben der Alliirten. Das eine forderte die General-Staaten auf, alle Hülfegesuche der Stadt Münster geradewegs abzuweisen und sich nicht in Angelegenheiten des Reiches, zumal während dieselben am kaiserlichen Hofgerichte schwebten, zu mischen, wie ja auch das Reich sich gegen sie eines gleichen enthalte. Gleich als ob die Herren Rheinischen das Reich allein verträten.[2] Das andere Schreiben ist an den Bischof gerichtet zum Gebrauch den Landständen gegenüber. Es mahnt zu fester Ausdauer bei den Maßregeln, welche die Stadt Münster und die mit ihr verbundenen Mitglieder der Ritterschaft so hartnäckig und freventlich verbieten wollen, und sichert ihm für den Fall weiteren Widerstandes und der Ausführung der ausgestoßenen Drohungen, zumal wenn man die General-Staaten herbeirufe, kräftige Bundeshülfe zu.[3]

---

[1] Bericht Schmisings vom 3. März 1658. Wiederholt kam der Kurfürst auf diese Anschauungen zurück. Bericht Schmisings vom 6. März. — Münster. Auf die Bitte Schmisings, daß der Kurfürst dafür sorgen möge, damit Bestimmungen zum Schutze gegen die widerhaarigen Landstände mit in die Wahlkapitulation gebracht würden, konnte und wollte dieser keine bindende Zusage ertheilen; er meinte, man müsse für sich selbst Mittel haben, damit man sich schützen könne, denn mit der Kapitulation könne es ergehen, wie mit dem Friedensinstrument, den Reichstagsabschieden und andern Reichskonstitutionen. Ein ander Mal stellte Johann Philipp ein Hülfskorps von 2—3000 Mann in Aussicht. Wenn die Allianz, die man vorhabe, zustande käme, würde gar kein Abgang an Mitteln zu besorgen sein. — Bericht vom 7. März. — Münster.

[2] Abschrift mit dem Datum des Diktates 13. März. — Münster. Die Ausfertigung selbst wurde vom 15. März datirt, wie aus Tücking und ab Alpen IV, 393 ersichtlich ist.

[3] Abschrift in Münster.

Mehl legte diese Schriftstücke Schmising vor und hatte im Namen der Alliirten hinzuzufügen, daß freilich leicht in Zweifel gezogen werden könnte, ob die Allianz sich auf den vorliegenden Fall erstrecke und demnach wirklich die uneingeschränkte Hülfeleistung erfolgen müßte. Indessen wolle man die Schreiben abgehen lassen, wie sie vorlägen; zweifele auch nicht, daß die Prinzipale dieser Assistenz sich nicht entziehen würden. Auf alle Fälle aber müsse der letzteren Gutheißen eingeholt werden. Mehl fügte zugleich in seines Herrn Namen hinzu, daß dieser wenigstens erachte, daß man schuldig sei, dem Bischof sowohl auf dem Rechtswege als mit den Waffen Beistand zu leisten. Doch, fuhr er fort, versähen die Alliirten sich zu ihm, daß er sich zunächst mit den allerglimpflichsten Mitteln von selbst manuteniren und, bevor er zum äußersten schreite, mit den Alliirten sich über einen gütlichen Austrag in's Einvernehmen setzen werde. Der trierische Kanzler Anethan hielt es für angemessen, zu versichern, daß sein Herr, wenn er selbst hier zur Stelle wäre, gleiche Erklärung abgeben würde, wie der Kurfürst von Mainz durch seinen Vertreter. Weil er aber deswegen keine Weisungen habe, würde man seine Erinnerungen — denn er sei es, der sie vorgebracht — im unbesten nicht vermerken können. Schweigend saßen die Andern.[1]

Der Bischof hatte nur einen halben Erfolg zu rühmen. Welcher Nutzen war von den erwirkten Interzessionen zu erwarten, wenn so geringe Aussichten auf wirkliche Hülfeleistung vorhanden waren? Aufseiten der Protestanten schien fast besserer Wille zu einer solchen obzuwalten. Haus Braunschweig wenigstens ließ infolge besonderer Abschickung des Bischofs an die Herzöge den Gesandten in Frankfurt die Weisung zugehen, daß sie, weil das Unterfangen der Landstände eine Sache von nachdenklichen Konsequenzen sei, der man billig nicht nachsehen dürfe, bei Wiederaufnahme der Verhandlungen um die Allianz dahin sehen sollten, damit dieser Punkt insgemein gar wohl, wenn auch behutsam, verwahrt werde, damit in solchen Fällen Keiner verlassen stehe; freilich dürfe auch kein Anlaß zu Vorgängen gegeben werden, wie man sie im

[1] Berichte Schmisings vom 15. und 17. März. — Münster. Protokoll in Düsseldorf mit dem falschen Datum des 18. März. Noch am 15. wurden die Schreiben mundirt und vom Kurfürsten von Mainz vollzogen. Von Münster aus sollte Christoph Bernard die Note an die Staaten dem Agenten Hessingh im Haag zusenden, damit er sie den Adressaten zustelle. Am 16. März schickte Schmising beide Schreiben zur Ausfertigung durch die Prinzipale auf die Rundreise, zunächst an den Kurfürsten von Trier. Am 23. März sendet sie der Pfalzgraf nach Münster. Am 26. ging das Schreiben nach dem Haag an Hessingh ab. Dem Bischof war es nicht scharf genug. — Münster.

vergangenen Herbst vor Münster gesehen.[1] Aufgrund der kölnischen Allianz, welche ausdrücklich die inneren Empörungen mit unter die Assistenzfälle rechnet, war Christoph Bernard völlig befugt, die thatsächliche Hülfe zu fordern. Nun wollte man ihm dieselbe aus Besorgniß vor den Holländern verkümmern und verklausuliren. Das Verhalten Triers wie das auffallende Stillschweigen der Uebrigen in der Sitzung vom 15. März mußten den Bischof verletzen. Um wie viel mehr aber noch die Erklärung Fürstenbergs, daß der Kurfürst von Köln vermöge der Reichssatzungen und, wenn es sonst die Billigkeit erheische, dem Bischof in allem an die Hand gehen wolle, aufgrund der Allianz aber, weil sie mit dem vergangenen Jahre bereits erloschen sei, zur Assistenz ganz und gar nicht verbunden sein wolle. Ja der Kurfürst ließ mit scharfen Worten die zur Belagerung der Stadt Münster hergeliehenen Geschütze nebst Munition und andern Requisiten zurückfordern.[2]

War es nicht eine offenbare Täuschung, wenn man den Termin der Allianz entgegen der ausdrücklichen Bestimmung der frankfurter Konvention vom 11. August 1655 (Art. 3), welche den 15. December 1658 als Endtermin benennt, als bereits abgelaufen bezeichnete? Oder hatte etwa der kölnische Receß vom 31. März 1656 Wandelung geschaffen und vom Tage seines Abschlusses an nur zwei weitere Jahre für die Dauer angesetzt, so daß also mit März 1658 die Allianz wirklich als erloschen hätte betrachtet werden müssen? Eine Frage, deren Beantwortung schwierig ist, solange der kölnische Receß vom 31. März 1656 nicht vorliegt.[3]

Wie nun dem auch sei, ein Mangel an Bundesfreundschaft machte sich für den Bischof bei Köln nicht minder wie bei Trier bemerkbar. Damit schien das ganze, unter so vielen Mühen errichtete Gebäude der Allianz in's Wanken gerathen zu sein. Und an der neuen, erweiterten Allianz, um die man noch verhandelte, war dem Bischof wegen der Schweden

[1] Gesamtinstruktion vom 5. (15.) März. — Hannover. Dafür sollte dem Bischof bemerkbar gemacht werden, daß die Herzöge gern sehen würden, wenn er die bisher verhinderte Verfassung im westphälischen Kreise befördern und zumal den Neuburger Pfalzgrafen zu guten Gedanken bringen wollte, um so mehr, da Brandenburg hierauf vornehmlich dringe.

[2] Franz Egon von Fürstenberg an Korff-Schmising am 21. März: So thuet dieselbe (den Kurfürsten) nicht wenig disgustiren, das bis anhero nit allein gegen alles Versprechen und gebührende Parole die geringste Restitution noch nicht geschehen, sondern auch nicht eigentlich wissen können, ob sie damit einen Dank oder Undank verdient. Bewegliches Entschuldigungschreiben Schmisings vom 27. März. — Münster.

[3] Schmising selbst schreibt am 27. März dem Bischof: wasmaßen unsere zu Köln von neuem auf zwei Jahre renovirte Korrespondenz nach Verfließung derselben erlöschet.

wenig gelegen, obschon man Schmising gegenüber in Frankfurt hohen Ortes versicherte, daß, wenn man Schweden, besonders aber Frankreich um Assistenz gegen die Holländer ersuchen und ihnen den leisesten Wink dazu geben würde, dies das beste Rettungsmittel für den Bischof sein würde.[1] Dazu aber empfand der Bischof wohl die geringste Neigung. Ihm dämmerte wohl eine Vorstellung, wie innerhalb der projektirten größeren Allianz die Kleineren zu einer bloßen Gefolgschaft der fremden Kronen und des mainzer Kurfürsten herabgedrückt werden möchten und neigte er deshalb wohl zu der Anschauung, daß die Sache sich günstiger für ihn gestalten würde, wenn die kölnischen Verbündeten von 1654 als unzertheilte Masse in die neue Allianz hinübertreten dürften, unter welcher Voraussetzung man überhaupt in die Verhandlungen eingetreten war. In Anbetracht aller dieser Umstände hatte der Bischof Schmising die Weisung ertheilt, daß er in Uebereinstimmung mit der oben erwähnten Forderung des Pfalzgrafen bei den Genossen der alten Allianz um erneute Verlängerung derselben, unabhängig von den wegen der neuen Verbindung etwa zu fassenden Beschlüssen anhalten solle. Der Domkustos entledigte sich dieser Aufgabe mit Fleiß und gutem Erfolg durch Vermittelung des kur-mainzischen Raths Blum beim Kurfürsten Johann Philipp.[2] Schmising frohlockte: Nun würden auch bald von den Alliirten leicht die begehrten Völker zu erhalten sein; besonders an des Pfalzgrafen Willen sei nicht zu zweifeln, ein Handbrieflein an diesen werde sich bezahlt machen.[3]

Der Kurfürst von Mainz hatte in dieser Angelegenheit auf den 6. April eine Sitzung der ligistischen Vertreter berufen. Hier ersuchte sein Kanzler Mehl unter Hinweis darauf, daß schon vor zwei Monaten der Plan einer Prolongation aufgetaucht sei und deshalb wohl alle Betheiligten mit Weisung versehen sein würden, um Abstimmung über diese Frage. Einhellig ergab sich die Geneigtheit zur Verlängerung des Bundesvertrages. Ja, Köln und Mainz erklärten, daß es ihren Herren einerlei sei, ob drei oder sechs weitere Jahre gesetzt würden. Köln verlangte noch, daß die vereinbarte Kriegsmacht nicht bloß auf dem Papier stehen solle, und glaubte, bei dieser Angelegenheit vor allem Anlaß zu Mißverständnissen bei den auswärtigen Kronen warnen zu müssen. Münster allein brachte positive Vorschläge herbei und verlangte die Aufstellung

---

[1] Bericht Schmising's an den Bischof vom 20. März 1658. — Münster. Schmising versagte dieser Anschauung, wohl des Mainzers, seinen Beifall nicht und rieth seinem Herrn zwischen Frankreich, Schweden und der Allianz oder Oesterreich, Polen und Brandenburg die erste Partei zu wählen.

[2] Bericht und Aktennotiz vom 27. bezw. 28. März. — Münster.

[3] Bericht Schmising's vom 31. März. — Münster.

es doch selbst noch mit Anspannung aller Kräfte den Kampf gegen Spanien weiterzubestehen. Seine Kassen waren erschöpft, die Aufwendungen für den Fang der deutschen Wahlstimmen konnten nur mit dem Aufgebot aller äußersten Kräfte zuwege gebracht werden. Nicht allzustark werden deshalb wohl die Beklemmungen des Mainzers gewesen sein. Er wußte wohl, wie weit in ihren Drohungen zu gehen es den Franzosen möglich sein würde. Vielleicht, so konnte er ihnen auch zu erwägen geben, war es sogar weit lohnender für ihn, sich in die Arme Oesterreichs zu flüchten, welches, der spanischen Hülfe allezeit gewiß, im Bunde mit Polen, Dänemark und Brandenburg und gedeckt ferner von der auf seiner Seite stehenden Mehrheit der deutschen Kurfürsten eben doch für Frankreich, Schweden und deren Gefolgschaft, die rheinischen Alliirten kein verächtlicher Gegner genannt werden durfte. Eins that der Kurfürst wirklich; er entschloß sich wenigstens rasch und endgültig für die österreichische Kaiserwahl. Daß er dabei einen hübschen Geldgewinn davontrug, versteht sich von selbst. Und um doch nicht mit der Gegenpartei, die er bisher so treulich gehalten, ganz zu zerfallen, um den gerechten Unwillen Frankreichs zu beschwichtigen, versprach er dessen Gesandten wie den Schweden seine lebhafte Mitwirkung bei der Abfassung und Durchsetzung einer Wahlkapitulation, welche dem künftigen Kaiser für alle Zeit die Hände im Sinne dieser Kronen und aller dem Hause Oesterreich mit Mißtrauen gegenüberstehenden Potenzen binden sollte. Und eine solche Kapitulation sollte gewährleistet werden durch die große Allianz des mainzer Friedensfürsten in engem Anschluß an die beiden Kronen Frankreich und Schweden.

Darum auch trat Boineburg mit unbefangener Ruhe und Sicherheit auf, als gäbe es keine Gefahr für seinen Herrn. Unumwunden gestand er jetzt zu, es unterliege keinem Zweifel mehr, daß König Leopold von Ungarn werde zum Kaiser gewählt werden müssen. Der Kurfürst habe bisher auf's Gegentheil hingearbeitet, müsse aber der Uebermacht und Mehrheit weichen. Der Kurfürst von Trier habe ihn verlassen und die weltlichen Kurstimmen außer der pfälzischen würden alle auf Oesterreich fallen. Hätten doch die Kurfürsten gedroht, wenn Mainz von seinen Plänen nicht abgehe, schleunig in Regensburg sich zu vereinigen, die Wahl vorzunehmen und den Kurfürsten von Mainz mit den Franzosen hier in Mainz sitzen zu lassen. Den Kurfürsten von Bayern zur Krone zu bestimmen sei eine Unmöglichkeit, obwohl er für seine Person dazu „Appetit gehabt". Was wegen Pfalz-Neuburg oder eines Andern hierbei habe in Betracht kommen können, wäre von selbst hinfällig geworden und gänzlich verschwunden. Den Vorwurf, daß Mainz seine Politik geändert, wies Boineburg zurück. Sein freies Wahlrecht

habe der Kurfürst den Franzosen gegenüber sich allezeit vorbehalten und Niemandem Hoffnung auf die Krone gemacht. So hätten auch niemals die Franzosen offen auf den Ausschluß des österreichischen Hauses gedrungen, sondern nur ihm und dem Kurfürstenkollegium anheimgestellt, vorzusehen, daß dem Friedensinstrument und den darin von ihrem König errungenen Rechten nicht präjudizirt werde. Sie hätten also keinen Grund zur Beschwerde gegen Mainz. Der häufige Verkehr mit den französischen Gesandten hätte nur im Austausch von Höflichkeitsbezeugungen bestanden, die der Sache eben nichts hätten geben oder nehmen können. Ein Versprechen des Kurfürsten, von welchem Gramont und Lionne wissen wollten, daß nämlich Keiner aus dem Hause Oesterreich gewählt werden solle, sei niemals gegeben worden. Wenn aus ihrer also lautenden Nachricht an den König dem Kurfürsten ein Vorwurf erwachsen sollte, so werde er sich zu vertheidigen wissen und sollte dies auch am Hofe zu Paris selbst geschehen müssen. Mit dem Allianzprojekt habe es, was die Franzosen betreffe, noch weite Wege. Richtig sei es freilich, daß Frankreich vorlängst von den kölnischen Unirten zum Beitritt eingeladen worden wäre; er selbst, Boineburg, wäre dazu gebraucht worden. Nachderhand aber hätte Frankreich, zweifelsohne um den mainzer Kurfürsten bei gutem Humor gegen sich zu erhalten, nur mit ihm, nicht aber den Andren sich einlassen wollen. Darüber sei das Werk in's Stocken gerathen und „obwohl es bei der Anwesenheit der französischen Gesandten dahier wieder etwas vorgekommen, so wäre es dennoch abermals still geworden, daß seines Ermessens darauf Niemand Rechnung zu machen hätte.“ [1]

Daß Boineburg den bisherigen Verkehr mit den Franzosen als durchaus harmlos hinzustellen suchte, läßt auch auf die Glaubwürdigkeit seiner Angabe über die Zurückhaltung Jener vom Allianzprojekte einen sonderbaren Schein fallen. Es kam ihm vorläufig wohl darauf an, die Politik seines Herrn nur im Lichte ihres irenischen Heiligenscheines als gänzlich unabhängig von den Beziehungen zu den auswärtigen Kronen strahlen zu lassen und ihr das Vertrauen der deutschen Stände, zumal derer, die man zur Allianz geladen, zu sichern. So beutete er die anscheinend ungünstige Lage seines Herrn zur Förderung des Lieblingsprojektes desselben aus.

Und doch konnte die mainzer Politik dem Banne, welcher auf dem Werke um die Jahreswende lag, sich selbst nicht entziehen. Unter der allgemeinen Lähmung, der Spannung aller Verhältnisse gegenüber, litt auch schließlich der lebhafte Thatendrang Boineburg's. Und da trotz

[1] Bericht Otto's vom 19. (29.) December. — Hannover.

seines wiederholten Drängens Braunschweiger wie Hessen es entschieden ablehnten, einseitig ohne Schweden und Brandenburg das Bündniß einzugehen, kam auch er mit ihnen überein, vorderhand beim Allianzwerk nichts zu übereilen, aber doch wenigstens mittlerweile beisammen zu bleiben und der Gelegenheit weiter abzuwarten. [1]

29.

Sonderangelegenheiten der kölnischen Ligisten. Verlängerung des kölnischen Bundes auf drei weitere Jahre.

Noch bestand trotz aller Erweiterungspläne der alte Bund der Rheinischen zu vollem Recht. Die frankfurter Konvention hatte den Ablaufstermin auf den 15. December 1658 festgesetzt. Freilich hatten mittlerweile die Voraussetzungen und Ziele sich geändert. Zwar die Unruhen in den Westmarken, zumal im Bisthum Lüttich wollten nimmer enden. Noch im Februar 1658 ließen Max Heinrich von Köln und in seinem Interesse die Alliirten zu Tirlemont mit den Spaniern verhandeln, obschon ohne Erfolg. [2] Aber immer geringer wurde die Theilnahme der übrigen Alliirten für diese Dinge. Sie hatten sich allgemach an dieses

---

[1] Bericht Otto's vom 19. (29.) December. — Hannover. Am 27. December äußerte Boineburg, der Kurfürst rechne mit Sicherheit auf den Abschluß mit Braunschweig und Hessen, die Sachen zwischen Brandenburg und Schweden liefen nun wie sie wollten. Otto bemerkte: wenn dies den Sinn habe, als sollte man schließen, ohne auf Schweden und Brandenburg zu warten, so würde dies nicht angehen, da man diese Beiden damit auf's schwerste beleidigen würde. Auch Hessen sei hierzu nimmermehr geneigt. Wenn es aber so gemeint wäre, daß Braunschweig und Hessen beitreten sollten, obschon auch Schweden und Brandenburg zusammen oder eins von ihnen zurückträten, so sei dies noch eine Sache näherer Erwägung, über die erst der Fürsten Ansicht zu vernehmen sein würde, die aber bei jetziger Bewandtniß im Reich auch wohl kaum rathsam befunden werden möchte.

[2] Der Kurfürst von Köln aus Lüttich am 1. März 1658 an seine Gesandten in Frankfurt: Bei dem schlechten Fortgang der Verhandlungen zu Tirlemont sollen sie die Nothdurft bei der kaiserlichen Wahlkapitulation beobachten und dem spanischen Botschafter Grafen Peneranda „den Unfug der spanischen Minister bestens remonstriren und denselben dahin ersuchen, daß er seinem König selbst zur Remedirung zuschreiben wolle. Unterdessen nun sehen wir nicht, wie die von den gesamten alliirten Kur- und Fürsten vorgeschlagene Media seitens der Spanischen verworfen werden können.“ — Düsseldorf.

leidige Verhältniß gewöhnen gelernt und hofften an der Wahlkapitulation des künftigen Kaisers den besten Hemmschuh für das unselige Gebahren der Spanier zu gewinnen. Schon in diesem Sinne ward auch eine Anlehnung an die Krone Frankreich von Einigen als Bedürfniß empfunden. Größere Gefahren aber lagen auf ganz anderer Seite. In Spannung richteten sich Aller Blicke auf das Ergebniß des Wahlkampfes und die dadurch bedingte Gestaltung der Beziehungen des Reiches zu den auswärtigen Mächten Frankreich und Schweden sowie die Verwirrung da unten im Nordosten, wo ein großer Entscheidungskampf zwischen Schweden und Oesterreich-Polen-Brandenburg aus der dänischen Unruhe sich zu entwickeln schien. Diese Fragen verquickten nach und nach sich mit dem neuen großen Allianzprojekt des Kurfürsten von Mainz in bedenklicher Weise. Kleiner und kleinlich waren die Interessen, welche einen oder den andern Genossen der alten Liga veranlaßten, gerade auf diese noch zurückzugreifen. So hatte ein ungetreuer Beamter des Pfalzgrafen von Neuburg sich der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung durch die Flucht nach Maestricht entzogen, wo er sich unter dem Schutze der General-Staaten ruhig niedergelassen und durch einen Hauskauf ansässig gemacht hatte. Als der Pfalzgraf um Auslieferung ersuchte, drohten die Staaten, anstatt zu willfahren, daß sie im Falle gewaltthätigen Vorgehens gegen den Beschuldigten in den jülichschen Landen Repressalien üben würden. Sofort brachte Philipp Wilhelm die Sache vor die Alliirten, welche in einer Sitzung am 2. Januar 1658 ein Abmahnungschreiben im Interesse ihres Genossen an die Staaten vereinbarten. Auch nahmen sie sich vor, die Angelegenheit als schätzenswerthes Material für die Wahlkapitulation dem Kurfürstenkolleg zu unterbreiten.[1] Erst Anfang Februar scheint das Abmahnungschreiben nach dem Haag befördert worden zu sein.[2] Von einem Erfolge verlautet nichts.

Die Holländer waren wenig bequeme Nachbaren, wie die Erfahrung im vergangenen Sommer beim münsterischen Kriege gelehrt hatte. Und noch standen die staatischen Völker in und bei Burgsteinfurt, die wachsamen Augen auf die Verhältnisse im Bisthum Münster gerichtet. Daß sie unter Umständen gern bereit sein würden, dem Bischof oder auch dessen Waffengefährten einen Schaden anzuthun, der Gedanke konnte nur nahe liegen. Von diesem Gefühle geleitet, hielt es der Pfalzgraf für gerathen, das alte Band der kölnischen Liga wieder straffer anzu-

---

[1] Protokoll vom 2. Januar 1658. — Münster.

[2] Abschrift ohne Datum in Münster. Bisping theilte dieselbe am 10. Februar dem Bischof mit.

ziehen, und zwar durch die Prolongation derselben. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf eine solche Maßnahme zunächst bei dem Kurfürsten von Mainz.[1] Der Gedanke selbst war gar nicht unpolitisch. Die Verhandlungen um die erweiterte Allianz stockten in diesen Tagen vollständig und im seitherigen Verlaufe derselben hatten sich die Beziehungen der alten Genossen untereinander einigermaßen gelockert, daß es also einer sichtbaren Auffrischung gewiß sich verlohnte, schon um den Eingeladenen gegenüber eine Solidarität kundzuthun, welche auf das Verhältniß zu ihnen nicht ohne Einfluß zugunsten der Grundpartei bleiben konnte. Der Kurfürst von Mainz schien anfangs nicht eben geneigt, auf diesen Gedanken einzugehen. Für ihn war der erweiterte Bund eine Herzens- und Ehrensache geworden und die alte Liga hatte er von vornherein nur als eine Vorstufe zu der geplanten Universalverfassung ohne besondere Wärme betrachtet; daher erschien ihm die Prolongation eine überflüssige Sache. „Eines müsse mit dem andern gehen" war alles, was er Gise zu hören gab, als dieser im Auftrage des Pfalzgrafen rieth, anstatt die Erweiterung bei dem Zögern der Eingeladenen ferner noch so lebhaft zu betreiben, doch lieber die Prolongation der alten Liga in's Werk zu richten.[2]

Dagegen war der Bischof von Münster für diesen Plan mit Begeisterung beseelt. Der Vertrag zur Geist vom 20. October 1657 hatte die schwierige Lage der inneren Verhältnisse im Hochstifte Münster noch keineswegs zur Genüge geklärt. Es war, um mit einem Anderen zu reden, weder ein unbedingter Sieg auf der einen, des Bischofs, Seite noch unbedingte Unterwerfung auf der andren. Ja, die Stadt Münster empfand die Beschränkung des Besatzungsrechtes des Bischofs im Zusammenhang mit dem an den General-Staaten gewonnenen Rückhalt immerhin als einen halben Erfolg. Auch die Ritterschaft des Landes hatte über den autokratisch gesinnten Landesfürsten einen Triumph davongetragen, da nur durch ihr Einschreiten der Vergleich mit der Stadt

---

[1] Pfalzgraf an Boineburg am 13. Februar 1658: Hoffe auch, des Herrn Kurfürsten Liebden werden das Werk also disponiren, daß bei diesem gefährlichen statu Derjenige seine Sicherheit haben und finden möge, welcher also völlig ihre consilia sekundirt hat, wie Niemand als dem Herrn selbsten am besten bekannt ist; und wäre solchem nach m. E. nit unrathsam, unsere allbereits stehende, aber allgemach zum termino laufende Allianz je eher je besser zu prolongiren, damit diejenige, so selbige zu trennen suchen, sich nit kitzlen mögen. Kann man dann nach deren unserseits festgestellter Prolongation Mehrere hinzubringen, so ist es desto besser, und habe ich gezeigt, daß ich etiam cum incommodo et periculo Euch Herren gefolgt bin, dahero ich auch hoffe, daß man jetzo auch mich in der Unsicherheit nicht wird stecken lassen. — Düsseldorf, Konzept.

[2] Bericht Gise's vom 21. Februar 1658. — Düsseldorf.

ermöglicht ward. Verstimmung und Erbitterung hüben und drüben. Und als Folge des gewaltthätigen Verfahrens des Bischofs und seiner Alliirten gegen die Stadt war ein Mißtrauen zurückgeblieben, welches den Zustand im Bisthum zu einem höchst unerquicklichen gestaltete. Um nun das Einschreiten der Ligisten für alle künftigen Fälle zu vereiteln, besannen die Landstände sich auf eine alte Satzung des Landes, deren Wiederbelebung einerseits ein Mißtrauensvotum gegen den Bischof bedeutete und andererseits das weitere Verharren desselben in der kölnischen Allianz unmöglich machen sollte. Man zog nämlich das alte Landprivilegium des Bischofs Johann v. Hoya vom 6. April 1570 hervor, welches den Landesherrn verpflichtete, ohne Bewilligung des Domkapitels und andrer seiner Landstände keinen Krieg, Fehde noch Verbündniß mit Jemand anzufangen oder einzugehen. Aufgrund dieser Bestimmung stellten nun die Stände auf dem im December 1657 gehaltenen Landtage an den Bischof die Forderung, daß er der kölnischen Liga gänzlich entsage und in dergleichen Verbindung sich überhaupt nicht weiter ohne Befragen der Landstände einlassen solle. Daneben begehrten sie, daß er zu des Landes Schutze nicht mehr als 600 Mann stehender Truppen auf den Beinen halten und, was zur Zeit darüber hinaus vorhanden, entlassen möge. Christoph Bernard schäumte auf. Sich dermaßen die Hände binden zu lassen, war mit nichten seines Sinnes. Auch widersprachen die Forderung des Aufgebens der Liga und die Beschränkung des freien Rechtes, Bündnisse nach eigenem Ermessen zu schließen, dem Artikel 8 des westphälischen Friedensinstrumentes, welcher den Reichsfürsten das Recht zum Eingehen selbständiger Bundesverträge einräumte. Dadurch war jene Bestimmung des alten Landesprivilegs staatsrechtlich hinfällig geworden, die Landstände befanden sich also thatsächlich im Unrecht.

In seiner Verlegenheit wandte der Bischof zunächst sich an den Kurfürsten von Mainz. Noch im December 1657 überreichte diesem Bisping einen schriftlichen Bericht über die unangenehme Sachlage im Fürstenthum Münster. Am 2. Januar 1658 brachte ihn das mainzische Direktorium im Allianzrath der Ligisten zur Sprache. Es kam dabei auch eine vom 7. December gezeichnete Klageschrift der Stadt Münster zur Verlesung. Mainz und Neuburg hatten dieselbe erhalten, während die Gesandten von Trier und Köln nicht angeben konnten, ob sie auch ihren Herren zugegangen wäre.[1] Mehl theilte auch die in sehr gemessener Form gehaltene Antwort Johann Philipps an die Stadt den Alliirten zum Muster für die ihrigen mit. Mit besonderer Wärme nahm

[1] Nirgends bei den Akten.

sich Kur-Köln des Bischofs an. Das sei doch eine höchst gefährliche Sache. Wenn die Landstände Gesetze vorschreiben sollten, sei es um die Souveränität geschehen. Werde doch ohne sie ohnehin schon auf Reichs- und Kreistagen nichts beschlossen. Und nun gar die Allianz. Die könne dadurch ganz über den Haufen gestoßen werden. Nichts dürfe man zugeben. Mainz hatte vorgeschlagen, des Bischofs Schreiben zu beantworten und im Namen der Allianz ein Abmahnungschreiben an die Landstände, auch ein Interzessionsschreiben an die Reichsvikare zu richten. Demgemäß wurde beschlossen. Einen Vorschlag Neuburgs zu besonderer Beschickung der münsterischen Landstände von Bundeswegen nahmen Köln und Trier wenigstens ad referendum. Kur-Mainz versprach die bewußten Schreiben im Entwurfe demnächst vorzulegen.[1]

Zu einer Kundgebung den Landständen gegenüber kam es zunächst noch nicht. An die Stadt Münster aber ist gleich zu Anfang des neuen Jahres ein Abmahnungschreiben gerichtet worden: doch vermißte Christoph Bernard darin die Bezugnahme auf die Verhandlungen mit den General-Staaten, wozu das Schreiben der Stadt an den Kurfürsten von Mainz selbst Anlaß gegeben haben würde.[2] Auch lag schon am 7. Januar das Schreiben des Mainzers an Bayern und Sachsen als Reichsvikare vor. Es schilderte die Lage im Bisthum Münster, suchte die Ungesetzmäßigkeit der Forderungen der Landstände darzuthun und stellte die Bitte, an diese sowohl wie den Bischof und besonders an die Stadt von Vikariatswegen die Verordnung zu erlassen, daß sie alles ruhig in dem gegenwärtigen Stande lassen und die Sache nach erfolgter Kaiserwahl zu rechtlichem Austrag bringen sollten, unter Androhung höchster Strafe für alle Thätlichkeiten und Neuerungen.[3] Der Kurfürst von Bayern hat auf dieses Schreiben geantwortet, daß er die Angelegenheit mit dem von Sachsen in Erwähnung nehmen werde, damit alle Ungelegenheit vermieden bleibe.[4]

Da man von dem neuburgischen Vorschlage wegen Beschickung der münsterischen Landstände endlich absah, gelangte auch noch zu Ende des Monats Januar ein Schreiben der Alliirten an dieselben zur Absendung.[5] Weil die Interzession der Reichsvikare wegen der Abgeneigtheit des Kur-

---

[1] Protokoll vom 2. Januar 1658. — Münster.

[2] Erlaß des Bischofs an Bisping vom 14. Januar. — Münster.

[3] Abschrift des Schreibens vom 7. Januar. — Münster.

[4] Schreiben an den Kurfürsten von Mainz vom 6. Februar. — Münster.

[5] Nicht bei den Akten. Auch hierin vermißt der Bischof die Abmahnung vor den von Jenen in Aussicht gestellten Herbeiziehung der Staaten. — Schreiben an Bisping vom 29. Januar. — Münster.

fürsten von Sachsen sich verzögerte,[1] die Landstände daher hartnäckig dem Bischof weiter zusetzten und die Hinausschaffung der in die Stadt Münster gelegten Garnison verlangten, ja die Abdankung der Mehrzahl seiner Völker ihm ansannen, brachte Johann Philipp die Angelegenheit am 1. März nochmals vor die Alliirten. Am 27. Februar war anstelle des abberufenen Bisping der Domkustos Matthias Korff gen. Schmising als Vertreter des Bischofs eingetroffen. Mit beweglichen Worten schilderte er in der Sitzung vom 1. März die bedrängte Lage seines Herrn. Das schlimmste, versicherte er, sei doch, daß die Stände das freie Recht zum Abschluß von Bündnissen bestritten und mit der Anrufung der holländischen Hülfe drohten. Wenn es zur Einmischung der Staaten komme, werde der Bischof die Allianz zu requiriren genöthigt sein. Wozu denn die Genossen seinem Herrn riethen? Er wolle ganz nach ihrem Gutdünken handeln, hoffe aber nicht, im Stiche gelassen zu werden. Er bat um eine scharfe Note an die Stände, desgleichen um ein Schreiben an den Bischof selbst mit der Aufforderung, daß er bei Andauer der Gefahr im Reich sich bei seiner Soldateska erhalte und die dazu nöthigen Unterhaltsmittel durch Exekutionen beitreibe, die Garnison auch nicht aus der Stadt Münster herausziehe, und mit dem Versprechen der Hülfe von Allianz wegen im Falle einer Einmischung der General-Staaten. Auch ein Schreiben an die letzteren selbst werde der Sache am ehesten einen Anstand gewähren. Sehr mit Nachdruck gab Schmising am Schlusse zu vernehmen: Sollte der Bischof wider Verhoffen von den Bundesgenossen hülf- und trostlos gelassen werden, so würde er zum Präjudiz aller Fürsten den Landständen weichen oder zur Gefahr aller Nachbaren andre Pläne zum äußersten ergreifen müssen. Wohinaus die letztere Drohung zielte, sollte bald klar werden.

Alle, die es mit angehört, äußerten ihren Unwillen über das anmaßliche Verfahren der Landstände, welches nicht nur dem Bischof, sondern auch allen andern Fürsten in den Augapfel greife. Neuburg wußte zu berichten, wie noch heute die an die Niederlande grenzenden Lande die Folgen der holländischen Einmischung im vergangenen Herbste empfänden. Und wenn auch der Trierer Metternich einen kurzen Aufschub zu erlangen versuchte, so fiel doch der allseitige Beschluß, mit möglichster Eile die von Münster beantragten Schreiben zu befördern.[2]

Persönlich aber gab der Kurfürst von Mainz bei der Begrüßungsaudienz dem Herrn v. Schmising zu vernehmen: Man habe darin

[1] Schmising berichtet am 3. März 1658, daß der Kurfürst von Mainz geäußert habe, Sachsen sei abgeneigt, Bayern willig. — Münster.

[2] Protokoll vom 1. März. — Münster. Das Düsseldorfer Protokoll mit dem irrthümlichen Datum des 9. März.

gesündigt, daß man die Allianzverhandlungen nicht nach seinem Wunsche gehörig mitbefördert habe. Wenn man gleich von vornherein für Aufnahme Schwedens gestimmt haben würde, dürften die Staaten ihre Finger wohl aus dem Spiele gelassen haben. Noch sei es auch jetzt das heilsamste Mittel und keine Zeit mehr zu verlieren. Uebrigens rieth auch er zu Gewalt und mannhafter Abwehr solcher Unbotmäßigkeit, der Bischof solle nur lustig Exekutionen anordnen, sich ein gutes Heer schaffen und in keiner Weise nachgeben. Leider sei zur Zeit die Allianz noch nicht „in der Aestime," daß sie bei den Holländern etwas erreichen könnte. Wenn sie verstärkt würde, sollten diese mit ihrer Garantie wohl einhalten.[1] So schien die Verlegenheit des Bischofs dem Kurfürsten beinahe wie erwünscht zu kommen, da er durch sie auf die Stimmung des Zaudernden für lebhafteres Betreiben der Erweiterung des Allianzwerkes zu wirken Gelegenheit fand.

Am 15. März stand auf der Tagesordnung des Allianzrathes die Beschlußfassung über zwei im Interesse des Bischofs entworfene Schreiben der Alliirten. Das eine forderte die General-Staaten auf, alle Hülfegesuche der Stadt Münster geradewegs abzuweisen und sich nicht in Angelegenheiten des Reiches, zumal während dieselben am kaiserlichen Hofgerichte schwebten, zu mischen, wie ja auch das Reich sich gegen sie eines gleichen enthalte. Gleich als ob die Herren Rheinischen das Reich allein verträten.[2] Das andere Schreiben ist an den Bischof gerichtet zum Gebrauch den Landständen gegenüber. Es mahnt zu fester Ausdauer bei den Maßregeln, welche die Stadt Münster und die mit ihr verbundenen Mitglieder der Ritterschaft so hartnäckig und freventlich verbieten wollen, und sichert ihm für den Fall weiteren Widerstandes und der Ausführung der ausgestoßenen Drohungen, zumal wenn man die General-Staaten herbeirufe, kräftige Bundeshülfe zu.[3]

[1] Bericht Schmisings vom 3. März 1658. Wiederholt kam der Kurfürst auf diese Anschauungen zurück. Bericht Schmisings vom 6. März. — Münster. Auf die Bitte Schmisings, daß der Kurfürst dafür sorgen möge, damit Bestimmungen zum Schutze gegen die widerhaarigen Landstände mit in die Wahlkapitulation gebracht würden, konnte und wollte dieser keine bindende Zusage ertheilen; er meinte, man müsse für sich selbst Mittel haben, damit man sich schützen könne, denn mit der Kapitulation könne es ergehen, wie mit dem Friedensinstrument, den Reichstagsabschieden und andern Reichskonstitutionen. Ein ander Mal stellte Johann Philipp ein Hülfskorps von 2—3000 Mann in Aussicht. Wenn die Allianz, die man vorhabe, zustande käme, würde gar kein Abgang an Mitteln zu besorgen sein. — Bericht vom 7. März. — Münster.

[2] Abschrift mit dem Datum des Diktates 13. März. — Münster. Die Ausfertigung selbst wurde vom 15. März datirt, wie aus Tücking und ab Alpen IV, 393 ersichtlich ist.

[3] Abschrift in Münster.

Mehl legte diese Schriftstücke Schmising vor und hatte im Namen der Alliirten hinzuzufügen, daß freilich leicht in Zweifel gezogen werden könnte, ob die Allianz sich auf den vorliegenden Fall erstrecke und demnach wirklich die uneingeschränkte Hülfeleistung erfolgen müßte. Indessen wolle man die Schreiben abgehen lassen, wie sie vorlägen; zweifele auch nicht, daß die Prinzipale dieser Assistenz sich nicht entziehen würden. Auf alle Fälle aber müsse der letzteren Gutheißen eingeholt werden. Mehl fügte zugleich in seines Herrn Namen hinzu, daß dieser wenigstens erachte, daß man schuldig sei, dem Bischof sowohl auf dem Rechtswege als mit den Waffen Beistand zu leisten. Doch, fuhr er fort, versähen die Alliirten sich zu ihm, daß er sich zunächst mit den allerglimpflichsten Mitteln von selbst manuteniren und, bevor er zum äußersten schreite, mit den Alliirten sich über einen gütlichen Austrag in's Einvernehmen setzen werde. Der trierische Kanzler Anethan hielt es für angemessen, zu versichern, daß sein Herr, wenn er selbst hier zur Stelle wäre, gleiche Erklärung abgeben würde, wie der Kurfürst von Mainz durch seinen Vertreter. Weil er aber deswegen keine Weisungen habe, würde man seine Erinnerungen — denn er sei es, der sie vorgebracht — im unbesten nicht vermerken können. Schweigend saßen die Andern. [1]

Der Bischof hatte nur einen halben Erfolg zu rühmen. Welcher Nutzen war von den erwirkten Interzessionen zu erwarten, wenn so geringe Aussichten auf wirkliche Hülfeleistung vorhanden waren? Aufseiten der Protestanten schien fast besserer Wille zu einer solchen obzuwalten. Haus Braunschweig wenigstens ließ infolge besonderer Abschickung des Bischofs an die Herzöge den Gesandten in Frankfurt die Weisung zugehen, daß sie, weil das Unterfangen der Landstände eine Sache von nachdenklichen Konsequenzen sei, der man billig nicht nachsehen dürfe, bei Wiederaufnahme der Verhandlungen um die Allianz dahin sehen sollten, damit dieser Punkt insgemein gar wohl, wenn auch behutsam, verwahrt werde, damit in solchen Fällen Keiner verlassen stehe; freilich dürfe auch kein Anlaß zu Vorgängen gegeben werden, wie man sie im

[1] Berichte Schmisings vom 15. und 17. März. — Münster. Protokoll in Düsseldorf mit dem falschen Datum des 18. März. Noch am 15. wurden die Schreiben mundirt und vom Kurfürsten von Mainz vollzogen. Von Münster aus sollte Christoph Bernard die Note an die Staaten dem Agenten Hessingh im Haag zusenden, damit er sie den Adressaten zustelle. Am 16. März schickte Schmising beide Schreiben zur Ausfertigung durch die Prinzipale auf die Rundreise, zunächst an den Kurfürsten von Trier. Am 23. März sendet sie der Pfalzgraf nach Münster. Am 26. ging das Schreiben nach dem Haag an Hessingh ab. Dem Bischof war es nicht scharf genug. — Münster.

vergangenen Herbst vor Münster gesehen.[1] Aufgrund der kölnischen Allianz, welche ausdrücklich die inneren Empörungen mit unter die Assistenzfälle rechnet, war Christoph Bernard völlig befugt, die thatsächliche Hülfe zu fordern. Nun wollte man ihm dieselbe aus Besorgniß vor den Holländern verkümmern und verklausuliren. Das Verhalten Triers wie das auffallende Stillschweigen der Uebrigen in der Sitzung vom 15. März mußten den Bischof verletzen. Um wie viel mehr aber noch die Erklärung Fürstenbergs, daß der Kurfürst von Köln vermöge der Reichssatzungen und, wenn es sonst die Billigkeit erheische, dem Bischof in allem an die Hand gehen wolle, aufgrund der Allianz aber, weil sie mit dem vergangenen Jahre bereits erloschen sei, zur Assistenz ganz und gar nicht verbunden sein wolle. Ja der Kurfürst ließ mit scharfen Worten die zur Belagerung der Stadt Münster hergeliehenen Geschütze nebst Munition und andern Requisiten zurückfordern.[2]

War es nicht eine offenbare Täuschung, wenn man den Termin der Allianz entgegen der ausdrücklichen Bestimmung der frankfurter Konvention vom 11. August 1655 (Art. 3), welche den 15. December 1658 als Endtermin benennt, als bereits abgelaufen bezeichnete? Oder hatte etwa der kölnische Receß vom 31. März 1656 Wandelung geschaffen und vom Tage seines Abschlusses an nur zwei weitere Jahre für die Dauer angesetzt, so daß also mit März 1658 die Allianz wirklich als erloschen hätte betrachtet werden müssen? Eine Frage, deren Beantwortung schwierig ist, solange der kölnische Receß vom 31. März 1656 nicht vorliegt.[3]

Wie nun dem auch sei, ein Mangel an Bundesfreundschaft machte sich für den Bischof bei Köln nicht minder wie bei Trier bemerkbar. Damit schien das ganze, unter so vielen Mühen errichtete Gebäude der Allianz in's Wanken gerathen zu sein. Und an der neuen, erweiterten Allianz, um die man noch verhandelte, war dem Bischof wegen der Schweden

[1] Gesamtinstruktion vom 5. (15.) März. — Hannover. Dafür sollte dem Bischof bemerkbar gemacht werden, daß die Herzöge gern sehen würden, wenn er die bisher verhinderte Verfassung im westphälischen Kreise befördern und zumal den Neuburger Pfalzgrafen zu guten Gedanken bringen wollte, um so mehr, da Brandenburg hierauf vornehmlich dringe.

[2] Franz Egon von Fürstenberg an Korff-Schmising am 21. März: So thuet dieselbe (den Kurfürsten) nicht wenig disgustiren, das bis anhero nit allein gegen alles Versprechen und gebührende Parole die geringste Restitution noch nicht geschehen, sondern auch nicht eigentlich wissen können, ob sie damit einen Dank oder Undank verdient. Bewegliches Entschuldigungschreiben Schmisings vom 27. März. — Münster.

[3] Schmising selbst schreibt am 27. März dem Bischof: wasmaßen unsere zu Köln von neuem auf zwei Jahre renovirte Korrespondenz nach Verfließung derselben erlöschet.

wenig gelegen, obschon man Schmising gegenüber in Frankfurt hohen Ortes versicherte, daß, wenn man Schweden, besonders aber Frankreich um Assistenz gegen die Holländer ersuchen und ihnen den leisesten Wink dazu geben würde, dies das beste Rettungsmittel für den Bischof sein würde.[1] Dazu aber empfand der Bischof wohl die geringste Neigung. Ihm dämmerte wohl eine Vorstellung, wie innerhalb der projektirten größeren Allianz die Kleineren zu einer bloßen Gefolgschaft der fremden Kronen und des mainzer Kurfürsten herabgedrückt werden möchten und neigte er deshalb wohl zu der Anschauung, daß die Sache sich günstiger für ihn gestalten würde, wenn die kölnischen Verbündeten von 1654 als unzertheilte Masse in die neue Allianz hinübertreten dürften, unter welcher Voraussetzung man überhaupt in die Verhandlungen eingetreten war. In Anbetracht aller dieser Umstände hatte der Bischof Schmising die Weisung ertheilt, daß er in Uebereinstimmung mit der oben erwähnten Forderung des Pfalzgrafen bei den Genossen der alten Allianz um erneute Verlängerung derselben, unabhängig von den wegen der neuen Verbindung etwa zu fassenden Beschlüssen anhalten solle. Der Domkustos entledigte sich dieser Aufgabe mit Fleiß und gutem Erfolg durch Vermittelung des kur-mainzischen Raths Blum beim Kurfürsten Johann Philipp.[2] Schmising frohlockte: Nun würden auch bald von den Alliirten leicht die begehrten Völker zu erhalten sein; besonders an des Pfalzgrafen Willen sei nicht zu zweifeln, ein Handbrieflein an diesen werde sich bezahlt machen.[3]

Der Kurfürst von Mainz hatte in dieser Angelegenheit auf den 6. April eine Sitzung der ligistischen Vertreter berufen. Hier ersuchte sein Kanzler Mehl unter Hinweis darauf, daß schon vor zwei Monaten der Plan einer Prolongation aufgetaucht sei und deshalb wohl alle Betheiligten mit Weisung versehen sein würden, um Abstimmung über diese Frage. Einhellig ergab sich die Geneigtheit zur Verlängerung des Bundesvertrages. Ja, Köln und Mainz erklärten, daß es ihren Herren einerlei sei, ob drei oder sechs weitere Jahre gesetzt würden. Köln verlangte noch, daß die vereinbarte Kriegsmacht nicht bloß auf dem Papier stehen solle, und glaubte, bei dieser Angelegenheit vor allem Anlaß zu Mißverständnissen bei den auswärtigen Kronen warnen zu müssen. Münster allein brachte positive Vorschläge herbei und verlangte die Aufstellung

[1] Bericht Schmising's an den Bischof vom 20. März 1658. — Münster. Schmising versagte dieser Anschauung, wohl des Mainzers, seinen Beifall nicht und rieth seinem Herrn zwischen Frankreich, Schweden und der Allianz oder Oesterreich, Polen und Brandenburg die erste Partei zu wählen.

[2] Bericht und Aktennotiz vom 27. bezw. 28. März. — Münster.

[3] Bericht Schmising's vom 31. März. — Münster.

eines Duplums der alten Kontingente und die Anhaltung der widerspenstigen Unterthanen zur Leistung der Gebühr von Allianz wegen. Keiner gab darauf eine bestimmte Zusage, nur Mehl wegen Mainz allein hinsichtlich des Duplums.[1]

Das Ergebniß dieser Sitzung war der Prolongationsreceß vom 6. April 1658.[2] Er ist kurz und bündig gefaßt und erklärt bei gegenwärtig je länger je mehr sich zeigenden Gefährnissen die alte Defensivallianz „auf die Maß und Weise, wie dieselbe anfänglich aufgerichtet und nachderhand mit nützlichem Zusatz erläutert, verbessert und gemehrt worden,“ unverändert auf weitere drei Jahre für verlängert. Jeder Verbündete müsse sein früher bewilligtes Quantum allezeit effektiv auf den Beinen halten, damit er auf jeden generell oder speziell vorgesehenen Defensionsfall und besonders, wenn eines oder des andern Alliirten Unterthanen und Landsassen solcher Allianz sich zu widersetzen und den Unterhalt der dazu nöthigen Miliz halsstarrig zu verweigern oder sich wider ihre von Gott vorgesetzte Obrigkeit an fremder Potentaten Protektion zu henken und sich sonst den Reichssatzungen u. s. w. zuwider gegen ihren Landesfürsten aufzulehnen sich gelüsten lassen würden, mit der versprochenen Mannschaft in simplo oder mit mehr ohne Verzug kräftig zuhülfe kommen möge.

Schmising meldete dies hohe Glück, das die Oesterreicher auf alle Weise zu verhindern gesucht hätten, unverzüglich seinem Herrn. Besondere Schwierigkeiten wollte er bei Kur-Trier gefunden haben. Wenn man ihm Glauben schenken kann — und zu einem entgegengesetzten gibt er keinen Anlaß — tauchte unter den also auf's neue vereinten Ligisten der Gedanke auf, nach Ausfertigung dieses Prolongationsrecesses ihn den Invitirten mit der Anfrage vorzulegen, ob sie darauf mit ihnen zu schließen Lust hätten. Eine Idee von erstaunlicher Naivetät.[3]

Nachdem von allen Seiten die Einwilligung der Prinzipale erfolgt,[4]

---

[1] Protokoll vom 6. April 1658. — Düsseldorf.

[2] Abschriften in Düsseldorf und Münster. Daß darin die alte Allianz zwischen drei geistlichen Kurfürsten, Münster und Neuburg als im Jahre 1651 aufgerichtet genannt wird, ist entweder eine falsche Anwendung auf den kur-rheinischen Receß oder ein Schreibfehler. Ein von Münster vorgeschlagener Zusatz erwähnt eine vorherige Prorogation auf drei Jahre, was uns auf die Frankfurter Konvention von 1655 zurückführt, wozu aber wiederum nicht der Zusatz paßt, „welche (drei Jahre) nun auch sind verflossen.“ Letzteres stimmt auch nicht mit dem kölnischen Receß vom 31. März 1656. Ein Beweis für die Begriffsverwirrung der Allianzräthe, wenigstens Schmising's, hinsichtlich des Termines der alten Allianz.

[3] Undatirter, doch wie aus näheren Angaben hervorgeht, noch am 6. April gefertigter Bericht Schmising's. — Münster.

[4] Die Zustimmung des Pfalzgrafen ist vom 10. April. — Düsseldorf.

wurde der Receß am 17. April vollzogen. Am 12. Mai hat man ihn mit ganz unwesentlichen Zusätzen neu aufgesetzt und erst am Ende dieses Monats an die einzelnen Höfe der Betheiligten, soweit dieselben nicht persönlich in Frankfurt weilten, zur Ratifikation eingesendet.[1]

30.

Die Franzosen.

Wir sahen, wie sehr sich um das Ende des Jahres 1657 das Freundschaftsband zwischen dem Kurfürsten von Mainz und den Gesandten der Krone Frankreich gelockert hatte, als letzteren die Gewißheit aufdämmerte, daß keiner der Kandidaten des Kardinals Mazarin die Kaiserkrone erlangen würde und all das schöne Geld vergeblich geopfert wäre. Von der Kandidatur des Pfalzgrafen sprach schon kein Mensch mehr im Ernst. Auch der Kurfürst von Bayern beharrte bei seiner ablehnenden Haltung. Der Herzog von Gramont hatte in München nichts auszurichten vermocht. Schon die Aufnahme, die er daselbst gefunden, hätte ihn ahnen lassen können, daß es also sein würde. Graf Kurtz hatte sich krank gestellt, nur um mit dem Franzosen nicht in Berührung zu kommen. Als trotzdem mehrfache Konferenzen abgehalten wurden, vermochte der Marschall die gutösterreichische Gesinnung der Bayern nicht niederzukämpfen; geschlagen und darob verstimmt kehrte er nach Frankfurt zurück. Die Stimmen von Bayern, Sachsen und Brandenburg konnten zu Anfang des Jahres 1658 als völlig sicher für König Leopold von Ungarn gelten. Und zu ihnen gesellte sich diejenige des Kurfürsten von Trier, um die Majorität festzustellen. Seine Erklärung, daß er erst nach unbedingter Zusage des Kurfürsten von Bayern diesem seine Stimme geben werde, war eine leere Ausflucht; er wußte wohl von den Oesterreichern, in deren Lager er längst übergegangen, daß Ferdinand Maria bei seiner Weigerung verbleiben werde. Gravel reiste noch Anfang Januar bei den rheinischen Kurfürsten werbend und lockend

[1] Bericht Schmising's und Gise's vom 12. Mai 1658. — Münster und Düsseldorf. Am 26. Mai übersendet Schmising die von den in Frankfurt anwesenden drei geistlichen Kurfürsten vollzogenen fünf Exemplare dem Bischof mit der Bitte, sie nach Ausfertigung dem Pfalzgrafen zuzustellen, was am 31. Mai geschah. Der Pfalzgraf vertheilte am 5. und 12. Juni die Exemplare unter die Genossen und behielt eins für sich zurück. — Münster und Düsseldorf.

umher. Bei dem von Trier mußte wiederholt der neuburgische Kanzler Winkelhausen zugunsten der Franzosen das Wort führen. In den ersten Tagen des neuen Jahres hatte er zu Sinzig eine Zusammenkunft mit des Kurfürsten Bruder. Gravel hatte ihn von Bonn aus beschworen, sein möglichstes zu thun, damit Kur-Trier in der Schwebe gehalten werde und an Oesterreich sich nicht verpflichte. Vergebens. Oesterreichisches Gold dünkte dem Kurfürsten verlockender als französisches. Noch im selbigen Monat nahm er von Lobkowitz 12 000 Thaler und Kanzler Anethanus 6000.[1]

Da unter diesen Umständen dem Kurfürsten von Mainz die Klugheit gebot, in der Wahlfrage gute Miene zum bösen Spiele zu machen, steigerte sich der Unwille der französischen Gesandten gegen ihn von Tag zu Tage. Drohungen Lionnes wiederholten sich. Und immer lebhafter erhoben sich Gerüchte von starken Truppenansammlungen der Franzosen im Elsaß.[2] So begann man bereits besondere Befürchtungen für den mainzer Kurfürsten zu hegen. Er selbst mochte sich doch wohl selbst nicht ganz sicher wähnen: denn dunkel verlautet von einer Zusammenkunft, die er mit Karl Kaspar von Trier im Rheingau hatte, allwo, wie man vermeinte, über gemeinschaftliche Vertheidigungsmaßregeln gegen etwaige Feindseligkeiten der Franzosen berathen worden wäre.[3] In Frankfurt aber gaben die mainzer Herren sich den Anschein, als hätten derartige Gerüchte keinen Boden. Als Otto sich eine Anspielung auf dieselben gestattete, äußerte Boineburg, daß es wegen der Franzosen

[1] Bericht Winkelhausen's vom 1. Januar 1658. — Düsseldorf. Ad. Wolf, Lobkowitz S. 91. Valfrey S. 114.

[2] Bericht Otto's vom 22. December 1657 (1. Januar 1658). — Hannover: Lionne hat sich gegen uns vernehmen lassen, wenn der König von Ungarn mit 5 oder 10 000 Mann gegen Schweden oder Frankreich losgehe, werde man ihm mit 20 oder 30 000 begegnen. Es wird für gewiß ausgegeben, daß schon etliche französische Regimenter im Elsaß angekommen, zwei Regimenter sollen in Hagenau sein und soll dort eine große Armee unter Befehl Gramonts, dessen General-Lieutenant Herzog Ulrich von Württemberg sein soll, zusammengezogen werden. — Snoilsky erzählte Otto, die Franzosen rückten heran, schon ständen sieben Regimenter im Elsaß, wo der Fürst von Salm eine ansehnliche Armee formire. Volmar dagegen meinte, es sei nicht so schlimm, im Elsaß stehe nur ein Regiment z. F. und 300 Reiter, die der Landgraf von Hessen-Homburg geworben. Frankreich habe zuviel in seinem Innern zu thun und gegen Cromwell auf der Hut zu sein. Bericht Otto's vom 26. December 1657 (5. Januar 1658). — Hannover. Auch Bisping meldete: Die Franzosen verstärken sich sehr im Elsaß, zu welchem End, ist leicht abzunehmen. Und ein ander Mal: Kur-Pfalz solle willens sein, den Franzosen Frankenthal bei Worms einzuräumen, worüber man in Paris verhandle. Bericht vom 13. und 20. Januar 1658. — Münster.

[3] Bericht Bisping's vom 13. Januar. — Münster.

gar keine Gefahr und dies alles nichts zu bedeuten habe; der Kurfürst hätte sie nicht beleidigt und niemals sei man mit ihnen mehr befreundet gewesen; sie hätten sich selbst in ihrem eignen Reiche vorzusehen.[1] Daß jedoch die üble Stimmung der Franzosen ihres Eindruckes auf die Mainzer nicht ganz verfehlte, beweist das wiederholte lebhafte Drängen Boineburgs bei den Braunschweigern und Hessen um Wiederaufnahme der gänzlich stockenden Allianzverhandlungen, und zwar ohne Brandenburg und Schweden. Aber auch den Franzosen gegenüber diente ihnen eben gerade der Hinweis auf dieses Allianzprojekt als Mittel zur Anbahnung freundlicherer Beziehungen. Obschon diese Herren vorerst wenig davon hören wollten. Es gebe nun, sagten sie, nichts mehr, wobei sie sich beruhigen könnten, als Boineburg zu ihnen von Mitteln und Wegen sprach, die man zu ihrer künftigen Versicherung ja einschlagen könne, und dabei zweifellos auf die Wahlkapitulation und eben die Allianz hinwies. Durch die Hinneigung zu einer Wahl aus dem Hause Oesterreich, bemerkte Lionne, mache man sich zum Mitschuldigen der österreichischen Kontraventionen.[2] Hatte er etwa gar in Erfahrung gebracht, daß auf seine Drohungen der Kurfürst von Mainz den Oesterreichern mit der Erklärung, daß er zu ihnen seine Zuflucht nehme und dem Hause Oesterreich ergeben bleiben wolle, für 100 000 Thaler seine Stimme für König Leopold zur Verfügung gestellt und diesen selbst zu persönlichem Erscheinen in Frankfurt, damit er die böhmische Wahlstimme vertrete, eingeladen hatte?[3]

Schließlich aber vermied Johann Philipp dennoch durch die geschickte Verquickung der Wahlfrage mit dem Allianzprojekt alle Widerwärtigkeiten, deren er sich von den Franzosen — es bleibe dahin gestellt, in wie weit deren Drohungen ernstlich gemeint waren — zu befahren hatte. Allgemach verstand er es trotz alledem dem Marquis v. Lionne klar zu machen, daß die Allianz das beste Mittel sein werde, der Machtfülle eines österreichischen Kaisers Schranken zu ziehen und einer entsprechenden Wahlkapitulation festen Rückhalt zu geben. Als Lionne, hierauf eingehend, dem Kardinal berichtete, blieb dieser Gedanke nicht ohne Eindruck auf diesen. Es war doch immer noch viel, was man nach bei Bayern verlorenem Spiele noch erreichen zu können hoffen durfte. Am 17. Januar wies Mazarin den Botschafter Lionne an, daß er nunmehr mit größerem Ernst das Allianzprojekt in Angriff nehme.[4]

[1] Bericht Otto's vom 5. (15.) Januar. — Hannover.

[2] Bericht Otto's vom 29. December 1657 (8. Januar 1658). — Hannover.

[3] Ad. Wolf S. 92. Valfrey S. 112. Heide S. 43. Siehe auch Droysen III, 2, 286.

[4] Chéruel III, S. 112.

Am 15. Januar war Gramont aus München zurückgekehrt. Tags darauf erschien auch Kurfürst Johann Philipp wieder in Frankfurt, nachdem er die Weinachtsfesttage in Mainz verlebt. Am 19. luden sich bei ihm Gramont und Lionne selbst zur Tafel. Noch kamen sie mit sauren Mienen; es fielen heftige Beschwerdeworte gegen den Kurfürsten von Bayern. Zwei Tage darauf erschien mit jener Weisung an Lionne ein besonderer Abgesandter des Kardinals, sein Sekretär Roussereau. Dieser überbrachte ein höchst verbindliches Handschreiben seines Herrn an den Kurfürsten, welcher darin des vollkommensten Vertrauens versichert wurde, das der König Ludwig in ihn setze.[1] Und nun erfolgte die Aussöhnung, natürlich aufgrund von Abmachungen, welche, wie die Zukunft darthat, so günstig für die Pläne Frankreichs lauteten, wie trotz der eben erst mit großen Kosten bewerkstelligten Annäherung des Kurfürsten an das Haus Oesterreich ungünstig für dieses. Schon am 22. Januar wußte man in Frankfurt von der beiderseitigen Wiedernäherung.[2] Und bald erzählte der Schwede Björnklou mit freudiger Miene, daß die Franzosen jetzt von der Unschuld des Kurfürsten von Mainz und daß er nicht anders habe handeln können, überzeugt seien.[3] Die Versöhnung wurde durch ein Festbankett gefeiert, bei welchem Kurfürst Johann Philipp glückstrahlend dem Herzog v. Gramont zutrank mit den Worten: Kein Streit mehr unter Brüdern![4] Seit dieser Stunde war der Beitritt Frankreichs zum Rheinbunde oder, richtiger, die Gefolgschaft des Mainzers und seines Anhanges für Frankreich eine ausgemachte Sache.

Die Zeit, während welcher der mainzer Kurfürst mit den Franzosen auf gespanntem Fuße gestanden, hatten die Fürstenbergs trefflich dazu ausgenutzt, um das Vertrauen derselben, das Jener bisher in besonderem Grade besessen, für sich selbst und die kur-kölnische Politik zu erobern. Die Franzosen waren ihnen gern entgegengekommen. Franz Egon und sein Bruder Wilhelm, dessen Eigenschaften täglich mehr die Aufmerk-

---

[1] Chéruel III, S. 116, wo es auch heißt: Il est probable que Roussereau apportait à l'électeur et à ses confidents des preuves encore plus palpables de l'affection du cardinal.

[2] Bericht Otto's vom 12. (22.) Januar. — Hannover.

[3] Bericht Otto's vom 16. (26.) Januar. — Hannover.

[4] Non sit jurgium inter fratres. Chéruel III, S. 116. Otto berichtet am 19. (29.) Januar: Die Franzosen sind bei den kur-kölnischen Gesandten sowohl wie beim Kurfürsten von Mainz gastirt worden und scheint die Eintracht also wieder hergestellt zu sein. — Hannover. Vgl. auch Rommel, Geschichte von Hessen. IX, S. 242, Anm. 3. Heide S. 49 ff.

samkeit der Diplomatenwelt auf sich lenkten,[1] sah man im lebhaftesten Verkehre mit Gramont und Lionne. Sie sollen es vorzugsweise gewesen sein, welche die Forderungen der Krone Frankreich auf Sicherstellung ihrer Wünsche durch die Wahlkapitulation überall auf's thatkräftigste unterstützt haben[2] — natürlich nicht ohne die Gewährung oder wenigstens Zusicherung glänzender Gegenleistungen. Und nun nach der Aussöhnung gesellte sich von neuem Boineburg zu ihnen. Die geheimnißvollen Zusammenkünfte dieser Herren mit den Franzosen blieben freilich nicht verborgen.[3] Neben der Wahlsache wurde unter ihnen jedenfalls das Allianzprojekt besprochen. Björnklou, der mit der mainzer Kanzlei die beste Fühlung hatte und mit den Franzosen den lebhaftesten Verkehr pflegte, wußte den Gesandten Braunschweigs zu berichten, daß die Franzosen mit Mainz und Köln die Köpfe jetzt darum zusammensteckten, weil sie die vordem begonnenen, aber wieder in's Stocken gerathenen Allianzverhandlungen mit den Unirten wieder aufgenommen hätten. Das Projekt sei abgehandelt und schon an den König von Frankreich zur Ratifikation oder doch wenigstens zur Einholung seiner Resolution gewandert. Die Herren Franzosen, bemerkte hierzu der Schwede, würden in diesen Tagen den Braunschweigern zusprechen, um deren Meinung über diese Sache zu vernehmen.[4] Daraufhin nahm der hannöversche Gesandte Otto, sobald er Boineburg antraf, Gelegenheit, die Frage zu stellen, was an dem Gerüchte von diesen Verhandlungen mit

[1] Otto am 30. Januar (9. Februar) 1658: er wisse nicht genug zu rühmen, wie sehr sich Wilhelm's sonderliche Qualitäten, zumal seine Sprachkenntnisse täglich mehr hervorthäten. — Hannover.

[2] Bisping am 3. Februar 1658: Ein vornehmer kur-trierischer Minister hat mir heute zu verstehen gegeben, daß nur allein die beiden geistlichen Herren Grafen von Fürstenberg diejenigen seien, die hierin (sc. unerhörte Dinge in die Wahlkapitulation zugunsten der Franzosen zu bringen) den Franzosen allen Vorschub leisteten. — Münster.

[3] Otto am 30. Januar (9. Februar): Es ist nicht zu verschweigen, daß die französischen Ambassadeurs mit den kur-mainzischen und kölnischen Ministern, besonders Boineburg und den beiden Grafen Fürstenberg, fast täglich zusammenkommen und hinter Schloß und Riegel konsultiren, wovon bisher noch Niemand etwas hat erfahren können. — Hannover.

[4] Otto am 1. (11.) Februar. Er bemerkt dazu: Kur-Mainz, Köln und Andre, die mit ihnen (den Franzosen) einig, wollen daran einen stärkeren Rücken haben, futurum Imperatorem zur Raison zu bringen sowohl in obtinenda quam semel obtenta deinceps servanda capitulatione und also pro publica tranquillitate constituenda et retinenda. Wünschte nur, daß der Kurfürst von Mainz in Gegenwart des Königs von Ungarn (den man nunmehr in Frankfurt erwartete), seiner Minister und der Spanier hierin beständig bleiben und sich nicht schrecken oder irre machen lassen möchte. Lobkowitz und sein Kollege wären gute Herren und daher bislang deswegen nichts zu besorgen gewesen. — Hannover.

den Franzosen wahres sei. Boineburg gab die Thatsache zu und bemerkte, wenn das Haus Braunschweig zur Theilnahme geneigt sei, könne es gern hinzugezogen werden. Er gab ihm und seinen Kollegen anheim, dies nach Hause zu berichten und sich wenigstens zunächst ad audiendum anweisen zu lassen, worauf ihnen weitere Eröffnungen gemacht werden sollten.

Dies eben war den lüneburgischen Herren eine willkommene Aufforderung. Bei einer Hauskonferenz zu Celle hatte sich die Auffassung des Gesamtministeriums von der Stellung des Hauses Braunschweig der politischen Sachlage gegenüber folgendermaßen geäußert: Es gebe einen Haufen Parteien, die sich in den Haaren lägen und für deren eine man sich eben entscheiden müsse, wenn man sich dem Untergange nicht weihen wolle. Allen Unglückes Urheber seien die Spanier, während die Franzosen das Haus Braunschweig zu konserviren gedächten, wennschon nur darum, damit ihre Gegenpartei durch dasselbe sich nicht stärke. Die Dänen hätten ihre Absicht auf den Sund. Polen suche nichts als seine Libertät und bekümmere sich nicht um Andre und die Holländer sähen auf ihren Profit. Die Schweden aber wären gar gefährliche und verdächtige Freunde, welche gern des Hauses Macht in ihren Händen hätten, um ihre Grenzen zu erweitern und die Herrschaft über das baltische Meer zu behaupten. Es wären also allein nur die deutschen Staaten übrig, auf die man sehen müsse; die aber schwankten hin und her und wüßten nicht, was zu thun. Die Linien des Hauses müßten also unter sich selbst sich in Verfassung setzen, da man aber unter diesen Gefahren nicht stark genug, müsse man sich nach treuen Bundesgenossen umsehen. An Oesterreich, Polen oder Dänemark dürfe man dabei nicht denken, sondern sich an Diejenigen wenden, deren Interessen mit denen des Hauses im Reiche übereinstimmten, an die Mächtigsten, welche gute Gedanken führten. Dazu gehöre Brandenburg. Auch auf Frankreich habe man seine Augen zu schlagen wie auch auf — Schweden, trotz aller Gründe zum Mißtrauen gegen dieses. Denn ohne Frankreich und Schweden könne man eben nicht bestehen. Gute Freundschaft müsse man mit ihnen halten und ein neues Bündniß machen, worin sie mit begriffen, damit sie sähen, daß man es gut mit ihnen meine. Vorzugsweise aber sei auf Frankreich zu sehen, welches nicht zugeben könne, daß Braunschweig in der Schweden Hände gerathe, weil dadurch das Gleichgewicht im Reiche aufgehoben und die Schweden ihm zu stark werden und sich mit Oesterreich in's Reich theilen würden.[1]

---

[1] Protokoll der Hauskonferenz vom 8. (18.) Januar. — Hannover. Nicht erwähnt bei Köcher.

Demgemäß ging sodann den braunschweigischen Gesandten in Frankfurt die Gesamtweisung zu, daß sie in Anbetracht der aus mehrfachen Ursachen erwogenen Nothwendigkeit einer guten Vertraulichkeit mit der Krone Frankreich deren dortige Bevollmächtigte einer besonderen Zuneigung des Hauses Braunschweig zu dieser Krone und seines stetigen Absehens auf dieselbe versichern und dabei andeuten sollten, daß es den Herzögen nicht zuwider sein würde, solches Vertrauen fortzusetzen. Gerade mit voller Absicht wurde diese allgemeine Fassung gewählt, damit es nicht das Ansehen gewönne, als ob es auf eine Allianz gemeint wäre, d. h. man wollte sich zu dieser Allianz, die man von Herzen gern wünschte, suchen lassen.[1]

Kraft dieser Weisung hielten die Gesandten des Hauses Braunschweig-Lüneburg sich für ermächtigt, auf Boineburgs Eröffnung zu erklären, daß sie schon jetzt bereit wären, in Besprechungen über ein Allianzprojekt mit Frankreich einzutreten. Erfreut sagte der Obermarschall ausführlichere Kundschaft innerhalb der allernächsten Tage zu.[2]

Auch den hessischen Gesandten hatte Boineburg in den Plan einer näheren Verbindung mit Frankreich eingeweiht. Dörnberg gestand es den Braunschweigern und theilte ihnen mit, daß er schon Weisungen hierauf in Händen habe. Die Schweden hätten es erst erfahren, als schon das Projekt nach Frankreich abgefertigt gewesen wäre.[3] Daß Hessen zu den Franzosen hinneigte, konnte man schon aus der Art des Verkehres seiner Bevollmächtigten mit Gramont und Lionne erkennen. Am 18. Februar fand diesen zu Ehren eine ansehnliche Gasterei bei Dörnberg statt.[4]

Am 25. erschien Boineburg zur Einlösung seines Versprechens bei den Braunschweigern. Er begann mit großer Heimlichkeit und bat um Stillschweigen über alles, was er mittheilen werde, zugleich aber auch um Entschuldigung, daß er, eben weil die Sache zur Veröffentlichung noch nicht reif, nichts von dem bereits entworfenen Vertrage zur Kenntniß geben könne. Das ganze sei nur ein Defensivbündniß, womit man den Frieden und die Ruhe des Reiches wahren wolle. Der westphälische Friede werde dadurch befestigt werden und Jeder bei dem, was ihm kraft dessen zustehe, beschützt und gehandhabt, demnach auch die Garantie thatsächlich geleistet werden können. Der Bund solle nur die von Frank-

[1] Gesamtinstruktion vom 17. (27.) Januar. — Hannover. Köcher S. 242. Er übersieht, daß diese Instruktion 14 Tage vor jenen Eröffnungen Boineburg's erlassen wurde, als deren Folge er sie mit dem Wörtchen „hierauf“ hinstellt.

[2] Bericht Otto's vom 9. (19.) Februar. — Hannover.

[3] Bericht Otto's vom 16. (26.) Februar. — Hannover.

[4] Bisping am 20. Februar 1658. — Münster.

reich durch diesen Frieden gewonnenen Lande aufnehmen und diese nur gegen Diejenigen schützen, welche Genossen des Friedens wären. Also, wenn z. B. Oesterreich aus Deutschland jene Länderstriche feindlich anfiele, würde der Assistenzfall eintreten, nicht aber, wenn Frankreich in den Niederlanden oder anderwärts als im Elsaß angegriffen werden sollte, und ebensowenig wenn es selbst gegen Oesterreich in Deutschland Feindseligkeiten eröffnete oder wenn Spanien, kein Genosse des westphälischen Friedens, die Franzosen im Elsaß beunruhigte. Die Alliirten sollten einander mit Rath und That beistehen, auf Reichstagen in den höheren Kollegien die Mehrheit bilden und, wenn irgendwer dem Friedensschluß sich ungemäß erzeigen würde, demselben nach dem § Veruntamen des Friedensinstrumentes gesamterhand Einhalt thun. Schon vor zwei Jahren wäre diese Sache unter ihnen auf dem Tapet gewesen, dann aber des Kaisers Tod dazwischen gekommen, da man dann gehofft, diesen Zweck durch andre Mittel zu erreichen. Sie hätten aber zu einem solchen Grundmittel nicht gelangen können. Sie würden allenthalben, zumal von den evangelischen Kurfürsten daran gehindert, daß also kein ander Mittel übrig bliebe. Köln und Neuburg wären damit einig, theilweise auch Trier und wäre die Sache bereits so weit gediehen, daß sie, wenn Braunschweig und Hessen-Kassel — an letzterem zweifele man nicht — mit beitreten wollten, in vier Stunden ausgemacht werden könnte. Den Herren Herzögen würde hoffentlich der Plan nicht zuwider sein, weil sie ja von Frankreich nichts übles zu erwarten hätten, sondern an ihm, wenn die Schweden — man wisse wohl, wie sie mit diesen ständen — zu mächtig werden sollten, einen guten Rücken haben könnten. Uebrigens würde auch die Krone Schweden, soweit sie ein Stand des Reiches, sich dem Werke zur Genüge anbequemen.

Nach diesen Erklärungen kam man überein, daß die braunschweigischen Gesandten in den nächsten Tagen sich zu den französischen verfügen sollten, um, wie ihre Instruktion besagte, sich zu gegenseitiger Vertraulichkeit zu empfehlen.[1]

Am 27. statteten die Braunschweiger dem Herzog v. Gramont ihren Besuch ab, am 28. dem Marquis Lionne, folgenden Tages empfingen sie den Gegenbesuch derselben. Gramont hielt mit dem Allianzprojekt zunächst zurück. Nur meinte er ganz allgemein, daß Alle, welche den westphälischen Frieden zu halten gedächten, bei einander stehen müßten. Andere würden schon hinzutreten. Dies sei der einzige Weg, den Frieden zu wahren: denn die zu Münster und Osnabrück errichtete General-

[1] Alles nach dem Gesamtbericht der Braunschweiger vom 16. (26.) Februar. — Hannover. Köcher S. 241 und 242.

garantie würde nicht gehalten und wäre also kein Verlaß darauf. Redseliger wurde er, als bei seinem Gegenbesuch die Braunschweiger von einer den allgemeinen Frieden bedingenden guten Wahlkapitulation und der zu ihrer Fortstellung nothwendigen Einigkeit und Zusammensetzung der Stände des Reiches sprachen und als das beste Mittel hierfür die projektirte Partikularallianz bezeichneten. Mehrmals fragte der Herzog bei dieser Gelegenheit, ob sie denn genügende Vollmacht zu diesem Werke besäßen, und zwar nicht nur zum Abschluß mit den Invitanten, sondern auch mit allen Denen, welche zu Erhaltung des Friedens und Versicherung der Kapitulation in solche Vereinigung zu treten gemeint wären, und auch für den Fall, daß Einer oder der Andere, z. B. Brandenburg, nicht wollte. Die Braunschweiger meldeten, daß sie nur mit den Invitanten, Schweden als Reichsstand und Brandenburg zu schließen Vollmacht hätten, bei Anmeldung Andrer aber berichten sollten. Gramont bemerkte dazu, daß eine Generalvollmacht noththue, da mit dem berichten stets viel Zeit verloren gehen werde: denn das Werk erleide keinen Verzug und müsse, wenn nicht schon vor Ankunft des Königs von Ungarn, so doch wenigstens vor der Wahl vollendet werden. Als die Braunschweiger viele Worte von dem sonderbaren guten Vertrauen der Herzöge zum König zu reden begannen, winkte der Herzog mit der stolzen Bemerkung ab, daß damit seinem Herrn nicht gedient sei und er darauf sich nicht würde zu verlassen haben, wenn man nicht mit ihm und seinen Freunden zu Erhaltung des Friedens in Bündniß sich einzulassen gesonnen wäre.

Etwas weniger Stolz trug Lionne zur Schau. Ohne weiteres brach er gleich mit der Erklärung heraus, daß sein Herr zu einer Verbindung mit dem Hause Braunschweig Neigung empfinde. Ja, er schien die Sache so darstellen zu wollen, als habe der König nur auf Braunschweig gewartet: denn erst, als er vernommen, daß von beiderlei Religionsbekenntnissen Stände zusammentreten wollten, hätte dieser seine Bedenken gegen eine solche Allianz aufgegeben, die eben darin bestanden hätten, daß eine einseitig konfessionelle Vereinigung die Spaltung unter des Reiches Ständen nur vermehren könnte.

Das barsche Wesen Gramonts hatte die braunschweigischen Gesandten eingeschüchtert. Es wollte ihnen dünken, als ob Frankreich das Werk nicht in den streng-defensiven Grenzen zu halten gemeint wäre, ein Angriffskrieg gegen Oesterreich und den künftigen Kaiser schien im Hintergrunde nicht undeutlich hervorzuschimmern. In dieser Beklemmung wandten sie sich an den Kurfürsten von Mainz, an welchen sie der Marschall selbst gewiesen. Er beschwichtigte sie natürlich. Der Herzog, meinte er, lege als Soldat das Wort nicht auf die Waage. Der Zweck

des Bundes sei nach wie vor der, daß man den Frieden erhalten und vertheidigen und einen Jeden in dem vertreten wolle, was ihm der westphälische Friede zugeeignet habe. Und nur auf dieses Friedens Genossen allein erstrecke er sich. Man werde Frankreich lediglich im Elsaß Hülfe zu leisten haben, wenn es dort von Deutschland aus einen Angriff erfahre. Um recht sicher zu gehen, fragten sodann die Braunschweiger, wie es denn gehalten werden sollte, wenn der König von Ungarn in Italien oder den Niederlanden abermals die Spanier unterstützen würde? Johann Philipp beschied, daß man mit Italien gar nichts zu schaffen haben werde. Sollte es aber den Niederlanden gelten, so werde Einer allein sich dem zu widersetzen nicht schuldig sein; den kaiserlichen Hülfsvölkern dürfte aber kein Durchzug oder Uebergang über den Rhein verstattet werden und, wenn man sich zu schwach dazu befinde, werde man den Franzosen an bequemen Orten solches zu verhindern frei lassen müssen. Er, der Kurfürst, werde lieber den Oesterreichern wehren, als neben ihnen noch die Franzosen in seinen Landen erwarten. Auf den Einwurf der Besorgniß, daß die Franzosen aufgrund der Allianz vielleicht den Genossen derselben allein die Garantie zu leisten ansinnen möchten, versicherte der Kurfürst, daß die Garantie vor's ganze Reich gehöre und Niemandem werde zugemuthet werden können, dieselbe allein zu leisten.

Daraufhin lautete das Gutachten der braunschweigischen Gesandtschaft an das Gesamtministerium des Hauses wie folgt: Das Haus Oesterreich wird die Verbindung mit Frankreich nicht mit freundlichen Augen ansehen und seine Affektion gegen Braunschweig dadurch nicht eben vermehrt werden. Auch kann es leicht erfolgen, daß man in einen Angriffskrieg verflochten werde. Die Hülfe der Franzosen ist weit entlegen und auf den Nothfall gar spät zu erwarten. Hingegen darf das große Ansehen nicht unterschätzt werden, welches man durch das Verhältniß zu einem so mächtigen König gewinnen wird. Auf alle Fälle wird man einen starken Rücken haben und wird Jeder, der etwas widriges gegen das Haus Braunschweig im Schilde führt, dadurch abgehalten werden. Im Reiche läßt sich alles zu schweren Bewegungen an, bei welchen allein zu stehen gefährlich und sich zu erhalten unmöglich sein wird. Und wenn man der Krone Frankreich diese fast von ihr selbst angetragene Allianz verweigere, werde man sie verletzen und ihr gutes Vertrauen verlieren, wie denn Gramont angedeutet habe, wer nicht für sie sei, sei wider sie, verdiene kein Vertrauen und sei Denen gleich zu achten, welche über dem Frieden nicht halten und die Garantie nicht leisten wollten.[1]

[1] Gesamtbericht der Braunschweiger vom 23. Februar (5. März). — Hannover. Köcher S. 640 ff.

Im Gesamthause Braunschweig war, wie wir gesehen, man längst einem Anschlusse an Frankreich geneigt. Deshalb erhielten seine Gesandten in Frankfurt nunmehr Weisung, die französischen wie auch schwedische Erinnerungen zur Wahlkapitulation als in engem Zusammenhang mit den Wünschen und Interessen der Fürstenpartei im Reiche zu unterstützen. Zugleich wurde ihnen eröffnet, daß man auf der gegenwärtigen Hauskonferenz zu Hannover von den Eröffnungen der französischen Gesandten über das Bundesprojekt gern Kenntniß genommen habe: sie, die Gesandten des Hauses, möchten nur in Besitz des wahrscheinlich schon abgefaßten Entwurfes der Bundesnotel zu gelangen suchen; erst dann werde man ihnen nähere Weisungen ertheilen können.[1] Die spezielle Weisung der Regierung in Celle an Witte lautete wenige Tage später dahin, daß gegen die Einnehmung der Krone Frankreich in das Bündniß nichts eingewendet werden könne, wofern es keine andre Meinung habe, als diese, daß Frankreich unter den gleichen Bedingungen des gemeinsamen Entwurfes der deutschen Interessenten in die Gesamtallianz, zugleich mit Schweden und Brandenburg mit eintreten wolle. Im Gesamthause sei man dahin einig, daß seine Gesandten zusammen bei Frankreich und Kur-Mainz die Aufnahme der Verhandlungen, jedoch nur auf Genehmhaltung der Beschlüsse, beantragen sollten. Falls ein besonderer Aufsatz eines Vertrages entworfen sein oder werden sollte, sei er einzusenden und weiterer Befehl abzuwarten.[2]

Auf diese Ordre begaben die braunschweigischen Gesandten am 27. März sich zu Gramont, am 28. zu Lionne. Letzterer, wie immer überaus freundlich, behielt sie, wie es auch beim ersten Besuche geschehen, zu Tische bei sich. Von beiden Seiten fielen lebhafte Freundschaftsbetheuerungen. Als die Braunschweiger sich nach dem Vertragsentwurfe erkundigten, der, wie sie vernommen, bereits dem Könige in Paris vorliege, verwies sie Gramont an den Kurfürsten von Mainz, während Lionne bemerkte, daß man bisher nur bei den allgemeinen Grundsätzen geblieben wäre und es bei dem Friedensinstrument und zumeist dem belassen habe, was schon unter den deutschen Betheiligten vereinbart wäre. Es schien, wie wenn die Franzosen vor genauer Instruktion durch den Kardinal absichtlich sich nicht mehr herauslassen wollten.[3] Auf ihren besonderen Wunsch hielt auch Boineburg trotz mehrfachen Ansuchens der Braunschweiger mit dem Entwurfe zurück. Um weiteren ihm lästigen

---

[1] Gesamtinstruktion vom 5. (15.) März. — Hannover.

[2] Regierung zu Celle an Witte am 13. (23.) März. — Hannover. An Heyland und Otto werden zweifellos gleiche Ordres ergangen sein.

[3] Bericht Otto's vom 20. (30.) März. — Hannover.

Anfragen ganz zu entgehen, schützte er eine Unpäßlichkeit vor und empfing keinen Menschen. Heyland wandte sich daher kurzerhand an den kur-kölnischen Gesandten Aldenhoven mit der Bitte, daß er beim Grafen Wilhelm v. Fürstenberg die Mittheilung des Aufsatzes auswirke. Aldenhoven kam diesem Wunsche nach. Fürstenberg sprach darüber mit dem Kurfürsten von Mainz, welcher dann Boineburg anwies, den Entwurf im Auszug Heyland vorzulegen.[1] Heyland nahm Abschrift von dem, was ihm mitgetheilt wurde. Es war dies der zweite Theil des späteren Recesses im ersten Entwurf, worauf wir noch zurückkommen. Die deutschen Interessenten protestantischen Theiles erfuhren dadurch nur, welche Verbindlichkeiten den Alliirten gegenüber der Krone Frankreich auferlegt werden sollten.[2]

Als nun Otto bei dem Agenten Gravel sein Heil versuchte, um des ganzen Aufsatzes habhaft zu werden, damit man auch die Gegenleistungen Frankreichs kennen lerne, suchte sich dieser nach Möglichkeit zu entschuldigen, konnte und wollte aber nichts näheres mittheilen.[3] Am 13. April aber erschien Gravel seinerseits bei Otto, wobei er fallen ließ, daß nunmehr des Königs Resolution erfolgt wäre, ohne daß er jedoch genauere Angaben gemacht hatte.[4] Mittlerweile aber hatte schon Witte bei Boineburg den ganzen Aufsatz zu Gesicht bekommen und daraus die bisher fehlenden Bestimmungen ausgezogen, so daß nunmehr der ganze Entwurf zur Kenntniß der Invitirten vorlag. Aber auf direkte Mittheilung des Vertragsentwurfes seitens der Franzosen selbst mußten die Braunschweiger und Hessen noch lange vergebens warten. Selbst Boineburg theilte ihn auf amtlichem Wege den Invitirten erst Anfang Mai mit und noch dazu unter dem Eingeständnisse, daß er dies auf seine eigene Gefahr gegen das den Franzosen gegebene Versprechen thue.[5] Und gar erst einen ganzen Monat später, am 6. Juni hat

---

[1] Aktennotiz im kur-kölnischen Archiv. — Düsseldorf.

[2] Es ist der Receß von den Worten: Viceversa pollicentur an bis zu Ende. Die Braunschweiger theilten die Abschrift Canstein mit unter der Ueberschrift: Extractum ex articulis projectis inter ministros regis christianissimi et ill. Moguntinensis et Coloniensis; aber auch ihrerseits nicht vollständig, sondern nur, wie das Schriftstück in den Berliner Akten beweist, bis zu den Worten officia prompta in id adhibebunt, ut ejusmodi etc., während die Beilage zu Otto's Bericht vom 23. März (2. April) in den hannöverschen Akten vollständig ist. Boineburg entschuldigte sich, daß er nicht den ganzen Aufsatz mittheilen könne, weil er den Franzosen heilig habe versprechen müssen, damit zurückzuhalten, bis sie vom König weitere Resolution haben würden. — Hannover.

[3] Bericht Otto's vom 27. März (6. April). — Hannover.

[4] Bericht Otto's vom 6. (16.) April. — Hannover.

[5] Bericht Otto's vom 27. April (7. Mai). — Hannover.

Lionne für angemessen erachtet, den Entwurf den braunschweigischen Gesandten zu überreichen. Es waren darin die in Paris für gut befundenen Zusätze eingerückt und durch Unterstreichungen mit Röthel gekennzeichnet.[1]

Mit den Hessen wird man nicht glimpflicher verfahren sein. Dieser Herren einmal sicher, gab man sich wenig Mühe mit ihnen. Und doch war es auch wiederum nur ein Gebot der Klugheit, daß von französischer Seite möglichst lange das Geheimniß zu wahren gesucht wurde, so lange als die Verhältnisse am Wahltage sowohl wie die Beziehungen zwischen Schweden und Brandenburg noch nicht geklärt genug sich darstellten. Und gerade Brandenburgs halber wegen seiner immer inniger sich gestaltenden Beziehungen zum Hause Oesterreich hütete man wohl möglichst lange das Geheimniß und war dazu um so mehr gezwungen, als Canstein ja zur Theilnahme an den Allianzverhandlungen zugelassen war.[2] Und doch gelang es nicht, vor diesem alles verborgen zu halten.

Am 12. Januar 1658 hatte Canstein vom Kurfürsten Friedrich Wilhelm neue Weisungen für Frankfurt entgegengenommen. Am 22. war er dort wieder angelangt. Die zumal von Kur-Mainz sehnlichst erwartete Vollmacht zum Abschluß der Allianz hatte er nicht mitgebracht. Das Interesse des Kurfürsten hielt sich mehr der Wahlangelegenheit als dem Allianzprojekte zugewandt. Eine der ersten Fragen, welche Canstein beim Wiederzusammentreffen mit Johann Philipp von Mainz stellte, lautete, ob denn die Nachricht wahr wäre, mit welcher sich die französischen Gesandten an seines Herrn Hofe gebrüstet, daß die Krone Frankreich von vier Kurfürsten das Versprechen habe, daß sie ihr Ansuchen bei der bevorstehenden Kaiserwahl unterstützen würden. Der Mainzer versicherte, seinerseits an dergleichen niemals gedacht, geschweige denn ein solches Versprechen abgegeben zu haben.[3] Einen großen Eindruck machte auf Canstein die Spannung zwischen Kur-Mainz und den Franzosen. Jetzt werde Frankreich, meinte er, von diesem Kurfürsten wenig Gefälligkeiten mehr zu erwarten haben. Und noch, als bereits die Aussöhnung erfolgt war, glaubte er dem Mainzer allerhand Gefahren von den Franzosen prophezeien zu können. Zu den Braunschweigern äußerte er, das fürstliche Haus werde nunmehr wohl Bedenken tragen, die bewußte Allianz zu schließen, da man wegen eines oder des andern

---

[1] Bericht Otto's vom 29. Mai (8. Juni). — Hannover.

[2] Monate lang kannten nur Mainz und Köln den vollen Sachverhalt, sie allein betrieben in aller Stille das Werk mit den Franzosen und sind in der Geheimhaltung so gründlich verfahren, daß selbst das wenige, was vielleicht in dieser Sache schriftlich verhandelt wurde, aus den Archiven verschwunden ist.

[3] Nachricht Bispings vom 30. Januar 1658. — Münster.

unter den Unirten — Jene merkten wohl, daß darunter Mainz zu verstehen wäre — und seiner bisherigen Aktionen mit Frankreich Widerwärtigkeit und Unheil befahren könnte.[1]

Endlich begannen auch Canstein die Augen aufzugehen. Erst ganz zu Ende des Monats Februar wußte er dem Kurfürsten nach Berlin zu berichten, das Mainz sich sehr bemühe, die Franzosen mit in die Allianz zu ziehen: doch dünkte ihm zweifelhaft, ob eben alle übrigen Interessenten diesem Plane zustimmen möchten.[2] Wenige Tage später gab er genaueren Aufschluß mit der Meldung, daß Mainz und Köln die Franzosen für die Allianz zu gewinnen suchten unter dem Namen, soweit es die Defension des Reiches und die Observanz des Friedensschlusses angehe. Der Entwurf des Bundesvertrages wäre schon nach Paris geschickt, ohne daß jedoch hierüber irgend eine Mittheilung an Braunschweig und Hessen ergangen wäre. Letztere selbst schienen sich über den Fall noch gar nicht einig zu sein und wunderten sich, daß Mainz und Köln dieser Sache sich so allein annähmen.[3] Und wieder einige Tage später: Der Kurfürst von Mainz habe den um die Allianz in Berathung stehenden Gesandten nahegelegt, daß, weil man bei Brandenburg wenig Neigung zum Beitritt erblicke, sondern nur schwere Bedingungen von ihm vernehme und überhaupt kein Zweifel mehr bestehen könne, daß es mit Oesterreich bald nach der Kaiserwahl gegen Schweden wirklich in Krieg treten werde,[4] nichts mehr übrig bleibe, als daß die Andern unter sich ohne Brandenburg abschließen möchten. Weil sie aber allein nicht stark genug sein würden, solle man sich mit Frankreich etwas fester einlassen, die Schweden aber nur zu dem Ende mit einnehmen, damit sie gehindert würden, gegen einen oder den andern der Alliirten etwas zu versuchen. Für das Reich und die Alliirten selbst würde es freilich, so sollte Johann Philipp geäußert haben, besser sein, wenn der Kurfürst von Brandenburg beitreten würde, aber doch auch wieder nur, wenn er zugleich aus dem Kriege bliebe; da aber an beidem fast verzweifelt werden müßte, so könnte man eben nur bei

---

[1] Otto am 26. Januar (5. Februar). — Hannover.

[2] Bericht Canstein's vom 16. (26.) Februar. — Berlin. U. A. VIII, S. 541.

[3] Bericht Canstein's vom 20. Februar (2. März). — Berlin. U. A. VIII, 542.

[4] Am 9. Februar war allerdings das Off- und Defensivbündniß zwischen Oesterreich und Brandenburg geschlossen worden. Schon längst hatte man von den Verhandlungen geraunt. In Frankfurt verbreiteten die Franzosen den Klatsch, daß die alte Prinzeß von Oranien von den Spaniern gewisse Güter in Brabant mit jährlichen Einkünften von 40 000 fl. zum Geschenk erhalten habe, weshalb sie mit ihnen im besten Einvernehmen stände und durch ihre Tochter, die Kurfürstin von Brandenburg, deren Mann im spanisch-österreichischen Interesse beeinflußte.

Frankreich seine Rettung suchen: denn mit dem Hause Oesterreich sich zu setzen, sei noch bei weitem bedenklicher. Canstein wollte es übrigens scheinen, daß der Kurfürst von Mainz vor Frankreich und Oesterreich gleich viel Angst hege, weshalb er inständig darauf dringe, daß die Allianz noch vor der Kaiserwahl geschlossen werde, da er hoffe, auf der einen Seite damit Frankreich einige Genugthuung zu gewähren und auf der andern gegen Oesterreich einen Rücken zu gewinnen. Auch auf Wahrung seines Ansehens im Reich ziele das Allianzwerk ab. Frankreich sei diesem Plane, wie zu ermessen, aus vielen Ursachen geneigt. Zwar wisse es wohl, daß ihm die Allianz keinen besonderen Nutzen bringen werde, das sei auch gar nicht sein Zweck: doch werde es ihm genügen, wenn es dergestalt im Reiche bei so vielen Ständen Zuneigung für sich erlangen würde oder auch bloß nur das, daß sie ihm nicht entgegen wären. Auf diese Weise hoffe es gesichert zu werden, daß Oesterreich die Hülfe an Spanien gar nicht oder doch nicht so leicht mehr werde bewerkstelligen können. Mit Kur-Köln und Kur-Pfalz stehe Frankreich allem Anschein nach bereits im Bunde, wie versichert werde auch mit Württemberg, ganz zweifelsfrei desgleichen mit Neuburg; und andre Stände, weil sie Oesterreich fürchteten, Schweden nicht trauten und von Brandenburg keine Hülfe mehr erwarten zu dürfen vermeinten, würden dazu fast gedrungen. Kur-Mainz habe diese Sache im Vertrauen an einzelne Mitglieder der Fürstenbank gebracht. Die französischen Gesandten pflegten einen gar familiären Verkehr mit den Braunschweigern, Hessen und Württembergern. Die seien nicht abgeneigt, mit Frankreich zu schließen, und durch sie hoffe er, Canstein, in den Besitz des entworfenen Aufsatzes zu gelangen, der übrigens dem vereinbarten Bundesreceß der deutschen Interessenten fast gleich lauten solle. Aus alledem liege für den Kurfürsten Veranlassung vor, Verdacht zu schöpfen, einmal weil gerade sein Verhalten das einzige Hinderniß für die Allianz abgeben solle und dann, weil man hinter seinem Rücken verhandle. Dem ganzen Projekte gegenüber ständen dem Kurfürsten drei Wege offen: entweder das Werk zu hindern, oder mit beizutreten oder ein andres Bündniß zu machen.

Diesem ausführlichen Gutachten fügte Canstein am folgenden Tage noch die Nachricht hinzu, daß die Oesterreicher gar nicht wüßten, wie sie mit Mainz daran wären. Es habe ihren Argwohn erregt, daß Boineburg in den jüngsten Tagen bis um Mitternacht bei Lionne gewesen und der Kurfürst Johann Philipp, als sie am nächsten Tage zu ihm gekommen, ihnen gegenüber nicht das geringste hiervon habe berühren wollen. Weil neuerdings wieder schlechte Nachrichten aus Dänemark angelangt wären, sei wohl kaum zu zweifeln, daß Mainz und

die andern Geistlichen neben Braunschweig und Hessen sich mit Frankreich näher einlassen würden.[1]

Canstein versäumte es nicht, dem Kurfürsten von Mainz seiner Mißstimmung über diese Heimlichkeiten Ausdruck zu geben. Als dieser nämlich bei einer persönlichen Begegnung die Frage an ihn richtete, ob denn sein Herr noch keine näheren Befehle zum Abschluß der Allianz ertheilt hätte, bemerkte Canstein: das könnte vielleicht schon der Fall sein; weil ihm aber von einer andern Allianz zu Ohren gekommen, die man jetzt mit Frankreich und Andren vorhätte, wovon man jedoch mit ihm, dem Vertreter eines Mitinteressirten nichts geredet, so müsse er Bedenken tragen, sich auch wegen der andern Allianz herauszulassen, da er so nicht wissen könne, ob man dieselbe noch fortsetzen wolle oder nicht. Darauf versicherte Johann Philipp, daß man mit den Franzosen kein besonderes Bündniß vorhabe, sondern daß alles, was hierin bisher vorgegangen wäre, nur ihre Aufnahme in die bewußte Allianz und deren Modalitäten betreffe. Hauptsächliches sei überhaupt noch nicht verhandelt worden, sonst würde man schon mit dem Kurfürsten von Brandenburg sich darüber benommen haben. Canstein gab sich zufrieden, als ob ihm diese Auskunft genüge. Er wußte nun, daß der Plan thatsächlich bestehe. Beim Hinausgehen traf er im Vorzimmer den Obermarschall v. Boineburg, der sich so weit bloßgab, daß er eingestand, man habe nur deshalb Bedenken tragen müssen, sich zu offenbaren, weil der Bericht vom Abschlusse eines Off- und Defensivbündnisses zwischen Oesterreich und Brandenburg als gewiß eingetroffen wäre. Da man jetzt aber Nachricht habe, daß dieser Bund nur defensive Zwecke verfolge, könnten beide Allianzen gar wohl nebeneinander bestehen. Canstein schützte Mangel an genügenden Informationen vor und schied mit der Versicherung der vollsten Friedensliebe seines Herrn.[2]

Ausführliche Unterweisungen über das französische Projekt suchte Canstein bei Otto, der auch nur mittheilen konnte, was ihm bekannt war, und das war nicht eben viel. Wohl, um ihn bei gutem Willen zu erhalten, bemerkte Canstein zu ihm, daß dies Dinge wären, die sich noch wohl verwirklichen ließen, zumal da sein Kurfürst und Herr ohnehin gleichfalls mit Frankreich in gutem Einvernehmen stände.[3] Endlich glückte es ihm auch, einen Einblick in den Entwurf des französischen Recesses zu gewinnen, eine Abschrift zu nehmen gestattete man ihm mit

[1] Bericht Canstein's vom 26. Februar (8. März). — Berlin. U. A. VIII. S. 542 ff. und 483/84. Eine Beilage verzeichnet die Bedingungen der Allianz mit Frankreich, ganz wie sie Boineburg den Braunschweigern auseinandergesetzt hatte.

[2] Bericht Canstein's vom 2. (12.) März. — Berlin. U. A. VIII, S. 545.

[3] Bericht Otto's vom 27. Februar (9. März). — Hannover.

nichten. So war er darauf angewiesen, dem Kurfürsten aus dem Gedächtniß zu berichten, daß der Inhalt mit den von ihm bereits übersandten Punkten so ziemlich übereinstimme, nur daß man jetzt eine Bestimmung ausgelassen habe, wonach Frankreich hatte erlaubt sein sollen, die österreichischen Sukkurssendungen nach den spanischen Niederlanden in den Gebieten der deutschen Alliirten zu verhindern. Und wiederum hatte man mainzischerseits zu verstehen gegeben, daß vom Kurfürsten Friedrich Wilhelm ungeachtet seines Bündnisses mit Oesterreich, falls dasselbe nur ein defensives wäre, wo nicht diese Allianz mit den Franzosen so doch die andere mit den deutschen Ständen längst abgehandelte geschlossen werden könnte.[1]

Als er so festeren Boden unter den Füßen fühlte, war es Canstein nunmehr möglich, den Franzosen selbst fester in die Augen zu sehen. Zu Gravel bemerkte er fast gereizten Tones, daß er hier erfahren müßte, wie man sich mit Anderen einzulassen und sonderbare Bündnisse zu machen suche, wohinter, weil man es ohne Vorwissen seines Herrn gethan, doch wohl etwas zu dessen Nachtheil verborgen liegen müsse. Gravel betheuerte mit unschuldiger Miene, daß es sich einfach um die Aufnahme Frankreichs in die andere bewußte Allianz handele. Auf Cansteins Drängen gab er jedoch zu, daß auch noch mehr dahinter verborgen sein könnte.[2]

Der Bescheid des Kurfürsten Friedrich Wilhelm auf diese verschiedenen Berichte Cansteins lautete, daß es befremdlich sei, wenn ihm, der er doch mit Frankreich in engerem Bunde stehe, weder von diesem noch von den anderen Ständen irgend eine Nachricht von diesen Vorgängen geworden sei; im übrigen könne er bei den von Canstein ihm übersandten Punkten einstweilen noch nichts bedenkliches finden und deshalb wohl geschehen lassen, daß Frankreich auf solchen Grundlagen mit aufgenommen werde. Jedenfalls erwarte er weitere Berichte.[3]

---

[1] Bericht Canstein's vom 6. (16.) März. — Berlin, nicht in U. A. Canstein bemerkt dazu: Ob aber Oesterreich dieses Bündniß mit Frankreich wohl aufnehmen wird, muß ich zweifeln, und ist daher zu verwundern, daß Oesterreich doch sich so fest Mainz will versichert wissen, da doch derselbige von diesem allem Autor ist, er auch noch bis diese Stunde die Sache mit der Kapitulation treibt.

[2] Ein zweiter Bericht Canstein's vom 6. (16.) März. — Berlin. U. A. VIII, S. 546. Es heißt darin auch: Die französischen Ambassadeurs baten, ich möchte E. K. D. hinterbringen, daß ihr König auf Niemand im Reich mehr als auf E. K. D. sehe, und also E. K. D. Sich versehen sollte, daß dieselbe Ihre Defension und Erhaltung sich so lieb als ihre eigene sein ließen, wenn E. K. D. nur auch zu einem gleichmäßigen Sich geneigt erweisen wollten.

[3] Erlaß des Kurfürsten vom 16. (26.) März. — Berlin. Inhaltsangabe in U. A. VIII, S. 546.

Friedrich Wilhelm also sah in der auffälligen Nichtachtung seiner Person wie seines Vertreters bei dieser Veranlassung noch keinen Grund, die Verhandlungen abzubrechen, die Aufnahme Frankreichs an und für sich schien ebensowenig einen solchen Fall herbeiführen zu können. War es doch lediglich die Beziehung zu Schweden und die dadurch bedingte Annäherung an Oesterreich, welche die Haltung des Kurfürsten in dieser Frage bestimmten.

Nach solchen Weisungen wurde auch Canstein gefaßten Sinnes trotz der Fortdauer dieser Heimlichkeiten. Er konnte oder wollte nicht glauben, daß man ohne seinen Herrn etwas gewisses schließen werde.[1]

Die schwedischen Gesandten Björnklou und Snoilsky dürften wohl weniger Grund zur Klage über Heimlichkeiten gehabt haben, wenigstens wohl kaum den Franzosen gegenüber. Obschon König Karl Gustav noch wenig Neigung zu wirklichem Abschluß der Allianz merken ließ, da ihm seitens der deutschen Stände das für ihn so wichtige Zugeständniß unbedingter Bundeshülfe für jeden Fall noch immer versagt wurde. Selbst Mazarin schien Bedenken gegen eine Vertiefung in die kriegerischen Pläne des Schwedenkönigs zu hegen und wich dessen Drängen auf ein entschlossenes Losgehen gegen Oesterreich aus.[2] Die beiderseitigen Gesandten in Frankfurt blieben aber allezeit in vertraulichem Verkehr und wußten die Schweden Bescheid von den Verhandlungen der Franzosen mit Mainz und Köln. War doch Björnklou der Erste gewesen, der darüber den braunschweigischen Gesandten ein Licht aufgesteckt und ihnen den Besuch der Franzosen in Aussicht gestellt hatte.[3] Die von Dörnberg den Braunschweigern gemachte Eröffnung, daß die Schweden von dem französischen Projekt erst erfahren hätten, als der Aufsatz dem König von Frankreich zugesendet worden wäre, beruhte wohl auf falschen Angaben.[4] Wie reimte sich das wohl mit dem Gerüchte, daß mit Anfang des Jahres 1658 den Schweden „abermals" 200 000 Thaler durch frankfurter Handelshäuser (auf Veranlassung Frankreichs) ausbezahlt worden wären?[5]

Zeitweilig jedoch traten auch wohl Trübungen des guten Verhältnisses der Schweden zu den Franzosen ein, wie beispielsweise um Anfang März, wo Schweden Nachrichten haben wollte, als wenn die Krone Frankreich in Verhandlungen mit Spanien wegen eines Friedens stände, und sodann wegen der Weigerung Frankreichs, ein früheres

---

[1] Bericht Canstein's vom 30. März (9. April). — Berlin. U. A. VIII, S. 548.
[2] Siehe Chéruel III, S. 122 ff. und Säve S. 94.
[3] Otto am 1. (11.) Februar. — Hannover.
[4] Otto am 13. (23.) Februar. — Hannover.
[5] Otto a. a. O. und Bisping am 6. Januar. — Hannover und Münster.

Sonderbündniß mit Schweden formell zu erneuern.[1] Doch bald einigte beide Theile der gemeinsame Gegensatz gegen das verhaßte Haus Oesterreich und Mitte März wollte man in Frankfurt schon wiederum von 500 000 Thaler und mehr wissen, welche hier auf französische Anweisung zur Auszahlung an Schweden gelangt wären.[2]

Gegenüber den kaltsinnigen katholischen Genossen von der kölnischen Liga beobachteten Mainz und Köln die gleiche Heimlichkeit wegen des französischen Projektes wie gegenüber den Protestanten. Der Pfalzgraf zwar, schon längst mit derartigen Plänen vertraut und neuerdings wieder in der Wahlfrage von Frankreich persönlich vorgeschoben, wird nicht leicht übersehen worden sein.[3]

Aber Kur-Trier und Münster hielt man wohl absichtlich im Dunkel. Karl Kaspar war durch seine Hinneigung zu den Oesterreichern und das Ausweichen gegenüber allen den glänzenden Verheißungen mit Recht den Franzosen verdächtig. Man befürchtete Verrath von seiner Seite. In der Frage der Wahlkapitulation waren Mainz und namentlich Köln ganz auf Seiten der Franzosen, Trier nicht oder doch wenigstens mehr als zweideutig. Um die Lage ihm gegenüber zu klären, stellten Gramont und Lionne der kur-trierischen Gesandtschaft in Frankfurt die Proposition: Frankreich müsse wissen, wer sein rechter Freund oder Feind sei, und werde nur Diejenigen für wahre Freunde halten, welche in der That die Genugthuung für die von Oesterreich so vielfältig begangenen Kontraventionen gegen den westphälischen Frieden zuwege bringen würden. Daher möge der Kurfürst sich hierüber unter Hand und Riegel erklären

---

[1] Ueber letzteren Punkt siehe besonders die Säve'sche Arbeit.

[2] Bericht Canstein's vom 6. (16.) März. — Berlin. U. A. VIII, S. 546.

[3] Bericht Gise's (theilweise chiffrirt) an den Pfalzgrafen vom 2. Mai 1658: Gise hat in regem Verkehr mit Lionne gestanden, der ihm erzählt hat, daß Björnklou nach mit ihm getroffener Abrede übernommen hätte, mit dem sächsischen Minister von Rechberg zu unterhandeln und demselben 50 000 Thlr. von Frankreich zu versprechen, falls der Kurfürst von Sachsen seine Wahlstimme dem Pfalzgrafen gebe. Auch Franz Egon von Fürstenberg hatte in Beisein Boineburg's zu Gise bemerkt, daß ihm die kur-pfälzischen Gesandten bedeutet hätten, es dürfte noch endlich die Krone auf den Pfalzgrafen kommen, und Boineburg hatte dies mit der Bemerkung bestätigt, daß er dann gern Vicekanzler werden wolle. Und Lionne wieder hatte zu Gise geäußert, er hätte Boineburg gefragt, ob der Pfalzgraf Kaiser sein könnte, falls Sachsen oder Brandenburg zu gewinnen wäre, worauf dieser sich in bester Manier erklärt hätte. Gise verhält sich zwar all diesem gegenüber mit vollem Recht sehr skeptisch: doch berichtet er wiederum mit wahrem Wohlbehagen über jede auf die Kandidatur seines Herrn bezügliche Aeußerung, die er vernommen, so z. B. wenn Egon Fürstenberg ihm erzählt, daß (der alte kur-kölnische, von den Fürstenberg's verdrängte Kanzler) Buschmann erbleiche, wenn man ihm von der Wahl des Pfalzgrafen spreche, was aber nichts zu bedeuten habe, da er nichts mehr vermöge. — Düsseldorf.

d. h. eine feierliche, bindende Zusage ertheilen, daß er die Wahlkapitulation nach den Wünschen Frankreichs mit einrichten helfen werde.[1]

Von der Leyen und Anethan erachteten diese Forderung für so wichtig, daß sie dieselbe nicht nur ihrem Herrn sondern auch dem Kurfürstenkolleg unterbreiten wollten. Am 18. Februar 1658 erschien beim Kurfürsten in Koblenz der Agent Gravel und überreichte am nächsten Morgen bei der Audienz die schriftliche Proposition:[2] Da die Gesandten der Krone auf ihre den Vertretern des Kurfürsten zu Frankfurt vorgelegte Frage noch keine Antwort hätten, habe Seine Majestät sie neuerdings befehligt, ihn darüber nicht länger in Zweifel zu lassen, was er sich von jedem der geistlichen Kurfürsten versprechen dürfe, um darauf seine Beschlüsse und Maßnahmen zu gründen. Die Gesandtschaft bitte daher durch Gravel respektvollst den Kurfürsten, durch ein Wort von seiner Hand, welches sie dem König schicken könnten, sie wissen zu lassen, welche Beweise von Gerechtigkeit und Freundschaft für den König er bei diesen Umständen geben wollte, und wollte man nicht bezweifeln, daß dieselben seiner Klugheit würdig sein und dem Eifer entsprechen würden, welchen S. Kfl. Gnaden stets für das Wohl und die Ruhe des Reiches bezeugt hätten.

Sehr gemessen lautete die Antwort des Kurfürsten. Er an seinem Theile wäre geneigt, für genaueste und feste Beobachtung der Bestimmungen des westphälischen Friedens einzutreten im Interesse und zur Zufriedenheit des Königs von Frankreich. Doch werde man hoffentlich nicht sonderbar finden, wenn er für den Augenblick sich hierein nicht vertiefe, bis er sich über die Angelegenheit mit seinen Mitkurfürsten benommen hätte und über deren Absichten unterrichtet wäre.[3]

Dieser Bescheid war denn doch wohl nichts anderes als eine Niederlage für die Franzosen. Grund genug für diese zur Fernhaltung der trierischen Staatsmänner von den Unterhandlungen um ihr Allianzprojekt. Aber auch der Bischof von Münster gab Veranlassung zu Argwohn. Schon um's Ende des Jahres 1657 hatte Korff-Schmising vor dem wolfenbüttelschen Gesandten Heyland gewissen Anschauungen seines Herrn Ausdruck verliehen, welche wenig Einklang mit den Zwecken und Zielen der übrigen am Allianzwerk Betheiligten verriethen.[4] Auch erregte wohl der rege Verkehr, den Bisping in Frank-

[1] Nachricht Bispings vom 6. Februar 1658. — Münster. Vgl. Heide, S. 49.

[2] Bericht des gleichzeitig in Koblenz anwesenden Neuburgischen Kanzlers Winkelhausen vom 22. Februar.

[3] Die beiden Erklärungen liegen dem angeführten Berichte Winkelhausens bei.

[4] Kurfürst von Köln an Aldenhoven vom 2. Januar 1658: Wegen des Berichtes des v. Schmising an Dr. Heyland wegen der Intention seines Herrn beim

furt mit der österreichischen Gesandtschaft unterhielt, bei den Alliirten Mißtrauen.[1] Man wird ihn also nicht allzufrüh von dem französischen Projekte in Kenntniß gesetzt haben. Die erste Meldung davon an den Bischof erfolgte denn auch nur gerüchtweise.[2] Kurze Zeit darauf wurde Bisping abberufen; am 3. März reiste er ab, nachdem zum Ersatz am 27. Februar der Domkustos Schmising, ein alter redlicher Herr, angelangt war. Gleich das erste, was dieser melden konnte war ein Gespräch mit Boineburg, welcher versichert hatte, daß zwar der ungarische König die römische Krone haben, man ihm aber durch gemachte Bündnisse die Hände so binden werde, daß er wenig aus dem Reiche zu fremder Mächte Hülfe zu erwarten haben dürfte. Man ziele daraufhin, Frankreich in diese Allianz mit aufzunehmen, wie denn die Verhandlungen um dieselbe wohl baldigst wieder aufgenommen werden sollten.[3] Näheres über das französische Projekt theilten ihm jedoch ebensowenig Boineburg als der Kurfürst von Mainz oder die Kölnischen mit. Am allerwenigsten die letzteren, welche ja, wie wir gesehen, dem münsterischen Kabinette unangenehme Dinge zu hören gaben und nicht gerade große Bereitwilligkeit zur Hülfeleistung gegen die widerspänstigen Landstände spüren ließen. Doch deutete wenigstens Johann Philipp von Mainz, der sich auch in letzterer Frage wohlwollend erwies, an, daß nur bei Schweden und Frankreich das Heil des Bischofs gegen die Holländer beruhen werde, während Schmising bei Oesterreich den Eindruck gewann, daß „es nicht anbeißen würde".[4] Denn bei diesem Hülfe in seiner Verlegenheit zu suchen, hatte neuerdings der Bischof die Absicht gefaßt.

Allianzwerk befremdet uns solche Resolution um so viel mehr, weil der Bischof von Münster vor Andern auf Bewerkstelligung der Allianz zu Anfang am meisten gedrungen, und wird die Zeit eröffnen, wann er bei dieser Meinung verharren sollte, was für Vortheil und Nutzen dadurch ihm und seinen Landen werde geschafft sein. — Düsseldorf. Der hier in Betracht kommende Bericht Aldenhovens leider nicht bei den Akten, ebensowenig das Schreiben Schmisings, noch eine schriftliche Aeußerung Heyland's in den hannöverischen Akten.

[1] Zu den bereits mehrfach angegebenen Beispielen noch eines: Bisping theilt am 9. Januar dem Bischof mit, daß er auf morgen vom Fürsten Lobkowitz und heute vom Fürsten Kolowrat zur Tafel geladen sei; er werde sich bemühen, mit den böhmischen Gesandten gute Korrespondenz zu halten. — Münster.

[2] Am 20. Februar: Die schwedischen Progressen in Fünen werden ein und anders sehr maturiren, maßen dann auch zu vernehmen ist, daß es bei Einnehmung der Krone Schweden zu den Allianztraktaten nicht verbleiben, sondern noch Mehrere als Frankreich, Württemberg, Darmstadt und Andere admittirt werden und solches vielleicht bereits hin und wieder inkaminirt sein möchte, so die Zeit eröffnen wird. — Münster.

[3] Bericht Schmisings vom 28. Februar 1658. — Münster.

[4] Bericht Schmisings vom 20. März. — Münster.

Er versprach sich offenbar von einem Kaiser aus dem Hause Oesterreich, vielleicht sogar von den Spaniern, den alten Feinden der Niederländer, kräftigeren Beistand als von der ganzen rheinischen Allianz, den Schweden, die er fürchtete und mit Argwohn betrachtete, sowie auch den Franzosen. In dem Augenblick, wo die Wahrscheinlichkeit einer österreichischen Kaiserwahl sich nicht mehr bestreiten ließ, entschloß der gewandte Bischof sich zu einer Schwenkung von den alten Genossen hinweg zu der österreichischen Partei: daher auch die Verlautbarung des Wunsches nach Herbeiziehung des Brandenburgers zur Allianz. Die Angelegenheit ist wohl sehr insgeheim betrieben worden; von den Verhandlungen selbst mit den Oesterreichern gewährt kein aktenmäßiges Material einen schlagenden Beweis. Es scheint nicht, als wenn Schmising in Frankfurt dafür verwendet worden wäre, sondern erfolgten wohl die Besprechungen, soweit überhaupt welche stattfanden, am Hofe des Bischofs selbst. Die Thatsache des Systemwechsels ist jedoch unbestreitbar und wird durch die weitere Haltung des Bischofs zur Genüge ersichtlich werden.

Nicht als ob Christoph Bernard eine Abneigung an und für sich zur Vollziehung der vom Mainzer geplanten Allianz überhaupt empfunden hätte. Eine starke Mittelpartei im Reiche war ihm wohl ganz erwünscht und genehm im selbstischen Interesse als Rückhalt für seine gewaltthätigen Pläne gegen die trotzige Stadt und seine unbotmäßigen Stände sowie als Schutz gegen die befürchtete Einmischung der General-Staaten, mit welchen neuerdings sogar ein Bündniß einzugehen die Stadt Münster nicht übel Lust zur Schau trug. Daher ließ er durch Bisping und nach dessen Abberufung durch Schmising das Allianzwerk weiterhin mitbetreiben unter mehrfacher ausdrücklicher Anweisung seines Vertreters, hierin in voller Uebereinstimmung mit dem kur-mainzischen Kabinette vorzugehen.[1]

Schmising, welcher zu seinem eigenen Bedauern bald bemerkte, daß mit dieser Anschauung seines Herrn dessen immer reger werdende Neigung zu engerem Anschlusse an Oesterreich und Abneigung gegen jede Annäherung an die Kronen Schweden und Frankreich in Konflikt gerathen würde, nahm einmal Gelegenheit, beim Kurfürsten von Mainz die Unlust des Bischofs zum Abschlusse mit Schweden — Frankreich nannte er nicht — und seine Scheu vor einer Beleidigung Oesterreichs anzudeuten. Johann Philipp wurde Feuer und Flamme. Vor allen Dingen, rief er, darf man die Schweden nicht offendiren, gerade sie muß man durchaus mit einnehmen. Den Oesterreichern wird das freilich nicht gefallen;

---

[1] Erlasse an Schmising vom 23. und 26. März, 15. April und 17. Mai 1658. — Münster.

man muß sie aber mehr timore als amore gewinnen. Das wahre Interesse des Bischofs, meinte er, erfordere, daß er sich am Reiche und bei dessen Ständen halte; bei denen werde er den besten Schutz finden, denn sie würden den zukünftigen Kaiser schon anhalten, daß dem Bischof mit der Stadt Münster sein Recht widerfahre.[1]

Die Abmahnung des Kurfürsten von Mainz und das eigene Gefühl von der Unzulänglichkeit des Wohlwollens der österreichischen Partei hielten jedoch Schmising nicht ab, mit deren Vertretern sich gleich Bisping auf guten Fuß zu stellen. Doch geschah es allerdings erst auf besondere Anweisung des Bischofs, daß er in den letzten Märztagen sich zu dem österreichischen Minister Grafen Schwarzenberg begab, um denselben als einen Mitstand des westphälischen Kreises[2] um seinen Rath und Meinung zu befragen, was der Bischof in seinem Streite mit der Stadt Münster thun solle, da ihm dieser im Hinblick auf eine mögliche Einmischung der Holländer immer beschwerlicher falle. Geschmeichelt drückte Schwarzenberg sein Bedauern aus über die unangenehme Lage des Bischofs, anerkannte die Gefahr und erbot sich freundlichst zu Rath und That. Doch bemerkte er gleich, daß sich vor der Wahl nicht viel werde thun lassen. Der Bischof möge unterdessen nur sich tapfer bei seinen Rechten behaupten. Indessen glaubte der Graf die Auswirkung eines Abmahnungschreibens des Königs Leopold an die General-Staaten oder eines Fürschreibens an Gamarra den spanischen Gesandten im Haag oder eines solchen von der hier in Frankfurt anwesenden spanischen Gesandt-

---

[1] Undatirter Bericht Schmisings, doch wohl aus dem März 1658. — Münster. Schmising selbst stimmte dem Kurfürsten bei; er bemerkte zum Bischof: „Nun halte ich auch wohl dafür, daß, wenn das Haus Oesterreich und dero Ministri nicht gezwungen werden, J. H. G. zu helfen, sie es niemalen aus freien Stücken thuen werden, es mögen Andere der Meinung sein wie sie wollen." Freilich dürfe man aber auch Oesterreich nicht disgustiren. Es werde auch nicht das Herz haben, dem Bischof etwas zuwider zu thun. „Sie karessiren uns, weil sie merken, daß die Allianz noch nicht fertig; sie meinen aber, man solle sich ihnen unterwerfen, welches des Kurfürsten von Mainz Meinung durchaus nicht ist. Ich halte das beste zu sein, sich beim Reich zu halten und gleichwohl das Haus Oesterreich nicht zu offendiren".

[2] Graf Johann Adolf von Schwarzenberg, Sohn des bekannten vormaligen kur-brandenburgischen Kabinetsministers, war angesessen im westphälischen Kreise wegen der durch Heirath von der Familie v. Harff an die Schwarzenbergs gekommenen Herrschaft Gimborn-Neustadt, eines Lehens der alten Grafschaft Mark. Doch gelangte erst 1682 der Graf nach öfterem vergeblichen Ansuchen wirklich zu Sitz und Stimme auf dem Kreistage. Die Berufung des Bischofs von Münster auf die Standschaft des Grafen im Kreise war also ein wohlberechneter Schmeichelakt, indem er zugestand, was die andern Kreisgenossen noch versagten. Ein die Neigung des Bischofs zur Annäherung an Oesterreich trefflich kennzeichnender Zug. Zur Sache siehe H. Berghaus, Deutschland vor 100 Jahren. I, S. 438/39.

schaft in Aussicht stellen zu können. Sehr fein knüpfte der Oesterreicher hieran die Frage, was denn der Kurfürst von Mainz hierzu sage und ob die Allianz, die man habe, etwa nicht helfen könnte? Verlegen entgegnete der ehrliche Schmising, daß sein Herr dem Kurfürsten auf's höchste zum Danke verpflichtet sei und die Allianz auch weiter das ihrige thun werde. Wenn aber Holland sich mit Kriegsmacht der Stadt annehmen würde, sei zu besorgen, daß die Funken dieser Flamme sich über das ganze Reich ausbreiten und alsdann die Alliirten allein dieselben abzuwehren nicht vermögen würden. Der Bischof würde dann bei Mächtigeren Hülfe anzurufen genöthigt werden und bitte daher ihn, den Grafen, dabei ihm an Hand gehen zu wollen. Die Abmahnungschreiben würden sehr willkommen sein: doch sei zu befürchten, daß Gamarra dem Bischof nicht hold sei. Schwarzenberg bemerkte hierzu, daß der Gesandte wenig Grund dazu haben möchte; Schmising möge nur den Grafen Peneranda, Gesandten Spaniens zu Frankfurt, um die Schreiben ersuchen, er zweifle nicht, daß er sie erhalten und dieselben auch eine gute Wirkung haben würden.[1]

Schmising kam diesem Rathschlage baldigst nach. Schon am 5. April wußte er zu melden, daß Peneranda sich bereit erklärt habe, bei Don Juan d'Austria sich verwenden zu wollen — Schmising schreibt „den Befehl zu erlassen" —, daß er den General-Staaten von allzuheftiger Parteinahme für die Stadt Münster abrathe.[2]

Selbst bis in das eigentliche Kabinet des Königs Leopold drang Schmising vor. Er unterbreitete dem Oberhofmeister Grafen Porzia die Bitte, seinen königlichen Herrn zu bestimmen, daß er nach erlangter kaiserlicher Würde dem münsterischen Unwesen abhelfen möge. Porzia gab eine wohlwollende, aber zu nichts verpflichtende Antwort.[3]

Am 8. April geruhte König Leopold selbst, Schmising eine Audienz zu ertheilen, in welcher er aus dessen Hand eine Klageschrift des Bischofs gegen die Stadt Münster entgegennahm. Hierbei erklärte er mit gnädigen Worten, daß er die Eingabe in reifliche Erwägung nehmen und nachsinnen lassen werde, wie dem Unheile vorzubeugen sein möchte.[4]

Schmising war mit nichten zufrieden über diese Erfolge seiner Bemühungen. Peneranda's Resolution fand er schlecht und schläfrig.[5] Ja, dünkte ihm doch, als wenn es die Spanier wären, welche die

---

[1] Bericht Schmisings vom 1. April. — Münster.

[2] Bericht Schmisings vom 5. April. — Münster.

[3] Bericht Schmisings vom 6. April. — Münster.

[4] Bericht Schmisings vom 10. April. — Münster.

[5] Der Botschafter hatte bemerkt: Non vogliamo guerra con gli Hollandesi, sono troppo nostri buoni amici. Er habe Mitleid mit der Stadt Münster, die gar

Holländer zur Hülfeleistung an die Stadt Münster verleitet hätten. Es würde sich lohnen, meinte er, zu erfahren, wie Gamarra die Sache im Haag betrieben haben möchte.[1]

Mannhafter und bundesfreundlich dagegen lautete der Rath der Kurfürsten von Trier und Mainz, welchen sie durch Boineburg dem Bischof ertheilen ließen, daß er der ungehorsamen Stadt die Verhandlungen mit den General-Staaten unter Androhung des Verlustes aller Privilegien untersagen möge.[2]

Nur daß freilich dem Bischof damit eben nicht viel geholfen war. Gerade in diesen Tagen wurde nun die alte kölnische Allianz auf drei neue Jahre verlängert. Der Kurfürst von Mainz wurde bei dieser Gelegenheit nicht müde, dem Vertreter des Bischofs die besten Versicherungen seiner Hülfbereitschaft zu ertheilen. Er rieth auch, von neuem den Obersten Wilich nach dem Haag zu entsenden und durch ihn die Holländer unter Hinweis auf die gewisse Unterstützung der Allianz von der Hülfeleistung an die Stadt Münster abmahnen zu lassen. Ferner mußte auf seinen Rath — denn es lag ihm alles daran, den Absprung Münsters zu der österreichischen Partei zu hintertreiben — Schmising den Franzosen seine Aufwartung abstatten, wobei dieser offen und ohne Umschweife, wie es in seiner Art lag, die Frage stellte, ob Frankreich seinem Herrn beistehen wolle, falls ihn die Holländer wegen der Stadt Münster angreifen würden. Lionne, jedenfalls vorbereitet, bemerkte in seiner geriebenen Manier, der Bischof müßte schon längst Herr der Stadt sein, wenn nicht die Eifersucht der Spanier und der schlechte Rath des Hauses Oesterreich Frankreich an der Erreichung dieses Zieles gehindert hätten. Der Kurfürst von Mainz würde in der Lage sein, hierüber weitere Aufklärung zu geben. Man thue diesem bitter Unrecht. Falls nun, so lautete sein direkter Bescheid, der Bischof die Bestimmungen des Friedensinstrumentes beobachten und dem König von Frankreich die gleichen Versprechen wie die übrigen vereinigten Kurfürsten geben wolle, dann könne er, Lionne, ihm jeden Beistand des Königs mit allen seinen Verbündeten zusichern. Weiteres werde er eröffnen, wenn er auf seinen Bericht vom König beschieden sein werde.[3]

übel vom Bischof traktirt worden. Wahrhaftig, sagte er, die Münsterischen sind gute Katholiken, aufrichtige Leute, die ich liebe; oportet conservare civitatem .... Das beste Mittel aber ist, wenn Ihr Kur-Mainz sagt, daß er einen Kaiser mache; dann habt Ihr wieder ein Oberhaupt, der Euch und Andern helfen kann.

[1] Undatirter Bericht etwa vom 6. April. — Münster.

[2] Bericht Schmisings vom 3. April. — Münster.

[3] In dem angeführten undatirten Bericht Schmisings etwa vom 6. April. — Münster.

Also auch hier das Verlangen nach bindender Verpflichtung zum Beistande für Frankreich gegen alle Versuche Oesterreichs zu weiteren Uebertretungen des Friedensinstrumentes, zur Gefolgschaft für Frankreich gegen Oesterreich und das zukünftige Reichsoberhaupt. Zu so weit gehenden Zugeständnissen war aber Christoph Bernard keineswegs geneigt. Er durfte nicht wagen, Oesterreich zu beleidigen, wenn er es auch sonst wohl getrost gewollt hätte. Deshalb scheint auch Schmising niemals offenen Bescheid auf seinen Bericht über die Aeußerungen Lionne's erhalten zu haben. Ja, es fällt auf, daß weitere persönliche Begegnungen Schmisings mit den Franzosen nicht mehr stattfanden, obschon derselbe nach dem Gespräche mit Lionne dem Bischof eine Anlehnung an Frankreich lebhaft anempfohlen hatte, weil kein Potentat nach seinem und andrer Leute Dafürhalten den Holländern formidabler sein würde. Mit Frankreich und Schweden zu schließen, war eben dem Bischof ein unleidlicher Gedanke, während er mit Braunschweig und Brandenburg nicht ungern sich verbunden haben würde. Denn die braunschweigischen Gesandten versicherten ihn wiederholt der Hülfe ihres Hauses gegen die Holländer, und Brandenburg gefiel ihm wegen seiner zunehmenden Spannung mit den Schweden täglich mehr,[1] während es zugleich wegen seiner Beziehungen zu den Niederlanden von unberechenbarem Vortheile sein konnte. Je mehr aber Brandenburg sich von den Allianzverhandlungen zurückzog, desto lebhafter drängte sich Schweden zu denselben, und so dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir unversehens auch dem Vertreter des letzteren, Snoilsky, bei Schmising begegnen. Er kam, um sich bei diesem zu aller Freundschaft, Hülfe und sonst allem anzubieten, was der Bischof nur verlangen könne. Nichts, so bemerkte er, wünsche er mehr als schleunigste Fortsetzung der Allianzverhandlungen, König Karl Gustav suche nichts weiter als Frieden und Einigkeit und hoffe man auch die Schwierigkeit mit Brandenburg aus dem Wege räumen zu können.[2] Bei einer andern Begegnung äußerte Snoilsky sich weiterhin: Es werde nunmehr im Reiche eine solche Metamorphose geben, daß leider gegen den Willen seines Königs der Krieg auf des Reiches Boden erwachsen würde. Der Kurfürst von Brandenburg wolle sich weder Fisch noch Fleisch erklären. Warum fahre man da mit den Allianzverhandlungen nicht besser fort? Schweden habe ja wenig Nutzen davon und dennoch solle bei ihm nicht

---

[1] Berichte Schmisings vom 7. und 13. April lassen erkennen, daß die Braunschweiger, besonders Heyland, sich sehr ermunternd gegen diesen äußerten. Aus vielen Andeutungen Schmisings geht ferner hervor, daß der Bischof wiederholt ausgedrückt hat, daß er den Abschluß eines Bündnisses mit Brandenburg wie mit Braunschweig gern sehe, während seine Scheu vor den Schweden unüberwunden fortdauerte.

[2] Bericht Schmising's vom 16. April 1658. — Münster.

die geringste Schwierigkeit befunden werden. Man müsse sehen, wie der Friede im Reiche erhalten werden und man den Holländern ein wenig die Finger beschneiden könne, und dazu wollten sie, die Schweden, wohl genügend behülflich sein.[1] Schmising aber traute derartigen Versicherungen wenig, doch auch den Oesterreichern nicht eben mehr,[2] während Christoph Bernard selbst immer flotter in deren Fahrwasser hineinsegelte. Die Oesterreicher, welche wohl aus dem Auftreten Schmisings abnehmen zu können glaubten, daß der Bischof ihnen abwendig werden könne, entschlossen sich, da ihnen jede Schwächung des rheinbündischen Ringes vortheilhaft dünkte, beim Bischof selbst ihren Hebel anzusetzen — durch die Spanier. Peneranda hat von Frankfurt aus dem Statthalter Don Juan d'Austria Anweisung ertheilt, sich in Beziehungen zum Bischof zu setzen. Derselbe hat darauf ganz insgeheim einen Geschäftsträger an den münsterischen Hof entsendet, welcher unter dem Vorwande des Verlangens nach freier Werbung für die spanische Armee in den bischöflichen Landen, wofür er eine bedeutende Summe bot,[3] eine engere Anlehnung des Bischofs an die Interessen des Hauses Oesterreich betreiben sollte.

Am 28. April begegnen wir Schmising in dieser Angelegenheit verhandelnd beim Grafen Peneranda, welchem er im Auftrage seines Herrn zu eröffnen hatte, daß derselbe wegen dieser Werbeangelegenheit allen guten Willen zusichere, jedoch vor Abgabe fester Versprechungen die Erfüllung dreier Forderungen sich ausbedingen müsse, und zwar erstens ernstliche Verwendung des Königs von Spanien und seines Statthalters bei den General-Staaten zur Verhinderung der Aufnahme der Stadt Münster in das Bündniß der Holländer mit den Hansestädten, worum von der Stadt durch eigene Abgesandte eifrig, doch noch ohne Erfolg im Haag verhandelt wurde; zweitens Bemühungen Peneranda's im Kabinette des Königs Leopold als zukünftigen Kaisers um Beilegung der Irrungen mit der Stadt Münster in einem dem Bischof günstigen Sinne und drittens Wahrung strengen Geheimnisses über diese Verhandlungen selbst. Peneranda entgegnete, daß er die erste Forderung ja längst erfüllt habe. Volle Wahrung des Geheimnisses verstehe sich von selbst und sichere er dieselbe noch besonders hiermit feierlich zu. Im übrigen verwies er alles auf die mündlichen Verhandlungen des Bischofs

---

[1] Undatirter Bericht Schmising's, etwa aus der Zeit um den 20. April. — Münster.

[2] Bericht Schmising's vom 21. April, wo er auch das wachsende Wohlwollen des Kurfürsten von Mainz rühmt und zur Befolgung der Pläne desselben dringend räth. — Münster.

[3] In den Akten werden 400 000 und 500 000 Thlr. genannt.

mit dem Abgesandten des Don Juan: denn schriftlicher Verkehr würde nur Verzug bringen.[1]

Ganz geheim blieb diese Sache denn doch nicht, vermuthlich weil Schmising in seinem Eifer für Mainz nicht sehr vorsichtig war oder auch vielleicht weil er Anweisung hatte, dem Kurfürsten Johann Philipp Andeutungen zu machen, um diesem, solange noch kein Abschluß mit den Spaniern erfolgt war, warnend vor Augen zu halten, was da sich ereignen könne, wenn die Allianz dem Bischof keine genügende Sicherheit zu geben vermöge. Thatsache ist, daß der Kurfürst eine Ahnung von diesen Zettelungen hatte, da er durch Schmising dem Bischof von jeder Vertiefung mit den Spaniern abrieth, welche ihn ja nur von den alten Genossen abzusondern suchten, da ihre Pläne nur darauf abzielten, das römische Reich und seine vornehmsten Glieder bis auf den Grund zu bringen und über den Haufen zu stoßen. Der Bischof, meinte er, habe Mittel genug, den angebotenen Beistand der Spanier höflich abzulehnen, und würden sich genug Wege finden, vom künftigen Kaiser die Entscheidung in der Irrung mit der Stadt im Sinne des Bischofs zu erwirken. Ob dieser denn für 500 000 Thlr. ein Sklave der Spanier werden wolle? Viel lohnender werde das Bündniß mit den Franzosen sein, zu dessen Annahme er abermals dringend rathen müsse. Zu geschweigen, daß Christoph Bernard durch sein Verhältniß zu den Spaniern sich die Schweden zu Gegnern machen werde, welche zur Zeit die Geeignetsten seien, um die Holländer im Zaume zu halten. Ja, er werde sie gewiß sich auf den Hals laden. Nur kurze Zeit Geduld, äußerte er, vor Pfingsten noch werde sich vieles ausweisen.

Auch der Kurfürst von Trier hatte, vermuthlich aus österreichischer Quelle, Kenntniß von den Werbungen Spaniens beim Bischof von Münster erhalten. Vergnügt fragte er Schmising, ob es denn wahr sei, daß sein Herr den Spaniern für Geld Truppen überlassen wolle. Der Domkustos antwortete, das sei wohl also, doch werde sich der Bischof vom zukünftigen Kaiser Sicherheit geben lassen, daß er ihn deshalb gegen Frankreich manutenire. Auf Don Juan sei wenig Verlaß und könne der auch täglich abberufen werden.[2]

---

[1] Bericht Schmising's in lateinischer Sprache vom 28. April. Diese Berichte Schmising's geben allein Aufschluß über diese seither unbekannten Transaktionen, wovon sonst Spuren, vermuthlich wegen der Mündlichkeit des ganzen Verfahrens, im münsterischen Archive nicht vorhanden zu sein scheinen.

[2] Alles nach dem Berichte Schmising's, vom 1. Mai 1658. — Münster. Karl Kaspar war neuerdings abermals von den Franzosen bestürmt worden, sich für sie zu entscheiden. Gramont und Lionne erklärten ihm offen, sie wollten es ihm schriftlich geben, daß sie mit der Armee von Flandern geradezu auf Koblenz gehen würden,

Die ganze Angelegenheit wirbelte viel Staub auf. Am 8. Mai stellte Mehl an Schmising die schriftliche Anfrage, ob es wahr sei, daß der Bischof nunmehr mit Spanien geschlossen habe, daß er für 400 000 Kronen und gegen das Versprechen der Hülfe gegen Jedermann wie auch der Vermittelung bei den General-Staaten 3000 Mann z. F. und 2000 Reiter in spanische Dienste herleihen und diesen Truppen alle Jahre nach den Operationen in seinem Stifte Winterquartiere anweisen wolle. Man habe Beweise dessen von des Bischofs eigener Hand gesehen.[1] Schmising bestritt alle diese Gerüchte. Und dem Neuburger Gise las er ein Schreiben seines Herrn vor, worin ihm mitgetheilt war, daß dieser die spanischen Anerbietungen aus Besorgniß vor der Rache der Schweden ausgeschlagen habe.[2] Die Wahrheit war jedoch, daß die Forderung Christoph Bernard's, welcher für drei Regimenter z. F. 400 000 Thlr. begehrte, den Spaniern zu hoch dünkte.[3] Doch wurden die Verhandlungen mit diesen nicht völlig abgebrochen. Das ganze Verhältniß wirkte natürlich auf die Beziehungen des Bischofs zu den Oesterreichern ein. Schmising konnte auf einmal bei Volmar ein großes Wohlwollen bemerken.[4] Auch trug König Leopold selbst eine herzliche Neigung zum Bischof zur Schau, nicht minder stellten sich seine Minister also an, nicht ohne bei Schmising starken Zweifeln an ihrer Aufrichtigkeit zu begegnen; nicht ungerechtfertigt war dies Mißtrauen: denn die längst versprochenen Abmahnungschreiben des königlichen Kabinets an die General-Staaten verzögerten sich unter dem Vorwande, daß man nicht wisse, welchen Titel man vonseiten des Königs den Staaten geben

falls er nicht mit dafür stimmen wolle, daß ihrem König in der Wahlkapitulation wegen des Friedensbruches der Oesterreicher Satisfaktion widerfahre und weitere Sicherheit verschafft würde. Darauf hatte der Kurfürst trotz seiner Bestürzung erklären lassen, wenn sie fünf Kurfürsten auf ihre Seite bringen könnten, wollte er der sechste sein. Die Franzosen schäumten und der Kurfürst gerieth doch in einige Besorgniß. Er wollte von den Oesterreichern ein Regiment verschaffen, um es nach Koblenz zu legen. Und bei Schmising fragte er an, ob man nicht eine Allianz mit Oesterreich, Brandenburg und Sachsen eingehen könnte, welche vom zukünftigen Kaiser abhinge, was doch besser sein würde, als mit so vielen Häusern zu traktiren. Schmising wich aus: das seien ja neue Dinge; wenn es der Kurfürst wünsche, wolle er es dem Bischof vertraulich melden, inzwischen bitte er um vierzehn Tage Geduld.

[1] Schreiben Mehl's an Schmising vom 8. Mai. — Münster.

[2] Bericht Gise's vom 2. Mai. — Düsseldorf.

[3] Peneranda machte deswegen dem münsterischen Rathe Wiedenbruck Vorwürfe. Als Schmising davon Kenntniß bekam, rieth er, diese Verhandlungen in der Schwebe zu erhalten und bei weiterem Drängen die Spanier an den österreichischen Hof zu verweisen. Postskriptum Schmising's vom 22. Mai. — Münster.

[4] Am 15. Mai berichtet er von Volmar, daß er sich quasi in angelum lucis transformirt habe. — Münster.

solle.[1] Die österreichischen Minister vertrösteten Schmising bis nach der Wahl, versprachen jedoch, baldigst eine endliche Resolution zu ertheilen.[2] Auch sie hegten eben Argwohn gegen den Bischof wegen seiner fortgesetzten Betheiligung an den Allianzverhandlungen mit Schweden und Frankreich.[3] An Versprechungen aber ließen es die Herren zu keiner Zeit fehlen. So erklärte auch Volmar trotz seiner sauren Miene wegen der Allianzverhandlungen, daß König Leopold keineswegs gesonnen wäre, der Stadt Münster beizustehen, sondern die Sachen des Bischofs in allem zu befördern. Vorerst waren es eben nur Versprechungen, während der Kurfürst von Mainz für den Bischof wirklich alles that, was ihm nur möglich war.

In Frankfurt war eine Gesandtschaft der Stadt Münster erschienen, um unter heftigen Klagen gegen den Bischof Hülfe anzuflehen. Johann Philipp, vor welchem sich diese Leute auf die vermeintlichen Privilegien der Stadt beriefen, ließ sie hart an: Münster sei eine Munizipalstadt und daher verpflichtet, die Garnison des Landesherrn aufzunehmen. Bei der Belagerung habe man wahrlich nicht um ihrer gelben Haare willen Schonung walten lassen, der Güte ihres Landesherrn hätten sie es zu danken, daß man sie nicht härter angegriffen habe, wie man wohl gekonnt haben würde.[4]

Und vor wie nach versicherten auch die übrigen Alliirten ihre Geneigtheit zur Unterstützung des alten Genossen, wenn es mit der Stadt zum äußersten kommen sollte. Unter diesen Umständen konnte dem Bischof der Entschluß, für eine oder die andere Seite offen Farbe zu bekennen, nicht eben leicht werden. Schmising blieb also in der unangenehmen Lage, auf beiden Achseln tragen zu müssen. Daneben ließ ihn

---

[1] Der König wollte ihnen nur die Anrede fideles dilecti einräumen, „womit vielleicht, wie die Ministri vermeinen, E. H. G. Sache wenig oder gar nicht befördert werden möchte.“

[2] Bericht Schmising's vom 19. Mai. — Münster.

[3] Volmar deutete dies Wiedenbruck an, dessen sich Schmising in dem Verkehr mit den Oesterreichern bediente, wohl weil seiner geraden Natur diese Doppelstellung auf die Dauer nicht zusagte. Schmising ließ Volmar dann sagen, der Bischof müßte, um seine Kirche und Regalien zu handhaben, Beistand suchen, wo er nur könnte und das könne man ihm nicht verdenken. Auch sei er mit der Allianz nicht so hart gebunden, daß er von der dem Erzhause Oesterreich bisher erwiesenen treuen Devotion nothwendig aussetzen müßte. Hätte doch der Bischof durch ihn, Schmising, hier bereits viel widerwärtiges abgekehrt, wozu er auch ferner bereit wäre, möchte er doch endlich auch einmal von dem Erzhause den rechten Effekt sehen. Volmar betheuerte, daß es der König nur gut meine und nach geschehener Wahl in der münsterischen Angelegenheit die Justiz schleunig administriren lassen werde. Bericht Schmising's vom 26. Mai. — Münster.

[4] Bericht Schmising's vom 26. Mai. — Münster.

sein Herr in fortdauernder Geldverlegenheit. Verdrossen und betrübt schützte er seine thatsächliche Kränklichkeit, die ihn wiederholt an's Zimmer fesselte, vor, um vom Bischof die Abberufung zu erflehen.[1]

Das französische Allianzprojekt war endlich auch Ende Mai oder Anfang Mai ihm, Schmising, mitgetheilt worden. Boineburg drang lebhaft in ihn, dem Abschlusse eines Bündnisses mit Schweden und Frankreich sich nicht länger zu widersetzen. Denn diese Mächte würden dem Bischof gegen die Stadt Münster wie die Holländer den meisten Vortheil bringen. Mainz und Köln würden ohne die Kronen nichts schließen, und, da der Bischof ihn, Schmising, ja von jeher angewiesen habe, daß er sich nach Mainz richten solle, hoffe man zuversichtlich auf seine Beistimmung. Schmising möge die Sache mit Mainz und Köln, die endlich, wenn auch kein Andrer wolle, mit den Kronen allein schließen würden, zu Ende bringen und, wenn auch ohne Weisung, unter Vorbehalt der Ratifikation seines Herrn den Vertrag mit unterzeichnen. Innerhalb acht Tagen möchte die Sache entschieden werden. Schmising berichtete und gab kurz sein Gutachten dahin ab: Oesterreichs Versicherungen seien nicht bündig genug und auf der andern Seite würde der Abschluß mit den beiden Kronen diese Partei gewaltig vor den Kopf stoßen; weshalb er alles dem Entschlusse des Bischofs anheimstelle.[2]

So nahe ihrem Ende, als Boineburg die Sache darzustellen für gut befand, war sie damals jedoch noch lange nicht. Auch war es nicht die ernstliche Meinung der Kabinette von Mainz und Köln, mit Frankreich und Schweden allein zu schließen. Christoph Bernard sah dies sehr wohl ein, er ließ sich nicht überschnellen und blieb nach wie vor in seiner schwankenden, zweideutigen Haltung.

Wir fassen nach dem gesagten die Gruppirung der zu dem großen Allianzwerk berufenen Theile dem französischen Projekte gegenüber zum Zeitpunkt, da der mit Mainz und Köln berathene Entwurf des Vertrages zur allgemeinen Kenntniß gelangte, dahin zusammen: Mainz, Köln und Neuburg mit Schweden entschieden für den Abschluß mit Frankreich, Braunschweig und Hessen nicht abgeneigt, Brandenburg und Münster schwankend und in mehr oder weniger zu Oesterreich hinneigender Haltung eher ablehnend, entschieden widerstrebend aber Kur-Trier. Eine Klärung der Sachlage war für's erste noch bald nicht zu erwarten, da soeben der Kampf um die Kaiserwahl mit aller Heftigkeit entbrannte und den Parteien eine abwartende Stellung aufnöthigte und weil auch

---

[1] Bericht vom 9. Juni. — Münster.

[2] Postskriptum Schmising's vom 9. Juni 1658. — Münster.

das Verhältniß zwischen Schweden und Brandenburg lähmend auf die Allianzverhandlungen wirkte, mit deren weiterer Entwickelung von dem Standpunkte, auf welchem wir sie verließen, wir uns nunmehr zu beschäftigen haben.

31.

Während der großen Pause in den ersten drei Monaten des Jahres 1658.

Das Jahr 1658 hatte begonnen, ohne daß in der Alliianzsache sich eine andre Hand geregt hätte, als die des Kurfürsten von Mainz, welchem an der Vollendung dieses Werkes noch vor der Kaiserwahl so viel gelegen war. Aller Augen waren eben vornehmlich auf die Entwickelung der Dinge in der Wahlfrage gerichtet, von deren Entscheidung die Gestaltung der inneren Verhältnisse und äußeren Beziehungen des Reiches und seiner Stände abhing, so daß also eine abwartende Haltung den Meisten als die zur Zeit beste Politik erschien. Als zu Ende Januar das Zünglein der Waage zugunsten des habsburgischen Prätendenten sich neigte, wendeten die Unzufriedenen nunmehr alle Aufmerksamkeit dem schwierigen Werke einer Wahlkapitulation zu, in welcher man noch das einzige Mittel zu finden hoffte, wodurch man die Machtfülle des zukünftigen Reichsoberhauptes in allen den Richtungen würde einschränken können, nach welchen die so verschiedenartigen Wünsche und Interessen nur immer abzielten. Auch die Gestaltung der nordischen Wirren hielt alle Welt in Spannung. Das Haus Oesterreich, dem nun doch wieder die Krone zufallen sollte, hatte nicht nur durch sein Eintreten für Spanien den Unwillen Frankreichs und die Verstimmung vieler, namentlich der am Rhein gesessenen Reichsstände erregt, sondern durch seine Annäherung an Polen und Dänemark seit dem Frühjahre 1657 auch sich in jene Händel zu mischen begonnen, von denen dem Reiche wohl die nächsten Gefahren drohten. Und diese Gefahren wuchsen tagtäglich, je mehr sich der Gegensatz zwischen Schweden und Brandenburg zuspitzte. Kurfürst Friedrich Wilhelm, seit dem Abzuge des Schwedenkönigs zum Kriege gegen Dänemark auf dem polnischen Kriegsschauplatz allein und bloßgestellt, hatte nicht anders handeln können, als mit einer kühnen Schwenkung dem bisherigen Feinde Polen die Hand zu reichen. Durch die Verträge von Wehlau und Bromberg war sein Bruch mit Schweden

vorbereitet und wurde er nur noch aufgehalten durch die dann aufgenommenen Verhandlungen um den polnischen Frieden, der doch nicht zu erreichen war, solange als Karl Gustav mit Dänemark noch in offenem Kriege lag. Das Verhältniß der ehemaligen Waffengefährten der warschauer Siegestage hatte sich immer mehr gelockert, ja entschieden feindselig gestaltet. Bei der drohenden Haltung des Königs hatte der Kurfürst sich immer enger an Polen angeschlossen und Unterhandlungen mit Dänemark und Oesterreich angeknüpft. So war allgemach der Bruch mit Schweden unvermeidlich geworden. Friedrich Wilhelm drängte sogar seinerseits zur Offensive, um Dänemark nicht völlig unterjochen zu lassen und dem Angriffe auf ihn selbst, den er nach Beendigung des Dänenkrieges nur zu gewiß gewärtigen durfte, zuvorzukommen: doch hatte die unentschlossene, ja zweideutige Haltung des Hauses Oesterreich, welches freilich zu gleicher Zeit in Frankfurt so viel auf's Spiel zu setzen hatte, diesen mannhaften Schritt gehemmt. Aber zu Anfang Februar 1658 war man doch endlich zum Abschluß des österreichisch-brandenburgischen Bündnisses gelangt, welches mit Hülfe der Polen den Schwedenkönig an allzukühner Ausbeutung seiner Erfolge hindern und weiterem Uebergreifen seiner maßlosen Pläne ein Ziel stecken sollte — gerade in dem Augenblicke, wo der gewaltige Mann sich anschickte, dem nach längerem Ringen wehrlosen Dänemark den Todesstoß zu versetzen.

Dabei war es denn verwunderlich, zu sehen, wie zu Frankfurt Björnklou und Canstein, Snoilsky und Portmann, wenn man sie fragte, wie es sich eigentlich mit der Stimmung ihrer Herren verhalte, zu versichern pflegten, daß die augenblickliche Dissonanz nicht viel auf sich habe und noch alles gut werden könne. Aber schon die Zurückhaltung des Kurfürsten mit seiner Vollmacht und bestimmten Weisungen für die Allianzverhandlungen und damit in Zusammenhange die Ausflüchte und immer neuen Erschwerungen, welche von den brandenburgischen Vertretern bei Berathung des Recesses auf die Bahn gebracht worden waren, sowie auf der andren Seite die starre Forderung der Schweden auf Beistand der Alliirten gegen Jedermann ohne Ausnahme konnten, wer Augen hatte zu sehen, belehren, daß hier sich Schwierigkeiten thürmten, deren Beseitigung auf gütlichem Wege nur das optimistisch-irenische Gemüth eines Johann Philipp von Mainz und die Straußenpolitik der Braunschweiger sich vorschmeicheln konnte. Freilich, daß keiner von beiden Theilen seine Hand von dem Allianzwerke hinwegzog, schien eine leidliche Lösung jenes Zwiespaltes gerade durch dieses Mittel immerhin noch ermöglichen zu können; während beide niemals wohl ernstlich geglaubt haben, daß die rheinische Allianz ihnen die goldene Brücke zur Aussöhnung bauen werde. Nicht in versöhnlichem Sinne behielt Schweden

bei der Allianz seine Hand im Spiele, sondern weil es, des Rückhaltes an Frankreich sicher, doch noch schließlich mit seinen Forderungen Gehör zu finden hoffen durfte und ihm überhaupt die antiösterreichische Stimmung, welche bei den meisten der am Werke Betheiligten vorherrschte, behagte. Brandenburg aber verhandelte mit weiter, um auf alle Fälle zu wissen, was man mit der Allianz bezwecke, und wohl auch in der stillen Hoffnung, durch seine Hemmungen das Werk hinauszuziehen und, wenn möglich, gänzlich zu vereiteln.

Zwar der Kurfürst von Mainz — wir wissen es ja — ließ zu wiederholten Malen und immer dringender den Gesandten Braunschweigs und Hessens den Wunsch ausdrücken, daß man doch ohne Schweden und Brandenburg schließen möchte, denen man übrigens allemale freien Zutritt vorbehalten könnte. Die Braunschweiger aber konnten sich hierzu nicht wohl entschließen, um nach keiner Seite hin, da man Beide nun einmal eingeladen, einen Anstoß zu erregen. Sie weigerten sich, einseitig mit den Katholischen die Sache zum Ende zu bringen. Am liebsten hätten sie wohl gesehen, wenn eine von beiden feindlichen Parteien sich von selbst von dem Werke zurückgezogen haben würde. Hessen-Kassel schien, obwohl sein Regent ein Schwager des Kurfürsten von Brandenburg war, sich mehr den Schweden als diesem hinneigen zu wollen; es fürchtete manches von Oesterreich und hoffte einiges von Frankreich, war aber doch wieder nicht ausgesprochen wider Brandenburg und mußte wie Braunschweig den evangelischen Genossen im Reiche gegenüber Bedenken gegen einseitigen Abschluß mit den katholischen Ligisten hegen. Unter den letzteren selbst war sodann Köln neuerdings unter französischem Einfluß für Schweden eingenommen, demnach bereit, nicht ohne dieses, wohl aber ohne Brandenburg zu schließen, uneingedenk der ihm einst von diesem in ernster Stunde gewordenen Hülfe. Dagegen würde Trier wegen seiner österreichischen Gesinnung wohl mehr für Brandenburgs Beitritt als den Schwedens gestimmt haben. Der Bischof von Münster, wie er von jeher die Schweden scheute und eine Verbindung mit ihnen ablehnte, hätte den Abschluß mit Brandenburg gern gesehen, während der Pfalzgraf von Neuburg als alter Feind des Kurfürsten Friedrich Wilhelm gegen dessen Aufnahme nur deshalb sich nicht offen auflehnte, weil er nicht vorzeitig die Karten aufdecken wollte und der Kurfürst von Mainz zur Selbstbeherrschung mahnte, zumal da es auch den Interessen Frankreichs widersprach, durch seinen Schützling den Kurfürsten von Brandenburg beleidigen zu lassen, mit welchem letzteren zu brechen es wegen der bevorstehenden Kaiserwahl ängstlich Scheu tragen mußte.

Snoilsky, welcher fortgesetzt ein gutes Einvernehmen besonders mit

den Braunschweigern und Hessen aufrecht zu halten suchte, ließ es diesen gegenüber nicht an Versicherungen fehlen, daß ihm wie seinem König an dem schleunigen Abschluß der Allianz viel gelegen sei. Auch wollte er (Anfang Januar 1658) zunächst noch nicht an einen offenen Bruch seines Herrn mit Brandenburg glauben.[1] Dabei suchte er freilich zu beweisen, daß weder die bereits Unirten noch die Invitirten mit Fug und Recht würden behaupten können, daß, wenn sein König in die Allianz mit aufgenommen und ihm kraft derselben gegen Dänemark Hülfe geleistet werden würde, die Grenzen eines Defensivbündnisses überschritten würden. Der kalenbergische Gesandte Otto aber bemühte sich, ihn vom Gegentheil zu überzeugen: das würde eine Offensive gegen Dänemark sein, mit dem zu brechen die übrigen Alliirten doch keinen Grund hätten. Etwas andres würde es sein, wenn der König von Schweden schon längst ein Genosse der Allianz wäre und nicht erst aufgenommen werden müßte.[2] Gleichermaßen äußerte Dr. Aldenhoven, indem er allerlei mißtrauische Reden über die schwedischen Aktionen überhaupt führte, zu Otto, daß es auf eine unverschuldete Offension des Königs von Dänemark hinauskommen würde, wenn man diesen bei der Allianz nicht ausnehmen sollte.[3] Unter diesen Umständen handelten die schwedischen Gesandten in Frankfurt nur vernünftig, als sie, solange die Verhandlungen um die Allianz ruhten, nicht weiter mehr ernstlich auf diese Forderung zurückkamen und sich eines widrigen nicht mehr vernehmen ließen.[4] Freilich bedurfte ihr Herr zur Zeit keiner Hülfe mehr gegen Dänemark, da sein kühner Zug auf Kopenhagen über das zugefrorene Meer dem Kriege ein Ende gemacht hatte. Dänemark war überwunden und geknebelt, im Frieden gedemüthigt und fernerer Lebenskraft beraubt, Schweden dagegen auf dem Gipfel seiner Macht, ja darüber hinausgeschritten, da es durch das Uebermaß seiner Forderungen im Augenblicke des höchsten Triumphes das Mißtrauen seiner bisherigen Freunde und die äußerste Anspannung aller Kräfte seiner Gegner heraufbeschwor. Nunmehr nach den großartigen Errungenschaften der Schweden, welche auch ein gewisses Uebergewicht in der Wahlfrage heraufführen zu sollen schienen, drängten die vorher so zurückhaltenden Oesterreicher zur Aktion, während der vordem eifrige Kurfürst von Brandenburg sich ganz still verhielt, obschon er im verborgenen wohl sich zum unvermeidlichen Entscheidungskampfe rüstete. Für ihn war die Ohnmacht Dänemarks sicherlich kein Beweis

---

[1] Bericht Otto's vom 26. December 1657 (5. Januar 1658). — Hannover.

[2] Berichte Otto's vom 12. (22.) Januar und Portmann's vom gleichen Tage. — Hannover und Berlin. Inhaltsangabe des letzteren in U. A. VIII, S. 540.

[3] Bericht Otto's vom 16. (26.) Januar. — Hannover.

[4] Otto am 19. (29.) Januar. — Hannover.

für die Uebermacht Schwedens; er kannte aus eigener Anschauung die Schwächen der schwedischen Armee. Zudem war Karl Gustav nach beendetem Kriege wieder über den Sund in sein Reich zurückgekehrt, wo höchst verworrene innere Fragen seine ganze Aufmerksamkeit und Thatkraft in Anspruch nahmen. Außerdem gaben das Mißtrauen des englischen Protektors, welcher bisher des Schwedenkönigs Pläne begünstigt hatte, der vollen Demüthigung Dänemarks und einem übermäßigen Anwachsen der Seemacht Schwedens jedoch nicht ruhig zuschauen durfte, sowie auch die Möglichkeit, daß Frankreich ein allzugewaltiges Emporsteigen der schwedischen Macht nicht minder mit scheelen Augen ansehen möchte und die Thatsache, daß die Aufmerksamkeit dieser Krone vorwiegend noch auf die bevorstehende deutsche Kaiserwahl gerichtet war, dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm Anlaß, nicht allzubang der Entwickelung dieser nordischen Dinge entgegenzusehen. Der Ausbruch des Krieges schien aus vielen Gründen vor der Entscheidung in der Wahlfrage nicht wahrscheinlich. Denn diese lag beim Kurfürsten, da Mainz, Köln und Pfalz gegen die österreichischen Interessen, Bayern, Trier und Sachsen für dieselben gewonnen waren und Böhmen an der Durchberathung der Kapitulation keinen Antheil nehmen durfte. Von Oesterreich konnte unter diesen Umständen der Kurfürst sich suchen lassen, von Frankreich durfte er nicht beleidigt werden. Dies gab ihm eine ungemeine Sicherheit, solange die Entscheidung nicht gefallen war. Demgemäß war es nur natürlich, daß er in der Wahlfrage eine besonders hinhaltende, zögernde Politik befolgte und damit im Zusammenhang nicht minder in der Alliantzsache.

Fast den ganzen Monat Januar hindurch blieb Canstein fern von Frankfurt; während seiner Abwesenheit konnte Portmann ohne weitere Nachrichten von ihm und überhaupt ohne besondere Weisungen des Kurfürsten sich in nichts einlassen. Kurz vor dem Schlusse des Jahres 1657 hatte er die Braunschweiger benachrichtigt, daß Canstein und Jena glücklich in Berlin angekommen wären und dem Kurfürsten in Oranienburg von dem Allianzwesen ausführlichen Bericht abgestattet hätten. Dieser halte dafür, daß man den katholischen Unirten seitens der Eingeladenen einen Gegenentwurf zum Allianzreceß als Grundlage zu weiteren Unterhandlungen vorlegen solle. Portmann sah wohl selbst ein, daß ein solches Verlangen in's weite gehe, weshalb er hinzufügte, daß er schon vor Eintreffen dieses Befehles dem Kurfürsten berichtet hätte, daß man mit Durchberathung des modifizirten kölnischen Recesses bereits bis auf den Schluß gekommen sei und deswegen hoffe, daß es der Kurfürst dabei werde bewenden lassen.[1]

[1] Otto am 22. December 1657 (1. Januar 1658).

Am meisten beschwert erachtete Portman seinen Herrn durch die Veranlagung seiner Bundesleistungen, selbst die braunschweigischen Anschläge vom Ende November 1657 fanden, obschon sie halbwegs die Reichsmatrikel zugrunde gelegt hatten, seinen Beifall deshalb nicht, weil darin der Kurfürst wegen halb Pommern und mit dem halben Kontingent der cleve-jülichschen Successionslande eingeschätzt war, während er doch nichts weniger als die Hälfte von Pommern besaß und Jülich-Berg bei weitem das Herzogthum Cleve mit Mark und Ravensberg an Größe übertraf.[1]

Da Boineburg wiederholt auf Wiederaufnahme der Verhandlungen um die Allianz drang und alle Schuld der Versäumniß, da die Schweden neuerdings ihren Eifer versicherten, auf Brandenburg fiel, gerieth Portman in Verlegenheit. Er konnte nichts anders zur Entschuldigung seines Herrn beibringen, als daß dieser jetzt anderweitig zu viel beschäftigt sei und deshalb wohl noch keine Zeit gehabt habe, ihm fernere Weisungen zukommen zu lassen.[2]

Da traf Canstein am 21. Januar wieder in Frankfurt ein. Nun mußte sich ja zeigen, wessen sich der Kurfürst entschlossen hatte. Der erste Besuch des Zurückgekehrten galt den Hessen-Kasselern. Wie enttäuscht war man, als dieser und der cellesche Gesandte Witte, welcher Canstein bald nach seiner Ankunft gesprochen hatte, berichteten, daß er vom Kurfürsten nicht das allergeringste an Weisungen des Schlusses halber in der Allianzsache mitgebracht habe, wofür er als Grund angeführt hatte, daß dem Kurfürsten berichtet worden wäre, als ob die Interessenten beschlossen hätten, die ganze Sache bis nach der Kaiserwahl zu verschieben.[3] Niemand konnte sich eines solchen Beschlusses erinnern, kein Mensch wollte sich dazu verstehen oder die Verantwortung tragen. Hingegen erfuhr man bald, daß Canstein selbst einen solchen Antrag auf Verschiebung der Angelegenheit bis nach der Wahl aus eigenem

---

[1] Bericht Portmann's vom 29. December 1657 (8. Januar 1658). — Berlin. U. A. VIII, S. 539/40.

[2] Otto am 12. (22.) Januar. — Hannover.

[3] Von Berlin aus war dem Landgrafen von Hessen-Kassel geschrieben worden, wie wenn auf Veranlassung seiner Gesandten in Frankfurt das Verfassungswerk bis nach der Wahl verschoben worden wäre. Wilhelm VI., dem davon nichts bekannt, ertheilte seinen Vertretern einen Verweis. Portmann, von ihnen zur Rede gestellt, wies alle Vorwürfe mit Versicherungen seiner Schuldlosigkeit zurück: er habe derartiges nicht berichtet. Dem Kurfürsten gegenüber stellte er auch fest, daß er nichts von einem derartigen Beschlusse, sondern nur am 29. December von Privatdiskursen gemeldet habe. Bericht Portmann's vom 12. (22.) Januar. — Berlin. U. A. VIII, S. 540. Inhaltsangabe.

Antriebe beim Kurfürsten von Mainz und bei Boineburg gestellt hätte. Diese Nachricht war jedoch eine falsche.[1]

Jetzt gestand man sich offen ein, daß es dem Kurfürsten von Brandenburg kein Ernst mit der Allianz sein möge, weil er nicht mit Schweden zusammen gehen, sondern gegen dasselbe freie Hand haben wolle für den Fall, daß die polnischen und dänischen Friedensverhandlungen sich zerschlügen, um alsdann Schweden mit zu bekriegen und „zur Raison bringen zu helfen". Unangenehm berührte namentlich die Braunschweiger und Hessen eine dunkle Andeutung Cansteins, daß der Kurfürst bis zum Schlusse der Traktaten seine Völker allein nicht zu unterhalten vermögend sei und deshalb wünsche, daß seine Nachbaren und künftigen Alliirten ihm etwas davon abnehmen möchten.[2]

Und dennoch befand Canstein sich im Besitze einer Weisung seines Herrn in Hinsicht auf das Allianzprojekt. Dieselbe lautete kurz dahin, daß er bei Erwähnung desselben seitens des Kurfürsten von Mainz diesem erklären solle, daß der Kurfürst von Brandenburg die Bewandtniß der Sache und den ihm mitgetheilten Aufsatz so beschaffen befände, daß er das ganze Werk in weitere Erwägung nehmen müßte, wozu er wegen anderer Obliegenheiten annoch nicht hätte gelangen können; unterdessen hätte er gern vernommen, daß diese Handlung allerseits bis nach verrichteter Wahl ausgestellt worden wäre.[3] Als Canstein dieses Auftrages sich entledigte, bemerkte er persönlich dem Kurfürsten Johann Philipp als seine eigene Meinung, daß er solchen Verzug nicht wünschenswerth erachte; es hätten aber etliche Räthe dem Kurfürsten den Beitritt zur Allianz als schädlich abgerathen.[4] Uebrigens versicherte Canstein bei dieser Gelegenheit, daß es mit den Mißhelligkeiten zwischen Brandenburg und Schweden nicht so viel auf sich habe. Den Braunschweigern aber wollte es scheinen, als wenn das Gegentheil durchschimmere, zumal weil Canstein neuerdings wieder eine besondere Verbindung seines Herrn mit dem Hause Braunschweig als wünschenswerth bezeichnete. Verstimmt und wie muthlos ließ er sich eines Tages vernehmen, daß seinem Herrn mit der geplanten großen Defensivallianz wenig gedient sein werde.

---

[1] Otto dementirte dieselbe am 19. (29.) Januar. — Hannover.

[2] Alles nach dem Berichte Otto's vom 16. (26.) Januar. — Hannover.

[3] Instruktion für Raban v. Canstein an den Kurfürsten von Mainz vom 2. (12.) Januar 1658. U. A. VIII, S. 472.

[4] Otto am 19. (29.) Januar. — Hannover. Otto bezeichnet hier Jena als einen Gegner der Allianz, am 30. Januar (9. Februar) aber besonders den Freiherrn von Schwerin, der am Ruder sitze, fast allein ceteris remotis nach seinem Gutbefinden alles dirigiren und dabei lauter spanischen Wind in die Segel bekommen solle, weshalb es zweifelhaft sei, ob Canstein die richtigen Intentionen seines Herrn kenne.

Der Kurfürst von Mainz führe zwar löbliche Gedanken und meine es redlich, werde aber schwerlich damit zu dem gewünschten Ziele kommen. Der Interessen gebe es zu verschiedene, unter den Ständen des Reiches sei keine Einigkeit und keine gemeinsame Wehrverfassung vorhanden; man berufe sich stets auf die alte Gewohnheit und dabei werde es wohl bleiben.

Als man ihm erwiderte, daß gerade diese Allianz auf das hinziele, was er vermisse, wollte er wenig davon wissen; kalt und beinahe verzweifelt sprach er davon; die Stände des Reiches wären in Uneinigkeit zerfahren und kein rechter Ernst und Nachdruck bei ihnen; und so stehe der Ruin des Reiches bevor.[1]

Dessen ungeachtet fuhren der Kurfürst von Mainz und Boineburg fort, bei Braunschweig und Hessen die Fortsetzung der Verhandlungen um die Allianz auf's heftigste zu betreiben; der Schluß, meinten sie, müßte jedenfalls noch vor der Ankunft des Königs Leopold oder wenigstens vor der Wahl erfolgen.[2] Auch Graf Wilhelm v. Fürstenberg unterstützte sie in diesen Bemühungen und gab den Braunschweigern zu verstehen, daß man fest annehme, sie und die Hessen und andre Evangelische mehr würden mit den Unirten schließen, es laufe nunmehr zwischen Brandenburg und Schweden wie es auch wolle.[3] Die Braunschweiger konnten ihm darauf keinen Bescheid geben und auch dem Drängen nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wichen sie mit der Erklärung aus, daß es nunmehr am Kurfürsten von Brandenburg allein liege und man doch auf dessen Bescheid und Weisung warten müsse. Denn ohne diesen zu schließen lag zunächst noch keineswegs in der Absicht der lüneburgischen Herzöge und deren Berather. Auf jener Hauskonferenz zu Celle am 18. Januar war die übereinstimmende Anschauung zutage getreten, daß man neben Frankreich und dem leider auch mit diesem befreundeten und daher nicht auszuschließenden Schweden ein Hauptaugenmerk auf Brandenburg zu richten habe. Demgemäß hatte man beschlossen, vor allen Dingen an den Kurfürsten eine Abordnung zu thun, um zu erforschen, wohin er in dem großen Chaos der wider einander im Streite liegenden Kräfte neige, ob er sich mit Oesterreich und Polen eingelassen habe, ob er den drohenden Einfall der Schweden in's Reich verhindern könne und in einem solchen Falle dem Hause Braunschweig Beistand leisten wolle. Vor allem müsse darauf getrieben werden, daß

[1] Bericht Otto's vom 30. Januar (9. Februar) 1658. — Hannover.

[2] Berichte Portmann's vom 29. December 1657 (8. Januar 1658) und 12., (22.) Januar 1658. — Berlin. Berichte Otto's vom 2. (12.) Januar, 5. (15.) Jan. 8. (18.) Jan., 12. (22.) Jan. und 23. Jan. (2. Febr.) 1658. — Hannover.

[3] Bericht Otto's vom 30. Januar (9. Februar). — Hannover.

sowohl Schweden als Brandenburg die frankfurter Allianz mit eingingen. Noch glaubte man damals sich dessen zu Beiden versehen zu können.[1]

Demzufolge lautete eine Weisung an des Hauses Gesandte in Frankfurt, daß sie in Erwartung des Erfolges dieser Mission nach Berlin mit gutem Glimpf und Geschick die dortigen Allianztraktaten aufzuhalten suchen sollten.[2] So hatten sie wenigstens eine Entschuldigung dem Drängen der Mainzer und Kölner gegenüber.

Mit der Ausführung seines Beschlusses zögerte das Haus Braunschweig nicht lange. Die Gesandtschaft nach Berlin bestand aus dem celleschen Statthalter Friedrich Schenk v. Winterstädt, dem wolfenbüttelschen Kanzler Schwarzkopf und dem Kammerpräsidenten v. Bülow von Hannover. Einem Jeden war ein stattliches Gefolge von 10 Reitern mit je einem Lieutenant, zwei Korporalen und einem Trompeter beigegeben. Die Hauptpunkte ihrer Instruktion vom 21. (31.) Januar bestanden in den Anweisungen, den Kurfürsten aufgrund des alten Bündnisses für den Nothfall um eine Hülfe von 2000 M. z. F. und 600 Reitern zu bitten und ihn des weiteren zu fragen, was er über die frankfurter Allianz denke, ob er derselben beitreten wolle und was er von der Miteinschließung der Schweden halte.[3]

Am 3. Februar hatte die Gesandtschaft sich in Tangermünde vereinigt, am 8. traf sie in Spandau ein, wo den Herren das stattliche, wohlgefüllte Zeughaus besonders in die Augen fiel. Auf dem Schloßplatze sahen sie 45 Kanonen, deren ein Theil bei Warschau erobert worden. Tages darauf ritten sie in Berlin ein. Am 10. empfing sie der Kurfürst in Audienz, worauf er ihnen für den folgenden Tag seinen ersten Minister Schwerin und Hoverbeck zur Verfügung stellte. In der mit diesen aufgenommenen Verhandlung unterbreiteten die Braunschweiger die vier Fragen:

1. wie die Gefahr wegen Ungarn und Polen und des dänisch-polnischen Krieges abzuwenden sei;

2. wie man sich wegen der Anmuthungen Schwedens an den niedersächsischen Kreis zu verhalten habe;

3. was wegen der frankfurter Allianz vorzunehmen und

4. wie das Wahlgeschäft zu befördern sei, damit keine Unruhe oder Trennung erfolge?

Im Hinblick auf die erste Frage gaben die Braunschweiger sich alle Mühe, den Kurfürsten von einer Vertiefung in diese Wirren ab-

[1] Protokoll vom 8. (18.) Januar. — Hannover.

[2] Gesamtinstruktion vom 14. (24.) Januar. — Hannover.

[3] Alles nach den Akten des St.-A. Hannover. Bei Köcher nur eine kurze Erwähnung dieser Abordnung auf S. 217.

zuhalten. Sie kamen zu spät und erfuhren, daß schon vor ihrer Ankunft ein Bündniß zwischen Polen, Oesterreich und Brandenburg geschlossen worden sei. Sie bemerkten, daß zu einem Feldzuge bereits alle Vorbereitungen getroffen wurden, die nur dem Schwedenkönige gelten konnten, den man, falls der Friede nicht zu erlangen, gesamter Hand bekriegen wollte, wobei die Brandenburger sich große Hoffnungen auf die Generalstaaten zu machen schienen. Zur Beruhigung der Braunschweiger gereichte es einigermaßen, daß die brandenburgischen Minister Sicherheit vor polnischen Einfällen, gutes Einvernehmen und vertrauliche Korrespondenz zusagten. Auf die zweite Frage wurde ihnen der Bescheid, daß der Kurfürst eine baldige Abschickung an König Karl Gustav beschlossen habe, um denselben zum Frieden zu ermahnen, zumal da Polen diesen auch wünsche. Bei dieser Schickung solle auch von den brandenburgischen Gesandten der Zumuthungen an den niedersächsischen Kreis gedacht werden und daß der Kurfürst sich zu denselben nicht verstehen werde. Man deutete an, daß der Kurfürst, wenn Schweden keinen Frieden wolle, das Haus Braunschweig gern mit zu der Gesamthülfe heranzuziehen den Wunsch hege. Auf alle Fälle wurde dem Hause Braunschweig Beistand zugesagt. In Hinsicht auf Kaiserwahl und Kapitulation wurden gleichfalls gute Vertröstungen ertheilt, daß der Kurfürst sich diese Sache höchlich angelegen sein lassen wolle, jedoch, wie die Brannschweiger spürten, mehr durch ganz gelinde Erinnerungen bei König Leopold als auf anderen Wegen. Bei Erörterung der dritten Frage führten die Gesandten des Hauses Braunschweig aus, daß die frankfurter Allianz ein „Remedium sei, so weit hinstehe" und daß man sich auch darauf nicht eben zu verlassen habe. Gleichwohl wäre sie nicht gänzlich auszuschlagen. Schwerin bemerkte, daß es keineswegs am guten Willen des Kurfürsten mangle. Wenn von seiner Seite Verzug geschehen wäre, so hätten diesen die neuburgischen Ränke verursacht. Canstein sei nunmehr wieder in Frankfurt und könne man ihm ja wohl nach Maßgabe dieser Unterredungen Anweisungen zukommen lassen. Bei mehreren weiteren Zusammenkünften wichen die Brandenburger der Allianzfrage geflissentlich aus; erst am 16. Februar erfolgte ihre Schlußerklärung: Der Kurfürst gebe zu erwägen, welchen Grund man auf diese Allianz zu bauen habe, welche sie, die Braunschweiger selbst ein remedium lentum et incertum genannt? Weil sie aber trotzdem dazu geneigt erschienen, würde auch der Kurfürst diesem Werke sich nicht entziehen und sich mit hineinbegeben. Schweden hätte vordem dies Werk bei ihnen sehr betrieben und wisse man nicht, was sie jetzt davon abhielte. Canstein sei solchermaßen instruirt, daß man schon hinausgelangen werde. An einer Beförderung von seiner Seite solle es nicht fehlen.

Am 18. Februar begab sich die Gesandtschaft mit diesem Bescheide auf den Rückweg. Am 24. traf Schenk von Winterstädt in Celle ein.[1]

An Canstein aber wurde vom Kurfürsten die Nachricht von dieser Mission mitgetheilt mit dem Bemerken, daß man den Herren zwar bedeutet habe, wie Brandenburg zur Beförderung der Allianz nicht abgeneigt wäre und die Fortsetzung für nöthig hielte, daß aber dennoch dabei mehrere Hindernisse obwalteten. Der König von Schweden wäre zur Zeit in einen schweren Krieg verwickelt, dazu komme das Wahlwerk, da dann bei Aufrichtung der Kapitulation und deren Befestigung so viel zu thun sein würde, daß nicht wohl möglich alles zugleich und am selbigen Orte der Gebühr nach werde beobachtet werden können. Außerdem nehme der Kurfürst Anstand, dieses Werk mit zu vollziehen, solange als ihm der Pfalzgraf von Neuburg das Mitdirektorium im westphälischen Kreise in Frage stelle. Wenn also von Anderen die Angelegenheit stark getrieben werden sollte, möge er, Canstein, den Schluß möglichst bis nach Verrichtung der Wahl hinzuziehen sich Mühe geben und, wenn das nicht sein wollte, vorschlagen, daß man die Verhandlungen nach einem andren Orte verlege, weil es sonst sicherlich Aufsehen und Nachdenken verursachen dürfte. Doch alles mit größter Behutsamkeit, damit die am Werke Betheiligten keinen andern Eindruck gewönnen, als daß der Kurfürst den Bund gern mit befördert sähe.[2]

Unterdessen erwarteten alle Interessenten in Frankfurt sehnlichst die Erklärung des Kurfürsten. Fast bei allen Posten wurde Canstein, besonders von den Mainzern, Braunschweigern und Hessen befragt, ob nichts dergleichen eingetroffen wäre. Er konnte nur versichern, daß an der öfters betonten Zuneigung seines Herrn zur Allianz im großen und ganzen auch jetzt noch keineswegs gezweifelt werden dürfte. Wegen Ueberhäufung mit anderen Geschäften und zumal bei der Anwesenheit verschiedener fremder Gesandtschaften habe der Kurfürst noch keine Zeit gefunden, ihm eine eigentliche Erklärung auf den vereinbarten Vertragsentwurf zukommen zu lassen: doch müsse eine solche in allernächster Zeit erfolgen. Unterdessen wären dem Kurfürsten einige Gedanken beigefallen, worüber er vor Ertheilung einer hauptsächlichen Resolution erst

---

[1] Sein Bericht vom 15. (25.) Februar. — Hannover. Vgl. den Bericht des französischen Gesandten Blondel vom 12. Februar 1658 an Mazarin (U. A. II, 154), worin er meldet, daß Abgesandte der lüneburgischen Fürsten sich seit zwei Tagen in Berlin befänden, um den Kurfürsten zu bewegen, daß er seine Truppen mit den ihrigen zur Unterstützung Dänemarks vereinige.

[2] Erlaß des Kurfürsten an Canstein vom 10. (20.) Februar. — Berlin. U. A. VIII, 540/41. Antwort Canstein's vom 16. (26.) Februar, daß er den Abschluß hinauszuschieben suchen werde. U. A. VIII, 541.

nähere Aufschlüsse begehre. Einmal hege er Bedenken wegen des Beitrittes Schwedens, wie der zu bewerkstelligen, ohne daß man sich in dessen gegenwärtige Kriege mit verwickele. Der Kurfürst müsse wissen, was hierüber sowohl die Schweden selbst als die übrigen am Werke Betheiligten dächten, ob nämlich Jene begehrten, daß man ihnen gegen Polen uud Dänemark beistehen wolle, und ob diese willens wären, solches zu thun? Und wenn Bedenken obwalteten, wie man dann mit den Schweden sich einlassen oder ihren Ausschluß, ohne sie zu beleidigen, bewerkstelligen könnte? Des weiteren könne man ja leicht ermessen, daß der Kurfürst Sicherheit haben und auch wirklich verspüren müßte, daß die westphälische Kreisverfassung durch diese Allianz nicht zurückgesetzt würde; nicht sowohl daß er in der Direktorialfrage die ihm bereiteten Schwierigkeiten gehoben zu sehen wünschte, sondern daß es die gemeine Sicherheit erfordere, da man ja vor Augen sehe, wie der Krieg allenthalben sich diesem Kreise nähere. Eine rein papierene Bestimmung im Receß werde dem Kurfürsten nicht genügen, er müsse Ernst sehen. Hiergegen glaubten weder die Mainzer noch die Braunschweiger und Hessen eine Einwendung vorbringen zu können. Und was Schweden anlange, so versicherten die ersten Beiden, wären sie niemals gewillt gewesen noch wären sie es jetzt, in dessen polnische und dänische Unruhen sich mit zu vertiefen. Doch hatte von Mainz Canstein auf anderem Wege in Erfahrung gebracht, daß es gegen Schweden erklärt haben sollte, es würde sich zwar in die augenblicklich noch schwebenden Kriege nicht einmischen, falls aber der König dieser Allianz beiträte und dann von irgend einer Seite — es konnten ja nur Oesterreich und Brandenburg gemeint sein — angegriffen werden sollte, bereit sein, ihm Beistand zu leisten. Von den Hessen glaubte Canstein sogar annehmen zu dürfen, daß sie den Schweden gegen Alle ohne Unterschied, welche sie im Reiche angreifen würden, Hülfe gewähren würden. Und wenn auch Björnklou gegen die Allianz eiferte und an deren Zustandekommen laute Zweifel äußerte, so glaubte Canstein doch, daß Schweden endlich mit schließen würde. Aller Meinung war, daß man bloß zu warten hätte, ob Schweden dasjenige gutheißen werde oder nicht, was man wegen der Einmischung in seine Kriege dem Recesse einverleibt hatte: im ersteren Falle habe man keine Ursache, seinem Beitritte Schwierigkeiten zu bereiten, im anderen müsse man auf weitere Mittel gedenken. Wegen der Schwierigkeiten im westphälischen Kreise bot Mainz seine Vermittelung zu gütlichen Verhandlungen an und vermeinte einen guten Erfolg davon verbürgen zu können.

Im großen und ganzen gewann Canstein den Eindruck, als wenn die Uebrigen alle, ohne auf Brandenburg zu warten, unter der Hand abzuschließen eben nicht abgeneigt wären. Die Abschickung des Hauses

Braunschweig war nach seiner Ansicht auch nur erfolgt, um des Kurfürsten Absichten auszuforschen. Jetzt beriethen sie dort in Frankfurt wieder mit den Hessen über das Ergebniß dieser Mission. Dörnberg wäre, um darüber zu berichten, von Frankfurt abberufen worden. Jedenfalls, so war Cansteins Rath, müsse man die Verhandlungen an der Hand behalten, damit man von allem unterrichtet bleibe.

Wie wenn es aus seinem eigenen Antriebe geschähe, wies Canstein sodann dem Freiherrn v. Boineburg gegenüber auf das mißliche hin, welches in der gleichzeitigen Berathung der Alliianzsache mit der Wahlverhandlung gleichsam vor den Augen des Königs Leopold liegen würde, welchem man von allen diesen Dingen nichts mitgetheilt habe, obwohl er doch das künftige Reichsoberhaupt wäre. Boineburg konnte nicht viel dagegen einwenden und verwies auf die Meinung der Anderen. So schloß denn der Bericht Cansteins über die Sachlage mit der Versicherung, daß, sobald es der Kurfürst für gut befinde, die Angelegenheit lange genug aufgehalten werden könne. Dabei drückte er aber auch den Wunsch nach bestimmten Erklärungen über den zu Ende des verflossenen Jahres vereinbarten Vertragsentwurf aus.[1] Sodann fügte er ein Gutachten bei, worin die Gründe für und wider die Annahme der Allianz gegen einander abgewogen wurden. Zu widerrathen wäre sie nach seiner Ansicht aus folgenden Gründen: Einmal wegen des verschiedenen Religionsbekenntnisses und der mannigfachen zuwiderlaufenden Interessen der Vertragschließenden, sodann wegen der Unsicherheit, welche sich aus der Eigenschaft der Mehrzahl der Invitanten als geistliche Personen ergebe, für den Fall, daß sich mit ihnen ein menschlicher Zufall ereigne. Ferner bestehe bei Allianzen überhaupt wenig Solidität. Der Urheber des Bündnisses sei Neuburg und der Anlaß dazu seine Furcht vor Brandenburg. Auch schienen die Katholischen lieber den Kurfürsten missen als den Pfalzgrafen zurücklassen zu wollen. Die ersten beiden Paragraphen des Recesses würden nur Anlaß zu Ausflüchten geben. Der Kurfürst sei beim Quantum zu hoch veranlagt, da er soviel stellen solle als die drei geistlichen Kurfürsten zusammen und die drei braunschweigischen Linien, während man ihm nur einen Kriegsrath zugestehe wie dem, welcher den geringsten Beitrag leiste. Eine Verwickelung mit Frankreich liege nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit, alsdann müsse der Kurfürst in Verlegenheit gerathen und werde sich seiner eigenen Wehrkraft entblößen sollen, worin für ihn zumal bei jetzigem Zustand eine große Gefahr liege. Die Allianz stimme überhaupt nicht recht zu

---

[1] Bericht Canstein's vom 20. Februar (2. März) 1658. — Berlin. U. A. VIII, S. 542.

der augenblicklichen Politik Brandenburgs und laufe seinen anderweitigen Bündnissen (mit Oesterreich und Polen) zuwider. Die westphälische Kreisverfassung würde thatsächlich durch die Allianz zurückgestellt: denn, gerade weil man gesehen, daß man im Direktorialstreit nicht weiter gekommen, wäre man auf dieses Mittel verfallen und habe dann bislang die Verfassung ganz zurückgelassen. Man könne indessen allen diesen Einwänden auch Gegengründe gegenüberstellen: Ein gemeinsames Interesse verbinde Alle, die Wahrung des Friedens und der Schutz des Eigenthumes und der gemeinen Freiheit, und würden die Katholischen mehr Ursache haben als Andere, dies Bündniß einzugehen. Die Einwilligungen der Domkapitel und eine dreijährige Dauer der Allianz würden Garantien gegen die Unsicherheit bieten. Daraus, daß Allianzen zwar nicht allemale ihren Zweck erfüllten, dürfe doch Niemand schließen, daß solche ganz und gar verwerflich seien. Mit Neuburg könne man sich einlassen und auch nicht. Die ersten beiden Paragraphen seien ja immer noch verbesserungsfähig. Was die hohe Veranlagung betreffe, so sei doch auch in Betracht zu ziehen, daß der Kurfürst auch um so viel Land mehr besitze und stehe auch dieser Punkt noch zur Vergleichung. In den cleveschen Landen könne man sich auch der Gefahr versehen und was die am Rhein von Frankreich fürchteten, müsse der Kurfürst sich bei den Schweden vermuthen. Die Allianz könnte also eher dem Kurfürsten als denen am Rhein zustatten kommen. Ueber die Angemessenheit der Allianz zur derzeitigen Politik des Kurfürsten könne er, Canstein, sich kein Urtheil erlauben, da solches einzig und allein dem Kurfürsten zustehe. Wegen der westphälischen Kreisverfassung könne man sich schließlich jetzt gleich bei dieser Gelegenheit einigen. Und nun die Gründe, welche die Allianz für rathsam erachten ließen: Ohne rechte Zusammensetzung der Stände im Reiche, und zwar ohne Unterschied ihres Bekenntnisses, könne das Reich selbst länger nicht mehr bestehen, ohne eine solche könnten die Pläne seiner Feinde nicht gebrochen werden, keine rechte Wahl statthaben. Und zur letzteren sei eben diese Allianz eine Vorbedingung. Ohne sie werde man ferner zu keiner Reichs- noch Kreisverfassung gelangen. Den Reichssatzungen und dem Friedensinstrument sei ein solcher Bund nicht ohngemäß, ja er begreife nur das in sich, wozu ein Stand gegen den andern ohnehin verpflichtet sei. Eine Weigerung werde also Aufsehen erregen und Ursache sein, daß man von den Absichten des Kurfürsten übel reden werde. Und gerade um dieses zu vermeiden, habe der Kurfürst ja zum Beitritt schon öfters seine Zustimmung erklären lassen, die er nicht wohl mehr zurücknehmen könne, zumal da er schon mit der Mehrzahl der Theilnehmer verbündet sei, mit den drei geistlichen Kurfürsten nämlich im Kurverein, mit Köln und Braunschweig in

besonderem Bündnisse und mit Hessen in Erbverbrüderung. Wenn vier Kurfürsten und so viele Fürsten bei einander stünden, werde es ein großes Ansehen in und außer dem Reiche geben. Denn der Bund werde beinahe den dritten Theil Deutschlands umfassen mit einer höchst bequemen Kommunikationslinie für alle Genossen. Wie groß werde erst die Wirkung sein, wenn Württemberg und Darmstadt und ein oder der andere Auswärtige noch hinzuträten. Italien, die Schweiz und die vereinigten Niederlande gewährten gute Beispiele so mächtiger Föderativgebilde. Die Freundschaft Derer, mit welchen der Kurfürst sich neuerdings verglichen und verbündet, sei keine sichere und wenn auch schon, so würden diese neuen Freunde im Hinblick auf diese andere Verbindung des Kurfürsten um so viel mehr zu gehöriger Obſervanz bewogen werden. Die Allianz werde auf jeden Fall zustande kommen, weshalb zu bedenken sei, ob es verträglicher, davon zu bleiben oder sich mit hineinzubegeben. Und nachtheilig werde sie dem Kurfürsten insofern nicht sein, als er den Vortheil davon ziehen werde, den sonst Neuburg gehabt, welches für den Fall eines Angriffes vonseiten des Kurfürsten auf Jülich der Hülfe versichert war. Zudem werde er das vornehmste Bundesglied sein und die Leitung nach seinem Gefallen in die Hand bekommen können, demnach von seinem Gutdünken der größte Theil Deutschlands abhängig sein; ja es möchten Zeiten kommen, da wegen dieser Allianz gegen Einen und Anderen, wenn etwa von demselben die Hülfe versagt würde, hiernächst gute Aktion formirt werden könnte.

Canstein also fand für seinen Herrn den Beitritt, wie es scheint, zuträglicher als die Ablehnung. Seine Gründe vermochten jedoch dem Kurfürsten nicht völlig einzuleuchten Eines übersah eben Canstein vollständig, die antiösterreichische Spitze der Allianz und somit die Unmöglichkeit für den Kurfürsten, gemeinsame Sache mit einer solchen Genossenschaft einzugehen.

Inzwischen drängten sowohl Wilhelm Fürstenberg als der Kurfürst von Mainz immer wieder auf endliche Fortsetzung der so lange schon ruhenden Verhandlungen um die Allianz noch vor Ankunft des Königs Leopold, der man mit allernächstem entgegensehen durfte. Noch aber war nicht den braunschweigischen Gesandten der Bericht über den Erfolg der berliner Mission zugegangen, auf welchen sie die Ungeduldigen stets vertrösteten. Und von den Hessen war Dörnberg von Frankfurt abwesend. Die große Pause hielt also weiter an. Erst um die Mitte März empfing Otto Vertröstung auf nähere Weisungen nach Maßgabe der in Berlin von den Räthen des Hauses Braunschweig gewonnenen Eindrücke.[1]

[1] Regierung zu Hannover an Otto am 28. Februar (10. März). — Hannover.

Denn zu Hannover tagten vorerst noch die gesamten Räthe des Hauses zu Beschlußfassungen über die weitere Stellungnahme gegenüber der politischen Sachlage. Genügenden Anlaß dazu gewährten die in Berlin erlangte Gewißheit des Abschlusses der polnisch-österreichisch-brandenburgischen Allianz und der überraschend schnelle Ausgang des dänischen Krieges zugunsten des Schwedenkönigs.[1]

Daß die Entscheidung über den Frieden im Reich nunmehr bei Brandenburg stehe, war die einhellige Meinung der braunschweig-lüneburgischen Staatsmänner. Wenn der Kurfürst vom Kriege abgehalten werden könnte, werde man den Frieden haben, dahin ging ihre Ueberzeugung. Daher ihnen denn kein besser Mittel in diesem Dilemma dünkte als die Vereinigung Schwedens und Brandenburgs in der großen Allianz, an welcher sie solange schon mitarbeiteten. In dieser erblickte man das beste Gegengewicht gegen die den Frieden bedrohenden Gelüste des Hauses Oesterreich und hoffte, vermittels dieses Bundes durch Frankreich den Brandenburger vor Schweden zu retten.[2] In diesem Sinne fiel also der Beschluß des braunschweigischen Gesamtministeriums, besondere Abordnungen an Schwedens König und den Kurfürsten von Brandenburg zu veranlassen, um Beiden die Annahme der rheinischen Allianz anzurathen. Zugleich wurde dort in Hannover die Instruktion für die Gesandten in Frankfurt entworfen, welche ihnen u. a. bezüglich der Allianz als Ergebniß der Sendung nach Berlin mittheilte, daß der Kurfürst abermals erklärt habe, das Bündniß mit einzugehen, mit dem Versprechen, daß er seine Räthe in Frankfurt dahin befehligen werde, weshalb sie, die braunschweigischen Gesandten, bei Canstein mit Fleiß zu erinnern hätten, daß gerade die Allianz ein nicht undienliches Mittel sein werde, von Brandenburg die von den Schweden zu besorgende Gefahr abzuwenden. Die Allianz sei bei der geringen Hoffnung auf eine allgemeine Verfassung des Reiches eine Nothwendigkeit, dürfe aber keinesfalls ohne Schweden und Brandenburg geschlossen werden, daher auch die schwedischen Gesandten bearbeitet werden müßten, damit sie die ihnen gestellten Bedingungen wegen Nichtberücksichtigung ihrer augenblicklichen Irrungen und Kriege im Reiche endlich annehmen und in diesem Sinne auf den König einwirken möchten.[3]

[1] Bemerkenswerthe Aeußerung Otto's bei der Nachricht vom schwedischen Siege in seinem Berichte an Herzog Georg Wilhelm vom 27. Februar (9. März): Wie die Schweden auf ihre hier eingekommenen wunderbaren Fortschritte gegen Dänemark neben den Franzosen als consortibus weiter sich guberniren möchten, wird die Zeit lehren; victoria per se insolens est. — Hannover.

[2] Köcher, S. 243.

[3] Gesamtinstruktion an die braunschweigischen Gesandten vom 5. (15.) März 1658. — Hannover.

Von dem zu Hannover gefaßten Beschlusse, an Schweden und Brandenburg besondere Abschickungen zu thun, ging man in Beziehung auf erstgenannte Macht wieder ab, um den Schein der Furchtsamkeit zu meiden, als ob man auf die Nachricht von den übermäßigen Erfolgen Schwedens im Frieden von Roeskilde zu Kreuze krieche.[1] Den Kurfürsten von Brandenburg aber luden die drei Herzöge von Braunschweig am 4. (14.) März ein, zu weiteren Konferenzen von seinen Räthen etliche nach Magdeburg auf den 24. März (3. April) abzuordnen. Unter dem 12. (22.) März willigte Friedrich Wilhelm ein.[2] Am 20. (30.) März wurde die braunschweigische Gesandtschaft, von Wolfenbüttel Schwarzkopf und v. Heimburg, von Celle Langenbeck und von Hannover Dr. Speyermann, mit einem längeren, das ganze politische Programm des Hauses umfassenden Instruktion abgefertigt. Dem Kurfürsten sollte unter Anführung ausführlicher Beweggründe ein Bruch mit Schweden abgerathen, als bestes Mittel aber zu seiner eigenen und des Reiches Erhaltung die Miteingehung der frankfurter Allianz anempfohlen werden.[3] Die Konferenzen, zu welchen vom Kurfürsten der hinterpommersche Kanzler Lorenz Christoph v. Somnitz und Lehnsekretär Dr. Johann Tornau abgeordnet waren, fanden zu Magdeburg am 5. und 6. April statt.[4] Auf das Anbringen der Braunschweiger wegen des frankfurter Bundes gaben die Brandenburger zu vernehmen, daß der Kurfürst sich dazu ja schon geneigt erklärt hätte. Weil aber nunmehr auch von mehreren Ständen darüber mit Frankreich geredet worden und auch Schweden eingenommen werden solle, so hielte der Kurfürst dafür, daß es auf eine Spezialgarantie, und zwar der rheinischen Kreise durch Frankreich und des niedersächsischen durch Schweden hinauslaufen wolle. Diese beiden mächtigen Kronen würden die übrigen Verbündeten überwiegen und unterdrücken, auch zielten sie zweifellos auf eine Hineinziehung derselben in ihre Kriege. An Drohungen ihrerseits habe es

---

[1] Siehe Köcher, S. 243.

[2] Die Schreiben im St.-A. Hannover.

[3] Durch Köcher's Ausführungen und Wiedergabe der sehr bemerkenswerthen Instruktion (nicht für Berlin, wie er angiebt, siehe S. 243 ff. und 643 ff.) sehe ich mich des näheren Eingehens überhoben.

[4] Vollmacht für die Brandenburger vom 20. (30.) März abschriftlich in Hannover. Vgl. den Bericht Blondels aus Berlin vom 16. April 1658 an Mazarin über die ihm gewordene Kunde von diesen Verhandlungen zu Magdeburg, als deren Zweck er angiebt „pour concerter ensemble les moyens, d'empêcher que les affaires de Pologne n'interrompent le bon effet de cette alliance (der rheinischen), in welche der Kurfürst nunmehr einzutreten willens wäre; an welche Nachricht Blondel die Frage knüpft: Geschieht dieser Eintritt auf den Rath der Oesterreicher, um die Schweden davon auszuschließen? U. A. II, 160.

nicht gefehlt. Das ganze Bündniß sei ein remedium lentum; zudem werde es sich beim Wahltag nicht wohl schicken, die Verhandlungen dort am selbigen Orte fortzusetzen.

In ihrer Gegenausführung am 6. April suchten die Braunschweiger nachzuweisen, daß der Nutzen der Allianz gerade darin bestehe, daß dadurch die fremden Kronen von feindlichen Anfällen zurückgehalten werden würden, welchen Zweckes man bei längerem Zögern verfehlen könnte. Und gerade auch die Einnahme Schwedens hielten die Herzöge für dienlich, da dadurch ihre Waffen nicht nur vom Reich sondern auch vom Kurfürsten selbst abgewendet werden würden. Alle Nachrichten lauteten dahin, daß die Schweden bereit seien und schon erklärt hätten, daß die Allianz auf ihre jetzigen Kriege nicht verstanden und solches nur in einem Nebenrecesse verwahrt werden solle. Braunschweig aber wünsche auch den Beitritt Brandenburgs, und zwar je eher je lieber. In die Kriege der Kronen wolle man sich ganz und gar nicht einmischen, womit auch Schweden einig. Gegen eine Partikulargarantie, wenn sie gefordert werden sollte, werde man sich verwahren und eine solche keineswegs eingehen. Somnitz wiederholte, daß der Kurfürst zum Beitritte geneigt sei, soweit die Allianz dem Friedensinstrumente und den Reichssatzungen gemäß sein würde. Eine Einschließung der fremden Kronen werde jedoch unbedingt eine Verwickelung in deren Kriege nach sich ziehen und könne man das Bündniß als Mittel zur Erhaltung der Ruhe im Reiche nicht ansehen. Wenn beispielsweise jetzt Märsche und andere Bewegungen sich erhöben, sehe man nicht, wie solche durch die Allianz zu verwehren sein würden.

Von den Bedingungen der Aufnahme Frankreichs habe man dem Kurfürsten kein Wort mitgetheilt. Der Mainzer habe davon gegen Canstein wenig wissen wollen und Boineburg gesagt, es wäre noch nichts entworfen. Es wäre wohl besser, wenn des Reiches Stände allein untereinander sich verfaßten. Ob man denn durch geschriebene Bedingungen und Vorsichtsmaßregeln gewaffnete Hände fesseln könnte?

Die Braunschweiger versuchten des langen und breiten den Brandenburgern alle diese Bedenken auszureden: doch nahmen dieselben alles nur zum Referat. Indessen schied man in aller Güte, nachdem Somnitz und Tornau noch die Endfrage, ob der Kurfürst beitreten wolle oder nicht, mit einem, freilich auch wieder durch jene Bedenken verklausulirten Ja beantwortet hatten.[1]

Nichtsdestoweniger kehrten die Braunschweiger höchst unbefriedigt zurück. Sie hatten herausgefühlt, daß Brandenburg den Bruch mit

---

[1] Protokoll vom 25. März (4. April). — Hannover. Vgl. Köcher, S. 244 ff.

Schweden beabsichtige und den frankfurter Bund nicht mitschließen werde. Eine Aenderung in dem bisherigen Verhalten des Hauses der Krone Schweden wie dem Allianzprojekt gegenüber schien infolgedessen unausbleiblich zu werden.[1]

Eine Entfremdung mit Brandenburg mußte von Braunschweig auch auf das ohnehin für Schweden eingenommene Hessen-Kassel einwirken. Und schon war, noch lange vor diesen magdeburger Verhandlungen, in Frankfurt unschwer zu erkennen gewesen, daß Braunschweig und Hessen, auch ohne auf Brandenburg zu warten, die Allianz mit schließen würden. Der liebedienernde Heyland wenigstens glaubte den Ligisten diese Aussicht nunmehr eröffnen zu dürfen,[2] als die Nachricht vom Abschlusse des brandenburgisch-österreichischen Bündnisses in Frankfurt, wo sie gewaltigen Staub aufwirbelte, für gewiß eintraf.[3] Der Kurfürst von Brandenburg hatte selbst die Thatsache dem kasseler Landgrafen angezeigt. Daß diese Bestätigung fast zu derselben Zeit eintraf, als der König von Böhmen-Ungarn, damit er zum Kaiser gewählt werde, seinen „schmutzigen und ungeschlachten Einzug" in der Wahlstadt hielt, am 9. (19.) März, verursachte dem biederen Otto v. Mauderode ahnungsvolle Beklemmungen.[4] Bestürzt ob jener Nachricht eilten des Hauses Braunschweig Vertreter gleich zu Canstein. Zuerst fragten sie nach den Befehlen seines Herrn zum Abschlusse der Allianz, auf die man in Berlin vertröstet hätte. Dann erwähnten sie die Nachricht von dem Bündnisse des Kurfürsten mit Oesterreich. Die Herzöge würden ungern sehen, wenn zwei so vornehme evangelische Herren, wie er und der König von Schweden, auf's neue an einander gerathen sollten, hofften jedoch, daß das Beispiel Dänemarks zeigen würde, wie sehr man sich auf die Katholischen und zumal Oesterreich verlassen könne. Man wisse durch die hiesigen schwedischen Gesandten und habe es in eigenhändigen

[1] Langenbeck bemerkte, wie schon Köcher S. 245 erwähnt, auf dem Protokoll unter dem 4. (14.) April: Nach geendigter Kommunikation mit den Kur-Brandenburgischen haben des fürstlichen Hauses Abgeordnete unter sich das ganze Werk überlegt und darob befunden, daß die den jetzigen Umständen nach fast unveränderlich vertieften kur-brandenburgischen consilia und intentiones von des fürstlichen Hauses fundamentis consiliorum weit diskrepirten, daher auch die negotiationes beim König von Schweden wie auch zu Frankfurt etwas anderergestalt, als jüngst zu Hannover veranlaßt, geführt werden müssen.

[2] Bericht Schmisings vom 18. März. — Münster.

[3] Björnklou eilte wüthend von einem Gesandten zum andern, wie Otto am 13. (23.) März meldet; der Neuburger Gise aber bemerkte höhnisch zu Schmising, dies Bündniß werde ein großer Vortheil für seinen Herrn sein. Bericht Schmisings vom 19. März. — Münster.

[4] Sein Bericht vom 13. (23.) März. — Hannover.

Briefen des Königs gelesen, daß dieser mit Brandenburg gute Freundschaft halten wolle. Hege der Kurfürst trotzdem ein Mißtrauen, so könne er ja durch diese Allianz und die Garantie Frankreichs seine Sicherheit erhalten. Zu verschweigen wären freilich auch nicht die Drohungen der Schweden für den Fall, daß Brandenburg noch jetzt nach Aenderung der Dinge in Dänemark sich zum Bruch mit Schweden treiben ließe. Viele österreichische Minister gäben dieses vor und schon sei auch eine von Aschaffenburg aus, durch König Leopold auf seinem Wege nach Frankfurt an Montekukuli zum Aufbruch ergangene Ordre zur Kenntniß der Schweden gelangt, Oesterreich hintertreibe mit allen Künsten den Frieden mit Polen, zu welchem Schweden geneigt wäre. Sie, die Braunschweiger, wären von den Schweden um ihre Vermittelung ersucht worden, damit der Kurfürst von seinen Gedanken gegen Schweden abgezogen und ein rechtes Vertrauen wieder hergestellt würde.

Canstein erinnerte hierauf an seine jüngsten Eröffnungen, versicherte nochmals seines Herrn Geneigtheit zum Eintritt in die Allianz und wiederholte die Bedenken wegen der Schweden und der Verfassung des westphälischen Kreises, zu welchen als drittes nunmehr noch das französische Projekt trete, auf welches als ein plane novum emergens er noch gar nicht instruirt wäre. Doch erwarte er noch in dieser Woche Jena, der vielleicht mehr Weisungen mitbringen werde. Das Bestehen einer Allianz mit Oesterreich — er nannte sie nach dem Beispiel der Oesterreicher eine defensive — stellte er nicht in Abrede, bemerkte jedoch, daß der Kurfürst seine Gründe dazu habe. Als er sich des längeren hierüber verbreitete, wußten die Braunschweiger wenig einzuwenden und meinten dann, wenn der Kurfürst nur die Defensive halte, werde er nicht allein der Hülfe der Oesterreicher, sondern auch derjenigen Anderer, ja der Mehrzahl aller Reichsstände sich zu getrösten haben, während er bei offensiven Absichten bald vereinsamt dastehen würde. Mit ausweichenden, unbestimmten Redewendungen bemühte hierauf Canstein sich, ihnen die Harmlosigkeit der Zwecke des österreichischen Bündnisses zu beweisen. Uebrigens ermächtigte er die Herren zu weiteren Unterredungen mit den schwedischen Gesandten, deren Ergebniß er ihm mitzutheilen bat.[1] Er täuschte übrigens mit seinen Versicherungen die Braunschweiger nicht mehr, die jetzt annahmen, daß alles, was er vorgebracht, nur gesprochen sei, um weiteren Aufschub zu verursachen; es werde ihm, meinte Otto, kaum gelingen, dadurch den Verdacht zu heben, daß es dem Kurfürsten kein rechter Ernst mit der Allianz sei und er nur die Gemüther sondiren wolle.[2] Aber auch Canstein durchschaute sie. Vor dem Hause Braun-

[1] Bericht Cansteins vom 13. (23.) März. — Berlin. U. A. VIII, 547.

[2] Otto am 16. (26.) März. — Hannover.

schweig glaubte er den Kurfürsten in gleichem Maße wie vor den Schweden warnen zu müssen. Die Braunschweiger, bemerkte er, suchen ihr Werk vermittels der bewußten Allianz und dem zu machen, was man mit Frankreich vorhabe, während sich die Schweden um Aufnahme in die Allianz bemühen, damit, wenn ihnen dieselbe auch keine große Hülfe brächte, doch der Kurfürst derselben benommen sein möchte. Gerade deshalb aber, so rieth Canstein, werde es um so nothwendiger, lieber mit, als von der Partei ab zu sein.[1]

Richtig war es nun freilich, daß Schweden nunmehr größeren Eifer als zuvor für die Allianz zeigte, einmal wohl wegen der gleichzeitigen Annäherung Frankreichs und dann, weil endlich der Kurfürst von Mainz und Genossen sich zu dem Zugeständniß herbeigelassen, daß man in dem Recesse von der bewußten Klausel wegen Nichteinmischung in die gegenwärtigen Kriege Schwedens abgehen wolle. Eine Folge der Errungenschaften Karl Gustavs gegen Dänemark und der dadurch wachgerufenen Besorgniß der deutschen Fürsten vor weiteren gewaltsamen Unternehmungen des siegreichen Eroberers. Man hatte das Gefühl, wie wenn der unruhige Mann sich in's ungemessene hinein vertiefen werde.[2] Man beugte sich aus Angst vor Verwickelung mit dieser in so wunderbarer Weise neu gekräftigten Großmacht und räumte das von ihr bisher beanstandete Hinderniß aus dem Wege, ohne es jedoch ganz zu beseitigen, da man übereinkam, in einem noch besonders zu vereinbarenden Nebenrecesse eine Formel zu finden, kraft deren man hoffen durfte, den nach wie vor festgehaltenen Zweck der Nichtverwickelung in die wagnißreiche und vermuthlich verhängnißvolle Politik des kriegslustigen Monarchen zu erreichen. Und auch die Schweden lenkten in diesen Ausweg ein, da sie die ihnen sonst noch aus der Allianz, zumal im Falle des Beitrittes der Krone Frankreich, winkenden Vortheile nicht von der Hand weisen zu dürfen vermeinten. Schon im März galt es für gewiß, daß sie schließen würden, jedoch ohne Brandenburg. Ebenso

[1] Bericht Cansteins vom 16. (26.) März. Berlin. Er gibt eine Aeußerung Björnklou's wieder: Was man auf S. Kfl. D. groß hierunter Hoffnung sich zu machen, da der Herr v. Jena selbst ihm wohl so viel zu verstehen gegeben, daß dergleichen Bündnisse E. Kf. D. wenig achteten und solche wenig Verbindlichkeit und Nachdruck hätten, so daß er sich dessen bedient, um E. Kfl. D. Intention odios zu machen.

[2] Otto am 9. (19.) März: Obschon die katholischen Kur- und Fürsten den Krieg zwischen Schweden und Dänemark bisher insgeheim beklagt und nicht gern gesehen, so verspürt man doch, daß ihnen viel beschwerlicher falle, daß Schweden durch die daher erlangten Accessionen und andre Mittel den Krieg ferner zu führen also verstärkt und ganz septentrionem terra marique gleichsam zu seiner ungehinderten Disposition erlangt. — Hannover.

fest nahm man an, daß auch Braunschweig und Hessen nicht ohne Schweden beitreten würden.[1]

Da auf diese Weise alles zur Wiederaufnahme der seit Monaten ruhenden Verhandlungen drängte, suchten Canstein und der mittlerweile in Frankfurt wieder angelangte Jena beim Kurfürsten um bestimmte Weisung wegen seines Beitrittes nach: sie müßten doch wissen, ob er trotz der Theilnahme von Schweden, Frankreich und Neuburg den Receß mit vollziehen wolle oder nicht.[2]

Aber am nämlichen Tage schon hatte der Kurfürst entschieden und verfügt, daß er in Uebereinstimmung mit den von Canstein angeführten Gründen der Ansicht sei, daß er sich von dieser Vereinigung nicht ausschließen lassen dürfe, weshalb dieses Werk wie bisher also zu lenken sei, daß er, der Kurfürst, nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern von den Betheiligten noch weiter gesucht werden möge.[3]

Als die Braunschweiger nach der Ankunft Jena's nachfragten, ob er die von Canstein mehrfach in Aussicht gestellte Vollmacht mitgebracht, konnte dieser nichts aufweisen und suchte es mit Beschleunigung der Abreise Jena's zu entschuldigen; übrigens, meinte er, habe es, als er ihnen Hoffnung darauf gemacht, nicht die Meinung gehabt, als ob vom Kurfürsten eine Instruktion zum Schlusse in der Alliauzsache oder überhaupt dem Werke näher zu treten, einkommen würde. Um aber doch einigen Eifer zu zeigen, schlug Canstein schließlich vor, daß die

---

[1] Schmising in einem undatirten Schreiben aus dem März an den Bischof. — Münster. Die Schweden äußerten zu den Braunschweigern ihren guten Willen zur Allianz, zumal nach dem Abschluß des Friedens mit Dänemark und bei starker Hoffnung auf endlichen Frieden mit Polen, den allein Brandenburg erschwere, weil es sich zu tief mit diesem und Ungarn eingelassen und „dadurch mit den übrigen Unirten und Invitirten widrige consilia und Gedanken führen solle und consequenter in einem foedere nicht würde stehen können." Bericht Otto's vom 20. (30.) März. — Hannover.

[2] Bericht vom 23. März (2. April). — Berlin. U. A. VIII, 489.

[3] Erlaß an Canstein vom 23. März (2. April). — Berlin. Hierin heißt der Kurfürst auch die von Canstein dem Kurfürsten von Mainz und dem braunschweigischen Gesandten gemachten Eröffnungen gut, zumal wegen der Defensivallianz mit Oesterreich, wobei er sein Befremden ausdrückt, daß die Minister des Königs von Ungarn hierin so variiren und die Allianz bald zugestehen, bald wieder läugnen wollen und ihn in Frankreich wegen Antreibens, in Polen aber wegen Säumniß zu graviren suchen. „Ihr könnt Alle, die Euch hiervon Meldung thun werden, beständig versichern, daß unsre Intentionen nur einzig und allein auf Erhaltung des Friedens im Reich gerichtet sind und alle bisher geführten consilia nirgends anders hinzielen. Indessen aber wird es uns gleichwohl auch sehr lieb zu vernehmen sein, auf was für Wege die Braunschweiger und Andre es zu richten getrauen, damit uns in diesen Reichslanden vollkommne Sicherheit geschafft werden möge".

Gesandten der Evangelischen mit Ausnahme der Schweden, mit denen es diesmal sich nicht schicken wolle, wenn möglich noch in dieser Woche zur Berathung zusammenkommen möchten, um zu versuchen, wie weit man vor Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Unirten sich untereinander vergleichen könnte. Ein alsdann neu entworfener Aufsatz würde dann dem Kurfürsten als Grundlage für weitere Instruktionen zuzustellen sein.[1] Canstein begegnete mit seinem Vorschlage nur einem Mißtrauen. Die Berufung zu der in Anregung gebrachten Zusammenkunft ließ auf sich warten. Als Vorwand mußte die Erledigung der durch die Ankunft des Königs Leopold verursachten vielen Besuche herhalten.[2] Canstein änderte daher seinen Vorschlag dahin ab, daß es nach dem Rathe Boineburgs wünschenswerth erscheine, auch Jemand von den Invitanten zu diesen Unterredungen zuzuziehen. Dies nahmen die Braunschweiger an und ersuchten schleunigst den Kanzler Mehl, eine Versammlung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zu berufen.[3]

Den Mainzern kam dies eben recht. Immer rücksichtsloser hatte Boineburg bereits öfters erklärt, daß man bei längerem Aufziehen durch Brandenburg auf dieses nicht mehr warten dürfte, obschon man ihm die Thüre offen lassen könnte. An Schwedens Beitritt war seiner Ansicht nach nicht mehr zu zweifeln und, falls es Schwierigkeiten machen sollte, könnte man es ja gleichfalls draußen lassen. Man werde zur Defension auch so stark genug sein, selbst wenn auch schließlich Frankreich nicht mit beitreten sollte. Wäre doch neuerdings sogar der Kurfürst von Sachsen hierzu geneigt.[4]

Eitel Prahlen, bestimmt zur Anfeuerung der Braunschweiger und Hessen.

Noch ein Wort über die Haltung Frankreichs. In seinem Interesse lag ein offener Bruch zwischen Schweden und Brandenburg mit nichten, weshalb es auch den von Schweden geforderten Ausschluß des letzteren

---

[1] Bericht Otto's vom 23. März (2. April). — Hannover. Cansteins Reden machten den Eindruck „konfuser". Man könne nicht wissen, meinte Otto, ob Canstein von den wahren, geheimen Plänen seines Herrn gründliche Information habe. Diese Umschweife und Hinhaltungen könnten nicht mehr befremden, seitdem man durch Björnklou wisse, daß der Kurfürst durch den schwedischen Gesandten Schlippenbach dem König habe entbieten lassen, daß dieser an dieses Allianzwerk sich gar nicht zu kehren noch einige Rechnung darauf zu machen hätte, weil die unirten Katholischen zu ihrem Vortheil die Evangelischen nur zu sondiren suchten, wodurch dann auch beim König allerhand Mißgedanken erweckt und daher auch seinerseits die Sache seither so stark nicht getrieben worden wäre.

[2] Otto am 27. März (6. April). — Hannover.

[3] Bericht Otto's vom 6. (16.) April. — Hannover.

[4] Otto am 23. März (2. April). — Hannover.

von der Allianz für nicht rathsam erachtete. Trotz der Beschwerden also, welche Frankreich gegen Brandenburg wegen seiner österreichisch-gesinnten Politik geltend zu machen hatte, die es auch nicht verhehlte, versprach doch Gramont den Braunschweigern, daß er seinen ganzen Einfluß bei den Schweden anwenden wolle, um den Bruch mit Brandenburg aufzuhalten. Dazu gehörte aber vor allen Dingen ein weiteres Zusammengehen der Beiden in der Rheinbundfrage, von dessen Nothwendigkeit die Franzosen in ihrem eigenen Interesse Björnklou zu überzeugen verstanden. Denn auf ihren Einfluß dürfte es wohl zurückzuführen sein, daß die Schweden nun plötzlich keine Abneigung mehr gegen weitere Verhandlungen zusammen mit Brandenburg blicken ließen. Nachdem sie erst kurz vorher ganz schroff als Bedingung ihres Beitrittes den Verzicht Brandenburgs auf die Allianz mit Polen und Oesterreich gestellt, überraschten sie nun durch die Versicherung, daß bei einigem Entgegenkommen des brandenburger Kurfürsten noch Hoffnung auf Erhaltung guter Freundschaft zwischem ihm und ihrem König vorhanden wäre, sowie durch den Rath, daß man mit den Brandenburgern glimpflich verfahren und ihnen keine Ursache geben möge, die Allianz abzubrechen.[1] Damit hätten die Braunschweiger, wenn anders es ihnen ein rechter Ernst mit Brandenburg gewesen, zufrieden sein dürfen. Allein, schon machte sich eine neue Strömung geltend, das Ergebniß der magdeburger Konferenzen, zu Ungunsten Brandenburgs. Schon sprach Witte von Celle offen aus, daß man die Allianz ohne Brandenburg schließen werde, falls dieses die Sache auf die lange Bahn schieben würde, während Heyland doch wenigstens noch bemerkte, daß man ihm immerhin den späteren Eintritt vorbehalten könnte.[2]

Und auch Björnklou's Eifer war wie ein Strohfeuer erloschen. Kurz vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen fand Otto ihn zum Allianzgeschäft ganz lässig und schweigsam, und erst auf des letzteren Drängen gab er soviel zu verstehen, daß man doch erst sicher sein müßte, wie Brandenburg zur Zeit mit dem König von Ungarn stände und ob sein Bündniß mit diesem seine Aufnahme in die Allianz zulassen wolle.[3]

Unter solchen Zeichen erfolgte durch das kur-mainzische Direktorium die Ansage für die erste neue Sitzung zum 17. April.

---

[1] Bericht Otto's vom 30. März (9. April). — Hannover. Köcher, S. 246. 47.

[2] Berichte Schmisings vom 11. und 13. April. — Münster.

[3] Otto am 6. (16.) April. — Hannover.

32.

Wiedereröffnung der Verhandlungen. Der zweite Entwurf zum Recesse.

Zur Sitzung am 17. April, auf deren Tagesordnung die Beibringung fernerer Erinnerungen zum Entwurfe des Bundesrecesses, wie er nun schon seit gerade vier Monaten vorlag, gesetzt ward, erschienen die Vertreter sämtlicher Invitanten und die der Invitirten mit Ausnahme der Schweden. Das mainzische Direktorium hatte letzteren keine Ladung zugehen lassen. Dies erregte natürlich Aufsehen und schien es, als ob eine Absicht dahinter verborgen wäre. Mehl entschuldigte es mit der Unachtsamkeit des ansagenden Boten. Auf besonderen Antrag der evangelischen Bank, bei welcher Besorgniß vor Anstoß bei den Schweden entstanden, wurde zu Snoilsky geschickt, der sich auch wirklich noch einstellte.

Ganz kurz, nur mit geschäftsmäßigen Worten eröffnete Mehl die Sitzung und forderte die Gesandten der Eingeladenen zur Aeußerung ihrer ferneren Bedenken zu dem genannten Entwurfe auf. Canstein richtete, ehe er hierzu das Wort nahm, an den Körper der Unirten die Anfrage, ob sie denn nicht selbst einige Erklärungen abzugeben hätten. Ein Nein war die Antwort. Darauf ergoß sich von Cansteins Lippen eine wahre Fluth von Abänderungsvorschlägen von theilweise recht einschneidender Bedeutung. Er stärkte damit nur die Ueberzeugung Aller, daß es Brandenburg auf Erschwerung und Verschleppung, wo nicht gar auf ein Scheitern der Verhandlungen ankomme. Obschon, was Canstein selbst betrifft, dieser von solchen Absichten weit entfernt war, sondern vielmehr seines Herrn Ausschluß von dieser Allianz mehr schädlich als die Einnehmung erachtete. Wir sahen aber, wie es ihm im Sinne seines Kurfürsten oblag, zumal bei der Unsicherheit des Verhältnisses zu Schweden, so viel Umstände als möglich bei der Hand zu halten, deren er sich bedienen könnte, wenn es noch rathsam erscheinen sollte, von der Allianz Abstand zu nehmen.

So tauchte denn heute vor allen anderen Fragen wieder die der westphälischen Kreisverfassung auf; Canstein stellte sie den Anwesenden in aller Eindringlichkeit vor. Kur-Köln aber meinte, diese Sache gehöre nicht hierher. Auch die Forderung nach der Einwilligung der Domkapitel kehrte wieder. Sodann wünschte Brandenburg eine genaue Begrenzung der Gerechtsame und Befugnisse des Kriegsrathes, damit derselbe in

wichtigen Dingen nicht selbständig sondern in Abhängigkeit von dem Willen der Prinzipale handele. Ferner erfolgte die Frage, ob unter die Assistenzfälle auch die zur Zeit schwebende Angelegenheit des Bischofs von Münster mit seiner Stadt gerechnet werden solle, des weiteren auch, ob die Verfolgung des Angreifers und seiner Genossen stattfinden solle, unter Hinweis auf die Möglichkeit eines solchen Falles, wenn z. B. Prinz Condé, obschon ein Bundesgenosse der Spanier, doch ohne Unterstützung spanischer Völker einen der Alliirten anfiele und zurückgeworfen würde; ob dann derselbe auf spanisches Gebiet verfolgt werden sollte? Als eine weitere Mahlstatt für die Kriegsräthe in Nothfällen wurde dann auch noch Magdeburg vorgeschlagen. Verlangt wurde auch eine Erklärung, auf welchen Fuß der Anschlag der Quoten bemessen worden; und gewünscht die weitere Einladung von Kur-Pfalz, der beiden fränkischen Brandenburgs, von Württemberg und Baden-Durlach, und schließlich die Mittheilung der bisher noch unbekannten Bedingungen, unter welchen der gerüchtweise gemeldete und dem Kurfürsten an und für sich nicht unangenehme Beitritt Frankreichs erfolgen solle. Unwichtiges sei hier übergangen. Die Frage wegen Führung mehrerer Voten im Kriegsrath, an welcher sonst dem Kurfürsten nicht wenig gelegen, unterließ Canstein mit Absicht, um nicht mehr Aufsehen zu erregen, als ob der Kurfürst hierin eine besondere Präeminenz vor Anderen suche, was vor allen Dingen zu vermeiden war. Canstein meinte, daß vor dem Schlusse noch Zeit und Gelegenheit genug sein werde, um diesen Punkt nach Wunsch zu erledigen. In diesem Sinne behielt er seinem Herrn überhaupt allezeit noch die Beibringung weiterer Erinnerungen vor Schluß der Verhandlungen bevor. Doch versicherte er, daß sein Herr, nachdem er erkannt, daß diese Allianz den Reichssatzungen gemäß und zu des heiligen Reiches Beruhigung ersprießlich sei, keine Bedenken mehr wegen seines Beitrittes hege.

Trotzdem hatte die ganze Art Cansteins den längst gewonnenen Eindruck doch nicht verscheuchen können, daß Brandenburg nur, wie man es nannte, tergiversire.

So nahm denn nach beendigter Sitzung Boineburg die braunschweigischen Gesandten beiseite und fragte, ob unter diesen Umständen ihre Herren nicht endlich ohne Brandenburg schließen wollten. Diesmal lautete die unumwundene Antwort Ja. Doch wurden nähere Erklärungen erst nach Eintreffen neuer Weisungen nach Maßgabe des Erfolges der magdeburger Konferenzen in Aussicht gestellt.[1]

---

[1] Kur-kölnisches Protokoll vom 17. April 1658. — Düsseldorf. Bericht Cansteins vom 13. (23.) April. — Berlin. Otto's Bericht vom 10. (20.) April. — Han-

Und diese Weisungen blieben nicht lange aus. Wir erinnern uns, wie jene Konferenzen mit einer Verstimmung der Braunschweiger geendet, welche sie veranlaßte, auf einer am 17. April zu Peine zusammentretenden Hauskonferenz ein neues politisches Programm zu entwerfen. Dort ließ Wolfenbüttel vernehmen, daß es wegen der frankfurter Allianz bisher Bedenken gehabt, allein mit den Papisten zu schließen, aus welchem Grunde nur man Brandenburg und Schweden mit habe beibringen wollen. Dabei habe man auf jenes mehr als dieses stets Rücksicht genommen. Nun sei ein schleuniger Abschluß durchaus noch vor der Kaiserwahl unumgänglich geboten. Die Oesterreicher hätten das Werk nach Kräften gehindert, bisher freilich nur durch Kunstgriffe; nach der Wahl aber dürften viele andere Hindernisse, auch kriegerischer Art erfolgen. Als Grundsatz müsse man vor allen Dingen festhalten, daß man sich durch diese Allianz weder in die Kriege Schwedens noch die Brandenburgs verflechten lasse. Schweden habe nunmehr erklärt, das Bündniß nicht auf seine augenblicklichen Kriege ausdehnen zu wollen, und handele es sich nur noch darum, ob eine bezügliche Klausel dem Hauptreceß einzuverleiben oder in einen Nebenreceß zu bringen sei. Mit Brandenburg habe es jedoch nunmehr große Schwierigkeiten; es sei mehr als fraglich, ob es überhaupt beitreten könne, ohne die seinerseits getroffenen anderen Bündnisse zu verletzen. Jedenfalls sei die höchste Vorsicht anzurathen, damit man mit ihm nicht verwickelt werde, und müßte ausdrücklich bedungen werden, daß die Verbündeten Brandenburg Hülfe zu leisten in allen den Fällen nicht schuldig sein sollten, welche aus Anlaß der polnischen Wirren — und daraufhin konnten ja alle seine Verwickelungen gedeutet werden — den Krieg mit sich führten. Das Werk selbst sei wegen Brandenburg nicht mehr aufzuhalten: denn den Versicherungen, die von seiner Seite in Magdeburg gefallen, wäre nicht zu trauen. Auch dürften leicht die Oesterreicher durch Brandenburg das Werk hindern können. Wenn das fürstliche Haus sonst in sich einig, brauche es auf Brandenburg nicht zu warten. Man könne dessen Namen ja mit in den Receß setzen; wenn dann die brandenburgischen Minister in Frankfurt darauf angewiesen, könne es mit eingenommen werden, wenn aber nicht, so hätte man seine Pflicht gethan und fiele alles auf seinen Entschluß zurück. Celle führte noch weiter aus: Als man Schweden und Brandenburg eingeladen, um nicht ihnen allein die Waffen in den Händen zu lassen, wären Beide noch einig gewesen. Schwedens König hätte wenig Neigung zu den Bündnisse verrathen;

---

nover. Köcher, S. 247. Unter dem 20. (30.) April billigt der Kurfürst von Brandenburg die Votirung Cansteins. — Berlin.

auf die Frage des Kurfürsten von Brandenburg, was er davon halte, hätte er geäußert, das wäre eine Lapperei. Jetzt aber scheine Björnklou in anderem Sinne instruirt zu sein: doch sehe er wohl, daß er in den Bund nicht kommen könne, er müsse denn sein Interesse durch einen Nebenreceß wahren, was man auch geschehen lassen könne, da es genüge, wenn man nur in die jetzigen Kriege und die, welche daraus entspringen könnten, nicht mit verflochten werde. Schweden sei also mit zuzulassen. Brandenburg aber scheine hierzu keine besondere Begierde zu verspüren, wie man zu Frankfurt bemerken könne und es auch in Magdeburg erfahren habe. Doch könne man ja noch hoffen, daß es andere Pläne fassen möchte, wenn es sähe, daß alles auf dem Schlusse stände. Wenn es erklären würde, daß diese Allianz auf die jetzigen Aktionen und das, was daraus entspringen könnte, nicht gemeint sein sollte, so wäre leicht zu helfen. Zu Magdeburg habe man jedoch das Gegentheil verspürt. Brandenburg werde schwerlich auf die im Bunde verheißene Hülfe verzichten und folglich das nicht eingehen, was Schweden bereits angenommen. Wenn es aber im Hinblick auf zukünftige Fälle, nicht aber auf Gegenwart und Vergangenheit mit eintreten wolle, sei es aufzunehmen, wenn aber nicht, so sei mit ihm nichts anzufangen. Ferner noch auf diese Macht zu warten, wenn sie diese Bedingungen nicht eingehe, sei nicht thunlich. Kalenberg stimmte für den Schluß auch ohne Schweden und Brandenburg, während Celle zwar letzteres fallen ließ, ersteres aber auf alle Fälle zulassen wollte. Da auch Wolfenbüttel letzterem beistimmte, fiel als Beschluß des Gesamthauses Braunschweig: Brandenburgs Namen zwar in den Receß zu setzen und mit ihm zu schließen, wenn es die Bedingungen annähme und mit eintreten wollte, wenn aber nicht, um so sicherer mit Schweden und den Anderen abzudrücken; und würde Brandenburg alsdann das fürstliche Haus der Uebergehung nicht zu beschuldigen haben.

Mit Frankreich sei ferner auch zu schließen und habe man sich wegen dessen nur vorzusehen, daß es wegen der Wahlkapitulation keine Partikulargarantie fordere, wohin Mainz und Andere zu zielen schienen, was eine große Gefahr in sich schließe.[1]

Diesem Beschlusse gemäß erfolgte denn unter dem 13. (23.) April an die braunschweigischen Gesandten in Frankfurt die Gesamtinstruktion, Brandenburgs Beitritt zwar vor wie nach unter Bemühungen um Beseitigung aller Hindernisse zu befördern zu suchen, beim Drängen der Andern aber nicht länger auf diese Macht zu warten, sondern in Gottes

---

[1] Bericht des celleschen Geh. Kammerraths v. Gladebeck vom 7. (17.) April aus Peine. — Hannover. Köcher, S. 247.

Namen zu schließen, dem Kurfürsten jedoch auf allen Fall für späteren Zutritt freie Hand vorzubehalten. Wegen Schweden bestehe keine Schwierigkeit mehr, da es der Assistenz in seinen gegenwärtigen Kriegen sich durch einen Nebenreceß begeben wolle. Mit Frankreich sei abzuschließen; sollten sich aber deswegen neue Schwierigkeiten ergeben, wäre schleunig zu berichten, der Schluß mit den Andern aber unterdessen keineswegs aufzuhalten.[1]

Unmittelbar nach Kenntnißnahme dieser überaus wichtigen Weisungen benachrichtigten die braunschweigischen Gesandten ihren hessischen Kollegen Badenhausen davon. Der äußerte seine volle Zufriedenheit und glaubte in Aussicht stellen zu können, daß es seitens des Landgrafen an ähnlichen Entschlüssen nicht ermangeln werde. Alle einigten sich, nunmehr mit Thatkraft an das Werk zu gehen, damit Brandenburg merke, daß man zum Ende schreite und nicht viel mehr nach seinem Beitritt frage; auf diese Weise hoffte man allein noch mit ihm trotz alledem zum Ziele zu gelangen, falls dies noch sein Bündniß mit Polen und Oesterreich überhaupt zulassen würde.

Die Braunschweiger begaben sich auch zu Canstein; doch hielten sie für angemessen, der Bedingungen für die Miteinnehmung Brandenburgs, wie sie das Gesamtministerium des Hauses forderte, vorläufig noch keine Erwähnung zu thun, sondern berichteten sie ganz im allgemeinen, daß sie nunmehr Befehl erhalten hätten, den Schluß mit allem Fleiße zu betreiben. Canstein versicherte, daß er gleichen Befehl hätte, meinte aber, daß es noch darauf ankommen würde, wie man sich auf seine Erinnerungen vom 17. April erklären möchte. Vor allem aber stellte er die besonders heikle Frage, ob und wie weit man sich mit Schweden wegen seiner Reichslande gegen die Angriffe der Polen oder überhaupt die Feindseligkeiten, die aus Anlaß des polnischen Krieges schon eröffnet wären oder künftig zu besorgen sein würden, einzulassen habe und, ihm Beistand zu leisten, beschließen könne? Ein Achselzucken war die Antwort darauf.

Björnklou dagegen, welchem die Braunschweiger ebenfalls von den

---

[1] Gesamtinstruktion vom 13. (23.) April. — Hannover. Zu Peine wurde am selbigen Tage auch beschlossen, eine Gesandtschaft an den König von Schweden zu entsenden, ohne daß es zunächst zur Abschickung wirklich kam. Die damals entworfene Instruktion hierfür weist die Gesandten an, dem König die Freude der Herzöge über seinen Entschluß zur Miteingehung der Allianz auszudrücken, Beschleunigung der Angelegenheit anzuempfehlen und die Hoffnung auszusprechen, daß es noch gelingen möge, eine Verständigung zwischen ihm und Brandenburg zuwege zu bringen. Beim Zögern Brandenburgs werde man auch ohne dasselbe schließen, doch freie Hand für seinen späteren Beitritt offen lassen. — Hannover.

Entschlüssen ihrer Herzöge Mittheilung machten, zeigte sich ganz eifrig zum weiteren Fortgang in den Allianzverhandlungen; er sprach von des Königs Begierde zu diesem Werke, stellte aber dennoch alles auf das fernere Verhalten Brandenburgs, von dem man, wie er versicherte, übrigens neuerdings sich friedlicher Gesinnungen versehen könnte. Letztere Eröffnung verursachte angesichts der Bewegungen der schwedischen Armee, wovon man täglich mehr erfuhr, einigen Zweifel. Auf die naive Frage, ob es denn nicht möglich wäre, daß das schwedische Heer vorläufig noch in Schonen bleiben könnte, antwortete Björnklou denn auch lachenden Mundes, daß dieses unter den obwaltenden Verhältnissen eine Unmöglichkeit wäre.

Auch dem Kurfürsten von Mainz eröffneten die Braunschweiger, was ihnen von daheim zugekommen. Der war hocherfreut und versprach, baldigst zur Berathung ansagen zu lassen.[1]

So war denn endlich ein großer Erfolg erreicht. Johann Philipp war mit dem Hause Braunschweig am Ziele. Des Landgrafen von Kassel Nachfolge durfte, zumal bei seiner Hinneigung zu Schweden, gleichfalls als sicher angenommen werden. Mit Frankreich war man so gut wie einig, desgleichen mit Schweden bis auf die Formalitäten; mochte also der Brandenburger immerhin sein zweideutiges Spiel fortsetzen.

Aber war er denn der Einzige, an dessen gutem Willen zu zweifeln, vor dem man auf der Hut zu sein Grund hatte? Im Schooße der alten Muttereinigung selbst keimte ja im stillen die Saat des Oesterreichers munter auf. Die schwankende Haltung Christoph Bernards von Münster gab zu denken. Und der in der Wahlfrage schon längst von Oesterreich gewonnene Kurfürst von Trier ließ, je näher man beim Allianzwerke dem Abschlusse rückte, immer bedenklichere Neigung zur Absonderung von den alten Genossen erkennen. Die Verbindung mit Frankreich war ihm nicht genehm, ein deutscher Staatenbund im antiösterreichischen Sinne unannehmbar für ihn.[2] Der Kurfürst von Mainz sah es

[1] Alles nach dem Berichte Otto's vom 17. (27.) April. — Hannover.

[2] Otto a. a. O. erzählt gelegentlich der Berichterstattung über die Audienz beim Mainzer Kurfürsten: Als dabei des hier gemeinen Geschreies gedacht worden, daß auch Trier wider Frankreich nicht gute Gedanken führe und fast gemeint sein soll, durch Antrieb seiner spaniolisirten Minister die spanische Partei entweder zu fomentiren oder gar zu nehmen und sich dabei auf österreichische Assistenz zu steuern, ein solches aber sowohl im ganzen Reich als auch bei der Defensivallianz nicht wenig Ungelegenheit verursachen würde, gab der Kurfürst diesem Gerücht Beifall, erkannte die daher drohende Gefahr an, hielt dafür, daß wir oder Jemand unseres Mittels mit den kur-trierischen Ministern, besonders dem Kanzler Anethanus darüber zu kommunizieren und ihm das Werk in seinem Effekt in etwas ab- und vorzubilden hätten,

kommen, daß Karl Kaspar nicht mit schließen werde. Schon dachte er deshalb daran, ihm auch die alte rheinische Liga, die eben wieder erneuerte, zu kündigen, also jede engere Verbindung mit dem Abtrünnigen überhaupt zu lösen. Vorher aber noch verfiel er auf den sonderbaren Gedanken, die Leiter des kur-trierischen Kabinets durch die braunschweigischen Gesandten ausforschen und auf sie in einem der Allianz günstigen Sinne einwirken zu lassen. Die Braunschweiger nahmen es ernst mit dieser Aufgabe; sie wandten sich an den Kurfürsten Karl Kaspar selbst, welchem es gelang, sie durch einen gewissen zur Schau getragenen Eifer für die Allianz gründlich zu täuschen. [1]

Alles stand im Zusammenhange mit der Frage der Kaiserwahl, welche nunmehr, als Ende April und Anfang Mai die Kurfürsten von Köln und von der Pfalz ihren Einzug in Frankfurt gehalten, in den Vordergrund aller Interessen gerückt ward. Schon längst handelte es sich hierbei ja nicht mehr um die Person des zu Erwählenden, sondern um die Formulirung der Wahlkapitulation. Wer nur irgend eine Beschwerde gegen das Haus Oesterreich auf dem Herzen hatte — und deren Zahl war keine geringe —, irgend eine Gefahr, eine Beeinträchtigung etwelcher Gerechtsame besorgte, der drängte sich an die Kurfürsten, bei welchen er die größte Theilnahme für diese seine Interessen voraussetzen zu dürfen vermeinte. Auch allem Anscheine nach jeder Beziehung zum künftigen Kaiser fernliegende Angelegenheiten, wie beispielsweise die Sache des Bischofs von Münster gegen seine Stadt, gedachte man hier vermöge der Kapitulation zum Austrag zu bringen. Und je nach dem Grade des Vertrauens, welches Der oder Jener zu dem Hause Oesterreich trug, je nach dem Maße der Hoffnungen oder Befürchtungen, die man auf den zukünftigen Kaiser stellte, gestaltete sich die Gruppirung der Stände des Reiches. Und alle Widersacher des Königs Leopold und seines Hauses gesellten sich zur Partei seiner Feinde, der Schweden und Franzosen, der eine durch Sonderverträge, wie der Pfälzer, die Andern durch den Rheinbund. Daß die Stärke dieser beiden auswärtigen Mächte die Schwäche der deutschen Nation bildete, davon schien den Rheinbündlern das rechte Bewußtsein zu mangeln. [2] Johann Philipp

---

welches wir in Bedenken genommen. In omnem eventum deteriorem hielt der Kurfürst dafür, daß Trier von den unitis das foedus defensivum (die alte kölnische Allianz) würde müssen aufgekündigt werden. — Hannover.

[1] Bericht Otto's vom 24. April (4. Mai). — Hannover.

[2] Zu Schmising bemerkte der Mainzer Kurfürst: Es werde keine Gefahr sein, wenn man mit Frankreich auf den Fuß des Friedensschlusses und soweit, als es dessen im Reich gelegene Lande belange, zu keiner Offension, sondern zu einer zulässigen Defension traktire. Den Katholischen könne nie geholfen werden, außer wenn

von Mainz war geblendet und sein Ehrgeiz feierte den höchsten Triumph, als er im Vereine mit Max Heinrich von Köln neben Wilhelm Fürstenberg seinen Rath Blum nach Frankreich und Spanien entsenden durfte, im eitlen Wahne, daß man dort nur auf ihren weisen Rath gewartet habe, um den Frieden zu schließen. Die Sendung dieser kurfürstlichen Staatsmänner nahm sich aus wie praktische Politik, war's aber nicht. Wie konnte die Ohnmacht sich erkühnen, in dem großen Widerstreite zweier Weltmächte das erlösende Wort finden und gebieten zu wollen? Und zumal wenn diese Friedensstifter der einen dieser Mächte sich in die Arme zu werfen, der andern in ihrem Freunde, dem künftigen Kaiser, durch die Aufdrängung einer schimpflichen Kapitulation eine Beleidigung anzuthun sich anschickten. Wahrlich, so sehr auch Johann Philipp und der Kölner ob der Grobheit Peneranda's zeterten, als er, wie sie sagten dem Völkerrecht zuwider, die Sendung der Friedensemissare zu vereiteln strebte: der stolze Spanier war nicht im Unrecht, als er dieser anmaßlichen Ohnmacht gegenüber mißachtende Worte fallen ließ. Freilich wurde dadurch der Riß nur noch klaffender, der Gegensatz der Rheinbündler zu Spanien und Oesterreich immer schneidender, ja, man darf es wohl sagen, der Rheinbund eine politische Nothwendigkeit für die, wenn auch durch eigene Schuld, mit dem zukünftigen Reichsoberhaupte noch vor seiner Wahl Entzweiten. Und noch konnten diese hoffen, im Reiche die stärkere Partei zu bilden; eine stattliche Reihe von Fürsten und Kurfürsten im Bunde mit Frankreich und Schweden, den waffenmächtigen; in Frankreichs Solde, wenn auch nicht im Rheinbunde selbst, der Kurfürst von der Pfalz, vielleicht auch der Herzog von Württemberg, mit Schweden liebäugelnd der darmstädter Landgraf. Und noch war die Haltung des brandenburger Kurfürsten, wie man immer noch hoffte, nicht vollkommen entschieden gegen Schweden, nicht bedingungslos trotz des abgeschlossenen Bündnisses für Oesterreich.[1] Hat doch Brandenburg im Verlaufe der Unterhandlungen um die Kapitulation

---

Frankreich und Spanien Frieden machen, wozu aber niemals zu gelangen, es wäre denn, daß man Spanien und Frankreich beiden die force, so sie von Deutschland haben können, abschneide, dazu kein besser Mittel wäre, als alle kriegenden Kronen mit solchen Defensionsallianzen im Zaume zu halten. Auch er, der Kurfürst, traue ja weder Spanien noch Frankreich, er werde daher so behutsam gehen, daß daraus keine Gefahr entstehen solle. — Bericht Schmising's vom 1. Mai 1658. — Münster.

[1] Schmising's Bericht vom 1. Mai: Der Kurfürst von Brandenburg fällt jetzt denjenigen Kurfürsten bei, welche wollen, daß den Franzosen per futuram capitulationem die Sicherheit gegeben werden solle, daß das Haus Oesterreich in Deutschland, den Staaten, noch in Brabant directe vel indirecte assistiren solle, auch hält man dafür, daß er die österreichische Partei wieder verlassen werde und wo nicht ganz mit seiner Soldateska den Schweden beitreten, so doch wenigstens sich neutral halten wolle.

mehr als einmal deutlich offenbart, daß es nicht in allen Stücken dem Hause Oesterreich Folgschaft zu leisten gesonnen. Vorzugsweise durch die Rücksicht auf das nationale Interesse bestimmt, hat es die Wahlfrage nicht gänzlich im habsburgischen Sinne, nicht völlig im antifranzösischen zur Entscheidung gebracht. Und diese Haltung Brandenburgs war es, welche den Franzosen in ihrem eigenen Interesse eine immerhin nicht unfreundliche Gesinnung gegen dasselbe zur Schau tragen hieß. Deshalb erfolgte auch kein offener Abbruch der Allianzverhandlungen mit Brandenburg und darauf zurückzuführen ist wohl auch die den thatsächlichen Beziehungen Brandenburgs zu Schweden nicht entsprechende verhältnißmäßig freundliche Stimmung Björnklou's und Snoilsky's gegen Canstein trotz allen Tergiversirens von dessen Seite.

Auf den 29. April war wiederum zum Rathgange in Allianzsachen angesagt. Da am 17. nur Brandenburg votirt hatte, sollten die Abgeordneten der übrigen Invitirten mit ihren letzten Erinnerungen zum Allianzreceß vernommen werden. Der Gesandte von Schweden-Bremen eröffnete seinen Vortrag mit einer Klage über das langsame Fortschreiten der Verhandlungen um das gemeinnützige Werk, welches, wenn es vollendet gewesen wäre, alle Ungelegenheiten in den Kreisen Ober- und Niedersachsen verhindert haben würde. Schweden könne keinerlei Vorwurf wegen Saumseligkeit treffen, vor Monaten schon wäre des Königs Vollmacht übergeben. Eine Hauptschwierigkeit bestehe wohl in der Weitläufigkeit des Recesses, der sich mit zu vielerlei Vorfällen beschäftige, ohne eine Vollständigkeit erreichen zu können, wenn man nicht Kautelen bis in's unendliche hinein erdenken wolle. Hauptsache sei doch der Punkt der gegenseitigen Vertheidigung und Hülfeleistung und in diesem werde Schweden mit der Majorität gehen, auch wegen seines Beitrages sich in aller Billigkeit finden lassen. Die Zuziehung der Krone Frankreich und anderer deutschen Stände mehr erscheine jetzt nothwendig, zumal da das Werk ziemlich ausgearbeitet und damit der Einwand gefallen wäre, daß durch solche Verhandlungen nur Schwierigkeiten und Verzögerungen hervorgerufen würden.

Darauf erklärte Wolfenbüttel sich zu schleuniger Beförderung geneigt, weshalb es auch durch fernere Erinnerungen das Werk nicht aufhalten wolle: doch behielt es sich die Nothdurft auf die noch ausstehenden endlichen Erklärungen der Invitanten bevor. In gleichem Sinne etwa lauteten die Erklärungen von Celle und Hannover. Kassel bezog sich

— Und der Kurfürst von Mainz hatte zu Schmising geäußert: man möge Brandenburg nicht trauen, wie wenn es gut österreichisch wäre; sein Interesse sei zu eng mit dem der Schweden verbunden. — Münster.

auf seine Abstimmung vom 22. December vergangenen Jahres und verlangte, daß man besonders noch in dem Bundesvertrage ausdrücke, daß man durch denselben sich beim Friedensschluß und demjenigen zu erhalten bezwecke, was aufgrund desselben einem Jeden zukomme. Dann erfolgten von seiner Seite noch eine Reihe Verbesserungsvorschläge, welche alle darauf hinauszielten, jeden Anlaß zu Mißverständnissen im Recesse auszumerzen, im übrigen aber kaum erwähnenswerth erscheinen. Doch hielt es bemerkenswertherweise die alte Forderung auf die Einwilligung der Domkapitel auch heute wieder aufrecht. Weitere Erinnerungen hielt es sich ganz in Uebereinstimmung mit Wolfenbüttel bevor. Daher man sich zu dem Beschlusse einigte, daß nunmehr die Invitanten auf die von der andern Seite in den verschiedenen Sitzungen vorgebrachten Verbesserungsvorschläge sich möglichst bald erklären sollten, damit der Sache dermaleins ein Ende gemacht werden könnte.[1]

Zunächst kam es also ganz allein darauf an, welche Stellung die Invitanten zu den vielfachen, ihnen unterbreiteten Erinnerungen endlich nehmen, was sie gutheißen oder verwerfen und was sie noch ihrerseits an Vorschlägen beizubringen haben würden. Ihre Berathungen hierüber verzögerten sich einige Zeit durch die nunmehr gerade schwunghaft betriebenen Verhandlungen im Kurfürstenkolleg über die Wahlangelegenheit, zumal in der Frage von des Reiches Sicherheit: täglich saßen die Herren Kurfürsten mit ihren Ministern drei bis vier Stunden hierüber zu Rathe. Das Ergebniß war eben jene Sendung des jüngeren Fürstenberg und Blums nach Frankreich und Spanien und die Abfertigung von Friedensaufforderungen an alle streitenden Mächte sowie diejenigen, bei welchen ein Ausbruch von Feindseligkeiten zu erwarten stand.[2]

Am 7. Mai aber versammelten sich die Gesandten der kölnischen Ligisten, um die Erinnerungen der Eingeladenen mit den ihrigen zu vergleichen. Trier versicherte, daß der Kurfürst den besten Willen zu dem ganzen Werke habe und eine baldige Endschaft wünsche. Doch halte man dafür, daß zuvor unter den deutschen Ständen die Allianz geschlossen und über die Aufnahme Frankreichs erst dann berathen werden sollte, wenn dieses sich angemeldet haben würde. Dann lehnte es die Forderung der domkapitularischen Einwilligung ab, forderte eine Veran-

---

[1] Protokoll vom 29. April. — Düsseldorf. Berichte Otto's und Canstein's (mit Jena zusammen) vom 20. (30.) April. — Hannover und Berlin.

[2] Siehe Diarium Europaeum I. S. 701 ff. zum 24. April (4. Mai) 1658, woselbst auch die Briefe des Kurfürstenkollegiums an die Könige von Spanien und Frankreich, Böhmen-Ungarn, Polen und Schweden, sowie an den Kurfürsten von Brandenburg.

lagung der Quoten nach dem Fuße eines freiwilligen Uebereinkommens und fand auch gegen die von Brandenburg gewünschte Herbeiziehung weiterer Theilnehmer nichts einzuwenden, nur daß erst ihre Anmeldung abzuwarten wäre und der Schluß dadurch nicht aufgeschoben werden dürfte.

Da dieses, wohl unerwartete, Votum den Eindruck aufkommen ließ, als würde man auf diese Weise nicht schnell genug zum Ziele gelangen können, erhob das mainzische Direktorium den Vorschlag, einfach den Entwurf vom 17. December artikelweise vorzulesen, die Erinnerungen der Protestanten zu prüfen, eigene vorzubringen und danach einen neuen Receß zu fertigen. Dies schlug durch.

In drei rasch hintereinander folgenden Sitzungen kam man zu Ende.[1] Bemerkenswerth war die Haltung Neuburgs. Es forderte, eingedenk der Drohungen Hollands mit Repressalien, derartige Fälle im Recesse eigens mit vorzusehen. Es bekämpfte ferner das von Brandenburg wegen der westphälischen Kreisverfassung gestellte Verlangen auf's lebhafteste und besonders die Forderung, daß beim Schließen dieser Allianz die jener Verfassung entgegenstehenden Schwierigkeiten wirklich möchten gehoben werden. Es schien ihm und schließlich auch seinen alten Bundesgenossen gerade genug, daß des westphälischen Kreises überhaupt im Recesse besondere Erwähnung geschehen sollte; ein weiteres Zugeständniß an Brandenburg schien undenkbar. Auf Neuburgs Vorschlag ist ferner ein Beschluß zurückzuführen, wonach die Invitanten unter Hinweis auf ihr Beispiel mit dem Bundesfeldherrnamte Reuschenbergs der Gegenseite anheimgeben wollten, sich auch ihrerseits einen General zu erkiesen, doch vorbehaltlich der oberherrlichen Gerechtsame desjenigen Fürsten, in dessen Landen etwa die Aktion sich abspielen würde. Einen sehr schwülstigen Zusatz brachte Münster in Vorschlag, durch welchen dem Bischof gegen die Auflehnung seiner Stadt und der dieselbe begünstigenden Landstände und gegen deren Zettelungen mit den General-Staaten in ganz besonders verbindlicher Form Hülfe zugesichert werden sollte. Als Schirmverwandte namhaft zu machen einigte man sich über das Stift Thorn, die Abtei Kornelimünster, die Grafen v. Manderscheid-Blankenheim, die Herren von Reekem und die Stadt Aachen. Als ein wesentlich verbessernder Zusatz wurde der Vorschlag Kassels begrüßt, unter den Zwecken des Bundes den Schutz des westphälischen Friedens und des Genusses desselben besonders mit auszudrücken. Hingegen waren Alle darin einig, daß man die Forderung des Konsenses der Domkapitel entschieden ablehnen müsse. Die Abfassung einer Instruktion

[1] Protokolle vom 7., 10. und 11. Mai. — Düsseldorf und Münster.

für die Kriegsräthe und einer Verpflegungsordonnanz für das Bundesheer ließ man sich gefallen. Einen Aufenthalt hatte die Forderung Münsters verursacht, wonach das alte Quantum aufgrund der Reichsmatrikel umgeändert werden sollte. Das Mißverhältniß der einzelnen Leistungen beim bisherigen Anschlag war ja augenfällig, Christoph Bernard war zu hoch, der mainzer Kurfürst zu gering bemessen. Aber gerade darum begegnete Schmising einem besonderen Widerstande der Mainzer, die ihm einfach bedeuteten, daß noch bei Anwesenheit Bispings beschlossen worden wäre, alles beim alten zu lassen, und daß es zur Zeit nicht angehe, über Aenderungen zu reden; jeder Aufenthalt sei zu meiden. Schmising mußte sich bescheiden.[1]

Noch am Nachmittage des 11. Mai wurden die Gesandten der Invitirten berufen und ihnen die Zusätze und Zustimmungen der Alliirten mitgetheilt. Die Braunschweiger erklärten sich befriedigt, nur daß ihnen das Wort Repressalien Bedenken einflößte. Dörnberg hatte nichts einzuwenden. Nur Canstein blieb seiner Rolle getreu und erhob immer neue Ausflüchte, redete nur in allgemeinen Wendungen und verwies heute in allem auf seinen Kollegen Jena, der sich noch nicht vollständig aus den Protokollen unterrichtet habe, weshalb er um einen neuen Aufschub in den Verhandlungen nachsuchen müßte.[2]

Dieser wurde gewährt bis zum 17. Mai, wo man wieder zusammenkam. Auf der Tagesordnung stand die Erklärung der Invitirten auf die letzten Erinnerungen der Ligisten. Canstein verlangte vor allen Dingen eine Erläuterung des Wortes Repressalien. Dann betonte er nochmals seinen Vorschlag, die Erhaltung der Präeminenz und der einem Jeden zustehenden Rechte und Gerechtsame und besonders die Wahrung der deutschen Freiheit ausdrücklich mit unter den Zwecken des Bundes aufzuführen. Auch hielt er für zweckmäßig, einen Termin von vier, höchstens sechs Wochen zu benennen, innerhalb dessen auf Anrufen die Hülfeleistung zu erfolgen haben solle. Der Zusatz Münsters, welcher auf Bändigung der Stadt und der Landstände abzielte, dünkte ihm überflüssig, da doch das schon vorhandene Wort „innerliche Empörung“ alle solche Fälle vorsehe. Als er nun noch hinzufügte, daß seinem Herrn, wenn die Hindernisse wegen des Direktoriums im westphälischen Kreise nicht behoben würden, der Entschluß wegen seines Beitrittes noch vorbehalten bleiben müsse, bemerkten die Gesandten Neuburgs und Braunschweigs — soweit entfernte sich schon die welfische Politik von der brandenburgischen —, daß diese Angelegenheit gar nicht hierhergehöre.

[1] Bericht Schmisings vom 12. Mai. — Münster.

[2] Bericht Otto's vom 4. (14.) Mai. — Hannover.

Da man die Anzahl der zu Bundeszwecken von Brandenburg aufzubringenden Mannschaft seitens der Unirten neuerdings von 800 M. z. R. und 1500 M. z. F. auf 500 bezw. 1000 herabgesetzt hatte, erklärte Canstein, daß sein Herr dagegen wohl nichts einzuwenden haben werde, wenn man auch immer noch nicht ersehen könne, auf welchen Fuß die Veranlagung genommen wäre. Zur Vertheidigung der Schirmverwandten, meinte er, werde man sich nicht verstehen können, wenn man nicht wisse, wessen sich diese verbindlich machen wollten. Die alten Erinnerungen wegen des Direktoriums und Generalkommandos wiederholte Canstein. Sodann erachtete er die Vereinbarung einer Instruktion für die Kriegsräthe unter Vernehmung etwaiger Wünsche der Prinzipale, auch der Ansichten erprobter Kriegsleute von Fach ganz unerläßlich. Als Neuburg fragte, ob dies so aufzufassen wäre, als ob man das Werk solange aufhalten wollte, verneinte es Canstein. Und die weitere Frage, was Brandenburg mit den etwa eroberten festen Plätzen anzufangen gedenke, beantwortete er dahin, daß deren Besatzung gesamterhand zu erfolgen haben würde, soweit es die acquirenda und nicht die recuperanda anlange, die doch den alten Besitzern natürlich wieder zufallen müßten.

Nach diesen fast ermüdenden Auseinandersetzungen erhob sich frisch und feurig der Schwede Snoilsky. Es wäre schon so viel geredet und ab- und zugethan worden, daß er seinerseits das Werk nicht weiter aufzuhalten gedenke. Die Hauptsache sei doch, daß man zu gegenseitiger Vertheidigung einig. Dann aber würde auch ein kurzer Receß genügen. Mit den vielen Skrupeln sei es nicht gethan; wer solche hege, für den werde der Receß niemals weitläufig genug abgefaßt werden können. Er werde alles nach dem Gutbefinden der Stimmenmehrheit annehmen.

Wolfenbüttel bat, das Wort Repressalien zu streichen und die schwülstige Klausel des Bischofs von Münster kürzer zu fassen. Mit dem für das Gesamthaus Braunschweig angesetzten Kontingente von 420 Reitern und 900 Mann Infanterie erklärte es sich einverstanden. Das Hauptwerk, meinte sodann Heyland, sei ohne Aufenthalt zu vollziehen, worauf man sich wegen des Generalkommandos, der Instruktion für die Kriegsräthe, Verpflegung der Truppen, des Artilleriewesens u. dergl. m. schon werde einigen können. Dem Vorschlage Brandenburgs, einen Termin für die Hülfeleistung zu bestimmen, versagte er seine Zustimmung; mehr werde man durch die Worte unweigerlich und unverzüglich erreichen. Wegen der Aufnahme Anderer, zumal Frankreichs, dürfte seiner Meinung nach heute wohl nicht zu reden zeitgemäß und besser sein, wenn man erst untereinander einen Schluß machte und dann Jedem, der da wollte, den Beitritt offen ließe. Hannover, zugleich im

Auftrage der nicht erschienenen Vertreter von Celle und Hessen-Kassel, welches mit Braunschweig ganz einig, erklärte seine Zustimmung zu diesen Ausführungen.

Das Ergebniß war die Formulirung einer Resolution, wonach ein neuer Aufsatz zu entwerfen und im Plenum vorzulegen war, nach dessen nochmaliger Durchberathung endlich ein Schluß gemacht werden sollte.[1]

Die Neufassung verursachte wenig Mühe. Das kur-mainzische Direktorium war bereits am 24. Mai in der Lage, den neuen Entwurf zur, vermeintlich letzten, Umfrage zu stellen. Rein äußerlich schon unterschied sich dieser Aufsatz von dem Entwurfe vom 17. December 1657 durch die vermehrte Zahl seiner Paragraphen, 22 gegen 17, da man aus dem langathmigen zweiten Artikel vier neue, aus dem neunten zwei und ebensoviel aus dem zehnten gebildet hatte. Stylistische Veränderungen sind bemerkbar. Getilgt sind die Worte „jetzt" und „oder sich einmischen lassen" bei der Stelle, wo gesagt ist, daß die Verbündeten in die zwischen fremden Kronen und Potentaten sich jetzt enthaltenden Kriege weder direkt noch indirekt sich einmischen oder sich einmischen lassen sollen; ferner die Bestimmung, daß der etwa zu ernennende Obergeneral in gemeine Pflichten genommen werden solle, und vor allem jene bedenkliche Satzung, daß in wichtigeren und Staatssachen dem Kriegsrathe nur eine begutachtende Stimme zustehen solle, während ihm eine Beschlußfassung nur nach Einholung ausdrücklicher Befehle der Prinzipale zugestanden war; letzterer Wegfall eine entschiedene Verbesserung, wenn man an die Art der Kriegführung denkt, wie sie sich durch jene Bestimmung gestalten mußte. Hingegen finden sich an bemerkenswerthen Zusätzen und sonstigen Aenderungen der Hinweis auf den Schutz des westphälischen Friedens und dessen Genusses an zwei Stellen, sowie der auf die Erhaltung der einem Jedem zukommenden Präeminenz und zustehenden Rechte und Gerechtigkeiten, sonderlich aber der deutschen Freiheit; die Erwähnung, daß gewaltthätige Angriffe allerdings schon vor die Generalgarantie gehörten; die Betonung der unter den Verbündeten nothwendig zu beobachtenden beständigen Freundschaft und der Anzeige etwaiger Beschwerden gegen einen Mitallirten behufs gütlichen Austrags; die Forderung unverzüglicher Hülfeleistung unmittelbar nach Anzeige des Bedürfnißfalles; die Annahme, daß ein Verbündeter an der bundesmäßigen Hülfe von seinen Unterthanen verhindert werden könnte; eine Bezugnahme an mehreren Stellen auf eine demnächst noch zu entwerfende Instruktion für die Kriegsräthe; die Minderung des brandenburgischen Kontingentes, der

[1] Protokoll vom 17. Mai. — Düsseldorf. Bericht Otto's vom 8. (18.) Mai. — Hannover.

Anschlag des Gesamthauses Braunschweig (s. oben) und schließlich die Umänderung der Frist für Beibringung der Ratifikationen aus fünf Wochen in einen Monat.[1]

Bei der Umfrage am 24. Mai fielen noch die folgenden bemerkenswerthen Abänderungsvorschläge. Snoilsky wünschte den Titel seines Herrn genau so ausgedrückt zu sehen, wie er sich im westphälischen Friedensinstrumente fände, nämlich „Königl. Majestät zu Schweden, als Herzog und Fürst zu Bremen, Verden, Pommern und Herr zu Wismar.“ Braunschweig ersuchte um Tilgung des von Brandenburg vorgeschlagenen Wortes Präeminenz, weil man, wie es schien, besorgte, daß unter diesem Worte die Gerechtsame und Vorrechte der Kurfürsten mit verstanden werden sollten. Um keinen Aufenthalt zu verursachen, gab Canstein nach und das Wort fiel. Neuburg und Münster suchten das Wort Repressalien zu retten. Canstein widersprach. Der Neuburger erläuterte die Beweggründe seines Herrn. Aber außer Münster und Köln war keiner der Anwesenden für das Wörtchen zu erwärmen; man wies darauf hin, daß der Begriff schon in dem Ausdrucke „andere Zunöthigungen“ mit enthalten wäre. Ein Antrag Gise's, diese Erklärung wenigstens in's Protokoll aufzunehmen, wurde abgelehnt. Verstimmt gab er darauf zu hören, daß es demnach seinem Herrn freistehen müsse, beizutreten oder nicht. Zu Artikel 4 wurde auch ein Zusatz vorgeschlagen, daß nämlich der Kriegsrath auch dann zusammenberufen werden sollte, wenn auch noch kein wirklicher Angriff, sondern nur Anlaß oder Vermuthung dazu sich ergäbe, damit beizeiten alle Vorkehrung getroffen und bei wirklichem Einbruch der Gefahr keine Zeit verloren würde. Eine neue Schwierigkeit erhob Snoilsky damit, daß er eine andere Benennung des von seinem Herrn zu übernehmenden Kontingentes in Aussicht stellte. Schließlich wurde noch der Vorschlag laut, daß man am Schlusse des Recesses noch ausdrücken solle: falls am Ende der dreijährigen Frist des Bundes die Alliirten etwa in wirklicher Aktion begriffen sein sollten, würde deshalb diese Aktion noch nicht aufzugeben sein, sondern der Bund bis nach Ende derselben fortbestehen müssen.

Ganz zuletzt bedang noch Neuburg aus, daß man zu nichts verbunden sein wolle, bevor nicht sämtliche Vertragschließende ihre Ratifikationen eingesandt haben würden.[2]

Besonders in's Auge zu fassen sind noch die Erklärungen Canstein's, welcher vorschlug, in Artikel 1, wo die Rede von der Nichtein-

---

[1] Neufassung des Recesses vom 24. Mai 1658. — Düsseldorf.

[2] Protokoll vom 24. Mai. — Düsseldorf. Schriftliches Votum Schmisings ebenda.

mischung in fremde Kriege ist, die einschränkenden Worte hinzuzufügen „soweit es das römische Reich angeht und ohne Noth und Ursache." Nichts als Hinterpförtchen für die Politik seines Herrn, die man erkannte: denn man sprach von gefährlichen Konsequenzen und weigerte sich, derartige Zusätze aufzunehmen, obgleich Canstein erklärte, hierzu ausdrücklichen Befehl zu haben; er unterlag der Stimmenmehrheit. Gleich dem Neuburger erklärte deshalb auch er, es müsse demnach seinem Herrn vorbehalten bleiben, ob er dergestalt mit eintreten wolle oder nicht.[1] Wie er überhaupt auch heute wieder dem Kurfürsten noch weitere Erinnerungen offen hielt. Auch betonte er nochmals, daß dieser auf keine andere Weise sich in dieses Bündniß begeben würde, es geschähe ihm denn zuvor Genugthuung wegen des Direktoriums im westphälischen Kreise, sowie daß es ferner auch dahin stehe, ob der Kurfürst mit den geistlichen Fürsten ohne Einwilligung der Domkapitel derselben sich verbinden werde. Und in diesem letzteren Punkte ließen nun auf einmal sämtliche evangelische Genossen, von denen in der letzten Sitzung noch Kassel dasselbe Verlangen gestellt hatte, ihn im Stiche.[2]

Man hatte nach dieser Sitzung vom 24. Mai den Eindruck, als sei das Werk beendet, bis auf den Beitritt Brandenburgs.[3] Das kurmainzische Direktorium sandte die neu vereinbarte Fassung des Bundesvertrages in Reinschrift den Betheiligten am 27. Mai zu. Schon dachte man daran, diesen Entwurf auf Ratifikation zu unterschreiben.[4] Canstein glaubte, daß dies noch in der nämlichen Woche geschehen würde, und berieth deshalb mit Jena, ob sie mitunterzeichnen oder die Vollziehung dem Kurfürsten selbst anheimgeben sollten, an welchen er die Bitte richtete, möglichst schleunig seine Willensmeinung äußern zu wollen.[5]

---

[1] Bericht Otto's vom 15. (25.) Mai. — Hannover.

[2] Bericht Cansteins vom 19. (29.) Mai 1658. — Berlin.

[3] Schmising's Bericht vom 26. Mai: Mit den Unkatholischen ist der Schluß außer Kur-Brandenburg, welcher annoch in suspenso bleibt, gestern (soll vorgestern heißen) geschehen. — Münster.

[4] Otto's Bericht vom 18. (28.) Mai. — Hannover.

[5] Bericht Cansteins vom 19. (29.) Mai. — Berlin.

33.

Schwierigkeiten wegen der Krone Schweden.

Dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg wollte die ganze Sache je länger je weniger behagen. Sich mit dem Abschlusse überschnellen zu lassen war nicht nach seinem Gefallen. Als er daher aus dem Berichte seiner Gesandten vom 29. Mai den Eindruck gewann, daß die Verhandlungen um die Allianz ihrem Ende sich näherten, entschloß er sich seit langer Zeit zum ersten Male wieder, Canstein und Jena eingehende Weisungen wegen ihres weiteren Verhaltens zu ertheilen.[1] Wiederum hob er hervor, wie unschicklich es wäre, daß von ihm, einem Kurfürsten des Reiches, über die Allianz zu gleicher Zeit und an demselben Orte wie über die Kaiserwahl verhandelt werden sollte; denn er fühlte sehr wohl die Spitze, welche in diesem Bunde sich gegen das Haus Habsburg kehrte. Demnach schlug er vor, die Verhandlungen, namentlich aber den Akt der Beschließung an einen andern Ort zu verlegen. Ueberhaupt aber und vor allen Dingen drang er auf vorherige Genugthuung wegen des Direktoriums im westphälischen Kreise. Nochmals forderte er sodann die Zustimmung der Domkapitel, schon deshalb, weil zur Zeit mehrere Kapitel, wie zu Mainz und Würzburg, zu Köln, Lüttich und Hildesheim, unter einem Hute ständen, so daß im Falle des Ablebens eines solchen geistlichen Fürsten die Union der Stifter zerfallen und damit ein Abgang bei den Kontingenten sich ergeben müßte. Gegen die zuletzt getroffene Eintheilung der Quoten hatte Friedrich Wilhelm füglich nichts mehr einzuwenden. Aber das Mißverhältniß in der Zusammensetzung des Kriegsrathes, und daß Jeder nur ein Mitglied dazu abordnen solle, rügte er nach wie vor. Er wünschte, daß einem Jeden so viele Stimmen zuerkannt werden sollten, als ihm deren sonst auf dem Reichstage wegen der einzelnen Besitzlande zuständen.

Instruktion und Verpflegungsordonnanz sollten erst vereinbart werden, ehe man überhaupt weiter über den Receß rede. Das von Neuburg vorgeschlagene Wort Repressalien oder eine bezügliche protokollarische Erklärung verwirft der Kurfürst. Dann aber hält er im Hinblick auf die ihm von Schweden drohende Gefahr für angemessen, daß man im Recesse auch ganz bestimmte Vorsehung treffen solle, wonach auch gegen

[1] Instruktion für Canstein und Jena vom 28. Mai (7. Juni). — Berlin. U. A. VIII, 549 kurz erwähnt.

gewaltsame Durchmärsche und Einquartierungen die Bundeshülfe zu gewähren sei. Denn es hätten, er wisse es wohl, einige Räthe von den Invitirten sich vernehmen lassen, daß der König von Schweden als solcher an die Reichssatzungen nicht gebunden sei und deshalb ungestört durch das Reich Völker führen dürfe. Es sei doch aber wohl gleich viel, ob er die Lande der Alliirten als König von Schweden oder als Herzog von Bremen verderbe, und wider beide Fälle Hülfe vonnöthen. Um also einer solchen Ausflucht vorzubeugen, wäre im Recesse besonders zu verwahren, daß die Hülfe gegen solche Märsche u. s. w. geleistet werden sollte, unter welchem Vorwande und von wem auch immer sie vorgenommen würden. Den Beifall des Kurfürsten hatte der Zusatz in Artikel 1 bei der Stelle von der Nichteinmischung in fremde Kriege „soweit es das römische Reich angehe und ohne Noth und Ursache.“ Die Weisung aber, auf welche der Kurfürst sichtlich den größten Werth legte, lautete dahin, daß seine Gesandten sich bemühen sollten, damit das Werk aufgehalten werde, auch unter den Anderen nicht zum Schluß komme, zu welchem Ende sie sich eben dieser Einwände und Bedenken zu bedienen haben würden, wozu sie als neuen Einwurf hinzufügen sollten, daß der Kurfürst seine Stammesvettern von den fränkischen Linien mit aufzunehmen wünsche und daher mit diesen sich erst darüber benehmen müsse; auch wäre, um die Sache aufzuhalten, die Hinzuziehung des zur Zeit in Frankfurt anwesenden Kurfürsten von Sachsen zu beantragen. Und ferner, weil auch Schweden den Bedingungen der Allianz nicht entsprechen könne, bevor es mit Polen Frieden gemacht und alle Streitfragen mit Oesterreich behoben, so wäre darauf zu dringen, daß die wirkliche Aufnahme dieser Krone ausgesetzt würde, bis hierin ein Austrag erfolgt wäre. Auf allen Fall aber müßte verhütet werden, daß ihm, dem Kurfürsten, der Vorwurf erwüchse, als wäre er es, welcher die Verhandlungen abbräche. Die Gesandten aber hätten nichts anzunehmen, auch den Receß nicht zu vollziehen, sondern in allem ferneren Bericht zu erstatten und Befehl abzuwarten.

Hiermit ist die endgültige Abkehr des Kurfürsten von der Allianz besiegelt. Alle Einwände und Einwürfe, alle immer wieder neu auftauchenden Vorschläge dienen nur dem einen Zwecke, das Werk aufzuhalten und wenn möglich ganz zu hintertreiben. Schon hatte man freilich diese Politik durchschaut und selbst Hessen und Braunschweig waren ja bereits gewillt, ohne Brandenburg zu schließen, auf seinen Rückzug längst gefaßt.

Vielleicht hätte man also, ohne sich viel um die stets neuen Aufzüge mehr zu bekümmern, schnell zu Ende eilen können. Aber es gab noch anderes zu erledigen. Die Krone Schweden hatte ja von Anfang

an als Bedingung ihres Beitrittes die uneingeschränkte Hülfeleistung gegen Jedermann verfochten. Jetzt, nach ihren großen Erfolgen gegen Dänemark und mit ihrem mächtigen Rückhalte an Frankreich, war sie wohl um so weniger gesonnen, einfach einen Bundesvertrag zu vollziehen, welcher die Bedingung aufstellte, daß die Alliirten weder direkt noch indirekt sich in die zwischen fremden Kronen und Potentaten sich enthaltenden Kriege einzumischen haben sollten. Dies war ja eben die Formel, kraft deren man sich der Hülfe an Schweden in dessen auswärtigen Verwickelungen entschlagen zu können vermeinte; gegen sie hatte sich aller Eifer der schwedischen Gesandten schon so oft gewendet. Und noch immer war man keineswegs zu einer beide Theile befriedigenden Lösung dieser heiklen Frage gelangt. Zwar der dänische Krieg war beendigt, aber der polnische war es nicht trotz mehrfacher Anbahnungen zu Friedensverhandlungen, noch drohten die Polen mit einem Rachezuge gegen Schweden, der freilich nur möglich schien durch die Unterstützung der zu Schutz und Trutz mit ihnen verbündeten Oesterreicher und Brandenburger, deren Losbruch um so eher zu erwarten stand, als auch, wie man wußte, König Karl Gustav starke neue Rüstungen betrieb. Dazu die Rachegelüste Dänemarks und die Unzufriedenheit der Holländer mit dem Frieden von Roeskilde. Man fühlte, daß ein geringer Funke nur den Krieg im Norden jeden Augenblick entfachen konnte. Und der Schwedenkönig wollte den Kampf; es drängte ihn, sich endgültig auf offenem Blachfelde mit dem Brandenburger abzufinden. Oesterreich hoffte er mit der Hülfe Frankreichs und der rheinischen Allianz durch die Wahlkapitulation derart binden zu können, daß er beim Entscheidungskriege nur Brandenburg und die entfernt gesessenen, mißachteten Polen sich gegenüber sehen würde. Kam freilich noch Dänemark zu diesen, und für seine Auflehnung gegen die ihm aufgezwungenen Ketten sprachen bereits allerhand Anzeichen, so mußte es ein hartes Ringen werden, bei welchem er auch des direkten Beistandes einer Macht wie der des rheinischen Bundes nicht entrathen zu können wohl in Berechnung zog. Und gerade hiergegen sträubten sich diese Herren von der großen Defensivverfassung mit allen Kräften. Sie faßten gern alle Gefahren, die der Welt durch die Verwickelungen Schwedens drohten, weil sie vom polnischen Kriege ihren Ausgang genommen unter dem Namen „der polnischen“ zusammen und waren geneigt, in diesem Sinne kraft der bewußten Formel des Recesses überhaupt alle und jede offene Hülfeleistung für Schweden zu verweigern. Der Kurfürst von Maiz wurde nicht müde, zu betonen, daß an eine Assistenz aus Anlaß des polnischen Krieges nicht gedacht werden könnte, bereit, jede Verwickelung Schwedens auf diesen Zusammenhang hin zu deuten. Björnklou und Snoilsky

klammerten sich ihrerseits an eine wörtliche Deutung dieser Erklärung und meinten, daß sie ja nur ihrem Herrn die Bundeshülfe für den Fall eines Angriffes durch Oesterreich und Brandenburg sichern wollten. Johann Philipp schien einzulenken und meinte die Bundeshülfe für den Fall versprechen zu dürfen, daß Oesterreich und Andere, wer die auch sein möchten, die deutschen Provinzen Schwedens nicht aus Anlaß des polnischen Krieges, sondern aus einer anderen Ursache oder Vorwande angreifen würden.[1]

Die seitdem im stillen, vermuthlich unter dem Beistande der französischen Gesandten weitergeführten Verhandlungen mit Björnklou und Snoilsky hatten allgemach zu einer dem Anscheine nach milderen Auffassung des mainzer Kurfürsten geführt, der auch jetzt noch jede Garantie für Schweden aus Anlaß der polnischen Wirren ablehnte, den Schutz gegen Oesterreich und Brandenburg aber nicht mehr so starr ausschloß,[2] was schon daran zu erkennen war, daß die alte Forderung der Alliirten, wonach Schweden vor Eintritt in den Bund aller Kriege ledig sein solle, in aller Stille fallen gelassen worden war. Es wäre, da der Bundesreceß mit der bekannten Formel wegen der Nichteinmischung jedenfalls allezeit zum Nachtheile Schwedens aufgefaßt werden konnte, das einfachste gewesen, diese ganze Stelle wegzulassen. Dagegen aber sträubte sich der Sinn des Mainzers und seiner Genossen, auf der einen Seite wohl um eine dann zu besorgende Verstimmung Brandenburgs zu vermeiden, auf der anderen Seite aber auch um sich immer noch die Rückzugspforte offen zu halten.

Immerhin jedoch fühlte man auf allen Seiten das Bedürfniß nach Regelung des Verhältnisses zu Schweden und gerieth dabei auf die etwas umständliche Idee, dieses durch einen besonderen Nebenvertrag zu erreichen. Der Gedanke war schon mehrfach aufgetaucht, ohne daß man sagen könnte, wem die Ehre der Vaterschaft gebühre.[3] Jetzt, wo der große Hauptvertrag zur Vollziehung fertig stand, trat er von neuem in greifbarer Gestalt auf. Den Gesandten Braunschweigs hatten die Schweden, welche seither stets die unbeschränkte Hülfeleistung gegen Jedermann gefordert hatten, in einer schwachen Stunde einmal vertraulich erklärt, daß ihres Königs Wille nicht wäre, daß die Alliirten des polnischen Krieges halber auch nur ein einziges Pferd satteln lassen

[1] Säve, S. 47.

[2] Säve, S. 94.

[3] Snoilsky war der Urheber nicht. Er hat mehrfach den Wunsch geäußert, es einfach beim Hauptreceß zu belassen (danach zu verbessern: Köcher, S. 252.), und einfach die Streichung der für Schweden anstößigen Klausel im Hauptrecesse verlangt (Köcher, S. 248.).

sollten. Jetzt wünschten dieserhalb die Alliirten ganz bestimmte und bindende Abmachungen, während die Schweden wiederum zu wissen verlangten, ob und wie weit der Bund sich der schwedischen Reichsprovinzen auch gegen eine aus Anlaß des polnischen Krieges ihnen drohende Gefahr (contra vim et laesionem bello Polonico profluentem et occasionatam) anzunehmen geneigt wären. Vermuthlich haben hierüber Verhandlungen zwischen Mainz und Köln einer- und Schweden andererseits stattgefunden, deren Ergebniß jener Gedanke eines Nebenrecesses war. Die Sache wurde zunächst den protestantischen Invitirten nur angedeutet; die Urheber des Gedankens hüteten sich, in offener Sitzung mit einem Antrage hervorzutreten, um nicht den Unglimpf auf sich zu laden: denn es war wohl leicht vorauszusehen, daß die Sache nicht so glatt verlaufen würde.[1]

Und nun entwickelte sie sich in folgender Weise. Zum 28. Mai war eine neue Sitzung angesagt, in welcher die Vollziehung des Recesses durch Unterschrift der einzelnen Vertreter erfolgen sollte. Schweden-Bremen sowie Brandenburg ließen sich entschuldigen. Deshalb wurde der Akt auf den nächsten Tag verschoben. Aber auch da erschienen die Genannten nicht; auch der Neuburger Gise versäumte sich auf einer Gasterei beim Kurfürsten von Mainz. Die Braunschweiger und der Hesse, zur Unterfertigung des Vertrages aufgefordert, lehnten dies unter dem Vorwande ab, daß die Frage, wie man Schweden Beistand leisten wolle, noch nicht entschieden sei und man, so lange als dieses unterbliebe, der Allianz wenig zu genießen haben würde. Darüber freilich war man einig, daß man zur Hülfe an Schweden nicht verbunden sein würde, wenn es einen Angriff von Polen erführe; doch gab man ganz im Sinne der Schweden zu verstehen, daß man vorzusehen habe, was zu thun sein möchte, wenn Oesterreich und Brandenburg einen Ueberfall unternehmen sollten. Da hierüber keine Einigung erzielt werden konnte, wurde beschlossen, den Freiherrn v. Boineburg und Witte von Celle zu Björnklou zu entsenden, damit sie mit ihm über diese Angelegenheit beriethen.[2]

[1] Bericht Otto's vom 15. (25.) Mai. — Hannover.

[2] Bericht Gise's, der diese Vorgänge von Mehl und Aldenhoven erfuhr, vom 30. Mai. — Düsseldorf. Otto stellt in seinem Berichte vom 22. Mai (1. Juni) die Sache ganz anders dar. Danach hätten die Invitanten zuerst zu wissen begehrt, ob wegen Schweden der verglichene Receß auch sicher genug eingerichtet wäre. Die Invitirten hätten abgelehnt, sich hierauf zuerst zu erklären, damit sie (die Invitanten) „ihre Intention, den Glimpf deswegen allein für sich zu behalten und das contrarium bei Schweden auf uns zu dämmen, nicht erlangen können". Darauf hätten Jene erklärt, daß darüber ein Nebenreceß zu vereinbaren sein würde, wie man sich „wegen Vorpommern und des jetzigen polnischen Krieges halber und wie weit man sich

Dem Kurfürsten von Mainz war dieser Aufschub nicht genehm; auf's eifrigste drängte er zum Abschlusse und ließ verlauten, daß man nunmehr ein Ende machen müsse, wenn er und die anderen Unirten nicht genöthigt werden sollten, in anderer Weise nach bester Möglichkeit auf ihre Sicherung zu gedenken. Dies schien auf eine Abschwenkung zur österreichischen Partei abzuzielen. Wiederum fiel das Wort: Braunschweig und Kassel könnten füglich auch ohne Schweden und Brandenburg schließen und Anderen, deren genug sein würden, die Thüre offen lassen.[1]

Am 1. Juni war wieder Tagsatzung. Diesmal fehlten die Vertreter von Trier und Münster, während Brandenburg[2] und Schweden sich eingestellt hatten. Snoilsky wurde aufgefordert, abzutreten, worauf Boineburg über den Erfolg seiner und Witte's Konferenz mit den schwedischen Gesandten Bericht erstattete. Björnklou hatte sie an Snoilsky gewiesen, der dann erklärt hatte, man werde sich erinnern, wie er allemale beständig eine allgemeine, gegenseitige, uneingeschränkte Assistenz sowohl wegen Vorpommerns als der anderen schwedischen Reichslande gefordert habe; widrigenfalls seinem König von dieser Allianz kein Nutzen zu gewarten sein würde, weshalb man es lediglich bei dem bereits abgehandelten und verglichenen Recesse bewenden lassen könnte. Wollten jedoch die Alliirten wegen des polnischen Krieges einige Ausnahmen aufstellen, so müßten sie eben — so hatte er gesprochen —, falls sie auf einen Nebenreceß abzielten, diesen selbst entwerfen und ihm

Hinterpommerns und andrer schwedischen Lande im Reich halber in omnem eventum zu verhalten habe". Einstimmig wäre dann die Ansicht laut geworden, daß man zur Assistenz nicht gehalten sein wolle, wenn Pommern vom König von Polen oder den Völkern seiner Alliirten, falls sie unter seinem Kommando ständen, angegriffen werden sollte; daß aber, wenn ein Andrer, er sei auch, wer er sei, Pommern und andre solche Länder anfallen würde, die Assistenz aufgrund des Allianzrecesses geleistet werden müßte.

[1] Bericht Otto's vom 22. Mai (1. Juni). — Hannover. Schon vorher hatte Johann Philipp zu den Braunschweigern geäußert, daß sich auch Bamberg, Darmstadt, Württemberg und noch andre Reichsfürsten mehr gern zum Beitritte einladen lassen würden. Bericht Otto's vom 15. (25.) Mai. Der Kurfürst von der Pfalz fragte bei Otto an, ob man nicht auch ihn auffordern werde, „und hat sich gar begierig dazu vermerken lassen". Bericht Otto's vom 18. (28.) Mai und 29. Mai (8. Juni). — Hannover.

[2] Den Brandenburgern hatte man von dem Plane eines für Schweden zu vereinbarenden Nebenrecesses mit der Versicherung Kenntniß gegeben, daß man zuvor darüber mit ihnen kommuniziren und nichts hineinbringen wollte, was den Kurfürsten präjudiziren könnte; worein sie von vornherein Zweifel setzten. Bericht des Fürsten Moritz von Nassau, Hauptgesandten zum Wahltage, Cansteins und Jena's vom 25. Mai (4. Juni). — Berlin; kurz erwähnt U. A. VIII, 548.

lagung der Quoten nach dem Fuße eines freiwilligen Uebereinkommens und fand auch gegen die von Brandenburg gewünschte Herbeiziehung weiterer Theilnehmer nichts einzuwenden, nur daß erst ihre Anmeldung abzuwarten wäre und der Schluß dadurch nicht aufgeschoben werden dürfte.

Da dieses, wohl unerwartete, Votum den Eindruck aufkommen ließ, als würde man auf diese Weise nicht schnell genug zum Ziele gelangen können, erhob das mainzische Direktorium den Vorschlag, einfach den Entwurf vom 17. December artikelweise vorzulesen, die Erinnerungen der Protestanten zu prüfen, eigene vorzubringen und danach einen neuen Receß zu fertigen. Dies schlug durch.

In drei rasch hintereinander folgenden Sitzungen kam man zu Ende.[1] Bemerkenswerth war die Haltung Neuburgs. Es forderte, eingedenk der Drohungen Hollands mit Repressalien, derartige Fälle im Recesse eigens mit vorzusehen. Es bekämpfte ferner das von Brandenburg wegen der westphälischen Kreisverfassung gestellte Verlangen auf's lebhafteste und besonders die Forderung, daß beim Schließen dieser Allianz die jener Verfassung entgegenstehenden Schwierigkeiten wirklich möchten gehoben werden. Es schien ihm und schließlich auch seinen alten Bundesgenossen gerade genug, daß des westphälischen Kreises überhaupt im Recesse besondere Erwähnung geschehen sollte; ein weiteres Zugeständniß an Brandenburg schien undenkbar. Auf Neuburgs Vorschlag ist ferner ein Beschluß zurückzuführen, wonach die Invitanten unter Hinweis auf ihr Beispiel mit dem Bundesfeldherrnamte Reuschenbergs der Gegenseite anheimgeben wollten, sich auch ihrerseits einen General zu erkiesen, doch vorbehaltlich der oberherrlichen Gerechtsame desjenigen Fürsten, in dessen Landen etwa die Aktion sich abspielen würde. Einen sehr schwülstigen Zusatz brachte Münster in Vorschlag, durch welchen dem Bischof gegen die Auflehnung seiner Stadt und der dieselbe begünstigenden Landstände und gegen deren Zettelungen mit den General-Staaten in ganz besonders verbindlicher Form Hülfe zugesichert werden sollte. Als Schirmverwandte namhaft zu machen einigte man sich über das Stift Thorn, die Abtei Kornelimünster, die Grafen v. Manderscheid-Blankenheim, die Herren von Reekem und die Stadt Aachen. Als ein wesentlich verbessernder Zusatz wurde der Vorschlag Kassels begrüßt, unter den Zwecken des Bundes den Schutz des westphälischen Friedens und des Genusses desselben besonders mit auszudrücken. Hingegen waren Alle darin einig, daß man die Forderung des Konsenses der Domkapitel entschieden ablehnen müsse. Die Abfassung einer Instruktion

[1] Protokolle vom 7., 10. und 11. Mai. — Düsseldorf und Münster.

für die Kriegsräthe und einer Verpflegungsordonnanz für das Bundesheer ließ man sich gefallen. Einen Aufenthalt hatte die Forderung Münsters verursacht, wonach das alte Quantum aufgrund der Reichsmatrikel umgeändert werden sollte. Das Mißverhältniß der einzelnen Leistungen beim bisherigen Anschlag war ja augenfällig, Christoph Bernard war zu hoch, der mainzer Kurfürst zu gering bemessen. Aber gerade darum begegnete Schmising einem besonderen Widerstande der Mainzer, die ihm einfach bedeuteten, daß noch bei Anwesenheit Bispings beschlossen worden wäre, alles beim alten zu lassen, und daß es zur Zeit nicht angehe, über Aenderungen zu reden; jeder Aufenthalt sei zu meiden. Schmising mußte sich bescheiden.[1]

Noch am Nachmittage des 11. Mai wurden die Gesandten der Invitirten berufen und ihnen die Zusätze und Zustimmungen der Alliirten mitgetheilt. Die Braunschweiger erklärten sich befriedigt, nur daß ihnen das Wort Repressalien Bedenken einflößte. Dörnberg hatte nichts einzuwenden. Nur Canstein blieb seiner Rolle getreu und erhob immer neue Ausflüchte, redete nur in allgemeinen Wendungen und verwies heute in allem auf seinen Kollegen Jena, der sich noch nicht vollständig aus den Protokollen unterrichtet habe, weshalb er um einen neuen Aufschub in den Verhandlungen nachsuchen müßte.[2]

Dieser wurde gewährt bis zum 17. Mai, wo man wieder zusammenkam. Auf der Tagesordnung stand die Erklärung der Invitirten auf die letzten Erinnerungen der Ligisten. Canstein verlangte vor allen Dingen eine Erläuterung des Wortes Repressalien. Dann betonte er nochmals seinen Vorschlag, die Erhaltung der Präeminenz und der einem Jeden zustehenden Rechte und Gerechtsame und besonders die Wahrung der deutschen Freiheit ausdrücklich mit unter den Zwecken des Bundes aufzuführen. Auch hielt er für zweckmäßig, einen Termin von vier, höchstens sechs Wochen zu benennen, innerhalb dessen auf Anrufen die Hülfeleistung zu erfolgen haben solle. Der Zusatz Münsters, welcher auf Bändigung der Stadt und der Landstände abzielte, dünkte ihm überflüssig, da doch das schon vorhandene Wort „innerliche Empörung" alle solche Fälle vorsehe. Als er nun noch hinzufügte, daß seinem Herrn, wenn die Hindernisse wegen des Direktoriums im westphälischen Kreise nicht behoben würden, der Entschluß wegen seines Beitrittes noch vorbehalten bleiben müsse, bemerkten die Gesandten Neuburgs und Braunschweigs — soweit entfernte sich schon die welfische Politik von der brandenburgischen —, daß diese Angelegenheit gar nicht hierhergehöre.

---

[1] Bericht Schmisings vom 12. Mai. — Münster.

[2] Bericht Otto's vom 4. (14.) Mai. — Hannover.

Da man die Anzahl der zu Bundeszwecken von Brandenburg aufzubringenden Mannschaft seitens der Unirten neuerdings von 800 M. z. R. und 1500 M. z. F. auf 500 bezw. 1000 herabgesetzt hatte, erklärte Canstein, daß sein Herr dagegen wohl nichts einzuwenden haben werde, wenn man auch immer noch nicht ersehen könne, auf welchen Fuß die Veranlagung genommen wäre. Zur Vertheidigung der Schirmverwandten, meinte er, werde man sich nicht verstehen können, wenn man nicht wisse, wessen sich diese verbindlich machen wollten. Die alten Erinnerungen wegen des Direktoriums und Generalkommandos wiederholte Canstein. Sodann erachtete er die Vereinbarung einer Instruktion für die Kriegsräthe unter Vernehmung etwaiger Wünsche der Prinzipale, auch der Ansichten erprobter Kriegsleute von Fach ganz unerläßlich. Als Neuburg fragte, ob dies so aufzufassen wäre, als ob man das Werk solange aufhalten wollte, verneinte es Canstein. Und die weitere Frage, was Brandenburg mit den etwa eroberten festen Plätzen anzufangen gedenke, beantwortete er dahin, daß deren Besatzung gesamterhand zu erfolgen haben würde, soweit es die acquirenda und nicht die recuperanda anlange, die doch den alten Besitzern natürlich wieder zufallen müßten.

Nach diesen fast ermüdenden Auseinandersetzungen erhob sich frisch und feurig der Schwede Snoilsky. Es wäre schon so viel geredet und ab- und zugethan worden, daß er seinerseits das Werk nicht weiter aufzuhalten gedenke. Die Hauptsache sei doch, daß man zu gegenseitiger Vertheidigung einig. Dann aber würde auch ein kurzer Receß genügen. Mit den vielen Skrupeln sei es nicht gethan; wer solche hege, für den werde der Receß niemals weitläufig genug abgefaßt werden können. Er werde alles nach dem Gutbefinden der Stimmenmehrheit annehmen.

Wolfenbüttel bat, das Wort Repressalien zu streichen und die schwülstige Klausel des Bischofs von Münster kürzer zu fassen. Mit dem für das Gesamthaus Braunschweig angesetzten Kontingente von 420 Reitern und 900 Mann Infanterie erklärte es sich einverstanden. Das Hauptwerk, meinte sodann Heyland, sei ohne Aufenthalt zu vollziehen, worauf man sich wegen des Generalkommandos, der Instruktion für die Kriegsräthe, Verpflegung der Truppen, des Artilleriewesens u. dergl. m. schon werde einigen können. Dem Vorschlage Brandenburgs, einen Termin für die Hülfeleistung zu bestimmen, versagte er seine Zustimmung; mehr werde man durch die Worte unweigerlich und unverzüglich erreichen. Wegen der Aufnahme Anderer, zumal Frankreichs, dürfte seiner Meinung nach heute wohl nicht zu reden zeitgemäß und besser sein, wenn man erst untereinander einen Schluß machte und dann Jedem, der da wollte, den Beitritt offen ließe. Hannover, zugleich im

Auftrage der nicht erschienenen Vertreter von Celle und Hessen-Kassel, welches mit Braunschweig ganz einig, erklärte seine Zustimmung zu diesen Ausführungen.

Das Ergebniß war die Formulirung einer Resolution, wonach ein neuer Aufsatz zu entwerfen und im Plenum vorzulegen war, nach dessen nochmaliger Durchberathung endlich ein Schluß gemacht werden sollte.[1]

Die Neufassung verursachte wenig Mühe. Das kur-mainzische Direktorium war bereits am 24. Mai in der Lage, den neuen Entwurf zur, vermeintlich letzten, Umfrage zu stellen. Rein äußerlich schon unterschied sich dieser Aufsatz von dem Entwurfe vom 17. December 1657 durch die vermehrte Zahl seiner Paragraphen, 22 gegen 17, da man aus dem langathmigen zweiten Artikel vier neue, aus dem neunten zwei und ebensoviel aus dem zehnten gebildet hatte. Stylistische Veränderungen sind bemerkbar. Getilgt sind die Worte „jetzt" und „oder sich einmischen lassen" bei der Stelle, wo gesagt ist, daß die Verbündeten in die zwischen fremden Kronen und Potentaten sich jetzt enthaltenden Kriege weder direkt noch indirekt sich einmischen oder sich einmischen lassen sollen; ferner die Bestimmung, daß der etwa zu ernennende Obergeneral in gemeine Pflichten genommen werden solle, und vor allem jene bedenkliche Satzung, daß in wichtigeren und Staatssachen dem Kriegsrathe nur eine begutachtende Stimme zustehen solle, während ihm eine Beschlußfassung nur nach Einholung ausdrücklicher Befehle der Prinzipale zugestanden war; letzterer Wegfall eine entschiedene Verbesserung, wenn man an die Art der Kriegführung denkt, wie sie sich durch jene Bestimmung gestalten mußte. Hingegen finden sich an bemerkenswerthen Zusätzen und sonstigen Aenderungen der Hinweis auf den Schutz des westphälischen Friedens und dessen Genusses an zwei Stellen, sowie der auf die Erhaltung der einem Jedem zukommenden Präeminenz und zustehenden Rechte und Gerechtigkeiten, sonderlich aber der deutschen Freiheit; die Erwähnung, daß gewaltthätige Angriffe allerdings schon vor die Generalgarantie gehörten; die Betonung der unter den Verbündeten nothwendig zu beobachtenden beständigen Freundschaft und der Anzeige etwaiger Beschwerden gegen einen Mitalliirten behufs gütlichen Austrags; die Forderung unverzüglicher Hülfeleistung unmittelbar nach Anzeige des Bedürfnißfalles; die Annahme, daß ein Verbündeter an der bundesmäßigen Hülfe von seinen Unterthanen verhindert werden könnte; eine Bezugnahme an mehreren Stellen auf eine demnächst noch zu entwerfende Instruktion für die Kriegsräthe; die Minderung des brandenburgischen Kontingentes, der

[1] Protokoll vom 17. Mai. — Düsseldorf. Bericht Otto's vom 8. (18.) Mai. — Hannover.

Anschlag des Gesamthauses Braunschweig (s. oben) und schließlich die Umänderung der Frist für Beibringung der Ratifikationen aus fünf Wochen in einen Monat.[1]

Bei der Umfrage am 24. Mai fielen noch die folgenden bemerkenswerthen Abänderungsvorschläge. Snoilsky wünschte den Titel seines Herrn genau so ausgedrückt zu sehen, wie er sich im westphälischen Friedensinstrumente fände, nämlich „Königl. Majestät zu Schweden, als Herzog und Fürst zu Bremen, Verden, Pommern und Herr zu Wismar.“ Braunschweig ersuchte um Tilgung des von Brandenburg vorgeschlagenen Wortes Präeminenz, weil man, wie es schien, besorgte, daß unter diesem Worte die Gerechtsame und Vorrechte der Kurfürsten mit verstanden werden sollten. Um keinen Aufenthalt zu verursachen, gab Canstein nach und das Wort fiel. Neuburg und Münster suchten das Wort Repressalien zu retten. Canstein widersprach. Der Neuburger erläuterte die Beweggründe seines Herrn. Aber außer Münster und Köln war keiner der Anwesenden für das Wörtchen zu erwärmen; man wies darauf hin, daß der Begriff schon in dem Ausdrucke „andere Zunöthigungen“ mit enthalten wäre. Ein Antrag Gise's, diese Erklärung wenigstens in's Protokoll aufzunehmen, wurde abgelehnt. Verstimmt gab er darauf zu hören, daß es demnach seinem Herrn freistehen müsse, beizutreten oder nicht. Zu Artikel 4 wurde auch ein Zusatz vorgeschlagen, daß nämlich der Kriegsrath auch dann zusammenberufen werden sollte, wenn auch noch kein wirklicher Angriff, sondern nur Anlaß oder Vermuthung dazu sich ergäbe, damit beizeiten alle Vorkehrung getroffen und bei wirklichem Einbruch der Gefahr keine Zeit verloren würde. Eine neue Schwierigkeit erhob Snoilsky damit, daß er eine andere Benennung des von seinem Herrn zu übernehmenden Kontingentes in Aussicht stellte. Schließlich wurde noch der Vorschlag laut, daß man am Schlusse des Recesses noch ausdrücken solle: falls am Ende der dreijährigen Frist des Bundes die Alliirten etwa in wirklicher Aktion begriffen sein sollten, würde deshalb diese Aktion noch nicht aufzugeben sein, sondern der Bund bis nach Ende derselben fortbestehen müssen.

Ganz zuletzt bedang noch Neuburg aus, daß man zu nichts verbunden sein wolle, bevor nicht sämtliche Vertragschließende ihre Ratifikationen eingesandt haben würden.[2]

Besonders in's Auge zu fassen sind noch die Erklärungen Canstein's, welcher vorschlug, in Artikel 1, wo die Rede von der Nichtein-

---

[1] Neufassung des Recesses vom 24. Mai 1658. — Düsseldorf.

[2] Protokoll vom 24. Mai. — Düsseldorf. Schriftliches Votum Schmisings ebenda.

mischung in fremde Kriege ist, die einschränkenden Worte hinzuzufügen „soweit es das römische Reich angeht und ohne Noth und Ursache.“ Nichts als Hinterpförtchen für die Politik seines Herrn, die man erkannte: denn man sprach von gefährlichen Konsequenzen und weigerte sich, derartige Zusätze aufzunehmen, obgleich Canstein erklärte, hierzu ausdrücklichen Befehl zu haben; er unterlag der Stimmenmehrheit. Gleich dem Neuburger erklärte deshalb auch er, es müsse demnach seinem Herrn vorbehalten bleiben, ob er dergestalt mit eintreten wolle oder nicht.[1] Wie er überhaupt auch heute wieder dem Kurfürsten noch weitere Erinnerungen offen hielt. Auch betonte er nochmals, daß dieser auf keine andere Weise sich in dieses Bündniß begeben würde, es geschähe ihm denn zuvor Genugthuung wegen des Direktoriums im westphälischen Kreise, sowie daß es ferner auch dahin stehe, ob der Kurfürst mit den geistlichen Fürsten ohne Einwilligung der Domkapitel derselben sich verbinden werde. Und in diesem letzteren Punkte ließen nun auf einmal sämtliche evangelische Genossen, von denen in der letzten Sitzung noch Kassel dasselbe Verlangen gestellt hatte, ihn im Stiche.[2]

Man hatte nach dieser Sitzung vom 24. Mai den Eindruck, als sei das Werk beendet, bis auf den Beitritt Brandenburgs.[3] Das kurmainzische Direktorium sandte die neu vereinbarte Fassung des Bundesvertrages in Reinschrift den Betheiligten am 27. Mai zu. Schon dachte man daran, diesen Entwurf auf Ratifikation zu unterschreiben.[4] Canstein glaubte, daß dies noch in der nämlichen Woche geschehen würde, und berieth deshalb mit Jena, ob sie mitunterzeichnen oder die Vollziehung dem Kurfürsten selbst anheimgeben sollten, an welchen er die Bitte richtete, möglichst schleunig seine Willensmeinung äußern zu wollen.[5]

---

[1] Bericht Otto's vom 15. (25.) Mai. — Hannover.

[2] Bericht Cansteins vom 19. (29.) Mai 1658. — Berlin.

[3] Schmising's Bericht vom 26. Mai: Mit den Unkatholischen ist der Schluß außer Kur-Brandenburg, welcher annoch in suspenso bleibt, gestern (soll vorgestern heißen) geschehen. — Münster.

[4] Otto's Bericht vom 18. (28.) Mai. — Hannover.

[5] Bericht Cansteins vom 19. (29.) Mai. — Berlin.

33.

Schwierigkeiten wegen der Krone Schweden.

Dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg wollte die ganze Sache je länger je weniger behagen. Sich mit dem Abschlusse überschnellen zu lassen war nicht nach seinem Gefallen. Als er daher aus dem Berichte seiner Gesandten vom 29. Mai den Eindruck gewann, daß die Verhandlungen um die Allianz ihrem Ende sich näherten, entschloß er sich seit langer Zeit zum ersten Male wieder, Canstein und Jena eingehende Weisungen wegen ihres weiteren Verhaltens zu ertheilen.[1] Wiederum hob er hervor, wie unschicklich es wäre, daß von ihm, einem Kurfürsten des Reiches, über die Allianz zu gleicher Zeit und an demselben Orte wie über die Kaiserwahl verhandelt werden sollte; denn er fühlte sehr wohl die Spitze, welche in diesem Bunde sich gegen das Haus Habsburg kehrte. Demnach schlug er vor, die Verhandlungen, namentlich aber den Akt der Beschließung an einen andern Ort zu verlegen. Ueberhaupt aber und vor allen Dingen drang er auf vorherige Genugthuung wegen des Direktoriums im westphälischen Kreise. Nochmals forderte er sodann die Zustimmung der Domkapitel, schon deshalb, weil zur Zeit mehrere Kapitel, wie zu Mainz und Würzburg, zu Köln, Lüttich und Hildesheim, unter einem Hute ständen, so daß im Falle des Ablebens eines solchen geistlichen Fürsten die Union der Stifter zerfallen und damit ein Abgang bei den Kontingenten sich ergeben müßte. Gegen die zuletzt getroffene Eintheilung der Quoten hatte Friedrich Wilhelm füglich nichts mehr einzuwenden. Aber das Mißverhältniß in der Zusammensetzung des Kriegsrathes, und daß Jeder nur ein Mitglied dazu abordnen solle, rügte er nach wie vor. Er wünschte, daß einem Jeden so viele Stimmen zuerkannt werden sollten, als ihm deren sonst auf dem Reichstage wegen der einzelnen Besitzlande zuständen.

Instruktion und Verpflegungsordonnanz sollten erst vereinbart werden, ehe man überhaupt weiter über den Receß rede. Das von Neuburg vorgeschlagene Wort Repressalien oder eine bezügliche protokollarische Erklärung verwirft der Kurfürst. Dann aber hält er im Hinblick auf die ihm von Schweden drohende Gefahr für angemessen, daß man im Recesse auch ganz bestimmte Vorsehung treffen solle, wonach auch gegen

---

[1] Instruktion für Canstein und Jena vom 28. Mai (7. Juni). — Berlin. U. A. VIII, 549 kurz erwähnt.

gewaltsame Durchmärsche und Einquartierungen die Bundeshülfe zu gewähren sei. Denn es hätten, er wisse es wohl, einige Räthe von den Invitirten sich vernehmen lassen, daß der König von Schweden als solcher an die Reichssatzungen nicht gebunden sei und deshalb ungestört durch das Reich Völker führen dürfe. Es sei doch aber wohl gleich viel, ob er die Lande der Alliirten als König von Schweden oder als Herzog von Bremen verderbe, und wider beide Fälle Hülfe vonnöthen. Um also einer solchen Ausflucht vorzubeugen, wäre im Recesse besonders zu verwahren, daß die Hülfe gegen solche Märsche u. s. w. geleistet werden sollte, unter welchem Vorwande und von wem auch immer sie vorgenommen würden. Den Beifall des Kurfürsten hatte der Zusatz in Artikel 1 bei der Stelle von der Nichteinmischung in fremde Kriege „soweit es das römische Reich angehe und ohne Noth und Ursache." Die Weisung aber, auf welche der Kurfürst sichtlich den größten Werth legte, lautete dahin, daß seine Gesandten sich bemühen sollten, damit das Werk aufgehalten werde, auch unter den Anderen nicht zum Schluß komme, zu welchem Ende sie sich eben dieser Einwände und Bedenken zu bedienen haben würden, wozu sie als neuen Einwurf hinzufügen sollten, daß der Kurfürst seine Stammesvettern von den fränkischen Linien mit aufzunehmen wünsche und daher mit diesen sich erst darüber benehmen müsse; auch wäre, um die Sache aufzuhalten, die Hinzuziehung des zur Zeit in Frankfurt anwesenden Kurfürsten von Sachsen zu beantragen. Und ferner, weil auch Schweden den Bedingungen der Allianz nicht entsprechen könne, bevor es mit Polen Frieden gemacht und alle Streitfragen mit Oesterreich behoben, so wäre darauf zu dringen, daß die wirkliche Aufnahme dieser Krone ausgesetzt würde, bis hierin ein Austrag erfolgt wäre. Auf allen Fall aber müßte verhütet werden, daß ihm, dem Kurfürsten, der Vorwurf erwüchse, als wäre er es, welcher die Verhandlungen abbräche. Die Gesandten aber hätten nichts anzunehmen, auch den Receß nicht zu vollziehen, sondern in allem ferneren Bericht zu erstatten und Befehl abzuwarten.

Hiermit ist die endgültige Abkehr des Kurfürsten von der Allianz besiegelt. Alle Einwände und Einwürfe, alle immer wieder neu auftauchenden Vorschläge dienen nur dem einen Zwecke, das Werk aufzuhalten und wenn möglich ganz zu hintertreiben. Schon hatte man freilich diese Politik durchschaut und selbst Hessen und Braunschweig waren ja bereits gewillt, ohne Brandenburg zu schließen, auf seinen Rückzug längst gefaßt.

Vielleicht hätte man also, ohne sich viel um die stets neuen Aufzüge mehr zu bekümmern, schnell zu Ende eilen können. Aber es gab noch anderes zu erledigen. Die Krone Schweden hatte ja von Anfang

an als Bedingung ihres Beitrittes die uneingeschränkte Hülfeleistung gegen Jedermann verfochten. Jetzt, nach ihren großen Erfolgen gegen Dänemark und mit ihrem mächtigen Rückhalte an Frankreich, war sie wohl um so weniger gesonnen, einfach einen Bundesvertrag zu vollziehen, welcher die Bedingung aufstellte, daß die Alliirten weder direkt noch indirekt sich in die zwischen fremden Kronen und Potentaten sich enthaltenden Kriege einzumischen haben sollten. Dies war ja eben die Formel, kraft deren man sich der Hülfe an Schweden in dessen auswärtigen Verwickelungen entschlagen zu können vermeinte; gegen sie hatte sich aller Eifer der schwedischen Gesandten schon so oft gewendet. Und noch immer war man keineswegs zu einer beide Theile befriedigenden Lösung dieser heiklen Frage gelangt. Zwar der dänische Krieg war beendigt, aber der polnische war es nicht trotz mehrfacher Anbahnungen zu Friedensverhandlungen, noch drohten die Polen mit einem Rachezuge gegen Schweden, der freilich nur möglich schien durch die Unterstützung der zu Schutz und Trutz mit ihnen verbündeten Oesterreicher und Brandenburger, deren Losbruch um so eher zu erwarten stand, als auch, wie man wußte, König Karl Gustav starke neue Rüstungen betrieb. Dazu die Rachegelüste Dänemarks und die Unzufriedenheit der Holländer mit dem Frieden von Roeskilde. Man fühlte, daß ein geringer Funke nur den Krieg im Norden jeden Augenblick entfachen konnte. Und der Schwedenkönig wollte den Kampf; es drängte ihn, sich endgültig auf offenem Blachfelde mit dem Brandenburger abzufinden. Oesterreich hoffte er mit der Hülfe Frankreichs und der rheinischen Allianz durch die Wahlkapitulation derart binden zu können, daß er beim Entscheidungskriege nur Brandenburg und die entfernt gesessenen, mißachteten Polen sich gegenüber sehen würde. Kam freilich noch Dänemark zu diesen, und für seine Auflehnung gegen die ihm aufgezwungenen Ketten sprachen bereits allerhand Anzeichen, so mußte es ein hartes Ringen werden, bei welchem er auch des direkten Beistandes einer Macht wie der des rheinischen Bundes nicht entrathen zu können wohl in Berechnung zog. Und gerade hiergegen sträubten sich diese Herren von der großen Defensivverfassung mit allen Kräften. Sie faßten gern alle Gefahren, die der Welt durch die Verwickelungen Schwedens drohten, weil sie vom polnischen Kriege ihren Ausgang genommen unter dem Namen „der polnischen" zusammen und waren geneigt, in diesem Sinne kraft der bewußten Formel des Recesses überhaupt alle und jede offene Hülfeleistung für Schweden zu verweigern. Der Kurfürst von Maiz wurde nicht müde, zu betonen, daß an eine Assistenz aus Anlaß des polnischen Krieges nicht gedacht werden könnte, bereit, jede Verwickelung Schwedens auf diesen Zusammenhang hin zu deuten. Björnklou und Snoilsky

klammerten sich ihrerseits an eine wörtliche Deutung dieser Erklärung und meinten, daß sie ja nur ihrem Herrn die Bundeshülfe für den Fall eines Angriffes durch Oesterreich und Brandenburg sichern wollten. Johann Philipp schien einzulenken und meinte die Bundeshülfe für den Fall versprechen zu dürfen, daß Oesterreich und Andere, wer die auch sein möchten, die deutschen Provinzen Schwedens nicht aus Anlaß des polnischen Krieges, sondern aus einer anderen Ursache oder Vorwande angreifen würden.[1]

Die seitdem im stillen, vermuthlich unter dem Beistande der französischen Gesandten weitergeführten Verhandlungen mit Björnklou und Snoilsky hatten allgemach zu einer dem Anscheine nach milderen Auffassung des mainzer Kurfürsten geführt, der auch jetzt noch jede Garantie für Schweden aus Anlaß der polnischen Wirren ablehnte, den Schutz gegen Oesterreich und Brandenburg aber nicht mehr so starr ausschloß,[2] was schon daran zu erkennen war, daß die alte Forderung der Alliirten, wonach Schweden vor Eintritt in den Bund aller Kriege ledig sein solle, in aller Stille fallen gelassen worden war. Es wäre, da der Bundesreceß mit der bekannten Formel wegen der Nichteinmischung jedenfalls allezeit zum Nachtheile Schwedens aufgefaßt werden konnte, das einfachste gewesen, diese ganze Stelle wegzulassen. Dagegen aber sträubte sich der Sinn des Mainzers und seiner Genossen, auf der einen Seite wohl um eine dann zu besorgende Verstimmung Brandenburgs zu vermeiden, auf der anderen Seite aber auch um sich immer noch die Rückzugspforte offen zu halten.

Immerhin jedoch fühlte man auf allen Seiten das Bedürfniß nach Regelung des Verhältnisses zu Schweden und gerieth dabei auf die etwas umständliche Idee, dieses durch einen besonderen Nebenvertrag zu erreichen. Der Gedanke war schon mehrfach aufgetaucht, ohne daß man sagen könnte, wem die Ehre der Vaterschaft gebühre.[3] Jetzt, wo der große Hauptvertrag zur Vollziehung fertig stand, trat er von neuem in greifbarer Gestalt auf. Den Gesandten Braunschweigs hatten die Schweden, welche seither stets die unbeschränkte Hülfeleistung gegen Jedermann gefordert hatten, in einer schwachen Stunde einmal vertraulich erklärt, daß ihres Königs Wille nicht wäre, daß die Alliirten des polnischen Krieges halber auch nur ein einziges Pferd satteln lassen

[1] Säve, S. 47.

[2] Säve, S. 94.

[3] Snoilsky war der Urheber nicht. Er hat mehrfach den Wunsch geäußert, es einfach beim Hauptreceß zu belassen (danach zu verbessern: Köcher, S. 252.), und einfach die Streichung der für Schweden anstößigen Klausel im Hauptrecesse verlangt (Köcher, S. 248.).

sollten. Jetzt wünschten dieserhalb die Alliirten ganz bestimmte und bindende Abmachungen, während die Schweden wiederum zu wissen verlangten, ob und wie weit der Bund sich der schwedischen Reichsprovinzen auch gegen eine aus Anlaß des polnischen Krieges ihnen drohende Gefahr (contra vim et laesionem bello Polonico profluentem et occasionatam) anzunehmen geneigt wären. Vermuthlich haben hierüber Verhandlungen zwischen Mainz und Köln einer- und Schweden andererseits stattgefunden, deren Ergebniß jener Gedanke eines Nebenrecesses war. Die Sache wurde zunächst den protestantischen Invitirten nur angedeutet; die Urheber des Gedankens hüteten sich, in offener Sitzung mit einem Antrage hervorzutreten, um nicht den Unglimpf auf sich zu laden: denn es war wohl leicht vorauszusehen, daß die Sache nicht so glatt verlaufen würde.[1]

Und nun entwickelte sie sich in folgender Weise. Zum 28. Mai war eine neue Sitzung angesagt, in welcher die Vollziehung des Recesses durch Unterschrift der einzelnen Vertreter erfolgen sollte. Schweden-Bremen sowie Brandenburg ließen sich entschuldigen. Deshalb wurde der Akt auf den nächsten Tag verschoben. Aber auch da erschienen die Genannten nicht; auch der Neuburger Gise versäumte sich auf einer Gasterei beim Kurfürsten von Mainz. Die Braunschweiger und der Hesse, zur Unterfertigung des Vertrages aufgefordert, lehnten dies unter dem Vorwande ab, daß die Frage, wie man Schweden Beistand leisten wolle, noch nicht entschieden sei und man, so lange als dieses unterbliebe, der Allianz wenig zu genießen haben würde. Darüber freilich war man einig, daß man zur Hülfe an Schweden nicht verbunden sein würde, wenn es einen Angriff von Polen erführe; doch gab man ganz im Sinne der Schweden zu verstehen, daß man vorzusehen habe, was zu thun sein möchte, wenn Oesterreich und Brandenburg einen Ueberfall unternehmen sollten. Da hierüber keine Einigung erzielt werden konnte, wurde beschlossen, den Freiherrn v. Boineburg und Witte von Celle zu Björnklou zu entsenden, damit sie mit ihm über diese Angelegenheit beriethen.[2]

---

[1] Bericht Otto's vom 15. (25.) Mai. — Hannover.

[2] Bericht Gise's, der diese Vorgänge von Mehl und Aldenhoven erfuhr, vom 30. Mai. — Düsseldorf. Otto stellt in seinem Berichte vom 22. Mai (1. Juni) die Sache ganz anders dar. Danach hätten die Invitanten zuerst zu wissen begehrt, ob wegen Schweden der verglichene Receß auch sicher genug eingerichtet wäre. Die Invitirten hätten abgelehnt, sich hierauf zuerst zu erklären, damit sie (die Invitanten) „ihre Intention, den Glimpf deswegen allein für sich zu behalten und das contrarium bei Schweden auf uns zu dämmen, nicht erlangen können". Darauf hätten Jene erklärt, daß darüber ein Nebenreceß zu vereinbaren sein würde, wie man sich „wegen Vorpommern und des jetzigen polnischen Krieges halber und wie weit man sich

Dem Kurfürsten von Mainz war dieser Aufschub nicht genehm; auf's eifrigste drängte er zum Abschlusse und ließ verlauten, daß man nunmehr ein Ende machen müsse, wenn er und die anderen Unirten nicht genöthigt werden sollten, in anderer Weise nach bester Möglichkeit auf ihre Sicherung zu gedenken. Dies schien auf eine Abschwenkung zur österreichischen Partei abzuzielen. Wiederum fiel das Wort: Braunschweig und Kassel könnten füglich auch ohne Schweden und Brandenburg schließen und Anderen, deren genug sein würden, die Thüre offen lassen.[1]

Am 1. Juni war wieder Tagsatzung. Diesmal fehlten die Vertreter von Trier und Münster, während Brandenburg[2] und Schweden sich eingestellt hatten. Snoilsky wurde aufgefordert, abzutreten, worauf Boineburg über den Erfolg seiner und Witte's Konferenz mit den schwedischen Gesandten Bericht erstattete. Björnklou hatte sie an Snoilsky gewiesen, der dann erklärt hatte, man werde sich erinnern, wie er allemale beständig eine allgemeine, gegenseitige, uneingeschränkte Assistenz sowohl wegen Vorpommerns als der anderen schwedischen Reichslande gefordert habe; widrigenfalls seinem König von dieser Allianz kein Nutzen zu gewarten sein würde, weshalb man es lediglich bei dem bereits abgehandelten und verglichenen Recesse bewenden lassen könnte. Wollten jedoch die Alliirten wegen des polnischen Krieges einige Ausnahmen aufstellen, so müßten sie eben — so hatte er gesprochen —, falls sie auf einen Nebenreceß abzielten, diesen selbst entwerfen und ihm

---

Hinterpommerns und andrer schwedischen Lande im Reich halber in omnem eventum zu verhalten habe". Einstimmig wäre dann die Ansicht laut geworden, daß man zur Assistenz nicht gehalten sein wolle, wenn Pommern vom König von Polen oder den Völkern seiner Alliirten, falls sie unter seinem Kommando ständen, angegriffen werden sollte; daß aber, wenn ein Andrer, er sei auch, wer er sei, Pommern und andre solche Länder anfallen würde, die Assistenz aufgrund des Allianzrecesses geleistet werden müßte.

[1] Bericht Otto's vom 22. Mai (1. Juni). — Hannover. Schon vorher hatte Johann Philipp zu den Braunschweigern geäußert, daß sich auch Bamberg, Darmstadt, Württemberg und noch andre Reichsfürsten mehr gern zum Beitritte einladen lassen würden. Bericht Otto's vom 15. (25.) Mai. Der Kurfürst von der Pfalz fragte bei Otto an, ob man nicht auch ihn auffordern werde, „und hat sich gar begierig dazu vermerken lassen". Bericht Otto's vom 18. (28.) Mai und 29. Mai (8. Juni). — Hannover.

[2] Den Brandenburgern hatte man von dem Plane eines für Schweden zu vereinbarenden Nebenrecesses mit der Versicherung Kenntniß gegeben, daß man zuvor darüber mit ihnen kommunizieren und nichts hineinbringen wollte, was den Kurfürsten präjudiziren könnte; worein sie von vornherein Zweifel setzten. Bericht des Fürsten Moritz von Nassau, Hauptgesandten zum Wahltage, Cansteins und Jena's vom 25. Mai (4. Juni). — Berlin; kurz erwähnt U. A. VIII, 548.

gestatten, dazu Erinnerungen beizubringen. Bei der nach dieser Mittheilung von Mainz gestellten Umfrage stimmten Köln, Neuburg, Braunschweig und Kassel einhellig für baldige Abfassung eines Entwurfes zu einem solchen Nebenrecesse. Nur Canstein erklärte, daß er sich auf einen solchen Hauptfall noch nicht einlassen könnte, da er erst vorher dem Prinzen von Nassau, dem Hauptvertreter seines Herrn (auf dem Wahltage), und Jena davon Mittheilung machen und sie sich in ihrer Instruktion darüber ersehen müßten. Doch habe er nichts einzuwenden, wenn man einstweilen den Aufsatz entwerfen wollte.[1]

In ziemlicher Geschwindigkeit brachte die kur-mainzische Kanzlei den Entwurf zustande. Zwischen dem 6. und 9. Juni wurde er den Betheiligten zugestellt.[2] Hierin wurde bestimmt: Wenn der König von Schweden in seinen deutschen Landen, Bremen, Verden, Pommern und Wismar in jetzigem polnischen Kriege von der Krone Polen durch ihre eigenen Mittel, durch ihre von ihr allein dependirende Miliz und unter ihrem alleinigen auspicio angegriffen und bekriegt werden sollte, daß auf solchen Fall die alliirten Kur- und Fürsten kraft dieser Allianz die Hülfeleistung zu thun nicht schuldig sein, noch solche von ihnen samt und sonders gefordert werden solle; auf den Fall aber, aus der Ursache oder sub praetextu societatis des jetzt in Polen führenden Krieges Andre, sie seien compaciscentes nnd consortes pacis Westphalicae oder nicht, wer oder welche die auch sein mögen, die schwedischen Provinzen im Reich dem Friedensinstrument zuwider mit Durchzügen, Einquartierungen oder sonst mit Kriegsmacht zuerst angreifen, anfechten oder überziehen würden, alsdann es in allen und jeden Punkten bei dem Defensions- und Hauptreceß allerdings kräftig bleiben und die darin reciproce versprochene Assistenz und Hülfeleistung völlig und unweigerlich prästiret und gewerkstelligt werden solle. Doch solle dieser Nebenreceß nur auf die Dauer des gegenwärtigen polnischen Krieges Geltung haben und nach erlangtem polnischen Frieden aufgehoben sein und alsdann alles ohne einige Ausnahme beim Hauptreceß allein sein gänzliches Bewenden haben.[3]

Eine günstigere Fassung hätten die Schweden kaum erwarten können, nachdem sie einmal wußten, daß gegen Polen selbst eben niemals die Hülfe der Allianz zu erreichen sein würde. Denn die Bundesgenossen Polens, gegen welche der Beistand gewährt werden sollte, kannte man ja, Oester-

[1] Protokoll der Sitzung vom 1. Juni. — Münster. Bericht Otto's vom 25. Mai (4. Juni). — Hannover.

[2] Otto am 29. Mai (8. Juni). — Hannover. Schmising am 9. Juni. — Münster. Gise am 9. Juni. — Düsseldorf.

[3] Abschrift in Hannover, vollständig mitgetheilt bei Köcher, S. 252.

reich und Brandenburg. Die ganze Fassung, als zu weitgehend und ohne Noth allzustarke Verbindlichkeiten feststellend, erregte denn auch sofort Bedenken, selbst bei den Braunschweigern, die doch neuerdings zum Schlusse mit weit mehr Feuer drängten, als der Kurfürst von Mainz selbst.[1] Gerade sie, die Braunschweiger, beanstandeten sofort den vorgelegten Entwurf: Man brauche sich doch nicht gleich gegen die Bundesgenossen Polens, Oesterreich und Brandenburg ausdrücklich zu verbinden; denn man verletze diese damit. Man erreiche ja denselben Zweck, wenn man einfach nur die Hülfeleistung gegen Polen allein ausnehme. Man solle zum wenigsten doch abwarten, bis die Schweden selbst solche Forderungen erheben würden.[2]

Diesen Vorstellungen schenkte man Gehör. Dünkte doch auch selbst dem Neuburger Gise dieser Aufsatz bedenklich, als wenn durch ihn eine Liga gegen das Haus Oesterreich gemacht würde und man so mit verbundenen Augen in den Krieg geführt werden dürfte.[3]

---

[1] Denn dieser ließ gerade jetzt einen Umschlag in seinem bisherigen Feuereifer erkennen, wohl im Verfolg der Nachrichten von dem immer ernster sich gestaltenden Verhältnisse Schwedens zu seinen Gegnern. Als letzten Versuch zu friedlicher Beilegung aller Zerwürfnisse und Beseitigung der Gefahr hatte die irenische Politik des Mainzers eine Abordnung des Kurfürstenkollegs (Mainz, Köln und Sachsen) an den König von Schweden und die andren kriegsbereiten Parteien zuwegegebracht. Einen ernstlichen Erfolg konnte man sich wohl kaum versprechen: doch hoffte man wohl, Zeit zu gewinnen und den Krieg zu verhindern, bis die Kaiserwahl und die in Verbindung damit etwa zu erwartenden neuen Konstellationen vielleicht eine andre Sachlage schaffen würden. Zur Allianz selbst war der Kurfürst Johann Philipp nach wie vor bereit; doch stiegen ihm wegen des Nebenrecesses für Schweden schon allerhand Bedenken auf. War der Krieg im Norden unvermeidlich und erfolgte ein Angriff auf Schweden in Pommern, wo man ihn zunächst erwarten konnte, so war der im Nebenreceß in Aussicht genommene Assistenzfall vorhanden und man mitten drin in jenen Wirren, aus denen man sich ja eben unter allen Umständen zu halten strebte. Unter diesen Umständen erlahmte der Eifer des Kurfürsten sichtlich. Selbst Boineburg und Fürstenberg mahnten neuerdings, sich bei jetzigen Läuften nur ja nicht frühzeitig zu übereilen. Das Werk möge man ja freilich vollenden, aber langsam und bedürfenden Falles hätte man schließlich sich auch der Ratifikationsfrist zur Entschuldigung zu bedienen, da von deren Ablauf an die Allianz ja erst zukraft bestehen solle. Berichte Otto's vom 25. Mai (4. Juni) und 29. Mai (8. Juni). — Hannover.

[2] S. Köcher, S. 252, nach dem Witte'schen Berichte vom 29. Mai (8. Juni). Otto berichtet am nämlichen Tage, daß Heyland bei Fürstenberg und Witte beim Kurfürsten von Mainz vorgestellt hätten, daß man den Nebenreceß „pro odio et invidia declinandis etwas allgemeiner und nicht so einrichten möchte, daß man daraus so deutlich zu ergreifen, daß auch die Assistenz contra Ungarn und Brandenburg pro Schweden und Vorpommern eventualiter resolvirt. — Hannover.

[3] Bericht Gise's vom 9. Juni über Unterredungen mit Aldenhoven und Heyland. — Düsseldorf.

Alle diese Einwände kamen den Mainzern vielleicht eben recht, die den Aufsatz den Schweden zuliebe wohl nicht anders hatten einrichten können. Sie ließen es sich also gefallen, daß die Braunschweiger beauftragt wurden, einen abgeänderten Entwurf einzureichen. Am 10. Juni wurde ein solcher den Betheiligten mit Ausnahme der Schweden und Brandenburger, denen man auf eine Stunde später angesagt, zur Begutachtung vorgelegt.

Die Fassung der Braunschweiger war kürzer und einfacher und fehlte darin die offen gegen Oesterreich und Brandenbnrg gerichtete Bestimmung; es hieß, daß die Alliirten, wenn der König von Schweden in seinen deutschen Reichslanden, bei noch währendem jetzigen polnischen Kriege, von des Königs und der Krone Polen angehörigen und in deren Dienst und Pflichten, unter deren Kommando stehenden Völkern feindlich angegriffen werden sollte, auf solchen Fall kraft dieser Allianz einige Assistenz zu thun nicht schuldig sein, noch solche von ihnen samt und sonders gefordert werden, in übrigen andern Fällen aber es bei erwähntem Hauptreceß und der darin ohne Unterschied und Ausnahme versprochenen Hülfeleistung gelassen werden solle.[1]

Bei der Umfrage über diesen Aufsatz erhob Trier Ausflucht und bat um Anstand für seine Erklärung bis zur Rückkehr des augenblicklich durch einen Zufall abwesenden Kurfürsten, der noch nicht unterrichtet wäre. Köln billigte unter besonderer Betonung der Nothwendigkeit eines endlichen Schlusses die Fassung und deren Mittheilung an Snoilsky. Münster wich aus wie Trier, Neuburg aber wußte nichts gegen den Entwurf (vorbehaltlich der Genehmigung des Pfalzgrafen) und dessen Durchberathung mit Snoilsky einzuwenden. Die Braunschweiger empfahlen natürlich die Annahme ihres Machwerkes mit warmen Worten, während auch Kassel befriedigende Erklärungen abgab.

Immerhin wurde für den Fall, daß die braunschweigische Fassung von den Schweden als nicht zureichend befunden werden sollte, beschlossen, in zweiter Reihe diesen sodann den mainzer Entwurf vorzuschlagen.

Snoilsky erschien und nahm den braunschweigischen Aufsatz entgegen; er versprach, nach Berathung mit Björnklou baldigst Erklärung beizubringen. Als man imbegriffe war, auseinander zu gehen, erschien der brandenburgische Rath Jena. Man berichtete ihm den Gang der heutigen Verhandlung. Er mißbilligte den neuen Entwurf und verlangte, wenn dieser Nebenreceß überhaupt annehmbar werden sollte, daß man darin den Assistenzfall auch in Hinsicht auf die Verbündeten der Krone Polen ausschließen müsse. Man wich heute aber noch mit der Entschuldigung

[1] Abschriften in Münster und Hannover. Gedr. vollständig bei Köcher, S. 253.

aus, daß man vorläufig die Fassung eben wohl so lassen müsse, wie man sie bereits den Schweden mitgetheilt habe.[1]

Weit entfernt aber, daß die Schweden sich befriedigt gesehen hätten. Snoilsky äußerte sich zu den braunschweigischen Gesandten höchst mißvergnügt: Aus solchen Bestimmungen werde der König nicht nur nicht den allergeringsten Nutzen von den ihm zugemutheten Unkosten zu erwarten haben, sondern vielmehr dagegen große Gefahr und Ungelegenheit, unberührt des daraus entspringenden schimpflichen Nachklangs bei Freund und Feind, zumal da Ungarn, Moskau, Brandenburg und andre Widersacher dem König von Polen leicht nach Pommern gegen ihn Hülfe zuschicken könnten unter dem Vorwande der Polen, daß diese Völker in ihren Pflichten und Diensten ständen. Man möge also mit einem solchen Recesse den König verschonen und es schlechterdings bei dem großen, allgemeinen Bundesvertrage belassen. Wie man denn die Fassung des Nebenaufsatzes erträglicher einrichten könnte? Es wurde ihm der Rath ertheilt, diese Frage vor das Plenum zu bringen.[2]

Dieses that er nun zwar vorläufig nicht, zumal ein königlicher Erlaß ihm aufgetragen, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen; in Privatgesprächen aber versicherte er nach wie vor, daß man sich schwedischerseits zu diesem Nebenrecesse nicht verstehen könne, da das Bündniß bei Allen durchgehends gleich und ohne einige Ausnahme sein müsse.

Nebenbei verstimmte die Schweden der Vorbehalt des jederzeitigen freien Beitrittes für Brandenburg, zu welchem die Beziehungen des Königs von Tage zu Tage gespannter wurden.[3] Brandenburg überhaupt ganz von der Allianz auszuschließen, so lautete die neueste Bedingung des Königs Karl Gustav, wie er sie am 31. Mai (10. Juni) Björnklou eröffnete.[4]

Unter diesen Umständen schien es immer zweifelhafter zu werden, ob Schweden überhaupt den Bund mit vollziehen werde. Eine heikle

[1] Protokoll vom 10. Juni. — Münster. Ein wesentlich ergänzender Bericht Otto's vom 1. (11.) Juni. — Hannover. Bericht von Canstein und Jena vom 1. (11.) Juni. — Berlin; ganz kurz in U. A. VIII, 549.

[2] Otto am 5. (15.) Juni. — Hannover.

[3] Bericht Heylands an den Herzog zu Celle vom 8. (18.) Juni. — Hannover (bei Köcher, S. 253. Anm. 6. Witte zugeschrieben). Witte's Bericht vom 5. (15.) Juni bei Köcher, a. a. O. Anm. 4. und 5. Die Braunschweiger meinten, daß dieser Vorbehalt für Brandenburg nur gelte rebus in eodem statu manentibus, daraus sich dann von selbst ergibt, zum Ueberfluß auch verwahrt werden kann, daß, wenn ein oder andrer Zurückbleibender, bevor er den Receß mit vollzieht und ratifizirt, in einen Krieg mit einem Bundesverwandten geräth, man denselben also schlechterdings einzunehmen nicht gehalten sein, sondern, ob und auf welche Weise solches zu thun, zu der Vereinigten Erwägung stehen müsse und solle". (Heyland a. a. O.)

[4] Säve, S. 95. (Pufendorf, Karl Gustav V, 56.).

Sachlage für den Kurfürsten von Mainz, weil auch zugleich die Franzosen sich vernehmen ließen, daß sie ohne Schweden die Allianz nicht eingehen würden.[1] Nichtsdestoweniger blieben die Alliirten standhaft auf dem Entwurfe des Nebenrecesses stehen. Wiederum wurden Boineburg und Witte abgeordnet, um mit den Schweden darüber zu unterhandeln.[2] Zuerst wurden sie mit leeren Ausflüchten abgewiesen. Und nach einigen Tagen (21. Juni) erklärte Snoilsky, daß Björnklou und er alles dem König berichtet hätten, dessen Entscheid mit den nächsten Posten zu erwarten stände. Doch könnten bis dahin auch noch wohl vierzehn Tage verstreichen, währenddem er aber durchaus nichts verhindern wolle, so daß er bitten müsse, mit den Verhandlungen getrost fortzufahren. Hierob großer Argwohn, selbst bei den bisher so zuversichtlichen Braunschweigern. Schon glaubte deshalb Otto vorschlagen zu dürfen, daß man schließen solle ohne Schweden und ohne Frankreich, wenn dieses den Beitritt Schwedens zur Bedingung des seinigen mache, ja selbst ohne — Hessen-Kassel, auf welches man sich in diesem Falle ebensowenig verlassen könne.[3] Die Allianzverhandlungen schienen auf der Spitze zu stehen.

Inzwischen sahen sich die braunschweigischen Regierungen daheim auf die bedenklichen Berichte der frankfurter Gesandten veranlaßt, zu der Frage, ob man mit oder ohne Schweden zu schließen, Stellung zu nehmen. Auf einer unter dem Vorsitze des Herzogs Georg Wilhelm zu Hannover stattfindenden Ministerkonferenz der kalenbergischen Regierung, am 10. (20.) Juni, wurde man einig, mit Frankreich wegen des Elsaß zu schließen und ebenso mit Schweden aufgrund des Nebenrecesses ohne Gefahr wegen einer Verwickelung in den polnischen Krieg, eventuell auch ohne Schweden, wie ohne Brandenburg, auf alle Fälle aber mit den Hessen. Man wollte hier wissen, daß Celle und Wolfenbüttel ohne Brandenburg wie ohne Schweden nicht schließen würden.[4] Zwei Tage später fand eine Gesamthauskonferenz zu Peine statt. Unter andern Punkten stand die Beantwortung dreier Fragen zur Berathung: 1. Wie die Gesandten in Frankfurt wegen des Mitbeitrittes Frankreichs und 2. wie sie auf die beiden Entwürfe des schwedischen Nebenrecesses anzuweisen wären; und 3. ob, weil allem Ansehen nach die Schweden, ehe sie mit Brandenburg richtig, die Allianz nicht schließen und auch die Verhandlungen über den französischen Receß sich wie üblich lange verweilen dürften, die bereits Vereinigten aber auf den Schluß drängten, das Haus Braun-

[1] Heyland a. a. O.
[2] Otto am 8. (18.) Juni. — Hannover.
[3] Otto am 12. (22.) Juni. — Hannover.
[4] Protokoll vom 10. (20.) Juni. — Hannover.

schweig mit den letzteren schließen solle, ohne auf den Beitritt der Schweden zu warten, doch unter Vorbehalt der späteren Aufnahme Schwedens sowohl wie Frankreichs und Brandenburgs? Celle stellte unter dem Beifalle der beiden andern Linien wegen Schwedens den Hauptgrundsatz auf, daß man sich in keiner Weise in den polnischen Krieg zu mischen habe. Die Einschränkung allein auf den König von Polen zu erstrecken, sei falsch und widerspreche der von Anfang an betonten Absicht, dem König von Schweden aus Anlaß des polnischen Krieges überhaupt keinen Beistand zu gewähren, also auch nicht gegen dessen für diesen Krieg verbündete Genossen. Der Receß sei jedenfalls nur in der von des Hauses Gesandten vorgeschlagenen Form anzunehmen, nicht in der allzudehnbaren Fassung der Mainzer. Doch dürfe man auch wiederum den Schweden keine Ursache zur Mißstimmung geben, da ohnedies deren Vertrauen erschüttert scheine. Schließlich könnte man ja, wenn die Schweden den Nebenreceß annähmen, zu Protokolle geben, „daß man sich etiam quocunque modo in diesen polnischen Krieg nicht mischen wollte und daß es auf den König von Polen allein nicht zu verstehen." Wolfenbüttel meinte sodann, daß an der ganzen Allianz doch hochgelegen und kein ander Mittel sei, wodurch man die im Reiche bestehenden Verhältnisse aufrecht erhalten könnte und womit man Denen, die Unruhe erwecken wollten, den Appetit dazu nähme. Das Werk dürfe sich in keinem Falle zerschlagen, besonders seien Frankreich und Schweden beizubehalten, wenn möglich aber auch Brandenburg. Sobald man mit Schweden einig, sei zu schließen, den Andern freier Beitritt offen zu halten. Nur keinen langen Aufenthalt mehr! Auch Celle meinte, mit den Alliirten allein ohne die Kronen zu schließen, wäre bedenklich. Württemberg und Pfalz, ja selbst Kassel würden ohne Schweden nicht beitreten und ohne Hessen könne man den Bund nicht eingehen. Hannover stimmte diesen Ansichten bei. Man beschloß also, nach allen Seiten hin auszuforschen und eindringlich zur Annahme der bisherigen Vereinbarungen zuzureden, vielleicht bei Schweden anzufragen, ob es ihm auf allen Fall nicht entgegen wäre, wenn Braunschweig neben Kassel mit den vereinigten Katholischen vollziehe, obschon so, daß dem König wie auch dem Kurfürsten von Brandenburg über kurz oder lang mit einzutreten offene Hand gelassen würde.[1]

In diesem Sinne wurde denn auch des Hauses Braunschweig Gesandtschaft an den König von Schweden, die ihn zur Wahrung des Friedens zu stimmen suchen sollte, angewiesen. Diese Herren, v. Gladebeck aus Celle, v. Heimburg aus Wolfenbüttel und v. Alten aus

---

[1] Protokoll vom 12. (22.) Juni. — Hannover.

Hannover, warteten zu Kolding, später in Apenrade und Eckernförde auf den König, der vorläufig noch in Gotenburg weilte.[1]

An des Hauses Gesandte in Frankfurt aber erließ man die Anordnung, die Schweden, falls sie den Nebenreceß anzunehmen sich weigern sollten, dahin zu bewegen zu suchen, daß sie sich auf den Inhalt desselben zu Protokolle erklären möchten oder doch wenigstens zuließen, daß dieses seitens der andern Alliirten geschehen dürfe. Doch habe man so behutsam zu gehen, daß der Vorschlag mehr von den Andren als vom Hause Braunschweig zu kommen scheine. Auf die Frage, was zu geschehen, wenn Schweden den Bund gar nicht mit vollziehen wolle, ob man dann mit Kassel ohne jenes beitreten solle, wäre schwer zu antworten. Die Allianz dürfe keinesfalls scheitern: denn an ihr hänge die Erhaltung der Reichsfreiheit und des Friedens, auch dürfe man sich die Invitanten nicht entfremden; auf der andern Seite sei es eine höchst mißliche Sache, von allen Protestanten allein beizutreten, und würden Verdacht, Abneigung und Gefahren die Folgen sein. Also einmal keine ablehnende Haltung und dann Bearbeitung der Schweden zum Beitritt unter Vorstellung des aus der Allianz für sie zu erwartenden Nutzens: denn auch ohne Hülfeleistung im polnischen Kriege würden sie großen Gewinn davon haben, daß das Gleichgewicht im Reiche, worin der Krone großes deutsches Interesse beruhe, festgestellt würde, was gar nicht mit einiger Hülfe gegen Polen oder sonst in Vergleich kommen könne. Auf allen Fall aber sei von den schwedischen Gesandten zu vernehmen, ob es ihnen zuwider sein würde, wenn Braunschweig und Kassel unterdessen beiträten, damit das heilsame Werk nicht ganz zerfiele. Bei den Hessen seien Erkundigungen einzuziehen, ob sie auf diesen Fall angewiesen, andernfalls sollten sie schleunigst darum nachsuchen. Auch bei Canstein und dem Gesandten Württembergs, von dessen letzteren Beitritte man jetzt munkele, sei nachzufragen, was man ihrerseits auf solchen Fall zu thun gedenke.[2]

Die ganze Frage war gegenstandslos. Schwedens König, nunmehr auf deutschem Boden zu Flensburg angelangt, mitten in den lebhaftesten Vorbereitungen zum Entscheidungskampfe, dachte jetzt nicht daran, sich vom Rheinbunde, der ihm den Rücken decken sollte, abzusondern. Drängten sich doch förmlich diese Herren in ihrer Seelenangst um die Erhaltung des bedrohten Friedens an ihn heran, die Kurfürsten von Mainz und Köln in ihrer Eigenschaft als Deputirte vom Kurfürsten-

---

[1] Instruktion vom 13. (23.) Juni. — Hannover. Köcher, S. 254.

[2] Gesamtinstruktion für die braunschweigische Gesandtschaft in Frankfurt vom 13. (23.) Juni. — Hannover.

kolleg, der Landgraf von Hessen-Kassel, die braunschweigischen Herzöge; sie alle hatten ihre Sendboten dem gewaltigen Herrscher entgegengesandt, um vom Kriege abzumahnen. Daß gerade mit ihnen auch in der Rheinbundfrage durchzukommen sein und er am Ende doch wirklich noch von ihnen die Erfüllung seiner Forderungen erreichen werde, konnte er mit Händen greifen. Und trotzdem, vielleicht gerade deshalb gab er sich die Miene, als liege ihm eben nicht sonderlich an dieser Allianz. Als die braunschweigischen Gesandten am 27. Juni bei ihm zur Audienz zugelassen wurden und in ihrem Vortrage auch die Allianz berührten, bemerkte der König: Dieses Werk wäre ihm anfangs etwas verdächtig vorgekommen, weil er nicht gewußt, wohin mit demselben gezielt worden, wie er aber nachher solches vernommen, hätte er sich dazu bereit erklärt. Als aber Heimburg, welcher das Wort führte, der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Allianz ein guter Anfang zur Aufrechthaltung von Ruhe und Frieden im Reiche sein werde und aus diesem Partikularwerke noch mehr werden könne, entgegnete er: Ja, wenn nur Alle beständig bleiben. Es beginnt aber Köln zu wanken, Triers Absichten sind bekannt und nur Mainz allein ist beständig, Frankreich hat ganz andre Interessen als Schweden und sein Absehen nur auf Flandern gerichtet; es wird zufrieden sein, wenn Oesterreich nur davon abgezogen werden wird, dorthin Hülfe zu senden. Mein Interesse aber, sprach er mit erhobener Stimme, besteht nur auf Frieden und Ruhe im Reiche.[1] Und eben weil der König an dem endlichen Erfolge seiner Grundabsichten bei den Rheinbündlern nicht zweifelte, wie er ja überhaupt schon im Vorgefühle künftiger Triumphe der ganzen Welt Trotz und Hohn bieten zu dürfen vermeinte,[2] war er nicht geneigt, sich zu der ihm keineswegs genügenden Fassung des seinen Gesandten in Frankfurt unterbreiteten Nebenrecesses zu verstehen, mit welchem man ihm den Beistand gegen Polen unterband und denjenigen gegen Brandenburg und Oesterreich durch dunkle Worte zweifelhaft machte.

Inzwischen hatte sich sein Verhältniß zum Kurfürsten von Brandenburg geklärt. Durch die bekannten Vorgänge in Flensburg, welche mit der Abreise des zu den letzten Verhandlungen mit dem Schwedenkönig erschienenen brandenburgischen Gesandten endigten, war die Entscheidung gefallen, der Krieg unvermeidlich, die Vereinigung der Feinde in einem nnd demselben Bunde unmöglich geworden.[3] Dieses lästigen Mitbewerbers beim Rheinbundsprojekte endlich ledig, zum Ueberflusse noch

[1] Bericht der braunschweigischen Gesandtschaft vom 17. (27.) Juni aus Flensburg. — Hannover.

[2] Vgl. seine Anmaßlichkeit gegen das Kurkollegium bei Droysen, III 2, 296.

[3] Vgl. Droysen, III 2, S. 294 ff. Köcher, S. 255.

mehrfach von den bei ihm weilenden braunschweigischen Gesandten versichert, daß es ihren Herzögen nicht auf die augenblicklich gleichzeitige Aufnahme Brandenburgs in die Allianz, sondern nur auf Vorbehalt des späteren Eintrittes desselben, zur Wahrung des Glimpfes, ankomme,[1] glaubte Karl Gustav nunmehr auch gegen die ihm vermuthlich unter allen Umständen sicheren Bundesgenossen nur um so trotziger und rückhaltsloser mit seinen Forderungen auftreten zu können. Dies beweist ein von Björnklou und Snoilsky in Frankfurt nach einigem Zögern — denn schon am 28. Juni versicherte Björnklou, daß wegen des Nebenrecesses Weisung des Königs erfolgt sei[2] — am 5. Juli durch Boineburg den Betheiligten eingereichter neuer Entwurf zu einem Nebenreceß.[3]

Am Nachmittage des 11. Juli war Termin anberaumt zur Lesung dieses schwedischen Machwerkes. Was hier unterbreitet wurde, war etwas vollkommen neues, keine Abänderung der beiden ersten Entwürfe. Es war ein Vertrag in vier Artikeln zur Erläuterung der Klausel von der Nichteinmischung in fremde Kriege, wie sie sich im Hauptrecesse befand. Der erste Artikel erwähnt, daß die Invitanten als Genossen einer Defensivallianz von Anbeginn der Verhandlungen an den polnischen Krieg ausgenommen, im übrigen aber sich bereit erklärt hätten, den Bund gegen alle Andern auszudehnen, welche fortan neben Polen die schwedischen Besitzungen in Deutschland angreifen würden. Demnach bleibe es dabei, daß „im Falle der König und die Krone Polen mit

[1] Berichte Gladebecks aus Flensburg vom 29. Juni (9. Juli) über ein Gespräch mit dem Residenten Kleihe, und vom folgenden Tage über eine Audienz beim Könige. — Hannover. Bei dieser Audienz bemerkte Karl Gustav, daß er zur frankfurter Allianz nicht ungeneigt sei, aber nicht sehen könne, wie er jetzt neben Brandenburg hineintreten möchte. Gladebeck antwortete: Der Herzöge Meinung wäre, dafern die Sache zwischen Schweden und Brandenburg so bald nicht akkommodirt werden könnte, daß man dann, bis solches geschehen, Brandenburg Platz lassen und ohne ihn schließen sollte. Der König gab darauf den Bescheid, so wolle er ferner befehlen, daß seine Bedienten in Frankfurt darin verhandeln sollten.

[2] Otto am 19. (29.) Juni. — Hannover.

[3] Bericht Otto's vom 26. Juni (6. Juli). — Hannover. Die Schweden nahmen den Entwurf wieder an sich, um noch einige Aenderungen vorzunehmen. Auf den ersten Anblick gewannen die Braunschweiger die Hoffnung, daß man damit auskommen würde. Am 9. Juli dagegen, wo Otto den Aufsatz einsendet, findet er bereits, daß es fast das Ansehen habe, als ob die Schweden die darin reservirte illimitirte Generalgarantie ohne Restriktion nicht allein auf den König von Ungarn, welcher ihrer Meinung nach, wiewohl extra Imperium und nur in Polen, gegen sie dem instrumento pacis kontravenirt, dirigirt, sondern sich auch derselben Klausel zu ihrem Vorwand und excuse, da ein und andrer Stand im Reich, obwohl wirklich in dieser Allianz mitbegriffen (Brandenburg), von ihnen sollte müssen auf irgend welche Weise gravirt werden, vermeintlich zu gebrauchen intendirt. Bericht Otto's vom 29. Juni (9. Juli). — Hannover.

ihren eigenen (darunter man nicht weder des Königs und der Krone Polen Bundesverwandten Armeen oder Truppen noch auch von Andern überlassene Auxiliar-, sondern bloß und allein in polnischen Eid und Pflichten stehende und verbleibende National-Armeen und Truppen unterstehen thut) Völkern Ihrer Kgl. Mt. zu Schweden deutsche Provinzen und Lande feindlich hinfüro attakiren sollte, foederati reliqui alsdann inkraft dieses Verbündnisses ihre Hülfe zu schicken nicht verbunden sein sollen."

Bemerkenswerth dabei ist, daß das erst nach längerem ernstlichen Weigern der übrigen Betheiligten erfolgte Zugeständniß der Hülfe gegen Jedermann, Polen allein ausgenommen, hier als ursprünglich vorhandene Geneigtheit festgenagelt werden soll. Doch, um überhaupt keinerlei Raum für Deuteleien bestehen zu lassen, besagt klar und umständlich Artikel 2: Da irgend ein anderer Potentat, Fürst, Republik oder Stadt, wer der auch sein mag in- und außerhalb des römischen Reiches, Ihrer Kgl. Mt. zu Schweden deutsche Provinzen und Lande mit Feindseligkeiten hinfüro angreifen sollte, es geschehe solches entweder ohne Respekt und Einmischung mit dem polnischen Krieg oder auch solchergestalt, daß er, der die Feindseligkeiten wider die schwedischen im römischen Reich gelegenen Lande und Provinzen verüben würde, jetziger Zeit mit Polen in Bündniß stehen oder hinfüro mit Polen in Bündniß treten würde und inkraft solcher Bündniß oder auch ex alio quocunque praetextu Ihrer Kgl. Mt. zu Schweden deutsche Provinzen und Lande, es sei zugleich mit den Polnischen oder auch à part und absonderlich, mit Feindseligkeiten beunruhigen würde: alsdann und auf solche ergebende Fälle wollen foederati obligiret sein, Ihrer Kgl. Mt. und der Krone Schweden zur Defension dero in deutschen Landen habenden Provinzen und Lande vermöge dieser Allianz ohne einige Exzeption kräftiglich beizustehen und zu assistiren.

Ein gänzlich neues Moment bringt der dritte Artikel: den Vorbehalt jederzeitiger unbeschränkten Erforderung der unbedingten Generalgarantie auch vom Reiche vonseiten des Königs wegen der in seinen, nicht ausdrücklich nur den deutschen, Provinzen und Landen bisher geschehenen feindlichen Eingriffe und den der fleißigsten Mitwirkung der Verbündeten zur Erreichung dieser Forderung.

Artikel 4 bestimmt, daß, wer jetzt den Bundesvertrag nicht mit unterschreiben wolle, später ohne Einwilligung aller und jeder Theilnehmer nicht zugelassen werden solle.[1]

---

[1] Aus den Akten in Münster und Berlin. Abgedr. vollständig bei Köcher, S. 256.

Wer griffe nicht die Spitze, welche sich hauptsächlich gegen Brandenburg richtete, mit Händen?

In der Sitzung vom 11. Juli war Schweden selbst nicht vertreten; man hatte es nicht geladen. Brandenburg hatte mit der Erklärung absagen lassen, man finde diesen Entwurf derart, daß man ohne weiteres und ohne besondern Befehl vom Kurfürsten darüber nicht mitstimmen könne, weshalb man um Vertagung der Verhandlungen bitte. Tags zuvor war Canstein zu einem der braunschweigischen Gesandten gekommen, um die Erwartung auszusprechen, daß die sich Verbündenden durch Annahme dieses Aufsatzes nicht Partei gegen seinen Herrn ergreifen und sich also mit dessen Gegner zu verbinden geneigt sein würden. Der König von Schweden hätte die brandenburgischen Gesandten zu Flensburg also behandelt, daß sie hier Bedenken tragen müßten, mit den Schweden in friedlichen Berathungen fortzufahren, geschweige denn sich in Allianz einzulassen.[1]

So schritt man denn ohne Brandenburg zu Rathe. Trier verschob seine Abstimmuog wiederum bis auf weitere Mitteilung an den Kurfürsten, wozu bisher keine Gelegenheit gewesen wäre. Köln eröffnete Bedenken des Kurfürsten gegen den schwedischen Aufsatz und schlug Abänderungen an zwei Stellen vor, einmal anstatt des in Parenthese befindlichen Satzes in Artikel 1 die Einschaltung „und von ihren Bundesverwandten nicht überlassenen, viel weniger zugehörigen, sondern bloß und allein in polnischen Pflichten stehenden und nach wie vor darin verbleibenden Truppen", und dann anstatt des wirklichen Hinübergreifens auf die Generalgarantie in Artikel 3 die Bestimmung, daß die Alliirten sich bemühen sollten, damit von Feststellung dieser Garantie auf nächstkünftigem Reichstage womöglich ein Schluß gemacht werde. Am liebsten würde man, wie der kölnische Vertreter schließlich erklärte, freilich sehen, wenn dieser Artikel ganz aus dem Recesse wegbliebe, wofür ihm auf allen Seiten Beifall lohnte.

Münster lehnte eine Erklärung wegen der Bedenklichkeit des Aufsatzes bis auf weitere Weisungen des Bischofs ganz ab. Wolfenbüttel wünschte, daß man endlich zum Schlusse kommen möge; schon hätte das Gerücht von den Allianzverhandlungen einiges Unheil vom deutschen Vaterlande abgehalten. Die Abänderungen Kölns seien willkommen; namentlich sei die Berufung auf die Generalgarantie unannehmbar, Schweden werde davon abstehen und mit dem kölnischen Abänderungsvorschlage sich begnügen müssen. Artikel 4 aber sei keine unbillige Forderung. Celle fand die kölnischen Abänderungen verständlicher als die

---

[1] Otto am 3. (13.) Juli. — Hannover.

schwedische Fassung, nicht minder Kalenberg und Kassel, letzteres unter Vorbehalt der noch ausstehenden näheren Weisungen des Landgrafen. Alle schienen sie allein nur an der Bezugnahme auf die Generalgarantie Anstoß zu nehmen. Schließlich wurden wiederum Boineburg und Witte abgeordnet, um in aller Kürze mit den Schweden auf Grundlage der kölnischen Abänderungsvorschläge zu unterhandeln.[1]

Waren sich denn, so darf man fragen, die Herren, welche den schwedischen Entwurf nur auf den Punkt der Generalgarantie hin zu prüfen schienen, der Tragweite dieses Machwerkes Oesterreich und Brandenburg gegenüber nicht bewußt? Keine warnende Stimme hatte sich am 11. Juli nach dieser Richtung hin erhoben. Und doch war man auf diese Weise im Begriffe, Verbindlichkeiten zugunsten einer Macht einzugehen, welche soeben dem Reiche unverschämte Drohungen geboten und in allen den letzten Jahren durch ihre unruhigen Bewegungen alle Welt in Besorgnissen erhalten hatte, Verbindlichkeiten, welche einer Kriegserklärung gegen Oesterreich und Brandenburg beinahe gleichkamen. In demselben Augenblicke, wo das Haus Habsburg unter dem Beistande des brandenburger Kurfürsten in der Wahlfrage den Sieg erhaschte. Kein Wunder, daß sowohl König Leopold wie die brandenburgische Wahlgesandtschaft in Frankfurt alle ihnen zugebote stehenden Mittel anstrengten, um die Betheiligten von so weitaussehenden Beschlüssen zurückzuhalten.[2] Aber schon gelangten die Betheiligten selbst zur Besinnung.

---

[1] Protokoll vom 11. Juli. — Düsseldorf. Bericht Otto's vom 13. (23.) Juli — Hannover.

[2] Betreffs der Brandenburger s. den Bericht Nassaus, Cansteins und Jena's an den Kurfürsten vom 6. (16.) Juli. — Berlin. U. A. VIII, 551. Und Schmising berichtet am 14. Juli an den Bischof von Münster: Im Namen des Königs Leopold kam der Reichssekretär Schröder zu ihm, zeigte ihm den schwedischen Entwurf und ermahnte, die Allianz nicht anzunehmen und wenigstens diesen Nebenreceß nicht mit zu unterschreiben, „da das foedus zu des wahren Glaubens Ausrottung in Polen und sowohl zu der Polacken als auch der vereinigten Mächte Oesterreich und Brandenburg Vertilgung ausschlagen könne". Schweden würde aus dem Reiche verstärkt, Polen und seinen Vereinigten mißgönne man dies „und an dessen statt ihnen nach Anleitung des vorhabenden Bundes, obwohl unter schönem Prätext, das Reich in Ruhe zu halten, ein ernsthafter Widerstand geleistet werden wolle und dadurch den Schweden gleichsam an die Hand gegeben wird ..., den Kurfürsten von Brandenburg zu überziehen und zu Boden zu werfen, dann von neuem in's Königreich Polen mit Ernst zu setzen und darin die katholische Religion unter die Füße zu bringen, wie nicht weniger dann Oesterreich wegen des den Polen geleisteten Beistandes und nach Schwächung der ansehnlichen Macht dieses Hauses mit den übrigen katholischen Kur- und Fürsten des Reichs, auch E. H. G. beneficium ordinis oder Poliphemi zu spielen, wie dieses der König durch eigene Abschickung des kur-trierischen Raths Buschmann mehrers zu remonstriren und E. H. G. von sothanem höchst schädlichen

Und zwar zuerst Mainz und Köln, welche als Mitglieder des Kurkollegiums doch einen besseren Ueberblick über die politische Lage gerade in den letzten Verhandlungen über die Wahlkapitulation hatten gewinnen können, wo sie die Macht Brandenburgs gefühlt und sein Ansehen und damit dasjenige des zukünftigen Kaisers hatten wachsen sehen, während Frankreich in seinen Forderungen nur beschränkte, Schweden aber gar keine Genugthung davongetragen hatte.[1] Eine Geringschätzung der österreichischen Partei, geschweige denn offene Feindseligkeit gegen dieselbe war nicht mehr am Platze.

Die Rückwirkung erfolgte wie unvermittelt mit einem Schlage und machte in ziemlicher Eile gewaltige Fortschritte. Schon am 12. traten Mainz und Köln mit einer wesentlichen Abänderung des schwedischen Entwurfes aus der Mainzer Kanzlei hervor. Aldenhoven eilte von einem Gesandten zum andern, um sie für die Annahme zu gewinnen.[2]

Dieser neue Vorschlag, der vierte, enthebt im 1. Artikel die Verbündeten der Verpflichtung zur Hülfleistung für Schweden auf die Dauer des gegenwärtigen polnischen Krieges, und zwar für den Fall, daß „der König und die Krone Polen mit ihren eigenen oder deren jetzige Bundesverwandte im Krieg mit ihren Völkern Ihrer Kgl. Mt. pommerische Lande feindlich angreifen würden," gewährt aber dem König von Schweden als Gegenleistung für diesen Ausfall das Zugeständniß, daß auch „die Hälfte der im Hauptreceß von Ihrer Kgl. Mt. versprochenen Assistenz in suspenso bleiben und von Ihr bis zur Endigung des polnischen Krieges mehr nicht als gedachte Hälfte gefordert werden sollte." Doch sichert Artikel 2 den schwedischen Landen im niedersächsischen Kreise, also dem Herzogthum Bremen — das zum westphälischen Kreise gehörige Verden wurde wohl stillschweigend mit darunter verstanden — für den Fall eines Angriffes von Jedermann, wer's auch in- oder außerhalb Reichs sein möge und unter welchem Vorwande auch ein solcher Angriff erfolge, die Vertheidigung durch sämtliche Verbündete nach Maßgabe des Hauptrecesses zu.[3]

Und gerade in Pommern schien der nunmehr wohl unvermeidliche Zusammenstoß der feindlichen Mächte zunächst erfolgen zu sollen. Alle

---

foedere abzumahnen und seine Freundschaft anbieten zu lassen resolvirt sei". Schmising versprach, mit der Unterschrift zurückzuhalten und das Werk möglichst hinauszuschieben. — Münster. Die Reise Buschmanns unterblieb. Schmising berichtete von dem Anbringen Schröders an Witte. Otto's Bericht vom 3. (13.) Juli. — Hannover.

[1] S. die Darstellung der Wahlverhandlungen bei Droysen, Ad. Wolf u. Heide.

[2] Otto am 3. (13.) Juli. — Hannover. Bericht der Brandenburger vom 6. (16.) Juli. — Berlin.

[3] Der Entwurf in den Akten des St. A. Hannover; gedr. bei Köcher, S. 258.

Kriegsvorbereitungen Schwedens waren nach dieser Seite hin gerichtet und auch die Heere seiner verbündeten Gegner zogen sich mit der Stirn gegen Pommern zusammen. Was kümmerte die Herren am Rheine auch die Gefahr des Reiches an der Ostsee? Mit Noth und Mühe waren sie für die an der Weser zu erwärmen, und nur deshalb, weil es sich um den Beitritt der braunschweigischen Herren zum Rheinbunde handelte. Es war daher nicht wunderbar, daß die Schweden, welche bisher nicht hoch genug ihre Forderungen zu spannen bestrebt gewesen, diesen „Absprung" höchst anstößig fanden; es lag auf der Hand, daß sie die neue Fassung einfach nicht annehmen würden. Eine wahre Seelenangst ergriff die Braunschweiger: den mit starker Heeresmacht den niederdeutschen Landen zuziehenden Schwedenkönig also vor den Kopf zu stoßen, war freilich für ihre Herren eine gefährliche Sache. Sie wünschten ja zur Zeit nichts lebhafter, als gerade die Verbindung mit Schwedeu um jeden Preis, um bei dem bevorstehenden Ausbruche der Feindseligkeiten Ruhe und wohlwollende Schonung zu genießen. Auch in den inneren Reichsangelegenheiten hatte sich — und dieses war zugleich ein Hauptbeweggrund für die Anlehnung Braunschweigs und Kassels an Schweden — eine Art Protektorat des letzteren über die Fürstenpartei im Gegensatze zu der kurfürstlichen gebildet; und gerade Braunschweig und Hessen-Kassel wachten mit dem schärfsten Argwohn, der empfindlichsten Eifersucht über ihrer reichsfürstlichen Libertät, die sie von allen Seiten her bedroht glaubten, deren Wahrung sie als ein Hauptziel bei Eingehung der rheinischen Allianz und ihrer antiösterreichischen Haltung unläugbar leitete.[1] Ihre Beklemmung ob des abgeänderten Entwurfes der geistlichen Kurfürsten ist daher erklärlich; dieselbe steigerte sich aber noch, als selbst diese Fassung ihren Urhebern noch kein Genügen gewährte.

Schon am 15. Juli ließ Boineburg eine redaktionelle Abänderung derselben kreisen. Die beiden Artikel waren zunächst umgestellt; es nahm sich besser aus, daß die positive Zusicherung des Beistandes der negativen Ausschliessung vorausstand. Der Irrthum wegen Verden war erkannt worden und war jetzt anstatt „der im niedersächsischen Kreise gelegenen Lande" zu lesen „Herzogthum Bremen und Fürstenthum Verden als ohnedas des mehrern Theiles der Alliirten kreisverwandten Mitstand."[2]

---

[1] Vgl. Droysen, III 2, 298.

[2] Dieser Zusatz nicht bei Köcher. Andere rein stilistische kleinere Abänderungen sind nicht erwähnenswerth. In Art. 1. (früher 2) war bei den Worten: „Weil die foederati invitantes , . . gleich im Anfang den polnischen Krieg exzipirt haben" noch

Noch am 15. Juli wurde dieser also abgeänderte Entwurf im Allianzrathe zur Berathung gestellt. Trier lehnte abermals jede Erklärung ab, weil man bisher keine Zeit gehabt habe, über das erst heute früh mitgetheilte Schriftstück dem Kurfürsten zu berichten. Köln nahm die Fassung mit Beifall auf, schlug aber noch einen weiteren Zusatz zu Artikel 1 (früher 2) vor, nämlich bei den Worten „wer's auch inner- oder außerhalb Reichs sein mag" hinter „wer auch" die vier unschuldigen Worte „außer den polnischen Bundesverwandten".

Also selbst Bremen und Verden wurde nunmehr der Schutz der Alliirten gegen Oesterreich und Brandenburg vorenthalten und damit eine Bundeshülfe gegen diese Beiden dem Schwedenkönig rundweg ganz verweigert. Man war am Ausgangspunkte dieser Verhandlungen wieder angelangt.

Münster und Neuburg enthielten sich jeden Urtheiles über den neuen Entwurf selbst wie über den kölnischen Zusatz. Sie wollten erst heimberichten. Dagegen erhob sich mit vielem Nachdruck Wolfenbüttel. Heyland begann mit der alten Klage über den langsamen Fortgang der Verhandlungen, wofür seinem Herrn keine Schuld beigemessen werden könne. Den heute vorgelegten Entwurf bezeichnete er einfach als unannehmbar, da er für sich bereits dem von den Schweden selbst eingebrachten Aufsatze seine Zustimmung ertheilt habe und davon nicht abstehen könne. Man dürfe, meinte er, den Schweden nichts neues mehr zumuthen und deshalb bedinge er sich aus, daß seines Herrn Name nicht genannt werde, wenn über diesen neuen Entwurf und die kölnische Klausel dennoch die Invitanten mit den Schweden in Unterhandlungen treten sollten. Aehnlich, obschon nicht ganz so schroff, stimmten Celle und Hannover; eine Ablehnung seitens ihrer Herren wurde nicht rund als undiskutirbar bezeichnet. Kassel stimmte den letzteren Beiden zu und benutzte den heute günstiger wehenden Wind dazu, den Rath zu ertheilen, daß man nochmals versuchen möge, ob nicht Brandenburg immer noch mit in die Allianz aufgenommen werden könnte. Schließlich einigte sich die Versammlung zu einem Auftrage an Boineburg, daß er sich mit den Schweden über den neuen Entwurf in Unterhandlungen begebe, worauf noch der kölnische Gesandte bemerkte, daß er wohl einsehe, wie schwer der von seinem Herrn vorgeschlagene Zusatz wiege und daß eine Nichtannahme seitens der Schweden wohl zu erwarten stehe; dann aber müsse der Entwurf jedenfalls so, wie er heute vorgelegt, wenngleich auch ohne den Beisatz, den Schweden abgenöthigt werden.

Boineburg betonte dann noch von neuem die Nothwendigkeit des Schlusses der Allianz noch vor der Kaiserwahl, weil zu besorgen wäre,

der Zusatz beigerückt: „in solchen aber sich dieselben zu induziren nicht vermögen". Der Entwurf in Akten des St. A. Düsseldorf.

daß der künftige Kaiser das Werk fürchten und wohl gar verhindern dürfte. Auch er sprach den dringenden Wunsch aus, daß ein Mittel gefunden werden könnte, um neben Schweden auch Brandenburg bald mit zum Abschlusse zu bringen; man könnte, meinte er, vielleicht es erreichen, wenn man Schweden wegen Bremen und Verden, Brandenburg aber wegen Halberstadt und Minden mit einnähme. Falls aber Schweden überhaupt nicht beiträte, so möchte dies doch kein Hinderungsgrund für die Andern sein, zu schließen. Und Graf Wilhelm von Fürstenberg drohte gar, daß sein Herr bei längerem Säumen „sich sonst mit Jemand in Allianz einlassen würde". Die heute vorgeschlagene Klausel habe der Kurfürst nur deshalb ersonnen, damit jede Einmischung in den nunmehr fast schon offenen Krieg zwischen Schweden und Brandenburg vermieden würde. Beherzt, wie man sie noch nicht gesehen, warfen da die Braunschweiger ein: „Wenn man nun einmal in den Krieg eingeflochten werde, müsse man es Gott befehlen und das seine dabei leisten". [1]

Höchst eigenthümliche Sachlage. Mainz und Köln auf einmal einer Verbindung mit Schweden wie abgeneigt, günstiger dagegen wieder für Brandenburg gestimmt. [2] Eine Folge, wie bemerkt, der im Laufe der Wahlverhandlungen von Brandenburg erreichten höchst ansehnlichen Stellung und wohl auch — der Besorgniß vor der Rache des zukünftigen Kaisers für die vielen Hemmnisse und Demüthigungen von rheinbündischer Seite und deshalb des Wunsches nach Vermittelung mit ihm durch den für die Allianz gewonnenen Kurfürsten von Brandenburg. So wenigstens dachten ungefähr wohl die Boineburg und Fürstenberg. Trier und Münster waren gut österreichisch und daher auch für Brandenburg. Der Neuburger aber vertiefte sich von neuem mit Schweden in dunkle Pläne gegen den verhaßten Kurfürsten. Kassel suchte zu Auswegen aus dem Wirrsale zu leiten, in welches sich die beiden Mächte Schweden und Brandenburg immer tiefer verstrickten. Während Braunschweig jetzt, wo Brandenburg mit dem verhaßten Oesterreich vereint auf dem Sprunge gegen Schweden stand, fast Abneigung gegen jenes empfand, wenigstens ein Mißtrauen, welches wie Angst aussah. [3]

---

[1] Protokoll vom 15. Juli. — Münster. Bericht Otto's vom 6. (16.) Juli. — Hannover.

[2] S. auch hierüber Köcher, S. 258, 259, wonach Witte die Wiederannäherung an Brandenburg daraus erklärt, daß das Kurfürstenkolleg dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm Hülfeleistung versprochen, „theils auch, wie ich davor halte, favore religionis, weiln S. Kfl. D. die katholische Partei halten".

[3] Otto schreibt am 6. (16.) Juli: Wenn die kölnische Klausel angenommen wird, so wird dem König von Ungarn und dem Kurfürsten von Brandenburg Thür

Und die Stellung der Schweden selbst zu dem neuen Entwurfe und der kölnischen Klausel? Die Beantwortung dieser Frage wird uns weiter unten beschäftigen. Noch ehe Boineburg, seinem Auftrage gemäß, mit Björnklou und Snoilsky die Angelegenheit erledigen konnte, zogen diese aus Frankfurts Weichbilde nordwärts. Die Kurfürsten entschlossen sich nach vielen mühseligen und langwierigen Verhandlungen, am 18. Juli in's Konklave zur Kaiserwahl zu schreiten. Nach den Bestimmungen der Goldenen Bulle war den Gesandten der fremden Mächte wie den nichtkurfürstlichen Botschaften der Aufenthalt in den Mauern der Stadt Frankfurt schon während der Wahlverhandlungen nicht gestattet; man hatte diese alte Satzung bisher nicht beachtet, sie umgangen.[1] Jetzt, als es zur Entscheidung kam, konnte der Reichsverfassung nicht länger Gewalt angethan werden. Spanier, Franzosen und Schweden, sie alle mußten den Wahlort räumen, die letztgenannten nicht ohne Ausbrüche des heftigsten Zornes über die Mißachtung der Forderungen ihres Königs.[2] Björnklou und Snoilsky begaben sich am 17. Juli nach Friedberg in der Wetterau,[3] um daselbst der Kaiserwahl zu harren und dann ihre Umtriebe gegen die Feinde ihres Herrn von frischem wieder aufnehmen zu können.

34.

Verhandlungen über den französischen Bundesvertrag.

Unendlich mehr als an den Schweden war dem Kurfürsten von Mainz an den Franzosen gelegen. Viel zu tief hatte er sich mit diesen in die Wahlsache vertieft, um auch nur einen Augenblick dem Gedanken Raum geben zu können, daß man den großen Bund ohne diese gemeinsamen Gegner des Hauses Habsburg zu schließen vermöchte. Nur der

---

und Thor aufgethan, durch die braunschweigischen Lande toties quoties in das hosticum nach Bremen und Verden zu gehen und wohl gar sedem belli in's Braunschweigische zu verpflanzen. — Hannover. S. auch ganz ähnliche Worte Witte's bei Köcher, S. 258.

[1] Schmising hatte sich beispielsweise, um in Frankfurt bleiben zu können, als Mitglied des kur-mainzischen Hofstaates einschreiben lassen. S. Bericht vom 17. Juli. — Münster.

[2] Droysen, III 2, 299.

[3] Bericht Schmisings, von welchem sie am 16. Abschied genommen, vom 17. Juli. — Münster.

Rückhalt an ihnen, auf solche Weise vertragsmäßig verbürgt, konnte vor der Rache des künftigen Kaisers und seiner Partei schützen. Oder, da er ja allezeit sein irenisches System herauszukehren wußte, glaubte Johann Philipp im Ernste, daß nur mit der Hülfe Frankreichs der deutsche Friede aufrecht erhalten werden könne? Oder hatten er und sein Kanzler Boineburg lediglich unter dem Einflusse klingender Gründe den Franzosen Folgschaft zugeschworen? Lebten doch damals nur wenige Staatsmänner, deren Hände sich rein hielten; war es doch, wie wenn jenem in den Wirren des großen Krieges herangewachsenen Geschlechte der Begriff der Unbestechlichkeit als einer Tugend abhanden gekommen wäre. Doch war es schwerlich die Macht des Goldes allein, welche die Mainzer zu Freunden der Krone Frankreich machte. Der Kurfürst war doch zu sehr Ideologe, um ausschließlich nach solchen niedrigen Zweckmäßigkeitsgründen sein Thun und Lassen zu bestimmen und Boineburg zu ehrgeizig und selbständig, um sich für Geld allein einer fremden Macht zu verdingen. Geld, wie gesagt, nahmen sie ja fast alle; so haben es die Mainzer auch nicht aus der Hand der Oesterreicher verschmäht; sie waren also von Rechtswegen nach beiden Seiten hin gebunden, thaten aber in Wirklichkeit doch nur, was ihnen ihre selbsteigene politische Erwägung eingab. Die ausschlaggebenden Gründe für den Anschluß von Kur-Mainz an Frankreich waren einmal das Mißtrauen und die Abneigung gegen die selbstsüchtige, eigennützige, deutschnationalen Zielen völlig abgewandte, gefährliche Politik des Hauses Oesterreich, Besorgniß vor dessen Rache wegen der Haltung in der Wahlfrage und die Hoffnung, durch ein also geschaffenes Gegengewicht die Ruhe Deutschlands, den Frieden Europas aufrecht erhalten zu können. Immerhin stellt sich so die Politik Johann Philipps als ein System in dem großen Chaos der rein selbstischen Interessen aller übrigen staatlichen Kräfte dar. Mag auch die Stimme der Vernunft dieses System als nicht recht klug und als ungesund verurtheilen,[1] gerade jedoch deshalb, weil es ein System war, läßt sich der Einfluß erklären, welchen damals die mainzer Politik auf eine so stattliche Reihe deutscher Reichsstände ausgeübt hat. Die kur-kölnische Politik scheint nur von selbstischen Beweggründen geleitet im Banne der Franzosen. Die Gebrüder Fürstenberg — der Kurfürst stand ganz unter ihrem Einflusse — in ihrer Art hervorragende Erscheinungen, zumal der jüngere Wilhelm, ein gewandter Weltmann, von den feinsten, angenehmsten Formen, entbehrten jeden edleren idealen Charakterzuges; nichts an ihnen erinnert an eine nationale Gesinnung; ihr politisches Lehrgebäude richtete sich auf reiner Selbstsucht

---

[1] S. Droysen, III 2, 283.

auf, kaum daß dabei ihres Herrn Vortheil oder Ehre mit in Betracht gelangte. Franz Egon trachtete nach dem straßburger Bischofsitze, welchen er nur durch französischen Einfluß zu erlangen hoffte, Wilhelm hatte vordem offen in französischen Diensten gestanden und stand darin heimlich wohl noch. Zweifellos haben Beide viel französisches Gold empfangen, was sie freilich, wenigstens Franz Egon, nicht hinderte, auch dem vom Hause Habsburg herströmenden goldenen Regen die Hand zu öffnen. Die lächelnde Anmuth der französischen Staatsmänner war aber dem plumpen, stolzen Zufahren der Oesterreicher und Spanier überlegen.

Der neuburger Pfalzgraf war längst ein geschworener Freund Frankreichs geworden, seitdem durch dessen Lockstimme in ihm der höchste Ehrgeiz erweckt worden war und wachgehalten wurde bis ganz kurz vor dem Ereignisse der Kaiserwahl. Mochten denn immerhin der „gut spaniolisirte" Kurfürst von Trier und der Bischof von Münster, der seine Hoffnung auf Oesterreich und die Spanier setzte — von deutsch-nationalen Regungen ist nicht die leiseste bei ihnen zu bemerken — zurückhalten; niemals aber im Verlaufe der Verhandlungen haben sie offen und ehrlich ihre Unlust, mit Frankreich zu schließen, zu bekennen gewagt. Und von den protestantischen Betheiligten sahen wir Schweden, Braunschweig und Hessen-Kassel einem Bunde mit Frankreich entschieden geneigt, unschlüssig dagegen, wie überhaupt dem ganzen Allianzwerke gegenüber abgewendet, Kur-Brandenburg, wenn auch schon ohne besondere Bedenklichkeiten gegen ein Zusammengehen mit Frankreich an und für sich.

Große Schwierigkeiten schienen dem Beitritte Frankreichs zur Allianz nicht mehr entgegenzustehen. Es kam freilich noch auf die Vereinbarung über die Bedingungen an. Letztere waren ja, von den französischen Gesandten in Frankfurt und den mainzischen und kölnischen Staatsmännern in aller Stille entworfen, nur in Bruchstücken und ziemlich spät den andern Genossen mitgetheilt worden, außer wohl dem Pfalzgrafen von Neuburg, welcher ja in ganz besonders regen Beziehungen zu den Franzosen stand, von denen er, vermuthlich über die Köpfe der Kurfürsten hinweg, auf geradem Wege über alle Vorgänge unterrichtet wurde.[1] Erst nach der vermeintlich letzten Lesung des deutschen Allianz-

[1] Als Heyland den ihm von Lionne mitgetheilten Entwurf des französischen Vertrages dem Neuburger Gise zeigte, bemerkte letzterer, daß dieses Konzept „eben dasjenige ist, so E. D. (der Pfalzgraf) vor etlichen Monaten mir gdst. zugeschickt. Bericht Gise's vom 9. Juni 1658. — Düsseldorf. Schmising gab Gise nicht undeutlich zu verstehen, daß sein Herr den Verdacht hege, als ob der Pfalzgraf „mit Frankreich absonderliche Intelligenz hätte". Gise a. a. O. Antwort des Pfalzgrafen vom 13. Juni. — Düsseldorf.

recesses mit Ausgang Mai, als dieses Werk bis auf die Regelung des Verhältnisses zu Schweden dem unzweifelhaften Abschlusse nahe aufgefaßt werden konnte, wurde der französische Entwurf, wie er nunmehr aus dem pariser Kabinette zurückgekommen, den einzelnen Gesandten der betheiligten Mächte amtlich zur vollen Kenntniß gegeben.[1] Zugleich verlautete dabei, daß Frankreich ohne Schweden und dieses wieder ohne jenes nichts mit den zur Allianz bereiten deutschen Ständen schließen würden.[2] Wohl nur ein Mittel von Mainz und Köln zur Ausübung eines Druckes auf Beschleunigung und möglichst baldige Beendigung des so lebhaft gewünschten Werkes. Und schon ließ auch Boineburg sonst „mit sonderbarer Animosität" zu den alten Genossen der kölnischen Allianz, zumal den verdächtigen unter ihnen verlauten: Noch in dieser Woche müsse geschlossen werden. Wer nicht wolle, möge draußen bleiben; eine Schande, daß man sich also lasse.[3] Auch Wilhelm Fürstenberg verlangte von sämtlichen Betheiligten in offener Sitzung eine runde Erklärung, ob es ihnen ein Ernst sei, sowohl mit Schweden als Frankreich zu schließen. Jeder beeilte sich, diese Versicherung in der gewünschten Form zu geben, selbst der Vertreter des trierer Kurfürsten, auf dessen spanische Sympathien, wie Fürstenberg hinterher gestand, die ganze Frage gemünzt gewesen war.[4] Darauf wurde noch selbigen Tages der Beschluß gefaßt, von den in Frankfurt nicht persönlich anwesenden Prinzipalen über den Entwurf des Bundesvertrages mit Frankreich schleunigst Weisungen einzuholen. Aber noch ehe solche eingetroffen sein konnten, wurde ganz wider Aller Erwarten in einer Sitzung am 13. Juni die Angelegenheit von Boineburg, welcher persönlich den Vorsitz übernommen, in Umfrage gestellt.

Trier hielt, ganz wie in der schwedischen Frage, mit seiner Stimme bis auf Entscheid des zur Zeit abwesenden Kurfürsten zurück. Köln erklärte die Uebereinstimmung seines Herrn mit dem Entwurfe im all-

---

[1] Am 6. Juni den Braunschweigern durch Lionne selbst, am 9. erst dem Münsterischen durch Boineburg, durch Schmising sodann den Gesandten von Neuburg und Trier. Gise und Schmising tauschten mit einander herbe Bemerkungen über die einseitig von Mainz nnd Köln ohne Zuziehung der andern Alliirten mit den Franzosen betriebenen Verhandlungen. Berichte Gise's und Schmisings vom 9. Juni. — Düsseldorf und Münster. Den Brandenburgern wurde der französische Entwurf gar erst am 12. Juni mitgetheilt. Bericht vom 4. (14.) Juni. — Berlin. U. A. VIII, 549.

[2] S. Köcher, S. 248. Berichte Otto's vom 22. Mai (1. Juni), 25. Mai (4. Juni), 29. Mai (8. Juni). — Hannover.

[3] Aeußerung zu Schmising. Bericht Gise's vom 9. Juni. — Düsseldorf.

[4] Sitzungsprotokoll vom 10. Juni. — Münster. Bericht Otto's vom 1. (11.) Juni. — Hannover. Schweden und Brandenburg waren bei dieser Sitzung nicht vertreten.

gemeinen bis auf wenige noch zu erörternde Punkte. Bedenken gegen den Beitritt Frankreichs überhaupt lägen nicht vor, doch könnte vorher der Hauptvertrag unter den deutschen Ständen vollzogen werden. Und auch Brandenburg versicherte, daß gegen ein Bündniß mit Frankreich keine Bedenken obwalteten und der Kurfürst dessen Beitritt fast gern sähe. Doch müßte erst über die Bedingungen des Entwurfes, der ihnen erst gestern zugegangen wäre, berichtet werden. Die Stimme Münsters fiel diesmal, da Schmising, wohl absichtlich, fehlte, aus. Neuburg hatte gegen die Sache selbst im allgemeinen wie gegen den Entwurf im besonderen keinen Einwand, sondern schlug nur auch hier wieder vor, das Wort Repressalien zum Vortheile des Pfalzgrafen mit beizurücken. Schweden-Bremen betonte den Befehl des Königs, ohne Frankreich nicht zu schließen, und behielt sich wegen des Aufsatzes fernere Ueberlegung vor, zumal der Krone Schweden darin nicht gedacht wäre. Wolfenbüttel sprach warm für die Aufnahme Frankreichs: doch müsse sie unter Berufung auf die Bedingungen des Hauptrecesses erfolgen; es schlug vor, durch das Direktorium bei den französischen Gesandten anzufragen, ob sie damit zufrieden; unerläßlich sei diese Bedingung auf allen Fall. Celle versicherte, daß es die Sache nicht aufhalten wolle, während Hannover vorgab, daß es noch keine Weisungen besitze, an deren Zulänglichkeit jedoch kein Zweifel zu hegen wäre. Und Kassel erklärte, daß bei ihm die Frage wegen Verbindung mit Frankreich längst in bejahendem Sinne entschieden wäre.

Eine Specialerörterung der einzelnen Bestimmungen des Vertragsentwurfes wurde für heute abgelehnt; es genügte die Gewißheit, daß die Mehrheit den Anschluß Frankreichs wünschte. Doch gelangte der Entwurf allerdings zur Vorlesung, wobei Kur-Köln sich nicht enthalten konnte, zu erklären, daß es den Aufsatz annehme, wie er da stehe, nur mit der Bezugnahme auf den Hauptreceß, während Neuburg nochmals vergeblich die Repressalien betonte und Wolfenbüttel zu bedenken gab, ob nicht auch bestimmt werden könnte, wieviel an Geld je für einen Reiter oder Fußsoldaten gegeben werden sollte.[1]

Den Entwurf selbst müssen wir näher betrachten. In dem Eingangsartikel werden als Vertragschließende genannt: der Allerchristlichste König als Genosse des westphälischen Friedens auf der einen Seite und die fünf Kurfürsten von Mainz, Trier, Köln, Brandenburg und der Pfalz, der Bischof von Münster, der Pfalzgraf von Neuburg und die regierenden Fürsten der Häuser Braunschweig und Hessen als bereits

[1] Protokoll vom 13. Juni. — Münster. Berichte Cansteins und Jena's vom 4. (14.) Juni (Berlin. U. A. VIII, 549) und Otto's vom 5. (15.) Juni (Hannover).

Verbündete auf der anderen. Als Zwecke des Bundes werden angegeben: gute gegenseitige Freundschaft und Verbindung zu wechselseitiger Vertheidigung sowie Aufrechthaltnng des gegenwärtigen Zustandes und der gemeinen Ruhe im heiligen Reiche. Auch wird bestimmt, daß ohne Ausnahme allen Mitgenossen des Friedens, sowohl katholischen als augsburgischen Bekenntnisses, der Beitritt unter gleichen Bedingungen freistehen solle, jedoch nur dann, wenn sie einer Verletzung des Friedensinstrumentes nicht beschuldigt werden könnten.[1]

Zur Wahrung des Friedens von Münster, der auf diesen gegründeten kaiserlichen Wahlkapitulation und des nächsten[2] Reichsabschiedes solle unter den Verbündeten ein aufrichtiges und festes freundschaftliches Einvernehmen und gegenseitige Verpflichtung zur Vertheidigung derart obwalten, daß alle im Falle eines Angriffes einander in dem durch das Friedensinstrument geschaffenen Besitzstande schützen und sich Beistand leisten sollen. Und zwar dürfe diese Defensivverfassung sich nicht weiter erstrecken, als eben wozu das Friedensinstrument Einen dem Anderen verpflichte, so daß danach die Bundesgenossen, jeder für sich und alle insgemein der gebührenden und durch die demnächst zu erwirkende Kapitulation des Kaisers noch von neuem zu bestätigenden Sicherheit genießen sollen. Demnach solle ausdrücklich jeder Eingriff in den durch den westphälischen Frieden gewährleisteten wirklichen Besitzstand die Bundeshülfe bedingen. Doch ist bei dieser Allianz der spanisch-französische Krieg gänzlich ausgeschlossen, und wollen und sollen die Verbündeten in keiner Weise gehalten sein, sich dahinein verwickeln zu lassen. Der König tritt der Defensivallianz bei, verspricht, auf jede Weise das Friedensinstrument zu beobachten und Denen, welche ein gleiches thun sowie die Autorität der Kurfürsten und die Freiheiten aller Fürsten und Stände des Reiches sich angelegen sein lassen wollen, gegen Alle zu helfen, welche darauf ausgegangen sind, diese hierin anzufechten oder an der Ausübung ihrer Gerechtsame zu hindern. So verspricht er auch ferner, daß er weder das Reich noch die Kurfürsten und Fürsten

[1] Qui tamen paci contravenisse argui non possunt, ein durch Röthel als ein Zusatz Mazarins gekennzeichneter, gegen Oesterreich gemünzter Zusatz in der mir vorliegenden Abschrift im St.-A. Münster. Die von Köcher, S. 249 Anmerkungen, mitgetheilten Auszüge, angeblich aus dem ersten Entwurfe, sind solche aus der zweiten Fassung. Das Bruchstück, welches Otto bereits am 7. Mai dem Herzog Georg Wilhelm mittheilte (Hannover), stimmt mit dem mir vorliegenden Entwurfe wörtlich überein.

[2] So übersetze ich proximus statt wie Köcher, S. 249. „der jüngste", weil in einem späteren Paragraphen ausdrücklich in demselben Sinne statt proximus Imperii recessus gebraucht wird futurus recessus comitialis.

mit Waffengewalt bedrohen oder feindlich überfallen, mit Winterquartieren beschweren oder auf andere Art belästigen und ebensowenig Truppenanwerbungen in Frankreich und im Elsaß oder Truppenbewegungen aus diesen Landen oder Ausfuhr von Kriegsmateralien zum Nachtheile des Reiches und insbesondere der Verbündeten jemals gestatten wolle. Seine übrigen Verbündeten in- und außerhalb des Reiches will er zu gleicher Freundschaft und Friedfertigkeit bewegen und von allen mittel- und unmittelbaren feindseligen oder nachtheiligen Maßnahmen abhalten. Die Veranlagung des Königs zu einer bestimmten Truppenstellung im Kriegsfalle hat in diesem Entwurfe noch keinen Ausdruck gefunden und ist dafür eine Lücke gelassen; doch wird Abfindung mit einer dem Werthe der Mannschaften entsprechenden Geldleistung für statthaft erklärt.

Hingegen versprechen die Verbündeten, mit dem König und allen diesem untergebenen Landgebieten Frieden zu beobachten und weder mit Truppenmacht noch mit Geld mittel- oder unmittelbar Denen beizustehen, welche dem Friedensinstrumente zuwider den König und dessen durch jenes erworbene und in Besitz gehaltene Lande oder die Orte, in denen er vertragsmäßig das Besatzungsrecht ausübt (Philippsburg),[1] angreifen würden. Ferner verpflichten sie sich zu einer, gleichfalls noch nicht ausgedrückten, Aufwendung von Mannschaft oder einer entsprechenden Geldzahlung zum Schutze eben jener Provinzen, die Frankreich aufgrund des Friedensinstrumentes besitzt, wenn es aus dem Reiche und von irgend einem Stande desselben oder von anderen Mitgenossen des westphälischen Friedens feindlich angegriffen werden sollte.

Für den Fall, daß das Friedensinstrument oder die Wahlkapitulation zumal in dem die Assistenz betreffenden Punkte (Artikel XIII, Assistenz für Spanien) nicht beachtet werden sollte, werden auf Erfordern des Verletzten die Verbündeten kraft dieser beiden Grundakten und des zukünftigen Reichstagsabschiedes alle förderlichen Dienste anwenden, damit derartige Brüche ungesäumt und in der That abgestellt und die Schäden ersetzt würden. Zur Erhaltung jener Grundakten auf Reichsversammlungen und unter allen andern Verhältnissen verpflichten die Verbündeten sich ferner, die im Paragraph Verum tamen des Friedensinstrumentes begründete Generalgarantie wirksam und thatsächlich befördern zu helfen oder bis zum Inkrafttreten derselben eine Specialgarantie unter den Genossen des Friedens, auch durch Gewinnung weiterer Bundesverwandten zur Aufrechthaltung des Friedens und zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Friedbrecher in's Werk zu richten. Alle Bundesgenossen sollen an den in ihrem Gebiete fließenden Strömen, zumal am Rhein und wo es

[1] Dieses auch ein Zusatz des pariser Kabinettes.

sonst noch angebracht erscheine, auf der Hut sein, damit nicht gegen Frankreich und seine Verbündeten Truppen nach Belgien oder anderswohin dort passiren können, solchen auch keine Einlagerungen und Winterquartiere gestatten, auch kein Kriegsgeräth oder sonstige Zufuhr Denen zukommen lassen, welche das Friedensinstrument verletzen. Vollkräftige, bereitwillige und durchaus ungesäumte Hülfe sagt man sich gegenseitig für den Fall zu, daß aus Anlaß oder unter dem Vorwande dieser Defensivallianz oder aus einem anderen Grunde dem Frieden zuwider einer der Verbündeten oder alle, von wem es auch geschehe, angegriffen werden sollten. Der Bund soll drei Jahre bestehen und, wenn inzwischen der Friede zwischen Frankreich und Spanien geschlossen werden sollte, mindestens noch ein Jahr über dieses Ereigniß hinaus. Zum Schlusse wird nochmals betont, daß alle diese Bestimmungen ihre Begründung in dem Friedensinstrumente, der Wahlkapitulation und den übrigen Reichssatzungen fänden, zu Sicherheit und Genuß des Friedens nützlich, zu keines Menschen Beleidigung angesehen seien und daß die verbündeten Kurfürsten und Fürsten sich die dem Reiche, ihrem Vaterlande schuldige Treue und den dem zukünftigen Kaiser zu leistenden üblichen Eid unbeschadet vorbehalten wollten.

Auffällig ist zunächst wohl die Auslassung des Königs von Schweden bei Nennung der Vertragschließenden, während der Kurfürst von der Pfalz aufgeführt und der Landgraf von Darmstadt unter den regierenden Fürsten des Hauses Hessen mit zu verstehen ist, während doch diese Beiden nicht wie Jener mit an den Unterhandlungen theilnehmen ließen. Snoilsky ahndete denn auch in der Sitzung am 13. Juni diese Auslassung, für welche kein Grund angegeben ward. Besonders in die Augen springt sodann die entschiedenste Wendung gegen Oesterreich, einmal in der ermüdend oft genommenen Beziehung auf die Wahlkapitulation, mit welcher man ja den künftigen Kaiser aus dem Hause Oesterreich im Sinne Frankreichs zu fesseln trachtete, und dann in der Ausschließung dessen, welcher beschuldigt werden könne, daß er das Friedensinstrument verletzt habe, was ja eben einen Hauptvorwurf gegen jenes Haus bildete, dessen Hülfeleistungen für Spanien von den Franzosen als Verletzung des westphälischen Friedens gebrandmarkt zu werden pflegte. Der spanisch-französische Krieg soll zwar die Verbündeten durchaus nicht in Mitleidenschaft ziehen: wenn jedoch verfügt wird, daß nach seiner Beendigung das Bündniß noch ein ferneres Jahr bestehen solle, so heißt dies doch nichts anderes, als daß die Verbündeten noch längere Zeit auf der Wacht stehen sollen, damit ihre Hülfe dem König von Frankreich zur Hand sei, wenn der Krieg etwa von neuem wieder ausbreche. Auch die dunkele Stelle, wo von der General- und Specialgarantie geredet

wird, wie die Bezugnahme auf den punctus assistentiae gehören unter die Spitzen gegen Oesterreich, nicht minder jene Bestimmung, daß alle Truppenmärsche und Vorkehrungen zugunsten der Feinde Frankreichs von den Verbündeten verhindert werden sollen.

Wenn dagegen die Alliirten von Frankreich verlangten, daß es aus seinen Landen und dem Elsaß keinerlei Feindseligkeiten gegen Deutschland und sie selbst unternehmen solle, und damit eine reichspatriotische That zu vollbringen sich schmeichelten, wenn sie ferner von Frankreich den Schutz der deutschen Libertät und aller andern Wohlthaten des Friedensinstrumentes und der Reichssatzungen erwarteten, wenn sie schließlich die Treue gegen das Reich und den dem Kaiser zu leistenden Eidschwur als unverletzlich hinzustellen sich bemüßigt erachteten, so war es vielleicht redlich genug gemeint, wog aber die durch die andern Bedingungen dem künftigen Kaiser noch vor seiner Wahl angethane Schmach nicht auf; das ganze war eine kecke Parteinahme für den offenkundigen Widersacher des baldigen Reichsoberhauptes, demnach durchaus unpatriotisch, vor allem trotz des Prahlens des mainzer Kurfürsten mit seinem Systeme ein schwerer politischer Fehler der Rheinbündler, welche durch diese für Frankreich so vortheilhaften Bestimmungen dem Einflusse dieser fremden Macht Thüre und Thor in's Reich öffneten.

Hätte die Auslassung der Krone Schweden auf irgend einer Seite den Gedanken wachrufen können, daß deren Beitritt von Frankreich nicht gewünscht werde, so mußten die mehrfach wiederholten Versicherungen Lionne's, daß man ohne Schweden den Bund nicht eingehen werde, solchen Verdacht zerstreuen.[1]

Uebrigens fand der Entwurf bei näherer Betrachtung doch nicht in allen Theilen den vollen Beifall Aller. Den Brandenburgern zumal fiel es gleich auf, als wenn er „ziemlichermaßen wider das Haus Oesterreich sei".[2] Auch Anderen schien wohl manches bedenklich und verbesserungsfähig. Denn der ganze Aufsatz wurde — es ist nicht genau ersichtlich, wann und von wem — einer Prüfung unterzogen und mit Abänderungen den französischen Gesandten noch vor dem 18. Juni wieder vorgelegt.[3]

---

[1] Heyland an den Herzog von Braunschweig-Celle am 8. (18.) Juni. — Hannover.

[2] Canstein und Jena an den Kurfürsten am 4. (14.) Juni. — Berlin. U. A. VIII, 549.

[3] Ein Protokoll der bezüglichen Sitzung fehlt mir. Sicher ist, daß die Franzosen am 18. Juni Kenntniß von dem abgeänderten Vertragsentwurfe hatten und denselben billigten. Bericht Otto's vom 8. (18.) Juni. — Hannover. Am 5. (15.) berichtet Otto von einer Sitzung am 14., worin das kur-mainzische Direktorium das

In diesem abgeänderten Entwurf wird zunächst ein wichtiger Zusatz im Eingange bemerkbar, durch welchen ausgedrückt wird, daß S. Allerchristlichste Majestät dem von den verbündeten deutschen Fürsten geschlossenen Vertrage unter Billigung aller seiner Bestimmungen und Verpflichtung auf dieselben beitrete. Auch mehrere andere Zusätze nehmen Bezug auf den deutschen Hauptreceß, welcher also mit Nachdruck als Grundlage des ganzen Bundesverhältnisses zu Frankreich hingestellt wird, so daß dieses als Anhängsel der deutschen Verbündeten erscheint. Hingegen sind weggelassen die Bezugnahme auf den Reichstagsabschied, die Verpflichtung zur Aufrechthaltung des gegenwärtigen Zustandes im Reiche und die in Paris hinzugefügte bedenkliche Klausel von der Verweigerung der Aufnahme Jener, welche der Vorwurf der Verletzung des Friedensinstrumentes treffe. Die Verbindlichkeit zur Aufsicht über die Wahlkapitulation wird durch den Zusatz „soweit diese den König von Frankreich betrifft" immerhin eingeschränkt. Ein weiterer Zusatz zieht, um Mißverständnissen vorzubeugen, außer den kraft des westphälischen Friedens besessenen Landen der Alliirten noch ausdrücklich diejenigen herbei, deren Jeder sich nach dem Rechte der Nachfolge oder seiner Wahl oder unter irgend einer andern Form erfreue. Von andern weniger wesentlichen Abänderungen darf hier abgesehen werden.[1]

Die Franzosen erhoben keine Schwierigkeiten.[2] Einen Nachtheil für ihren König brachten die Abänderungen nicht mit sich. Hatte doch ihr Hauptzweck, die Gewährleistung der, wie sie erwarteten, für sie günstigen Wahlkapitulation keine Beanstandung erfahren.

Aber schon drohte gerade in diesem Punkte Gefahr. Gerade „dieses weitaussehende Werk" fand der Kurfürst von Brandenburg höchst mißlich, weshalb er seine Gesandten anwies, bei den Alliirten vorzuschlagen, daß man von der ganzen Sache den Kurfürsten von Bayern und Sachsen Mittheilung mache, und nicht zu gestatten, daß ohne deren Gutachten darin etwas gethan werde, wie sie überhaupt durch alle dienlichen Mittel

---

französische Projekt in Umfrage gestellt habe und schließlich verabredet worden sei, daß der Receß cum clausula remissoriali (Bezugnahme auf die deutsche Allianz) mundirt, mit den Franzosen, ob sie damit also einig, und des restirenden quanti halber geredet und dann vollends zu seiner Richtigkeit gebracht werden solle, alles jedoch sub spe rati seitens Neuburg, Braunschweig und Kassel. Wahrscheinlich wurden in dieser Sitzung die Abänderungen vereinbart.

[1] Der abgeänderte Entwurf in den Akten zu Hannover und Berlin. S. die Auszüge bei **Köcher**, S. 249.

[2] Wie wenigstens Boineburg versicherte. Otto am 8. (18.) Juni. — Hannover. Zu erwähnen ist noch die zugefügte Bezugnahme auch noch auf den Friedensvertrag von Osnabrück, während im ersten Entwurf nur dessen von Münster gedacht ist.

das Werk aufzuhalten suchen sollten.[1] Auch im Hause Braunschweig erhoben sich auf dieser und jener Seite Bedenken. Auf der Konferenz zu Peine (12. (22.) Juni, s. oben) führte Schwarzkopf aus: Die Wirksamkeit des Bundes bestände darin, daß man Oesterreich zwingen wolle, die Kapitulation zu halten und Niemandem wider den Friedensschluß beizustehen oder Schaden zu thun. Man sei aber nicht sicher, wie die Kapitulation ausfallen werde, weshalb es das beste sein würde, derselben in dem Recesse gar nicht zu gedenken. Auch müßte man dahin sehen, daß man die Generalgarantie nicht allein über sich nähme, weil alle Stände dazu verbunden wären. Damit stimmten Celle und Kalenberg überein: denn darüber wollte man halten, daß man den Franzosen zuliebe sich nicht in einen offenen Krieg verwickeln ließe.[2]

Demnach erging an die braunschweigischen Gesandten in Frankfurt insgesamt die Weisung, zu verhüten, daß die vom ganzen Reiche im Friedensinstrumente übernommene Generalgarantie den Alliirten allein aufgebürdet werde, und auch die französischen Minister behutsam dahin zu stimmen, daß alle Bezugnahme auf die Wahlkapitulation im Recesse unterbleibe. Denn die Verpflichtung zur Aufrechthaltung der letzteren könnte am Ende leicht dahin ausgedehnt werden, daß die Alliirten durch Kunstgriffe in der Abfassung der Artikel genöthigt werden möchten, auch andre Bestimmungen der Kapitulation, womit den Gerechtsamen der Stände und dem Friedensinstrumente selbst zu nahe getreten sein könnte, zu verfechten. Die Kapitulation sei zur Zeit weder den Franzosen noch dem Hause Braunschweig selbst bekannt und zu besorgen, daß sie nicht nach Wunsche eingerichtet, sondern mit Bestimmungen versehen werden möchte, welche zu Abbruch der Rechte der Stände und folglich zu Aufhebung des Gleichgewichtes im Reiche hinausschlagen könnten, was schließlich auch den Interessen Frankreichs nachtheilig sein müßte.[3]

Trotz solcher Bedenklichkeiten blieb der Eifer des Hauses Braunschweig für die Vereinigung mit Frankreich nach wie vor ein reger. So viel sich erkennen läßt, auch derjenige des kasseler Kabinettes, wenn auch die hessischen Gesandten in Frankfurt aus ihrer Zurückhaltung nicht mehr als sonst heraustraten, was denn schließlich zur Folge hatte, daß man nicht allzuviel nach ihnen fragte und sie auch weniger in's Vertrauen zog. Doch rechnete man allezeit auf Hessens Beitritt und seine Geneigtheit zum Abschlusse mit Frankreich.

---

[1] Erlaß des Kurfürsten vom 15. (25.) Juni. — Berlin. U. A. VIII, 550.

[2] Protokoll der Konferenz zu Peine vom 12. (22.) Juni. — Hannover.

[3] Instruktion für die braunschweigischen Gesandten vom 13. (23.) Juni. — Hannover. Köcher, S. 250. 251.

Ganz unzuverlässig seit langem und neuerdings unverhohlener Abneigung erschien dagegen der Kurfürst von Trier. Immer deutlicher trat seine Vorliebe für die österreichische Partei, und nicht bloß in der Wahlfrage, zutage. Sollte er doch geäußert haben, er werde diese Allianz und deren Verstärkung nicht allein zu hindern suchen, sondern auch das aufheben, was schon früher von den Unirten vereinbart worden wäre.[1] Schließlich wollte man wissen, daß er den schwedischen Receß am Ende wohl, keinesfalls aber den französischen unterzeichnen werde.[2] Auch des Bischofs von Münster Haltung wurde von Tag zu Tage zweideutiger. Der ehrliche Schmising betheiligte sich nach wie vor an den Allianzberathungen, seine Stellung wurde aber immer undankbarer. Auf der einen Seite band ihn die zu vielen Malen ihm vom Bischof zugegangene Weisung mit seiner Stimme an die Politik des mainzer Kurfürsten, auf der andern wiesen ihn neuere Befehle an, den Abschluß mit Frankreich und Schweden, den anerkannten Feinden des Hauses Oesterreich hintertreiben zu helfen, denn immer zuversichtlicher lenkten sich des Bischofs Blicke in seiner Beklemmung vor den seiner unbotmäßigen Stadt geneigten General-Staaten auf die österreichisch-spanische Partei. Da Schmising in seiner Geradheit und bei seinem offen ausgesprochenen Mangel an Vertrauen zu König Leopold und seinen Ministern wenig Neigung zu Unterhandlungen mit diesen empfand, führte statt seiner Rath Wiedenbrück die Sache des Bischofs bei diesen. Derselbe hatte nicht eben leichte Bahn. Er hatte manches bittere Wort hinzunehmen über die den Oesterreichern mißliebige Theilnahme Münsters an den Allianzverhandlungen, als wenn alle Fürsten das Erzhaus zu verlassen gedächten. Aber daneben verzeichnete er auch manch trost- und hoffnungerweckendes Wort, wie daß der König keineswegs geneigt wäre, der Stadt Münster beizustehen, sondern des Bischofs Angelegenheiten zu befördern. Wiedenbrück hatte Mühe, zu versichern, daß sein Herr zur Handhabung seiner Kirche und deren Regalien sich Beistand suchen müsse, wo er nur könne, was man ihm nicht verdenken dürfe; übrigens wäre er mit der Allianz so hart nicht gebunden, daß er deshalb von

---

[1] Otto am 1. (11.) Juni. — Hannover.

[2] Undatirter Bericht Schmisings vom Ende Juni. — Münster. In einem weiteren Berichte (ca. 5. Juli) schreibt Schmising: Ich wundere mich, daß der Erzbischof von Trier mehr zu der schwedischen Allianz inklinire als zu der französischen, zum allerhöchsten hinsichtlich des Religionsinteresses. Es kommt dies daher, weil die Austriaci das spanische Interesse mehr als alles andre im Auge haben, und der Kurfürst von Trier muß ihnen beistimmen. — Schon gaben Mainz und Köln zu verstehen, daß sie mit Triers Ausscheiden unter diesen Umständen nicht eben unzufrieden sein würden. Otto am 19. (29.) Juni. — Hannover.

der dem Erzhause Oesterreich bisher erwiesenen treuen Ergebenheit nothwendig aussetzen müßte. Er würde vielmehr einen Weg wie den andern darin fortfahren, wenn er hingegen davon auch die rechte Wirkung sehen möchte, wie er ja auch schon viel Widerwärtigkeit von dem Erzhause abgekehrt habe und ferner noch verhindern würde. Volmar betheuerte dagegen seinerseits, daß König Leopold es nur gut mit dem Bischof meine und nach geschehener Wahl in der münsterischen Sache schleunigst Recht sprechen werde.[1]

Dem biederen Schmising wurde es täglich schwüler in Frankfurt. Nicht bloß, daß er fortwährend in Geldmangel gelassen wurde, machte ihm seine Aufgabe schwer, viel schwerer wog die Abweichung seiner Ueberzeugung von den Absichten seines Herrn. Wenn dieser empfahl, die Oesterreicher bei gutem Willen zu halten, so meinte er, daß sie „zugleich in amore et timore" gehalten werden müßten.[2] Einen Abfall von den alten Genossen, auf welches Ziel der Bischof zusteuerte, hielt Schmising für ein gefährliches und wenig ehrenvolles Ding, auch glaubte er nicht, daß sein Herr in seinen Irrungen mit der Stadt gegen diese und die General-Staaten von dem künftigen Kaiser kräftigen Beistand zu erwarten habe: und doch trug er die schwersten Bedenken, zum runden Anschluß an die Rheinbündler zu rathen, um dadurch seinem Herrn die Hülfe Oesterreichs nicht unmöglich zu machen. Wiederholt suchte er deshalb in diesen Gewissensnöthen um seine Abberufung nach.[3]

Die Oesterreicher warben immer lebhafter um den Anschluß des Bischofs. König Leopold schrieb selbst an diesen.[4] Auch der päpstliche Nuntius schlug im habsburgischen Interesse alle seine italische Beredtsamkeit in die Schanze. Zu Wiedenbrück äußerte er, über die alte Allianz unter den katholischen Fürsten allein habe man sich freuen und daraus alles gute erhoffen dürfen, jetzt aber sei es betrübend und unheilverheißend, daß die Katholischen mit lauter Andersgläubigen, wie Braunschweig, Hessen, Pfalz und Schweden sich verbünden wollten. Er hätte es schon den Kurfürsten von Mainz und Köln aus getreuer Wohlmeinung rund herausgesagt, daß dies die Freundschaft mit dem Löwen bedeute. Man werde sich zu Knechten der Protestanten erniedrigen: denn diese würden an Macht stärker sein und Frankreich, stets ein Freund der Schweden, werde die Glaubensgenossen gegen die Unkatholischen nimmermehr treulich vertreten. Dies möge doch ja der Bischof beher-

[1] Bericht Schmisings vom 26. Mai. — Münster.
[2] Bericht Schmisings vom 5. Juni. — Münster.
[3] Schmisings Bericht vom 9. Juni. — Münster.
[4] Bericht Schmisings vom 12. Juni. — Münster.

zigen und seiner ihm anvertrauten Kirche wohl vorsehen.[1] Auch am Bischofshofe selbst wirkte in diesem Sinne eine starke Strömung. Vermuthlich war der von Frankfurt zurückberufene Bisping mit einer großen Tasche voll schöner Anerbietungen vom Hause Oesterreich heimgekehrt, welche dann lockender dünkten als die alte bewährte Bundesgenossenschaft v. J. 1654, geschweige die geplante Verbindung mit den fremden Kronen, zumal mit Schweden, vor welchem nun einmal Christoph Bernard ein unüberwindliches Mißtrauen im Herzen trug. Die Strömung am Hofe des Bischofs, von welcher hier die Rede ist, war so stark, daß schließlich Schmising fast ganz übersehen wurde und Wiedenbrück über dessen Kopf hinweg den Auftrag erhielt, mit den Oesterreichern zu unterhandeln.[2] Diese Geschäfte wurden denn auch so geheim betrieben, daß alles, was daran erinnern könnte, dem Untergange gewidmet worden zu sein scheint. Das Ergebniß war jedoch eine in der zweiten Hälfte des Juni Schmising zugehende Erklärung des Bischofs, wonach diesem die geplante Allianz mit Schweden und Frankreich einzugehen aus unterschiedlichen Ursachen bedenklich falle und er bereit sei, wenn es zum Schlusse komme, sich abzusondern.[3] Doch sollte Schmising davon nicht reden, sondern unter mancherlei Vorwänden Zeit gewinnen und die obwaltenden Bedenken des Bischofs nach Gelegenheit allmählich offenbaren.[4]

Schmising gerieth in die äußerste Verlegenheit; mit einem Male

---

[1] Bericht Schmisings vom 16. Juni. — Münster.

[2] Schmising beschwert sich hierüber am 23. Juni: Er habe früher ebensogut wie Wiedenbrück durch den Kurfürsten von Trier bei den österreichischen Ministern über seines Herrn Anliegen sondiren lassen, auch selbst es gethan, aber niemals categoricam et affirmativam resolutionem erhalten, sondern nur bona verba. — Münster.

[3] Aus der Antwort Schmising's vom 23. Juni. — Münster. Der Erlaß des Bischofs selbst liegt nicht vor.

[4] Undatirtes Postskript des Bischofs, etwa vom 20. Juni. — Münster. Auch am 28. Juni schreibt der Bischof: „Es bleibt Ihm hiemit nochmalen unverhalten, daß meine Meinung nicht sei, platt und rund herauszusagen, daß ich die Allianz mit Schweden und Frankreich reprobire.“ Man habe früher nicht ernstlich an den Beitritt Schwedens geglaubt; nun kämen noch die Franzosen hinzu, „und weilen solche hauptsächliche circumstantiae das Wesen in andern Stand setzen, als wird alsdann auch ein ander consilium zu fassen sein. Und weilen ich bisher noch nicht finden können, mir und meinem Stift dienlich zu sein, das Haus Oesterreich zu verlassen und mich an fremde Kronen zu hangen, . . . ohne das auch nicht sehe, wie Frankreich und Schweden mir in der münsterischen Sachen den geringsten Vortheil schaffen oder auch das holländische praesidium werden zurückhalten können, also kann mich dazu wohl nicht resolviren“. Die Stadt Münster sei durch das Gerücht von der bevorstehenden Allianz mit den auswärtigen Kronen bewogen worden, auf's neue mit den General-Staaten Verhandlungen anzubinden und eine Besatzung von denselben zu begehren. „Soweit ist es davon, daß Frankreich und Schweden die Holländer davon abhalten sollten.“

ward er auf einen verlorenen Posten gestellt, Unglimpf und Unehre winkten ihm als sein Lohn. Als alter, treuer Diener, welchem man schon einigen Freimuth nachsieht, richtete er eine geharnischte Eingabe an seinen Herrn.[1]

Er anerkennt seine Schuldigkeit zum Gehorsam in allen Stücken, hält aber für pflichtgemäß, Gegengründe vorzubringen, in der Hoffnung, sich damit keine Ungnade zu verdienen. Die Frage, ob mit Schweden zu schließen, wäre längst im bejahenden Sinne entschieden gewesen, und hätte der Bischof selbst also dem Herrn v. Boineburg vor Jahresfrist erklärt. Das ganze Allianzwesen wäre daher unter Betheiligung der Schweden bis zur jüngst erfolgten Fertigstellung des allgemeinen Recesses berathen worden. Auch hier also wäre man gebunden, zumal da er, Schmising, auf wiederholten besonderen Befehl sich stets dem kurmainzischen Votum hätte anschließen müssen. Wäre damals der Receß unterschrieben worden, so hätte ihn der Bischof deshalb für straflos erklären müssen und die Thatsache wäre vollendet. Wenn die bisher geübte Politik, wobei man Gott Lob eben noch nicht übel gefahren, einmal eine Aenderung erfahren sollte, so möge der Bischof ihm nicht verdenken, daß er sich „davon vor Gott und St. Paulo vermög Eides und Pflicht öffentlich bedinge, weil durch diese Veränderlichkeit E. H. G. und der Stift prostituirt und, Gott verhüte es, in einen unwiederbringlichen Schaden verwickelt werden können.“ Deshalb bitte er nochmals um Enthebung von diesem Posten und seiner Rathsstelle überhaupt. Die vom Bischof angegebenen Gründe wären vom Kurfürsten von Mainz schon so oft widerlegt, wie er so oft davon geschrieben. Weil aber die Ansicht gesiegt, daß dem Stifte durch diese Schwenkung besser gedient sei als durch die bis jetzt eingeschlagenen Wege, müsse er sich beruhigen trotz ganz und gar entgegengesetzter Meinung. Niemals werde der zukünftige Kaiser gegen die Holländer oder gegen die Stadt den Bischof unterstützen, es sei denn bewogen durch die Autorität der Kurfürsten und Fürsten des Reiches. Im Gegentheile, meint er, suchten die Oesterreicher durch die Staaten und die Stadt Münster dem Bischof die Hände dermaßen zu binden, daß sie ihm nach Belieben den Zügel lang oder

[1] Der oben angezogene Bericht vom 23. Juni. — Münster. Auch sein Bruder, der Malteserkomthur Friedrich Korff-Schmising zu Frankfurt richtete am 29. Juni ein längeres Gutachten an den Bischof, um ihn von dem Beschlusse des Geheimen Rathes, mit Schweden und Frankreich nicht zu schließen, abzuwenden; es sind ungefähr dieselben Gründe, wie sie sein Bruder in's Feld führt, nur warnt er noch eindringlicher vor einer Beleidigung der Franzosen, Schweden und anderer Alliirten, zumal Mainz und Köln. — Münster.

kurz lassen könnten. Nicht sei es ja des Mainzers Wille, Schweden gegen Oesterreich und Polen beizustehen, sondern vielmehr für jetzt die Hände zu fesseln, daß es weder Oesterreich noch Polen noch den Alliirten selbst schaden könnte. Des Kurfürsten von Mainz Gedanken wären allbereit beim Hause Oesterreich und auch beim päpstlichen Nuntius wäre er „konsiderabel und adorabel" und, wenn dieser Kurfürst es nicht verhindert hätte, wäre das römische Reich mitten in Flammen. Wenn er merken werde, daß des Bischofs Sinn sich geändert und er abtrete, würden alle in der Kapitulation für ihn ausgewirkten günstigen Bestimmungen zerfallen. Zu allererst würden ihn die Schweden angreifen und er dann von allen Katholischen und Unkatholischen verlassen dastehen. Dann würden Schweden und Frankreich die Holländer anstiften, daß sie die Allianz mit der Stadt Münster fortsetzten, welche sie allein bisher verhindert hätten. Alle, welche dem Bischof glauben machen wollten, daß Spanier und Oesterreicher bei Holland den Vorzug hätten und ein solches Ansehen genössen, daß sie es bisher an dem Bündnisse gehindert hätten, suchten ihn zu betrügen. Die zur Zeit in Frankfurt weilenden Gesandten der aufrührerischen Stadt seien nicht ohne Grund so demüthig, weil sie Schweden und Franzosen dermaßen fürchteten, daß sie überall um Frieden schrieen. Das Haus Oesterreich werde Gott noch danken, daß die Fürsten zusammenhielten, um den Schweden festzumachen, daß er ihm keinen Schaden thue. Auch scheine Oesterreich gegen Schweden nicht losgehen zu wollen, eher umgekehrt und dann — beruhe auch die Allianz auf sich. Ja, selbst der Kurfürst von Trier werde sich von der Allianz mit Schweden und Frankreich nicht abbinden.

Die Gelegenheit, dem Kurfürsten von Mainz von dem unliebsamen Entschlusse des Bischofs wenigstens Andeutungen zu machen, fand sich bald. Am Johannistage beehrte der Kurfürst den Bruder Schmisings Friedrich, Malteserkomthur in Frankfurt mit einem Besuche des Gottesdienstes in der Ordenskirche. Nach der Andacht gab es ein Gespräch mit den Gebrüdern Schmising, von welchen Matthias dem Kirchenfürsten behutsam andeutete, daß sein Herr Bedenken trage, diese Allianz mit so mächtigen Kronen, deren Waffen dem römischen Reiche den Untergang drohten, einzugehen. Johann Philipp antwortete nichts. Am nächsten Tage aber wurde der münsterische Domkustos zu einer Konferenz berufen, bei welcher er so harte Worte zu hören bekam, daß er sich schämte, dieselben in seinem Berichte wiederzugeben. In seiner Verwirrung erbat er Urlaub vom Kurfürsten, damit er dem Bischof persönlich Bericht erstatten könne. Jener aber verweigerte es, damit er nach wie vor den Berathungen beiwohne, wofür er, der Kurfürst, die Verantwortung übernehme. Doch wollte er als formellen Gesandten den

Komthur Schmising zum Bischof entsenden. Dieser nahm den Auftrag an und reiste Ende Juni ab.[1]

Die Erklärungen Johann Philipps hatten darin gegipfelt, daß er und die anderen Fürsten vom Bischof die Hände abziehen würden, wenn er bei seiner veränderten Gesinnung beharre. Ob er denn alleinstehen wollte? Eines werde er wählen müssen, entweder mit den Kurfürsten nach Norm und Form des Reiches zu halten oder sich zu Oesterreich zu schlagen. Des letzteren Untergang wünschten jedoch die Kurfürsten ebensowenig wie der Bischof und andere Katholiken, und wüßten sie auch ohne Erinnerung, was sie dem Papste wie dem zukünftigen Kaiser schuldig wären. In seiner Verdrießlichkeit drohte der Kurfürst sodann, daß er sich der münsterischen Angelegenheit überhaupt nicht mehr annehmen wolle, bevor der Bischof eine beständige Entschließung im Allianzwesen von sich gegeben habe.[2]

Aber auch die Gegenpartei war nicht müssig. Kurfürst Karl Kaspar von Trier ließ eines Tages Schmising zu sich rufen, um ihm zu melden, daß, wie er vom Reichsvicekanzler Grafen Kurtz vernommen, im Geheimen Rathe des Königs Leopold Berathungen stattgefunden hätten, worin beschlossen worden, daß man die geplante rheinische Allianz nicht hindern wolle, wenn sie nur in den Grenzen der kölnischen Liga sich halten würde, während man anderenfalls dieses Werk auf's mißfälligste würde ahnden müssen. Leopold wolle insgeheim Jemanden nach Münster entsenden, der mit dem Bischof über eine gegenseitige engere Verbindung verhandeln, demselben in allen Forderungen Genügen thun und auch vermitteln solle, daß auch der Pfalzgraf von Neuburg wieder auf des Königs Seite trete. Zu dieser Sendung sei der vormalige neuburgische Kanzler v. Nesselrode auserseshen, welcher sich morgen auf die Reise begeben werde.

Bei Schmising regte sich Mißtrauen. Schon die Person des Kurfürsten gab ihm Anlaß dazu. Im Kurfürstenrath wie in der Allianzsache hatte Karl Kaspar für den Bischof von Münster wenig oder gar keine Theilnahme gezeigt. Die Vertreter des Bischofs wollten sogar bemerkt haben, daß der Kurfürst mit der aufsässigen Stadt und den widerspenstigen Mitgliedern der münsterischen Ritterschaft verdächtigen Verkehr gepflogen hätte. Dazu kam nun noch, daß auch Nesselrode wenig Vertrauen bei den Münsterischen genoß; galt er doch gerade für denjenigen, welcher die münsterische und jülichsche Ritterschaft gegen ihre Landesfürsten aufwiegele. Es verlautete für gewiß, daß er heimliche Aufträge

---

[1] Bericht Schmising's o. D. vom Ende Juni. — Münster.

[2] Bericht Schmising's vom 30. Juni. — Münster.

von den münsterischen Landständen betreibe. Die ganze Sache mißfiel daher Schmising durchaus. Er rieth seinem Herrn, hierin nichts ohne Vorwissen des mainzer Kurfürsten zu thun, dessen Grundsätze mehr als die Anderer „fundamental und absque interesse nisi boni publici“ seien, während der trierer gut ständisch wäre und die Oesterreicher doch nur leere Versprechungen machen könnten und, wie sogar der Kurfürst von Trier gestehe, weder selbst noch durch die Spanier dem Bischof gegen die Holländer mit den Waffen helfen würden. In Frankfurt selbst verstand es Schmising noch glücklich, die Sendung Nesselrode's durch die Vorstellung zu hintertreiben, daß dieselbe den Pfalzgrafen von Neuburg, bei welchem dieser Herr in Ungnade, mehr verdrießen als geeignet sein würde, ihn zur kaiserlichen Partei hinüberzulenken.[1]

König Leopold selbst, mitten in den unruhigen Tagen vor der Wahlentscheidung, ließ Schmising auf den 6. Juli zu einer Berathung einladen, für welche er den Grafen Kurtz und den Geheimen Rath Grafen Oettingen abordnete. Kurtz betonte hierbei den guten Willen des Königs zur Hülfe gegen die widerhaarige Stadt und zur Abmahnung der Holländer von einer Hülfeleistung für dieselbe. Dann fuhr er fort: Der König habe erfahren, daß der Bischof zu Verhandlungen um ein gewisses Bündniß eingeladen sei, weshalb er nicht unterlassen könne, ihn wohlmeinend zu erinnern, daß er sich dessen entschlagen und nichts

[1] Bericht Schmising's vom 3. Juli, auch ein weiterer o. D., aber wohl vom 5. Juli. — Münster. Auch der päpstliche Nuntius Sanfelice hatte sich wieder in's Mittel zu legen versucht. Schmising hatte in dem Erlasse des Bischofs vom 28. Juni den Befehl erhalten, jenem die Gefahren für die katholische Religion vor Augen zu stellen, welche aus einer Einmischung der General=Staaten zu befahren wären. Als Schmising am 1. Juli gleich nach Empfang dieser Weisung sich bei Sanfelice einfand, kam die Rede bald auf die Allianz. Der Nuntius bemerkte, wenn der Bischof diese eingehe, werde er am zukünftigen Kaiser in der münsterischen Sache keinen gnädigen Richter finden. Auf die Frage Schmising's, ob er also glaube, daß die Allianz gegen Kaiser und Reich gemünzt sei, fiel die Antwort: Dies gerade nicht, aber gegen das Haus Oesterreich. Schmising: Also solle wegen der Privatinteressen dieses Hauses die Gerechtigkeit leiden? Darauf Stillschweigen. Schließlich jedoch stellte der Nuntius seine und des Heiligen Vaters Beistand zur Beförderung der Justiz in der münsterischen Sache in Aussicht, aber auch — ein Abmahnungschreiben von seiner Hand bezüglich der Allianz an den Bischof. Als Schmising dann zum Kurfürsten von Mainz äußerte, der Bischof besorge wegen seines Beitrittes zur Allianz das Mißfallen des apostolischen Stuhles, bei welchem sich noch wegen der Mallinckrodt'schen Angelegenheit große Schwierigkeiten ergeben könnten, bemerkte Johann Philipp, er hätte dem Nuntius oft genug vorgestellt, wie wenig bedenklich diese Allianz wäre, wobei dieser sich beruhigt hätte. Der Nuntius wisse alles besser, sei aber ein Neapolitaner und vom Papste veranlaßt, gut spanisch zu sein, dem müsse er ja folgen. Der Bischof solle sich nur nicht abschrecken lassen; hier kenne man statum Imperii et religionis besser als zu Rom.

übereilen wolle. Nach den Bestimmungen des Friedensinstrumentes vermöge der Generalgarantie habe er ja doch vom ganzen Reiche und vom zukünftigen Kaiser Beistand gegen seine Widersacher zu erwarten, während er beim Eingehen dieses Bündnisses sich allen Anspruches auf die kaiserliche Hülfe begebe und den Kaiser veranlassen werde, in der münsterischen Sache nicht allzuschleunig die Justiz walten zu lassen. Denn der Kaiser könne diesen Bund nicht gutheißen, vielleicht sogar werde er ihn ganz aufheben. Auch würde dadurch den vereinigten Niederlanden gerechte Ursache gegeben, sich der Stadt Münster mit mehr Eifer anzunehmen, weil sie bereits ohnedem auf Schweden und Frankreich keinen geringen Argwohn hätten. Der Bischof hätte einen Vortheil weder im Falle eines Sieges noch in dem einer Niederlage Schwedens und Frankreichs zu erwarten: im ersteren würden diese Mächte ihn bald so gut wie Andere zur Sklaverei bringen, im anderen würde er nach Kriegsbrauch mit ihnen leiden müssen. Keinesfalls aber würde er als Mitglied dieses Bundes sich bei Ruhestand erhalten können. Unbedingt aber erwarte man von ihm, daß er nicht offensiv gegen das Haus Oesterreich und den aus diesem zu erwartenden Kaiser mit vorgehen werde. Schmising entgegnete so gut als er konnte: Sein Herr, dem Erzhause aufrichtig ergeben, sei keineswegs geneigt, demselben durch seine Theilnahme an der Allianz einigen Nachtheil zuzufügen. Er suche nur seine eigene Sicherheit, die gerade im westphälischen Kreise, zumal bei den Gegensätzen zwischen Neuburg und Brandenburg, in Frage stehe. Die Garantie, wie man an anderen Beispielen gesehen, genüge in dringenden Fällen mit nichten. Solle denn etwa der Bischof mitten unter den also gefaßten katholischen und unkatholischen Fürsten bloß und allein dastehen? Die Allianz bezwecke ja ganz allein, den fremden Kronen Kraft und Anlaß zu nehmen, das Reich anzugreifen; wenn sie ja einigen Eingriff wagen wollten, könne man sich ihnen gerade aufgrund dieses Bündnisses entgegenstellen. Dem Hause Oesterreich nachtheilige Artikel könne man ja noch abändern. Als Schmising noch hinzufügte, daß man am allerwenigsten mit der Allianz bezwecke, den Schweden wider Polen und Oesterreich, selbst wenn sie von diesen aus Anlaß dieses Krieges im Reiche angegriffen werden sollten, beizustehen, bemerkten die königlichen Minister sonderbar genug, daß vielleicht mit den Schweden als Reichsstand, denen ohnedem nach dem Friedensinstrumente die Garantie schuldig wäre, das Bündniß wohl könnte eingegangen werden, auf keinen Fall jedoch mit den Franzosen. Schmising mußte ihnen schließlich zusagen, daß er nach seinen Kräften den Abschluß dieser Allianz mit in die Länge schieben helfen wolle.[1]

[1] Bericht Schmising's vom 7. Juli. — Münster.

Als Gegenleistung für dieses Versprechen erfolgte ein Sendschreiben des Königs Leopold, welches er als Kurfürst des Reiches ergehen ließ, vom 12. Juli an die Stadt Münster mit der Abmahnung von der vielberufenen Allianz mit den General-Staaten und mit der Aufforderung zu Frieden und Gehorsam gegen den Bischof.[1] Sogleich wurde dieses bei der antiösterreichischen Partei ruchbar. Die Folge war, daß auch die Gesandten Frankreichs und Schwedens, angeblich auf Befehl ihrer Gebieter, an deren Residenten im Haag die Weisung richteten, bei den General-Staaten dahin zu erinnern, daß sie sich der Stadt Münster gegen ihren Landesfürsten nicht annehmen sollten. Schmising versäumte natürlich nicht, seinem Herrn hiervon Mittheilung zu machen; in dem nämlichen Schreiben verwahrte er sich gegen alles Unheil, welches aus der Ablehnung der Allianz zu erwarten stehe, und schob dasselbe allen denen in's Gewissen, welche den Bischof zurückhielten.[2]

Mit ängstlicher Spannung sah unterdessen der redliche Mann der Rückkunft seines Bruders des Komthurs entgegen, welcher des Bischofs endliche Erklärung wegen der Allianz mitbringen sollte.[3] Denn fortgesetzt drängten Mainz und Köln auf den Schluß noch vor der Wahl, welche binnen kurzen Tagen zu erwarten stand.

Und mit den Franzosen wenigstens war man so gut wie im reinen. Dieselben hatten am 25. Juni noch einige wenige Erinnerungen zu dem von den deutschen Alliirten abgeänderten Entwurfe des Bundesvertrages eingereicht, theilweise nicht ganz unwesentliche.[4] Für die einfache Bezeichnung ihres Herrn als „Christlichster König" schlugen sie die voller tönende Fassung „Heilige Christliche Königliche Majestät" vor. Wo gleich anfangs von der Wahlkapitulation und deren Begründung im Friedensinstrumente die Rede ist, sollte gesagt werden „oder wo sie dasselbe deutlicher erklärt." An zwei Stellen suchten die Franzosen ferner der Krone derzeitige Verbündete, zweifellos also England, mit in den Gesichtskreis der deutschen Verbündeten zu ziehen. Aber auch die „Nachfolger, Erben

---

[1] Abschrift in Münster.

[2] Bericht Schmising's vom 14. Juli. — Münster.

[3] Bericht Schmising's vom 10. Juli. Der Bischof meldet am 12., daß der Komthur, auf dessen zu erwartende Berichterstattung er Schmising einfach verweist, am 11. wieder abgereist sei. Aus diesem Schreiben geht auch hervor, daß der Nuntius das in Aussicht gestellte Abmahnungschreiben wirklich abgesandt und sich zum Bischof in gleichem Sinne, wie die Grafen Kurtz und Oettingen zu Schmising, geäußert hatte. Der Bischof sendet die Antwort an den Vertreter der Kurie unter fliegendem Siegel zur Bestellung dem Schmising (Konzept oder Kopie indessen nicht bei den Akten). — Münster.

[4] Monita der französischen Gesandten zum Allianzreceß, undatirtes Schriftstück. — Hannover.

und Nachkommen" der Vertragschließenden wurden hineingebracht. Frankreich bot sodann 1500 Mann Fußvolk und 800 Reiter an. Doch verlangte es nunmehr auch die Bundeshülfe gegen Diejenigen, welche seinen Feinden, wenn sie die ihm durch den westphälischen Frieden zuerkannten Lande angriffen, Waffenbeistand leisten würden. Aber nicht mit der gesamten Macht, wie die bisherige Fassung bestimmte, sondern nur mit der Anzahl, welche der Nothwendigkeit entspräche, sollten nach dem Vorschlage der französischen Gesandten die Verbündeten zur Hülfe erscheinen. Ferner wünschten sie die Weglassung der, übrigens auch von Braunschweig beanstandeten Bestimmung, wonach die Hülfe mit Hintenansetzung aller andern Dinge inkrafttreten sollte. Schließlich sollte auch eine gründliche Umänderung der Absatz erfahren, welcher von der Dauer des Bundes handelte. Während nämlich die anfängliche Fassung bestimmte, daß der Bund, wenn vor Ablauf der dreijährigen Frist der Friede zwischen Spanien und Frankreich zum Abschlusse gelangen würde, noch mindestens ein Jahr über dieses Ereigniß hinaus fortbestehen sollte,[1] hieß es jetzt, daß die Allianz drei Jahre vom Tage der Ratifikationen an gelten und, wenn inzwischen der Friede zwischen Frankreich und Spanien nicht zustande gekommen sein sollte, mit Zustimmung aller Verbündeten oder derer, welche den Fortbestand wünschen würden, auf einer ein halbes Jahr vor Ablauf der Frist nach Frankfurt zu berufenden Konferenz verlängert werden würde.[2]

Zur Ueberlegung wurde den Betheiligten keine Zeit gelassen. Schon am folgenden Tage, dem 26. Juni, wurde wegen des französischen Projektes Sitzung anberaumt. Nicht erschienen die Vertreter Brandenburgs, Münsters und Neuburgs; der letztgenannte war abwesend von Frankfurt und die ersteren beiden wollten das Werk nur aufhalten. Die Brandenburger entschuldigten sich schriftlich: sie könnten nicht kommen und ließen es bei ihren vorigen Erklärungen bewenden, sähen übrigens ferneren Weisungen ihres Herrn entgegen. Schmising hatte Leibesschwachheit vorgewendet, fand aber keinen Glauben, da er unvorsichtig genug an demselben Morgen noch mehrere Besuche empfangen hatte. Boineburg schickte dreimal zu ihm, bis er aus Besorgniß vor Aufsehen und Ungelegenheit nachgab und erschien.[3]

---

[1] Si pax ... coeat, (duret foedus) ad minimum in annum unum ultra.

[2] Duret foedus ... ad proximum triennium a die ratificationis computandum, atque si interea pax ... non coierit, prorogetur consensu confoederatorum omnium aut eorum qui in hoc foedere ulterius persistere volent, et de hoc tractetur Francofurti medio anno ante lapsum triennii.

[3] Bericht Schmising's vom 27. Juni. — Münster.

Boineburg hatte wiederum selbst den Vorsitz übernommen, wie es der Wichtigkeit des Augenblickes entsprach. Er berichtete, daß die französischen Gesandten sich bereit erklärt hätten, auf die bereits verglichenen Bedingungen und ihre dazu eingegebenen Aenderungsvorschläge hin, sowie nach Inhalt des deutschen Hauptrecesses mit den Versammelten zu schließen. Darauf schlug er vor, den Receß mit den Abänderungen der Franzosen zu verlesen und sich über die einzelnen Bestimmungen zu vergleichen. Kur-Triers Vertreter eröffnete, daß sein Herr zur Sache selbst entschlossen sei. Weil aber die Nachstimmenden in der letzten Sitzung sich auf weitere Weisungen berufen, wolle man erst vernehmen, ob sie solche empfangen und aufgrund derselben noch einiges zu erwähnen hätten; erst dann werde man gleichfalls reden. Die Nachstimmenden erklärten schlechtweg ihre Zustimmung zur Lesung des Recesses, Münster und Braunschweig allerdings mit dem Vorbehalt weiterer Abänderungen nach Maßgabe etwa noch einlaufender Weisungen. Die Abstimmung über die einzelnen Paragraphen verlief sonst glatt. Der Receß ward angenommen. Das Bündniß mit Frankreich durfte als gesichert gelten. [1]

Eine Frage blieb freilich noch offen. Auf Anerbieten der Gesandten Frankreichs war jener Satz in den Receß gebracht worden, wonach anstatt wirklicher Mannschaft entsprechende Geldzahlung geleistet werden konnte. Die Versammlung vom 26. Juni beschloß, hierfür eine Kommission zu ernennen, welche den Ueberschlag berechnen sollte, wie hoch die von Frankreich angebotene Truppenzahl und deren Unterhalt sich in Geld berechnen lasse. Mainz, Münster, Schweden-Bremen und Wolfenbüttel fiel diese Aufgabe zu, Schmising aber entschuldigte sich mit seiner Kränklichkeit. [2]

Am 28. Juni sollte über diese Frage entschieden werden. Mainz schlug vor, auf diese Bestimmung ganz zu verzichten. Geld sei knapp und schwer zu bekommen; es würden sich Schwierigkeiten mit Frankreich wegen der Abrechnung erheben; selbst Unterschlagungen seitens Einzelner zum Nachtheil der übrigen Alliirten könnten ja vorkommen. Uebrigens wäre Frankreich hierin indifferent. Trier verschob auch hier wieder seine Abstimmung. Köln und Münster stimmten dem mainzer Vorschlage zu, Mainz selbst desgleichen in Vertretung Neuburgs. Die Braunschweiger,

[1] Protokoll vom 26. Juni. — Münster. Zu bemerken ist beiläufig, daß Kur-Köln in dieser Sitzung noch die Einladung von Kur-Pfalz und Württemberg in Vorschlag brachte; letzteres wolle auch seine Mitkreisstände herbeibringen. Man beschloß jedoch, erst über den Receß eine völlige Einigung zu erzielen und denselben zu unterzeichnen, bevor man Andere einlade.

[2] Welches dann so tacite hingegangen.

denen Kassel Beifall gab, baten, wenn auch im Grunde zu dieser Auslassung geneigt, um Aufschub bis zum Eintreffen des Bescheides auf eine Rückfrage bei ihren Auftraggebern. Schweden war heute nicht vertreten, ebensowenig wieder Brandenburg. Für den Fall aber, daß man von der Ablösung in Geld keinen Umgang nehmen wolle, wurde bestimmt, daß die Franzosen außer dem ordentlichen Unterhalt, worin die unter den übrigen Alliirten zu vereinbarenden Bestimmungen maßgebende sein würden, für jeden Reiter 50 und jeden Musketier 10 Thaler geben sollten. Man glaubte von Frankreich von vornherein zu Werbegeldern, Anschaffungen von Kriegsbedarf u. dergl. m. etwa 70,000, keinesfalls aber unter 60,000 Thaler verlangen zu dürfen.[1] Diese Forderung schien den französischen Gesandten zu hoch; sie boten die in Frankreich übliche Werbetaxe für Reiter zu 20 und Fußknechte zu 2 Kronen. Bei solchen Preisen aber glaubten die deutschen Herren keinen Vortheil aus dem Geschäfte ziehen zu können; man verzichtete lieber ganz darauf. Der entsprechende Satz im Vertrage wurde also ganz getilgt. Der Beitrag Frankreichs blieb also ein für alle Male auf 1600 Musketiere und 800 Reiter mit entsprechendem Geschütz in Effektivbestand festgesetzt, während die Deutschen erklärten, sich an die in ihrem Hauptrecesse ausgedrückten Summen halten zu wollen.

Das Haus Braunschweig hatte, wie wir uns erinnern, noch zwei weitere Bedenken gehabt; einmal befürchtete es, daß die Verbündeten zu alleiniger Leistung der im Friedensinstrumente festgesetzten Generalgarantie aufgrund dieser Allianz angehalten werden könnten, und dann nahm es Anstoß an der mehrfachen Bezugnahme auf die Wahlkapitulation, deren Tilgung also von ihm beantragt wurde. Die erstere Besorgniß verstanden des Hauses Gesandte durch den Hinweis auf die vorsichtige Fassung der einschlagenden Worte des Recesses, mit denen man nur alle guten Dienste zusichere und sich mit nichten zur alleinigen Leistung der Generalgarantie verpflichte, zn beheben.[2] Wegen der Wahlkapitulation wendeten sie sich an Boineburg. Dieser, allezeit dienstbereit, wo sich Schwierigkeiten aufthürmten, verhandelte über die Forderung Braunschweigs mit den Franzosen. Diese hatten gegen die Auslassung der Bezugnahme auf die Kapitulation im allgemeinen nichts einzuwenden, verlangten aber dafür eine ausdrückliche Gewährleistung des Artikels XIV dieser neuen Reichsgrundveste, wodurch der künftige Kaiser die Verpflichtung übernahm, daß er „sich in die Kriege, so in Italien und

---

[1] Bericht Otto's. Vgl. Köcher S. 251.

[2] Otto am 22. Juni (2. Juli). — Hannover. Köcher S. 251 aufgrund des Gesamtberichtes vom 26. Juni (6. Juli).

im burgundischen Kreis anjetzo geführt werden, in keinerlei Weg weder vor sich als römischer Kaiser noch seines Hauses wegen einmischen und wider die Krone Frankreich und dero Bundsverwandte in gedachtem Italien und burgundischen Kreis und Kriegen unter einiger Streits- oder Kriegs-Ursach keine Hülf mit Volk, Geld, Waffen oder anderm thun und senden, noch sonsten auf einige Weis oder Weg Vorschub und Beistand leisten wolle."[1]

Die Braunschweiger fanden, daß hiermit ihnen und den Verbündeten nicht gedient sein würde[2] und die Franzosen durch die ausdrückliche Bestimmung des Recesses, daß die Alliirten eine Hülfeleistung an die Feinde Frankreichs nicht gestatten wollten, schon genugsam versichert wären. Boineburg mußte ihnen Recht geben, erklärte aber, daß er nichts weiter mehr in dieser Sache unternehmen könne und ihnen überlassen müsse, selbst mit Gramont und Lionne hierüber in Unterhandlung zu treten. Ja, er bat, seines Namens dabei nicht Erwähnung zu thun. Welche Ueberredungskünste die braunschweigischen Staatsmänner spielen ließen, wird uns nicht bekannt. Es gelang ihnen aber wirklich, die Franzosen zu bewegen, daß sie von jeder Bezugnahme auf die Wahlkapitulation absahen. Das Zugeständniß wurde wohl den Franzosen nicht allzuschwer mehr, weil sie selbst keinen großen Werth mehr auf die Wahlkapitulation legen mochten, seitdem dieselbe gerade in jenen Tagen durch die Bemühungen Brandenburgs in den für Frankreich günstig geplanten Paragraphen XIII und XIV einschränkende Bestimmungen empfangen hatte, welche den erhofften Vortheil wesentlich abschwächten, da in denselben Paragraphen den Franzosen alles das abgeschnitten wurde, was sie dem Kaiser allein hatten unterbinden wollen, so daß also z. B. auch alle Hülfeleistung ihrerseits für Schweden ihnen untersagt ward.[3] Je werthloser also die Kapitulation solcher Art in

---

[1] Wahlkapitulation Leopold's I. im Diarium Europaeum S. 876 ff.

[2] „daß dadurch die den andern Alliirten befahrenden Diffikultäten und Inkonvenienzen nicht cessiren noch dem Werk seine Richtigkeit gegeben sein wolle". Otto am 29. Juni (9. Juli). — Hannover.

[3] Die vielberufene clausula reciproca in Art. XIV: jedoch daß auch hingegen die Kron Frankreich und deren Bundsverwandte gleichergestalt weder Unsern, des Reichs, Unsers deutschen Hauses oder eines Kurfürsten, Fürsten und Stands samtlich oder absonderlichen Feinden keine Hülf mit Volk, Geld, Waffen oder anderm, Beistand oder Vorschub auf einerlei Weis oder Weg leisten oder thun ... und also alles und jedes, was obstehet, reciproce und gleich gelten. Freilich bot sich den Franzosen noch in Art. XIV selbst eine Hinterthüre in der Bestimmung: gleichwohl mit der fernern Erklärung, im Fall ein oder andrer Kurfürst, Fürst und Stand des Reichs von Jemandem feindlich angegriffen werden sollte und die Kron Frankreich und dero Bundsverwandte von einem solchen angegriffenen Kurfürsten, Fürsten und Stand um

ihren Augen wurde, mit desto sichtbarerem Eifer wandten sich Gramont und Lionne dem Rheinbunde zu, welchen sie nun auf einmal als ein sehr erstrebenswerthes Ziel betrachteten. Daher auch das schließliche Nachgeben bei den Forderungen des Hauses Braunschweig. Ja, Lionne drängte in den Tagen kurz vor der Wahl förmlich zum Abschlusse des Bundes. Ruhe und Sicherheit, meinte er, beruhten allein auf diesem, zumal es die Kapitulation nicht thun werde, da die Kaiser aus dem Hause Oesterreich bisher sich eben nicht sehr begierig erzeigt hätten, die vorgeschriebenen Kapitulationen zu halten. Auch Gramont äußerte, das beste Mittel zur Aufrechthaltung des Artikels XIV der Wahlkapitulation werde eben diese Allianz sein, weshalb sie noch vor der Wahl zum Schlusse gebracht werden müßte.

Weit mehr Grund zur Verstimmung ob des Ausfalls der Kapitulation hatten die Schweden. Alle ihre Beschwerden, welche sie in verschiedenen Denkschriften bei der Reichsdeputation gegen Oesterreich eingereicht, waren unbeantwortet geblieben. Nun schnitt man ihnen noch die offene Hülfe, die sie von Frankreich (und England) erwartet, ab. Und nicht mit einem Worte war in der Kapitulation der Krone Schweden gedacht; nur daß in einer einzigen schüchternen Zeile des Artikels XIV dem Kaiser die Pflicht auferlegt ward, sich dahin zu bemühen, daß gleichfalls auch die polnische Friedenshandlung unverlängt befördert und zum völligen Schluß beschleunigt werde, woran eben auch dem zum Losbruch bereiten König Karl Gustav wenig genug gelegen war. Auch die Fürstenpartei, wie hier gleich bemerkt sei, sah ihre Forderungen in der Kapitulation nur in ungenügender Weise befriedigt. Selbst Boineburg konnte nicht in Abrede stellen, daß diese Akte für Fürsten und Stände jejun, leer und präjudizirlich genug sei. Um so williger hielten Braunschweig und Kassel zur Gegnerschaft des Hauses Oesterreich, desgleichen der Neuburger, welcher schon längst ein Freund Frankreichs neuerdings aus naheliegenden Gründen[1] sich eng an Schweden angeschlossen hatte. Trier und Münster dagegen blieben dem Hause Oesterreich und dem zukünftigen Kaiser zugewandt, Münster zumal, weil es seinen Wünschen in der Kapitulation Rechnung getragen sah, welche in Artikel IX den Kaiser verpflichtete, nicht zu gestatten, daß der goldenen Bulle, dem

---

Hülf angelangt würden, daß alsdann ermeldter Kron Frankreich und dero Bundsverwandten solche Assistenz zu leisten und demselben Kurfürsten, Fürsten und Stand deren vermög habenden und im Instrumento pacis bestätigten juris foederis sich zu gebrauchen unbenommen und unschädlich sein soll. A. a. O. Vgl. Heide a. a. O.

[1] Sein Trachten nach der polnischen Königskrone. Vgl. Basnage, Annales des Provinces-Unies, I. 539, eine Stelle, auf die mich Herr Dr. Krebs aufmerksam zu machen die Güte hatte.

Friedensschlusse und den Reichssatzungen zuwider einige Mediatunterthanen mit auswärtigen Potentaten und Republiken oder anderwärtigen Reichsständen oder deren Landständen und Unterthanen einige Konföderation, Protektion, Mediation und Garantie, unter welchem Vorwande oder Anschein es auch sei, eingehen oder aufrichten mögen.[1] Und Brandenburg? War es doch ja eben diejenige Macht, welche einerseits schon längst mit Oesterreich gegen Schweden verbündet war und andrerseits gerade durch seine einschneidenden Zusätze den Werth der Kapitulation für Frankreich vermindert hatte. Hierdurch war eine Vereinigung Brandenburgs mit diesen beiden Kronen in einem dem Hause Oesterreich Schach bietenden Bunde zur Unmöglichkeit geworden. Auf diese Weise ergab sich die Gruppirung der Mächte, welche seither um den Rheinbund unterhandelt, aus ihrer Stellung zur Wahlkapitulation, und ist also der Abschluß der Rheinbündler mit Frankreich sowohl als unter sich ein wesentlicher Akt des Wahldrama's und nur im Zusammenhang mit diesem zu verstehen. Gekennzeichnet wird diese Thatsache schon dadurch, daß die Entscheidung in der Allianzsache mit der Kaiserwahl zugleich fiel, wenigstens was das Verhältniß zu Frankreich anbetrifft.

Am 11. Juli war Sitzung in der Allianzangelegenheit. Neben dem schwedischen Nebenreceß stand nochmals der französische Bundesvertrag zu endgültiger Fassung auf der Tagesordnung. Alle Beziehungen auf die Wahlkapitulation waren richtig getilgt ebenso wie die Bestimmung über Ablösung der Truppenstellung durch Geld. Auch der Schlußsatz war verändert und darin nur die Rede von der dem Reiche und Kaiser schuldigen Treue ganz im allgemeinen und keine Bezugnahme auf den dem Kaiser zu leistenden besonderen Treueid.

Man war völlig einig. In Abwesenheit der Gesandten Schwedens und Brandenburgs und unter Stillschweigen derer Triers und Münsters wurde die letzte Lesung des französischen Recesses zu Ende geführt. Der Bundesvertrag mit Frankreich bedurfte nur mehr der Vollziehung.[2]

Gramont und Lionne konnten also, als auch sie wegen des nunmehr sich nahenden Wahlaktes die Stadt Frankfurt verlassen mußten, immerhin mit Genugthuung wenigstens über diesen Erfolg scheiden. Sie begaben sich, was die Sachlage recht kennzeichnete, nach Mainz. Am 18. Juli ist dann König Leopold, nachdem er am 15. die Kapitulation angenommen, zum deutschen Kaiser gewählt worden.

---

[1] A. a. O.

[2] Bericht Otto's vom 3. (13.) Juli. — Hannover.

35.

Der Schluß.

So war also der lebhafte Wunsch des Kurfürsten von Mainz, noch vor der Wahl die Allianz fertig zu sehen, doch nicht in Erfüllung gegangen. Mit den Franzosen freilich war man so gut wie einig, dafür aber noch lange nicht mit den Schweden. Die Kaiserwahl selbst veränderte zudem die Sachlage in merklicher Weise. Das Haus Oesterreich, gegen welches die Allianz ihre Spitze richtete, hatte jetzt einen ganz anderen Rückhalt, seitdem König Leopold durch so viele Gegenströmungen hindurch die höchste weltliche Würde der Christenheit erlangt hatte. Trotz der harten Kapitulation war der junge Kaiser doch immerhin aus dem langen Hader als Sieger über so mächtige Widersacher hervorgegangen. Durch den drohenden Abfall Brandenburgs, Triers und Münsters vom Allianzwerke erlitt dieses beträchtlichen Abbruch. Wahrlich, es wurde hohe Zeit, die Uebrigen zusammenzuhalten und dem lange betriebenen Werke einen endlichen Abschluß zu geben.[1] Eine Pflicht der Vaterlandsliebe wäre es für die deutschen Fürsten freilich gewesen, nunmehr aller Verbindung mit den Gegnern des Reichsoberhauptes, Frankreich und Schweden, zu entsagen, zumal im Besitze der durch die Kapitulation beschworenen Zusage des Kaisers, daß er des Reiches Kräfte für seine Hausinteressen nicht mehr in Anspruch nehmen wolle. Aber das war ja eben das unselige Geschick, daß das Mißtrauen gegen das Haus Oesterreich nicht auszurotten war, daß man einfach nicht glaubte und glauben konnte, daß der Kaiser die Kapitulationsbedingungen redlich und treu erfüllen würde. Zudem hatte man sich bereits zu tief mit den beiden mächtigen Kronen eingelassen, um unbesorgt mit ihnen nun auf einmal brechen zu können.

Eine neue Schwierigkeit erhob sich für die Allianzpläne des Mainzers aus dem durch die Kapitulation geschaffenen Verhältniß der Fürstenpartei zum Kurfürstenkollegium. Die Kurfürsten konnten mit der Kapitulation, die doch in der Hauptsache auch ihr Werk allein war, wohl zufrieden sein. Ihre Würde und Präeminenz ward ihnen auf's neue verbürgt, und dank einer Reihe für sie noch besonders günstiger Bestimmungen

[1] Heyland schreibt am 10. (20.) Juli unmittelbar nach dem Wahlergebniß an Herzog Augustus zu Wolfenbüttel: Unsere Allianzsache als noch nicht geschlossen schwebt jetzt in höchster Gefahr und fangen Austriaci bereits an, Einen und Andern zu dehortiren. — Hannover.

gingen sie strahlend an Macht und Ansehen aus dem Wahlkampfe hervor. Viel weniger Anlaß zur Zufriedenheit indessen war für die Fürstenpartei vorhanden. Nicht nur, daß ihre vielfachen Wünsche, welche sich namentlich in dem Gegensatze zu den Vorrechten des Kurfürstenkollegs bewegten, in der Kapitulatiou keine Berücksichtigung erfahren hatten; man hatte sogar einen von den Schweden eingefädelten und von Mainz, Köln und Pfalz, den Freunden Frankreichs unterstützten Antrag der fürstlichen und ständischen Gesandten, aufgrund des Friedensinstrumentes ihre Stimmen bei Abfassung der Kapitulation und namentlich bei den Bestimmungen über des Reiches Sicherheit anzuhören, durch eine von Brandenburg gestellte Falle fast schimpflich vereitelt.[1] Man empfand auf dieser Seite mit besonderem Mißbehagen, daß in der Kapitulation das Recht über Krieg und Frieden allein für den Kaiser und die Kurfürsten vorbehalten, die Rechtsprechung über Leben, Würde und Vermögen der Fürsten und Stände den Kurfürsten allein zuerkannt worden. Dieses wurde als ein Ausfluß unleidlichen Hochmuthes der Kurfürsten laut geahndet, auf evangelischer wie katholischer Seite. Die Gesandten von Münster[2] und Neuburg riethen zu einer Absonderung von den Kurfürsten überhaupt; es schwebte ihnen der Plan eines Fürstenvereins vor auf der Grundlage der bereits entworfenen Artikel der rheinischen Allianz. Statt Mainz könne man, so meinten sie, Württemberg, statt Trier Darmstadt und Paderborn aufnehmen. Köln würde man vielleicht wegen Hildesheim und Westphalen nicht missen können. Doch ging dies selbst den Braunschweigern und Hessen zu weit. Bei Trier, bemerkte Heyland, werde ohnedies nichts zu erhalten sein. Aber bei Mainz und Köln müsse man schon bleiben, um ihnen keinen Anlaß zu geben, aus Desperation gleichsam die österreichische Partei zu ergreifen.[3] Boineburg und Fürstenberg erklärten freilich auch mit treuherzigen Mienen, daß ihre Herren in diesen Kapitulationsfragen zu ihrem Bedauern überstimmt worden wären, wofür sie jedoch bei jeder Gelegenheit und vornehmlich auf dem bevorstehenden Reichstage den Fürstenstand in seinen Forderungen getreulich und nachdrücklich unter-

---

[1] Vgl. Droysen III 2, 298.

[2] Die Unzufriedenheit Münsters über die Kapitulation nimmt Wunder. Das Gebahren Schmising's entsprang wohl seiner Verlegenheit, in welcher er jeden Anlaß zur Verzögerung eines Abschlusses der Allianz mit Lebhaftigkeit ergriff. In seinen Berichten verlautet auch nichts über diesen Vorschlag. Auch Hessen-Darmstadt arbeitete auf einen solchen Fürstenbund im Gegensatz zu den Kurfürsten hin. Zu Schwalbach wurde in Gegenwart des Landgrafen Georg darüber offen verhandelt. Bericht Otto's vom 31. Juli (10 Aug.). — Hannover.

[3] Alles nach dem oben angezogenen Berichte Heylands.

stützen würden.[1] Man ließ sich beschwichtigen und blieb dem Allianzwerke treu, trotz aller nach dem Wahlergebniß mit erneuter Kraft erwachenden Gegeneinwirkungen der Oesterreicher, welche nunmehr auch die Gesandten der Evangelischen ihren Unwillen über ihre Theilnahme an den Allianzverhandlungen spüren ließen. Graf Kurtz ließ am 31. Juli Heyland zu sich berufen, nur um ihm mitzutheilen, daß der Kaiser mit dieser Allianz höchst unzufrieden sei und von dem Beitritte dringend abrathe. Als besonders schimpflich hatte es die Hofpartei empfunden, daß man unter den Augen des Königs über dieses Werk verhandelte. Es ging das Gerücht, daß vom Kaiser an die diesen Verhandlungen obliegenden Mächte demnächst ein Inhibitorium ergehen werde.[2] Die kasseler Gesandten wurden vom Kaiser Leopold durch eine höchst ungnädige Behandlung eingeschüchtert, als sie in der üblichen Audienz ihre Kreditive überreichten. Die Braunschweiger ließ man lange Zeit warten, ehe sie überhaupt zu dieser Audienz zugelassen wurden: doch lief dieselbe dann wider Vermuthen noch ziemlich glimpflich ab.[3]

Mainz und Köln trieben schon deshalb unaufhörlich zum Abschluß, zweifellos im Auftrage der Franzosen, welche nach den geringen Erfolgen mit der Kapitulation nur noch in der Allianz ihre Genugthuung suchten und reichliche Geldspenden zu diesem Zwecke nicht sparten.[4]

Die einzige wesentliche Schwierigkeit bestand jetzt in der Ordnung des Verhältnisses zu Schweden und der Schaffung einer Möglichkeit für Brandenburg zur Annahme der Allianz mit und trotz diesem. Die von Kur-Köln kurz vor dem Aufbruche der Schweden aus Frankfurt vorgeschlagene Fassung, durch welche man die polnischen Bundesverwandten von der den Schweden zu gewährenden Hülfe ausnahm, hatte diese Möglichkeit anzubahnen gesucht. Aber war sie nicht, da sie der Schweden bisherige Forderungen geradezu auf den Kopf stellte, für diese unannehmbar? Björnklou und Snoilsky hatten vor ihrer Abreise gewiß nicht unterlassen, dies zu erklären. Betheuerten sie doch auch jetzt nach ihrer Rückkehr von Friedberg, daß von ihrem Beitritte neben und mit Brandenburg überhaupt unter keinerlei Umständen mehr die Rede sein könne. Da gab Boineburg und Fürstenberg ihr erfindungsreicher

[1] Bericht Otto's vom 20. (30.) Juli. Am 31. Juli (10. Aug.) nennt er freilich in einem Rückfall der Stimmung die Entschuldigungen der Beiden läppisch.

[2] Bericht Otto's vom 24. Juli (3. August). — Hannover.

[3] Bericht Otto's vom 27. Juli (6. August). — Hannover.

[4] Jetzt erst gingen, was diesen Punkt anbelangt, den Braunschweigern die Augen auf. „Und will verlauten, daß sie (die Franzosen) zu deren (der Allianz) Beförderung die mainzischen und kölnischen Minister nicht ohne sonderbaren Rekompens gewonnen haben." Otto am 31. Juli (10. August). — Hannover.

Sinn einen eigenthümlichen Plan ein. Sie hielten für möglich, über alle Schwierigkeiten hinwegzukommen, wenn man zwei verschiedene Fassungen des Hauptvertrages aufstelle und in der einen, für Schweden bestimmten, den Namen des Kurfürsten von Brandenburg und die pommerschen Lande Schwedens und Brandenburgs ganz weglasse und die Aufnahme Schwedens für die Dauer des jetzigen polnischen Krieges nur auf Bremen, Verden und Wismar beschränke, in der andern aber Schweden und Neuburg, welches nunmehr gleichfalls offen erklärte, neben Brandenburg nicht mit unterzeichnen zu wollen, übergehe und Brandenburg wegen Minden und Halberstadt, auch wohl Cleve unter Ansetzung eines verhältnißmäßigen Kontingentes mit aufnehme. Hierdurch hoffte man die Kreise Niedersachsen und Westphalen zu „salviren" und zu „neutralisiren".

Heyland rieth den Vätern dieses Gedankens, die Rechnung doch ja nicht ohne den Wirth zu machen, worauf Boineburg und Fürstenberg den Schweden Björnklou aufsuchten. Heyland folgte ihnen auf dem Fuße nach. Björnklou und Snoilsky erhoben wegen des ersteren Vorschlages keine besonderen Schwierigkeiten, lehnten jedoch jedes Eingehen auf den andren ab und weigerten sich entschieden, mit Brandenburg überhaupt weiter zu verhandeln. Zunächst aber wurde ihnen noch bemerkt: wenn sie darein nicht willigen könnten, so würde man sich es doch nicht wehren lassen, mit Brandenburg nach Gutdünken zu unterhandeln. Verdutzt hielten die Schweden mit weiteren Einwendungen zurück. Dem Hessen Dörnberg machten Boineburg und Fürstenberg sofort persönlich Mittheilung von diesem Vorgange. Er wie die Vertreter von Münster und Neuburg ließen sich den ganzen Plan wohl gefallen. Auch Braunschweig, augenblicklich nur durch Heyland vertreten — Otto war in Schwalbach, Witte in Speyer —, war nicht abgeneigt.[1] Wunderbar war nur, daß weder Boineburg noch Fürstenberg den brandenburgischen Gesandten von diesem Projekte unterrichteten. Doch hörte Canstein davon und äußerte zu den Braunschweigern, daß er dafür halte, der Kurfürst werde schließlich in diese Neutralität willigen, wozu er auch allen Fleiß anwenden wolle.[2]

Die Schweden, so sehr ihnen auch von allen Seiten zugesprochen wurde, blieben fest auf ihrer Erklärung bestehen, daß sie von einer Mitaufnahme Brandenburgs und somit auch von einem solchen Neutralisirungsplane ganz und gar nichts wissen wollten. Ganz spitz gaben

---

[1] Bericht Heyland's vom 10. (20.) Juli. — Hannover. Otto und Witte stimmten übrigens auch bei, vgl. den Bericht des letzteren b. Köcher S. 259 Anm. 4.

[2] Bericht Otto's vom 20. (30.) Juli. — Hannover.

sie zu vernehmen, daß man sich wundern müsse, wie man sich doch so sorgsam für Brandenburg erweise, ohne daß der Kurfürst Verlangen danach trage.[1] In seiner Verlegenheit berief der Kurfürst von Mainz den Grafen Fürstenberg und den Domkustos Schmising, um mit ihnen zu Rathe zu gehen. Hier wurde der Beschluß gefaßt, bei den Braunschweigern — die Hessen werden zuweilen nicht genannt, sie standen in Aller Achtung eine Schattirung tiefer, weil sie sich selbst ziemlich theilnahmlos zeigten und selten mit Weisungen versehen waren — anzufragen, ob sie vereint mit den Invitanten vorläufig ohne Schweden den Bund vollziehen wollten, da Niemandem daran gelegen sei und es dem Endzwecke des Bundes widerspreche, sich in diese Kriege zu mischen.[2]

Die Braunschweiger hatten seit längerer Zeit, zumal sie den Eindruck gewonnen zu haben glaubten, daß Frankreich keinen großen Werth mehr auf den Beitritt der Schweden setzte, einen solchen Fall schon in's Auge gefaßt und bei ihren Regierungen daheim um Verhaltungsmaßregeln gebeten. Auf einer Gesamthauskonferenz zu Peine war über diese Frage Rath gehalten worden und die Ansicht durchgedrungen, daß man auf jeden Fall mit Frankreich, wenn möglich auch mit Schweden, wenn nicht auch ohne dieses schließen wolle. Wenigstens wären die Schweden nicht mehr um Einwilligung zu ersuchen, ob man ohne sie mit beitreten dürfe; man könne ihnen ja offenen Platz vorbehalten; um den Nebenreceß sei nicht weiter zu streiten.[3] Deshalb erhielten auch die im Lager des Königs Karl Gustav weilenden Gesandten des Hauses die Weisung, die Allianz bei Jenem weiter nicht als mit allgemeinen Redensarten und gelegentlich zu betreiben, der bisherigen Nebenrecesse aber und andrer desfalls zu Frankfurt vorgekommenen Erörterungen keine Erwähnung zu thun, auch ferner nicht mehr hinzuhorchen, ob dem König oder seinen Ministern beliebe oder nicht, daß das Haus Braunschweig ohne Schweden und Brandenburg, mit oder ohne Frankreich neben den übrigen Ständen die Allianz schließen möge, da die Nothdurft zur Zeit erfordere, sich nach keiner Seite hin die Hände zu binden.[4] Und den Gesandten des Hauses in Frankfurt wurde zugeschrieben: Es sei dahinzustellen, welche Ursachen Frankreich habe, dem Andeuten nach sich von Schweden abzusondern,[5] und ob nicht die Kurfürsten am

---

[1] Bericht Otto's vom 20. (30.) Juli. — Hannover.

[2] Bericht Schmising's vom 28. Juli. — Münster.

[3] Protokoll der Hauskonferenz zu Peine vom 13. (23.) Juli. — Hannover.

[4] Instruktion vom 12. (22.) Juli. — Hannover.

[5] Zwischen Frankreich und Schweden war allerdings eine Spannung bemerkbar infolge von Eifersucht des letzteren wegen des verhältnißmäßig so günstigen Ausfalles der Wahlkapitulation für ersteres, bei welchem jenes auch wenig Unterstützung seiner

Rheine, da sie nunmehr bei Frankreich ihre Sicherheit erlangt zu haben meinen, sich um die Aufnahme der Schweden wenig bekümmern und die Bedingungen des Nebenrecesses eben darum so erschweren, damit Schweden ausgeschlossen bleibe. Trotz alledem halte man noch immer dafür, es werde Frankreich sein Absehen auf Schweden so leicht nicht fallen lassen und noch weniger glauben können, daß seine Sicherheit bei etlichen wenigen Katholischen bestehe, deren Nachfolger es keineswegs gewiß sei. Wenn das Gleichgewicht im Reiche erhalten, die Macht der Stände in Eines Hände nicht gerathen und wider Frankreich nicht verwandt werden solle, werde letzteres seine Anlehnung bei den Evangelischen suchen müssen. Frankreich müsse auf allen Fall, selbst ohne Schweden, die Allianz mit vollziehen. Doch hätten sich auch bei letzterer Macht die Gesandten um ihren Beitritt zu bemühen, aber ja nicht bittweise. Sobald aber Frankreich sich zur Vollziehung der Allianz bequeme, hätten es die Gesandten, aber nur mit Hessen und den Andren zugleich ebenfalls zu thun und den Schweden nur Mittheilung zu machen und mit gutem Glimpf eine Entschuldigung dabei anzubringen.[1] Von Brandenburg ist gar keine Rede mehr; sein Rücktritt wurde als selbstverständlich angenommen. Auf einer weiteren Hauskonferenz in Braunschweig fiel der endgültige Beschluß, „wegen Brandenburg sich nicht länger aufzuhalten".[2] Das Neutralisirungsprojekt fand beim Hause Braunschweig geringen Beifall. Eine neue Gesamtinstruktion an die Gesandten in Frankfurt verwarf diesen Gedanken als unthunlich. Man werde dadurch ja gleich von vornherein in zwei Kriege verwickelt. Wenn der Kampf zwischen Schweden und Brandenburg, wie stündlich zu besorgen, losbreche und dann beispielsweise schwedische Truppen etwa über die im Neubau begriffene Allerbrücke bei Verden in's Mindensche gehen sollten, werde man dieses gegen sie vertheidigen müssen, und wenn Brandenburg oder dessen Verbündete sich etwa zur selbigen Zeit Wismar näherten oder Bremen-Verden angriffen, so würde man Schweden beispringen müssen. Es sei zu besorgen, daß der Vorschlag zur Verhinderung des ganzen Werkes ersonnen sei. Deshalb hätten sich also die Gesandten nochmals zu bemühen, daß die schwedisch-brandenburgischen Irrungen gänzlich

---

Wünsche gefunden zu haben vorgab. Vgl. auch die dunklen Andeutungen bei Chéruel III S. 122/3 über die Absichten Karl Gustav's, Frankreich geradezu in einen Krieg gegen Oesterreich mit fortzureißen, die ablehnende Haltung Mazarin's und dadurch verursachte Verstimmung Schwedens.

[1] Instruktion vom 14. (24.) Juli mit der Bemerkung: Ist nomine Serenissimi (Kalenberg) in originali den 23. Juli (2. Aug.) an Otto Otto abgeschickt. — Hannover.

[2] Protokoll der Hauskonferenz zu Braunschweig vom 19. (29.) Juli. — Hannover.

ausgenommen und die schwedischen Minister hierzu bewogen würden; wenn es aber nicht zu erlangen, so sei zwar die wegen Schweden vorgeschlagene Fassung zu vollziehen, die wegen Brandenburg aber, wenn auch nicht gänzlich zu verwerfen, so doch zur Zeit noch mit gutem Glimpf zur Seite zu stellen. Sollten Köln und Mainz sich auf die Vollziehung beider Entwürfe steifen, so sei ihnen die Nothwendigkeit schleunigen Schlusses der Allianz vorzustellen und eiligst zu berichten. Sobald Frankreich sich zum Abschlusse verstehen werde, sollten sie dasselbe thun, ohne auf die Schweden zu warten.[1]

Inzwischen hatte die Abwesenheit zweier Gesandten vom Hause Braunschweig in Frankfurt Aufsehen erregt; namentlich hatten auch die Franzosen, welche sich noch immer in Mainz aufhielten, jedoch von allem durch die mainzer und kölner Staatsmänner unterrichtet wurden, den Verdacht geschöpft, als wenn die Herzöge von Braunschweig nach nunmehr erfolgter Kaiserwahl den Bund für überflüssig erachteten und dessen Abschlusse aus dem Wege zu gehen wünschten. Graf Wilhelm Fürstenberg kam eigens, um dies dem Hannoveraner Otto zu hinterbringen und so einen Druck auf Beschleunigung auszuüben, am 28. Juli nach Schwalbach. Dies machte Eindruck auf Otto, welcher noch am gleichen Tage nach Mainz eilte und am nächsten Morgen früh 5 Uhr bei Lionne und um 6 bei Gramont aufwartete. Es gelang ihm, ihnen allen Argwohn zu benehmen. Sie erklärten sich befriedigt und betonten, wie nothwendig es jetzt sei, die Allianz noch vor der Kaiserkrönung zu vollziehen. Eben, berichteten sie, ständen sie im Begriffe, nach Höchst zu fahren, wo sie mit Boineburg und Wilhelm Fürstenberg des Schlusses halber berathen wollten. Ob er nicht mitgehen wolle? Otto sagte zu. Er hatte aus dieser Unterredung den Eindruck gewonnen, daß die Franzosen zwar ohne Schweden, nicht aber ohne Braunschweig und andere evangelische Fürsten schließen würden. Außerdem hatten sie versichert, daß sie in Deutschland nichts mehr zu thun hätten, als die Allianz abzuwarten, nach deren Schlusse sie zurückkehren und beobachten würden, wie die Oesterreicher der Satisfaktion, welche sie Frankreich gegeben, nachleben würden.

Zu Höchst traf man Boineburg, die beiden Grafen Fürstenberg, Snoilsky[3] und Heyland. Die Deutschen beriethen zunächst unter einander

[1] Gesamtinstruktion vom 19. (29.) Juli. — Hannover. Köcher S. 260/61.

[2] Säve S. 110 erwähnt eine andere Konferenz zu Höchst, welche vermuthlich am 12. (22.) Juli (Snoilsky's Bericht vom 13. [23.] Juli) stattgefunden hat. Säve macht sich gerade bei der Behandlung der Neutralisirungsfrage, wo man bei ihm näheren Aufschluß erwartet, die Sache sehr leicht. So ist auch wohl seine Nachricht, daß von Snoilsky die Schlußverhandlungen in Mainz geführt worden sind, eine irrthümliche.

abgesondert im Schloßgarten, drinnen in den Gemächern die Franzosen mit dem Schweden. Boineburg suchte nochmals in längerem Vortrage zu beweisen, wie nothwendig ein Abschluß der Verträge sei. Die Schweden hätten sich ihrer Forderung auf Vertheidigung Pommerns begeben und beständen nur noch auf derjenigen Bremens und Verdens. Man wünsche noch immer, diese beiden Provinzen gegen die brandenburgischen Minden und Halberstadt in Neutralität zu setzen. Eben bearbeiteten drinnen die französischen Gesandten Snoilsky, um ihn zu überreden, daß er diesen Vorschlag unter Vorbehalt der Genehmhaltung des Königs annehme. Man wolle nunmehr wissen, ob Braunschweig die beiden Bundesverträge auch ohne Schweden alsbald mit vollziehen wolle. Heyland zeigte die ihn hierzu ermächtigende Instruktion (vom 14. (24.) Juli) vor. Otto, in dessen Hand dieselbe noch nicht war, ergriff diesen Vorwand, um vorläufig eine verbindliche Erklärung noch einmal abzulehnen. Er bemerkte dabei auch, daß es doch mit dieser Neutralisirung mißlich zu stehen scheine. Die Franzosen selbst hätten ihm ja in Mainz zugestehen müssen, daß der König von Schweden dieses Projekt schwerlich annehmen werde. Ebensowenig wisse man, ob dies der Kurfürst von Brandenburg thun werde. Auch Kassels Stellung zu dieser Frage sei zweifelhaft. Boineburg und die Fürstenberg, welche zu bemerken glaubten, daß Otto's Zurückhaltung hauptsächlich ein Ausfluß seiner Verstimmung über die geringen Erfolge der Fürstenpartei in der Wahlkapitulation war, flossen über von Zusicherungen aller möglichen Anstrengungen für den Herzog in Fällen der Noth wie zur Wahrung aller Rechte und Freiheiten des Fürstenstandes. Heyland fügte noch hinzu, daß er erst heute früh noch von den Kasselern Vertröstungen entgegengenommen hätte, daß der Landgraf, wenn Schweden weitere Schwierigkeiten mache, auch ohne dieses zur Vollziehung der Allianz entschlossen sei, doch vorbehaltlich späterer Zulassung dieser Krone. Allerdings hätten sie zugeben müssen, daß sie ausdrücklichen Befehl hierüber noch nicht in Händen hätten: doch erwarteten sie dieselben in allernächster Zeit. Nach den Freuden der Tafel trat man in Verhandlung mit den Franzosen; Snoilsky hatte sich unterdessen nach Frankfurt zurückbegeben. Boineburg verlangte auch hier wieder eine endgültige Erklärung von den Braunschweigern. Heyland bezog sich nochmals auf die Instruktion, womit man sich zufrieden gab, während Otto seine Verlautbarungen vom Vormittage wiederholte und hinzufügte, daß man doch erst den Hauptreceß und dann erst den Vertrag mit Frankreich vollziehen müsse. Damit waren die Franzosen einverstanden, sie faßten diese Erklärung als Zusage auf. Hierauf wurde man einig, den Hauptreceß dahin abzuändern, daß man Pommern auslasse, Brandenburg als Vertragschließenden nicht

mit aufführe, Schweden aber nenne, und unterdessen näheren Bescheid des Königs Carl Gustav abzuwarten. Auch beschloß man, wegen der Neutralisirung noch baldigst mit den kur-brandenburgischen Gesandten in Unterhandlung zu treten.[1]

Am nächsten Tage, dem 30. Juli wurde allen Betheiligten mit Ausnahme der Schweden und Brandenburger zur Sitzung angesagt. Alle erschienen bis auf den Neuburger, welcher von seinem Herrn auf kurze Zeit abberufen worden war.[2] Mehl eröffnete die nach längerer Pause wieder aufgenommenen Verhandlungen mit einer Uebersicht über die Sachlage. Er erklärte fast alle Schwierigkeiten für beseitigt bis auf die Regelung des Verhältnisses zu Schweden und Brandenburg, welcher Mangel jedoch dem Hauptwerke keine Verzögerung bereiten könnte: denn, sagte er, bekanntlich erhofft man binnen kurzem eine willfährige Erklärung auf das Neutralisirungsprojekt. Eine Verwickelung in Krieg wäre nicht zu besorgen. Damit man aus dem polnischen Kriege gehalten würde, hätte man die pommerschen Lande ausgenommen. Hohe Zeit wäre es, endlich zum Schlusse zu kommen, zumal der Eine oder der Andere nun auch endlich abreisen müßte. Ob man nicht jetzt gleich unterschreiben wolle? Der Kurfürst, sein Herr wäre dazu erbötig. Wer zur Zeit nicht wolle, dem könne ja offene Thüre gelassen werden.

Hierauf erhob sich der Vertreter des Kurfürsten von Trier und rügte, daß er erst um 11 Uhr zu dieser Sitzung berufen worden, wo der Kurfürst anderwärts beschäftigt und demnach keine Zeit mehr gewesen sei, sich bei ihm Befehls zu erholen. Er müsse daher eine Erklärung auf die Proposition ablehnen und bitte um Geduld. Fürstenberg ahndete diese Ausflucht. Es sei heute nichts anderes proponirt worden als neulich und hätte Trier deshalb sehr wohl mit seinem Entschlusse gefaßt sein können. Metternich entgegnete, daß er getreulich berichtet, vom Kurfürsten aber noch keinen Bescheid erhalten habe; er stelle den Nachstimmenden anheim, ihre Stimme abzugeben. Der kölnische Gesandte betheuerte hierauf für seinen Theil, daß Kurfürst Maximilian

[1] Den ganzen Vorgang nach dem Berichte Otto's vom 20. (30.) Juli. — Hannover. Witte war in Höchst, obwohl von Speyer wieder nach Frankfurt zurückgekehrt, deshalb nicht erschienen, weil auch er noch keine Weisung von seinem Herzog erhalten hatte und alle Erklärungen vermeiden wollte. Eine besondere Weisung der celleschen Regierung vom 22. Juli (1. August) empfahl ihm, zu versuchen, ob nicht auch die Altmark mit zu neutralisiren wäre. Die Regierung in Hannover wies Otto an, diesen Vorschlag zu unterstützen, am 24. Juli (3. August). — Hannover.

[2] Am 28. Juli. Gise hinterließ die Erklärung, „daß, wenn Alle excepto Brandenburg diese Allianz unterschreiben, er damit den Receß approbire“. Bericht Schmising's vom 28. Juli. — Münster.

Heinrich ein schleuniges, gedeihliches Ende sehnlich wünsche: denn die Allianz sei das einzige Mittel, wodurch man sich bei dem seinigen erhalten könne. Solange indessen Trier zurückhalte, müsse man es gleichfalls thun. Bei der nächsten, baldigst zu berufenden Zusammenkunft erwarte man mit Bestimmtheit von jenem eine endliche Erklärung. Schmising, froh, sich an diesen Aufhalt klammern zu können, bemerkte, daß man ihm nach dem Vorgange der Vorredner nicht verdenken könne, wenn auch er einhalte. Sonst sei er sehr wohl erbötig, aufgrund seiner Weisungen sich hören zu lassen.[1] Gleichermaßen lauteten die Erklärungen der übrigen Anwesenden und man ging unverrichteter Dinge, doch mit dem Beschlusse auseinander, am nächsten Nachmittage sich wieder zu versammeln, wobei ein Jeder sich mit seiner kategorischen Resolution gefaßt halten solle.[2]

Mehl eröffnete an diesem 31. Juli die Sitzung mit dem Hinweise, daß Gefahr im Verzuge sei und ganz besonders Frankreich inständig auf endliche Abhandlung und den Schluß, selbst ohne Schweden, dringe. Vorher aber müsse der Hauptreceß fertig vorliegen. Daran knüpfte er dann die Frage, ob man zu der Vollziehung dieses Hauptrecesses bereit sei, während inzwischen die schwedischen Gesandten die Entscheidung ihres Königs auf das bekannte Neutralisirungsprojekt erwarteten und man ihnen, weil sie ja einmal ihre Vollmacht übergeben, den Beitritt bis zum Eintreffen solcher oder anderweitiger zureichenden Erklärung offen lasse. Brandenburg aber könne man nunmehr ganz draußen lassen, weil seine

[1] An den Bischof aber schrieb Schmising tags darauf: Ich werde mich aus Mangel der Instruktion passiv halten müssen; ob es aber E. H. G. und dem Stift wohl bekommen wird, lasse ich Gott befohlen sein, und wäre es besser, rund heraus Nein zu sagen, als die Andern mit zweifelhaften Resolutionen lange hinzuhalten. Am 21. Juli hatte er geschrieben: E. H. G. können ermessen, wie bekümmert ich in meiner Rathlosigkeit dastehe. Gott verzeihe Denen, die E. H. G. so distrahiren und so viel wankelmüthige Gedanken verursachen, und verhüte einen traurigen Ausgang! Und am 24., als immer noch kein Bescheid eingetroffen: Er wisse sich keinen Rath mehr. Die Oesterreicher meinten es gewiß nicht aufrichtig, es werde von ihnen „nur dominatus und Anmuthung der Kontribution zu erwarten sein". Wenn der Bischof jetzt nicht mitschließe, werde er ewig aus der Allianz gehalten werden und auch der früheren nicht genießen. Am 31.: Er arbeite stark darauf hin, daß nur mit Braunschweig und Hessen geschlossen werde, worin ihm der Kurfürst von Mainz helfe; es sei aber hierbei die Schwierigkeit, daß Mainz und Köln ohne Frankreich und so auch folglich die Andern nicht schließen wollten. Er erlaubte sich dabei das Urtheil, daß er seinerseits bei der französischen Allianz so große Bedenken nicht habe, und es wäre doch ein großer Vortheil, Frankreich stillschweigend von Schweden zu separiren, namentlich für die katholische Welt, zumal da zur Zeit Beide nicht recht harmonirten. — Münster.

[2] Protokoll vom 30. Juli. — Münster.

Vertreter die ganze lange Zeit dieser Verhandlungen über weder Vollmacht vorgezeigt noch jemals in verbindlicher Form gestimmt, sondern alles nur zum Bericht genommen, also zur Sache nichts gethan noch auf vielfältiges Erinnern hätten thun wollen und weil Schweden schließlich auch neben Brandenburg bei jetzigen Umständen nicht im Bunde stehen könnte, letzteres es auch selbst sonderlich nicht mehr begehrte.[1]

Nun endlich ermannte sich der Vertreter des Kurfürsten von Trier zu einer längeren Ausführung: Allezeit hätte er von dem, was in den Verhandlungen vorgekommen, berichtet und sein Herr hätte auch seinerseits nicht ermangelt, alles in reifliche Erwägung zu ziehen. Auf ihrer Seite läge nicht die Schuld, daß man nicht zum Schlusse gelangen könnte. Nun erinnere sich der Kurfürst, was man in vergangenen Jahren und dann bei der Einladung der Häuser Braunschweig und Kassel und bei Ablegung des Beschlusses vom 22. Januar für eine Absicht gehabt, und daß man als unerläßliche Bedingung gestellt habe, daß man sich weder direkt noch indirekt in einen Krieg vertiefen, auch nicht mit denen, welche bereits in wirklichem Kriege begriffen oder ehestens hineingerathen möchten, verbinden wollte, weshalb damals ausdrücklich der polnische Krieg ausgenommen worden wäre. Jetzt erfahre man aber, daß Schweden und Brandenburg sich anschickten, mit einander zu brechen, vielleicht schon gar gebrochen hätten, thatsächlich also dieser Allianz nicht theilhaftig werden könnten. Der Kurfürst vermöge also nicht zu erkennen, wie man die Gefahr vermeiden und sich aus dem Kriege halten könnte, wenn man mit ihnen jetzt schlösse. Er gebe ferner zu bedenken, ob die kriegführenden Theile, wie vorgeschlagen, innerhalb gewisser Grenzen sich setzen und vorschreiben lassen würden, wie weit sie ihre Feinde verfolgen sollten. Käme es zum Bruche im Reiche, würde man so oder so Beistand leisten müssen und in Krieg gerathen und dann Einen oder den Andern verletzen, woran eben dem Kurfürsten nicht gelegen sei, zumal was Brandenburg betreffe, mit welchem er im Kurfürstenvereine stehe. Doch sei es des Kurfürsten Meinung wiederum nicht, sich der Allianz zu entziehen, sondern er seinerseits bereit, sie allezeit mit schließen zu helfen, wofern die gefährliche Verwickelung verhütet und ein gutes Einverständniß zwischen Schweden und Brandenburg hergestellt werden könnte, auch willig, zu leisten, wozu der Friedensschluß, die Reichssatzungen und der Kurfürstenverein ihn verpflichte, außerdem auch erbötig, bis zum Schlusse der erweiterten Allianz auch die Be-

[1] Diese wichtige Erklärung ist weder in das münsterische noch in das kur-kölnische Protokoll, welche mir beide vorliegen, aufgenommen. Entnommen ist sie hier dem Berichte Otto's vom 24. Juli (3. August). — Hannover.

dingungen der alten rheinisch-westphälischen Liga, die man ja erst jüngst noch verlängert, zu erfüllen; zudem halte er dafür, daß, nachdem das römische Reich wiederum mit einem Oberhaupte versehen sei, die Ruhe und gemeine Sicherheit durch einmüthige Zusammensetzung des Hauptes und der Glieder nach Anleitung der Reichssatzungen und zumal der Exekutionsordnung hoffentlich würden befestigt und erhalten werden können.

So deutlich diese Erklärung für Oesterreich und Brandenburg sprach, so enthielt sie doch wiederum keine runde Antwort auf die Proposition, weshalb man dem Redner nochmals bis zur nächsten Sitzung Zeit zu einer solchen einräumte. Die kur-kölnische Stimme lautete sodann bündig dahin: Weil man hoffe, den aus dem offenen Zwiespalte zwischen Schweden und Brandenburg zu besorgenden Gefahren und der Vertiefung in diesen Krieg dadurch zu entgehen, daß man sich nicht schuldig erkläre, dem König von Schweden in Pommern beizustehen, und die schwedischen Provinzen Bremen und Verden ebensogut wie die brandenburgischen Minden und Halberstadt in Neutralität setze, hege der Kurfürst kein Bedenken, unter diesem Vorbehalt die Allianz zu vollziehen. Dem schwedischen Gesandten könne man andeuten, daß der König, wenn er in diese Ausnahme gewilligt, allezeit mit beitreten könnte, zu welchem Ende man ihm den Platz offen halten wollte. Münster beharrte auch seinerseits auf dem so oft anerkannten Grundsatze der Nichteinmischung in fremde Kriege und erbot sich, zu jeder Stunde mit Hessen-Kassel und Braunschweig zu schließen, mit Schweden und Brandenburg aber, weil sie nunmehr wirklich an einander gerathen, erst dann, wenn deren sämtliche Lande in den Kreisen Niedersachsen und Westphalen mit beider Theile Belieben neutralisirt wären. Als ihm darauf bedeutet wurde, daß Schweden auf eine Neutralisirung von ganz Westphalen nicht eingehen würde, ihm solches auch — wohl im Hinblicke auf die ansehnlichen Provinzen Brandenburgs in diesem Kreise — nicht zugemuthet werden könnte, bezog Schmising sich auf seine gerade dahin zielende Weisung, welcher zuwider er zur Stunde noch nicht stimmen könne: doch erbot er sich, näheren Befehl vom Bischof einzuholen, glücklich, dieses Mittel zu weiterem Aufschub gefunden zu haben.[1] Wegen Neuburg eröffnete sodann Schmising im Auftrage des abwesenden Gise, daß der Pfalzgraf den Receß mit vollziehen wolle, wenn alle Betheiligten mit alleiniger Ausnahme Brandenburgs dazu bereit wären. Denn Brandenburg müßte unbedingt aus dem Spiele gelassen werden. Sehr umständ-

[1] In seinem Protokolle erwähnt Schmising nichts Bestimmtes von diesem Vorschlage, den er mit ganz allgemein gehaltenen Redensarten umkleidet; auch das kölnische Protokoll läßt seine Erklärung nicht deutlich genug erkennen. Nur Otto gibt einen klaren Bericht.

lich lauteten die Ausführungen Heylands wegen Wolfenbüttel: Das Neutralisirungsprojekt sei das beste Mittel, sich aus fremden Kriegen zu halten. In diesem Sinne sei der Receß auszufertigen und dann zu unterzeichnen; Brandenburg könne man vorläufig daraus lassen und Pommern dürfe nicht genannt werden. Schweden aber müsse für Minden und Halberstadt ebensogut Neutralität zugestehen wie für Bremen und Verden. Wegfallen aber müsse nun auch der am Ende des Recesses zum Vortheile Brandenburgs eingerückte Vorbehalt des freien Beitrittes für den, welcher jetzt bald nicht mit schließe oder in vorgeschriebener Zeit seine Ratifikation nicht beibringe. Schweden verlange auch die Erwähnung der Garantie im Hauptrecesse gleichermaßen wie im französischen Vertrage. Wenn dann der Receß in dieser Form vorliege, müsse man mit den schwedischen Gesandten darüber in Berathung treten, damit sie wüßten, daß er nach ihrer Meinung sei. Dann müsse man ihnen auch einen Platz zur Unterschrift freilassen, bis des Königs Bescheid wegen der Neutralität erfolgt sei. Doch sei auch den brandenburgischen Gesandten zu eröffnen, daß die Nothdurft erfordert habe, diesen Verhandlungen einen Abschluß zu geben, da man nicht länger auf das Eintreffen ihrer Weisungen habe warten können; zwischen ihnen und den Schweden wäre es ja auch so weit gekommen, daß sie Beide neben einander in diesem Vertrage nicht wohl würden stehen können, weshalb man sie darausgelassen hätte; man würde aber nach Beseitigung der obwaltenden Spannung keine Schwierigkeiten erheben, wenn der Kurfürst beizutreten Lust zeigen sollte; inzwischen hätte man immerhin Fürsorge für ihn getragen und dahin getrachtet, daß seine Fürstenthümer Minden und Halberstadt neutralisirt würden, was man auch zu erlangen hoffe. Auch Witte von Celle erklärte sich bereit zur Vollziehung des Recesses, wenn alles so eingerichtet wäre, wie Wolfenbüttel es verlange. Unterdessen aber habe man sich vorzusehen, daß man nicht in den Krieg eingeflochten werde, den man auf alle Wege verhüten wolle. Otto wegen Kalenberg äußerte den Wunsch nach Beschleunigung des Schlusses im Hinblick auf die täglich sich mehrenden Gefahren. Nach Erfüllung der Forderungen Wolfenbüttels sei auch er bereit, zu unterfertigen. Seinem Herrn werde lieb sein, wenn Schweden erst nach Erklärung auf das Neutralisirungsprojekt beitrete. Demnach solle man erst den Receß unterzeichnen und dann den Schweden zur Kenntniß geben. Ferner gab er zu bedenken, daß auch Brandenburgs Einwilligung zur Neutralität nöthig sei. Man hätte diesem doch lieber von den guten Absichten der Verbündeten, von denen man jetzt Versicherungen abstatten wolle, vorher reden sollen; ihm sei es bekannt, daß das Neutralisirungsprojekt dem Kurfürsten gar wohl anstehen würde. Uebrigens betonten die drei

Braunschweiger noch ausdrücklich, daß sie nur dann unterzeichnen würden, wenn auch Kassel dazu bereit wäre. Dessen Erklärung aber war eine höchst lahme. Dörnberg gab zwar auch seinerseits dem Wunsche Ausdruck, daß die Sache zu Ende gebracht werden möchte, bevor Schweden und Brandenburg sich in die Haare geriethen; er müsse aber, setzte er hinzu, zumal beim Abweichen der Stimmen von Trier, Münster und Neuburg um Ausstand für seine Erklärung bitten, bis er auf die Frage wegen etwaiger Auslassung Schwedens vom Landgrafen Weisung habe.[1] Zum Schlusse eröffnete noch Mainz, daß der Kurfürst zum Vollzug unter den gleichen Bedingungen wie Wolfenbüttel bereit sei. Mehl theilte mit, daß der Receß am kommenden Freitag den anwesenden Gesandten zur Unterschrift vorgelegt werden würde. Wer bereit sei, könne dann unterzeichnen oder sich noch weiter bedenken.[2]

So hatte also die Mehrheit endlich offen Brandenburg preisgegeben, ohne daß vorher dessen Gesandten überhaupt amtliche Mittheilung von dem seine Interessen so merklich berührenden Neutralisirungsprojekte gemacht worden wäre. Auf Schwedens Beitritt dagegen rechnete man mit Bestimmtheit, wenn man auch einen vorläufigen Abschluß ohne dieses bis zum Eintreffen zureichender Erklärungen des Königs auf jenes Projekt in Aussicht nahm. Das Zünglein der Waage hatte sich zugunsten des Franzosenfreundes gesenkt, während der Verbündete des Kaisers zu leicht befunden ward.

Boineburg, Wilhelm Fürstenberg und die drei Vertreter Braunschweigs richteten am 2. August den Hauptreceß nach den in der letzten Sitzung angenommenen Verbesserungsvorschlägen ein: Brandenburg wurde gestrichen, jede Beziehung auf Pommern getilgt, ein Zusatz beigerückt, worin man Schwedens Zutritt von der Annahme der vorgeschlagenen Neutralität abhängig hinstellte, während man sich mündlich dahin verglich, im Falle einer Ablehnung Schwedens oder wenn es selbst kein andres sicheres Temperament anhandgeben könne oder wolle, dasselbe gleichfalls ganz mit herauszulassen. Auch wurde, vermuthlich infolge der Anfechtungen, welchen die braunschweigischen und kasselschen Gesandten bei den Kaiserlichen gerade in diesen Tagen ausgesetzt gewesen, eine Bestimmung zugefügt, wonach die Verfassung am allerwenigsten wider die Römische Kaiserliche Majestät und das heilige Reich angesehen sein

[1] Diese „widrige" Haltung der Hessen gab Otto zu der wiederholten Anfrage bei seinem Herrn Anlaß, ob etwa gegebenen Falles auch ohne Kassel geschlossen werden dürfte.

[2] Protokolle in Münster und Düsseldorf, letzteres von der Hand Aldenhoven's fast unlesbar; Bericht Otto's vom 24. Juli (3. August). — Hannover.

solle. Von einer Hinterlegung der Ratifikationen sah man schließlich ab und verfügte einfach den wechselseitigen Austausch derselben. [1]

Am 5. August kamen dieselben Herren wieder zusammen. Boineburg berichtete, daß die Franzosen heftig auf die Vollziehung des mit ihnen abgehandelten Vertrages drängten und gestern erst deshalb von Mainz einen besonderen Boten hergeschickt hätten. Auch andere Umstände, wie sie sich namentlich bei den Kaiserlichen gestalteten, erforderten nunmehr den Abschluß. Vorher aber müsse der Hauptreceß unterschrieben werden. Was solle man noch länger auf des Schwedenkönigs Entscheid warten? Es könnten ja zwei Recesse gefertigt werden, einer, worin Schweden ebenso wie Brandenburg ganz ausgelassen sei, der andre, worin seiner und der Neutralität gedacht würde. Den ersteren könne man gleich unterschreiben und beim Einlangen der Zustimmung Karl Gustav's vernichten, dann aber den zweiten vollziehen. Erfolge die Zustimmung nicht, so könne man es beim ersten belassen, bis sich ein andrer Ausweg in den weiteren Verhandlungen mit den Schweden finde. Von diesem Vorschlage gab man den schwedischen Gesandten Kenntniß. Snoilsky ertheilte Nachmittags als das Ergebniß reiflicher Erwägungen mit Björnklou und dem inzwischen zu Frankfurt erschienenen außerordentlichen Gesandten Schwedens Graf Brahe den Bescheid, daß ihre Unterschrift mit dem Vorbehalt späterer Genehmhaltung des Königs nicht erfolgen könne, da die Entschließung desselben unter allen Umständen abgewartet werden müsse. Sie, seine Gesandte, hätten nichts vorzuschreiben, auch nichts zu begehren, sondern stellten lediglich frei, ob man nicht bis künftigen Donnerstag warten wolle, wo vermuthlich des Königs Kundgebung eintreffen würde: doch wäre ihre Hoffnung auf Bewilligung des Neutralitätsvorschlages nicht eben groß. [2]

Man kam also keinen Schritt weiter. Denn nur Mainz, Köln und Braunschweig waren völlig entschieden, endlich auch ohne Schweden zu schließen, wenn man von der Haltung Triers und Münsters absehen will, die ja im Sinne Oesterreichs jeder Vertiefung mit den auswärtigen Kronen widerstrebten. [3] Neuburg war wegen Brandenburgs entschieden

---

[1] Bericht Otto's vom 24. Juli (3. August). — Hannover.

[2] Bericht Otto's vom 27. Juli (6. August). — Hannover.

[3] Der Kurfürst von Mainz erpreßte nichtsdestoweniger Schmising durch allerhand Vorspiegelungen, wie die, daß durch den französischen Receß Frankreich von Schweden getrennt würde, die Zusage, daß er wenigstens diesen Receß auf Genehmhaltung des Bischofs und ganz unverbindlich für den Ablehnungsfall mit unterschreiben wolle. Der Kurfürst von Trier hatte sich am 3. August, zwei Tage nach der Kaiserkrönung, von Frankfurt wegbegeben, ohne einen einzigen Rath zu den Allianzverhandlungen zurückzulassen oder eine Erklärung, ob er das Werk mitschließen

für Aufnahme der Schweden, fast zweifellos auch Hessen-Kassel, durch alte Bande der Neigung und Dankbarkeit an jene nordische Krone gefesselt und neuerdings wegen des schlechten Ausfalles der Wahlkapitulation für die Fürstenpartei schmollend gegen Mainz und Köln gewendet und ebenso gegen Braunschweig, weil dieses eine so hervorragende Rolle in den Allianzverhandlungen übernommen, ohne sich der Abrede gemäß vor seinen Entschließungen auch nur einmal mit dem Landgrafen in's Einvernehmen gesetzt zu haben.[1] Und ohne Kassel wieder konnte und wollte das Haus Braunschweig allein für sich doch nicht mit den Katholischen gemeinsame Sache machen. Man steckte also in einer Sackgasse und wußte keinen Ausweg mehr, als den des ruhigen Abwartens der Entschließung des Schwedenkönigs auf das Neutralisirungsprojekt oder anderweitiger Vorschläge. Und so verhallte die Frage, ob man auch ohne Schweden schließen solle, allmählich ganz, ja man kam, wenn auch wohl nur stillschweigend überein, keinesfalls ohne Schweden zu schließen, der König entscheide sich nun auf die Neutralität wie er wolle.[2]

---

wolle oder nicht. Schweden wies er schroff zurück, gab sich aber aus Furcht vor den ihm näher gesessenen Franzosen immer noch den Anschein, als sei er wenigstens mit diesen zu schließen nicht ganz abgeneigt. (Schmising am 4. August. — Münster.) Noch am 5. August versicherten Boineburg und Fürstenberg, Trier werde zu unterschreiben schließlich kein Bedenken tragen, vielmehr dazu große Ursache haben; es habe ja den Glimpf bei dem Kaiser und dem Hause Oesterreich erhalten und werde dadurch auch seiner Sicherheit vor Frankreich gewiß. (Bericht Otto's vom 27. Juli [6. August]. — Hannover.)

[1] S. Köcher S. 262 nach Witte's Bericht vom 31. Juli (10. August).

[2] Karl Gustav hätte niemals die Neutralität für Minden und Halberstadt bewilligt. Als der braunschweigische Gesandte v. Heimburg am Hoflager des Königs dem Vicepräsidenten Maevius unter Hinweis auf dieses Projekt die Annahme des Rheinbundes empfahl, bemerkte dieser: Der Kurfürst von Brandenburg thue nichts pro sed omnia contra pacem und nichtsdestoweniger wolle man dessen Länder mit darein begreifen, was dem Könige nicht zuzumuthen. Dieser wundre sich nicht wenig, daß Minden und Halberstadt in Neutralität gesetzt werden sollten und daß die Stände, unter ihnen Braunschweig, welche sich der Lage ihrer Lande halber etwas zu befahren, nur auf ihre eigene, im geringsten aber nicht auf seine Sicherheit gedächten. (Protokoll Heimburg's vom 27. Juli [6. August]. — Hannover.) Und in der Endresolution, welche die braunschweigische Gesandtschaft vom Könige am 29. Juli (8. August) erhielt, hieß es bezüglich der Allianz: Non omisit hucusque aut omittet S. R. M. quantum in se erit per ministros suos afferri ad consummationem pertinentia, dummodo et alii, qui jungi volunt aut debent, non admittant propositis incongrua. Quomodo autem post ea, quae Dominus Elector Brandenburgicus contra pacem hucusque attentat, ratio foederis non modo non admittit, illum ejusque terras includi, sed et poscit, contra ipsum quod isti conveniens suscipi et praestari, ita existimat, omnes et singulos, qui pro eo tractatu jam laborant, illuc consilia et acta dirigere velle. — Hannover.

Am 8. August zeigte Snoilsky an, daß er nunmehr eine Vorantwort des Königs empfangen habe, dahin lautend, daß Seine Majestät sich auf das Neutralisirungsprojekt bei der nächsten Post entscheidend vernehmen lassen werde.[1] Am selbigen Tage aber war der Hesse Dörnberg nach Kassel aufgebrochen, einem dorthin gesandten französischen Kurier folgend, in Sachen des Abschlusses mit Frankreich, wovon noch die Rede sein wird. Und auch Schmising, welchem schon längst der Boden unter den Füßen zu heiß geworden war, verließ die Stätte seiner Qual, vermuthlich auf Geheiß seines Herrn, angeblich aber in Privatangelegenheiten. Er hatte vorher dem mittlerweile wieder aus Düsseldorf zurückgekehrten Neuburger Gise Auftrag ertheilt, ihn zu vertreten und zum Abschlusse nur dann bevollmächtigt, wenn Schweden nicht mit unterzeichne; auch hatte er nochmals das Beharren seines Herrn bei dem Antrage auf Neutralisirung des ganzen westphälischen Kreises betont.[2]

Um die Uebrigen wenigstens zusammenzuhalten, hatten Mainz und Köln auf den 10. August wiederum zur Sitzung ansagen lassen, bei welcher außer ihnen nur Braunschweig und Neuburg vertreten waren. Es wurde der Versammlung nur ein Aufsatz vorgelegt, welcher eine neue für Schweden annehmbare Formel bilden sollte bezüglich des Maßes der diesem zu gewährenden Hülfe in seinen Irrungen mit Polen, Oesterreich und Brandenburg; doch wurde keine Umfrage gestellt.[3]

Aber eines erreichten Mainz und Köln dennoch bei dieser Gelegenheit, nämlich die feste Zusage Braunschweigs zur Vollziehung der Recesse für sich allein, freilich gegen die unter Handschlag ertheilte Verheißung, daß die Kurfürsten auf künftigem Reichstage die völlige Ausmerzung der in der Wahlkapitulation enthaltenen Bestimmungen zum Nachtheil für Fürsten und Stände des Reiches befördern und unterstützen würden.

[1] Otto am 31. Juli (10. August). — Hannover.

[2] Am 9. August verabschiedete er sich von Otto, am 10. ist er wohl abgereist. S. Gesamtbericht der Braunschweiger vom 9. (19.) August und den Sonderbericht Otto's vom gleichen Tage. — Hannover.

[3] Nichts bei den Akten; nach Köcher S. 264 (Witte's Diarium und Bericht) war es der gleich unten zu erwähnende Passus, welcher dann, vermuthlich mit Aenderungen, wirklich in den Receß aufgenommen worden ist; auch ist zu erwähnen ein in den hannöverschen Akten beruhender undatirter Entwurf eines Schreibens der an dem Allianzwerk Betheiligten, worin sie vorschlagen, „die beiden Kreise Niedersachsen und Westphalen, durchaus Niemand darin ausgenommen, in Neutralität zu setzen, was um so nothwendiger erscheine, als des Königs in der Allianz begriffene Fürstenthümer in diesen Kreisen gelegen und auch vornehme Fürsten des Bundes in solchen ganz, die übrigen aber selbigen nahe gesessen".

Ja, man versprach, jetzt hierüber entweder einen Revers auszustellen oder es zu Protokoll zu geben.[1]

Endlich, am 12. August traf die längst erwartete Erklärung des Schwedenkönigs ein. Sofort erscholl das Gerücht hiervon mit dem Zusatze, daß darin das Neutralitätsprojekt abgelehnt sei. Die Schweden selbst wollten derartiges freilich nicht zugeben, obwohl es doch nicht anders war und sie sicherlich selbst für die Verbreitung dieser Thatsache Sorge getragen hatten.[2] Die Stunde der Entscheidung war gekommen; das Neutralisirungsprojekt zerstob, aber der Ersatz dafür war bereits geschaffen.

Die Franzosen, welche bald ihren Heimweg anzutreten und doch wenigstens einen Gewinn, den Allianzvertrag mit davonzutragen wünschten, drängten von neuem zum Abschlusse. Man beschloß daher, mit diesen nochmals in Höchst zusammenzutreffen und dort das Werk endlich abzusprechen. Vorher aber galt es, sich noch förmlich mit den ebenfalls im Aufbruche von Frankfurt begriffenen Brandenburgern abzufinden.

In der Sitzung vom 5. August hatten die Vertreter von Braunschweig-Kalenberg und Hessen-Kassel des guten Glimpfes halber nochmals vorzuschlagen gewagt, daß man Brandenburgs Namen in dem Hauptrecesse wenigstens erwähnen solle. Sie hatten nicht mehr durchzudringen vermocht.[3] Bis jetzt wußte Canstein nur durch rein private Mittheilung Dörnbergs und der Braunschweiger von dem Neutralitätsprojekte. Niemals aber waren ihm amtliche Eröffnungen hierüber zutheil geworden. Als jedoch jetzt die Uebrigen sich rüsteten, dem Werke ein Ende zu machen, erschienen die braunschweigischen Gesandten bei ihm und theilten ihm mit, daß man nunmehr mit den Schweden einig und schließen wolle unter der Einschränkung, daß die Verbündeten betreffs Pommerns und der Mark mit dem polnischen und andern Kriegen nichts zu schaffen haben wollten, jedoch zum Beistande bereit wären, wenn der König von Schweden ohne sein eigenes Verursachen in Bremen und Verden angegriffen werden würde, wodurch sie denn zugleich zu verhindern vermeinten, daß Schweden seinerseits eine Feindseligkeit gegen Minden, Halberstadt oder auch die übrigen westphälischen Lande Brandenburgs unternehme, da es sonst Anlaß gäbe, dort angegriffen zu werden. Die Braunschweiger fügten hinzu, daß man alles ausführlich dem Kurfürsten darstellen wolle und diesem allerdings auch der Mitbeitritt gesichert bleiben werde.

---

[1] Einen Revers finde ich nicht vor. Die Thatsache nach dem Berichte Otto's vom 31. Juli (10. August). — Hannover.

[2] Otto am 3. (13.) August. — Hannover.

[3] Otto's Bericht vom 27. Juli (6. August). — Hannover.

Canstein entgegnete mit Nachdruck: Eines solchen Beschlusses habe er sich nicht versehen. Man verbinde sich zur Vertheidigung Schwedens, ohne zu bedenken, daß es den Kurfürsten und Andere an den Orten angreifen und sie also nöthigen möchte, auch gegen Bremen und Verden etwas vorzunehmen. Er machte darauf aufmerksam, welcher Abbruch der seinem Herrn gebührenden Rücksicht geschehe, wenn man, nachdem er einmal eine Einladung zum Beitritt erhalten, nun schließen wolle, bevor man ihm die ganze Sache vorgetragen und seine Meinung darüber vernommen habe.

Der Kurfürst würde es müssen dahingestellt sein lassen, daß man auswärtige Kronen nicht nur keineswegs hinderte, in dem Reiche gegen dessen Eingesessene etwas vorzunehmen, sondern vielmehr Denen noch beistehen wolle, welche die allgemeine Ruhe ihrer Privatinteressen halber störten. Es wäre wenigstens gut, daß der Kurfürst einmal wüßte, wessen er sich zu Einem und Anderm zu versehen, damit er danach desto besser seine Maße nehmen könnte. Natürlich betheuerten die Braunschweiger, daß ihren Herren nichts ferner läge, als dem Kurfürsten zu solcher Meinung Anlaß geben zu wollen. Später erschienen die Hessen und suchten zu beschwichtigen, darauf hinweisend, daß ja auch die Lande des Kurfürsten in den Kreisen Niedersachsen und Westphalen vom König von Schweden unbedroht gelassen werden müßten. Canstein hatte freilich in seinem Eifer und Unwillen dieses ganz übersehen. Zur Hebung des Mißverständnisses sandten dann auch die Braunschweiger den Entwurf jener Klausel an Canstein, welcher davon Akt nahm.[1] Noch an eben demselben Tage, dem 12. August, reiste die brandenburgische Gesandtschaft von Frankfurt ab.[2]

Die erwähnte Klausel aber lautete: Wobei dann dieses absonderlich verglichen: obwohl die Alliirten weder in gegenwärtigen polnischen Krieg noch in die zwischen Ihrer Kgl. Mt. zu Schweden und Kur-Brandenburg oder beiderseits Konföderirten schwebende Differenzen sich einzumischen gemeint, daher auch dahingestellt sein lassen, was etwa in Polen, Preußen, Pommern und der Mark Brandenburg gegen einander feindlich vorlaufen möchte; wann jedoch J. K. Mt. von der Krone Polen oder J. Kfl. Dhl. zu Brandenburg und dero Konföderirten in dero in dem niedersächsischen und westphälischen Kreis gelegnen Landen mit einigen Feinseligkeiten, unter was Vorwand solches auch geschehen möchte, wirklich angegriffen, auch J. K. Mt. aus andern Quartieren marschirende Völker dahinein

---

[1] Postskriptum Canstein's vom 2. (12.) August. — Berlin. U. A. VIII 552. Vgl. auch Köcher S. 265.

[2] Otto's Bericht vom 3. (13.) August. — Hannover.

thätlich verfolgt werden sollten, daß auf solchen Fall die sämtliche Alliirte J. K. Mt. zu Schweden auf die in diesem Receß verglichene Maß und Weise, ohne einige Exzeption oder Respekt, welcher Theil sonst außerhalb besagten niedersächsischen und westphälischen Kreisen pro aggressore oder invaso zu halten sein möchte, wirklich Hülfe und Assistenz zu leisten schuldig sein sollen. Im Fall aber durch J. K. Mt. zu Schweden Waffen in erstbesagten beiden Kreisen J. Kfl. Dhl. zu Brandenburg und dero darinnen gelegne Lande oder dero sich darinnen befindliche Völker wirklich angegriffen oder dahinein verfolgt und etwa darauf J. K. Mt. in mehrbesagten beiden Kreisen gelegne Lande und Völker von J. Kfl. Dhl. und dero Bundgenossen hinwider feindlich überzogen und verfolgt würden, so wollen die Alliirte alsdann J. K. Mt. zu einiger Assistenz nicht, sonst aber auf alle andere Fälle, da J. K. Mt. in mehrbesagten beiden Kreisen zuerst angegriffen würden, verbunden und jederzeit nichtsdestoweniger dero Freunde und Bundgenossen sein und verbleiben noch dero Widerwärtigen gegen J. K. Mt. einigen Vorschub leisten.[1]

Es war die Preisgebung der östlich der Elbe gelegenen Reichslande Brandenburgs und damit der Ausschluß dieser Macht von dem Rheinbunde.

Und nun entwickelte sich der Schlußakt folgendermaßen. Am 12. August noch kamen in Höchst zusammen die Vertreter der Kurfürsten von Mainz und Köln und der Häuser Braunschweig und Hessen-Kassel mit den Gesandten der beiden Kronen Frankreich und Schweden. Nach langem Wortgefechte, namentlich wegen der für Schweden zu leistenden Hülfe, glückte es den Ueberredungskünsten der Franzosen dank der Nachgiebigkeit Björnklou's, eine Einigung über die endgültige Fassung der beiden Bundesverträge zu erzielen, von denen der französische unverändert, wie er seit dem 11. Juli bereit lag, angenommen ward, der Hauptreceß aber noch einige Abänderungen der am 2. August vereinbarten Fassung Boineburgs, Fürstenbergs und der Braunschweiger enthielt. Außer dem eben angeführten Zusatz wegen der Hülfe für Schweden stellte er letzterem auch noch die Aufnahme Pommerns in den Bund in Aussicht, wenn es dieselbe nach Beendigung des polnischen Krieges und der aus diesem entsprungenen Wirren wünschen sollte. Unter den Bedingungen des Assistenzfalles erscheinen jetzt auch die Kontributionen feindlicher Mächte. Die Zusammenschickung der Kriegsräthe wird auch für den Fall bestimmt, daß etwa kein wirklicher Angriff oder Belästigung

[1] In den berliner Akten. Im Recesse wurden dann die Schlußworte „noch dero Widerwärtigen 2c." weggelassen. Abdruck bei Köcher S. 264/65.

geschähe, dazu aber Anlaß oder Vermuthung vorläge. Alle Vertragschließenden verpflichten sich, zur Erhaltung des Friedens mit allen Kräften daran zu sein, daß die Generalgarantie nach Anleitung des Paragraphes Verumtamen des Friedensinstrumentes wirklich und nachdrücklich in der That selbst eingerichtet werden möge. Der Beitrag Schwedens wegen des Ausfalles von Pommern ist von 420 Reitern und 1000 Mann z. F. auf 250 bzw. 400 Mann gemindert, desgleichen derjenige Kassels von 180 bzw. 400 auf 100 und 200 Mann.[1] Und schließlich wird bestimmt, daß die Verbündeten, wenn sie bei Ablauf der vereinbarten drei Jahre in wirklicher Aktion begriffen sein sollten, so lange noch bei einander beharren müssen, bis dieselbe zu Ende gebracht sei.

Die Schlußszene der Unterzeichnung der beiden Recesse wurde nach Frankfurt auf den 15. und Mainz auf den 16. August anberaumt. Die Hessen erklärten, daß sie hierzu zwar noch nicht angewiesen aber dennoch bereit wären, ihre Unterschrift zu leisten. Auf den Kurfürsten von Trier, welcher bei seiner Abreise keinen Vertreter für diese Angelegenheit zurückgelassen, beschloß man nicht länger mehr zu warten, sondern schriftlich seinen Bescheid einzuholen. Mainz und Köln ließen fallen, daß sie schließlich gern sehen würden, wenn Jener ganz davon bliebe. Auch nahm man eine Note an den Kurfürsten von Brandenburg in Aussicht, worin man ihm vorstellen wollte, daß der Schluß ohne ihn eine Folge der Haltung seiner Gesandtschaft sei und es bei den Verbündeten an Geneigtheit zu seiner Aufnahme niemals gemangelt habe. Ja, man beschloß auch, dem Kaiser vom Abschluß Kenntniß zu geben. Daß die noch nicht vereinbarten anderweitigen Zubehörungen zur Allianz, die Instruktion für die Kriegsräthe und die allgemeine Verpflegungsordonnanz für die Bundesvölker, keine Schwierigkeiten verursachen würden, nahm man als ausgemachte Sache an, ohne sich hieran noch lange festhalten zu lassen. Der Bund war fertig bis auf die letzten Federstriche.[2]

---

[1] Das hessische Quantum wurde überhaupt erst später eingerückt; bei Schlusse des Vertrages wurde noch Platz für die Zahlen, über welche damals noch keine Einigung erzielt war, offen gelassen, woher es rührt, daß z. B. in der kur-kölnischen Ratifikation die Lücke noch unausgefüllt steht, in der pfalz-neuburgischen, wie man deutlich zu erkennen vermag, erst nachträglich ergänzt ist.

[2] Bericht Otto's über die Zusammenkunft in Höchst vom 3. (13.) August. — Hannover. Der ganze Akt verlief nicht ohne Zwischenspiele. Die Hessen zeigten den Braunschweigern ihre Empfindlichkeit wegen Verabsäumung der verabredeten gemeinsamen Erörterungen. Und die Braunschweiger wieder führten den Franzosen ihre Haltung in der Kapitulationssache zu Gemüthe, wie sie da die fürstlichen Gesandten trotz ihrer Versprechungen bald im Stiche gelassen hätten, als sie ihren eigenen Zweck erfüllt gesehen, und daß sie ihr Anliegen nicht, wie es sich gehört, bei der Reichs-

Am 15. August unterzeichneten zu Frankfurt in der Wohnung Heylands den Hauptreceß Boineburg und Vorburg wegen Mainz, Wilhelm Egon Graf Fürstenberg und Aldenhoven wegen Köln, Gise im Namen des Pfalzgrafen von Neuburg, Snoilsky für seinen König als einen Herzog zu Bremen und Verden und Heyland, Witte und Otto v. Maude-rode für die drei Herzöge zu Braunschweig-Lüneburg. Als Snoilsky die Feder ansetzte, erklärte Gise, daß er von dem Vertreter des Bischofs von Münster bei dessen Abreise Auftrag erhalten habe, in seinem Namen die Unterschrift zu leisten, jedoch einzig nur in dem Falle, wenn Schweden nicht mit unterzeichne. Da nun diese Voraussetzung nicht erfüllt sei, könne er, ohne seinen Auftrag zu überschreiten, für den Bischof eben nicht mitfertigen. Er glaubte, daß es keinem Zweifel unterliege, daß auf seinen Bericht und bei Kenntnißnahme der neuen Bestimmungen wegen Schwedens und deren Genehmhaltung seitens der übrigen Vertrag-schließenden der Bischof sich nicht länger diesem Werke entziehen werde. Als die Reihe an die braunschweigischen Gesandten kam, verlangten diese kraft ihrer Instruktion vorher zu wissen, ob auch die Hessen bereit sein, mit zu unterfertigen. Badenhausen und Zobell erklärten, daß sie allerdings vom Landgrafen noch nicht ermächtigt wären, aber einen besonderen Boten dieserhalb zu ihm gesandt hätten, welcher mit der Einwilligung täglich zurückkehren müsse. Damit gaben sich die Braunschweiger keineswegs zufrieden und verweigerten unter diesen Umständen ihre Unterschrift. Nach einer höchst peinlichen Pause schlug endlich Badenhausen, um allen Vorwürfen zu entgehen, vor, Jene möchten unter dem Vorbehalte unterzeichnen, daß ihre Unterschrift null und nichtig sein solle, falls von kasselischer Seite keine solche erfolge. Damit war den Braunschweigern der Weg zur Vollziehung des Federstriches geebnet, welchen sie dann unter Verwahrung in dem von Badenhausen angedeuteten Sinne ausführten.

Am folgenden Tage, 16. August, begaben sich Alle, welche den Hauptreceß vollzogen hatten, nach Mainz zum Herzog von Gramont, bei welchem der französische Receß ohne jedes Hinderniß, nur daß auch hier die Braunschweiger ihren Vorbehalt einlegten, unterzeichnet wurde. Die Franzosen empfanden eine ganz besondere Genugthuung darin, daß man sie zu suchen gekommen war und ihnen beim Unterschreiben den Vortritt einräumte, während die Verbündeten ihre Würde dadurch ge-

---

deputation, sondern bei dem Kurfürstenkolleg angebracht hätten. Gramont und Lionne schützten einen Irrthum vor und verschworen sich, im Bedürfnißfalle künftig die Fürstenpartei besser und getreulicher unterstützen zu wollen. Vgl. auch den Bericht der Franzosen vom 19. August bei Valfrey. S. 173.

wahrt zu haben wähnen mochten, daß der Vertrag hervorhob, der König von Frankreich wäre ihrem Bunde beigetreten.[1]

Mit Hessen aber ergab sich noch ein für die Franzosen wenig angenehmes Nachspiel, welches näher beleuchtet zu werden verdient. An dem Beitritte des Landgrafen zur Allianz hatte dem Kardinale Mazarin von vornherein nicht wenig gelegen. Wir erinnern uns jener 12,000 Thaler, welche er ihm durch die Vermittelung Pawel-Rammingens hatte zahlen lassen. Gramont und Lionne haben einmal übertrieben, daß sie wegen des Landgrafen Gewinnung mehr als hundert Kuriere von Frankfurt nach Kassel geschickt hätten.[2] Das französische Kabinet soll sogar dem Landgrafen Wilhelm ein von der rheinischen Allianz unabhängiges Partikularbündniß, noch im April 1658, angeboten, aber eine ablehnende Antwort empfangen haben.[3] Trotz jener, schnell vergessenen 12,000 Thlr. wollte die alte Waffengemeinschaft zu den Zeiten des großen Krieges auf des Landgrafen Verhältniß zur Krone Frankreich jetzt, wo es zum Abschluß kommen sollte, nicht die nämliche Wirkung äußern wie Schweden gegenüber. Der Landgraf zögerte mit seiner Genehmigung zum Abschluß, so lange Schwedens Beitritt nicht entschieden war, er zögerte aber auch gerade Frankreichs halber und zwar wegen gewisser Ansprüche an dasselbe, welche er nun erst unverhüllt hervorkehrte. Die Krone schuldete nämlich aus jenem Bundesverhältnisse im dreißigjährigen Kriege dem Hause Hessen-Kassel nicht unbedeutende Rückstände an Subsidien und Pensionen (etwa im Sinne von „Zinsen"?). Unablässig, wiewohl noch immer vergebens hatte die hessische Regierung durch ihre stehenden oder zeitweiligen Vertreter in Paris, Zobell, Dörnberg, Chaillou und Jean Beeck, wie durch den kur-pfälzischen Agenten Pawel-Rammingen auf Bezahlung dringen lassen.[4] Jetzt, wo Frankreich so unverhohlene Begierde nach dem Beitritte des Landgrafen zum Bunde blicken ließ, verfiel man auf den Gedanken, die Erfüllung dieses Wunsches von der Befriedigung dieser bislang so unsicheren Forderungen abhängig zu machen. Der Gedanke taucht aktenmäßig zuerst auf in einem zu Wildungen auf Befehl des Landgrafen eingereichten Gutachten der Minister Vultejus und Pagenstecher über den Plan jenes Partikularbündnisses zwischen Hessen und

[1] Bericht Otto's vom 9. (19.) August und Gesamtbericht der Braunschweig. vom 10. (20.) August. — Hannover. S. auch Valfrey S. 173. Die Bundesverträg. d. d. 14. und 15. August 1658 gedruckt an den bekannten, oft citirten Orten.

[2] Rommel, Geschichte von Hessen IX. S. 245 Anm. 1.

[3] A. a. O. S. 244.

[4] Eine Menge Akten im St. A. Marburg. Im Jahre 1651 wurde eine Berechnung aufgestellt, wonach Hessen 617 434 Pf. 12 β und rückständige Pensionen von jährlich 36,000 Pfd. seit 1639 zu fordern hatte. Die endgültigen Summen 1,169,434 Pfd. oder 389,811 Kronen (oder Thaler) bei Rommel IX S. 245 Anm. 1.

Frankreich, welches Lionne in Frankfurt unaufhörlich dem Herrn von Dörnberg schmackhaft zu machten suchte. In diesem Gutachten sprachen sich die Genannten mit aller Entschiedenheit gegen solche Sonderbündnisse aus, weil sie weder für Frankreich noch für jeden andern Genossen zulänglich sein würden und zu einem solchen den Landgrafen zur Zeit außer dem allgemeinen kein besonderes Interesse antriebe; hingegen riethen sie an, weitere Verhandlungen darüber zu veranlassen, ob nicht in Anbetracht der vom Hause Hessen vormals der Krone Frankreich geleisteten treuen Dienste und damit sie derselben, wenn dergleichen Unruhen im Reiche wiederum entstehen sollten, versichert bliebe und auch der Landgraf dazu sich desto kräftiger gefaßt machen könnte, die Krone ihn den Landgrafen in besonderen Schutz nehmen und ihm zugleich die schon verdienten Subsidien und andere Vortheile zukommen lassen wollte.[1]

In diesem Sinne wurde Dörnberg in Frankfurt angewiesen, mit den französischen Botschaftern in Unterhandlung zu treten. Er formulirte daraus die Forderung seines Herrn auf Bezahlung jener Rückstände als Bedingung seines Beitrittes zum Bunde mit Frankreich. Gramont und Lionne waren sicherlich nicht wenig bestürzt. Schleunigst sandte Letzterer einen Kurier nach Kassel mit einem Schreiben an den Landgrafen, worin er zwar jede Zusage auf eine solche Forderung vermied, aber doch bemerkte, daß er beim Könige, zu welchem er nun bald zurückkehren würde, alle guten Dienste leisten wollte, welche der Landgraf hinsichtlich der Bezahlung jener Rückstände von ihm erwarten dürfte, nur daß dieser hierzu einige Zeit vergönnen möchte.[2] Dies aber war dem Landgrafen in Erinnerung an die Erfolglosigkeit aller seitherigen Bemühungen doch zu wenig. Der Kurier wurde mit einer hinhaltenden Antwort zurückbefördert: Zobell würde ihm bald mit näheren Weisungen nachfolgen. Zugleich wurde Dörnberg zur Berichterstattung und Theilnahme an den Berathungen über die Alliianzsache von Frankfurt heimberufen. Als er eintraf, fand ein Kabinetsrath statt, zu welchem auch Zobell und der inzwischen von einer Sendung an den König von Schweden zurückgekehrte schaumburgische Drost Mey hinzugezogen wurden. Hier wurde beschlossen, mit der Vollziehung der nunmehr fertig vorliegenden Bundesverträge zur Zeit noch zu warten, und zwar einmal aus Besorgniß vor dem Hause Oesterreich, gegen welches der Bund seine Spitze richte, weil Hessen, welches nicht wie die übrigen Vertragschließenden

---

[1] Gutachten der Genannten vom 11. (21.) Juli. — Marburg. Zugefügt wurde noch die Voraussetzung, daß man zugleich wissen müßte, wie Frankreich und Schweden mit einander ständen.

[2] Schreiben Lionne's ohne Datum, präs. 1658, Juli 25. (August 4). — Marburg.

in der Absicht der Deckung vor den beiden Kronen sondern aus Liebe zu ihnen beitrete, dafür auch mehr als jene angefochten werden dürfte, besonders wenn Spanien jenseits des Rheines Unruhen erheben und diesseits seinen Bundesgenossen dadurch desto freiere Hand, etwas zu versuchen, geschafft werden sollte, sodann weil man noch nicht wisse, ob Schweden mit beitreten werde, da man ohne dieses anstehen müsse, ferner in Anbetracht daß von Frankreich noch keine Gewißheit eben wegen der Bezahlung jener Rückstände erreicht sei, welche, wie man berechnete, an Subsidien etwa 200,000 Thaler und ebensoviel an Pensionen betrügen, dann auch noch, weil man in Erwartung der wohl unausbleiblichen kaiserlichen Inhibitorien den Bund durch den Hinzutritt Anderer, zumal des Landgrafen in Darmstadt gestärkt sehen möchte und schließlich, weil man auch das für den Landgrafen angesetzte Kontingent geringert sehen müßte. Sollten die französischen Gesandten sich zu diesen Forderungen nicht bequemen, so könnte man die Uebrigen den französischen Receß ja vollziehen lassen, dem Landgrafen jedoch den Beitritt offen halten bis zum Erfolge der inzwischen einzuleitenden besonderen Verhandlungen am französischen Hofe.[1] Hiernach unterwiesen wurde Zobell am 6. (16.) August von Kassel abgeschickt. Nach seiner Abreise traf ein Bericht Badenhausens ein, welcher den Stand der Bundesverhandlungen dadurch in ein ganz anderes Licht rückte, daß er meldete, wie nun auch die schwedischen Gesandten nicht allein zur Vollziehung der Recesse sich bereit erklärt hätten, sondern auch stark in ihn, Badenhausen, drängen, ein gleiches zu thun. Schleunigst wurde ein neuer Rath berufen, infolge dessen noch am 7. (17.) August ein Erlaß an Badenhausen und Zobell den Entschluß des Landgrafen zum Unterfertigen der Bundesverträge mittheilte. Freilich, wie es darin hieß, nicht ohne immer noch fortdauernde Bedenken des Landgrafen, jedoch in der Erwägung, daß der Zweck dieser Verfassung den Reichssatzungen nicht zuwiderlaufe, sondern dieselbe auf den Friedensschluß und die kaiserliche Kapitulation gegründet und in den Schranken der Vertheidigung gehalten sei und die Erhaltung der Beruhigung des Reiches beabsichtige, der Landgraf auch, nachdem er so lange habe mit verhandeln lassen, jetzt nicht gut abspringen könne, ohne bei den Anderen Widerwillen zu erwecken, ferner auch die mit eintretenden Kronen und Fürsten so ansehnlicher Macht wären, daß sie ihn gegen Diejenigen würden schützen können, welche sich unterfangen möchten, ihn wegen dieses Bundesverhältnisses anzufechten. Zugleich aber ordnete der Landgraf an, den Franzosen mit Manier beizubringen, daß der Kaiser wie die Kurfürsten von Brandenburg und

[1] Undatirter Zettel in den marburger Akten.

Sachsen mit Versprechungen und Drohungen ihn vom Beitritte abgemahnt hätten, er aber sich nicht habe gewinnen lassen, weil er vor allen Anderen auf Frankreich schaue. Gerade hierdurch werde freilich das Mißtrauen gegen ihn zumal am Kaiserhofe wachsen. Umsomehr hoffe er daher, daß Frankreich die ihm schon früher von Hessen-Kassel so beständig erwiesenen treuen Dienste berücksichtigen und es in besonderen Schutz und Schirm nehmen werde. Und weil bei dem Landgrafen und in dessen durch den Krieg in Abgang gerathenen Landen sich die Geldmittel nicht fänden zu den also erhöhten Rüstungen wie zur Unterhaltung der Miliz, so wäre den französischen Gesandten vorzustellen, daß, wie die Gefahr und Nothdurft für den Landgrafen rede und sie, die Gesandten, sich erboten, sich mit den Seinigen auf gewisse Maße einzulassen, also nunmehr und ehe man unterschreibe, mittels einer unter ihrer Hand und Siegel geschehenen schriftlichen und bündigen Zusage auf's wenigste die bewußten Rückstände unter der im Bundesvertrage bestimmten Zeit der drei Jahre auf einen zu vereinbarenden Termin, und zwar den ersten im voraus, jährlich neben einer laufenden Pension unfehlbar nicht allein zu zahlen, sondern auch überdies bei etwa zunehmender Gefahr noch ein erkleckliches Subsidium hinzuzuthun übernommen werde. Eine Verpflichtung der französischen Gesandten auf Ratifikation des Königs sei unter Umständen anzunehmen, doch dann nur ein kurzer Termin zu dieser zu bestimmen. Sollte dann etwa diese Ratifikation ausbleiben oder die Zahlung nicht innegehalten werden, wolle der Landgraf an die Garantie gegen den Kaiser nicht gebunden sein.[1]

Zobell war inzwischen also am 6. (16.) August abgereist und am Abende des 8. (18.) August in Frankfurt eingetroffen. Hier erfuhr er von Snoilsky, daß auch Pfalz-Neuburg bei den Franzosen vor Unterzeichnung der Recesse durch seine Vermittelung sich einige Gelder ausbedingen gewollt, nichts aber erreichen gekonnt hätte: denn es schiene, daß bei Frankreich die Geldmittel zu jetziger Zeit eben nicht in Ueberfluß vorhanden wären. Tags darauf fuhren Badenhausen und Zobell nach Mainz, wo sie den Franzosen und Boineburg sofort ihre Ankunft anzeigen ließen. Gramont antwortete mit einer Einladung zur Mahlzeit auf den nächsten Tag. Am 10. (20.) August früh begaben sie sich zu Boineburg, welcher ihnen seine Freude über ihr Erscheinen ausdrückte und schmeichelnd erzählte, daß sein Herr der Kurfürst ihm schon verwiesen hätte, daß die Recesse ohne Hessen unterschrieben worden wären. Bei Gramont trafen sie dann auch Lionne. Der Herzog konnte seine Empfindlichkeit über ihr Wartenlassen nicht verbergen und äußerte

[1] Instruktion für Badenhausen und Zobell vom 7. (17.) August. — Marburg.

namentlich seine Unzufriedenheit darüber, daß dies wegen der Schweden geschehen wäre. Er berührte dann sogleich die Forderungen des Landgrafen und meinte, daß jetzt keine Zeit wäre, davon zu reden, zumal er und sein Kollege auf diese Sache, da sie niemals zuvor angeregt worden, nicht unterwiesen wären. Lionne aber fiel ihm in's Wort und fragte, ob man nicht von ihnen eine schriftliche Kaution verlange, und Gravel bemerkte aus dem Hintergrunde, daß dem also sei. Worauf die Hessen Lionne daran zu erinnern wußten, was er selbst darüber an den Landgrafen geschrieben und mit Dörnberg verhandelt und daß er Vertröstungen auf Zahlung innerhalb dreier Jahre ertheilt hätte. Von letzterem wollte der Marquis nichts wissen und gab nur zu, daß er nur gute Dienste bei Hofe verheißen hätte. Als dann auf sein Begehren die Hessen seinen Brief an den Landgrafen hervorzogen, zeigte Gramont Ueberraschung, als wenn er von diesen Dingen nichts gewußt. Lionne aber bemerkte, er habe von der Zeit, innerhalb welcher die Rückstände gezahlt werden sollten, niemals ein einziges Wort gesprochen, zumal er weder Vollmacht noch Befehl dazu gehabt. Er fand es befremdlich, daß man jetzt, wo man zum Schlusse der Verhandlungen schreiten sollte, mit solchen Ansprüchen hervortrete. Mit großen Monarchen, rief er, darf man also nicht verfahren; das heiße ja, dem Könige den Fuß auf die Kehle setzen. Darauf führten die Hessen lang und breit aus, wie ja gegen diese unbestrittene Forderung nichts eingewendet werden könne, man auch die Gelder zu dem guten Zwecke fordere, um sich dem Könige zum Vortheile in desto bessere Verfassung zu setzen. Sie wiesen auf die Gefahren hin, welche man bei Oesterreich und Anderen laufe. Alles vergeblich; sie vernahmen wiederum nichts als Vorwürfe, daß der Landgraf allein nunmehr das Werk in dieser Weise aufhalte, während das Haus Braunschweig sich so löblich erzeige. Niemals, erklärten die Franzosen, könnten sie hierein willigen; das würde ein schöner Dienst sein, welchen sie dem Könige leisten würden. Sie schlugen dann vor, der Landgraf möge Jemanden am Hofe in Paris in diesem Sinne verhandeln lassen, sie wollten seine Forderungen nach Kräften unterstützen; das Verlangen, daß sie hier etwas eingehen sollten, wäre ein hartes und unfreundliches. Gramont polterte heraus: Kurz und gut, wir werden nichts dergleichen thun und dabei bleibt es. Und Lionne: Wir sehen wohl, daß der Landgraf seine Grundsätze geändert hat und schlecht berathen ist, wenn er also mit einem großen Könige umspringt. Die Hessen widersprachen lebhaft und betheuerten die unveränderte gute Meinung ihres Herrn zum Könige. Gramont aber meinte, daß dies leere Worte wären, was sie getrost drucken lassen könnten. Lassen Sie doch diese Dinge, warf er ihnen in's Gesicht, und lassen Sie den Land-

grafen bleiben, wie er ist; und der König wird ein gleiches thun. Er und Lionne standen auf und Letzterer rief, er wolle sich lieber die Faust abhauen lassen, als eine solche Kaution unterschreiben; man wolle keine Allianzen kaufen und, was man gethan, sei den Alliirten mehr zum Vortheile als der Krone Frankreich. Die Hessen suchten diese Hitze zu dämpfen, vermochten aber nichts zu erreichen und zogen deshalb vor, zu scheiden, erboten sich aber, am Nachmittage wieder vorzusprechen.

Sie eilten stracks zu Boineburg, welchem sie erklärten, daß sie, weil mit den Franzosen nicht durchzukommen, zu unterzeichnen anständen und unter Vorbehalt späteren Beitrittes ihres Herrn davongehen oder andere Weisungen erwarten würden. Bestürzt eilte Jener zu den Franzosen, wo er Gelegenheit zu erhaschen hoffte, um sie zu besseren Gedanken zu stimmen. Doch erwähnten diese weder zu ihm noch zum Grafen Fürstenberg, der gleichfalls dort erschienen war, das geringste von dem mit den Hessen geführten Gespräche. Nachmittags aber erschien der Agent Gravel bei Badenhausen und Zobell, welche mit ausführlichen Auseinandersetzungen ihm alle die üblen Ausdeutungen, denen sie bei seinen Vorgesetzten begegnet, zu benehmen suchten und nicht aufhörten, von den guten Gesinnungen des Landgrafen gegen Frankreich zu reden. Zuletzt betonten sie, welche Folgen ein längeres Aufhalten haben müßte und daß ihr Herr nicht eben gezwungen wäre, solche Allianzen zu suchen, da er glauben dürfte, am kaiserlichen Hofe sonst gut angeschrieben zu sein, auch keine Mißverständnisse mit benachbarten Ständen obwalteten, weshalb er denn auch nach dem Beispiele Anderer für sich bleiben könnte; auch würde er ja allezeit, wenn es nöthig, eine Partie finden, inzwischen aber sich in guter Positur halten. Gravel begriff und wußte nichts zu sagen. Natürlich berichtete er den Gesandten.

Am Abende desselben Tages gab es ähnliche Erörterungen bei Lionne; er blieb aber noch immer bei der Ablehnung jeder eigenen Verbindlichkeit gegenüber den hessischen Forderungen und rieth nochmals dringend zu besonderen Verhandlungen am französischen Hofe. Die Hessen wichen aus und schlugen endlich vor, den verlangten Schein auf Ratifikation des Königs auszustellen. Die Hitze vom Morgen war einigermaßen verraucht. Vermochte er, Lionne, doch wenigstens den Gegenvorschlag zu erheben, daß der Landgraf die Recesse nicht eher ratificiren solle, bis er am pariser Hofe Genugthuung erhalten hätte. Auch dies gefiel den Hessen nicht. Endlich erbot sich Zobell, in aller Eile nach Kassel zu gehen, von wo er in sechs Tagen mit der Entscheidung des Landgrafen wiederkehren könnte, und Lionne übernahm es, deswegen mit Gramont sich zu benehmen, ob sie nicht noch einen Tag länger

über die zu ihrer Abreise bereits festgesetzte Frist sich aufhalten könnten; noch am selbigen Abende sollte Gravel Bescheid hierüber bringen.

Nochmals begaben sich hierauf die Hessen zu Boineburg, unterrichteten ihn in der Hauptsache und baten um seinen Beistand, den er auch zusagte. Gegen 9 Uhr meldete Gravel, der Herzog könne den Aufschub ihrer Abreise nicht zugestehen, weshalb Zobells Reise nach Kassel unterbleiben könnte. Hingegen wären die Gesandten erbötig, den begehrten Schein auf Ratifikation des Königs auszustellen; morgen wolle er, Gravel, sich mit ihnen über die Fassung vergleichen. Zugleich bat er nachdrücklich, keinem Menschen in der Welt, wer der auch sein möchte, von der ganzen Sache etwas zu sagen. Auf seine Frage, ob Boineburg noch nichts wisse, mußten Jene gestehen, daß ihm ganz allgemein gehaltene Andeutungen gegeben worden wären.

Am nächsten Morgen früh schon um 6 Uhr war Gravel wieder zur Stelle, um mit den Hessen die Fassung jenes Scheines zu vereinbaren. Er wünschte zunächst eine Bestimmung, wonach die französischen Gesandten versprachen, daß die Schuld, dafern der Friede mit Spanien innerhalb dreier Jahre vor sich gehen würde, in dieser Zeit, wenn aber nicht, in sechs Jahren gezahlt werden sollte. Dessen weigerten sich die Hessen. Nach mehrfachen Aenderungen setzte man fest, daß nicht allein die Rückstände, sondern auch die fälligen Pensionen in Frist von drei Jahren entrichtet werden müßten. Gravel benachrichtigte hiervon Lionne, kehrte aber bald mit der Meldung zurück, daß es ihnen unmöglich falle, die Zahlung der Pensionen in dieser Form zu übernehmen, da sie sich auf ein ungewisses nicht verpflichten könnten, wogegen die Hessen erklärten, daß die Worte liquidement deues genügende Sicherheit deswegen gewährten, zumal sie, die Franzosen ja selbst anerkannt, daß der König zahlen werde, was sich an der Schuld richtig fände. Nach abermals unter sich allein gehaltenem Rathe begaben sich die Hessen später zu Gravel und erboten sich, unter folgenden Bedingungen abzuschließen: 1) daß die Subsidienrückstände in drei Jahren, und zwar die erste Rate pränumerando, gezahlt würden; 2) daß alle Jahre neben den Subsidien auch eine Pension entrichtet und 3) in den nächstfolgenden drei Jahren dasjenige abgetragen würde, was noch an Pensionen rückständig wäre. Gravel hinterbrachte dies seinen Vorgesetzten und kehrte — mit deren Einwilligung auf die erste, kurze Fassung zurück.[1] Sie

[1] Nous sousignez Ambassadeurs extraordinaires et Plenipotentiaires du Roy en Allemagne et Royaumes du Nord promettons de la part de Sa Ma^{té} de faire en sorte que la somme liquidemment deue à Monsieur le Landgrave de Hesse Cassel tant en subsides qu'en pensions luy soit payée dans trois ans c'est à dire le tiers de la ditte somme dans chacune de trois années, sur quoy toutefois

wünschten den Abschluß noch am selbigen Vormittage, baten aber nochmals um strengste Wahrung des Geheimnisses. Darauf erhoben sich die Hessen wiederum zu Boineburg und zeigten ihm an, daß sie mit den Franzosen einig, wobei sie doch fast in allen Stücken ihnen hätten nachgeben und sich mit der Versicherung hätten begnügen müssen, daß Jene bei Hofe alle guten Dienste anwenden wollten. Daraufhin wären sie, die Hessen, bereit, die Recesse zu vollziehen. Gramont ließ sie inzwischen zu Tische bitten. Bei ihm trafen sie auch Lionne. Dieser las ihnen den zur Unterzeichnung fertigen Schein vor, welchen sodann er und Gramont unterschrieben, aber nicht besiegelten, angeblich weil dieses in Frankreich nicht gebräuchlich, und schließlich mit dem Rathe überreichten, daß der Landgraf wohlthun würde, die Angelegenheit nun ferner auch am pariser Hofe betreiben zu lassen, wo auch sie etwa in drei Wochen eintreffen würden. Später erschienen Fürstenberg und Boineburg, worauf die allseitigen Recesse unterschrieben und besiegelt wurden. Bei den hierauf folgenden Tafelfreuden herrschte allgemeine Behaglichkeit und der Abschied war ein sehr freundlicher. Fürstenberg und Boineburg benutzten noch die Gelegenheit, bei den hessischen Räthen auf Erhöhung des von ihnen bewilligten geringen Kontingentes zu der Bundesmacht zu dringen, wie sie meinten, nur des Beispieles wegen für die Anderen: denn schicken könne ja der Landgraf nach Belieben. Sie erreichten jedoch keine Zusage.

Da die Hessen vernommen hatten, daß der hannöverische Gesandte Otto sich zu Wiesbaden befinde, begaben sie sich noch selbigen Abends dorthin und vollzogen mit ihm am nächsten Morgen die Recesse. In Frankfurt zurück, erfüllten sie die nämliche Formalität am 23. August mit dem Neuburger Gise, am 24. mit Aldenhoven, Heyland und Witte und am 25. mit Snoilsky. Nachdem noch am 26. dem in Frankfurt anwesenden Vertreter des Darmstädter Landgrafen von allem, was wegen der Allianz vorgegangen, Mittheilung gemacht worden, begab Zobell sich am 27. von Frankfurt weg und langte am 30. in Kassel an, wo er noch selbigen Abends im Geheimen Rathe berichtete. Am 25. August (4. September) hatte er Audienz beim Landgrafen in Hersfeld und wurde hierauf Pawel-Rammingen in Paris beauftragt, nach Anleitung der ihm gesandten Weisung die bewußte Sache am königlichen Hof zu betreiben.[1]

nous nous remettons au bon plaisir et à la ratification de Sa Maté qui sera fournie dans le mesme temps de la ratification du traitté qui a esté conclu le quinziesme de ce mois entre Sa ditte Majté et le dit Landgrave et quelques Electeurs et Princes de l'Empire. Fait à Mayence le XXIe aout 1658. Aus der Ratifikation des Königs d. d. Fontainebleau den 18. September 1658, abschriftlich in Marburg.

[1] Die ganze Erzählung dieser Vorgänge nach dem sehr ausführlichen Protokolle Zobell's vom 6. (16.) August ff. — Marburg. Uebereinstimmende Angaben bei Val-

Wir sind am Ziele und erblicken das Ergebniß vieljähriger Bemühungen und Verhandlungen, die Frucht der verschiedenartigsten Allianzbestrebungen. Zwar nicht Alle, welche zu diesem Werke berufen, ja nicht einmal Alle, welche im Uebrigen anregend und fördernd gewirkt, sehen wir an diesem Ziele angelangt. Grollend ob der ihm widerfahrenen, wenn auch selbst theilweise verschuldeten Uebergehung steht beiseite der Kurfürst von Brandenburg, mitten in den Rüstungen wider den einen Mitgenossen der Allianz, welchem dieselbe zwar nicht alle selbsterwünschten, so doch immerhin nicht unwichtige Garantien gegen den Kurfürsten zusichert, steht Arm in Arm mit dem jungen Kaiser, gegen welchen die Allianz ihre wesentliche Spitze richtet. Beiseite steht ferner der Kurfürst von Trier, den alten Bundgenossen entfremdet durch die Künste des Hauses Oesterreich und des Stuhles Petri,[1] beiseite auch der von selbstischen Interessen geleitete und die Schweden hassende Bischof von Münster.

Immer noch indessen erblicken wir eine stattliche Reihe deutscher Reichsfürsten dem Reichsoberhaupte feindlich zugewandt, darunter zwei, welche es soeben mit hatten wählen helfen. In ihrem Bunde die beiden großen Widersacher des Hauses Oesterreich, die Kronen Frankreich und Schweden, welchen die Staatskünstler des westphälischen Friedens zu ihrer aufstrebenden, dem Unvermögen des durch unselige Kriegspein ausgemergelten Reiches gegenüber überwältigenden Macht zugleich mit den herrlichen und ihrer Lage nach so wichtigen Theilen Deutschlands auch das Recht eingeräumt hatten, die Hände über des Reiches Frieden zu halten, den Frieden, welchen sie selbst nicht finden konnten oder wollten, die dann im Verlaufe des dem westphälischen Frieden folgenden Jahrzehnts von neuem in heftigen Gegensatz zu dem Hause Oesterreich, nicht ohne dessen Verschulden, gerathen waren und noch bei Lebzeiten des letztverstorbenen Kaisers, mit besonderem Eifer aber seit dessen Tode und während der kaiserlosen Zeit bei den Wahlverhandlungen die lautersten Proben ihrer dem Hause Habsburg feindseligen Gesinnung geliefert hatten; Schweden, laut drohend mit Einfällen in die österreichischen Erblande, Frankreich mit dem, wenn auch nicht völlig seinen ursprünglichen Wünschen entsprechenden, so doch immer noch beträchtlichen Erfolge seiner Wahlumtriebe, daß durch die Wahlkapitulation seinen Feinden, den Spaniern

---

frey S. 173, in Otto's Bericht aus Wiesbaden vom 13. (23.) August (Hannover) und einem Extrakt eines Schreibens (vermuthlich des Gise) an den Bischof von Münster (Münster).

[1] Otto schreibt am 9. (19.) August: Der päpstliche Nuntius hat an seinen widerwärtigen Machinationen sowohl sonst als in diesem (der Allianz) allem Vermuthen nach wohl nichts fehlen lassen. Die Bestätigung s. oben in den verschiedenen Berichten Schmising's.

die von Oesterreich bisher so oft gewährte Hülfe abgeschnitten wurde. Durch seinen Anschluß an diese beiden Kronen trat also der Rheinbund aus dem Rahmen einer Defensionsverfassung, die er doch sein wollte und als welchen sich seine Vorläufer dargestellt hatten, in bedenklicher Weise heraus. Schweden wollten die Rheinbündler in gewissen Fällen beistehen, trotzdem oder weil sie wußten, daß es kurz vor dem offenen Bruche wie mit Brandenburg so mit dem Kaiser stand, und Frankreich versprachen sie, allen Bewegungen zur Unterstützung seiner Feinde entgegenzutreten. Das klang wie Defensive, war aber Offensive gegen den Kaiser, trotz aller leeren Redensarten, mit denen man die dem Kaiser und dem Reiche schuldige Treue aufrechtzuhalten betheuerte, trotz der bei Frankreich erreichten Bedingung, daß dessen König seine Waffen nicht gegen das Reich wenden solle.

Johann Philipp von Mainz freilich glaubte sicherlich, durch diesen Bund, sein allereigenstes Werk, wenn nicht schon den Weltfrieden selbst, so doch die Ruhe Deutschlands, d. h. des ihm anhängigen Theiles desselben begründet zu haben. Nach seiner Ansicht mußte, wenn auch zunächst nicht der Friede zwischen Spanien und Frankreich erreicht werden konnte, wozu indessen neuerdings ein Hoffnungsstrahl hervorschimmerte, mußte doch mit dem Aufhören aller Unterstützungen der ersteren Macht durch das befreundete Oesterreich auch alle Mißstimmung und Feindschaft Frankreichs gegen dieses endigen und damit die Gefahr für das Reich wegfallen, während auf der andern Seite durch die vermeintlich höchst vorsichtige Fassung der für Schweden ausgesonnenen Klausel im Hauptrecesse jeder Zusammenstoß zwischen Schweden und Brandenburg wie dessen Verbündeten auf deutschem Reichsboden, soweit die Lande der Rheinbündischen in Betracht kamen, vermieden werden würde. Doch Pommern und die Marken gab man preis. Hier geht das irenische System des Mainzers in die Brüche. Aber, wie war es doch gekommen? Die Ausnahme aller durch die derzeitigen Kriegswirren Schwedens bedrohten Lande war doch trotz aller Bemühungen nicht zu erreichen gewesen, selbst nicht einmal das Neutralisirungsprojekt. Und deshalb, wie man wohl gewollt hätte, Schweden gleichwie Brandenburg ganz wegzulassen, war wegen Frankreich nicht wohl angegangen; wenigstens hatten die französischen Gesandten, wenn, wie es wiederholt vonseiten der Braunschweiger geschehen war, eine dahin zielende Frage an sie gestellt wurde, niemals recht mit der Sprache herausrücken wollen. Ganz abgesehen davon, daß Kassel ohne Schweden niemals beigetreten wäre, was denn wieder auf Braunschweig wirkte.[1] Johann Philipp also nahm, da er

[1] Bezeichnend hingegen für die Stimmung von Kur-Köln, und also wohl auch von Kur-Mainz, ist eine noch am 14. August 1658, wo also bereits alles zu Höchst

nicht alles, was er für Deutschland erhofft, erreichen konnte, wenigstens das mögliche, die Befriedung des Reiches bis zur Elbstromgrenze. Nun hätte er freilich, als er wahrnahm, daß sein System nicht völlig durchführbar war, daß sozusagen seine Rechnung nicht aufging, sondern ein falsches Fazit ergab, einen Strich dadurch machen und sich zu einem neuen Ansatz schicken können. Doch das hieß mit Schweden und Frankreich brechen und barg die äußersten Gefahren in sich. Und doch wäre es auf diese Weise wahrscheinlich möglich gewesen, den Kurfürsten von Brandenburg zu gewinnen und mit diesem und den Andern einen starken rein deutschen Bund zu des Reiches Wehr und Frieden zu begründen, den Weg zu einer allgemeinen Reichswehrverfassung gegen jede fremde Gewalt zu bahnen. Auch den Uebergriffen des Hauses Oesterreich hätte man da, wie es im Wunsche der Rheinbündler lag, begegnen, dieses im Schach halten können. Doch war diese Zeit noch nicht gekommen; und es ist müssig, auszumalen, welche Segnungen vielleicht damals schon hätten erreicht werden, welche unselige Wirren und Demüthigungen unsern Vätern hätten erspart bleiben können. Es gehört in die Schule unserer Leiden als wesentliches Moment mit die bedauerliche Thatsache, daß damals das System Johann Philipp's von Mainz an den übermächtigen Verwickelungen der hohen Politik gescheitert ist. Der Gegensatz zwischen Spanien-Oesterreich und Frankreich-Schweden war eben nicht lösbar durch theoretische Systeme unmächtiger Reichsfürsten; auch hier hat Blut und Eisen die Entscheidung bringen müssen.

Wenn aber die Stunde der Entscheidung schon damals geschlagen hätte, so wäre die Kriegsmacht des Rheinbundes mit nichten von ausschlaggebender Bedeutung gewesen ohne die Unterstützung der Kronen. Denn so groß auch das Gesamtgebiet der in dem Bunde vereinten deutschen Fürsten erscheinen mag, sie selbst, diese Herren, zumal die geistlichen, hatten keineswegs über ausreichende und schlagfähige Mannschaft zu verfügen. Sie bedurften daher, um überhaupt eine politische Rolle zu spielen, ja schon um ihrer Selbsterhaltung willen, inmitten der sturmdrohenden Wolken des Rückhaltes an einem mächtigen Staatswesen und, um nicht von den gegen einander im Widerstreit liegenden Parteien zerrieben zu werden, des Anschlusses an eine derselben. Daß sie da nicht der Fahne des Kaisers huldigten, war unpatriotisch, aber verzeihlich. Denn längst war des Hauses Habsburg Mangel an wahrer Fürsorge für das Reich und das Wohl seiner Stände eine bekannte Sache und

entschieden war, an Aldenhoven vom Kurfürsten Max Heinrich ergangene Weisung, die Vollziehung der Allianz zu befördern, „jedoch mit dieser Bescheidenheit, daß dabei die Krone Schweden noch zur Zeit entweder ganz präteriret werden oder doch deren Admission durch eine Nebendeklaration geschehen möchte“. — Düsseldorf.

seine Theilnahme für die damals verhaßteste Macht Europa's, Spanien, ein Grund zu Mißtrauen und Anfechtung für die deutschen Stände. Hat doch auch selbst der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg nicht wegen der dynastischen Interessen des Hauses Oesterreich und nicht aus besonderer Neigung zu demselben, sondern der gemeinsamen Interessen halber gegen Schweden sich mit ihm verbündet. Als man einen neuen Kaiser wiederum aus diesem, man kann wohl sagen von fast allgemeinem Mißtrauen betrachteten Hause trotz alledem erwählte, geschah dies nur aus Besorgniß, daß man mit seiner Uebergehung wiederum einen Weltbrand heraufbeschwören würde, und auch weil kein geeigneter Ersatz zu finden gewesen war, dann aber unter Aufstellung einer fast schimpflichen Kapitulation. Hingegen war damals der Begriff einer Erbfeindschaft Frankreichs gegen unsere Nation noch nicht bekannt. Daß diese Krone im dreißigjährigen Kriege deutschen Reichsständen gegen das verhaßte Kaiserhaus Beistand geleistet, daß sie die Gewährleistung des westphälischen Friedens übernommen, wußte man ihr sogar Dank, von vielen Seiten wurde sie als wahre Freundin der deutschen Reichsstände in allen Anliegen gegen das Haus Oesterreich angesehen. Von irgend welchem nennenswerthen Mißtrauen gegen Frankreich, geschweige einer Ahnung dessen, was sich dann unter der selbständigen Regierung Ludwig XIV. zum Unsegen unserer Nation entwickelte, begegnet man in jenen Tagen noch kaum einer Spur. Wenn Furcht vor Frankreich sich bemerkbar macht, so entspringt dieselbe stets nur der Annahme, daß sich dessen Waffen ausschließlich nur gegen Oesterreich und gegen die deutschen Stände nur insoweit wenden könnten, als diese letzterem Beistand leisten würden.

Schweden sodann hatte den Protestanten in dem großen Kriege in dem Augenblicke der höchsten Gefahr die Rettung gebracht; auch diese Macht hatte den westphälischen Frieden gewährleistet. Das Beispiel Neuburgs zeigt zugleich, daß auch katholische Fürsten ihre Abneigung gegen diese erste aller protestantischen Mächte zu verlernen begannen. An Mißtrauen gegen Schweden hat es auf allen Seiten zwar nicht gefehlt und König Karl Gustav that redlich das seinige, um diesem Argwohn immer wieder neue Nahrung zu geben. Aber gerade dieses Mißtrauen, die Furcht vor der Schwedengefahr rechtfertigen doch wieder einigermaßen das Bestreben der Rheinbündischen, alles zu vermeiden, was den gewaltthätigen König reizen konnte; die Verbindung mit Schweden ist demnach weniger ein Ergebniß ihm gezollten Wohlwollens oder Vertrauens, als der Scheu vor dieser Macht und des Wunsches, sich deren Gewaltthätigkeiten vom Halse zu halten.

Der Rheinbund verdient also bei richtiger Würdigung aller dieser Umstände nicht vollaus die Vorwürfe, welche man ihm gemeiniglich bei-

messen möchte. Aber das Gold Frankreichs? wird man hier einwerfen. Zugegeben. Hier liegt freilich der Krebsschaden zutage. Doch muß, wenn auch nicht zur Entschuldigung, so doch zur milderen Auffassung hier wiederholt werden, daß es scheint, als ob jenem Geschlechte der Begriff der Unbestechlichkeit als einer Tugend abhanden gekommen wäre. Weniger Hände blieben damals rein. Und nahm man auf der anderen Seite nicht ebenso bereitwillig auch österreichisches, spanisches Gold? Dort freilich wird völlig der Stab zu brechen sein, wo man nachweislich von beiden Seiten her die Bestechung auf sich wirken ließ. Hier ward die Habgier zum Betruge, und Schmach jenen Eigennützigen!

Und doch wieder sind diese Bestechungen Nebensache. Wenn es zur Entscheidung kam, hat man auf rheinbündischer Seite doch rein nach politischen Erwägungen dieselbe getroffen, Johann Philipp von Mainz und Boineburg wenigstens, und ohne Frage auch des Hauses Braunschweig Gesandte, die ausschlaggebenden Parteihäupter.

Nach seinem Nutzen — und wer wird das in der Politik verübeln wollen? — fragte freilich Jeder. Wie gestaltete sich aber derselbe für die einzelnen Genossen dieses Bundes? Der größere Vortheil kam den beiden fremden Kronen zugute. Schweden erreichte zwar nicht das volle Maß seiner Wünsche, doch immerhin neben erneuter Gewährleistung der Errungenschaften des westphälischen Friedens zu kritischer Zeit Deckung seiner Besitzungen im niedersächsischen und westphälischen Kreise und damit Luft und Bewegungsfähigkeit gegen seine Feinde nach Norden und Osten, abgesehen von dem moralischen Gewichte des Rückhaltes an den Genossen des Bundes, unter ihnen zwei katholische Kurfürsten und der sonst allen Protestanten, voraus aber dem Brandenburger feindselige neuburger Pfalzgraf. Auch Frankreich erlangte eine kräftigere Gewährleistung der durch den westphälischen Frieden errungenen Vortheile, einen merklichen Abbruch des österreichischen Einflusses in Deutschland, die Gefolgschaft einer immerhin recht ansehnlichen Partei daselbst sowie vor allem freie Hand gegen Spanien, welchem die seitherige Hülfe der deutschen Habsburger unterbunden ward.[1]

---

[1] Valfrey S. 175: Séparer Vienne de Madrid, intercepter toute communication entre l'Empire et les Pays-Bas espagnols, asseoir solidement l'autorité de la France jusqu'au coeur de l'Allemagne et fermer la route des invasions germaniques (!!), voilà les avantages sérieux, durables, que le maréchal de Gramont et Lionne, si habilement secondés par l'agent Gravel, avaient remporté à Francfort. Louis XIV devint et resta, pendant toute la période ascendante de son règne, le chef de l'Empire. Weniger volltönend das Urtheil Chéruel's (III. S. 129/30): L'influence de la ligue du Rhin fut considérable et justifia les sacrifices pécuniaires qu'elle avait imposés à la France. Les sacrifices, que rappelle

Die Kurfürsten von Mainz und Köln gewannen durch ihre Führerschaft unter den im Rheinbunde, vornehmlich gegen das Haus Oesterreich geeinten deutschen Ständen ein erhöhtes Ansehen neben der Allen gemeinsamen Aussicht auf Unterstützung in allen nur immer zu besorgenden Gefährnissen oder bei allen etwa selbst bezweckten Unternehmungen; ebenso gewannen auch ihre Staatsmänner eine erhöhte Bedeutung. Der Pfalzgraf von Neuburg blickte wohl mit besonderer Genugthuung auf die Bundesgenossenschaft mit dem großen Widersacher seines Erzfeindes und sah diesen selbst ausgeschlossen aus der Gemeinschaft Derer, welche nunmehr seine durch denselben gefährdeten Lande am Niederrhein zu schützen übernahmen. Das Haus Braunschweig wähnte die ihm aus den schwedisch-brandenburgischen Wirren drohenden Gefahren nahezu beseitigt und hoffte, bei seinen auf Wahrung und Mehrung der fürstlichen Libertäten und Vorrechte gerichteten Bestrebungen eine starke Stütze an den Kronen und den beiden Kurfürsten gewonnen zu haben. Die nämlichen Vortheile glaubte auch Hessen-Kassel sich gesichert, und nebenbei hatte es verstanden, Frankreich zur Anerkennung und Befriedigung seiner an dieses gestellten Forderungen zu verpflichten.

Allen den deutschen Verbündeten dünkte die Gemeinschaft mit den fremden Kronen als ein unschätzbarer Gewinn, vornehmlich in Hinsicht ihres Gegensatzes zu der Politik des Kaisers und des Hauses Oesterreich. Zugleich wähnten sie sich von nun an sicher vor allen Feindseligkeiten dieser Kronen gegen das Reich, namentlich aber gegen sich selbst, und glaubten wohl allen Ernstes mit ihrem Bunde ein wahres Friedenswerk gefördert zu haben.

Das wahre Wesen des Rheinbundes kann man nur an seinen Früchten ermessen. Dies ist jedoch hier nicht unsere Aufgabe, welche sich nur dahin erstreckt hat, die bislang noch unaufgeklärt gewesene Entwickelungsgeschichte dieses höchst bemerkenswerthen Ergebnisses so vielseitiger und mannigfach gearteter reichsständischer Einungsbestrebungen aufzuhellen.

Mazarin et dont il sut amplement se dédommager, furent largement compensés par le rôle que la France joua alors en Allemagne. Vgl. die auch mehrfach anderwärts angezogene Stelle aus einem Berichte Gravel's an König Ludwig vom 13. Januar 1667 bei Mignet II, 38.

Register.

Nicht aufgeführt sind die Namen der bei den Verhandlungen um den Rheinbund in Betracht kommenden Regenten und Staaten und der in fast unzählbaren Wiederholungen erwähnten Städte wie Frankfurt, Mainz, Köln, Kassel und die braunschweigischen Residenzen.

Berichtigungen.

Seite 8 Anm. 2 Z. 1 u. 6. lies Mehl für Wehl.
„ 11 A. 1 Z. 1 „ „ „ „
„ 14 A. 1 Z. 3 „ die „ das.
„ 16 Z. 24 v. o. „ niemals „ einmals.
„ 72 Z. 3 v. u. „ auf „ auch.
„ 139 Z. 4 v. o. „ ein „ ab.
„ 158 A. 3. Z. 3 v. u. ist das Wort „nicht“ zu tilgen.
„ 176 Z. 1 v. u. versetze das Komma hinter „wenigstens“ an's Ende der vorletzten Zeile.
„ 191 A. 1. Z. 1 lies berichtend für berichtigend.
„ 193 Kapitelnummer „ 16. „ 18.
„ 211 Z. 12 v. u. „ Anbahnung „ Anahnung.
„ 249 Anm. Z. 14 „ per „ par.
„ 258 Z. 14 v. u. „ gezwungen „ gewungen.
„ 263 Z. 12 v. o. setze das Komma hinter statt vor „insbesondere“.
„ 331 Z. 6 v. o. lies ihn für ihm.
„ 334 A. 5 „ Abmahnung von der für A. vor den.
„ 381 Z. 4 v. o. „ April für Mai.

Droysen, Johann Gustav, Abhandlungen: Zur neueren Geschichte. gr. 8. 1876. geh. 8 ℳ

Inhalt: I. Zur Geschichte der preußischen Politik in den Jahren 1830—1832. — II. Preußen und das System der Großmächte. — III. Zur Geschichte der deutschen Partei in Deutschland. — IV. Ein historischer Beitrag zur Lehre von den Congressen. — V. Der Nymphenburger Vertrag von 1741. — VI. Friedrichs des Großen politische Stellung im Anfange des schlesischen Krieges. — VII. Die Wiener Allianz vom 5. Februar 1719. — VIII. Zur Kritik Pufendorf's. — IX. Das Stralendorff'sche Gutachten.

——— **Geschichte der Preußischen Politik.** Erster Theil bis fünften Theiles vierter Band. 14 Bände. gr. 8. geh. 116 ℳ 70 ₰
Mit Index zum ersten bis vierten Theile 118 ℳ 50 ₰

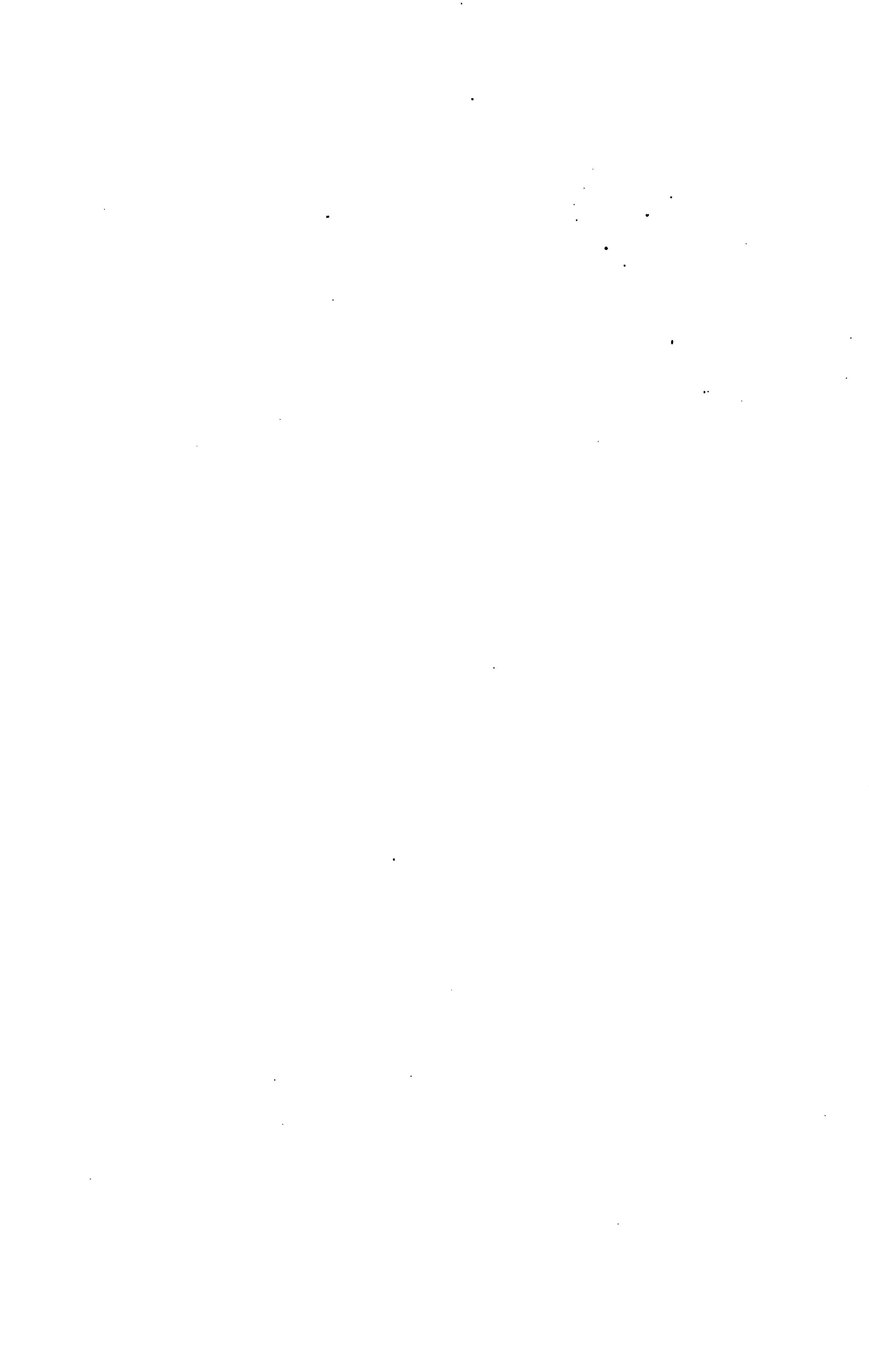
Inhalt der einzelnen Theile:

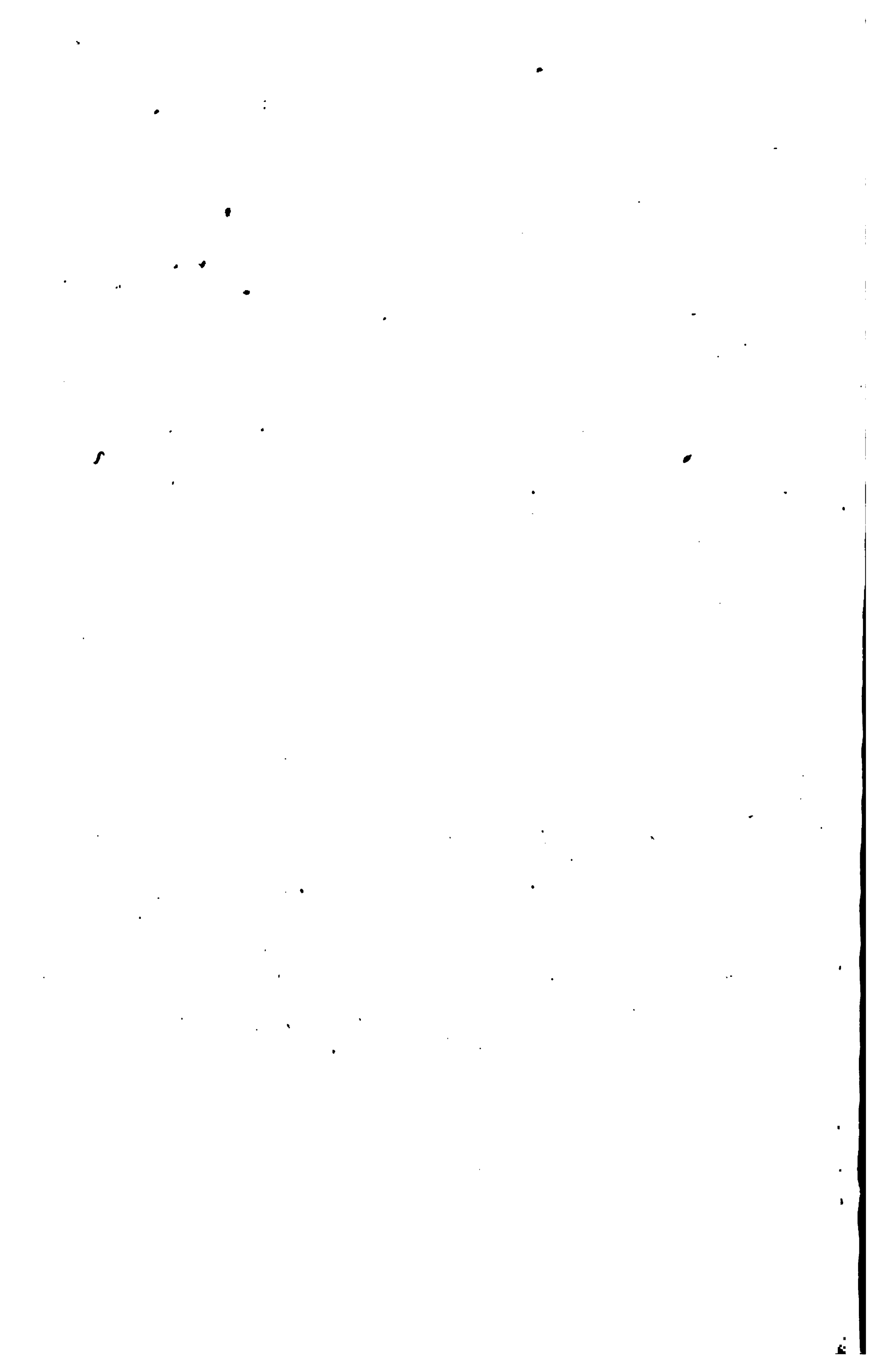
I.	Theil.	Die Gründung. Zweite Auflage. 1868.
II.	"	Die territoriale Zeit. Zwei Abtheilungen. Zweite Aufl. 1869—1870.
III.	"	Der Staat des großen Kurfürsten. Drei Abtheilungen. Zweite Auflage. 1870—1872.
IV.	"	1. Abtheilung. Friedrich I. König von Preußen. Zweite Aufl. 1872.
IV.	"	2. und 3. Abtheilung. Friedrich Wilhelm I. König von Preußen. Zwei Bände. 1869.
IV.	"	4. Abtheilung. Zur Geschichte Friedrichs I. und Friedrich Wilhelms I. von Preußen. 1870.
V.	"	Friedrich der Große. Vier Bände. 1874—1886.

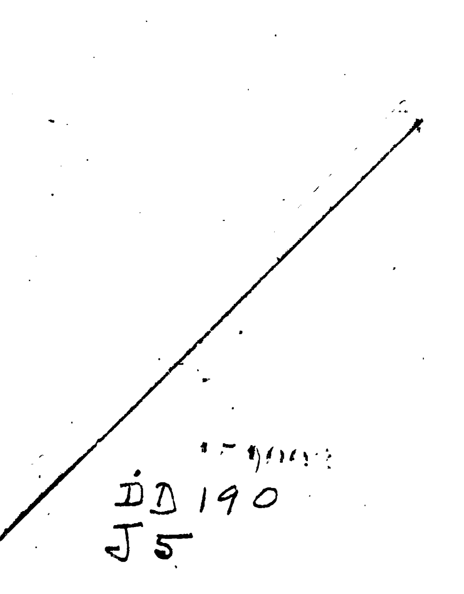
——— **Grundriss der Historik.** Dritte, umgearbeitete Auflage. gr. 8. 1882. geh. 2 ℳ

——— **Das Leben des Feldmarschalls Grafen York von Wartenburg.** Neunte, durchgesehene Auflage. Mit York's Portrait, gestochen von L. Jacoby und 8 lithographirten Plänen. Zwei Theile in einem Band. gr. 8. 1884. geh. 7 ℳ
elegant gebunden 8 ℳ








DD190
J5

